

POLEN

IN DER EUROPÄISCHEN GESCHICHTE

Herausgegeben von
Michael G. Müller

Band 3

**Die polnisch-litauischen Länder unter der
Herrschaft der Teilungsmächte (1772/1795–1914)**

**Herausgegeben von Michael G. Müller,
Igor Kąkolewski, Karsten Holste und Robert Traba**



HIERSEMANN

POLEN IN DER EUROPÄISCHEN GESCHICHTE · BAND 3

POLEN

IN DER EUROPÄISCHEN GESCHICHTE

EIN HANDBUCH
IN VIER BÄNDEN

In Verbindung mit
Hans-Jürgen Bömelburg,
Igor Kąkolewski, Karsten Holste,
Dietlind Hüchtker, Christian Lübke
und Robert Traba
herausgegeben von
Michael G. Müller

BAND 3
herausgegeben von
Michael G. Müller, Igor Kąkolewski,
Karsten Holste und Robert Traba



ANTON HIERSEMANN · STUTTGART · 2020

POLEN

IN DER EUROPÄISCHEN GESCHICHTE

BAND 3:

DIE POLNISCH-LITAUISCHEN LÄNDER
UNTER DER HERRSCHAFT DER
TEILUNGSMÄCHTE (1772/1795–1914)

Herausgegeben von

Michael G. Müller, Igor Kąkolewski,

Karsten Holste und Robert Traba



ANTON HIERSEMANN · STUTTGART · 2020

Gefördert mit Mitteln der Volkswagenstiftung und der Polnischen Akademie der Wissenschaften. Herausgeber und Verlag danken darüber hinaus der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, dem Zentrum für Historische Forschung (Centrum Badań Historycznych) in Berlin sowie dem Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung – Institut der Leibniz-Gemeinschaft in Marburg für die große Unterstützung.

www.hiersemann.de

ISBN 978-3-7772-1021-6 (Gesamtwerk)
ISBN 987-3-7772-1932-5 (Band 3)
Printed in Germany © 2020 Anton Hiersemann KG, Verlag

Karten: Dariusz Przybytek, Wrocław (Breslau)

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere die des Nachdrucks und der Übersetzung. Ohne schriftliche Genehmigung des Verlages ist es auch nicht gestattet, dieses urheberrechtlich geschützte Werk oder Teile daraus in einem fotomechanischen, audiovisuellen oder sonstigen Verfahren zu vervielfältigen und zu verbreiten. Diese Genehmigungspflicht gilt ausdrücklich auch für die Speicherung, Verarbeitung, Wiedergabe und Verbreitung mittels Datenverarbeitungsanlagen und elektronischer Kommunikationssysteme.

Dieses Buch ist auf holzfreiem, säurefreiem und alterungsbeständigem Papier gedruckt.

Satz: UMP Utesch Media Processing GmbH, Hamburg
Druck: Laupp & Göbel GmbH, 72810 Gomaringen
Bindung: Klotz, 89343 Jettingen-Scheppach

INHALT

Kapitel I:	Die Epoche	1
	A. Was ist polnische Geschichte des 19. Jahrhunderts? <i>von Karsten Holste und Michael G. Müller</i>	1
	B. Gesellschaft – Staat – Nation. Entwürfe und Entwicklungslinien der Geschichtsschreibung zum 19. Jahrhundert <i>von Jürgen Heyde</i>	9
	C. Quelleneditionen <i>von Eligiusz Janus</i>	27
Kapitel II:	Neue territoriale und politische Ordnungen (1772/95–1815)	43
	A. Herrschaftsstrategien der Teilungsmächte <i>von Karsten Holste</i>	43
	B. Reaktionen auf die Auflösung Polen-Litauens im Land und in der Emigration <i>von Andrzej Chwalba</i>	87
	C. Das napoleonische System in Europa und das Herzogtum Warschau <i>von Jarosław Czubaty</i>	103
	D. Der Wiener Kongress: Die Neuaufteilung Polens unter den drei Großmächten <i>von Jarosław Czubaty</i>	129
Kapitel III:	Wege aus dem Ancien Régime (1815–1863/64)	143
	A. Rechtsordnungen und Verwaltung in den einzelnen Ländern des ehemaligen Polen-Litauen <i>von Theodore R. Weeks und Karsten Holste</i>	143
	B. Wirtschaftlicher und sozialer Wandel unter dem Einfluss der Teilungsherrschaft <i>von Tomasz Kizwalter</i>	169
	C. Von Staatsbürgern zu Untertanen? Der polnische Adel in den Gesellschaftsstrukturen der Teilungsstaaten <i>von Tomasz Kizwalter</i>	187

D.	Der Novemberaufstand 1830/31 und seine Folgen <i>von Heidi Hein-Kircher</i>	197
E.	Die Große Emigration: Polnische Frage und Politik im Exil <i>von Heidi Hein-Kircher</i>	207
F.	Völkerfrühling, Revolution und Reaktionspolitik <i>von Karsten Holste</i>	221
G.	Alte und neue Eliten – alte und neue Gesellschaftsentwürfe <i>von Tomasz Kizwalter</i>	253
H.	Der Januar-Aufstand von 1863 als Zäsur und Erinnerungsort <i>von Theodore R. Weeks</i>	285
Kapitel IV: Multiple Modernitäten, konkurrierende		
	Nationalismen (1850–1914)	307
A.	Politische Konzepte, Verwaltung und Gesetzgebung <i>von Jan Rydel und Karsten Holste</i>	307
B.	Die Kapitalisierung der Landwirtschaft und die Durchsetzung der Industrialisierung <i>von Kai Struve</i>	351
C.	Alte und neue soziale Gruppen und sozialer Wandel <i>von Ute Caumanns</i>	377
D.	Organische Arbeit und staatsgesellschaftliche Integration <i>von Ute Caumanns</i>	401
E.	Politische und soziale Bewegungen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts <i>von Dietlind Hüchtker</i>	421
F.	Die Revolution von 1905 im Königreich Polen <i>von Dietlind Hüchtker</i>	451
G.	Die Entstehung moderner Nationalkulturen. Polnische und konkurrierende Projekte <i>von Piotr Szlanta</i>	483
H.	Migrationsbewegungen in und aus den polnischen Gebieten <i>von Adam Walaszek</i>	533
Kapitel V: Polnische Frage, polnische Nationsbildung und polnische		
	Judenheit im 19. Jahrhundert	577
A.	Polnische Frage und europäische Politik <i>von Adam Koźuchowski</i>	577
B.	Rückständige Nationsbildung? Die polnische Nationalbewegung im 19. Jahrhundert <i>von Maciej Janowski</i>	599

C. Jüdisches Leben zwischen Tradition, Integration und Nationsbildung von <i>François Guesnet</i>	617
ANHANG	649
Quellen- und Literatur zum Tabellen- und Kartenanhang	649
Tabellen zur Bevölkerungsstatistik	
von <i>Karsten Holste</i>	654
1. Die Bevölkerungsentwicklung 1815–1910	654
2. Veränderungen des römisch-katholischen, jüdischen und polnischsprachigen Bevölkerungsanteils 1840–1910	658
3. Bevölkerungsentwicklung sowie Veränderungen des polnischsprachigen sowie jüdischen Bevölkerungsanteils in ausgewählten Großstädten 1810–1910.	662
4. Die religiös-sprachliche Gliederung der Bevölkerung um 1900	666
5. Die religiös-sprachliche Gliederung der Stadtbevölkerung um 1900	668
6. Der Anteil städtischer Bevölkerung in den Religions- und Sprachgruppen um 1900.	669
7. Der Anteil der Sprachgruppen an den Hauptreligionsgruppen um 1900	670
8. Der Alphabetisierungsgrad der über 10-Jährigen verschiedener Bevölkerungsgruppen um 1900.	672
Karten	
<i>erstellt von Dariusz Przybytek</i>	
1. Politisch-administrative Gliederung um 1800	676
2. Das Herzogtum Warschau 1807–1815	678
3. Politisch-administrative Gliederung um 1820	680
4. Der polnische Novemberaufstand 1830/31	682
5. Völkerfrühling und Revolution 1846/48	684
6. Politisch-administrative Gliederung um 1910	686
7. Wirtschaftliche Entwicklung um 1900	688
8. Römisch-katholische Bevölkerung um 1900	690
9. Jüdische Bevölkerung um 1900	692
10. Polnischsprachige Bevölkerung um 1900	694

Register	
Personen	697
Gesellschaften, Vereine, Verbände, Parteien	706
Orte	714

ÜBERSETZERINNEN UND ÜBERSETZER

Zu folgenden Kapiteln wurden Manuskripte ins Deutsche übersetzt:

II. B aus dem Polnischen von Ewa HEYDE

II. C und D aus dem Polnischen von Aleksandra ŁUCZAK

III. A und H aus dem Englischen von Peter-Oliver LOEW

III. B, C und G aus dem Polnischen von Kornelia HUBRICH-MÜHLE

IV. A aus dem Polnischen von Peter-Oliver LOEW und Maria ALBERS

IV. G, V. A und B aus dem Polnischen von Karsten HOLSTE

IV. H aus dem Polnischen von Marco WAUKER

KAPITEL I

Die Epoche

A. Was ist polnische Geschichte des 19. Jahrhunderts?

VON KARSTEN HOLSTE UND MICHAEL G. MÜLLER

Aufgrund der Teilungen Polen-Litauens hat die polnische Geschichte in den gut einhundert Jahren zwischen dem ausgehenden 18. und dem beginnenden 20. Jahrhundert keinen unmittelbaren, durch die Grenzen einer politischen Einheit vorgegebenen territorialen Bezug. Auf dem Wiener Kongress von 1815 vereinbarten Russland, Preußen und Österreich zwar in vager Form die Aufrechterhaltung polnischer Nationalität und der wirtschaftlichen Verbindungen über die neuen Grenzen hinweg, aber die konkrete Politik der Teilungsmächte zielte auf eine möglichst weitgehende Integration der früher polnischen Gebiete in den je eigenen Herrschafts- und Wirtschaftsbereich. Nur das innerhalb des russischen Teilungsgebietes gebildete Königreich trug offiziell den Namen Polen – jedenfalls bis zur förmlichen Aufhebung seiner Souveränität 1864; danach setzten sich im offiziellen russischen Sprachgebrauch die Bezeichnungen »Generalgouvernement Warschau«, oder auch »Weichselland« (*Privislinskij kraj*) durch. Das Gros der Länder des alten Polen-Litauen wurde unter verschiedenen Bezeichnungen in die Verwaltungsstrukturen der Teilungsmächte eingegliedert, und große Teile dieser Länder blieben auch nach dem Ersten Weltkrieg außerhalb des neugebildeten polnischen Staates. Für die ersten Jahrzehnte nach den Teilungen mag es sinnvoll erscheinen, ausgehend von den alten Grenzen von 1772 die je besonderen Entwicklungswege der einzelnen Teilungsgebiete und ihrer Gesellschaften parallel zu verfolgen; später lassen sich diese Gebiete jedoch nicht mehr als Teil eines einheitlichen polnischen Geschichtsraums beschreiben.

Zur Verortung Polens in der europäischen Geschichte des 19. Jahrhunderts sollte denn auch nicht nach einer Geschichte Polens gefragt werden, sondern nach polnischer Geschichte. Im Fokus stehen dann diejenigen Entwicklungen (von Regionen und Gruppen), die mit der früheren Zugehörigkeit zu Polen-Litauen sowie mit Erwartungen einer zukünftigen polnischen Eigenstaatlichkeit im Zusammenhang standen, ferner diejenigen, die sich als prägend für den am Ende dieser Epoche neuentstehenden polnischen Staat und für die sich im 20. Jahrhundert als polnisch verstehenden Bevölkerungsgruppen erwiesen. Was polnische Geschichte des 19. Jahrhunderts ist, ergibt sich folglich

nur in Hinblick auf Projektionen polnischer Vergangenheit und Zukunft und damit in Auseinandersetzung mit den sich in dieser Epoche entfaltenden Entwürfen von polnischer Nationalgeschichte.

In diesem Sinn aber blieb Polen in Gestalt der sogenannten Polnischen Frage im ganzen Jahrhundert präsent. Dies galt zum einen auf der Ebene der internationalen Politik. In den Beziehungen zwischen den europäischen Staaten, besonders den Großmächten, wurden die durch die Aufteilung Polen-Litauens eingetretenen Veränderungen der Machtverhältnisse auch nach dem Wiener Kongress immer wieder Ausgangspunkt für Spannungen und Krisen, und zwar im Binnenverhältnis zwischen den Teilungsmächten ebenso wie in deren europäischen Außenbeziehungen (→ V. A). Nicht nur in revolutionären Krisen wie denen von 1830 oder 1848 wurde dies offenbar, sondern auch in Umbruchsituationen wie denen des Krimkriegs, des russisch-japanischen Kriegs von 1904/05 und vor allem des Ersten Weltkriegs. Die Polnische Frage konnte politisiert werden und wurde ins Spiel gebracht, wann immer eine Revision der Machtlage im östlichen Europa möglich oder wahrscheinlich schien und zur Debatte stand.

Die internationale Politisiertheit bzw. Politisierbarkeit der Polnischen Frage im 19. Jahrhundert hing zum einen aber auch eng mit der Entwicklung eines polnischen nationalen Projekts in den bis zu den Teilungen zu Polen-Litauen gehörenden Gebieten selbst zusammen. Am Anfang des Jahrhunderts, und noch für mehrere Jahrzehnte danach, ging es hier letztlich um ein Projekt der alten, vor allem adeligen Eliten – der Erinnerungsgemeinschaft derjenigen, welche im frühneuzeitlichen Polen-Litauen politisch und sozial geherrscht hatten und welche ihre Hoffnungen auf ein »Obenbleiben« in Politik und Gesellschaft an die Wiederherstellung polnischer Staatlichkeit knüpften. Im Lauf des Jahrhunderts aber verlieh der ganz Europa erfassende wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandel dem ursprünglichen Elitenprojekt von polnischer Nation eine andere Dynamik: Neue soziale Gruppen – wie »Intelligenz« und Kleinbürgertum, dann die Bauern, und, noch später, die Arbeiterschaft – begründeten neue soziale Bewegungen, die ihre sozialen Forderungen und ihre Visionen von einer neuen Gesellschaft mit dem Projekt polnische Nation verbanden und dieses damit fundamental veränderten (→ II. B, III. G, IV. E). Zentral war für diese Prozesse der Neudefinition von Nation nicht zuletzt die Umdeutung von Geschlechterrollen, d. h. die Einbeziehung der Frauen in die Nation – hier, in einigen der alten Länder Polen-Litauens, vielleicht markanter als in manchen anderen Teilen Europas.

Die Transformation der sozialen Verhältnisse stand dabei in engem Zusammenhang mit der Herrschaftsordnung der jeweiligen Teilungsmächte, ihrer Verwaltungsorganisation sowie ihrer Gesellschafts-, Bildungs- und Wirtschaftspolitik (→ II. A, III. A, IV. A). Sie war darüber hinaus eng gekoppelt an die wirtschaftliche Entwicklung (→ III. B, IV. B) und erhielt wesentliche Impulse durch die Versuche zur Wiedererlangung polnischer unabhängiger Staatlichkeit im Rahmen des napoleonischen Herrschaftssystems (→ II. C), der Aufstände von 1830/31, 1846, 1848 sowie 1863/64

(→ III. D/F/H) und schließlich auch der Revolution von 1905 (→ IV. F). In jedem Fall muss der Versuch, polnische Geschichte im 19. Jahrhundert darzustellen, primär die Entstehung des polnischen nationalen Projekts der Moderne sowie den Wandel der mit diesem Projekt assoziierten sozialen, politischen und kulturellen Mobilisierungsprozesse thematisieren. In diesem Sinn ist polnische Geschichte des 19. Jahrhunderts auch zu einem guten Teil Geschichte der polnischen nationalen Bewegung – ihrer sich wandelnden Trägerschichten und Visionen, ihrer »Botschaften« bzw. ihres Vermächtnisses an die polnische Zweite Republik (→ V. B).

Zur polnischen Geschichte des 19. Jahrhunderts gehört aber auch und gerade im Blick auf den Primat des Nationalen der Umstand, dass die neuen, sich schnell wandelnden Visionen von moderner »Polonität« (politisch, sozial, kulturell) sich von Anfang an in Koexistenz und Kommunikation mit, bald auch in Konkurrenz zu, anderen nationalen Projekten sowohl der Teilungsmächte als auch innerhalb der Territorien des alten Polen-Litauen entwickelten – den nationalen Projekten von Ukrainern, Litauern, Weißrussen und jüdischen Zionisten (→ IV. G). Alle diese Entwürfe und die sie repräsentierenden nationalen Bewegungen kommunizierten eng miteinander – im Sinne einer in allen europäischen Nationalbewegungen anzutreffenden gegenseitigen Übernahme von argumentativen Strategien und organisatorischen Praktiken.¹ Zugleich stritten sie hart und kompromisslos um die jeweiligen territorialen, sozialen und politischen Ansprüche auf das je national »Eigene«. Umstritten und umkämpft war dabei bis zum Ersten Weltkrieg nicht zuletzt die Frage, wer nach welchen Kriterien berechtigt sein mochte, sich einer polnischen nationalen Gemeinschaft zuzurechnen.

Der territoriale Bezug polnischer Geschichte im 19. Jahrhundert lässt sich daher nicht eindeutig definieren. Von den verschiedenen Räumen des ehemaligen Polen-Litauen gingen unterschiedlich starke und nachhaltige Impulse für die Nationalgeschichte aus; insgesamt hat sich der geographische Umfang polnischer Geschichte im 19. Jahrhundert wohl deutlich reduziert. Hier ist vor allem an diejenigen östlichen Länder des alten polnisch-litauischen Unionsstaats zu denken, deren Bindungen an Polen nach 1815 allmählich gelockert, wenn nicht gar ganz gelöst wurden: große Teile Litauens, Weißrusslands und der Ukraine. Zwar gab es dort auch noch im 19. Jahrhundert, wie Andrzej Chwalba es formuliert hat, »kleine polnische Vaterländer«² – also soziale und kulturelle Milieus, die sich weiterhin vor allem über ihr Polnisch-Sein definierten, auch ihre Verbindungen zu den sprachlich mehrheitlich polnischen Gebieten pflegten oder sich über Teilungsgebietsgrenzen für nationalpolnische Belange einsetzten. Doch kann man nicht einmal für alle lokalen polnischstämmigen Eliten umstandslos voraussetzen, dass solche Optionen für Polonität dauerhaft und selbstverständlich gewesen

¹ THIESSE, A.-M.: *National Identities. A Transnational Paradigm*. In: DIECKHOFF, A./JAFFRELOT, C. (Hg.): *Revisiting Nationalism. Theories and Processes*. London 2005, 122–143.

² CHWALBA, A.: *Historia Polski 1795–1918* [Geschichte Polens 1795–1918]. Kraków 2000, 12.

wären. Vor allem aber: Das politische und kulturelle Profil dieser altpolnischen Länder wurde zunehmend durch andere Faktoren geprägt – einerseits durch die Prägekräft der imperialen, aber auch wirtschaftlichen Strukturen der Teilungsmacht Russland, bzw. deren Institutionen und Repräsentanten, sowie andererseits durch die konkurrierenden nationalen Formierungsprozesse unter Litauern, Ukrainern und (am spätesten) Weißrussen. Entsprechend wurde polnische Geschichte zunehmend ein »Minderheitenaspekt« in der Geschichte dieser Gebiete, deren Bedeutung für die polnische Geschichte insgesamt spätestens ab der Mitte des Jahrhunderts rasch abnahm.

Zugleich aber ließ das 19. Jahrhundert neue Schauplätze polnischer Geschichte entstehen und brachte in diesem Sinn eine Erweiterung des nationalen Geschichtsraums. Wichtig ist hier zunächst die Entstehung einer polnischen Diaspora – einer »Polonia« in vielen europäischen und außereuropäischen Ländern. So stand die sogenannte Große Emigration nach der Niederschlagung des polnischen November-Aufstands von 1830 am Anfang der europäischen Geschichte organisierter politischer Exilkommunitäten (→ III. E). Vor allem die polnischen Exilantenorganisationen in Frankreich, Belgien, der Schweiz und England sollten sich zu einflussreichen Akteuren der polnischen und internationalen Politik entwickeln; in den revolutionären Bewegungen des Vormärz und des Jahres 1848 spielten sie eine zentrale Rolle. Indirekt, und sicher mit größerer Verzögerung, waren aber auch die verschiedenen Prozesse unfreiwilliger wie freiwilliger Migration im 19. Jahrhundert für die polnische Geschichte bedeutsam – die Schicksale der Polen, die unmittelbar nach den Aufständen von 1830 bzw. 1863 oder wegen des Vorwurfs der politischen Konspiration zu anderen Zeitpunkten nach Sibirien oder in andere entlegene Regionen des Russischen Kaiserreichs verbannt wurden; die Arbeitsmigration, die am Ende des 19. Jahrhunderts zur Formierung polnischer Kommunitäten im Ruhrgebiet, in Belgien oder im nordfranzösischen Pas-de-Calais führte, schließlich die Entstehung einer US-amerikanischen »Polonia« (→ IV. H). Polen war in diesem Sinne spätestens seit den 1830er Jahren »global«.

Einen weiteren Aspekt der Erweiterung des polnischen Geschichtsraums kann man darin sehen, dass die nationalen Formierungsprozesse des 19. Jahrhunderts auch dort zu einer Wiederentdeckung und Neuartikulation der Identifikation mit Polonität führten, wo diese vor den Teilungen nicht, oder wenigstens nicht explizit, auszumachen gewesen war (→ IV. G). Ein wichtiges Beispiel dafür ist wohl Oberschlesien. Hier hatte es unbestreitbar eine lange Kontinuität sprachlich-kulturell-konfessioneller Muster von Identifikation mit einem polnischen Erbe gegeben. Doch erst die Politisierung nationalkultureller Unterscheidungsmerkmale im späten 19. Jahrhundert schuf den Rahmen dafür, dass es hier, im regionalen Kontext, zu einem polnisch-deutschen »Volkskulturskampf« kommen konnte – mit beträchtlichen Wirkungen auf die konflikthafte Entstehungsgeschichte der Zweiten Polnischen Republik.

Was bedeutet jüdische Geschichte im Rahmen der polnischen unter diesen Prämissen? Die Judenheit des alten Polen-Litauen wurde durch die Demarkation der Teilungs-

grenzen auf empfindliche Weise segmentiert – und letztlich auf sehr unterschiedliche neue Wege verwiesen (→ II. A, III. A, IV. G, V. C). Der Judenheit im preußischen Teilungsgebiet boten sich letztlich nur die Optionen einer Akkulturation an die deutsche bürgerliche Gesellschaft oder der Emigration. Assimilation an die dominierenden Kulturen der Teilungsmächte war auch eine Option im russischen »Ansiedlungsrayon« und im habsburgischen Galizien. Zugleich entwickelten sich hier aber auch traditionelle jüdische Lebensformen weiter, und Visionen einer säkularen jüdischen Nationsbildung in der Diaspora – wie sie die in den Ländern des alten Polen-Litauen dominante Variante des Zionismus und die marxistische jüdische Arbeiterbewegung entwarfen – entfalteten eine starke Anziehungskraft. Schließlich wurden in der Region am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts auch die Grundlagen dafür gelegt, dass sich nach 1918 bei vielen (akkulturierten) Juden so etwas wie eine Option für »jüdische Polonität«³ durchsetzen konnte.

Aber auch grundsätzlich, also nicht nur im Blick auf die polnische Judenheit, muss für das 19. Jahrhundert die Frage nach parallelen und konkurrierenden Entwürfen von »Polonität« gestellt werden (→ III. E/G, IV. C–E, V. B/D). Nicht nur der Raum des alten Polen-Litauen war umstritten – zwischen verschiedenen kollektiven wie individuellen Autoritäten (den Agenturen der drei Teilungsmächte, regionalen und lokalen Eliten, konkurrierenden nationalen Bewegungen). Vielmehr wurde auch die Frage, wer Pole sei und was Polnisch-Sein bedeutete, je nach sozialem, kulturellem und politischem Standort der Akteure ganz unterschiedlich beantwortet und in sehr verschiedene, einander auch gegenseitig ausschließende Nationsentwürfe übersetzt. Den zeitgenössischen Aushandlungsprozessen von »Polonität« nachzugehen, eröffnet nicht zuletzt die Chance, über den Fall Polen-Litauen hinaus über die Verflechtungen zwischen Phänomenen nationaler und sozialer Mobilisierung im Europa des 19. Jahrhunderts nachzudenken.

Wie ist polnische Geschichte im 19. Jahrhundert unter solchen Gesichtspunkten zu periodisieren? Betrachtet man sie in einer die Teilungsgrenzen überschreitenden Perspektive, so taugen die großen politikgeschichtlichen Zäsuren wie 1830, 1848, 1863 oder 1905 als Periodisierungskriterien nur bedingt. Wichtiger erscheinen die großen Veränderungen der staatlich-politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Ordnungen, welche die polnische Geschichte prägten – Veränderungen, welche in den verschiedenen Ländern des alten Polen-Litauen freilich alles andere als synchron verliefen (man denke allein an den Komplex der Agrarreformen) und sich deshalb einer scharfen zeitlichen Abgrenzung entziehen. Dies spricht dafür, Kompromisse zwischen struktur- und politikgeschichtlicher Periodisierung zu suchen.

³ STEFFEN, K.: *Jüdische Polonität. Ethnizität und Nation im Spiegel der polnischsprachigen jüdischen Presse 1918–1939*. Göttingen 2004.

So bildeten die Entwicklungen von der Teilung Polen-Litauens im 18. Jahrhundert über die napoleonische Zeit bis zur Wiederherstellung der Teilungslage durch den Wiener Kongress sicher eine eigene Teilepoche, obgleich sie eine relativ kurze Zeitspanne einnahmen. Die Entwicklungen dieser Jahre hatten, so lange die Polnische Frage sozusagen offen war, eine eigentümliche Dynamik, und sie waren derart komplex und folgenreich, dass sie in ihrer eigenen Logik verstanden werden müssen. Dies betrifft sowohl die Entstehung neuer Formen staatlicher und imperialer Herrschaft in den Gebieten der Teilungsmächte sowie im napoleonischen Herzogtum Warschau als auch die Ausbildung der Grundlagen einer polnischen Nationalbewegung, die nicht mehr an die politischen Strukturen des frühneuzeitlichen Polen-Litauen gebunden war.

Die Jahrzehnte nach 1815, bis über die Jahrhundertmitte hinaus, können als Teilepoche unter der Leitfrage nach den verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Wegen aus dem Ancien Régime diskutiert werden: Zu betrachten sind die verschiedenen Prozesse des Auf- und Umbaus staatlicher Ordnungen und der (unterschiedlich tiefgreifenden) Entfeudalisierung der Gesellschaften, aber auch die Anfänge gesellschaftlicher Selbstorganisation sowie die oppositionellen und revolutionären Aufbrüche zu politisch-gesellschaftlicher Emanzipation.

Ohne Zweifel war auch das spätere 19. Jahrhundert noch geprägt von Auseinandersetzungen mit Herrschaftsformen und sozialen Strukturen, die ihren Ursprung in der Frühneuzeit hatten; zumindest partiell lässt sich ab der Jahrhundertmitte sogar deren zwischenzeitliche Restabilisierung beobachten.⁴ Aber der intensive Ausbau bürokratischer Herrschaftsformen, der mit der Erwartung einherging, gesellschaftliche Entwicklungen rational steuern zu können, sowie die mit der Durchsetzung kapitalistischer Wirtschaftsverhältnisse einhergehenden Schübe sozialer Mobilisierung und ökonomischer Globalisierung beschleunigten den wirtschaftlich-sozialen Wandel nicht nur, sondern gaben ihm auch eine neue Richtung. Neue gesellschaftliche Akteursgruppen beanspruchten politische und ökonomische Teilhabe und zugleich wurde das Nationale zu einem der wirkungsmächtigsten, Gesellschaften mobilisierenden und Politik anleitenden Faktoren. Es bildeten sich, je nach staatlich-territorialem, gesellschaftlichem und kulturellem Kontext, unterschiedliche Modernitäten aus, die den neuen Rahmen für die polnische Geschichte bildeten und es sinnvoll erscheinen lassen die zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts als eigenständige Periode im Zusammenhang zu diskutieren.

Schließlich: Wie für die meisten europäischen Gesellschaften beendete auch aus polnischer Perspektive der Erste Weltkrieg die Epoche. Er bildete den Ausgangspunkt für neue Konzepte politischer und gesellschaftlicher Ordnung, die die spätere Zeit prägten, und wird daher im Rahmen des folgenden Bandes behandelt, auch wenn seine Vorgeschichte und zumindest seine erste Phase noch stark durch vorausgehende Entwicklun-

⁴ Vgl. allgemein zur Entwicklung in Europa MAYER, A. J.: *The Persistence of the Old Regime. Europe to the Great War*. New York 1981.

gen geprägt waren. Deren für die polnische Geschichte relevanten Grundzüge werden im letzten Teil des vorliegenden Bandes noch einmal übergreifend für das gesamte 19. Jahrhundert diskutiert.

Ist nun die polnische Geschichte des 19. Jahrhunderts als europäischer (vielleicht sogar »uneuropäischer«) Sonderfall zu betrachten? In Band 2 dieses Handbuchs wurde argumentiert, dass die frühneuzeitliche Geschichte Polen-Litauens in keiner Weise exotisch ist, vielmehr in jeder Hinsicht strukturell zur europäischen Geschichte gehört – verfassungs-, sozial- und kulturgeschichtlich. Dasselbe Argument wird in Bezug auf das 19. Jahrhundert zu vertreten und zu entfalten sein.

Tatsächlich bot gerade das 19. Jahrhundert Stoff für Erzählungen, in denen Polen exotisiert und marginalisiert wurde. Vor allem im Kontext der europäischen Wahrnehmung der nationalen Aufstände entstand das Bild von Polen als Ort romantischer und zugleich irrational handelnder Helden, aber auch das Bild einer der Vergangenheit zugewandten katholischen polnischen Nation. Die anti-polnische politische Rhetorik des Nationalitätenkampfes fügte dieser in der Perspektive protestantischer Länder negativen Konnotation schon früh auch das Stereotyp hinzu, dass das polnische nationale Projekt des 19. Jahrhunderts im Wesentlichen ein adliges, also antibürgerliches und damit zugleich zutiefst sozial- und kulturkonservatives gewesen sei.

In der Historiographie waren und bleiben solche Wahrnehmungen zutiefst wirkungsmächtig – in der Literatur über europäische Geschichte in vergleichender Perspektive ebenso wie in der polnischen Nationalgeschichtsschreibung. Es gilt meist als ausgemacht, dass Polen zu den »rückständigen« Regionen Europas gehörte – weshalb denn auch polnische Geschichte in Bezug auf den europäischen Mainstream nur als Defizitgeschichte erzählt werden könne. Dabei wird aber übersehen, dass die Entwicklungen des 19. Jahrhunderts in den europäischen Pionierregionen der industriellen Modernisierung im gesamteuropäischen Maßstab die Ausnahme und eben nicht die Regel waren.⁵ Fast überall in Europa lassen sich – so wie in den polnischen Ländern – Prozesse nachholender Entwicklung beobachten, wirtschaftlich, sozial und in gewisser Weise auch politisch. Entsprechend gilt es, die polnische Geschichte des 19. Jahrhunderts als einen der europäischen Wege in die heraufziehenden »multiplen Modernen«⁶ zu verstehen.

⁵ Zur Verortung der Geschichte Polens im 19. Jahrhundert in globalen, europäischen und vor allem ostmitteleuropäischen Kontexten vgl. jetzt JANOWSKI, M.: *Polska dziewiętnastowieczna w Europie Środkowej: wyjątkowa czy typowa?* [Das Polen des 19. Jahrhunderts in Mitteleuropa: besonders oder typisch?]. In: NOWAK, A. (Hg.): *Historie Polski w XIX wieku* [Geschichten Polens im 19. Jahrhundert]. Bd. 4: *Narody, wyznania, emigracje, porównania* [Nationen, Bekenntnisse, Emigrationen, Vergleiche]. Warszawa 2015, 487–533.

⁶ Zum Konzept der »multiplen Modernen« vgl. EISENSTADT, S. N.: *Multiple Modernities*. In: *Daedalus* 129 (2000), 1–29.

B. Gesellschaft – Staat – Nation. Entwürfe und Entwicklungslinien der Geschichtsschreibung zum 19. Jahrhundert

VON JÜRGEN HEYDE

Es gibt wohl keine Epoche, für welche die Frage: »Was ist eigentlich polnische Geschichte?« so kontrovers diskutiert wird, wie für das 19. Jahrhundert.¹ Denn die Periode zwischen der dritten Teilung Polen-Litauens im Jahre 1795 und der Ausrufung der II. Republik am Ende des Ersten Weltkriegs 1918 gilt als die staatenlose Zeit in der polnischen Geschichte. Im Jahre 1797 erklärten die drei Teilungsmächte Preußen, Österreich und Russland den Staat Polen für erloschen, und nach der Niederlage Preußens gegen Frankreich 1806 vermied es Napoleon, das aus den preußischen Gebieten der zweiten und dritten Teilung geschaffene Territorium als »Polen« zu bezeichnen. Das sogenannte Herzogtum Warschau wurde 1809 um die österreichischen Gebiete der dritten Teilung erweitert, behielt aber bis zu Napoleons Niederlage 1815 diesen Namen bei. Erst in der Folge des Wiener Kongresses von 1815 wurde das »Königreich Polen« wieder zu einer staatsrechtlichen Einheit, allerdings nicht als eigenständiges Territorium, sondern als nicht souveräner Teil des Russischen Kaiserreichs. Die umgangssprachliche Bezeichnung »Kongresspolen« hielt sich im Deutschen auch dann noch, als in der amtlichen Bezeichnung der Name »Polen« bereits wieder getilgt und durch »Weichsel-land« ersetzt worden war.

In der im 19. Jahrhundert entstehenden modernen polnischen Historiographie wurde die Nation anstelle des Staates zum Orientierungsrahmen. Doch dieser Terminus, der in ganz Europa im Verlauf des Jahrhunderts zu einem historisch-politischen Leitbegriff werden sollte, konnte die grundsätzlichen Probleme, vor die sich die polnische historische Wissenschaft gestellt sah, zwar oberflächlich überdecken, aber nicht wirklich lösen. Drei Grundfragen ziehen sich durch die gesamte moderne Geschichtsschreibung zum 19. Jahrhundert: Welche Personenkreise repräsentierten die polnische Nation im

¹ Allgemein zur Historiographiegeschichte des 19. Jahrhunderts vgl. GRABSKI, A. F.: *Zarys historii historiografii polskiej* [Polnische Historiographiegeschichte im Überblick]. Poznań 2000; SUCHODOLSKI, B. (Hg.): *Historia nauki polskiej* [Geschichte der polnischen Wissenschaft]. Bd. 3: 1795–1862, hg. von J. MICHALSKI. Wrocław 1977, Bd. 4: 1863–1918. Teil 3, hg. von Z. SKUBAŁA-TOKARSKA. Wrocław 1987; SEREJSKI, M. H.: *Naród a państwo w polskiej myśli historycznej* [Nation und Staat im polnischen historischen Denken]. Warszawa 1973.

19. Jahrhundert, in welchen Räumen konstituierte sich polnische Geschichte, und schließlich: wann hat eine polnische Geschichte des 19. Jahrhunderts begonnen, und wann endete sie?

Durch die Staatenlosigkeit verloren die Antworten auf die erste und die zweite Frage ihre scheinbare Offensichtlichkeit: sie zwang die polnischen Historiker schon früh zum Nachdenken über Probleme, welche in anderen Ländern erst mit der Durchsetzung der modernen Nationsforschung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eingehender bearbeitet wurden. Die dritte Frage zielte auch auf das Selbstverständnis der modernen polnischen Historiographie, die sich schon seit ihren Anfängen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts als gesellschaftliche Leitwissenschaft begriff. So sehr die Teilungen und die Auslöschung der polnischen Staatlichkeit übereinstimmend als Urkatastrophe der modernen polnischen Geschichte angesehen wurden,² so konnte man doch deren Vollendung im Jahre 1795 nicht einfach unreflektiert als Epochengrenze annehmen, ohne wichtige Entwicklungsstränge und damit die Ursachen für jene Katastrophe abzuschneiden. Das Endjahr 1918 und die Wiederbegründung des polnischen Staates nach dem Ende des Ersten Weltkriegs erscheinen demgegenüber sehr viel weniger diskussionsbedürftig, doch gibt es auch Darstellungen, in denen dieses Jahr eher als Zwischenetappe denn als Zielpunkt erscheint.

Bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelte Joachim Lelewel, einer der Wegbereiter der modernen polnischen Historiographie³ eine nicht auf Herrscherpersönlichkeiten fixierte »republikanische Vision der vaterländischen Geschichte«.⁴ Er gehörte zu den ersten, die Geschichte als gesellschaftliche Leitwissenschaft zu etablieren versuchten. In seinen Arbeiten hatte Lelewel die Teilungen als alles überragenden Referenzpunkt im Blick. Die staatlich-nationale Krise, welche zu den Teilungen führen sollte, sah er bereits in der Mitte des 17. Jahrhunderts heraufziehen. Bei aller Kritik am Monarchen und an den ihm umgebenden Eliten stellte er aber den Anteil der Nachbar-

² Vgl. MÜLLER, M. G.: *The Partitions of Poland and the Sense of Polish History*. In: *Dialectics and Humanism* 16 (1989), 43–58. Allgemein: BÖMELBURG, H.-J./GESTRICH, A./SCHNABEL-SCHÜLE, H.: *Die Teilungen Polen-Litauens als Zäsur einer europäischen Strukturgeschichte. Komparative Überlegungen jenseits der Nationalgeschichtsschreibung*, in: DIES. (Hg.): *Die Teilungen Polen-Litauens. Inklusions- und Exklusionsmechanismen, Traditionsbildung, Vergleichsebenen*. Osnabrück 2013, 9–35.

³ SŁOCZYŃSKI, H. M.: *Światło w dziejarskiej ciemnicy. Koncepcja dziejów i interpretacja przeszłości Polski Joachima Lelewela* [Licht in historiographischer Dunkelheit. Geschichtskonzeption und Interpretation der Vergangenheit Polens bei Joachim Lelewel]. Kraków 2010; BAAR, M.: *Historians and Nationalism. East-Central Europe in the Nineteenth Century*. Oxford 2010, 19–25.

⁴ GRABSKI: *Zarys* (Anm.1), 118.

und späteren Teilungsmächte am Untergang der staatlichen Ordnung stark heraus.⁵ Um ein Gegenmodell zur an Herrscherfiguren orientierten Geschichtswissenschaft der Aufklärungszeit zu entwickeln, richtete Lelewel seinen Blick auf die slawische Frühzeit und stellte ganz andere Trägerschichten, nämlich das versammelte Volk (*lud*), in den Mittelpunkt.

Die Universitäten Wilna und Warschau, wo Lelewel bis 1830 wirkte, fungierten bis zum Novemberaufstand neben dem akademischen Gymnasium in Krzemieniec (Wolhynien) als polnische wissenschaftliche Zentren im Russischen Reich. Daneben existierte in Krakau die dortige Jagiellonenuniversität bis 1846 als polnische Bildungseinrichtung, während die Universität Lemberg 1817 zunächst als deutsche Universität wiederbegründet worden war. Nach dem Ende des Novemberaufstands 1831 und der Annexion Krakaus durch Österreich 1846 kam die universitäre Geschichtswissenschaft in polnischer Sprache fast völlig zum Erliegen. Die im Lande verbliebenen Gelehrten setzten ihre Arbeit zum Teil durch die Unterstützung privater Sammlungen (u.a. Ossoliński in Lemberg, Raczyński in Posen, Działyński in Kórnik) fort; andere, wie Lelewel, konnten ihre Arbeit im Exil weiterführen.⁶

Für die polnischsprachige Geschichtswissenschaft erwies sich die Polonisierung der Universitäten Krakau und Lemberg nach der galizischen Autonomieregelung 1867 als wichtiger Impuls. An der Jagiellonenuniversität etablierte sich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts die so genannte Krakauer Schule der Geschichtswissenschaft. Es war eine Gruppe von Gelehrten (u.a. Walerian Kalinka, Józef Szujski, später Stanisław Smolka, Michał Bobrzyński), die historische Bildung auch als Erziehungsaufgabe verstanden.⁷ Sie wandten sich gegen Lelewels »republikanische« Geschichtsinterpretation und richteten das Augenmerk wieder verstärkt auf herrschende Eliten. Dabei betonten sie die Notwendigkeit, der Nation die »bittere Wahrheit« zu präsentieren und lenkten die Aufmerksamkeit auf die »inneren Ursachen« der Teilungen. Darin ist zum einen eine Reaktion zu sehen auf die Niederlagen in den Aufständen und die Stabilisie-

⁵ LELEWEL, J.: *Dodatek do Teodora Wagi Historji książąt i królów polskich: panowanie Stanisława Augusta* [Beilage zu Teodor Wagas Geschichte der polnischen Herzöge und Könige: die Herrschaft Stanisław Augusts]. Warszawa 1819; DERS.: *Panowanie króla polskiego Stanisława Augusta Poniatowskiego obejmujące trzydziestoletnie usilności narodu podźwignienia się, ocalenia bytu i niepodległości* [Die Herrschaft des polnischen Königs Stanisław Augusts, umfassend die 30-jährigen Bemühungen der Nation, sich zu erheben, die Existenz und Unabhängigkeit zu retten]. Warszawa 1831. Vgl. MICHALSKI, J.: *Joachim Lelewel o Stanisławie Augustacie* [Joachim Lelewel über Stanisław August]. In: DERS.: *Studia historyczne z XVIII i XIX wieku* [Historische Studien zum 18. und 19. Jahrhundert], hg. von W. KRIEGSEISEN und Z. ZIELIŃSKA. Bd. 2: *Ideologia, nauka, historiografia* [Ideologie, Wissenschaft, Geschichtsschreibung]. Warszawa 2007, 396–413.

⁶ Serejski, M.: *Historiografia* [Geschichtsschreibung]. In: *Historia nauki polskiej* (Anm. 1), Bd. 3, 645–676.

⁷ GRABSKI, A. F./SEREJSKI, M. H.: *Historiografia polska w latach 1863–1899* [Polnische Geschichtsschreibung 1863–1899]. In: *Historia nauki polskiej* (Anm. 1), Bd. 4.3, 578–613.

rung der Teilungsmächte infolge der deutschen Reichseinigung 1871 sowie des österreich-ungarischen Ausgleichs 1867, der zugleich das Autonomiestatut für Galizien gebracht hatte. Zum anderen aber ging es um die Positionierung in der Frage, wer die polnische Nation repräsentiere: Nicht der König oder die äußeren Mächte seien letztlich für den Untergang des polnischen Staates verantwortlich, sondern die alte Adelsnation, die damit ihren nationalen Führungsanspruch verwirklicht habe. Bürgerliche Tugenden wie die »Organische Arbeit« statt adeligem Revolutionspathos seien nötig, um die polnische Nation wieder zu beleben. Diese Positionen fanden keine ungeteilte Zustimmung; sie wurden als »zu negativ« kritisiert, da sie die Nation nicht zum Handeln, sondern zur politischen Apathie bewegen würden. Die positive Resonanz bei russischen Historikern, welche die Politik der Teilungsmächte durch diese Urteile bestätigt sahen, verstärkte die Kritik in Teilen der polnischen Öffentlichkeit.⁸ Bobrzyński reagierte auf die Kritik an seinen *Dzieje Polski w zarysie*, deren erste Auflage mit dem Jahr 1771 geendet hatte, indem er ab der zweiten Auflage ein weiteres Kapitel unter dem Titel »Wiedergeburt im Untergang« (*Odrodzenie w upadku*) zur Periode zwischen 1772 und 1795 hinzufügte.⁹

Als Reaktion darauf etablierte sich die Warschauer Schule um Tadeusz Korzon (Publizist und später Bibliothekar der Warschauer Zamoyski-Bibliothek), Adolf Pawiński und Władysław Smoleński (beide Professoren an der Kaiserlichen Universität Warschau). Tadeusz Korzon entwickelte die Vorstellungen von Gesellschaftsgeschichte weiter, indem er die Einbeziehung von Kleinadel, Bürgertum, Bauern und Juden in die historische Betrachtung forderte.¹⁰ In der Darstellung setzte er nicht mehr allein auf erzählerische Mittel, sondern arbeitete auch mit Statistiken und Tabellen. Korzon und seine Kollegen betonten, dass die Reformen des ausgehenden 18. Jahrhunderts und die Maiverfassung bereits die Grundlagen für die erneuerte Nation gelegt hätten, die nicht länger allein adelig definiert gewesen sei, sondern alle Gesellschaftsschichten umfasste.

⁸ Vgl. z. B. SOBIESKI, W.: *Optymizm i pesymizm w historiografii polskiej* [Optimismus und Pessimismus in der polnischen Geschichtsschreibung]. In: DERS.: *Studia historyczne* [Historische Studien]. Lwów 1912, 33–37 (hier zit. nach: SEREJSKI, M. H. (Hg.): *Historycy o historii: Od Adama Naruszewicza do Stanisława Kętrzyńskiego* [Historiker über die Geschichte: von Adam Naruszewicz bis Stanisław Kętrzyński]. Bd. 1: 1775–1918. Warszawa 1963, 560–579.

⁹ BOBRZYŃSKI, M.: *Dzieje Polski w zarysie* [Geschichte Polens im Überblick]. Kraków 1879: Die Darstellung endet in dieser einbändigen Ausgabe 1772 – ab der zweiten Auflage, Kraków 1880, erschien das Werk in zwei Bänden, von denen der erste die Zeit bis zum Ende des 15. Jahrhunderts umfasste, der zweite dann die Periode vom Beginn des 16. Jahrhunderts bis zu den Teilungen. Bobrzyński selbst rechtfertigt die Ergänzung damit, dass ihm vorgeworfen worden sei, seine Sicht auf das 18. Jahrhundert sei in ihrer Wirkung auf die Leser zu negativ (aus dem Vorwort zur 2. Auflage, Bd. 1, 37).

¹⁰ KORZON, T.: *Wewnętrzne dzieje Polski za Stanisława Augusta 1764–1794* [Die innere Geschichte Polens unter Stanisław August 1764–1794]. 2 Bde. Warszawa 1882.

Die Unterschiede zwischen Krakauer und Warschauer Schule betrafen nicht so sehr die Herangehensweise an die Geschichte, als ihre politische Interpretation.¹¹ Eine Paradigmenverschiebung lässt sich aber im Vergleich zwischen den älteren Werken (1860er Jahre) und jüngeren Publikationen seit ca. 1880 erkennen. Ab dieser Zeit konzentrierten sich sowohl Autoren der Krakauer als auch der Warschauer Schule auf das späte 18. Jahrhundert, um Perspektiven für das 19. Jahrhundert aufzuzeigen. Besonders deutlich zeigt sich dies im Bemühen, den Nationsbegriff auch auf die »ungebildeten Massen« auszudehnen, denen die älteren Autoren noch mit großer Distanz gegenüberstanden hatten.

Gegen Ende des Jahrhunderts hatte sich die Historiographie als gesellschaftliche Leitwissenschaft etabliert. Auch die Geschichte des 19. Jahrhunderts wurde zunehmend in die Geschichtserzählung integriert, selbst wenn das Mittelalter und die Frühe Neuzeit weiterhin die Hauptbezugspunkte für die Entwicklung der nationalen Erzählungen boten.¹² Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs fielen die Rücksichten auf die Teilungsmächte weg, doch das 19. Jahrhundert blieb als Anknüpfungspunkt für die Gegenwart im wieder unabhängigen Polen problematisch. Kazimierz Tymieniecki fasste dies 1925 in einem programmatischen Aufsatz zusammen: Die Frage der Teilungen stelle zwar ein zentrales Problem der Geschichte dar, dürfe aber nicht zum Dreh- und Angelpunkt der Geschichtsbetrachtung gemacht werden, auf den alle anderen Fragen ausgerichtet würden. Schließlich sei die Zeit der Teilungen und der Unfreiheit am Ende nicht mehr als eine Episode im Leben der Nation.¹³

Die wichtigste Synthese aus der Zeit der II. Republik bildete Waclaw Sobieskis dreibändige *Dzieje Polski*, deren erste Auflage in den Jahren 1923/24 erschien. Eine zweite, deutlich erweiterte Auflage wurde dann 1938 kurz nach dem Tod des Verfassers und unter Mitarbeit weiterer Historiker veröffentlicht, die wie Sobieski politisch der Nationaldemokratie nahestanden. Sobieski sah sich in der Tradition der Warschauer Schule, welche den Lesern ein »positives« Bild der Vergangenheit nahebringen wollte.¹⁴ Als einer der ersten polnischen Historiker band er das gesamte 19. Jahrhundert in seine Darstellung ein, aber nicht als eine zusammenhängende Epoche. Vielmehr schlug er die Zeit bis zur Niederschlagung des Januaraufstandes dem zweiten Band seiner Darstellung zu, welcher mit dem Untertitel »Unter dem Joch der Angreifer« die Zeit von der

¹¹ Zusammenfassend jetzt: GÓRNY, M.: »Die Wahrheit ist auf unserer Seite«. *Nation, Marxismus und Geschichte im Ostblock*. Köln 2011, 143–151; GRABSKI: *Zarys* (Anm.1), 136–139.

¹² GRABSKI: *Zarys* (Anm. 1), 144f.

¹³ TYMIENIECKI, K.: *Co Polska traci wskutek niedostatecznego uprawienia nauki historycznej* [Was verliert Polen dadurch, dass die historische Wissenschaft zu wenig betrieben wird]. In: *Nauka Polska* 5 (1925), 162–171, zit. nach: SEREJSKI: *Historycy* (Anm. 8). Bd.2: 1918–1939. Warszawa 1966, 565–572, hier 566.

¹⁴ Vgl. das Vorwort zu SOBIESKI, W.: *Dzieje Polski* [Geschichte Polens]. Bd. 1: *Do roku 1696* [Bis 1696]. Warszawa 1923, 5.

Wahl Augusts des Starken 1697 bis zur Niederschlagung des Januaraufstandes 1864 als eine Zeit der Krise und Fremdbestimmung zeichnete. Für die »positive« Wahrnehmung aus jener Zeit sorgte der dritte Hauptabschnitt »Die Zeit der Aufstände. 1815–1864«, der sich auf den Widerstand der Nation gegen die Fremdherrschaft konzentrierte. Das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts wurde im dritten Band als Vorgeschichte und Hinführung zur staatlichen Unabhängigkeit erzählt. Neben der Politik- und Militärgeschichte galt Sobieskis Augenmerk vor allem den Faktoren, welche die nationale Integration der sozialen Schichten beförderten; besonders die Bauernfrage wurde intensiv diskutiert. Im programmatischen Schlusskapitel zu Band 2: »Ein Blick auf das 18. und 19. Jahrhundert« arbeitete der Autor das Ziel der Unabhängigkeit als Leitmotiv der Darstellung heraus. In der zweiten Auflage, in der auch dieser Abschnitt erheblich erweitert wurde, stellten die Mitherausgeber und Mitautoren Marian Morawski, Władysław Konopczyński und Janusz Iwaszkiewicz das Motiv der Aufstände und der nationalen Mobilisierung noch weiter in den Vordergrund.¹⁵

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, der kommunistischen Machtübernahme und der Westverschiebung Polens konnte die polnische Geschichtswissenschaft nur unter Schwierigkeiten an die Vorkriegstraditionen anknüpfen. Die neuen Machthaber hatten die Rolle der Historiographie als gesellschaftliche Leitwissenschaft erkannt und suchten sie für ihre Ziele in Dienst zu nehmen. In den ersten Jahren standen dabei die Kritik an der bürgerlichen Geschichtswissenschaft und der Versuch der Durchsetzung des Postulats der Fortschrittlichkeit im Vordergrund. Nach sowjetischem Vorbild versuchte man den Klassenkampf als eine Hauptantriebskraft der Geschichte darzustellen, wobei die Wertung mitunter wichtiger erschien als die Sachanalyse, während die faktographische Information in den Hintergrund trat.¹⁶ Für die Historiographie zum 19. Jahrhundert bedeutete dies zum einen, dass Bauern und Arbeiter als Akteure der Geschichte weitaus stärker in den Blick genommen werden sollten als bislang üblich. Besonders in diesem Bereich wurden zum Teil Forschungsansätze aus der Vorkriegszeit fortgesetzt – es entstanden grundlegende auf umfangreicher Quellenauswertung beruhende Arbeiten.¹⁷ Einschneidender, weil mit einer Umwertung des überkommenen Geschichtsbildes verbunden, waren die Forderungen nach einer Neubewertung der Auf-

¹⁵ SOBIESKI, W.: *Dzieje Polski* [Geschichte Polens]. Bd. 2: *Od r. 1696 do r. 1865* [Von 1696 bis 1865]. Warszawa 1924, S. 137–140; DERS.: *Dzieje Polski* [Geschichte Polens]. Bd. 2: *1696–1864*. Warszawa ²1938, 198–202.

¹⁶ GÓRNY: »*Die Wahrheit*« (Anm. 11), 217–219.

¹⁷ So z. B. in den Arbeiten von Stefan Kieniewicz aus den frühen 1950er Jahren. In seiner Monographie von 1951 finden sich keinerlei Bezüge auf die gewandelte wissenschaftspolitische Lage, während in der zwei Jahre später folgenden Untersuchung zumindest in der Einleitung auf die führende Rolle der sowjetischen Historiographie verwiesen wurde, vgl. KIENIEWICZ, S.: *Ruch chłopski w Galicji w 1846 roku* [Die Bauernbewegung in Galizien 1846]. Wrocław 1951; DERS.: *Sprawa włościańska w powstaniu styczniowym* [Die Bauernfrage im Januaraufstand]. Wrocław 1953.

standstradition und die Neuausrichtung des geographischen Horizonts der historischen Forschung im Einklang mit den neuen Staatsgrenzen. Zu Beginn der 1950er Jahre, auf dem Höhepunkt des Stalinismus, kam eine Diskussion um die Periodisierung der polnischen Geschichte nicht mehr nach politischen, sondern nach marxistisch gedeuteten gesellschaftlichen Kriterien hinzu.¹⁸

In dieser Zeit begannen die Arbeiten zu einer zeitgemäßen Geschichtsdarstellung, die nach sowjetischem Vorbild als »Akademiegeschichte« von einer Vielzahl fachlich ausgewiesener Historiker eine offizielle Auslegung der polnischen Geschichte liefern sollte. Probeausgaben (»Makieta«) zu den Bänden 1 und 2 der neuen Darstellung, also zur polnischen Geschichte von den Anfängen bis 1764 und zum Zeitraum zwischen 1764 und der Mitte des 19. Jahrhunderts, erschienen in der Zeit des politischen Umbruchs vom Stalinismus zur »Tauwetterperiode« mit dem Titel *Historia Polski* unter der redaktionellen Leitung von Tadeusz Manteuffel, dem ersten Leiter des Historischen Instituts der Polnischen Akademie der Wissenschaften. Die ersten Rezensionen zu diesen Bänden nahmen dann aber bereits keine politischen Rücksichten mehr und kritisierten das Werk grundlegend.¹⁹ Die »offiziellen« Ausgaben, die ab 1958 veröffentlicht wurden, nahmen diese Kritik auf und lieferten gegenüber der »Makieta« eine deutlich erweiterte Darstellung.

Während sich Band 1 (erschieden in zwei Teilbänden) mit der Geschichte Polens von den ur- und frühgeschichtlichen Anfängen bis zum Ende der Sachsenzeit beschäftigte, setzte Band 2 mit dem Jahr 1764 ein und führte die Darstellung bis 1864 fort. Band 3 deckte die Periode zwischen der Mitte des 19. Jahrhunderts (1850/64) und 1918 ab. In der Einleitung zu Band 2 gingen die Bandherausgeber eingehend auf Periodisierungsfragen ein und erhellten damit auch die Diskussionen, die in den vorangegangenen Jahren um die Frage einer marxistischen Geschichtsdeutung entbrannt waren. Den politischen Erwartungen entsprechend wird die Zeit vor 1864 als Epoche des Feudalismus porträtiert, an die sich das Zeitalter des Kapitalismus in Polen anschließe. Dennoch seien die Chronologie und die Abgrenzung der Teilbände sehr umstritten gewesen. Als wichtigstes Kriterium der zeitlichen Gliederung der gesamten *Historia Polski* seien die sozioökonomischen Formationen anzusehen, allerdings sei es offensichtlich, dass in der Geschichte einiger Nationen Erscheinungen von anderem, z. B. von politischem Charakter, eine so herausragende Rolle spielten, dass man sie bei der Periodisierung nicht übergehen könne. In der Geschichte Polens sei dies der Untergang des unabhängigen Staates am Ende des 18. Jahrhunderts.²⁰ Daraus ergab sich, neben der auf der ersten Seite des Bandes angeführten sozioökonomischen Gliederung, etwas weiter hin-

¹⁸ GRABSKI: *Zarys* (Anm.1), 198–207.

¹⁹ GÓRNY: »*Die Wahrheit*« (Anm. 11), 103–107.

²⁰ *Historia Polski* [Geschichte Polens], hg. von T. MANTEUFFEL, Polska Akademia Nauk, Institut Historii. Bd. 2: 1764–1864. Teil 1: 1764–1795, hg. von S. KIENIEWICZ und W. KULA. Warszawa ²1958, 1–3.

ten eine etwas anders gelagerte Interpretation, welche Band 1 und den ersten Teilband von Band 2 (1764–1795) als Geschichte des unabhängigen Polens charakterisierte, wohingegen die Teilbände 2.2, 2.3 und der gesamte Band 3 die Geschichte der Teilungszeit behandelten.²¹ Die geschichtspolitische Dimension der Periodisierungsfrage wurde 1958 in bemerkenswerter Offenheit dargelegt – entschieden wurde der Gegensatz zwischen einer an politischen Vorgaben orientierten Auslegung und der bewussten Anknüpfung an die historiographiegeschichtliche Tradition allerdings nicht.

Die chronologische Aufteilung der drei Teile des zweiten Bandes erscheint zweifellos politikgeschichtlich inspiriert: als Schlusszäsuren dienen die Jahre 1795, 1831 und 1864,²² der Beginn des ersten Teils im Jahre 1764 knüpft an ältere Traditionen der Nationalhistoriographie an. In den Bänden wird der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte deutlich mehr Aufmerksamkeit geschenkt als früher, doch von der Rolle einer Leiterzählung ist sie nach wie vor weit entfernt. Ihr werden jeweils mehrere Kapitel mit einem Gesamtumfang von weniger als einem Viertel des Textes gewidmet, mit einem Schwergewicht auf der Geschichte der Bauernbevölkerung und der Industrialisierung. Der größte Teil der Erzählung besteht aus politik- und verwaltungsgeschichtlichen Abschnitten, daneben gibt es je ein größeres Kapitel (30–50 Seiten) zur (Eliten-)Kultur und im Zusammenhang mit den Aufständen auch eingehende militärgeschichtliche Ausführungen. Eine neue Entwicklung war die Einbeziehung des »Bauernaufstandes« in Galizien 1846 in die Traditionslinie der Aufstände.

In geographischer Hinsicht hatten die Autoren keine Vorbehalte, der politischen Leitlinie zu folgen, welche eine Abbildung der aktuellen Staatsgrenzen auch in den älteren Epochen vorsah. Als Teilungsgebiete wurden lediglich die unter preußischer und österreichischer Herrschaft befindlichen Territorien bezeichnet; Polen wurde weitgehend mit Kongresspolen identifiziert, während die bis 1795 an Russland gefallenen Gebiete kaum noch Erwähnung fanden. Kleinere Abschnitte waren hingegen der Geschichte Schlesiens, Pommerns, des Ermlands und Masuriens gewidmet, also der nach dem Zweiten Weltkrieg an Polen gekommenen Nord- und Westgebiete. Die Integration dieser Territorien in den Kanon der polnischen Nationalgeschichte war nicht nur politisch gewollt, sondern entsprach auch der historiographischen Tradition.

Durch die offizielle Leitlinie einer sozial- und wirtschaftsgeschichtlich begründeten Periodisierung stand der dritte Band der *Historia Polski* vor noch größeren Problemen als der Vorgängerband, da die unterschiedlichen Dynamiken in den einzelnen Teilungsgebieten eine überwältigende Nationalerzählung in dieser Hinsicht erschwerten. Die geteilte Anfangszäsur: 1848/50 für den preußischen und österreichischen Landesteil sowie 1864 für den russischen Teil/Kongresspolen zeigt aber auch die hohe Bedeutung, welche der

²¹ Ebd., 3. Vgl. GÓRNY: »Die Wahrheit« (Anm. 11), 107.

²² *Historia Polski* (Anm. 20). Bd. 2: 1764–1864. Teil 2: 1795–1831, hg. von S. KIENIEWICZ und W. KULA. Warszawa 1958; Teil 3: 1831–1864. Warszawa 1959.

Politikgeschichte zugeschrieben wurde. Die Herausgeber formulierten daher den Anspruch, eine marxistisch-leninistische *historia integralna* schreiben zu wollen, eine Gesamtdarstellung der Nationalgeschichte im Bereich Wirtschaft, gesellschaftliche Beziehungen, Politik und kulturell-wissenschaftliches Wirken.²³ Im ersten Teil des Bandes, der bis zum Jahr 1900 reichte, traten die jeweiligen Teilungsgebiete entschieden in den Vordergrund; übergreifende Darstellungen wurden vor allem bei der Abhandlung der demographischen Entwicklung, zur Rolle der Arbeiterbewegung und der Partei »Proletariat« sowie im Abschnitt zum kulturell-wissenschaftlichen Leben angestrebt. Territorial wurden die gleichen Orientierungsmarken übernommen wie in Band 2, wobei in den späteren Nord- und Westgebieten eingehend nach dem Stand des polnischen Nationalbewusstseins gefragt wurde. Dieses stand in Großpolen, Pommerellen und Ermland außer Frage; in (Ober-)Schlesien und Masuren wurde ein erwachendes politisches Leben festgestellt, während in Niederschlesien, dem Land Lebus und Pommern erst ein allmähliches Erwachen des polnischen Bewusstseins erkannt werden konnte.²⁴

Nachdem die Teilbände von Band 2 und der erste Teil von Band 3 in recht dichter Folge zwischen 1958 und 1963 erschienen waren, dauerte es bis 1972, bis der Teilband zur Zeit zwischen 1900 und 1918 publiziert wurde.²⁵ Er unterscheidet sich von den früheren Bänden durch seinen (impliziten) Anspruch, eine Vorgeschichte der II. Republik zu liefern. In den Kapiteln zu den einzelnen Teilungsgebieten steht immer der Blick auf die kommende staatliche Zugehörigkeit im Vordergrund. Von einem geänderten wissenschaftlichen Selbstverständnis zeugt auch die Ankündigung der Herausgeber, neben den zentripetalen, auf die Nationsbildung hinzulaufenden Tendenzen, auch die zentrifugalen Momente in den Blick nehmen zu wollen, doch wird dieser Anspruch in der Darstellung nicht eingelöst. Die Integration der verschiedenen Territorien in die Ökonomie der Teilungsmächte wird nur am Rande gestreift, andere »imperiale« Integrationstendenzen werden nicht ausgemacht.

Während die Arbeiten an der Akademiegeschichte noch weiterliefen, erschienen in den späten 1960er Jahren zwei Darstellungen der polnischen Geschichte im 19. Jahrhundert, die sich dezidiert kritisch zu den konzeptionellen Grundideen der *Historia Polski* positionierten.²⁶ Im Jahre 1967 publizierte Tadeusz Łepkowski seine *Geschichte der modernen Nationsbildung in Polen*,²⁷ welche sich auf den Zeitraum zwischen 1764

²³ *Historia Polski* (Anm. 20). Bd. 3: 1850/1864–1918. Teil 1: 1850/1864–1900, hg. von Z. KORMANOWA und I. PIETRZAK-PAWLOWSKA. Warszawa 1963, 13.

²⁴ Ebd., 230.

²⁵ *Historia Polski* (Anm. 20). Bd. 3: 1850/1864–1918. Teil 2: 1900–1914, hg. von Z. KORMANOWA und W. NAJDUS. Warszawa 1972.

²⁶ GRABSKI: *Zarys* (Anm.1), 218.

²⁷ T. ŁEPKOWSKI: *Polska, narodziny nowoczesnego narodu 1764–1870* [Polen, Geburt einer modernen Nation 1764–1870]. Warszawa 1967 – Neuaufl. Poznań 2003 (Wznowienia – Poznańskie Towarzystwo Przyjaciół Nauk, 13).

und 1870 konzentrierte. Der Autor distanzierte sich in seiner Einleitung deutlich vom Historischen Materialismus und betonte, er wolle nicht »Faktoren« in den Mittelpunkt seiner Betrachtung stellen, sondern Menschen. Er führte aus, »von den drei Möglichkeiten: Geschichte der Polen, Geschichte der polnischen Staatlichkeit, Geschichte Polens als Territorium in seiner jetzigen Gestalt, liegt mir selbstverständlich die erste am nächsten«. ²⁸ Damit positionierte er seine Darstellung nicht allein gegenüber der aktuellen wissenschaftspolitischen Leitlinie, sondern auch gegenüber der älteren Auseinandersetzung zwischen der Krakauer und der Warschauer Schule. Obwohl er den zeitlichen Rahmen zwischen 1764 und 1870 nur als grobe Orientierung verstanden wissen wollte, ordnete er implizit die Zeit Stanisław Augusts nicht so sehr in die Interpretationslinie des Untergangs, sondern in die Tradition der modernen Nation ein. Den Teilungsgebieten wird bei der Ordnung des Materials nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt, sondern die Geschichte der Aufstände bildet die große Orientierungslinie der Darstellung. Ihnen werden gut zwanzig Prozent des Textes gewidmet, allerdings erscheinen sie nicht als Gliederungseinheiten (Hauptkapitel oder Abschnitte), sondern lediglich als Unterkapitel.

Im folgenden Jahr veröffentlichte Stefan Kieniewicz einen Abriss der Geschichte des langen 19. Jahrhunderts, bei dem er – damals noch sehr untypisch – das Jahr 1795 zum Ausgangspunkt nahm. ²⁹ Kieniewicz beabsichtigte stärker als Łepkowski, eine Art Kompendium des 19. Jahrhunderts zu liefern, und schickte seiner Darstellung daher grundsätzliche methodische Überlegungen voraus. Dabei beschäftigte ihn die Ordnung des Materials, insbesondere das Problem, wieviel Raum den Teilungsgebieten zu widmen sei und wieviel dem Gesamtrahmen. Ähnlich wie Łepkowski polemisierte er deutlich gegen die marxistische Methodologie. Er verordnete sich in seinem Werk vor allem »Zurückhaltung bei Werturteilen; Fakten, Quellen und Konsequenzen sollen für sich sprechen«. ³⁰ Durch die Konzeption als Lehrbuch für Studierende zeigt sich sein Text offener für die territorialen Herausforderungen als eine Darstellung, die für ein breites Publikum im Nachkriegspolen geschrieben wurde. Kieniewicz nahm jene Gebiete in den Blick, »welche im 19. Jahrhundert von einer geschlossenen Masse der polnischen Bevölkerung bewohnt wurden«. Dabei berücksichtigte er explizit die »politische und kulturelle Aktivität der polnischen Bevölkerung östlich des Flusses Bug, wie auch [...] die Wirtschaftsgeschichte der Westgebiete, die heute zu Polen gehören, doch damals

²⁸ Ebd. (Ausg. 1967), 6: »... z trzech możliwości: dzieje Polaków, dzieje państwowości polskich, dzieje Polski jako terytorium w jego obecnym kształcie, najbliższa jest mi, rzecz jasna, pierwsza...« (Soweit nicht anders vermerkt stammen die Übersetzungen polnischsprachiger Zitate vom Autor).

²⁹ S. KIENIEWICZ: *Historia Polski 1795–1918* [Geschichte Polens 1795–1918]. Warszawa 1968 – 11. Auflage 2002 als jüngste Ausgabe.

³⁰ Ebd. (1. Aufl.), 7.

nicht polnisch waren.«³¹ Nachdrücklich setzte sich Kieniewicz vom Primat der »Klassen-« und Wirtschaftsgeschichte ab und konzentrierte sich auf die Politik- und Aufstandsgeschichte sowie die Kulturgeschichte in ihren politischen Kontexten. Seine Darstellung traf nicht nur auf fachliche Anerkennung, sondern war auch bei der Leserschaft stark gefragt: Bis zum Ende der Volksrepublik wurde sie in sechs Auflagen gedruckt und erlebte in der Transformationszeit noch fünf weitere (bis zur elften Auflage 2002). Nach dem Tod des Autors 1992 wurde die achte Auflage um einige Punkte erweitert, die zuvor zum Teil aus politischen Rücksichten nicht hinreichend Eingang in die Darstellung gefunden hatten, teilweise aber auch das Buch an den aktuellen Forschungsstand anpassen sollten. Jerzy Skowronek nannte im Vorwort zu dieser Ausgabe vor allem die nun stärkere Berücksichtigung des russischen Teilungsgebiets, namentlich der so genannten *Ziemia Zabrane* (die nicht dem kongresspolnischen Territorium zugeschlagen worden waren) und der russischen Politik gegenüber der polnischen Bevölkerung. Hinzu kamen Ergänzungen in der Darstellung der Kirchenpolitik sowie als forschungspolitische Desiderata die stärkere Berücksichtigung der Regionen und europäischer Entwicklungen wie des griechischen Aufstands 1821–1829.³²

Noch größerer Erfolg war in der späten Volksrepublik einer Gesamtdarstellung der polnischen Geschichte der drei Krakauer Autoren Jerzy Wyrozumski, Józef Gierowski und Józef Buszko beschieden.³³ Ihre *Historia Polski* erschien zwischen 1978 und 1989 in 13 Auflagen mit insgesamt über zwei Millionen (!) Exemplaren, was sie zu der bei weitem auflagenstärksten Gesamtdarstellung der polnischen Geschichte machte. Die erste Auflage von 1978 erschien noch in drei Bänden (Wyrozumski: bis 1505; Gierowski: 1505–1864; Buszko: 1864–1948), ab der zweiten Auflage wurde dann die Periode 1505 bis 1864 in zwei Bände (aber mit fortlaufender Kapitelzählung) aufgeteilt, was dem Gesamtwerk den populären Beinamen »Krakauer Vierlinge« einbrachte.

Die Bandgliederung präsentierte das 19. Jahrhundert ursprünglich nicht als eigene Epoche; erst mit der Aufteilung von Band 2 in einen ersten Teil zu den Jahren 1505 bis 1764 und einen zweiten zu den Jahren 1764 bis 1864 ist eine Anknüpfung an die traditionelle Periodisierung zu erkennen. Józef Gierowski stellte seiner Darstellung keine konzeptionellen Überlegungen voran, doch wird im Text deutlich, dass die Volksrepublik Polen als unausgesprochener Referenzrahmen betrachtet wird – zum Beispiel wenn der Autor Schlesien und Pommerellen in seine Berechnung der Bevölkerungszahl

³¹ Ebd., 6: »[Historia] obszaru zamieszkanego w XIX w. przez zwartą masę ludności polskiej. Uwzględniał jednak aktywność polityczną i kulturalną grup ludności polskiej zamieszkałych na wschód od Bugu, jak również [...] historię gospodarczą ziem zachodnich, dziś należących do Polski, lecz które wówczas polskimi nie były«.

³² J. SKOWRONEK: *Przedmowa do ósmego wydania* [Vorwort zur achten Auflage]. In: Ebd. (11. Auflage), 6–9.

³³ WYROZUMSKI, J./GIEROWSKI, J./BUSZKO, J.: *Historia Polski* [Geschichte Polens]. Warszawa 1978 – 13. Aufl. 1989.

der Polen am Ende des 18. Jahrhunderts einbezieht. Eine Besonderheit in Gierowskis Darstellung liegt darin, dass er auch die jüdische Bevölkerung in seine Erzählung integriert; andere nichtpolnische Bevölkerungsgruppen finden bei ihm jedoch ganz traditionell nur am Rande Erwähnung.³⁴ Der Verzicht auf Polemik mit marxistischen Ansätzen spiegelt sich auch in Gierowskis Text wider. Er beginnt den Band zum Zeitraum 1764 bis 1864 mit einem Überblick über die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte und lässt dem einen Abriss zur (Eliten-)Kultur des ausgehenden 18. Jahrhunderts folgen. Die weiteren Kapitel sind dann politischen und diplomatischen Entwicklungen gewidmet. In den beiden Abschnitten zum eigentlichen 19. Jahrhundert (1795–1831, 1831–1864) dominiert die Erzählung der Aufstandsgeschichte mit breiter Berücksichtigung der Militärgeschichte. In den Unterkapiteln zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung wird immer wieder auf die Lage der Bauern verwiesen. Der Band fährt fort mit Kapiteln zur Wirtschafts- und Kulturgeschichte, und schließt mit einer Betrachtung zur modernen polnischen Nationsbildung.

Jerzy Buszko griff zeitlich ebenfalls über das 19. Jahrhundert hinaus und spannte die Periode seit dem Ende des Januaraufstandes bis zur Festigung der kommunistischen Herrschaft in Polen nach dem Zweiten Weltkrieg in einen Band zusammen. In seiner Einleitung nahm er zunächst auf den Januaraufstand 1863/64 als Periodisierungsbeginn Bezug, entwickelte die zeitliche Ordnung des Bandes danach aber aus einer wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Perspektive, die argumentativ stark an die Akademiegeschichte angelehnt war, an deren dritten Band Buszko bereits mitgewirkt hatte. Ähnlich wie dort dominieren die einzelnen Teilungsgebiete die Erzählung; für die Zeit vor 1914 gibt es so gut wie keine teilgebietsübergreifenden Abschnitte, mit Ausnahme des Kapitels zu Kultur und Bildung am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Den territorialen Rahmen bilden Kongresspolen, das preußische Teilungsgebiet und Galizien; die ehemals zum Großfürstentum Litauen gehörenden und 1772–1795 an Russland angeschlossenen Gebiete (*Ziemia Zabrane*) werden lediglich im Zusammenhang mit dem Folgen des Januaraufstands kurz erwähnt, später aber nicht mehr. Die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte spielt eine große Rolle, wobei die Bauern etwas zurücktreten und Industrie, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung breiten Raum erhalten. Ethnische Beziehungen werden in der Erzählung über das preußische Teilungsgebiet für das späte 19. Jahrhundert durchgängig thematisiert, in Bezug auf Galizien gelangen sie erst im Hinblick auf die sogenannte »ukrainische Frage« im Umfeld der Nationalisierung vor dem ersten Weltkrieg ins Blickfeld der Erzählung.

Zusammenfassend lässt sich für die Historiographie der Volksrepublik zum 19. Jahrhundert festhalten, dass die politischen Rahmensetzungen besonders im Hinblick auf das zu behandelnde Territorium weitgehend akzeptiert worden sind. In allen größeren

³⁴ GIEROWSKI, J. A.: *Historia Polski 1764–1864* [Geschichte Polens 1764–1864]. Warszawa ¹²1988, 35–37.

Synthesen findet sich die Fixierung auf die 1944/45 vollzogene Westverschiebung Polens, die sich weniger in der Einbeziehung der westlichen Territorien in die nach wie vor national geprägte Erzählung zeigte als in dem fast völligen Ausblenden des ehemaligen Großfürstentums Litauen und der ruthenischen Gebiete. In Bezug auf die zeitliche Gliederung überwog eindeutig die Zweiteilung des 19. Jahrhunderts in die Periode der Aufstände und die Epoche der modernen Nationsbildung. Die Zeit der Aufstände (1794 – Hzm. Warschau – 1830 – 1846/48 – 1863) wurde zumeist nur zurückhaltend als Periodisierungskriterium angesprochen, aber sie findet sich in den Darstellungen jeweils recht prominent vertreten. Die Epoche der modernen Nationsbildung wurde bei Buszko – ebenso wie in der II. Republik bei Sobieski – direkt mit der Geschichte Polens im unabhängigen Staat verbunden und erhielt so die Rolle einer Vorgeschichte zur Gegenwart. Damit wiesen sowohl die territoriale als auch die zeitliche Gliederung eine deutliche Teleologie auf, die über die besprochene Periode hinauswies. Inhaltlich ist das generelle Festhalten an den Grundlinien der nationalen Leiterzählung, wie sie im 19. Jahrhundert etabliert wurde, auffällig. Im Vergleich zur älteren Historiographie wurden sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Fragen erheblich stärker in die Narration integriert, auch wenn sie zu keiner Zeit jenen Stellenwert erhielten, der ihnen in programmatischen Erklärungen zugemessen wurde. Die Ausführungen zur Kulturgeschichte blieben ganz überwiegend den traditionellen Kategorien der Elitenkultur verhaftet. Hier wirkte sich besonders das Fehlen neuer Syntheseangebote in den 1980er-Jahren aus.

Mit dem politischen Übergang von der Volksrepublik zur III. Republik 1989 fielen die politischen Einschränkungen für die polnische Historiographie weg. Der Systemwechsel brachte aber auch eine tiefgreifende Veränderung in der gesellschaftlichen Rolle der Geschichtswissenschaft, die ihre Stellung als gesellschaftliche Leitwissenschaft verlor. Die Politik hörte auf, Einfluss auf die Geschichte nehmen zu wollen; Historiker waren zwar an prominenter Stelle am politischen Umbruch beteiligt, doch resultierte daraus (zumindest am Ende des 20. Jahrhunderts) keine neue geschichtspolitische Aufladung. Mit der Distanz von der Politik büßten ältere Polemiken und Beschränkungen ihre Bedeutung ein. Die Frage nach der Periodisierung der polnischen Geschichte verlor an Schärfe, der geographische Rahmen wurde von der polnischen Geschichtsforschung schon bald nach 1990 wieder nach Osten ausgedehnt und die ehemaligen Ostgebiete der frühneuzeitlichen Rzeczpospolita wie selbstverständlich wieder in die Beobachtung einbezogen. Dies führte zu wichtigen Neuorientierungen in der historischen Forschung, die ethnisch-religiöse Diversität nicht länger als Störfaktor der Nationalgeschichte sondern als konstitutives Element gesellschaftlicher Entwicklung begriff. Auf der anderen Seite ließ das Interesse der Nationalgeschichte für jene Gebiete nach, die im jeweiligen Beobachtungszeitraum nicht mit Polen verbunden gewesen waren. Sie wurden intensiver beforscht als je zuvor, aber in ihren jeweils zeitgenössischen Kontexten betrachtet und nicht mehr national überformt.

Auf den Wunsch nach einer neuen Interpretation der Teilungszeit reagierte der Warschauer Verlag PIW, indem er 1994 eine polnische Übersetzung der Monographie von Piotr S. Wandycz *The Lands of Partitioned Poland, 1795–1918* (polnischer Titel: *Pod zaborami. Ziemie Rzeczypospolitej w latach, 1795–1918*) auf den Markt brachte.³⁵ Der in den USA an der Universität Yale lehrende Wandycz hatte seine Darstellung 1974 für die zehnbändige *History of East Central Europe* verfasst. Sie sollte das amerikanische Publikum in wesentliche Problemfelder der Geschichte Ostmitteleuropas einführen. In seinem Vorwort zur polnischen Ausgabe betonte Wandycz, dass seine Darstellung vor dem Hintergrund der gesamten Reihe zu verstehen sei, welche die Geschichte Ostmitteleuropas zum Gegenstand habe. Daher stelle sie »zugleich etwas mehr und etwas weniger als eine Geschichte der polnischen Nation im 19. Jahrhundert dar.«³⁶ Ihren territorialen Rahmen bildeten die Gebiete der polnisch-litauischen Rzeczpospolita vor Beginn der Teilungen 1772, und so würden zum einen Gebiete mit polnischer Bevölkerung wie das Ermland und Masuren oder Oberschlesien und das Teschener Gebiet nur kursorisch behandelt, auf der anderen Seite aber die Entwicklung der litauischen, weißrussischen und ukrainischen Gebiete integral in die Darstellung einbezogen. Ebenso wie in Bezug auf die deutsche oder jüdische Bevölkerung in diesen Gebieten stünden dabei die Beziehungen zur polnischen Gesellschaft im Zentrum. Inhaltlich legte Wandycz den Schwerpunkt auf die politischen Entwicklungen und die gesellschaftlichen Prozesse, während Fragen der Kulturgeschichte in der polnischen Ausgabe noch stärker an den Rand traten als in der amerikanischen Vorlage.³⁷

Seit dem Ende der 1990er Jahre ist dann eine Reihe neuer Synthesen zur Geschichte des 19. Jahrhunderts erschienen, die sich jeweils in den Gesamtzusammenhang epochenübergreifender Gesamtdarstellungen einordnen. Direkt um die Jahrtausendwende erschienen in Krakau zwei mehrbändige Werke, die auf je eigene Weise als prägend anzusehen sind – die zehnbändige *Wielka Historia Polski*, die von Stanisław Grodziski, Jerzy Wyrozumski und Marian Zgórniak herausgegeben wurde, und die vierbändige *Historia Polski*, die sich in der Tradition der »Krakauer Vierlinge« verortete.

Zur Begründung für das Publikationsprojekt *Wielka Historia Polski* führte Jerzy Wyrozumski im ersten Band der Reihe 1998 aus, dass man ein Gegenprojekt zur politischen Indienstnahme der Historiographie in der Zeit des Totalitarismus schaffen wolle: »Zensur geht leicht in Selbstzensur über, und aus dieser wiederum entstehen Ver-

³⁵ WANDYCZ, P. S.: *The Lands of Partitioned Poland 1795–1918*. Seattle 1974 (A History of East Central Europe, 7); DERS.: *Pod zaborami. Ziemie Rzeczypospolitej w latach 1795–1918* [Unter den Teilungsmächten. Die Länder der Rzeczpospolita in den Jahren 1795–1918]. Warszawa 1994.

³⁶ WANDYCZ, *Pod Zaborami* (Anm. 7), 5: »[W tym właśnie rozumieniu niniejszy tom] jest jednocześnie czymś więcej i czymś mniej niż historią narodu polskiego w XIX stuleciu.«

³⁷ Ebd., 6–9.

schweigen, Unklarheiten, Halbwahrheiten und mitunter gar Desinformation«. ³⁸ Die polnische Geschichtsschreibung sei zwar davon weniger betroffen gewesen als diejenigen anderer Länder im Lager des sogenannten real existierenden Sozialismus, doch in hinreichendem Maße, um das gesellschaftliche Vertrauen darin zu erschüttern. Die zehnbändige Große Geschichte Polens, geschrieben unter den Bedingungen völliger Freiheit von Wort und Geist, solle vor allem dazu dienen, das Vertrauen in die Geschichtswissenschaft im Allgemeinen und die eigene (»vaterländische«) Geschichte im Besonderen wieder herzustellen, auf dass sie wenigstens zum Teil nützlich sei bei der Überprüfung eigener staatsbürgerlicher Haltungen, des eigenen Bewusstseins und der eigenen Reife, aber auch für das Verständnis von anderen. Daher wende sie sich an breite Leserschichten, die an Geschichte interessiert sind, an künftige Wissenschaftler ebenso wie an künftige Lehrer; an alle Liebhaber der Geschichte – ältere, jüngere und die allerjüngsten. ³⁹

Diese Orientierung an einem über die Fachwissenschaft hinausgehenden Publikum zeigt sich unter anderem in einer emotionalen Färbung der Narration, die besonders in Stanisław Grodziskis Band zur Periode zwischen 1764 und 1815 auffällt. ⁴⁰ Grodziski nimmt auf die intensiven früheren Polemiken um die Bewertung der Teilungen und Aufstände Bezug, wenn er in der Einleitung zu diesem Band sagt: »Grundlegend ist die Frage nach Verantwortung und Schuld«. ⁴¹ Emotionalität durchzieht auch seine Darstellung mit Überschriften wie »Nach dem Untergang« (»*Po upadku*«) oder »Noch ist Polen nicht gestorben« (»*Jeszcze Polska nie umarła...*«). ⁴²

Marian Zgórnjak parallelisiert in der Einleitung zu Band 7, welcher dem Zeitraum zwischen 1815 und 1864 gewidmet ist, das polnische 19. Jahrhundert als Zeit der Staatenlosigkeit mit der Geschichte der Moderne, die zwischen Französischer Revolution und Ersten Weltkrieg verortet wird. ⁴³ Eine solche Einordnung in weltgeschichtliche Zusammenhänge spiegelt sich nur wenig in der Darstellung. Die Verschiebungen im territorialen Rahmen betreffen vor allem die Einbindung der *Ziemia Zabrane* im russischen Teilungsgebiet, während im preußischen Bereich Schlesien nicht länger mitbehandelt wird. Ein eigenes Kapitel ist der Geschichte der Großen Emigration gewidmet. Politik- und militärgeschichtliche Ausführungen dominieren die Erzählung, was durch zahlreiche Abbildungen noch untermauert wird. Sozial- und Wirtschaftsgeschichte

³⁸ WYROZUMSKI, J.: *Przedmowa* [Vorrede]. In: Kaczanowski, P./Kozłowski, J. K.: *Najdawniejsze dzieje ziem polskich (do VII w.)* [Die älteste Geschichte der polnischen Länder (bis zum 7. Jh.)]. Kraków 1998 (Wielka Historia Polski [Große Geschichte Polens] 1), 6

³⁹ Ebd.

⁴⁰ GRODZISKI, S.: *Polska w czasach przełomu (1764–1815)* [Polen in Zeiten des Umbruchs (1764–1815)]. Kraków 1999 (Wielka Historia Polski, 6).

⁴¹ Ebd., 8.

⁴² Ebd., 207, 230.

⁴³ ZGÓRNIK, M.: *Polska w czasach walk o niepodległość (1815–1864)* [Polen in den Zeiten der Unabhängigkeitskämpfe (1815–1864)]. Kraków 2001 (Wielka Historia Polski, 7), 7.

werden bei Zgórnjak dagegen nur marginal berücksichtigt, die (Eliten-)Kultur wird in einem kurzen Kapitel am Schluss angesprochen.

Ganz anders präsentiert Józef Buszko den Folgeband zur Zeit zwischen 1864 und 1918.⁴⁴ Zwar suggeriert der Titel des Buches »Von der Unfreiheit zur Unabhängigkeit« ebenfalls eine eher emotionalisierte Narration, doch Buszko stellt sich deutlich in die Tradition seiner früheren synthetischen Arbeiten. Die Einleitung weist in Teilen fast wörtliche Anklänge an die *Historia Polski 1864–1948* von 1978 auf. Aufgrund des anderen zeitlichen Rahmens gewinnt die Darstellung aber einen eigenständigen Charakter – sie ist das Porträt einer Epoche und nicht mehr die Vorgeschichte einer anderen. Wie in seinen früheren Arbeiten berücksichtigte Buszko auch hier stärker als seine Mitautoren sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Entwicklungen: drei Kapitel widmet er zudem Kultur und Bildungswesen. Zudem werden gesellschaftliche Fragen immer wieder in den politikgeschichtlichen Großkapiteln angesprochen, so dass Buszkos Darstellung am stärksten von den hier behandelten Bänden die Traditionen der jüngeren polnischen Gesellschaftsgeschichtsschreibung fortentwickelt. In geographischer Hinsicht erweitert er das Blickfeld um die Gebiete, die sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts im Visier der polnischen Nationalbewegung befanden: die Kaschubei, Ermland und Masuren sowie Oberschlesien und das Teschener Schlesien.

Insgesamt unterscheidet sich die *Wielka Historia Polski* vor allem mit ihrer Darstellungsform von früheren Synthesen, indem sie den Text durch eine Vielzahl von (teils farbigen) Abbildungen und Karten illustriert sowie in zahlreichen Textboxen vertiefte Informationen zu einzelnen Persönlichkeiten, Problemen oder Ereignissen liefert. Diese äußere Aufmachung und die zum Teil sehr eingängige Erzählweise zeigen, dass hier auch neue, nichtakademische Leserkreise erschlossen werden sollten.

Neue Wege in der Darstellung beschreitet auch eine andere Geschichte des 19. Jahrhunderts aus dem Krakauer Umfeld, nämlich Andrzej Chwalbas *Historia Polski 1795–1918*, deren erste Auflage im Jahre 2000 erschienen ist (als dritter Band der neuen »Krakauer Vierlinge«).⁴⁵ Sie ist von der Anlage her mehr als akademisches Lehrbuch denn als Lesebuch für breitere Leserschichten zu verstehen, aber auch hier gibt es zahlreiche Abbildungen und Stichworte am Seitenrand, welche die Leser zusätzlich zur Kapitelgliederung durch den Text führen. Die wichtigste Neuerung dieses Werks bildet ihr erster Teil – eine überblicksartige Darstellung des Themas aus Sicht einer modernen Kultur- und Gesellschaftsgeschichte mit Kapiteln zur Alltagszivilisation, Mobilität, Frauen und Familie, Eliten- und Populärkultur, religiöser Kultur oder nationale Selbst- und Fremdstereotypen (ergänzt durch »klassische Themen« wie demographische Ent-

⁴⁴ BUSZKO, J: *Od niewoli do niepodległości (1864–1918)* [Von der Unfreiheit zur Unabhängigkeit]. Kraków 2000 (*Wielka Historia Polski*, 8).

⁴⁵ CHWALBA, A.: *Historia Polski 1795–1918* [Geschichte Polens 1795–1918]. Kraków 2000, ²2005, ³2007.

wicklung oder gesellschaftliche Relationen). Dieser Teil macht fast ein Viertel des Gesamtwerkes aus und bildet einen Rahmen, um die Überblicke über die politische und soziale Geschichte im zweiten Teil einzuordnen. Auch in diesem finden sich wiederum sozial-, geistes- oder mentalitätsgeschichtliche Abschnitte, die dann aber in einen engen regionalen und zeitlichen Kontext eingebunden sind.

Der zweite Teil geht bewusst an den klassischen Zäsuren 1815 und 1864 vorbei und nimmt eine Trennlinie in den Jahren 1850/53 in den Blick. Regional werden die Teilungsgebiete mit ausführlicher Berücksichtigung der *Ziemia Zabrane* in getrennten Kapiteln besprochen, Schlesien und Masuren hingegen finden in einem getrennten Kapitel zu den »polnischen Grenzgebieten der alten Rzeczpospolita« Beachtung. Die Geschichte des Ersten Weltkriegs folgt als letztes inhaltliches Kapitel. Gerahmt wird die Erzählung durch zwei bilanzierende Kapitel, in denen der Autor persönliche Gedanken zur »Eröffnungs-« und »Schlussbilanz« des 19. Jahrhunderts in der Geschichte Polens zur Diskussion stellt und die nationale Teleologie älterer Synthesen behutsam hinterfragt.

Deutlich konventioneller als Chwalba präsentiert sich die erstmals 2005 erschienene Geschichte Polens im 19. Jahrhundert von Jerzy Zdrada,⁴⁶ der ebenfalls an der Krakauer Jagiellonenuniversität lehrte und von 1997 bis 2001 stellvertretender Bildungsminister gewesen war. Auch dieser Band fügt sich in eine vierbändige Gesamtdarstellung der polnischen Geschichte ein, die allerdings vom Warschauer Verlag PWN besorgt wurde. Zdrada nimmt ebenfalls das Territorium von 1772 zum Ausgangspunkt, betont aber das Augenmerk auf die Entwicklung der »Randgebiete« (*»kresy«*), worunter er nicht allein die östlichen, sondern bewusst auch die westlichen Gebiete mit polnischer Bevölkerung (Ermland und Masuren, Oberschlesien, Teschener Gebiet) fasst. Er hebt hervor, dass sich seine Darstellung als akademisches Lehrbuch auf Politik und Gesellschaft konzentrierte, während Fragen der Kulturgeschichte bewusst ausgespart worden seien.⁴⁷ Das ausführliche Inhaltsverzeichnis (16 Seiten!) unterstreicht den Lehrbuchcharakter: kurze Abschnitte vermitteln ein Gefühl von starker Systematisierung; es zeigt aber auch die interpretatorischen Leitlinien der Darstellung, die stärker als bei Chwalba einer traditionellen Nationalgeschichtserzählung verpflichtet sind.

Seit kurzem abgeschlossen ist eine mehrbändige Synthese *Historie Polski w XIX wieku* [Geschichten Polens im 19. Jahrhundert],⁴⁸ die wiederum von einem Krakauer Historiker, Andrzej Nowak, herausgegeben wird, aber Beiträge aus unterschiedlichen

⁴⁶ ZDRADA, J.: *Historia Polski 1795–1918* [Geschichte Polens 1795–1918]. Warszawa 2005 – 2007.

⁴⁷ Ebd., XXIX.

⁴⁸ NOWAK, A. (Hg.): *Historie Polski w XIX wieku* [Geschichten Polens im 19. Jahrhundert]. Bd. 1: *Kominy, ludzie, obłoki. Modernizacja i kultura* [Schornsteine, Menschen, Wolken. Modernisierung und Kultur]; Bd. 2: *Historie Polityczne, Cz. 1* [Politische Geschichten, Teil 1]; Bd. 3: *Historie polityczne, Cz. 2* [Politische Geschichten, Teil 2]. Warszawa 2013; Bd. 4: *Narody, wyznania, emigracje, porównania* [Nationen, Bekenntnisse, Emigrationen, Vergleiche]. Warszawa 2015.

akademischen Zentren vereint. Sie geht weiter in der bei Chwalba angedeuteten Richtung einer Auflösung der nationalen Teleologie und spricht ganz bewusst von den »Geschichten Polens« im Plural. Die Autorinnen und Autoren nehmen für sich in Anspruch, neben der Ereignis- und Strukturgeschichte auch die Gedächtnis- und Erinnerungsgeschichte in den Blick zu nehmen. Im Ergebnis entsteht keine konsistente nationalgeschichtliche Erzählung, sondern es werden eher Essays zu Kernfragen geboten, welche die bisherigen Synthesen nicht so sehr ersetzen als ergänzen.

Der Aufbau ähnelt dem von Chwalba beschrittenen Weg: Bd. 1 bringt neben der konzeptionellen Einleitung des Herausgebers zu den »polnischen 19. Jahrhunderten: Erinnerungen, Phantasien und Vergleiche« einen Abschnitt zur Gesellschafts- und Wirtschaftsentwicklung, einen zu Zivilisationsprozessen (Alltags- und Mentalitätsgeschichte) und einen zur (Eliten-)Kultur und Geistesgeschichte. Die Bände 2 und 3, die sich der politischen Geschichte widmen, weisen ein merkliches geographisches Ungleichgewicht auf. Es gibt dort drei Abschnitte zu Kongresspolen und den *Ziemie Zabrane* mit insgesamt ca. 450 Seiten Umfang, dazu einen Abschnitt zu Galizien mit ca. 200 Seiten und einen zum preußischen Teilungsgebiet mit ca. 100 Seiten; ergänzt werden sie durch einen Abschnitt zum Ersten Weltkrieg mit ebenfalls knapp 100 Seiten. Diese Proportionen ähneln jenen der älteren Darstellung, doch durch den Verzicht auf eine überwölbende Rahmenstruktur löst sich das im Titel erwähnte »Polen« in der Erzählung weitgehend auf.

Der vierte und letzte Band verstärkt diesen Eindruck noch. Er enthält (in dieser Reihenfolge) Überblicke zur Geschichte von Kirche und Religiosität, der jüdischen Bevölkerung, der politischen Emigration und den sozial, akademisch oder künstlerisch motivierten Wanderungsbewegungen, des polnischen Beitrags zu Technik und Naturwissenschaften, zum polnischen Nationsprojekt im Kontext anderer Nationalbewegungen auf dem Gebiet der alten *Rzeczpospolita* sowie einen Ausblick zu Frage, inwieweit die polnische Geschichte des 19. Jahrhundert im mitteleuropäischen Kontext als Ausnahme oder als typische Erscheinung anzusehen ist.

Präsentiert wird die Geschichte einer Nation ohne Staat in ihren imperialen Zusammenhängen – noch radikaler durchdekliniert als bei Chwalba, für den die Berücksichtigung »zentrifugaler« Tendenzen in der Geschichte des 19. Jahrhunderts bereits mehr als nur Lippenbekenntnis war. Damit liefern die polnischen Synthesen zum »staatenlosen« 19. Jahrhundert am Beginn des 21. Jahrhunderts einen über den konkreten polnischen Fall hinausweisenden Impuls zu einer Neukontextualisierung von Nationalgeschichte.

C. Quelleneditionen

VON ELIGIUSZ JANUS

Die folgende Übersicht verzeichnet eine Auswahl der wichtigsten gedruckten Quellen zur Geschichte Polens im langen 19. Jahrhundert. Überberücksichtigt wurden Quelleneditionen, die punktuellen Probleme der polnischen Geschichte betreffen. Des Weiteren wurde weitgehend auf die Angabe von Memoiren verzichtet, da es wegen der schier unübersichtlichen Menge an Egodokumenten aus dieser Zeit schwierig wäre, eine repräsentative Auswahl zu treffen. Eine Abhilfe schaffen hierbei einschlägige Übersichten wie die Bibliographien zu polnischen Selbstzeugnissen.¹

Quelleneditionen, die bis 1900 im Druck erschienen, sind in der Regel auch bereits in digitaler Form online verfügbar. Aus Gründen der Einheitlichkeit und leichterem Nutzung wird bei den bibliographischen Angaben nur die Internetadresse der digitalen Sammlung angegeben, über die der Zugang zum jeweiligen Werk möglich ist. In den meisten Fällen sind dies die Europeana Collections (www.europeana.eu).

Detaillierte Auskünfte über einschlägige Quelleneditionen finden sich außerdem in der Bibliografia Historii Polskiej (Bibliographie der Geschichte Polens), für die Jahre 1980–2011 in Form eines Onlinekatalogs (<http://www.bibliografia.ipn.gov.pl/>). Einen systematischen Überblick bietet auch das Bibliographieportal des Herder-Instituts in Marburg (<https://hds.hebis.de/herder/index.php>).

Allgemeine Quellensammlungen, einzelne Regionen und deutsch-polnische Beziehungen

Belorussija w epochu feodalizmu. Sbornik dokumentov i materialov v četyrech tomach. [Weißrussland in der Epoche des Feudalismus. Dokumenten- und Materialiensammlung in 4 Bänden]. Hg. von A. I. AZAROV. Bd. 3: *Vossoedinenie Belorussi s Rossiej i ee ekonomičeskoe razvite v konce 18 – pervoj polovine 19 veka (1772–1860)* [Bd. 3: Die Wiedervereinigung Weißrusslands mit Russland und seine ökonomische Entwicklung am Ende des 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (1772–1860)]. Minsk

¹ *Bibliografia pamiętnikw polskich do 1964 roku* [Bibliographie polnischer Erinnerungen bis 1964]. Hg. von J. SKRZYPCZAK. Warszawa 1976; MALISZEWSKI, E.: *Bibljoğrafja pamiętnikw polskich i Polski dotyczcych (druki i rkopisy)* [Bibliographie polnischer und Polen betreffender Selbstzeugnisse]. Warszawa 1928 [→ digital über: <http://fbc.pionier.net.pl>].

1961. Bd. 4: *Social'no-političeskaja istorija i kul'tura Belorussii pervoj poloviny XIX v. Ostečestvennaja vojna 1812 g.* [Sozial-politische Geschichte und Kultur Weißrusslands der ersten Hälfte des 19. Jh.s. Vaterländischer Krieg 1812]. Minsk 1979.
- Cudzoziemcy o Polsce. Relacje i opinie* [Ausländer über Polen. Berichte und Ansichten]. Bd. 2: *Wiek XVIII–XIX* [18.–19. Jahrhundert]. Hg. von J. GINTEL. Kraków 1971.
- Deutschland und Polen 1772–1914*. Hg. von E. MEYER. Stuttgart 1972.
- Deutschland und Polen. Eine europäische Nachbarschaft im Zeitalter des Nationalstaatsprinzips*. Hg. von E. MEYER. Stuttgart 1989.
- Dokumenty przyjaźni polsko-niemieckiej. Wydane z okazji X-lecia Niemieckiej Republiki Demokratycznej* [Dokumente polnisch-deutscher Freundschaft. Herausgegeben anlässlich von zehn Jahren Deutsche Demokratische Republik]. Bearb. von C. PILICHOWSKI und J. LUBOJAŃSKI. Warszawa 1959.
- Dzieje Mazowsza i Warszawy. Wybór źródeł* [Die Geschichte Masowiens und Warschaus. Quellenauswahl]. Hg. von J. KAZIMIERZKI und R. KOŁODZIEJCZYK. Warszawa 1973.
- Listy śląskie do Józefa Ignacego Kraszewskiego z lat 1841–1886* [Briefe aus Schlesien an Józef Ignacy Kraszewski aus den Jahren 1841–1886]. Hg. von J. Pośpiech. Opole 1966.
- Mazury i Warmia 1800–1870. Wybór źródeł* [Masuren und Ermland 1800–1870. Quellenauswahl]. Hg. von W. CHOJNACKI. Wrocław 1959.
- Pomorz Gdańskie 1807–1850. Wybór źródeł* [Pommerellen 1807–1850. Quellenauswahl]. Bearb. von A. BUKOWSKI. Wrocław 1958.
- Quellen zu den deutsch-polnischen Beziehungen 1815–1991*. Hg. von R. POMMERIN und M. UHLMANN. Darmstadt 2001.
- Rzeczpospolita Krakowska 1815–1846. Wybór źródeł* [Die Krakauer Republik 1815–1846. Quellenauswahl]. Hg. von J. BIENIARZÓWNA. Wrocław 1951 – Neuaufl. Wrocław–Warszawa 2004.
- Śląsk w pierwszej połowie XIX wieku. Wybór źródeł* [Schlesien in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Quellenauswahl]. Hg. von W. DŁUGOBORSKI und K. POPIOŁEK. Bd. 1: *Śląsk w latach 1806–1847* [Schlesien in den Jahren 1806–1847]. Bd. 2: *Śląsk w latach 1848–1850* [Schlesien in den Jahren 1848–1850]. Wrocław 1957.
- W kręgu sporów polsko-litewskich na przełomie XIX i XX wieku. Wybór materiałów* [Im Umfeld der polnisch-litauischen Auseinandersetzungen an der Wende zum 20. Jahrhunderts. Quellenauswahl]. Hg. von M. ZACZYŃSKI und B. KAŁĘBA. 3 Bde. Kraków 2004–2011.
- W stronę Odry i Bałtyku. Wybór źródeł (1795–1950)* [In Richtung Oder und Ostsee. Quellenauswahl (1795–1950)]. Hg. von W. WRZESIŃSKI. Bd. 1: *O ziemię Piastów i polski lud (1795–1918)* [Um das Land der Piasten und das polnische Volk (1795–1918)]. Bearb. von T. KULAK. Wrocław 1990.

Wielkopolska w świetle źródeł historycznych. Wybór tekstów źródłowych [Großpolen im Lichte historischer Quellen. Auswahl von Textquellen]. Hg. von Z. GROT. Poznań 1958.

Wielkopolska. Wybór źródeł [Großpolen. Quellenauswahl]. Hg. von W. JAKÓBCZYK. Bd. 1: 1815–1850. Bd. 2: 1851–1914. Wrocław 1952/1954.

Wybór tekstów źródłowych z historii Polski w latach 1795–1864 [Auswahl von Textquellen aus der Geschichte Polens in den Jahren 1795–1864]. Hg. von S. KIENIEWICZ. Warszawa 1956.

Wybór tekstów źródłowych z historii Polski [Auswahl von Textquellen aus der Geschichte Polens]. Hg. von M. STOLARCZYK. Bd. 1: 1795–1864. Bd. 2: 1861–1918. Rzeszów 1999/2000.

Źródła do dziejów Polski w XIX i XX w. [Quellen zur Geschichte Polens im 19. und des 20. Jahrhundert]. Hg. von A. KOSESKI, J. R. SZAFLIK und R. TURKOWSKI. Bd. 1: *Lata 1795–1864* [Die Jahre 1795–1864]. Bd. 2: *Lata 1864–1918* [Die Jahre 1864–1918]. Pułtusk 1999/2000.

Źródła do historii Polski 1861–1918 [Quellen zur Geschichte Polens 1861–1918]. Hg. von W. BIAŁEK. Warszawa 1986.

Źródła do kaszubsko-polskich aspektów dziejów Pomorza Zachodniego do roku 1945 [Quellen zu den kaschubisch-polnischen Aspekten der Geschichte Hinterpommerns bis 1945]. Bd. 3: *Pomorze Zachodnie w XIX i początkach XX stulecia (1815–1918)* [Hinterpommern im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts (1815–1918)]. Hg. von W. STĘPIŃSKI. Poznań 2006.

Diplomatie, Gesetzgebung und Verwaltung

Actes des Wiener Congresses in den Jahren 1814 und 1815. 9 Bde. Hg. von J. L. KLÜBER. Erlangen 1815–1835 [→ digital über: www.europeana.eu] – Reprint Osnabrück 1966.

Le Congrès de Vienne et les traités de 1815, précédé et suivi des actes diplomatiques qui s'y rattachent. [Hg. von COMTE D'ANGEBOURG (= L. B. CHODŹKO)]. 2 Bde. Paris 1864 [→ digital über: www.europeana.eu].

Constitutions of the World from the late 18th Century to the Middle of the 19th Century. Europe. Hg. von H. DIPPEL. Bd. 5: *Polskie dokumenty konstytucyjne 1790–1848 = Polish Constitutional Documents 1790–1848.* Hg. von A. TARNOWSKA. München 2008.

Die europäischen Verfassungen seit dem Jahre 1789 bis auf die neueste Zeit. Bd. 3: *Die Verfassungen Polens, der freien Stadt Cracau, der Königreiche Galizien und Lodomerien, Schwedens, Norwegens, der Schweiz und Griechenland enthaltend.* Hg. von K. H. PÖLITZ. Leipzig ²1833 [→ digital über: www.europeana.eu] – Nachdruck Hildesheim 1999.

Historia administracji w Polsce 1764–1989. Wybór źródeł [Geschichte der Verwaltung in Polen 1764–1989. Quellenauswahl]. Hg. von A. BEREZA u. a. Warszawa 2006, ²2012.
Historia ustroju i prawa w Polsce 1772/1795–1918. Wybór źródeł [Verfassungs- und Rechtsgeschichte in Polen 1772/1795–1918. Quellenauswahl]. Hg. von M. KALLAS und M. KRZYMKOWSKI. Warszawa 2006.

Les partages de la Pologne e la lutte pour l'indépendance. Hg. von K. LUTOSTAŃSKI. Lausanne 1918 (Recueil des Actes diplomatiques, Traités et Documents concernant la Pologne, 1) [→ digital über: www.archive.org].

Recueil des traites, conventions et actes diplomatiques concernant la Pologne 1762–1862. Hg. von COMTE D'ANGEBOURG [= L. B. CHODŹKO]. 3 Bde. Paris 1862 [→ digital über: www.archive.org].

Ustawy polskiej policji (1791–1990). Źródła z komentarzem [Erlasse der polnischen Polizei (1791–1990). Quellen mit Kommentar]. Hg. von P. MAJER. Szczytno 2007, ²2013.
Die Verfassungen in Europa 1789–1949. Wissenschaftliche Textedition unter Einchluss sämtlicher Änderungen und Ergänzungen, sowie mit Dokumenten aus der englischen und amerikanischen Verfassungsgeschichte. Hg. von D. GOSEWINKEL und J. MASUNG. München 2007.

Herzogtum Warschau:

Dyaryusze Sejmów Księstwa Warszawskiego [Protokollbücher der Reichstage des Herzogtum Warschau]. Heft 1: *Dziennik posiedzeń izby poselskiej sejmu r. 1809* [Sitzungsprotokolle der Abgeordnetenversammlung des Jahres 1809]. Hg. von M. HANDELSMAN. Warszawa 1913 [→ digital über: www.europeana.eu – unter: »*Dyaryusze ...*«].

Dziennik praw [Gesetzesblatt]. Warszawa 1807–1813 – als Sammlungen: Bd. 1–4. Warszawa 1810–1813 [→ digital über: www.europeana.eu – teilweise als »*Dziennik praw Księstwa Warszawskiego*«].

Instrukcje i depeze rezydentów francuskich w Warszawie 1807–1813 = Instructions et dépeches des résidents de France à Varsovie 1807–1813. 2 Bde. Hg. von M. Handelsman. Kraków 1914 [→ digital über: www.europeana.eu].

Materiały do dziejów Komisji Rządzącej z roku 1807 [Materialien zur Geschichte des Regierenden Ausschusses von 1807]. Bd. 1: *Dziennik Czynności Komisji Rządzącej* [Tätigkeitsprotokolle (Sitzungsprotokolle und Beschlüsse) des Regierenden Ausschusses]. Hg. von M. Rostworowski. Kraków 1918.

Russisches Teilungsgebiet:

Chronologičeskij ukazatel' ukazov i pravitel'stvennych rasporjaženij po gubernijam Zapadnoj Rossi, Belorussii i Malorossii za 240 let s 1652–1892 god [Chronologisches Verzeichnis von kaiserlichen Erlassen und Regierungsverfügungen für die Gouverne-

ments Westrussland, Weißrussland und Kleinrussland für die 240 Jahre von 1652 bis 1892]. Hg. von S. F. RUBINŠTEJN. Wilna 1894 [→ digital u. a. über: www.fictionbook.ru/author/s_f_rubinshteyin/].

Dyaryusz Senatu Seymu Królestwa Polskiego 1825 roku [Protokollbuch der Senatskammer des Sejm des Königreichs Polen 1825]. Bd. 1–3. Warszawa 1828 [→ digital über: www.europeana.eu/].

Dyaryusz Seymu Izby Poselskiej z roku 1830 (maj i czerwiec) [Protokollbuch der Abgeordnetenkommission des Sejm aus dem Jahr 1830 (Mai und Juni)]. Warszawa 1831 [→ digital über: www.europeana.eu/].

Dyaryusz Seymu Królestwa Polskiego 1818 roku [Protokollbuch des Sejm des Königreichs Polen aus dem Jahr 1818]. Bd. 1–3. Hg. von A. SIARCZYŃSKI. Warszawa 1818 [→ digital über: www.europeana.eu/].

Dyaryusz Seymu z r. 1830–1831 [Protokollbuch des Sejms aus den Jahren 1830–1831]. Bd. 1–6. Hg. von M. ROSTWOROWSKI. Kraków 1907–1912 [→ digital über: <https://archive.org/>].

Dziennik posiedzeń Izby poselskiej w czasie seymu Królestwa Polskiego w roku 1820 odbytego [Protokolle der Sitzungen der Abgeordnetenkommission aus der Zeit des Sejm des Königreichs Polen im Jahr 1820]. Warszawa 1820 [→ digital über: www.europeana.eu/].

Dziennik Praw Królestwa Polskiego [Gesetzbuch des Königreichs Polen]. 71 Bde. Warszawa 1816–1871 (ab 1832 auch in russischer Version: *Dnevnik Carstva Pol'skogo*) [→ digital über: www.europeana.eu/].

Konstitucjonnaja chartija 1815 goda, i někotorye drugie akty byvszego Carstva Pol'skago 1814–1881 [Die Charta der Verfassung von 1815 und einige andere Dokumente des ehemaligen Königreichs Polen (1814–1881)]. Hg. von N. D. SERGEEVSKIJ. S.-Peterburg 1907 [→ digital über: <http://irbis-nbuv.gov.ua/>].

Polnoe Sobranie Zakonov Rossijskoj Imperii [Vollständige Sammlung der Gesetze des Russischen Kaiserreiches]. 3 Serien. Sankt Peterburg/Petrograd 1830–1913 [→ digital über: www.europeana.eu/; übersichtlicher über: www.nlr.ru/e-res/law_r/content.html].

Sbornik graždanskich zakonov i postanovlenij, dejstvujščich v gubernijach: Varšavskoj, Kališskoj, Keleckoj, Lomžinskoj, Ljublinskoj, Petrikovskoj, Plockoj, Radomskoj, Suvalskoj i Sedleckoj [Sammlung bürgerlicher Gesetze und Verordnungen, gültig in den Gouvernements: Warschau, Kalisch, Kielce, Łomża, Lublin, Petrikau, Płock, Radom, Suwałki und Siedlce]. Bd. 1–2. Varšava 1869–1870.

Zbiór postanowień Komitetu Urządzącego w Królestwie Polskiem [Sammlung der Beschlüsse des Einrichtungskomitees im Königreich Polen]. Bd. 1–3. Warszawa 1864–1866 [→ digital über: www.europeana.eu/].

Zbiór postanowień rządu Królestwa Polskiego Dziennikiem Praw nie ogłoszonych [Sammlung von Verordnungen der Regierung des Königreiches Polen, die nicht im Gesetzbuch veröffentlicht wurden]. Warszawa 1838 [→ digital über: www.europeana.eu].
Zbiór uchwał Sejmu 1831 roku [Sammlung von Beschlüssen des Sejm aus dem Jahr 1831]. Warszawa 1831.

Habsburgisches Teilungsgebiet:

Allgemeines Landes-Gesetz- und Regierungsblatt für das Kronland Galizien und Lodomerien mit den Herzogthümern Auschwitz und Zator und dem Großherzogthume Krakau/Powszechny dziennik praw kraju i rządu ... 1849–1852; Landes-Regierungsblatt für das Kronland Galizien und Lodomerien mit den Herzogthümern Auschwitz und Zator und dem Großherzogthume Krakau/Dziennik rządowy ... 1853/54; Landes-Regierungsblatt für das Verwaltungsgebiet der Statthaltereı in Lemberg/Dziennik rządowy ... 1855–1859; Verordnungen der Landesbehörden für das Königreich Galizien und die Bukowina/Rozporządzenia władz krajowych ... 1860; Verordnungen der Landesbehörden für das Königreich Galizien und das Großherzogthum Krakau/Rozporządzenia władz krajowych ... 1861, 1863–1865; Landes-Gesetz- und Verordnungsblatt für das Königreich Galizien und Lodomerien sammt dem Großherzogthume Krakau/Dziennik ustaw i rozporządzenia władz krajowych ... 1866–1918 (alle erschienen in Lemberg) [→ digital über: <http://alex.onb.ac.at>].

Allgemeines Reichs-Gesetz- und Regierungsblatt für das Kaiserthum Österreich. Wien 1848–1852; Reichs-Gesetz-Blatt für das Kaiserthum Österreich 1852–1869; Reichsgesetzblatt für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder 1870–1918 (alle erschienen in Wien) [→ digital über: <http://alex.onb.ac.at>].

Gesetze und Verordnungen im Justiz-Fach [Justizgesetzsammlung] 1780–1848. Wien 1823/1854 [→ digital über: <http://alex.onb.ac.at>].

Politische Gesetze und Verordnungen. Wien 1792–1848 [→ digital über: <http://alex.onb.ac.at>].

Provinzial-Gesetzsammlung des Königreichs Galizien und Lodomerien. Lemberg 1 (1819) – 30 (1848) [→ digital über: www.onb.ac.at].

[Pilleriana:] *Edicta Et Mandata Universalia Regnis Galiciæ Et Lodomeriæ/Rozkazy Y Ustawy Powszechnie Krolestwom Galicyi Y Lodomeryi. Leopoli 1772/73; Continuatio Edictorum Et Mandatorum Universalium In Regnis Galicie Et Lodomeriæ/Kontynuacya Wyrokow Y Rozkazow Powszechnych W Galicyi Y Lodomeryi Królestwach. Leopoli/Lwów 1773/74–1816; Fortsetzung der allgemeinen Verordnungen und Edikte. Lemberg 1817–1818. [→ digital über: www.onb.ac.at].*

Protokoły Koła Polskiego w wiedeńskiej Radzie Państwa (lata 1867–1868) [Protokolle der polnischen Fraktion im Wiener Staatsrat (Jahre 1867–1868)]. Hg. von Z. FRAS und S. PIJAJ. Kraków 2001.

Protokoły z [1...]. Sesyji [I...]. Peryodu Sejmu Krajowego Królestwa Galicyi i Lodomerji wraz z Wielkiem Księstwem Krakowskiem z roku [1866...] [Protokolle der 1. ff. Session der I. ff. Sitzungsperiode des Landtags des Königreichs Galizien und Lodomerien gemeinsam mit dem Großherzogtum Krakau]. Lwów 1866–1988 [→ teilweise digital über: www.europeana.eu].

Sejm krajowy galicyjski 1861–1914 [Das galizische Landtag 1861–1914]. Bd. 2: *Źródła* [Quellen]. Hg. von Stanisław Grodziski. Warszawa 1993.

Zbiór ustaw i rozporządzeń administracyjnych [Gesetz- und Verordnungssammlung]. Hg. von J. Piwocki. 5 Bde. Lwów 1899–1907.

Zbiór ustaw i rozporządzeń administracyjnych w Królestwie Galicyi i Lodomerji z Wielkiem Księstwem Krakowskiem obowiązujących [Gesetz- und Verordnungssammlung, die im Königreich Galizien und Lodomerien mit dem Großherzogtum Krakau gelten]. Hg. von J. R. Kasperek. 3. Auflage. 5 Bde. Lwów 1884–1889 [→ digital über: www.europeana.eu].

Preußisches Teilungsgebiet:

Novum Corpus Constitutionum Prussico-Brandenburgensium Praecipue Marchicarum, Oder Neue Sammlung Königl. Preuß. und Churfürstl. Brandenburgischer, sonderlich in der Chur- und Marck-Brandenburg, Wie auch andern Provintzien, publicirten und ergangenen Ordnungen, Edicten, Mandaten, Rescripten ... [von 1751–1810]. 12 Bde. Hg. von Samuel von Coccejus. Berlin 1753–1822 [→ digital über: www.zvdd.de; übersichtlicherer Zugang: <http://web-archiv.staatsbibliothek-berlin.de/altedrucke.staatsbibliothek-berlin.de/Rechtsquellen/quellen.html>].

Gesetz-Sammlung für die Königlich-Preußischen Staaten; [ab 1907:] *Gesetz-Sammlung für Preußen*; [ab 1911:] *Gesetzsammlung für Preußen. Berlin 1810–1945*. [→ digital über: www.zvdd.de, unter: »Gesetzsammlung...«].

Najważniejsze prawa tyjące się Wielkiego Xięstwa Poznańskiego [Die wichtigsten Gesetze, die das Großherzogtum Posen betreffen]. Hg. von S. SKÓRZEWSKI. Poznań 1861. [→ digital über: www.europeana.eu].

NOAH, G. A.: *Die staatsrechtliche Stellung der Polen in Preußen*. Berlin 1861 [→ digital über: www.europeana.eu].

Protokoły posiedzeń Koła Polskiego w Berlinie [Sitzungsprotokolle der polnischen Fraktion in Berlin]. Bd. 1: *Lata Wiosny Ludów 1849–1851* [Die Jahre des Völkerfrühlings 1849–1851]. Hg. von Z. GROT. Warszawa 1956.

Gesellschaft, Wirtschaft, Militär

Chcemy całego życia. Antologia polskich tekstów feministycznych z lat 1870–1939 [Wir wollen das ganze Leben. Eine Anthologie polnischer feministischer Texte aus den Jahren 1870–1939]. Hg. von A. GÓRNICKA-BORATYŃSKA. Warszawa 1999.

Instrukcje gospodarcze dla majątków wielkopolskich w pierwszej połowie XIX wieku [Wirtschaftliche Instruktionen für großpolnische Güter in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts]. Hg. von J. BIELECKA. Poznań 1959.

SŁOMKA, J.: *Pamiętniki włościanina od pańszczyzny do dni dzisiejszych* [Memoiren eines Landmannes von der Fronwirtschaft bis zum heutigen Tag]. Kraków 1912, ²1929 [→ digital über: <https://fbc.pionier.net.pl/>] – englische Übersetzung: *From Servedom to Self-Government*. London 1941.

Przemiany społeczne i gospodarcze w Królestwie Polskim 1815–1830. Wybór tekstów źródłowych [Der soziale und wirtschaftliche Wandel im Königreich Polen 1815–1830. Auswahl von Quellentexten]. Hg. von S. KIENIEWICZ. Warszawa 1951.

Początki rozwoju kapitalistycznego miasta Łodzi (1820–1864). Źródła [Anfänge der kapitalistischen Entwicklung der Stadt Lodz (1820–1864). Quellen]. Hg. von A. RYNKOWSKA. Warszawa 1960.

Wybór tekstów źródłowych do historii kształtowania się klasy robotniczej na ziemiach polskich w XIX w. [Auswahl von Quellentexten zur Geschichte der Formierung der Arbeiterklasse in den polnischen Gebieten im 19. Jahrhundert]. Hg. von N. GAŚSIOROWSKA. Wrocław 1958.

Wspólne tradycje: współdziałanie polskiego i niemieckiego ruchu robotniczego. Wybór dokumentów i materiałów [Gemeinsame Traditionen: die Zusammenarbeit der polnischen und deutschen Arbeiterbewegung. Auswahl von Dokumenten und Materialien]. Hg. von H. GEMKOW [u. a.]. Bd. 1: *1847–1950*. Warszawa 1983.

Wypisy źródłowe do historii polskiej sztuki wojennej [Quellenauswahl zur Geschichte der polnischen Kriegskunst]. T. 11: *Polska sztuka wojenna w latach 1796 – 1815* [Bd. 11: Polnische Kriegskunst in den Jahren 1796–1815]. Bearb. von M. KRWAWICZ und G. ZYCH. Warszawa 1955. T. 12: *Polska sztuka wojenna w latach 1815 – 1831* [Bd. 12: Polnische Kriegskunst in den Jahren 1815–1831]. Bearb. von W. LEWANDOWSKI. Warszawa 1959.

Virtuti Militari 1815–1831. Wybór źródeł [Virtuti Militari 1815–1831. Quellenauswahl]. Bd. 2. Bearb. von B. POLAK und S. TARNOWSKI. Koszalin 2002.

Źródła do dziejów klasy robotniczej na ziemiach polskich [Quellen zur Geschichte der Arbeiterklasse in den polnischen Gebieten]. 3 Bde: Bd. 1–2. Hg. von Natalia GAŚSIOROWSKA-GRABOWSKA, Bd. 3. Hg. von S. KALABIŃSKI. Warszawa 1962–1969.

Źródła do historii klasy robotniczej okręgu łódzkiego [Quellen zur Geschichte der Arbeiterklasse im Bezirk Lodz]. Bearb. von M. MISSALOWA. Mitarb. von N. GAŚSIOROWSKA. Warszawa 1957.

Źródła do historii miast łódzkiego okręgu przemysłowego w XIX w [Quellen zur Städtegeschichte des Industriebezirks Lodz im 19. Jahrhundert]. Bearb. von R. KACZMAREK. Warszawa 1958.

Źródła do historii przemysłu włókienniczego okręgu łódzkiego w XIX w [Quellen zur Geschichte der Textilindustrie im Bezirk Lodz]. Bearb. von M. BANDURKA, M. KOŁODZIEJCZAK und J. TRELA. Warszawa 1966.

Religion, Bildung, Kultur

Acta S. C. de propaganda fide ecclesiam catholicam Ucrainae et Bielarusjae spectantia. Hg. von A. G. WELYKYJ. Bd. V (1769–1862). Rom 1955. [→ digital über: <http://diasporiana.org.ua>].

Akten zur preußischen Kirchenpolitik in den Bistümern Gnesen-Posen, Kulm und Ermeland: 1885–1914. Aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes. Bearb. von E. GATZ. Mainz 1977.

Documenta pontificum romanorum historiam Ucrainae illustrantia 1075–1953. Hg. von A. G. WELYKYJ. Bd. 2 (1700–1953). Rom 1954. [→ digital über: <http://diasporiana.org.ua>].

Dzieje Żydów w Polsce. XIX wiek: wybór tekstów źródłowych [Geschichte der Juden in Polen. Das 19. Jahrhundert: Eine Auswahl von Quellentexten]. Hg. von Z. BORZYMIŃSKA. Warszawa 1994.

Litterae nuntiorum apostolicorum historiam Ucrainae illustrantes (1550–1850). Hg. von A. G. WELYKYJ. 13 Bde. Rom 1959–1969.

Papieżstwo wobec sprawy polskiej w latach 1772–1864. Wybór źródeł [Die Haltung des Papsttums zur Polnischen Frage in den Jahren 1772–1864]. Hg. von O. BEIERSDORF. Wrocław 1960.

Statuty Poznańskiego Towarzystwa Przyjaciół Nauk: 1856–2006 [Statuten der Posener Gesellschaft der Freunde der Wissenschaften: 1856–2006]. Bearb. von R. MARCINIAK. Poznań 2007.

Zbiór ustaw krajowych obowiązujących w zakresie spraw szkolnictwa ludowego w Królestwie Galicyi i Lodomeryi wraz z Wielkim Księstwem Krakowskim [Sammlung der Landesgesetze im Bereich des Volksschulwesens für das Königreich Galizien und Lodomerien nebst dem Großherzogtum Krakau]. Hg. von B. BARANOWSKI. Lwów 1895.

Źródła do dziejów chasydyzmu w Królestwie Polskim, 1815–1867, w zasobach polskich archiwów państwowych [Quellen zur Geschichte des Chassidismus im Königreich Polen, 1815–1867, in den Beständen der polnischen Staatsarchive]. Bearb. von M. WODZIŃKI. Kraków 2011.

Źródła do dziejów nauczania domowego dzieci polskich w XIX i początku XX wieku. Z bibliografią adnotowaną pamiętników i wyborem literatury pedagogicznej [Quellen

zur Geschichte häuslichen Unterrichts polnischer Kinder im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Mit einer annotierten Bibliographie von Erinnerungen und einer Auswahl pädagogischer Literatur]. Hg. von K. JAKUBIAK. Bydgoszcz 2005.

Źródła do dziejów rozgraniczenia diecezji łacińskich w Cesarstwie Rosyjskim w połowie XIX wieku. T. 1, Cz. 1: Diecezja kamieniecka. Diecezja łucko-żytomierska [Quellen zur Geschichte der Neugestaltung der lateinischen Diözesen im russischen Kaiserreich um die Mitte des 19. Jahrhunderts. Bd. 1, T. 1: Die Diözese Kamieniec Podolski. Die Diözese Luzk-Schytomyr]. Hg. von J. SKARBEK. Lublin 2000.

Źródła do dziejów wychowania i myśli pedagogicznej [Quellen zur Geschichte der Erziehung und des pädagogischen Denkens]. Bd. 2: *Pedagogika i szkolnictwo w XIX stuleciu* [Pädagogik und Schulwesen im 19. Jahrhundert]. Hg. von S. WOŁOSZYN. Warszawa 1965 – 2. geänderte Aufl. 1997.

Źródła do dziejów wychowania i szkolnictwa w Polsce z doby Izby Edukacji publicznej, 1807–1812 [Quellen zur Geschichte der Erziehung und des Schulwesens in Polen aus der Zeit der Bildungskammer 1807–1812]. Bearb. von Z. KUKULSKI. Lublin 1931 [→ digital über: <https://fbc.pionier.net.pl/>].

Źródła do dziejów wychowania w rodzinie polskiej w XIX i początkach XX wieku [Quellen zur Geschichte der Erziehung in der polnischen Familie im 19. Jahrhundert und zu Beginn des 20. Jahrhunderts]. Hg. von A. DENISIUŁ und K. JAKUBIAK. Bydgoszcz 2001.

Źródła do historii Teatru Warszawskiego. Od roku 1762 do roku 1833 [Quellen zur Geschichte des Warschauer Theaters. Von 1762 bis 1833]. Bd. 2: *1795–1833*. Hg. von K. WIERZBICKA. Wrocław 1955.

Politische Ideen, Akteure und Organisationen

Alexandre I^{er} et le prince Czartoryski. Correspondance particulière et conversations, 1801–1823. Hg. von W. CZARTORYSKI. Paris 1865 [→ digital über: www.europeana.eu].

CZARTORYSKI, A.J.: *Pamiętniki i memoriały polityczne 1776–1809* [Memoiren und politische Denkschriften 1776–1809]. Hg. von J. SKOWRONEK. Warszawa 1986.

Droga do niepodległości czy program defensywny? Praca organiczna – programy i motywy [Der Weg in die Unabhängigkeit oder ein defensives Programm? Organische Arbeit – Programme und Motive]. Hg. von T. KIZWALTER und J. SKOWRONEK. Łódź 1988.

Knjaz' Adam Ćartoriżskij. Vospominanija i pisma [Erinnerungen und Schriften des Fürsten Adam Czartoryski]. Hg. von A. Kizevetter und I. Zacharov. Moskva 2010.

Listy Józefa Maksymiliana Ossolińskiego do Ambrożego Grabowskiego 1813–1826 [Briefe Józef Maksymilian Ossoliński's an Ambroży Grabowski 1813–1826]. Hg. von B. HORODYSKI. Wrocław 1950.

Lud Polski. Wybór dokumentów [Das Polnische Volk. Eine Auswahl von Dokumenten]. Hg. v. H. TEMKINOWA. Warszawa 1957.

Mémoires du prince Adam Czartoryski et correspondance avec l'empereur Alexandre I^{er}. Bd. 1–2. Hg. von M. Ch. de MAZADE. Paris 1887 – engl.: *Memoirs of Prince Adam Czartoryski and his Correspondence with Alexander I. With documents relative to the prince's negotiation with Pitt, Fox, and Brougham, and an account of his conversations with Lord Palmerston and other English statesmen in London in 1832*. Bd. 1–2. Hg. von A. GIELGUD. London 1888, Reprint New York 1971 [→ digital über: www.europeana.eu].

MOCHNACKI, Maurycy: *Pisma krytyczne i polityczne* [Kritische und politische Schriften]. Hg. v. J. KUBIAK, E. NOWICKA, Z. PRZYCHODNIAK. Kraków 1996.

MOCHNACKI, Maurycy: *Pisma rozmaite. Oddział porewolucyjny* [Verschiedene Schriften. Nach der Revolution]. 2 Bde., Berlin 1860. [→ digital über: www.europeana.eu].

Nurty lewicowe w dobie polskich powstań narodowych, 1794–1849. Wybór źródeł [Linksströmungen in der Epoche der polnischen Nationalaufstände, 1794–1849. Quellenauswahl]. Bearb. von J. KOWECKI. Hg. von E. HALICZ. Wrocław 1961.

PIŁSUDSKI, Józef: *Pisma zbiorowe. Wydanie prac dotychczas drukiem ogłoszonych (T. 1–10)* [Gesammelte Werke. Ausgabe der bisher im Druck erschienenen Werke (Bd. 1–10)]. Hg. von L. WASILEWSKI u. a. Warszawa 1989.

Polska myśl chrześcijańska XVIII i XIX wieku. Wybór źródeł [Polnisches christliches Denken des 18. und 19. Jahrhunderts. Quellenauswahl]. Hg. von Chrześcijańskie Stowarzyszenie Społeczne. Warszawa 1971.

Polska myśl filozoficzna. Oświecenie – Romantyzm [Polnisches philosophisches Denken. Aufklärung – Romantik]. Hg. von H. HINZ und A. SIKORA. Warszawa 1964.

Polska myśl polityczna XIX wieku. Wybór tekstów źródłowych z komentarzem [Polnisches politisches Denken. Quellenauswahl mit Kommentar]. Hg. v. J. JUCHNOWSKI, W. KALICKI und J. TOMASZEWSKI. Wrocław 1999.

Postępowa publicystyka emigracyjna 1831–1846. Wybór źródeł [Die fortschrittliche Publizistik der Emigration 1831–1846. Quellenauswahl]. Bearb. von W. ŁUKASZEWICZ. Wrocław 1961.

Quellen zur Geschichte des Kommunismus in Polen 1878–1918. Programme und Statuten. Hg. von G. W. STROBEL. Köln 1968.

Socjaldemokracja Królestwa Polskiego i Litwy, materiały i dokumenty [Die Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauen, Materialien und Dokumente]. Bd. 1: 1893–1903, T. 1: 1893 – 1897. Warszawa 1957; T. 2: 1902–1903. Hg. von H. BUCZEK und F. TYCH. Warszawa 1962.

Towarzystwo Demokratyczne Polskie. Dokumenty i pisma [Polnische Demokratische Gesellschaft. Dokumente und Schriften]. Hg. von B. BACZKO. Warszawa 1954.

Towarzystwo Demokratyczne Polskie. O sile zbrojnej narodowej [Polnische Demokratische Gesellschaft. Über die nationale Militärkraft]. Bearb. von M. ANUSIEWICZ. Warszawa 1960.

Wskrzesać Polskę, zbawić świat. Antologia polskiej chrześcijańskiej myśli społeczno-radikalnej 1831–1864 [Polen auferstehen lassen, die Welt erlösen. Anthologie des polnischen christlichen sozial-radikalen Denkens 1831–1864]. Hg. von D. KALBARCZYK. Warszawa 1981.

Einzelne Aufstände, Emigration und Verbannung

Novemberaufstand:

Głos zwyciężonych. Dokumenty, pamiętniki, prasa z Powstania Listopadowego [Die Stimme der Besiegten. Dokumente, Erinnerungen, Presse aus dem Novemberaufstand]. Hg. von A. JASIŃSKI. Warszawa 1980.

Listopadowi żołnierze w Prusach Wschodnich i Zachodnich w latach 1831–1833. Wspomnienia i relacje [Soldaten des November[aufstandes] in West- und Ostpreußen 1831–1833. Erinnerungen und Berichte]. Hg. von N. KASPAREK. Olsztyn 1992.

Powstanie listopadowe w relacjach dyplomatów pruskich, saskich i rosyjskich [Der Novemberaufstand in den Berichten preußischer, sächsischer und russischer Diplomaten]. Hg. von H. KOCÓJ. Kraków 2008.

Wybór źródeł do powstania listopadowego [Quellenauswahl zum Novemberaufstand]. Hg. von J. DUTKIEWICZ. Wrocław 1957.

Zbiór pamiętników do historii powstania polskiego z roku 1830–1831 [Memoiren-sammlung zur Geschichte des polnischen Aufstandes 1830–1831]. Hg. von T. RAYSKI. Lwów 1881 [→ digital über: www.europeana.eu].

Źródła do dziejów Wojny polsko-rosyjskiej 1830–1831 r. [Quellen zur Geschichte des polnisch-russischen Krieges 1830–1831]. 5 Bde. Hg. von B. PAWŁOWSKI. Warszawa 1931–1935.

Vormärz, Aufstände von 1846 und die Revolution von 1848:

Der polnische Freiheitskampf und das Hambacher Fest 1832. Texte. Hg. von J. KERMANN. Speyer 2004.

Die deutsch-polnischen Beziehungen zur Zeit des Hambacher Festes anlässlich der 150jährigen Wiederkehr des Hambacher Festes und zur Unterstützung des Schülerwettbewerbs »Die Deutschen und ihre östlichen Nachbarn.« Hg. von J. KERMANN. Speyer 1981.

Dokumente zur Geschichte der deutsch-polnischen Freundschaft: 1830–1832. Hg. von H. BLEIER. Berlin (Ost) 1982.

KRAINSKY, M.: *Memoiren und Actenstücke aus Galizien im Jahre 1846*, Leipzig 1847 (Reprint Berlin 1990) [→ digital über: www.europeana.eu].

Rewolucja polska 1846 roku. Wybór źródeł [Die polnische Revolution von 1846. Quellenauswahl]. Bearb. von S. KIENIEWICZ. Wrocław [u. a.] 1950.

Rok 1848 w Polsce. Wybór źródeł [Das Jahr 1848 in Polen. Quellenauswahl]. Hg. von S. KIENIEWICZ. Wrocław 1948 [Neuaufgabe: Wrocław – Warszawa 2005].

W stulecie wiosny ludów 1848–1948 [Zum 100. Jubiläum des Völkerfrühlings]. Hg. von N. GAŚSIOROWSKA. Bd. 5: *Wiosna ludów – teksty i materiały źródłowe* [Der Völkerfrühling – Texte und Quellenmaterial]. Bearb. von H. KATZ. Warszawa 1953.

Deutsche und Polen in der Revolution 1848–1849. Dokumente aus deutschen und polnischen Archiven. Hg. von H. BOOMS und M. WOJCIECHOWSKI. Boppard am Rhein 1991. HECHEL, F.: *Kraków i ziemia krakowska w okresie Wiosny Ludów. Pamiętniki* [Krakau und das Krakauer Land zur Zeit des Völkerfrühlings. Erinnerungen]. Hg. von H. BARYCZ. Wrocław 1950.

Protokoły Rady Narodowej Centralnej we Lwowie (14 IV–29 X 1848) [Die Sitzungsprotokolle des Zentralen Nationalrates in Lemberg (14. 4. – 29. 10. 1848)]. Hg. von S. KIENIEWICZ und F. RAMOTOWSKA. Warszawa 1996.

Wiosna Ludów w Królestwie Polskim. Organizacja 1848 roku [Der Völkerfrühling im Königreich Polen. Die Organisation im Jahr 1848]. Hg. von V.A. D'IAKOV, S. KIENIEWICZ und W. ŚLIWOWSKA. Wrocław 1994.

Legion Mickiewicza. Wybór źródeł [Die Mickiewicz-Legion. Eine Quellenauswahl]. Hg. von H. BATOWSKI und A. SZKLARSKA-LOHMANNOWA. Wrocław–Warszawa 2004.

Januaraufstand:

Powstanie styczniowe. Materiały i dokumenty = Vosstanie 1863 goda: Chłopi i sprawa chłopska w powstaniu styczniowym = Krest'jane i krest'janskij vopros v vosstanii 1863 goda [Der Januaraufstand. Materialien und Dokumente: Bauern und die Bauernfrage im Januaraufstand]. Hg. von S. KIENIEWICZ und I. KOSTIUSZKO. Wrocław [u. a.] 1962; *Russko–pol'skie rewolucyjne svjazi = Współpraca rewolucyjna polsko–rosyjska* [Die polnisch–russische revolutionäre Zusammenarbeit]. 2 Bde. Hg. von V. D'IAKOV, S. KIENIEWIČ, I. MILLER und T. SNYTKO. Moskva 1963; *Korespondencja namiestników Królestwa Polskiego = Perepiska namestnikov Korolevstva Pol'skogo* [Schriftwechsel der Statthalter des Königreichs Polen]. 4 Bde. Hg. von S. KIENIEWICZ und I. Miller. Wrocław 1964–1978; *Vosstanie v Litve i Belorussii 1863–1864 gg. = Sukilimas Lietuvoje ir Baltarusijoje 1863–1864 m.* [Aufstand in Litauen und Weißrußland 1863–1864]. Hg. von V. D'IAKOV, V. ŽIGALOV, Ju. ŽJUGŽDA u. a. Moskva 1965; *Zbiór zeznań śledczych o przebiegu powstania styczniowego = Sledstvennyye pokazanija o vosstanii 1863 goda* [Sammlung von Untersuchungsaussagen über den Verlauf des Januaraufstands]. Hg. von S. KIENIEWICZ, T. KOPRIEJWA und I. MILLER. Wrocław 1965; *Prasa tajna z lat 1861–1864 = Podpol'naja pressa 1861–1864 gg.* [Geheime Presse aus den Jahren 1861–1864]. 3 Bde. Hg. von S. KIENIEWICZ und I. MILLER. Wrocław 1966–1970; *Zabór pruski w powstaniu styczniowym = Pol'skie zemli pod vlast'ju Prussii i vosstanie 1863 goda* [Das preußische Teilungsgebiet und der Januaraufstand]. Hg. von F. GENT-

ZEN, Z. GROT und F. PAPROCKI. Wrocław 1968; *Dokumenty Wydziału Wojny Rządu Narodowego 1863–1864 = Dokumenty woennogo otdela Nacional'nogo Pravitel'stva 1863–1864* [Dokumente der Abteilung für Krieg der Nationalen Regierung 1863–1864]. Hg. von S. KIENIEWICZ und I. MILLER. Wrocław 1973; *Galicja w powstaniu styczniowym = Galicija v vosstanii 1863 goda* [Galizien und der Januaraufstand]. Hg. von S. KIENIEWICZ und I. MILLER. Wrocław 1980; *Zarys powstania styczniowego opracowany w warszawskiej cytadeli = Istoričeskij očerk vosstanija 1863 goda sostavlennyj v varšavskoj citadeli* [Abriß des Januaraufstands, der in der Warschauer Zitadelle erarbeitet wurde]. Hg. von S. KIENIEWICZ, T. KOPRIEJWA und Z. SZYŁOW. Wrocław 1985; *Dokumenty terenowych władz cywilnych powstania styczniowego 1862–1864 = Dokumenty povstančeskogo provincial'nogo upravljenja 1862–1864* [Dokumente der zivilen Gebietsverwaltung des Januar-Aufstandes 1862–1864]. Hg. von S. KIENIEWICZ und V. D'JAKOV. Wrocław 1986.

Proces Romualda Traugutta i członków Rządu Narodowego. Akta Audytoriatu Polowego z lat 1863–1864 [Der Prozess Romuald Traugutt's und anderer Mitglieder der Nationalregierung. Akten des Feldrevisionsgerichts aus den Jahren 1863–1864]. Hg. von E. HALICZ. Warszawa 1961.

Polska działalność dyplomatyczna 1863–1864. Zbiór dokumentów = Action diplomatique polonaise 1863–1864. Bd. 1: *Instrukcje, odezwy i traktaty Rządu Narodowego oraz korespondencja Wydziału Spraw Zagranicznych z ks. Władysławem Czartoryskim* [Instruktionen, Aufrufe und Denkschriften der Nationalregierung sowie Korrespondenz der Abteilung für Auswärtiges mit Fürst Władysław Czartoryski]. Warszawa 1937, Bd. 2: *Korespondencja agentów dyplomatycznych Rządu Narodowego: W Anglii i Austrii* [Korrespondenz der diplomatischen Agenten der Nationalregierung: In England und Österreich]. Bearb. von H. WERESZYCKI. *W Watykanie* [Im Vatikan]. Bearb. von A. LEWAK. *W Niemczech* [In Deutschland]. Bearb. von S. KIENIEWICZ. Warszawa 1963.

Żydzi a Powstanie styczniowe. Materiały i dokumenty [Juden und der Januaraufstand. Materialien und Dokumente]. Hg. von A. EISENBACH, D. FAJNHAUZ und A. WEIN. Warszawa 1963.

Listy Leopolda Kronenberga do Mieczysława Waligórskiego z 1863 roku [Briefe Leopold Kronenberg's an Mieczysław Waligórski aus dem Jahr 1863]. Hg. von S. KIENIEWICZ. Wrocław 1955.

SALINGER, J.: *Etapem z Warszawy do Krasnoufimska (1863–1864)* [Eine Deportationsreise von Warschau nach Krasnoufimsk (1863–1864)]. Hg. von J. ROKOSZ und M. ROKOSZ. Kraków 1983.

Die Revolution von 1905/06:

Carat i klasy posiadające w walce z rewolucją 1905–1907 w Królestwie Polskim. Materiały archiwalne [Das Zarentum und die besitzenden Klassen im Kampf gegen die

Revolution von 1905–1907 im Königreich Polen. Archivmaterialien]. Hg. von S. KALABIŃSKI. Warszawa 1956.

Walki chłopów Królestwa Polskiego w rewolucji 1905–1907 [Beteiligung der Bauern aus dem Königreich Polen an der Revolution 1905–1907]. Hg. von S. KALABIŃSKI und F. TYCH. Warszawa 1958.

Wybory do I Dumy Państwowej w Królestwie Polskim i części Kraju Zachodniego. Raporty polityczne Sergiusza Wittego [Wahlen zu der ersten Duma im Königreich Polen und einem Teil des Westlandes. Politische Berichte von Sergej Witte]. Hg. von M. DAJNOWICZ. Kraków 2009.

Źródła do dziejów rewolucji 1905–1907 w okręgu łódzkim [Quellen zur Geschichte der Revolution von 1905–1907 im Bezirk Łódź]. Hg. von N. GAŚSIOROWSKA. Bd. 1, bearb. von I. IHNANTOWICZ. Warszawa 1957; Bd. 2, bearb. von P. KORZEC. Warszawa 1964.

Emigration und Verbannung:

CZARTORYSKI, W.: *Pamiętnik 1860–1864. Protokoły posiedzeń biura hotelu Lambert, cz. I i II* [Tagebuch 1860–1864. Sitzungsprotokolle des Büros des Hôtel Lambert. T. I und II]; *entrevues politiques*. Hg. von H. WERESZYCKI. Warszawa 1960.

BIELICKI, R.: *Zarys rozproszenia Wielkiej Emigracji we Francji 1831–1837. Materiały z archiwów francuskich* [Zur Verbreitung der Großen Migration in Frankreich 1831–1837. Materialien aus französischen Archiven]. Warszawa-Łódź 1986.

Burzliwe lata Polonii amerykańskiej. Wspomnienia i listy misjonarzy jezuickich, 1864–1913 [Stürmische Jahre der amerikanischen Auslandspolen. Erinnerungen und Briefe der jesuitischen Missionare, 1864–1913]. Hg. von L. GRZEBIEŃ. Kraków 1983.

THOMAS, W. I./ZNANIECKI, F.: *The Polish Peasant in Europe and America: Monograph of an Immigrant Group*. Bd. 2: *Life-Record of an Immigrant*. Boston 1920 [→ digital über: <http://www.forgottenbooks.com>].

Listy emigracyjne Joachima Lelewela 1831–1841 [Briefe von Joachim Lelewel aus der Emigration 1831–1841]. 2 Bde. Hg. von H. WIĘCKOWSKA. Kraków 1948–1949.

Listy emigrantów z Brazylii i Stanów Zjednoczonych 1890–1891 [Briefe der Emigranten aus Brasilien und den Vereinigen Staaten von Amerika 1890–1891]. Hg. von W. KULA, N. ASSORODOBRAJ-KULA und M. KULA. Warszawa 1973 [Englische Ausgabe: *Writing Home. Immigrants in Brasil and the United States 1890–1891*. New York 1987].

SŁOWACKI, J.: *Briefe an die Mutter*. Hg. von A. HERMANN, Berlin 1984.

Vospominanija iz Sibiri: memuary, očerki, dnevnikovyje zapiski pol'skich političeskich ssyl'nych v Vostočnuju Sibir' pervoj poloviny XIX stoletija [Erinnerungen aus Sibirien: Memoiren, Essays, Tagebuchaufzeichnungen polnischer politischer Deportierten nach Ostsibirien in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts]. Hg. von B. S. ŠOSTAKOVIČ. Irkutsk 2009.

KAPITEL II

Neue territoriale und politische Ordnungen (1772/95–1815)

A. Herrschaftsstrategien der Teilungsmächte

VON KARSTEN HOLSTE

Das ausgehende 18. Jahrhundert gilt in der Geschichtsschreibung als entscheidende Umbruchzeit europäischer Gesellschaften, in der sich eine zunehmende Auflösung ständischer Ordnungen konstatieren lässt, die nicht nur neuen Formen des Wirtschaftens, sondern auch politischer Organisation den Weg bahnte. Die von der Französischen Revolution ab 1789 eingeleitete parallele Entwicklung von Staats- und Nationsbildung nahm Modellcharakter für Europa an. Der bereits in den Jahrzehnten zuvor einsetzende Ausbau von Institutionen bürokratischer Herrschaft wurde zunehmend verknüpft mit Entwürfen einer nationalen Gemeinschaft, deren innere Einheit und Abgrenzung nach außen nicht nur politisch, sondern auch sprachlich, kulturell und historisch begründet wurden. Die staatliche Ordnung ermöglichte durch Einführung vereinheitlichter Steuergesetze und allgemeiner Wehrpflicht den direkten Zugriff auf die einzelnen Einwohner – die nationale Legitimation ging einher mit der Gewährung politischer Partizipationsrechte und zunehmender sprachlich-kultureller Homogenisierung zunächst der Eliten, später wachsender Teile der Bevölkerung. Dies schuf die Grundlage für die Entstehung von konkurrierenden Nationalstaaten.¹

Außerhalb von Frankreich waren diese Entwicklungen aber weniger von revolutionären Umbrüchen als von einem schrittweisen Wandel geprägt. Dessen langfristige Auswirkungen waren für die zeitgenössischen Akteure zunächst kaum abzuschätzen, bevor sich im dritten Jahrzehnt des 19. Jahrhundert verschiedene Varianten gesellschaftlicher Neuordnung deutlich abzeichneten. Mit Blick auf die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen hat Christoph Dipper den Begriff der »Übergangsgesellschaft«² geprägt, und von Ewald Frie ist hinsichtlich der Handlungs- und Deutungsspielräume zeitgenössischer

¹ Vgl. u. a. REINHARD, W.: *Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart*. München 1999, 406–479; DIECKHOFF, A./JAFFRELOT, C. (Hg.): *Revisiting Nationalism. Theories and Processes*. London 2005. Einen Überblick über die klassischen Ansätze der Nationalismusforschung bei: HUTCHINSON, J./SMITH, A. D. (Hg.): *Nationalism*. Oxford 1994.

² DIPPER, C.: *Übergangsgesellschaft: Die ländliche Sozialordnung in Mitteleuropa um 1800*. In: *Zeitschrift für historische Forschung* 23 (1996), 57–87.

Akteure vorgeschlagen worden, von einem »Laboratorium vor der Moderne«³ auszugehen. Die Überlegungen beider Autoren beziehen sich vor allem auf den mitteleuropäischen deutschen Sprachraum, geben aber – besonders durch die Betonung der Offenheit und inneren Widersprüchlichkeit sozialen Wandels – auch für die Beschreibung der Entwicklungen im östlichen Europa wichtige Anregungen. In diesem Teil Europas hatten die Teilungen Polen-Litauens im ausgehenden 18. Jahrhundert den Herrschaftsbereich von Imperien, die eine Vielzahl von Territorien nur durch eine auf ihre monarchische Spitze ausgerichtete Organisation verbanden, noch einmal vergrößert. Konflikte zwischen den die imperiale Herrschaft mitragenden Eliten und den nach Partizipationsmöglichkeiten und Unabhängigkeit strebenden Eliten der einzelnen Teilgebiete bewirkten, dass die Staats- und Nationsbildungsprozesse hier im 19. Jahrhundert getrennt voneinander verliefen und Bemühungen staatlicher Herrschaftsverdichtung mit nationalen Partizipationsforderungen häufig unvereinbar schienen. Die Ausbreitung nationalstaatlicher politischer Organisation in Europa während des 19. Jahrhunderts bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung imperialer Herrschaftsstrukturen in seinen östlichen Teilen förderte Vorstellungen von einer strukturellen Teilung Europas in einen progressiven freiheitlichen Westen und einen despotischen rückständigen Osten.⁴

Nach jeder der drei Teilungen Polen-Litauens standen die beteiligten Mächte vor der Herausforderung, die neugewonnenen Gebiete in das eigene imperiale Gefüge einzugliedern: in politischer, administrativer, ökonomischer und kultureller Hinsicht.⁵ Die Integration der neuerworbenen polnischen Gebiete erwies sich als schwierig, denn die politi-

³ FRIE, E.: *Friedrich August Ludwig von der Marwitz. 1777–1837. Biographien eines Preußen*. Paderborn 2001, 29–34. Vgl. DERS.: *Im Laboratorium vor der Moderne. Kirchen und Religiosität um 1800*. In: WEISS, G. (Hg.): *Zerbrochen sind die Fesseln des Schlendrians. Westfalens Aufbruch in die Moderne*. Bönen 2002, 260–285; DERS.: *Adelsgeschichte des 19. Jahrhunderts? Eine Skizze*. In: ASCH, R. G./SCHLÖGEL, R. (Hg.): *Adel in der Neuzeit*. Göttingen 2007 = *Geschichte und Gesellschaft* 33 (2007), 3, 398–415.

⁴ Vgl. BÖMELBURG, H.-J./GESTRICH, A./SCHNABEL-SCHÜLE, H.: *Die Teilungen Polen-Litauens als Zäsur einer europäischen Strukturgeschichte. Komparative Überlegungen jenseits der Nationalgeschichtsschreibung*. In: DIES. (Hg.): *Die Teilungen Polen-Litauens. Inklusions- und Exklusionsmechanismen, Traditionsbildung, Vergleichsebenen*. Osnabrück 2013, 9–35, hier 11 f.; MÜLLER, M. G.: *Die Teilungen Polens 1772, 1793, 1795*. München 1984, 8–10; DERS.: *Das Ende zweier Republiken: Die Teilungen Polens und die Auflösung des alten Reichs*. In: LAWATY, A./ORŁOWSKI, H. (Hg.): *Deutsche und Polen. Geschichte – Kultur – Politik*. München 2003, 47–53; WANDYCYZ, P. S.: *The Price of Freedom. A History of East Central Europe from the Middle Ages to the Present*. London 2001, 149 f.

⁵ Übergreifend zu den Entwicklungen in den Teilungsgebieten: CHWALBA, A.: *Historia Polski 1795–1918* [Geschichte Polens 1795–1918], Kraków 2005, 175–220; KOROBOWICZ, A./WITKOWSKI, W.: *Historia ustroju i prawa polskiego (1772–1918)* [Geschichte von Verfassung und Recht in Polen (1772–1918)]. Warszawa 2009, 13–45; WANDYCYZ, P. S.: *The Lands of Partitioned Poland 1795–1918*, Seattle 1993 (A History of East Central Europe, 7), 3–23; KUTRZĘBA, S.: *Historia ustroju polski w zarysie* [Verfassungsgeschichte Polens im Überblick]. Lwów 1920, T. 3, 3–29, 179–215, T. 4, 133–187; KOT, S.: *Historia wychowania* [Geschichte des Erziehungswesens]. Warszawa 1924, 519–542; KUMOR, B.: *Ustrój i organizacja Kościoła polskiego w okresie niewoli*

schen und gesellschaftlichen Strukturen Polen-Litauens unterschieden sich bereits 1772 von denen der Teilungsmächte und durch die Reformgesetze des Vierjährigen Sejms (1788–1792) hatten sich diese Unterschiede noch weiter vertieft (→ Bd. 2, V. F–G). Vor allem die adligen Eliten Polen-Litauens – zum Teil aber auch die Führungsschichten der großen Städte – waren an anderen, eher republikanischen Idealen geschult als diejenigen der Teilungsmächte, die stärker durch den Dienst in den Institutionen der Monarchie geprägt worden waren. Der Anspruch auf politische Partizipation und regionale Selbstverwaltung des polnischen Adels und städtischer Eliten traf auf Herrschaftssysteme, in denen zentrale Behörden die Entscheidungshoheit beanspruchten.⁶

Die Amtsträger der Teilungsmächte waren überzeugt von der Überlegenheit der eigenen politischen Ordnung und bemühten sich um eine möglichst weitgehende Umsetzung ihrer Vorstellungen von erfolgreicher Verwaltung in den neuerworbenen Gebieten. Zum Überlegenheitsgefühl der neuen Herrschaftsträger trat nach der Französischen Revolution und den polnischen Reformgesetzen in den 1790er Jahren die Furcht vor revolutionären Veränderungen, die auf die älteren Herrschaftsgebiete zurückwirken könnten.

Gebiets- und Bevölkerungsverteilung

Während der ersten zwei Drittel des 18. Jahrhunderts hatten die Preußische, Österreichische und Russische Monarchie sich in wechselnden Koalitionen an militärischen Konflikten beteiligt und ihr Herrschaftsgebiet vor allem auf Kosten Schwedens und des Osmanischen Reiches ausgedehnt. Die spannungsreiche Konkurrenz der Großmächte um die weitere Vergrößerung ihrer Territorien und Bevölkerung bildete den Hintergrund für ihre Einigungen auf die Teilungen Polen-Litauens (→ Bd. 2, V. E/H).

An Russland fielen mehr als 60% des gesamten Territoriums Polen-Litauens: 463 200 km² mit sechs bis sieben Millionen Einwohnern.⁷ Im Zuge der ersten Teilung von 1772 wurde das Territorium Russlands bis zu den Flüssen Düna, Drut und Dnepr sowie nach Polnisch Livland ausgedehnt und unter anderem die Städte Mogilew und

narodowej (1772–1918) [Verfassung und Organisation der polnischen Kirche in der Zeit der nationalen Unfreiheit]. Kraków 1980.

⁶ WANDYDZ: *Price* (Anm. 4), 105–135; MÜLLER, M. G.: *Adel und Elitenwandel in Ostmitteleuropa. Fragen an die polnische Adelsgeschichte im ausgehenden 18. und 19. Jahrhundert*. In: Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung 50 (2001), 497–513; DERS.: *Republicanism versus Monarchy? Government by Estates in Poland-Lithuania and in the Empire, Sixteenth to Eighteenth Centuries*. In: HILDERMEIER, M. (Hg.): *Historical Concepts between Eastern and Western Europe*. New York 2007 (New German Historical Perspectives, 1), 36–47.

⁷ Die Angaben zur Zahl der Einwohner schwanken zwischen 5,5 und 7,5 Millionen, vgl. KUTRZEBA: *Historia ustroju* (Anm. 5), 181; ROOS, H.: *Polen von 1668 bis 1795*. In: SCHIEDER, TH. (Hg.): *Handbuch der europäischen Geschichte*. Bd. 4: *Europa im Zeitalter des Absolutismus und der Aufklärung*. Stuttgart ³1996, 690–752, hier 746 f, 750; THADEN, E. C.: *Russia's Western Borderlands, 1710–1870*. Princeton 1984, 32.

Polozk russischer Herrschaft unterstellt. In der zweiten und dritten Teilung Polen-Litauens erwarb Russland die Gebiete östlich von Bug und Memel, vor allem das Großherzogtum Litauen mit Wilna und Grodno, die ruthenischen Wojewodschaften mit Kamieniec Podolski, Luzk und Schytomyr sowie das polnische Lehnsherzogtum Kurland. Nach dem Frieden von Tilsit 1807 kam noch das zuvor preußische Gebiet um Białystok an Russland, 1810 auch das zuvor österreichische Gebiet um Tarnopol, das aber 1815 wieder abgetreten wurde.

Die an Russland angeschlossenen Gebiete Polen-Litauens zeichneten sich durch eine besonders große Vielfalt der Religions- und Sprachgruppen aus.⁸ Nur der Adel war überwiegend katholisch und polnischsprachig. Eine kleine Minderheit zählte zur griechisch-unierten Kirche und noch marginaler war die Gruppe orthodoxer Adliger, die aber durch die bevorzugte Vergabe von ehemaligem polnisch-litauischen Herrscherbesitz (Starostei-, Tafelgüter) sowie Kirchengütern an orthodoxe Adlige an Größe und Einfluss gewann. In den ehemals ruthenischen Wojewodschaften, der sogenannten rechtsufrigen Ukraine, waren ungefähr zehn Prozent der Bevölkerung katholisch und meist polnischsprachig und weitere ungefähr zehn Prozent waren Juden, während der Großteil der Bevölkerung zunächst der griechisch-unierten, später der orthodoxen Kirche angehörte und sich auf Ukrainisch verständigte.⁹ Auf dem Gebiet des früheren Großfürstentums Litauen gehörte ein Großteil der Bevölkerung zur unierten Kirche und sprach meist weißrussisch.¹⁰ Daneben gab es hier aber auch eine größere katholische, polnisch- und litauischsprachige nichtadlige Land- und Stadtbevölkerung

⁸ WANDYCYZ: *Lands* (Anm. 5), 17 f.; KAPPELER, A.: *Rußland als Vielvölkerreich. Entstehung – Geschichte – Zerfall*. Aktualisierte Ausg. München 2001, 101. Eine ausführliche Schätzungen zum ehemaligen Großherzogtum Litauen am Ende des 18. Jahrhunderts bei WIELHORSKI, W.: *Litwini, Białorusini i Polacy w dziejach kultury Wielkiego Księstwa litewskiego. Lithuanians, White-Ruthenians and Poles in the history of culture of the Grand Duchy Lithuania*. In: Alma Mater Vilnensis 2 (1951), 21–153, hier 66. Deutlich niedrigere Anteile der polnischen, litauischen und jüdischen sowie höhere der weißrussischen und ukrainischen Bevölkerung bei KABUZAN, V. M.: *Narody Rossii v XVIII veke. Čislennost' i etničeskij sostav* [Die Völker Russlands im 18. Jahrhundert. Zahl und ethnische Zusammensetzung]. Moskva 1990, 205–224, 228 f.

⁹ MAGOCSI, P. R.: *A History of Ukraine*. Toronto 1996, 334, 338 – vgl. die Zahlen für 1840 bei: BEAUVOIS, D.: *Polish-Jewish Relations in the Territories Annexed by the Russian Empire in the First Half of the Nineteenth Century*. In: ABRAMSKY, C./JACHIMCZYK, M./POLONSKY, A. (Hg.): *The Jews in Poland*. Oxford 1986, 78–90, hier 79. Die Angaben zur Nationalität bei KABUZAN: *Narody* (Anm. 8), 205–224, 228 f.: ukrainisch 87 %, polnisch 8 %, jüdisch 3–6 %.

¹⁰ WIELHORSKI: *Litwini* (Anm. 8), 66: Sprachverteilung: weißrussisch 40 %, polnisch 26 %, litauisch 20 %, jüdisch 10 %, russisch 3,6 % – Religionsverteilung: uniert 40 %, katholisch 38 %, jüdisch 10 %, orthodox 6,5 %, altgläubig orthodox 4 %, andere (Protestanten, Muslime, Karäer u. s. w.) 2,5 %. Die Angaben zur Nationalität bei KABUZAN: *Narody* (Anm. 8), 205–224, 228 f.: weißrussisch 65 %, litauisch 12 %, russisch 9 %, polnisch 5,5 %, ukrainisch 5 %, jüdisch 3,5 %, lettisch 2,5 %. Vgl. auch ZERASCHKOWITSCH, P.: *Ethnischer Wandel und Nationalitätenpolitik in den weißrussischen Provinzen (1795–1914)*. In: BEYRAU, D./LINDNER, R. (Hg.): *Handbuch der Geschichte Weißrußlands*. Göttingen 2001, 359–376.

und ungefähr zehn Prozent der Bevölkerung waren Juden. Außerdem lebten auf dem Gebiet des früheren Großfürstentums Litauen eine größere Zahl orthodoxer Altgläubiger (*staroobryjacy*, abwertend *raskolniki*), die sich den Reformen der orthodoxen Kirche Mitte des 17. Jahrhunderts verweigert hatten und vor den anschließenden religiösen Verfolgungen geflohen waren, sowie kleinere, meist polnischsprachige Gruppen von Protestanten verschiedener Konfession, von Muslimen tatarischer Abstammung und von Karäern. Die jüdische Bevölkerung benutzte im russischen Teilungsgebiet wie überall im ehemaligen Polen-Litauen im Alltag meist verschiedene Varianten der jiddischen Sprache.¹¹

Die Habsburger Monarchie erwarb im Zuge der Teilungen insgesamt knapp 20 % des Gebietes Polen-Litauens – ein Territorium von über 130 000 km², das von ungefähr vier Millionen Menschen bewohnt wurde.¹² Aus den Gebietsgewinnen der ersten Teilung, dem Süden Kleinpolens und dem Westen Rutheniens mit den Städten Lemberg und Tarnopol wurde das neue Kronland Galizien gebildet, dem 1786 die elf Jahre zuvor vom Osmanischen Reich abgetretene Bukowina angefügt wurde. Durch die dritte Teilung fielen an Österreich auch der Rest Kleinpolens mit Krakau, die Region um Lublin sowie ein Teil Masowiens und Podlachiens. Die neuerworbenen Gebiete wurden als Westgalizien (teilweise auch Neugalizien genannt) der Monarchie angegliedert. Nach dem Frieden von Schönbrunn 1809 musste die Habsburger Monarchie an das Herzogtum Warschau die Gebietsgewinne aus der dritten Teilung, den Kreis Zamość sowie die nahe Krakau gelegenen Städte Podgórze und Wieliczka mit ihrer Umgebung abtreten. Das Gebiet um die Stadt Tarnopol fiel bis 1815 an Russland.

Ungefähr gleich große Teile der Bevölkerung des 1772 erworbenen Galiziens – jeweils etwas über 40 Prozent – gehörten der katholischen und der unierten (griechisch-katholischen) Kirche an, ungefähr zehn Prozent waren Juden.¹³ Der Adel und die städtischen Eliten waren fast ausschließlich katholisch und polnischsprachig. Dasselbe galt

¹¹ HAUMANN, H.: *Geschichte der Ostjuden*. München 2008, 59; GELLER, E.: *Język Jidysz* [Die Sprache Jiddisch]. In: TOMASZEWSKI, J./ŻBIKOWSKI, A.: *Żydzi w Polsce. Dzieje i kultura. Leksykon* [Juden in Polen. Geschichte und Kultur. Lexikon]. Warszawa 2001, 204–213; DIES.: *Jidysz. język Żydów polskich* [Jiddisch. Die Sprache der polnischen Juden]. Warszawa 1994; LANDMANN, S.: *Jiddisch. Das Abenteuer einer Sprache*. Wiesbaden 1979, 47–55.

¹² KUTRZĘBA: *Historia ustroju* (Anm. 5), 135 f.; ROOS: *Polen* (Anm. 7), 746 f., 750. Zum ökonomischen Potential der Erwerbungen von 1772 vgl. ŚLUSAREK, K.: *Bevölkerung und Wirtschaft Galiziens im Jahre 1773*. In: AUGUSTYNOWICZ, C./KAPPELER, A. (Hg.): *Die galizische Grenze 1772–1867: Kommunikation oder Isolation?* Wien 2007 (Europa Orientalis, 4), 65–81.

¹³ MARK, R. A.: *Galizien unter österreichischer Herrschaft. Verwaltung, Kirche, Bevölkerung*. Marburg 1994 (Historische und landeskundliche Ostmitteleuropa-Studien, 13), 53–65; HIMKA, J.-P.: *Dimension of a Triangle: Polish-Ukrainian-Jewish Relation in Austrian Galicia*. In: BARTAL, I. (Hg.): *Focusing on Galicia. Jews, Poles, and Ukrainians, 1772–1918* = *Polin* 12 (1999), 25–48, hier 25 f. Zur religiösen Vielfalt im Gebiet um Lemberg und ihren Auswirkungen im Alltagsleben vgl. BUDZYŃSKI, Z.: *Kresy południowo-wschodnie w drugiej połowie XVIII wieku* [Die südöstlichen Grenzlande in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts]. Bd. 3. Przemysł 2008.

für den Großteil der Bevölkerung im westlichen Teil des Kronlandes. Dagegen gehörten im Osten Galizien ungefähr zwei Drittel der Bevölkerung zur unierten Kirche und sprachen überwiegend Ukrainisch (Ruthenisch). Im 1795 annektierten Westgalizien waren die Einwohner überwiegend polnischsprachige Katholiken – der Anteil der meist ruthenisch, seltener polnisch sprechenden Angehörigen der griechisch-unierten Kirche lässt sich auf 20 Prozent schätzen, derjenige der jüdischen Bevölkerung auf knapp 10 Prozent.¹⁴ Neben der katholischen und griechisch-katholischen Kirche existierte in Galizien auch eine kleinere Gruppe überwiegend polnischsprachiger armenisch-katholischer Christen.¹⁵ Eine kleine Minderheit waren auch die Angehörigen protestantischer Konfessionen, deren Zahl sich durch Zuwanderung aber etwas vergrößerte.¹⁶ In der Galizien angeschlossenen Bukowina bildeten rumänisch- und ruthenischsprachige orthodoxe Christen die überwiegende Mehrheit.¹⁷

Preußen gewann durch die Teilungen insgesamt knapp 20 Prozent des Gebiets Polen-Litauens, in dem um 1800 etwa 3 Millionen Menschen lebten – nach den preußischen Gebietsgewinnen im Reich von 1798 und 1803 waren das immer noch gut 30 Prozent der Gesamtbevölkerung Preußens auf knapp 43 Prozent von dessen Fläche.¹⁸

Nach der ersten Teilung von 1772 wurde die Provinz Westpreußen gebildet, bestehend aus dem größten Teil des bisherigen königlich polnischen Preußen (*Prusy Królewskie*) sowie aus einem südlich daran anschließenden, Netzedistrikt genannten Gebiet Großpolens mit den Städten Bromberg und Inowrazlaw. Das bisher mit Polen verbundene Fürstbistum Ermland wurde mit dem benachbarten, der Monarchie ihren Namen gebenden Gebiet des früheren Herzogtums Preußen zur Provinz Ostpreußen vereinigt. Nach der zweiten Teilung von 1793 wurden Westpreußen die zunächst noch bei Polen-Litauen verbliebenen Städte Danzig und Thorn angeschlossen und aus Großpolen mit den Städten Posen und Kalisch, dem Gebiet um Tschenstochau sowie dem nordwestlichen Teil Masowiens einschließlich der Stadt Płock wurde die Provinz Südpreußen gebildet. Nach der dritten Teilung 1795 wurden weitere Teile Masowiens mit der polnischen Hauptstadt Warschau in die Provinz Südpreußen eingegliedert. Aus den

¹⁴ MENCEL, T.: *Galicja Zachodnia 1795–1809* [Westgalizien]. Lublin 1976, 69–72.

¹⁵ PETROWICZ, G.: *La Chiesa armena in Polonia e nei paesi limitrofi, 1686–1954* [Die armenische Kirche in Polen und den angrenzenden Ländern, 1686–1954] = *La Chiesa armena in Polonia* [Die armenische Kirche in Polen]. Bd. 3. Roma 1988 (Studia ecclesiastica, 17), 183–273; STOPKA, K.: *Ormianie w Polsce dawnej i dzisiejszej* [Armenier im früheren und heutigen Polen]. Kraków 2000, 90f.

¹⁶ RÖSKAU-RYDEL, I.: *Galizien*. In: DIES. (Hg.): *Deutsche Geschichte im Osten Europas: Galizien, Bukowina, Moldau*. Berlin 1999, 15–212, hier 57–63.

¹⁷ TURCZYŃSKI, E.: *Die Bukowina*. In: ebd., 213–328, hier 218 und 235.

¹⁸ Zur Fläche und Bevölkerung der preußischen Provinzen 1804 vgl. DIETERICI, K. F.: *Der Volkswohlstand im preußischen Staate. In Vergleichen an den Jahren vor 1806 und von 1828 bis 1832, sowie aus der neuesten Zeit*. Berlin 1846, 1. Vgl. auch BEHRE, O.: *Geschichte der Statistik in Brandenburg-Preußen bis zur Gründung des Königlichen Statistischen Bureaus*. Berlin 1905, 462.

darüber hinaus von der preußischen Monarchie annektierten Gebieten Masowiens, Podlachiens und des Großfürstentums Litauens entstand unter Hinzufügung des östlich der Weichsel gelegenen Teils Südpreußens die Provinz Neustpreußen. Die ebenfalls Preußen angegliederten westlichen Teile der kleinpolnischen Wojewodschaft Krakau mit dem Herzogtum Sewerien wurden als Neuschlesien der Provinz Schlesien zugeordnet.¹⁹ Den Großteil der Gebietsgewinne der zweiten und dritten Teilung musste Preußen allerdings im Rahmen des Friedens von Tilsit 1807 an das neugebildete Herzogtum Warschau abtreten (→ II. C).

Der bei weitem größte Teil der Bevölkerung der neuen Provinzen – einschließlich der adligen und eines Großteils der städtischen Eliten – war katholisch und polnischsprachig. Nur in Westpreußen und dem westlichen Teil Südpreußens gab es einen größeren protestantischen (meist lutherischen) Bevölkerungsanteil.²⁰ Im nördlichen Ermeland, im Gebiet der Weichselmündung, in den Städten des Königlichen Preußens (besonders Danzig und Elbing, in geringerem Maße Thorn), in den an die älteren preußischen Provinzen grenzenden westlichen Teilen Großpolens sowie in vielen der im Laufe des 18. Jahrhunderts neuangelegten Dörfern, Kolonien oder Hauländersiedlungen (*osiedle ołederskie*) genannt, war ein großer Teil der Bevölkerung deutschsprachig – meist aber auch in der Lage sich der polnischen Sprache zu bedienen. Nach den Teilungen vergrößerte sich die Zahl der Deutschsprachigen geringfügig durch Zuzug aus den älteren Provinzen.²¹ Kleinere Sprachgruppen bildeten die kaschubische Bevölkerung im Norden Westpreußens sowie die litauische und weißrussische im Osten Neustpreußens, wo es auch größere griechisch-unierte und einzelne orthodoxe Gemeinden

¹⁹ JANCZAK, J.: *Ziemia siewierska w okresie pruskim (1795–1806/1807)* [Das Sewerier Land in preußischer Zeit]. In: KIRYK, F. (Hg.): *Siewierz, Czeladź, Koziegłowy. Studia i materiały z dziejów Siewierza i księstwa siewierskiego*. Katowice 1994, 615–625.

²⁰ Um 1800 waren im südpreußischen Posener Kammerdepartement ca. 20 %, in Westpreußen ca. 50 % der Bevölkerung Protestanten, vgl. HOLSCHE, A. K.: *Geographie und Statistik von West-, Süd- und Neu-Ostpreußen*. Bd. 2. Berlin 1804, 429 und Bd. 3. Berlin 1807, 86. Zur Zahl und regionalen Verteilung der Protestanten in Großpolen und Masowien vor den Teilungen vgl. KRIEGSEISEN, W.: *Die Protestanten in Polen-Litauen (1696–1763). Rechtliche Lage, Organisation und Beziehungen zwischen den evangelischen Glaubensgemeinschaften*. Wiesbaden 2011 (Jabloniana, 2) [poln. Orig. Warszawa 1996], 72–93.

²¹ HOLSCHE: *Geographie* (Anm. 20). Bd. 1. Berlin 1800, 258 f.; RHODE, I.: *Das Nationalitätenverhältnis in Westpreußen und Posen zur Zeit der polnischen Teilungen*. Posen 1926; BÖMELBURG, H.-J.: *Zwischen polnischer Ständegesellschaft und preußischem Obrigkeitsstaat. Vom Königlichen Preußen zu Westpreußen (1756–1806)*. München 1995, 59–64; WOJCIWICZ, J.: *Stosunki społeczno-gospodarcze Pomorza Wschodniego na przełomie XVIII i XIX stulecia* [Soziale und wirtschaftliche Verhältnisse Ostpommerns an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert]. In: LABUDA, G. (Hg.): *Historia Pomorza* [Geschichte Pommerns], Bd. 2.2. Poznań 1984, 601–670, hier 647 f.; KOZŁOWSKI, J.: *Ludność niemiecka w Poznanskiem w latach 1815–1864* [Die deutsche Bevölkerung im Posenen]. In: TRZECIAKOWSKI, L. (Hg.): *Niemcy w Poznanskiem wobec polityki germanizacyjnej 1815–1920*. Poznań 1976, 15–30.

gab sowie einige kleinere Gruppen tatarischer Muslime.²² Die jüdische Bevölkerung machte im Netzedistrikt sowie in Süd- und Neustpreußen zwischen fünf und zehn Prozent der Gesamteinwohnerschaft aus.²³

Die preußischen Provinzen West-, Süd- und Neustpreußen

Von allen Teilungsmächten setzte die preußische Monarchie am konsequentesten auf eine Übertragung der in den älteren Landesteilen eingeführten Verwaltungs- und Justizstrukturen.²⁴ Trotz der sich aus der sprachlichen Differenz und den abweichenden gesellschaftlichen Strukturen ergebenden Probleme wurden die vorhandenen Verwaltungsstrukturen und Beamten kaum berücksichtigt. Stattdessen bemühte sich die preußische Verwaltung in den neuen Provinzen darum, Verwaltung und Justiz im Vergleich zu den älteren Landesteilen stärker vom ständischen Einfluss zu lösen und den Behördenaufbau weiter zu rationalisieren.²⁵

Anders als in Schlesien erhielten die polnischen Erwerbungen Preußens keinen Sonderstatuts gegenüber den älteren Provinzen, sondern wurden im Rahmen der zentralen Behörden verwaltet, in denen Provinzialminister für mehrere Provinzen verantwortlich

²² HOLSCHE: *Geographie* (Anm. 20), Bd. I. Berlin 1800, 255–261.

²³ Vgl. KEMLEIN, S.: *Die Posener Juden, 1815–1848. Entwicklungsprozesse einer polnischen Jüdenheit unter preußischer Herrschaft*. Hamburg 1997 (Hamburger Veröffentlichungen zur Geschichte Mittel- und Osteuropas, 3), 45 f., 49.

²⁴ Zur Entwicklung der preußischen Monarchie vgl. FRIEDRICH, K.: *Brandenburg-Prussia, 1466–1806. The Rise of a Composite State*. Basingstoke 2012; WACHOWIAK, B. (Hg.): *Historia Prus. Narodziny – Mocarstwo – Obumieranie* [Geschichte Preußens. Geburt – Macht – Absterben]. Bd. 2: *Prusy w okresie monarchii absolutnej (1701–1806)* [Preußen in der Epoche absoluter Monarchie (1701–1806)]. Poznań 2010; NEUGEBAUER, W.: *Brandenburg-Preußen in der Frühen Neuzeit. Politik und Staatsbildung im 17. und 18. Jahrhundert*. In: DERS. (Hg.): *Handbuch der preußischen Geschichte*. Bd. 1: *Das 17. und 18. Jahrhundert und große Themen der Geschichte Preußens*. Berlin 2009, 113–407.

²⁵ Zum Aufbau der Verwaltung und der Justiz im preußischen Teilungsgebiet vgl. BÄR, M.: *Die Behördenverfassung in Westpreußen seit der Ordenszeit*. Danzig 1912, 88–136 und 163–170; WAŚICKI, J.: *Ziemie Polskie pod zaborem pruskim. Prusy Południowe 1793–1806. Studium historycznoprawne* [Polnische Länder unter preußischer Teilungsherrschaft. Südpreußen 1793–1806. Rechtshistorische Untersuchung]. Wrocław 1957; DERS.: *Ziemie Polskie pod zaborem pruskim. Prusy Nowoschodnie 1795–1806. Studium historycznoprawne* [Polnische Länder unter preußischer Teilungsherrschaft. Neustpreußen 1795–1806. Rechtshistorische Untersuchung]. Poznań 1963; BUSSENIUS, I. C.: *Die preußische Verwaltung in Süd- und Neustpreußen 1793–1806*. Heidelberg 1960 (Studien zur Geschichte Preußens, 6); WOJTCWICZ, J./ZAJEWSKI, W./RIETZ, H.: *Krysys ustroju feudalnego i jego instytucji na Pomorze Wschodnim (1772–1815). Prusy Zachodnie i Wschodnie w latach 1772–1815* [Die Krise des Feudalsystems und seiner Institutionen in Ostpommern. West- und Ostpreußen]. In: LABUDA: *Historia Pomorza* (Anm. 21), Bd. 2.2, 601–824; SMOLEŃSKI, W.: *Rządy pruskie na ziemiach polskich (1793–1807)* [Preußische Regierung in polnischen Ländern (1793–1807)]. In: DERS.: *Pisma historyczne* [Historische Schriften 9], Teil 3. Kraków 1901, 167–223; LEONHARDI, F. G.: *Erdbeschreibung der Preußischen Monarchie*. Bd. 5. Halle 1799.

waren. Für die Verwaltung des landesherrlichen Grundbesitzes und der direkten Steuern sowie für die Umsetzung allgemeiner politischer und polizeilicher Anordnungen in den Provinzen waren Kriegs- und Domänenkammern zuständig. In Westpreußen bestand eine Kammer in Marienwerder mit einer Deputation in Bromberg für den Netzedistrikt. In Südpreußen hatten die Kammern bis 1795 ihren Sitz in Posen und Petrikau, danach in Warschau, Posen und Kalisch. In Neustpreußen wurden Kriegs- und Domänenkammern in Białystok und Płock eingerichtet. Den Kammern unterstanden Steuerräte, zuständig für die Steuerverwaltung der Städte je eines Bezirks, und Landräte, zuständig für die Steuer- und Polizeiverwaltung der Landgüter und Dörfer je eines Kreises. Nur in Neustpreußen wurden Land- und Städteverwaltung vereinheitlicht und Landräten übertragen. Die Kammern kontrollierten außerdem die Polizeiverwaltungen der städtischen Magistrate und die Beamten der königlichen Domänenämter (meist Generalpächter). Die städtische Verbrauchssteuer (Akzise) sowie die Zölle wurden bis 1805 getrennt vom Generaldirektorium und den Kammern durch eine zentrale Behörde, der sogenannten »Regie«, verwaltet, die über eigene Provinzialdirektionen verfügte.

Als Behörden für die Justizverwaltung und weitere Verwaltungsaufgaben (vor allem Landeshoheits-, Schul- und Kirchenangelegenheiten) dienten Regierungen, die in den neuen Provinzen ihren Sitz an denselben Orten wie die Kammern hatten.²⁶ Um eine schärfere Trennung zwischen Verwaltung und Rechtsprechung zu erreichen, wurde bei der Behördenorganisation in Süd- und Neustpreußen eine klarere Kompetenzabgrenzung zwischen den Regierungen und den Kammern angestrebt, aber nicht vollständig durchgesetzt. Für Adlige und hohe Staatsbeamte bildeten die Regierungen den Gerichtshof erster Instanz, das Berliner Geheime Obertribunal (ab 1782) die Revisionsinstanz. Die Bewohner der adligen Dörfer und Güter unterstanden der Patrimonialgerichtsbarkeit ihrer jeweiligen Gutsherrschaft, die allerdings durch qualifizierte und von den Regierungen bestätigte Justiziere ausgeübt werden musste. In den Städten übten Justizbürgermeister und die Magistrate die Gerichtsbarkeit aus, auf den Domänen Justizämter. Die Regierungen kontrollierten die Untergerichte und bildeten die Berufungsinstanz. In Neust- und Westpreußen wurden zur Vereinfachung der Gerichtsverwaltung und als Schritt hin zur vollständigen Verstaatlichung der Justiz teilweise verschiedenen Untergerichte zu Kreis- oder Stadt- und Landgerichten zusammengelegt. In Südpreußen wurde durch erhöhte Anforderungen – vor allem die Pflicht zur Einrichtung und Unterhaltung von Gefängnissen – die Übertragung der Kriminalgerichtsbarkeit an die Regierungen und ihre Ermittlungsorgane (Inquisitoriate) vorangetrieben.

²⁶ Zum Justizwesen vgl. auch STRUWE, R.: *Die Institutionalisierung des Justizwesens in den preußischen Teilungsgebieten Süd- und Neustpreußen*. In: BÖMELBURG/GESTRICH/SCHNABEL-SCHÜLE: *Teilungen* (Anm. 4), 321–358; BRICH, C.: *Criminalrecht und Criminaljustiz in Süd- und Neustpreußen 1793–1806*. Herbolzheim (Breisgau) 2006.

Während in den Gebietserwerbungen von 1772 das in den bereits zur Monarchie gehörenden Teilen des Preußenlandes geltende Recht eingeführt wurde, blieb in den im Zuge der zweiten Teilung erworbenen Gebieten zunächst das polnische Recht in Geltung. Die Unsicherheit der neuen Justizbehörden mit diesem gab 1794 den Ausschlag für die 1792 zunächst aufgeschobene Einführung einer für die gesamte Monarchie gültigen Rechtskodifikation, des *Allgemeinen Landrechtes*.²⁷ Im Unterschied zu den älteren Provinzen der Monarchie, wo dessen Bestimmungen nur subsidiär zu den lokalen Rechtsgewohnheiten galten, wurde es in Süd- und Neuostpreußen nach einer Übergangszeit – abgesehen von wenigen Ausnahmen – zur primären Grundlage der Rechtsprechung. Allerdings wurde keine polnische, sondern nur eine lateinische Übersetzung angefertigt, auf die polnische Rechtssachverständige, die kein Deutsch verstanden, und preußisches Justizpersonal ohne Kenntnisse des Polnischen gemeinsam zurückgreifen sollten.

In den neugeschaffenen Behörden wurden zunächst ausschließlich Beamte aus den älteren deutschsprachigen Provinzen angestellt und Deutsch wurde als Verwaltungs- und grundsätzlich auch als Justizsprache verwendet. Nur in Neuostpreußen wurde im Justizwesen während einer Übergangszeit auf polnische Fachleute zurückgegriffen. Die neu eingesetzten, aus den älteren Provinzen stammenden Beamten waren häufig überzeugt, nicht nur über ein überlegenes Fachwissen zu verfügen, sondern auch eine zivilisatorische Mission zu erfüllen.²⁸ Dies, aber auch ihre häufig geringen polnischen Sprachkenntnisse und die soziale sowie kulturelle Distanz zwischen ihnen, die meist protestantisch sowie häufig bürgerlicher Abstammung waren, und den adligen, überwiegend katholischen polnischen Eliten führte zu einer weitgehenden Isolation der Verwaltung. So gelang es zwar in relativ kurzer Zeit einen funktionsfähigen Verwaltungs- und Justizapparat aufzubauen, dessen Mitarbeiter zum Teil auch nach 1807 im

²⁷ JANICKA, D.: *Das Allgemeine Landrecht und Polen*. In: DÖLEMEYER, B./MOHNHAUPT, H. (Hg.): 200 Jahre Allgemeines Landrecht für die preußischen Staaten. Wirkungsgeschichte und internationaler Kontext. Frankfurt am Main 1995 (Ius commune: Sonderhefte, Studien zur europäischen Rechtsgeschichte, 75), 437–451.

²⁸ ŁUKASIEWICZ, D.: *Sarmatyzm i Prusy na przełomie XVIII i XIX wieku* [Sarmatismus und Preußen an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert]. Warszawa 2015, 439–450; DERS.: *Czarna legenda Polski. obraz Polski i Polaków w Prusach 1772–1815* [Die schwarze Legende von Polen. Das Bild Polens und der Polen in Preußen]. Poznań 1995 (Prace Komisji Historycznej/Poznańskie Towarzystwo Przyjaciół Nauk, Wydział Historii i Nauk Społecznych, 51); KUNICKI, W.: »Südpreußen« als Wirkungsfeld des radikalen schlesischen Bürgertums. In: D'APRILE, I.-M. (Hg.): Europäische Ansichten. Brandenburg-Preußen um 1800 in der Wahrnehmung europäischer Reisender und Zuwanderer. Berlin 2004 (Aufklärung und Europa, 17), 209–228; BOGUCKI, B.: *Kontakty urzędników pruskich z ludnością polską w prowincji Nowe Prusy Wschodnie w latach 1795–1806* [Kontakte preußischer Beamter mit der polnischen Bevölkerung in der Provinz Neuostpreußen]. In: STASZEWSKI, J./MIKULSKI, K./DUMANOWSKI, J. (Hg.): *Między Zachodem a Wschodem. Studia z dziejów Rzeczypospolitej w epoce nowożytnej* [Zwischen West und Ost. Studien zur Geschichte Polen-Litauens in der Frühen Neuzeit]. Toruń 2002, 285–289.

Herzogtum Warschau weiterbeschäftigt wurden, aber gleichzeitig prägten häufig Überheblichkeit und Formalismus gepaart mit einer Tendenz zur Selbstbereicherung den Umgang der Behörden mit der Bevölkerung.²⁹

Der Verlauf des 1806 angesichts des Vormarsches der napoleonischen Armeen ausbrechenden Aufstands (→ II. C) zeigte, dass es der preußischen Verwaltung der neu erworbenen Gebiete kaum gelungen war, deren Eliten an die Monarchie zu binden, sondern dass ihr Vorgehen die Monarchie insgesamt destabilisiert hatte.³⁰ Nach Ausbruch des Aufstandes wurden von den preußischen Behörden eine größere Autonomie für die polnischen Landesteile und eine stärkerer Einbindung des Adels in die Verwaltung erwogen – allerdings nicht ohne internen Widerspruch und zu spät um noch Einfluss auf die Ereignisse haben zu können.³¹

Die Mängel der Verwaltung wurden dann nach 1807 auch in der preußischen Öffentlichkeit als eine der Ursachen für den raschen Zusammenbruch der preußischen Herrschaft in den polnischen Gebieten diskutiert.³² Das energische Eintreten vieler preußischer Beamter in den folgenden Jahren für eine umfassende Reformpolitik wurde davon beeinflusst und führte zu einer grundlegenden Neuordnung der Verwaltung mit einem allein nach Fachressorts gegliederten Staatsministerium, mit für die Regionalverwaltung zuständigen Regierungen sowie mit Oberlandesgerichten als Justizorganen. Nicht zuletzt zielten die Reformen darauf, die Verwaltung in engere Verbindung zur Bevölkerung zu setzen.³³

²⁹ Zu einem ganz Preußen erschütternden Korruptionsskandal führte eine Publikation, die hohe Beamte der süd- und neustpreußischen Verwaltung beschuldigte, sich bei der Vergabe von königlichen Gütern bereichert zu haben: HELD, H. v.: *Die wahren Jacobiner im preußischen Staate oder actenmäßige Darstellung der bösen Ränke und betrügerischen Dienstführung zweyer preußischer Staatsminister*, [Berlin] 1801. Vgl. BRINGMANN, W.: *Preußen unter Friedrich Wilhelm II. (1786–1797)*. Frankfurt am Main 2001, 657–675; ŁUKASIEWICZ, D.: *Nowa analiza »Czarnego rejestru«*. *Studium źródłoznawcze* [Neue Analyse des »Schwarzen Registers«. Eine quellenkundliche Untersuchung]. In: *Kwartalnik Historyczny* 2 (1997), 131–162.

³⁰ HAGEN, W. W.: *The Partitions of Poland and the Crisis of the Old Regime in Prussia 1772–1806*. In: *Central European History* 9 (1976), 115–128.

³¹ Vgl. die Dokumente zur Diskussion der Vorschläge des Fürsten Antoni Radziwiłł (besonders das Gutachten des späteren preußischen Staatskanzlers Hardenberg) in: SCHOTTMÜLLER, K. (Hg.): *Der Potenaufstand 1806/7. Urkunden und Aktenstücke aus der Zeit zwischen Jena und Tilsit*. Lissa i. P. 1907 (Sonder-Veröffentlichungen der historischen Gesellschaft der Provinz Posen, 4), 102–186.

³² *Warum wurden die Preußen von den Pohlen angefeindet? Beantwortet und verbürgt von einem Augenzeugen*. In: *Neue Feuerbrände* 6 (1808), Heft 16, 1–29; KLEWITZ, W. A. v.: *An die Polnische Nation. Über die Preußische Verwaltung in dem ehemaligen Süd- und Neustpreußen*. Berlin 1812.

³³ Zu den preußischen Reformen vgl. KOSELLECK, R.: *Preußen zwischen Reform und Revolution. Allgemeines Landrecht, Verwaltung und soziale Bewegung von 1791 bis 1848*. Stuttgart 1975; HUBATSCH, W.: *Die Stein-Hardenbergschen Reformen*. Darmstadt 1989 (Erträge der Forschung, 65); NOLTE, P.: *Preußische Reformen und Preußische Geschichte. Kritik und Perspektiven der Forschung*. In: *Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte*. Neue Folge 6 (1996), 83–95.

Das habsburgische Königreich Galizien und Lodomerien

Im habsburgischen Teilungsgebiet war die Neugestaltung von Verwaltung und Justizwesen von den Bemühungen geprägt, die Monarchie gegenüber den europäischen Mächten durch Zentralisierung und Vereinheitlichung der Kronländer zu stärken.³⁴ Das 1772 von der Habsburger Monarchie erworbene Gebiet hatte die Bezeichnung Königreich Galizien und Lodomerien – kurz Galizien – erhalten. Damit wurden ins Mittelalter zurückreichende Erbansprüche der ungarischen Krone auf die altrussischen Fürstentümern Halič und Wolhynien aufgegriffen, um der Beteiligung der Monarchie an der Teilung zumindest den Anschein der Legalität zu verleihen. Eine administrative Verbindung mit Ungarn wurde jedoch nicht hergestellt, sondern ein direkt den Wiener Zentralbehörden unterstehendes Kronland gebildet.³⁵ Wie im preußischen Teilungsgebiet erfolgte eine vollständige Auflösung der polnischen Verwaltung und die neuen Beamten wurden von den Zentralbehörden eingesetzt.

Oberste Verwaltungsbehörde des Landes war das in Lemberg gebildete Gubernium (auch Regierung oder Landeshauptmannschaft genannt), an dessen Spitze ein Gouverneur stand. Nach einer Übergangsphase mit einem System aus großen Kreisen und nachgeordneten Kreisdistrikten erfolgte 1782 die dauerhafte administrative Gliederung in 18 Kreise (poln. *cyrkuły*), deren Verwaltung jeweils von einem Kreishauptmann (poln. *starosta*) geleitet wurde. Den Kreisverwaltungen unterstanden als Organe der Lokalverwaltung die städtischen Magistrate und die ländlichen Grundherrschaften (*Dominia*) – reine Adelsdörfer bildeten eine gemeinsame Dominalverwaltung. 1786 wurde zusätzlich die Bukowina als Kreis Czernowitz dem Lemberger Gubernium unterstellt.³⁶ Das 1795 erworbene Westgalizien wurde zunächst als eigenständige Provinz mit 12 Kreisen und einem Gubernium in Krakau organisiert. 1803 erfolgte eine Reduktion auf sechs Kreise und die Unterstellung unter das Gubernium in Lemberg.

³⁴ Neuere Überblicksdarstellungen u. a.: INGRAO, C. W.: *The Habsburg Monarchy 1618–1815*. Cambridge 2003 (New Approaches to European History, 3); VOCELKA, K.: *Österreichische Geschichte 1699–1815. Glanz und Untergang der höfischen Welt. Repräsentation, Reform und Reaktion im Habsburgischen Vielvölkerstaat*. Wien 2004.

³⁵ Allgemein zum habsburgischen Teilungsgebiet vgl. GRODZISKI, S.: *Historia ustroju społeczno politycznego Galicji 1772–1848* [Geschichte der sozialen und politischen Verfassung Galiziens]. Wrocław 1971 (Prace Komisji Nauk Historycznych, 28); DERS.: *W królestwie Galicji i Lodomerii* [Im Königreich Galizien und Lodomerien]. Kraków 1976; MENCEL: *Galicja Zachodnia* (Anm. 14); MARK, R. A.: *Galizien unter österreichischer Herrschaft. Verwaltung, Kirche, Bevölkerung*. Marburg 1994 (Historische und landeskundliche Ostmitteleuropa-Studien, 13); BÉRENGER, J.: *L'intégration de la Galicie dans la Monarchie autrichienne*. In: LE RIDER, J./RASCHER, H. (Hg.): *La Galicie au temps des Habsbourg (1772–1918). Histoire, société, cultures en contact*. Tours 2010, 59–81.

³⁶ TURCZYNSKI, E.: *Geschichte der Bukowina in der Neuzeit. Zur Sozial- und Kulturgeschichte einer mitteleuropäisch geprägten Landschaft*. Wiesbaden 1993 (Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund, 14), 27–120.

Das polnische Gerichtssystem blieb nach 1772 zunächst für eine Übergangsfrist erhalten; nur ein neues Obergericht und eine neue Appellationsinstanz wurden eingerichtet. 1784 begann im Zuge der Bemühungen um eine Angleichung der Verhältnisse in der ganzen Monarchie eine grundlegende Reform der Justizverwaltung, mit der die Tätigkeit der bisherigen Gerichte beendet wurde. Als erste Gerichtsstanz des Adels (sowie der wenigen nichtadligen Besitzer von adligen Gütern, der höheren Geistlichkeit und einiger juristischer Personen) wurden zunächst in Lemberg, 1787 auch in Tarnów sowie in Stanislaw und schließlich 1804 auch in Czernowitz Landgerichte (auch Landrecht, oder *Forum Nobilium*) organisiert. Für Westgalizien wurden 1796 Landgerichte in Krakau und Lublin eingerichtet. In die Organisation der Gerichtsbarkeit der städtischen Magistrate wurde nicht weiter eingegriffen, die bäuerliche Bevölkerung unterstand der Gerichtsbarkeit der *Dominia*, gegen deren Urteile Appellation an die Kreisverwaltung möglich war. Für die Strafgerichtsbarkeit – ohne Unterschied des Standes – waren ab 1787 in jedem Kreis Strafgerichte zuständig, deren Organisation in den meisten Fällen allerdings den Magistraten der Kreisstädte übertragen wurde. Als Berufungsinstanz von den Landgerichten, Magistraten und Strafgerichten diente seit 1784 das Appellationsgericht in Lemberg (für eine Übergangszeit und mit geringeren Befugnissen existierte in Westgalizien ein weiteres Appellationsgericht in Krakau). Die Revisionsinstanz für alle Gerichtsfälle war die Oberste Justizstelle in Wien.

Grundlage der Rechtsprechung bildete, besonders an den fortbestehenden Gerichten aus polnischer Zeit, zunächst weiter das polnische Gewohnheitsrecht, überlagert von österreichischen Rechtsvorstellungen und den regelmäßig publizierten neuen Rechtssetzungen. Nach der Gerichtsreform von 1784 wurden zunehmend die Verfahrensregeln der *Allgemeinen Gerichtsordnung* von 1781 angewandt, die 1788 durch neue Verfahrensordnungen für Strafprozesse sowie 1797 in Westgalizien und 1807 in ganz Galizien für Zivilprozesse ersetzt wurden. In Strafprozessen wurde ab 1787 die im Bereich der gesamten Monarchie gültige Strafrechtskodifikation Kaiser Josephs II. verwendet, in Westgalizien aber nach der Besitznahme ein vollständig überarbeiteter Kodex eingeführt, der 1797 auf das ältere Galizien übertragen wurde und die Grundlage für die 1803 in der ganzen Monarchie eingeführte Strafrechtskodifikation bildete. Im Zivilrecht galt ab 1798 in ganz Galizien das *Bürgerliche Gesetzbuch für Westgalizien* von 1797, das den Vorläufer für das 1812 in der ganzen Monarchie eingeführte *Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch* bildete.³⁷

Die führenden politischen Akteure im habsburgischen Teilungsgebiet agierten ebenso wie im preußischen in der Überzeugung von der Überlegenheit des eigenen Verwaltungssystems und von der Notwendigkeit einer Vereinheitlichung der Verwaltung in der

³⁷ Vgl. DRUSCHEL, D.: *Die Einführung des habsburgischen Rechts in Galizien. Herrschaftswechsel als Reformmotor für die Straf- und Zivilrechtskodifikation in der Habsburgermonarchie?* In: BÖMELBURG/GESTRICH/SCHNABEL-SCHÜLE: *Teilungen* (Anm. 4), 291–320.

gesamten Monarchie. Auch hier wurden zunächst fast nur Beamte aus den älteren Herrschaftsgebieten angestellt und die offizielle Verwaltungssprache war Deutsch.³⁸ Die Vorschriften von 1785 zur vollständigen Umstellung der Gerichtssprache auf Deutsch erwiesen sich hingegen als nicht durchsetzbar. Die Prozesssprache der Appellations- und Sondergerichte war zwar grundsätzlich Deutsch, aber die Justizverwaltungen der *Dominia* und Magistrate bedienten sich weiter meist des Polnischen – die Landgerichte in mündlichen Verhandlungen ebenfalls, im Schriftverkehr des Lateinischen. Erst allmählich nahmen die Zahl der aus dem Lande selbst stammenden Beamten und der Grad der Integration der auswärtigen Beamten in die polnische Gesellschaft zu. Die zunächst weit verbreitete geringe Orts- und Sprachkenntnis, geringe Bezahlung und schwer umzusetzende Kontrolle boten die Grundlage für häufige Abhängigkeit der Angestellten der Regionalverwaltung von den örtlichen Eliten sowie für Korruption und Amtsmissbrauch. Gleichzeitig trat ein Großteil der auswärtigen Beamten der Bevölkerung vor Ort ähnlich wie in Preußen mit der Überzeugung eigener zivilisatorischer Überlegenheit gegenüber, womit die Grundlage für die Entstehung von Vorstellungen einer grundsätzlichen »Andersartigkeit« der Verhältnisse in Galizien im Vergleich zu den älteren Provinzen gelegt wurde. Das damit diskursiv konstruierte Zivilisationsgefälle legitimierte ein die einheimischen Eliten bevormundendes Verwaltungshandeln, bot diesen aber zugleich eine Argumentationsgrundlage bei der Abwehr von Eingriffen der Verwaltung in die bestehende Sozialordnung.³⁹

³⁸ GRODZISKI: *Historia ustroju* (Anm. 35), 168–173 u. 218f.; RÖSKAU-RYDEL, I.: *Zwischen Akkulturation und Assimilation. Karrieren und Lebenswelten deutsch-österreichischer Beamtenfamilien in Galizien (1772–1918)*. München 2015 (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 55) [poln. Orig. Kraków 2011]; FELLERER, J.: *Mehrsprachigkeit im galizischen Verwaltungswesen (1772–1914). eine historisch-soziolinguistische Studie zum Polnischen und Ruthenischen (Ukrainischen)*. Köln 2005 (Bausteine zur slavischen Philologie und Kulturgeschichte, A 46), 27–107.

³⁹ BÖMELBURG, H.-J.: *Aufgeklärte Beamte gegen barock-katholische Adelseliten. Ein Vergleich der österreichischen und preußischen Verwaltungspraxis in Galizien und Westpreußen (1772–1806)*. In: LEITSCH, W./TRAWKOWSKI, S. (Hg.): *Polen und Österreich im 18. Jahrhundert*. Warszawa 2000; ŘEZŇÍK, M.: *Formierung der Galizien-Stereotype und die Adelskritik in der Habsburgermonarchie. Zur Rolle der Reiseberichte und »Briefe« aus dem späten 18. Jahrhundert*. In: SKOWROŃSKA, R. (Hg.): *Selbstzeugnisse im polnischen und deutschen Schrifttum im Spätmittelalter und in der frühen Neuzeit (15.–18. Jahrhundert)*. Toruń 2014 (Studienreihe der Polnischen Historischen Mission, 1), 305–348; KAPS, K.: *Kulturelle Differenzen des Ökonomischen: Galizische Entwicklungsdiskurse im Spannungsfeld räumlicher Funktionalisierung und sozialer Bruchlinien (1772–1848)*. In: DERS./SURMAN, J. (Hg.): *Postcolonial Galicia: Prospects and Possibilities = Historyka. Studia metodologiczne* 42 (2012), 97–116; FILLAFER, F. L.: *The »Imperial Idea« and Civilising Missions*. In: ebd., 37–60; WOLFF, L.: *The Idea of Galicia. History and Fantasy in Habsburg Political Culture*. Stanford, Calif. 2010, 13–62; DERS.: *Inventing Galicia: Messianic Josephinism and the Recasting of Partitioned Poland*. In: *Slavic Review* 63 (2004), 818–840.

Die russischen Gouvernements auf ehemals polnischem Gebiet

Von der russischen Politik wurde der Gebietserwerb durch die Teilungen auch unter Berufung auf deren historische Verbindung zur mittelalterlichen Rus und die Verbreitung der orthodoxen Kirche gerechtfertigt.⁴⁰ Die damit verbundene Vorstellung von einer »Sammlung des russischen Landes« setzte sich aber erst im 19. Jahrhundert als gängige Deutung durch und wurde dann zur Grundlage für die Bezeichnungen Nord- und Südwestland (*severo- und južno-zapadnij kraj*) für die Gebiete des Großherzogtums Litauen sowie die ruthenischen Wojewodschaften. Bis in das 19. Jahrhundert hinein war hingegen die Bezeichnung dieser Gebiete als »von Polen angegliederte Gebiete« (*oblasti ot Pol'si prisoedinennye*) üblich. Im polnischen Sprachgebrauch entstand im 19. Jahrhundert die Bezeichnungen für die von Russland beherrschten Gebiete als *ziemie zabrane* (entrissene Länder) oder *kresy* (Grenzgebiete). Neben der Berufung auf historische Verbindungen wurden die Teilungen von russischer Seite ähnlich wie von preußischer und österreichischer auch unter Berufung auf eine Überlegenheit monarchischer Ordnung und der durch diese garantierten Zivilisation legitimiert. Dies schlug sich aber anders als im preußischen und österreichischen Teilungsgebiet nicht in einem fast ausschließlichen Rückgriff auf landfremde Verwaltungseliten nieder. Vielmehr stützte sich die imperiale Herrschaft Russlands auf die Einbindung der lokalen adligen Eliten und griff teilweise auf die vorhandenen Verwaltungsstrukturen zurück.⁴¹

Der Gestaltung von Verwaltung und Justizwesen erfolgte unter Kaiserin Katharina II. (1762–1796) in engem Zusammenhang mit Reformen im ganzen Reich zu-

⁴⁰ Zu den russischen Legitimationsstrategien der Teilungen vgl. WANDYCZ: *Lands* (Anm. 5), 17; PORTNOV, A.: »Unsere Leute« identifizieren. Die »ukrainischen Territorien« 1772–1831. In: BÖMELBURG/GESTRICH/SCHNABEL-SCHÜLE: *Teilungen* (Anm. 4), 201–243, hier 220–233. Zu dem Topos der »Sammlung des russischen Landes«, mit dem an die politische Rhetorik aus der Zeit der Moskauer Staatsbildung im 14./15. Jh. angeknüpft wurde vgl. TORKE, H.-J.: Sammlung des russischen Landes. In: DERS. (Hg.): *Lexikon der Geschichte Russlands*. München 1985, 335 f.

⁴¹ Allgemein zum russischen Teilungsgebiet: THADEN: *Russia's Western Borderlands* (Anm. 7), 32–80; GANZENMÜLLER, J.: *Russische Staatsgewalt und polnischer Adel. Elitenintegration und Staatsaufbau im Westen des Zarenreiches (1772–1850)*. Köln 2013 (Beiträge zur Geschichte Osteuropas, 46), 273 und 277; SMOLIJ, V. A.: *Vozz'ednannja pravoberežnoj Ukraïny z Rosieju* [Die Vereinigung der rechts vom Dnepr gelegenen Ukraine mit Rußland]. Kyïv 1978, 156–183; MAGOCSI: *History* (Anm. 9), 305–350; ALEKSANDRAVIČIUS, E./KULAKAUSKAS, A.: *Pod władzą carów. Litwa w XIX wieku* [Unter der Zarenherrschaft. Litauen im 19. Jahrhundert]. Kraków 2003 (litauisches Orig. Vilnius 1996), 57–74, 211–242; KASČUK, M. (Hg.): *Historyja Belarusi u šasci tamach* [Geschichte Weißrusslands in sechs Bänden]. Bd. 4. Minsk 2005, 49–157; GAJDUCIK, V. N./BARELKOWSKI, M.: *Die Gouvernements Vicebsk und Mahilëŭ (1772–1830/31) nach den Teilungen Polen-Litauens*. In: BÖMELBURG/GESTRICH/SCHNABEL-SCHÜLE: *Teilungen* (Anm. 4), 245–289; ANIŠČANKA, J. K.: *Inkarparacyja litoŭskaja pravincyja ŭ padzjelach Rečy Paspalitaj* [Die Eingliederung der litauischen Provinz nach den Teilungen Polen-Litauens]. Minsk 2003.

nächst unter Rückgriff auf Argumentationsmuster der europäischen Aufklärung, ab 1790er Jahren dann aber verstärkt im Zeichen der Revolutionsabwehr. Nach der auf Zentralisierung und Militarisierung der Verwaltung zielenden Politik ihres Nachfolgers Paul I., erfolgte zu Beginn des 19. Jahrhunderts unter Alexander I. eine grundlegende administrative Neuorganisation, die zwar Ansätze seines Vorgängers aufgriff, zugleich aber erneut um Einbeziehung der lokalen Eliten in die Verwaltung bemüht war.⁴²

Die Notwendigkeit der Integration der durch die erste Teilung 1772 erworbenen Gebiete gab einen wichtigen Impuls für die von Katharina II. in den 1770er und 1780er Jahren durchgesetzten Reformen, mit denen die Verwaltung dezentralisiert und die lokalen Eliten stärker in die Landesverwaltung eingebunden wurden.⁴³ Auf dem Gebiet, das durch die erste Teilung an Russland gefallen waren, wurden nach einer Übergangszeit 1778 die Statthalterschaften (russ. *namestničestva*) Polozk und Mogilew gebildet, die einem gemeinsamen Statthalter (auch Generalgouverneur genannt) unterstanden. Nach der zweiten und dritten Teilung wurde zunächst begonnen, die unter Katharina II. eingeführte Statthalterverfassung auch auf die neuerworbenen Gebiete zu übertragen.

Die Reformen unter Paul I. und Alexander I. führten dann allerdings zu einer Neuorganisation der Verwaltungsgliederung, wobei in den Gebieten, die im Zuge der zweiten und dritten Teilung an Russland gefallen waren, Rücksicht auf die polnischen Eliten zugesichert wurde.⁴⁴ Aus den Statthalterschaften Mogilew und Polozk, die 1796–1801

⁴² Zur Entwicklung der russischen Politik vgl. ZERNACK: *Polen und Rußland. Zwei Wege in der europäischen Geschichte*. Berlin 1994, 232–314; MÜLLER, M. G.: *Das russische Imperium im 18. Jahrhundert (1725–1796): Zum Epochencharakter des nachpetrinischen 18. Jahrhunderts in der Geschichte Rußlands*. In: ZERNACK, K. (Hg.): *Handbuch der Geschichte Russlands*. Bd. 2.1. Stuttgart 1986, 372–378; SCHARF, C.: *Innere Politik und staatliche Reformen seit 1762*. In: ebd., 676–806; LEDONNE, J. P.: *Absolutism and Ruling Class. The Formation of the Russian Political Order 1700–1825*. New York 1991; SCHMIDT, C.: *Russische Geschichte 1547–1917*. München 2003 (Oldenbourg Grundriss der Geschichte, 33), 31–66.

⁴³ Zu den Reformen von Katharina II. vgl. DE MADARIAGA, I.: *Russia in the Age of Catherine the Great*. New Haven 1981; ANIŠČANKA, J. K.: *Belarus' u časy Kacjaryny II (1772–1796 hady)* [Weißrussland zur Zeit Katharinas II.]. Minsk 1998; LEHTONEN, U. L.: *Die polnischen Provinzen Russlands unter Katharina II. in den Jahren 1772–1782. Versuch einer Darstellung der anfänglichen Beziehungen der russischen Regierung zu ihren polnischen Untertanen*. Berlin 1907.

⁴⁴ Zum Verwaltungsaufbau vgl. KUTRZEBA: *Historyja ustroju* (Anm. 5), 182–186; AMBURGER, E.: *Geschichte der Behördenorganisation Russlands von Peter dem Großen bis 1917*. Leiden 1966, 386–399; ŠANDRA, V. S.: *Administratyvni ustanovy Pravoberežnoj Ukraïny kincja XVIII–počatku XX st. v rosij's'komu zakonodavstvi. džereloznavčyj analytyčnyj ohljad* [Die Verwaltungsinstitutionen der rechtsufrigen Ukraine Ende des 18. – Beginn des 20. Jahrhunderts in der russländischen Gesetzgebung. Quellenkundlich analytische Untersuchung]. Kyïv 1998 (Instytut Ukraïns'koi Archeohrafiï ta Džereloznavstva im. M. Hruševs'koho, Sdudii, 2), 15–26; LEDONNE, J. P.: *Ruling Russia. Politics and Administration in the Age of Absolutism 1762–1796*. Princeton, NJ 1984, 316–342; DERS: *Frontier Governors General 1772–1825. I. The Western Frontier*. In: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 47 (1999), 56–88; FILATAVA, A.: *Novyja organy i režym ulady* [Neue Organe und Regime der Macht]. In: KASCJUK: *Historyja Belarusi* (Anm. 41), 49–54; MAGOCSI: *History* (Anm. 9),

zum weißrussischen Gouvernement zusammengefasst waren, wurden nach dem Regierungsantritt von Alexanders I. 1801 das Gouvernement Mogilew und – auf dem Gebiet der früheren Statthalterschaft Polozk unter Einschluss eines kleinen Teils der Gebietsgewinne aus der zweiten Teilung – das Gouvernement Witebsk gebildet, die unter Kontrolle eines gemeinsamen Militärgouverneurs standen. Auf dem Gebiet, der im Zuge der zweiten und dritten Teilung an Russland gefallenen Wojewodschaften des Großherzogtums Litauen entstanden die Gouvernements Minsk, Litauen-Wilna und Grodno (1797–1801 zusammen mit Wilna Litauisches Gouvernement). Für die Gouvernements Wilna und Grodno gab es gemeinsame Militär- und Generalgouverneure in Wilna. Aus den an Russland gefallenen ruthenischen Wojewodschaften wurden die Gouvernements Kiew, Wolhynien und Podolien gebildet, deren Verwaltungsgrenzen endgültig 1802 festgelegt wurden und die in verschiedenen Kombinationen zum Teil auch mit dem Minsker Gouvernement unter Kontrolle gemeinsamer Militärgouverneure standen (ab 1830 dann für die drei Gouvernements ein Generalgouverneur in Kiew). In das Kiewer Gouvernement wurden die Stadt Kiew und ihr Umland integriert, die bereits seit dem 17. Jahrhundert unter russländischer Herrschaft standen. Die übrigen im 17. Jahrhundert von Polen-Litauen erworbenen, östlich des Dnepr gelegenen Gebiete wurden als kleinrussisches Gouvernement reorganisiert. Kurland bildete unter Berücksichtigung der älteren Landesverfassung ein eigenes Gouvernement und das 1807 erworbene Gebiet von Biafystock wurde bis zur 1843 erfolgenden Bildung des dem Wilnaer Generalgouverneur zugeordneten Gouvernements Kaunas getrennt von einem Residenten verwaltet.

Die Gouvernementsverwaltungen verfügten über verschiedene Kammern – darunter eine für die Verwaltung der Finanzen unter Vorsitz des Vize-Gouverneurs und je eine für die Verwaltung der Straf- und Zivilgerichtsbarkeit. Die allgemeine Verwaltung der Gouvernements sowie die Kammern waren einerseits Zentralbehörden (ab 1802 Fachministern) zugeordnet, unterstanden andererseits der Kontrolle durch die direkt von den russischen Kaisern ernannten (Zivil-)Gouverneure. Die meist für mehrere Gouvernements zuständigen, ebenfalls von den Kaisern ernannten Militär- oder Generalgouverneure waren den Gouverneuren übergeordnet oder übernahmen in dem Gouvernement, in dem sie residierten, auch deren Aufgaben. Für die ländliche Regionalverwaltung in den Kreisen (russ. *ujezd*) waren vom lokalen Adel aus seiner Mitte gewählte, aber vom Gouverneur bestätigte und kontrollierte Amtsträger zuständig. In den Städten wurden von der Gouvernementsverwaltung neben den gewählten Magistraten Polizeibehörden eingesetzt.

307–309; ŠENAVIČIUS, A./SMALSKYS, V.: *Administracinės reformos Rusijos valdomoje Lietuvos teritorijoje. XVIII a. pabaigoje – XIX a. pradžioje* [Verwaltungsreformen in den von Russland regierten Territorien Litauens. Ende des 18. – Anfang des 19. Jahrhunderts]. In: *Viesoji Politika ir Administravimas – Public Policy and Administration* 1, 27 (2009), 101–108.

Das Gerichtssystem in dem durch die erste Teilung von Russland erworbenen Gebiet wurde ab 1775 entsprechend der Statthalterverfassung neu gestaltet.⁴⁵ Es wurden Kreis- sowie Gouvernementsgerichte eingerichtet, deren Mitglieder außer dem Vorsitzenden von den gutsbesitzenden Adligen gewählt wurden. In den Städten waren die Magistrate für die Gerichtsbarkeit zuständig. Die leibeigene ländliche Bevölkerung unterstand nur der Gerichtsbarkeit der Gutsbesitzer, die Staatsbauern hingegen derjenigen der Kreisverwaltung (auch niederes Land- oder Kreisgericht genannt). Die Appellationsinstanz für Adel, Stadtbürger und Staatsbauern bildeten die Justizkammern der Gouvernementsverwaltungen sowie darüber hinaus wechselnde Zentralbehörden in Sankt Petersburg. In dem durch die zweite und dritte Teilung erworbenen Gebiet lehnte sich die Gerichtsorganisation stärker an die polnischen Traditionen an. Für die Gerichtsbarkeit des Adels waren hier weiter von Adelsversammlungen gewählte Gerichte unter ihren traditionellen Bezeichnungen zuständig: für zivil- und strafrechtliche Auseinandersetzungen – *sądy ziemskie* (Landgerichte) und in den litauischen Gouvernements zusätzlich *sądy grodzkie* (Burggerichte), für Streitfragen um Grundbesitzgrenzen – *sądy podkomorskie* (Kammerherrengerichte). In zweiter Instanz urteilten ab 1797 Hauptgerichte der Gouvernements (russ. *Glavnye Sudy*), deren Mitglieder auf Vorschlag der Adelsversammlungen ernannt wurden. Das ehemalige Appellationsgericht des Großherzogtum Litauens (*Trybunał Litewski*) wurde zunächst zum Hauptgericht des Litauischen Gouvernements und 1802 zusammen mit dem Gouvernement geteilt. Das polnische Recht basierend auf dem Litauischen Statut von 1588 und den Reichstagsbeschlüssen (außer denen des Vierjährigen Sejms) blieb weitgehend in Geltung, nur in den 1772 erworbenen Gebieten wurden im Strafrecht grundsätzlich die russischen Vorschriften angewandt.

Insgesamt erwies sich das russische Verwaltungssystem, das auf vielfältigen und häufig parallelen Verbindungen zwischen den regionalen adligen Eliten und denen des Herrschaftszentrums sowie auf persönlichen Verpflichtungen gegenüber dem Herrscher und Vorgesetzten beruhte, trotz oder gerade wegen des Mangels an klaren Kompetenzabgrenzungen und Entscheidungsstrukturen bis in das erste Drittel des 19. Jahrhunderts als relativ stabil.⁴⁶

⁴⁵ Zum Gerichtssystem vgl. LEHTONEN: *Die polnischen Provinzen* (Anm. 43), 324f. und 344f.; KUTRZEB: *Historia ustroju* (Anm. 5), 208–214, FILATAVA: *Novyja organy* (Anm. 44), 53f.; GANZENMÜLLER: *Russische Staatsgewalt* (Anm. 41), 273 und 277. Zum *Tribunał Litewski* und den Hauptgerichten vgl. auch ALEKSANDRAVIČIUS/KULAKAUSKAS: *Pod władzą carów* (Anm. 41), 68, 74 und die Gesetzgebung von 1797 und 1802 in: *Polnoe Sobranie Zakonov Rossijskoi Imperii*. Sankt-Peterburg 1830, Bd. 24, S. 318f., Nr. 17.788 und Bd. 26, S. 874f., Nr. 20096.

⁴⁶ Zur Funktionsweise des imperialen Herrschaftssystem Russlands vgl. LEDONNE: *Absolutism* (Anm. 42); DERS.: *Ruling Russia* (Anm. 44); SCHATTENBERG, S.: *Die korrupte Provinz? Russische Beamte im 19. Jahrhundert*. Frankfurt am Main 2008 (Campus historische Studien, 45); GANZENMÜLLER, J.: *Ordnung als Repräsentation von Staatsgewalt. Das Zarenreich in der litauisch-weißrussischen Provinz (1772–1832)*. In: BABEROWSKI, J./FEEST, D./GUMB, C. (Hg.): *Imperiale Herrschaft in der Pro-*

Adelspolitik der Teilungsmächte

Von der Bevölkerung Polen-Litauens war der Adel am stärksten von den neuen Herrschaftsverhältnissen nach den Teilungen betroffen. Eine Möglichkeit, auf die Politik Einfluss zu nehmen, wie sie die Entsendung von Deputierten zum Sejm Polen-Litauens geboten hatte, gab es in den monarchischen Herrschaftssystemen der Teilungsmächte nicht. Aber der grundbesitzende Adel bildete auch hier die Basis für die Herrschaft über den Großteil der Landbevölkerung, konnte über die Höfe in Berlin, Wien und Sankt Petersburg Einfluss auf monarchische Entscheidungen nehmen und besetzte die Führungspositionen im Militär. Der Adel spielte auch noch eine wichtige Rolle in der Landesverwaltung, allerdings zeichnete sich im preußischen und habsburgischen Herrschaftsgebiet eine Entwicklung zur modernen Staatsbildung und damit zur Professionalisierung und Bürokratisierung der Verwaltung ab, die sich in einer wachsenden Zahl bürgerlicher Beamter niederschlug und unter Ausschluss des polnischen Adels besonders in den neuerworbenen polnischen Gebieten vorangetrieben wurden. Andererseits waren alle Teilungsmächte im Zeichen der Revolutionsabwehr ab den 1790er Jahren um eine soziale Stabilisierung des Adels bemüht. Die Reformen des Vierjährigen Sejms, die den Erwerb von adligen Gütern durch Bürgerliche generell ermöglicht hatten, wurden zurückgenommen und auch die zahlreichen Nobilitierungen der letzten Jahre Polen-Litauens wurden nicht anerkannt. Den polnischen Adelseliten gewährten die Teilungsmächte jeweils unterschiedliche Möglichkeiten zur Integration in die neuen politischen und ökonomischen Strukturen.⁴⁷

In allen drei Teilungsgebieten besaß der Adel einen privilegierten Zugang zu Offiziersstellen, von dem auch die polnischen Adelseliten profitierten, wobei die militärischen Karrieremöglichkeiten im russischen und habsburgischen Dienst deutlich besser waren als im preußischen.⁴⁸ Für die ärmeren Adligen, die die finanziellen und Bil-

vinz. Repräsentationen politischer Macht im späten Zarenreich. Frankfurt am Main 2008 (Eigene und fremde Welten: Repräsentationen sozialer Ordnungen im Wandel, 11), 59–80; CZUBATY, J.: *Rosja i świat. Wyobraźnia polityczna elity władzy imperium rosyjskiego w początkach XIX wieku* [Russland und die Welt. Politische Vorstellungen der Machteliten des russländischen Imperiums zu Beginn des 19. Jahrhunderts]. Warszawa 1997.

⁴⁷ Vergleichend zu mehreren Teilungsgebieten: CZUBATY, J.: *Zasada »dwóch sumień«. Normy postępowania i granice kompromisu politycznego Polaków w sytuacjach wyboru (1795–1815)* [Das Prinzip »zweier Gewissen«. Verhaltensnormen und die Grenzen politischen Kompromisses von Polen in Entscheidungssituationen]. Warszawa 2005; BÖMELBURG, H.-J.: *Inklusion und Exklusion nach der Ersten Teilung Polen-Litauens. Die Österreichische, preußische und russländische Verwaltungspraxis in Galizien, Westpreußen und den weißrussischen Gouvernements Polack und Mahileu im Vergleich (1772–1806/07)*. In: DERS./GESTRICH/SCHNABEL-SCHÜLE: *Teilungen* (Anm. 4), 171–200; DERS.: *Aufgeklärte Beamte* (Anm. 39).

⁴⁸ Zum Militärdienst des Adels vgl. CZUBATY: *Zasada* (Anm. 47), 474–549; SCHMITT, B.: *Der Militärdienst und die Neuformierung adliger Eliten in den habsburgischen und preußischen Teilungsgebieten 1772–1830*. In: HOLSTE, K./HÜCHTKER, D./MÜLLER, M. G. (Hg.): *Aufsteigen und Obenbleiben*

dungsvoraussetzungen für einen unmittelbaren Eintritt in den Offiziersdienst nicht erbringen konnten, gründeten alle drei Teilungsmächte Ausbildungseinrichtungen (in Preußen die Kadettenhäuser in Kulm und Kalisch) und rein adlige Freiwilligeneinheiten. Der Prozess sozialer Deklassierung dieser Adelsgruppe, der schon vor den Teilungen begonnen hatte und sich danach weiter beschleunigte, konnte durch die neuen Bildungseinrichtungen und militärischen Einheiten aber kaum gebremst werden.

Im russischen Teilungsgebiet wurde der polnische Adel am stärksten auch in das Verwaltungssystem einbezogen.⁴⁹ Heiratsverbindungen zwischen russischen und polnischen Adelsfamilien waren häufig und die konfessionelle und sprachliche Differenz zum russischen Adel bildete zumindest für den höheren polnischen Adel keine wesentliche Interaktionsbarriere. Die Herrschaftsrechte auf den Adelsgütern blieben bestehen und wurden zum Teil noch ausgebaut. Allerdings wurden die ehemaligen Krongüter wie im preußischen und österreichischen Teilungsgebiet schrittweise eingezogen und vor allem unter der Herrschaft Katharinas II. an russische, seltener auch an loyale polnische Adlige vergeben. Die Justiz- und Verwaltungsbeamten wurden, abgesehen von den obersten Positionen, bis 1831 häufig aus dem polnischen Adel rekrutiert. Die Adelsversammlungen wählten neben den Kreisbeamten und dem Großteil des Gerichtspersonals auch eigene, häufig über direkte Kontakte zu den Sankt Petersburger Zentralbehörden verfügende Interessenvertreter: Adelsmarschälle der Kreise und Gouvernements. Hinzu kamen von den Adelsversammlungen vergebene Ehrenämter in der Schulaufsicht und in wohlthätigen Einrichtungen.

in europäischen Gesellschaften des 19. Jahrhunderts. Akteure – Arenen – Aushandlungsprozesse. Berlin 2009 (Elitenwandel in der Moderne 10), 49–62; DERS.: *Der polnische Adel in den Armeen Preußens und der Habsburgermonarchie. Inklusion und Exklusion neuer Untertanen im Militär (1772–1806)*. In: BÖMELBURG/GESTRICH/SCHNABEL-SCHÜLE: *Teilungen* (Anm. 4), 359–376; BACZKOWSKI, M.: *W służbie Habsburgów. Polscy ochotnicy w austriackich siłach zbrojnych w latach 1772–1815* [Im Dienst der Habsburger. Polnische Freiwillige in österreichischen Streitkräften in den Jahren 1772–1815]. Kraków 1998.

⁴⁹ GANZENMÜLLER: *Russische Staatsgewalt* (Anm. 41); BEAUVOIS, D.: *Pouvoir russe et noblesse polonaise en Ukraine. 1793–1830*. Paris 2003 – poln. Übersetzung enthalten in: DERS.: *Trójkąt ukraiński. szlachta, carat i lud na Wołyniu, Podolu i Kijowszczyźnie 1793–1914* [Ukrainisches Dreieck. Adel, Zarentum und ländliche Bevölkerung in Wolynien, Podolien und Kiewer Land]. Lublin 2005; LYSENKO, S. M./ČERNEC'KYJ, J. A.: *Pravoberežna šljachta. Kinec' XVIII – perša polovyna XIX st. Spysok šljachty Volyns'koj, Kyjivs'koj ta Podil's'koj hubernij, dvorjans'ki prava jakoj pereviryla Central'na revizijna komisija* [Der rechtsufrige polnische Adel. Ende 18. – erste Hälfte 19. Jh. Verzeichnis des polnischen Adels der Gouvernements Wolhynien, Kiew und Podolien, von der Zentralen Revisionskommission überprüfte Adelsrechte]. Bila Cerkva ²2007, 13–41; RYCHLIKOWA, I.: *Carat wobec polskiej szlachty na ziemiach zabranych w latach 1772–1831* [Das Zarentum gegenüber dem polnischen Adel in den entrissenen Ländern]. In: *Kwartalnik Historyczny* 98 (1991), 51–83; SIKORSKA-KULESZA, J.: *Drobna szlachta w zachodniej Białorusi i na Litwie w XIX wieku* [Der Kleinadel im westlichen Weißrussland und in Litauen im 19. Jahrhundert]. Warszawa 1990, 9–25; BAZYLOW, L.: *Polacy w Petersburgu* [Polen in Petersburg]. Wrocław 1984, 24–78.

An den Adelsversammlungen teilnehmen und Wahlämter ausüben konnten allerdings nur Adlige, die über Gutsbesitz verfügten, und die Besitzanforderungen wurden wiederholt vergrößert. Die über geringen Besitz verfügenden oder in rein adligen Dörfern lebenden Adeligen, die den größten Teil des bis zu zehn Prozent der Bevölkerung ausmachenden Adel bildeten, verloren damit als Klientel vermögender Adelsfamilien an Bedeutung, womit der Verlust eines Teils ihrer früheren Erwerbchancen verbunden war. Der soziale Abstand des Kleinadels zum güterbesitzenden Adel (*ziemiaństwo*) vergrößerte sich weiter und die Zugehörigkeit zum Adel musste von Adelsdeputationen der Gouvernements (im Rahmen der adligen Selbstverwaltung unter Vorsitz der Adelsmarschälle) bestätigt werden, aber sie wurde bis 1831 nicht radikal in Frage gestellt.

Im österreichischen Teilungsgebiet verlor der polnische Adel fast vollständig den Zugriff auf die Landesverwaltung und die Möglichkeit zur institutionellen politischen Mitbestimmung.⁵⁰ Der 1775 angekündigte ständische Landtag (*stany krajowe*) – bestehend aus einem Herrenstand (zu dem die Fürsten, Grafen und Freiherren sowie auch die hohe katholische und griechisch-katholische Geistlichkeit gerechnet wurde), der über größeren Grundbesitz verfügenden adligen Ritterschaft (unter Einschluss der gut ausgestatteten geistlichen Würdenträger adliger Abstammung) und aus zwei Vertretern des Lemberger Magistrats für die Städte – wurde nach einigen Modifikationen nur zwischen 1782 und 1792 alle zwei Jahre einberufen und verfügte über keinerlei administrative und politische Kompetenzen. Der vom Landtag gewählte, dauernde Ausschuss, der auch fortbestand, als der Landtag selbst nicht mehr einberufen wurde, hatte nur beratende Funktionen hinsichtlich der Umlage der Steuern und der Umsetzung von Verwaltungsvorschriften. Nur während der Regierungszeit Kaiser Leopolds II. (1790–1792) erfolgte eine kurzzeitige Belebung des politischen ständischen Lebens, als Vertreter des galizischen Adels unter dem Eindruck der ständischen Bewegung in der gesamten Monarchie und der Beratungen des Vierjährigen Sejms in Polen-Litauen einen Verfassungsentwurf für Galizien (*Charta Leopoldina*) erarbeiteten und erfolglos den Wiener Zentralbehörden vorstellten.⁵¹

⁵⁰ Zur Situation des Adels im habsburgischen Teilungsgebiet vgl. ŘEZNÍK, M.: *Neuorientierung einer Elite. Aristokratie, Ständewesen und Loyalität in Galizien (1772–1795)*. Frankfurt am Main 2016 (Studien zum mitteleuropäischen Adel, 7); GRODZISKI: *Historia ustroju* (Anm. 35), 40–50, 144–148, 220–231 und 249; MENCEL: *Galicja Zachodnia* (Anm. 14), 75–82; ŚLUSAREK, K.: *Drobna szlachta w Galicji 1772–1848* [Der Kleinadel in Galizien 1772–1848]. Kraków 1994; SLYVKA, L. V.: *Halyc'ka dribna šljachta v Avstro-Uhorščyni. (1772–1914 rr.)* [Der galizische Kleinadel in Österreich-Ungarn (1772–1914)]. Ivano-Frankivs'k 2009.

⁵¹ ŘEZNÍK, M.: *Das politische Programm der galizischen Stände unter Leopold II.* In: TÖNSMEYER, T./VELEK, L. (Hg.): *Adel und Politik in der Habsburgermonarchie und den Nachbarländern zwischen Absolutismus und Demokratie*. München 2011 (Studien zum mitteleuropäischen Adel, 3), 13–28; GRODZISKI, S. / GERHARDT, A. S.: *Projekt konstytucji dla Galicji z 1790 r. (»Charta Leopoldina«). Tekst i przekład* [Das Verfassungsprojekt für Galizien von 1790 (»Charta Leopoldina«)]. Kraków 1981 (Zeszyty naukowe Uniwersytetu Jagiellońskiego, 598; Prace prawnicze, 94).

Die einflussreichen und vermögenden Familien, die in der Vergangenheit herausgehobene Funktionen im politischen System Polen-Litauens bekleidet hatten, sich im Dienst für die Monarchie bewährten oder hohe Kosten nicht scheuten, wurden durch erbliche Fürsten-, Grafen- oder Freiherrentitel sowie durch höfische und zum Teil auch militärische Würden ausgezeichnet und rechtlich als Herrenstand vom übrigen Adel (Ritterstand) abgegrenzt. Ihnen eröffneten Beziehungen zum Hof besonders im Rahmen der ab den 1790er Jahren zunehmend konservativen Politik der Monarchie zumindest informelle Einflussmöglichkeiten und die gemeinsame katholische Konfession erleichterte ihre Integration in die Aristokratie der Gesamtmonarchie. Für den mittleren und kleinen Adel hatte die österreichische Herrschaft außer den erwähnten Karriere-möglichkeiten im Militär weit weniger Integrationsangebote zu bieten. Die auf Lebenszeit vergebenen polnischen Krongüter wurden schrittweise eingezogen und zum kleineren Teil an Meistbietende verpachtet, vor allem aber verkauft, wodurch sich die soziale Differenz zwischen reichem und armem Adel weiter vergrößerte. Besonders für den besitzlosen Adel bildete der von der Verwaltung geforderte und für viele Familien schwer zu erbringende Nachweis adliger Abstammung eine große Belastung, auch wenn die Fristen zur Eintragung in die Adelsmatrikel mehrfach verlängert und die Anforderungen verringert wurden.

Die preußische Politik war nach der ersten Teilung zunächst auf eine weitgehende Verdrängung des polnischen und vor allem des katholischen Adels ausgerichtet.⁵² Dazu trugen eine hohe Steuerbelastungen und der rasche Einzug der auf Lebenszeit vergebenen polnischen Krongüter zum königlichen Domänenbesitz ebenso bei wie die Freigabe des Erwerbs adliger Güter durch Bürgerliche. Darüber hinaus wurden – wie in der ganzen Monarchie – Adlige gewöhnlich nicht als Pächter von Domänenland zugelassen. Dies alles führte zu einer starken Veränderung der Zusammensetzung der Gutsbesitzer und einem weitgehenden Bruch mit deren polnischer Tradition. Erst nach dem Tod König Friedrichs II. veränderte sich die Politik. Um den Güter besitzenden Adligen entgegen zu kommen, aber auch um die Regionalverwaltung zu verbessern, wurde eine Kreisverfassung nach Vorbild der Kurmark Brandenburg eingeführt, die den Gutsbesitzern eine Mitwirkung an der Kreisverwaltung, die Wahl von Landratskandidaten aus ihren Reihen und gelegentlich eine Stellungnahme zu Gesetzesprojekten und Verwaltungsmaßnahmen erlaubte. Die nach dem Vorbild Schlesiens und Pommerns 1787 erfolgte Gründung eines

⁵² BÖMELBURG: *Ständegesellschaft* (Anm. 21), 244–249 und 331–370; DERS.: *Zwischen Landesbewusstsein, polnischer Adelsrepublik und Hohenzollernmonarchie – politische Loyalitäten und Nationsbildung innerhalb des königlich preußischen bzw. westpreußischen Adels 1770–1870*. In: JAROSZEWICZ, M./STĘPIŃSKI, W. (Hg.): *Szlachta – społeczeństwo – państwo między Warmią a Rugią w XVIII–XX wieku* [Adel – Gesellschaft – Staat zwischen Ermland und Rügen im 18. und 19. Jahrhundert]. Szczecin 1998, 23–40; NEUGEBAUER, W.: *Adelsständische Tradition und absolutistische Herrschaft. Zur politischen Kultur Westpreußens nach 1772*. In: *Nordostarchiv* N. F. 6 (1997), 629–647.

landschaftlichen Kreditinstitutes (kurz Westpreußische Landschaft) mit kollektiver Haftung aller adligen Güter verbesserte die Möglichkeiten zur Kreditaufnahme, senkte die Zinsen und verringerte die Gefahr eines Konkurses. In den folgenden Jahren entstand eine Schicht polnischer, aber zur preußischen Monarchie loyaler Adliger, die sich erst im Zuge der Nationalisierung der Politik im 19. Jahrhundert auflöste.

In Süd- und Neustpreußen nahm die preußische Politik von Anfang an stärker Rücksicht auf die Situation der polnischen Adligen.⁵³ Abgesehen von einigen interimistischen Lösungen und von der Berücksichtigung polnischer Adliger bei der Vergabe von Landratsämtern erfolgte allerdings auch in Süd- und Neustpreußen keine Einbindung des polnischen Adels in die Verwaltung, obwohl sich mehrere Denkschriften hoher Verwaltungsbeamter dafür aussprachen.⁵⁴ Auch eine Möglichkeit wie seit 1786 in Westpreußen über Kreisvertretungen an der Verwaltung zu partizipieren, wurde den adligen Gutsbesitzern trotz deren Bittschriften nicht gewährt.⁵⁵ Aber die soziale und ökonomische Stellung des Güter besitzenden Adels wurde gestärkt. Bedeutende polnische Adelsfamilien aller durch die Teilungen erworbenen Provinzen wurden in den preußischen Grafen- oder Freiherrenstand aufgenommen und durch Vergabe von Orden oder die Kammerherrenwürde wurde versucht, den höheren Adel an den Berliner Hof zu binden. Die Einführung eines süd- und eines neustpreußischen *Inkolats* sicherte in diesen Provinzen anders als in Westpreußen einheimischen Adligen das alleinige Recht zum Erwerb von adligen Gütern zu, sofern nicht eine königliche Sondergenehmigung für auswärtige oder nicht adlige Kaufinteressenten vorlag. Ein weiterer Unterschied zur Politik in Westpreußen war, dass die auf Lebenszeit vergebenen polnischen Krongüter erst schrittweise eingezogen und Adlige als Pächter der neuen Domänenämter zugelassen wurden. Obwohl für Süd- und Neustpreußen kein landschaftliches Kreditinstitut gegründet wurde, verbesserten sich die Kreditmöglichkeiten der Gutsbesitzer durch den Zugang zum Berliner Kapitalmarkt und die Reform des Hypothekenwesens deutlich, was zum raschen Anstieg der Preise für Güter beitrug, aber auch zur umfangreichen Spekulation mit ihnen. Einschneidender als auf die Gutsbesitzer wirkte sich die

⁵³ JEDLICKI, J.: *Klejnot i bariery społeczne. Przeobrażenia szlachectwa polskiego w schyłkowym okresie feudalizmu* [Adelszugehörigkeit und soziale Grenzen. Wandel polnischer Adeligkeit im ausgehenden Feudalismus]. Warszawa 1968, 217–224; WĄSICKI: *Prusy południowe* (Anm. 25), 66–78, 229–236, 259 f.; DERS.: *Prusy nowoschodnie* (Anm. 25), 100–121, 205–214; MOLIĆ, W.: *Życie codzienne ziemiaństwa w Wielkopolsce w XIX i na początku XX wieku. Kultura materialna* [Das Alltagsleben des Gutsadels in Großpolen im 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts. Materielle Kultur]. Poznań 1999, 25–29, 63–75. Zur Situation und wirtschaftlichen Möglichkeiten großer Güterkomplexe vgl. SNYDERS, L.: *Ostdeutsche Agrarwirtschaft im Umbau. Die Herrschaft Birnbaum in südpreußisch-napoleonischer Zeit*. Münster 2012 (Wissenschaftliche Schriften der WWU Münster, 12).

⁵⁴ PHILIPPSON, M.: *Geschichte des Preußischen Staatswesens vom Tode Friedrich des Großen bis zu den Freiheitskriegen*. Bd. 2. Leipzig 1882, 141 f., 198 f., 206 f.

⁵⁵ Ebd., 227–229.

Einführung des preußischen Herrschaftssystems auf die armen und besitzlosen polnischen Adligen aus. Der ihnen gewährte Zugang zur Domänenpacht und zum Militärdienst konnte den sozialen Abstieg eines großen Teils von ihnen nicht aufhalten und in Neuostpreußen bemühte sich die preußische Verwaltung, sie unter Verlust der Adelsprivilegien auf Bauernland anzusiedeln.

Die Situation von Bauern und Städten nach den Teilungen

In engem Zusammenhang mit der Adelspolitik der drei Teilungsmächte stand das Ausmaß, in dem die jeweilige Verwaltung in die rechtlichen Verhältnisse der ländlichen und städtischen Bevölkerung eingriff. Einfluss auf die jeweilige Gesetzgebung hatte zugleich die Rezeption von Ideen der Aufklärung sowie merkantilistischer und physiokratischer Wirtschaftstheorien. Schließlich spielten nicht zuletzt fiskalpolitische Grundsätze eine wichtige Rolle.

Im russischen Teilungsgebiet, wo das Herrschaftssystem sich weitgehend auf die Einbeziehung der adligen Eliten stützte, blieben Eingriffe in die Beziehungen zwischen Gutsherrschaften und Bauern weitgehend aus – die adligen Herrschaftsrechte wurden eher noch weiter gestärkt.⁵⁶ Die Gutsherrschaft oder ihre Verwalter blieben die einzige Gerichtsinstanz für die auf ihren Gütern lebenden Bauern. Diese durften das Gut nicht ohne Erlaubnis der Herrschaft verlassen und hatten im Ermessen der Gutsherrschaft liegende Hand- und Spanndienste auf dem Gutsland zu leisten. Die Gutsverwaltungen kontrollierten das Gemeindeleben, sorgten für die Einziehung der Steuern und für die Stellung von Rekruten für das Militär (Losverfahren). Die Bauern auf Staatsgütern verfügten über einen etwas besseren Rechtsstatus, größere wirtschaftliche Entfaltungsmöglichkeiten und über Organe der Selbstverwaltung, die auch Aufgaben der niederen Gerichtsbarkeit übernahmen. Allerdings verringerte sich die Zahl dieser Bauern durch

⁵⁶ LOJKA, P.: *Bauern und Leibeigenschaft vom 16. Jahrhundert bis zur ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts*. In: BEYRAU/LINDNER: *Handbuch* (Anm. 10), 235–248, hier 246–248; PANJUCIČ, V.: *Sel'skaja gaspadarka. Reforma P. Kisjalëva. Stanovišča sjaljan* [Landwirtschaft. Die Reform P. Kiseljows. Lage der Bauern]. In: KASCJUK: *Historyja Belarusi* (Anm. 41), 102–112; DERS.: *Antyprygonnicki ruch sjaljan* [Antifeudale Bewegung der Bauern]. In: ebd., 112–118; ALEKSANDRAVIČIUS/KULAKAUSKAS: *Pod władzą carów* [Anm. 41], 230–232; BRODOWSKA, H.: *Historia społeczno-gospodarcza chłopów w zaborze rosyjskim* [Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Bauern im russländischen Teilungsgebiet]. In: INGLOT (Hg.): *Historia chłopów polskich* [Geschichte der polnischen Bauern]. Bd. 2. Wrocław 1972, 290–462, hier besonders 290–318. Vgl. allgemein zu Russland KOVAL'ČENKO, I. D.: *Zur sozialökonomischen Entwicklung des russischen Dorfes in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts*. In: GEYER, D. (Hg.): *Wirtschaft und Gesellschaft im vorrevolutionären Rußland*. Köln 1975 (Neue wissenschaftliche Bibliothek, 71), 110–132; MIRONOV, B. N.: *Local Government in Russia in the First Half of the Nineteenth Century: Provincial Government and Estate Self-Government*. In: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 42 (1994), 161–201, hier 170–195.

Vergabe eines Großteils der vormaligen Krongüter Polen-Litauens an adlige Eigentümer. Insgesamt sank der Anteil des bäuerlichen Landesitzes gegenüber den Eigenwirtschaften der Güter und die Fronverpflichtungen wurden entsprechend ausgeweitet. Außerdem bedeuteten die erhöhten Steuern sowie die Pflicht zur Stellung von Rekruten für die gesamte ländliche Bevölkerung neue Belastungen. Die russischen Verwaltungsbehörden waren sich der religiösen und sprachlichen Differenzen zwischen bäuerlicher Bevölkerung und polnischem Adel zwar bewusst. Das im ganzen Reich auf Mitwirkung des Adels basierende Herrschaftssystem verhinderte aber bis weit ins 19. Jahrhundert hinein, dass daraus die Konsequenz gezogen wurde, politische Programme zu entwickeln, um unter Ausnutzung dieser Differenz und der sozialen Spannungen die Bindung der bäuerlichen Bevölkerung an die russische Herrschaft zu fördern.⁵⁷

Den städtischen Eliten wurde im russischen Teilungsgebiet zunächst durch die Gouvernements- und Städteordnungen von 1775 und 1785, die die Einrichtung von Stadtparlament (*Duma*) und gewähltem Magistrat in jeder Stadt sowie einem Magistrat aller Städte jedes Gouvernements vorsahen, ein Weg zu stärkerer Selbstverwaltung eröffnet.⁵⁸ Deren weitere Entfaltung behinderten aber die fehlende Steuerhoheit und die zunehmende Polizeiaufsicht durch von der Zentralverwaltung eingesetzte Beamte. Weitgehend unangetastet blieb nur die städtische Gerichtsbarkeit durch die Magistrate. Die städtischen Verwaltungs- und Bildungszentren profitierten auch ökonomisch von der Einrichtung neuer Behörden und Bildungsstätten und erfuhren eine umfangreiche bauliche Neugestaltung. Ein Teil der kleineren Städte verlor hingegen im Zuge der Vergabe von Kron- und Königsgut den bisherigen Rechtsstatus. Der Ausbau der Trans-

⁵⁷ PORTNOV: »Unsere Leute« (Anm. 40), 220–243.

⁵⁸ ALEKSANDRAVIČIUS/KULAKAUSKAS: *Pod władzą carów* (Anm. 41), 227–229; LJUTYJ, A. M.: *Social'noekonomičeskoe razvitie gorodov Belorussii v konce XVIII–pervoj polovine XIX v.* [Sozialökonomische Entwicklung der Städte Weißrusslands am Ende des 18. – erste Hälfte des 19. Jh.]. Minsk 1987; KARLINA, O.: *Ludność miast i miasteczek Wołynia w latach 1795–1863* [Bevölkerung der Städte und Marktflecken in Wolhynien]. In: MICHALUK, D./MIKULSKI, K.: *Miasta i mieszczaństwo w Europie środkowoschodniej do połowy XIX wieku*. Toruń 2003 (Studia ad historiam civitatum pertinentia, 1), 197–208; KIŠTYMAŪ, A.: *Pramyslovasc'. Šljachi znosin. Gandal'* [Industrie. Verkehrswege. Handel]. In: KASČUK: *Historyja Belarusi* (Anm. 41), 118–128; DERS.: *Garada i mjastečki* [Städte und Marktflecken]. In: ebd., 128–137. Zur Stadtgesellschaft in Russland allgemein vgl. RYNDZIŪNSKIJ, P. G.: *Städtische Ökonomie und Stadtbürgerschaft*. In: GEYER: *Wirtschaft* (Anm. 56), 83–109; HILDERMEIER, M.: *Bürgertum und Stadt in Russland 1760–1870. Rechtliche Lage und soziale Struktur*. Köln 1986 (Beiträge zur Geschichte Osteuropas, 16); MIRONOV, B. N.: *Bureaucratic- or Selfgovernment: The Early Nineteenth Century Russian City*. In: *Slavic Review* 52 (1993), 233–255. Zu einzelnen Städten vgl. ROHDREWALD, S.: »Vom Polocker Venedig«. *Kollektives Handeln sozialer Gruppen einer Stadt zwischen Ost- und Mitteleuropa (Mittelalter, frühe Neuzeit, 19. Jh. bis 1914)*. Stuttgart 2005 (Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa, 70), 358–396; KRAVČENKO, I. S. u. a. (Hg.): *Istorija Minska*. Minsk 1957, 73–104; BABKOŪ, U. A. u. a. (Hg.): *Historyja Minska = Istorija Minska*. Minsk 2006, 183–276.

portmöglichkeiten schuf für die verbleibenden Städte insgesamt neue wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten, die aber nur begrenzt genutzt werden konnten. Gründe dafür waren die Wirtschaftsprivilegien des Adels, die Leibeigenschaft der ländlichen Bevölkerung – die Handels- sowie Gewerbefreiheit genoss, aber nicht in die Stadtbürgerschaft übertreten konnte – sowie die mit Eingriffen in die Freizügigkeit einhergehende Kollektivhaftung des größten Teils der Stadtbevölkerung für das Steueraufkommen.

Im preußischen Teilungsgebiet erhob Verwaltung anders als im russischen grundsätzlich den Anspruch, die Lage der Bauern zu verbessern, und entwickelte entsprechende Projekte – entscheidende Schritte in diese Richtung blieben jedoch vor 1806 aus.⁵⁹ An den Belastungen der Bauern durch Abgaben und Dienste sowie den Beschränkungen ihrer Verfügungsmöglichkeit über den von ihnen bewirtschafteten Boden änderte sich wenig – neue Steuern und die Pflicht zum Militärdienst traten hinzu. Für die gesamte ländliche Bevölkerung bedeutete es aber eine Lockerung der Gutsherrschaft und eine stärkere Einbindung in staatliche Strukturen, dass ihr der Zugang zum allgemeinen Gerichtssystem eröffnet wurde. Die Rechtsposition der Bauern wurde zudem dadurch gestärkt, dass – nicht zuletzt aus fiskalischen Gründen – Verbote erlassen wurden, die Dienste und Abgaben willkürlich zu erhöhen, mit bleibenden Schäden für die Gesundheit verbundene physische Gewalt zu gebrauchen, Bauern bei gleichbleibenden Forderungen auf schlechteren Boden zu versetzen sowie Bauernland zu Gutsvorwerken einzuziehen. Auch wenn die preußische Verwaltung sich rühmte, dass damit die Leibeigenschaft aufgehoben sei, blieb letztlich die Erbuntertänigkeit eines Großteils der ländlichen Bevölkerung bestehen und damit deren Verpflichtung, bei der Wahl von Beruf, Wohnort und Ehepartner die Zustimmung der Grundherrschaft einzuholen. Den Bauern auf den königlichen Domänen in Westpreußen wurden allerdings bis 1802 schrittweise die persönliche Freizügigkeit und Besitzrechte an dem von ihnen bewirtschafteten Boden eingeräumt. Die von adligen Kreisständen bei den Beratungen eines westpreußischen Provinzialrechtes angeregte prinzipielle Aufhebung der persönlichen Erbuntertänigkeit wurde hingegen nicht umgesetzt.⁶⁰ Erst ab 1807 wurde in den dann bei Preußen verbleibenden Gebieten mit einer grundsätzlichen Umgestaltung der

⁵⁹ ŁUKASIEWICZ: *Sarmatyzm* (Anm. 28), 153–182; BÖMELBURG: *Ständegesellschaft* (Anm. 21), 409–421; WAŚICKI: *Prusy Południowe* (Anm. 25), 250–272; DERS.: *Prusy Nowoschodnie* (Anm. 25), 121–148; MICHALKIEWICZ, S.: *Historia społeczno-gospodarcza chłopów w zaborze pruskim*. [Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Bauern im preußischen Teilungsgebiet], In: INGLOT: *Historia chłopów* (Anm. 56), 27–160; hier 40–74; SIMSCH, A.: *Die Wirtschaftspolitik des preußischen Staates in der Provinz Südpreußen 1793–1806/07*. Berlin 1983, 213–220.

⁶⁰ SALMONOWICZ, S.: *Prawo prowincjonalne Prus Zachodnich i sprawa jego kodyfikacji (1772–1844)* [Das westpreußische Provinzialrecht und die Bemühungen um seine Kodifizierung]. In: *Zapiski Historyczne* 45 (1980), 213–247 [=2, 25–59], hier S. 226–228.

Agrarverfassung begonnen (→ III. B). Von der preußischen Verwaltung gefördert wurden hingegen die Erschließung neuer landwirtschaftlicher Flächen und die Ansiedlung von Bauern zu günstigen Rechtsbedingungen – sogenannten Kolonisten. Vor allem in Westpreußen, in geringerem Ausmaß auch in Südpreußen entstanden dadurch neue Dörfer mit deutschsprachiger Bevölkerung und guten Besitzrechten am bewirtschafteten Boden.

Die Städte im preußischen Teilungsgebiet wurden nach Vorbild der älteren Provinzen durch die Verwaltungsbehörden streng kontrolliert und unterstanden der fiskalischen Aufsicht von Steuerräten (in Neuostpreußen der Landräte) – nur in Danzig, Thorn und Warschau wurde deren Aufgaben von Mitgliedern des Magistrat ausgeübt.⁶¹ Die wichtigsten Magistratsposten wurden in den direkt der Landesherrschaft unterstehenden Städten auf Lebenszeit durch die Kammern und Regierungen vergeben und auch in den adligen Mediatstädten griffen die Verwaltungsbehörden der Provinz in die Magistratsbesetzung ein. Zur Leitung der inneren Verwaltung und Aufsicht über die Magistrate wurden Polizeibürgermeister eingesetzt und für die Leitung der Gerichtsbarkeit Justizbürgermeister. Die Selbstverwaltung der Bürgerschaft wurde damit stark beschränkt und die im königlich polnischen Preußen traditionell vorhandenen, im restlichen Polen-Litauen während des Vierjährigen Sejms (→ Bd. 2, V. F) geschaffenen Mitwirkungsmöglichkeiten der Städte an der Regionalverwaltung wurden abgeschafft.

Die Beschränkungen der Wirtschaftsfreiheit durch Privilegien und Zunftzwang blieben grundsätzlich bestehen, allerdings bewirkten die Provinzialverwaltungen mit dem Ziel der Ansiedlungsförderung eine Lockerung der Vorschriften und Möglichkeiten, sie zu umgehen. Die Sonderrechtsbezirke (*jurydiki*) von Adligen und geistlichen Einrichtungen innerhalb der Städte wurden schrittweise abgeschafft und die Vorstädte

⁶¹ Zur Städte- und Wirtschaftspolitik allgemein vgl. ŁUKASIEWICZ: *Sarmatyzm* (Anm. 28), 183–330; BÖMELBURG: *Ständegesellschaft* (Anm. 21), 289–310; WOJTOWICZ: *Stosunki* (Anm. 21), 655–670; SIMSCH: *Wirtschaftspolitik* (Anm. 59), 121–197; WAŚICKI: *Prusy Południowe* (Anm. 25), 272–294; DERS.: *Prusy Nowowschodnie* (Anm. 25), 148–160. Zu einzelnen Städten vgl. KOSIM, J.: *Pod pruskim zaborem. Warszawa w latach 1796–1806* [Unter preußischer Teilungsherrschaft. Warschau in den Jahren 1796–1806]. Warszawa 1980; STANKIEWICZ, J./BIERNAT, C.: *Pierwszy Zabór Gdańska przez Prusy (1793–1807)* [Die erste Annexion Danzigs durch Preußen]. In: CIEŚLAK, E.: *Historia Gdańska* [Geschichte Danzigs]. Bd. 3.2.: 1793–1815. Gdańsk 1993, 5–87; OSTROWSKA-KĘBŁOWSKA, Z./WAŚICKI, J./WĘDZKI, A.: *Poznań między pruską aneksją a kongresem wiedeńskim (1793–1815)* [Posen zwischen preußischer Annexion und Wiener Kongress (1793–1815)]. In: TOPOLSKI, J. (Hg.): *Dzieje Poznania* [Geschichte Posens]. Bd. 2.1.: 1793–1918. Warszawa 1994, 63–111; WOJTOWICZ, J.: *Toruń w okresie pruskich rządów (1793–1806)* [Thorn in der Zeit preußischer Regierung (1793–1815)]. In: WIERZCHOSŁAWSKI, S. (Hg.): *Toruń i Pomorze pod władzą pruską* [Thorn und Pomorze unter preußischer Herrschaft]. Toruń 1995, 19–36. Zum Städtebau in vergleichender Perspektive jetzt: BAIER, C. u. a. (Hg.): *Retablisement. Preußische Stadtbaukunst in Polen und Deutschland*. Berlin 2016.

allmählich rechtlich mit den Städten verbunden, sodass erstmals rechtlich vereinheitlichte Stadträume entstanden. Für die Bürgerschaft in den adliger Grundherrschaft unterstehenden Mediatstädten ergaben sich zudem neue Handlungsspielräume durch die konkurrierenden Herrschaftsansprüche ihrer Stadtherren und der Landesverwaltung.⁶² Erst nach 1807 veränderte sich die Situation der dann noch zu Preußen gehörenden Städte grundsätzlich: durch Einführung einer neuen Städteordnung erhielten die Bürgerschaften ab 1808 umfangreiche Rechte zur Selbstverwaltung und 1810 wurde weitgehende Gewerbefreiheit eingeführt.

Eine starke wirtschaftliche Belastung bedeutete für die Städte des preußischen Teilungsgebietes die Einführung der städtischen Verbrauchssteuer (Akzise) und die Errichtung neuer Zollgrenzen, die einen Bedeutungsverlust der großpolnischen Textilindustrie einleiteten. Der Steinkohlebergbau und das Hüttenwesens in Neuschlesien profitierten hingegen von administrativer Förderung.⁶³ Für Warschau brachten der Verlust der Funktion als Hauptstadt und die neue Grenzlage einen dramatischen Verlust an Bevölkerung und Wirtschaftskraft mit sich, von dem sich die Stadt erst in den letzten Jahren preußischer Herrschaft langsam zu erholen begann. Auch die wirtschaftliche Situation von Danzig und Thorn, die sich nach der ersten Teilung aufgrund der neuen Zollgrenzen stark verschlechtert hatte, begann sich in den letzten Jahren des 18. Jahrhunderts wieder zu verbessern. Durch strengere Hygiene- und Brandschutzvorschriften sowie in den größeren Städten durch die Pflicht zur Straßenbeleuchtung griff die preußische Verwaltung stark in das Stadtbild ein und bemühte sich zugleich mit umfangreichen Bauhilfsgeldern um rasche Behebung der Folgen von Brandkatastrophen. In einigen Städten (Posen, Kalisch) wurden die mittelalterlichen Stadtbefestigungen abgerissen und im Zusammenhang mit der Einrichtung der Städte zu preußischen Verwaltungszentren neue Stadterweiterungen angelegt. Nur wenige Städte konnten aber von den neuen Herrschaftsverhältnissen so stark profitieren wie Bromberg, das durch die Anlage eines Kanals zwischen Weichsel und Netze einen wirtschaftlichen Aufschwung erlebte und seine Einwohnerschaft durch Zuwanderung vor allem deutschsprachiger Neusiedler vervielfältigte.⁶⁴

Im habsburgischen Teilungsgebiet erfolgten ab den 1780er Jahren die radikalsten Eingriffe in die Beziehungen zwischen Bauern und Gutsherrschaften.⁶⁵ Die Rechts-

⁶² Dazu am Beispiel der Stadt Birnbaum besonders: SNYDERS, L.: *Gutsherren, Magistrat und Untertanen in Südpreußen um 1800*. In: EPKENHANS, M. (Hg.): *Liberalismus, Parlamentarismus und Demokratie*. Göttingen 1994, 1–29.

⁶³ JANCZAK: *Ziemia siewierska* (Anm. 19), 622 f.

⁶⁴ MINCER, F.: *Przemiany administracyjne i społeczno-gospodarcze w pierwszym okresie rządów pruskich (1772–1806)* [Administrative und gesellschaftlich-wirtschaftliche Wandlungen in der ersten Zeit der preußischen Herrschaft]. In: BISKUP, M. (Hg.): *Historia Bydgoszczy* [Geschichte Brombergs]. Warszawa 1991, 341–392.

⁶⁵ GRODZISKI: *Historia ustroju* (Anm. 35), 65–85 und 246–255; MENCEL: *Galicja Zachodnia* (Anm. 14), 82–133 und 420–429; ROZDOLSKI, R.: *Stosunki poddańcze w dawnej Galicji* [Die Untertänig-

stellung der Bauern wurde durch die Reformen Josephs II. verbessert und die Möglichkeit, den Herrschaftsbereich des Gutes zu verlassen – wenn auch mit Beschränkungen – gesetzlich garantiert. Willkürliche Erhöhungen der Frondienste wurden verboten und 1789 wurde eine vollständige Erfassung der bäuerlichen Dienste und Abgaben in Urbarien angeordnet. Dieses Vorhaben musste allerdings – nicht zuletzt wegen des Widerstandes des Adels in der gesamten Monarchie – bereits wenige Jahre später aufgegeben werden. 1798 wurde noch die Möglichkeit zur Ablösung von Frondiensten durch Zinszahlungen gesetzlich geregelt, aber in den folgenden Jahren wurde die Umwandlung der ländlichen Verhältnisse – anders als nach 1807 in Preußen – nicht weiter vorangetrieben. Mit den Reformen wurde zwar der direkte Zugriff der Gutsherren auf die bäuerliche Arbeitskraft begrenzt, gleichzeitig stieg aber die Steuerlast, die Nutzungsrechte an Wiesen und Wäldern wurden eingeschränkt und eine hohe Zahl von Rekruten war zu stellen. Die Tatsache, dass die Forderungen der Landesverwaltung lokal von der Gutsverwaltung durchgesetzt werden mussten, während die gesetzlichen Regelungen und gelegentliche Eingriffe der Kreisverwaltungen zugunsten der Bauern der kaiserlichen Herrschaft zugeschrieben wurden, vertiefte die sozialen Spannungen zwischen gutsbesitzendem Adel und bäuerlicher Bevölkerung und bildete den Hintergrund für das Verhalten der Bauern während des Aufstandes von 1846 (→ III. F).

Für die wirtschaftliche Situation im habsburgischen Teilungsgebiet bedeutete die durch die Teilungen entstandene Situation einen Umbruch, da die gewachsenen wirtschaftlichen Verbindungen Galiziens nach Norden und Osten unterbrochen wurden. Die anschließende, von Reformen geprägte Friedenszeit ermöglichte zwar eine begrenzte wirtschaftliche Erholung, die aber im 19. Jahrhundert in eine langanhaltende Phase wirtschaftlicher Stagnation mit im Vergleich zu den umliegenden Regionen deutlich niedrigeren Wachstumsraten überging.⁶⁶ Von den neuen Verwaltungs- und Grenzverhältnissen konnten die Hauptsitze der Verwaltung Lemberg und Krakau sowie

keitsverhältnisse im alten Galizien]. 2 Bde. Warszawa 1962 – daraus Auszug auf Deutsch unter dem Titel *Untertan und Staat in Galizien. Die Reformen unter Maria Theresia und Joseph II.*, hg. von R. MELVILLE. Mainz 1992 (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Beiheft 34); INGLOT, S.: *Historia społeczno-gospodarcza chłopów w zaborze austriackim* [Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Bauern im österreichischen Teilungsgebiet]. In: DERS.: *Historia chłopów* (Anm. 56), 161–289.

⁶⁶ KAPS, K.: *Ungleiche Entwicklung in Zentraleuropa. Galizien zwischen überregionaler Verflechtung und imperialer Politik (1772–1914)*. Köln 2015 (Sozial- und wirtschaftshistorische Studien, 37); BUJAK, F.: *Rozwój gospodarczy Galicji (1772–1914)* [Die wirtschaftliche Entwicklung Galiziens]. Lwów 1917 (*Zadania i potrzeby gospodarcza*, 13); MENCEL: *Galicja Zachodnia* (Anm. 14), 189–294; KARGOL, T.: *Wirtschaftliche Beziehungen zwischen Galizien und den Ländern der österreichisch-ungarischen Monarchie in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts*. In: AUGUSTYNOWICZ/KAPPELER: *Galizische Grenze* (Anm. 12), 33–50; KAZUSEK, S.: *Handel an der polnisch-österreichischen Grenze nach 1772 (bis 1815)*. In: ebd., 51–64;

Grenzstädte wie Brody profitieren.⁶⁷ Die vielfältigen Beschränkungen wirtschaftlicher Betätigung in den Städten durch Privilegien, Zunftverfassungen und Gerechtsame blieben allerdings erhalten und wurden durch die Aufsicht der Landesverwaltung sogar noch schärfer durchgesetzt. Die traditionellen Formen städtischer Selbstverwaltung wurde ebenso wenig geändert, aber sie wurden strenger, vor allem finanzieller Kontrolle durch die Kreis und Landesbehörden unterworfen. Dies hemmte die ohnehin nur begrenzt möglichen Initiativen zu Investitionen in die städtische Infrastruktur. Die durch die Reformgesetze des Vierjährigen Sejms in Polen-Litauen geschaffenen neuen Freiräume städtischer Selbstverwaltung und bürgerlicher ökonomischer Entfaltung wurden nach der österreichischen Annexion Westgaliziens wieder aufgehoben.

Zur engeren Anbindung Galiziens an die älteren Länder der Monarchie und in der Hoffnung, dadurch die wirtschaftliche Leistungskraft des Landes zu stärken, förderte die österreichische Verwaltung die Ansiedlung deutscher Gewerbetreibender und bürgerlicher Kolonisten.⁶⁸ Dadurch entstanden kleinere deutschsprachige Gruppen in einigen Städten und einige deutschsprachige Dörfer, deren Bevölkerung über eine bessere Rechtsstellung verfügte als diejenige des Umlandes.

Religions- und Bildungspolitik der Teilungsmächte

In keinem anderen Bereich der Politik der Teilungsmächte lässt sich ein so starker Einfluss der Rezeption von Ideen der europäischen Aufklärung verzeichnen wie in der Religions- und Bildungspolitik. In allen drei Teilungsgebieten wuchs bei den Behörden die Akzeptanz religiöser Vielfalt und überall wurden intensive Bemühungen zum Ausbau des Bildungswesens unternommen. Dies ging allerdings einher mit einem zunehmenden Anspruch der Teilungsmächte auf Kontrolle der religiösen Institutionen sowie

⁶⁷ GRODZISKI: *Historia ustroju* (Anm. 35), 50–65; MENCEL: *Galicja Zachodnia* (Anm. 14), 134–155. Vgl. auch JEWUŁA, Ł.: *Galicyskie miasta i miasteczka oraz ich mieszkańcy w latach 1772–1848* [Galizische Städte und Flecken sowie ihre Einwohner 1772–1848]. Kraków 2013. Zu einzelnen Städten vgl. MAŁECKI, J.M.: *Pod rządami austriackimi i w Księstwie Warszawskim (1796–1815)* [Unter österreichischer Herrschaft und im Herzogtum Warschau]. In: BIENARZÓWNA, J./MAŁECKI, J.M./MITKOWSKI, J. (Hg.): *Dzieje Krakowa* [Geschichte Krakaus]. Kraków 1979, 7–37; ISAJEVYČ, J. u. a. (Hg.): *Istorija L'vova u tr'och tomach* [Geschichte Lembergs in drei Bänden]. L'viv 2007, Bd. 2, 9–36; KUZMANY, B.: *Brody. Eine galizische Grenzstadt im langen 19. Jahrhundert*. Wien 2011, 47–71 und 125–137; ADELGRUBER, P./COHEN, L. R./KUZMANY, B.: *Getrennt und doch verbunden. Grenzstädte zwischen Österreich und Russland 1772–1918*. Wien 2011, 129–158; AUGUSTYNOWICZ, C.: *Grenze(n) und Herrschaft(en) in der kleinpolnischen Stadt Sandomierz 1772–1844*. Wien 2015 (Europa Orientalis, 16).

⁶⁸ RÓSKAU-RYDEL: *Galizien* (Anm. 16), 22–38; DIES.: *Niemcy w Galicji (1772–1918)*. In: KAWALEC, A./WIERZBIENC, W./ZASZKILNIAK, L. (Hg.): *Galicja 1772–1918. Problemy metodologiczne, stan i potrzeby badań* [Galizien. Methodologische Probleme, Stand und Lücken der Forschung]. Rzeszów 2011, Bd. 2, 56–78.

der Bildungseinrichtungen und ihrer Reglementierung ausgehend von fiskalischen und gesellschaftlichen Nützlichkeitsabwägungen.

Von den Teilungsmächten war die habsburgische Monarchie die einzige, in der das katholische Bekenntnis ebenso wie Polen-Litauen dominierte, aber gerade in deren Herrschaftsgebiet erfolgten die radikalsten Eingriffe in die Stellung und den Besitzstand der katholischen Kirche.⁶⁹ Für Galizien wurde das Erzbistum Lemberg zuständig, dem als Suffraganbistümer das Bistum Przemyśl und ab 1786 das neugegründete Bistum Tarnów (für die bis dahin zum Erzbistum Krakau gehörenden Gebiete) zugeordnet waren. 1805 erfolgte die Neuordnung der Bistumsgrenzen in Westgalizien: der Sitz des Chefmer Bistums wurde nach Lublin verlegt und in Kielce ein neues Bistum errichtet. Beide waren Suffraganbistümer von Lemberg, dem 1807 auch das Bistum Krakau als Suffragan zugeordnet wurde (bis 1818).

Die geistliche Gerichtsbarkeit wurde eng begrenzt und der Schriftwechsel mit der römischen Kurie der Kontrolle der Landesverwaltung unterworfen, die sich auch um eine Regulierung der Einkünfte der Geistlichen und die Kontrolle über den Kirchenbesitz bemühte. Einen tiefen Einschnitt bedeutete die unter Kaiser Joseph II. angeordnete Aufhebung der meisten Orden, Klöster und Bruderschaften sowie das Verbot ohne gesonderte Genehmigung der Landesverwaltung neue zu gründen. Den Grundbesitz der Klöster zogen die auch für die ehemaligen Krongüter zuständige Lemberger Staatsgüter-Administration und ihre Nachfolgebehörden ein, um ihn zu verpachten oder zu verkaufen. Die Bibliotheken und Sammlungen der geistlichen Einrichtungen wurden aufgelöst und entweder in diejenigen der Lemberger Universität überführt, verkauft oder ganz aufgegeben. Die österreichische Kirchenpolitik führte allerdings nicht zu einer grundsätzlichen Konfrontation zwischen Monarchie und katholischem Klerus, sondern wurde von einem Teil der sich als aufgeklärt verstehenden Weltgeistlichkeit mitgetragen.

Die mit Rom unierte griechische Kirche wurde von der österreichischen Verwaltung als Zeichen der Gleichstellung mit der katholischen als griechisch-katholische bezeichnet.⁷⁰ Sie verfügte in Galizien über die Bistümer Lemberg, das 1808 in den Rang eines

⁶⁹ GRODZISKI: *Historia ustroju* (Anm. 35), 111–123; MENCEL: *Galicja Zachodnia* (Anm. 14), 155–176; KUMOR: *Ustrój* (Anm. 5), pass.; MARK: Galizien (Anm. 35), 13–26; KUMOR, B.: *Józefińska regulacja terytorialnej organizacji kościoła obrządku łacińskiego w Galicji (1772–1822)* [Die josephinische Regulierung der territorialen Organisation der Kirche lateinischen Ritus' in Galizien (1772–1822)]. In: BONUSIAK, W./BUSZKO, J. (Hg.): *Galicja i jej dziedzictwo* [Galizien und sein Erbe]. Bd. 1: *Historia i polityka* [Geschichte und Politik]. Rzeszów 1994, 33–41; MIŁAWICKI, M.: *Stan i perspektywy badań nad dziejami męskich wspólnot zakonnych Kościoła rzymskokatolickiego w Galicji w latach 1772–1918* [Stand und Perspektiven der Forschung zu römisch-katholischen Mönchsorden in Galizien]. In: KAWALEC/WIERZBIEŃC/ZASZKILNIAK: *Galicja* (Anm. 68), Bd. 2, 147–194.

⁷⁰ MARK: *Galizien* (Anm. 35), 26–43; KOŁBUK, W.: *Kościół wschodnie na ziemiach dawnej Rzeczypospolitej 1772–1914* [Die Ostkirchen auf dem Gebiet der früheren Rzeczpospolita]. Lublin 1992, 30–35; WOLFF, L.: *The Uniate Church and the Partitions of Poland: Religious Survival in an Age of Enlightened Absolutism*. In: *Harvard Ukrainian Studies* 26 (2002/3), 153–244, hier 176–180.

Erzbistums erhoben wurde, Przemyśl und 1795–1809 auch das Bistum Chełm in Westgalizien. Die Weltgeistlichkeit, der die österreichische Verwaltung Bedeutung als Gegenpol zur polnisch dominierten katholischen Kirche und zur auf Russland ausgerichteten Orthodoxie zuschrieb, profitierte von ihrer gleichberechtigten Behandlung durch die Verwaltung und von der Einrichtung von Priesterseminaren in Wien (1774) und Lemberg (1783). Der Übertritt von der katholischen zur griechisch-katholischen Kirche blieb allerdings weiterhin verboten und die Klöster der griechisch-katholischen Orden der Basilianer und Basilianerinnen erfuhren im Zuge der josephinischen Kirchenpolitik scharfe Einschnitte und eine starke Verringerung ihrer Zahl.

Sowohl protestantischen als auch orthodoxen Christen wurde durch das Toleranzpatent von 1781 Glaubensfreiheit gewährt, wenn auch mit einigen Einschränkungen.⁷¹ Der jüdischen Bevölkerung Galiziens wurde 1789 grundsätzlich Religionsfreiheit zugesichert, nachdem die Verwaltung zunächst eine Verdrängung von deren ärmsten Schichten und eine stärkere fiskalische Belastung der übrigen angestrebt hatte.⁷² Die Gesetzgebung zielte nun im Sinne von Prinzipien der Aufklärung formal auf eine rechtliche Gleichstellung der jüdischen mit der christlichen Bevölkerung. Die bereits zuvor erlassenen Sonderbestimmungen für Juden blieben allerdings in Kraft, veränderten dramatisch ihre Lebensbedingungen und bewirkten eine starke Verschlechterung ihrer ökonomischen Lage. Seit den 1780er Jahren war Juden der dauerhafte Aufenthalt und die Ausübung aller beruflichen Tätigkeiten als Pächter, Verwalter oder Händler auf dem Lande verboten, sofern sie nicht eine Bauernwirtschaft mit allen damit verbundenen Verpflichtungen übernahmen. Für Juden waren die Möglichkeiten, sich in anderen Kronländern niederzulassen, eng

⁷¹ GRODZISKI: *Historia ustroju* (Anm. 35), 124f.; KAPLAN, B. J.: *Divided by Faith. Religious Conflict and the Practice of Toleration in Early Modern Europe*. Cambridge, Mass. 2007, 192–194.

⁷² GRODZISKI: *Historia ustroju* (Anm. 35), 99–110, 232f.; MENCEL: *Galicja Zachodnia* (Anm. 14), 176–188; HOLZER, J.: *Die galizischen Juden, Deutschtum und Polentum. Zwischen Abgrenzung und Assimilation*. In: MAIER, R./STÖBER, G. (Hg.): *Zwischen Abgrenzung und Assimilation – Deutsche, Polen und Juden. Schauplätze ihres Zusammenlebens von der Zeit der Aufklärung bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges*. Hannover 1996, 111–124; MENCEL S.: *The Jewish Question in Galicia: The Reforms of Maria Theresia and Joseph II, 1772–1792*. In: BARTAL, I. (Hg.): *Focusing on Galicia. Jews, Poles, and Ukrainians, 1772–1918 = Polin 12* (1999), 61–72; BARTAL, I.: *Geschichte der Juden im östlichen Europa*. Göttingen 2010 (hebr. Original Tel Aviv 2002), 79–91; SADOWSKI, D.: *Haskala und Lebenswelt. Herz Homberg und die jüdischen deutschen Schulen in Galizien 1782–1806*. Göttingen 2010 (Schriften des Simon-Dubnow-Instituts, 12); DERS.: *Toleranz oder Disziplinierung? Der josephinische Staat und die Erziehung der galizischen Juden*. In: HÜCHTKER, D. (Hg.): *Reden und Schweigen über religiöse Differenz. Tolerieren in epochenübergreifender Perspektive*. Göttingen 2013, 59–88; BAŁABAN, M.: *Dzieje żydów w Galicyi i w Rzeczypospolitej Krakowskiej 1772–1868* [Geschichte der Juden in Galizien und der Krakauer Republik]. Lwów 1914, 18–102; MAHLER, R.: *A History of Modern Jewry 1780–1815*. London 1971, 314–341; EISENBACH, A.: *Emancypacja Żydów na ziemiach polskich 1785–1870 na tle europejskim* [Die Judenemanzipation in den polnischen Ländern vor europäischem Hintergrund]. Warszawa 1988 [engl. Übersetzung Oxford 1991], 62–64.

begrenzt und die Privilegien vieler galizischer Städte, Juden die Niederlassung verweigern zu können, wurden nicht aufgehoben, sondern eher genauer eingehalten. In anderen Städten wurde die Ansiedlung von Juden auf sogenannte »Judenreviere« begrenzt. Die jüdische Bevölkerung ballte sich daher zunehmend in diesen und in den ostgalizischen Kleinstädten ohne Niederlassungsbeschränkungen.

Die österreichische Verwaltung, die für eine weitgehende ökonomische Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung sorgte, versuchte gleichzeitig die jüdischen Gemeinden durch die Verwaltung zu kontrollieren und eine kulturelle Angleichung der jüdischen an die christliche deutschsprachige Bevölkerung zu erzwingen. Ähnlich wie bei den christlichen Kirchen griffen die Verwaltungsbehörden in die Gemeindestrukturen ein und nahmen auch Einfluss auf die Besetzung der Rabbinerämter. Der traditionelle jüdische Kleidungsstil sollte aufgegeben, deutsch als Umgangssprache verbreitet und von allen Familien dauerhafte Nachnamen angenommen werden. Die Befreiung vom Militärdienst wurde 1804 endgültig aufgehoben, nachdem dies bereits 1789 angekündigt, dann aber 1790 aufgeschoben worden war. Das jüdische Schulwesen wurde in den 1780er Jahren schrittweise aufgelöst und an seiner Stelle wurden jüdisch-deutsche Schulen mit deutscher Unterrichtssprache errichtet, die der Aufsicht der Kreisverwaltungen, *Dominia* sowie Magistrate unterstanden und deren Lehrer am 1785 gegründeten Lehrerseminar in Lemberg ausgebildet wurden.

Während die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung den Plänen der Verwaltung passiven Widerstand entgegensetzte, wurde das Reformprogramm von einer Gruppe jüdischer Aufklärer (*Maskilim*) unterstützt. Diese hielten an den Zielen eines kulturellen Wandels auch fest, als die Verwaltung ab den 1790er Jahren unter dem Eindruck der revolutionären Ereignisse in Frankreich in das religiöse Leben der jüdischen Gemeinden weniger radikal eingriff und die Verbreitung der in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts entstandenen Frömmigkeitsbewegung des Chassidismus duldete (→ Bd. 2, VI. D). Im Zuge dieser Umorientierung der Verwaltung wurde 1806 das gesonderte jüdisch-deutsche Schulwesen, das bei der jüdischen Bevölkerung auf starke Ablehnung gestoßen war, aufgelöst und mit dem allgemeinen Schulwesen verbunden. Der Zwang Nachnamen anzunehmen wurde im Zusammenhang mit der Erfassung jüdischer Rekruten und der allgemein wachsenden polizeilichen Kontrolle 1805 allerdings noch einmal verschärft. In Westgalizien ging die Verwaltung dazu über, von Amtswegen zwangsweise deutsche Nachnamen zu vergeben.

Auch die Entwicklung des Elementarschulwesens war in den ersten Jahrzehnten der habsburgischen Herrschaft von Reformbemühungen im Zeichen der Aufklärung geprägt.⁷³ 1776 wurde eine Landesschulkommission gegründet, die wie in den übrigen

⁷³ KOT: *Historia* (Anm. 5), 523–527; GRODZISKI: *Historia ustroju* (Anm. 35), 256–262; MENCEL: *Galicja Zachodnia* (Anm. 14), 395–412; PELCZAR, R.: *Szkoły parafialne na pograniczu polsko-ruskim (ukraińskim) w Galicji w latach 1772–1869* [Die Gemeindeschulen im polnisch-russinischen (ukrainischen) Grenzgebiet in Galizien]. Lublin 2009; RÖSKAU-RYDEL, I.: *Kultur an der*

Kronländern der Wiener Studienhofkommission unterstand und die 1774 eingeführte Allgemeine Schulordnung umsetzen sollte. Diese zielte auf Einführung der Schulpflicht und eine flächendeckende Errichtung von Normalschulen in den Städten und dreijährigen Volksschulen (auch Trivialschulen genannt) auf dem Lande sowie weiterführenden Hauptschulen in jedem Kreis. Die neuen Hauptschulen sollten ebenso wie die Lehrer aus Landesschulfonds finanziert werden, wobei auf das eingezogene Vermögen des Jesuitenordens zurückgegriffen wurde. Der Aufbau des neuen Schulwesens erfolgte aber nur langsam, während gleichzeitig ein Teil der älteren, teilweise kostenlosen Schulen geistlicher Orden aufgehoben wurden. Nach der dritten Teilung wurde trotz der Erfolge der Arbeit der Nationalen Erziehungskommission Polen-Litauens in den Jahrzehnten zuvor auch in Westgalizien das Schulwesen einer grundlegenden Reform unterzogen. 1805 wurde schließlich eine neue Schulverfassung eingeführt, die mit den Bildungszielen der Aufklärung grundsätzlich brach, die kirchliche Schulaufsicht wieder zur Regel erklärte und die weitere Entwicklung des Schulwesens dauerhaft hemmte.

Das Mittel- und Hochschulwesen wurde kaum weiterentwickelt. Statt der 21 Einrichtungen mit Mittelschulcharakter, die 1772 existierten, wurden nur sechs Gymnasien eingerichtet. Die Zamojski-Akademie in Zamość wurde 1784 in ein Lyceum umgestaltet, das auf den Universitätsbesuch vorbereiten sollte. Im selben Jahr erfolgte die Einrichtung einer weltlichen Universität anstelle des Lemberger Jesuitenkollegs, das bereits seit dem 17. Jahrhundert mehrfach in den Rang einer Universität erhoben werden sollte, aber von der österreichischen Verwaltung zunächst zu einer Mittelschule umgewandelt worden war. 1805 wurde die Lemberger mit der Krakauer Universität, deren Ausstattung und wissenschaftliche Qualität seit Beginn der österreichischen Herrschaft stark vernachlässigt worden war, vereinigt. In Lemberg entstand ein neues Lyzeum. Nachdem Krakau 1809 an das Herzogtum Warschau abgetreten worden war, verfügte Galizien bis 1817 über keine eigene Hochschule. Ein zusätzliches Hemmnis für die Entwicklung von Kultur und Bildungswesen bildeten die unter Joseph II. eingeführten, ab den 1790er Jahren weiter verschärften Polizei- und Zensurvorschriften, die weit strenger gehandhabt wurden als in Preußen oder Russland. Auch die Gründung von Druckereien oder Verlagen sowie der Import von Druckerzeugnissen waren nur sehr eingeschränkt möglich.

Peripherie des Habsburger Reiches. Die Geschichte des Bildungswesens und der kulturellen Einrichtungen in Lemberg von 1772 bis 1848. Wiesbaden 1993 (Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund, 15); MEISSNER, A.: *Oświata w Galicji. Stan badań i ich perspektywy* [Bildung in Galizien. Stand der Forschung und ihre Perspektiven]. In: KAWALEC/WIERZBIENICZ/ZASZKILNIAK: *Galicja* (Anm. 68), Bd. 3, 9–23; FINKEL, L./STARZYŃSKI, S.: *Historia Uniwersytetu Lwowskiego* [Geschichte der Lemberger Universität]. Lwów 1894, Teil 1, 19–193.

Im preußischen Teilungsgebiet verfolgte die Religions- und Bildungspolitik ähnliche Ziele wie im habsburgischen, allerdings wurde weit weniger radikal in die bestehenden Strukturen eingegriffen. Die preußische Verwaltung, deren überwiegend protestantische Beamte anderen Bekenntnissen distanziert bis ablehnend gegenüber standen, strebte eine weitgehende Kontrolle des Klerus aller Kirchen an, war aber grundsätzlich bemüht, offene Konflikte zu vermeiden.⁷⁴ Für die protestantischen Konfessionen brachte die preußische Herrschaft neue Entfaltungsmöglichkeiten mit sich: der Zuzug von protestantischen Beamten und Militärangehörigen, Zuwanderung aus ökonomischen Gründen sowie die Ansiedlung von Kolonisten führten zu einer Stärkung der bestehenden und zur Gründung neuer Gemeinden. Die katholische Kirche verlor hingegen ihren rechtlich privilegierten Status, die unmittelbare Kommunikation mit dem Heiligen Stuhl wurde untersagt und die Ernennung von Bischöfen erforderte grundsätzlich die königliche Genehmigung. Auch die Aufnahme in die Weltgeistlichkeit und die Klöster versuchte die Verwaltung zu reglementieren, allerdings wenig erfolgreich. Nach der dritten Teilung erfolgte eine Anpassung der Bistumsgrenzen an die neuen Landesgrenzen und mit Sitz in Wigry entstand im nordöstlichen Neustpreußen ein neues Bistum. Der geistliche Grundbesitz wurde bis auf Ausnahmen gegen gleichbleibende jährliche Entschädigungszahlungen dem Domänenbesitz hinzugefügt oder als Gratialgüter vergeben – in Westpreußen wurde er teilweise durch sogenannte geistliche Ämter verwaltet. Wie fast überall in Europa erfolgte 1773 die Auflösung des Jesuitenordens. Die Tätigkeit der übrigen katholischen Orden wurde durch den Verlust des Grundbesitzes und die Reglementierung durch die Verwaltung stark eingeschränkt, allerdings weniger stark als im habsburgischen Teilungsgebiet. Erst ab 1810 begann Preußen mit der vollständigen Aufhebung aller Klöster, die sich nicht der Krankenpflege widmeten.

In Neustpreußen wurden die Verhältnisse einer Vielzahl religiöser Minderheiten neu geregelt.⁷⁵ Die griechisch unierte Bevölkerung wurde einem neuen, nur preußische Gebiete umfassenden Bistum mit Sitz in Supraśl zugeordnet, während die Versuche scheiterten, für die kleine Zahl orthodoxer Gläubiger, die von drei Klöstern in Bielsk Podlaski, Drohiczyn und Zlabudów betreut wurden, eine von Russland unabhängige

⁷⁴ Zur Kirchenpolitik vgl. LEHMANN, M.: *Preußen und die katholische Kirche seit 1640. nach den Acten des Geheimen Staatsarchives*. Bd. 5–9 (Bde. 8/9 bearb. von H. GRANIER). Leipzig 1885–1902 (Publikationen aus den königl. preußischen Staatsarchiven, 24, 53, 56, 76, 77) – Neudruck Osnabrück 1965; WAŚICKI: *Prusy Południowe* (Anm. 25), 237–250; DERS.: *Prusy Nowowschodnie* (Anm. 25), 51–57 und 214–242; KUMOR: *Ustroj* (Anm. 5), pass.; RAVENS, J.-P.: *Staat und katholische Kirche in Preußens polnischen Teilungsgebieten (1772–1807)*. Wiesbaden 1963 (Veröffentlichungen des Osteuropa-Institutes München, 21); BÖMELBURG: *Ständegesellschaft* (Anm. 21), 245–248, 310–320 u. 445–458; OLSCHIEWSKI, B.: *In- und Exklusionssemantiken in Quellen zur preußischen Kirchenpolitik in den Teilungsgebieten Polens*. In: GESTRICH, A./RAPHAEL, L. (Hg.): *Inklusion–Exklusion. Studien zu Fremdheit und Armut von der Antike bis zur Gegenwart*. Frankfurt am Main 2004, 155–165.

⁷⁵ WAŚICKI: *Prusy Nowowschodnie* (Anm. 25), 114–121, 165–185, 224–236, 259f.

Organisationsform zu finden. Die wenigen in der Provinz ansässigen Altgläubigen wurden hingegen in zwei autonomen, der landrätlichen Kontrolle unterstehenden Gemeinden zusammengefasst. Den muslimischen Gemeinden der Tataren wurde Religionsfreiheit zugesichert⁷⁶ und relativ erfolglos versucht, weitere Familien aus Litauen zur Übersiedlung in das preußische Teilungsgebiet zu bewegen, um ein rein tatarisches Ulanencorps zu gründen.

Die vor allem in der Weichselniederung Westpreußens siedelnden mehr als 10000 Mennoniten erhielten zwar nach 1772 zunächst eine Bestätigung ihrer Privilegien (vor allem die gegen eine Sonderabgabe gewährte Befreiung von der Rekrutenstellung), aber ihre wirtschaftlichen Möglichkeiten wurden von der Verwaltung schrittweise eingeschränkt, wodurch die Auswanderung vieler Familien nach Russland befördert wurde.⁷⁷

Als besonderes Problem nahm die preußische Verwaltung den hohen Anteil jüdischer Bevölkerung in den neuerworbenen polnischen Gebieten wahr.⁷⁸ König Friedrich II. drängte nach der ersten Teilung zunächst auf eine Abschiebung aller Juden, die nicht über den Besitz von mindestens 1000 Talern verfügten. Die Umsetzung dieser Vorgabe stieß in der Praxis allerdings auf große Schwierigkeiten und wurde auch von den lokalen Behörden oft nicht als sinnvoll betrachtet. Nach dem Tod des Königs wurde die Abschiebungspolitik weitgehend aufgegeben. In Süd- und Neuostpreußen kam eine Abschiebungspolitik angesichts des noch weit höheren jüdischen Bevölkerungsanteils von Anfang an nicht infrage. Die preußische Politik schwankte zunächst zwischen den Zielen einer stärkeren Überwachung- sowie Beschränkung des jüdischen Lebens und dem einer weitgehenden Gleichstellung mit der christlichen Bevölkerung.

⁷⁶ Das *Handbuch über den Königlich Preußischen Hof und Staat für das Jahr 1800*. Berlin 1800, 289 vermerkt lakonisch unter der Überschrift »Tatarische Geistlichkeit«: »Sie hat Gemeinen in den drei Kreisen Bialystock, Dombrowa und Kallwary, welche ihre *Iman's* wählen, und dem Landesherrn zur Bestätigung vorschlagen. Geistliche Oberen haben sie nicht.«

⁷⁷ JERSCH-WENZEL, S.: *Mennoniten in Westpreußen seit dem 16. Jahrhundert*. In: BADE, K. J./EMMER, P. C./LUCASSEN, L. (Hg.): *Enzyklopädie Migration in Europa. vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. Paderborn 2007, 789–792; KIZIK, E.: *Mennonici w Gdańsku i na Żuławach Wiślanych w drugiej połowie XVII i w XVIII wieku. Studium z dziejów małej społeczności wynaniowej* [Die Mennoniten in Danzig und im Weichseldelta in der zweiten Hälfte des 17. und im 18. Jahrhundert. Studium zur Geschichte einer kleinen Glaubensgemeinschaft]. Gdańsk 1994, 165–185.

⁷⁸ Zur Situation der jüdischen Bevölkerung vgl. BÖMELBURG: *Ständegesellschaft* (Anm. 21), 422–445; SCHULTE, M.: *Über die bürgerlichen Verhältnisse der Juden in Preußen. Ziele und Motive der Reformzeit (1787–1812)*. Berlin 2014 (Europäisch-jüdische Studien, 11), 270–318; JERSCH-WENZEL, S.: *Schänker und Landwirte – Juden in Süd- und Neuostpreußen um 1800*. In: KAPLAN, M. A./MEYER, B. (Hg.): *Jüdische Welten. Juden in Deutschland vom 18. Jahrhundert bis in die Gegenwart*. Göttingen 2005 (Hamburger Beiträge zur Geschichte der deutschen Juden, 27), 51–65; HEYDE, J.: *Zwischen Polen und Preußen – Die jüdische Bevölkerung in der Zeit der Teilungen Polens*. In: SCHNABEL-SCHÜLE, H./GESTRICH, A. (Hg.): *Fremde Herrscher – fremdes Volk. Inklusions- und Exklusionsfiguren bei Herrschaftswechseln in Europa. Frankfurt am Main, 297–332*; BRUER, A. A.: *Geschichte der Juden in Preußen (1750–1820)*. Frankfurt am Main 1991, 141–163; MAHLER: *History* (Anm. 72), 314–341; EISENBACH: *Emancypacja* (Anm. 72), 60 f., 128–135.

Nach längeren Beratungen wurde 1797 ein *Generaljudenreglement für Süd- und Neuostpreußen*⁷⁹ erlassen, das die Autonomie der jüdischen Gemeinden sowie die richterlichen Befugnisse der Rabbiner aufhob und die bereits zuvor eingeführten Beschränkungen der Heiratsmöglichkeiten, sowie des Hausierhandels und des Lebensunterhaltes auf dem Lande festschrieb. Gleichzeitig wurden aber auch Vorschriften aufgenommen, die zu einer stärkeren Integration der Juden in die christliche Stadtgesellschaft führen sollten – vor allem ihre Unterstellung unter und ihre Gleichbehandlung durch die allgemeinen Justiz- und Verwaltungsbehörden sowie die Einrichtung eines durch die Verwaltung kontrollierten Schulwesens. Aufgrund von kollektiven Petitionen jüdischer Gemeinden und der begrenzten finanziellen Möglichkeiten der Verwaltung wurden die meisten Eingriffe in das jüdische Wirtschafts- und Alltagsleben nicht oder nur sehr begrenzt umgesetzt. Nur die Auflösung der autonomen jüdischen Gerichtsbarkeit erfolgte – wenn auch mit einer Sonderregelung für die große Posener Gemeinde. In den folgenden Jahren begann die Verwaltung hingegen auf besondere Vermerke der Zugehörigkeit von Personen zum Judentum zu verzichten und schrittweise wurden die noch bestehenden lokalen Privilegien einzelner Städte zum Ausschluss von Juden aufgehoben. In der Praxis führte die preußische Herrschaft in Süd- und Neuostpreußen wahrscheinlich nicht zu tiefen Einschnitten in das jüdische Alltagsleben, auch wenn einige Bestimmungen höhere wirtschaftliche Belastungen mit sich brachten und sich gleichzeitig neue Möglichkeiten der säkularen Bildung und der wirtschaftlichen Entfaltung ergaben.

In der Schulpolitik lag das Hauptaugenmerk der preußischen Teilungsherrschaft auf dem Ausbau des Elementarschulwesens.⁸⁰ Die Gründung protestantischer Landschulen wurde dabei überproportional begünstigt und in den Gebieten mit geringer protestantischer Bevölkerung die Einrichtung überkonfessioneller sowie kombinierter Militär- und Stadtschulen angeregt. Entgegen den Ratschlägen der eigenen Sachverständigen drängte die Verwaltung, die in Süd- und Neuostpreußen zunächst an die Arbeit der polnischen Natio-

⁷⁹ Druck in: RÖNNE, L./SIMON, H.: Die Verfassung und Verwaltung des Preußischen Staates. Th. 8: Die kirchlichen und Unterrichts-Verhältnisse. Bd. 3: Die früheren und gegenwärtigen Verhältnisse der Juden in den sämtlichen Landesteilen des Preußischen Staates. Breslau 1843, 292–302. Zur Entstehung vgl. auch KRAUSE, P.: *Johann Heinrich Wloemer und das »General-Juden-Reglement für Süd- und Neu-Ostpreußen«*. In: Aufklärung 3 (1988), 105–117.

⁸⁰ Zum Schulwesen vgl. SCHWARTZ, P.: *Die preußische Schulpolitik in den Provinzen Süd- und Neuostpreußen (1795–1806)*. In: Zeitschrift für Geschichte der Erziehung und des Unterrichts 1 (1911), 135–195; DERS.: *Die Schulen der Provinz Westpreußen unter dem Oberschulkollegium 1787–1806*. In: ebd. 16 (1926), 51–123; TRZEBIATOWSKI, K.: *Polityka oświatowa rządów pruskich na Pomorzcu Gdańskim w okresie zaboru (1772–1918)* [Die Bildungspolitik der preußischen Herrschaft im Danziger Pommern während der Teilungszeit]. In: Rocznik Gdański 33 (1973), 23–80; HARZHEIM, G.: *Aspekte polnischer und preußischer Schulpolitik im Posener Raum am Vorabend des Nationalismus. Bemerkungen zur Rolle von Sprache und Konfession in der Elementarschulpolitik*. In: Nordostarchiv 1 (1992), 417–425; ŁUKASIEWICZ, D.: *Szkolnictwo w Prusach Południowych (1793–1806) w okresie reform oświeceniowych* [Das Schulwesen in Südpreußen in der Zeit der aufgeklärten Reformen]. Poznań 2004 (Poznańskie Towarzystwo Przyjaciół Nauk. Prace Komisji Historycznej, 63).

nalen Erziehungskommission angeschlossen hatte, zudem ab 1798 auch hier auf verstärkten Deutschunterricht und frühzeitige Einführung von Deutsch als Unterrichtssprache.

Während auf dem Gebiet des Elementarschulwesens insgesamt ein deutlicher Ausbau erreicht wurde, konnte die Gründung einiger Gymnasien den Verlust an Mittelschulen durch Aufhebung des jesuitischen Schulwesens nach der ersten Teilung und den Bruch mit der Arbeit der polnischen Nationalen Erziehungskommission nach 1798 nicht ausgleichen.⁸¹ Die 1794 zunächst geplante Gründung einer gemischt protestantisch-katholischen Universität für die polnischen Landesteile Preußens in Thorn wurde aufgrund finanzieller und politischer Bedenken nicht verwirklicht – es erfolgte nur die Einrichtung von Lehrstühlen für katholische Theologie an den Universitäten Frankfurt (Oder) und Königsberg. Eine der wenigen neugegründeten höheren Bildungseinrichtungen war das 1804 eröffnete Warschauer Lyzeum, das einige Vorstellungen höherer Schulbildung der polnischen Nationalen Erziehungskommission aufgriff und seine Schüler auf den Besuch deutschsprachiger Universitäten und damit auf eine zukünftige preußische Beamtenlaufbahn vorbereiten sollte. In den oberen Klassen erfolgte der Unterricht zwar auf Deutsch, aber in den vorbereitenden Klassenstufen wurde auch auf Polnisch unterrichtet. Als Lehrkräfte wurden zum Teil Mitglieder der 1800 gegründeten und 1801 vom preußischen König genehmigten Warschauer Gesellschaft der Freunde der Wissenschaften (*Towarzystwo Warszawskie Przyjaciół Nauk*) eingestellt.

Im russischen Teilungsgebiet verlor die katholische Kirche wie im preußischen ihre beherrschende Stellung, Übertritte aus der orthodoxen Kirche waren verboten, Kontakte nach Rom wurden von der Verwaltung kontrolliert und zentrale Verwaltungsbehörden für die Oberaufsicht über Kirchenangelegenheiten eingerichtet.⁸² Der Klerus be-

⁸¹ Zum höheren Schulwesen vgl. auch KRAUSHAR, A.: *Dzieje Towarzystwa Warszawskiego Przyjaciół Nauk 1800–1832* [Geschichte der Warschauer Gesellschaft der Freunde der Wissenschaften]. Bd. 1. Kraków/Warszawa 1900, 17–76; SCHWARTZ, P.: *Die Gelehrtenschulen Preußens unter dem Oberschulkollegium (1787–1806) und das Abiturientenexamen*. Bd. 1. Berlin 1910 (Monumenta Germaniae Paedagogica, 46), 383–493; MICHALSKI, J.: *Z dziejów Towarzystwa Przyjaciół Nauk* [Aus der Geschichte der Gesellschaft der Freunde der Wissenschaften]. Warszawa 1953, 24–30, 44–63, 85–94.

⁸² Zur Religionspolitik allgemein und besonders zu der gegenüber der katholischen Kirche vgl.: WINTER, E.: *Russland und das Papsttum*. Bd. 2. Berlin 1961 (Quellen und Studien zur Geschichte Osteuropas, 6.2), 69–207; PRAŠMANTAITE, A.: *The policy of Petersburg on the Lithuanian churches in the first half of the 19th century*. In: FILIPOWICZ, M. (Hg.): *Churches, States, Nations in the Enlightenment and in the Nineteenth Century*. Lublin 2000 (Proceedings of the Commission Internationale d'Histoire Ecclesiastique Comparée, 4), 169–180; GONCHARUK, I.: *Rimsko-katoličeskaja cerkov' i religioznaja žizn' v Belorussii v konce XVIII – pervoi polovine XIX v. (po materialam belorusskich archivov)* [Die Römisch-katholische Kirche und das religiöse Leben in Weißrussland vom Ende des 18. bis zur ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (nach Materialien aus weißrussischen Archiven)]. In: ebd., 186–194; FILATOVA, E. N.: *Konfessional'naja politika carskogo pravitel'stva v Belarusi. 1772–1860 gg.* [Konfessionspolitik der Zarenregierung in Weißrussland 1772–1860]. Minsk 2006.

hielt aber den Großteil seiner Privilegien, einschließlich eines Teils der geistlichen Güter und die Kontrolle fiel weniger streng aus als im österreichischen Teilungsgebiet. Die Kirchenorganisation wurde den neuen Teilungsgrenzen angepasst und 1773 ein neues Bistum in Mogilew eingerichtet, das 1782 zum Erzbistum erhoben wurde. Nach der zweiten und dritten Teilung wurden 1798 weitere Bistümer in Minsk und Schyotmyr gegründet, die zusammen mit den bestehenden als Suffragane dem Erzbistum von Mogilew unterstellt wurden. Auf diese Weise entstand eine vom Gnesener Erzbistum unabhängige Organisation der lateinischen Kirche, welcher der Erzbischof von Mogilew als Metropolit für das gesamte Russland vorstand.

Eine besondere Rolle spielte im russischen Teilungsgebiet der Jesuitenorden, der hier auch nach seiner Aufhebung durch den Heiligen Stuhl 1773 bestehen blieb und das Recht zur Tätigkeit im gesamten Imperium erhielt.⁸³ Der Orden verfügte über ein von der weltlichen Schulaufsicht und der Kirchenhierarchie unabhängiges Schulsystem, das auch für die Bildung nichtkatholischer Eliten große Bedeutung erlangte, und erhielt 1812 die Erlaubnis zur Umwandlung des Kollegs in Mogilew zu einer Akademie mit den Rechten einer Universität und der Kontrolle über alle Jesuitischen Schulen in Russland. Nach der Restaurierung des Ordens durch den Heiligen Stuhl 1814 wurde seine Tätigkeit in Russland allerdings eingeschränkt und 1820 folgte seine Aufhebung in Russland.

Nicht nur die Einrichtungen der katholischen Kirche, sondern auch das weltliche Schulwesen blieben im gesamten russischen Teilungsgebiet polnischsprachig.⁸⁴ Im

⁸³ INGLOT, M.: *La Compagnia di Gesù nell'Impero Russo (1772–1820) e la sua parte nella restaurazione generale della Compagnia* [Die Gesellschaft Jesu in Russland (1772–1820) und ihr Anteil an der allgemeinen Wiederherstellung der Gesellschaft]. Roma 1997 (Miscellanea historiae pontificiae, 63) [russ. Übersetzung Moskva 2004]; BLINOVA, T. B.: *Iezuity w Belarusi. Rol' iesuitov v organizacii obrazowanija i prosvieščeniya* [Jesuiten in Weißrussland. Die Rolle der Jesuiten bei der Organisation von Bildung und Aufklärung]. Grodno 2002; INGLOT, M./TOKAREVA, E. S. (Hg.): *Rossija i iezuity, 1772–1820 = La Russia e I Gesuiti, 1772–1820* [Russland und die Jesuiten, 1772–1820]. Moskva 2006.

⁸⁴ KOT, S.: *Historia* (Anm. 5), 527–542; BEAUVOIS, D.: *Lumières et société en Europe de l'est. L'Université de Vilna et les écoles polonaises de l'empire russe 1803–1832*. Paris 1977 – poln. Ausgaben unter dem Titel *Szkolnictwo polskie na ziemiach litewsko-ruskich 1803–1832* [Das polnische Schulwesen in den litauisch-ruthenischen Ländern]. Lublin 1991 und *Wilno. Polska stolica kulturalna zaboru rosyjskiego 1803–1832* [Wilna. Die polnische Kulturhauptstadt des russischen Teilungsgebietes]. Wrocław 2010 (Acta Universitatis Wratislaviensis, 3203); SŁOWIŃSKI, L.: *Dla tej, co nie zginęła. Z dziejów edukacji narodowej na ziemiach polskich w latach 1795–1831* [Für das, was nicht unterging. Aus der Geschichte der nationalen Erziehung in den polnischen Ländern in den Jahren 1795–1831]. Poznań 1985, 333–427; TRUCHIM, S.: *Współpraca polsko-rosyjska nad organizacją szkolnictwa rosyjskiego w początkach XIX wieku* [Die polnisch-russische Zusammenarbeit bei der Organisation des russischen Schulwesens am Anfang des 19. Jahrhunderts]. Łódź 1960 (Łódzkie Towarzystwo Naukowe, 2.30); ROLLE, M.: *Ateny wołyńskie. Szkic z dziejów oświaty w Polsce* [Das Athen Wolhyniens. Skizze zur Geschichte der Bildung in Polen]. Lwów 1923. Allgemein zur Entwicklung des Bildungswesens in Russland: KUSBER, J.: *Eliten- und Volksbildung im*

Jahr 1803 wurden die zugehörigen Gouvernements in einem Lehrbezirk zusammengefasst und als Kurator der aus einer der einflussreichsten polnischen Adelsfamilien stammende Vertraute von Kaiser Aleksander I. Adam Jerzy Czartoryski eingesetzt. Die Spitze des Lehrbezirks bildete die Universität Wilna, die außer den Schulen der Jesuiten das gesamte Schulwesen beaufsichtigte. Die Universität profitierte von dieser herausgehobenen Stellung, einer guten Ausstattung und der geschickten Leitung des Rektors Jerzy Śniadecki. Das polnischsprachige Mittel- und Oberschulwesen blühte auf, vor allem die Gymnasien. Besondere Bedeutung hatte das 1805 auf Initiative des Schulvisitators von Wolhynien, Podolien und Kiew Tadeusz Czacki unter Mitarbeit von Hugo Kołłątaj gegründete Gymnasium von Krzemeniec, das 1819 nach Vorbild von Zarskoje Selo und Odessa zu einer elitären Oberschule (Lyzeum) für die Söhne der Aristokraten und des vermögenden Adels umgewandelt wurde. Das Schulprogramm ähnelte dem einer Hochschule und die Anstalt verfügte über eine reiche Bibliothek, die auf die Sammlungen des letzten polnischen Königs Stanisław August Poniatowski zurückging. Während das polnischsprachige höhere und mittlere Schulwesen intensiv ausgebaut wurde, entwickelte sich allerdings das ländliche Grundschulwesen kaum weiter.

Vor besonderen Problemen stand die (griechisch-)unierte Kirche aufgrund wiederholter Versuche der russischen Behörden, eine Vereinigung mit der orthodoxen Kirche herbeizuführen.⁸⁵ Bereits während der Besetzung der ruthenischen Wojewodschaften Polen-Litauens durch russisches Militär im Zuge der Bekämpfung der Konföderation von Bar nach 1768 (→ Bd. 2, V. D/E) war es hier aufgrund von Ausschreitungen und militärischem Druck zu Übertritten einer größeren Zahl von Gemeinden zur russisch-orthodoxen Kirche gekommen, die ab 1775 allerdings zum großen Teil rückgängig gemacht wurden. Auf dem durch die erste Teilung gewonnen Gebiet wurde die unierte Kirche ebenso wie die katholische anerkannt, auch wenn Übertritte in die orthodoxe Kirche gefördert wurden. Nach der zweiten Teilung 1793 wurde dann besonders in den neuerworbenen ruthenischen Wojewodschaften massiver Druck auf die unierte Geistlichkeit ausgeübt, um diese zusammen mit ihren Gemeinden zum Wechsel in die ortho-

Zarenreich während des 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Studien zu Diskurs, Gesetzgebung und Umsetzung. Stuttgart 2004 (Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa, 65).

⁸⁵ Zur Entwicklung der unierten Kirche vgl. KOŁBUK, W.: *Kościół wschodnie na ziemiach dawnej Rzeczypospolitej 1772–1914* [Die Ostkirchen auf dem Gebiet des ehemaligen Polen-Litauen]. Lublin 1992, 13–22; WOLFF, L.: *The Uniate Church and the Partitions of Poland: Religious Survival in an Age of Enlightened Absolutism*. In: Harvard Ukrainian Studies 26 (2002/3), 153–244; SKINNER, B.: *The Western Front of the Eastern Church: Uniate and Orthodox Conflict in 18th-Century Poland, Ukraine, Belarus, and Russia*. DeKalb, Ill. 2009, 158–165, 196–225; ADELGRUBER/COHEN/KUZMANY: *Getrennt und doch verbunden* (Anm. 67), 161–168; LOS', V.: *Uniats'ka cerkva na Pravooberežnij Ukrajinі naprykinci XVIII st. – peršij polovyni XIX st.: orhanyzacyjna struktura ta kul'turno-relijijnyj aspekt* [Die unierte Kirche in der rechtsufrigen Ukraine am Ende des 18. Jahrhunderts – erste Hälfte des 19. Jh.s: Organisationsstruktur und kulturell-religiöser Aspekt]. Kyiv 2013.

doxe Kirche zu bewegen, und nach der dritten Teilung wurde die Politik erzwungener Konversionen fortgesetzt. Außerdem wurden 1795 auch allen unierten Bischöfen – außer dem Erzbischof von Polozk, der für das in der ersten Teilung erworbene Gebiet zuständig war – die Befugnisse entzogen. Während es binnen weniger Jahre gelang, in den Gouvernements Kiew und Podolien die unierte Kirchenstruktur weitgehend zu zerschlagen, konnte sie sich im Gouvernement Wolhynien behaupten – nicht zuletzt wegen der starken Position des unierten Basilianerordens. Der Orden konnte aufgrund seiner wichtigen Funktion für das regionale Schulwesen einen Großteil seiner Klöster erhalten. In den Gouvernements auf dem Gebiet des früheren Großfürstentums Litauen, wo die Repressionen gegen die unierte Geistlichkeit später eingesetzt hatten, blieben die Erfolge der Konversionspolitik eng begrenzt. Nach dem Regierungsantritt von Kaiser Paul I. 1796 ließ der Druck auf die unierte Geistlichkeit nach, in Luzk, Brest und Minsk wurden neue Bistümer eingerichtet und einigen Gemeinden wurde die Rückkehr in die unierte Kirche gestattet.

Die übrigen Religionsgemeinschaften wurden toleriert und konnten sich weitgehend frei entfalten.⁸⁶ Die religiöse Toleranz betraf grundsätzlich auch die jüdische Bevölkerung,⁸⁷ die im Zuge der Reformen Katharinas II. in die städtischen Stände der Kaufleute und Kleinbürger eingestuft wurde, womit erstmals in Europa der Versuch zur vollständigen Integration der Juden in die allgemeine ständische Rechtsordnung unternommen wurde. Die steuerliche Kollektivhaftung und die Selbstverwaltung der jüdischen Gemeinden, der sich nur die wohlhabenderen Kaufleute entziehen konnten, blieben allerdings erhalten. Mit der Städteordnung von 1785 erwarben die Juden theoretisch auch das Recht zur gleichberechtigten Beteiligung an den Wahlen zur städtischen Selbstverwaltung, was aber in der Praxis auf vielfältige Widerstände von Seiten der christlichen Stadtbevölkerung stieß und nur eingeschränkt – in den 1795 erworbenen litauischen Gouvernements überhaupt nicht – umgesetzt wurde. 1791 wurde zudem das

⁸⁶ Zu den protestantische Kirchen vgl. PRAŠMANTAITE, A.: *Die Evangelischen Kirchen in Litauen 1795–1918*. In: HERMANN, A./KAHLE, W. (Hg.): *Die reformatorischen Kirchen Litauens. ein historischer Abriß*. Erlangen 1998, 137–172. Zur Situation der Altgläubigen vgl. SMOLITSCH, I.: *Geschichte der russischen Kirche 1700–1917*. Bd. 2. Leiden 1991 (Studien zur Geschichte Osteuropas, 45), 147–182.

⁸⁷ Zur jüdischen Bevölkerung im Russischen Reich vgl. BARTAL: *Geschichte* (Anm. 72), 67–78; BEAUVOIS: *Polish-Jewish Relations* (Anm. 9); DOHRN, V.: *Jüdische Eliten im Russischen Reich. Aufklärung und Integration im 19. Jahrhundert*. Köln 2008 (Beiträge zur Geschichte Osteuropas, 44), 62–86, 97–110; IOFFE, E. H.: *Die Juden Weißrußlands im 17. und 18. Jahrhundert*. In: BEYRAU/LINDNER: *Handbuch* (Anm. 10), 377–391, hier 383–386; KLIER, J.: *Russia Gathers her Jews. The Origins of the »Jewish question« in Russia, 1772–1825*. Dekalb, Ill. 1986; MAHLER: *History* (Anm. 72), 369–429; REST, M.: *Die russische Judengesetzgebung von der ersten polnischen Teilung bis zum »Polożenie dlja evreev« (1804)*. Wiesbaden 1975 (Veröffentlichungen des Osteuropa-Institutes München, Geschichte, 44); MEISL, J.: *Geschichte der Juden in Polen und Rußland*. Bd. 3. Berlin 1925, 23–142; DUBNOW, S.: *History of the Jews in Russia and Poland*. Bd. 1. Philadelphia 1916, 306–409; EISENBACH: *Emancypacja* (Anm. 72), 135–141, 164–168.

durch die Reformen de facto aufgehobene Verbot für jüdische Kaufleute zur Niederlassung in innerrussischen Städten erneuert, zugleich Juden aber die Ansiedlung in zwei vom osmanischen Reich eroberten südlichen Gebieten gestattet – eine Anordnung, die schrittweise auf weitere neu eroberte Provinzen sowie auf die linksufrige Ukraine ausgedehnt wurde, während die Niederlassung in den Städten der alten russischen Provinzen verboten blieb, wodurch langfristig der sogenannte Ansiedlungsrayon entstand. Ab 1794 hatten Juden doppelt so hohe Steuern wie die übrige Stadtbevölkerung zu entrichten, was zur Einführung von besonderen Umsatzsteuern durch die Gemeinden führte, die häufig auch erhalten blieben als die Doppelbesteuerung im zweiten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts auslief.

Im Jahr 1804 erfolgte mit dem Erlass einer Judenordnung (*Položenie dlja jevreev*)⁸⁸ eine allgemeine Neuregelung der Verhältnisse der jüdischen Bevölkerung, die sich an der Gesetzgebung der habsburgischen Monarchie orientierte. Die rabbinische Gerichtsbarkeit wurde aufgehoben und die jüdische Bevölkerung grundsätzlich den allgemeinen Gerichten unterstellt. Die Gemeindevestverwaltung wurde auf religiöse Fragen beschränkt, blieb aber weiter für die Einziehung der Steuern vom Großteil der jüdischen Bevölkerung zuständig. Das Recht zur Mitwirkung in den Institutionen städtischer Selbstverwaltung und Gerichtsbarkeit wurde unter den Vorbehalt gestellt, dass es nicht älteren Privilegien widersprechen dürfe und von der Fähigkeit der jüdischen Vertreter zur schriftlichen Kommunikation in russischer, polnischer oder deutscher Sprache sowie vom Ablegen des traditionellen jüdischen Kleidungsstils abhängig gemacht. Für die Entwicklung religiöser Vielfalt wegweisend war die Bestimmung, dass innerhalb jeder Gemeinde mehrere Synagogen mit eigenen Rabbinern existieren durften. Damit entstand eine rechtliche Grundlage für ein Nebeneinander der neueren jüdischen Frömmigkeitsbewegung der *Chassidim* und den an der traditionellen rabbinischen Gelehrsamkeit festhaltenden *Mitnagdim* (→ V. C; Bd. 2, VI. D). Auf geringe Inanspruchnahme bei der jüdischen Bevölkerung stieß zunächst das durch die Ordnung von 1804 gewährte Recht zum Besuch aller öffentlichen Bildungseinrichtungen und zur Gründung eigener weltlicher Schulen – es eröffnete aber langfristig einer kleinen, an der jüdischen Aufklärung (*Haskala*) orientierten Elite (*Maskilim*) den Zugang zur weltlichen Bildung. Einschneidend in die wirtschaftlichen Verhältnisse war das an frühere Versuche zur Verdrängung der jüdischen Bevölkerung vom Land in die Städte anschließende Verbot für Juden, ihr Gewerbe auf dem Land auszuüben und insbesondere als Pächter ländlicher Schankstätten zu arbeiten. Die Umsetzung dieser Bestimmung wurde allerdings mehrfach aufgeschoben und nach ersten Vertreibungsmaßnahmen 1812 ganz aufgegeben – nur in den Gouvernements Mogilew und Witebsk kam es 1824 zu einer systematischen Vertreibung der jüdischen Bevölkerung aus den Dörfern, die aber

⁸⁸ *Polnoe Sobranie Zakonov Rossiiskoi Imperii*. Sanktpeterburg 1830, Bd. 28, S. 731–737, Nr. 21.547 (9. 12. 1804^{int.}).

bereits im Jahr darauf wieder aufgegeben wurde. Insgesamt ging der Anteil der auf dem Land lebenden Juden nicht zuletzt wegen der dauerhaften Verunsicherung jedoch spürbar zurück.

Integrationspolitik – Modernisierung – bürokratische, koloniale und imperiale Herrschaft

In einer am 15./26. Januar 1797 in Sankt Petersburg beschlossenen Konvention zur Regelung offener staats- und vermögensrechtlichen Fragen hatten die Teilungsmächte sich zugesichert, die vollständige Aufteilung Polen-Litauens als dauerhaft zu betrachten, wobei ein gesonderter Geheimartikel betonte, dass keine der beteiligten Seiten den Titel eines Königs von Polen in ihre Titulatur aufnehmen würde – nur eine Annahme regionaler Herrschaftstitel wurde als zulässig erklärt.⁸⁹ Das Ziel einer möglichst vollständigen Integration der neuerworbenen Gebiete und die Grenzen möglicher Kompromisse mit den polnisch-litauischen Eliten waren damit endgültig festgelegt. Die schon zuvor einsetzende Integrationspolitik der Teilungsmächte schwankte zwischen Versuchen, Herrschafts- und Verwaltungsstrukturen aus den älteren Herrschaftsgebieten zu übertragen oder die vorgefundenen anzupassen, und zielte sowohl darauf, eigene Reformvorstellungen zu verwirklichen, als auch darauf, den in Polen-Litauen eingeleiteten sozialen und politischen Wandel einzudämmen.

Überall entstanden Verwaltungsstrukturen, die den zentralen Zugriff auf die Ressourcen des Landes verstärkten, ein erhöhtes Steueraufkommen sicherten und die Zahl der Rekruten für das Militär vergrößerten. Der polnische Adel verlor seine unmittelbaren politischen Partizipationsmöglichkeiten, die soziale Position ärmerer und besitzloser Adlige verschlechterte sich spürbar und zugleich änderte sich die Rechtsstellung anderer Teile der Bevölkerung. Während im habsburgischen und preußischen Teilungsgebiet die Landbevölkerung erstmals grundsätzlich Zugang zu den allgemeinen Justizinstanzen erhielt, verlor ein Teil der bäuerlichen und städtischen Bevölkerung im russischen Teilungsgebiet im Zuge der Vergabe von Kron- und Königsgut ihre frühere Rechtsstellung. In den Städten wurden in Verwaltung und Justiz in unterschiedlichem Ausmaß Reformen durchgesetzt, überall wuchs jedoch die Kontrolle durch zentrale Behörden. In allen Teilungsgebieten wurde das Zusammenleben der unterschiedlichen Religionsgruppen im Sinne grundsätzlicher Toleranz bei gleichzeitig verstärkter Reglementierung gesetzlich neu geregelt und alle Teilungsmächte bemühten sich zumindest zeitweise um einen Ausbau des Schulwesens.

⁸⁹ Die Beitrittserklärung Österreichs zur Konvention zwischen Preußen und Russland vom 15./26. Januar 1797 und zu deren Geheimartikel in: Martens, F. F. (Hg.): *Recueil des traités et conventions conclus par la Russie avec les puissances étrangères*. Bd. 2: *Traité avec l'Autriche 1772–1808*. St. Péterbourg 1875, 291–305.

Mit Blick auf die Entstehung der für die europäische Moderne typischen staatlichen Ordnung lassen sich viele dieser Maßnahmen als Teil des europäischen Modernisierungsprozesses interpretieren. Zugleich wurde aber der in den letzten Jahrzehnten des Bestehens Polen-Litauens einsetzende beschleunigte soziale und wirtschaftliche Wandel (→ Bd. 2, V. I) durch Restabilisierung der Ständeordnung und Einschränkung bzw. Abschaffung der Partizipationsmöglichkeiten an Verwaltung, Justiz und Politik gebremst und teilweise rückgängig gemacht. Sowohl die österreichische wie die preußische Monarchie waren bestrebt, in den durch die Teilungen erworbenen Gebieten unter weitgehendem Ausschluss der lokalen Eliten neue zentralisierte Verwaltungsstrukturen einzuführen, die als Vorläufer der bürokratischen Herrschaftsformen des 19. Jahrhunderts verstanden werden können. Da fast ausschließlich Amtsträger eingesetzt wurden, die den älteren Teilen der Monarchien entstammten, sich aufgrund ihrer Ausbildung der einheimischen Bevölkerung überlegen fühlten und wenig Verständnis für die ihnen fremde Gesellschaft aufbrachten, lässt sich das neu etablierte Herrschaftssystem mit den im selben Zeitraum entstehenden neuen Formen kolonialer Herrschaft europäischer Seemächte vergleichen.⁹⁰ In Russland entwickelte sich hingegen im Zuge der Bemühungen um Integration der polnisch-litauischen Gebiete ein neues imperiales Herrschaftssystem, das strenge militärische Kontrolle mit partieller Machtbeteiligung der lokalen Eliten verband.

⁹⁰ Zu Chancen und Problematik dieses Vergleichsansatzes vgl. KAPS, K./SURMAN, J.: *Postcolonial or Post-colonial? Post(-)colonial Perspectives on Habsburg Galicia*. In: DIES.: *Postcolonial Galicia* (Anm. 39), 7–35.

B. Reaktionen auf die Auflösung Polen-Litauens im Land und in der Emigration

VON ANDRZEJ CHWALBA

Nach den Teilungen erwies es sich anfangs als schwierig, eine neue Perspektive und politische Handlungsstrategien für Polens Zukunft zu entwickeln: Was tun, wenn das Vaterland untergegangen ist? Wie kann man handeln und soll man überhaupt handeln, um es wieder zum Leben zu erwecken? Dies waren schwierig zu beantwortende Fragen, umso mehr als zunächst die frische Erfahrung der Teilungen verarbeitet werden musste, bevor die polnischen Eliten neue Vorgehensweisen entwickeln konnten, wie sie unter den veränderten Bedingungen im öffentlichen Leben handeln sollten. Zwar versuchte die Emigration in Paris und Dresden, Grundzüge einer nationalen Ethik zu bestimmen, die Pflichten gegenüber dem polnischen Vaterland und der Nation definierte, doch musste viel Zeit vergehen, bis diese Gedanken im Land selbst rezipiert und zumindest teilweise akzeptiert wurden. Erschwert wurde dies dadurch, dass unter den einzelnen Teilungsmächten zwar ein aufgeklärtes Weltbild propagiert, aber traditionelle Werte und Verhaltensnormen weiter praktiziert wurden. Die Akzeptanz neuer Prinzipien erforderte langfristige Veränderungen in der politischen Mentalität. Der Umstand, dass sich ein nationaler politischer Wertekanon erst langsam entwickelte, erklärt auch, warum die Polen nach 1795 große Toleranz für die unterschiedlichsten Verhaltensweisen und Handlungsstrategien ihrer Landsleute an den Tag legten.¹

Für diejenigen Polen, die nach der Restitution ihres Staates strebten, waren die Jahre zwischen 1795 und 1815 eine Zeit der Hoffnung, aber auch schmerzhafter Enttäuschungen. Polnische Patrioten suchten nach einem wie auch immer gearteten Kompromiss zwischen Wirklichkeit und Idealen, zwischen ihrer Geisteshaltung und den harten,

¹ Vgl. allgemein CZUBATY, J.: *Zasada »dwóch sumień«. Normy postępowania i granice kompromisu politycznego Polaków w sytuacjach wyboru (1795–1815)* [Das Prinzip »zweier Gewissen«. Verhaltensnormen und die Grenzen politischen Kompromisses von Polen in Entscheidungssituationen]. Warszawa 2005; KIZWALTER, T.: *O nowoczesności narodu. Przypadek Polski*. Warszawa 1999 [dt. Übersetzung: *Über die Modernität der Nation. der Fall Polen*. Osnabrück 2013 (Klio in Polen, 16)], 106–177; WOLFF, L.: *A Heating of the Blood: From Early Modern Patriotism to Modern Polish Nationalism in the Age of the Partitions*. In: *Ethnic Groups* 10 (1993), 85–99; CHWALBA, A.: *Les conceptions de l'organisation des forces armées en 1794*. In: HAUMANN, H./SKOWRONEK, J. (Hg.): *Der letzte Ritter und erste Bürger im Osten Europas*. Basel 1996 (Studia Polono Helvetica, 3). Zum Wandel des Freiheitsbegriffs in der Frühneuzeit vgl. SKINNER, Q.: *Liberty before Liberalism*. Cambridge 1998.

von den Teilungsmächten diktierten Realitäten. Die Entscheidungen der damaligen polnischen Eliten waren von großer Bedeutung, denn sie prägten die polnische Geschichte und das polnische politische Denken bis zur Erlangung der Unabhängigkeit 1918.

Selbstverständlich handelte es sich dabei um die Dilemmata einer kleinen Minderheit der Bevölkerung der alten Rzeczpospolita, während die übergroße Mehrheit der bäuerlichen Landbevölkerung, die ca. 75 % der Gesamtbevölkerung stellte, von derartigen Fragen unberührt blieb.² Für die Bauern stellten die Teilungen keinen besonderen Einschnitt dar, wenn sie sich der neuen Lage überhaupt bewusst waren und wenn sie diese verstanden. Sie waren weiterhin ihren Gutsherren unterstellt, hatten häufig kein Eigentum und waren vom politischen Leben ausgeschlossen.

Handelnde Akteure der Nationalgeschichte blieben der Adel und die Geistlichkeit sowie nach dem Vierjährigen Reichstag auch der überwiegende Teil der bürgerlichen Eliten in den königlichen Städten. Für tausende Adlige stellten die Teilungen ihres Landes kein Drama dar, hatten sie doch ohnehin jahrelang der Landespolitik fern gestanden und sich bestenfalls in der Lokalpolitik auf den Landtagen engagiert. Aus diesem Grund, und weil sie negative persönliche Folgen fürchteten, legten die Adligen auch ohne größeren Widerstand den Treueeid auf die neuen Rechtsordnungen und Monarchen ab. Darüber hinaus stand dieses Vorgehen im Einklang mit der altpolnischen Klientelmentalität vor allem des weniger vermögenden Adels, der daran gewöhnt war, »seinem« Magnaten und Patron zu huldigen. Es kam auch vor, dass der Adel aus eigener Initiative Delegationen an die Regierenden sandte, um sie seiner Treue und seines Gehorsams zu versichern. Zumeist jedoch hielt die neue Obrigkeit ihre Untertanen zu solchen Huldigungen an. Mitunter griff sie dabei auf die Macht des Heeres zurück, denn die Eideszeremonien wurden in der Regel von den lokalen Armeebefehlshabern organisiert. Sie wählten dann aus dem Adel, der Geistlichkeit und in geringem Maße auch dem Bürgertum die Mitglieder von Huldigungsdelegationen aus, die nach Berlin, St. Petersburg oder Wien reisten. Es kam vor, dass man Priester zur Abhaltung feierlicher Dankgottesdienste mit dem *Te Deum Laudamus* zu Ehren des neuen Monarchen und seiner Herrschaft nötigte. Die Huldigungstexte glichen einander meist. Sie kündeten vom treuen Dienst der Untertanen und ihrer Unterwerfung unter die neue Obrigkeit. Beispielsweise erklärten im Jahr 1796 die »Bürger Westgaliziens (*obywatele Galicji Zachodniej*)« in einer als »demütige Vorstellung (*pokorne przełożenie*)« bezeichneten Eingabe an Kaiser Franz II.: »Es ist für uns traurig aufzuhören, Polen zu sein. Die Vor-

² Vgl. PRZYBYLSKI, R.: *Klasyzmizm czyli prawdziwy koniec Królestwa Polskiego* [Klassizismus oder das wahre Ende des Königreichs Polen]. Warszawa 1983, 106–107; vgl. auch KIZWALTER, T.: *Kryzys oświecenia a początki konserwatyzmu polskiego* [Die Krise der Aufklärung und die Anfänge des polnischen Konservatismus]. Warszawa 1987.

sehung, welche das Ende der Existenz einer Nation bestimmt hat, setzt den Anfang für die Wandlung unserer Pflichten.«³

Aus den Huldigungsakten sollte man keine allzu weit gehenden Schlüsse über den Grad der Loyalität oder gar Servilität ziehen. Die Huldigungsakte waren eine Normalität und Notwendigkeit unter den neuen Herrschaftsbedingungen; sie stellten nicht – wie dies von der Geschichtsschreibung gelegentlich interpretiert wurde – eine Rache an den Polen oder eine Gelegenheit dar, sie zu strafen oder zu erniedrigen. Ähnliche Huldigungseide legten Untertanen immer ab, die in den Einflussbereich eines neuen Herrschers gerieten. Abgesehen davon wissen wir nicht, inwieweit die Worte in den Texten der Huldigungsakte ehrliche und wahre Gefühle ausdrückten, zumal sie anstelle von Pathos zuweilen Formulierungen enthielten, die nur mit Mühe nicht als Spott oder Hohn über die Herrschaft aufgefasst werden können. Auch sie verrieten etwas über die Geisteshaltung der Eidesleistenden.

Im Einklang mit dem Denken der Aufklärungszeit wurde die Nation meist mit dem Staat gleichgesetzt. Da es keinen polnischen Staat mehr gab, endete auch die Existenz der polnischen Nation. Polen war untergegangen, wie einst Troja, Athen, Sparta oder Rom. Es war ein entwaffnender Gedanke, dass man nun der neuen Obrigkeit gegenüber loyal sein und sich um ihre Gunst bemühen musste. Erst allmählich verbreitete sich der Gedanke, dass eine Nation mit einer eigenen Geschichte, eigener Kultur und eigenen Idealen auch ohne eigene staatliche Ordnung bestehen kann. Immer häufiger betrachteten daher polnische Intellektuelle und Nonkonformisten die Nation als eine Gemeinschaft, die auch unter fremder Herrschaft bestehen könne.

Anpassung und kulturelles Engagement

Unter den Bedingungen der Teilungszeit passten sich die meisten polnischen Adligen schnell an die neuen Gegebenheiten an. Viele zogen sich bald ins »Privatleben« zurück. Außer durch meist höhere Steuern bedrückte die neue Obrigkeit sie nicht übermäßig und, was dem Adel besonders wichtig war, mischte sie sich nur begrenzt in die Beziehungen zwischen Gutsherrschaft und Bauern ein. Auch die katholische Religion konnte weitgehend ungestört praktiziert werden. Eine spürbare Auswirkung auf das Leben vieler Adligen war, dass Warschau nicht mehr das kulturelle und politische Zentrum bildete, was mit dem Abbruch vieler Kontakte innerhalb der polnischen Adelsgesellschaft einherging.

³ Zitiert nach GRODZISKI, S.: *Postawy szlachty Galicji Zachodniej z okazji hołdy w 1796 r.* [Die Haltungen des galizischen Adels anlässlich der Huldigung von 1796], in: *Czasopismo Prawno-Historyczne*, 20 (1968), 81–93, hier 86: »Smutną jest rzeczą dla nas przestawać być Polakami. Opatrzność naznaczając koniec egzystencji narodu, daje początek odmianie naszych powinności.«

Ein Feld, auf dem der Adel seine Loyalität gegenüber den neuen Machthabern unter Beweis stellen konnte, war das Militär. Besonders der in seinen Standesprivilegien bedrohte Kleinadel nahm gern den Dienst in den Armeen der Teilungsmächte – am liebsten in der Kavallerie – auf. Damit war zum einen die materielle Absicherung der jungen Männer, aber auch ein gewisser Prestigezuwachs verbunden. Entsprechend dem geleisteten Eid und dem traditionellen adligen Ehren- und Verhaltenskodex erblickte man nichts Anstößiges oder Unmoralisches in einer solchen militärischen Karriere. Die adlige Öffentlichkeit im Lande hatte dies im Prinzip akzeptiert. Einzig die radikaleren Emigrationsmilieus betrachteten den freiwilligen Dienst in den bewaffneten Einheiten der Teilungsmächte als eines Polen unwürdig.⁴

Obwohl sich die provinziellen Adelsgesellschaften im Grunde mit der neuen Situation abgefunden hatten, empfanden sie die Politik der Teilungsmächte mit der Zeit doch zunehmend als Belastung. Unwillen erregten die hohen Steuern, die Pflicht zur Stellung von Rekruten und Fuhrwerken sowie die Unbekümmertheit und nicht selten auch Arroganz besonders der preußischen oder österreichischen Beamten im Umgang mit ihnen. Die daraus erwachsende Kritik an der Politik der Teilungsmächte führte jedoch nicht zwangsläufig zur Bereitschaft, gegen diese mit Waffengewalt vorzugehen.

Anders wurden die neuen Verhältnisse von den in den Schulen der Nationalen Erziehungskommission national geprägten neuen Bildungseliten adliger und zum Teil auch bürgerlicher Herkunft aufgenommen. Die sich formierende *Inteligencja* (→ III. G), die die politische Kultur der in der Maiverfassung gipfelnden Reformzeit Polen-Litauens vor dessen Tilgung von der europäischen Landkarte wesentlich geprägt hatte, war nun von den politischen Entscheidungsprozessen und der Verwaltungstätigkeit weitgehend ausgeschlossen. Auch die ehemaligen Offiziere des Kościuszko-Aufstandes empfanden die politische Realität in Polen als Katastrophe. Aber es gab einige, die nach 1794 schnell beschlossen, aktiv auf eine Veränderung der politischen Lage hinzuwirken. Vor allem Vertreter dieser beiden Gruppen waren es, die nach den Gründen für den Untergang Polen-Litauens fragten, Schuldige benennen wollten und nach Wegen suchten, die staatliche Unabhängigkeit wieder zu erlangen.

Eine andere Gruppe ehemaliger Militärangehöriger widmete sich einem unbeschwertem Leben, möglicherweise um die unglückliche Lage ihres Vaterlands zu verdrängen. Ein gutes Beispiel für solches Verhalten waren die Gäste des Warschauer Palais »Pod Blachą«, das dem Fürsten Józef Poniatowski gehörte.⁵ Es waren die Patri-

⁴ CZUBATY: *Zasada* (Anm. 1), 474–549; BACZKOWSKI, M.: *W służbie Habsburgów. Polscy ochotnicy w austriackich siłach zbrojnych* [Im Dienst der Habsburger. Polnische Freiwillige in den österreichischen Streitkräften], Kraków 1998.

⁵ ASKENAZY, S.: *Książę Józef Poniatowski, 1763–1813*. Warszawa 41922 [deutschsprachige Ausg.: *Fürst Joseph Poniatowski. 1763–1813*. Gotha 1912], 91–96; KOSIM, J.: *Pod pruskim zaborem. Warszawa w latach 1796–1806* [Unter preußischer Teilungsherrschaft. Warschau in den Jahren 1796–1806]. Warszawa 1980, 144–147.

oten der vergangenen Epoche, der Zeit Tadeusz Kościuszkos, die nun als verdorben und degeneriert galten, ihre besten Jahre mit Feiern und Alkohol verschwendeten und ihr Vermögen am Spieltisch verloren. Erst 1806 zogen sie erneut polnische Uniformen an und nahmen den Kampf gegen die Preußen auf. Später stellten sie den Kern des Offizierskorps im Herzogtum Warschau. Eine weitere verbreite Verhaltensweise der Adelseliten aus der Zeit der Maiverfassung war deren Streben nach dem Erhalt ihrer von Konfiskation bedrohten Besitzungen. Viele von ihnen versuchten, in den Hauptstädten der Teilungsmächte Kontakte zu knüpfen und so ihren Landbesitz zu retten. Für Fürst Adam Kazimierz Czartoryski wohnte dem auch eine patriotische Dimension inne: »man muss das Vatererbe retten, wenn das Vaterland verloren ist.«⁶

Ein Teil der Eliten engagierte sich mit Eifer für die Traditionen der nationalen Kultur und besonders der polnischen Sprache. Ihrer Ansicht nach entschied die stete Pflege der Sprache über Sein oder Nichtsein der Nation. Aristokraten stellten ihre Paläste für kulturelle Zwecke zur Verfügung und traten als Mäzene an die Stelle des Königs. Ein solches Zentrum polnischer Kultur bildete an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert zweifelsohne der Hof der Czartoryski in Puławy an der Weichsel, der von der Fürstin Izabela Czartoryska inspiriert und gepflegt wurde.⁷ Sie schuf das erste Nationalmuseum in Polen – eine der ersten derartigen Einrichtungen weltweit – und ließ für die Unterbringung der Sammlungen eigene Gebäude errichten. Sie sammelte nationale Erinnerungsstücke, kaufte Bibliotheken auf und gründete einen eigenen Verlag und eine Druckerei.

Dies war der Beginn vielfältiger kultureller Aktivitäten polnischer Adliger, die Schulen gründeten, Intellektuelle um sich sammelten, literarische Zirkel und Künstlerfeste organisierten, Theaterstücke und sogar Opern aufführten und, wenn dies nicht an der Zensur scheiterte, Werke polnischer Schriftsteller drucken ließen. Besonders bedeutend waren im Laufe des 19. Jahrhunderts die Leistungen der Familien Plater in Polnisch-Livland (Lettland), Tyszkiewicz in Schamaiten, Sapieha und Drucki-Lubecki in Weißrussland, Czapski in Wolhynien, Potocki in der Ukraine, Ossoliński, Skarbek, Tarnowski und Lubomirski in Galizien, Raczyński und Działyński in Großpolen sowie der Donimirski und Janta-Pełczyński in Pommerellen. Teilweise setzten sich adlige Eliten auch für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bauern und städtischen Unterschichten, für Hygiene und Gesundheitswesen sowie einen allgemeinen Zugang zur Elementarbildung ein.

Zum wichtigsten Zentrum patriotischer und kultureller Aktivitäten im russischen Teilungsgebiet avancierte neben Kiew, Minsk, Kaunas und Krzemieniec die Universitäts-

⁶ Zitiert nach: MENCEL, T.: *Galicja Zachodnia 1795–1809* [West-Galizien 1795–1809]. Lublin 1976, 431: »trzeba ratować ojcowiznę, gdy przepadła ojczyzna«.

⁷ Vgl. ALEKSANDROWICZ, A.: *Izabela Czartoryska. Polskość i europejskość* [Izabella Czartoryska. Polonität und Europäizität]. Lublin 1998.

stadt Wilna.⁸ Dort waren viele herausragende Künstler tätig, die sich in Verbänden zusammenschlossen. Neben zahlreichen polnischen Buchhandlungen, Verlagen und Druckereien erschienen hier Zeitungen und Zeitschriften, existierten ein Theater und eine Oper wie auch eine starke Künstlergemeinde um den Maler und Zeichner Franciszek Smuglewicz. All dies ließ Wilna nicht nur auf die Länder des russischen Teilungsgebietes ausstrahlen, sondern auf ganz Polen. Es trug dazu bei, die kulturelle Stellung der polnischen Bevölkerung in Litauen und Weißrussland zu festigen. Damals begann sich in Wilna der Kresy-Mythos herauszubilden, der im Laufe des 19. Jahrhunderts zu einem wichtigen Bezugspunkt für das Wirken polnischer Künstler und Intellektueller wurde.

Im preußischen Teilungsgebiet kam Warschau die Rolle als Zentrum des polnischen Kulturlebens zu.⁹ 1799 nahm mit der Ankunft des bedeutenden Theatermachers Wojciech Bogusławski das Große Theater (*Teatr Wielki*) erneut seine Tätigkeit auf. Es vermittelte patriotische und kulturelle Inhalte auch für ein breites Publikum in der Provinz, wobei es unter anderem an die Errungenschaften des Vierjährigen Reichstages erinnerte. Im Jahr 1800 wurde die Warschauer Gesellschaft der Freunde der Wissenschaften (*Towarzystwo Przyjaciół Nauk* – TPN) gegründet, in der ungefähr 60 Gelehrte, Literaten und Künstler versammelt waren.¹⁰ Sie wurde zu einer Art polnischen Akademie der Wissenschaften, aber auch zu einem Zentrum gesellschaftlichen Lebens und der Meinungsbildung mit Ausstrahlung in alle Teilungsgebiete. Einer der Initiatoren der Gesellschaft war Stanisław Staszic, der auch ihr langjähriger Vorsitzender wurde und ein Gebäude für den Verein stiftete, das Palais Staszic. Die TPN organisierte Forschungsarbeiten, verbreitete polnische Literatur, unterstützte Künstler und Entdecker, veranstaltete Salondiskussionen und wissenschaftliche Debatten. Sie finanzierte das von Samuel Bogumił Linde, dem Direktor des Warschauer Lyzeums, erarbeitete monumentale Wörterbuch der Polnischen Sprache (*Słownik Języka Polskiego*, 1806–1814).

Konspirationen und Aufstandsversuche

Nur wenige polnische Patrioten verloren ihren Glauben an eine Überwindung der Teilungen nicht. Einige von ihnen errichteten konspirative Strukturen, die einen bewaff-

⁸ BEAUVOIS, D.: *Lumières et société en Europe de l'est. L'Université de Vilna et les écoles polonaises de l'empire russe 1803–1832*. Paris 1977 – poln. Ausgaben unter dem Titel *Szkolnictwo polskie na ziemiach litewsko-ruskich 1803–1832* [Das polnische Schulwesen in den litauisch-ruthenischen Ländern]. Lublin/Rom 1991 und *Wilno. polska stolica kulturalna zaboru rosyjskiego 1803–1832* [Wilna. Die polnische Kulturhauptstadt des russischen Teilungsgebietes]. Wrocław 2010 (Acta Universitatis Wratislaviensis, 3203).

⁹ KOSIM: *Pod pruskim zaborem* (Anm. 5), 111–158.

¹⁰ MICHALSKI, J.: *Z dziejów Towarzystwa Przyjaciół Nauk* [Aus der Geschichte der Gesellschaft der Freunde der Wissenschaften]. Warszawa 1953; KRAUSHAR, A.: *Dzieje Towarzystwa Warszawskiego Przyjaciół Nauk 1800–1832* [Geschichte der Warschauer Gesellschaft der Freunde der Wissenschaften]. Bd. 1. Kraków 1900.

neten Aufstand vorbereiten sollten und in Europa nach Bündnispartnern suchten, die sie dabei unterstützen könnten.¹¹ Zentrum dieses Denkens war Warschau, wo die freiheitlichen Gedanken der Französischen Revolution besonders stark rezipiert wurden.¹² Hier bestand bereits 1796 der geheime jakobinische Warschauer Zentral-Klub (*Centralne Zgromadzenie Warszawskie*) und seit 1798 die Gesellschaft der Polnischen Republikaner (*Towarzystwo Republikanów Polskich*). Letztere blieb weitgehend unbehelligt von der Polizei und bestand noch beim Einmarsch der napoleonischen Truppen 1806. Ihre Mitglieder verfolgten das Ziel einer Wiedereinrichtung eines polnischen Staates, beteiligten sich später am Aufbau des Herzogtums Warschau und dienten in seiner Armee.

In Lemberg agierte bereits 1790 in enger Zusammenarbeit mit Warschauer Politikern ein geheimes Galizisches Komitee (*Komitet Galicyjski*).¹³ Später entstanden im habsburgischen ebenso wie im russischen Teilungsgebiet neue Geheimorganisationen. Viele stellten ihre Aktivitäten allerdings bald ein, weil der Wille zu Konspiration erlahmt war oder sich die internationale Konjunktur für sie verschlechtert hatte, andere infolge von Repressionen und Verhaftungen. So verhaftete die russische Polizei 1797 Verschwörer in Wilna und Wolhynien, und die österreichische zerschlug 1797 ein weit verzweigtes Netzwerk unter dem Namen Lemberger Zentralisierung (*Centralizacja Lwowska*) unter der Führung von Walerian Dzieduszycki, eines früheren Mitarbeiters von Tadeusz Kościuszko. Etwas später deckte die österreichische Polizei eine vom früheren königlichen Geometer Franciszek Gorzkowski, einem Jakobiner, organisierte Verschwörung auf, die in Podlachien die Bauern zum Aufstand aufgerufen hatte. 1802 zum Tode verurteilt, wurde Gorzkowski schließlich begnadigt und abgeschoben, da Wien die Entstehung eines neuen polnischen Heldenmythos verhindern wollte. Die Gorzkowski-Verschwörung war im Grunde nur eine Episode, aber dennoch spielte sie in der polnischen demokratischen Tradition eine gewisse Rolle als Zeichen dafür, dass die Bauern zur wichtigsten nationalen Kraft im Kampf gegen die Teilungsmächte werden konnten.

Zu einem Versuch, einen bewaffneten Aufstand auszulösen, kam es 1797 in Galizien. Bei Chocim an der Grenze zwischen Österreich und dem Osmanischen Reich hatte

¹¹ Zu den Konspirationen und Aufstandsversuchen vgl. WANDYCZ, P. S.: *The Lands of Partitioned Poland 1795–1918*. Seattle ³1993 (A History of East Central Europe, 7), 26–28; KUKIEL, M.: *Dzieje Polski porozbiorowe 1795–1921* [Geschichte Polens nach den Teilungen]. London ²1963; DERS.: *Próby powstańcze po trzecim rozbiore 1795–1797* [Aufstandsversuche nach der dritten Teilung 1795–1797]. Kraków 1912 (Monografie w zakresie dziejów nowożytnych, 19); MILLER, A.: *Pierwsza porozbiorowa konspiracja litewska. Spisek ks. Ciecierskiego, przeora dominikanów wileńskich (1796–97). Studium historyczne* [Die erste litauische Konspiration. Die Verschwörung um Priester Ciecierski, Prior der Wilnaer Dominikaner]. Kraków 1936.

¹² KOSIM, J.: *Okupacja pruska i konspiracje rewolucyjne w Warszawie 1796–1806* [Preußische Besatzung und revolutionäre Geheimorganisationen in Warschau 1796–1806]. Wrocław 1976.

¹³ GRODZISKI, S. / GERHARDT, A.S.: *Projekt konstytucji dla Galicji z 1790 r. («Charta Leopoldina»)*. *tekst i przekład* [Das Verfassungsprojekt für Galizien von 1790]. Kraków 1981 (Zeszyty naukowe Uniwersytetu Jagiellońskiego, 598, Prace prawnicze, 94), 8–10.

Joachim Denisko, Brigadier im Kościuszk-Aufstand, einige hundert Freiwillige versammelt unter Rückgriff auf die bereits im Vorjahr von Ksawery Dąbrowski im Fürstentum Walachei organisierte polnische Militäreinheit. Denisko plante – im Glauben, er könne auf die Unterstützung von Paris und Konstantinopel zählen – Partisanenaktionen im Rücken der im 1. Koalitionskrieg gegen Frankreich stehenden österreichischen Truppen. Obwohl sich Napoleon mit Österreich auf den Vorfrieden von Leoben geeinigt hatte, marschierte Denisko am 30. April 1797 mit 200 Soldaten in die österreichische Bukowina ein, in der Hoffnung, nach Galizien durchzudringen und dort einen Aufstand auszulösen. Die gut informierten Österreicher umstellten die Schar unverzüglich und rieben sie auf. Die schlecht vorbereitete und chaotische Aktion galt bis ins 19. Jahrhundert als Warnung vor unüberlegten, radikalen Aktionen. Dass Denisko nach seiner Begnadigung mit der russischen Geheimpolizei zusammenarbeitete, wurde von der polnischen Emigration ebenso scharf kritisiert und als verräterisch gebrandmarkt wie der bereits früher erfolgte Übertritt Ksawery Dąbrowskis in russische Dienste. Im Land selbst brachte man hingegen für die Beweggründe der beiden und ihre Geisteshaltung durchaus Verständnis auf.

In Danzig war 1794 ein Geheimbund von Schülern und Absolventen des Akademischen Gymnasiums um Gottfried Benjamin Bartholdy entstanden, dessen Mitglieder 1797 einen Aufstand planten, aber bei den Vorbereitungen verhaftet wurden.¹⁴ Auch wenn sich nur wenige Personen beteiligten, war dies doch ein Zeichen für die Unzufriedenheit großer Teile der deutschsprachigen Bevölkerung in den Städten des früheren Königlichen Preußens mit dem Anschluss an die preußische Monarchie. Einige Danziger Familien, darunter die Eltern Arthur Schopenhauers, emigrierten aus Protest gegen die Annexion ihrer Stadt. Erst allmählich begann sich die Haltung der Bevölkerung Thorns und Danzigs zur preußischen Monarchie zu ändern.¹⁵

Versuche zur Verständigung mit einer der Teilungsmächte – das prussische Lager der polnischen Eliten

Erfolgversprechender als jedweder Aufstandsversuch erschienen nach 1795 Bemühungen, eine politische oder politisch-militärische Verständigung mit jenen Mächten zu suchen, deren Interessen im Gegensatz zu den Teilungsmächten standen, oder in der

¹⁴ Zum Geheimbund und allgemein zur politischen Situation in Danzig vgl. LOEW, P.O.: *Danzig. Biographie einer Stadt*. München 2011, 147–149; STANKIEWICZ, J./BIERNAT, C.: *Pierwszy Zabór Gdańska przez Prusy (1793–1807)* [Die erste Annexion Danzigs durch Preußen]. In: CIEŚLAK, E. (Hg.): *Historia Gdańska* [Geschichte Danzigs]. Bd. 3.2. Gdańsk 1993, 5–87, hier 60, 73–87.

¹⁵ Zu Thorn vgl. MIKULSKI, K.: *Początki zaboru pruskiego (1793–1806)* [Die Anfänge preußischer Teilungsherrschaft (1793–1806)]. In: BISKUP, M. (Hg.): *Historia Torunia* [Geschichte Thorns]. Bd. 3.1: *W czasach zaboru pruskiego (1793–1920)* [In den Zeiten preußischer Teilungsherrschaft]. Toruń 2003, 9–39.

Hoffnung auf Interessengegensätze zwischen den Teilungsmächten eine Zusammenarbeit mit einer von ihnen anzustreben. Die diesbezüglichen Vorstellungen, die sich zu sogenannten »Orientierungen« verdichteten, blieben bis zu den ersten Jahren des 19. Jahrhunderts bestehen.

Das Osmanische Reich, das sich dauerhaft im Konflikt mit Russland und zeitweise auch mit Österreich befand, stand – wie die erwähnten Vorbereitungen des Aufstandes 1797 zeigen – den polnischen Bemühungen zwar wohlwollend gegenüber, konnte aufgrund seiner durch Niederlagen geschwächten Position allerdings keine wirksame Hilfe leisten. Auch Großbritannien, dessen Politik vor allem auf eine militärische Schwächung des revolutionären Frankreich zielte und dazu die Zusammenarbeit mit den Teilungsmächten suchte, gewährte keine aktive Unterstützung. Die Habsburger Monarchie war zwar zu einer Annäherung an die polnische Aristokratie bereit,¹⁶ nicht aber zu einem militärischen Konflikt mit den anderen Teilungsmächten.

Nach dem Ausscheiden Preußens aus der Koalition gegen Frankreich durch den Sonderfrieden von Basel 1795 sondierte General Jan Henryk Dąbrowski in Absprache mit der französischen Regierung und polnischen Emigranten in Paris die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit.¹⁷ Er legte 1796 persönlich dem preußischen König Friedrich Wilhelm II. eine Denkschrift vor, in welcher er die Perspektive eines polnisch-preußischen Bündnisses und eines Krieges gegen Russland erörterte, als dessen Ergebnis ein polnisch-preußischer Staat entstehen sollte, in dessen polnischem Teil die Maiverfassung von 1791 gelten würde. Dąbrowski wurde zwar eine Stellung in der preußischen Armee angeboten, aber keine weitergehende Zusage gemacht. Im Zentrum der Bemühungen um eine preußisch-polnische Verständigung stand Fürst Antoni Radziwiłł, der 1796 die Kusine Friedrich Wilhelms II. Luise von Hohenzollern geheiratet hatte.¹⁸ Unterstützung erfuhr er dabei durch den Onkel des Königs Prinz Heinrich. Fürst Radziwiłł argumentierte mit den Vorteilen für Preußen, wenn das preußischen Teilungsgebietes in ein polnisches Königreich in Union mit Preußen umgewandelt würde. Doch wie im

¹⁶ MENCEL, T.: *Magnateria polska Galicji w polityce władz austriackich w latach 1795–1809* [Die polnische Magnatenschaft in der Politik der österreichischen Behörden in den Jahren 1795–1809]. In: LESKIEWICZOWA, J. (Hg.): *Ziemiaństwo polskie 1795–1945. Zbiór prac o dziejach warstwy i ludzi* [Polnische adlige Gutsbesitzer 1795–1945. Eine Auswahl von Arbeiten zur Geschichte einer Schicht und ihrer Menschen]. Warszawa 1985, 27–84.

¹⁷ PACHOŃSKI, J.: *Generał Jan Henryk Dąbrowski. 1755–1818* [General Jan Henryk Dąbrowski. 1755–1818]. Warszawa 1987, 118–123.

¹⁸ DURKA, J.: *Antoni Henryk Radziwiłł (1775–1833) – szkic do portretu arystokraty, namiestnika Wielkiego Księstwa Poznańskiego* [Antoni Henryk Radziwiłł (1775–1833) – Skizze zu einem Porträt eines Aristokraten, des Statthalters im Großherzogtum Posen]. In: DERS. (Hg.): *Górny Śląsk i Wielkopolska w XIX i pierwszej połowie XX wieku. Wybrane aspekty z dziejów polityki i edukacji* [Oberschlesien und Großpolen im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Ausgewählte Aspekte der Geschichte von Politik und Bildung]. Poznań 2012, 11–30, hier 12–14.

Falle der Vorschläge Dąbrowskis zeigte Berlin weder damals noch später größeres Interesse an solchen oder ähnlichen Konzepten.

Einzig die russischen Monarchen zeigten ständig und über Jahre hinweg ein nicht nachlassendes Interesse an einer Zusammenarbeit mit Polen, wobei besonders den Beziehungen des Fürsten Adam Jerzy Czartoryski zu Alexander I. große Bedeutung zukam.¹⁹ Schon Paul I. hatte einige Gesten vollzogen, die in den polnischen meinungsbildenden Kreisen gut aufgenommen wurden. So ließ er zum Beispiel schon nach kurzer Zeit jene 12000 polnischen Kriegsgefangenen frei, die nach der Niederschlagung des Kościuszko-Aufstandes inhaftiert worden waren, darunter Kościuszko selbst. Dass dieser kurz darauf den Russland geleisteten Eid widerrief, hinderte die russische Führung nicht daran, weiter mit dem prorussischen Teil der polnischen Elite zusammenzuarbeiten. Russland hatte große Pläne und in der Zeit der napoleonischen Kriege besaß die polnische Karte einiges Gewicht.

Um Alexander I. bildete sich dann ein recht großer Kreis polnischer Aristokraten, zu denen neben Fürst Ksawery Drucki-Lubecki auch Michał Kleofas Ogiński zählte, ein Teilnehmer des Kościuszko-Aufstandes, späterer Emigrant und Autor der berühmten Polonaise »Abschied vom Vaterland« (*Pożegnanie Ojczyzny*). Die zentrale Figur war aber Fürst Adam Jerzy Czartoryski, ein enger Freund des russischen Kaisers und in den Jahren 1804–1806 russischer Außenminister, der sich mit einer Konzeption für eine Föderation der ostmitteleuropäischen Staaten als einer der führenden politischen Visionäre in Europa erweisen sollte. Sein Ziel war es, die polnischen Interessen mit den Großmachtambitionen des Romanow-Reiches zu vereinbaren. Er sah Russland als großes Imperium, welches in Zukunft alle – nicht nur die slawischen – Nationen Mittel-, Südost- und Osteuropas in sich vereinen und zum Wächter der neuen europäischen Ordnung aufsteigen werde. In diesem großen Russland wäre nach Czartoryskis Vorstellung auch Platz für ein wiedererstandenes Polen gewesen, welches aus den Ländern des russischen, preußischen und später auch österreichischen Teilungsgebietes bestanden hätte. Alexander I. schien anders als ein Großteil seiner Berater zeitweilig diese Konzeption zu unterstützen.

Im Jahre 1805 schloss Russland gemäß einem Vorschlag von Czartoryski ein Bündnis mit England und kurz darauf auch mit Österreich gegen das napoleonische Frankreich – die dritte antifranzösische Koalition. Als das neutrale Preußen den russischen Truppen den Durchmarsch nach Westen verweigerte, sah Czartoryski darin einen güns-

¹⁹ WANDYCZ: *Lands* (Anm. 11), 33–36; ZAWADZKI, W. H.: *A Man of Honour. Adam Czartoryski as a Statesman of Russia and Poland 1795–1831*. Oxford 1993; SKOWRONEK, J.: *Adam Jerzy Czartoryski 1770–1861*. Warszawa 1994; DERS.: *Antynapoleońskie koncepcje Czartoryskiego* [Die antinapoleonischen Konzeptionen Czartoryskis]. Warszawa 1969; GRIMSTED-KENNEDY, P.: *The Foreign Ministers of Alexander I. Political Attitudes and Conduct of Russian Diplomacy 1801–1825*. Berkeley 1969; MORLEY, C.: *Alexander I. and Czartoryski. The Polish Question from 1801 to 1813*. In: *The Slavonic and East European Review* 25 (1947), 405–426.

tigen Vorwand für einen Krieg gegen Preußen. Seine Pläne, die er dem russischen Kaiser während eines Besuchs bei seinen Eltern in Puławy unterbreitete, sahen den Anschluss des preußischen Teilungsgebiets an Russland und die Bildung eines mit Russland in Personalunion verbundenen Polen-Litauen vor. An dieses sollte gegebenenfalls auch Galizien angeschlossen werden und die österreichische Monarchie dafür mit Schlesien und Bayern entschädigt werden. Der russisch-preußische militärische Konflikt und damit Czartoryskis Puławy-Plan, den der einflussreiche Gießener Historiker Wilhelm Oncken 1886 als »Mordplan wider Preußen« bezeichnete,²⁰ wurden von Alexander I. zwar zunächst begrüßt, aber letztlich doch verworfen, als Preußen sich der Koalition gegen Napoleon anschloss. Dem russischen Militär wurde der geforderte Durchmarsch nach Westen gewährt und der Krieg endete mit einer Niederlage der verbündeten österreichischen und russischen Truppen bei Austerlitz im Dezember 1805, bevor Preußen militärisch eingriff. Verbittert trat Adam Czartoryski vom Ministeramt zurück.

Das russische Spiel mit der polnischen Karte war damit keineswegs beendet. Im Zuge des von Preußen und Russland geführten Vierten Koalitionskrieges gegen das napoleonische Frankreich versuchten 1807 russische Geheimagenten den polnischen General Karol Otto Kniaziewicz davon zu überzeugen, eine mit Russland verbündete polnische Freiwilligenarmee aufzustellen. Obwohl Kniaziewicz, der zuvor unter Kościuszko und in den polnischen Legionen an der Seite Frankreichs gedient hatte, von Napoleon enttäuscht war, lehnte er ab. An ein unter Alexander I. vereintes Polen glaubte er offensichtlich ebenso wenig, wie er einen polnischen Bruderkrieg verantworten wollte.

Auch nach dem Frieden von Tilsit und der Gründung des Herzogtums Warschau (→ II. C) blieben die Spannungen zwischen dem napoleonischen Herrschaftsbereich und Russland bestehen. Bei der Suche nach Verbündeten blickte Russland auch auf die Polen in seinem Herrschaftsgebiet, die es mit der Aussicht auf die Wiedererrichtung ihres Staates oder zumindest des Großfürstentums Litauen umwarb. Im Jahre 1811 existierte bereits eine fertige Konzeption zur Ausrufung eines Großfürstentums Litauen als polnischer Staat im Rahmen Russlands, mit Wilna als Hauptstadt, einer Verfassung und einer eigenen Armee. Nach einem Sieg über Napoleon sollte es mit dem Herzogtum Warschau verbunden werden. Allerdings waren die Fragen der östlichen und süd-östlichen Grenzen nicht eindeutig geklärt. Michał Kleofas Ogiński, seit 1810 russischer Senator und Geheimrat und maßgeblich an der Ausarbeitung dieser Konzeption beteiligt, wurde von Alexander I. in einem persönlichen polnischen Brief über die Vorbereitungen zur Ausrufung des Großfürstentums Litauen informiert und zu Kriegsvorbereitungen aufgefordert. Noch kurz vor dem Beginn von Napoleons Russlandfeldzug, im

²⁰ ONCKEN, W.: *Das Zeitalter der Revolution, des Kaiserreiches und der Befreiungskriege*. Bd. 2. Berlin 1886 (Allgemeine Geschichte in Einzeldarstellungen, Hauptabt. 4, T. 1.2), 157.

April 1812, kam Alexander I. nach Wilna, wo er gegenüber polnischen politischen Kreisen die schon vorher bekannten Pläne zur Errichtung eines neuen polnisch-litauischen Staates bestätigte.

Das prorussische Lager unter den Polen lebte sichtlich auf. Allerdings zögerte Alexander I. mit einem entscheidenden Schritt. Zum einen führten russische Diplomaten zur selben Zeit in Berlin – wenn auch erfolglos – vertrauliche Gespräche über den Abschluss einer Koalition und einen gemeinsamen Angriff auf das Herzogtum Warschau, der den Auftakt zum Krieg gegen das napoleonische Frankreich bilden sollte. Zum anderen leistete ein Teil der russischen Eliten auch noch nach dem Angriff der napoleonischen Truppen im Jahr 1812 Widerstand gegen die Pläne zur Wiedererrichtung eines polnischen Staates und gaben Alexander I. zu verstehen, dass die Verwirklichung der propolnischen Variante einen Aufstand gegen ihn auslösen könnte. Dennoch blieben Pläne zur Gründung eines mit Russland in Personalunion verbundenen polnischen Königreichs Bestandteil der außenpolitischen Zielsetzungen Alexanders I. auf dem Wiener Kongress 1815 und den ersten Jahren danach (→ II. D und III. A).

Das profranzösische Lager der polnischen Eliten und die polnischen Legionen

Die meisten und einflussreichsten Exilpolen hatten sich im revolutionären Paris niedergelassen und bemühten sich um eine Revision der Teilungen im Bündnis mit dem revolutionären und später napoleonischen Frankreich.²¹ Es bildeten sich zwei politische Organisationen, die Agentur (*Agencja*), auch bezeichnet als »Polnische Flüchtlinge« (*Polscy Uchodźcy*), sowie die Deputation (*Deputacja*). In der ersten Organisation fanden sich gemäßigte Politiker zusammen unter der Führung von Józef Wybicki, dem Autoren des »Liedes der polnischen Legionen in Italien« (*Pieśń Legionów Polskich we Włoszech*) mit der Anfangszeile »Noch ist Polen nicht gestorben (*Jeszcze Polska nie umarła*)«, und Franciszek Barss, einem Warschauer Anwalt und ehemaligen Gesandten der Nationalregierung von 1794. Die Deputation wurde vom radikaleren Flügel der Exilanten gebildet, die auch als polnische Jakobiner bezeichnet wurden. Zu ihrer Führung gehörte unter anderem der junge Fürst Józef Sułkowski, schon 1796 Adjutant Napoleons, der für seine Abneigung gegen die Privilegien des Adelsstands bekannt war.

²¹ WANDYCZ: *Land* (Anm. 11), 28–33; PACHOŃSKI, J.: *Legiony Polskie. Prawda i legenda 1794–1807* [Die Polnischen Legionen. Wahrheit und Legende 1794–1807]. 4 Bde. Warszawa 1969–1979; PACHOŃSKI, J./WILSON, R. K.: *Poland's Caribbean Tragedy. A Study of Polish Legions in the Haitian War of Independence 1802–1803*. Boulder, Colo. 1986 (East European Monographs, 199); CHODŹKO, L.: *Histoire des Légions Polonaises en Italie*. Paris 1929; SKAŁKOWSKI, A. M.: *Polacy na San Domingo, 1802–1809* [Die Polen auf San Domingo, 1802–1809]. Poznań 1921; ASKENAZY, S.: *Napoleon a Polska* [Napoleon und Polen]. 3 Bde. Kraków/Warszawa 1918/19 – Neuaufl. Warszawa 1994 [frz. Übersetzung von Bd. 1: Paris/Bruxelles 1925].

Im Spätherbst 1796 nahmen einige polnische Politiker aus Paris Kontakt zu Napoleon Bonaparte auf, der zu jener Zeit in Norditalien die Kämpfe gegen Österreich befehligte. Sie schlugen ihm die Aufstellung einer polnischen Armee an der Seite der Französischen Republik vor, die gegen Österreich kämpfen könnte. Angesichts der angespannten militärischen Lage erklärte sich Napoleon mit der Aufstellung polnischer Freiwilligenverbände einverstanden. Allerdings sollten sie formal zur soeben gegründeten Lombardischen Republik gehören. Am 9. Januar 1797 unterschrieben die Polen in Mailand ein entsprechendes Abkommen mit der Generalverwaltung der Lombardischen Republik, das die Aufstellung polnischer Legionen vorsah. Angeführt wurden sie von General Jan Henryk Dąbrowski, einem ehemaligen Offizier der sächsischen Armee und späterem Teilnehmer des Kościuszko-Aufstandes, einem begabten Organisatoren und Strategen. Er unterschrieb einen Aufruf in vier Sprachen, der zu den »polnischen Standarten« rief. Die Legionäre sollten automatisch die lombardische Staatsangehörigkeit erhalten. Die Feldzeichen, die Standarten und das Organisationssystem sollten mit den polnischen Militärtraditionen übereinstimmen. Die Kommandosprache war Polnisch, und der Schnitt der Uniformen lehnte sich an polnische Vorbilder an. Die Uniformen wurden lediglich durch eine Kokarde mit der französischen Trikolore und den Worten »Freie Menschen sind Brüder« in italienischer Sprache ergänzt.

Während die *Agencja* hinter dem Abkommen und der Konzeption der Legionen stand, wandten sich die meisten Anhänger der *Deputacja* dagegen. Sie beschuldigten General Dąbrowski des Verrats an der polnischen Sache: der Aufstellung einer Söldnertruppe, die für Geld die Feinde Frankreichs töten werde, ohne einen Nutzen für Polen zu erzielen. Trotz der vielstimmigen Kritik am Vertrag von Mailand standen im Herbst 1797 bereits 8000 gut ausgebildete Soldaten in zwei Legionen unter Waffen. Es handelte sich überwiegend um Kriegsgefangene Frankreichs aus der österreichischen Armee. Das Misstrauen von Politikern der *Deputacja* gegen Napoleon war durchaus berechtigt, denn bald zeigte sich, dass die Legionäre nicht nach Norden in Richtung Polen, sondern nach Süden auf Rom marschieren sollten. Sie wurden bei der gewaltsamen Eroberung der Stadt eingesetzt, wie auch bei der Niederschlagung des italienischen Aufstands gegen die französische Herrschaft. Im 1799 beginnenden neuerlichen Koalitionskrieg marschierte dann die österreichische Armee in Italien ein. Sie wurde von russischen Truppen unter Feldmarschall Aleksander Suworov unterstützt, der 1794 Warschau erobert und ein Blutbad im rechtsufrigen Stadtteil Praga angerichtet hatte. Für die Legionäre erschien es möglich, nun Revanche zu nehmen. Doch in der dreitägigen Schlacht beim Trebbia kämpfte die 1. Legion zwar mutig gegen die russisch-österreichischen Truppen, erlitt aber große Verluste. Auch Jan Henryk Dąbrowski wurde verwundet. Nicht geringer waren die Verluste der 2. Legion bei Verona und Magnano. Der französische Kommandant der Festung Mantua lieferte zudem die polnischen Legionäre an die Österreicher aus, die die Soldaten, die aus Galizien stammten und in der habsburgi-

schen Armee gedient hatten, nach einer harten Prügelstrafe wieder in die eigene Armee eingliederten.

Geringe Verluste und einen großen Sieg verzeichnete hingegen die an der deutschen Front kämpfende Donaulegion unter dem Befehl des polnischen Generals Karol Otto Kniaziewicz, die direkt im Dienst der Französischen Republik stand. In der siegreichen Schlacht der Franzosen bei Hohenlinden im Dezember 1800 erwarb sie sich große Anerkennung.

Im folgenden Jahr beendete der Friede von Lunéville den Krieg. Die Unterzeichner Frankreich, Österreich und Russland verpflichteten sich, »innere Feinde« nicht zu unterstützen. Diese Formulierung zerstörte die Hoffnungen auf eine weitere Unterstützung der Legionen, die für Frankreich nun überflüssig geworden waren. In dieser dramatischen Lage setzten einige Legionäre alles daran, um über Griechenland und den Balkan mit Waffengewalt nach Polen vorzudringen. Zwar hatte dieses Unternehmen keinerlei Erfolgsaussichten, doch verdeutlicht es den emotionalen Zustand der Legionäre und ihre unbedingte, wenn auch kaum rational begründete Entschlossenheit zum Kampf. Ein anderer Teil der Legionäre nahm seinen Abschied und kehrte in die Heimat zurück. Manche der zurückgekehrten Offiziere wurden bereits kurze Zeit darauf zu Stützen der prorussischen Orientierung.

Die verbliebenen Legionäre wurden für die französische Kolonialpolitik ausgenutzt. In den Jahren 1802–1803 verschifften die Franzosen 5520 Polen nach Saint-Domingue (Haiti), wo sie in den Kampf gegen die dortigen aufständischen ehemaligen Sklaven geschickt wurden. Da wider Erwarten die französischen Truppen eine Niederlage erlitten, musste sich Frankreich von der Insel zurückziehen, die 1804 ihre Unabhängigkeit erklärte. Die Republik Haiti wurde nach den USA zum zweiten unabhängigen Staat in Amerika. Bei den Kämpfen oder als Folge tropischer Krankheiten starben 4000 Legionäre, nur 330 kehrten zurück. Die Übrigen blieben auf der Insel und nahmen Haitianerinnen zur Frau. Später wirkten sie als Ausbilder der haitianischen Armee oder für die Verbände der lateinamerikanischen Unabhängigkeitskämpfer Francisco Miranda und Simon Bolivar.

Der Mythos Napoleons und des revolutionären Frankreichs als Schutzmacht des für seine Unabhängigkeit kämpfenden Polen war zwar nicht ganz zerbrochen, aber doch stark geschwächt. Es war offensichtlich: Napoleon hatte die Legionen mit ihren insgesamt 25 000 Soldaten und 1000 Offizieren militärisch instrumentalisiert, ohne dass sich dabei die Aussichten der polnischen Unabhängigkeitsbestrebungen verbessert hätten. Aus den Legionen wurde keine polnische Armee, die nach Norden marschieren würde. Allerdings zeugte für viele Zeitgenossen allein die Existenz der Legionen vom unbedingten Überlebens- und Kampfeswillen der polnischen Nation.

Die Wirkungsmacht der Legionen auf die nationale Kultur wie auch auf das polnische Geschichtsverständnis war ebenso von großer Nachhaltigkeit. Das erwähnte, von Wybicki verfasste »Lied der Legionen«, das den Kampf um Freiheit und Unabhängig-

keit und die damit verbundenen Opfer besingt, gilt seit dem Novemberaufstand 1831 unter dem Titel »*Mazurek Dąbrowskiego*« als polnische Nationalhymne. Es enthält unter anderem die Zeile: »Marsch, Marsch Dąbrowski, von Italien nach Polen (*Marsz, marsz Dąbrowski, z ziemi włoskiej do Polski*)«. Hinzu kommt, dass die Legionen Teil der mit der Französischen Revolution angestoßenen europäischen Entwicklung eines neuen Armeotypus waren, nämlich der Staatsbürgerarmee. Die in diesem Zusammenhang propagierten Ideale von Gleichheit und Brüderlichkeit beeinflussten auch die Legionen, etwa indem auf die Prügelstrafe und andere erniedrigende Praktiken verzichtet und die Erziehung der Soldaten zu bewussten Staatsbürgern verfolgt wurde. Auf diese Weise gelang es, aus Soldaten bäuerlicher Herkunft eine kohärente Truppe zu formen, aus deren Reihen auch spätere Offiziere hervorgingen. Dies bildete die Grundlage für den Mythos von den Legionen als Verwirklichung der Idee eines von Staatsbürgern gebildeten demokratisch verfassten Polen, die zum historischen Bezugspunkt für manche späteren Akteure wurde.

Nicht minder prägend für die Fortentwicklung der politischen Ideen über Staat und Nation war das intellektuelle Vermächtnis der Emigranten. In der Programmdeklaration der Polnischen Deputation in Paris vom 22. August 1795 ist bereits zu lesen: »Unter den Schlägen, die unser Land erschüttert haben, halten wir jetzt für den schwersten, dass es keine Regierung, kein Zentrum einer nationalen Herrschaft gibt, die angesichts der Unmöglichkeit in dem vom Feind beherrschten Land heute etwas zu bewirken, zumindest versuchen würde, bei Fremden in der Frage des unglücklichen Polen etwas zu erreichen. Es gibt aber eine Nation, in welcher der Geist der Freiheit nicht erloschen ist.«²² Es war also die Nation, die auch ohne Staat weiter Bestand hatte und – geprägt von den Idealen der Freiheit – das Fundament aller Zukunftshoffnungen bildete.

Die Legionen schienen zu manifestieren, dass Europa keine Ruhe finden werde, bis Polen wiedererstanden sein würde. Es waren also in gewisser Weise die Legionen, welche die Polnische Frage zurück auf die Agenda der europäischen Politik gebracht hatten, und es waren die Legionen, die den Aufbau und die strategische Ausrichtung der Armee im Herzogtum Warschau beeinflussten.

²² Druck bei SMOLEŃSKI, W.: *Emigracja polska w latach: 1795–1797* [Die polnische Emigration in den Jahren 1795–1797]. In: *Przegląd Historyczny* 11 (1910), 63–95 [auch Separatdruck: Warszawa 1911], hier 64–66, Zitat 64: »Pomiędzy ciosami, które nasz kraj przywaliły, ten za najcięższy teraz bierzemy, że niemasz żadnego rządu, niema żadnego centrum władzy narodowej, która, nie mogąc działać skutecznie w kraju, jako przez nieprzyjaciela opanowanym, przynajmniej czyniłaby starania u obcych w sprawie nieszczęśliwej Polski. Lecz jest naród, w którym duch wolności nie ustał.«

C. Das napoleonische System in Europa und das Herzogtum Warschau

VON JAROSŁAW CZUBATY

Als im Herbst 1806 der vierte Koalitionskrieg gegen Napoleon begann, waren infolge der drei Teilungen 1772, 1793 und 1795 rund 150 000 km² des einstigen polnisch-litauischen Staatsgebiets unter preußischer Herrschaft (→ II. A). Beinahe die Hälfte der Gesamtbevölkerung der Hohenzollernmonarchie waren Polen. Alles in allem wirkte sich die preußische Herrschaft nicht auf alle Lebensbereiche negativ aus. Viele der damaligen Beobachter wussten die durch die neuen Machthaber eingeleiteten Ordnungs-, Hygiene- und Infrastrukturmaßnahmen zu schätzen. Rückblickend hielt selbst ein der Besatzungspolitik gegenüber kritischer Historiker die preußische Verwaltung für nicht ausbeuterisch: Mit beträchtlichen Geldsummen habe sie im Gegenteil für die Schiffbarkeit der Flüsse, für Feuerversicherungen und für die Verbesserung der Verkehrswege gesorgt.¹ Obwohl sich die preußischen Behörden sehr darum bemühten, das Deutsche auf Kosten des Polnischen als Amtssprache zu stärken, zog das keine drastischen Versuche nach sich, den Einfluss der polnischen Kultur einzudämmen. Trotz der restriktiven Zensur, die über die Konformität der zu publizierenden Texte wachte, erschienen polnischsprachige Bücher, darunter hochkarätige Publikationsreihen, die Klassiker der polnischen Nationalliteratur sowie Periodika über Literatur und Kunst umfassten.² Im Jahre 1800 wurde in Warschau eine Gesellschaft der Freunde der Wissenschaften (*Towarzystwo Warszawskie Przyjaciół Nauk*) gegründet: eine Institution, deren Einfluss über die Grenzen der Teilungsgebiete hinausreichte. Zwar erklärte sie sich absolut

¹ SMOLEŃSKI, W.: *Rządy pruskie na ziemiach polskich (1793–1807)* [Preußische Herrschaft in polnischen Ländern (1793–1807)]. In: DERS.: *Pisma historyczne* [Historische Schriften]. Bd. 3. Kraków 1901, 167–223, hier 212, 222.

² Von den Verhältnissen im preußischen Teilungsgebiet und von der Politik der Behörden gegenüber Polen handeln u. a.: KOSIM, J.: *Okupacja pruska i konspiracje rewolucyjne w Warszawie 1796–1806* [Preußische Besatzung und revolutionäre Konspirationen in Warschau 1796–1806]. Wrocław 1976; DERS.: *Pod pruskim zaborem* [Unter preußischer Herrschaft]. Warszawa 1980; WAŚICKI, J.: *Ziemie polskie pod zaborem pruskim. Prusy Południowe 1793–1806* [Polnische Gebiete unter preußischer Herrschaft. Südpolen 1793–1806]. Wrocław 1957; DERS.: *Zabór pruski 1772–1806* [Das preußische Teilungsgebiet 1772–1806]. In: BARDACH, J./SENKOWSKA-GLUCK, J.: (Hg.): *Historia państwa i prawa Polski* [Geschichte vom Staat und Recht Polens]. Bd. 3: *Od rozbiorów do uwłaszczenia* [Von den Teilungen bis zur Bauernbefreiung]. Warszawa 1981, 580–674. Vgl. auch SIMSCH, A.: *Die Wirtschaftspolitik des preußischen Staates in der Provinz Südpolen 1793–1806*. Berlin 1983.

loyal gegenüber König Friedrich Wilhelm III., setzte sich aber zugleich offen für den Schutz und die Pflege der polnischen Sprache, für die Aufrechterhaltung der nationalen Geschichtskennntnisse sowie für die wissenschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung des Landes ein.³

Bereits wenige Jahre nach der Niederlage des Kościuszko-Aufstands von 1794 (→ Bd. 2, V. H) schlugen die preußischen Behörden einen relativ milden politischen Kurs gegenüber den polnischen Eliten ein. Zurückgeführt wurde dies auf den Einfluss von Karl Georg von Hoym, dem Oberpräsidenten von Südpreußen, dem der Ruf eines Polenexperten vorauselte. Er hatte König Friedrich Wilhelm II. davon überzeugt, dass es zweckmäßiger wäre, scharfe Repressionen gegen Polen auf dezidierte Gegner des neuen Regimes zu beschränken. So sahen Verordnungen, die der Anziehungskraft von Unabhängigkeitsparolen entgegenwirken sollten, beispielsweise Vermögensbeschlagnahmungen für diejenigen vor, die sich den Polnischen Legionen von General Jan Henryk Dąbrowski anschlossen, um an Napoleons Seite in Italien zu kämpfen. Auch wurden Persönlichkeiten, deren Loyalität den Machthabern nicht ohne Grund suspekt vorkam, polizeilich überwacht, darunter viele ehemalige Offiziere des Kościuszko-Aufstands.⁴

Das neue Regime brachte die ersehnte Stabilität nach den sehr turbulenten, von Kriegen gezeichneten letzten Jahren Polen-Litauens (1792 gegen Russland und während des Kościuszko-Aufstands gegen Russland und Preußen). Die politische Situation in Europa war für die polnischen Unabhängigkeitsbestrebungen ungünstig. Viele Polen fanden sich deshalb damit ab, sich im Alltag mit der fremden Herrschaft zu arrangieren (→ II. B). In den ersten Jahren nach der dritten Teilung hofften die unnachgiebigen politischen Exilanten und die vor Ort im preußischen Teilungsgebiet aktiven Verschwörer auf Unterstützung aus dem revolutionären Frankreich. Ab 1796 trat General Bonaparte als Hoffnungsträger an die Stelle einer sich gegen die Tyrannei erhebenden französischen Republik: Nach dessen glänzenden Siegeszügen gegen die Österreicher hofften viele Polen, die Wiedererrichtung des polnischen Staates könnte in der europäischen Politik erneut auf die Tagesordnung kommen. Deshalb setzten sich polnische Exilanten für die Aufstellung polnischer Legionen in Italien – und seit 1799 ebenfalls in deutschen Gebieten – ein. Aus militärischer Sicht waren die Legionen durchaus bedeutend, wenn auch nicht ausschlaggebend für die Frage, welches Ende Frankreichs Ringen nehmen würde: Man schätzt, dass in den Jahren 1797 bis 1801 mindestens

³ Zur Geschichte der Gesellschaft auf Basis von Sitzungsprotokollen vgl. KRAUSHAR, A.: *Towarzystwo Warszawskie Przyjaciół Nauk 1800–1832* [Die Warschauer Gesellschaft der Freunde der Wissenschaften 1800–1832]. 4 Bde. Warszawa 1900–1906.

⁴ Zur detaillierten Auseinandersetzung mit den Maßnahmen preußischer Behörden nach dem Aufstand vgl. WĄSICKI: *Ziemia polskie* (Anm. 2), 182 f.

25000 polnische Soldaten zeitweise in ihren Reihen kämpften.⁵ Durch ihr Bestehen manifestierten die Legionen zudem kontinuierlich die Unabhängigkeitsbestrebungen der Polen. Als militärisch-politischer Verband verloren die Legionen ihre Daseinsberechtigung mit dem 1801 in Lunéville geschlossenen Frieden zwischen Frankreich und Österreich. Der Friedensschluss sollte, so nahm man jedenfalls an, für längere Zeit Ruhe in Europa einkehren lassen. Zwangsläufig lief dies den polnischen Plänen, einen eigenen Staat zurückzugewinnen, zuwider. Einige Einheiten der Legionen wurden in den Dienst der französischen Streitkräfte gestellt und nach Saint-Domingue (Haiti) geschickt, um den dortigen Sklavenaufstand unter der Führung von Toussaint Louverture niederzuschlagen; andere Legionäre wurden den italienischen Streitkräften eingegliedert. Viele polnische Offiziere verloren dabei die Überzeugung, dass sie weiterhin in patriotischer Mission kämpften, quittierten daraufhin ihren Dienst und kehrten in ihre Heimat zurück. Etliche von ihnen entschieden sich dafür, sich mit dem Regime des preußischen Königs Friedrich Wilhelm III. zu arrangieren. Wer sich gezwungen fühlte, mindestens zeitweise den Traum von der polnischen Unabhängigkeit aufzugeben, konnte sich im preußischen Teilungsgebiet in mancherlei Hinsicht gut aufgehoben fühlen. Stellvertretend für viele erscheint insofern die Aussage von Julian Ursyn Niemcewicz, des polnischen Dichters und Politikers, der als Sekretär Tadeusz Kościuskos fungiert und mit diesem von 1794 bis 1796 in Sankt Petersburg im Gefängnis gesessen hatte, um dann mit ihm in die Vereinigten Staaten von Amerika zu reisen. Als er nach einer zeitweiligen Rückkehr nach Polen 1802–1804, die Lage in allen drei Teilungsgebieten verglich, notierte er zum preußischen: »Mit einem Wort, von allen auf Alleinherrschaft basierenden Regierungen bietet die hiesige die größte Sicherheit, Gerechtigkeit und sogar ein gewisses Stückchen Freiheit.«⁶

Die Einstellung gegenüber der preußischen Fremdherrschaft war auch von der Wirtschaftslage beeinflusst. Die friedliche Politik Preußens nach 1795 erlaubte den Gutsbesitzern die Konjunktur auf dem florierenden westeuropäischen Getreidemarkt auszunutzen. Da es einfach war, große Getreidemengen zu hohen Preisen abzusetzen, stiegen die Gewinne und die Landgüter gewannen an Wert. Dadurch waren auch hohe Hypothekenkredite preußischer Banken für die polnischen Gutsbesitzer leichter zugänglich. Durch niedrigen Kreditzins war das für sie eine attraktive Möglichkeit. Doch die Interessen der Gläubiger waren durch strenge Zwangsvollstreckungsvorschriften abgesichert: Als die Getreideausfuhr um 1805 wieder abnahm, verschlechterte sich die Lage der Schuldner zunehmend. Die schwindenden Erträge von Landgütern erschwerten es, die während der Konjunktur aufgenommenen hohen Kredite zurückzuzahlen, so dass

⁵ Vgl. dazu die umfassende Monografie von PACHOŃSKI, J.: *Legiony Polskie 1794–1807. Prawda i legenda* [Polnische Legionen 1794–1807. Wahrheit und Mythos]. 4 Bde. Warszawa 1969–1979.

⁶ NIEMCEWICZ, J. U.: *Podróże po Ameryce 1797–1807* [Reisen durch Amerika 1797–1807]. Wrocław 1959, 287–290, Zitat 288: »Słowem, ze wszystkich rządów jedynowładzkich tutejszy najwięcej zapewnia bezpieczeństwa, sprawiedliwości, a nawet jakiejś cząstki wolności«.

der Wert der Landgüter selbst sank. Zeitgenössische Beobachter – und darauf fußend Historiker des 19. und 20. Jahrhunderts – sahen in der Vorgehensweise der preußischen Regierung einen perfiden Plan: Demnach sollten die polnischen Schuldner in den Ruin getrieben und deren Güter beschlagnahmt werden. Gleichzeitig mussten sie allerdings zugeben, dass sich viele Gutsbesitzer von der guten Konjunktur hatten blenden lassen. In Erwartung hoher Gewinne hatten sie sich übereilt immer weiter verschuldet bzw. einen Großteil ihrer Gewinne für den Konsum bestimmt, anstatt die Wirtschaftlichkeit ihrer Landgüter durch Investitionen zu erhöhen. Bereits im Herbst 1806 war ein Teil der verschuldeten Landgüter in preußischer Hand.⁷ Die Schwierigkeiten bei der Tilgung der Kredite und die wachsende Zahl der Zwangsversteigerungen von Gütern machten manche zeitgenössische Beobachter besorgt: Sie ahnten bereits, dass der wirtschaftlich-soziale Untergang des Adels, der nicht ohne Grund als die in Polen dominierende politische Kraft und als Bastion des Polentums galt, bevorstand.

Nur die Wenigsten waren sich aber der wachsenden Verschuldung des polnischen Grundbesitzes und der daraus wachsenden Gefahren – seien sie nun real oder übertrieben – bewusst. Weiten Kreisen der Gesellschaft fiel es aufgrund der Vorerfahrungen mit staatlichen Institutionen schwer, die preußische Herrschaft zu akzeptieren. Die Wertschätzung für die Hohenzollern wurde durch die im Vergleich »zu polnischen Zeiten« höheren Steuern kaum befördert. Außerdem: Gewohnt an das frühere Modell einer Beteiligung an Entscheidungen über öffentliche Angelegenheiten hegten adlige und bürgerliche Eliten Widerwillen gegen die neue Ordnung, da sie nun keinen Einfluss mehr auf diese nehmen konnten. Die Selbstverwaltung war abgeschafft und die bisherigen Mechanismen sozialen Aufstiegs waren blockiert. Der Historiker Władysław Smoleński konstatiert: »Die preußische Regierung nivellierte die Bürger in politischer Hinsicht, beließ aber die Standesunterschiede: Sie festigte sie noch, indem sie für jede soziale Gruppe eine separate Organisation vorsah.«⁸ Wenig förderlich für eine emotionale und politische Bindung des polnischen Adels an den preußischen Staat war, dass die Adligen praktisch keine Ämter mehr bekleiden konnten; zusätzlich zum Misstrauen der Behörden erschwerten fehlende Kenntnisse der deutschen Sprache und der amtlichen Prozeduren den Zugang zu ihnen. Außerdem verleideten die Erfahrungen mit den preu-

⁷ SKARBEK, F.: *Dzieje Księstwa Warszawskiego* [Die Geschichte des Herzogstums Warschau]. Bd. 1. Warszawa [1897], 65–75; SMOLEŃSKI: *Rządy pruskie* (Anm. 1), 215–217; WAŚICKI: *Ziemia polskie* (Anm. 2), 322–324. Vgl. auch EISENBACH, A./RZEPNIEWSKA, D.: *Zadłużenie własności ziemskiej w okresie 1795–1806. Dłużnicy i wierzyciele sum bajońskich* [Die Verschuldung des Gutsbesitzes 1795–1806. Schuldner und Gläubige der Bayonner Unsummen]. In: KULA, W./LESKIEWICZOWA, J. (Hg.): *Spółczesność polskie XVIII i XIX w. Studia o uwarstwieniu i ruchliwości społecznej* [Die polnische Gesellschaft im 18. und 19. Jahrhundert. Studien zur sozialen Stratifikation und Mobilität]. Warszawa 1970 (Spółczesność Królestwa Polskiego, 4), 187–311.

⁸ SMOLEŃSKI: *Rządy pruskie* (Anm. 1), 195: »Niwelował rząd pruski obywateli pod względem politycznym, nie zacierał jednak różnic stanowych; utrwał je owszem, zaprowadzając dla każdej grupy społecznej organizację oddzielną.«

ßischen Beamten den Polen nachhaltig die preußische Obrigkeit. Um zu erreichen, dass die polnischen Gebiete ihren separaten Status innerhalb Preußens verloren, wurden sie einem umfassend ausgebauten und mit weitreichenden Befugnissen ausgestatteten Verwaltungsapparat unterstellt, der von Tausenden preußischer Beamten getragen wurde, die hierzu samt Familien in die polnischen Gebiete zogen. Ihre Fremdheit erschwerte den durchschnittlichen Bewohnern erheblich den Kontakt zu den Behörden.⁹

Genauso wenig machte sich die preußische Verwaltung durch ihren (für die an derartige Einmischungen des Staates nicht gewöhnten Polen überraschenden) Eifer beliebt, die Bewohner des Teilungsgebietes mit einer Lawine von Verordnungen und Geboten zu überhäufen. Die Mentalität der einstigen Bürger Polen-Litauens war immer noch stark durch ihre Gewohnheiten aus der Zeit der »Goldenen Freiheit« geprägt, sodass diese Maßnahmen sie wie ein Schlag treffen mussten. Ein polnischer Zeitzeuge, der ab 1806 am Warschauer Lyzeum Physik unterrichtende Antoni Magier, erinnerte sich später: »Es kam ein Büchlein in deutscher und polnischer Sprache heraus, in dem die polizeilichen Maßregeln des Personen-, Gesundheits- und Eigentumsschutzes aufgezählt und erläutert werden. Die sich darin wiederholende Phrase ›es ist verboten‹ war für unsere Landsleute nicht sehr angenehm.«¹⁰ Es steht außer Zweifel, dass die Polen an dem Detailreichtum jener »Maßregeln« Anstoß nahmen. Die von Władysław Smoleński zusammengestellte Liste der in jener Zeit veröffentlichten Verordnungen enthält unter anderem Bekanntmachungen, die »das Dreschen von Getreide und das Flachsbrechen am Kienspan« verboten, »Strafen für das Zerstören von Bäumen am Wegesrand« vorsahen, oder Erlasse zu tollwütigen Hunden und ähnliches.¹¹ Einige dieser Verordnungen enthielten jedoch auch vernünftige Vorschriften, die der Erhöhung der Sicherheit oder der Krankheitsvorbeugung dienen sollten. Andere wiederum machten den Eindruck, die Reglementierung diverser Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens *ad absurdum* zu führen. Mit der Aufgabe, diese Regeln durchzusetzen, wurden Beamte betraut, die zwecks Einhaltung der Vorschriften sehr effektive Maßnahmen zu ergreifen wussten, herrschsüchtig waren und gerne die Überlegenheit preußischer Ordnung über polnische Rückständigkeit und Unordnung betonten. Auch in der staatlichen Propaganda wurden immer wieder die positive Einwirkung der preußischer Herrschaft gepriesen: der Wirtschaftsaufschwung, die Ordnung und der zivilisatorische Fortschritt. Insgesamt nahmen viele Bewohner der polnischen Gebiete den preußischen Machtapparat als eine feindliche, bornierte und arrogante Institution wahr, die ihnen fremde Gesetze aufoktroierte. Eindringlich beschreibt ein Gedicht von Bonawentura Małowieski den Unwillen eines Bewohners des preußi-

⁹ Ebd., 193–195.

¹⁰ MAGIER, A.: *Estetyka miasta stołecznego Warszawy* [Die Ästhetik der Hauptstadt Warschau]. Wrocław 1963, 150: »Wydano dziełko (...) w niemieckim i polskim języku, wymieniające i objaśniające prawidła policyjne dotyczące się ochrony życia, szkodliwości zdrowia i zabezpieczenia własności, w którym powtarzany wyraz ›nie wolno‹ nie bardzo przyjemnym był dla rodaków«.

¹¹ SMOLEŃSKI: *Rzeczy pruskie* (Anm. 1), 173–174, 176–178, 181, 184.

schen Teilungsgebiets, der »einst Pole geheiß, in Preuße umbenannt« wurde: »Alles fremd, das Gesetz unverständlich./Ich zahle – wofür, ist mir unerklärlich./[...] Sie saugen uns aus wie die Spinnen die Fliegen./wollen, dass die Polen taub und stumm sich biegen.«¹² Auch wenn diese Grundstimmung vorherrschte, so blieben der Hof in Berlin und die preußischen Beamten im Jahre 1806 davon überzeugt, die Situation völlig unter Kontrolle zu haben. Für die Machthaber gefährliche konspirative Umtriebe waren zum Erliegen gekommen und das Missfallen über die neue Ordnung, so oft es auch zum Vorschein kam, beschränkte sich meistens auf Klagen über die Höhe der Steuern und amtlichen Gebühren sowie über die allumfassende Bürokratie.

Dieser scheinbare Friede löste sich in dem Moment in Luft auf, als Napoleons *Grande Armée* ins preußische Teilungsgebiet einrückte. Nachdem die preußische Armee in der Schlacht bei Jena und Auerstedt am 14. Oktober 1806 geschlagen worden war, zog die Hauptstreitmacht des französischen Kaisers in Berlin ein. Die den sich zurückziehenden Gegner verfolgende französische Vorhut, stieß zügig in die einstigen polnischen, nun zu Preußen gehörenden Gebiete vor. Trotz des glänzenden Siegeszuges verkomplizierte sich Napoleons Lage, da Russland in den Krieg eintrat. Der glänzende Feldzug des Kaisers zog sich damit gefährlich in die Länge. Die *Grande Armée* musste unter sich stets verschlechternden Witterungsbedingungen in einem wenig urbanisierten Gebiet mit relativ spärlichem Wegenetz vorrücken, weit entfernt von den eigenen Stützpunkten in Frankreich und den Rheinbund-Staaten. Besondere Bedeutung kam in dieser Lage der Unterstützung durch die örtliche Bevölkerung zu: Die Aussichten darauf stiegen, da Napoleon seinen Krieg gegen zwei Besatzer führte. So konnte er die polnische Karte ausspielen und den eventuellen Einsatz der Polen an seiner Seite für einen politischen und militärischen Sabotageakt nutzen. Gelang es Napoleon die polnischen Eliten auf seine Seite zu ziehen, so hatte er bei künftigen Friedensverhandlungen einen zusätzlichen Trumpf in der Hand. Gleichzeitig war dem französischen Kaiser jedoch bewusst, dass er in der Polnischen Frage äußerst vorsichtig taktieren muss. Eine ostentative und eindeutige Willenserklärung, den polnischen Staat wieder zu errichten, hätte ihm zwar die Unterstützung der polnischen Eliten eingetragen, gleichzeitig aber sicherlich auch den Konflikt mit Preußen und Russland verschärft sowie das bisher neutral gebliebene Österreich alarmiert. Dies hätte seinen Spielraum in den künftigen Verhandlungen wiederum eingeengt. Daher galt es, die Begeisterung der Polen zu entfachen, ohne dabei die Chance zu verlieren, sich mit deren Gegnern verständigen zu können.

Der erste Schritt Napoleons war, dass er am 3. November 1806 den aus Italien herbeigerufenen General Dąbrowski und dessen Freund und politischen Berater Józef

¹² Zitiert nach ŻBIKOWSKI, P.: *W pierwszych latach narodowej niewoli. Schyłek polskiego oświecenia i zwiastuny romantyzmu* [In den ersten Jahren der nationalen Unfreiheit. Das Ende der polnischen Aufklärung und die Anzeichen der Romantik]. Wrocław 2007, 313–314: »Wszystko jest obce, prawa nie rozumiem./ Płacę, lecz za co, powiedzieć nie umiem./ [...] Ssą nas tak, jak ssą pająki muchy./ I chcą, by Polak był niemy i głuchy«.

Wybicki (den Verfasser des damals bereits populären Liedes *Mazurek Dąbrowskiego*, das später die polnische Nationalhymne wurde) in Berlin empfing. Während der Audienz betonte der Kaiser sein Wohlwollen gegenüber den Bestrebungen der Polen zur Wiederherstellung ihres nationalen Staates; er verdeutlichte allerdings, dass diese nur durch den massenhaften Einsatz von Polen selbst erreicht werden könne. Noch am selben Tag verfassten Dąbrowski und Wybicki einen Aufruf an ihre Landsleute. Darin versuchten sie, diese von der großen Chance zu überzeugen, die Polen aus einem Sieg Napoleons erwachsen würde, und appellierten an sie, der ins preußische Teilungsgebiet einrückenden *Grande Armée* spontan Beistand zu leisten sowie eigene Militäreinheiten aufzustellen. Der Aufruf enthielt keine konkreten politischen Garantien Napoleons für Polen, sondern stattdessen die Aufforderung, ihm zu vertrauen: »Lasst uns nicht versuchen, die Geheimnisse seiner Vorhaben zu ergründen, sondern vielmehr seiner Großmut würdig sein. Wollen wir sehen, meinte er zu uns, wollen wir sehen, ob die Polen den Namen einer Nation verdienen.«¹³ Die Hoffnungen der polnischen Eliten geschickt nährend, versprach Napoleon in der Tat gar nichts: Er bot ihnen allein eine Chance, die sie zu nutzen versuchen konnten. Der General und sein Berater müssen sich des politischen Risikos bewusst gewesen sein, das mit einem solchen Unterfangen verbunden war. Sie nahmen die Sache in der Überzeugung in Angriff, dass Napoleons Krieg gegen Preußen und Russland – wenn er auf polnischem Gebiet ausgetragen würde – das Kräfteverhältnis in diesem Teil Europas verändern und damit zur Wiedererrichtung eines polnischen Staates führen könnte.

Am 4. November marschierte die Vorhut der *Grande Armée* in Posen ein und rückte weiter in Richtung Warschau vor. Ihr voraus eilten Emissäre Dąbrowskis und Wybickis, die den Aufruf und die zur Unterstützung Napoleons auffordernden Briefe des Generals an wichtige Persönlichkeiten übermittelten. Am 27. November erreichten die ersten Einheiten der französischen Kavallerie das von den Preußen verlassene Warschau. Innerhalb von einigen Wochen kam es in allen Groß- und Kleinstädten des preußischen Teilungsgebiets zu Ereignissen, die demselben Szenario folgten: Eilig durch lokale Adelsanführer und ehemalige Offiziere aufgestellte polnische Einheiten brachten das Umland unter Kontrolle, indem sie Amtsgebäude und Depots besetzten. Kleine preußische Einheiten wurden entwaffnet oder zum Rückzug gezwungen, die Beamten ihrer Funktionen enthoben oder dazu gezwungen, sich polnischen Vorgesetzten unterzuordnen. Die einrückenden Truppen der *Grande Armée* wurden von der Bevölkerung und der provisorischen polnischen Verwaltung willkommen geheißen; an deren Spitze standen meistens Personen, die für ihren Einsatz in der adligen Selbstverwaltung vor den Teilungen Polens bzw. als Anführer des Aufstands von 1794 bekannt waren.

¹³ Zitiert nach PACHOŃSKI, J.: *Generał Jan Henryk Dąbrowski* [General Jan Henryk Dąbrowski]. Warszawa 1981, 398: »Nie zgłębiajmy tajemnicy zamysłów, starajmy się być godnymi jego wspaniałości. Obaczę, powiedział nam, obaczę, czy Polacy godni są być narodem.«. Vgl. ZAJEWSKI, W.: *Józef Wybicki*. Warszawa 1983, 170–180.

Zunächst rekrutierten sich Napoleons Anhänger in den befreiten Gebieten hauptsächlich aus dem wohlhabenden und dem kleinen Adel, ehemaligen Offizieren des Kościuszkó-Aufstands und der Polnischen Legionen, sowie aus der bürgerlichen Elite. Mit der Zeit schlossen sich ihnen – mit mehr oder minder großem Enthusiasmus – Vertreter der alten aristokratischen Geschlechter an. Anfangs blieb dieses Milieu, das Napoleon zu Recht für die wichtigste politische Kraft in Polen hielt, in Erwartung einer konkreten Erklärung des Kaisers zur politischen Zukunft der polnischen Gebiete ihm gegenüber eher zurückhaltend. Letztlich entschieden sich die Aristokraten jedoch dazu, mit Napoleons Anhängern zusammenzuwirken: Entweder ließen sie sich von der Begeisterung ihrer Landsleute mitreißen, oder sie waren davon überzeugt, dass sie durch eine weitere Distanzierung von Dąbrowskis und Wybickis Vorhaben Gefahr liefen, politisch marginalisiert zu werden.¹⁴

In den von der preußischen Besatzung befreiten Teilen des Landes entstanden polnische Truppeneinheiten. Unter den Regimentskommandeuren befanden sich etliche junge, wohlhabende Adlige und Aristokraten, die für Organisation und Ausstattung ihrer Einheiten beträchtliche Geldsummen aufwendeten. Ihre fehlende Erfahrung versuchte man auszugleichen, indem man den Einheiten Veteranen des Aufstands oder ehemalige Offiziere der Dąbrowski-Legionen zur Unterstützung zuteilte. Nach einer schnellen Schulung schlossen sich die einzelnen Einheiten den Kampfeinsätzen unter dem Kommando französischer Marschälle an. Obgleich die altgedienten Befehlshaber der *Grande Armée* anfänglich Bedenken hinsichtlich der Wirksamkeit der Regimenter im Krieg äußerten, da sie eilig, unter schwierigen Bedingungen aufgestellt und nicht ausreichend ausgerüstet waren, erreichten die Einheiten bereits im Frühjahr 1807 eine ernst zu nehmende Kampfstärke. Ungefähr 20 000 polnische Soldaten in insgesamt drei Legionen beteiligten sich an der Belagerung von Danzig und Kolberg, an vielen kleineren Gefechten sowie an der kriegsentscheidenden, für Napoleon siegreichen Schlacht bei Friedland (14. Juni 1807).¹⁵

¹⁴ Zum genauen Verlauf der Ereignisse im preußischen Teilungsgebiet am Ende des Jahres 1806 vgl. CZUBATY, J.: *Księstwo Warszawskie 1807–1815* [Das Herzogtum Warschau 1807–1815]. Warszawa 2011, 57–99.

¹⁵ BIELECKI, R.: *Wojsko polskie 1806–1807* [Das polnische Heer 1806–1807]. In: DERS.: *Encyklopedia wojen napoleońskich* [Enzyklopädie der Napoleonischen Kriege]. Warszawa 2001, 602–604, hier 604. Eine genaue Zahl ist schwer zu bestimmen, da die tatsächliche Mannschaftsstärke infolge von Verlusten, Krankheiten, Desertionen und Lücken in der Stabsdokumentation, die aus dem improvisierten Charakter der Organisation resultierten, ständig variierte. Nach dem Ende des Feldzugs von 1807 meinte der Kriegsminister Fürst Józef Antoni Poniatowski, dass die Zahl der ihm insgesamt unterstellten 50 000 Soldaten wegen »Unordnung« bei der Truppenaufstellung lediglich eine Schätzung darstelle, vgl. den Bericht des Kriegsministeriums, Warschau 27. November 1807. In: SKAŁKOWSKI, A. (Hg.): *Korespondencja ks. Józefa Poniatowskiego z Francją* [Die Korrespondenz des Fürsten Józef Poniatowski mit Frankreich]. Bd. 1. Poznań 1921, 80–101, hier 93.

Zu den wichtigsten Aufgaben der polnischen Verwaltung, die spontan auf dem Territorium des preußischen Teilungsgebiets geschaffen wurde, gehörte es, den Soldatenmassen der *Grande Armée* Verpflegung, Transport, Unterkunft, medizinische Versorgung usw. zu bieten. Am 14. Januar 1807 berief Napoleon in Warschau eine Regierungskommission ein: Beinahe alle Kommissionsmitglieder waren Aristokraten der patriotischen Partei, die auf dem Vierjährigen Sejm (1788–1792) versucht hatte, eine Verfassungsreform durchzusetzen (→ Bd. 2, V. F). Der Regierungskommission wurden die bereits in den einzelnen Departements entstandenen Verwaltungseinrichtungen unterstellt. Diese Entscheidung kam den polnischen Erwartungen entgegen; der *Grande Armée* ermöglichte sie eine von nun an effektivere Organisation im Hinterland.¹⁶

An die Stelle der spontanen Opferbereitschaft der lokalen Bevölkerung traten nun Anordnungen zur Bereitstellung von Lebensmitteln, Pferdefutter und Fuhrwerken für das Militär. Der Preis für die von Napoleon eingeräumte Chance sollte sehr hoch werden. Die Pflicht, die zahlreichen und anspruchsvollen Verbündeten zu versorgen, wurde oft Landstrichen aufgebürdet, die zuvor durch preußische und russische Truppen auf deren Rückzug zerstört worden waren. Dazu kam, dass die Kriegshandlungen in wirtschaftlich unterentwickelten Gebieten mit schwacher Infrastruktur stattfanden: Mehrere tausend Soldaten versorgen zu müssen, hätte die örtliche Bevölkerung selbst in Friedenszeiten vor eine schwierige Aufgabe gestellt.

Unter diesen Bedingungen war es unbestritten ein Erfolg der vorläufigen polnischen Verwaltung und der Organisationsleitung der Streitkräfte, dass die *Grande Armée* im preußischen Teilungsgebiet verpflegt und zugleich ein polnisches Heer aufgestellt werden konnten. Ermöglicht wurde dies durch eine weitreichende Mobilisierung der politischen Eliten, die im Stande waren, breite Kreise der Bevölkerung anzusprechen und von der Notwendigkeit zu überzeugen, für die Wiederherstellung des eigenen Staates Opfer zu bringen. Zweifelsohne sorgten die kollektiven Emotionen in hohem Maße dafür, dass Napoleons Befürworter erfolgreich waren. Vertreter verschiedener Bevölkerungsgruppen schlossen sich an: Durch die Niederlage der Preußen wurden nicht nur ehemalige Legionäre und Mitglieder der patriotischen Verschwörungen mobilisiert, sondern auch diejenigen, für die der Untergang des polnischen Staates zum sozialen Abstieg geführt hatte, wie beispielsweise frühere Inhaber von Krongütern, denen diese durch die preußische Verwaltung entzogen worden waren. Den Aufruf, sich gegen die Preußen zu erheben, nahm auch jener Teil der Bürgerlichen enthusiastisch auf, welcher der patriotischen Tradition des Vierjährigen Sejm und des Kościuszkó-Aufstands verpflichtet geblieben war oder auch die fremde Macht schlicht wegen des von ihr ausgeübten Steuerdrucks ablehnte.

¹⁶ Zur Tätigkeit der Regierungskommission vgl. GOCLON, J.: »*Polska na królu pruskim zdobyta*«. *Ustrój, administracja i sądownictwo doby Komisji Rządzącej w 1807 r.* [»Das vom preußischen König gewonnene Polen.« Verfassung, Verwaltung und Gerichtswesen während der Zeit der Regierungskommission im Jahre 1807]. Wrocław 2002.

Unter denjenigen, die das Risiko auf sich nahmen, Napoleon zu unterstützen, fanden sich auch einstige Sejm-Abgeordnete und Beamte der adligen Selbstverwaltung der Vorteilszeit: Die einstigen Provinzeliten wurden durch die Ereignisse vom Jahresende 1806 mobilisiert. Vermutlich hatten viele von ihnen die preußische Ordnung in Kauf genommen, aber zugleich unter der Passivität gelitten, in die sie durch das preußische politische System getrieben worden waren. Die Mobilisierung dieser lokalen Autoritäten und adligen Anführer verdeutlicht die Stärke ihres Wunsches nach Wiedererrichtung eines eigenen Staates, aber auch das tief in ihrer politischen Mentalität verankerte Bedürfnis, die Angelegenheiten des Staates und der unmittelbaren Nachbarschaft aktiv mitzugestalten. Der preußischen Niederlage und der Kampagne von Dąbrowski und Wybicki war es zu verdanken, dass der durch die Teilungen vernichtete öffentliche Raum wiederhergestellt und mit staatsbürgerlicher Aktivität wiederbelebt werden konnte: dies entsprang den adligen Gewohnheiten und Bräuchen sowie der politischen Mentalität des Adels. Mit der Konstituierung einer vorläufigen polnischen Verwaltung kehrten auch die vertrauten und geachteten politischen Symbole, Institutionen und Handlungsmuster – wie beispielsweise die durch die lokalen Adelsversammlungen geschlossenen Konföderationen – zurück. Dass die einstigen Traditionen des Adels in der veränderten Lage auflebten, wird am Verlauf der spontanen antipreußischen Einsätze, an denen sich oft Verwandte und Nachbarn der lokalen Anführer beteiligten, deutlich.

Auch der Mangel an politischen Alternativen veranlasste viele dazu, sich auf Napoleons Seite zu stellen. Von Preußen war ein akzeptables politisches Angebot nicht zu erwarten. Den Kaiser Russlands, Alexander I., hielt man zwar, als seine positive Einstellung gegenüber den polnischen Wünschen bekannt wurde, bereits 1805 für einen geeigneten »Erlöser« Polens und gegen Ende 1806 plante Fürst Adam Jerzy Czartoryski – Freund und Mitarbeiter des Zaren – eine großangelegte politische Aktion, um die polnische Elite auf die Seite Alexanders I. zu ziehen (→ II. B). Gekrönt werden sollte die Initiative mit der Ausrufung Alexanders I. zum polnischen König. Der russische Herrscher hatte jedoch befunden, dass der Plan zu riskant und der Wettstreit mit Napoleon um die Gunst der Polen zu schwierig sei – und zwar nicht nur im preußischen Teilungsgebiet, sondern auch in seinem eigenen Imperium.¹⁷

Dem Beginn der Friedensverhandlungen in Tilsit sahen die polnischen Eliten mit Optimismus entgegen: Sie waren davon überzeugt, Napoleon bewiesen zu haben, dass ihnen ein eigener Staat zustehe, zumal dessen wichtigste Institutionen bereits zur Zeit

¹⁷ CZUBATY, J.: *Zasada »dwóch sumień«*. Normy postępowania i granice kompromisu politycznego Polaków w sytuacjach wyboru (1795–1815) [Das Prinzip der »zwei Gewissen«. Die Verhaltensnormen und die Grenzen des politischen Kompromisses von Polen angesichts einer anstehenden Wahl (1795–1815)]. Warszawa 2005, 398–400, 416–418. Zu den Haltungen und Stimmungen der Polen im russischen Teilungsgebiet in den Jahren 1806–1807 vgl. NAWROT, D.: *Litwa i Napoleon w 1812 r.* [Litauen und Napoleon im Jahre 1812]. Katowice 2008, 19f.

der Regierungskommission ihre Tätigkeit aufgenommen hatten. In der komplexen Gemengelage der politischen Interessen, die in Tilsit zur Diskussion standen, war die Polnische Frage wichtig, wenngleich die polnischen Ambitionen nicht ausschlaggebend für das Ergebnis der Verhandlungen sein sollten. Hinsichtlich der Frage nach der Zukunft Polens musste Napoleon Vorsicht walten lassen. Zwar wollte er die Erwartungen der Polen nicht völlig enttäuschen. Gleichzeitig setzte er sich aber lieber nicht über Gebühr für die Wiederherstellung Polens ein, um sich nicht in einen weiteren Konflikt mit Österreich, Russland und Preußen zu verwickeln. Für einen Einsatz zugunsten Polens sprach allerdings Napoleons Absicht, Preußen zu schwächen und eine erneute Allianz der Teilungsmächte zu verhindern. Deshalb bot er die polnische Krone Alexander I. an. Er wusste, dass es für Alexander – sollte er akzeptieren – künftig schwieriger wäre, sich mit Preußen und Österreich zu verständigen, was ihn letztlich noch stärker an Frankreich binden würde. Alexander I. aber wollte die russische Außenpolitik in ihrem Spielraum nicht einschränken und revanchierte sich, indem er Napoleons Bruder Jérôme die polnische Krone anbot. Vom diplomatischen Spiel der beiden Herrscher profitierte überraschenderweise Friedrich August, bisher Kurfürst von Sachsen und kürzlich von Napoleon zum König ernannt.¹⁸ Als Enkel des einstigen polnischen Königs August III. entstammte er der Dynastie der Wettiner, der der erbliche polnische Königstitel schon kraft der Verfassung vom 3. Mai 1791 zugesprochen worden war. Nun wurde er zum Herrscher eines Rumpfstaates gemacht, der sich aus dem größten Teil der preußischen Gebietsgewinne aus der zweiten und dritten Teilung sowie dem südlichen Teil des von Preußen in der ersten Teilung erworbenen Gebiets zusammensetzte. Dieses sogenannte Herzogtum Warschau (*Księstwo Warszawskie*) umfasste 104 000 km², d. h. ungefähr ein Siebtel des einstigen Territoriums Polen-Litauens der Vorteilszeit, mit rund 2,6 Millionen Einwohnern.¹⁹ Ohne die Bonaparte-Dynastie unmittelbar zu verwickeln, rief der französische Kaiser eine Art östliche »Mark« seines Kaiserreichs ins Leben: einen Pufferstaat, mit dessen Hilfe er je nach Bedarf Russland, Preußen und Österreich politisch sowie militärisch in Schach halten konnte.

Unter den polnischen Eliten sorgten die Bestimmungen des Tilsiter Friedens für Enttäuschung oder gar Empörung: »So belohnt uns Napoleon also für unsere Hingabe [...],

¹⁸ Zu dessen Politik vgl. PETSCHER, D.: *Sächsische Außenpolitik unter Friedrich August I. Zwischen Rétablissement, Rheinbund und Restauration*. Köln 2000 (Dresdner historische Studien, 4); BONNEFONS, A.: *Un allié de Napoléon. Frédéric-Auguste, premier roi de Saxe et grand-duc de Varsovie, 1763–1827*. Paris 1902.

¹⁹ GROCHULSKA, B.: *Księstwo Warszawskie* [Das Herzogtum Warschau]. Warszawa 1966, 80. Nach ZAJEWSKI: *Józef Wybicki* (Anm. 13), 203 umfasste das Territorium des Herzogtums Warschau 102 747 km². Ähnliche Zahlen bei KALLAS, M.: *Organy administracji terytorialnej w Księstwie Warszawskim* [Organe der territorialen Selbstverwaltung im Herzogtum Warschau]. Toruń 1975, 13. Zur Polnischen Frage während der Verhandlungen in Tilsit vgl. LORET, M.: *Między Jeną a Tylżą* [Zwischen Jena und Tilsit]. Warszawa 1902, 67, 69f., 78–81, 89; HALICZ, E.: *Geneza Księstwa Warszawskiego* [Die Genese des Herzogtums Warschau]. Warszawa 1962, 169–171, 197.

dass sogar Polens Name von der Liste der Staaten verbannt wurde«, zitierte ein französischer Diplomat die Aussagen seiner polnischen Gesprächspartner.²⁰ Einige Monate später folgte der Enttäuschung die Einsicht, die Tilsiter Beschlüsse seien nur vorläufig. Exemplarisch stand für diese Einschätzung die Meinung Hugo Kołłątaj's, eines der hervorragendsten polnischen Politiker der Zeit des Vierjährigen Sejm und des Kościuszko-Aufstands. Kołłątaj, der als informeller Führer der einstigen »polnischen Jakobiner« (→ Bd. 2, V. G) galt, veröffentlichte 1808 eine Polemik gegen die nörglerischen Stimmen derjenigen, die sich von dem neuerrichteten Herzogtum Warschau enttäuscht zeigten, und stellte ihr das bezeichnende Motto voran: *Nil desperandum* [Lasst uns nicht verzweifeln]. Darin suchte er seine Leser zu überzeugen, dass das Herzogtum Warschau lediglich die erste Etappe auf dem Weg zur Wiedererrichtung des polnischen Staates darstelle; in der Zwischenzeit müsse man seinen kleinen, aber eigenen Staat möglichst gut organisieren, und zu diesem Zweck die Möglichkeiten nutzen, die Napoleons Schutzherrschaft und seine Gesetze eröffneten.²¹ Dies war nicht nur seine persönliche Meinung: Alle innenpolitisch bedeutenden Gruppen und Parteiungen des Herzogtums Warschau – von der liberalen Aristokratie bis zu den früheren »Jakobinern« – fanden sich, mehr oder weniger enthusiastisch, mit Napoleons Protektorat ab und waren sich der daraus resultierenden Chancen bewusst. Das napoleonische Lager schien die einzig sinnvolle Wahl für die Polen zu sein.

Die Richtigkeit dieser Entscheidung bestätigten nach Ansicht vieler die Ereignisse des österreichischen Krieges gegen Napoleon von 1809. Das Herzogtum Warschau wurde, nachdem ein Korps unter Erzherzog Ferdinand von Österreich-Este dort eingedrückt war, einer der wichtigen Kriegsschauplätze. Nach der unentschiedenen Schlacht bei Raszyn (19. April 1809), nach der das zahlenmäßig unterlegene polnische Heer Warschau verlassen hatte, leitete dessen Oberbefehlshaber Fürst Józef Poniatowski das kühne Manöver ein, hinter den feindlichen Linie in das österreichische Teilungsgebiet – das sogenannte Galizien – einzubrechen. Er eroberte weite Gebiete des Landes, vergrößerte die eigenen Truppen um die dort von seinen Landsleuten aufgestellten Regimenter, schnitt das österreichische Korps von seinem Hinterland ab und zwang es, das Herzogtum zu verlassen. Der am 14. Oktober – drei Monate nach Napoleons entscheidendem Sieg über die österreichische Hauptstreitmacht bei Wagram – geschlossene Friede von Schönbrunn berücksichtigte auch den Kriegsverlauf im Osten. Das Herzogtum Warschau, das um die Gebiete vergrößert wurde, die Österreich im Zuge der dritten

²⁰ Zu den Reaktionen auf die Ergebnisse des Friedens von Tilsit vgl. CZUBATY: *Księstwo Warszawskie* (Anm. 14), 150–152.

²¹ KOŁŁĄTAJ, H.: *Uwagi nad teraźniejszym położeniem tej części ziemi polskiej, którą od pokoju tylżyckiego zaczęto zwać Księstwem Warszawskim* [Bemerkungen über die gegenwärtige Lage jener polnischen Gebiete, die seit dem Frieden von Tilsit zum Herzogtum Warschau genannt werden]. Leipzig 1808.

Teilung gewonnen hatte (das sogenannte Westgalizien mit Lublin und Krakau), umfasste nun 155 000 km² und zählte 4,3 Millionen Einwohner.²²

Auch in der ersten Phase von Napoleons Russlandfeldzug von 1812 erschien vielen Zeitgenossen die polnische Unterstützung für Napoleon als richtig. In den Reihen der *Grande Armée* marschierten ca. 83 000 polnische Soldaten. Als weitere Regimenter auf dem von Napoleon eroberten litauischen Gebiet aufgestellt wurden, wuchs ihre Zahl auf über 100 000. Polnische Soldaten stellten somit – nach den Franzosen – das zweitstärkste nationale Kontingent der *Grande Armée*.²³ Am 28. Juni, unmittelbar nachdem die *Grande Armée* ins russische Teilungsgebiet eingezogen war, beschloss der Sejm des Herzogtums Warschau in einer außerordentlichen Sitzung die Begründung einer Generalkonföderation des Königreichs Polen und verkündete in Artikel 2, »dass das Königreich Polen wiederhergestellt und die polnische Nation aufs Neue in einem Staat vereinigt worden ist.«²⁴ Dies geschah mit Napoleons stillschweigender Billigung, doch ohne eindeutige politische Garantien seinerseits. Ähnlich wie während des Krieges von 1806–1807 wollte der Kaiser der Franzosen sich nicht durch verbindliche Erklärungen gegenüber Polen in seinem diplomatischen Spielraum einengen lassen. Wie damals räumte er ihnen jedoch einen gewissen eigenen Handlungsspielraum ein. Auf den von Napoleons Truppen eroberten Gebieten entstand somit eine mit Polen besetzte Verwaltung. Deren Leitung übernahm die provisorische Regierungskommission des Großherzogtums Litauen, die von Napoleon in Wilna berufen worden war und am 14. Juli den Beitritt Litauens zur Generalkonföderation des Königreichs Polen feierlich erklärte.²⁵

Doch das Schicksal der geplanten Wiedererrichtung Polens unter Napoleons Ägide wurde durch den Kriegsverlauf entschieden. Infolge der Niederlage der *Grande Armée* in Russland und des französischen Rückzugs nach Westen geriet das gesamte Territorium des Herzogtums Warschau, einige Festungen ausgenommen, unter russische Besatzung. Zehntausende polnische Soldaten folgten Napoleon in seinem Feldzug durch Sachsen, der in der Völkerschlacht bei Leipzig seinen Abschluss fand. Dort kam auch

²² Zum Feldzug in Galizien vgl. PAWŁOWSKI, B.: *Wojna polsko-austriacka 1809 r.* [Der polnisch-österreichische Krieg von 1809]. Warszawa 1999; Krzos, K.: *Z księciem Józefem w Galicji w 1809 r. Rząd Centralny Obojga Galicji* [Mit Fürst Józef in Galizien 1809. Die Zentralregierung Beider Galizien]. Warszawa 1967.

²³ KUKIEL, M.: *Wojna 1812* [Der Krieg von 1812]. Neuaufll. Poznań 1999, Bd. 1, 143–144, 161–163; BIELECKI, R.: *L'effort militaire polonais 1806–1815*. In: *Revue de l'Institut Napoléon* 132 (1976), 163–164. Zur Auseinandersetzung zwischen Russland und dem napoleonischen Herrschaftsbereich vgl. LIEVEN, D.: *Russland gegen Napoleon. Die Schlacht um Europa*. München 2011 [engl. Orig. London 2009].

²⁴ Akt Konfederacji Generalnej, in: *Diariusz sejmowy z roku 1812*, Nr. 2, 44–50, Zitat 48. Hier zitiert nach dem Abdruck von Nr. 1f. in KALLAS, M.: *Diariusze sejmów Księstwa Warszawskiego (rok 1812)*, in: *Teki Archiwalne* 21 (1989), 109–170, Abdruck 119–162, Zitat 149: »że Królestwo Polskie jest przywrócone i naród polski na nowo w jedno ciało połączony«.

²⁵ Zu den Ereignissen von 1812 in Litauen vgl. NAWROT: *Litwa* (Anm. 17).

der polnische Oberbefehlshaber Fürst Józef Poniatowski ums Leben. Die auf einige Tausend dezimierten polnischen Truppen folgten Napoleon nach Frankreich, um als seine letzten Verbündeten am Feldzug von 1814 teilzunehmen.²⁶ Nach der Abdankung des Kaisers der Franzosen wurden sie von ihm in Ehren aus dem Dienst entlassen und kamen unter das Kommando des Großfürsten Konstantin, des Bruders des russischen Kaisers Alexander I. Indem Alexander die verbliebenen Teile der polnischen Armee in seine Obhut nahm, verfolgte er einen neuen politischen Plan: Angesichts von Napoleons Niederlage lotete er seit 1813 die Möglichkeit aus, dessen Rolle in der Polnischen Frage zu übernehmen und als Verteidiger polnischer Interessen aufzutreten. Letzten Endes wurde sein Plan auf dem Wiener Kongress mit dem Beschluss umgesetzt, das Königreich Polen wieder zu begründen und ihm als König zu unterstellen (→ II. D).

Formell bestand das Herzogtum Warschau insgesamt kaum acht Jahre. Seine – wenn man die Realität in Napoleons Protektorat mitbedenkt nur relative – politische Autonomie dauerte nicht einmal sechs Jahre, bis ihr die russische Besetzung 1813 ein Ende setzte. Deswegen kann man es für eines der vielen ephemeren politischen Gebilde halten, die in der turbulenten Zeit der Koalitionskriege gegen Napoleon auf dem Kontinent auftauchten. Hinsichtlich der Machtverhältnisse in diesem Teil Europas sowie der nationalen Empfindungen und Bestrebungen war es jedoch von ungleich größerer Bedeutung. Als Adam Jerzy Czartoryski Alexander I. die Wirkung jenes kleinen Staates auf die Gemüter seiner Landsleute erklärte, bezog er sich auf die Welt der Emotionen: »Wie ein Gespenst des einstigen Polen zieht uns das Herzogtum Warschau in seinen unsagbaren Bann; es ist, als ob wir nach dem Verlust eines geliebten Menschen nun seinen Schatten vor uns hätten, der uns die baldige Auferstehung verkündet...«.²⁷ Obgleich die Polnische Frage für Napoleon nicht im Vordergrund seiner Politik stand, tat er einiges, damit die Polen sich ihren Traum vom eigenen Staat erfüllen konnten. Das dank seiner Siegeszüge errichtete Herzogtum Warschau umfasste zwar lediglich einen kleinen Teil des einstigen Polen-Litauens, bildete aber eine Drehscheibe für politische und militärische Handlungen, die Polens Wiedererrichtung zum Ziel hatten. Mit dem Auftauchen des Herzogtums Warschau auf der europäischen Landkarte kehrte auch die Frage nach der Wiederherstellung des polnischen Staates auf die politische Agenda zurück, die seit 1795 anscheinend das politische Vorstellungsvermögen der europäischen Eliten überstiegen hatte. Ab Herbst 1806 galt sie erneut als eines der möglichen Szenarien und wurde zu einem der Spielelemente im Kräftemessen der europäischen Mächte. Auf eine weitere politische Chance der Art, wie sie Napoleon ermöglicht hatte,

²⁶ Vgl. CZUBATY: *Księstwo Warszawskie* (Anm. 14), 502–542; ŁUKASIEWICZ, M.: *Armia księcia Józefa 1813* [Die Armee von Fürst Józef 1813]. Warszawa 1986.

²⁷ Zit. nach SMOLKA, S.: *Polityka Lubeckiego przed powstaniem listopadowym* [Lubeckis Politik vor dem Novemberraufstand]. Bd. 2. Warszawa 1984, 71: »Jak widmo dawnej Polski, Księstwo Warszawskie wywiera niewypowiedziany urok; jakby po stracie drogiej osoby cień jej stanął przed nami i zapowiadał rychłe zmartwychwstanie...«.

mussten die Polen bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts warten. Unter anderem darin lag die Tragik der politischen Geschichte Polens im 19. Jahrhundert.

In dieser Bilanz des Herzogtums Warschau sollte die übernationale Perspektive nicht fehlen, da der Staat im europäischen Projekt Napoleons eine nicht unbedeutende Rolle spielte. Das System, das der Kaiser der Franzosen schuf und das eher unpräzise als das »große Kaiserreich« bezeichnet wird, bestand aus mehreren Einflussphären. Sein Mittelpunkt war Frankreich, dessen Grenzen sich im Laufe der Zeit verschoben und unter anderem die Niederlande sowie italienische und deutsche Grenzgebiete umfassten. Eine weitere Einflussphäre bildeten das Königreich Italien, dessen Staatsoberhaupt Napoleon war, sowie zahlreiche Staatsgebilde von kürzerer oder längerer Dauer, die Angehörige der Bonaparte-Familie führten. Zu der nächsten Einflussphäre gehörten Staaten, die zu Napoleon als ihrem Beschützer, Gesetzgeber und bisweilen Urheber in einem besonderen Abhängigkeitsverhältnis standen. Die französische Vormachtstellung in Europa war nicht nur als militärische Vorherrschaft gedacht, sondern fußte auch auf der Einführung von an Frankreich orientierten Rechtsordnungen in den untergeordneten Staaten. Wegweisend waren die Grundsätze des Zivilrechts, die sich von den Errungenschaften der Französischen Revolution ableiteten und im *Code Napoléon* verschriftlicht wurden. Im Politischen basierte Napoleons Europa auf einer starken Exekutive, die der Legislative übergeordnet war. Durch die starke Stellung der Regierungen gegenüber den Parlamenten und anderen Vertretungskörperschaften sollte die politisch-soziale Ordnung stabilisiert werden.²⁸

In dieses System war auch das Herzogtum Warschau eingebettet: vom französischen Kaiser errichtet und ihm in politischer, militärischer, teilweise auch wirtschaftlicher Hinsicht untergeordnet.²⁹ Durch seine anderen Satellitenstaaten ähnliche Verfassung fügte sich das Herzogtum Warschau in den napoleonischen Plan einer politischen Neuordnung des Kontinents ein und wurde zu einer Komponente des neuen universalistischen Systems, das von Frankreich aus konstruiert wurde.

²⁸ Zu den geschichtswissenschaftlichen Diskussionen über das Organisationsprinzip des napoleonischen Imperiums vgl. ELLIS, G.: *The Napoleonic Empire*. London 2003, 93 f.; WOOLF, S.: *Napoleon's Integration of Europe*. London 1991. Vgl. auch die Artikel von G. ELLIS, P. G. DWYER, Ch. ESDAILE, M. BROERSAI und A. GRAB in: DWYER, P. G. (Hg.): *Napoleon and Europe*. Teil 2: *The Nature of the Empire*. Harlow 2001 sowie SOBOCIŃSKI, W.: *Prawo francuskie w Niemczech a w Polsce (nowe opracowania niemieckie recepcji i refleksje porównawcze)* [Französisches Recht in Deutschland und in Polen. Neue deutsche Forschungen zur Rezeption und komparative Reflexionen]. In: *Annales Universitatis Mariae Curie-Skłodowska*, sectio F, 37.9 (1982), 157–188.

²⁹ Zur Lage des Herzogtums Warschau im System des französischen Kaiserreichs vgl. SOBOCIŃSKI, W.: *Księstwo Warszawskie a Cesarstwo Francuskie (Zależność faktyczna i prawno-międzynarodowa. Rezultaty przeobrażeń wewnętrznych)* [Das Herzogtum Warschau und das Französische Kaiserreich. Das faktische und völkerrechtliche Abhängigkeitsverhältnis. Die Ergebnisse der innenpolitischen Transformation]. In: *Przegląd Historyczny* 56 (1965), 46–67, hier 55–57.

Außer einer Handvoll von ehemaligen »polnischen Jakobinern«, die dem französischen Vorbild nacheifern wollten, war ein Großteil der polnischen politischen Elite 1807 der Ansicht, dass das Staatssystem auf der Verfassung vom 3. Mai 1791 (→ Bd. 2, V.F) basieren sollte. Der Horizont ihrer politischen Vorstellungen umfasste die erbliche Thronfolge sowie die Oberhoheit des Königs über der Exekutive – letzteres jedoch mehr im Sinne der britischen Monarchie. In diesem Verfassungssystem hatten die vom Herrscher berufenen Minister ihre Entscheidungen vor dem Sejm zu verantworten; dieser konnte die Minister auch zur Rechenschaft ziehen sowie den König per Mehrheitsbeschluss zwingen, sie abzurufen. Die Mai-Verfassung hatte außerdem für Vertreter des begüterten Bürgertums in den königlichen Städten den Zugang zum Sejm eröffnet; ihre Zahl war jedoch begrenzt und sie durften nur in Angelegenheiten mitbestimmen, welche die Städte betrafen. Als Kern der Nation galt laut Verfassung der Grundbesitzende Adel, der auch hauptsächlich durch den Sejm vertreten werden sollte. Einen entsprechend gestalteten Verfassungsentwurf suchte die Regierungskommission Napoleon vorzulegen.

Die Verfassung, die der Kaiser im Herzogtum Warschau am 22. Juli 1807 in Kraft setzte,³⁰ führte eine Rechtsordnung ein, die im Widerspruch zur Adelsdemokratie und zum starken Sejm als deren Grundlage stand. Die Thronfolge sollte in der Dynastie der Wettiner erblich sein. Friedrich August als Herzog von Warschau hatte die volle Exekutive inne und verfügte über das Recht, ausschließlich ihm gegenüber rechenschaftspflichtige Minister sowie fast alle anderen Beamten zu berufen – unter anderem auch die Präfekten der Departements, die Unterpräfekten der Kreise sowie die Präsidenten der größeren Städte. Als Oberbefehlshaber der Armee ernannte er ebenfalls die Offiziere. Die Gesetzesinitiative stand ihm allein zu, genauso wie das Recht, verfassungsergänzende Dekrete zu jenen Sachverhalten zu erlassen, deren Regelung nicht zu den Befugnissen des Sejms gehörte. Im Bereich der Exekutive war die Abkehr von der polnischen Kollegialitätstradition zu Gunsten des napoleonischen Zentralismus, individuellen Führungsstils und der persönlichen Verantwortung für das bekleidete Amt auffallend.

³⁰ Druck der Verfassung auf Polnisch und Französisch in: *Dziennik Praw Księstwa Warszawskiego I* [Gesetzblatt des Herzogtums Warschau] (1810), I–XLVII. Deutsche Übersetzung in: *Gesetzsammlung des vormaligen Herzogtums Warschau*, aus dem Polnischen übersetzt von S. G. LAUBE. Bd. 1. Posen 1816, 1–21. Zur Analyse der Verfassung und der Gesetzgebung des Herzogtums Warschau vgl. KALLAS, M.: *Konstytucja Księstwa Warszawskiego, jej powstanie, systematyka i główne instytucje w związku z normami szczegółowymi i praktyką* [Die Verfassung des Herzogtums Warschau: Entstehung, Systematik und wichtigste Institutionen in Bezug auf die einzelnen Vorschriften und die Praxis]. Toruń 1970; SOBOCIŃSKI, W.: *Historia ustroju i prawa Księstwa Warszawskiego* [Die Verfassungs- und Rechtsgeschichte des Herzogtums Warschau]. Toruń 1964 (Roczniki Towarzystwa Naukowego w Toruniu, 70,1); SÓJKA-ZIELIŃSKA, K.: *Kodeks Napoleona. Historia i współczesność* [Code Napoléon. Geschichte und Gegenwart]. Warszawa 2008.

Durch die Stärkung der Exekutive wies die Verfassung dem Zweikammerparlament eine zweitrangige Rolle im Staat zu. Die in Kreis- und Gemeindeversammlungen gewählte Abgeordnetenversammlung (*Izba Poselska*) bestand zu 60 Prozent aus Vertretern des grundbesitzenden Adels, die den traditionsreichen Titel »Abgeordnete« (*posłowie*) führen durften; die übrigen 40 Prozent machten – und das war eine bedeutende Neuerung – die sogenannten »Deputierten« (*deputowani*) aus, die in den Gemeindeversammlungen gewählt wurden und vor allem die nichtadligen Wähler repräsentierten. Das aktive Wahlrecht wurde all denjenigen eingeräumt, die dem Vermögenszensus genügten, gebildet waren bzw. sich um den Staat verdient gemacht hatten, wie Soldaten, Offiziere, Künstler oder die »für ihr Talent, Wissen, Engagement im Handel oder in den Künsten« bekannt waren.

Im Vergleich zur Verfassung vom 3. Mai wurden die Befugnisse des Parlaments beträchtlich eingeschränkt: Die Gesetzesinitiative stand ihm nicht zu und die Freiheit in der Gestaltung seiner Sitzungen wurde erheblich begrenzt. In seine Kompetenz fielen nur die Gesetze hinsichtlich des Münzwesens, des Zivil- und Strafrechts sowie der Haushaltseinnahmen. Doch selbst in diesen Fragen durfte der Sejm nicht selbständig entscheiden, sondern lediglich über die Gesetzesentwürfe beraten, die durch die Gesetzesinitiative des Herrschers bei der Abgeordnetenversammlung eingegangen waren. Auch der Haushalt war nicht der Zustimmung des Parlaments unterworfen. Die Beratungen sollten ferner einen anderen Ablauf als in der alten *Rzeczpospolita* haben. Nach Napoleons Ansicht war es nötig, die für Polen angeblich typische Neigung zur »Anarchie« zu mäßigen; und da er außerdem eine Vorliebe für schnelles Handeln hatte, ließ er den Raum für Diskussionen im Sejm auf ein Minimum reduzieren. Im Herzogtum Warschau hatte die Exekutive also einen deutlichen Vorrang vor dem Parlament. Der französische Protektor beabsichtigte, mit Hilfe dieser Kräfteverhältnisse ein stabiles Regierungssystem zu etablieren und die Arbeit des Sejms zu optimieren. Auch verringerte sich so die Wahrscheinlichkeit, dass sich im Sejm eine Opposition gegen die Regierung herausbilden würde. Aus denselben Gründen wurde die politische Bedeutung der lokalen adligen Selbstverwaltung, d. h. der Kreisversammlungen verringert, die in der alten polnischen Republik als Hochburg der »staatsbürgerlichen Freiheit« gegolten hatten. Im Herzogtum Warschau oblag es ihnen nun nur noch, Abgeordnete für das Parlament, Kandidaten für einige lokale Ämter sowie die Mitglieder der über Beratungsfunktionen verfügenden Kreis- und Departementsräte zu wählen.

Ähnlich umfassenden Änderungen unterlagen weitere Bereiche. Die Mai-Verfassung hatte die Bauern zwar »in die Obhut der Regierung« gestellt, die Leibeigenschaft aber bestehen lassen. Die napoleonische Verfassung hob diese auf und stattete die Bauern mit persönlicher Freiheit und voller rechtlicher Selbstständigkeit aus. Teilweise wurden im neuen Staat die Errungenschaften der französischen Revolution umgesetzt: So galt beispielsweise die »Gleichheit vor Gesetz und Gericht«. Die Gerichte wurden für alle Bevölkerungsgruppen vereinheitlicht und im Gegensatz zum vorangegangenen

Zeitalter nicht mehr nach Ständen unterteilt. Weitere Menschen- und Bürgerrechte wurden in der Verfassung nicht erwähnt. Einige davon, wie beispielsweise die Unantastbarkeit des Privateigentums, ergaben sich aus dem *Code Napoléon*, der laut Verfassung zivilrechtliche Fragen im Herzogtum Warschau regelte. Viele andere Rechte, wie zum Beispiel Meinungs-, Druck- oder Versammlungsfreiheit, wurden durch Verwaltungsmaßnahmen weitgehend eingeschränkt.

Beinahe vollständig fehlten in der durch Napoleon oktroyierten Verfassung direkte Bezüge auf die Tradition der polnischen Staatlichkeit. Immerhin wurde auf Institutionen der Vorteilungszeit sowie auf politische Bräuche rekurriert. Zu nennen wären die Wiederherstellung der Zivil- und Militärorden (etwa der Orden des Heiligen Stanislaus, der Weiße-Adler-Orden oder der Orden *Virtuti Militari*) – Orden, wie sie »im einstigen Polen« existiert hatten; ferner die Zusammensetzung der ersten Kammer des Parlaments, des Senats (dem wie früher Bischöfe, Wojewoden und Kastellane angehören sollten), oder das Prinzip der direkten Abgeordnetenwahl für den Sejm. Gemäß der polnischen Tradition wurde die besondere Rolle des Adels im politischen Geschehen betont: Deswegen blieben die Kreisversammlungen als separate Wahlversammlungen für die Abgeordneten des Adels bestehen. An den Abstimmungen beteiligen durften sich – wie schon gemäß der Verfassung vom 3. Mai 1791 – ausschließlich Güter besitzende Adlige und deren Söhne sowie adlige Gutspächter. Gegenüber den die übrigen Wähler vertretenden Deputierten hatten die von den adligen Kreisversammlungen gewählten Abgeordneten eine gesetzlich garantierte Mehrheit. Darüber hinaus wurden aber häufig auch adlige Kandidaten zu Deputierten gewählt: der Anteil der nichtadligen Sejm-Angehörigen lag im Jahre 1809 bei 21 Prozent und lediglich bei 17 Prozent im Jahre 1811.³¹

Anderen napoleonischen Protektoraten glich das Herzogtum Warschau nicht nur in Bezug auf das in der Verfassung festgelegte politische System, sondern auch hinsichtlich der Bemühungen der Regierung, auf die Gesellschaft einzuwirken. Kennzeichnend dafür war beispielsweise die intensive Propaganda, die in einen amtlichen (von Polen im Vergleich zu anderen Nationen weit häufiger auch spontan mitgetragenen) Kult Napoleons ausartete. Die bisherige polnische Forschung legt aber die These nahe, dass sich das Herzogtum hinsichtlich seiner innenpolitischen Verhältnisse von den anderen Protektoraten abhob: Verglichen mit diesen war der politische Handlungsspielraum relativ groß. Das gilt sowohl für die in der Verfassung verankerten Handlungsmöglichkeiten als auch für gesetzlich nicht geregelte Bereiche. Offenbar konnte man sich im Herzogtum Warschau kritischer gegenüber der Regierung äußern und freier über Fragen von Recht und Verfassung diskutieren als in anderen Staaten in Napoleons Einflussbereich. Vielerorts galten Verhaltensweisen, die im Herzogtum regelmäßig zu beobachten waren, bereits als gefährliche Anzeichen vom Widerstand – etwa wenn das

³¹ SOBOCIŃSKI: *Historia ustroju* (Anm. 30), 120.

Parlament einen von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf ablehnte, wenn nach der regulären noch eine inoffizielle Sitzung stattfand oder wenn die Abgeordneten eine rechtlich gesehen unzulässige Adresse an den Herrscher richteten. Diese größere Freiheit des öffentlichen politischen Lebens erwuchs aus den Mustern staatsbürgerlichen Handelns, die fest in der Mentalität des polnischen Adels verankert waren. Das Bedürfnis, sich aktiv am lokalen sowie nationalen politischen Geschehen zu beteiligen, stieß auf Verständnis und auf Akzeptanz in Regierungskreisen.

Auch Friedrich August begegnete den vorsichtigen Versuchen, den Spielraum für politische Aktivitäten zu erweitern, nicht vehement ablehnend: Seine Position im Staat war in der Tat schwächer als es die Verfassung vorsah, da er beinahe durchweg außerhalb des Landes weilte. Es ist zu vermuten, dass der französische Kaiser, ein pragmatisch denkender und intelligenter Politiker, sich der Divergenz zwischen dem im Herzogtum eingeführten Staatssystem und der polnischen politischen Tradition bewusst war. Durch die grenznahe Lage des Herzogtums wäre es Napoleon auch schwer gefallen, die Lage im Land ohne Mitwirkung der lokalen politischen Elite zu kontrollieren; daher musste seine Politik zumindest bis zu einem gewissen Maße die lokale Tradition berücksichtigen.

Der notwendige Unterhalt einer für die polnischen Verhältnisse und Möglichkeiten großen Armee, die exorbitanten Kosten des Festungsausbaus, schließlich der Einsatz der Truppen des Herzogtums in Napoleons ausländischen Kampfeinsätzen bewegten die Gemüter zu jener Zeit wie auch in den nachfolgenden Generationen. Mit Streitkräften, die innerhalb von fünf Jahren von 30 000 auf beinahe 80 000 Soldaten gewachsen waren, trat das Herzogtum unter Napoleons Satellitenstaaten stark hervor. 1812 war sein Heer den Armeen der größten Staaten des Rheinbunds, die jeweils zwischen 20 000 und 40 000 Soldaten aufbieten konnten, zahlenmäßig überlegen. Über eine kaum größere Streitmacht verfügte damals das Königreich Italien mit etwas über 80 000 Mann.³² Zur Bilanz der Epoche gehören des Weiteren die finanzielle Belastung des Staates und seiner Bürger sowie die Verluste an Menschenleben. Zu ihnen zählten nicht nur die Tausenden Gefallenen, Verletzten und die ab 1812 dauerhaft zur russischen Armee eingezogenen Kriegsgefangenen, sondern auch, die selten erwähnten Opfer von Hunger und Krankheiten, die sich infolge der Kriegshandlungen in weiten Teilen des Herzogtums ausgebreitet hatten.

³² GILL, J. H.: *Armies of the Confederation of the Rhine*. In: FREMONT-BARNES, G. (Hg.): *Armies of the Napoleonic Wars*. Barnsley 2011, 150–187, hier 154 f.; SCHNEID, F. C.: *The Army of the Kingdom of Italy*. In: ebd., 244–253, hier 247. PAVKOVIĆ, M. F.: *Recruitment and Conscription in the Kingdom of Westphalia: »The Palladium of Westphalian Freedom.«* In: STOKER, D. J./SCHNEID, F. C./BLANTON, H. D. (Hg.): *Conscription in the Napoleonic Era: A Revolution in Military Affairs?* London 2009, 135–148, hier 145.

Die Kampfeinsätze des polnischen Heers unter Napoleon wurden zum nationalen Mythos.³³ Die Bedeutung des Herzogtums Warschau in der polnischen Geschichte geht jedoch über eine Episode, die dramatische und zugleich prächtige Schlachtenbilder hervorbrachte, hinaus. Barbara Grochulska bezeichnete jene Zeit als eine »kleine große Epoche«, genauer: eine Zeit, in der die »schöpferische Energie eines Phänomens« zum Vorschein kam, »das die Gegenwart verändern und Weichen für die Zukunft stellen sollte«.³⁴

Die Wirkung jener Energie lässt sich vielfach nachverfolgen. Innenpolitisch sorgte das aktive Wahlrecht, das nun an zusätzliche Faktoren wie Vermögen, Bildung und Verdienste gebunden war, dafür, dass breitere Kreise aktiv am politischen Leben des Landes teilhaben konnten. Da Deputierte und Abgeordnete, obschon sie in separaten Versammlungen gewählt wurden, in der Abgeordnetenversammlung in ihren Rechten gleichgestellt waren, erlangten die nichtadligen Repräsentanten zum ersten Mal in der Geschichte den Status vollständig gleichberechtigter Parlamentsmitglieder. Auch wenn die politische Aktivität der Bürger und Bauern damals noch gering blieb, war dieser Umstand von höchster Wichtigkeit für die Demokratisierungs- und Emanzipationsprozesse innerhalb der einzelnen sozialen Gruppen.

In der Innenpolitik dominierten weiterhin diejenigen Adligen und Aristokraten, die zwar das napoleonische Staatsmodell und zum Teil auch das rechtliche und politische Erbe der französischen Revolution akzeptierten, jedoch darauf bestanden, dass diese an die polnischen sozialen Verhältnisse angepasst werden müssten. Diese Gruppe billigte zwar eine Modifizierung der vorhandenen sozialen Verhältnisse, aber sie versuchte deren Umfang einzugrenzen und abzubremsen. Diese politische Einstellung kam beispielhaft in der Initiative zum Ausdruck, die Verfassungsbestimmungen in der Bauernfrage zu präzisieren, mündend im sogenannten Dezembererlass Friedrich Augusts vom 21. Dezember 1807.³⁵ Der Erlass bestätigte den Bauern zwar das durch die Verfassung erworbene Recht, ihr Dorf zu verlassen, und garantierte ihnen landesweit Freizügigkeit; gleichzeitig legte er aber fest, dass das von ihnen bewirtschaftete Ackerland, das zugehörige lebende Inventar, alle Gebäude und die Aussaat das alleinige Eigentum des Grundherren blieben.

Auch die Abschaffung der Gerichtshoheit und Polizeigewalt der Gutsherren infolge der Verwaltungs- und Justizreform wurden so gestaltet, dass sie die Position der adeligen Gutsherren nicht schwächten, sondern im Gegenteil sogar noch stärkten. Das in der dörflichen Verwaltung geschaffene Amt des Wojts (*wójt*) wurde ehrenamtlich ausgeübt

³³ Vgl. z. B. KUKIEL, M.: *Dzieje oręża polskiego w epoce napoleońskiej* [Die Geschichte der polnischen Streitkräfte im der Napoleonischen Epoche]. Poznań 1912; ZAHORSKI, A.: *Z dziejów legendy napoleońskiej w Polsce* [Zur der Geschichte der Napoleon-Legende in Polen]. Warszawa 1971.

³⁴ GROCHULSKA, B.: *Mała wielka epoka* [Eine kleine große Epoche]. In: *Mówią Wieki, Sonderausgabe: Księstwo Warszawskie w 200-lecie utworzenia* [Das Herzogtum Warschau 200 Jahre nach seiner Gründung] (2007), 6–15, Zitat 6: »twórcza energia zjawiska, które jest w stanie zmienić teraźniejszość i wytyczyć drogi przyszłości«.

³⁵ *Dziennik Praw* (Anm. 30) 1 (1810), 10–12.

und in der Regel von den Gutsherren selbst oder von ihnen ernannten Personen bekleidet. Die territoriale Zuständigkeit entsprach dabei der Größe des jeweiligen Landguts und der dazugehörigen Dörfer. Die meisten kleineren Rechtsfragen wurden nicht von staatlichen Gerichten, sondern von ehrenamtlichen Friedensrichtern entschieden, die von den Kreisversammlungen des Adels gewählt wurden.

Dank des Friedensvertrags von Tilsit erhielten viele verschuldete adlige Gutsbesitzer im Herzogtum Warschau anfänglich zumindest indirekt finanzielle Unterstützung. Gemäß den Tilsiter Beschlüssen wurde Preußen nämlich dazu verpflichtet, die Kredite an Einwohner der abgetretenen Gebiete als Teil der zu leistenden Kontributionen auf Napoleon zu übertragen. Dieser verkaufte sie im Rahmen der sogenannten Bayonner Konvention vom 10. Mai 1808 wiederum an das Herzogtum Warschau, für den Gegenwert von 20 Millionen Francs. So wurde das Herzogtum zum Gläubiger vieler verschuldeter Gutsbesitzer. Der Staat war jedoch nicht im Stande, eine regelmäßige Zins- und Tilgungszahlung von alten preußischen Schulden durchzusetzen. Anfangs profitierten die adligen Schuldner davon. Doch Preußen fand sich nie wirklich damit ab, dass Forderungen von privaten und anderen nicht staatlichen Gläubigern zum Teil der Kontributionen erklärt worden waren. Darum wurden die Schuldner nach 1815 durch die aufgelaufenen Zinsen zusätzlich belastet.³⁶ Die Bezeichnung »Bayonner Summen« (*sumy bajońskie*) ging in die polnische Sprache als Synonym für unvorstellbar hohe Geldbeträge ein, deren Erlangung nicht realistisch ist.

Auch in der Städtepolitik standen die Ausführungsbestimmungen nicht selten im Widerspruch zu den von der Verfassung oder in der Rechtsordnung festgeschriebenen Normen. Die städtischen Wirtschaftsordnungen basierten nämlich weiterhin auf den alten Privilegien. Nur in größeren Städten wurden die Mitglieder der Stadtverwaltung nun von lokalen Versammlungen gewählt. Überall hatten gewählte Gebietskörperschaften nur einen geringen Einfluss auf die Entscheidungen der Bürgermeister in kleineren bzw. der sogenannten Präsidenten in größeren Städten. Die jüdische Bevölkerung wurde 1808 für zehn Jahre ihrer politischen Rechte gänzlich beraubt.³⁷

³⁶ SOBOCIŃSKI: *Historia ustroju*. (Anm. 30), 149 f. Vgl. EISENBACH/RZEPNIEWSKA: *Zadłużenie* (Anm. 7).

³⁷ SOBOCIŃSKI: *Historia ustroju* (Anm. 30), 81–98, 138–141. Die Forschungsliteratur zur Lage der Städte im Herzogtum Warschau ist äußerst spärlich. Einige Bezüge auf den Zeitraum 1807–1815 findet man im Artikel von KACZYŃSKA, E.: *Mieszczanństwo* [Das Bürgertum]. In: KULA, W./LESKIEWICZOWA, J. (Hg.): *Przemiany społeczne w Królestwie Polskim 1815–1864* [Der soziale Wandel im Königreich Polen 1815–1864]. Wrocław 1979, 83–106. Auch die Forschungen zur jüdischen Frage bilden weitgehend noch ein Desiderat, vgl. EISENBACH, A.: *Prawa obywatelskie i honorowe Żydów (1790–1861)* [Die Bürger- und Ehrenrechte der Juden (1790–1861)]. In: KULA, W. (Hg.): *Spółeczeństwo Królestwa Polskiego* [Die Gesellschaft des Königreichs Polen]. Bd. 1. Warszawa 1965, 237–300, zum Herzogtum Warschau 244–253; DERS: *Emancypacja Żydów na ziemiach polskich 1785–1870 na tle europejskim* [Die Emanzipation der Juden in den polnischen Gebieten 1785–1870 im europäischen Vergleich]. Warszawa 1989 [engl. Übersetzung: *The Emancipation of the Jews in Poland 1780–1870*. Oxford 1991], 141–163.

Das rechtlich-politische System Napoleons beschleunigte allerdings den Wandel sozialer Strukturen im Herzogtum. Es ging, wie der Historiker Jerzy Skowronek zusammenfasst, der »sozialpolitischen Wirklichkeit« voraus und beförderte deren weitere Veränderung.³⁸ Die in der Verfassung verankerten Grundsätze der Gleichheit vor dem Gesetz und der persönlichen Freiheit hatten weitreichende Folgen in individueller und gesellschaftlicher Hinsicht. Nach der Aufhebung der Leibeigenschaft nutzten die Bauern die ihnen zugestandene Freizügigkeit und wanderten auf der Suche nach besseren Lebensumständen ab. Dies brachte die bisherigen starren sozialen Strukturen in Bewegung. Danuta Rzepniewska konstatiert in einer einschlägigen Untersuchung: Je mehr die soziale Mobilität in den folgenden Jahrzehnten zunahm, desto »durchmischter wurde die Bevölkerung in Hinblick auf ihre soziale und territoriale Herkunft«, wodurch auch neue soziale Bindungen entstanden.³⁹ Langfristig wurde dadurch eine Basis für die Urbanisierungs- und Industrialisierungsprozesse gelegt, die in den folgenden Jahren in einem Teil dieser polnischen Gebiete an Dynamik gewannen (→ III. B). Anzu-merken ist, dass in Preußen nach der Kriegsniederlage von 1807 infolge der Reformen von Heinrich Friedrich Karl vom und zum Stein sowie Karl August von Hardenberg ein ähnlicher Wandel einsetzte, der sich allerdings in einem anderen politischen Rahmen vollzog.

Den sozialen Wandel im Herzogtum Warschau prägte ferner die herrschende Wirtschaftslage: Kriegsschäden, hohe Steuern und Unterhaltsleistungen für das Militär sowie der Rückgang der Getreideausfuhren infolge der rigorosen Kontinentalsperre Napoleons waren dabei nur Teilaspekte. Denn von Vorteil war zugleich, dass sich im Zusammenhang mit dem daraus folgenden Getreideüberschuss neue Formen landwirtschaftlicher Produktion ausbreiteten. Die Absatzschwierigkeiten veranlassten etliche Grundbesitzer zu intensiverem Wirtschaften. Unter den veränderten Bedingungen wechselte der Grundbesitz öfter den Inhaber durch Versteigerungen bzw. Aufkäufe von verschuldeten Landgütern. Parallel dazu änderte sich auch die soziale Zusammensetzung der Schicht der Grundbesitzer, unter denen neben Adligen zunehmend auch wohlhabendere Vertreter des Bürgertums auftauchten. Die meisten von ihnen entstammten der Finanz- und Handelselite, die sich damals schrittweise in den Städten herausbildete und durch Gewinne aus Lieferungen an die Armee sowie aus der Steuer- oder der Monopolverpachtung u. ä. an Bedeutung gewann.⁴⁰ Das damals akkumulierte

³⁸ SKOWRONEK, J.: *Sprawa polska* [Die Polnische Frage]. In: SENKOWSKA-GLUCK, M. (Hg.): *Europa i świat w epoce napoleońskiej* [Europa und die Welt in der Napoleonischen Epoche]. Warszawa 1977, 338–404, hier 391.

³⁹ RZEPNIEWSKA, D.: *Migracje* [Migrationen]. In: KULA/LESKIEWICZOWA (Hg.): *Przemiany* (Anm. 37), 141–171, hier 170 f.

⁴⁰ Zu dieser Frage vgl. z. B. GROCHULSKA, B.: *Handel zagraniczny Księstwa Warszawskiego. Z badań nad strukturą gospodarczą* [Der Außenhandel des Herzogtums Warschau. Forschungen zur Wirtschaftsstruktur]. Warszawa 1967; DIES.: *Kontrowersyjne problemy blokady* [Die Kontroverse um die

Kapital, aber auch die fortschreitende Vernetzung und die gesammelten Erfahrungen spielten eine wichtige Rolle bei den Anfängen der Industrialisierung, die sich in den folgenden Jahrzehnten im Königreich Polen vollzog. Ihren Ursprung hatten die Vermögen von etlichen Industriellen- und Bankiersfamilien des 19. Jahrhunderts in den Karrieren von Unternehmern, die das im Herzogtum Warschau angehäuften Kapital in die Industrieproduktion bzw. in Finanz- oder andere einträgliche Geschäfte investierten.

Im gesellschaftlichen Spektrum des Herzogtums traten zudem neue oder bisher nicht sehr zahlreich vertretene Berufsgruppen in Erscheinung wie beispielsweise Angestellte, aus denen sich die Schicht der *Inteligencja* entwickelte (→ III. G). Um die Verbesserung der Ausbildung bemühte sich die 1807 gegründete Kammer für öffentliche Erziehung (*Izba Edukacji Publicznej*, ab 1812 *Dyrekcja Edukacji Narodowej* [Direktion der Nationalerziehung]), die das Elementar- und Mittelschulwesens ausbaute sowie für die Gründung der Warschauer Hochschulen für Rechtswissenschaften (1808), für Medizin (1809) und Verwaltungswesen (1811) sorgte.⁴¹ Die sozialen und beruflichen Verhältnisse wandelten sich auch im Militär. Für den regulären Aufstieg in den Offiziersrang waren in immer höherem Maße Dienstzeit, Ausbildungsstand, Verdienste und Kompetenzen von Bedeutung. Steile Karrieren wurden dennoch weiterhin vor allem Offizieren aus wohlhabenden und gut vernetzten Familien zuteil. Aber auch Kleinadlige und Bürgerliche stiegen nun vermehrt in höhere Ränge auf und bildeten somit das Fundament des Offizierskorps. Der Militärdienst war für sie nicht mehr ausschließlich eine patriotische Pflicht, die sich aus dem traditionellen adligen Konzept eines Staatsbürgers herleitete, sondern auch ihre Haupterwerbsquelle. In diesem Sinne begann mit dem Herzogtum Warschau das Zeitalter einer modernen Gesellschaft: Für die Stellung in der sozialen Hierarchie waren von nun an – neben dem unentbehrlichen Quäntchen Glück – nicht allein die Herkunft, sondern auch Vermögen, Begabungen, Ausbildung und Verdienste ausschlaggebend. Diesem sozialen Wandel lag der *Code Napoléon* zu Grunde, der den Untergang seines Urhebers überdauerte und über ein Jahrhundert lang in Teilen des polnischen Territoriums die grundlegende Komponente des geltenden Rechtssystems blieb.

Der soziale Wandel im Herzogtum Warschau wurde durch ein modernes Staatssystem ermöglicht. Dessen Wirksamkeit baute auf einem engmaschigen Verwaltungsapparat auf, der nicht nur verwalten, sondern auch die staatlichen Bedürfnisse erkennen, die wirtschaftliche Entwicklung stimulieren und den zivilisatorischen Fortschritt vorantreiben sollte. Zumindest theoretisch konnten die Grundsätze der Personalrekrutierung für

Kontinentalsperre]. In: GROCHULSKA, B./LEŚNODORSKI, B./ZAHORSKI, A. (Hg.): Wiek XIX. Prace ofiarowane Stefanowi Kieniewiczowi w 60. rocznicę urodzin [Das 19. Jahrhundert. Schriften für Stefan Kieniewicz zum 60. Geburtstag]. Warszawa 1967, 97–108.

⁴¹ SOBOCŃSKI: *Historia prawo* (Anm. 30), 167–178; GROCHULSKA, B.: *Lata 1807–1815* [Die Jahre 1807–1815]. In: KIENIEWICZ, S. (Hg.): *Dzieje Uniwersytetu Warszawskiego 1807–1915* [Geschichte der Warschauer Universität]. Kraków 1981, 9–59.

die Verwaltung dazu beitragen, die standesbedingten Barrieren zu durchbrechen. Aufbauend auf dem napoleonischen Vorbild, orientierte man sich bei der Besetzung von Stellen an der Loyalität gegenüber dem Kaiser wie auch an den Kompetenzen und Begabungen der Kandidaten. Zum Teil wurde auf die bewährten Praktiken aus der Zeit der preußischen Verwaltung und auf das Personal, das damals seine Berufserfahrung gesammelt hatte, zurückgegriffen; unter Verweis darauf erhoben die alten Eliten Einwände gegen das neue Verwaltungssystem und die neuen Eliten. Mit der Einführung obligatorischer Prüfungen für Staatsbeamte näherte sich das Herzogtum Warschau ähnlich wie das damalige Frankreich einem meritokratischen Herrschaftsmodell an, in dem die Beteiligung an der Machtausübung und eine hohe Stellung in der gesellschaftlichen Hierarchie von Kompetenzen und Verdiensten abhängen.⁴²

Die Regierungskreise des Herzogtums setzten sich aus Menschen zusammen, die einst an den Reformen des Vierjährigen Sejm mitgewirkt hatten und die Modernisierung des Rechts- und Staatssystems für notwendig hielten. Sie begriffen sehr wohl, dass Napoleons Protektion ihnen zur Verwirklichung dieses Ziels verhelfen konnte. An Tatendrang fehlte es ihnen nicht. So erzielten sie konkrete Ergebnisse, unbestrittene Errungenschaften des Herzogtums, auf die Barbara Grochulska in einer »Abschlussbilanz« zur Epoche hinweist: »Geblichen war ein Heer mit einem ausgezeichneten, professionellen Offizierskorps. [...] Das Staatssystem war erhalten geblieben, weil sich die Verfassung des Königreichs Polen an ähnlichen Prinzipien orientierte. Der *Code civil* blieb in Kraft [...]. Das Verwaltungssystem blieb weiter bestehen. Aus zwei im Herzogtum gegründeten Hochschulen erwuchs später die Warschauer Universität. Das teils wieder-, teils neu aufgebaute Elementar- und Mittelschulwesen entwickelte sich weiter, nun im Königreich Polen.«⁴³

An all diesen Leistungen ist weitgehend die Bedeutung jener kurzen Epoche in der polnischen Geschichte zu messen. Nach Jerzy Skowronek schuf Napoleon das Herzogtum Warschau, um seine eigene politische Vision zu verfolgen und nutzte es zu militärischen und wirtschaftlichen Zwecken aus. Dennoch gab er Polen und »der Lösung der Polnischen Frage die größte Chance der gesamten Nachteilungszeit«. Dank ihm konn-

⁴² ELLIS: *The Napoleonic Empire* (Anm. 28), 53. Mehr zum sozialen Wandel im Herzogtum Warschau in CZUBATY: *Księstwo Warszawskie* (Anm. 14), 319–398. Vgl. auch KRAFT, C.: *Das »Staatlich-Administrative« als Feld von Aushandlungsprozessen zwischen alten und neuen polnischen Eliten Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts*. In: HOLSTE, K./HÜCHTKER, D./MÜLLER, M. G. (Hg.): *Aufsteigen und Obenbleiben in europäischen Gesellschaften des 19. Jahrhunderts. Akteure – Arenen – Aushandlungsprozesse*. Berlin 2009, 21–47.

⁴³ B. GROCHULSKA: *Mała wielka epoka* (Anm. 34), 15: »Zostało wojsko ze świetnym, profesjonalnym korpusem oficerskim [...]. Przetrwiał ustrój, ponieważ konstytucja Królestwa Polskiego oparta została na podobnych zasadach. Pozostał w mocy Kodeks Cywilny [...]. Pozostał system administracji. Dwie wyższe szkoły założone w Księstwie stały się zalążkiem Uniwersytetu Warszawskiego. Odbudowane, a po części zbudowane od nowa szkolnictwo elementarne i średnie rozwijało się dalej, w Królestwie Polskim«.

ten Polen lernen, in Staatskategorien zu denken und sich in einem modernen Rechts- und Staatssystem zu bewegen.⁴⁴ Nach Meinung polnischer Rechtshistoriker bildeten die damals verabschiedeten Rechtsnormen und eingeführten Institutionen »eine organisatorische Etappe im Aufbauprozess neuer moderner polnischer Staatlichkeit nach den Teilungen.«⁴⁵ Für das Recht und die Justiz war es »die Zeit einer großen zivilisatorischen Revolution.«⁴⁶ Und nicht zuletzt schuf dieser wertvolle Staatsersatz auch noch Bedingungen für die freie Entfaltung der polnischen Wissenschaft und Kultur, die die Polen später im 19. Jahrhundert für lange Zeit vermissen sollten.

⁴⁴ SKOWRONEK: *Sprawa polska* (Anm. 36), 396f.: »największą w ciągu całej epoki porzbirowej szansę dla sprawy polskiej«.

⁴⁵ KALLAS, M.: *Historia ustroju Polski* [Verfassungsgeschichte Polens]. Warszawa 2005, 200: »etap organizacyjny w procesie tworzenia się nowoczesnej państwowości polskiej w epoce porzbirowej.«

⁴⁶ ROSNER, A.: *Prawo i władza* [Gesetz und Macht]. In: *Mówią Wieki*, Sonderausgabe (Anm. 34), 55–63, Zitat 63: »czas wielkiej cywilizacyjnej rewolucji«.

D. Der Wiener Kongress: Die Neuaufteilung Polens unter den drei Großmächten

VON JAROSŁAW CZUBATY

Am Morgen des 20. Juni 1815 wurden die Bewohner Warschaws von fünfzig Kanonenschüssen geweckt, die die Proklamation des Königreichs Polen verkündeten. Der beginnende Tag wurde von Feierlichkeiten erfüllt. In der Kathedrale wurde eine feierliche Messe gelesen, an der Bischöfe, Generäle und Würdenträger des noch immer existierenden Herzogtums Warschau teilnahmen. Den versammelten Gästen verlas man ein Manifest von Alexander I.: Der neue Herrscher des neugegründeten Staates betonte darin seinen Respekt vor den polnischen Unabhängigkeitsbestrebungen, obwohl er ihre Unterstützung für Napoleon nicht guthieß. Nach einer Zeit voller Fehler und Niederlagen – wie das Manifest weiterhin verlauten ließ – sei es nun zu der von allen Seiten erwarteten Wiederherstellung Polens gekommen. Alexander I. war sich dennoch darüber im Klaren, dass die Polen von dem neuen Grenzverlauf des Staates nicht begeistert sein würden. So gab er zu: »Es war nicht möglich, euer nationales Wohlergehen anders zu sichern. Man musste euch ein Vaterland geben, das bei den Nachbarn weder Neid wecken noch für Unruhe sorgen würde; das nicht zu einem Krieg in Europa führen würde.« Nach der Verkündung verlas man einen Brief von Friedrich August, König von Sachsen und Herzog von Warschau, der die Polen von dem ihm einst geleisteten Treueschwur befreite.¹

Das Ende der napoleonischen Epoche

Die Feierlichkeiten, die zwei Tage nach Napoleons Niederlage bei Waterloo abgehalten wurden, setzte der napoleonischen Epoche in der Geschichte Polens ein symbolisches Ende. In politischer Hinsicht waren diese Zeiten von den Bestrebungen der polnischen politischen Elite gekennzeichnet, den infolge der dritten Teilung 1795 endgültig verlorenen Staat wiederzuerlangen. Dieses Ziel war zunächst durch die Unterstützung der

¹ Beschreibung der Feierlichkeiten einschließlich der Texte von Manifesten und Gelegenheitsreden in: *Gazeta Warszawska* [Warschauer Zeitung] 1815, Nr. 49 vom 20. Juni, 887 f. und Nr. 50 vom 21. Juni, 911–918. Zitat in Nr. 49, 888: »niepodobno było opatrzyć w sposób inny waszey narodowej pomyślności. Należało zachować wam ojczyznę, któraby nie mogła zostać się ani powodem do zazdrości, ani przedmiotem niepokoju dla sąsiadów; ani pochopem do wojny dla Europy«

französischen Republik, nach 1804 durch die des Kaisers der Franzosen angestrebt worden (→ II. B). Die einschlägigen politischen Planungen und Kampfeinsätze fanden ihren Anfang in der Gründung der Polnischen Legionen im Jahre 1797, die die Lombardische und die Cisalpinische Republik unterstützten, die Napoleon gegründet hatte.² Die Jahre 1807–1812 nährten die polnische Hoffnung auf Unabhängigkeit. Das von Napoleon gegründete Herzogtum Warschau galt für die Mehrheit der polnischen Eliten als ein Schritt auf dem Weg zur Wiederherstellung des Königreich Polens, das das ganze Territorium des einstigen Polen-Litauens in den Grenzen von 1772 oder zumindest dessen Großteil umfassen sollte (→ II. C). Die in Napoleon – als »Erlöser« der Polen und Befürworter einer Lösung der Polnischen Frage – gesetzte Hoffnung fand ihren Höhepunkt während des Russlandfeldzugs von 1812. In einer außerordentlichen Sitzung beschloss der *Sejm* am 28. Juni in Warschau die Begründung der Generalkonföderation des Königreichs Polen (*Konfederacja Generalna Królestwa Polskiego*), die die schrittweise Wiederherstellung eines polnischen Staates koordinieren sollte. In den von der *Grande Armée* besetzten litauischen Gebieten wurde eine Interimsregierung gegründet, die in einem feierlichen Akt den Beitritt Litauens zur Konföderation beschloss.³

Napoleons Niederlage im Russlandfeldzug setzte dem politischen Traum vom Königreich Polen als Teil des großen Kaiserreichs ein Ende. Im Dezember 1812 eroberte die russische Armee Litauen zurück und rückte bis an die Grenzen des Herzogtums Warschau vor. Im folgenden Januar gelang es ihr, weite Teile des Landes zu besetzen. Rund 20 000 polnischen Soldaten unter dem Fürsten Józef Poniatowski marschierten in Sachsen ein, um dort an Napoleons Seite in einem weiteren Feldzug zu kämpfen. Auch der Ministerrat des Herzogtums verließ das Land. Die Niederlage des Kaisers bei Leipzig (16. bis 19. November 1813) und sein Rückzug nach Frankreich ließen die letzte Hoffnung schwinden, dass wenigstens ein Staatsersatz unter Napoleons Ägide aufrechterhalten werden könnte. Nach der Kapitulation der Festungen Zamość (25. November) und Modlin (1. Dezember) geriet das gesamte Herzogtum unter russische Besatzung.

Für zivile Fragen war der Stellvertretende Interimsrat (*Rada Zastępcza Tymczasowa*) zuständig, den Alexander I. am 13. März 1813 berufen hatte. Im Lande galt jedoch weiterhin das Kriege recht, von dem russische Generäle auch Gebrauch machten. Sie erinnerten sich der Teilnahme von Polen am Russlandfeldzug und raubten nun im Ge-

² Zur Geschichte der Legionen und ihrer politischen Bedeutung vgl. PACHOŃSKI, J.: *Legiony Polskie 1794–1807. Prawda i legenda* [Polnische Legionen 1794–1807. Wahrheit und Legenden]. 4 Bde. Warszawa 1969–1979.

³ Mehr zu den Haltungen und zum politischen Handeln der Polen im Herzogtum Warschau und im russischen Teilungsgebiet im Jahre 1812 bei NAWROT, D.: *Litwa i Napoleon w 1812 r.* [Litauen und Napoleon im Jahre 1812]. Katowice 2008.

genzug das Herzogtum mittels groß angelegter Beschlagnahmungen aus. Diese waren begleitet von Repressalien gegen entflohene Kriegsgefangene und gegen Personen, die verdächtigt wurden, Waffen versteckt zu haben oder passiven Widerstand gegen die russische Besatzung zu leisten. Im Jahre 1813 und in den ersten Monaten des Folgejahres war ihre Zahl erheblich. Ein Teil der im Herzogtum verbliebenen Würdenträger, Beamten und Richter weigerte sich, die Hoheit des vom russischen Kaiser berufenen Rates anzuerkennen: Sie gingen nicht von einem Untergang des Staates durch die Besatzung aus und erachteten als rechtmäßigen Herrscher nach wie vor den König von Sachsen Friedrich August, der von der siegreichen Koalition interniert worden war. Erst durch Haftandrohung gelang es den russischen Besatzern, diesen Widerstand zu brechen.⁴

Wiederaufleben der Pläne eines mit Russland verbundenen Königreichs Polen

Durch die russische Besatzung des Herzogtums Warschau konnte allerdings ein zum napoleonischen Lager in Konkurrenz stehendes politisches Lager aktiv werden. Unter Führung des Fürsten Adam Jerzy Czartoryski sammelte sich eine kleine Gruppe von Polen aus dem russischen Teilungsgebiet. Der frühere enge Freund und einstige Außenminister Alexanders I. setzte sich seit Langem dafür ein, Polen unter Schirmherrschaft des russischen Kaisers wiederherzustellen. Das Ausmaß der Unterstützung, die Napoleon nach 1806 durch Polen erfahren hatte, verdeutlichte ihm jedoch, dass eine Ernennung Alexanders zum polnischen König nicht unterstützt werden würde und womöglich sogar in einen Bürgerkrieg führen könnte. Dieses Risiko wollte und konnte er nicht eingehen. Deswegen zog er sich in den Jahren, nach der Gründung des Herzogtums Warschau aus der aktiven Politik zurück. Zwar zählte er als Mitglied des Staatsrats nach wie vor zu den russischen Würdenträgern, ließ sich aber auf unbestimmte Zeit freistellen und verweilte auf seinem Familienanwesen im österreichischen Teilungsgebiet. Gegen Ende des Jahres 1812 unternahm er dann jedoch einen neuen Versuch, seine alte Idee zu verwirklichen.

Als die Nachricht von Napoleons Niederlage die Minister des Herzogtums Warschau erreichte, befürchteten sie eine Auflösung des Staates. Die einzige Möglichkeit zur Rettung Polens sahen sie darin, sich dem siegreichen Kaiser Russlands als neuem Schutzherren zu unterstellen. Diese politische Volte musste jedoch heimlich geschlagen werden, ohne Wissen Friedrich Augusts, Napoleons und seiner polnischen Anhänger. Czartoryski hatte daraufhin Alexander einen Plan vorgelegt, dem gemäß dieser

⁴ CZUBATY, J.: *Zasada »dwóch sumień«. Normy postępowania i granice kompromisu politycznego Polaków w sytuacjach wyboru (1795–1815)* [Das Prinzip der »zwei Gewissen«. Die Verhaltensnormen und die Grenzen des politischen Kompromisses von Polen angesichts einer anstehenden Wahl (1795–1815)]. Warszawa 2005, 627–630.

sich – von kompromissbereiten Angehörigen der polnischen politischen Elite unterstützt – zum Herrscher eines Königreichs Polen erklären sollte, das territorial aus dem Herzogtum Warschau und aus Teilen des russischen Teilungsgebietes bestehen sollte. Mit Blick auf die aktuelle Politik und die Kriegshandlungen zog der Kaiser damals auch selbst in Erwägung, auf ähnliche Art und Weise die polnische Krone zu erlangen.⁵

Da Alexanders Antwort auf den Vorschlag zur Aufnahme der Verhandlungen lange auf sich warten ließ, machte sich Czartoryski auf den Weg zu dessen Hauptquartier. Erst im Frühjahr 1813 holte er den Kaiser in Kalisch ein – zu einer Zeit, als die politische Lage alles andere als günstig für die Aufnahme offizieller Verhandlungen zwischen dem russischen Kaiser und den Vertretern Polens war. Einige Monate zuvor, als Alexander I. überlegte, ob er ins Herzogtum Warschau einrücken sollte, hatte er die Initiative der Warschauer Minister noch als vorteilhaft für seinen Handlungsspielraum erachtet. Jetzt aber, nachdem das russische Heer bereits weit in das Gebiet des napoleonischen Protektorats an der Weichsel vorgerückt war, benötigte er derartige offizielle Verhandlungen nicht mehr. Selbst wenn er den Plan, Polen wiederherzustellen, nicht aufgab, konnte er diesen unter den neuen Bedingungen nicht energisch betreiben, da er bereits in Verhandlungen mit Preußen und Österreich stand. Der Empfang Czartoryskis fiel daher eher kühl aus. In der Gegenwart des Fürsten konnten sich die Verhandlungen womöglich schwieriger gestalten. Zum Zeitpunkt seiner Ankunft in Kalisch hatten Russland und Preußen bereits ein Bündnis geschlossen (28. Februar): Demgemäß sollte Preußen für seine Mitwirkung am beginnenden Koalitionskrieg gegen Napoleon insgesamt wieder die Größe vor dem Krieg von 1806 erreichen und dazu auch einen Teil des Territoriums des Herzogtums Warschau erhalten, der eine »militärische« und »geographische« Verbindung zwischen Schlesien und dem »alten« Preußen ermöglichen würde.⁶ Fürst Czartoryski begleitete Kaiser Alexander weiter nach Reichenbach, wo Russland, Preußen und Österreich am 27. Juni eine Konvention unterzeichneten, in der Österreich seinen Eintritt in den Krieg gegen Frankreich erklärte, sofern Napoleon nicht die von den Unterzeichnern gemeinsam formulierten Friedensbedingungen akzeptierte. Zu diesen zählten die Aufteilung des Herzogtums Warschau unter den drei Mächten ohne Einmischung Frankreichs und eine daraus resultierende Vergrößerung

⁵ CZUBATY, J.: *Księstwo Warszawskie 1807–1815* [Das Herzogtum Warschau 1807–1815]. Warszawa 2011, 508–521.

⁶ Bündnisvertrag zwischen Preußen und Russland von Kalisch und Breslau am 27./28. (15./16.) Januar in: MARTENS, G. F. (Hg.): *Supplément aux recueil de traites principeaux*. Bd. 7: 1808–1818. Göttingen 1818, 233–238, die entscheidenden Geheimartikel 237 f. Vgl. DERS.: *Nouveau recueil de traités d'alliance, de paix, de trêve, de neutralité, de commerce, de limites, d'échange etc.* Bd. 3. Göttingen 1818, 234–239.

Preußens, an das außerdem Danzig fallen sollte.⁷ Angesichts der Anwesenheit Czartoryskis direkt beim Zaren schöpften österreichische und preußische Diplomaten den berechtigten Verdacht, dass Alexander I. unter dem Deckmantel offizieller Vereinbarungen seinen Einflussbereich in Europa mittels einer Wiederherstellung Polens ausweiten wollte. Auch die britischen Diplomaten waren darüber besorgt. Deshalb zeigten sich etliche der wichtigsten Akteure des damaligen diplomatischen und militärischen Spiels nicht gewillt, Verhandlungen in der polnischen Frage aufzunehmen.⁸ Ähnlich verhielten sich viele russische Würdenträger und Generäle, die überzeugt waren, dass Polens Wiederherstellung die Rückgabe der 1772, 1793 und 1795 annektierten polnischen Provinzen erzwingen und somit die Bedeutung des Imperiums in Europa nicht vergrößern, sondern schmälern würde. Ebendeshalb wollte der russische Kaiser ohne Czartoryskis Beteiligung agieren, dem er zum Maßhalten oder gar zu Passivität in der polnischen Frage riet, »damit niemand weiß oder ahnt, dass es hier noch um Polen geht«.⁹ Erst auf dem Wiener Kongress wurden konkrete Schritte zur Wiederherstellung Polens in die Wege geleitet: Ursprünglich als Ergebnis von Verhandlungen zwischen Polen und dem Kaiser Russlands gedacht, waren sie nun einseitig Alexanders gutem Willen zu verdanken.

Trotz der misslichen Lage, in die Czartoryski in diplomatischen Kreisen der antinapoleonischen Koalition geraten war, begleitete er Alexander I. in den folgenden Monaten des Jahres 1814 auf die Kongresse in Chaumont, Paris und London. Er führte Dutzende von Gesprächen mit russischen, preußischen, österreichischen und britischen Politikern. Angesichts preußischer und österreichischer Ansprüche auf Gebiete des Herzogtums Warschau suchte er seine Gesprächspartner davon zu überzeugen, dass die Existenz eines polnischen Staats für ein gerechtes und beständiges Gleichgewicht in

⁷ Druck der Konvention in: MARTENS, F. F.: *Recueil des traités et conventions conclus par la Russie avec les puissances étrangères*. Bd. 3: *Traité avec l'Autriche 1808–1815*. St. Péterbourg 1876, 105–110. Vgl. zu den Ereignissen ZAJEWSKI, W.: *Sprawa polska na kongresie wiedeńskim* [Die Polnische Frage auf dem Wiener Kongress]. In: DERS.: *W kręgu Napoleona i rewolucji europejskich 1830–1831* [Im Umfeld von Napoleon und den europäischen Revolutionen 1830–1831]. Warszawa 1984, 221–266, hier 230; NAGÓRSKA-RUDZKA, W.: *Polskie działania dyplomatyczne na obczyźnie przed kongresem wiedeńskim* [Polnische Diplomatie im Exil vor dem Wiener Kongress]. In: *Księga pamiątkowa ku uczczeniu dwudziestopięcioletniej działalności naukowej prof. Marcelego Handlsmiana* [Festschrift zum 25-jährigen Jubiläum der wissenschaftlichen Tätigkeit von Prof. Marcelego Handlsmiana]. Warszawa 1929, 277–300, hier 279.

⁸ SKOWRONEK, J.: *Adam Jerzy Czartoryski*. Warszawa 1994, 184.

⁹ Ausschnitte aus dem privaten Tagebuch von Czartoryski, veröffentlicht in ASKENAZY, S.: *Polska a Europa 1813–1815 podług dziennika Adama ks. Czartoryskiego* [Polen und Europa 1813–1815 nach dem Tagebuch des Fürsten Adam Czartoryski]. In: *Biblioteka Warszawska* 1909, Bd. 2, 1–30, 209–237, 417–446, Bd. 3, 42–75, hier Bd. 2, 21–23, Zitat 23: »... , żeby nikt nie wiedział ani się domyślał, że tu jeszcze o Polskę chodzi; ...«. Das gesamte Tagebuch jetzt: KAPIŃSKA, M. (Hg.): *Dziennik ks. Adama Jerzego Czartoryskiego 1813–1817* [Tagebuch des Fürsten Adam Czartoryski 1813–1817]. Warszawa 2016.

Europa unabdingbar sei. Ohne Alexanders Wissen entsandte er gleichzeitig seine politischen Agenten nach London, wo sie für ein polenfreundliches Klima in der Öffentlichkeit sorgen sollten.¹⁰ Als er selbst in der britischen Hauptstadt weilte, legte er dem führenden britischen Diplomaten Lord Castlereagh ein Memorandum vor, in dem er seine Argumente darlegte: Polens Wiederherstellung werde beweisen, dass die siegreiche antinapoleonische Koalition nach der Maxime der Uneigennützigkeit, der Gerechtigkeit und der politischen Moral handle. Um die Angst vor der Erweiterung des russischen Einflussbereichs in Europa abzubauen, deutete er an, dass der polnische Thron nicht mit einem Angehörigen der Romanow-Dynastie besetzt werden könnte. Mit ähnlichen Botschaften wandte er sich an führende Politiker der Whigs, der einflussreichen britischen Opposition.¹¹

Mit Hilfe einer zunächst nicht sehr großen Anhängerschaft bemühte sich Czartoryski, die Unterstützung für Alexander I. im Herzogtum in verschiedenen Formen zu demonstrieren: Sie sollten den Kaiser in der Überzeugung bestärken, dass ihm die Polen gewogen seien, und ihm ein zusätzliches Argument in den Verhandlungen mit den europäischen Mächten an die Hand geben. Erschwert wurde dies durch einen immer noch starken Einfluss des pronapoleonischen Lagers und die Realität der russischen Besatzung. Die Stimmung schlug erst im Frühjahr 1814 mit der Nachricht von Napoleons Abdankung und den darauf folgenden Ereignissen um. Die Generäle, die die verbliebenen Teile der bis zum Ende an Napoleons Seite kämpfenden polnischen Truppen befehligten, wurden vom Kaiser mit ehrenden Worten aus dem Dienst entlassen. Napoleons Rat folgend, wandten sie sich an Alexander I. – »Agamemnon der Könige« – mit der Bitte, mit dessen Heer ins Land zurückkehren zu dürfen und in ihm selbst von nun an einen Schutzherrn für die Restitution Polens zu finden. Alexander willigte in die Rückkehr der polnischen Truppen ein und stellte sie unter das Kommando seines Bruders, des Großfürsten Konstantin. Die in den russischen Kaiser bezüglich der Polnischen Frage gesetzte Hoffnung wurde noch vergrößert durch dessen Entscheidung vom 15. Mai 1814, ein Militärkomitee (*Komitet Organizacyjny Wojskowy*) zu berufen, für das acht polnische Generäle, allen voran Jan Henryk Dąbrowski, nominiert wurden. Das Komitee hatte die Aufgabe, Vorbereitungen für die Aufstellung einer starken polnischen Armee von 40000 Soldaten zu treffen. Alexander I. war sich der Gefahr bewusst, dass die Kontroverse um die Aufteilung der polnischen Gebiete die auf dem Wiener Kongress verhandelnden Parteien in einen Krieg treiben könnte: Eine gut ausgebildete polnische Armee lieferte ihm daher in politischer und militärischer Hinsicht ein weiteres Argument. Gleichzeitig berief er ein Ziviles Reformkomitee (*Komitet*

¹⁰ SKOWRONEK: *Adam Jerzy Czartoryski* (Anm. 8), 189–191; WAWRZKOWICZ, E.: *Anglia a sprawa polska 1813–1815* [England und die Polnische Frage 1813–1815]. Kraków/Warszawa 1919, 42–58.

¹¹ NAGÓRSKA-RUDZKA, W.: *Polskie działania dyplomatyczne* (Anm. 7), 298; SKOWRONEK: *Adam Jerzy Czartoryski* (Anm. 8), 192–193.

Cywilny Reform) und beauftragte es, Änderungen im Recht, in der Verwaltung und in den Finanzen des Staates vorzubereiten. Die Leitung des Komitees übernahm der Senatspräsident Ostrowski, der noch 1813 konsequent allen von Czartoryski initiierten Demonstrationen ferngeblieben war und unter den Napoleon-Anhängern als moralische Autorität galt.¹²

Die Verhandlungen in Wien

Letztlich sollten sich die politische Neuordnung Europas und die neuen Grenzziehungen nach Napoleons Niederlage (inklusive der Polnischen Frage) auf dem Wiener Kongress entscheiden, der ab dem 18. September 1814 stattfand und bis zum 9. Juni 1815 andauerte. Unter annähernd 200 teilnehmenden Delegationen gaben die Großmächte der antinapoleonischen Koalition Großbritannien, Österreich, Preußen und Russland sowie zunehmend das wiederhergestellte Königreich Frankreich den Ton an.¹³

Bei seiner Ankunft in Wien war Alexander fest entschlossen, das Herzogtum Warschau bis auf kleinere Gebietsabtretungen an Preußen vollständig unter seiner Kontrolle zu behalten und es in eine konstitutionelle Monarchie unter seiner Herrschaft umzuwandeln. Er hoffte so den Ruf eines liberalen Hüters des Rechts auf nationale Selbstbestimmung zu erwerben und gleichzeitig die russische Einflusssphäre in Europa auszuweiten.¹⁴ Ein solcher Plan zur Stärkung Russlands musste bei den österreichischen und britischen Diplomaten Widerspruch provozieren. Noch schwieriger wurde eine Verständigung der Großmächte in der Polnischen Frage, da Preußen den Anschluss Sachsens für den Fall forderte, dass es auf den Großteil der Gebiete des 1807 durch Napoleon kreierte Herzogtums Warschau verzichten müsste, die früher zum preußi-

¹² CZUBATY: *Księstwo Warszawskie* (Anm. 5), 532–538.

¹³ Zur Gesamtproblematik des Kongresses zuletzt: JARRETT, M.: *The Congress of Vienna and its Legacy. War and Great Power Diplomacy after Napoleon*. London 2013 (International Library of Historical Studies, 80); LENTZ, T.: *1815. Der Wiener Kongress und die Neugründung Europas*. München 2014 [frz. Orig. Paris 2013]; VICK, B. E.: *The Congress of Vienna. Power and Politics after Napoleon*. Cambridge, Mass. 2014; ZAMOYSKI, A.: *1815 – Napoleons Sturz und der Wiener Kongress*. München 2014 [engl. Orig.: *Rites of Peace*. London 2007]. Deutschsprachiger Überblick: DUCHHARDT, H.: *Der Wiener Kongress. Die Neugestaltung Europas 1814/15*. München 2013. Ältere ausführliche deutschsprachige Darstellung: GRIEWANK, K.: *Der Wiener Kongress und die europäische Restauration 1814/15*. 2., völlig Neubearb. Aufl. Leipzig 1954. Die wichtigsten Quellen bei: D'ANGEORG [= CHODŹKO, L. B.] (Hg.): *Le Congrès de Vienne et les traités de 1815, précédé et suivi des actes diplomatiques qui s'y rattachent*. Paris [1863]. Deutsche Übersetzungen von Auszügen aus einigen Quellen bei: DYROFF, H.-D. (Hg.): *Der Wiener Kongress 1814/15. Die Neuordnung Europas*. München 1966.

¹⁴ BARAŃSKA, A.: *Polityka polska Aleksandra I* [Die polnische Politik Alexanders I.]. In: ŚLIWOWSKA, W. (Hg.): *Wolnomularstwo Narodowe. Walerian Łukasiński* [Nationale Freimaurerei. Walerian Łukasiński]. Warszawa 2014, 37–72, hier 47–50.

schen Teilungsgebiet gehört hatten. Diese Forderung stieß vor allem unter französischen Diplomaten auf Ablehnung, sorgte aber auch bei den kleineren deutschen Staaten, Österreich und zunehmend in der britischen Öffentlichkeit für Unruhe.¹⁵

Die entscheidenden Verhandlungen in der Polnischen Frage führte Alexander I. persönlich und überließ lediglich zweitrangige Streitfälle den russischen Delegierten. Zum Teil lag dies zwar an seinem allgemeinen Führungsstil, aber besonders in dieser Frage schenkte er den russischen Bevollmächtigten auch wenig Vertrauen, da viele von ihnen die Wiedererrichtung eines polnischen Staates ablehnten. So schränkte er auch die Handlungsfreiheit des Kanzlers Karl Nesselrode ein, da dessen Standpunkt nach seinem Urteil allzu sehr Österreich begünstigte.¹⁶ Die kritische Einstellung mancher russischer Diplomaten zu Alexanders Plänen resultierte einerseits aus ihrer feindlichen Einstellung gegenüber Polen, das immerhin erst zwei Jahre zuvor Napoleon mit beinahe 100 000 Soldaten unterstützt hatte. Andererseits konnte die Wiedererrichtung selbst eines kleinen polnischen Staats ihrer Ansicht nach dazu führen, dass Russland irgendwann alle seine polnischen Provinzen verlieren könnte. Die für Polen geplante konstitutionelle Ordnung wiederum konnte gefährliche Entwicklungen im politischen System des gesamten Imperiums auslösen.¹⁷

Während der Verhandlungen bat Alexander I. öfter Czartoryski um Beistand, obwohl dieser – ein erfahrener Diplomat und von jeher ein Freund des Kaisers – der russischen Delegation nicht offiziell angehörte. In Wien fungierte er als persönlicher Berater des Kaisers für polnische Fragen. Mit Czartoryskis Anwesenheit in seinem direkten Umfeld wollte Alexander zudem ein Zeichen dafür setzen, dass viele Polen eine Wiederherstellung ihres Staates unter seinem Zepter wünschten.¹⁸ Somit war Czartoryski allgemein als Repräsentant des Projekts einer Wiedererrichtung Polens unter russischem Zepter anerkannt und nahm an den Beratungen teil, in denen die diesbezügliche Verhandlungsstrategie festgelegt wurde.¹⁹ Er führte ein Dutzend halboffizieller Gespräche mit den wichtigsten europäischen Diplomaten. Über die Möglichkeit, die preußischen Forderungen gegenüber Sachsen einzuschränken, beriet er mit dem preußischen Kanzler Hardenberg und mit dem französischen Außenminister Talleyrand, der es sich unter anderem zum Ziel gesetzt hatte, Sachsens territoriale Integrität zu verteidigen und Preußens Einfluss in Europa einzudämmen. Der österreichische Außenminister Metternich äußerte sich gegenüber Czartoryski wohlwollend zu dem polnischen Wunsch nach

¹⁵ ZAJEWSKI, W.: *Kongres wiedeński i Święte Przymierze* [Der Wiener Kongress und die Heilige Allianz]. In: DERS. (Hg.): *Europa i świat w epoce restauracji, romantyzmu i rewolucji 1815–1849* [Europa und die Welt in der Epoche von Restauration, Romantik und Revolution 1815–1849]. Warszawa 1991, 20–69, hier 37.

¹⁶ WAWRZKOWICZ: *Anglia a sprawa polska* (Anm. 10), 151 f.

¹⁷ ZAJEWSKI: *Sprawa polska* (Anm. 7), 236–237.

¹⁸ SKOWRONEK: *Adam Jerzy Czartoryski* (Anm. 8), 194.

¹⁹ WAWRZKOWICZ: *Anglia a sprawa polska* (Anm. 10), 151 f.

Restitution, vertrat gleichzeitig aber die Überzeugung, dass diese das europäische Gleichgewicht langfristig stören würde. In Unterredungen mit Lord Castlereagh bat der Fürst die Briten um Unterstützung für die Position des russischen Kaisers in der Polnischen Frage – konnte aber auch von ihm keine Zusagen erreichen. Insgesamt musste er schon früher feststellen, dass er fast überall kühl und ablehnend behandelt wurde, sobald er auf die Frage der polnischen Staatlichkeit zu sprechen kam.²⁰

Am 4. Oktober 1814 unterbreitete Castlereagh den Vertretern der Großmächte eine Denkschrift, die der kritischen Einstellung Großbritanniens, Österreichs und Frankreichs zu den Plänen Ausdruck gab, ein Königreich Polen zu errichten.²¹ Darin wurde argumentiert, dass Alexander I., sofern er entsprechend seinem Sinn für Gerechtigkeit und Moral ein Königreich Polen wiederherzustellen gedenke, zu diesem Zweck auch auf die Gebiete zugreifen solle, die bis 1812 zu seinem Reich gehört hatten, anstatt nur Österreich und Preußen zu territorialen Einbußen zu zwingen. Nach scharfem Widerspruch von Alexander und Absprachen mit den übrigen Mächten legte der Brite am 14. Oktober eine weitere Denkschrift vor, die drei mögliche Lösungsvarianten enthielt. Gemäß der ersten Variante sollte Polen in den Grenzen von 1772 mit einem nicht der Romanow-Dynastie entstammenden Herrscher wiedererrichtet werden. Die zweite Variante sah vor, den Grenzverlauf aus der Zeit vor der zweiten Teilung von 1793 wiederherzustellen. Nach der dritten Variante sollte das Herzogtum Warschau ganz abgeschafft und dessen Gebiet gemäß den Verträgen von 1813 aufgeteilt werden.²² Hätte Alexander I. eine der ersten beiden Varianten unterstützt, so hätte dies einen starken Protest einer empörten russischen Elite gegen die Abtretung der polnischen Provinzen durch Russland hervorgerufen. Die dritte Variante zu akzeptieren, glich einem Verzicht auf den eigenen Plan. Das Antwortschreiben von Alexander I. entwarf Czartoryski: Darin wurde unterstrichen, wie wichtig Polens Wiedererrichtung für die moralischen Prinzipien sei, an denen sich die europäische Politik orientierte, und betont, dass eine bleibende Aufteilung der Nation unter die drei Teilungsmächte langfristig den Frieden in Europa gefährde. Es zeigte sich überzeugt, dass ein polnisches Königreich die politischen Spannungen in Europa eher beruhigen als verschärfen werde.²³

Alexanders Ambitionen und der von Preußen geplante Anschluss Sachsens stießen auf starken Widerstand seitens der österreichischen, britischen und französischen Diplomaten. Im November und Dezember 1814 tagten Czartoryski, Stein und Capo d'Istria

²⁰ ASKENAZY: *Polska a Europa* (Anm. 9), Bd. 3, 45, 56–69; SKOWRONEK: *Adam Jerzy Czartoryski* (Anm. 8), 198.

²¹ D'ANGEBERG (Hg.): *Le Congrès de Vienne* (Anm. 13), Bd. 1, 265–270.

²² Ebd., 291–293.

²³ Das Schreiben Alexanders vom 30. Oktober 1814 und das beigefügte Memorandum in: ebd., 350–358. Zum Verlauf der Verhandlungen und zur Rolle Czartoryskis vgl. ASKENAZY: *Polska a Europa* (Anm. 9), Bd. 3, 56f.; WAWRZKOWICZ: *Anglia a sprawa polska* (Anm. 10), 136–157, 424–442; ZAJEWSKI: *Kongres wiedeński* (Anm. 15), 44.

als Vertreter des russischen Kaisers mehrmals mit Preußen, um einen Kompromiss in der Sachsenfrage zu sondieren. Die Gespräche blieben erfolglos. Das angespannte Verhältnis zwischen den Großmächten veranlasste Alexander I., über die Verhandlungen hinaus aktiv zu werden. Im November forderte Großfürst Konstantin als Oberbefehlshaber der neu aufgestellten polnischen Armee die polnischen Generäle zu einer Erklärung auf, ob ihre Einheiten bereit seien, an Russlands Seite das Land zu verteidigen. Ihre bejahende Antwort wurde diskret in den Wiener diplomatischen Salons verbreitet.²⁴ Parallel suchte Czartoryski die britische Öffentlichkeit Polen gegenüber positiv zu stimmen, indem er sich an den Philosophen Jeremy Bentham mit der Bitte wandte, in der Presse eine Debatte über die nationalen Rechte der Polen anzustoßen.²⁵

Gegen Ende 1814 erreichten die Verhandlungen einen derartigen Tiefpunkt, dass Großbritannien, Österreich und Frankreich am 3. Januar 1815 in einem Geheimvertrag eine formale Allianz schlossen: Sie verpflichteten sich zur gegenseitigen Hilfeleistung bei einem Angriff durch einen Drittstaat.²⁶ Europa stand vor einem erneuten Krieg. In den folgenden Tagen zeichnete sich dann aber ein grundsätzlicher Kompromiss ab. Nicht zuletzt aufgrund der Vermittlungsbemühungen von Czartoryski wurde nun endgültig der Plan akzeptiert, auf dem Gebiet des Herzogtums Warschau ein Königreich Polen zu gründen. Russland hatte schon Ende 1814 neben den bereits früher Preußen zugestanden Gebieten um Posen auf Krakau und Thorn verzichtet, die freie Städte werden sollten, und sich zur Rückgabe des 1809 erworbenen Gebietes um Tarnopol an Österreich bereit erklärt. In der zuletzt vor allem umstrittenen sächsischen Frage wurde eine Lösung durch eine Teilung von dessen Gebiet immer wahrscheinlicher. Die Verhandlungen verliefen aber weiter in angespannter Atmosphäre, da Preußen auf den Erwerb von ganz Sachsen oder zumindest von dessen größten Teil bestand. Im Januar schlug Castlereagh während eines Treffens mit Czartoryski vor, Alexander I. könne doch einen größeren Teil des Herzogtums Warschau an Preußen abtreten, um Preußens territoriale Ansprüche auf Kosten Sachsens zu dämpfen. Czartoryski, Nesselrode und Razumowski berieten sich hierzu. Schließlich zeigten sich beide russische Diplomaten dazu bereit, in einer Unterredung mit Alexander den Vorschlag, Thorn an Preußen abzutreten, zu unterstützen, um das Risiko eines Kriegsausbruchs zu minimieren.²⁷

Die Grundlinien der Aufteilung des Herzogtums Warschau und des Königreichs Sachsen standen damit Ende Januar 1815 fest, aber eine endgültige Lösung der

²⁴ TOKARZ, W.: *Komitet Organizacyjny Wojskowy, 1814–1815* [Das Militärorganisationskomitee 1814–1815]. In: *Bellona* 2 (1919), H. 11, 839–862, hier 848 f.; DERS.: *Armia Królestwa Polskiego (1815–1830)* [Die Armee des Königreichs Polen (1815–1830)]. Piotrków 1917, 24–29.

²⁵ SKOWRONEK: *Adam Jerzy Czartoryski* (Anm. 8), 195, 210; ZAJEWSKI: *Sprawa polska* (Anm. 7), 237–239.

²⁶ D'ANGELO (Hg.): *Le Congrès de Vienne* (Anm. 13), Bd. 1, 589–592. Deutsche Übersetzung bei DYROFF: *Wiener Kongress* (Anm. 13), 85–87.

²⁷ ASKENAZY: *Polska a Europa* (Anm. 10), Bd. 3, 57–63.

Detailfragen fanden die Großmächte erst im Frühjahr, als sie erfahren hatten, dass Napoleon von Elba geflohen war und erneut die Macht in Frankreich ergriffen hatte. Am 9. Juni 1815, als bereits die Vorbereitungen für den Feldzug liefen, der wenige Wochen später zur endgültigen Niederlage Napoleons führte, wurde die Schlussakte des Kongresses unterzeichnet.²⁸

Alexander I. konnte letztlich seinen Plan umsetzen – jedoch nicht ohne Zugeständnisse. Zwei Departements des Herzogtums Warschau – Posen und Bromberg – sowie die Stadt Thorn mit ihrem Umland fielen an Preußen, das außerdem zusätzliche Gebiete am Rhein erhielt und daraufhin seine Ansprüche auf Sachsen verringerte. Nur etwas mehr als die Hälfte des sächsischen Territoriums, auf dem ca. 40 Prozent der Einwohner lebten, wurde preußisch.²⁹ Aus dem künftigen polnischen Hoheitsgebiet des Kaisers klammerte man Krakau aus, das eine freie Stadt unter österreichischem, preußischem und russischem Protektorat wurde. Über die restlichen Gebiete des Herzogtums herrschte von nun an Alexander I. als König in einem neugegründeten Königreich Polen, das Russland nun lediglich in Personalunion verbunden sein sollte. Trotz Czartoryskis Bemühungen hinter den Kulissen weigerte sich die britische Diplomatie, in der Schlussakte den Anschluss von polnischen, aber derzeit unter russischer Herrschaft stehenden Gebieten an das Königreich zu garantieren.³⁰ Eingefügt wurde in Artikel I nur, dass Alexander I. sich vorbehalte, dem neuen Staat einen solchen territorialen Umfang gewähren, den er für richtig hält. Die Erweiterung des Königreichs um das russische Teilungsgebiet hing somit vom Willen eines Königs ab, der gleichzeitig russischer Kaiser war. Hier wie im Vertrag zwischen Preußen und Russland, dem Österreich beitrug, wurden auch nationale Rechte für alle Polen garantiert, die unter österreichischer, preußischer und russischer Herrschaft blieben, wobei die Formulierung dieser Garantie eher unverbindlich wirkte. Was diese nationalen Rechte umfassen und welche Institutionen über deren Wahrung wachen sollten, war durch die jeweilige Teilungsmacht zu regeln. Die Teilungsmächte wurden durch die Schlussakte und die gegenseitigen Verträge außerdem verpflichtet, freie Flussschifffahrt und freien Handel in den von ihnen beherrschten polnischen Gebieten zu gewährleisten.

²⁸ Abdruck mit allen Beilagen (oder Verweis auf deren Druck) in: KLÜBER, J. L. (Hg.): *Acten des Wiener Congresses in den Jahren 1814 und 1815*. Bd. 6. Erlangen 1836, 1–122. Deutsche Übersetzung in: *Der Deutsche Bund. Eine Zeitschrift für das öffentliche Recht Deutschlands und der gesammten deutschen Länder* 1 (1815), Heft 3. Der Vertrag zwischen Preußen und Russland vom 3. Mai 1815, dem Österreich am 4. Mai beitrug, mit deutscher Übersetzung auch in: *Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preußischen Staaten* 1815, 128–160.

²⁹ ZAJEWSKI: *Kongres wiedeński* (Anm. 15), 48.

³⁰ ASKENAZY: *Polska a Europa* (Anm. 9), Bd. 3, 65; Wawrzakowicz: *Anglia a sprawa polska* (Anm. 10), 261 f., 323.

Die Folgen der Wiener Beschlüsse für Polen

Die meisten polnischen Historiker beurteilten die Wiener Beschlüsse zur Polnischen Frage kritisch. In der Regel betrachteten sie die Gründung des Königreichs Polen, das kleiner als das Herzogtum Warschau war, als vierte Teilung Polens. Dass der staatsrechtliche Begriff »Polen« nach seiner förmlichen Tilgung 1797 durch den Kongressbeschluss nun wieder in den Wortschatz der europäischen Politik aufgenommen wurde, kam zwar den polnischen Wünschen entgegen, hatte aber einen negativen Nebeneffekt: In der europäischen Öffentlichkeit entstand der Eindruck, dass Polen auf mehr als das kleine Königreich und die Freie Stadt Krakau keinen Anspruch erheben könnte.³¹

Bei den polnischen Zeitgenossen weckten die Wiener Beschlüsse gemischte Gefühle. Enttäuschend fanden viele den territorialen Umfang des Königreichs, der bedeutete, dass die polnische Nation weiter unter den drei Großmächten aufgeteilt war und ein großer Teil jener Territorien, auf die Polen historische Ansprüche erhob, außerhalb des Staatsgebiets des Königreichs blieben. Viele hätten jedoch sicher Czartoryski zugestimmt, der in einem Brief an einen Freund schrieb, man könne unter den möglichen Lösungen für die Polnische Frage »gute und schlechte finden. (...) Im Großen und Ganzen ist unsere Situation dennoch besser geworden«. ³² Die schlimmsten Befürchtungen hatten sich nicht bestätigt, und trotz Napoleons Niederlage wurde nicht einfach der Status von 1795 wiederhergestellt. Der neue Staat war zwar klein, verfügte aber über eine liberale Verfassung und behielt einige Elemente des napoleonischen Staats- und Rechtssystems. Alle, die sich an die doch nicht allzu weit zurückliegende Vergangenheit erinnern konnten, in der es nicht einmal einen Staatsersatz für Polen gegeben hatte, konnten sich unschwer einen schlimmeren Ausgang der historischen Wirren vorstellen. Auf dem Wiener Kongress hatten ja die alliierten Diplomaten für Polen oft sehr viel weniger vorteilhafte Szenarien entworfen.

Viele ehemalige Staatsbürger des nun aufgelösten Herzogtums Warschau – wenn nicht sogar die meisten von ihnen – begrüßten die neuen Umstände sicherlich mit dem Gefühl, ihre Pflicht erfüllt und die historische Chance auf die Rückgewinnung ihres Staats zumindest teilweise genutzt zu haben. Die meisten hätten wohl den recht optimistischen Worten des einstigen Republikaners Andrzej Horodyski zugestimmt, wonach das Königreich Polen gleichsam ein »politisches Fegefeuer (*czyściciel polityczny*)« darstelle, in dem die Polen ihre Regierungsfähigkeit und ihre bürgerlichen Tugenden vervollkommen würden, damit ihnen eines Tages gelingen könne, »die Ehre [die vol-

³¹ Vgl. z. B. ŻYWCZYŃSKI, M.: *Historia powszechna 1789–1870* [Weltgeschichte 1789–1870]. Warszawa 1997, 197.

³² Zitiert nach: WAWRZKOWICZ: *Anglia a sprawa polska* (Anm. 10), 499f.: »można znaleźć dobre i złe. [...] Jednakże, najogólniej mówiąc, nasza sytuacja stała się lepsza«.

le polnische Staatlichkeit – J. C.] und den guten Ruf im Ausland wiederzuerlangen«.³³ Die folgenden Jahre zeigten jedoch, dass dieses eigentümliche politische Experiment, bei dem der autokratisch regierende Kaiser Russlands jenseits der Westgrenze seines Reichs zum liberalen Herrscher über ein konstitutionelles Königreich Polen wurde, am Ende doch zum Scheitern verurteilt war.

³³ Zitiert nach SKOWRONEK: *Adam Jerzy Czartoryski* (Anm. 8), 205: »dostąpić chwały [odbudowy całej Polski – J.C.] i dobrej opinii u obcych«.

KAPITEL III

Wege aus dem Ancien Régime (1815–1863/64)

A. Rechtsordnungen und Verwaltung in den einzelnen Ländern des ehemaligen Polen-Litauen

VON THEODORE R. WEEKS UND KARSTEN HOLSTE

Auf dem Wiener Kongress (→ II. D) war zwar eine erneute Teilung Polen-Litauens beschlossen worden, zugleich aber sicherten die Verträge die Aufrechterhaltung der Wirtschaftseinheit des geteilten Landes und die Einrichtung von Institutionen zum Schutz der polnischen Nationalität zu.¹ Die Verwirklichung der Idee eines gemeinsamen Wirtschaftsraums auf dem Gebiet des ehemaligen Polen-Litauens scheiterte schon bald nach 1815 daran, dass alle Teilungsmächte die polnischen Gebiete in ihre Bemühungen um ökonomische Homogenisierung und Integration einbezogen und zunehmend unterschiedliche Richtungen in ihrer Zollpolitik einschlugen. Die Auseinandersetzungen nahmen besonders zwischen dem Königreich Polen und Preußen am Anfang der 1820er Jahre die Form eines Zollkrieges an. Nur die Krakauer Stadtrepublik konnte von den ihr eingeräumten, besonderen Handelsfreiheiten profitieren.²

Die Umsetzung der sehr allgemein gehaltenen Zusicherungen hinsichtlich des Aufbaus nationaler Institutionen, die auf den Einfluss der polnischen Berater der russischen Delegation – vor allem des Fürsten Adam Jerzy Czartoryski – zurückgingen, erfolgte nur zum Teil und mit großen Unterschieden in den einzelnen Teilungsgebieten.³ Russ-

¹ Abdruck der Verträge in: KLÜBER, J. L. (Hg.): *Acten des Wiener Congresses in den Jahren 1814 und 1815*. Bd. 6. Erlangen ²1836, 1–122.

² JEZIERSKI, A./LESZCZYŃSKA, C.: *Historia gospodarcza Polski*. Warszawa 2003, 121; TREUE, W.: *Wirtschaftszustände und Wirtschaftspolitik in Preußen 1815–1825*. Stuttgart 1937 (Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 31), 13–21; ZIMMERMANN, A.: *Die russisch-preußischen Handelsbeziehungen 1814–1833*. In: *Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich* 16 (1892), 333–380; RÖSKAU-RYDEL, I.: *Die Freie Stadt Krakau (1815–1846) und ihre Grenze zu Galizien*. In: AUGUSTYNOWICZ, C./KAPPELER, A. (Hg.): *Die galizische Grenze 1772–1867: Kommunikation oder Isolation?* Wien 2007, 143–156.

³ Übergreifend zu den Entwicklungen in den Teilungsgebieten: CHWALBA A.: *Historia Polski 1795–1918* [Geschichte Polens 1795–1918]. Kraków ²2005, 181–318; WANDYCZ, P. S.: *The Lands of Partitioned Poland 1795–1918*. Seattle ³1993, 65–154; BARDACH, J./SENKOWSKA-GLUCK, M. (Hg.): *Historia państwa i prawa Polski* [Geschichte von Staat und Recht Polens]. Bd. 3: *Od rozbiorów do uwłaszczenia* [Von den Teilungen bis zur Bauernbefreiung]. Warszawa 1981; KOROBOWICZ, A./

land verfolgte zunächst das Ziel, den Aufbau nationaler und konstitutioneller Strukturen im durch die Beschlüsse des Kongresses gewonnenen Gebiet sowie in der neu gegründeten Republik Krakau durchzusetzen, um dies als Grundlage innerrussischer Reformen und außenpolitischer Einflussnahme zu nutzen. Spätestens ab 1818 änderte sich allerdings die Ausrichtung der russischen Politik in Übereinstimmung mit Preußen und Österreich hin zu einer Eindämmung der konstitutionellen und nationalen Erwartungen. Während die österreichische Politik von Beginn an wenig Bereitschaft zu weitreichenden Zugeständnissen an die polnischen Eliten gezeigt hatte, waren in Preußen die politischen Entscheidungsträger zunächst davon ausgegangen, dass die in Wien gemachten Zusagen im Wesentlichen durch eine Verfassung für die Gesamtmonarchie mit Vertretungskörperschaften für die einzelnen Provinzen erfüllt werden könnten. Anfang der 1820er Jahre gab Preußen seine konstitutionellen Pläne jedoch auf.⁴

Die nach dem endgültigen Sieg über Napoleon im September 1815 gegründete Heilige Allianz der Monarchen, der mit Ausnahme von Großbritannien fast alle europäischen Staaten beigetreten waren, wurde unter maßgeblichen Einfluss des österreichischen Außenministers Clemens von Metternich zur Grundlage eines gesamteuropäischen Interessenausgleichs zwischen den Großmächten, der zugleich auf die Unterdrückung liberaler Verfassungs- sowie nationaler Unabhängigkeitsbewegungen zielte.⁵ Der griechische Unabhängigkeitskampf (1821–1830) und die Revolutionen in Frankreich,

WITKOWSKI, W.: *Historia ustroju i prawa polskiego (1772–1918)* [Polnische Verfassungs- und Rechtsgeschichte (1772–1918)]. Warszawa ⁴2009; KUTRZEBA, S.: *Historia ustroju polski w zarysie* [Verfassungsgeschichte Polens im Überblick]. Lwów ²1920, Bd. 3.1, 75–117, 179–216, 225–257, Bd. 3.2, 1–209; BARTAL, I.: *Geschichte der Juden im östlichen Europa. 1772–1881*. Göttingen 2010 [hebr. Orig. Tel Aviv 2002], 41–134; EISENBACH, A.: *Emancypacja Żydów na ziemiach polskich 1785–1870 na tle europejskim* [Die Judenemanzipation in den polnischen Ländern 1785–1870 vor europäischem Hintergrund]. Warszawa 1988 [engl. Übersetzung Oxford 1991].

⁴ Zur Entwicklung der russischen Polenpolitik vgl. THACKERAY, F. W.: *Antecedents of Revolution: Alexander I and the Polish Kingdom, 1815–1825*. New York 1980. Zum Wandel der preußischen Verfassungspolitik vgl. OBENAU, H.: *Anfänge des Parlamentarismus in Preußen bis 1848*. Düsseldorf 1984; KOSELLECK, R.: *Preußen zwischen Reform und Revolution. Allgemeines Landrecht, Verwaltung und soziale Bewegung von 1791 bis 1848*. München ²1975. Zu den Auswirkungen auf die polnischen Territorien Preußens vgl. HOLSTE, K.: *Landständige und nationale Partizipationsforderungen. Die Provinziallandtage Brandenburgs und Posens aus der Sicht adeliger Gutsbesitzer*. In: GEHRKE, R. (Hg.): *Aufbrüche in die Moderne. Frühparlamentarismus zwischen altständischer Ordnung und monarchischem Konstitutionalismus 1750–1850. Schlesien – Deutschland – Mitteleuropa*. Köln 2005, 269–296, hier 271–280.

⁵ SCHROEDER, P. W.: *The Transformation of European Politics, 1763–1848*. Oxford 1994 (Oxford History of Modern Europe), 583–804; PYTA, W. (Hg.): *Das europäische Mächtekoncert. Friedens- und Sicherheitspolitik vom Wiener Kongreß 1815 bis zum Krimkrieg 1853*. Köln 2009 (Stuttgarter historische Forschungen, 9); FAHRMEIR, A.: *Europa zwischen Restauration, Reform und Revolution 1815–1850*. München 2012 (Oldenbourg Grundriss der Geschichte, 41). Kritisch zur in der Forschung dominierenden Sicht auf die Politik Metternichs: SKED, A.: *Metternich and Austria. An Evaluation*. Basingstoke 2008.

Belgien sowie einigen Staaten des deutschen Bundes (1830/31) untergruben allerdings diese Übereinkunft der Großmächte. Im östlichen Europa festigte sich das Mächtesystem der Restauration nach der Niederschlagung des polnischen Novemberaufstandes von 1830/31 (→ III. D) erneut. Erst die Revolutionen von 1848 (→ III. F) und der Krimkrieg von 1853 bedeuteten das Ende der grundsätzlichen Zusammenarbeit der Mächte, ohne allerdings ihre Übereinkunft hinsichtlich der Aufrechterhaltung der Teilungen Polens grundlegend infrage zu stellen (→ V. A).

Das Königreich Polen (Kongresspolen) bis 1830

Als einziges polnisches Gebiet nach dem Wiener Kongress besaß das Königreich Polen eine eigene Verfassung. Die Verfassung wurde von Polen entworfen und nicht von einer fremden Macht diktiert, auch wenn sie vom russischen Kaiser Alexander I. redigiert und am 27. November 1815 in Kraft gesetzt wurde.⁶ Es war ein bemerkenswert liberales Dokument, das persönliche Freiheit, Gleichheit vor dem Gesetz, den Schutz des Eigentums und sogar die Pressefreiheit gewährte. Die offizielle Sprache im Königreich war Polnisch, und alle Verwaltungen, Gerichte und auch das Parlament (der Sejm) sollten diese Sprache verwenden. Die Verfassung erkannte die Religionsfreiheit an, bestätigte aber zugleich die Sonderrolle der römisch-katholischen Kirche. Nur Polen durften offizielle Ämter bekleiden (auch in der Armee), allerdings war ein Verfahren zur »Naturalisierung« vorgesehen. Das Wappen des Königreichs war symbolisch und zeigte den zweiköpfigen Romanov-Adler, auf dem ein kleinerer, weißer polnischer Adler prangte.

Die Verfassung legte auch ein legislatives System fest, das sich jedoch vom modernen Standpunkt aus zu sehr auf die vom Monarchen eingesetzte Exekutive stützte. Die Nationalrepräsentation, der Sejm, bestand aus Senat und Abgeordnetenversammlung und hatte das Recht zur Beratung über alle Zivil-, Straf- und Verwaltungsgesetze, über den Staatshaushalt und über neue Steuern. Auch Fragen der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen konnten vor die Legislative gebracht sowie Minister und Verwaltungsbeamte

⁶ *Ustawa Konstytucyjna Królestwa Polskiego* [Verfassungsgesetz des Königreichs Polen] (parallel der französische Text unter dem Titel: *Charte Constitutionnelle de Royaume de Pologne*), in: *Dziennik Praw Królestwa Polskiego* 1 (1816), Nr. 1, 2–103. Deutsche Übersetzung in: PÖLITZ, K. H. (Hg.): *Die europäischen Verfassungen seit dem Jahre 1789 bis auf die neueste Zeit*. Bd. 3. Leipzig 21833 [Nachdr. Hildesheim 1999], 24–33. Zur Verfassung vgl. IZDEBSKI, H.: *Ustawa konstytucyjna Królestwa Polskiego z 1815 r.* [Das Verfassungsgesetz des Königreichs Polen von 1815]. In: KALLAS, M. (Hg.): *Konstytucje Polski: Studia monograficzne z dziejów polskiego konstytucjonalizmu* [Die Verfassungen Polens: Monografische Studien zur Geschichte des polnischen Konstitutionalismus]. Warszawa 1990, Bd. 1, 185–232; AJNENKIEL, A.: *Historia sejmu polskiego* [Geschichte des polnischen Sejms]. Bed. 2.1: *W dobie rozbiorów* [In der Teilungszeit]. Warszawa 1989, 29–66. Zu Recht und Verwaltung vgl. STANKIEWICZ, Z.: *Królestwo Polskie 1815–1863* [Das Königreich Polen 1815–1863]. In: BARDACH/SENKOWSKA-GLUCK: *Historia* (Anm. 3), 168–469.

wegen Gesetzesverstößen angeklagt werden. Der Senat bestand aus bis zu 63 Mitgliedern, darunter die Prinzen der Familie des Königs und Kaisers sowie vom König zu Senatoren ernannte Bischöfe (neben katholischen auch ein Bischof der griechisch-unierten Kirche), Wojewoden und Kastellanen, wobei die vom Senat zur Ergänzung frei werdender Plätze vorgeschlagenen Wojewoden und Kastellane Grundbesitzer sein mussten, die eine jährliche Steuer von mindestens 2000 złoty zahlten. Zur Abgeordnetenkammer wurden 77 Abgeordnete (*posłowie*) von den Kreisversammlungen des grundbesitzenden Adels (*sejmiki*) gewählt und weitere 51 Deputierte (*deputowani*) von den Gemeindeversammlungen, auf denen die nichtadligen Grundsteuerzahler, wohlhabende Fabrikanten und Handwerker, Geistliche, Professoren und Lehrer sowie besonders ausgezeichnete Künstler Stimmrecht hatten.

Ein Hinweis auf die praktische Schwäche der Legislative war die Tatsache, dass der geltende Staatshaushalt für eine weitere Legislaturperiode fortgalt, wenn kein neuer beschlossen wurde. In der Praxis waren die Aufgabenbereiche der Legislative eng und beschränkten sich hauptsächlich auf die Zivil- und Strafgesetzgebung. Selbst hier wurde jedoch die Effektivität der Legislative dadurch geschmälert, dass sie nur alle zwei Jahre für gerade einmal dreißig Tage zusammentrat. Da nur die Exekutivorgane der Regierung mehr oder weniger pausenlos tagten, konnte die Legislative kaum mehr sein als ein lästiger Spielverderber für unbeliebte Politiken und Praktiken.⁷

In ihrem historischen Kontext gesehen kann die Verfassung von 1815 dennoch als relativ liberal gelten. Bei aller Schwäche garantierte sie den Einwohnern des Königreichs die Grundrechte. Zwar überwog die Macht der Exekutive jene der Legislative bei weitem, doch konnten der König und sein Vizekönig nicht einfach unkontrolliert regieren, ohne den Willen des Volkes – oder zumindest der polnischen Eliten – zu berücksichtigen. Das Wahlrecht bevorzugte sicherlich die Reichen und den Adel, doch die Gemeindeversammlungen ermöglichten es weniger wohlhabenden Einwohnern zumindest, einen gewissen Einfluss auf die Regierungspolitik auszuüben. Die wohl größte Schwäche der Verfassung war eher ein externes Problem: Wie konnte eine konstitutionelle Ordnung in einem Staat funktionieren, dessen Staatsoberhaupt zugleich autokratischer Herrscher eines weit größeren Reiches war?

Die offensichtlichste Verbindung zwischen dem Königreich Polen und dem Russischen Reich war die Person des polnischen Königs und russischen Kaisers.⁸ Die Verfassung legte eindeutig fest, dass der König in Person die Regierung verkörperte. Der König besaß das Recht, Krieg zu erklären, ja die gesamte Außenpolitik zu führen, und

⁷ STANKIEWICZ: *Królestwo Polskie* (Anm. 6), 469–579.

⁸ Zur Problematik der Verbindung zwischen Russland und dem Königreich Polen vgl. THADEN, E.: *Russia's Western Borderlands 1710–1870*. Princeton 1984, 63–80; ASKENAZY, S.: *Sto lat zarządu w Królestwie Polskim 1800–1900* [100 Jahre Regierung im Königreich Polen 1800–1900]. Lwów 1903, 28–42; ZERNACK, K.: *Polen und Rußland. zwei Wege in der europäischen Geschichte*. Berlin 1994, 295–337.

er konnte in die Verhandlungen des polnischen Sejms eingreifen, wenn er es wünschte. In der Praxis wurde der König in Warschau von seinem Statthalter (*namestnik*) vertreten, den er persönlich ernannte. Dem Statthalter stand ein Verwaltungsrat (*rada administracyjna*) zur Seite, der aus ihm selbst sowie fünf Ministern und zehn Staatsräten bestand. Der Rat hatte das Recht, neue Gesetzesprojekte zu formulieren und Beamte vor Gericht zu stellen, wobei das Recht zur Verurteilung der höchsten Beamten beim Senat lag. Der Statthalter hatte in jeder Angelegenheit das letzte Wort und seine Entscheidungen wurden von den fünf Ministern gegengezeichnet. Letztlich bildete der Rat das Exekutivorgan des Statthalters und seines Vorgesetzten, des Königs.

Der erste Statthalter war General Józef Zajączek, der sich bereits in der Konföderation von Bar militärisch engagiert, danach in den Armeen des Osmanischen Reiches, Frankreichs und Polen-Litauens gekämpft und zuletzt in den Polnischen Legionen und den Streitkräften des Herzogtums Warschau führende Positionen bekleidet hatte. Allerdings hatte er kaum Erfahrungen in zivilen Angelegenheiten und konnte sich häufig mit dem weiterhin einflussreichen Fürsten Adam Jerzy Czartoryski nicht einigen. Als Zajączek 1826 starb, ernannte der im selben Jahr zum Kaiser gekrönte Nikolaus I. keinen neuen Vertreter, weshalb seine Pflichten vom zum Interimspräsidenten des Verwaltungsrates ernannten Walenty Sobolewski übernommen wurden, was die Befugnisse des Rates stärkte.

Das Königreich bestand aus acht Wojewodschaften, die der Zentrale unterstellt waren.⁹ In jeder Wojewodschaft wurde die Verwaltung von einer Wojewodschaftskommission (*komisja wojewódzka*) mit fünf Abteilungen geleitet – für Religion und Bildung, Verwaltung, Polizei, Militär und Finanzen. Nach 1817 wurden die Aufgaben der Wojewodschaftskommissionen ausgeweitet; sie durften nun auch bei Verwaltungsstreitigkeiten entscheiden. Zu den Aufgaben der Kommissionsmitglieder gehörten auch das Eintreiben der lokalen Steuern und die Zusammenarbeit mit den Militärbehörden, um Rekruten auszuheben und Soldaten einzuquartieren. Die Wojewodschaften besaßen als Selbstverwaltungsorgane Wojewodschaftsräte, die die Regionalverwaltung berieten und Kandidaten für die Gerichte erster Instanz vorschlugen. Die Kreisversammlungen der grundbesitzenden Adligen wählten zwei Ratsmitglieder, die Gemeindeversammlungen eines. In der Praxis konzentrierte sich jedoch fast die gesamte Gewalt in der Zentrale, und die regionale Ebene hatte nur sehr wenige Befugnisse.

Im Königreich wurde auch eine neue Städteordnung erlassen. An der Spitze der Stadtregierungen standen der Bürgermeister (*burmistrz*) und die Schöffen (*ławnicy*),

⁹ Zur Lokal- und Regionalverwaltung vgl. WASIUTYŃSKI, B.: *Administracja lokalna Królestwa Polskiego (1807–1905) wobec samorządu ziemskiego* [Die Lokalverwaltung des Königreichs Polen (1807–1905) und die ländliche Selbstverwaltung]. Warszawa 1906; SULIGOWSKI, A.: *Istoričeskaja zapiska ob upravlenii gorodami v Tsarstve Pol'skom* [Historische Notizen über die Verwaltung der Städte im Königreich Polen]. Varšava 1906.

außer in den größeren Städten (darunter den Hauptstädten der Wojewodschaften), wo diese Funktionen von einem Präsidenten (*prezydent*) und Ratsherren (*radni*) ausgeübt wurden. Keiner dieser Amtsträger wurde gewählt; sie wurden vielmehr von den vorgeetzten Stellen ernannt. Die Verwaltung in den ländlichen Gebieten wurde wie im Herzogtum Warschau von Wojts (*wójtowie*) ausgeübt, die jeweils für einen Gutsbezirk einschließlich der zugehörigen Landgemeinden zuständig waren. Diese – auf Deutsch auch als Vögte oder Schultheißen bezeichnet – waren zwar staatliche Amtsträger, aber die Besetzung der Stellen erfolgte meist auf Vorschlag der jeweiligen Gutsbesitzer, die häufig die Funktion selbst übernahmen.

Die Teilungen und die napoleonischen Kriege hatten die bestehenden Verwaltungsgrenzen der katholischen Kirche unzeitgemäß werden lassen.¹⁰ Die sechs bei den Teilungen von Russland einverleibten Diözesen unterstanden dem Erzbischof des heute in Weißrussland gelegenen Mogilew. Nach der Bildung des Königreichs Polen war eine deutliche Veränderung der Kirchenverwaltung nötig, um dem neuen *status quo* gerecht zu werden. Deshalb wurde das Erzbistum Warschau gegründet, das den sieben Diözesen des Königreichs vorstand; der Erzbischof von Warschau führte seit 1818 auch den Titel eines Metropoliten. Während sich die Verwaltungsgrenzen innerhalb des Königreichs Polen (wie auch der Staatsname selbst) nach 1863 radikal veränderten, blieb die Kirchenverwaltung während des folgenden Jahrhunderts weitgehend unverändert.

Die politischen Rechte und Garantien der Verfassung von 1815 betrafen nicht die rund 300000 im Königreich lebenden Juden.¹¹ Czartoryski hatte einen russischen Vorschlag abgelehnt, allen Juden die bürgerlichen Rechte zu verleihen – nur Juden von einigem Wohlstand und mit einer gewissen Bildung sollten auch politische Rechte erhalten. Czartoryski argumentierte einfach und wenig originell: Erst wenn die Juden »zivilisiert« sein würden (sich also unter anderem etwas akkulturiert und Kenntnisse der polnischen Sprache erworben hätten), könnten ihnen Rechte zugestanden werden. In vielerlei Hinsicht verschlechterten sich die Lage der Juden nach 1815 im Vergleich zum Herzogtum Warschau. Den zahlreichen gesetzlichen und wirtschaftlichen Beschränkungen wurden neue hinzugefügt. Eine Reihe von Städten im Königreich besaß weiterhin auch mittelalterliche

¹⁰ KUMOR, B.: *Ustrój i organizacja kościoła polskiego w okresie niewoli narodowej (1772–1918)* [Verfassung und Organisation der polnischen Kirche in der Zeit der nationalen Unfreiheit (1772–1918)]. Kraków 1980, 42–46.

¹¹ EISENBACH, A.: *Prawa obywatelskie i honorowe Żydów w Królestwie Polskim (1790–1861)* [Die Bürger- und Ehrenrechte der Juden im Königreich Polen (1790–1861)]. In: KULA, W. (Hg.): *Spółczesność Królestwa Polskiego* [Die Gesellschaft des Königreichs Polen]. Bd. 1. Warszawa 1965, 237–300; SHATZKY, J.: *Gešichte fun jidn in Warše* [Geschichte der Juden in Warschau]. Bd. 1. New York 1947; KIRSZROT, J.: *Prawa Żydów w Królestwie Polskiem: Zarys historyczny* [Die Rechte der Juden im Königreich Polen: Historischer Abriss]. Warszawa 1917; HENSEL, J.: *Polnische Adelsnation und jüdische Vermittler 1815–1830. Über den vergeblichen Versuch einer Judenemanzipation in einer nicht emanzipierten Gesellschaft*. Wiesbaden 1983; DYNNER, G.: *Yankel's tavern. Jews, Liquor, and Life in the Kingdom of Poland*. Oxford 2014.

Privilegien, die es ihnen erlaubten, die Niederlassung von Juden zu begrenzen – darunter auch Kielce und Warschau. Juden lebten zwar in Warschau, durften aber nicht in bestimmten Straßen wohnen, und ihre rechtliche Lage war stets unsicher, bis ihnen 1862 gleiche Rechte wie der christlichen Bevölkerung zugestanden wurden.

Das Bildungswesen des Königreichs Polen wurde im ersten Jahrzehnt nach 1815 stark ausgebaut und die Bildung sollte auf allen Ebenen in polnischer Sprache erfolgen.¹² Davon unberücksichtigt blieb natürlich das bereits existierende, gut entwickelte jüdische Bildungssystem, das weiter bestand, ohne dass die Regierung hier eine starke Aufsicht ausübte oder Einfluss nahm. Bis 1821 wurde eine große Zahl neuer polnischer Elementarschulen eröffnet – die Zahl der Schulen stieg von 720 auf 1222. Von diesen wurden in den nächsten Jahren allerdings viele wieder geschlossen. Höhere Schulen, wie das Lehrerinstitut in Łowicz und die neu gegründete Bergwerksakademie in Kielce wurden ebenso unterstützt wie Handwerksschulen. Die wichtigste höhere Bildungseinrichtung war jedoch die Universität Warschau, die 1816 durch einen königlichen Erlass gegründet wurde. Die Universität hatte fünf Fakultäten – eine mathematisch-philosophische, eine juristische, eine medizinische, eine naturwissenschaftliche sowie eine für die schönen Künste; 1823 besaß ihre Bibliothek über 100 000 Bände. In der kurzen Zeit bis 1830 machten hier 1254 Studenten ihren Abschluss.

Die Westgouvernements Russlands

Die Situation in den östlichen Regionen des einstigen polnisch-litauischen Reiches unterschied sich stark von jener des Königreichs Polen. Czartoryski hatte sich sehr dafür eingesetzt, diese Gebiete dem mit Russland in Personalunion verbundenen polnischen Staat anzuschließen, jedoch ohne Erfolg.¹³ Noch in den frühen 1860er Jahren ersuchten lokale (polnische) Adelsversammlungen den Kaiser um eine administrative Verbindung mit der »Krone« (wie das Königreich genannt wurde), eine Reform, die für den Kaiser nie in Frage kam. Für St. Petersburg galten diese Gebiete unbestreitbar als »russisch« – trotz der sprachlich-kulturellen Differenz ihrer Bevölkerung zum Rest des Reiches. Der russische Standpunkt war zumindest aus der eigenen Perspektive berechtigter als der polnische, selbst wenn man auf eine für das frühe 19. Jahrhundert anachronistische Weise die Ethnizität als Argument anführt. Um es vereinfacht auszudrücken: soziale Klassen und Ethnizität waren weitgehend kongruent, da unter den Landbesitzern Polen

¹² ZGÓRNIAK, M.: *Polska w czasach walk o niepodległość* [Polen während der Unabhängigkeitskämpfe]. Kraków 2001, 34; WROCZYŃSKI, R.: *Dzieje oświaty polskiej* [Geschichte des polnischen Bildungswesens]. Bd. 2: 1795–1945, Warszawa ²1996, 46–77; WAWRYKOWA, M.: *Uniwersytet Warszawski w latach 1816–1831* [Die Warschauer Universität in den Jahren 1816–1831]. In: KIENIEWICZ, S. (Hg.): *Dzieje Uniwersytetu Warszawskiego 1807–1915* [Die Geschichte der Warschauer Universität]. Warszawa 1981, 60–200.

¹³ MOŚCICKI, H.: *Pod berłem carów* [Unter dem Szepter der Zaren]. Warszawa 1924, 77–101.

dominierten, die Handel treibende Mittelklasse größtenteils aus Juden bestand und die Bauern, je nach Region, aufgrund ihrer Sprache als Ukrainer und Weißrussen (bei beiden handelte es sich für St. Petersburg um »Russen«) oder als Litauer bezeichnet werden können. Unter den ökonomisch-politischen Eliten – den Güter besitzenden Adligen – dominierten polnische Sprache und Kultur sowie die Zugehörigkeit zur römisch-katholischen Konfession.¹⁴

Zwar glaubten die Regierungskreise in St. Petersburg fest daran, dass diese Länder »russisch« seien, und verwiesen zur Begründung ihrer Ansprüche auf historische Argumente sowie darauf, dass die Mehrzahl der (bäuerlichen) Bevölkerung, abgesehen von den Litauern, »Russen«, das heißt Weiß- und Kleinrussen (Ukrainer) seien. Aber die russischen kaiserlichen Beamten wagten aus gesellschaftspolitischen Gründen nicht, den adligen und damit polnischen Einfluss in der Region zu brechen. Vielmehr bevorzugten sie nach 1815 und in vielerlei Hinsicht noch bis 1863 die polnischen grundbesitzenden Adligen und erlaubten ihnen, wie auch den russischen adligen Gutsbesitzern, ihre Interessen zu verfolgen. Viele Polen dienten in den lokalen Institutionen des Staates, obgleich die höchsten Stellen – Gouverneure, Vizegouverneure und ähnliche – Russen vorbehalten waren. Anders als das Königreich Polen besaßen die neun russischen Gouvernements auf dem Gebiet des früheren Polen-Litauens keinen besonderen Autonomiestatus.¹⁵

An wenigen Orten Europas waren Juden in so großer Zahl präsent wie in den ehemals polnischen Gebieten des Russischen Reiches.¹⁶ Städte und Dörfer hatten fast immer einen beträchtlichen Anteil jüdischer Einwohner, und Juden machten in kleineren

¹⁴ BEAUVOIS, D. (Hg.): *Les Confins de l'ancienne Pologne: Ukraine, Lituanie, Biélorussie: XVIe–XIX siècles*, Lille 1988; DERS.: *Pouvoir russe et noblesse polonaise en Ukraine. 1793–1830*. Paris 2003 – poln. Übersetzung enthalten in: DERS.: *Trójkąt ukraiński. szlachta, carat i lud na Wołyniu, Podolu i Kijowszczyźnie 1793–1914* [Ukrainisches Dreieck. Adel, Zarentum und ländliche Bevölkerung in Wolynien, Podolien und Kiewer Land 1793–1914]. Lublin 2005; MOŚCICKI, H.: *Sprawa włościańska na Litwie w pierwszej ćwierci XIX w.* [Die Bauernfrage in Litauen im ersten Viertel des 19. Jh.]. In: DERS.: *Pod znakiem orła i pogoni* [Unter den Zeichen des Adlers und des Reiters]. Warszawa 1915, 9–90; STANKIEWICZ, Z.: *Sytuacja prawna Polaków na Litwie, Białorusi i Ukrainie 1772–1863* [Die rechtliche Lage der Polen in Litauen, Weißrussland und in der Ukraine 1772–1863]. In: BARDACH/SENKOWSKA-GLUCK: *Historia* (Anm. 3), Bd. 3, 834–860; GANZENMÜLLER, J.: *Russische Staatsgewalt und polnischer Adel. Elitenintegration und Staatsausbau im Westen des Zarenreiches (1772–1850)*. Köln 2013.

¹⁵ SNYDER, T.: *The Reconstruction of Nations*. New Haven 2003, 26–30; KUTRZEBA: *Historia ustroju* (Anm. 3), Bd. 3.1, 179–218.

¹⁶ Zur Situation der jüdischen Bevölkerung vgl. EISENBACH: *Emancypacja* (Anm. 3), 162–172; KLIER, J.: *Russia Gathers Her Jews: Origins of the »Jewish Question« in Russia, 1772–1825*. DeKalb, Ill. 1986; GREENBERG, L.: *The Jews in Russia*. New York 1976, 29–55; BEAUVOIS, D.: *Polish-Jewish Relations in the Territories Annexed by the Russian Empire in the First Half of the Nineteenth Century*. In: ABRAMSKY, CH./JACHIMCZYK, M./POLONSKY, A. (Hg.): *The Jews in Poland*. Oxford 1986, 78–90; ATAMUKAS, S.: *Lietuvos žydų kelias* [Der Weg der litauischen Juden]. Vilnius 2001.

Städten oft sogar die Mehrzahl der Bürger aus. Dies war das klassische Land der *schtetl*, der Judenstädte. Das Russische Reich hatte diese Gebiete – und ihre jüdische Bevölkerung – im Zuge der Teilungen Polens im späten 18. Jahrhunderts erworben und erst langsam Instrumente zum Umgang mit diesen nichtchristlichen Untertanen entwickelt (→ II. A). Vereinfacht gesagt schwankte die russische Politik im frühen 19. Jahrhundert zwischen anfänglichen Ansätzen zu einer Integration der Juden in moderne staatliche Strukturen, dem gleichzeitigen Bestreben, ihr Siedlungsgebiet zu begrenzen, und im Laufe der Zeit zunehmenden Eingriffen in die Erwerbsgrundlagen und sozialen Strukturen der jüdischen Bevölkerung. Die Ansiedlung von Juden war auf den so genannten »Ansiedlungsrayon« (*čerta osedlosti*) begrenzt, der zum Großteil aus den neun Gouvernements bestand, die Russland im Zuge der Teilungen Polen-Litauens erworben hatte. Die Politik gegenüber der jüdischen Bevölkerung beruhte sowohl auf einer irrationalen Furcht vor den nichtchristlichen Juden als auch auf dem Wunsch, die christlichen Kaufleute und Handwerker vor jüdischer Konkurrenz zu »schützen«. Regierungspolitik und jüdische Sitten trugen dazu bei, dass die Juden von ihren christlichen Nachbarn getrennt blieben. Abgesehen von einigen wenigen wohlhabenden Familien unterschied sich das jüdische Leben hier in den 1840er Jahren kaum von der Vorteilungszeit, was allerdings auch von den christlichen Bauern gesagt werden konnte.

Auch im Bildungswesen waren die russischen Behörden kaum daran interessiert, den lokalen Völkern ihre Sprache und Kultur aufzudrängen.¹⁷ Im Gegenteil beschwerten sich russische Nationalisten damals und später erbittert, die Polen – oft in Gestalt katholischer Priester – seien ausgezogen, um »Polonität« zu verbreiten. In Wahrheit gab es nur sehr wenige Elementarschulen und diese wurden meist von den Kirchen unterhalten (was in diesem Zeitraum in Europa nicht unüblich war). Die mittleren und höheren Schulen waren fast immer der Erziehung von Kindern der Elite vorbehalten. Mit wenigen Ausnahmen blieben die litauisch-, weißrussisch- und ukrainischsprachigen bäuerlichen Schichten Analphabeten und beteiligten sich bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts und zum Teil sogar noch später nicht an den sich formierenden Nationalbewegungen. Das am weitesten entwickelte Schulwesen war das jüdische, das auf religiöse Unterweisung, nicht auf weltliche oder wirtschaftliche Ausbildung ausgerichtet war. Theoretisch gesehen – doch oft auch in der Praxis – lernte jeder männliche Jude wenigstens so viel Hebräisch, dass er für seine Bar-Mitzwa eine Passage der Thora le-

¹⁷ Zum Bildungswesen vgl. BEAUVOIS, D.: *Lumières et société en Europe de l'Est: L'Université de Vilna et les écoles polonaises de l'Empire russe, 1803–1832*. 2 Bde. Lille 1977 – überarbeitete und erweiterte poln. Fassung: *Wilno. Polska stolica kulturalna zaboru rosyjskiego 1803–1832* [Wilna. Polnische Kulturhauptstadt des russischen Teilungsgebietes 1803–1832]. Wrocław 2010; POGODIN, A.: *Vilenskij učebnyj okrug 1803–1831* [Der Wilnaer Schulbezirk 1803–1831]. St. Petersburg 1901; ZASZTOWT, L.: *Kresy 1832–1864. Szkolnictwo na ziemiach litewskich i ruskich dawnej Rzeczpospolitej* [Die Grenzländer 1832–1864. Das Schulwesen in den litauischen und ruthenischen Gebieten der alten Rzeczpospolita]. Warszawa 1997.

sen konnte. Die Umgangssprache des Volks, das Jiddische, wurde einer intellektuellen Beschäftigung nicht für wert befunden, doch erschienen Veröffentlichungen auch in dieser Sprache, meist für ein weibliches Publikum. Das Verwaltungszentrum der Nordwestregion, Wilna (jiddisch Wilne), war ein jüdisches Bildungs- und Verlagszentrum – das »litauische Jerusalem« (*Yerushalayim deLita*).

Wilna war auch ein Zentrum der polnischen Kultur. Insbesondere die von Alexander I. 1803 gegründete Universität war eine vorrangig polnische Einrichtung. Der polnische Nationaldichter Adam Mickiewicz studierte hier, und Studenten der Universität bildeten eine Reihe von konspirativen Kreisen, die auch während des Aufstands von 1830/31 eine Rolle spielten. Wilna war zugleich ein Zentrum des Buchdrucks, sowohl auf Polnisch wie auch auf Hebräisch (in einem gewissen Maße auch auf Jiddisch). Während also die Russen bei den hohen Beamten dominierten und die Stadt die »Heimat« vieler russischer Soldaten war, konnte sie keineswegs als »russisch« angesehen werden. Das galt auch für das Hinterland, wo die Elite von Witebsk bis Podolien polnisch sprach und häufig auf eine zukünftige Wiederherstellung der polnisch-litauischen Union hoffte.¹⁸

Die Folgen des Novemberaufstandes im russischen Teilungsgebiet

Von Anfang an kam es zu Spannungen zwischen dem konstitutionellen Status des Königreichs Polen und der vom König und Kaiser ausgeübten autokratischen Herrschaft. Doch solange Alexander I. lebte, schienen diese Reibungen die Beziehungen zwischen Warschau und St. Petersburg nicht ernsthaft zu gefährden. Nach 1825, unter dem strengen und Polen gegenüber feindlich eingestellten Nikolaus I., lagen die Dinge anders. Trotz seines Konservatismus wollte Nikolaus die Polen nicht offen gegen sich aufbringen und ließ sich 1829 zum König von Polen krönen. Im nächsten Jahr berief er den Sejm ein.

Auf die Revolutionen von 1830 in Paris und Brüssel beabsichtigte Nikolaus I. scharf zu reagieren. Als er von der Krise in Belgien erfuhr, ordnete er an, neben der russischen auch die polnische Armee für ein mögliches Eingreifen in Westeuropa vorzubereiten. Es war womöglich dieses Vorgehen, das den Aufstand vom November 1830 auslöste, auch wenn nicht gesagt werden kann, dass Nikolaus gegen die Verfassung handelte. Als König von Polen und Oberbefehlshaber der polnischen Armee hatte er das verfassungs-

¹⁸ MANELIS, E./SAMAVIČIUS, R. (Hg.): *Vilniaus miesto istorijos skaitiniai* [Texte zur Geschichte von Vilnius]. Vilnius 2001, 363–376; RAN, L.: *Yerushalayim deLiṭa: ilustrirt̄ un doḳumentirt̄/Jerusalem of Lithuania: illustrated and documented*. New York 1974, 3 Bde.; AGRANOVSKIJ, G.: *Stanovlenie evreiskogo knigopečatanija v Litve* [Die Entstehung des jüdischen Buchdrucks in Litauen]. Vilnius 1994; JABLOŃSKA-ERDMANOWA, Z.: *Oświecenie i romantyzm w stowarzyszeniach młodzieży wileńskiej na początku XIX w.* [Aufklärung und Romantik in den Vereinigungen der Wilnaer Jugend zu Beginn des 19. Jahrhunderts]. Wilno 1931.

mäßige Recht, diese Armee einzusetzen, wo immer es für angemessen hielt. Wie dem auch sei, der Aufstand, der in der Nacht vom 29. auf den 30. November 1830 begann, erfasste das gesamte russische Teilungsgebiet Polen-Litauens einschließlich der nicht zum Königreich gehörenden östlichen Gebiete (→ III. D). Am 25. Januar 1831 beschloss der Sejm die Absetzung Nikolaus I. als polnischen Königs, da er seine in der Verfassung festgeschriebenen Pflichten und Verantwortlichkeiten verletzt habe. Doch der Aufstand war von kurzer Dauer und ohne ausländische Hilfe zum Scheitern verurteilt. Im Herbst 1831 war Warschau wieder fest in russischer Hand; in der Folgezeit gab es nur noch »Säuberungsaktionen«. ¹⁹ Zahllose Güter von »Verschwörern« wurden beschlagnahmt; tausende von Teilnehmern am Aufstand nach Sibirien und Russland deportiert, wenn sie nicht in den Westen flohen. Der wohl bekannteste Emigrant war Adam Jerzy Czartoryski, dessen Pariser Residenz, das Hôtel Lambert, zu einer Art polnischen Botschaft in Westeuropa wurde (→ III. E).

Nach 1831 wurden die meisten Autonomierechte des Königreichs Polen abgeschafft. Der Sejm wurde nicht mehr einberufen, die Verfassung außer Kraft gesetzt und am 22. Februar 1832 durch das sogenannte Organische Statut (*Statut organiczny*) ersetzt, das die Unterordnung des Königreichs unter das Russische Reich betonte. ²⁰ Die eigenständige polnische Armee wurde aufgelöst, die polnische Währung durch den russischen Rubel ersetzt und eine Zollgrenze errichtet, um polnische Manufakturzeugnisse vom russischen Markt fernzuhalten. Vor Gericht und in der Verwaltung wurde statt des Polnischen das Russische als offizielle Sprache eingeführt und die Universität Warschau wurde geschlossen. Das übrige Bildungswesen blieb allerdings polnischsprachig, wenn auch unter strenger zentraler Kontrolle. Zwar versprach das Organische Statut die Beibehaltung von bürgerlichen Rechten und Freiheiten, doch war dies ein leeres Versprechen. Als neuen Statthalter setzte Nikolaus Fürst Ivan Fiodorovič Paskevič ein, den Feldmarschall, der das aufständische Warschau erobert hatte. Er blieb die gesamte Amtszeit von Nikolaus I. auf dieser Position und starb ein Jahr nach seinem Herrscher, 1856.

Der Novemberaufstand von 1830 hatte sein Zentrum zwar in Warschau und im Königreich Polen, doch gab es auch in den östlich davon gelegenen Provinzen Russlands zahlreiche Konspirationen. Insbesondere aus der Universität Wilna gingen viele Auf-

¹⁹ LESLIE, R. F.: *Polish Politics and the Insurrection of November 1830*. London 1956; ZAJEWSKI, W.: *Powstanie listopadowe 1830–1831. Polityka – Wojna – Dyplomacja* [Der Novemberaufstand 1830–1831. Politik – Krieg – Diplomatie]. Toruń 2002.

²⁰ *Statut organiczny dla Królestwa Polskiego* [Organisches Statut für das Königreich Polen], 26. 2. 1832, in: *Dziennik Praw Królestwa Polskiego* 14 (1832), 160–249. Deutsche Übersetzung in: PÖLITZ: *Verfassungen* (Anm. 6), 36–44. Vgl. DEMIDOWICZ, T.: *Statut Organiczny z 1832 r.* [Das organische Statut]. In: KALLAS: *Konstytucje Polski* (Anm. 6), S. 293–315; BARDACH, J./LEŚNODORSKI, B./PIETRZAK, M.: *Historia ustroju i prawa polskiego* [Geschichte der polnischen Verfassung und des polnischen Rechts]. Warszawa ³1996, 369–371, 377–381.

ständischen hervor, obschon die Stadt stets fest in der Hand der russischen Regierung blieb.²¹ Militärische Schlachten wurden unter anderem bei Schaulen und Wilna geschlagen, und viele Städte, ganz zu schweigen von Gütern, wurden – wenn auch meist nur für kurze Zeit – von den »Revolutionären« beherrscht. So wie im Königreich war der Aufstand jedoch im September 1831 fast vollständig vom russischen Militär niedergeschlagen worden. Zwar litten viele Menschen unter den Repressionen nach dem Aufstand, doch anders als im Königreich Polen blieben die Verwaltung und der rechtliche Status dieser Region größtenteils unverändert.²² Die Beschlagnahme von Gütern und die Verbannung von ehemaligen Aufständischen und Mitgliedern geheimer Verbindungen schwächten zwar die polnische Hegemonie über die lokale Wirtschaft und Kultur, aber beseitigten sie nicht. Die russische Regierung versuchte – mit staatlichen Finanzhilfen – russische Grundbesitzer in der Region zu etablieren und zu unterstützen, doch waren diese Bemühungen inkonsequent und insgesamt unbedeutend.²³ Die energischen Vorschläge von Michail Nikolaevič Murav’ev,²⁴ der als Gouverneur zunächst von Mogilew, dann von Grodno an der Niederschlagung des Novemberaufstandes beteiligt war, für eine durchgreifende Russifizierung der Lokalverwaltung und der Schulen wurden von St. Petersburg ignoriert und erst nach Murav’evs Ernennung zum Generalgouverneur von Wilna während des Januaraufstandes 1863 wieder aufgegriffen (→ III. G).

Ein besonderes Ziel russischer Repressionen nach 1831 war hingegen der katholische Klerus. Viele Klöster wurden geschlossen und viele Pfarrer ausgewiesen. Ende der 1830er Jahre kehrten die verbliebenen mit der katholischen Kirche unierten Gemeinden griechischen Ritus’ in der Region »freiwillig« zur orthodoxen Kirche »zurück«, was als eine vor allem antipolnische Politik von örtlichen russischen Beamten angeregt und von ehrgeizigen unierten Geistlichen durchgeführt wurde.²⁵ Insgesamt war aber auch

²¹ RABINOWICZÓWNA, S.: *Wilno w powstaniu r. 1830–1831* [Wilna im Aufstand von 1830–1831]. Wilno 1932; SLIESORIŪNAS, F.: *1830–1831 metų sukilimas Lietuvoje* [Der Aufstand von 1830–1831 in Litauen]. Vilnius 1974.

²² WANDYCZ: *Lands* (Anm. 3), 105–131.

²³ BEAUVOIS, D.: *Le noble, le serf, et le révizor. la noblesse polonaise entre le tsarisme et les masses ukrainiennes (1831–1863)*. Paris 1985 – poln. Übersetzung enthalten in: DERS.: *Trójkąt ukraiński* (Anm. 16); GANZENMÜLLER: *Russische Staatsgewalt* (Anm. 16).

²⁴ MURAV’EV, M.: *Četyre političeskie zapiski grafa Michaila Nikolaeviča Murav’eva-Vilenskogo* [Vier politische Notizen von Graf Michail Nikolaevič Murav’ev-Vilenskoj]. In: *Russkij Archiv* 1885, 161–203.

²⁵ WINTER, E.: *Russland und das Papsttum*. Bd. 2. Berlin 1961 (Quellen und Studien zur Geschichte Osteuropas, 6,2), 223–247; MADEY, J.: *Kirche zwischen Ost und West. Beiträge zur Geschichte der ukrainischen und weißruthenischen Kirche*. München 1969 (Ukrainische Freie Universität – Monographien, 15), 130–137; KOLBUK, W.: *Kościół wschodnie na ziemiach dawnej Rzeczypospolitej 1772–1914* [Die Ostkirchen auf dem Gebiet des ehemaligen Polen-Litauen]. Lublin 1992, 21–25; WEEKS, T.: *Between Rome and Tsargrad: The Uniate Church in Imperial Russia*. In: GERACI, R. P./KHODARKOVSKY, M. (Hg.): *Of Religion and Empire. Missions, Conversion, and Tolerance in Tsarist Russia*. Ithaca, NY 2001, 70–91, hier 74–77.

nach den 1830er Jahren die kulturelle und wirtschaftliche Position der Polen in Weißrussland, Litauen und in der westlichen Ukraine sehr stark.

Der wohl größte einzelne Schlag gegen die polnische Nationalbewegung in dieser Region nach 1831 war die Schließung der Universität Wilna. Gewissermaßen als »Ersatz« für diese Universität wurde kurz danach in Kiew eine neue Universität eröffnet, die nach dem russischen Heiligen Wladimir benannt wurde. In den St. Petersburger Regierungskreisen wurde offensichtlich angenommen, dass in der weniger polnisch geprägten Stadt Kiew auch eine Universität weniger gefährlich sein würde.²⁶

Die Verwaltung des preußischen Teilungsgebietes

In den Verhandlungen des Wiener Kongresses setzte Preußen die Rückgewinnung eines beträchtlichen Teils jener polnischen Gebiete durch, die es in der napoleonischen Zeit verloren hatte.²⁷ Die Städte Danzig und Thorn mit ihrem Umland sowie das Kulmerland (*ziemia chełmińska*) wurden der Provinz Westpreußen angeschlossen, die bis auf den Kreis Marienwerder ebenfalls aus bis in das 18. Jahrhundert zu Polen-Litauen gehörenden Gebieten bestand, aber von der Verwaltung als altes preußisches Gebiet behandelt wurde.²⁸ Seit 1824 hatte die Provinz denselben Oberpräsidenten wie die Pro-

²⁶ BIELIŃSKI, J.: *Uniwersytet Wileński (1679–1831)* [Die Wilnaer Universität (1679–1831)]. Bd. 3. Kraków 1900; MOŚCICKI, H.: *Zniesienie Uniwersytetu Wileńskiego* [Die Auflösung der Universität Wilna]. In: DERS.: *Pod znakiem* (Anm. 14), 215–253; *Vilniaus universiteto istorija 1803–1940* [Die Geschichte der Universität Wilna 1803–1940]. Vilnius 1977; STOLZMAN, M.: *»Nigdy od ciebie miasto ...« Dzieje kultury wileńskiej lat międzypowstaniowych (1832–1863)* [»Nie von Dir, Stadt ...« Die Geschichte der Wilnaer Kultur in den Jahren zwischen den Aufständen (1832–1863)]. Olsztyn 1987.

²⁷ Zur preußischen Politik und zur Entstehung des deutsch-polnischen Nationalitätenkonfliktes: knappe, prägnante Interpretationen bei MOLIK, W.: *Die preußische Polenpolitik im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Überlegungen zu Forschungsstand und -perspektiven*. In: HAHN, H. H./KUNZE, P. (Hg.): *Nationale Minderheiten und staatliche Minderheitenpolitik in Deutschland im 19. Jahrhundert*. Berlin 1999, 29–39; MAKOWSKI, K. A.: *Polen, Deutsche und Juden und die preußische Politik im Großherzogtum Posen. Versuch einer neuen Sicht*. In: ebd., 51–60. Zur Diskussion vgl. auch BROZAT, M.: *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik*. Frankfurt am Main 1986; HAGEN, W. W.: *Germans, Poles, and Jews. The Nationality Conflict in the Prussian East, 1772–1914*. Chicago 1980, 71–117; ZERNACK, K.: *Polen in der Geschichte Preußens*. In: Büsch, O. (Hg.): *Handbuch der preußischen Geschichte*. Bd. 2: *Das 19. Jahrhundert und große Themen der Geschichte Preußens*. Berlin 1992, 377–448; ALVIS, R. E.: *Religion and the Rise of Nationalism. A Profile of an East-Central European City*. Syracuse, N. Y. 2005; KUCHARCZY, G.: *Zabory – »problem polski« w Prusach (na własne życzenie) [Teilungsherrschaft – das (selbstgeschaffene) »polnische Problem« Preußens*. In: NOWAK, A. (Hg.): *Historie Polski w XIX wieku [Geschichten Polens im 19. Jh.]*. Bd. 2: *Historie polityczne [Politische Geschichten]*. Teil 1. Warszawa 2013, 403–505.

²⁸ Allgemein zu Westpreußen und seiner Verwaltung vgl. OPGENOORTH, E. (Hg.): *Handbuch der Geschichte Ost- und Westpreußens*. Teil 3: *Von der Reformzeit bis zum Versailler Vertrag*. Lüneburg 1998; LABUDA, G. (Hg.): *Historia Pomorza* [Geschichte Pommerns (Provinzen Pommern und

vinz Ostpreußen, mit der sie 1829 zur Provinz Preußen vereinigt wurde (bis 1878). Aus dem westlichen, größeren Teil der Region Großpolen mit den Städten Posen und Bromberg, der 1815 ebenfalls an Preußen fiel, wurde das Großherzogtum Posen gebildet.²⁹ Nominell unterstand es zunächst einem eigenem Statthalter, dem polnischen Fürsten Antoni Radziwiłł, einem Verwandten des preußischen Königshauses. In der Praxis wurde das Großherzogtum allerdings wie die sonstigen preußischen Provinzen unter Koordination eines Oberpräsidenten durch sogenannte Regierungen verwaltet, die für je einen Regierungsbezirk (Posen und Bromberg) zuständig waren und den Berliner Ministerien unterstanden.

Im Jahre 1821 wurden die Verwaltungsgrenzen der katholischen Bistümer den neuen politischen Grenzen angepasst.³⁰ Das Gnesener Erzbistum, das bereits 1818 seine Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Königreichs Polen verloren hatte, wurde mit dem zum Erzbistum erhobenen Bistum Posen in Personalunion verbunden. Diesem zugeordnet war als Suffraganbistum die Diözese Kulm (Bischofssitz seit 1824 in Pelpin), deren Zuständigkeit auf den größten Teil Westpreußens ausgedehnt wurde. Die Diözese Breslau wurde aus dem Zuständigkeitsbereich des Gnesener Erzbistums gelöst und zum eigenständigen Erzbistum. Pläne der preußischen Verwaltung, das Erzbistum Gnesen vollständig aufzulösen und Posen sowie Kulm als Suffragane dem Erzbistum Breslau zuzuordnen, scheiterten am Widerspruch der Geistlichkeit und des Posener Statthalters.

Westpreußen und das in die Provinz Ostpreußen integrierte, ebenfalls früher zu Polen-Litauen gehörende Ermland wurden von der Verwaltung prinzipiell wie deutsche Provinzen behandelt. Den Einwohnern des Großherzogtum Posen sicherte der preußische König Friedrich Wilhelm III. hingegen entsprechend den Wiener Verträgen in

West-/Ost-Preußen)]. Bd. 3: 1815–1850. 2 Teilbde. Poznań 1993. GROEBEN, K. v.: *Provinz Westpreußen*. In: HEINRICH, G./HENNING, F.-W./JESERICH, K. G. A. (Hg.): *Verwaltungsgeschichte Ostdeutschlands 1815–1945. Organisation – Aufgaben – Leistungen der Verwaltung*. Stuttgart 1993, 259–346, BÄR, M.: *Die Behördenverfassung in Westpreußen seit der Ordenszeit*. Danzig 1912 [Nachdr. Hamburg 1989], 171–333.

²⁹ Zum Großherzogtum Posen allgemein und besonders zur Verwaltung vgl. KOZŁOWSKI, J.: *Wielkopolska pod zaborem pruskim w latach 1815–1918* [Großpolen unter preußischer Teilungsherrschaft in den Jahren 1815–1918]. Poznań 2006, 54–191; UNRUH, G.-C.: *Provinz (Großherzogtum) Posen*. In: HEINRICH/HENNING/JESERICH: *Verwaltungsgeschichte* (Anm. 28), 363–474; STREITER, K. H.: *Die nationalen Beziehungen im Grossherzogtum Posen (1815–1848)*. Bern 1986 (Geist und Werk der Zeiten, 71); WĄSICKI, J.: *Ziemie Polskie pod pruskim panowaniem. Wielkie Księstwo Poznańskie* [Polnische Länder unter preußischer Herrschaft. Das Großherzogtum Posen]. Poznań 1986; KARWOWSKI, S.: *Historia Wielkiego Księstwa Poznańskiego* [Geschichte des Großherzogtums Posen]. 3 Bde. Poznań 1918–1931. Detailreich, aber nationalistisch verzerrend: LAUBERT, M.: *Die Verwaltung der Provinz Posen*. Breslau 1923.

³⁰ KUMOR: *Ustrój* (Anm. 10), 101–103; STREITER: *Beziehungen* (Anm. 29), 48–52; WĄSICKI: *Ziemie Polskie* (Anm. 29), 187–190.

einem Zuruf 1815 den Erhalt ihrer Nationalität zu.³¹ Ihre Sprache sollte neben der deutschen in allen öffentlichen Verhandlungen verwendet werden und der Zugang zu allen öffentlichen Ämtern für alle qualifizierten Einwohner offen stehen. Die Worte »polnisch« oder »Polen« wurden dabei allerdings vermieden, wodurch Interpretationsspielraum blieb, was tatsächlich zugesichert wurde.

In der Praxis folgten auf die Einführung preußischer Gesetze und die Reorganisation der Verwaltung sowie des Gerichtswesens eine rasche Verdrängung der polnischen Beamten und ein Rückgang der Verwendung der polnischen Sprache bei den Behörden.³² Polnische Adlige protestierten mit mehreren Petitionen vergeblich gegen diese Entwicklung. Nur bei der Besetzung der den Kreisverwaltungen vorstehenden Landratsstellen wurden zunächst noch in größerer Zahl polnische Bewerber berücksichtigt. Zur Beratung lokaler Angelegenheiten wurden 1829 wie zuvor in den übrigen preußischen Provinzen Versammlungen der Kreisstände eingerichtet, an denen alle Gutsbesitzer sowie je drei Vertreter der in den Kreisen gelegenen Städte und Landgemeinden teilnehmen konnten. Die Kreisstände erhielten auch das Recht, im Kreis ansässige Gutsbesitzer als Kandidaten für den Landratsposten vorzuschlagen. Die ländliche Lokalverwaltung wurde wie bereits im Herzogtum Warschau über Wojtämter von den Gutsbesitzern kontrolliert.

Nach dem Ausbruch des Novemberaufstandes im benachbarten Königreich Polen (→ III. D), an dem sich viele polnische Adlige aus dem Großherzogtum beteiligten,³³ schlug die preußische Verwaltung einen offen gegen die polnischen Eliten gerichteten Kurs ein.³⁴ Unter dem Oberpräsidenten Eduard von Flottwell wurden die verbliebenen

³¹ *An die Einwohner des Großherzogtum Posens*. In: Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preussischen Staaten 1815, 47.

³² STREITER: *Beziehungen* (Anm. 29), 23–36; WAŚICKI: *Ziemie Polskie* (Anm. 29), 87–230, PAPROCKI, F.: *Kurs umiarkowany w polityce pruskiej wobec Wielkopolski w latach 1815–1830* [Der gemäßigte Kurs der preußischen Politik gegenüber Großpolen], In: JAKÓBCZYK, W. (Hg.): *Dzieje Wielkopolski* [Geschichte Großpolens]. Bd. 2: Lata 1793–1918 [Die Jahre 1793–1918]. Poznań 1969, 141–151; SCHLEIFF, R.: *Die Gerichtsorganisation im Großherzogtum Posen in den Jahren 1815–1834*. Diss. Greifswald 1917.

³³ WĘGLIŃSKI, W.: *Udział Wielkiego Księstwa Poznańskiego i Galicji w Powstaniu Listopadowym* [Die Beteiligung des Großherzogtums Posens und Galiziens am Novemberaufstand]. In: ZAJEWSKI, W. (Hg.): *Powstanie Listopadowe 1830–1831. Dzieje wewnętrzne, Militaria, Europa wobec powstania* [Der Novemberaufstand 1830–1831. Innere Geschichte, Militaria, Europa gegenüber dem Aufstand]. Warszawa 1980, 270–289; PAPROCKI, F.: *W okresie Powstania Listopadowego 1830–31* [In der Zeit des Novemberaufstandes 1830–31]. In: JAKÓBCZYK: *Dzieje Wielkopolski*, Bd. 2 (Anm. 32), 158–163.

³⁴ PAPROCKI, F.: *Wielkie Księstwo Poznańskie w okresie rządów Flottwella (1830–1841)* [Das Großherzogtum Posen in der Regierungszeit Flottwells (1830–1841)]. Poznań 1994, 62–206; STREITER: *Beziehungen* (Anm. 29), 59–69; LAUBERT, M.: *Der Flottwellsche Güterbetriebsfonds in der Provinz Posen. Ein Beitrag zur preußischen Polenpolitik und ostmärkischen Siedelungsgeschichte*. Breslau 1929.

polnischen Beamten aus ihren Ämtern gedrängt. Das Vorschlagsrecht von Kandidaten für die Landratsposten wurde abgeschafft und auch für die lokale ländliche Verwaltung wurden staatliche Beamte eingesetzt. Die städtische Selbstverwaltung wurde gesetzlich neu geregelt und die Agrarreformen, die die Bauern von den Gutsbesitzern unabhängiger machen sollten, wurden intensiv vorangetrieben. Ab 1833 wurde auch der größte Teil der verbliebenen Klöster geschlossen und ihr Besitz eingezogen. Der Gebrauch der polnischen Sprache in Justiz, Verwaltung und Schulwesen erfuhr weitere Einschränkungen und die Ansiedlung deutscher Gutsbesitzer wurde gezielt gefördert.

Die Spannungen zwischen Verwaltung und Bevölkerung wurden vertieft durch den sogenannten Mischehenstreit.³⁵ Während die preußische Gesetzgebung als Regelfall die Erziehung der Kinder in der Konfession des Vaters vorsah, beharrten Teile des katholischen Klerus auf einer katholischen Kindererziehung als Bedingung für die Einsegnung gemischtkonfessioneller Ehen. Die Auseinandersetzungen kulminierten in der Absetzung und Verhaftung des Kölner Erzbischofes 1837, der ein Jahr später dasselbe Vorgehen gegen den Erzbischof von Posen Marcin Dunin folgte.

Angesichts der angespannten Lage schlug die Verwaltung nach dem Regierungsantritt des neuen preußischen Königs Friedrich Wilhelm IV. 1840 vorübergehend einen gemäßigteren Kurs gegenüber der polnischen Bevölkerung ein.³⁶ Der Konflikt um die Mischehen wurde beigelegt und – ausgelöst von einer Beschwerdereihe des polnischen Grafen Edward Raczyński bei der Huldigung des neuen Königs – wurde eine stärkere Berücksichtigung der polnischen Forderungen angekündigt. Es erfolgte die Ablösung des Oberpräsidenten Flottwell, und der polnischen Sprache wurde in Verwaltung, Justiz und Bildungswesen wieder etwas mehr Raum eingeräumt. Vor allem endete die gezielte Förderung des Gutserwerbs durch Deutsche. Dies änderte allerdings aufgrund der im Vergleich zu den westlichen Provinzen Preußens niedrigen Güterpreise nichts daran, dass die Zahl deutscher Gutsbesitzer im Großherzogtum Posen weiter zunahm. Auch wurden weiterhin kaum Polen als Beamte angestellt und spätestens nach dem gescheiterten Aufstandsversuch von 1846 (→ III. F) endeten die Versuche zu einem Kompromiss zu gelangen.

Die einzige Institution, die den polnischen Eliten gestattete, ihre Ansichten gegenüber der Verwaltung und dem König (ab 1840 in eingeschränkter Form auch der Öff-

³⁵ KORYBUT-WORONIECKI, A.: *Państwo pruskie wobec Kościoła katolickiego w latach 1837–1842* [Der preußische Staat gegenüber der katholischen Kirche 1837–1842]. Toruń 2006; ŻYWCZYŃSKI, M.: *Der Posener Kirchenstreit in den Jahren 1837–40 und die »Kölner Wirren«: Ein Beitrag zu ihrer Geschichte und zur Geschichte der Politik Metternichs*. In: *Acta Poloniae Historica* 2 (1959), 17–41.

³⁶ KOZŁOWSKI: *Wielkopolska* (Anm. 29), 110–124; STREITER: *Beziehungen* (Anm. 29), 82–99; MOLIĆ, W.: *Edward Raczyński 1786–1845*. Poznań 1999, 178–180; PAPROCKI: *Wielkie Księstwo* (Anm. 34), 287–310; DERS.: *Nowy kurs po roku 1840* [Der neue Kurs nach 1840]. In: JAKÓBCZYK: *Dzieje Wielkopolski*, Bd. 2 (Anm. 32), 171–174.

fentlichkeit) zur Sprache zu bringen, war der Landtag.³⁷ Die gesetzlichen Grundlagen für diese ständische Vertretung des Großherzogtums wurden 1824 geschaffen; die erste Einberufung folgte drei Jahre später, weitere im Abstand von mehreren Jahren. Die Rechte des Provinziallandtages bestanden – wie in allen preußischen Provinzen – im Wesentlichen in der Formulierung von Gutachten zu Gesetzesvorlagen und in der Möglichkeit Petitionen an den König zu richten. Er setzte sich aus 24 (ab den 1840er Jahren 26) Vertretern der Gutsbesitzer, 16 Vertretern der Städte und acht Vertretern der Landgemeinden zusammen. Während vor allem polnische Adlige den Gutsbesitz repräsentierten, überwogen unter den Vertretern der Städte und Landgemeinden aufgrund der Vermögensvorschriften deutschsprachige Bürger und Bauern. Dennoch entwickelten sich die Provinziallandtage zu einem Forum, auf dem Forderungen der gemäßigten polnischen Nationalbewegung formuliert und an den König gerichtet wurden. In den 1840er Jahren wurden auch liberale und konstitutionelle Forderungen erhoben. Diese Zusammenarbeit der polnischen Nationalbewegung mit den meist deutschsprachigen, liberalen Eliten der Städte hielt bis zum Beginn der Revolution von 1848 (→ III. F) an. Auf den ab 1851 erneut einberufenen Provinziallandtagen verfügten die polnischen Abgeordneten aufgrund des wachsenden Grundbesitzes deutscher Zuwanderer über keine Mehrheit mehr und es kam auch nicht mehr zu einer politischen Zusammenarbeit mit der deutschen liberalen Bewegung. Generell hatte der Landtag an politischer Bedeutung verloren, da 1848 ein gesamtpreußisches Parlament eingerichtet worden war. Die polnischen Mitglieder des Abgeordneten- und Herrenhauses nutzten im Rahmen ihrer Verbindung im *Koło Polskie* (polnischer Abgeordnetenkreis) vor allem dessen Bühne zur Vertretung ihrer Forderungen.³⁸

³⁷ WOJCIESZAK, B.: *Z dziejów sejmów prowincjonalnego Wielkiego Księstwa Poznańskiego w latach 1827–1845* [Aus der Geschichte des Provinziallandtags des Großherzogtums Posen], in: *Poznański Rocznik Archiwalno-Historyczny* 10/11 (2004), 137–168; HOLSTE, *Participationsforderungen* (Anm. 4); WAŚICKI: *Ziemie Polskie* (Anm. 29), 231–282; Żychliński, L.: *Historia Sejmów Wielkiego Księstwa Poznańskiego* [Geschichte des Landtags des Großherzogtums Posen]. 2 Bde. Poznań 1867. Zu den politischen Strömungen in der polnischen Gesellschaft vgl. NODZYŃSKI, T.: *Naród i jego przyszłość w poglądach Polaków w Wielkim Księstwie Poznańskim 1815–1850* [Die Nation und ihre Zukunft aus der Sicht der Polen im Großherzogtum Posen 1815–1850]. Zielona Góra 2004.

³⁸ TRZECIAKOWSKI, L.: *Posłowie polscy w Berlinie 1848–1928* [Die polnischen Abgeordneten in Berlin 1848–1928]. Warszawa 2003; JAKÓBCZYK, W.: *Działalność polska w sejmie i w kraju* [Die polnischen Aktivitäten im Parlament und im Land]. In: DERS.: *Dzieje Wielkopolski*, Bd. 2 (Anm. 32), 328–339; KOMIEROWSKI, R.: *Koło Polskie w Berlinie 1847–1860* [Der polnische Abgeordnetenkreis in Berlin]. Poznań 1910.

Beschleunigter gesellschaftlicher Wandel im preußischen Teilungsgebiet

Die Übertragung der preußischen Agrar- und Gewerbe-reformen auf die 1815 erworbenen polnischen Gebiete führte allmählich zur Auflösung der traditionellen Wirtschafts- und Sozialstrukturen (→ III. B). Vor allem für die ländliche Gesellschaft bedeutete die Zunahme sowohl freier bäuerlicher Grundbesitzer als auch besitzloser Landarbeiter einen tiefgreifenden Einschnitt. Zum gesellschaftlichen Wandel trug auch die ab den 1820er Jahren rasch steigende Lese- und Schreibfähigkeit der Bevölkerung bei.³⁹ Vor allem aufgrund der schrittweisen Einführung der Schulpflicht (zuletzt im Großherzogtum Posen 1825) sank der Anteil der Analphabeten in den preußischen Gebieten mit hohem polnischem Bevölkerungsanteil bis Mitte des 19. Jahrhunderts auf unter 40 % der über zehn Jahre alten Personen. Er war damit zwar deutlich höher als in den westlicheren Provinzen Preußens, aber zugleich deutlich niedriger als in den östlichen Teilungsgebieten Polen-Litauens oder in anderen Teilen Europas.

Die Unterrichtssprache der Elementarschulen richtete sich bis zum Beginn der 1860er Jahre nach der Muttersprache der Mehrheit der Kinder, wobei in den stärker ausgebauten und besser finanzierten protestantischen Schulen fast ausschließlich auf Deutsch unterrichtet wurde und das Erlernen der deutschen Sprache auch in den übrigen Schulen zu den (häufig nicht erreichten) Unterrichtszielen gehörte.⁴⁰ Im Großherzogtum Posen fand in einigen weiterführenden Schulen auch der Unterricht polnischer Schüler zumindest in den unteren Klassen auf Polnisch statt. In den oberen Klassen wurden hingegen in den meisten Fächern auf Deutsch unterrichtet. Das Großherzogtum Posen blieb als einzige preußische Provinz ohne eigene Universität. Nur die Gründung eines Lehrstuhls für slawische Sprachen und Literatur an der Universität Breslau erfolgte 1842 als Zugeständnis an die Forderungen nach Berücksichtigung der polnischen Geschichte und Kultur in den akademischen Bildungseinrichtungen.⁴¹

³⁹ BLOCK, R.: *Der Alphabetisierungsverlauf im Preußen des 19. Jahrhunderts. Quantitative Explorationen aus bildungshistorischer Perspektive*. Frankfurt am Main 1995; FRANÇOIS, E.: *Alphabetisierung in Frankreich und Deutschland während des 19. Jahrhunderts. Erste Überlegungen zu einer vergleichenden Analyse*. In: *Zeitschrift für Pädagogik* 29 (1983), 755–768.

⁴⁰ GRZEŚ, B.: *Die Schulprobleme der Polen in Preußen in den Jahren 1815–1871*. In: *Nordostarchiv* 1 (1992), 439–456; STREITER: *Beziehungen* (Anm. 29), 36–39 und 68f.; TRUCHIM, S.: *Historia szkolnictwa i oświaty polskiej w wielkim księstwie poznańskim 1815–1915* [Geschichte des Schulwesens und polnischer Bildung im Großherzogtum Posen]. Bd. 1. Łódź 1967.

⁴¹ STREITER: *Beziehungen* (Anm. 29), 86; GROT, Z. H.: *Starania Augusta Cieszkowskiego o polski uniwersytet w Poznaniu (1851–1855)* [Die Bemühungen August Cieszkowskis um eine polnische Universität in Poznań (1851–1855)]. In: PIHAN-KIJASOWA, A. (Hg.): *Starania o polski uniwersytet w Poznaniu. Augusta hr. Cieszkowskiego wnioski składane w sejmie pruskim 1851–1855* [Die Bemühungen um eine polnische Universität in Posen. August Cieszkowski im preußischen Parlament vorgelegten Anträge 1851–1855]. Poznań 2009, 11–30 [Abdruck aus: *Opuscula Casimiro Tymienie-*

Während sich die preußischen Behörden wenig für polnische Kultur und höhere Bildung einsetzten, gingen von polnischer Seite vielfältige Initiativen zu neuen Kultur- und Bildungseinrichtungen aus.⁴² Im Jahr 1829 stiftete Graf Edward Raczyński aus privaten Mitteln eine erste öffentliche Bibliothek. Nachdem in den 1820er Jahren die Gründung eines Vereins zur Förderung der polnischen kulturellen Entwicklung im Großherzogtum am Widerspruch der Behörden gescheitert war, gelang es am Ende des folgenden Jahrzehnts beginnend 1837 mit dem Kasinoverein in Gostyń (*Kasyno Gostyńskie*) Gutsbesitzern und Mitgliedern der polnischen Intelligenz sich in Gesellschaften zur Förderung von Wirtschaft und Bildung zu organisieren. Die wichtigsten Gründungen gingen auf Initiative des Arztes Karol Marcinkowski zurück: der 1838 gegründete »Bazar«-Verein, der ein gleichnamiges Gebäude für das polnische Wirtschafts- und Gesellschaftsleben in der Stadt Posen finanzierte, sowie die 1841 gegründete Gesellschaft zur wissenschaftlichen Unterstützung der Jugend des Großherzogtums Posen (*Towarzystwo Naukowej Pomocy dla młodzieży Wielkiego Księstwa Poznańskiego*), die erfolgreich die Ausbildung von begabten polnischen Schülern aus allen Teilen des Großherzogtums förderte. Im Stadtpalais des Grafen Tytus Działyński, der in seiner Besetzung Kórnik eine umfangreiche Bibliothek polnischer Bücher und Handschriften aufgebaut hatte, wurden ab 1841 wöchentlich öffentliche Vorlesungen in polnischer Sprache angeboten – unter anderem von dem Philosophen und Historiker Karol Libelt. Zwei Jahre später wurden diese Vorlesungen allerdings von der preußischen Verwaltung verboten. Die Bemühungen von Gutsbesitzern und Mitgliedern der Inteligencja um Stärkung des polnischen Wirtschafts- und Kulturlebens, die als Anfänge der sogenannten »organischen Arbeit« betrachtet werden können (→ III. G und IV. D), schlugen sich auch in der erfolgreichen Gründung mehrerer Zeitschriften nieder, von denen sich einige bereits gezielt an die bäuerliche Bevölkerung richteten.

Die in Preußen 1812 gesetzlich erfolgte weitgehende Emanzipation der Juden wurde nach 1815 nicht auf die neuen preußischen Gebiete übertragen. Im Großherzogtum Posen griff man zunächst auf die Regelungen aus südpreußischer Zeit zurück (→ II. A).

cki Septugenario Dedicata. Poznań 1959]; JAFFÉ, M.: *Die Stadt Posen unter preußischer Herrschaft. ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Ostens*. Leipzig 1909 (Nachdr. Vaduz 1990), 256–258.

⁴² KOZŁOWSKI: *Wielkopolska* (Anm. 29), 93–105; JANKOWIAK, S.: *Kasyno Gostyńskie (1835–1846). U początków pracy organicznej w Wielkopolsce* [Das Kasino in Gostyń. An den Anfängen der organischen Arbeit in Großpolen]. Gostyń 1996; PAPROCKI, *Wielkie Księstwo* (Anm. 34), 215–246; STREITER: *Beziehungen* (Anm. 29), 76–80, 100 f.; JAKÓBCZYK, W.: *Studia nad dziejami Wielkopolski w XIX w. (Dzieje pracy organicznej)* [Studien zur Geschichte Großpolens im 19. Jh. (Geschichte der organischen Arbeit)]. Bd. 1: 1815–1850. Poznań 1951 (Poznańskie Towarzystwo Przyjaciół Nauk, Prace Komisji Historycznej, 16,2); LABUDA, A. S. / MENCFEL, M. / SUCHOCKI, W. (Hg.): *Edward i Atanazy Raczyńscy. Dzieła – osobowości – wybory – epoka / Werke – Persönlichkeiten – Bekenntnisse – Epochen / Works – Personalities – Choices – Era*. Poznań 2010; WOJTKOWSKI, A.: *Edward Raczyński i jego dzieło* [Edward Raczyński und sein Werk]. Poznań 1929.

Erst 1833 erfolgte eine gesetzliche Neuregelung.⁴³ Diese unterwarf die jüdischen Gemeinden zwar einer stärkeren staatlichen Kontrolle und legte Deutsch als Unterrichtssprache für jüdische Schulen fest. Zugleich schuf sie aber für wohlhabende Juden, die die deutsche Sprache beherrschten, die Möglichkeit zur sogenannten Naturalisierung, das heißt zu einer weitgehenden Gleichstellung mit den Juden der älteren preußischen Provinzen. Die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung des Großherzogtums wurde aber erst durch die Verfassungsgebung nach der Revolution von 1848 den Juden der übrigen Provinzen gleichgestellt, für die bereits seit 1847 eine allgemeine Regelung galt. Die vollständige rechtliche Gleichberechtigung mit der christlichen Bevölkerung erfolgte dann 1869 durch die Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes. Aufgrund der gewährten Integrationschancen und aufgrund des starken Einflusses der jüdischen Aufklärungsbewegung (*Haskala*) setzte in Preußen früher als in den übrigen Teilungsgebieten Polen-Litauens Akkulturationsprozesse der polnischen Juden ein und erfassten bereits in der Mitte des 19. Jahrhunderts einen großen Teil der jüdischen Bevölkerung. Gleichzeitig war das preußische Teilungsgebiet das einzige, in dem der Anteil der Juden an der Gesamtbevölkerung während des 19. Jahrhunderts sank, was auf die früh einsetzende Auswanderung nach Amerika und in die westlichen Provinzen Preußens zurückzuführen ist.

Das habsburgische Kronland Galizien

Das österreichische Teilungsgebiet wurde auf dem Wiener Kongress nur geringfügig vergrößert. Die 1809 an Russland abgetretenen Gebiete um Tarnopol sowie die Stadt Wieliczka mit ihren Salinen wurden dem 1772 aus den früher zu Polen-Litauen gehörenden Gebieten gebildeten Kronland Galizien (offizieller Name: Königreich Galizien und Lodomerien) angeschlossen, zu dem von 1786 bis 1849 auch das 1775 vom osmanischen Reich abgetretene, Bukowina genannte Gebiet um Czernowitz gehörte.

⁴³ *Vorläufige Verordnung wegen des Judenwesens im Großherzogthum Posen, vom 1sten Juni 1833.* In: Gesetz-Sammlung (Anm. 1) 1833, 66–72. Vgl. zur jüdischen Geschichte im Großherzogtum Posen KEMLEIN, S.: *Die Posener Juden, 1815–1848. Entwicklungsprozesse einer polnischen Judenheit unter preussischer Herrschaft.* Hamburg 1997 (dort auch Abdruck der Verordnung, 331–337); ÖSTREICH, C.: *Die Emanzipation der Posener Juden und ihre Auswanderung.* In: LAMBRECHT, L. (Hg.): *Osteuropa in den Revolutionen von 1848.* Frankfurt am Main 2006 (Forschungen zum Junghegelianismus, 15), 105–132; DIES.: *»Des rauhen Winters ungeachtet ...«. Die Auswanderung Posener Juden nach Amerika im 19. Jahrhundert.* Hamburg 1997. Zur Situation in Westpreußen vgl. SZULC, M.: *Jüdische Staatsbürger in der bürokratischen Alltagspraxis der Staats- und städtischen Behörden in Westpreußen seit dem Erlass des Emanzipationsediktes am 11. März 1812 bis in die 1840er-Jahre.* In: DIEKMANN, I. A. (Hg.): *Das Emanzipationsedikt von 1812 in Preußen. Der lange Weg der Juden zu »Einländern« und »preußischen Staatsbürgern«.* Berlin 2013 (Europäisch-jüdische Studien, 15), 167–198.

Die Verwaltungs- und Justizorganisation, die sich am Ende des 18. Jahrhunderts herausgebildet hatte (→ II. A), blieb im Wesentlichen bestehen.⁴⁴ In Lemberg hatte die Spitze der Landesverwaltung ihren Sitz: ein vom Kaiser ernannter Gouverneur und das ihm unterstehende, Gubernium genannte, Verwaltungsgremium. Das Kronland war administrativ in 19 Kreise (poln. *cyrkuły*) eingeteilt, deren Verwaltung durch einen von der Zentralverwaltung bestimmten Kreishauptmann (*starosta*) zusammen mit drei bis fünf Kommissaren ausgeübt wurde. Verwaltungs- und Justizsprache war ausschließlich Deutsch, und die Rechtsprechung erfolgte seit 1812 gemäß dem im gesamten Kaiserreich Österreich (mit Ausnahme des Königreichs Ungarn) geltenden Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch. Erst nach dem Anschluss Krakaus und der Revolution von 1848 (→ III. F) kam es zu einer Neugestaltung der Verwaltungsbehörden: an der Spitze der Administration stand ein vom Kaiser ernannter Statthalter (meist ein Mitglied der polnischen Aristokratie), dem die Statthalterei und – zumindest in einigen Fragen – die für das Gebiet des früher unabhängigen Krakau zuständige Landesstelle unterstanden. Außerdem wurden die Lokalverwaltung verstaatlicht und Bezirksämter als unterste Reichsbehörden eingerichtet.⁴⁵

Zur Verwirklichung der in den auf dem Wiener Kongress verabschiedeten Verträge enthaltenen Bestimmung, in allen Teilungsgebieten Polen-Litauens nationale Institutionen einzurichten, wurden ab 1817 wieder Versammlungen der Landstände einberufen, deren Zusammensetzung durch kaiserliches Patent aber neu geregelt wurde.⁴⁶ Das Recht zum Erscheinen hatten die Inhaber der an Angehörige des hohen Adels auf Lebenszeit vergebenen galizischen Erzämterwürden, die hohe Geistlichkeit, die wohlhabenden adligen Gutsbesitzer und schließlich zwei Vertreter der Stadt Lemberg, die zugleich die Städte insgesamt vertreten sollten. Diese meist jährlich für nur wenige

⁴⁴ Zur Verwaltung und zur Entwicklung Galiziens bis 1850 allgemein vgl. WOLFF, L.: *The Idea of Galicia. History and Fantasy in Habsburg Political Culture*. Stanford, Calif. 2010, 63–210; MANER, H.-C.: *Galizien. Eine Grenzregion im Kalkül der Donaumonarchie im 18. und 19. Jahrhundert*. München 2007, 61–105; MARK, R. A.: *Galizien unter österreichischer Herrschaft. Verwaltung, Kirche, Bevölkerung*. Marburg 1994; GRODZISKI, S.: *Historia ustroju społeczno-politycznego Galicji, 1772–1848* [Geschichte der sozialen und politischen Verfassung Galiziens, 1772–1848]. Wrocław 1971 (Polska Akademia Naukowa, Kraków: Prace Komisji Nauk Historycznych, 28). Eine detaillierte Übersicht über die Verwaltung und ihr Personal 1846 in: KIENIEWICZ, S.: *Ruch chłopski w Galicji w 1846 roku* [Die Bauernbewegung in Galizien im Jahr 1846]. Wrocław 1951, 101–116.

⁴⁵ HELLBLING, E. C.: *Die Landesverwaltung in Cisleithanien*. In: WANDRUSZKA, A./URBANITSCH, P. (Hg.): *Die Habsburgermonarchie 1848–1918*. Bd. 2: Verwaltung und Rechtswesen. Wien 1975, 190–269, hier 195–208; KLABOUCH, J.: *Die Lokalverwaltung in Cisleithanien*. In: ebd., 270–305, hier 274–279.

⁴⁶ GRODZISKI, S.: *Sejm Krajowy Galicyjski 1861–1914* [Der galizische Landtag 1861–1914]. Warszawa 1993, Bd. 1, 19–21; DERS.: *Historia ustroju* (Anm. 44), 149–153, 269–277; ŁOZINSKI, B.: *Galicyjski sejm stanowy (1817–1845)* [Die galizische Ständeversammlung (1817–1845)]. Lwów 1905. Abdruck der ständischen Verfassung und der Erklärung zur Wahl des ständischen Ausschusses 1817 in: PÖLITZ: *Verfassungen* (Anm. 6), 55–58.

Tage einberufenen Versammlungen der Landstände hatten vor allem repräsentative Funktion und nur geringe Verwaltungsbefugnisse: vor allem wählten sie einen Landesausschuss zur Beratung der Landesverwaltung. Erst in den 1840er Jahren wurden die Versammlungen zu einem Ort politischer Debatten, in deren Mittelpunkt die Erörterung von Möglichkeiten zu einer Reform der Agrarverhältnisse stand. Nach 1845 wurden die Stände in Folge der revolutionären Ereignisse nicht mehr einberufen.

Die Verwaltungseinteilung der katholischen Kirche, der ungefähr 40 % der Einwohner Galiziens angehörte, wurde endgültig 1821 so neu geregelt, dass sich die Grenzen des Erzbistums Lemberg und seiner Suffraganbistümer nun mit denjenigen des Kronlandes deckten.⁴⁷ Bereits 1817 wurde dem Lemberger Erzbischof vom Kaiser der Titel des Primas Galiziens verliehen, der ihn an die Spitze der den ersten Landstand bildenden Inhaber von Erzämtern stellte. Das Lemberger Bistum der griechisch-katholische Kirche, der insgesamt ebenfalls ca. 40 % der Bevölkerung angehörten, war schon 1808 in den Rang eines Erzbistums erhoben und damit vom Zuständigkeitsbereich des Kiewer Metropoliten getrennt worden. Die Landesverwaltung bemühte sich weiter um eine Förderung des griechisch-katholischen Klerus, um dessen Selbständigkeit gegenüber der polnischen katholischen sowie der russisch-orthodoxen Kirche (und damit gegenüber Russland) zu stärken. Sie trug damit dazu bei, die Bedingungen für die Entwicklung einer ruthenischen Elite zu schaffen, die eine der Grundlagen für die sich formierende ukrainische Nationalbewegung bildete.⁴⁸

Die jüdische Bevölkerung blieb rechtlich diskriminiert und die von der österreichischen Verwaltung im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts eingeführten Maßnahmen zu ihrer Separation von der nichtjüdischen Bevölkerung blieben bis 1848 weitgehend in Kraft und wurden in den 1850er Jahren teilweise noch einmal erneuert. Gleichzeitig verstärkten sich im Rahmen der jüdischen Aufklärungsbewegung (*Haskala*) die Bemühungen eines Teils der jüdischen Eliten um eine Annäherung an die Elitenkultur der Mehrheitsgesellschaft.⁴⁹

⁴⁷ MARK: *Galizien* (Anm. 44), 14–26; KUMOR: *Ustrój* (Anm. 10), 70–73.

⁴⁸ MARK: *Galizien* (Anm. 44), 27–41; MADEY: *Kirche* (Anm. 25), 147–158; HIMKA, J.-P.: *The Greek Catholic Church and Nation-Building in Galicia, 1772–1918*. In: *Harvard Ukrainian Studies* 8 (1984), 426–452.

⁴⁹ BAŁABAN, M.: *Dzieje żydów w Galicji i w Rzeczypospolitej Krakowskiej 1772–1868* [Geschichte der Juden in Galizien und in der Republik Krakau 1772–1868]. Lwów 1914 [Nachdr. Kraków 1988], 73–183; EISENBACH: *Emancipation* (Anm. 3), 217–223; HOLZER, J.: *Enlightenment, Assimilation, and Modern Identity: The Jewish Élite in Galicia*. In: BARTAL, I./POLONSKY, A. (Hg.): *Focusing on Galicia. Jews, Poles, and Ukrainians, 1772–1918* = *Polin* 12 (1999), 79–85. Übersicht zur neueren Forschung: PACHOLKIV, S.: *Gminy żydowskie w Galicji w latach 1772–1848. Zagadnienia badawcze* [Die jüdischen Gemeinden in Galizien 1772–1848. Forschungsprobleme]. In: KAWALEC, A./WIERZBIENĆ, W./ZASZKILNIAK, L. (Hg.): *Galicja 1772–1918. Problemy metodologiczne, stan i potrzeby badań* [Galizien 1772–1918. Methodische Probleme, Forschungsstand und -aufgaben]. 3 Bde. Rzeszów 2011, Bd. 2, 9–26.

Die Verwaltung Galiziens war im Gegensatz zu ihrem Vorgehen im 18. Jahrhundert (→ II. A) und zu den Reformbemühungen im preußischen Teilungsgebiet nach 1815 vor allem um Aufrechterhaltung der sozialen, rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse und strenge Kontrolle aller politischen Aktivitäten bemüht. Die wachsende Unzufriedenheit von Adel und Intelligenz mit dem politischen System bildeten den Hintergrund für den 1846 ausbrechenden, vor allem vom Adel unterstützten Aufstand (→ III. F). Die aufgrund des Ausbleibens einer Agrarreform angewachsenen sozialen Spannungen zwischen Adel und Bauern entluden sich bei diesem Anlass in gewaltsamen Übergriffen der bäuerlichen Bevölkerung auf adlige Gutsbesitzer, die der Unterstützung des Aufstandes verdächtigt wurden.⁵⁰ Erst die Revolution von 1848 leitete eine Neuregelung des Verhältnisses zwischen Gutsherren und Bauern ein (→ III. B und IV. B).

Die Veränderungen ablehnend gegenüberstehende Politik der Verwaltungsbehörden behinderte auch die Entfaltung von Bildung und Kultur.⁵¹ Das Elementarschulwesen Galiziens wurde in der ersten Jahrhunderthälfte kaum ausgebaut, so dass der Alphabetisierungsgrad auf dem Lande äußerst niedrig blieb. Die wenigen vorhandenen Grundschulen verwendeten oft Polnisch als Unterrichtssprache (vor allem wenn sie vom lokalen katholischen Pfarrer geleitet wurden), ansonsten war das Bildungssystem deutschsprachig. Das höhere Schulwesen war rein deutschsprachig und schwach entwickelt. Zumindest wurde in Lemberg 1817 die zwölf Jahre zuvor geschlossene Universität wieder eröffnet – mit drei Fakultäten für Theologie, Philosophie und Jura. Die Vorlesungen wurden zunächst auf Lateinisch gehalten, seit 1824 dann vorwiegend auf Deutsch. Auch im Kulturleben Lembergs dominierte aufgrund der polizeilichen Vorschriften bis in die 1830er Jahre die deutsche Sprache, und die polnische kulturelle Öffentlichkeit konnte sich nur langsam entwickeln. Dauerhafte kulturelle Bedeutung erlangte das 1817 von Graf Józef Maksymilian Ossoliński in Lemberg gestiftete und

⁵⁰ STRUVE, K.: *Bauern und Nation in Galizien. über Zugehörigkeit und soziale Emanzipation im 19. Jahrhundert*. Göttingen 2005, 71–107; GRODZISKI: *Historia ustroju* (Anm. 44), 81–88; KIENIEWICZ: *Ruch chłopski* (Anm. 44); DERS.: *Konspiracje galicyjskie (1831–1845)* [Galizische Geheimgesellschaften (1831–1845)]. Warszawa 1950.

⁵¹ GRODZISKI: *Historia ustroju* (Anm. 44), 173–183, 256–262; CZAPLICKA, J. (Hg.): *Lviv. A City in the Crosscurrents of Culture*. Cambridge, Mass. 2005; MARK, R.A.: »Polnische Bastion und ukrainisches Piemont«. *Lemberg 1772–1921*. In: FÄSSLER, P./HELD, T./SAWITZKI, D. (Hg.): *Lemberg – Lwów – Lviv. Eine Stadt im Schnittpunkt europäischer Kulturen*. Köln 1995, 46–74, hier 51–55; RÖSKAU-RYDEL, I.: *Kultur an der Peripherie des Habsburger Reiches. Die Geschichte des Bildungswesens und der kulturellen Einrichtungen in Lemberg von 1772 bis 1848*. Wiesbaden 1993; KAWALEC, A.: *Zakład Narodowy im. Ossolińskich we Lwowie w XIX wieku – stan badań i postulaty* [Das Ossolineum in Lemberg im 19. Jahrhundert – Forschungsstand und -aufgaben]. In: KAWALEC/WIERZBIEŃC/ZASZKILNIAK: *Galicja* (Anm. 49), Bd. 2, 298–313; MEISSNER, A.: *Oświata w Galicji. Stan badań i ich perspektywy* [Das Bildungswesen in Galizien. Stand der Forschung und ihre Perspektiven]. In: ebd., Bd. 3, 9–23.

nach seiner Familie Ossolineum benannte polnische nationale Forschungszentrum. Die Bestände wurden 1823 durch Fürst Henryk Lubomirski um die Sammlungen seiner Familie vergrößert und standen ab 1827 der Öffentlichkeit zur Verfügung (seit 1947 befinden sich die Sammlungen in Wrocław). Ab den 1830er Jahren zeigten sich auch erste Bestrebungen zur Entwicklung einer säkularen ruthenischen Kulturlandschaft.⁵²

Die Freie Stadt Krakau

Die Stadt Krakau und ihr Umland erhielten auf dem Wiener Kongress einen relativ unabhängigen Status, da Österreich und Großbritannien ihren Anschluss an das mit Russland verbundene Königreich Polen abgelehnt hatten, um Russlands Machtgewinn zu begrenzen (→ II. D). Alle drei Teilungsmächte verpflichteten sich zur Aufrechterhaltung der Neutralität des Gebietes und entsandten Vertreter in die Stadt, die als »Residenten« sicherstellen sollten, dass deren politische Führung keine Entscheidungen traf, die ihren Interessen zuwiderliefen. Ihre inneren Angelegenheiten konnte die Stadt hingegen zunächst relativ autonom regeln.⁵³

Bereits auf dem Wiener Kongress wurde eine Verfassung für Krakau beschlossen, die ebenso wie diejenige für das Königreich Polen auf Entwürfe von Fürst Adam Jerzy Czartoryski zurückging und 1818 in überarbeiteter Form in Kraft trat.⁵⁴ Der Miniaturstaat wurde zu einer Republik, in der ein Senat unter Vorsitz eines Präsidenten die Exekutive innehatte und die Verwaltungsbeamten ernannte. Der Präsident sowie acht weitere Mitglieder des Senats wurden von einer Repräsentantenversammlung (*sejm*) gewählt – der Präsident und vier Senatoren für mehrere Jahre, die übrigen Senatoren auf Lebenszeit. Das Domkapitel und die Universität bestimmten je zwei weitere Sena-

⁵² KOZIK, J.: *Ukraiński ruch narodowy w Galicji w latach 1830–1848* [Die ukrainische Nationalbewegung in Galizien 1830–1848]. Kraków 1973 (engl. Übersetzung: Edmonton 1986); DERS.: *Między reakcją a rewolucją. Studia z dziejów ukraińskiego ruchu narodowego w Galicji w latach 1848–1849* [Zwischen Reaktion und Revolution. Studien zur Geschichte der ukrainischen Nationalbewegung in den Jahren 1848–1849]. Kraków 1975 (Zeszyty naukowe Uniwersytetu Jagiellońskiego, 381. Prace historyczne, 52).

⁵³ Zur Geschichte der Republik Krakau allgemein vgl. GRODZISKI, S.: *Rzeczpospolita Krakowska, jej lata i ludzie* [Die Krakauer Republik, ihre Zeit und Menschen]. Kraków 2012; RÖSKAU-RYDEL: *Die Freie Stadt Krakau* (Anm. 2); BIENIARZÓWNA, J.: *Wolne Miasto Kraków* [Die Freie Stadt Krakau]. In: DIES./MAŁECKI, J. M./MITKOWSKI, J. (Hg.): *Dzieje Krakowa* [Geschichte Krakaus]. Bd. 3. Kraków 1979, 39–175.

⁵⁴ Zu Verfassung und Verwaltungsaufbau vgl. IZDEBSKI, H.: *Konstytucje wolnego miasta Krakowa z 1815, 1818 i 1833 r.* [Die Verfassungen der Freien Stadt Krakau von 1815, 1818 und 1833]. In: KALLAS: *Konstytucje Polski* (Anm. 6), 233–292; BARTEL, W.: *Ustrój i prawo wolnego miasta Krakowa (1815–1848)* [Staats- und Rechtssystem der Freien Stadt Krakau 1815–1848]. In: BARDACH/SENKOWSKA-GLUCK: *Historia* [Anm. 3], 793–833; KUTRZEBA: *Historia ustroju* (Anm. 3), Bd. 3.1, 225–257. Deutsche Übersetzung der Verfassung von 1815 und der Änderungen von 1833 in: PÖLITZ: *Verfassungen* (Anm. 6), 48–54.

toren, davon je einen auf Lebenszeit. Die Repräsentantenversammlung, der neben der Wahl des Senats auch das Budgetrecht, die Beschlussfassung über Gesetze und die Wahl der Richter zustanden, setzte sich aus 41 Abgeordneten zusammen: je drei Delegierte des Senats, des Domkapitels und der Universität, 6 aktive Beamte sowie 26 gewählte Vertreter der Gemeindebezirke (davon 11 der Stadt Krakau und ihrer Vorstädten sowie 15 der ländlichen Umgebung). In den Gemeindebezirken, die auch ihre Verwalter (*wojtowie*) selbst bestimmten, war das Wahlrecht an relativ hohe Besitz- und Bildungsvoraussetzungen geknüpft. Zwar konnten sich Handwerksmeister und in den ländlichen Bezirken – besonders nach der ab 1831 energisch vorangetriebenen Agrarreform – auch wohlhabende Bauern an den Wahlen beteiligen, aber insgesamt wurde das politische System vom besitzenden Adel dominiert. Das Rechtssystem basierte auf dem *Code Napoléon*. Nur Personen mit einem juristischen Dokortitel und einem Vermögen von mindestens 8000 Złoty konnten zu Richtern ernannt werden.

Der Katholizismus wurde von der Verfassung als »Landesreligion (*religia kraju*)« festgeschrieben, den anderen christlichen Konfessionen aber freie Ausübung ihres Glaubens zugesichert. Die jüdische Bevölkerung hatte hingegen nur eingeschränkte Rechte und durfte nur in bestimmten Teilen der Republik wohnen (zum Beispiel in der Krakauer Vorstadt Kazimierz).⁵⁵ Die beiden jüdischen Gemeindebezirke verfügten über eine Selbstverwaltung, entsandten aber keine Vertreter in der Repräsentantenversammlung.

Während der Zeit der Stadtrepublik erlangte Krakau seine hohe Bedeutung als Zentrum polnischer Kultur und Bildung zurück.⁵⁶ Die Universität, die das Recht hatte, Studenten aus allen drei Teilungsgebieten zu immatrikulieren, prosperierte, und die in der Verfassung zugesicherte Druckfreiheit sorgte für eine vergleichsweise vielfältige Publikationslandschaft. Auch das Elementarschulwesen wurde intensiv ausgebaut und galt bei Auflösung der Republik 1846 als vorbildlich.

⁵⁵ JAKIMYSZYN, A.: *Żydzi krakowscy w dobie Rzeczypospolitej Krakowskiej. Status prawny, przeobrażenia gminy, system edukacyjny* [Die Krakauer Juden in der Zeit der Krakauer Republik. Rechtsstatus, Wandel der Gemeinde, Ausbildungssystem]. Kraków 2008; BALABAN, M.: *Historja żydów w Krakowie i na Kazimierzu 1304–1868* [Geschichte der Juden in Krakau und Kazimierz 1304–1868]. Bd. 2: 1656–1868. Kraków 1936 (Nachdr. ebd. 1991), 597–671; DERS.: *Dzieje żydów* (Anm. 49), 109–125.

⁵⁶ DUTKOWA, R.: *Szkolnictwo średnie Krakowa w pierwszej połowie XIX w. (1801–1846)* [Das Mittelschulwesen Krakaus in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (1801–1846)]. Wrocław 1976 (Monografie z dziejów oświaty, 19); RĘGOROWICZ, L.: *Szkolnictwo W. M. Krakowa w dobie kuratorji Józefa hr. Załuskiego* [Das Schulwesen der Freien Stadt Krakau in der Zeit des Kuratoriums von Józef Graf Załuski]. Warszawa 1930; BANACH, A. K.: *The Partitional Period: The Jagiellonian University 1795–1918*. In: STOPKA, K./BANACH, A. K./DYBIEC, J.: *The History of the Jagiellonian University*. Kraków 2000, 89–167; CHAMCÓWNA, M./MROZOWSKA, K.: *Dzieje Uniwersytetu Jagiellońskiego* [Geschichte der Jagiellonen-Universität]. Bd. 2.1: *w latach 1765–1850* [in den Jahren 1765–1850]. Kraków 1965 (Wydawnictwa jubileuszowe – Uniwersytet Jagielloński, 21.2).

Die Teilungsmächte hatten bereits in den 1820er Jahren mehrfach in das politische Leben Krakaus eingegriffen. Nach dem Novemberaufstand im Königreich Polen wurde 1833 die Krakauer Verfassung revidiert, um die Befugnisse der Repräsentantenversammlung zu schmälern und die Position der Residenten zu stärken. Im selben Jahr schlossen Preußen, Russland und Österreich ein Geheimabkommen, um Krakau zu besetzen und österreichischer Kontrolle zu unterstellen. Die Ermordung eines russischen Agenten bot den Vorwand für die Besetzung der Stadt. Nur aufgrund internationalen Protestes wurde die Republik Krakau nicht schon zu diesem Zeitpunkt aufgelöst. Die Stadt erhielt die nominelle Souveränität zurück, allerdings erst nachdem mit dem Theologen Jan Schindler ein verlässlicher pro-österreichischer Senatspräsident eingesetzt und die Polizei österreichischer Kontrolle unterstellt worden war.

Zur endgültigen Angliederung Krakaus an Österreich kam es nach Ausbruch eines Aufstandes im Februar 1846 (→ III. F). Das rasche Scheitern der parallelen Aufstandsbemühungen im benachbarten Galizien erleichterte den österreichischen Truppen das militärische Vorgehen gegen die Krakauer Aufständischen und führte im März zur österreichischen Besetzung der Stadt, die daraufhin als Großherzogtum Krakau dem österreichischen Kronland Galizien angegliedert wurde.⁵⁷

⁵⁷ Zur Entwicklung in den folgenden Jahren vgl. DEMEL, J.: *Stosunki gospodarcze i społeczne Krakowa w latach 1846–1853* [Die ökonomischen und sozialen Verhältnisse Krakaus in den Jahren 1846–1853]. Kraków 1951.

B. Wirtschaftlicher und sozialer Wandel unter dem Einfluss der Teilungsherrschaft

VON TOMASZ KIZWALTER

Die sozioökonomische Ausgangslage zu Beginn des 19. Jahrhunderts

An der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert bestritten vermutlich etwa 90 % der Bevölkerung der Länder der polnisch-litauischen Adelsrepublik ihren Unterhalt aus der Landwirtschaft.¹ Der Agrarsektor war daher für das Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung entscheidend, und dessen Zustand begann man in der Regierungszeit des letzten polnischen Königs Stanisław August kritisch zu beurteilen. In den Kreisen der Reformpolitiker erhoben sich Stimmen, die notwendige Veränderungen der Verhältnisse auf dem Lande anmahnten. Die Väter der Verfassung vom 3. Mai 1791 begnügten sich jedoch mit der allgemeinen Feststellung, dass die Bauern »unter dem Schutz des Gesetzes und der Regierung« stehen würden (→ Bd. 2, V. F).² Die Führung des Kościuszko-Aufstandes von 1794 ging hier zwar weiter, konnte ihre Vorschläge zur Verbesserung der Lage der Bauern aber nicht dauerhaft umsetzen. Mit der Auflösung der alten Republik wurde die ausgebliebene Agrarreform zu einer Angelegenheit der drei Teilungsmächte, die sich in dieser Frage aber jeweils von ihren eigenen gesamtstaatlichen wirtschaftlichen und politischen Interessen leiten ließen. Besonders berücksichtigten sie die möglichen Folgen von Reformen auf die politische Kontrollierbarkeit ihrer vormals polnischen Territorien.

Währenddessen befand sich die Landwirtschaft in diesen Gebieten in einem Zustand der strukturellen Krise, die sich vor allem als Produktivitäts- und Kostenkrise äußerte.³ Noch in der Mitte des 18. Jahrhunderts waren die Kosten der landwirtschaftlichen Produktion in ganz Europa ähnlich gewesen. Im mittleren und östlichen Teil des Kontinents kompensierte die preisgünstige Fronarbeit den in Ländern wie England und den Niederlanden höheren Boden- und Arbeitsertrag. Dieser Umstand stabilisierte die Agrarverhältnisse in der Adelsrepublik: Die Rentabilität des Exports landwirtschaftlicher

¹ JEZIERSKI, A.: *Problemy rozwoju gospodarczego Polski w XIX i XX wieku* [Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung Polens im 19. und 20. Jahrhundert]. Warszawa 1984, 225.

² GOSEWINKEL, D./MASING, J. (Hg.): *Die Verfassungen in Europa 1789–1949. Wissenschaftliche Textedition unter Einschluss sämtlicher Änderungen und Ergänzungen sowie mit Dokumenten aus der englischen und amerikanischen Verfassungsgeschichte*. München 2006, 378.

³ Zur Situation der Landwirtschaft vgl. JEZIERSKI: *Problemy rozwoju* (Anm. 1), 225–228; BLUM, J.: *The End of the Old Order in Rural Europe*. Princeton 1978, 241–281.

Produkte wirkte Investitionen außerhalb der Landwirtschaft entgegen, während Investitionen in die Landwirtschaft nicht das Ziel hatten, den Ertrag zu steigern. Die Situation begann sich mit der im Westen Europas von den Niederlanden und England ausgehenden Entwicklung der »neuen Landwirtschaft« zu verändern. Die Bodenbestellung nahm dort einen intensiven Charakter an. Es verbreiteten sich das Prinzip der Fruchtfolge sowie der Anbau von Kartoffeln, Rüben und Klee. Immer öfter nutzte man neue Zuchtmethoden und verbesserte landwirtschaftliche Geräte. Mit der Zeit kamen die ersten Maschinen auf. Im Ergebnis dieser Veränderungen wuchsen Produktivität und Produktion, während die Produktionskosten sanken. Der Abstand zwischen dem Niveau der Landwirtschaft des Westens und jener der übrigen Regionen Europas vergrößerte sich.

Hinzu kamen Faktoren anderer Art. Die zunehmende Rezeption aufklärerischer Ideen verstärkte die Bemühungen in Polen, auch die Lage der hiesigen Bauern zu verbessern. Ein langfristiges Festhalten am bisherigen System der Fronwirtschaft erschien so an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert immer weniger denkbar. Ein Wendepunkt war in dieser Hinsicht die Gewährung der persönlichen Freiheit für die Bauern nach dem Einmarsch der napoleonischen Armeen in Mittel- und Ostmitteleuropa. Würde, wie etwa im Herzogtum Warschau, trotz der veränderten äußeren Bedingungen die Fronarbeit beibehalten, funktionierte das ganze System nur mit merklichen Störungen. Da die Adelsgerichtsbarkeit aufgehoben wurde, hatten die Gutsbesitzer lediglich begrenzte Möglichkeiten, die Leistungen aus dem Frondienst wirksam einzufordern. Dem einsetzenden Produktivitätsverlust versuchte man mit verschiedenen Mitteln entgegenzuwirken, die von der Verschärfung der Kontrolle bis zur Ansiedlung von Zinsbauern reichten, aber auch vor der Vertreibung von Bauern und der Beschäftigung von Lohnarbeitern an ihrer Stelle nicht Halt machten. Die Resultate all dieser Maßnahmen waren bescheiden. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden die Schwierigkeiten der bäuerlichen Wirtschaften sowie der Gutsvorwerke (*folwarki*) noch durch eine Exportkrise, den Rückgang der Getreidepreise, die Auswirkungen der britischen *Corn Laws* und die wachsende Konkurrenz durch andere Länder vertieft.

Die niedrigen Getreidepreise auf den einheimischen und westlichen Märkten bewirkten, dass die Produktionskosten höher ausfielen als die Einnahmen der Produzenten. Da die Landwirtschaft in den Ländern des alten polnisch-litauischen Staates stets ihren halb naturalwirtschaftlichen Charakter bewahrt hatte, führte die Unrentabilität eines Vorwerks nicht unmittelbar zu dessen Niedergang, wie er bei einer größeren Verbreitung von Marktverhältnissen hätte eintreten müssen. Ein unrentabler Gutsbetrieb konnte über eine längere Zeit auf Kosten einer fortschreitenden Dekapitalisierung funktionieren. Indem ein Teil der Gutsbesitzer Kredite aufnahm, kam jedoch ein Faktor ins Spiel, der die Wirtschaftlichkeit der Vorwerke zumindest verifizieren konnte. Dies blieb zumeist jedoch nur eine theoretische Option, waren doch Rentabilitätsprüfungen damals kaum verbreitet.

Die Verschuldung der Landgüter und die Suche nach entsprechenden Lösungen gehörten zu den wichtigsten Themen der öffentlichen Debatten jener Epoche. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts hingen die wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven der einzelnen Regionen der ehemaligen Adelsrepublik überwiegend davon ab, in welcher Weise dort die Frage der Agrarreformen behandelt wurde.⁴

Agrarreformen und Bauernbefreiung in den Teilungsgebieten

Von den drei Teilungsmächten schritt Preußen am schnellsten zu Reformen.⁵ Bis 1807 schränkte man die Leibeigenschaft der Bauern in den Krondomänen schrittweise ein und ersetzte zum Teil auch den Frondienst durch Pachtzins. Auch auf den privaten Gütern unterlag die Lage der Bauern nun einer gewissen staatlichen Aufsicht. Zum eigentlichen Wendepunkt wurde das Stein-Hardenbergsche Reformwerk nach der Niederlage Preußens im Krieg mit dem napoleonischen Frankreich. Das Oktoberedikt vom 9. Oktober 1807 beendete die Leibeigenschaft. Für die Bauern mit Besitzrecht galt diese Regelung unmittelbar, für die übrigen innerhalb von maximal drei Jahren. Die Ständeordnung wurde aufgehoben, der freie Landverkauf eingeführt. Die Obrigkeit des Grundherrn über den Bauern wurde hingegen nicht beseitigt, aber immerhin geschwächt. Formal besaß ein Bauer fortan volle Geschäftsfähigkeit. Ein weiterer Erlass vom 14. September 1811, das sogenannte Regulierungsedikt, ermöglichte den Nutznießern und Pächtern größerer Wirtschaften, diese als steuerpflichtiges Eigentum zu erwerben und beseitigte eine Reihe der bisherigen Leistungen gegenüber dem Herrn. Dieser erhielt wiederum eine Entschädigung in Form eines Teils des Bauernbodens (ein Drittel, wenn die Bauern bis dahin das Recht einer erblichen Nutzung hatten; die Hälfte, wenn

⁴ Einen allgemeinen Abriss der Agrarreformen auf dem polnischen Gebiet bietet: KIENIEWICZ, S.: *The Emancipation of the Polish Peasantry*. Chicago 1969.

⁵ Zu den preußischen Reformen WEHLER, H.-U.: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*. Bd. 1: *Vom Feudalismus des Alten Reiches bis zur Defensiven Modernisierung der Reformära 1700–1815*. München 1996, 409–428; HARNISCH, H.: *Kapitalistische Agrarreform und industrielle Revolution. Agrarhistorische Untersuchungen über das ostelbische Preußen zwischen Spätfeudalismus und bürgerlich-demokratischer Revolution von 1848/49 unter besonderer Berücksichtigung der Provinz Brandenburg*. Weimar 1984; WACHOWIAK, B.: *Z dziejów uwłaszczenia i modernizacji gospodarki Prus w pierwszej połowie XIX wieku* [Aus der Geschichte der Bauernbefreiung und der wirtschaftlichen Modernisierung Preußens in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts]. Olsztyn 1998 (Rozprawy i materiały Ośrodka Badań Naukowych Im. Wojciecha Kętrzyńskiego, 171); EDDIE, S. A.: *Freedom's Price. Serfdom, Subjection, and Reform in Prussia, 1648–1848*. Oxford 2013. Speziell zu den polnische Landesteilen vgl. BARDACH, J./SENKOWSKA-GLUCK, M. (Hg.): *Historia państwa i prawa Polski* [Staats- und Rechtsgeschichte Polens]. Bd. 3: *Od rozbiorów do uwłaszczenia* [Von den Teilungen bis zur Bauernbefreiung]. Warszawa 1981, 593–597; JAKÓBCZYK, W.: *Uwłaszczenie chłopów w Wielkopolsce w XIX w.* [Die Bauerbefreiung in Großpolen im 19. Jh.]. Warschau 1951; KLEBS, J. L.: *Die Landeskultur-Gesetzgebung, deren Ausführung und Erfolge im Großherzogtum Posen. Ein Beitrag zur Kulturgeschichte dieser Provinz*. 2., mit einem Nachtrag vermehrte Aufl. Berlin 1860.

sie ein solches Recht nicht besaßen) oder in Gestalt von Kapitalzahlungen. Die Regulierungs- und Ablösungsverträge, die anfangs freiwillig waren, sollten später durch eine staatliche Behörde durchgesetzt werden.

Im Allgemeinen begegneten die preußischen Gutsbesitzer den Reformen ohne Enthusiasmus und versuchten ihren Wirkungsbereich einzuschränken. Dies war vor allem im östlichen Teil der Monarchie zu beobachten. Entsprechend stellte sich die Situation seit 1815 auch im Großherzogtum Posen dar. Über einige Jahre zogen sich die Polemiken zwischen den dortigen Gutsbesitzern und der Regierung darüber hin, auf welche Weise die bäuerlichen Verhältnisse in diesem Gebiet reformiert werden sollten.⁶ Unterdessen wurden die bereits gefassten Beschlüsse abgeändert: 1815 wurde die Ausführung des Regulierungsedikts suspendiert und eine 1816 erlassene neue Verfügung des Monarchen modifizierte die Entscheidungen von 1811 stark. Die Qualifikationskriterien, die Bauern erfüllen mussten, um ihre Wirtschaft von der des Gutes zu trennen, wurden geändert, und auch die Möglichkeit, eine Regulierung von Amts wegen durchführen zu lassen, wurde zurückgenommen. 1821 wurde die Ablösungsordnung, d. h. ein Verfahren für den Loskauf von allen bisherigen Feudalleistungen für bessergestellte Bauern verkündet. Das Regulierungsgesetz für das Großherzogtum Posen wurde 1823 erlassen. Es übernahm im Wesentlichen den Inhalt der Edikte von 1811 und 1816, lediglich die Kategorie der betroffenen Höfe wurde im Vergleich zu anderen Provinzen etwas erweitert. Sein Ende fand der Reformprozess erst nach dem Völkerfrühling. In den Jahren 1848–1850 wurden die verbliebenen Herrschaftsrechte aufgehoben; die letzten Verträge zwischen Bauern und den Grundherrschaften wurden um 1858 geschlossen.

Die Absicht der Initiatoren der preußischen Agrarreformen war es, das zu beseitigen, was nach ihrer Überzeugung die Landwirtschaft daran hinderte, sich an die im Westen des Kontinents verbreitete Wirtschaftsweise anzupassen. Die starke gesellschaftliche Position der Gutsbesitzer bewirkte aber, dass bei den preußischen Agrarreformen vor allem die Interessen dieser Schicht berücksichtigt wurden. Die Befürchtungen des Gutsbesitzermilieus waren beträchtlich: Man meinte, die Loslösung der Höfe von der Fronwirtschaft würde für viele Güter eine zu starke ökonomische Erschütterung darstellen, gleichzeitig aber auch die von den Gutsbesitzern kultivierten Werte gefährden und die Grundlagen der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung untergraben. Aus Sicht der Standesinteressen der einzelnen Eigentümer – vor allem der nicht so wohlhabenden – gab es in der Tat Gründe zur Beunruhigung. Auf längere Sicht erwiesen sich die Reformen dennoch als wirtschaftlicher Erfolg und stärkten letztlich die Position der Gutsbesitzer noch.

⁶ KNIAT, M.: *Dzieje uwłaszczenia włościan w Wielkim Księstwie Poznańskim* [Die Geschichte der Bauernbefreiung im Großherzogtum Posen]. Bd. 1: *Przebieg prac ustawodawczych do roku 1823* [Der Verlauf der Gesetzgebungsarbeit bis 1823]. Poznań 1939.

Eine Folge der Regulierung war die Vermehrung des Landes, das sich in direkter Nutzung der Gutsbesitzer befand, die Verringerung bäuerlichen Besitzstands sowie ein merkliches Anwachsen der Zahl der landlosen Bevölkerung. Aus Furcht, mit den Reformen ihr Land zu verlieren, begannen manche Gutsbesitzer seit 1815, die Bauern von den genutzten Höfen zu vertreiben. Regierungserlasse von 1819 erschwerten zwar diese Praktiken, unterband sie aber nicht völlig, sodass ein bedeutender Teil der kleinen bäuerlichen Besitzungen liquidiert wurde. 1836 wurde die Regulierungsverordnung im Großherzogtum konkretisiert: sie sollte neben den Höfen, die bisher Spanndienste zu leisten oder mit Pferden oder Ochsen gewirtschaftet hatten, auch alle betreffen, die über eine Mindestfläche von 25 Morgen mittlerer Bodengüte verfügten. Nach dem Abschluss der Bauernbefreiung zeigte sich in Großpolen eine deutliche Dominanz großer und mittlerer Grundbesitzer: Zum Großgrundbesitz zählten 2,5 % aller landwirtschaftlichen Betriebe, die allerdings 57,3 % des Bodens bewirtschafteten; weitere 32,5 % der Fläche nahmen Bauernhöfe mit einer Größe von 30 bis 300 Morgen ein.⁷

Die Umsetzung der preußischen Agrarreform erstreckte sich über einen so langen Zeitraum, dass die Gutsbesitzer diese in ihrem Sinne zu beeinflussen vermochten. Indem etwa der Frondienst in Stufen aufgehoben wurde, konnten die Schwierigkeiten, die mit dem Abrücken von der bisherigen Wirtschaftsweise verbunden waren, deutlich gemindert werden. Die von den Bauern gezahlten Entschädigungen – in der Regel betrugten sie den zwanzigfachen Nettowert der jährlichen bäuerlichen Obliegenheiten gegenüber dem Gutsherrn (also abzüglich der Leistungen des Gutsherrn an den Bauern) – stellten eine enorme Kapitalspritze dar, die Investitionen und die Einführung der Lohnarbeit ermöglichte. Neben den Gutsbesitzern waren auch jene wohlhabenderen Bauern Nutznießer der Reformen, die trotz der Belastung durch die Entschädigungen damit begannen, ihre Landwirtschaft zu modernisieren und im Allgemeinen gut prosperierten. Die Kosten der Bauernbefreiung trug der arme Teil der Bauern, der – man schätzt, dass er im Posenschen etwa ein Drittel der Dorfbevölkerung ausmachte – von einer Beteiligung an den Reformen ausgeschlossen war und die Reihen der Landarbeiter vermehrte oder sich entschied, das Dorf zu verlassen.⁸

Die Agrarreformen wurden in Preußen mit dem Gedanken durchgeführt, dass sie eine für den Großgrundbesitz – damit auch für den polnischen Landbesitzeradel – vorteilhafte Modernisierung der Landwirtschaft befördern würden. Obwohl die polnischen Gutsherren eine Gemeinschaft bildeten, deren Verhältnis zum preußischen Staat in

⁷ JAKÓBCZYK, W. (Hg.): *Dzieje Wielkopolski* [Geschichte Großpolens]. Bd. 2: *Lata 1793–1918* [Die Jahre 1793–1918]. Poznań 1973, 96.

⁸ ŁUKASIEWICZ, J.: *Drogi rozwoju rolnictwa na ziemiach polskich* [Wege der landwirtschaftlichen Entwicklung in den polnischen Gebieten]. In: KIENIEWICZ, S. (Hg.): *Polska XIX wieku. Państwo – społeczeństwo – kultura* [Polen im 19. Jahrhundert. Staat – Gesellschaft – Kultur]. Warszawa ³1986, 18–20; GRONIEWSKI, K.: *Uwłaszczenie chłopów w Polsce. Geneza – realizacja – skutki* [Die Bauernbefreiung in Polen. Genese – Durchführung – Folgen]. Warszawa 1976, 43–70.

Regierungskreisen keineswegs Vertrauen weckte, wurde die Bauernbefreiung nicht zu einem Instrument der politischen Konfrontation mit der polnischen Oberschicht. Einen anderen Gang nahmen die Ereignisse in jenen Gebieten, die in die Habsburgermonarchie und in das Russische Imperium eingegliedert waren.

Im österreichischen wie im russischen Fall fiel die Entscheidung über die Bauernbefreiung in den Teilungsgebieten vor dem Hintergrund einer tiefen Krise im Verhältnis zwischen der Obrigkeit und einem Teil der Gesellschaft – einer Krise, die so schwerwiegend war, dass sie sich zu einem bewaffneten Konflikt auswuchs. Der Beginn der Reformen wurde hier also überwiegend von den politischen Umständen diktiert. Rücksichtnahmen auf wirtschaftliche Interessen und traditionelle Vorstellungen über die privilegierte gesellschaftliche Stellung der Gutsbesitzer traten hinter den Erfordernissen einer im Sinne der Staatsinteressen durchgeführten Politik zurück.

Eine geraume Zeit lang beabsichtigten die Regierenden weder in Österreich noch in Russland, sich für eine weiterreichende Umgestaltung der dörflichen Lebenswirklichkeit in den Gebieten des früheren Polen-Litauens einzusetzen. Allerdings hatten jene Gebiete, die sich Wien im Zuge der ersten Teilung angeeignet hatte, die weitreichenden Reformen der josephinischen Ära erlebt: Während das Untertanenpatent von 1781 die Leibeigenschaft beseitigte, bestimmte das Urbarialpatent von 1789 genau die Höhe der bäuerlichen Verpflichtungen gegenüber Staat und Gutshof, indem es den Frondienst durch Geldleistungen ersetzte. Die Reformen Josephs II. riefen starken Widerstand aufseiten des Landadels und eines Teils der Bürokratie hervor. Nach dem Tode des Reformkaisers wurde das Urbarialpatent in einem Klima wachsender Ängste vor den Auswirkungen der Französischen Revolution wieder zurückgenommen. Die Monarchie, zufrieden mit dem erreichten Grad der Kontrolle über das, was auf dem Land geschah, verwarf die josephinische Reformstrategie und bemühte sich, den bestehenden Zustand zu festigen.⁹

Erst die politische Krise, welche die Habsburgermonarchie im Frühjahr 1848 erfasste, brachte die Bauernbefreiung in Galizien wieder auf die politische Tagesordnung (→ III. F). Gouverneur Franz Stadion verkündete am 22. April, dass nach dem Willen des Kaisers ab Mitte des nächsten Monats der Frondienst (*Robot*) abgeschafft werde. Zugleich versprach er eine Entschädigung seitens der Regierung für die Gutsbesitzer. Diese ohne Absprache mit Wien verkündete Deklaration wurde kurz darauf tatsächlich mit einem auf den 17. April rückdatierten Kaiserpatent bestätigt. Die Beweggründe Stadions waren klar: Es ging ihm um eine Festigung der Loyalität des Bauertums gegenüber der Monarchie. Indem er ohne Rückendeckung der Zentralregierung handelte, war Stadion ein nicht geringes Risiko eingegangen. Doch stand er unter Zeitdruck: Polnische Politiker in der Emigration, etwa Adam Jerzy Czartoryski, sowie im Land

⁹ GRODZISKI, s.: *Historia ustroju społeczno-politycznego Galicji 1772–1848* [Geschichte des gesellschaftlichen und politischen Systems Galiziens 1772–1848]. Wrocław 1971, 65–85.

selbst forderten die galizischen Gutsbesitzer zu einer freiwilligen Aufgabe ihrer Privilegien auf, sahen sie darin doch die wirksamste Art, die Bauern für ihre nationalen Ziele zu gewinnen. Da diese Aufrufe auf die Ablehnung ihrer Adressaten stießen, konnte der energisch agierende Gouverneur die Agrarfrage ungestört im Interesse der Monarchie behandeln. Erst im Nachhinein definierten die österreichischen Behörden genau die Prinzipien, nach denen die Reform in den folgenden Jahren durchgeführt wurde.¹⁰

Im russischen Imperium kam der Gedanke an staatlich initiierte und durchgeführte Agrarreformen später als im Habsburgerreich auf und fand – lässt man allgemeine Deklarationen außer Betracht – bei den Angehörigen der politischen Elite kaum Anhänger. Auch hier waren erst dramatische politische Umstände nötig, um eine entsprechende Entscheidungen anzustoßen.¹¹ Mit der Thronbesteigung Alexanders II. im Jahre 1855 während des Krimkriegs wurden zunächst nur sehr begrenzte Modifizierungen an den herrschenden Verhältnissen auf dem Land vorgenommen. So wurde etwa im Königreich Polen der Frondienst für die Bauern auf Krongütern allmählich in einen Pachtzins umgewandelt. Ein Erlass des russischen Kaisers hatte bereits 1846 die Höhe der bäuerlichen Leistungen zu Gunsten des Gutsherrn reguliert, aber auch die Möglichkeit eingeschränkt, Bauern ihrer Höfe zu verweisen. Dennoch ließen erst die grundlegenden Veränderungen in der russischen Innenpolitik nach der Niederlage im Krimkrieg auch innerhalb der Regierungsorgane die Akzeptanz für einen tiefgreifenden Umbau der Lebensumstände auf dem Land steigen. So ermunterten 1857 die Behörden die Grundbesitzer im Litauischen Gouvernement und später auch anderer Gebiete östlich des Bugs, eine offene Diskussion über die Grundsätze einer Agrarreform zu beginnen. In den Debatten, die Ende der 1850er Jahre tatsächlich in den Adelskomitees geführt wurden,

¹⁰ KIENIEWICZ, S.: *Pomiędzy Goslarem a Stadionem. Sprawa włościańska w Galicji w 1848 r.* [Zwischen Goslar und Stadion. Die Bauernfrage in Galizien im Jahre 1848]. Wrocław 1980, 25–58; BRUCKMÜLLER, E.: *Landwirtschaftliche Arbeitswelten und ländliche Sozialstrukturen*, in: RUMPLER, H./URBANITSCH, P. (Hg.): *Die Habsburgermonarchie 1848–1918*. Bd. 9: *Soziale Strukturen*. Teilband 1,2: *Von der ständischen zur Klassengesellschaft*. Wien 2010, 251–322; EPSZTEIN, T.: *Spółeczeństwo i gospodarka: przemiany na ziemiach polskich 1796–1914* [Gesellschaft und Wirtschaft: Wandel in den polnischen Ländern 1796–1914]. In: NOWAK, A. (Hg.): *Historie Polski w XIX wieku* [Geschichten Polens im 19. Jahrhundert]. Bd. 1: *Kominy, ludzie i obłoki: modernizacja i kultura* [Schornsteine, Menschen und Wolken: Modernisierung und Kultur]. Warszawa 2013, 41–178, hier 95–97.

¹¹ Zu den Agrarreformen in Russland vgl. ZAJONČOVSKIJ, P. A.: *The Abolition of Serfdom in Russia*, Gulf Breeze 1978 (russ. Orig. Moskva 1954); ZACHAROVA, L. G. (Hg.): *Velikie reformy v Rossii: 1856–1874* [Die großen Reformen in Russland: 1856–1874]. Moskva 1992; DIES.: *Otmena krepostnogo prava v Rossii: ukazatel' literatury (1856–1989 gg.)* [Aufhebung des Leibeigenschaftsrechtes in Russland. Literaturverzeichnis (1856–1989)]. Tomsk 1993; MOON, D.: *The Abolition of Serfdom in Russia. 1762–1907*. London 2014. Eine comparative Perspektive: KOLCHIN, P.: *Unfree Labor: American Slavery and Russian Serfdom*. Cambridge, Mass. 1987; DERS.: *After Serfdom: Russian Emancipation in Comparative Perspective*. In: ENGERMAN, S. L. (Hg.): *Terms of Labor: Slavery, Serfdom and Free Labor*. Stanford 1999, 87–115, 293–309.

überwog die Meinung, dass zwar die Fronarbeit abgeschafft werden müsse, aber nur wenige sprachen sich für eine vollständige Bauernbefreiung aus. Schließlich gab der Kaiser am 19. Februar (nach dem gregorianischem Kalender am 3. März) 1861 eine Verordnung heraus, die die Leibeigenschaft aufhob und Landzuteilungen für die Bauern ankündigte, mit der Möglichkeit diesen Boden als Eigentum zu erwerben.

Die Bestimmungen des Manifests vom 19. Februar 1861 betrafen nicht das Königreich Polen. In diesem Gebiet war die Leibeigenschaft bereits durch die Konstitution des Herzogtums Warschau vom 22. Juli 1807 abgeschafft worden (→ II. C). Während der Reformphase des Jahres 1861 verschärfte sich die politische Krise in Kongresspolen rapide; sie sollte in weniger als zwei Jahren zum Ausbruch des Januaraufstands führen (→ III. H). Die Ansichten der kongresspolnischen Großgrundbesitzer über die Reformen wichen nicht allzu sehr von jenen ihrer Standesgenossen in den übrigen Regionen der ehemaligen Republik ab: Oft wurde unterstrichen, dass der Frondienst eine durchaus anachronistische Erscheinung sei, eine Bauernbefreiung dennoch eine wenig praktikable Lösung der Agrarfrage wäre. In die gleiche Richtung wies auch jene Verordnung des Kaisers vom Juni 1862, die für das Gebiet des Königreichs die allgemeine Umstellung auf Zinsabgaben ankündigte und von Graf Aleksander Wielopolski, dem damaligen Kopf der Zivilregierung des Königreichs, vorbereitet worden war.

Der Durchbruch in der Agrarfrage erfolgte im Königreich erst nach dem Ausbruch des Januaraufstands.¹² In ihrem Manifest vom 22. Januar 1863 verkündeten dessen Anführer, dass die Bauern den von ihnen bestellten Boden als Eigentum erhalten und die bisherigen Eigentümer vom Staat im Gegenzug entschädigt würden. Mittellosen Aufständischen wurde hingegen Boden aus nationalen Gütern versprochen. Die Realisierung dieser Ankündigungen erwies sich als unmöglich, doch gaben sie den Impuls dafür, dass sich die russischen Behörden der Frage der Reformen energisch annahmen. So wie in Galizien zielten diese auch hier darauf, das Bauerntum enger an die Monarchie zu binden. Doch war im kongresspolnischen Fall deutlicher erkennbar, dass die Reform als Repressionsmittel gegenüber den Gutsbesitzern, die zum großen Teil die aufständische Bewegung unterstützt hatten und als antirussisch galten, dienen sollte. Im Frühjahr 1863 wurden die Bestimmungen der Verordnung von Februar 1861 für die Gebiete »Litauens und Rutheniens« modifiziert: die bäuerlichen Landanteile wurden vergrößert und die Verpflichtung eingeführt, sie abzulösen, wobei die Zahlungsmodalitäten zum Vorteil der Bauern verändert wurden. Schließlich wurden am 2. März 1864 entsprechende Dekrete auch für das Königreich Polen verkündet, welche die Bauern zu Eigentümern des gesamten von ihnen bewirtschafteten Bodens machten, während die Grundbesitzer Entschädigungen von der Regierung erhalten sollten. Auch einem Teil der Landlosen wurde Boden zuerkannt.

¹² GRONIEWSKI, *Uwłaszczenie* (Anm. 8); DERS.: *Realizacja reformy uwłaszczeniowej 1864 r.* [Die Umsetzung der Bauernbefreiungs-Reform]. Warszawa 1963.

Die Ähnlichkeit der Motive der österreichischen bzw. russischen Reformen von 1848 und 1863–1864 verlieh den Agrarreformen in Galizien und im Königreich Polen auch einen vergleichbaren Charakter. In beiden Fällen war die Bauernbefreiung ein Akt, der amtlich und einmalig durchgeführt wurde; er erfasste im Prinzip alle bäuerlichen Besitzungen (im Königreich schuf man auch neue); die vormaligen Eigentümer erhielten die Entschädigung nicht direkt von den Bauern, sondern vom Staat, der dafür wiederum die Steuerlast der Bevölkerung erhöhte. Sowohl in Galizien als auch im Königreich bekamen die Gutsbesitzer eine geringere Entschädigung als im preußischen Teilungsgebiet. Im österreichischen Teilungsgebiet wurde ihre Höhe auf etwa das 14,5-fache der jährlichen Nettoverpflichtungen der Bauern festgesetzt; im Königreich wurde ein Multiplikator zugrunde gelegt, der etwas kleiner als 17 war, doch wurde der Wert der gegenseitigen Verpflichtungen zwischen Bauer und Gutshof zum Nachteil der Gutsbesitzer berechnet.¹³ Während sich im preußischen Teilungsgebiet der Umfang des von den Bauern genutzten Bodens nach der Bauernbefreiung verringerte – Schätzungen für Großpolen belaufen sich auf ein Sechstel des Bodens – kam es im Falle des Königreichs vermutlich zu einer Erhöhung um etwa 8%.¹⁴

Auch wenn die Reformen in beiden Teilungsgebieten darauf abzielten, die Gunst der Bauern zu gewinnen und somit deren Interessen stärker berücksichtigten als sie jene der Gutsbesitzer schützten, waren die Vorteile für die Landbevölkerung nur vorübergehender Natur. Betrachtet man die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Konsequenzen der Bauernbefreiung nämlich in einer längeren Perspektive, ergibt sich ein differenzierteres Bild. Zunächst bekamen aber die Gutsbesitzer die Bauerbefreiung schmerzlich zu spüren. Sie verfügten größtenteils über kein nennenswertes Eigenkapital und fanden sich unter den neuen Bedingungen nur mit Mühe zurecht. Das Investitionsniveau blieb niedrig, die Modernisierung der Wirtschaftsbetriebe schritt langsam voran. Aber auch vom Standpunkt der langfristigen Interessen der Agrarbevölkerung aus fällt die Bewertung sowohl der österreichischen als auch der russischen Reformen nicht positiv aus. Auf den Bauern lasteten zwar nicht die unmittelbaren Kosten der Veränderungen, und aufgrund der Bauernbefreiung hellte sich ihre materielle Lage in gewissen Grenzen sogar auf. Diese Verbesserung war aber nicht allzu bedeutend, und die Zukunftsaussichten stellten sich nicht gut dar (→ IV. B). Langfristig betrachtet verfestigten die Reformen nämlich die bisherigen Eigentumsstrukturen, was für den Augenblick viele Bauern zufriedenstellte, aber die Weiterentwicklung der bäuerlichen Landwirtschaft wenig beförderte.¹⁵ Es überwogen weiter kleine (in Galizien oft minimale) und mittlere Bauernwirtschaften, deren Produktionsmöglichkeiten der Mehrzahl des Bauerntums keinen wirklichen materiellen Aufstieg erlaubten. Nach der Bauernbefreiung umfassten

¹³ ŁUKASIEWICZ: *Drogi rozwoju* (Anm. 8), 20 f.

¹⁴ GRONIEWSKI: *Uwłaszczenie* (Anm. 8), 61, 133.

¹⁵ ŁUKASIEWICZ: *Drogi rozwoju* (Anm. 8), 21 f.

nach Schätzungen 68 % der galizischen Bauernhöfe eine Fläche von nicht mehr als 5,75 ha, während sich die Größe weiterer 23 % der Höfe zwischen 5,75 bis 11,5 ha bewegte. Im Königreich erreichten Mitte der 1870er Jahre rund 40 % der Bauernhöfe lediglich eine Fläche von bis zu 10 Morgen.¹⁶

Die Ausgestaltung der Agrarreformen bestimmten Richtung und Tempo des sozio-ökonomischen Wandels in den einzelnen polnischen Gebieten maßgeblich mit. Im Großherzogtum Posen und in Westpreußen schuf die Bauernbefreiung die Grundlagen für eine beschleunigte Entwicklung der Landwirtschaft. Die sozialen Kosten der sich dort vollziehenden Veränderungen waren schmerzhaft, aber schlussendlich begann sich das materielle Niveau auf dem Land langsam zu heben. Galizien, die Länder östlich des Bugs und zu einem großen Teil das Königreich Polen blieben eine Zone agrarischer Rückständigkeit, deren begrenzte Modernisierungsmöglichkeiten sich weit über die Landwirtschaft hinaus auswirkten. Diese hemmende Wirkung trat im Verlauf der Industrialisierungsprozesse deutlich zutage.

Industrialisierung und sozialer Wandel

Bei der Beschäftigung mit den Phänomenen der Industrialisierung in peripheren Gebieten wie den Ländern der alten Republik müssen zwei grundlegende Faktoren berücksichtigt werden: 1.) die jeweils herrschenden besonderen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen, darunter vor allem der Zustand der Landwirtschaft; 2.) das Ausmaß staatlicher Förderung von Industrialisierungsprozessen.¹⁷ In den Randzonen waren die staatlichen Behörden in der Regel ein schwer zu ersetzender Förderer der Industrialisierung. Die Initiative, die der Staat hier zeigte oder nicht zeigte, konnte die wirtschaftliche Zukunft des betreffenden Gebietes stark beeinflussen.

Keine der Regierungen der Teilungsmächte war an einer Industrialisierung der polnischen Gebiete wirklich interessiert. Dahinter standen rein politische Gründe, erschien es doch wenig sinnvoll, Gebiete zu unterstützen, deren Bevölkerung gegenüber Staat und Dynastie eine illoyale Haltung einnahm; außerdem wurde Rücksicht genommen

¹⁶ GRONIEWSKI: *Uwłaszczenie* (Anm. 8), 94, 147.

¹⁷ Als klassische Interpretation siehe GERSCHENKRON, A.: *Economic Backwardness in Historical Perspective: A Book of Essays*. Cambridge, Mass. 1962. Zur Diskussion über die Thesen von Gerschenkron und anderen: SYLLA, R./TONIOLO, G.: *Patterns of European Industrialization: The Nineteenth Century*. London 1991. Für Polen siehe KULA, W.: *Początki kapitalizmu w Polsce w perspektywie historyczno-porównawczej* [Die Anfänge des Kapitalismus in Polen in historisch-vergleichender Perspektive]. In: DERS.: *Historia, zacofanie, rozwój* [Geschichte, Rückständigkeit, Entwicklung]. Warszawa 1983, 77–97. Den Versuch eines regionalen Gesamtüberblicks liefern: BEREND, I./RÁNKI, G.: *The European Periphery and Industrialization 1780–1914*. New York 1982. Zu den Grundtendenzen der Interpretation in der polnischen Historiographie: SOSNOWSKA, A.: *Zrozumieć zacofanie. Spory historyków o Europę Wschodnią (1947–1994)* [Rückständigkeit verstehen. Der Streit der Historiker um Osteuropa (1947–1994)]. Warszawa 2004.

auf die Interessen der bereits existierenden Industriezentren. So blieben auch die an sich von einem raschen ökonomischen Wandel erfassten Gebiete des preußischen Teilungsgebietes nur schwach industrialisiert.¹⁸ Das einzige staatliche Industrialisierungsprogramm entstand dort, wo die Regierung des Landes in polnischen Händen lag, also im Königreich Polen. Den Ansatz für ein solches Programm arbeitete kurz nach der Errichtung des Königreichs Stanisław Staszic aus, der damals den staatlichen Bergbau leitete. Fürst Franciszek Ksawery Drucki-Lubecki, in den Jahren 1821–1830 Finanzminister, entwickelte diese Konzeption weiter und begann mit ihrer Verwirklichung.¹⁹

Ein zentraler Punkt der Konzeption Lubeckis waren Investitionen in den Bergbau und das Hüttenwesen. Sie wurden seit Mitte der 1820er Jahre in zwei Zentren, der Region um Kielce und in der Nähe von Będzin (an der Grenze zur Freien Stadt Krakau und zu Preußen), begonnen und nach dem Novemberaufstand durch die 1828 gegründete Polnische Bank (*Bank Polski*) fortgeführt. Die Leitung der Bank, die 1833 die Kontrolle über das Entwicklungsprogramm in diesen beiden Bereichen übernahm, entwickelte einen neuen, um einiges ehrgeizigeren Investitionsplan. Die Produktion von Zink und Eisen sollte um das Zehnfache erhöht werden. Um dies zu erreichen, begann man, in den nun errichteten Betrieben neue Technologien einzusetzen: Die Verhüttung wurde ins entstehende Kohlerevier von Dąbrowa (*Zagłębie Dąbrowskie*) verlegt, es wurden große Koksöfen und Dampfenergie eingesetzt. Als Krönung des gesamten Programms betrachtete man die Bankhütte (*Huta Bankowa*) in Dąbrowa Górnicza bei Będzin, ein Betrieb, der dem Vergleich mit seinen modernsten Pendants in Westeuropa standhielt.²⁰ Anfang der 1840er Jahre konnte man sagen, dass es im Königreich gelungen war, mit dem *Zagłębie Dąbrowskie* ein modernes Industriezentrum zu schaffen. Auch wenn die Produktionskapazität des staatlichen Hüttenwesens mehrfach stieg, mussten die Ergebnisse der großen Investitionskampagne dennoch Besorgnis erregen: In der Bankhütte erwiesen sich die Produktionskosten als zu hoch und die Qualität der Erzeugnisse als zu schlecht. Die neu errichteten Anlagen unterlagen im Wettbewerb mit kleineren, bedeutend primitiver ausgestatteten privaten Betrieben. Schließlich brach im Jahre 1843 die Konjunktur im Hüttenwesen ein. Es begann eine lang anhaltende Krise, die man erst am Ende der 1850er Jahre teilweise zu überwinden begann.²¹

¹⁸ ŁUCZAK, C.: *Przemysł Wielkopolski w latach 1815–1870* [Die Industrie Großpolens in den Jahren 1815–1870]. Warszawa 1959.

¹⁹ SMOLKA, S.: *Polityka Lubeckiego przed powstaniem listopadowym* [Die Politik von Lubecki vor dem Novemberaufstand]. 2 Bde. Kraków 1907; JEDLICKI, J.: *Nieudana próba kapitalistycznej industrializacji. Analiza państwowego gospodarstwa przemysłowego w Królestwie Polskim XIX w.* [Der mißlungene Versuch einer kapitalistischen Industrialisierung. Analyse der staatlichen Industriewirtschaft im Königreich Polen des 19. Jahrhunderts]. Warszawa 1964, 29–56.

²⁰ JEDLICKI, *Nieudana próba* (Anm. 19), 29–60, 94.

²¹ Ebd., 85–89, 104–132.

Der beklagenswerte Zustand, in dem sich die staatliche Schwerindustrie befand, ergab sich zu einem gewissen Teil aus Planungsfehlern wie auch aus der Schwierigkeit, in einer zuvor kaum von Modernisierungsprozessen berührten Umgebung eine Insel moderner Produktion zu schaffen. Die Misserfolge bei der Industrialisierung wurzelten jedoch in noch tieferen, strukturellen Problemen. Lubecki wollte als Verfechter einer forcierten Industrialisierung die polnische Wirtschaft von der Getreideausfuhr zu westlichen Märkten unabhängig machen. Allerdings war der Binnenmarkt des Königreichs nach wie vor zu wenig aufnahmefähig, was die dortigen Produzenten von Industrieerzeugnissen vor ernste Absatzprobleme stellte. Alle Pläne, die Produktion zu steigern, stießen hier auf eine Barriere, die zugleich die begrenzten Möglichkeiten einer industriellen Expansion aufzeigte und damit früher oder später die Ambitionen der Investoren reduzierte. Ein Grund für den besagten Konjunkturerinbruch von 1843 im polnischen Hüttenwesen waren somit auch übermäßige und unrentable Investitionen. Die politischen Entscheidungsträger reagierten auf diese Krise, indem sie ihre ambitionierten Entwicklungspläne aufgaben.

Ein maßgeblicher Grund für die geringe Aufnahmefähigkeit des Binnenmarktes war, dass die Bauern als Konsumenten nur eine beschränkte Rolle spielen konnten.²² Zwar war die bäuerliche Ökonomie inzwischen durchaus im System der Geldwirtschaft angekommen, doch verwendeten die Bauern die erzielten Verkaufsgewinne hauptsächlich für die Begleichung ihrer Verpflichtungen gegenüber dem Staat. Um ihre eigenen Bedürfnisse zu decken, bedienten sich die Dorfbewohner, erdrückt von der hohen Steuerlast, deswegen weiterhin der Naturalwirtschaft. Mehr noch, hier wirkte spürbar ein Teufelskreis. Denn je mehr die wirtschaftlichen Aktivitäten der Regierung zurückgefahren wurden, desto unrealistischer wurde es, dass die Bauern ihre Konsumbedürfnisse auf dem Markt befriedigen konnten. Die Entwicklung des Binnenmarktes war aber eine der grundlegenden Bedingungen für den Industrialisierungserfolg. Die Art und Weise jedoch, in der die Industrialisierung durchgeführt wurde, verhinderte eine schnelle Entwicklung des Marktes.

Für die Bauern stellte es eine grundlegende Schwierigkeit dar, genügend Nahrung für den Eigenbedarf zu produzieren bzw. die dafür nötigen Mittel zu erwirtschaften.²³ Noch

²² KULA, W.: *Wprowadzenie. Rozwój gospodarczy w warunkach rosnącego zacofania* [Einführung. Die wirtschaftliche Entwicklung unter den Bedingungen der wachsenden Rückständigkeit]. In: DERS./LESKIEWICZOWA, J. (Hg.): *Przemiany społeczne w Królestwie Polskim 1815–1864* [Gesellschaftliche Veränderungen im Königreich Polen 1815–1864]. Wrocław 1979, 11–23; JEDLIICKI, J.: *A Suburb of Europe. Nineteenth-Century Polish Approaches to Western Civilization*. Budapest 1999 (poln. Orig.: *Jakiej cywilizacji Polacy potrzebują? Studia z dziejów idei i wyobraźni XIX wieku*. Warszawa 1988), 82 f.; KOCHANOWICZ, J.: *Pańszczyźniane gospodarstwo chłopskie w Królestwie Polskim w I połowie XIX w.* [Die bäuerliche Fronwirtschaft im Königreich Polen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts]. Warszawa 1981, 185–187.

²³ ŁUKASIEWICZ, J.: *Ekonomiczne uwarunkowania losów Polaków w XIX w.* [Wirtschaftliche Bedingungen der Schicksale der Polen im 19. Jahrhundert]. In: GROCHULSKA, B./SKOWRONEK, J.: *Losy*

um die Mitte des 19. Jahrhunderts wurde dies als schwer erreichbares Ziel betrachtet. Der Lebensmittelkonsum der Dorfbevölkerung schwankte folglich je nach Feldertrag. Eine gute Ernte bedeutete niedrigere Preise für landwirtschaftliche Produkte, machte deren Verkauf unattraktiv und führte stattdessen zu einem höheren Verbrauchsniveau; eine schlechte Ernte verursachte zwar höhere Preise, aber aus Mangel an Überschüssen führte dies nur zu einer Absenkung des Verbrauchs. Wenn eine Missernte besonders hart war oder, was nicht selten vorkam, sich über einige Jahre wiederholte, kam Hunger auf. Hungerkatastrophen plagten vor allem Galizien, aber sie kamen auch in anderen Regionen vor. In Zeiten verhältnismäßigen Wohlstandes bestand die bäuerliche Nahrung hauptsächlich aus Brot, Grütze, Erbsen, Kartoffeln und Milch. Während einer Missernte wick man auf in freier Natur verfügbare Nahrungsmittel, von Wildvögeleiern bis hin zu Unkrautsamen, aus. In Zeitzeugenberichten fehlt es auch nicht an Darstellungen über den Verzehr von Hunden, Katzen und verendetem Zugvieh durch die Hunger leidende Bevölkerung sowie über Fälle von Kannibalismus. Man schätzt, dass die Einwohner des Königreiches Polen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ihren Kalorienbedarf durchschnittlich nur zu etwa 60 % decken konnten; den Bedarf an Kohlenhydraten zu etwa 80 %, an Eiweiß zu 70 %, und an Fett zu 30 %. Die chronische Unterernährung war gemeinsam mit den herrschenden schlechten hygienischen Bedingungen und der unzureichenden medizinischen Versorgung verantwortlich für den sehr schlechten Gesundheitszustand der Bevölkerung und eine entsprechend hohe Sterblichkeitsrate. Es wird geschätzt, dass bis zum Ende der 1880er Jahre in keinem der drei Teilungsgebiete die durchschnittliche Lebenserwartung über 35 Jahren lag. Der Lebensstandard der Gutsherren hob sich von der Lebenswirklichkeit der bäuerlichen Unterschichten deutlich ab.²⁴ Um die Mitte des Jahrhunderts standen sich hier sowohl in materieller als auch in mentaler Hinsicht weiterhin zwei unterschiedliche Welten gegenüber.

Die beschriebene sozio-ökonomische Entwicklung vor allem im Königreich Polen vor der Bauernbefreiung verdeutlicht, dass ohne eine soziale Emanzipation der Bauern

Polaków w XIX–XX w. Studia ofiarowane Profesorowi Stefanowi Kieniewiczowi w osiemdziesiąt rocznicę jego urodzin [Die Schicksale der Polen im 19.–20. Jahrhundert. Festschrift für Professor Stefan Kieniewicz zum 80. Geburtstag]. Warszawa 1987, 55–68; DERS.: *Wpływ urodzajów na poziom życia społeczeństwa polskiego w latach 1820–1860* [Der Einfluss der Ernte auf das Lebensniveau der polnischen Gesellschaft in den Jahren 1820–1860]. In: SZTETYLŁO, J. (Hg.): *Nędza i dostatek na ziemiach polskich od średniowiecza po wiek XX* [Armut und Wohlstand in den polnischen Gebieten vom Mittelalter bis zum 20. Jahrhundert]. Warszawa 1992, 183–192. Über die Ernährung detailliert: SOBCZAK, T.: *Przełom w konsumpcji spożywczej w Królestwie Polskim w XIX wieku* [Die Wende im Lebensmittelkonsum im Königreich Polen im 19. Jahrhundert]. Wrocław 1968.

²⁴ MOLIK, W.: *Życie codzienne ziemiaństwa w Wielkopolsce w XIX i na początku XX wieku. Kultura materialna* [Das Alltagsleben der Großgrundbesitzer in Großpolen im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Materielle Kultur]. Poznań 1999, 236–280; zur inneren Differenzierung der Landbesitzer: RYCHLIKOWA, I.: *Ziemiaństwo polskie 1789–1864. Zróżnicowanie społeczne* [Polnische Großgrundbesitzer 1789–1864. Soziale Differenzierung]. Warszawa 1983.

ein reales Wachstum der Wirtschaft schwer vorstellbar war.²⁵ Eine Emanzipation konnte aber nicht erfolgen, solange in der staatlichen Politik das Bestreben überwog, den landwirtschaftlichen *status quo* im Sinne des konservativen Landbesitzeradels zu erhalten. Diese prinzipielle Übereinstimmung zwischen der ländlichen Oberschicht und den Herrschenden brach nur dann auseinander, wenn nationalpolnische Aspirationen die Lage in den Augen Wiens oder Petersburgs dramatisch zuspitzten. Die Reformen von 1848 und 1864 sollten zwar die Stellung der Gutsbesitzer schwächen und die Bauern enger an den Staat zu binden, doch schufen sie keine Voraussetzungen für eine schnellere Modernisierung der bäuerlichen Landwirtschaft. Die Reformen im preußischen Teilungsgebiet hingegen schufen durchaus solche Strukturen und die Landwirtschaft entwickelte sich rasch, aber auch in diesem Falle hemmten die neuen Zollgrenzen, mangelndes politisches Interesse und strukturelle Nachteile gegenüber anderen Teilen der Monarchie Fortschritte der Industrialisierung.²⁶ In der Konsequenz nahm diese Region immer mehr den Charakter einer agrarischen Peripherie des preußischen Staates an, die obgleich recht hoch entwickelt, doch Randgebiet blieb.

Die Textilindustrie als Entwicklungsmotor

Vieles spricht für die These, dass die Industrialisierungsprobleme im Königreich Polen Teil eines größeren Problemkomplexes war. Die Industrialisierung der polnischen Gebiete im 19. Jahrhundert wies Züge auf, die charakteristisch für Regionen mit einer verspäteten wirtschaftlichen Entwicklung sind. Der Aufbau der Industrie hatte hier noch in der Zeit der alten Republik mit ihren Magnaten-Manufakturen begonnen und verlief diskontinuierlich, in einzelnen »Industrialisierungssprüngen«.²⁷ So erlebte das Schwerindustriezentrum in der Gegend von Kielce, das mit so hohen Kosten errichtet worden war, bereits in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts seinen Niedergang.

Als dauerhaft erfolgreich erwiesen sich dagegen private, zunächst in kleinem Umfang getätigte, aber vom Staat wirksam unterstützte Investitionen in der Textilbranche. In den 1820er Jahren begann im Gebiet zwischen Warschau und Kalisz ein Zentrum für Textilproduktion zu entstehen.²⁸ Auch wenn das Textilgewerbe in dieser Gegend über

²⁵ Zur Modernisierung der bäuerlichen Landwirtschaft während der Industrialisierung: KOCHANOWICZ, J.: *Spór o teorię gospodarki chłopskiej. Gospodarstwo chłopskie w teorii ekonomii i w historii gospodarczej* [Der Streit um die Theorie der bäuerlichen Landwirtschaft. Die bäuerliche Landwirtschaft in der Theorie der Ökonomie und in der Wirtschaftsgeschichte]. Warszawa 1992, 135–199.

²⁶ JAKÓBCZYK (Hg.): *Dzieje Wielkopolski* (Anm. 7), 78–110.

²⁷ KULA: *Początki* (Anm. 17), 85.

²⁸ MISSALOWA, G.: *Studia nad powstaniem łódzkiego okręgu przemysłowego 1815–1870* [Studien zur Entstehung des Lodzer Industriebezirkes 1815–1870]. 3 Bde. Łódź 1964–1967; GĄSIOROWSKA-GRABOWSKA, N.: *Osadnictwo fabryczne* [Das Fabrikansiedlungswesen]. In: DIES.: *Z dziejów przemysłu w Królestwie Polskim 1815–1918* [Aus der Geschichte der Industrie im Königreich Polen 1815–1918]. Warszawa 1965, 70–135.

Traditionen aus der Vorleistungszeit verfügte, kann hier kaum von einer wirklichen Kontinuität gesprochen werden. Über die Entwicklung dieser Region entschieden im 19. Jahrhundert Faktoren, die sich erst aus der Situation nach 1815 ergaben. Damals begann der Zuzug von Webern aus Großpolen und Schlesien, die aufgrund der neu errichteten Zollgrenze vom Absatzmarkt im Königreich Polen abgeschnitten worden waren. Einige von ihnen waren schon früher zeitweise von Gutsherren auf ihre Güter geholt worden. Ähnliche Initiativen hatten auch die Behörden des Herzogtums Warschau ergriffen, doch erst die Regierung des Königreichs entwickelte in diesem Bereich größere Aktivitäten, indem sie auch Handwerker aus Sachsen und Böhmen anwarb. Die Zuwanderer erhielten Grundstücke und Baumaterialien zu ihrer Verfügung und kamen in den Genuss mehrjähriger Steuer- und Mietzinsbefreiungen. Einige vermögendere Unternehmer erhielten Darlehen, die ihnen größere Investitionen ermöglichten. Neben der aktiven Einwanderungspolitik der Behörden erwies sich für die Region des künftigen Lodzer Industriebezirkes das Vorhandensein entsprechender natürlicher Ressourcen – Wälder als Quelle von Baumaterial und zahlreiche kleinere Flüsse als Energielieferanten – wie auch die günstigen Verkehrsverbindungen als förderlich für die industrielle Entwicklung. Innerhalb weniger Jahrzehnte siedelten sich hier einige Zehntausend Menschen an. Lodz, im Jahr 1820 eine Siedlung mit 767 Bewohnern, zählte um die Mitte des Jahrhunderts bereits 30 000 Einwohner und war ein dynamisches Zentrum der Baumwollverarbeitungsindustrie geworden.

In ihren Anfängen nutzten die Textilbetriebe noch Wolle und Leinen als Rohstoffe, doch verhiß Baumwolle die besseren Erfolgsaussichten. Ein Wandel zeichnete sich nach dem Novemberaufstand ab, als die Wollindustrie einen Teil ihres Absatzmarktes verlor: Der nach der Niederlage des Aufstandes eingeführte Zoll an der Ostgrenze des Königreichs beeinträchtigte die Ausfuhr der Wollstoffe in die östlichen Gebiete der ehemaligen Republik und nach Russland beträchtlich. Auch wurde das polnische Heer aufgelöst, das ein bedeutender Abnehmer von Tuchen gewesen war. Die billigeren Baumwollstoffe konnten hingegen in größerem Umfang auch an die weniger wohlhabenden einheimischen Kunden verkauft werden. Dieser Faktor war für die schnelle Entwicklung der Baumwollindustrie entscheidend. Als zu Beginn des Jahres 1851 die Zollgrenze zwischen dem Königreich und Russland wieder aufgehoben wurde, eröffneten sich zudem neue Absatzmöglichkeiten im Osten des Imperiums, die mit der Zeit immer stärker genutzt wurden. Angesichts der anhaltenden Schwäche des Binnenmarktes im Königreich war die dortige Industrie in hohem Maße vom Export, vor allem der Ausfuhr nach Russland abhängig. Die sich daraus ergebenden Vorteile und Gefahren kamen jedoch erst in der darauffolgenden Zeit zum Vorschein.²⁹

²⁹ JEZIERSKI: *Problemy rozwoju* (Anm. 1), 109–118; DERS.: *Handel zagraniczny Królestwa Polskiego 1815–1914* [Der Außenhandel des Königreichs Polen 1815–1914]. Warszawa 1967.

Bis zum Ende der ersten Jahrhunderthälfte dominierten in der Industrie des Königreiches trotz der fortschreitenden Entwicklung Manufakturen.³⁰ Versuche staatlicherseits, den technischen Fortschritt zu forcieren, brachten keine zufriedenstellenden Resultate. Manchmal endeten sie auch in einem völligen Fiasko, wofür der beschriebene Zusammenbruch des von der Polnischen Bank durchgeführten Ausbau- und Modernisierungsprogramms für das Hüttenwesen das beste Beispiel bot. Dampfgetriebene Maschinen wurden in verschiedenen Industriezweigen zwar eingeführt, doch waren dies nur seltene Fälle. Die bekannte Lodzer Baumwollspinnerei von Ludwig (Louis) Geyer, in der 1839 die erste Dampfmaschine der Stadt in Gang gesetzt wurde und die an der Wende von den 1840er zu den 1850er Jahren fast 40 % der Baumwollgarnproduktion des Königreiches lieferte, war in dieser Hinsicht keineswegs für die gesamte Textilindustrie repräsentativ. Die Situation begann sich aber in den 1850er Jahren zu ändern, als sich eine technische Revolution vollzog, die innerhalb weniger Jahrzehnte zu einer weiten Verbreitung der fabrikmäßigen Produktion führen sollte. Zwischen 1852 und 1854 entstanden in Lodz, Ozorków und Żarki drei große mechanisierte Baumwollspinnereien; 1854 ließ der Lodzer Unternehmer Karl (Karol) Wilhelm Scheibler eine mechanische Baumwollweberei errichten. Damit war der Grundstein für eine ganze Welle von Investitionen gelegt, die den Charakter der industriellen Produktion grundlegend veränderten. Es wird davon ausgegangen, dass die erste Etappe dieses Prozesses zwischen 1855 und 1864 ihren Abschluss fand und Ende der 1880er Jahre in der Industrie bereits das Fabrikssystem überwog (→ IV. B).

Gesellschaftliche Transformationsprozesse

Aufs Ganze gesehen markierte die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts erst den Beginn der industriellen Entwicklung in den polnischen Gebieten. Auf der gesellschaftlichen Ebene wurde diese von der Herausbildung neuer sozialer Schichten, der Bourgeoisie und des Proletariats, begleitet. In Regionen wie dem Königreich, wo das Tempo der industriellen Entwicklung verhältnismäßig hoch war, hatte die moderne Bourgeoisie nicht viel mit dem traditionellen Bürgertum gemein. Die Angehörigen dieser Schicht, die größtenteils nicht dem traditionellen Bürgertum entstammten, agierten anders und zeigten in ihren Geschäften eine größere Risikobereitschaft. Zum großen Teil entstammten sie nicht dem herkömmlichen bürgerlichen Milieu. Zwar versuchten auch Gutsbesitzer

³⁰ ŁUKASIEWICZ, J.: *Przewrót techniczny w przemyśle Królestwa Polskiego 1852–1886* [Die technische Revolution in der Industrie des Königreiches Polen 1852–1886]. Warszawa 1963, 5–8, 35–46, 100–127, 168–172. Ein Abriss der Industriegeschichte in den polnischen Gebieten im 19. Jahrhundert: PIETRZAK-PAWŁOWSKA, I. (Hg.): *Uprzemysłowanie ziem polskich w XIX i XX wieku. Studia i materiały* [Die Industrialisierung der polnischen Gebiete im 19. und 20. Jahrhundert]. Wrocław 1970, 27–329.

und Angehörige der *Inteligencja* in der Bourgeoisie Fuß zu fassen, doch überwogen hier Unternehmer und Händler deutscher und jüdischer Abstammung. Diese neue, sich erst formierende soziale Gruppe war nicht zahlreich und machte in den 1820er Jahren etwa 1,5 %, und in den 1850er Jahren etwa 2 % der berufstätigen Bevölkerung Warschaus aus.³¹ In den schwächer industrialisierten preußischen und österreichischen Gebieten kann kaum vom Aufkommen einer Bourgeoisie im modernen Sinn gesprochen werden. Hier war die wirtschaftliche Position der adligen Eliten ungleich dominanter als in der Wirtschaft des Königreichs; doch selbst dort behaupteten sie trotz des beschriebenen Wandels eine relativ starke Position.³²

Die Arbeitskräfte in der Industrie rekrutierten sich aus verschiedenen sozialen Gruppen. In den Industriebetrieben waren zum einen Mitglieder von Berufskorporationen wie der Bergbauverbindung (*Korpus Górniczy*) beschäftigt, zum anderen Fronbauern und freie Lohnarbeiter. Letztere waren häufig Dorfbewohner, für die die Fabrikarbeit eine Zusatz- oder Gelegenheitsbeschäftigung war. Die in der Industrie Beschäftigten bildeten ein in ethnischer und konfessioneller Hinsicht stark differenziertes Milieu (das zeigte sich besonders deutlich im Lodzer Bezirk), wobei die Grenzen zwischen den einzelnen Gruppen fließend und nur schwer zu bestimmen waren. Ein industrielles Proletariat begann sich erst um die Mitte des 19. Jahrhunderts herauszubilden.³³

Die bescheidenen Ergebnisse der Industrialisierungsmaßnahmen schlugen sich auch in der Lebenslage der *Inteligencja*, also jener Berufsgruppen mit höherer Ausbildung, nieder.³⁴ Industrie, Handel, Verkehr und Bankwesen waren nicht im Stande, die wachsende Zahl der Menschen mit akademischer Bildung, die zudem meist dem verarmten Adel entstammten, aufzunehmen (→ III. G). Auf diese Weise vermehrte sich das »*Inteligencja*-Proletariat« und verringerten sich dessen Chancen auf einen materiellen Aufstieg. Die Existenz der Vertreter dieser Bildungsschicht wurde in zunehmendem Maße

³¹ KACZYŃSKA, E.: *Burżuazja* [Die Bourgeoisie]. In: KULA/LESKIEWICZOWA: *Przemiany* (Anm. 22), 307–319; detaillierter über die Situation in Warschau: IHNATOWICZ, I.: *Burżuazja warszawska* [Die Warschauer Bourgeoisie]. Warszawa 1972, 49–93.

³² Ein allgemeiner Abriss der Problematik der Herausbildung der Bourgeoisie in den polnischen Gebieten: KOŁODZIEJCZYK, R.: *Burżuazja polska w XIX i XX wieku. Szkice historyczne* [Die polnische Bourgeoisie im 19. und 20. Jahrhundert. Historische Skizzen]. Warszawa 1979. Über die Gutsbesitzer: CABAN, W./MARKOWSKI, M. B. (Hg.): *Aktywność gospodarcza ziemiaństwa w Polsce w XVIII–XX wieku* [Die wirtschaftliche Aktivität der Gutsbesitzer in Polen im 18.–20. Jahrhundert]. Kielce 1993.

³³ KOWALSKA-GLIKMAN, S.: *Robotnicy* [Die Arbeiter]. In: KULA/LESKIEWICZOWA: *Przemiany* (Anm. 22), 345–370.

³⁴ Der Begriff *Inteligencja* wurde in den 1840er Jahren von Karol Libelt in den polnischen Diskurs eingeführt: SĐVIŽKOV, D.: *Das Zeitalter der Intelligenz. Zur vergleichenden Geschichte der Gebildeten in Europa bis zum Ersten Weltkrieg*. Göttingen 2006, 115.

davon abhängig, ob sie Positionen im Staatsdienst erlangten, was allerdings aufgrund der vorhandenen politischen Barrieren mit Schwierigkeiten verbunden war.³⁵

Ein treffendes Fazit der ökonomischen und sozialen Prozesse im Königreich Polen in der Mitte des 19. Jahrhunderts ist die Beschreibung, dass sich hier »die wirtschaftliche Entwicklung unter den Bedingungen einer sich vertiefenden Rückständigkeit« vollzog.³⁶ Diese Bewertung lässt sich auch auf Galizien übertragen, unter dem Vorbehalt, dass es dort noch weniger Entwicklung und eine noch größere Rückständigkeit gab. Am schwächsten entwickelt waren die östlich des Bugs gelegenen Gebiete der alten Republik, wo traditionelle Landwirtschaft und überkommene gesellschaftliche Strukturen weiterbestanden.

³⁵ CZEPULIS-RASTENIS, R.: *Inteligencja* [Die *Inteligencja*]. In: KULA/LESKIEWICZOWA: *Przemiany* (Anm. 22), 329–341; JEDLICKI: *A Suburb* (Anm. 22), 174f.

³⁶ KULA: *Wprowadzenie* (Anm. 22), 23. Ein Versuch zur Bewertung im Maßstab der ganzen Region: BEREND, I. T.: *History Derailed: Central and Eastern Europe in the Long Nineteenth Century*. Berkeley 2003, 89–133.

C. Von Staatsbürgern zu Untertanen? Der polnische Adel in den Gesellschaftsstrukturen der Teilungsstaaten

VON TOMASZ KIZWALTER

Eines der grundlegenden Probleme bei der Integration der Teilungsgebiete waren der bisherige Status, die Mentalität und die politische Kultur des polnischen Adels. Nach dem Untergang der Alten Republik waren die drei absoluten Monarchien mit einem privilegierten Stand konfrontiert, der nicht allzu sehr an die Adelselite Russlands, Preußens und – vom ungarischen Adel abgesehen – des habsburgischen Imperiums erinnerte. Er unterschied sich von ihnen durch seine Zahlenstärke, seinen Besitzstand, seine Stellung im Staat und seine politischen Partizipationsansprüche. Vom Standpunkt der Teilungsmächte aus ließen sich die Unterschiede auf zwei Schlüsselprobleme reduzieren. Erstens ging es hier um die politischen Aspirationen der Staatsbürger der ehemaligen Republik; zweitens um die Existenz einer großen Zahl von Adligen, die über keinen oder nur geringen Besitz verfügten.

In allen drei Teilungsstaaten unterlag der politische Status des Adelsstandes einer grundlegenden Veränderung. Kurz gesagt, die vormalige Gemeinschaft von Staatsbürgern verwandelte sich in ein Kollektiv von Untertanen, denn in den absoluten Monarchien konnte sich die traditionelle polnische Vorstellung einer souveränen Position des Adels im öffentlichen Leben nicht behaupten. Das bedeutete jedoch nicht, dass sich die Lage aller Standesmitglieder in gleicher Weise veränderte. Wie überall in Europa eröffneten sich vor allem wohlhabenden und gebildeten Adligen im Laufe des 19. Jahrhundert zunehmend auch neue Chancen auf politischen Einfluss und ökonomischen Aufstieg.¹ Die Grundlage dafür bildeten Elitenkompromisse – auf dem Gebiet des früheren Polen-Litauen vor allem zwischen dem ständischen Adel und den häufig, aber nicht immer ebenfalls adeligen Vertretern der Staatsmacht. Die Aushandlung neuer Eliten-

¹ MAYER, A. J.: *Adelsmacht und Bürgertum. Die Krise der europäischen Gesellschaft 1848–1914*. München 1988 [engl. Orig.: *The Persistence of the Old Regime. Europe to the Great War*. New York 1981]; LIEVEN, D. C.: *Abschied von Macht und Würden. der europäische Adel 1815–1914*. Frankfurt am Main 1995 [engl. Orig.: *The Aristocracy in Europe 1815–1914*. Basingstoke 1992]; CONZE, E./WIENFORT, M. (Hg.): *Adel und Moderne. Deutschland im europäischen Vergleich im 19. und 20. Jahrhundert*. Köln 2004; FRIE, E.: *Adelsgeschichte des 19. Jahrhunderts? Eine Skizze*. in: ASCH, R. G./SCHLÖGEL, R. (Hg.): *Adel in der Neuzeit*. Göttingen 2007 = *Geschichte und Gesellschaft* 33 (2007), 3, 398–415.

kompromisse verlief in allen Teilungsgebieten mit unterschiedlichem Ergebnis.² Denn den Mächten, die sich die Länder Polen-Litauens aneigneten, war zwar das Prinzip der absoluten Monarchie gemeinsam, doch unterschieden sie sich ansonsten untereinander in vielerlei Hinsicht (→ II. A und III. A).

Am wenigsten spürte über längere Zeit der gutsbesitzende Adel unter russischer Herrschaft die Veränderung seiner Lage, denn im Russischen Reich waren Bestrebungen einer bürokratischen Modernisierung des Systems zunächst am schwächsten wirksam. Dies änderte sich grundlegend erst nach dem Novemberaufstand 1830/31.³ Davor hatten die Gutsbesitzer im russischen Teilungsgebiet kaum unter Unifizierungsdruck gestanden. Die Behörden nahmen zwar eine neue administrative Einteilung vor, indem sie Gouvernements schufen, die wiederum in Kreise eingeteilt wurden. Diese Verwaltungseinheiten wurden von Vertretern der imperialen Bürokratie verwaltet, aber die polnischen Gutsbesitzer hatten leichten Zugang zu Stellungen im lokalen Verwaltungsapparat. Mehr noch, es wurde hier – was im Vergleich zur Situation in den beiden anderen Teilungsgebieten bemerkenswert war – die adlige Selbstverwaltung beibehalten. In den Gouvernements und in den Kreisen gab es Adelsversammlungen (*sejmiki*), die alten Landesämter (*urzędy ziemskie*) und das Gerichtswesen wurden beibehalten, das alte geschriebene und das Gewohnheitsrecht blieben weitgehend in Kraft.⁴ Natürlich verringerte sich unter den neuen Bedingungen die Bedeutung der Selbstverwaltung grundlegend. Sie blieb aber für Gutsbesitzer weiterhin eine vorteilhafte Einrichtung.

Der Umgang Petersburgs mit dem polnischen Adel basierte auf der Überzeugung, dass die Großgrundbesitzer eine natürliche Grundlage des imperialen Systems bilden würden, wenn man sie von ehemaligen Staatsbürgern der Ständerepublik in loyale Untertanen des russischen Kaisers verwandelte. Daher wurden aus mehreren Gründen keine allzu intensiven Unifizierungsmaßnahmen verfolgt. Zum einen sollte ein Teil der

² MÜLLER, M. G.: *Adel und Elitenwandel in Ostmitteleuropa. Fragen an die polnische Adelsgeschichte im ausgehenden 18. und 19. Jahrhundert*. In: *Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung* 50 (2001), 497–513.

³ Zur Situation des Adels in Russland vgl. GANZENMÜLLER, J.: *Russische Staatsgewalt und polnischer Adel. Elitenintegration und Staatsausbau im Westen des Zarenreiches (1772–1850)*. Köln 2013 (Beiträge zur Geschichte Osteuropas, 46); BEAUVOIS, D.: *Pouvoir russe et noblesse polonaise en Ukraine 1793–1830*. Paris 2003 – poln. Fassung in: DERS.: *Trójkąt ukraiński. Szlachta, carat i lud na Wołyniu, Podolu i Kijowszczyźnie 1793–1914* [Das ukrainische Dreieck. Adel, Zarentum und Volk in Wolhynien, Podolien und dem Kiewer Land 1793–1914]. Lublin 2005, 75–195; DERS.: *Le Noble, le Serf et le Revisor. La noblesse polonaise entre le tsarisme et le masses ukrainiennes 1831–1863*. Paris 1985 – poln. Fassung in: DERS.: *Trójkąt* (Anm. 3), 257–472; JEDLIČKI, J.: *Klejnot i bariery społeczne. Przeobrażenia szlachectwa polskiego w schyłkowym okresie feudalizmu* [Adelszugehörigkeit und soziale Grenzen. Wandel polnischer Adeligkeit im ausgehenden Feudalismus]. Warszawa 1968, 243–449.

⁴ BARDACH, J./SENKOWSKA-GLUCK, M. (Hg.): *Historia państwa i prawa Polski* [Staats- und Rechtsgeschichte Polens]. Bd. 3: *Od rozbiorów do uwłaszczenia* [Von den Teilungen zur Bauernbefreiung]. Warszawa 1981, 838–841, 849–854.

alten Institutionen – modifiziert und einer entsprechenden Kontrolle unterworfen – den Zielen der neuen Obrigkeit dienen. Des Weiteren hatten die sehr konservativen russischen Eliten kein Interesse an Reformen, und schließlich herrschte ein Mangel an Mitteln und Fähigkeiten, größere Umwälzungen durchzusetzen. Diese Zurückhaltung bei der Unifizierung, und in einem gewissen Maße auch die Unfähigkeit dazu, hat den Interessen Petersburgs offenbar nicht geschadet. Vielmehr erwies sich die Zusammenarbeit mit den lokalen Eliten als erfolgreich. Die Gutsbesitzer, die sich mit dem Untergang der Republik leichteren oder schwereren Herzens abfanden, waren allemal an der Aufrechterhaltung der existierenden gesellschaftlichen Verhältnisse auf dem Land interessiert. Im russischen Imperium sahen sie einen Garanten der traditionellen Ordnung.

Konnten die polnischen Großgrundbesitzer mithin als eine Stütze der russischen Herrschaft in den westlichen Grenzgebieten des Zarenreiches gelten, so waren hingegen der in materieller Hinsicht kaum vom Bauerntum zu unterscheidende Kleinadel wie auch der besitzlose Adel soziale Gruppen, die in der Gesellschaft des Imperiums keinen Platz fanden. Das Problem, dass große Teile des polnisch-litauischen Geburtsadels zwar über die angestammten Privilegien eines Herrenstands verfügten, jedoch weder in Bezug auf Besitz noch auf Qualifikation eine Elite bildeten, hatte auch schon die polnischen Reformer des späten 18. Jahrhunderts beschäftigt – und sie hatten mit der Adelsreform des Vierjährigen Reichstags und der Mai-Verfassung von 1791 Konsequenzen daraus gezogen: Der Adelsstand sollte einerseits für die Besitzenden und Verdienten im Bürgertum geöffnet werden; andererseits sollten die Besitzlosen adliger Geburt aus dem Herrenstand ausgeschlossen werden (→ Bd. 2, V. F). Nach der Aufhebung der Mai-Verfassung und den Teilungen sah sich die russische Obrigkeit, ebenso wie die der anderen beiden Teilungsmächte, jedoch wieder mit der alten, paradoxen Situation konfrontiert: Adligkeit ohne Zugehörigkeit zur Elite der Besitzenden erschien als eine *contradictio in adiecto*.

Im russischen Imperium versuchten die Behörden dieses irritierende Problem auf ihre Weise zu lösen. Dies schien umso dringlicher, als man gerade den verarmten Adel (nicht ganz zu Unrecht) als ein Unruhe stiftendes Element identifizierte, das zu politischem Radikalismus neigte. Deshalb wollte man, den »verarmten Wappenträgern« (*herbowa gotota*) den Bauernstatus aufzuzwingen und plante auch Massenumsiedlungen in andere Gebiete des Reichs. Die Unfähigkeit des Staatsapparates und der passive Widerstand der örtlichen Gutsbesitzer, die sich in gewissem Maße mit den übrigen Mitgliedern des Adelsstandes solidarisch fühlten, sorgten jedoch dafür, dass über längere Zeit nichts von diesen Plänen realisiert werden konnte.⁵

Auch die Politik des Kaisers Alexander I. nach dem Sieg über Napoleon hat die Verwirklichung solcher Projekte nicht befördert. Vor dem Hintergrund der russischen politischen Traditionen und der Haltung der übrigen Teilungsmächte war die Bildung des

⁵ BEAUVOIS: *Pouvoir russe* (Anm. 3).

Königreichs Polen ein gewagtes Experiment. Es lässt sich mit großer Wahrscheinlichkeit annehmen, dass das Königreich für Alexander I., der die Reformierung des gesamten Imperiums im Blick hatte, eine Art politisch-verfassungsrechtliches Laboratorium darstellen sollte, das die Erprobung neuer, risikobehafteter Lösungen ermöglichte. Ein Teil der Länder der alten Republik sollte danach mit dem Imperium auf eine Art und Weise verbunden werden, die sich von dem, was bis dahin praktiziert worden war, völlig unterschied. Hier ging es nicht um eine bloße Inkorporation in den Machtbereich der russischen Kaiser, sondern um eine mittelbare Unterordnung unter Beibehaltung der polnischen Eigenheit und gleichzeitiger Zulassung von Veränderungen im Geiste des Liberalismus. Das Experiment schlug fehl, denn die Versöhnung von Adelsliberalismus und Selbstherrschaft (Autokratie), von polnischer und russischer politischer Tradition, erwies sich als unmöglich. Bereits wenige Jahre nach dem Wiener Kongress zeichnete sich eine deutliche Krise des von Alexander I. entworfenen Systems ab (→ III. A/D). Der endgültige Zusammenbruch erfolgte mit dem Ausbruch des Novemberaufstandes. Eine wesentliche Zäsur war in diesem Falle der Wechsel auf dem russischen Thron, denn der neue Herrscher Nikolaus I. teilte keineswegs die Neigung seines Vorgängers, auf Konzepte jenseits der autokratischen Traditionen zurückzugreifen.

Nach der Niederschlagung des Novemberaufstandes und der faktischen Abschaffung des konstitutionellen Systems im Königreich Polen traten in der Politik des Imperiums integrierend-unifizierende Tendenzen deutlich stärker zutage als zuvor. Gleichwohl bestanden wesentliche Unterschiede zwischen der Entwicklung im Königreich, das weiterhin eine gewisse Eigenständigkeit bewahrte, und den Gebieten jenseits seiner östlichen Grenzen, die als Teil des Russischen Reiches angesehen wurden und deren russischer Charakter keiner Diskussion unterlag. In beiden Fällen war aber die ungelöste Adelsfrage eine wichtige Triebkraft politischer Entscheidungen in Petersburg. Triebfeder der imperialen Politik gegenüber dem polnischen Adel waren neben dem Wunsch nach dessen Angleichung an den russischen privilegierten Stand auch praktisch-politische Überlegungen. Angesichts der spezifischen gesellschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse sowie der besonderen politischen Situation im Königreich Polen sahen sich die Behörden bei der Inkorporation des Adels in die imperiale Ordnung vor eine besonders komplizierte Aufgabe gestellt. Was Verfassung und Rechtsordnung betraf, war das Königreich ein Produkt jener Reformen, die im Herzogtum Warschau während der napoleonischen Zeit begonnen und unter Alexander I. fortgesetzt worden waren. Hier galt der *Code Napoléon*, war die Ständeteilung, formal gesehen, schwach ausgeprägt, gab es die Leibeigenschaft nicht mehr. Im Russischen Reich dagegen hatten die einzelnen Stände einen jeweils genau bestimmten Status und die Leibeigenschaft war die Grundlage der sozialen Ordnung auf dem Land geblieben. Um den polnischen Adel tatsächlich an den russischen anzugleichen, hätte man die gesamte Rechtsordnung des Königreiches von Grund auf ändern müssen. Auch wenn die damit verbundenen Schwierigkeiten außer Acht gelassen werden, konnte das Ergebnis einer solch grund-

genden Veränderung nicht den politischen Erwartungen der Behörden des Imperiums entsprechen: Der als rebellisch geltende polnische Adel hätte letztlich beachtliche neue Privilegien erhalten. Schließlich wurde eine Kompromisslösung gefunden, die zwar weniger als erwartet veränderte, aber nicht ohne wichtige Konsequenzen blieb.⁶

Die Grundsätze der Reform enthielt das Gesetz über den Adelsstand vom 25. Juni (7. Juli) 1836,⁷ kraft dessen der Adel des Königreichs geringere Privilegien erhielt als die Mitglieder des Adelsstandes im Zarenreich. Adlige wurden von Körperstrafen befreit und im Bereich des Militärdienstes privilegiert – in den 1840er Jahren kamen Vorteile im Bereich der Bildung (niedrigere Schulgelder in den Gymnasien, alleiniger Zugang zu den russischen Universitäten) hinzu. Zudem wurde eine Unterscheidung zwischen Adligen, die den Adelsstand vor bzw. nach Inkrafttreten des Gesetzes von 1836 erlangt hatten, vorgenommen: Während für erstere der Adelsstand erblich blieb, wurde bei letzteren, also bei Zivilbeamten oder Offizieren zwischen erblichen und nichterblichen Adelstiteln unterschieden. Für eine vor Inkrafttreten der Reform erlangte Nobilitierung bedurfte es eines Nachweises. Der Verifizierung dieser Nachweise diente ein neu eingerichtetes Heroldsamt des Königreichs Polen (*Heroldia Królestwa Polskiego*). Für die Anerkennung der tatsächlichen Zugehörigkeit zum Adelsstand wurden strenge Kriterien angewandt und eine komplizierte Beweisprozedur eingeführt. Neben den Trägern aristokratischer Titel qualifizierten sich diejenigen, deren Vorfahren in männlicher Linie vor 1775 mindestens ein Dorf als Eigentum besessen hatten oder Sejm-Abgeordneter, Senator, königlicher Würdenträger oder Kavaliere eines polnischen Ordens gewesen waren. Das Heroldsamt existierte bis 1861. Amtlichen Angaben zufolge wurde im Königreich der Adelsstand von insgesamt 84 500 Personen bestätigt. Ende der 1820er Jahre hatte der Adel im Königreich schätzungsweise mindestens 300 000 Personen gezählt. Damit fiel sein Anteil an der Gesamtbevölkerung von 7,5% auf 1,7%. Dieser Wandel war ein messbares Ergebnis der russischen Politik einer radikalen Begrenzung der Zahlenstärke des privilegierten Standes. Die überwältigende Mehrheit der Kleinadeligen verlor ihren Adelsstatus, da sie nicht über die erforderlichen Dokumente verfügten. Die Behörden konnten das als einen Erfolg verbuchen. Allerdings war die praktische Bedeutung der Adelszugehörigkeit ohne entsprechenden Besitz, auch wenn man sie nicht gänzlich ignorieren sollte, schon damals nicht mehr groß.

Die Verifizierung des Adels gilt als das charakteristischste Beispiel dafür, wie der Gesellschaft des Königreiches die komplexe Struktur von Institutionen und Normen der russischen monarchisch-ständischen Ordnung aufgedrängt wurde, im Sinne einer

⁶ JEDLICKI, J.: *Klejnot* (Anm. 3), 296–435; DERS.: *Szlachta* [Der Adel]. In: KULA, W./LESKIEWICZOWA, J., *Przemiany społeczne w Królestwie Polskim 1815–1864* [Die gesellschaftlichen Veränderungen im Königreich Polen 1815–1864]. Wrocław 1979, 27–56, hier 39–50; BARDACH/SENKOWSKA-GLUCK: *Historia państwa* (Anm. 4), Bd. 3, 244–251.

⁷ *Dziennik Praw Królestwa Polskiego* [Gesetzblatt des Königreichs Polen] 19 (1836), 187–289.

– wenn auch stockend verlaufenden – Unifizierung. Die russischen Behörden erzielten in der Polnischen Frage Resultate, die in erheblichem Maße mit den Interessen der Monarchie übereinstimmten, wie sie durch Nikolaus I. und seine Umgebung definiert worden waren. Dabei war diese Politik, weder kohärent noch konsequent, was teilweise auch auf die Diskrepanzen zwischen dem in Warschau residierenden Statthalter Ivan Paskevič und dem Petersburger Regierungszentrum zurückzuführen ist. Dennoch lässt sich insbesondere nach der Niederschlagung des Novemberaufstands eine Hauptstoßrichtung russischer Polenpolitik in Richtung einer gesellschaftlichen Unifizierung ausmachen. Entsprechend verwendete man nicht wenig Anstrengung auf Vereinheitlichungsmaßnahmen wie etwa die Angleichung des Schulwesens an das russische System (Polnisch durfte gleichwohl als Unterrichtssprache noch beibehalten werden) oder die Einführung des russischen Münzsystems (1841) und der russischen Maße und Gewichte (1849). Dennoch blieben die politischen Aspirationen der Behörden tatsächlich begrenzt, weil ihr Hauptfokus weiterhin mehr auf die dauerhafte Konservierung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse und die politische Lähmung der polnischen Gesellschaft gerichtet war denn auf die Forcierung der Integration des Königreichs. Für einige Zeit erwies sich diese Strategie als erfolgreich. Der streng autoritäre und konservative Kurs der russischen Politik bewirkte eindeutig eine Verlangsamung der Modernisierungsprozesse, und das langsamere Tempo der Modernisierung beförderte die politische Passivität der Bevölkerung.⁸ Als sich 1855, nach dem Tod Nikolaus' I., das politische Klima in Russland veränderte, entwickelte sich schließlich eine neue Haltung gegenüber dem Königreich, die sogar die Möglichkeit einer weitergehenden Autonomie dieses Gebietes implizierte. Vor dem Hintergrund der politischen Verwerfungen dieser Jahre überdauerten diese Überlegungen nicht lange, und der Ausbruch des Januaraufstandes setzte allen Autonomiekonzepten ein Ende.⁹

In den Gebieten des alten Polen-Litauen, die jenseits der Ostgrenze des Königreichs lagen, wurde die Unifizierungspolitik konsequenter und wirksamer vorangetrieben.¹⁰ Jener Teil des polnischen Adels, dem seine Standeszugehörigkeit auf dem Amtswege bestätigt wurde, erhielt die russischen Privilegien. Gleichzeitig verringerte sich die Bedeutung der adligen Selbstverwaltung, so wie auch ihr polnischer Charakter mit der Zeit verloren ging. Für die breite Masse des verarmten Adels hatte die Verifizierung ihrer Zugehörigkeit zum privilegierten Stand dramatische Konsequenzen. Schätzungen

⁸ JEDLIKI: *Klejnot* (Anm. 3), 318, 435–449.

⁹ KIENIEWICZ, S.: *Powstanie styczniowe* [Der Januaraufstand], Warszawa 1983, 356–358; GŁĘBOCKI, H.: *Fatalna sprawa. Kwestia polska w rosyjskiej myśli politycznej (1856–1866)* [Eine fatale Angelegenheit. Die Polnische Frage im russischen politischen Denken (1856–1866)]. Kraków 2000, 63–260.

¹⁰ BEAUVOIS: *Trójka* (Anm. 3), 257–472; SIKORSKA-KULESZA, J.: *Deklasacja drobnej szlachty na Litwie i Białorusi w XIX wieku* [Die Deklassierung des Kleinadels in Litauen und Weißrussland]. Warszawa 1995.

zufolge zählte der Adel in den drei süd-westlichen Gouvernements des Zarenreiches (Wolhynien, Podolien und Kiew) im Jahre 1831 noch etwa 410 000 Personen, zwanzig Jahre später sollten es nur noch etwa 70 000 sein. Der nicht bestätigte Adel zählte zum Stand der so genannten Einhöfler (*edinodvorcy*) oder Bürger (*grażdane*), die zwar persönlich frei waren, aber der Besteuerung und der Körperstrafe unterlagen und auch zur Stellung von Rekruten für das Militär verpflichtet waren.

In Preußen und Österreich wurde die heikle Frage der adligen Staatsbürger der ehemaligen Republik schneller als unter russischer Herrschaft gelöst. Bei allen Unterschieden zwischen der preußischen und der habsburgischen Monarchie hatte es der Adel in beiden Fällen mit einer ausgebauten Bürokratie zu tun, die effektiver agierte als die russische. Die Vertreter der preußischen und österreichischen Verwaltung griffen empfindlich in das Leben des Adels ein und handelten weitgehend unabhängig von ihm (→ II. A). Die Selbstverwaltungsinstitutionen wurden hier aufgehoben oder auf rudimentäre Formen reduziert. Adlige mussten jetzt höhere Steuern zahlen, verloren das Privileg der persönlichen Unantastbarkeit und mussten politische Zensurvorschriften akzeptieren. Gleichzeitig wurden die Verhältnisse auf ihren Gütern staatlicher Kontrolle unterworfen. Im Rahmen der jeweils geltenden Rechtsordnung wurde die Stellung des Adels gegenüber den durch den Vierjährigen Reichstag eingeführten Reformen jedoch gestärkt. Denn die in den letzten Jahren der Adelsrepublik zu verzeichnende größere Durchlässigkeit der Standesbarrieren wurde durch die Gesetzgebung der Teilmächte wieder zurückgenommen. Dem Adel wurde nach den Teilungen zunächst sein früherer, von der übrigen Gesellschaft abgesonderter und privilegierter Status zurückgegeben.

So sicherte die preußische Monarchie das adlige Monopol auf Landeigentum und exklusiven Zugang zu den Offiziersrängen, untersagte dem Adel aber zugleich, Arbeit in der Stadt aufzunehmen und schränkte die Möglichkeit ein, Heiratsverbindungen mit Personen anderer Standeszugehörigkeit einzugehen. Da in Preußen ebenso wie in Russland der Adelsstand weitgehend mit den Großgrundbesitzern identisch war, veranlasste der reine Umstand der Existenz eines zahlreichen Kleinadels die Regierung zu Maßnahmen mit dem Ziel, diese scheinbare Anomalie zu beseitigen. Die ärmsten Kleinadligen beabsichtigte man in den Bauernstand zu versetzen, während die Zukunft der übrigen im Militärdienst liegen sollte.¹¹ Mit den Stein-Hardenbergschen Reformen ab 1807 veränderte sich der formal-rechtliche Status des preußischen Adels. Die Barrieren

¹¹ JEDLICKI: *Klejnot* (Anm. 3), 216–220; WAŚICKI, J.: *Ziemie polskie pod zaborem pruskim: Prusy Południowe 1793–1806. Studium historycznoprawne* [Polnische Länder unter preußischer Teilungsherrschaft. Südpreußen 1793–1806. Eine rechtshistorische Studie]. Wrocław 1957, 66–78, 229–236; DERS.: *Ziemie polskie pod zaborem pruskim: Prusy Nowoschodnie (Neustpreussen) 1795–1806* [Polnische Länder unter preußischer Teilungsherrschaft. Neustpreußen 1795–1806]. Poznań 1963, 100–121.

zwischen den Ständen wurden deutlich aufgeweicht. Nach einer Neuorientierungsphase, die bis in die 1830er Jahre anhielt, erlangte der Adel allerdings erneut gesellschaftliches und politisches Gewicht. Dies resultierte vor allem aus der Aufrechterhaltung lokaler Machtbefugnisse für die Besitzer von Adelsgütern, die allerdings nicht nur von Adligen erworben werden konnten, aus der fortbestehenden Bedeutung des königlichen Hofes sowie der informellen Bevorzugung von Adligen im Militär.¹² Die in den 1820er Jahren ins Leben gerufenen Provinzial- und Kreisversammlungen wurden zu Institutionen, die den Vertretern der adligen Gutsbesitzer auch eine gewisse Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglichten. Im Falle des Großherzogtums Posen wurden sie zu einem Forum, auf dem Konflikte um die nationalen Rechte der Polen offen ausgetragen werden konnten.¹³ Als sich nach dem Novemberaufstand die Skepsis der Regierung hinsichtlich der Loyalität des polnischen Adels vertiefte, begannen die Regierungsvertreter gegenüber dem Großherzogtum eine ausgeprägt unifizierende Politik zu verfolgen. Ein sichtbares Zeichen dieser Politik war die Begrenzung der Rolle der polnischen Sprache in den Ämtern und im Gerichtswesen, aber auch die zunächst nur hier erfolgende Einschränkung der gutsherrlichen Polizeigewalt sowie die geringen Karriereaussichten polnischer Adliger im preußischen Staatsdienst.¹⁴

¹² KOSELLECK, R.: *Preußen zwischen Reform und Revolution. Allgemeines Landrecht, Verwaltung und soziale Bewegung von 1791 bis 1848*. Stuttgart ²1975, 448–559; REIF, H.: *Adel im 19. und 20. Jahrhundert*. München 1999, 29–47; FRIE: *Adelsgeschichte* (Anm. 1).

¹³ WOJCIESZAK, B.: *Z dziejów sejmiku prowincjonalnego Wielkiego Księstwa Poznańskiego w latach 1827–1845* [Aus der Geschichte des Provinziallandtags des Großherzogtums Posen in den Jahren 1827–1847]. In: *Poznański Rocznik Archiwalno-Historyczny* 10/11 (2004), 137–168; HOLSTE, K.: *Landständische und nationale Partizipationsforderungen. Die Provinziallandtage Brandenburgs und Posens aus der Sicht adeliger Gutsbesitzer*. In: GEHRKE, R. (Hg.): *Aufbrüche in die Moderne. Frühparlamentarismus zwischen altständischer Ordnung und monarchischem Konstitutionalismus 1750–1850. Schlesien – Deutschland – Mitteleuropa*. Köln 2005, 269–296; OBENAU, H.: *Polen und Deutsche auf dem Posener Provinziallandtag von 1827 bis 1847. Politische Restauration und nationale Bewegung im Großherzogtum Posen*. In: TOPOLSKI, J. (Hg.): *Ideologie, Poglądy, Mity w dziejach Polski i Europy XIX i XX wieku. Studia historyczne [Ideologien, Ansichten, Mythen in der Geschichte Polens und Europas]*. Poznań 1991 (Uniwersytet im. Adama Mickiewicza w Poznaniu. Seria Historia, 170), 77–89.

¹⁴ WĄSICKI, JAN: *Ziemie polskie pod zaborem pruskim: Wielkie Księstwo Poznańskie 1815–1848. Studium historycznoprawne* [Polnische Länder unter preußischer Teilungsherrschaft: Das Großherzogtum Posen 1815–1848. Eine rechtshistorische Studie]. Warszawa 1980, 245–255; STREITER, K. H.: *Die nationalen Beziehungen im Grossherzogtum Posen (1815–1848)*. Bern 1986, 53–69; PAPROCKI, F.: *Wielkie Księstwo Poznańskie w okresie rządów Flottwella 1830–1841* [Das Großherzogtum Posen in der Regierungszeit Flottwells 1830–1841]. Poznań ²1994.

Am eindeutigsten war die Integrationsstrategie Österreichs.¹⁵ Wien hielt bis zur tiefen Krise der Monarchie zu Beginn der 1860er Jahre konsequent an dem Prinzip einer möglichst weitgehenden Vereinheitlichung Galiziens mit dem Gesamtstaat fest (→ III. A). Die Behörden handelten nach dem Grundsatz des bürokratischen Zentralismus. Regionale Institutionen, die möglicherweise Akzente in Richtung stärkerer regionaler Zuständigkeiten hätten geben können, wie der 1817 reformierte Landtag Galiziens, hatten sehr eingeschränkte Kompetenzen. Allerdings blieb der Gutsbesitz bis 1848 auf den Adel beschränkt und mit der lokalen Justiz- und Polizeiverwaltung verbunden. Während sich für den Hochadel Karrierechancen am Wiener Hof und im österreichischen Militär ergaben, hatte der Kleinstadel kaum Zugang zu Erwerbsmöglichkeiten im Staatsdienst, und auch der mittlere Adel litt unter dem hohen Steuerdruck sowie der Vielfalt der Verwaltungsanforderungen.

Betrachtet man die Situationen in den Gebieten des alten Polen-Litauen insgesamt, so lässt sich festhalten, dass dem lokalen Adel jeweils jener Status zugebilligt wurde, der dem Muster der jeweiligen Teilungsmonarchie entsprach. Im monarchischen Ständesystem erhielt der polnische Gutsbesitzeradel unabhängig von seinen patriotischen Gefühlen, politischen Ambitionen und den Repressionen, denen er von Zeit zu Zeit seitens der Teilungsmächte ausgesetzt war, eine privilegierte Stellung, wobei er selbst diese Privilegierung in der überwältigenden Mehrheit als Selbstverständlichkeit ansah. Dagegen war der Kleinadel letztlich zum Verschwinden verurteilt. Es darf daher nicht verwundern, dass sich gerade aus dem deklassierten, zugleich aber in hohem Maße politisch bewussten kleinadeligen Milieu, häufig die Sozialradikalen, Verschwörer und Aufständischen der Folgejahre rekrutierten.

¹⁵ GRODZISKI, S.: *Historia ustroju społeczno Politycznego Galicji 1772–1848* [Geschichte der sozialen und politischen Verfassung Galiziens]. Wrocław 1971 (Prace Komisji Nauk Historycznych 28), 40–48; ŚLUSAREK, K.: *Drobna szlachta w Galicji 1772–1848* [Der Kleinadel in Galizien]. Kraków 1994; BACZKOWSKI, M.: *W służbie Habsburgów. Polscy ochotnicy w austriackich siłach zbrojnych w latach 1772–1815* [Im Dienst der Habsburger. Polnische Freiwillige in österreichischen Streitkräften]. Kraków 1998; ŘEZŇÍK, M.: *Überlebenskonzepte des Adels in der Zeit der Modernisierung. Kriterien eines böhmisch-galizischen Vergleichs*. In: *Etudes Danubiennes* 13 (2003), 31–41.

D. Der Novemberaufstand 1830/31 und seine Folgen

VON HEIDI HEIN-KIRCHER

In der Geschichtsschreibung wie in der kollektiven Erinnerung ist die Tradition der Aufstände seit 1830 oft als die wichtigste Signatur des polnischen 19. Jahrhunderts gesehen worden. Die Aufstände standen gewissermaßen für die Kontinuität polnischer Nationalgeschichte über Jahrzehnte der Staatslosigkeit wie auch über Teilungsgrenzen hinweg, obwohl in den drei Jahrzehnten zwischen dem Wiener Kongress und der Revolution von 1848 die Teilgebiete Polens auf unterschiedliche Weise von Aufstandsbewegungen erfasst wurden. Stellte der »Novemberaufstand« von 1830/31 für das Königreich Polen die entscheidende Zäsur in dem ersten halben Jahrhundert nach dem Wiener Kongress dar, so waren dies für das Großherzogtum Posen und Galizien die mit dem »Völkerfrühling« verbundenen Revolutionen von 1848 sowie die dort zuvor gescheiterten Aufstandsversuche von 1846 (→ III. F). Zugleich aber schienen sich in der Abfolge der gescheiterten Erhebungen auch die Dilemmata des polnischen Wegs in die Moderne exemplarisch abzubilden: der mühsame Abschied von dem sozialen Gefüge, den politischen Machtverhältnissen und den Wertordnungen der alten Adelsgesellschaft, der Überhang an romantischem Aktionismus. Nicht zuletzt die Verwobenheit mit dem gesamteuropäischen Machtgefüge wurde von der Forschung herausgearbeitet.¹

Da mit den Aufständen auch das Bemühen um eine Revision der Wiener Beschlüsse verbunden war, brachte jeder Aufstand das Wiener System ins Wanken und hatte Rückwirkungen auf die anderen Teilungsgebiete. Es waren daher diese »Freiheitskämpfe«, durch welche Polen sich am nachhaltigsten in die europäische Revolutions- und Modernisierungsgeschichte der Zeit einschrieb, sodass diese Ereignisse auch im Kontext der jeweiligen europäischen revolutionären Wellen zu sehen und erst vor dem Hintergrund der Interessenlagen der europäischen Staaten vollständig zu begreifen

¹ Vgl. insbesondere HAHN, H. H.: *Polskie powstania i europejski system wielkich mocarstw. Roważania nad międzynarodowym uwarunkowaniami polskich walk niepodległościowych w XIX wieku* [Polnischen Aufstände und das europäische System der Großmächte. Betrachtungen zu den internationalen Voraussetzungen der polnischen Unabhängigkeitskämpfe im 19. Jahrhundert]. In: BARAŃSKA, A./MATWIEJCZYK, W./ZIÓLEK, J. (Hg.): *Polskie powstania narodowe na tle przemian europejskich w XIX wieku* [Die polnischen nationalen Aufstände vor dem Hintergrund der europäischen Veränderungen des 19. Jahrhundert]. Lublin 2001, 11–26, aber auch weitere Beiträge in dem genannten Band.

sind. Der 1830 ausbrechende Novemberaufstand im Königreich Polen hatte von Anfang an eine europäische Dimension.² Da die Aufständischen auch die Bevölkerung der anderen Teilungsgebiete in der Perspektive einer gesamtpolnischen Bewegung zu mobilisieren versuchten, waren Preußen und Österreich als Teilungsmächte wie als Verbündete Russlands unmittelbar betroffen. In der internationalen Politik war die polnische Erhebung mit der Revolution in Frankreich und der belgischen Unabhängigkeitsbewegung verknüpft, und in ganz Europa fanden der Novemberaufstand sowie die darauf folgende Große Emigration (→ III. E) bei den »Kräften der Bewegung« großen Widerhall.³

Nachdem sich seit 1822 eine Wende in der russischen Polenpolitik abgezeichnet hatte, waren die Spannungen im Königreich Polen stetig gewachsen. Die polnischen Hoffnungen, das Königreich als ein autonomes Staatswesen gestalten zu können, schienen sich nicht zu erfüllen (→ III. A). Nach einem politischen Prozess gegen Mitglieder der Patriotischen Gesellschaft (*Towarzystwo Patriotyczne*) 1828 begannen junge polnische Offiziere und Offiziersanwärter – auch weil sich ihre Karrierepläne durch den ausbleibenden Ausbau der Armee zerschlagen hatten – Pläne für einen nationalen Aufstand zu schmieden. Sie schlossen sich zu einer geheimen Verbindung zusammen und wurden in ihren Plänen durch die erfolgreichen Revolutionen in Frankreich und Belgien im Jahre 1830 bestärkt. Zum Ausbruch des Aufstands und damit des Krieges gegen Russland führten schließlich Hinweise auf die bevorstehende Verhaftung von Mitgliedern der geheimen Verbindung sowie glaubwürdig scheinende, aber falsche Gerüchte, wonach die durch Kaiser Nikolaus I. angeordnete Mobilmachung im Königreich Polen am 18./19. November 1830 erfolgt sei, um polnische Truppen bei einer Intervention gegen die Revolutionen in Westeuropa einzusetzen. Am Abend des 29. November 1830 drangen Offiziersanwärter der Warschauer Kadettenschule in das *Belweder*, den Amtssitz des Statthalters Großfürst Konstantin Pawlovič ein, jedoch ohne diesen festsetzen zu können. Noch in der Nacht bemächtigten sich Warschauer Bürger des Arsenal und

² Vgl. ebd. und LESLIE, R. F.: *Polish Politics and the Revolution of November 1830*. London 1956.

³ Zur internationalen Ausstrahlung des Novemberaufstandes vgl. GODDEERIS, I./LIERNEUX, P. (Hg.): *1830. Insurrection polonaise – Indépendance belge. Poolse opstand – Belgische onafhankelijkheid*. Bruxelles 2001; KOCÓJ, H.: *Preußen und Deutschland gegenüber dem Novemberaufstand*. Katowice 1990; LEWITTER, L. R.: *The Polish Case as Seen in Great Britain, 1830–1863*. In: Oxford Slavonic Papers 28 (1995), 35–61. Vgl. auch die Beiträge in RIEMENSCHNEIDER, R. (Red.): *Die deutsch-polnischen Beziehungen 1831–1848. Vormärz und Völkerfrühling*. Braunschweig 1979 (Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts für Internationale Schulbuchforschung, 22.2). Zusammenfassend zu den Haltungen der europäischen Staaten: KIENIEWICZ, S.: *Europa und der Novemberaufstand*. In: EHLEN, P. (Hg.): *Der polnische Freiheitskampf 1830/31 und die liberale deutsche Polenfreundschaft*. München 1982, 15–30.

bewaffneten sich.⁴ Alle russischen Einheiten und der Statthalter selbst verließen bis zum Morgen die Stadt.⁵

Über ein Programm, wie der überraschend leichte Erfolg in der Hauptstadt militärisch und politisch genutzt werden sollte, verfügten die jungen Verschwörer jedoch nicht. Sie vertrauten darauf, dass die führenden Politiker und die polnische Generalität im Königreich sich an die Spitze des nationalen Aufstands setzen und diesem die politische Richtung weisen würden. Diese wurden indessen von den Ereignissen ähnlich überrascht wie die russische Führung und waren darüber in der Mehrheit auch kaum weniger bestürzt als diese, da ihnen die hohen Risiken einer militärischen Auseinandersetzung mit Russland vor Augen standen. Wenn einzelne dennoch bereit waren, die Führung zu übernehmen, so vor allem mit dem Kalkül, dass die Bewegung in kontrollierte Bahnen gelenkt werden müsse und im besten Fall für die Aushandlung neuer Kompromisse mit der Teilungsmacht genutzt werden könne. So folgte auf den »Sieg« der Aufständischen in Warschau zunächst eine Phase des Abwartens, wobei keine Einigkeit über die Ziele herrschte.⁶

Der Verwaltungsrat (*Rada Administracyjna*) des Königreichs ergriff zwar die politische Initiative, indem er seine Zusammensetzung änderte (durch den Ausschluss »loyalistischer« und die Kooptation »patriotischer« Mitglieder) und sich am 3. Dezember als

⁴ Zur politischen Verklärung der »Novembarnacht« (*noc listopadowa*) vgl. DASZYK, K. K.: *Noc listopadowa, czyli zwycięstwo romantyków nad klasykami na niwie polityki* [Die Novembarnacht, oder der Sieg der Romantiker über die Klassiker im Bereich der Politik]. In: CHUDZIO, H./PEZDA, J. (Hg.): *Wokół powstania listopadowego. Zbiór studiów* [Über den Novembarnaufstand. Eine Sammlung von Studien]. Kraków 2014, 9–34. Zur Rezeptionsgeschichte vgl. die Beiträge in: SKOCZEK, T. (Hg.): *Powstanie listopadowe 1830–1831. Dzieje – historiografia – pamięć* [Der Novembarnaufstand 1830–1831. Geschichte – Historiografie – Erinnerung]. Warszawa 2015.

⁵ Zu Vorgeschichte, Verlauf und Folgen des Novembarnaufstandes vgl. TOKARZ, W.: *Sprzysiężeni Wysockiego i Noc Listopadowa* [Die Verschwörung Wysockis und die Novembarnacht]. Warszawa 1980; ŁOJEK, J.: *Opinia publiczna a geneza powstania listopadowego* [Die öffentliche Meinung und die Genese des Novembarnaufstandes]. Warszawa 1982; BORTNOWSKI, W.: *Walka o cele powstania listopadowego* [Der Kampf um die Ziele des Novembarnaufstandes]. Łódź 1960; SKOWRONEK, J./ŻMIGRODZKA, M. (Hg.): *Powstanie Listopadowe 1830–1831. Geneza – uwarunkowania – bilans – porównania* [Der Novembarnaufstand 1830–1831. Genese – Bedingungen – Bilanz – Vergleiche]. Wrocław 1983; SKOWRONEK, J.: *Powstanie listopadowe 1830–1831. Refleksja historyczna* [Der Novembarnaufstand 1830–1831. Historische Reflexion]. Warszawa 1985; ZAJEWSKI, W.: *Powstanie listopadowe 1830–1831* [Der Novembarnaufstand 1830–1831]. In: KIENIEWICZ, S./ZAHORSKI, A./ZAJEWSKI, W. (Hg.): *Trzy powstania narodowe*. Warszawa 1994, 151–282; ZAJEWSKI, W.: *Powstanie listopadowe 1830–1831* [Der Novembarnaufstand 1830–1831]. Warszawa 2012 (ältere Ausg. 1998). Knapper Überblick bei JANOWSKI, M.: *A History of the Polish Intelligentsia*. Bd. 1: *Birth of the Intelligentsia 1750–1831*. Frankfurt a.M. 2014 (Geschichte – Erinnerung – Politik, 7) (poln. Orig. Warszawa 2008), 248–264.

⁶ Ausführlich ZAJEWSKI, W.: *Walki wewnętrzne ugrupowań politycznych w powstaniu listopadowym 1830–1831* [Innere Kämpfe der politischen Gruppierungen im Novembarnaufstand 1830–1831]. Gdańsk 1967.

Provisorische Regierung mit dem Fürsten Adam Jerzy Czartoryski⁷ an der Spitze konstituierte. Doch diese Regierung setzte zunächst auf eine Beruhigung der Lage sowie vor allem auf Sondierungen in Petersburg. Politisch war die Provisorische Regierung stark polarisiert, da sie aus zwei konservativ-aristokratischen Mitgliedern, darunter Czartoryski als Vorsitzendem, zwei liberalen Ministern sowie dem Historiker Joachim Lelewel, der das *Towarzystwo Patriotyczne* und die Sejm-»Linke« repräsentierte, bestand. Ihre Mitglieder verfolgten durchaus unterschiedliche Zielsetzungen: Czartoryski appellierte im Sinne eines politischen und sozialen Kompromisses an die Bevölkerung, keinen sozialen Aufstand zu beginnen, und bemühte sich um internationale Anerkennung des Aufstandsregimes, während Lelewel, der als Vorsitzender der Patriotischen Gesellschaft der Opposition vorstand, moderate politische Reformen forderte und die Notwendigkeit sozialer Kompromisse betonte.⁸

Unter den Aufständischen war die Kompetenzverteilung unklar: Der vom Verwaltungsrat zum militärischen Oberbefehlshaber berufene General Józef Chłopicki nutzte die Situation, indem er sich am 5. Dezember zum Diktator erklärte. Da auch Chłopicki weiter um eine Verständigung bemüht war und Kriegsvorbereitungen nur zögerlich vorantrieb, ernannte der Sejm am 20. Januar 1831 Michał Radziwiłł zum Oberbefehlshaber und berief am 29. Januar eine neue fünfköpfige Nationalregierung. Das eigentliche Machtzentrum bildete nun der Sejm,⁹ der Anfang des Jahres die Verfassung einer konstitutionellen Monarchie entwarf.¹⁰ Aus vor dem November 1830 gewählten Mitgliedern bestehend, repräsentierte er sehr unterschiedliche politische Strömungen: In der »revolutionären« Gruppierung waren gering begüterte Adlige und Bürgerliche vertreten, während der konservative Flügel sich vor allem aus Aristokraten zusammensetzte, der »liberale« aus dem Mitteladel.¹¹

⁷ Zu dessen Person vgl. u. a. ZAJEWSKI, W.: *Adam Jerzy Czartoryski 1770–1861* [Adam Jerzy Czartoryski, 1770–1861]. Warszawa 1994.

⁸ Vgl. SKOWRONEK, J.: *Rząd narodowe* [Die Nationalregierung]. In: ZAJEWSKI, W. (Hg.): *Powstanie listopadowe 1830–1831. Dzieje wewnętrzne – militaria – europa wobec powstania* [Der Novemberaufstand 1830–1831. Entwicklungen im Inneren – Militaria – Europa gegenüber dem Aufstand]. Warszawa 21990, 117–129. Zur Sozialpolitik vgl. BARSZCZEWSKA-KRUPA, A.: *Polityka społeczna władz rządowych w powstaniu listopadowym* [Die Sozialpolitik der Regierungsbehörden im Novembereufstand]. In: ebd., 130–154.

⁹ ZAJEWSKI, W.: *Rola Sejmu w Powstaniu Listopadowym* [Die Rolle des Sejms im Novembereufstand]. In: ebd., 92–116. Ausführlich zu Wirken und Zusammensetzung des Sejms: KARPIŃSKA, M.: »*Nie ma Mikołaja!*«. *Starania o kształt sejmu w powstaniu listopadowym 1830–1831* [»Nikolaus ist weg!«. Das Ringen um die Gestalt des Sejms im Novembereufstand 1830–1831]. Warszawa 2008.

¹⁰ *Ustawa konstytucyjna 1831* [Verfassungsgesetz 1831]. In: TARNOWSKA, A. (Hg.): *Polskie dokumenty konstytucyjne 1790–1848/Polish Constitutional Documents 1790–1848*. München 2008, 101–103. Das genaue Datum ist nicht bekannt.

¹¹ KARPIŃSKA, M.: »*Podług miary krawca?*« – *próba portretu zbiorowego członków sejmu rewolucyjnego 1830–1831* [»Maßgeschneidert?« – Versuch eines Sammelporträts der Mitglieder des revolutionären Sejms 1830–1831]. In: *Przegląd Historyczny* 94 (2003), 269–290.

Die zunächst skeptische und distanzierte Einstellung der Eliten zum Aufstand nder- te sich in dem MaÙe, wie ein Gefùhl der nationalen Verbundenheit und Solidarität auch das Offizierskorps und Teile des Bürgertums erfasste. Allerdings stand das Bürgertum nicht in der ersten Reihe der überwiegend vom Adel getragenen revolutionären Bewegung. An den Kämpfen beteiligten sich vor allem die junge *Inteligencja*, der kleine und mittlere Adel sowie das Klein- und mittlere Bürgertum – Gruppen also, die im Vergleich zu den wohlhabenden Schichten beziehungsweise den eher risikoscheuen älteren Generationen »wenig zu verlieren« hatten (→ III. G.), so dass man den Aufstand durchaus als eine »Art innerpolnischen Generations- bzw. Elitenkonflikts« werten kann.¹² In Unterstützungsorganisationen und in einigen Fällen auch bewaffnet beteiligten sich auch Frauen am Aufstand. Bekannt und verehrt wurde vor allem die livländisch-litauische Gräfin Emilia Plater.¹³ Unter den Juden engagierte sich eine kleine Gruppe von Assimilierten in der Nationalgarde als Offiziere und als Ärzte, während breitere jüdische Schichten nicht gewonnen werden konnten. Auch Bauern konnten kaum mobilisiert werden, nicht zuletzt da die Mehrheit im Sejm vor konkreten Schritten in Richtung einer radikalen Agrarreform zurückschreckte.¹⁴

Politisch folgenreich war die Thronenthebung von Nikolaus I. als polnischem König durch einen Beschluss des Sejm vom 25. Januar 1831, denn das Aufstandsregime signalisierte damit, dass es um nicht weniger ging als die Wiederherstellung der vollständigen staatlichen Unabhängigkeit Polens gegenüber Russland.¹⁵ Dies war das endgültige Signal zum Krieg, der sich bis in den Oktober 1831 hinzog und in dem blutige Höhepunkte die für die Aufständischen siegreiche Schlacht bei Grochów im Februar und die Niederlage der Aufständischen bei Ostrolęka im Mai waren. In diesem Zeitraum weitete sich der Aufstand auch nach Podolien und Wolhynien sowie nach Litauen aus.¹⁶

¹² So KRAFT, C.: *Polnische militärische Eliten in gesellschaftlichen und politischen Umbruchsprozessen 1772–1831*. In: SCHNABEL-SCHÜLE, H./GESTRICH, A. (Hg.): *Fremde Herrscher – fremdes Volk. Inklusions- und Exklusionsfiguren bei Herrschaftswechsels in Europa*. Frankfurt a.M. 2006, 271–296, hier 293.

¹³ BARAŃSKA, A., *Kobiety w powstaniu listopadowym 1830–1831* [Frauen im Novemberaufstand 1830–1831], Lublin 1998. Vgl. auch HOLSTE, K./HÜCHTKER, D.: *Die bewaffnete Heldin 1813 – 1913 – 2013: Wahrnehmungen, Deutungen und Gedächtnis*. In: DMITRIEVA, M./KARL, L. (Hg.): *Das Jahr 1813, Ostmitteleuropa und Leipzig. Die Völkerschlacht als (trans)nationaler Erinnerungsort*. Köln 2016, 47–67, hier 54–57.

¹⁴ Vgl. ZAJEWSKI: *Powstanie*. Warszawa 2012 (Anm. 5), 77–91.

¹⁵ WANDY CZ, P.: *Lands of Partitioned Poland, 1795–1918*. Seattle 1974, 109.

¹⁶ ZAJEWSKI, W.: *Powstanie listopadowe 1830–1831* [Der Novemberaufstand 1830–1831]. In: KIENIEWICZ/ZAHORSKI/ZAJEWSKI: *Trzy powstania narodowe* (Anm. 5), 224–228; WROŃSKI, A.: *Powstanie Listopadowe na Wołyniu, Podolu i Ukrainie* [Der Novemberaufstand in Wolhynien, Podolien und in der Ukraine]. Warszawa 1993.

Der Aufstand wurde im Sommer und Frühherbst 1831 allmählich durch die numerisch weit überlegene russische Armee niedergeschlagen; erste Politiker gingen in die Emigration, während Manifestationen der Bevölkerung, die Lynchjustiz Warschauer Radikaler (29. Juni, 15. August) und die Diktatur des Generals Graf Jan Krukowickis (seit dem 17. August) letzte Formen der Radikalisierung angesichts der sich abzeichnenden Niederlage darstellten. Vor allem die Operationen von Partisaneneinheiten erschwerten aber weiterhin den Vormarsch des russischen Militärs. Erst die Besetzung Warschaus und die Kapitulation der Aufständischen am 8. September 1831 beendeten symbolhaft den Aufstand, auch wenn letzte Kampfhandlungen noch bis zum Übertritt polnischer Soldaten über die preußische und galizische Grenze im Oktober 1831 anhielten.¹⁷

Bei den europäischen Reaktionen auf den Aufstand ist zwischen Sympathiebekundung sowie aktiver Unterstützung von Seiten verschiedener Individuen und der Ablehnung durch Regierungen zu unterscheiden. Insgesamt stieß der Aufstand auf die Sympathien der europäischen Liberalen, welche ihn als Auflehnung gegen die restaurative Ordnung der Heiligen Allianz und deren Zentralmacht Russland begrüßten. Die Aufständischen erhielten materielle sowie humanitäre Unterstützung und wurden nicht nur von einigen tausend polnischen Freiwilligen aus den anderen Teilungsgebieten, sondern auch von einigen hundert Sympathisanten aus anderen europäischen Ländern, vor allem aus Ungarn und Böhmen, unterstützt.¹⁸

Die Hoffnungen der Aufständischen auf Hilfe durch die französische und die englische Regierung wurden hingegen enttäuscht. Die von diesen veröffentlichten Verlautbarungen, die Unterstützung versprachen, waren halbherzig und zielten vor allem darauf, die eigene innenpolitische Opposition zu schwächen. Denn es lag weder in Frankreichs noch Großbritanniens außenpolitischem Interesse, aufgrund der Polnischen Frage das Wiener System aufzulösen und damit den Frieden zu gefährden,¹⁹ zumal dies bedeutet hätte, auch die russische Akzeptanz der 1830 revolutionär begründeten unabhängigen konstitutionellen Monarchie Belgiens in Frage zu stellen.²⁰ Die

¹⁷ TOKARZ, W.: *Wojna polsko-rosyjska 1830 i 1831* [Der polnisch-russische Krieg 1830 und 1831]. Warszawa 1993.

¹⁸ Zu den europäischen Reaktionen vgl. u. a. MÜLLER, M. G.: *Powstanie listopadowe a liberalne Niemcy* [Der Novemberaufstand und das liberale Deutschland]. In: SKOWRONEK/ZMIGRODZKA: *Powstanie* (Anm. 5), 102–111; KOCÓJ, H.: *Powstanie listopadowe w relacjach dyplomatów pruskich, saskich i rosyjskich* [Der Novemberaufstand in den Berichten der preußischen, sächsischen und russländischen Diplomaten]. Kraków 2008. Zum europäischen Kontext vgl. auch SCHMIDT-FUNKE, J. A.: *Die 1830er Revolution als europäisches Medienereignis*. In: Europäische Geschichte online (EGO). URN: urn:nbn:de:0159-2011020106 (1. 3. 2017).

¹⁹ Vgl. DUTKIEWICZ, W.: *Francja i Wielka Brytannia wobec powstania listopadowego* [Frankreich und Großbritannien gegenüber dem Novemberaufstand]. In: ZAJEWSKI (Hg.): *Powstanie* (Anm. 8), 330–349.

²⁰ ZAJEWSKI: *Powstanie*. Warszawa 2012 (Anm. 5), 154–188.

Reaktionen der beiden anderen Teilungsmächte, Österreichs und Preußens, sind vor dem Hintergrund der engen Verbundenheit mit Russland bezüglich der Polnischen Frage zu sehen,²¹ denn der Aufstand gefährdete indirekt den territorialen Besitzstand aller drei Teilungsmächte. Der Novemberrufstand war nicht zuletzt aufgrund dieser außenpolitischen Konstellation von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Die Niederschlagung des Novemberrufstandes brachte unterschiedliche Strafmaßnahmen für das russische Teilungsgebiet mit sich, die sowohl soziale als auch wirtschaftliche und politisch-administrative Folgen hatten (→ III. A). Der Oberkommandierende der russischen Armee in Polen Feldmarschall Paškevič wurde zum Statthalter des russischen Kaisers ernannt, der mit einem Verwaltungsrat regierte, welcher nur über sehr beschränkte Rechte verfügte. Das Königreich Polen verlor durch Aufhebung der Verfassung sowie Auflösung des Sejm und des Heeres einen Großteil seiner Sonderstellung und die inneren Verhältnissen wurden denen in Russland allmählich angeglichen, etwa indem 1837 die Wojewodschaften nach russischen Vorbild in Gouvernements umgewandelt, 1839 die Schulangelegenheiten der russischen Regierung direkt unterstellt und 1841 das russische Münzsystem eingeführt wurden. Die Zusicherungen des am 22. Februar 1832 erlassenen »Organischen Statuts«²² hinsichtlich der Bürger- und Eigentumsrechte verloren nach Ausrufung des Ausnahmezustandes 1833 an Bedeutung. Die Aufstandsteilnehmer wurden hart bestraft – teilweise mit der Todesstrafe, die aber meist in Verbannung und Zwangsarbeit umgewandelt wurde. Die polnischen Soldaten, die kapituliert hatten oder aus Preußen und Österreich zurückkehrten, erhielten im Unterschied zu den Mitgliedern der Aufstandsregierungen und des Sejm, den Teilnehmern am Überfall vom 29. November sowie den Aufständischen in den Westgouvernements zwar eine Amnestie, mussten aber nun in russischen Garnisonen dienen, während in Kongresspolen eine starke russische Besatzungsarmee stand.

Schwerer noch als dort waren die Strafmaßnahmen in den russischen Westgouvernements, weil die Verhältnisse nun möglichst rasch denen in den übrigen russischen Gouvernements angeglichen werden sollten. Rund zehn Prozent des Grundbesitzes wurden konfisziert und Teile des Adels wurden als Trägerschicht der Aufstandsbewegung nach Sibirien und ins Transwolgagebiet deportiert. Aufgrund ihrer Bedeutung für den Aufstand wurde die Stellung der katholischen Kirche²³ zugunsten der orthodoxen Kirche

²¹ Vgl. SCHULZE WESSEL, M.: *Russlands Blick auf Preußen. Die polnische Frage in der Diplomatie und der politischen Öffentlichkeit des Zarenreiches und des Sowjetstaates 1697–1947*, Stuttgart 1995, 107–111; TRZECIAKOWSKI, L.: *Preußische Polenpolitik im Zeitalter der Aufstände (1830–1864)*. In: *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands* 30 (1981), 96–110; KOCÓJ, H.: *Władze pruskie wobec powstania listopadowego* [Die preußischen Behörden gegenüber dem Novemberrufstand]. In: ZAJEWSKI (Hg.): *Powstanie* (Anm. 8), 371–396.

²² Abdruck in: TARNOWSKA: *Polskie dokumenty* (Anm. 10), 105–121.

²³ Zur Rolle der katholischen und unierten Kirche während des Aufstandes vgl. ZAJEWSKI: *Powstanie*. Warszawa 2012 (Anm. 5), 139–153.

geschwächt und die unierte Kirche wurde Ende der 1830er Jahre ganz mit der orthodoxen vereinigt (→ III. A).

Folgenreicher als die direkten Strafmaßnahmen war, dass das russische Teilungsgebiet durch die aus Angst vor diesen Repressionen einsetzende Große Emigration einen Großteil seiner geistigen Führungsschicht verlor (→ III. E/G). Für die weitere Entwicklung der geistigen Elite war zugleich problematisch, dass die Universitäten in Warschau und Wilna sowie das traditionsreiche Lyzeum von Krzemieniec aufgelöst wurden, da sie als Ausgangspunkte für revolutionäre Bewegungen galten. In den nächsten Jahrzehnten gab es im russischen Teilungsgebiet damit keine polnischsprachige Hochschule mehr.

Der Novemberaufstand ging als »Freiheitskampf« und als eine der wichtigsten politischen Mythen des 19. Jahrhundert in die polnische Erinnerungskultur und damit in das kollektive Gedächtnis ein, da er gerade wegen seines Scheiterns von der polnischen Romantik und der daran anknüpfenden spekulativen Denkrichtung des Messianismus idealisiert wurde.²⁴ In der Historiographie schwankt das Urteil über den Novemberaufstand zwischen positiven Bewertungen der in ihm sich niederschlagenden wachsenden Stärke der Nationalbewegung und kritischen Distanzierungen von dem ihm zugrundeliegenden romantischen Konzept eines Kampfes ohne Siechance.²⁵

Durch den Aufstand wurde das Polenbild der übrigen europäischen Befreiungsbewegungen beeinflusst. Die europäischen Nationalbewegungen rezipierten begeistert den polnischen Kampf »für unsere und eure Freiheit« – so eine Parole des Novemberaufstandes, deren Urheberchaft dem Historiker und Publizisten Joachim Lelewel zugeschrieben wird²⁶ – und stilisierten ihn zum Vorbild für ihre jeweiligen nationalen Befreiungs- und Emanzipationsbewegungen gegen das System des Wiener Kongresses, an denen sich auch häufig polnische Emigranten als »Sturmvögel der Revolution« beteiligten.²⁷ Die Vorbildrolle der polnischen Nationalbewegung schlug sich besonders in der mit dem Liberalismus eng verbundenen in sogenannten Polenvereinen organisier-

²⁴ BARSZCZEWSKA-KURPA, A.: *Generacja powstańcza 1830–1831. O przemianach w świadomości Polaków XIX wieku* [Die Aufstandsgeneration 1830–1831. Zum Bewusstseinswandel der Polen des 19. Jahrhunderts]. Łódź 1985.

²⁵ Zur Bewertung vgl. ZAJEWSKI: *Powstanie*. Warszawa 2012 (Anm. 5), 297–309.

²⁶ Vgl. KIENIEWICZ, S.: *Joachim Lelewel* [Joachim Lelewel]. Warszawa 1990, 61, wonach Lelewel Banner mit der Aufschrift »W imię Boga. Za naszą i waszą wolność [Im Namen Gottes. Für unsere und eure Freiheit]« angeregt haben soll.

²⁷ Zum deutschen Stereotyp der emigrierten Aufständischen als »Sturmvögel der Revolution« vgl. SCHOLZ, S.: »Respekt vor den braven Polen«. *Das Polenbild im deutschen katholischen Jugendbuch des 19. Jahrhunderts*. In: DMITRÓW, E./WEGER, T. (Hg.): *Deutschlands östliche Nachbarschaften. Eine Sammlung von historischen Essays für Hans Henning Hahn*. Frankfurt a.M. 2009, 267–291, hier 284; HAHN, H. H.: *Die »Große Emigration« der Polen in der deutschen Publizistik des Vormärz (1842–1847)*. In: RIEMENSCHNEIDER: *Beziehungen* (Anm. 3), 83–110.

ten und publizistisch vielfach beschworenen »deutschen Polenfreundschaft«²⁸ von 1831/32 nieder, aber es gab auch Kundgebungen für die Aufständischen in Frankreich, Belgien, in der Schweiz, im Piemont und in England. Ein Grund für die Unterstützungsbewegung war, dass der Aufstand als Teil des revolutionären Kampfes gegen die Restauration des Ancien Régime verstanden wurde, als dessen wichtigste Schutzmacht Russland galt.

Der Novemberaufstand offenbarte eine Problemkonstellation, die auch den nachfolgenden revolutionären Ereignissen im preußischen und österreichischen Teilungsgebiet zugrunde lag: Einerseits war deutlich geworden, dass keine der Teilungsmächte in ihrer Integrationspolitik erfolgreich gewesen war, weshalb ein Aufstand in einem Teilungsgebiet auch destabilisierende Wirkungen auf alle anderen hatte, und dass in der Folge neue Strategien der Kontrolle über die Teilungsgebiete entwickelt werden mussten.²⁹ Den Aufständischen war es andererseits nicht gelungen, die von ihnen als vorrangig betrachtete Forderung nach nationaler Unabhängigkeit mit überzeugenden Lösungsvorschlägen für die zunehmend an Bedeutung gewinnenden sozialen Probleme zu verbinden. Schließlich war im Novemberaufstand die europäische Dimension der »polnischen Frage«, ihre Verwobenheit mit dem gesamteuropäischen Kontext deutlich geworden, die auch die Ereignisse während des sogenannten europäischen »Völkerfrühling« im Vormärz und den Revolutionsjahren 1848/49 prägten (→ III. F).

²⁸ Vgl. dazu BEAUVOIS, D. (Hg.): *Pologne. L'insurrection de 1830–1831. Sa réception en Europe*. Lille 1982. Siehe auch die Literaturberichte in: MICHALKA, W./RAUTENBERG, E. C./VANJA, K. (Hg.): *Polenbegeisterung. Ein Beitrag im »Deutsch-Polnischen Jahr 2005/2006« zur Wanderausstellung »Frühling im Herbst. Vom polnischen November zum deutschen Mai. Das Europa der Nationen 1830–1832«*. Berlin 2005. Zur Rezeption in Deutschland: JAROSZEWSKI, M.: *Der polnische Novemberaufstand in der zeitgenössischen deutschen Literatur und Historiographie*. Warszawa 1992; KOSIM, J.: *Der polnische Aufstand von 1830 im Spiegel der deutschen Öffentlichkeit und die Zusammenarbeit zwischen deutschen und polnischen Demokraten*. In: ZERNACK, K. (Hg.): *Zum Verständnis der polnischen Frage in Preußen und Deutschland 1772–1871*. Berlin 1987, 29–41; MÜLLER: *Powstanie* (Anm. 18). Weitere Literatur in: RIEMENSCHNEIDER: *Beziehungen* (Anm. 3); LEMKE, H. (Hg.): *Die deutsche Polenfreundschaft in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts*. Leipzig 1981; EHLEN, P. (Hg.): *Der polnische Freiheitskampf 1830/31 und die liberale deutsche Polenfreundschaft*. München 1982.

²⁹ HAHN: *Polskie powstania* (Anm. 1), 14.

E. Die Große Emigration: Polnische Frage und Politik im Exil

VON HEIDI HEIN-KIRCHER

Als Folge der Niederschlagung des Novemberaufstandes von 1830/31 (→ III. D) formierte sich vor allem in Frankreich, aber auch in England und einigen weiteren europäischen Staaten die sogenannte Große Emigration (*Wielka Emigracja*).¹ »Groß« war sie in mehrerer Hinsicht: Nie zuvor hatten in Europa so viele Menschen (ungefähr 10000), die aus politischen Gründen ihr Heimatland dauerhaft verlassen mussten, in den Ländern des Exils derart kompakte, langfristig wirkende politische Verbände geschaffen. Ferner bildeten die Emigranten einen beträchtlichen Teil der polnischen Elite, darunter führende Politiker, Militärs, Intellektuelle und Künstler. Die politische Emigration entwickelte sich zu einem wichtigen Faktor des polnischen politischen und kulturellen Lebens im »langen« 19. Jahrhundert, da sie sich als freier Teil eines Volkes verstand, dessen Situation als »Knechtschaft« oder »Pilgerschaft« beschrieben wurde.² Emigration war in europäischer Perspektive allerdings kein Novum: Hatte es bereits im Zuge der Konfessionalisierung umfangreiche Emigrationsbewegungen gegeben, so bildete sich nach der Französischen Revolution erstmals eine politische Emigrationsbewegung, die zunächst quantitativ sogar umfangreicher war als die polnische Große Emigration, aber wegen ihrer hohen Rückkehrerzahl weniger nachhaltige Strukturen ausbildete.³

¹ Grundlegend: HAHN, H. H.: *Die Organisationen der »Großen Emigration«*. In: SCHIEDER, T./DANN, O. (Hg.): *Nationale Bewegung und soziale Organisation. Vergleichende Studien zur nationalen Vereinsbewegung des 19. Jahrhunderts in Europa*. Bd. 1. München 1978, 131–279; DERS.: *Außenpolitik in der Emigration. Die Exildiplomatie Adam Jerzy Czartoryskis 1830–1840*. München 1978; KALEMBKA, S.: *Die polnische »Große Emigration« im 19. Jahrhundert. Zu ihrer Geschichte, ihrer Ideologie und ihren kulturellen Leistungen*. In: *Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas* 22 (1978), 29–42; DERS.: *Wielka Emigracja 1831–1863* [Die Große Emigration 1831–1863]. Toruń 2004; ŻALINSKI, H.: *Stracone szanse. Wielka emigracja po powstaniu listopadowym* [Verlorene Chancen. Die Große Emigration nach dem Novemberaufstand]. Warszawa 1982; MATUSIK, P. (Hg.): *Swoi i obcy. Studia z dziejów myśli wielkiej emigracji* [Eigene und Fremde. Studien aus der Geschichte des Denkens der Großen Emigration]. Poznań 2004.

² So etwa bei MICKIEWICZ, A.: *Księgi narodu polskiego i pielgrzymstwa polskiego* [Bücher des polnischen Volkes und der polnischen Pilgerschaft]. Paris 1832 (dt. Übersetzung Paris 1833).

³ Zur Einordnung der polnischen Emigration in europäische Kontexte vgl. KALEMBKA, S.: *Polskie wychodźstwo powojenne i inne emigracje polityczne w Europie w XIX wieku* [Die polnische Emigration nach dem Aufstand und andere politische Emigrationen in Europa im 19. Jahrhundert]. In: KIENIEWICZ, S. (Hg.): *Polska XIX wieku. Państwo – społeczeństwo – kultura* [Das Polen des 19. Jahr-

Der Begriff »Große Emigration« bezieht sich in der Regel auf die Phase zwischen den beiden großen Aufständen im Königreich Polen in den Jahren 1830/31 und 1862 (→ III. D/H), wobei der Zeitraum bis zum Ende des »Völkerfrühlings« (→ III. F) wahrscheinlich der bedeutendste war. Als sich danach mit der »Organischen Arbeit« (*praca organiczna*) ein neues Konzept politischen Handelns unter den Bedingungen der Teilungsherrschaft entwickelte (→ III. G und IV. D), verlor die Große Emigration ihren bis dahin unangefochtenen politischen Führungsanspruch, wenngleich sie zwischen dem Krimkrieg und dem Januaraufstand nochmals aktiv wurde und versuchte, ihren ursprünglichen Status zurück zu erlangen.

Bereits während des Novemberaufstands wurde die Idee lanciert, den Kampf um die Unabhängigkeit Polens von der Emigration aus fortzusetzen und dort die nächste Auseinandersetzung mit den Teilungsmächten vorzubereiten. Insofern war der Grund dafür, dass sich rund ein Fünftel der etwa 50 000 Soldaten, Offiziere und Zivilisten, die nach der Niederlage des Aufstands nach Preußen oder Österreich geflohenen waren, für die dauerhafte Emigration entschied, nicht nur die Angst vor einer harten Bestrafung. Vielmehr ließen sie sich auch von der Hoffnung leiten, das 1815 begründete Wiener System werde sich durch eine revolutionäre Entladung beseitigen lassen. Letztlich präfigurierte die »Große Emigration« Formen von politischem Exil, wie sie nach der Niederschlagung der Revolution von 1848/49 in Europa ausgebildet wurden, und trug zur Weiterentwicklung des Rechtes auf politisches Asyl bei, das bereits in der französischen Verfassung von 1793 verankert worden war und in dem schweizerischen Asylgesetz von 1836 – sicherlich unter dem Eindruck der Großen Emigration – einen wichtigen Ausdruck gefunden hatte.

hunderts. Staat – Gesellschaft – Kultur]. Warszawa 1977, 195–253, hier 225–250. Vgl. auch BADE, K. J./EMMER, P. C./LUCASSEN, L./OLTMER, J. (Hg.): *Enzyklopädie Migration in Europa. vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. Paderborn 2007; BADE, K. J. (Hg.): *Migration in der europäischen Geschichte seit dem späten Mittelalter*. Osnabrück 2002 (IMIS-Beiträge, 20: Themenheft); WINZER, F.: *Emigranten. Geschichte der Emigration in Europa*. Frankfurt a.M. 1986.

Die Lage der Emigranten

Insgesamt ist von 8000–11000 Emigranten auszugehen.⁴ Überwiegend handelte es sich um unverheiratete Männer – nur etwa 200 bis 250 Frauen begleiteten sie. Die Emigranten rekrutierten sich aus der politischen, intellektuellen und militärischen Elite Kongresspolens, wobei rund 75 % adliger und – seltener – gehobener bürgerlicher Herkunft waren (Politiker, Beamte und Offiziere). Die übrigen entstammten den unteren städtischen Schichten oder waren Bauern. Die meisten Emigranten waren Militärangehörige und Politiker – Abgeordnete und Journalisten bildeten nur eine Minderheit. Die zahlenmäßige Dominanz der Militärs mag eine der Erklärungen dafür sein, dass die politischen Organisationen der Emigration weiterhin vor allem auf den bewaffneten Unabhängigkeitskampf setzten. Außerdem bildete der Adel die größte Gruppe unter den Exilanten, da er auch die vorrangige Trägerschicht des Aufstandes gewesen war. Zudem hatten die preußischen und österreichischen Behörden den sich auf ihrem Staatsgebiet aufhaltenden, meist adligen Offizieren der aufständischen Verbände freigestellt, ob sie von einer Amnestie Gebrauch machen oder in die Emigration gehen wollten. Die Unteroffiziere und einfachen Soldaten wurden dagegen häufig zwangsweise in das russische Teilungsgebiet zurückgeschickt.

Gingen zunächst die exponiertesten Politiker der Aufstandszeit individuell in die Emigration, so erreichte die Masse der ehemaligen Aufständischen in Gruppen ihr Ziel. Mindestens zwölf große Trecks mit Soldaten, die sich für die Emigration entschieden hatten, und einige kleinere Gruppen von Offizieren zogen seit Mitte Dezember 1831 aus Preußen in der Regel zu Fuß über die südwestdeutschen Staaten am Rhein nach Frankreich. Diese Route wählten auch die aus Galizien emigrierenden. Der erste Treck erreichte Frankreich Mitte Januar 1832, der letzte Mitte März.

Jenseits der Grenzen des Territoriums der jeweiligen Teilungsmacht rief der Durchzug der ehemaligen Aufständischen insbesondere in Sachsen und den süd- und südwestdeutschen Staaten ein großes Echo bei der Bevölkerung hervor. Es wurden »Polenvereine« gegründet, die sich der Versorgung der polnischen Emigranten annahm und Feste zu ihren Ehren organisierten. Weite Verbreitung fanden in dieser Zeit die deutschen »Polenlieder« und Vertreter der polnischen Emigranten wurden während des Hambacher Festes von 1832 enthusiastisch gefeiert. Die liberale deutsche Nationalbe-

⁴ Die Zahlenangaben variieren stark, etwa bei HAHN: *Außenpolitik* (Anm. 1), 95: 8000, bei KALEMBKA: *Wielka Emigracja* (Anm. 1), 58f.: 11000. Von 8000 bis 11000 spricht HAHN, H. H.: *Die erste »Große Emigration« der Polen und ihr historischer Stellenwert*, in: KRASNODĘBSKI, Z./GASTRZESKI, S. (Hg.): *Sendung und Dichtung. Adam Mickiewicz in Europa*. Hamburg 2002, 207–225, hier 208. 8000–9000 Personen für die Jahre 1831/32, ca. 10000 für die Jahre 1833–1836 werden angegeben bei ŁEPKOWSKI, T.: *Polska – Narodziny Nowoczesnego Narodu* [Polen – die Entstehung der modernen Nation]. Warszawa 1967, 374.

wegung verstand die Solidarität mit dem polnischen Befreiungskampf als Gelegenheit, ihre eigenen Forderungen nach politischen Partizipationsrechten und nationaler Einheit zu artikulieren: mit den polnischen Freiheitskämpfern sahen sie sich verbunden in dem Streben nach Emanzipation von der durch Russland, Österreich und Preußen verkörperten restaurativen Ordnung.⁵ In Frankreich nutzten republikanische Kräfte den Durchzug der Emigranten, um die Bevölkerung gegen die Herrschaft Louis-Philippes zu mobilisieren.⁶

Das Erlebnis des begeisterten Empfangs weckte bei den Emigranten die Überzeugung, dass die Unabhängigkeit Polens auch ein Ziel der übrigen europäischen Nationalbewegungen sei, die sich im gemeinsamen Kampf gegen das 1815 etablierte Restaurationssystem weiter annähern würden. Daraus entwickelten sich zwei Grundüberzeugungen, die die politischen Ideen der Großen Emigration prägen sollten: Zum einen wurde eine gemeinsame Erhebung der europäischen Völker erwartet, die zur Bildung von Nationalstaaten und auch zur Wiederentstehung eines unabhängigen Polens führen würde, zum anderen wurde dessen politische Zukunft in einer im weitesten Sinn demokratischen Neuordnung gesehen. Die im Land verbliebenen Eliten mussten sich dagegen mit den von repressiven Maßnahmen bestimmten Verhältnissen arrangieren, wodurch sie ein von dem der Emigration abweichendes Verständnis von der Lage Polens entwickelten.⁷

⁵ Vgl. die Beiträge in MICHALKA, W./RAUTENBERG, E. C./VANJA, K./WEIDUSCHAT, G. (Hg.): *Polenbegeisterung. Ein Beitrag im »Deutsch-Polnischen Jahr 2005/2006« zur Wanderausstellung »Frühling im Herbst. Vom polnischen November zum deutschen Mai. Das Europa der Nationen 1830–1832«*. Berlin 2005; EHLEN, P. (Hg.): *Der polnische Freiheitskampf 1830/31 und die liberale deutsche Polenfreundschaft*. München 1982; RIEMENSCHNEIDER, R. (Red.): *Die deutsch-polnischen Beziehungen 1830–1848: Vormärz und Völkerfrühling*. Braunschweig 1979. Vgl. auch ROGUSKI, P.: *Słodkie imię wolności ... Przejście Polaków przez Niemcy po upadku powstania listopadowego* [Der süße Name der Freiheit ... Der Durchzug der Polen durch Deutschland nach dem Fall des Novemberaufstandes]. Warszawa 2011; BRUDZYŃSKA-NĚMEC, G.: *Die liberale Männerwelt und weibliche Polenbegeisterung 1832*. In: *Convivium* 2007, 39–56; DIES.: *Polenbegeisterung in Deutschland nach 1830*, in: *Europäische Geschichte Online* (EGO) 2010-12-03. URN: nbn:de:0159-20100921148 (1. 3. 2017); MÜLLER, M. G.: *Deutsche und polnische Nation im Vormärz*. In: *Jahrbuch für die Geschichte Mittel und Ostdeutschlands* 30 (1981), 69–95; KOLB, E.: *Polenbild und Polenfreundschaft der deutschen Frühliberalen. Zu Motivation und Funktion außenpolitischer Parteinahme im Vormärz*. In: *Saeculum* 26 (1975), 111–127; GERECKE, A.: *Das deutsche Echo auf die polnische Erhebung von 1830*. Wiesbaden 1964; SCHMIDT, S.: *Robert Blum und die vormärzliche Polenfreundschaft in Mitteldeutschland*. In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 10 (1962), 1891–1902.

⁶ KALEMBKA: *Wielka Emigracja* (Anm. 1), 33 f.

⁷ Vgl. JEDLICKI, J.: *A History of the Polish Inteligentsia*. Bd. 2: *The Vicious Circle 1831–1864*. Frankfurt a.M. 2014 (poln. Orig. Warszawa 2008), 53–108, insb. 72 ff.

Frankreich nahm mit rund 6000 Personen den größten Teil der Emigranten auf.⁸ In Großbritannien fanden seit 1834 etwa 500, in der Schweiz 1833/34 über 500 (nach Ausweisungen 1834/35 nur noch 100), in den USA um die 400 sowie in Belgien rund 100 Exilanten Zuflucht.⁹ Andere Emigrationsziele lagen in Italien, Spanien, im Osmanischen Reich, in Südamerika und den asiatischen Kolonien der Großmächte. Die Zahl der Auswanderer erhöhte sich noch in den Jahren 1836–37, 1846, 1848/49 wie auch im Zuge des Krimkriegs 1854/55 und nach der Niederschlagung des Januaraufstandes 1864.

Dass Frankreich zum Hauptziel der Emigranten wurde, lag nicht nur an einer als Einladung ausgelegten Äußerung eines französischen Ministers während des Novemberraufstandes, sondern auch an der im Vergleich zu England günstigeren Lebenshaltung. England zahlte zwar, wenn auch nicht regelmäßig und nicht allen Emigranten, eine Unterstützung, aber anders als Frankreich stattete England die Emigranten nicht mit einem gesicherten rechtlichen Status aus und war bestrebt, die Zahl der Empfänger von Geldzahlungen möglichst klein zu halten. Die polnischen Emigranten wurden nur administrativ erfasst, unterstanden aber keiner weiteren Überwachung.¹⁰

In Frankreich, das zuvor schon spanische, italienische und deutsche Emigranten aufgenommen hatte, wurden die polnischen Emigranten in alten Kasernen, den sogenannten *dépôts* (poln.: *zakłady*), fern von Paris untergebracht,¹¹ weil man zunächst daran dachte, in Anlehnung an die Legionen Dąbrowskis (→ II. B) aus ihren Reihen militärische Verbände aufzustellen.¹² Die jeweils bis zu 1500 Emigranten beherbergenden

⁸ PEZDA, J.: *Polska diaspora we Francji do 1870 roku* [Die polnische Diaspora in Frankreich bis 1870]. In: WALASZEK, A. (Hg.): *Polska diaspora* [Die polnische Diaspora]. Kraków 2001, 167–177. Zur Politik der Regierung: OWSIŃSKA, A.: *La politique du Gouvernement français vis à vis des polonais et de la question polonaise durant les années 1831–1835*. In: BEAUVOIS, D. (Hg.): *Pologne. L'insurrection de 1830–1831. Sa réception en Europe*. Lille 1982, 115–134. Die Angabe, dass ca. 60–70 % nach Frankreich gezogen seien bei HAHN: »Große Emigration« (Anm. 4), 209.

⁹ HAHN, S.: *Außenpolitik* (Anm. 1), 95; PEZDA: *Polska diaspora* (Anm. 8), 169. Insgesamt schwanken die Zahlenangaben in der Literatur in einem gewissen Rahmen aufgrund unterschiedlicher Schätzungen. Zu Belgien vgl.: GODDEERIS, I.: *La grande emigration polonaise en Belgique (1831–1870). Elites et masses en exil à l'époque romantique*. Frankfurt a.M. 2013.

¹⁰ MIKOS, S.: *Warunki bytowe emigracji polskiej w Anglii po powstaniu listopadowym* [Existenzbedingungen der polnischen Emigration in England nach dem Novemberraufstand]. In: Gdańskie Zeszyty Humanistyczne. Historia 8 (1965), 79–97; ZIELIŃSKI, L.: *Emigracja Polska w Anglii w latach 1831–1856* [Die Polnische Emigration in England 1831–1856]. Gdańsk 1964.

¹¹ Die größten *dépôts* waren in Avignon (404 Personen), Besançon (541), Le Puy (678) und Bourges (1480) angesiedelt. Ihr jeweiliger Organisationsgrad war unterschiedlich, vgl. HAHN: *Organisationen* (Anm. 1), 136.

¹² KALEMBKA: *Wielka Emigracja* (Anm. 1), 18; DERS.: *L'insurrection polonaise de 1830–1831 jugée par les idéologues et publicistes de la Grande Emigration*. In: *Acta Poloniae Historica* 42 (1980), 67–96. Zur Legionsidee unter den Emigranten: CHUDZIO, H.: *Idea legionowa w myśli Wielkiej Emigracji w latach 1831–1934* [Die Legionsidee im Denken der Großen Emigration 1831–1848]. In: DERS./PEZDA, J. (Hg.): *Wokół powstania listopadowego. Zbiór studiów* [Über den Novemberraufstand. Sammelband]. Kraków 2014, 271–284.

dépôts wurden allerdings bereits nach kurzer Zeit als Gefahr für die innere Stabilität Frankreichs wahrgenommen, weil die anfangs angestrebte Selbstverwaltung nicht funktionierte und die Emigranten sich rasch radikalisierten sowie Kontakte zur französischen Opposition und zu republikanischen Geheimgesellschaften knüpften. Daher wurden die polnischen Emigranten im Herbst 1832 in kleinere, ebenfalls als *dépôts* bezeichnete Unterbringungen über das ganze Land verteilt. Die aus dieser Form der Unterbringung resultierende Isolierung der Polen verweist darauf, dass eine Integration in die französische Gesellschaft zumindest vorerst nicht beabsichtigt war.

Die polnischen Emigranten in Frankreich wurden zunächst dem Kriegsministerium, im Zuge der restriktiveren Gesetzgebung vom April 1832 teilweise sowie endgültig seit April 1833 dem Innenministerium unterstellt. Dadurch konnten die Behörden den Wohnort der Emigranten bestimmen und unliebsame Personen des Landes verweisen. Aufgrund der Bedeutung der Emigranten sowohl für die innenpolitische Situation im Gastland und in den Teilungsgebieten als auch für die außenpolitischen Beziehungen Frankreichs zu den Teilungsmächten wurde eine intensive geheime Überwachung ihrer Aktivitäten veranlasst. 1839 wurden die Einschränkungen der Bewegungsfreiheit der Emigranten zwar gelockert, doch war für einen Aufenthalt in Paris weiterhin eine Sondererlaubnis nötig, die zumindest für die politisch weniger prominenten Emigranten immer noch schwer zu erhalten war. Im Lauf der Jahre gelang es immerhin rund 30 % der in Frankreich lebenden Emigranten, sich in Paris, wo sie sich bessere Einkommensmöglichkeiten versprachen, niederzulassen.¹³

Abgesehen von wenigen Angehörigen wohlhabender Familien lebten die meisten Emigranten in bescheidenen, meist ärmlichen Verhältnissen. Die französische Regierung zahlte ihnen zunächst eine regelmäßige, sich am militärischen Rang orientierende monatliche und von den Emigranten als »Sold« bezeichnete Unterstützung, die bereits 1832 erheblich reduziert wurde.¹⁴ Nur wenige sicherten ihren Unterhalt darüber hinaus durch Erwerbsarbeit. Das Leben in der Emigration erwies sich nicht nur aufgrund der unsicheren politischen und materiellen Lage als problematisch, sondern auch vor dem Hintergrund der psychisch belastenden Situation, mit dem Zustand einer, wie man glaubte, vorübergehenden Exilantenexistenz fertig werden zu müssen. Nicht zuletzt deshalb nutzten einige Emigranten die nach dem Krimkrieg durch den russischen Kaiser Alexander II. ausgesprochene Amnestie zur Rückkehr nach Kongresspolen.

¹³ Überblick bei HAHN: »Große Emigration« (Anm. 4). Ausführlich in DERS.: *Außenpolitik* (Anm. 1), insb. 39–149, JEDLIČKI: *History*, Bd. 2 (Anm. 7), 9–52.

¹⁴ Vgl. KASZNIK, A. H.: *Polityka finansowa monarchii lipcowej wobec emigrantów polskich* [Die Finanzpolitik der Julimonarchie gegenüber den polnischen Emigranten]. In: *Studia Historyczne* 16 (1973), 495–521; BROWN, M. L.: *The Polish Question and Public Opinion in France 1830–1846*. In: *Antemurale* 24 (1980), 77–299.

Das Gefühl der Vorläufigkeit veranlasste viele Emigranten zu intensiven politischen Aktivitäten: Sie eilten überall dorthin, wo es möglich schien, die polnische Unabhängigkeitsbestrebungen durch eine Schwächung der Wiener Ordnung indirekt zu fördern, und kämpften in fremden Militärverbänden sowie auf den Barrikaden verschiedener europäischer Erhebungen. So beteiligten sich polnische Emigranten, für die bald die Bezeichnung »Sturmvogel der Revolution« in Umlauf kam, etwa am Pariser Umsturzversuch von 1832 und am Sturm auf die Frankfurter Hauptwache 1833. Dieses Verhalten wurde zunächst von Teilen der europäischen liberalen Bewegungen begrüßt, verlor allerdings noch im Laufe der 1830er Jahre zunehmend an Unterstützung.¹⁵

Politische Gruppierungen: Die »Demokraten« und das »Hôtel Lambert«

Die Angehörigen der Großen Emigration betrachteten sich selbst als Repräsentanten Polens und verstanden es als ihre Mission, den polnischen Widerstand gegen die Teilungsmächte fortzusetzen bzw. eine neue nationale Erhebung vorzubereiten. Sie hatten ihr Land als Aufständische verlassen, wollten aber baldmöglichst in ein befreites, unabhängiges Polen zurückkehren. Maßgeblich für diese Haltung war der Glaube, dass eine europäische Revolution oder ein europäischer Krieg das Wiener System beseitigen und damit die Bedingungen dafür schaffen würde, mit Hilfe eines Aufstands die Wiedererrichtung Polens zu erreichen. Als Sinn ihres Exils betrachteten die Emigranten die Vorbereitung einer solchen nationalen Erhebung. In der Wahl ihrer Mittel wie auch in ihren Vorstellungen über die Ausgestaltung des künftigen polnischen Staates unterschieden sich die politischen Richtungen der Emigration allerdings erheblich.¹⁶

Schon im Herbst 1831, also kurz nach der Ankunft der ersten Emigranten, begannen sich diese in Paris, das ihr politisches Zentrum wurde, zu organisieren. Hierbei versuchten sie auch, eine Kontinuität zur Aufstandszeit herzustellen, indem der Sejm im Exil wieder konstituiert werden sollte. Grundlage dafür war ein Sejm-Beschluss vom Februar 1831, wonach sich das Parlament mit einem Quorum von insgesamt 33 Angehörigen von Sejm und Senat in der Emigration wieder konstituieren könne. Dieser Plan wurde durch die Intervention der führenden Exilorganisationen allerdings vereitelt, da diese befürchteten, ein solcher Sejm könne, wie schon während des Novemberaufstan-

¹⁵ KALEMBKA, S. (Hg.): *Wielka Emigracja i sprawa polska a Europa (1832–1864)* [Die Große Emigration, die Polnische Frage und Europa (1832–1864)]. Toruń 1980.

¹⁶ BARSZCZEWSKA-KRUPA, A.: *Reforma czy rewolucja. Koncepcje przekształcenia społeczeństwa polskiego w myśli politycznej Wielkiej Emigracji 1832–1863* [Reform oder Revolution. Konzeptionen zur Umgestaltung der polnischen Gesellschaft im politischen Denken der Großen Emigration 1832–1863]. Łódź 1979.

des, auch exekutive Aufgaben an sich ziehen und damit ihren jeweils eigenen Führungsanspruch unterlaufen.¹⁷

Die bereits während des Aufstands zutage getretenen Parteiengegensätze blieben auch in der Emigration erhalten: Die Exilanten konzentrierten sich im Wesentlichen darauf, die Ursachen und die Verantwortlichkeiten für die Niederschlagung des Novemberaufstandes zu analysieren sowie die grundlegende Frage zu diskutieren, wie ein unabhängiges Polen aufgebaut und dessen gesellschaftlichen Verhältnisse gestaltet werden sollten (→ III. G). Der Versuch, durch ein Nationalkomitee der Polnischen Emigration (*Komitet Narodowy Emigracji Polskiej*) eine gemeinsame Repräsentanz aller Emigranten aufzubauen, scheiterte spätestens nach der Auflösung der großen *dépôts* an den innerpolnischen Konflikten. Die Zahl der von den Emigranten gebildeten Organisationen, Komitees, Verbände war insgesamt groß – viele von ihnen existierten aber nur kurz und blieben ohne Einfluss. Neben einigen kleineren und kaum relevanten frühsozialistischen und ultramontanen Organisationen bildeten sich im Wesentlichen zwei politische Richtungen heraus: »demokratische«, später auch als »rote« bezeichnete und aristokratisch-monarchische, später als »weiße« bezeichnete Organisationen konkurrierten um den politischen Führungsanspruch.

Die Haltung der »demokratischen« Richtung war geprägt vom Hass auf die bisherige polnische Führungsschicht und dem Ziel einer sozialen Revolution. Ihre Vertreter versuchten Einfluss auf die europäischen revolutionären Bewegungen zu nehmen und waren in den europäischen Geheimgesellschaften, vor allem bei den italienischen *Carbonari*, engagiert. Auf diese Weise entstand ein vielfältiges Netzwerk. Beispielsweise hatte die Geheimorganisation »Junges Polen« (*Młoda Polska*) mit ihren rund 550 Mitgliedern in den Jahren 1834–1839 ihre Wurzeln im »Jungen Europa« Giuseppe Mazzinis, und Joachim Lelewel war (wie Karl Marx) Vizepräsident der Internationalen Demokratischen Gesellschaft.¹⁸ Die Demokraten unterstützten auch in Polen selbst Geheimbünde, um so die Bemühungen um einen nationalen und sozialen, in Form eines Partisanenkampfs geführten Aufstand voranzutreiben.

¹⁷ KARPIŃSKA, M.: *Sejm polski na emigracji 1832–1848. Problemy i pytania badawcze* [Der polnischen Sejm in der Emigration 1832–1848. Probleme und Forschungsfragen]. In: CHUDZIO/PEZDA: *Wokół powstania* (Anm. 12), 291–309; Hahn: *Organisationen* (Anm. 1), 172 f.

¹⁸ Zur Entwicklung der »Demokraten« vgl. BARSZCZEWSKA-KRUPA, A.: *Emigracja i kraj. Wokół modernizacji polskiej świadomości społecznej i narodowej 1831–1863* [Die Emigration und das Heimatland. Über die Modernisierung des polnischen sozialen und nationalen Bewußtseins]. Łódź 1999, 7–23; DIES.: *Reforma* (Anm. 16), 183–355; KALEMBKA: *Wielka Emigracja* (Anm. 1), 101–117; Hahn: *Organisationen* (Anm. 1), 152–157; JANOWSKI, M.: *Polish Liberal Thought before 1918*. Budapest 2004 (poln. Orig. Kraków 1998), 76–79.

Das demokratische Lager litt allerdings an Spaltungen und Führungskrisen, weshalb auch die Organisationen dieser politischen Richtung zumeist sehr kurzlebig waren und neue Persönlichkeiten sich nur vorübergehend an deren Spitze halten konnten. Zunächst wurde diese Richtung vom Nationalkomitee Polens (*Komitet Narodowy Polski*) unter der Führung des Historikers Joachim Lelewel dominiert,¹⁹ das überwiegend von Mitgliedern der Patriotischen Gesellschaft (*Towarzystwo Patriotyczne*) aus Warschau getragen wurde. Es organisierte und finanzierte in Zusammenarbeit mit der französischen Opposition den Zuzug polnischer Emigranten nach Frankreich. Das antimonarchische und mit revolutionären Bewegungen in Europa in Kontakt stehende Nationalkomitee strebte den Unabhängigkeitskampf des gesamten polnischen Volkes unter der Führung des Adels an und glaubte an eine Solidarität aller Nationen gegen ihre Regierungen. Dafür wurde es von radikaldemokratischen Kräften insbesondere in den *dépôts*, die Lelewel als zu gemäßigt ansahen, wie auch vom konservativ-adligen Flügel der Emigration kritisiert. Nachdem es schon im Frühjahr 1832 zu inneren Streitigkeiten gekommen war, wurde das Nationalkomitee im Dezember 1832 von den französischen Behörden aufgelöst. Lelewel wurde des Landes verwiesen und führte von Brüssel aus weiter die gemäßigten Demokraten. Aus seiner Anhängerschaft rekrutierte sich die zwischen 1837 und 1846 aktive, grundsätzlich wenig erfolgreiche Vereinigung der Polnischen Emigration (*Zjednoczenie Emigracji Polskiej*, ZEP) als Dachorganisation einer sich aus den zerfallenden *dépôts* entwickelnden Basisorganisation.²⁰ Die ZEP sah in der Bauernfrage das Schlüsselproblem und erachtete die Zusammenarbeit des Adels mit den Bauern wie auch mit den Demokraten aus anderen europäischen Ländern für unerlässlich. Als problematisch für den Erfolg der ZEP erwies sich, dass sich trotz der Mitgliederstärke der Vereinigung um den in organisatorischen Belangen untalentierten Lelewel keine kompetente Führungsgruppe etablierte.

Die zweite Parteiung innerhalb des demokratischen Lagers formierte sich in der Polnischen Demokratischen Gesellschaft (*Towarzystwo Demokratyczne Polskie*, TDP), die in Frankreich von 1832 bis 1849 und dann in London bis 1862 aktiv war. Mit rund 2000 Mitgliedern bildete sie die größte politische Emigrationsorganisation und war in

¹⁹ Zur Biographie Lelewels vgl. SKURNOWICZ, J.: *Romantic Nationalism and Liberalism. Joachim Lelewel and the Polish National Idea*. New York 1981; KIENIEWICZ, S.: *Joachim Lelewel*. Warszawa 1990; CYGLER, A.: *Działalność polityczno-społeczna Joachima Lelewela na emigracji w latach 1831–1861* [Das politisch-soziale Wirken Joachim Lelewels in der Emigration in den Jahren 1831–1861]. Gdańsk 1969.

²⁰ CYGLER, B.: *Zjednoczenie Emigracji Polskiej 1837–1846* [Die Vereinigung der Polnischen Emigration 1837–1846]. Gdańsk 1963.

den 1840er Jahren zugleich die einflussreichste.²¹ Von Pariser jakobinischen Traditionen beeinflusst, vereinigte sie Liberale, Demokraten sowie Radikale (→ III. G). Die Gesellschaft hatte zunächst großen Zulauf, weil sich die Organisationen der *dépôts* auflösten und es immer klarer wurde, dass die bestehenden Geheimgesellschaften wenig Erfolg hatten. Im sogenannten »kleinen Manifest« des TDP aus dem Jahr 1832 wurde zu einem Aufstand für die Unabhängigkeit Polens in allen Teilgebieten aufgerufen, in dessen Zuge den Bauern Land zugeteilt werden sollte.²² 1836 wurde diese Zielsetzung durch das sogenannte »große Manifest« erneuert und erweitert.²³ Das polnische Volk sollte selbst die Unabhängigkeit erlangen und Polen ein demokratischer Staat auf Basis eines allgemeinen Wahlrechtes werden. Die Abschaffung der Frondienste und Landzuteilungen an die Bauern waren vorgesehen, wobei es über den Umfang dieser Versprechen innerhalb des Lagers Differenzen gab.

Koordiniert wurden die Aktivitäten des TDP seit 1840 von der sogenannten Zentralisierung (*Centralizacja*), einem fünfköpfigen Führungszirkel, der zunächst in Frankreich (in Versailles bzw. Poitiers), seit ihrem dortigen Verbot 1849 in Großbritannien ansässig war. Ihre Aktivitäten im Zuge des Aufstandsversuches von 1846 und der revolutionären Ereignisse von 1848/49 (→ III. F) führten zu einem politischen Fiasko, was sie letztlich, nach ihrer Auflösung in Frankreich 1849, zu einer noch radikaleren Haltung in der Agrarfrage veranlasste.²⁴

Eine andere Ausrichtung als die »Demokraten« hatte die aristokratisch geprägte, meist als »konservativ« und »monarchistisch« charakterisierte Gruppierung, die seit der zweiten Hälfte der 1840er Jahre nach ihrem Versammlungsort im Pariser Stadtpalais des Fürsten Adam Jerzy Czartoryski auf der Île Saint Louis »Hôtel Lambert« genannt wurde.²⁵ Der Gruppe gehörten rund 1500 ehemalige Würdenträger, hohe Beamte und Offiziere sowie Aristokraten an, die sich unter dem Eindruck der Entwicklung der demokratischen Parteien rasch zu einer einheitlichen Gruppierung zusammenschlossen und anders als ihre politischen Gegner kaum von inneren Konkurrenzen zerrissen

²¹ KALEMBKA, S.: *Towarzystwo Demokratyczne Polskie w latach 1832–1846* [Die Polnische Demokratische Gesellschaft in den Jahren 1832–1846]. Toruń 1966; ŻALIŃSKI, H.: *Kształt polityczny Polski w ideologii Towarzystwa Demokratycznego Polskiego (1832–1846)* [Die politische Gestalt Polens in der Ideologie der Polnischen Demokratischen Gesellschaft (1832–1846)]. Wrocław 1976; ŻMIGRODZKI, J.: *Towarzystwo Demokratyczne Polskie (1832–1862)* [Die Polnische Demokratische Gesellschaft (1832–1862)]. 2 Bde. London 1983.

²² *Akt Założenia/Acte de Fondation*. In: *Towarzystwo Demokratyczne Polskie/Société Démocratique Polonaise*. Paris 1832, 14–31.

²³ *Manifest Towarzystwa Demokratycznego Polskiego*. Poitiers 1836.

²⁴ KISLUK, E.: *Brothers from the North. The Polish Democratic Society and the European Revolutions of 1848–1849*. Boulder 2005. Vgl. dazu auch BROCK, P.: *The Political Program of the Polish Democratic Society*. In: DERS.: *Nationalism and Populism in Partioned Poland*. London 1973, 59–101.

²⁵ Zum Hôtel Lambert vgl. Hahn: *Organisationen* (Anm. 1), 245–249; BARSZCZEWSKA-KRUPA: *Emigracja* (Anm. 18), 163–197.

wurden.²⁶ Das Hôtel Lambert stand unter dem Einfluss seiner Integrationsfigur, des Fürsten Adam Jerzy Czartoryski und seiner Familie,²⁷ insbesondere seines Neffen Graf Władysław Zamoyski.²⁸ Grundlage für die weitgespannten Aktivitäten war das Vermögen dieser Familie in Galizien, während dasjenige im russischen Teilungsgebiet konfisziert worden war.²⁹

Czartoryski erschien mit seinen langjährigen diplomatischen Erfahrungen geradezu prädestiniert, Polen zu repräsentieren, wenngleich unter den besonderen Bedingungen der Emigration. Die Gruppierung des Hôtel Lambert nahm immer mehr den Charakter einer Exilregierung an, auch wenn Czartoryski die Aufstellung einer Exilregierung – wie sich im Konflikt mit dem Publizisten Maurycy Mochnacki in den 1830er Jahren zeigte – grundsätzlich ablehnte. Eine Exilregierung hätte die Gastländer zu Reaktionen herausgefordert und Czartoryski wollte dies vermeiden, um seine außenpolitischen Vorstellungen nicht zu gefährden. Die Aktivitäten seiner Organisationen waren aber breit gefächert und deckten ähnliche Aufgabenbereiche wie klassische Ministerien ab: etwa Propaganda, Bildung, Kultur und Sozialfürsorge.³⁰ Es war das Czartoryski-Lager, das die Emigranten mittels karitativer Einrichtungen unterstützte und die polnische Literatur, Presse und Kultur förderte, indem es Schulen sowie literarische Gesellschaften gründete und unterhielt – vor allem auch die als Kulturzentrum fungierende Polnische Bibliothek (*Biblioteka Polska*) in Paris, die teilweise im Gebäude des Hôtel Lambert untergebracht war.

Anfangs definierten sich die Anhänger des Hôtel Lambert über ihren Gegensatz zu den Demokraten, ohne dass die ideellen Grundlagen der Parteilinie ausformuliert worden wären. Für die Akzeptanz der Gruppierung bei vielen Emigranten erwies es sich als problematisch, dass sie zunächst aus taktischen Gründen die Einhaltung der Beschlüsse des Wiener Kongresses (→ II. D) forderte und den gesellschaftlichen und politischen *status quo* im Land erhalten wollte. Erst seit etwa Mitte der 1830er Jahre kristallisierten sich im aristokratischen Lager politische Zielsetzungen deutlicher heraus, wobei auch

²⁶ HAHN: *Außenpolitik* (Anm. 1), 112 f.

²⁷ Zu Adam Czartoryski vgl. HAHN, H. H.: *Les débuts politiques du Prince Adam Jerzy Czartoryski dans l'Emigration (1832)*. In: BEAUVOIS: Pologne (Anm. 8), 159–178; SKOWRONEK, J.: *U początków myśli politycznej emigracyjnego ugrupowania Adama J. Czartoryskiego* [An den Anfängen des politischen Denkens der Exilgruppierung Adam J. Czartoryskis]. In: STASZEWSKI, J. (Hg.): *Studia z dziejów polskiej myśli politycznej* [Studien zum polnischen politischen Denken]. Bd. 4. Toruń 1992, 105–124.

²⁸ Zu Władysław Zamoyski vgl. KONARSKA, B.: *W kręgu Hotelu Lambert. Władysław Zamoyski w latach 1832–1847* [Im Umkreis des Hotel Lambert. Władysław Zamoyski in den Jahren 1832–1847]. Wrocław 1971.

²⁹ PEZDA, J.: *Ludzie i pieniądze. Finanse w działalności Adama Jerzego Czartoryskiego i jego obozu na emigracji 1831–1848* [Menschen und Geld. Die Finanzen im Handeln Adam Jerzy Czartoryskis und seines Lagers in der Emigration 1831–1848]. Kraków 2003.

³⁰ HAHN: *Außenpolitik* (Anm. 1), 141.

slawophile Vorstellungen und Ideen des politischen Katholizismus rezipiert wurden.³¹ Die restaurativen gesellschaftspolitischen Vorstellungen unterlagen nach 1840 einem Wandel, so dass nun auch liberale Reformen und eine gesellschaftliche sowie ökonomische Modernisierung etwa hinsichtlich der Bauernfrage befürwortet wurden – unter der Bedingung, dass der Adel seine führende Position nicht würde aufgeben müssen. Diese Einsicht führte zur stillschweigenden Akzeptanz des von den Demokraten immer stärker betonten Junktims zwischen nationalem Aufstand und sozialer Veränderung.³²

An die Reformbemühungen der *Familia*, der Adelpartei des Czartoryski-Geschlechts in der Mitte des 18. Jahrhunderts, und an die Verfassung des 3. Mai 1791 anknüpfend (→ Bd. 2, V. C/D/G), erblickten die Vertreter des Hôtel Lambert in der erblichen konstitutionellen Monarchie die Staatsform, die am ehesten eine handlungsfähige Exekutive zu gewährleisten schien. Die Wiederherstellung Polens sollte durch das Zusammenspiel eines nationalen Aufstands, für den Partisaneneinheiten im Land aufzubauen waren, mit der Hilfe auswärtiger Staaten erreicht werden.³³ Für die Vorbereitung und Führung des Aufstandes war eine starke Führungspersönlichkeit nötig – eine Rolle, für die Czartoryski vorgesehen war, der nach den 1837 geäußerten Worten des Sekretärs des Hôtel Lambert Janusz Woronicz, als »*król de facto*«, als faktischer König, gelten konnte.³⁴

Allerdings sahen die Vertreter des Hôtel Lambert ihre Aufgabe weniger in einer auf die inneren polnischen Verhältnisse gerichteten Politik, was sich auch darin äußerte, dass ihre Organisationen in den polnischen Ländern selbst wenig Einfluss gewinnen konnten. Der Schwerpunkt der Arbeit des Hôtel Lambert lag im Gegensatz zum demokratischen Lager in einer aktiven »Außenpolitik«, da seine Vertreter überzeugt waren, dass ein nationaler Aufstand ohne auswärtige Unterstützung nicht durchgeführt werden könne.³⁵ Um diese zu erlangen, entstand ein breites diplomatisches Netz, und es wurden andere nationale Befreiungsbewegungen, die sich gegen die Teilungsmächte richteten, gefördert. So wurde der ungarische Kampf gegen die Habsburgermonarchie 1848/49 ebenso unterstützt wie die Gegner russischer Expansionspolitik in Persien und im Kaukasus. In diesem Sinne hatte Czartoryski auch im Rahmen der politischen Krise in Serbien 1840–1844, in deren Folge der russlandfreundliche Fürst Mihailo Obrenović abgesetzt wurde, eine Geheimdiplomatie entfaltet, und das Osmanische Reich wurde in

³¹ HAHN: *Organisationen* (Anm. 1), 161–166. Von dieser Rezeption wurde auch das messianistische Denken angeregt.

³² HAHN: *Außenpolitik* (Anm. 1), 144 f.

³³ ŻALIŃSKI, H.: *Poglądy Hotelu Lambert na kształt powstania zbrojnego 1832–1846* [Die Ansichten des Hôtel Lambert über die Form eines bewaffneten Aufstandes 1832–1846]. Kraków 1990.

³⁴ HAHN: *Außenpolitik* (Anm. 1), 148 f.

³⁵ ŻURAWSKI, R.: *Działalność księcia Adama Czartoryskiego w Wielkiej Brytanii (1831–1832)* [Das Wirken des Fürsten Adam Czartoryski in Großbritannien (1831–1832)]. Warszawa 1999.

seiner Bereitschaft zum Konflikt mit Russland bestärkt.³⁶ Czartoryski versuchte zudem die Konflikte Großbritanniens,³⁷ Frankreichs und des Osmanischen Reiches mit Russland zu nutzen, um die Polnische Frage in der europäischen Öffentlichkeit präsent zu halten.

Einfluss und Bedeutung der Großen Emigration

Die Emigranten, die sich als Repräsentanten der unterdrückten polnischen Nation und damit letztlich als deren Träger verstanden, unterhielten mithilfe von Agenten und Emissären zahlreiche Kontakte in ihr Heimatland. Deren Aufgabe bestand darin Instruktionen und Druckerzeugnisse zu verbreiten, aber auch Untergrundaktivitäten zu organisieren. Auf diese Weise beeinflusste die Große Emigration, insbesondere das TDP, beispielsweise die Aufstandsvorbereitungen und -versuche in den 1840er Jahren (→ III. F). Danach verlor sie zunehmend an Einfluss im Land und lediglich bei den Aufstandsvorbereitungen Anfang der 1860er Jahre spielte sie noch eine Rolle. Die Exilanten hatten sich mehr und mehr von den Realitäten in Polen entfremdet und dessen innere Entwicklungen nicht mehr nachvollziehen können. Dennoch war die vom Exil aus betriebene Politik für die politische, ideologische und kulturelle Entwicklung Polens sowie für die Entwicklung eines modernen polnischen Nationalbewusstseins bedeutsam, weil sie – wenn auch losgelöst von der Entwicklung in der Heimat – wichtige Impulse geben konnte.³⁸ Trotz ihrer Instabilität waren die Organisationen der Großen Emigration, insbesondere das TDP, Frühformen politischer Parteien.³⁹ Von ihnen gingen für die Entwicklung und Prägung des polnischen Parteiensystems entscheidende Anstöße aus, vor allem im Hinblick auf ihre Verfasstheit nicht als Wahl-, sondern als Aktionsparteien.⁴⁰

Nicht minder prägend war der Einfluss der Großen Emigration auf die Entwicklung des politischen Denkens in Polen, da ihre Vertreter unter den spezifischen Bedingungen des Exils verstärkt europäische Geistesströmungen in den modernen politischen Dis-

³⁶ Zu Ungarn vgl. KOVACS, I.: *Polacy w węgierskiej Wiośnie Ludów 1848–1849: »Byliśmy z Wami do końca«* [Polen im ungarischen Völkerfrühling 1848–1948: »Wir waren mit Euch bis zum Ende«]. Warszawa 1999. Zur Balkanpolitik vgl. CETNAROWICZ, A.: *Tajna dyplomacja Adama Jerzego Czartoryskiego na Bałkanach. Hotel Lambert a kryzys serbski 1840–1844* [Die Geheimdiplomatie Adam Jerzy Czartoryskis auf dem Balkan. Das Hôtel Lambert und die Serbische Krise 1840–1844]. Kraków 1993.

³⁷ ŻURAWSKI VEL GRAJEWSKI, R.: *Wielka Brytannia w »dyplomacji« księcia Adam Jerzego Czartoryskiego wobec kryzysu wschodniego (1832–1841)* [Großbritannien in der »Diplomatie« des Fürsten Adam Jerzy Czartoryski vor dem Hintergrund der Orientkrise (1832–1841)]. Warszawa 1999.

³⁸ Hierin hat die Große Emigration – wie auch in ihrer sozialen Zusammensetzung – Ähnlichkeiten mit anderen europäischen Exilgruppen, vgl. KALEMBKA: *Polskie wychodźstwo* (Anm. 3), 225–250.

³⁹ Zu den folgenden Einschätzungen vgl. insbesondere HAHN: *Organisationen* (Anm. 1), 250–257.

⁴⁰ Darin erblickt Hans Henning Hahn die wichtigste Leistung der Großen Emigration, vgl. ebd. 252.

kurs Polens transferierten.⁴¹ Ohne diesen Einfluss wäre die weitere Entwicklung des polnischen politischen Denkens sicher anders verlaufen. Dies gilt für die Rezeption bestimmter Ideologien wie des sozialistisch-utopischen Gedankenguts, das über die Organisation Polnisches Volk (*Lud Polski*), einer Absplitterung des TDP in England, vermittelt wurde, wie auch für das politische Denken in seiner Gesamtheit. Nicht minder wirkmächtig war der besondere Fokus der von den sozialen Verhältnissen der 1830er Jahre geprägten Exilanten auf die Bauernfrage. Dies trug dazu bei, dass die im Land selbst zunehmend Bedeutung gewinnende Frage nach der Rolle und Emanzipation des Bürgertums eher vernachlässigt wurde (→ III. G).

So kristallisierten sich unter dem Eindruck des in der Emigration dominierenden romantischen Denkens wie in einem Laboratorium die Leitideen und geistigen Grundlagen der nachfolgenden Generationen heraus, ohne deren Kenntnis die polnische Kultur- und Geistesgeschichte des 19. Jahrhunderts nicht zu verstehen ist. Es war die Erfahrung der Emigration, die zur vollständigen Entfaltung der polnischen Romantik und mit ihr des polnischen Messianismus führte (→ V. D). Im Exil setzte sich der Gedanke durch, dass jeglichem künstlerischen Schaffen eine nationale Bedeutung innewohne. Nicht zuletzt deshalb erlangte die polnische Romantik ihre größte Bedeutung durch ihre Beiträge zur Geschichtsphilosophie sowie zum politischen Denken, zu denen auch ein Großteil der künstlerischen Werke gezählt werden können.⁴² Sie trugen zum Wandel des Nationsverständnisses von dem einer frühneuzeitlichen Adelsnation zu dem einer alle Schichten umfassenden modernen Nation bei, auch wenn dieser Prozess erst nach dem Januaraufstand abgeschlossen wurde.

Durch ihre Propagandaaktionen, die Beteiligung an anderen europäischen Befreiungskämpfen und nicht zuletzt durch die »Außenpolitik« des Hôtel Lambert hielt die Große Emigration die Polnische Frage auch in der europäischen Öffentlichkeit präsent (→ V. A). Insgesamt ist die Politik der Großen Emigration im Exil nicht nur als eine Alternative zur Politik im Lande zu betrachten, sondern auch als spezifische Ausprägung der nationalen Repräsentanz, als ein wesentlicher Teil der ideologischen, politischen und kulturellen Entwicklung Polens und als eine der wichtigen Kräfte innerhalb der europäischen revolutionären Strömungen in der Mitte des 19. Jahrhunderts.

⁴¹ BARSZCZEWSKA-KRUPA: *Emigracja* (Anm. 18).

⁴² PRZYCHODNIAK, Z.: *Walka o rządy dusz. Studia o literaturze i polityce Wielkiej Emigracji* [Kampf um die Macht über die Seelen. Studien über Literatur und Politik der Großen Emigration]. Poznań 2001.

F. Völkerfrühling, Revolution und Reaktionspolitik

VON KARSTEN HOLSTE

Nach der Niederschlagung des Novemberaufstandes im Königreich Polen (→ III. D) und der Eindämmung der von der Französischen Julirevolution ausgelösten Welle revolutionärer Erhebungen schien Mitte der 1830er Jahre die Stabilität in und zwischen den europäischen Staaten zunächst wieder hergestellt. Bereits wenige Jahre später begann sich die Situation jedoch grundlegend zu ändern.¹

In Großbritannien erreichte die sich für die Rechte der Industriearbeiter einsetzende Chartistenbewegung zu Beginn der 1840er Jahre ihren Höhepunkt, und in Frankreich verlor das 1830 entstandene politische System zunehmend an Rückhalt in der Bevölkerung. Auf dem Gebiet des Deutschen Bundes begann ein Erstarren der nationalen und liberalen Bewegungen, das rückblickend aufgrund der folgenden revolutionären Ereignisse vom März 1848 als Vormärz bezeichnet wird. Im Zuge der wachsenden Erwartung eines grundlegenden politischen Wandels in Europa kam es 1846 zu einem nationalen Aufstand in mehreren Teilen Polens, dessen Niederschlagung zwar rasch gelang,

¹ Zu den Revolutionen von 1848 in Europa, ihren Entstehungsbedingungen und Vorläufern vgl. u. a. FAHRMEIR, A.: *Europa zwischen Restauration, Reform und Revolution 1815–1850*. München 2012 (Oldenbourg Grundriß der Geschichte, 41), 55–101, 136–175; RAPPORT, M.: *1848 Revolution in Europa*. Darmstadt 2011 (engl. Orig. London 2008); SPERBER, J.: *The European Revolutions, 1848–1851*. Cambridge 2005 (New Approaches to European History, 29); LAMBRECHT, L. (Hg.): *Osteuropa in den Revolutionen von 1848*. Frankfurt am Main 2006 (Forschungen zum Junghegelianismus, 15); EVANS, R. J./STRANDMANN, H. P. v. (Hg.): *The Revolutions in Europe, 1848–1849. From Reform to Reaction*. Oxford 2002; VINOGRADOV, V. N. u. a.: *Evropejskie revoljucii 1848 goda. »Princip nacional'nosti« v politike i ideologii* [Die europäischen Revolutionen von 1848. Das »Nationale Prinzip« in Politik und Ideologie], hg. von S. M. FAL'KOVIČ. Moskva 2001; TIMMERMANN, H. (Hg.): *1848 – Revolution in Europa. Verlauf, politische Programme, Folgen und Wirkungen*. Berlin 1999 (Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen, 87); BOTZENHART, M.: *1848/49: Europa im Umbruch*. Paderborn 1998; DOWE, D./HAUPT, H.-G./LANGEWIESCHE, D. (Hg.): *Europa 1848. Revolution und Reform*. Bonn 1998 (Politik- und Gesellschaftsgeschichte, 48); LANGEWIESCHE, D. (Hg.): *Demokratiebewegung und Revolution 1847 bis 1849. Internationale Aspekte und europäische Verbindungen*. Karlsruhe 1998; HARDTWIG, W. (Hg.): *Revolution in Deutschland und Europa 1848/49*. Göttingen 1998; MOMMSEN, W. J.: *1848, die ungewollte Revolution. Die revolutionären Bewegungen in Europa, 1830–1849*. Frankfurt 1998; APRILE, S. (Hg.): *La révolution de 1848 en France et en Europe*. Paris 1998; JAWORSKI, R./LUFT, R. (Hg.): *1848/49 – Revolutionen in Ostmitteleuropa*. München 1996 (Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum, 18); KALEMBKA, S.: *Wiosna ludów w Europie* [Völkerfrühling in Europa]. Warszawa 1991.

der aber das Ansehen der Teilungsmächte in der liberalen Öffentlichkeit Europas weiter beschädigte. In den folgenden zwei Jahren erfasste eine von einer Kartoffelkrankheit ausgelöste und von lokalen Unruhen begleitete Hungerkrise weite Teile Europas.

1847 zeichnete sich dann durch den Erfolg der liberalen Kantone im Schweizer Sonderbundskrieg erstmals seit Beginn der 1830er Jahre eine liberale Verfassungsänderung ab. Im Januar 1848 erfolgte nach einem Aufstand im Königreich beider Sizilien der Übergang zur konstitutionellen Monarchie, dem sich die mittelitalienischen Staaten einschließlich des Papststaates anschlossen. Als Auseinandersetzungen zwischen Militär und Pariser Bevölkerung am 24. Februar dieses Jahres eskalierten, der französische König zurücktrat und die Republik ausgerufen wurde, kam es schließlich zu einer Welle von Unruhen und Aufständen, die bis Mitte März fast ganz Europa erfasste und in den meisten Staaten zu Regierungsumbildungen und neuen Verfassungen führte.

Trotz des gesamteuropäischen Charakters der revolutionären Umbrüche vom Frühjahr 1848 wird ihnen in den europäischen Erinnerungskulturen eine sehr unterschiedliche, meist untergeordnete Bedeutung beigemessen.² Dies ist zum einen damit zu erklären, dass auf die Erfolge der Revolution im Verlauf der nächsten anderthalb Jahre fast überall eine Phase der Reaktion folgte und die Erwartung eines grundlegenden gesellschaftlich-politischen Wandels größtenteils enttäuscht wurde. Für die äußerst unterschiedlichen Traditionsbildungen sorgte zum anderen die Inhomogenität der revolutionären Bewegung. Teile der adligen und bürgerlichen Eliten forderten bessere Partizipationsmöglichkeiten und wirtschaftliche Chancen im Rahmen konstitutioneller und nationaler Staatlichkeit. Gleichzeitig drängten Bauern entschieden auf die Abschaffung noch bestehender feudaler Bindungen, während städtische und ländliche Unterschichten sowie die neue Gruppe der Industriearbeiter auf eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage hofften. Nicht nur die Erwartungen der unterschiedlichen sozialen Trägerschichten standen teilweise in Widerspruch zu einander, sondern auch die Vorstellungen der Eliten von der Form der zukünftigen Verfassungen und von den Grenzen der neu zu bildenden Nationalstaaten. Das anfänglich parallele, gegen die bestehende Ordnung gerichtete Vorgehen der unterschiedlichen sozialen, politischen und nationalen Bewegungen wich einer wachsenden Konkurrenz, in der viele auch zu einer partiellen Kooperation mit den Kräften der Reaktion bereit waren.

² Überblick bei TACKE, C. (Hg.): *1848, Memory and Oblivion in Europe*. Bruxelles 2000 (Euroclio, 19); KÖRNER, A. (Hg.): *1848 – a European Revolution? International Ideas and National Memories of 1848*. Basingstoke 2000; GILDEA, R.: *1848 in European Collective Memory*. In: EVANS/STRANDMANN: *Revolutions* (Anm. 1), 207–235. Vgl. auch die Beiträge in LANGEWIESCHE, D. (Hg.): *Die Revolutionen von 1848 in der europäischen Geschichte. Ergebnisse und Nachwirkungen*. München 2000 (Historische Zeitschrift, Beiheft N. F. 29).

In der polnischen Erinnerungskultur und historischen Forschung werden die Ereignisse in den Jahren um 1848 vor allem als Teil der Geschichte nationaler Aufstände zwischen 1794 und 1861 interpretiert und dem entspricht die – wahrscheinlich aus der deutschen Literatur des Vormärz übernommene³ – Bezeichnung als Völkerfrühling (*wiosna ludów*). Diese Deutung blieb in ihren Grundzügen auch bestehen, als im Umfeld des 100. Jubiläums 1948, mit dem Ziel einer Legitimation des politischen Systems der Volksrepublik Polen, die soziale Dimension stärker hervorgehoben wurde, und sie trat nach 1990 erneut in den Vordergrund.⁴ Im zeitgenössischen polnischen Diskurs war die Bezeichnung Revolution für die Ereignisse von 1848 hingegen ebenso üblich wie für den Novemberaufstand von 1830 und erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts setzte sich eine sprachliche Abgrenzung nationaler Aufstände von nun vor allem sozial verstandenen Revolutionen durch.⁵

Die Betonung des nationalen Aspektes ist ohne Zweifel insofern berechtigt, als in den programmatischen Äußerungen der beteiligten polnischen, zumeist adligen Eliten die Erlangung der Unabhängigkeit Polens fast immer im Vordergrund stand. Konstitutionelle Vorstellungen ließen sich aus der nationalen Tradition ableiten und die Forderung nach Agrarreformen wurde vor allem damit begründet, dass für den Unabhängigkeitskampf die bäuerliche Bevölkerung gewonnen werden müsse. Diese Form der Argumentation ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass angesichts der von den Teilungsmächten bestimmten Situation Polens gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen vor allem innerhalb der in der Emigration geschaffenen Öffentlichkeit ausgetragen wurden. Die Übereinstimmung hinsichtlich der angestrebten unabhängigen Staatlichkeit sollte dabei nicht über das Konfliktpotential der unterschiedlichen politi-

³ RHODE, G.: »Vormärz« und »Völkerfrühling« in Ostmitteleuropa – Triebkräfte und Probleme. Einleitungsvortrag. In: RIEMENSCHNEIDER, R. (Red.): Die deutsch-polnischen Beziehungen 1831–1848: Vormärz und Völkerfrühling. Braunschweig 1979 (Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts für Internationale Schulbuchforschung, 22.2), 22–36, hier 22–25. Vgl. JAWORSKI, R.: *Völkerfrühling 1848*. In: LANGEWIESCHE: Demokratiebewegung (Anm. 1), 36–51, hier 36 f.

⁴ MAJOREK, C./ŻALIŃSKI, H.: *The Revolution of 1848 in Polish Historical Consciousness: Remarks on Three Anniversary Celebrations (1898, 1948, 1998)*. In: TACKE: 1848 (Anm. 2), 123–152; MOLIK, W.: »Olbrzymia manifestacja Polski ludowej«. *Obchody setnej rocznicy Wiosny Ludów w Poznaniu i Wielkopolsce w 1948* [»Eine riesige Kundgebung Volkspolens«. Die Veranstaltungen zum hundertsten Jahrestag des Völkerfrühlings in Posen und Großpolen 1948]. In: *Kronika miasta Poznania* 2008, 1: *Wiosna Ludów* [Völkerfrühling], 331–348.

⁵ BÖMELBURG, H.-J.: *Der Revolutions- und Aufstandsdiskurs in Polen (1789–1870): Ein politischer Richtungsbegriff zwischen nationaler und gesellschaftlicher Emanzipation*. In: HENNING, D. (Hg.): *Revolution in Nordosteuropa*. Wiesbaden 2011, 39–64. Zur zeitgenössischen Diskussion in Großpolen vgl. BANASZEWSKI, K.: *Rewolucja, powstanie, początek niepodległości czy niepotrzebny cryw? – poglądy polskich uczestników i obserwatorów wokół poznańskiej Wiosny Ludów* [Revolution, Aufstand, Anfang der Unabhängigkeit oder unnötiger Zwischenfall? – Ansichten polnischer Teilnehmer und Beobachter am Posener Völkerfrühling]. In: *In Gremium* 1 (2007), 53–67.

schen Entwürfe hinwegtäuschen, die von den polnischen Exilgruppierungen sowie ihren jeweiligen Anhängern in den polnischen Ländern vertreten wurden (→ III. E/G). Zumindest die radikaleren Kräfte betrachteten die Errichtung eines polnischen Staates nicht nur als Ziel, sondern auch als Mittel zur demokratischen und sozialen Umgestaltung von Gesellschaft. Zudem traten neben der polnischen Nationalbewegung verschiedene von ihr unabhängige revolutionäre Akteure auf, die – in Kooperation oder Auseinandersetzung mit ihr – eigene politische und soziale Ziele verfolgten. Diese für ganz Europa typische Komplexität der Auseinandersetzungen im Umfeld der Revolution von 1848 zeichnete sich im polnischen Fall schon in den Reformdiskussionen im preußischen Großherzogtum Posen zu Beginn der 1840er Jahre ab und trat während des Aufstandes von 1846 im österreichischen Galizien und in der Freien Stadt Krakau offen zu Tage.⁶

Reformdiskussionen, Geheimbünde und die Aufstände von 1846

In Preußen war nach dem Tod des Königs Friedrich Wilhelm III. 1840 eine neue politische Situation eingetreten, denn dessen Nachfolger Friedrich Wilhelm IV. strebte nach einer stärkeren Bindung der Bevölkerung an die Monarchie, obwohl er grundsätzliche Veränderungen in Staatsaufbau und Verwaltung ablehnte.⁷ Im Sinne dieser Politik versuchte Friedrich Wilhelm IV. gegenüber der polnischen Nationalbewegung eine Ver-

⁶ Überblick über die Ereignisse der 1840er Jahre in den polnischen Ländern bei TRZECIAKOWSKI, L.: *Znaczenia Wiosny Ludów w dziejach Polski XIX wieku* [Die Bedeutung des Völkerfrühlings in der Geschichte Polens während des 19. Jahrhunderts. In: *Kronika miasta Poznania* (Anm. 4), 9–24; HAHN, H. H.: *Die polnische Revolution in den Revolutionen von 1846–49*. In: DOWE/HAUPT/LANGEWIESCHE: *Europa* (Anm. 1), 231–252; GILL, A.: *Freiheitskämpfe der Polen im 19. Jahrhundert. Erhebungen – Aufstände – Revolutionen*. Frankfurt a. M. 1997, 189–357; KIENIEWICZ, S.: *Der polnische Völkerfrühling vor europäischem Hintergrund*. In: RIEMENSCHNEIDER: *Beziehungen* (Anm. 3), 9–21. Ältere Gesamtdarstellungen der Entwicklungen bei LIMANOWSKI, B.: *Historja ruchu rewolucyjnego w Polsce w 1846 r.* [Geschichte der revolutionären Bewegung in Polen 1846]. Kraków 1913; GAŚSIOROWSKA, N. (Hg.): *W stulecie Wiosny Ludów 1848–1849* [Zum hundertsten Jahrestag des Völkerfrühlings 1848–1849]. Bd. 1: *Wiosna Ludów na ziemiach polskich* [Der Völkerfrühling in den polnischen Ländern]. Łódź 1948; KOBERDOWA, I.: *Polska wiosna ludów* [Der polnische Völkerfrühling]. Warszawa 1967. Quellensammlungen mit umfangreichen Einleitungen von Stefan Kieniewicz: D'JAKOV, V. A./KIENIEWICZ, S./ŚLIWOWSKA, S. (Hg.): *Wiosna ludów w królestwie polskim. Organizacja 1848 roku* [Der Völkerfrühling im Königreich Polen. Die Organisation des Jahres 1848]. Wrocław 1994, 3–18; KIENIEWICZ, S. (Hg.): *Rewolucja polska 1846 r. Wybór źródeł* [Die polnische Revolution 1846. Quellenauswahl]. Kraków 1949 (Biblioteka narodowa, 132); DERS. (Hg.): *Rok 1848 w Polsce. Wybór źródeł* [Das Jahr 1848 in Polen. Quellenauswahl]. Wrocław 1948 (Biblioteka Narodowa, 127).

⁷ Vgl. u. a. BARCLAY, D. E.: *Anarchie und guter Wille. Friedrich Wilhelm IV. und die preußische Monarchie*. Berlin 1995 (engl. Orig. Oxford 1995); KRÜGER, P. (Hg.): *Der verkannte Monarch. Friedrich Wilhelm IV. in seiner Zeit*. Potsdam 1997 (Brandenburgische historische Studien, 1).

söhnungspolitik einzuleiten, ohne am Herrschaftssystem einschneidende Änderungen vorzunehmen.⁸

Die letzten noch bestehenden Restriktionen gegenüber Teilnehmern am Novemberaufstand wurden aufgehoben und Zugeständnisse hinsichtlich des Gebrauchs der polnischen Sprache in den Schulen und Gerichten gewährt. Auf dem Posener Provinziallandtag von 1841 forderten die polnischen Abgeordneten allerdings weit mehr Maßnahmen zur Umsetzung des königlichen Zurufs von 1815 an die Einwohner des Großherzogtums (→ III. A), der den Schutz ihrer Nationalität zugesichert hatte.⁹ Der König sah sich zu einer klaren Stellungnahme veranlasst, dass es nur auf kulturellem und sprachlichem Gebiet Zugeständnisse geben werde, aber keinerlei politische Autonomie. Dies stieß auf entschiedenen Protest des größten Teils der polnischen Eliten und leitete eine enge Zusammenarbeit ihrer Vertreter mit den liberalen städtischen Abgeordneten deutscher Herkunft ein. Auf den folgenden Provinziallandtagen 1843 und 1845 wurde eine Vielzahl von Petitionen verabschiedet, die neben nationalen nun auch konstitutionelle und liberale Forderungen an den König richteten.

Das polnische Kultur- und Vereinsleben im Großherzogtum Posen, für das bereits Ende der 1830er Jahre neue Organisationsformen gefunden wurden,¹⁰ erlebte nach 1840 einen ungeheuren Aufschwung, wurde aber aufgrund der zunehmenden politischen Spannungen bereits ab 1843 wieder gesetzlich eingeengt. Von dauerhafter Be-

⁸ Überblick über die Entwicklungen im Großherzogtum Posen von Ende der 30er Jahre bis zum Aufstand von 1846 bei KOZŁOWSKI, J.: *Wielkopolska pod zaborem pruskim w latach 1815–1918* [Großpolen unter preußischer Teilungsherrschaft 1815–1918]. Poznań 2006, 110–128; STREITER, K. H.: *Die nationalen Beziehungen im Grossherzogtum Posen (1815–1848)*. Bern 1986 (Geist und Werk der Zeiten, 71), 82–124; PĄPROCKI, F.: *Wielkie Księstwo Poznańskie w okresie rządów Flottwella (1830–1841)* [Das Großherzogtum Posen unter der Verwaltung Flottwells (1830–1841)]. Poznań 1994, 287–310; JAKÓBCZYK, W. (Hg.): *Dzieje Wielkopolski* [Geschichte Großpolens]. Bd. 2: *Lata 1793–1918*. Poznań 1969, 171–202; KIENIEWICZ, S.: *Spółeczeństwo polskie w powstaniu Poznańskim 1848 roku* [Die polnische Gesellschaft im Posener Aufstand von 1848]. Erw. Neuaufl. Warszawa 1960, 27–98. Detaillierte Darstellung bei KARWOWSKI, S.: *Historia Wielkiego Księstwa Poznańskiego* [Geschichte des Großherzogtums Posen]. Bd. 1: *1815–1852*. Poznań 1918, 181–353.

⁹ Zu den Posener Provinziallandtagen vgl. ŻYCHLIŃSKI, L.: *Historia Sejmów Wielkiego Księstwa Poznańskiego* [Geschichte der Landtage des Großherzogtums Posen]. Bd. 2. Posen 1867; WOJCIECZAK, B.: *Z dziejów sejmiku prowincjonalnego Wielkiego Księstwa Poznańskiego w latach 1827–1845* [Aus der Geschichte des Provinziallandtags im Großherzogtum Posen während der Jahre 1827–1845]. In: *Poznański Rocznik Archiwalno-Historyczny* 10/11 (2004), 137–168; LAUBERT, M.: *Die polnische Frage auf dem Posener Provinziallandtage von 1843*. In: *Historische Vierteljahrsschrift* 19 (1919/20), 453–477. Zur internationalen Dimension vgl. FELDMAN, J.: *Sprawa polska w roku 1848* [Die Polnische Frage im Jahre 1848]. Kraków 1933, 62–71.

¹⁰ Vgl. dazu auch JANKOWIAK, S.: *Kasyno Gostyńskie (1835–1846). U początków pracy organicznej w Wielkopolsce* [Das Kasino zu Gostyń (1835–1846). An den Anfängen der organischen Arbeit]. Gostyń 1996; JAKÓBCZYK, W.: *Studia nad dziejami Wielkopolski w XIX w. (Dzieje pracy organicznej)* [Studien zur Geschichte Großpolens im 19. Jh. (Geschichte der Organischen Arbeit)]. Bd. 1.: *1815–1850*. Poznań 1951 (Prace Komisji Historycznej, 16), 35–100.

deutung war vor allem die Vervielfachung der polnischen Presserzeugnisse, von denen sich ein Teil an die bäuerliche Bevölkerung richtete und von dieser – nicht zuletzt aufgrund der seit den 1820er Jahren rasch steigenden Alphabetisierungsquote – zunehmend rezipiert wurde.¹¹

Die kulturellen und wirtschaftlichen Initiativen sowie die parlamentarische Zusammenarbeit mit der liberalen Bewegung wurden in hohem Maße von wohlhabenden polnischen Adligen und Aristokraten getragen, die häufig in engem Kontakt mit der Pariser Exilorganisation des Hôtel Lambert um den Fürsten Adam Czartoryski standen. Beteiligt war aber auch eine wachsende Gruppe von Vertretern der *Inteligencja* um den Philosophen Karol Libelt, die sich parallel zu den legalen Bestrebungen, in Absprache mit der demokratischen Exilorganisation um den Aufbau konspirativer Strukturen zur Vorbereitung eines Aufstandes bemühten.¹²

Um das in den geheimen Verbindungen zunehmende Drängen auf ein aktives Handeln steuern zu können, wurde für die Nacht vom 21. zum 22. Februar 1846 eine gesamtpolnische Erhebung geplant, die gleichzeitig im preußischen Teilungsgebiet sowie in Galizien und Krakau ausbrechen sollte, um dann auf das russische Teilungsgebiet ausgedehnt zu werden. Wenige Tage vor dem festgesetzten Termin wurde jedoch Ludwik Mierosławski, der die militärische Führung übernehmen sollte, angezeigt und festgenommen.¹³ Es folgte eine Verhaftungswelle, die fast den gesamten Führungskreis der Konspiration im preußischen Teilungsgebiet erfasste. Nur in der Umgebung des westpreußischen Preußisch-Stargard kam es dennoch zu einer lokalen Erhebung,¹⁴ die eben-

¹¹ Zur Entwicklung der Presslandschaft vgl. auch JAKÓBCZYK, W.: *Prasa w Wielkopolsce w latach 1832–1858* [Die Presse in Großpolen während der Jahre 1832–1858]. In: ŁOJEK, J. (Hg.): *Historia prasy polskiej* [Geschichte der polnischen Presse]. Bd. 1: *Prasa Polska w latach 1661–1864* [Die Polnische Presse in den Jahren 1661–1864]. Warszawa 1976, 247–259. Zur Alphabetisierung vgl. BLOCK, R.: *Der Alphabetisierungsverlauf im Preußen des 19. Jahrhunderts. quantitative Explorationen aus bildungshistorischer Perspektive*. Frankfurt a.M. 1995 (Europäische Hochschulschriften, 639), 182–186.

¹² Zu den politischen Lagern vgl. auch NODZYŃSKI, T.: *Naród i jego przyszłość w poglądach Polaków w Wielkim Księstwie Poznańskim 1815–1850* [Ansichten von Polen im Großherzogtum Polen über die Nation und ihre Zukunft 1815–1850]. Zielona Góra 2004.

¹³ Zu Mierosławski vgl. ŻYCHOWSKI, M.: *Ludwik Mierosławski. 1814–1878*. Warszawa 1963; FRANKE, J./FUCHS, D. (Hg.): *Ein europäischer Freiheitskämpfer. Ludwik Mierosławski 1814–1878*. Berlin 2006 (Kleine Schriften der Freunde des Museums Europäischer Kulturen, 5).

¹⁴ Zu den Entwicklungen in Westpreußen vgl. PLETZING, C.: *Vom Völkerfrühling zum nationalen Konflikt. Deutscher und polnischer Nationalismus in Ost- und Westpreußen 1830–1871*. Wiesbaden 2003 (Deutsches Historisches Institut Warschau: Quellen und Studien, 13), 141–166; JASIŃSKI, J./SZULTKA, Z.: *Historia Pomorza* [Geschichte Pommerns], hg. von G. LABUDA. Bd. 3: *1815–1850*. Teil 2: *Zagadnienia polityczne, narodowosciowe i wyznaniowe 1815–1850* [Politische, nationale und konfessionelle Fragen 1815–1859]. Poznań 1996, 226–270; BÖHNING, P.: *Die nationalpolnische Bewegung in Westpreußen 1815–1871. Ein Beitrag zum Integrationsprozeß der polnischen*

so rasch endete, wie der am 4. März unternommene Versuch, die in der Posener Zitatdelle Inhaftierten zu befreien. Auch eine Erhebung von Bauern im nahe gelegenen Gorczyn, die der von dem Buchhändler Walenty Stefański gegründete Plebejerbund (*Związek Plebejuszcy*) organisiert hatte, wurde rasch niedergeschlagen.¹⁵

Preußen informierte auch die Behörden der anderen Teilungsgebiete Polens und diese begannen sofort mit Verhaftungen. In der Freien Stadt Krakau und im angrenzenden österreichischen Kronland Galizien wurden die Planungen dennoch teilweise umgesetzt – mit sehr unterschiedlichem Folgen.¹⁶

Auf den Landtagen Galiziens war es – ebenso wie auf denjenigen anderer österreichischer Kronländer – erstmals seit den 1790er Jahren wieder zu politischen Diskussionen und Beschlüssen gekommen, in deren Mittelpunkt die Forderung stand, eine Agrarreform einzuleiten.¹⁷ Gleichzeitig wurden, von einer Verhaftungswelle 1843 nur kurz aufgehalten, konspirative, mit den in Paris wirkenden Demokraten verbundene Organisationen aufgebaut, an denen sich vor allem Studenten und die *Inteligencja* sowie Gutsbesitzer und deren Mitarbeiter beteiligten.¹⁸ Die vor allem von Julian Maciej

Nation. Marburg 1973 (Marburger Ostforschungen, 33), 64–69. Zur Beteiligung von Bauern vgl. CIEŚLAK, T.: *Walka chłopów pomorskich o wyzwolenie społeczne i narodowe w latach 1845–1848* [Der Kampf der westpreußischen Bauern um die soziale und nationale Befreiung in den Jahren 1845–1848]. Warszawa 1955.

¹⁵ Zu Stefański vgl. PAPROCKI, F.: *Walenty Stefański jako działacz Związku Plebeuszcy* [Walenty Stefański als Aktivist des Plebejerbundes]. In: GAŚSIOROWSKA: *W stulecie* (Anm. 6), Bd. 4: *Polscy Rewolucjoniści. Sylwety* [Polnische Revolutionäre. Porträts]. Łódź 1951, 353–394.

¹⁶ Zur Abfolge der Ereignisse in Galizien und Krakau sowie den Möglichkeiten ihrer Interpretation grundlegend: KIENIEWICZ, S.: *Ruch chłopski w Galicji w 1846 roku* [Die Bauernbewegung in Galizien 1846]. Wrocław 1951; ŻYCHOWSKI, M.: *Rok 1846 w Rzeczypospolitej Krakowskiej i Galicji* [Das Jahr 1846 in der Republik Krakau und Galizien]. Warszawa 1956; GILL, A.: *Die polnische Revolution 1846. Zwischen nationalem Befreiungskampf des Landadels und antifeudaler Bauernerhebung*. München 1974. Neuere Sammlungen von Detailstudien: ŚLIWA, M. (Hg.): *Rok 1846 w Galicji. Ludzie, wydarzenia, tradycje* [Das Jahr 1846 in Galizien. Menschen, Ereignisse, Traditionen]. Kraków 1997; DASZYK, K. K./KARGOL, T./SZUBERT, T. (Hg.): *Rok 1846 w Krakowie i Galicji. Odniesienia, interpretacje, pamięć* [Das Jahr 1846 in Krakau und Galizien. Bezüge, Interpretationen, Erinnerung]. Kraków 2016. Vgl. auch STRUVE, K.: *Bauern und Nation in Galizien. über Zugehörigkeit und soziale Emanzipation im 19. Jahrhundert*. Göttingen 2005 (Schriften des Simon-Dubnow-Instituts, 4), 78–85.

¹⁷ KIENIEWICZ, S.: *Sprawa włościańska w galicyjskim sejmie stanowym (1843–1845)* [Die Bauernfrage in der galizischen Ständeversammlung (1814–1845)]. In: Śląski kwartalnik historyczny *Sobótka* 3 (1948), 168–190; ŁOZINSKI, B.: *Galicyjski sejm stanowy (1817–1845)* [Die galizische Ständeversammlung (1817–1845)]. Lwów 1905, 91–127. Zu den Diskussionen um eine Agrarreform vgl. auch ŚLUSAREK, K.: *Uwłaszczenie chłopów w Galicji zachodniej* [Die Bauernbefreiung im westlichen Galizien]. Kraków 2002, 17–26.

¹⁸ KIENIEWICZ, S.: *Konspiracje galicyjskie (1831–1845)* [Galizische Geheimgesellschaften]. Warszawa 1950; SEIDE, G.: *Wiener Akten zur polnisch-revolutionären Bewegung in Galizien und Krakau 1832–1845*. In: *Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs* 26 (1973), 294–327.

Goslar energisch vorangetriebenen Bemühungen,¹⁹ durch Agitation auf dem Lande auch Bauern für die nationale Bewegung zu gewinnen, erwiesen sich hingegen angesichts der scharfen Konflikte zwischen Bauern und Gutsbesitzern als weitgehend erfolglos. Bei Teilen der Landbevölkerung, die sich im Winter 1845/46 aufgrund schlechter Ernten in einer besonderen Notlage befand, verstärkte die Agitation aber die Erwartung, dass eine vollständige Aufhebung ihrer Dienstpflichten auf den Gütern erzwingbar sei.

Als die österreichischen Behörden Anfang 1846 genauere Informationen über den geplanten polnischen Aufstand erhielten, wurde der Lemberger Führungszirkel der Geheimorganisation verhaftet. In einigen Kreisen forderten die österreichischen Behörden – in Sorge, das Militär sei nur ungenügend vorbereitet – die Bauern zur Unterstützung bei der Bekämpfung der am Aufstand beteiligte Gutsbesitzer auf und deuteten zugleich an, dass die Verwaltung anstrebe, die Lage der Bauern zu verbessern.²⁰ Die Aufständischen, die sich wegen der anlaufenden Verhaftungswelle bereits in der Nacht vom 19. zum 20. Februar sammelten, um einige Kreisstädte einzunehmen, wurden fast überall von Bauern angegriffen, entwaffnet und getötet oder an die Behörden ausgeliefert. Im Kreis Tarnów, wo Kreishauptmann Joseph Breinl von Wallerstern die Bauern nicht nur lobte und belohnte, sondern auch zu weiterer Unterstützung der Behörden aufrief, geriet die Lage außer Kontrolle: Gruppen bewaffneter Bauern und Bäuerinnen begannen die Gutshöfe des Kreises zu plündern und sämtliche Bewohner – häufig auf äußerst grausame Weise – zu ermorden. Auch in den Nachbarkreisen kam es dort, wo österreichische Beamte sich (auch in Ermangelung geeigneter eigener Machtmittel) passiv verhielten oder sich sogar wie im Kreis Bochnia an den Ausschreitungen beteiligten, zu teils systematischen Plünderungen, seltener allerdings zu Morden. Insgesamt wurden über 400 Gutshöfe zerstört und über tausend ihrer Bewohner getötet. An der Grenze der Kreise Tarnów und Jasło kontrollierte der Bauer und Landhandwerker Jakub Szela aus Smarzowa, der bereits zuvor als Prozessbevollmächtigter der umliegenden Landgemeinden aufgetreten war, mehrere Wochen ein Gebiet, das einige Dutzend Dörfer umfasste. Nach der Plünderung der örtlichen Gutshöfe, die mit der Ermordung der meisten Bewohner einherging, sorgte er für einen anhaltenden

¹⁹ Zu Goslar vgl. TYROWICZ, M.: *Prawda i mit w biografii Juliana Macieja Goslars 1820–1852* [Wahrheit und Mythos in der Biografie Julian Maciej Goslars]. Warszawa 1972.

²⁰ Zur Lage des Militärs und zum Verhalten von österreichischen Offizieren und Beamten vgl. auch RYDEL, J.: *Die k. k. Armee am Vorabend des Aufstandes im Jahre 1846*. In: BUSZKO, J./LEITSCH, W. (Hg.): Österreich-Polen: 1000 Jahre Beziehungen = *Zeszyty naukowe Uniwersytetu Jagiellońskiego*, 1595: *Prace Historyczne*, 121: *Studia Austro-Polonica*, 5 (1996), 155–167; SKED, A.: *Benedek, Breinl and the »Galician Horrors« of 1846*. In: PÉTER, L./RADY, M. (Hg.): *Resistance, Rebellion and Revolution in Hungary and Central Europe. Commemorating 1956*. London 2008 (*Studies in Russia and Eastern Europe*, 3), 87–98.

Widerstand gegen die Wiedereinführung von Frondiensten, der auf den ganzen Kreis Tarnów ausstrahlte.²¹

Erst im März gelang es den österreichischen Behörden die Lage wieder unter Kontrolle zu bringen, nachdem einige besonders umstrittener Dienstformen aufgehoben und die Kompetenzen der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit beschnitten worden waren. Dennoch musste in einigen Gebieten Militär eingesetzt werden, um die Bauern wieder zur Arbeit auf den Gütern zu zwingen. Das Ausmaß der bäuerlichen Gewalt fand breiten Widerhall in der europäischen Öffentlichkeit und trug dazu bei, dass im Frühjahr 1848 überall rasch auf die Forderungen aufständischer Landbevölkerung eingegangen wurde. In der polnischen Erinnerungskultur haben die auch *rzeź galicyjska* (Galizisches Blutbad) oder *rabacja* (wahrscheinlich von deutsch – »rauben«) genannten Ereignisse tiefe Spuren hinterlassen und äußerst kontroverse Deutungen der Beziehungen zwischen polnischsprachiger bäuerlicher Bevölkerung, polnischer Nationalbewegung und österreichischer Verwaltung hervorgebracht.²²

Einen völlig anderen Verlauf als in Galizien nahmen die Ereignisse in der Freien Stadt Krakau, die trotz der von 1836 bis 1841 andauernden Besatzung durch Österreich und anhaltend scharfer polizeilicher Überwachung ein Zentrum polnischer Bildung und

²¹ Zu Szela vgl. auch SZUBERT, T.: *Jak(ó)b Szela. (14) 15 lipca 1787–21 kwietnia 1860* [Jak(ó)b Szela. (14.) 15. Juli 1787–21. April 1860]. Warszawa 2014; BIAŁAS, S.: *Jakub Szela. Kim był?* [Jakub Szela. Wer war er?]. Kraków 2006 {http://brzostek.pl/publikacje/jakub_szela/jakub_szela.pdf} [letzter Aufruf 30. 10. 2017]. Zu den lokalen Ereignissen vgl. auch KAWULA, K.: *Kronika parafii w Siedliskach-Bogusz* [Chronik der Gemeinde in Siedliska-Bogusz] (1968). Teil 1, Kapitel 2: {<http://parafiasiedliskabogusz.pl>} → Nasza Parafia → Kronika → Część pierwsza → Parafia w latach niewoli [letzter Aufruf 30. 10. 2017].

²² Zur Erinnerungskultur vgl. MONTOWSKI, M.: *Krew, która woła. Pamięć i niepamięć o rzezi galicyjskiej 1846* [Blut, das ruft. Erinnerung und Nichterinnerung an das Galizische Blutbad]. Kraków 2016; WOLFF, L.: *The Idea of Galicia. History and Fantasy in Habsburg Political Culture*. Stanford, Calif. 2010, 141–187. Vgl. auch IVASYUK, L.: *Das Modernisierungspotential der Revolution von 1846. Kräftefragen zwischen österreichischem Staat und polnischen Revolutionären*. In: HAID, E./WEISMANN, S./WÖLLER, B. (Hg.): *Galizien. Peripherie der Moderne – Moderne der Peripherie?* Marburg 2013, 93–107 und die Beiträge von J. FIEĆKO, K. K. DASZYK und M. FRANČIĆ in: DROZDOWSKI, M. (Hg.): *Revolucja czy praca organiczna drogami do niepodległości? W 150. rocznicę wydarzeń 1846 r. [Sind Revolution und organische Arbeit gleichermaßen Wege zur Unabhängigkeit? Zum 150. Jahrestag der Ereignisse von 1846]*. Poznań 1997, 153–199. Zur Beziehung der Bauern zur Nationalbewegung allgemein vgl. TOMASZEWSKI, N. B.: *Polskojęzyczni chłopci? Podstawowe problemy nowoczesnej historii chłopów polskich* [Polnischsprachige Bauern? Grundlegende Probleme der neuzeitlichen Geschichte polnischer Bauern]. In: *Kwartalnik Historyczny* 112 (2005), 91–111. Vom Anhalten der Kontroversen zeugt auch die 2014 erfolgte Namensänderung eines Platzes in Breslau, der 1948 nach Jakob Szela benannt worden war, vgl. ŚLĘZAK, J.: *Uwolniliśmy Wrocław od mordercy* [Wir haben Breslau von einem Mörder befreit]. In: *Dziennik Polski* 24, 22.3.2014 {<http://www.dziennikpolski24.pl/artykul/3374347,uwolnilismy-wroclaw-od-mordercy,id,t.html>} [letzter Aufruf 30. 10. 2017].

Kultur sowie ein wichtiger Sammelpunkt geheimer Verbindungen geblieben war.²³ Aufgrund von Informationen über den bevorstehenden Aufstand rückte zwar am 15. Februar eine österreichische Militäreinheit in die Stadt ein, wurde aber am 22. Februar, nachdem erste Unruhen ausgebrochen waren, abgezogen. In der Stadt formierte sich daraufhin eine Provisorische Nationalregierung, die in einem Manifest (*Manifest Rzędu Narodowego*) Rechtsgleichheit sowie die Aufhebung aller Frondienste verkündete und zum Kampf für die Befreiung aller polnischen Länder aufrief.²⁴ Bereits am folgenden Tag zerfiel die Nationalregierung im Streit um die Radikalität des revolutionären Programms und Jan Tyssowski erklärte sich am 24. Februar zum Diktator.²⁵ Ein Versuch von Vertretern der wohlhabenden Bürgerschaft, ihn zu entmachten, scheiterte am 25. Februar, dank des Eingreifens von Tyssowskis Sekretär Edward Dembowski,²⁶ der noch radikalere sozialrevolutionäre Positionen vertrat und auf die Unterstützung von Handwerkern und Bauern aus den zu Krakau gehörenden Dörfern zählen konnte. Der Vorstoß einer kleineren Abteilung Bewaffneter in Richtung Galizien stieß bei Gdów am 26. Februar auf ein österreichisches Corps, dem sich mehrere tausend Bauern angeschlossen hatten. Diese waren zuvor häufig an den Plünderungen in Galizien beteiligt gewesen und töteten nun einen Großteil der Krakauer Aufständischen, nachdem diese sich bereits ergeben hatten. Am folgenden Tag wurde Dembowski von österreichischen Soldaten erschossen, als er versuchte mit einer Prozession die Landbevölkerung doch noch für die Sache des Aufstandes zu gewinnen. Tyssowski verließ am 2. März mit ungefähr 1500 Bewaffneten Krakau und ergab sich zwei Tage später preußischen Truppen. Es folgten eine umfassende Verhaftungswelle und die Eingliederung des Gebiets der Freien Stadt Krakau in das österreichische Kronland Galizien, wogegen Frankreich und Großbritannien nur formalen Protest erhoben.

Der scheinbar vollständige Erfolg der österreichischen Politik erwies sich rasch als trügerisch. In der europäischen Öffentlichkeit sah sie sich dem Vorwurf ausgesetzt, die Bauern gezielt zur Ermordung ihrer Gutsherren aufgefordert zu haben, und sie hatte

²³ Zum Krakauer Aufstand vgl. auch BIENIARZÓWNA, J.: *Wolne Miasto Kraków* [Die Freie Stadt Krakau]. In: DIES./MAŁECKI, J. M. (Hg.): *Dzieje Krakowa* [Geschichte Krakaus]. Bd. 3: Kraków w latach 1796–1918 [Krakau 1796–1918]. Kraków 1979, 39–175, hier 100–110.

²⁴ *Dziennik Rządowy Rzeczypospolitej Polskiej*, 1 (Krakau 26.2.1846), 2f. Abdruck in: KIENIEWICZ: *Rewolucja* (Anm. 6), 120–122.

²⁵ Zu Tyssowski vgl. auch TYROWICZ, M.: *Jan Tyssowski i rewolucja 1846 r. w Krakowie. Dzieje porywu i pokuty* [Jan Tyssowski und die Revolution von 1846 in Krakau. Eine Geschichte von Erregung und Buße]. Kraków 1986.

²⁶ Neuere Biografie: SYKULSKI, L.: *Edward Dembowski (1822–1846). Biografia polityczna* [Edward Dembowski (1822–1846). Eine politische Biographie]. Toruń 2006.

dem wenig entgegen zu setzen.²⁷ Vor diesem Hintergrund und in Sorge vor Rückwirkungen auf die Situation in den anderen Kronländern schreckten die Behörden zugleich vor radikalen Maßnahmen zurück, die den Eindruck einer Belohnung für die Bauern erwecken konnten, obwohl die Notwendigkeit einer Veränderung der Agrarverhältnisse in Galizien nicht zu bestreiten war. Letztlich wurde nur die schon in den 1780er Jahren geplante, aber nie zu Ende geführte systematische Regelung der Dienstpflichten (→ II. A) eingeleitet und aus fiskalischen Gründen blieb auch die Gerichtsbarkeit der Gutsherrschaften für alle Streitfragen bestehen, die nicht die bäuerlichen Dienste betrafen.²⁸ Die zweideutige Haltung der österreichischen Behörden zeigte sich auch in der Behandlung Szelas, der zwar verhaftet wurde und das Land verlassen musste, aber einen ertragreichen Bauernhof in der Bukowina erhielt.

Revolution und Polnischer Aufstand in Preußen 1848

In Berlin wurden 1847 aufgrund ihrer Beteiligung an Aufstandsvorbereitungen 254 des Landesverrates angeklagte Polen vor Gericht gestellt – 117 wurden verurteilt, acht davon zum Tode.²⁹ Die Öffentlichkeit der Verhandlungen dieses sogenannten Polenprozesses nutzte vor allem Ludwik Mierosławski für Appelle an die Solidarität der Deutschen mit der polnischen Nationalbewegung und fand damit zumindest teilweise Zustimmung in der liberalen Öffentlichkeit.³⁰ Folgerichtig gehörte die Freilassung der in Moabit inhaftierten polnischen Aufständischen zu den Forderungen der in Berlin am 6. März ausgebrochenen Unruhen, die am 18. März in eine revolutionäre Erhebung übergegangen waren. Die Entlassung der Gefangenen erfolgte am 20. März 1848 nachdem sich der König bereits am Vortag zum Einlenken und zum Abzug des Militärs aus der Stadt gezwungen gesehen hatte.

Am 20. März kam es auch in Posen zu Demonstrationen, die vom Oberpräsidenten und dem kommandierenden General aufgrund der Berliner Ereignisse geduldet wur-

²⁷ SKED, A.: *Austria and the »Galician massacres« of 1846*. In: HÖBELT, L./OTTE, T. G. (Hg.): *A Living Anachronism? European Diplomacy and the Habsburg Monarchy*. Wien 2010, 49–118.

²⁸ Zusammenfassend ŚLUSAREK: *Uwłaszczenie* (Anm. 17), 26–33.

²⁹ Dokumentation des Prozesses bei JULIUS, G.: *Der Polenprozess*. Berlin 1848. Die Urteile in ebd., Sp. 695–700: die Anklage gegen 117 Personen wurde fallen gelassen, 17 wurden für nicht schuldig erklärt, in drei Fällen wurde die Verurteilung wegen Krankheit ausgesetzt.

³⁰ Vgl. FUCHS, D.: *Der große Polenprozeß von 1847 in Berlin*. Berlin 1998 (Biographische Forschungen und Sozialgeschichte e. V., 2); DIES.: *Der große Polenprozess in Berlin und Bettina von Arnims Engagement für den angeklagten Mierosławski*. In: FRANKE/FUCHS: *Freiheitskämpfer* (Anm. 13), 19–38; HALLGARTEN, G. W.: *Studien über die deutsche Polenfreundschaft in der Periode der Märzrevolution*. München 1928. Zum Verhältnis der deutschen liberalen Öffentlichkeit zur polnischen Nationalbewegung insgesamt vgl. auch HAHN, H. H.: *Die »Große Emigration« der Polen in der deutschen Publizistik des Vormärz*. In: RIEMENSCHNEIDER: *Beziehungen* (Anm. 3), 83–100.

den.³¹ Auf Initiative des bereits im Plebejerbund aktiven Stefański und des ebenso radikalen Juristen Jakob Krauthofer wurde ein Polnisches Nationalkomitee gegründet, dem neben ihnen und Vertretern des liberalen Adels auch ein Handwerker und ein Bauer angehörten. Am 21. März wurde in Posen der seit 1846 geltende Belagerungszustand aufgehoben und in den folgenden Tagen wurden in vielen Gebieten des Großherzogtums lokale polnische Komitees gegründet, die von bewaffneten Bauern unterstützt die Verwaltung für sich beanspruchten. Eine Abordnung des Posener Nationalkomitees, zu der auch Erzbischof Leon Przyłuski zählte, erreichte am 24. März die Zusage des Königs, eine nationale Reorganisation des Großherzogtums durchzuführen, sah sich dann aber der Kritik radikalerer Kräfte ausgesetzt, keine weitergehenden Forderungen gestellt zu haben.

Das Nationalkomitee, das in Erwartung eines Krieges gegen Russland bereits am 22. März die allgemeine Wehrpflicht ausgerufen hatte, sah sich dennoch in seinem Vorgehen bestätigt. Vor allem aufgrund des Versprechens von Landverteilungen formierten sich binnen Kurzem ca. 6–7000 Personen zu militärischen Einheiten – vor allem arme, schlecht bewaffnete Bauern, die am 28. März Mierosławskis Führung unterstellt wurden.³² Ein Krieg wurde von der preußischen Außenpolitik allerdings nur sehr kurzzeitig erwogen und diente im weiteren Verlauf der Ereignisse vor allem als Vorwand, neue preußische Truppen im Großherzogtum zu konzentrieren und den Belagerungszustand wieder einzuführen.³³ Am 11. April vereinbarte der mit der Reorganisation der Verwaltung beauftragte General Karl Wilhelm von Willisen in Jarosławiec mit dem Nationalkomitee, die Zahl der Bewaffneten auf 3000 zu reduzieren und diese in drei Lagern zu

³¹ Zu den Entwicklungen im Großherzogtum Posen ausführlich KIENIEWICZ: *Spoleczeństwo* (Anm. 8). Ältere Darstellungen: RAKOWSKI, K.: *Powstanie poznańskie w 1848 roku* [Der Posener Aufstand im Jahr 1848]. Lwów 1900; SCHMIDT, H.: *Die polnische Revolution des Jahres 1848 im Großherzogtum Posen*. Weimar 1912; KARWOWSKI: *Historia* (Anm. 8), 356–555. Überblick bei STREITER: *Nationalitätenkonflikt* (Anm. 8), 125–141; KOZŁOWSKI: *Wielkopolska* (Anm. 8), 132–163; MAKOWSKI, K. A.: *Das Großherzogtum Posen im Revolutionsjahr 1848*. In: JAWORSKI/LUFT: 1848/49 (Anm. 1), 149–172; BOBERACH, H./NAWROCKI, S.: *Einleitung*. In: BOOMS, H./WOJCIECHOWSKI, M. (Hg.): *Deutsche und Polen in der Revolution 1848–1849. Dokumente aus deutschen und polnischen Archiven*. Boppard am Rhein 1991 (Schriften des Bundesarchivs, 37), 17–57; HAGEN, W. W.: *Germans, Poles, and Jews. The Nationality Conflict in the Prussian East 1772–1914*. Chicago 1980, 104–117; TRZECIAKOWSKI, L.: *Die Ereignisse von 1848 im Großherzogtum Posen aus der Sicht ihrer Teilnehmer: der Polen, Deutschen und Juden*. In: Berliner Jahrbuch für osteuropäische Geschichte 1996, 229–249. Weitere Literatur bei NOWAK, B.: *Wiosna Ludów w Wielkopolsce 1848 r. Bibliografia w wyborze* [Der Völkerfrühling in Großpolen. Auswahlbibliografie]. Poznań 1997.

³² Zu den militärischen Auseinandersetzungen vgl. auch REZLER, M.: *Wielkopolska Wiosna Ludów (1848 roku). Zarys dziejów militarnych* [Der großpolnische Völkerfrühling (1848). Abriss der Militärgeschichte]. Poznań 1993.

³³ Zu den außenpolitischen Überlegungen vgl. HAHN, H. H.: *Polen im Horizont preußischer und deutscher Politik im neunzehnten Jahrhundert*. In: ZERNACK, K. (Hg.): *Zum Verständnis der polnischen Frage in Preußen und Deutschland 1772–1871*. Berlin 1987 (Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, 59), 1–28; FELDMAN: *Sprawa* (Anm. 9), 90–130.

konzentrieren. Als das preußische Militär zehn Tage später mit der Auflösung der lokalen polnischen Verwaltungskomitees und der Entwaffnung polnischer Einheiten begann, kam es zu militärischen Auseinandersetzungen bei denen die Aufständischen zwar am 30. April bei Miłosław einen Teilerfolg gegen preußische Truppen erringen konnten, aber am 9. Mai kapitulieren mussten. In einigen Gebieten wurde erfolglos versucht, einen Partisanenkrieg zu entfachen, unter anderem im Posener Umland durch Jakob Krauthofer, der sich, um das Vertrauen der polnischsprachigen Bevölkerung zu gewinnen, Jakob Krotowski nannte.

Bereits wenige Tage nach Gründung des Polnischen Nationalkomitees waren die Differenzen zwischen den Vorstellungen der verschiedenen beteiligten Akteure deutlich geworden. Während die radikaleren Kräfte auf einen revolutionären Krieg zur Erreichung der Unabhängigkeit Polens drängten, versuchte ein Großteil der adligen polnischen Gutsbesitzer, einen Kompromiss mit den preußischen Behörden zu erreichen, und schloss sich dem Aufstand nur aufgrund der Sorge an, dass sich die Landbevölkerung sonst wie zwei Jahre zuvor in Galizien gegen sie erheben könnte. Tatsächlich kam es aber nur vereinzelt zu Übergriffen auf Gutshöfe. Vielmehr beteiligte sich vor allem die ärmere und katholische Landbevölkerung in großem Ausmaß am nationalen Aufstand. Die preußischen Agrar- und Bildungsreformen (→ III. A/B) hatten im gesamten preußischen Teilungsgebiet den Weg für eine an nationale Solidarität appellierende Agitation unter den Bauern geebnet, während die bürokratische, ärmere Bauern benachteiligende Umsetzung der Reformen, die konfessionellen Auseinandersetzungen im Zuge des Mischehenstreits und die Hungerunruhen von 1847 das Verhältnis der ärmeren katholischen Landbevölkerung zu den Behörden belasteten.³⁴

Als sich Ende April der militärische Erfolg der preußischen Truppen abzeichnete und das Nationalkomitee im Streit um die Fortsetzung des bewaffneten Kampfes zerfiel, übernahmen konservative Kräfte die zentrale Rolle in der Nationalbewegung. Im Rahmen der am 24. Juni gegründeten Polnischen National-Liga (*Liga Narodowa Polska* – meist kurz *Liga Polska*) gelang es schrittweise das gesamte Spektrum der Nationalbewegung in eine legale Tätigkeit zur langfristigen Stärkung der polnischen Gesellschaft

³⁴ Zur Beteiligung der Bauern vgl. KIENIEWICZ: *Spółeczeństwo* (Anm. 8), 198–222; KOZŁOWSKI, J.: *Od rewolty do początków działalności organizacyjnej. Zmiany w świadomości społecznej chłopów wielkopolskich schyłku lat czterdziestych XIX w.* [Von Revolten zu Anfängen organisatorischer Tätigkeit. Veränderungen im sozialen Bewusstsein großpolnischer Bauern Ende der 40er Jahre des 19. Jahrhunderts]. In: DROZDOWSKI: *Rewolucja* (Anm. 22), 39–59; CIEŚLAK: *Walka* (Anm. 14). Zu den vorangegangenen konfessionellen Konflikten und Hungerunruhen in den Provinzen Preußen und Posen vgl. PLETZING: *Völkerfrühling* (Anm. 14), 80–85, 157–159; JASIŃSKI/SZULKA: *Historia* (Anm. 14), 64–83, 271–277; ŁUCZAK, C.: *Rozruchy głodowe w Wielkopolsce w roku 1847* [Die Hungerunruhen in Großpolen 1847]. In: *Roczniki dziejów społecznych i gospodarczych* 15 (1955), 111–140. Zum »Mischehenstreit« vgl. KORYBUT-WORONIECKI, A.: *Państwo pruskie wobec Kościoła katolickiego w latach 1837–1842* [Der preußische Staat gegenüber der katholischen Kirche in den Jahren 1837–1842]. Toruń 2006.

einzubinden, für die sich in Abgrenzung zu den Bemühungen um einen bewaffneten Aufstand die Bezeichnung als »organische Arbeit« (*praca organiczna*)³⁵ herausbildete (→ III. G und IV. D). Die Liga konzentrierte sich auf Bildungsinitiativen, gründete Lesesäle und Spargenossenschaften, verfügte über mit ihr verbundene Presseorgane und führte politische Kampagnen durch. Es gelang ihr, breite Bevölkerungsschichten in einem die ganze Provinz umfassendes Netz von angegliederten Vereinen zu organisieren (ca. 40 000 Mitglieder in über 246 Zweigvereinen).³⁶ Auch in Westpreußen, wo ein Polnisches Nationalkomitee von Ende März bis zur Verhaftung seiner wichtigsten Mitglieder am 7. April 1848 sich vergeblich um die Vorbereitung eines Aufstandes bemüht hatte, wurden ab Herbst mindestens 126 Zweigvereine der Liga gegründet.³⁷ Zu den Organisationen der polnischsprachigen Bauern Oberschlesiens wurden zumindest Verbindungen hergestellt.³⁸

Bei den Wahlen zur preußischen konstituierenden Nationalversammlung Anfang Mai, an denen fast alle volljährigen Männer teilnehmen konnten, gewannen die Kandidaten, die das polnische Nationalkomitee im Großherzogtum Posen aufgestellt hatte, 16 der 30 Mandate.³⁹ In Westpreußen wurden in fünf von 22 Wahlkreisen polnische Abgeordnete gewählt und in Oberschlesien setzten sich polnischsprachige Bauern und Priester in 11 von 24 Wahlkreisen durch. Fast alle polnischen Abgeordneten schlossen sich in der Nationalversammlung der Linken an. Bei den Neuwahlen gemäß der vom König im Dezember 1848 oktroyierten preußischen Verfassung organisierte die Liga im Januar und Februar 1849 die Aufstellung gemeinsamer polnischer Kandidaten für

³⁵ Der Begriff »organische Arbeiten« (hier noch »*roboty organiczne*«) lässt sich erstmals in dem von einem konservativen Publizisten im Herbst 1848 verfassten Beitrag zu einer im Großherzogtum erscheinenden Zeitschrift nachweisen: KOZMIAN, J.: *Stan rzeczy w Wielkim Księstwie Poznańskim* [Der Stand der Dinge im Großherzogtum Posen]. In: *Przegląd Poznański* 6 (1848, 1) 470–756, hier 706. Vgl. MATUSIK, P.: *Religia i naród. Życie i myśl Jana Koźmiana, 1814–1877* [Religion und Nation. Leben und Denken Jan Koźmians, 1814–1877]. Poznań 1998 (Wielkopolska, 5), 137–146. Zur Genese des Begriffs DERS.: *Idea pracy organicznej w Poznańskim w dobie Karola Marcinkowskiego* [Die Idee der organischen Arbeit in der Ära Karol Marcinkowskis]. In: *Kronika miasta Poznania* 1996, Nr. 3, 66–84.

³⁶ Zur *Liga Polska* vgl. auch JAKÓBCZYK: *Studia* (Anm. 10), 101–184.

³⁷ PLETZING, *Völkerfrühling* (Anm. 14), 194–207, 224–231; JASIŃSKI/SZULTKA: *Historia* (Anm. 14), 292–303, 345–364; BÖHNING: *Bewegung* (Anm. 14), 69–101.

³⁸ Zu Oberschlesien vgl. TYROWICZ, M.: *Dzieje ruchu rewolucyjnego na śląsku w latach 1846–1849* [Geschichte der revolutionären Bewegung in Schlesien 1846–1849]. Katowice 1960; MIECZYŚLAW, T.: *Śląsk w latach 1845–1848* [Schlesien 1845–1848]. In: GAŚSIOROWSKA: *W stulecie* (Anm. 6), 213–266; POPIOLEK, K.: *Polska »wiosna ludów« na Górnym Śląsku* [Der »polnische Völkerfrühling« in Oberschlesien]. In: *Śląski kwartalnik historyczny Sobótka* 3 (1948), 1–77.

³⁹ Zu den polnischen Abgeordneten vgl. TRZECIAKOWSKI, L.: *Posłowie polscy w Berlinie 1848–1928* [Polnische Abgeordnete in Berlin 1848–1928]. Warszawa 2003, 102–128; GROT, Z. H.: *Działalność posłów polskich w sejmie pruskim (1848–1850)* [Die Tätigkeit der Polnischen Abgeordneten im Berliner Parlament (1848–1850)]. Poznań 1961.

die Zweite Kammer; sie erlangten 15 Mandate im Großherzogtum Posen und sieben in Westpreußen. Bei den durch Vermögenszensus begrenzten Wahlen zur Ersten Kammer setzten sich die von der Liga aufgestellten Kandidaten in fünf der 15 Wahlkreise im Großherzogtum durch. Im März 1849 schlossen sich die polnischen Abgeordneten Posen und Westpreußens sowie zwei schlesische Abgeordnete im *Koło Polskie* [Polnischer Zirkel] zusammen.

Während die politischen Spannungen innerhalb der polnischen Nationalbewegung im Frühjahr 1848 abnahmen, kam es gleichzeitig zu einem dauerhaften Bruch mit der deutschen liberalen Bewegung.⁴⁰ Zunächst hatte auch ein Teil des Posener deutschsprachigen Bürgertums die polnischen Initiativen begrüßt und Adressen in diesem Sinne an den König gerichtet. Am 22. März wurden zwei deutschsprachige Bürger in das Polnische Nationalkomitee abgeordnet, deren Aufnahme allerdings mit der Begründung abgelehnt wurde, dass dessen Hauptziel, die Gründung eines polnischen Staats, sie nicht direkt betreffe. Einen Tag später kam es zur Gründung eines eigenständigen Deutschen Nationalkomitees, das allerdings zunächst weiter auf eine Zusammenarbeit mit dem polnischen setzte. Die sinkende Wahrscheinlichkeit eines Krieges gegen Russland und häufig übertriebene, teilweise auch ganz erfundene Berichte von Übergriffen polnischer Aufständischer auf Deutsche und Juden führten dazu, dass sich Teile der deutschsprachigen christlichen und jüdischen Bevölkerung gegen den Aufstand zu organisieren begannen, wobei zunehmend preußische Beamte die Richtung bestimmten. In den nördlichen und westlichen Kreisen des Großherzogtums kam es ebenso wie in Westpreußen zu einer Petitionsbewegung, die den Anschluss an den Deutschen Bund und die Aufnahme in einen zukünftigen deutschen Nationalstaat forderte. Beide Provinzen wurden im Laufe des Jahres zu Zentren der konservativen deutschen Vereinsbildung – daneben entstanden auch katholische und besonders in den größeren Städten liberale Vereine.

Die preußische Regierung hatte bereits im April die Aufnahme der östlichen preußischen Provinzen in den Deutschen Bund von der Bundesversammlung genehmigen lassen. Nur einige östlichen Kreise des Großherzogtums ohne die Stadt Posen, in denen weiterhin eine nationale Reorganisation der Verwaltung stattfinden sollte, waren davon ausgenommen. Die verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung, die in der

⁴⁰ Zu den Organisationen der deutschen Nationalbewegung in den preußische Teilungsgebieten Polens vgl. KOZŁOWSKI, J.: *Niemcy w Poznańskim wobec Wiosny Ludów (1848–1850)* [Deutsche im Posenschen während des Völkerfrühlings (1848–1849)]. Poznań 2009; PLETZING: *Völkerfrühling* (Anm. 14), 207–224, 269–291; JASIŃSKI/SZULTKA: *Historia* (Anm. 14), 283–291, 303–345; KOHTE, W.: *Deutsche Bewegung und preußische Politik im Posener Lande 1848–49*. Posen 1931 (Deutsche wissenschaftliche Zeitschrift für Polen, 21: Sonderheft). Zum Verhalten der jüdischen Bevölkerung vgl. MAKOWSKI, K. A.: *Between Germans and Poles: The Jews of Poznań in 1848*. In: *Polin* 14 (2001): Fokusing on Jews in the Polish Borderlands, 68–82; KEMLEIN, S.: *Die Posener Juden, 1815–1848. Entwicklungsprozesse einer polnischen Judenheit unter preußischer Herrschaft*. Hamburg 1997 (Hamburger Veröffentlichungen zur Geschichte Mittel- und Osteuropas, 3), 308–321.

Frankfurter Paulskirche tagte und zu der (von den polnischen Organisationen boykottierte) Wahlen in den dem Deutschen Bund angeschlossenen Gebieten durchgeführt worden waren, beriet im Juli 1848 über die Teilung des Großherzogtums. Die Abgeordneten hatten sich mit Blick auf Böhmen und Mähren zwar am 31. Mai generell für einen Schutz von nationalen Minderheiten ausgesprochen, zugleich aber das gesamte Gebiet des Deutschen Bundes für den zu gründenden deutschen Nationalstaat reklamiert. Nach mehrtägiger Debatte stimmten sie am 28. Juli mit überwältigender Mehrheit auch dessen Erweiterung um den größeren Teil des Großherzogtums Posen zu.⁴¹

Die Forderung des radikalen Demokraten Arnold Ruge nach einer unbedingten Solidarität der Nationalbewegungen im Kampf gegen die alte Ordnung hatte kaum Unterstützer gefunden und auch der Antrag des gemäßigten Linken Robert Blum, sich nicht einfach Beschlüssen der preußische Regierung zu fügen, sondern Grenzverschiebungen nur aufgrund eigener Untersuchungen sowie in Abstimmung mit der polnischen Nationalbewegung vorzunehmen, wurde mit 333 zu 139 Stimmen abgelehnt. Noch weniger Zustimmung fand ein Antrag, zumindest in der Zukunft von deutscher Seite an der »Wiederherstellung eines freien Polens« mitzuwirken. Richtungweisend für die weitere Entwicklung der deutschen Nationalbewegung war die Rede des liberalen preußischen Abgeordneten Wilhelm Jordan, der den Anschluss polnischer Gebiete mit einem »gesunden Volksegoismus« begründete, der durch eine Überlegenheit der deutschen bürgerlichen über die adlige polnische Kultur gerechtfertigt sei. Vor dem Hintergrund dieser Rede, in der Jordan sich auch für die Fortsetzung von außenpolitischen Traditionen der preußischen Monarchie und für eine Verständigung mit Russland aussprach, lässt sich die Entscheidung der Nationalversammlung als ein Vorzeichen für die spätere Annäherung von deutscher liberaler Bewegung und preußischem Konservatismus verstehen und – um eine Überlegung von Klaus Zernack aufzugreifen – auch dafür, dass die von dieser Entwicklung ermöglichte kleindeutsche Lösung der Deutschen Frage von 1871 an die Prämisse gebunden wurde, dass es zu keiner Lösung der Polnischen Frage kommen dürfe.⁴²

⁴¹ Die Debatten und Abstimmungsergebnisse in WIGARD, F. (Hg.): *Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der Deutschen Constituirenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main*. Bd. 2. Frankfurt a.M. 1848, 118–121, 183–217, 1124–1248. Vgl. WOLLSTEIN, G.: *Das »Großdeutschland« der Paulskirche. nationale Ziele in der bürgerlichen Revolution 1848/49*. Düsseldorf 1977, 98–188, 202–210. Überblick und einzelne Aspekte bei WIPPERMANN, W.: *»Gesunder Volksegoismus«. Vorgeschichte, Verlauf und Folgen der Polendebatte in der Paulskirche*. In: TIMMERMANN: 1848 (Anm. 1), 351–366; MÜLLER, M. G./SCHÖNEMANN, B.: *Die »Polen-Debatte« in der Frankfurter Paulskirche. Darstellung, Lernziele, Materialien*. Frankfurt a.M. 1991 (Studien zur internationalen Schulbuchforschung, 68); MÜLLER, M. G.: *Die deutschen Radikaldemokraten und die Polen-Debatte in der Frankfurter Paulskirche. Ein Dokument zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen im Jahre 1848*. In: Przeglad Humanistyczny 39 (1985), Nr. 11/12, 165–172.

⁴² ZERNACK, K.: *Polen in der Geschichte Preußens*. In: BÜSCH, O. (Hg.): *Handbuch der preußischen Geschichte*. Bd. 2: Das 19. Jahrhundert und große Themen der Geschichte Preußens. Berlin 1992, 377–448, hier 435.

Die revolutionären Ereignisse von 1848 in Galizien

Bereits im März 1848 hatte die von Paris ausgehende Welle der Revolution auch das Kaiserreich Österreich erreicht. Demonstrationen und Unruhen in Wien, die vom 13. bis 15. März anhielten, erzwangen die Entlassung des Staatskanzlers Metternich, die Ankündigung einer Verfassung und die Aufhebung der Zensur. Ungarn und die italienischen Provinzen lösten sich von der Wiener Zentrale, in Prag forderte ein tschechischer Nationalausschuss Autonomie für die Länder der böhmischen Krone und in Kroatien wurde ein von Ungarn getrenntes eigenes Kronland gefordert.⁴³

Die Nachricht von den Wiener Ereignissen erreichte Krakau am 17. und Lemberg am 18. März.⁴⁴ Demonstrationen führten zur Freilassung politischer Gefangener und kurz

⁴³ Überblick über die Ereignisse KOŘALKA, J.: *Revolutionen in der Habsburgermonarchie*. In: Dowe/Haupt/Langewiesche: *Europa* (Anm. 1), 197–230; EVANS, R. J.: *1848–1849 in the Habsburg Monarchy*. In: DERS./STRANDMANN: *Revolutions* (Anm. 1), 181–206; RUMPLER, H.: *Eine Chance für Mitteleuropa. Bürgerliche Emanzipation und Staatsverfall in der Habsburgermonarchie*. Wien 1997 (Österreichische Geschichte 1804–1914), 261–318. Ältere ausführliche deutschsprachige Darstellungen: HELFERT, J. A.: *Geschichte der österreichischen Revolution im Zusammenhange mit der mitteleuropäischen Bewegung der Jahre 1848–1849*. 2 Bde. Freiburg (i. Br.) 1907 f.; KISZLING, R.: *Die Revolution im Kaisertum Österreich 1848–1849*. 2 Bde. Wien 1948. Vgl. auch KOLEJKA, J.: *Národy habsburské monarchie v revoluci 1848–1849* [Die Völker der Habsburger Monarchie in der Revolution 1848–1849]. Praha 1989.

⁴⁴ Zu den Ereignissen in Galizien: REINALTER, H. (Hg.): *Die europäische Revolution 1848/49 in Polen und Österreich und ihre Folgen*. Frankfurt am Main 2001 (Schriftenreihe der Internationalen Forschungsstelle Demokratische Bewegungen in Mitteleuropa 1770–1850, 31); BONUSIAK, A./STOLARCZYK, M. (Hg.): *Galicja i jej dziedzictwo* [Galizien und sein Erbe]. Bd. 12: *Galicja w 1848 roku. Demografia, działalność polityczna i społeczna, gospodarka i kultura* [Galizien im Jahr 1848. Demographie, politische und soziale Tätigkeit, Wirtschaft und Kultur]. Rzeszów 1999; WIC, W. (Hg.): *Rok 1848. Wiosna Ludów w Galicji. Zbiór studiów* [Das Jahr 1848. Der Völkerfrühling in Galizien. Eine Sammlung von Studien]. Kraków 1999; KOBERDOWA: *Polska* (Anm. 6), 123–150, 187–223; KIENIEWICZ, S.: *Galicja w latach 1846–1848*. In: GAŚSIOROWSKA: *W stulecie* (Anm. 6), 267–346; RÖSKAU-RYDEL, I.: *Galizien*. In: DIES. (Hg.): *Deutsche Geschichte im Osten Europas: Galizien, Bukowina, Moldau*. Berlin 1999, 15–212, hier 91–102; HÄUSLER, W.: *Die österreichische Revolution von 1848 und die polnische Frage bis zur Einberufung des Reichstages*. In: *Zeszyty naukowe Uniwersytetu Jagiellońskiego*, 482: *Prace Historyczne*, 57: *Studia Austro-Polonica* [1] (1978), 107–127. Zu Krakau und Lemberg vgl. BIENIARZÓWNA, J.: *Od wiosny ludów do powstania styczniowego* [Vom Völkerfrühling zum Januaraufstand]. In: DIES./MAŁECKI: *Dzieje Krakowa* (Anm. 23), 175–224, hier 184–193; STEBLI, F.: »Vesna narodiv« u L'vovi. In: ISAJEVYČ, J./LITVIN, M./STEBLI, F. (Hg.): *Istoriya L'vova* [Geschichte Lembergs]. Bd. 2: *1772–żovten' 1918* [1772–Oktober 1918]. L'viv 2007, 148–169. Detaillierte zeitgenössische Aufzeichnungen mit Innenansichten aus dem Führungsgremium der polnischen Nationalbewegung: BATOWSKI, A.: *Diariusz wypadków 1848 roku* [Tagebuch der Ereignisse des Jahres 1848], hg. von M. TYROWICZ. Wrocław 1974. Eine deutschsprachige Quellensammlung: WAGNER, R.: *Die Revolutionsjahre 1848/49 im Königreich Galizien-Lodomerien (einschließlich Bukowina). Dokumente aus österreichischer Zeit*. München 1983.

darauf erschienen erste neue Zeitungen. In den folgenden Tagen bildeten Bürger und adlige Gutsbesitzer in allen galizischen Kreisstädten Nationalgarden und -komitees – meist in Absprache mit den Behörden. Eine in Lemberg am 19. März verabschiedete Adresse an den Kaiser, die eine nationale Reorganisation von Schulen und Verwaltung in Galizien forderte, wurde in Krakau und dann in Wien unter Einfluss von Rückkehrern aus der Emigration radikalisiert. Die am 6. April schließlich überreichte Fassung drang nicht nur auf vollständige Autonomie und Kontrolle der Verwaltung durch ein Nationalkomitee, sondern auch auf die Vorbereitung eines Krieges gegen Russland zur Durchsetzung der Unabhängigkeit Polens. Auf die Forderungen ergingen nur inhaltliche Antworten und schließlich der Hinweis auf die am 25. April erlassene Verfassung, die zwar Gleichberechtigung der Sprachen, aber keinerlei politische Autonomie der Kronländer vorsah.

Während die Adressdeputation noch in Wien auf eine Antwort wartete, wurden in Lemberg ein Nationalrat und in Krakau ein Nationalkomitee gebildet, die versuchten Einfluss auf die Landbevölkerung zu gewinnen – nicht zuletzt aus Sorge vor einer Wiederholung der Ereignisse von 1846.⁴⁵ Während die Beratungen der polnischen Organisationen über einen Termin für die entschädigungslose Aufhebung der bäuerlichen Frondienste noch andauerten, erklärte Generalgouverneur Graf Franz Stadion aufgrund der ihm kurz zuvor in dieser Frage erteilten Vollmachten am 22. April die Aufhebung aller Frondienste in Galizien zum 15. Mai. Mit diesem, nachträglich vom Kaiser unterzeichneten und auf den 17. April vordatierten Erlass gelang es der österreichischen Verwaltung nicht nur, die Bauern von einer möglichen Hinwendung zur polnischen Nationalbewegung abzubringen. Vielmehr signalisierte sie auch ihre Bereitschaft zu einer Verständigung mit dem polnischen Adel, da den Gutsbesitzern gleichzeitig Entschädigungen aus der Staatskasse in Aussicht gestellt wurden.

Wenige Tage nach dem energischen Vorgehen des Generalgouverneurs in der Bauernfrage gewann das Militär die vollständige Kontrolle in Krakau zurück.⁴⁶ Provoziert durch die Ankündigung, dass ein Großteil der sich hier aufhaltenden ehemaligen Emigranten ausgewiesen und die Nationalgarde teilweise entwaffnet werden sollte, war es in der Stadt am 26. April zu einem Aufstand gekommen. Statt sich auf Barrikadenkämpfe einzulassen, zog der örtliche Militärkommandeur seine Truppen in die städti-

⁴⁵ Vgl. besonders ŚLUSAREK: *Uwłaszczenie* (Anm. 17), 35–51; KIENIEWICZ, S.: *Pomiędzy Stadionem a Goslarzem. Sprawa włościańska w Galicji w 1848 r.* [Zwischen Stadion und Goslar. Die Bauernfrage in Galizien 1848]. Wrocław 1980, 25–74; ROZDOLSKI, R.: *Die Bauernabgeordneten im konstituierenden österreichischen Reichstag. 1848–1849*. Wien 1976 (Materialien zur Arbeiterbewegung, 5), 8–16, 32–40.

⁴⁶ Zu den Ereignissen in Krakau vgl. auch: GOLLENHOFER, J.: *Rewolucja Krakowska 1848 roku* [Die Krakauer Revolution von 1848]. Kraków 1908 (Biblioteka Krakowska, 38); CETERA, B.: *Proletariacki nurt rewolucji krakowskiej 1848 roku* [Die proletarische Strömung der Krakauer Revolution von 1848]. Kraków 1977.

sche Festung zurück. Von dort aus ließ er die Innenstadt mit Artillerie beschießen und zwang so die Aufständischen binnen zwei Stunden zur Kapitulation. Die Emigranten wurden daraufhin ausgewiesen und die Nationalgarde reorganisiert. Die Gegenrevolution hatte ihren ersten Sieg über eine städtische Erhebung errungen.

Dies veränderte die Situation in Galizien zunächst jedoch nicht grundsätzlich, da die Verfassung vom 25. April weiter in der ganzen Monarchie Vereins- und Pressfreiheit garantierte. Der von demokratischen Kräften dominierte Zentrale Nationalrat in Lemberg (*Centralna Rada Narodowa*) wurde von der Verwaltung zwar nicht als offizieller Verhandlungspartner anerkannt, konnte aber relativ ungehindert agieren. Nachdem der ständische Landtag sich geweigert hatte zusammenzutreten und stattdessen Abgeordnete in den Nationalrat entsandte, konnte dieser die im ganzen Land entstanden Kreis- und Lokalkomitees in einer gemeinsamen Organisation vereinigen.⁴⁷ In den folgenden Monaten entstanden – meist in enger Verbindung zur demokratischen Bewegung – eine ausdifferenzierte Presselandschaft sowie eine Vielzahl von Vereinen.⁴⁸

Einem vom Graf Stadion als offizielles Beratungsorgan gegründeten Beirat gelang es hingegen nicht, adlige Gutsbesitzer und den römisch-katholischen Klerus zu einer dauerhaften Mitarbeit zu bewegen. Folgenreicher war, dass sich in Konkurrenz zur polnischen auch die ukrainische Nationalbewegung formiert hatte.⁴⁹ Bereits im April hatten Angehörige des griechisch-katholischen Klerus und der weltlichen ruthenischen Bildungsschicht auf Anregung des Generalgouverneurs in einer Adresse an den Kaiser die Bildung eines eigenständigen ruthenischen Kronlandes im östlichen Galizien gefor-

⁴⁷ Vgl. dazu auch STOLARCZYK, M.: *Działalność Lwowskiej Centralnej Rady Narodowej. W świetle źródeł polskich*. [Die Tätigkeit des Lemberger Zentralen Nationalrates. Im Lichte polnischer Quellen]. Rzeszów 1994.

⁴⁸ Zu Presse- und Vereinslandschaft vgl. GŁUSZKO, M.: *Kształtowanie się programów politycznych w prasie galicyjskiej w 1848 r.* In: *Prace Historyczno-Archiwalne* 14 (2004), 57–64; FRAS, Z.: *Demokraci w życiu politycznym Galicji w latach 1848–1873* [Die Demokraten im politischen Leben Galiziens 1848–1873]. Wrocław 1997 (Acta Universitatis Wratislaviensis, 1962: Historia, 132), 72–99, 108f.; DERS.: *Stowarzyszenia polityczne, paramilitarne, społeczno-zawodowe i edukacyjne w Galicji w 1848 roku* [Politische, paramilitärische, sozial-berufliche und um Bildung bemühte Vereinigungen in Galizien 1848]. In: *WIC: Rok 1848* (Anm. 44), 92–101; BINDER, H.: *Das polnische Pressewesen*. In: RUMPLER, H./URBANITSCH, P. (Hg.): *Die Habsburgermonarchie 1848–1918*. Bd. 8: Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft. Teilbd. 2: Die Presse als Faktor der politischen Mobilisierung. Wien 2006, 2037–2090, hier 2037–2046.

⁴⁹ KOZIK, J.: *Między reakcją a rewolucją. Studia z dziejów ukraińskiego ruchu narodowego w Galicji w latach 1848–1849* [Zwischen Reaktion und Revolution. Studien zur Geschichte der ukrainischen Nationalbewegung 1848–1849]. Kraków 1975 (Zeszyty naukowe Uniwersytetu Jagiellońskiego, 381: *Prace historyczne*, 52) – engl. Übers. in DERS.: *The Ukrainian National Movement in Galicia, 1815–1849*, hg. von L. D. ORTON. Edmonton 1986; HIMKA, J.-P.: *Galician Villagers and the Ukrainian National Movement in the Nineteenth Century*. Basingstoke 1988, 26–36; STRUVE: *Bauern* (Anm. 16), 87–92; BINDER, H.: *Das ruthenische Pressewesen*. In: RUMPLER/URBANITSCH: *Habsburgermonarchie*. Bd. 8.2 (Anm. 48), 2091–2116, hier 2091–2097.

dert.⁵⁰ Dasselbe Ziel verfolgte die am 2. Mai gegründete Hauptversammlung der Ruthenen (deutsche Eigenbezeichnung für *Holovna Rus'ka Rada*, eigentlich Ruthenischer Haupttrat), die kurz darauf begann, die Zeitung *Zorja Halycka* [Galizische Morgenröte] herauszugeben. Die Hauptversammlung konnte sich auf lokale Komitees im östlichen Galizien stützen, deren zum Teil bäuerliche Mitglieder allerdings häufig eigene, radikale soziale und zunehmend nationale Forderungen vertraten. Der dem polnischen Nationalrat nahestehenden Gegen gründung, genannt Ruthenische Versammlung (*Sobor Rus'kij*), gelang es hingegen nicht, breiteren Einfluss zu gewinnen.

Die von den meisten ukrainischen Akteuren angestrebte Sicherung nationaler Rechte im Rahmen der Österreichischen Monarchie entsprach in vielerlei Hinsicht dem Programm anderer slawischer Nationalbewegungen. Deren Akteure befürchteten, dass die Schaffung neuer Nationalstaaten eine ungarische, deutsche oder – im Fall der Ruthenen – eine polnische Dominanz mit sich bringen würde. Dem am 31. Mai in Prag zusammengetretenen Slawenkongress (offizielle Eröffnung am 2. Juni) gelang es zwar, zwischen den stark voneinander abweichenden nationalen Programmen zu vermitteln, aber die erarbeiteten Dokumente konnten nicht mehr offiziell verabschiedet werden, da der Kongress im Zuge der Niederschlagung des Prager Aufstandes am 13. Juni aufgelöst wurde.⁵¹ In einer *Proklamation an die Völker Europas* wurden die Solidarität der slawischen Nationen sowie das Recht der Polen auf Unabhängigkeit betont und für die Einberufung eines europäischen Völkerkongresses plädiert. In einer Adresse an den Kaiser wurde hingegen nur die Berücksichtigung nationaler Rechte innerhalb der Monarchie gefordert.⁵² Auch die ruthenische und die polnische Delegation aus Galizien hatten sich auf eine gemeinsame Erklärung geeinigt, die sich für Gleichberechtigung der Sprachen und gegen eine Teilung des Kronlandes aussprach, aber die Inhalte dieser Verständigung wurden später weder von der ruthenischen Hauptversammlung noch vom polnischen Zentralen Nationalrat akzeptiert.

Ein Teil der jüdischen Bevölkerung, der die revolutionären Ereignisse den Weg zur rechtlichen Gleichstellung eröffneten, schloss sich den Organisationen der polnischen

⁵⁰ Zu den Mobilisierungsbemühungen der polnischen und ukrainischen Nationalbewegung in dieser Frage vgl. OSTERKAMP, J.: *Imperial Diversity in the Village: Petitions for and against the Division of Galicia in 1848*. In: *Nationalities Papers* 44 (2016), 731–750.

⁵¹ Zum Prager Slawenkongress vgl. HASSELSTEINER, H. (Hg.): *The Prague Slav Congress 1848. Slavic Identities*. Boulder 2000 (East European Monographs, 552); MORITSCH, A. (Hg.): *Der Prager Slawenkongress 1848*. Wien 2000 (Buchreihe des Institutes für den Donauraum und Mitteleuropa, 7); KOLEJKA, J.: *Der Slawenkongress in Prag im Juni 1848*. In: JAWORSKI/LUFT: 1848/49 (Anm. 1), 129–147; ORTON, L. D.: *The Prague Slav Congress of 1848*. New York 1978 (East European Monographs, 46).

⁵² Leicht gekürzter Abdruck beider Dokumente in: KASER, K./PROHAZKA, M. (Hg.): *Selbstbild und Fremdbilder der Völker des europäischen Ostens*. Klagenfurt 2006 (Wieser-Enzyklopädie des Europäischen Ostens, 18: Dokumente-Abteilung), 317–324.

Nationalbewegung an.⁵³ Den Adresskomitees und der Deputation an den Kaiser, später dem Zentralen Nationalrat gehörten mehrere jüdische Würdenträger an und auch in den Nationalgarden waren Juden zahlreich vertreten. Außerdem wurden eigenständige jüdische Vereine und Presseorgane gegründet, darunter eine erste jiddischsprachige *Zeitung*.⁵⁴ Eine Mehrheit der orthodoxen oder chassidischen Juden lehnte ein solches Engagement in weltlichen Organisationen allerdings entschieden ab. Gleichzeitig suchten Teile der reformorientierten, sogenannten »fortschrittlichen« jüdischen Bildungs- und Besitzeliten eher den Kontakt nach Wien als zur polnischen Bewegung.

Die Anfang Juni durchgeführten Wahlen zum Wiener Reichstag, an denen sich alle selbständigen über 24 Jahre alten Männer beteiligen konnten, spiegelten die komplizierte politische Situation Galiziens wider.⁵⁵ Die Bauern stimmten fast ausschließlich für Kandidaten aus ihrer Mitte und die vom polnischen Nationalrat oder von der ruthenischen Hauptversammlung aufgestellten Kandidaten konnten sich in ländlichen Stimmbezirken meist nur dort durchsetzen, wo die Bauern der Abstimmung fernblieben – sei es weil sie die Wahlen grundsätzlich ablehnten, sei es weil sie auf teils betrügerische Weise am Wählen gehindert wurden.⁵⁶

Gut ein Drittel der 108 Mandate Galiziens einschließlich der Bukowina fiel an ukrainisch- und polnischsprachige Bauern, die im Reichstag überwiegend versuchten eine eigenständige Position einzunehmen – auch wenn Graf Stadion, gewählt als Abgeordneter des galizischen Wahlbezirkes Rawa, versuchte, sie im Sinne der Regierung zu lenken, und der vom Nationalrat entsandte Julian Maciej Goslar sich im Sinne der

⁵³ GAŚOWSKI, T.: *Kwestia żydowska w Galicji w dobie wiosny ludów* [Die Judenfrage in Galizien in der Zeit des Völkerfrühlings]. In: BONUSIAK/STOLARCZYK: *Galicja* (Anm. 44), 108–118; FRIEDMANN, F.: *Die galizischen Juden im Kampfe um ihre Gleichberechtigung (1848–1868)*. Frankfurt a. M. 1929, 52–74; BAŁABAN, M.: *Dzieje żydów w Galicyi i w Rzeczypospolitej Krakowskiej 1772–1868* [Geschichte der Juden in Galizien und der Republik Krakau 1772–1868]. Lwów 1914, 147–175.

⁵⁴ Vgl. auch MANEKIN, R.: *Die hebräische und jiddische Presse in Galizien*. In: RUMPLER/URBANITSCH: *Habsburgermonarchie*. Bd. 8.2 (Anm. 48), 2341–2366, hier 2361 f.

⁵⁵ Überblick über die Abgeordneten und ihre Tätigkeit in Wien bei BUSZKO, J.: *Polacy w parlamencie Wiedeńskim 1848–1918* [Polen im Wiener Parlament 1848–1918]. Warszawa 1996, 13–37; KOZIK, J.: *Galizische Ukrainer im konstituierenden Reichstag von Wien und Kremsier (1848–1849)*. In: *Studia Austro-Polonica* [1] (1978) (Anm. 44), 129–155; URBAŃCZYK, J.: *Die Tätigkeit der polnischen Abgeordneten aus Galizien im österreichischen konstituierenden Reichstag 1848–1849*. In: *Zeszyty naukowe Uniwersytetu Jagiellońskiego*, 632: *Prace Historyczne*, 68: *Studia Austro-Polonica* 2 (1980), 151–178. Generell zum Reichstag vgl. GOTTSMANN, A.: *Der Reichstag 1848/49 und der Reichsrat 1861 bis 1865*. In: RUMPLER, H./URBANITSCH, P. (Hg.): *Die Habsburgermonarchie 1848–1918*. Bd. 7: *Verfassung und Parlamentarismus*. Teilbd. 1. Wien 2000, 569–665; ROZDOLSKI: *Bauernabgeordneten* (Anm. 45).

⁵⁶ Aufschlussreich ROZDOLSKI: *Bauernabgeordneten* (Anm. 45), 61–82; OBERMANN, K.: *Die österreichische Reichstagswahlen 1848. Eine Studie zur Frage der sozialen Struktur und der Wahlbeteiligung auf der Grundlage der Wahlakten*. In: *Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs* 26 (1973), 342–374, besonders 350–354.

polnischen Bewegung um Einfluss bemühte.⁵⁷ Von den übrigen 54 polnischen Abgeordneten, auch »Polen im Frack« genannt, schlossen sich 42 zu einer engeren Verbindung zusammen, in der die demokratische Linke zwar dominierte, aber auch gemäßigt Konservative mitarbeiteten. Besondere Bedeutung erlangte Franciszek Smolka, der wiederholt zum Präsidenten des Parlaments gewählt wurde. Die wenigen ukrainischen Abgeordneten, die nicht eng mit den Bauern verbunden waren, versuchten überwiegend durch Zusammenarbeit mit der Regierung ihr Hauptziel, eine Teilung Galiziens, zu erreichen. Zwei ruthenische Abgeordnete standen allerdings den nationalpolnischen Abgeordneten und der Linken nahe.

Aufgrund der scharfen Auseinandersetzungen zwischen reformorientierten, orthodoxen sowie chassidischen Strömungen innerhalb der jüdischen Bevölkerung setzten sich nur drei Juden bei den Wahlen durch, von denen aber nur der in Brody gewählte, mit Galizien kaum verbundene Wiener Rabbiner Isaak Mannheimer seine Tätigkeit als Abgeordneter aufnahm.⁵⁸ Bei Nachwahlen im Dezember wurde in Kazimierz bei Krakau dann auch der dortige orthodoxe Rabbiner Dow Ber Meisel gewählt, der sich stark für die Anliegen der polnischen Nationalbewegung einsetzte und dieses Engagement später als Warschauer Rabbiner während des Januaraufstandes (→ III. H) fortsetzte.

Innerhalb der polnischen Nationalbewegung verstärkten sich im Laufe des Sommers die Spannungen zwischen dem demokratischen und dem konservativen Lager, das sich bereits im Mai mit dem Großgrundbesitzerverein (*Stowarzyszenie Właściciele Większych Posiadłości*), meist Landadelsverein (*Stowarzyszenie Ziemiańskie*) genannt, eine eigene Organisation geschaffen hatte. Deren Bemühen um eine Verständigung mit den österreichischen Behörden kam entgegen, dass diese die Spitzenpositionen der Landesverwaltung mit polnischen Aristokraten besetzten: seit Mitte April leitete Graf Agenor Romuald Gołuchowski das Lemberger Gubernium, und am 30. Juli ersetzte Wacław Zalewski Generalgouverneur Stadion, der bereits im Mai nach Wien abberufen worden war. Polnisch wurde zur Verwaltungs- und Gerichtssprache, und an den höheren Lehranstalten wurde der Unterricht von Deutsch auf Polnisch umgestellt – an den Volksschulen wurde in der Sprache der Schüler unterrichtet. Ruthenisch wurde zum Unterrichtsgegenstand an Gymnasien und erhielt einen Lehrstuhl an der Lemberger Universität. In den Städten wurden im September 1848 Magistratswahlen durchgeführt, bei denen den Juden eine beschränkte Sitzzahl zugesichert wurde.

Zum entscheidenden politischen Akteur entwickelte sich jedoch der Militärkommandant Wilhelm von Hammerstein. Nach der Niederschlagung des Wiener Oktoberaufstandes provozierte er durch hartes Vorgehen gegen Emigranten, Studenten und

⁵⁷ Vgl. dazu auch ŚLUSAREK: *Uwłaszczenie* (Anm. 17), 51–57; KIENIEWICZ: *Pomiędzy Stadionem* (Anm. 45), 75–129; KOZIK, J.: *Die Wiener Mission Julian Maciej Goslars im Jahre 1848*. In: *Studia Austro-Polonica* 2 (Anm. 55), 109–128.

⁵⁸ Ausführlich bei FRIEDMANN: *Juden* (Anm. 53), 65–73; BAŁABAN: *Dzieje* (Anm. 53), 164–174.

Nationalgardisten in Lemberg einen Aufstand, den er am 2. November durch Artilleriebeschuss niederschlug, wobei unter anderem die Universitätsbibliothek niederbrannte. Über Lemberg, Anfang des nächsten Jahres auch über ganz Galizien wurde der Belagerungszustand verhängt. Die Nationalgarden sowie die polnischen Organisationen wurden aufgelöst und zunächst die demokratische, dann auch ein Großteil der konservativen Presse verboten. Die ruthenische Hauptversammlung konnte ihre Tätigkeit hingegen zunächst protegiert von Hammerstein weiter fortsetzen: sie sorgte unter anderem für die Ersetzung des Polnischen durch Deutsch als Unterrichtssprache an den höheren Schulen Ostgaliziens und die Aufstellung einer ruthenischen Militäreinheit.

Der konstituierende Reichstag der österreichischen Länder trat ab November 1848 im mährischen Kreamsier zusammen und unter intensiver Beteiligung der galizischen Abgeordneten gelang es in den ersten Monaten des Jahres 1849 einen Verfassungskompromiss zu erarbeiten, der die unterschiedlichen nationalen Forderungen berücksichtigte.⁵⁹ Allerdings konnte die Verfassung nicht mehr formell beschlossen werden, da das Parlament am 7. März kraft einer drei Tage zuvor erlassenen Verfügung aufgelöst wurde. Der seit dem 2. Dezember 1848 regierende Kaiser Franz Joseph I. hatte stattdessen am 4. März eine Ungarn und die italienischen Kronländer einbeziehende Verfassung oktroyiert. Diese übernahm zwar in der Nationalitätenfrage Grundgedanken des vom Reichstag erarbeiteten Entwurfs und behielt auch die Gleichberechtigung der Juden bei, sah aber nur eingeschränkte politische Partizipationsmöglichkeiten vor, die im Übrigen nie umgesetzt wurden.

Das Ende der Revolutionen und die Reaktionsära

Bis in den Sommer des Jahres 1849 dauerten in Italien, Südwestdeutschland und Ungarn die Kämpfe um die Revolution unter starker Beteiligung polnischer Freiwilliger noch an.⁶⁰ Im Großherzogtum Baden übernahm Ludwik Mierosławski im Juni 1849 das Kommando über eine sich für die Verfassung des Deutschen Reiches einsetzende Revolutionsarmee, die sich nach anfänglichen Erfolgen einen Monat später angesichts des

⁵⁹ Zu den zeitgenössischen Überlegungen Demokratie und nationale Minderheitenrechte in einer Verfassung für die Monarchie in Einklang zu bringen vgl. BURIAN, P.: *Die Nationalitäten in »Cisleithanien« und das Wahlrecht der Märzrevolution 1848/49. Zur Problematik des Parlamentarismus im alten Österreich*. Graz 1962; KANN, R. A.: *The Multinational Empire. Nationalism and National Reform in the Habsburg Monarchy 1848–1918*. Bd. 2: *Empire Reform*. New York 1977, 35–65 – dt. Übers. der 2. Aufl. Graz 1964.

⁶⁰ MAKAROVA, G./FAL'KOVIČ, S. M.: *Poljaki v bor'be za realizaciju »principa nacional'nosti« v revoljucii 1848–1849* [Die Polen im Kampf um die Umsetzung des »Nationalen Prinzips« während der Revolution 1848–1849]. In: VINOGRADOV: *Evropejskie revoljucii* (Anm. 1), 191–304, hier 261–280; KOBERDOWA: *Polska* (Anm. 6), 232–251.

Vorrückens preußischer Truppen in die Schweiz zurückziehen musste.⁶¹ Gegen österreichische Armeen kämpften in Italien schon seit März 1848 über hundert Polen in der Legion des Dichters Adam Mickiewicz und die Zahl der auf Seiten der ungarischen Revolutionsarmee aktiven Polen stieg 1849 auf ungefähr 3000 Personen an, die sich in zwei Legionen unter Józef Wysocki und Józef Bem zusammenschlossen.⁶² Bem, der bereits im Oktober 1848 eine führende Rolle bei der Verteidigung des aufständischen Wien übernommen hatte, konnte als Oberbefehlshaber der ungarischen Armee in Siebenbürgen große Erfolge erzielen, denen erst die kriegsentscheidende Niederlage gegen die mit Russland verbündeten österreichischen Truppen am 9. August bei Temesvár ein Ende setzte.⁶³ Polen kämpften in Italien und Ungarn aber nicht nur als Freiwillige gegen die österreichische Armee, sondern auch als loyale Soldaten und Offiziere in deren Reihen.⁶⁴ Dasselbe gilt für die ab Mai 1849 in Ungarn einrückenden russischen

⁶¹ Vgl. auch HIPPEL, W. v.: *Revolution im deutschen Südwesten. Das Großherzogtum Baden 1848/49*. Stuttgart 1998 (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, 26), 291–379; OWSIŃSKA, A.: *Powstanie palatynacko-badeńskie 1849 roku oraz udział w nim Polaków* [Der pfälzisch-badische Aufstand von 1849 und die Beteiligung von Polen daran]. Wrocław 1965.

⁶² Zur Mickiewicz-Legion vgl. KAMZA, P./RUSZKOWSKI, J. (Hg.): *Wiara i propaganda. Legion Mickiewicza 1848–1998* [Glaube und Propaganda. Die Mickiewicz-Legion 1848–1998]. Poznań 1999, 5–39; BATOWSKI, H. (Hg.): *Legion Mickiewicza. Wybór źródeł* [Die Mickiewicz-Legion. Quellenauswahl]. Wrocław 1958; DERS.: *Legion Mickiewicza w kampanii Włosko-Austriackiej 1848 roku* [Die Mickiewicz-Legion im Italienisch-Österreichischen Feldzug 1848]. Warszawa 1956 (Prace komisji wojskowo-historycznej, A/7); KIENIEWICZ, S.: *Legion Mickiewicza 1848–1849*. Kraków 1957. Zur polnischen Beteiligung an der ungarischen Revolution vgl. KOVÁCS, I.: *Honwedzi, emisariusze, legioniści. słownik biograficzny polskich uczestników Wiosny Ludów na Węgrzech 1848–1849* [Honweds, Emissäre, Legionäre. Biografisches Wörterbuch der polnischen Teilnehmer am österreichischen Völkerfrühling]. Kraków 2016 (ungar. Orig. 2007); DERS.: *Polacy w węgierskiej Wiosnie Ludów 1848–1849: »Byliśmy z Wami do końca«*. [Polen im ungarischen Völkerfrühling 1848–1849: »Wir waren mit Euch bis zum Ende«]. Warszawa 1999 (ungar. Orig. 1998); DERS.: *The Polish Legion in the Hungarian War of Independence, 1848–1849*. In: KIRÁLY, B. K. (Hg.): *East Central European Society and War in the Era of Revolutions 1775–1856*. New York 1984, 557–577; KOZŁOWSKI, E.: *Legion polski na Węgrzech 1848–1849* [Die polnische Legion in Ungarn 1848–1849]. Warszawa 1983.

⁶³ CHUDZIKOWSKA, J.: *Generał Bem*. Warszawa 1990; KOVÁCS, I.: *Józef Bem – bohater wiecznych nadziei* [Józef Bem – Held ewiger Hoffnungen]. Warszawa 2002 (ungar. Orig. 1983); KOZŁOWSKI, E.: *Generał Józef Bem*. Warszawa 1958. Zur Rolle Bems in Wien vgl. auch SZUBERT, T.: *Generał Bem w Wiedniu. Bohater czy awanturnik?* [General Bem in Wien. Held oder Abenteurer?]. In: *Kwartalnik Historyczny* 115 (2008), 99–132.

⁶⁴ BACZKOWSKI, M.: *Galicjanie w armii austriackiej wobec wydarzeń lat 1848–1849* [Galizier in der österreichischen Armee angesichts der Ereignisse in den Jahren 1848–1849]. In: BONUSIAK/STOLARCZYK: *Galicja* (Anm. 44), 89–97. Zum Loyalitätsproblem in der österreichischen Armee allgemein vgl. DEAK, I.: *An Army Divided: The Loyalty Crisis of the Habsburg Officer Corps in 1848–1849*. In: *Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte Tel Aviv* 8 (1979), 207–241.

Truppen, bei denen unter anderem Romuald Traugutt, der spätere Diktator des polnischen Januaraufstandes (→ III. H), als Offizier diente.⁶⁵

Mit der Kapitulation Ungarns und Venedigs (der Repubblica di San Marco) endeten im August 1849 die anderthalb Jahre zuvor begonnen europäischen Revolutionen. Nachdem am 2. Dezember 1851 Louis Bonaparte in Frankreich einen Staatsstreich durchgeführt und sich im folgenden Jahr zum Kaiser Napoleon III. gekrönt hatte, blieben nur in Piemont-Sardinien, der Schweiz und in Dänemark die 1848 in Kraft getretenen liberalen Verfassungen uneingeschränkt bestehen.

Preußen blieb zwar eine konstitutionelle Monarchie und formal galt auch das 1848 zugesicherte allgemeine Männerwahlrecht weiter, aber neue Wahl- und Zensurbestimmungen, Eingriffe in das Vereinsrecht sowie massive Wahlbeeinflussung durch die Behörden sorgten für eine weitgehend bürokratische Regierungsform.⁶⁶ Die Einführung des Dreiklassenwahlrechtes bei den Wahlen zur Zweiten Kammer (ab 1854 Abgeordnetenhaus) sowie die Umgestaltung der Ersten Kammer 1850 und ihre Umwandlung zum Herrenhaus 1854 sicherten ein klares Übergewicht der besitzenden Klassen im Parlament. Auf der Ebene der Landgemeinden, Kreise und Provinzen wurden mit geringen Veränderungen die Verhältnisse von vor 1848 wieder hergestellt, die vor allem den Besitzern privilegierter Güter Einfluss auf die Verwaltung einräumten. Erhalten blieben nach 1848 aber die vollständige Verstaatlichung der Justiz sowie die Sicherung der bürgerlichen Grundrechte und mit den Ablösungsgesetzen von 1850 wurde eine über Rentenbanken finanzierte endgültige ökonomischer Trennung aller bäuerlichen Besitzungen von den Gütern eingeleitet. Die weitgehende rechtliche Gleichstellung der Juden beförderte im Großherzogtum Posen die sprachliche und wirtschaftliche Integration der jüdischen Eliten in das deutsche Bürgertum und erleichterte die Übersiedlung in andere Teile Preußens, konnte aber die Auswanderung und nach Übersee zunächst kaum eindämmen.⁶⁷ Eine erneute Belebung der politischen Öffentlichkeit und der li-

⁶⁵ Vgl. RUSIN, J.: *Człowiek świętego imienia. Legenda Traugutta w piśmiennictwie polskim XIX i XX wieku* [Ein Mensch heiligen Angedenkens. Die Traugutt-Legende in der polnischen Literatur des 19. und 20. Jahrhunderts]. Rzeszów 2002, 28 f.; POMERAŃSKI, S.: *Wojskowa służba Traugutta* [Der Militärdienst Traugutts]. In: *Księga pamiątkowa ku uczczeniu dwudziestopięcioletniej działalności naukowej prof. Marcelego Handlsmiana* [Festschrift zu Ehren der 25-jährigen Tätigkeit von Prof. Marcelli Handelsman]. Warszawa 1929, 381–394.

⁶⁶ Zu den politischen Verhältnissen der Reaktionszeit vgl. GRÜNTAL, G.: *Parlamentarismus in Preußen. 1848/49–1857/58. Preußischer Konstitutionalismus, Parlament und Regierung in der Reaktionsära*. Düsseldorf 1982 (Handbuch der Geschichte des deutschen Parlamentarismus).

⁶⁷ KEMLEIN, S.: *The Jewish Community in the Grand Duchy of Poznan under Prussian Rule, 1815–1848*. In: Polin 14 (Anm. 40), 49–67, hier 66 f.; ÖSTREICH, C.: *Die Emanzipation der Posener Juden und ihre Auswanderung*. In: LAMBRECHT: Osteuropa (Anm. 1), 105–132. Zur Auswanderung Posener Juden insgesamt vgl. ÖSTREICH, C.: »Des rauhen Winters ungeachtet...« *Die Auswanderung Posener Juden nach Amerika im 19. Jahrhundert*. Hamburg 1997 (Hamburger Veröffentlichungen zur Geschichte Mittel- und Osteuropas, 4).

beralen Bewegung erfolgte erst 1858 im Zuge der sogenannten Neuen Ära unter der Regentschaft des Prinzen von Preußen, ab 1861 König Wilhelm I.

Eine administrative Sonderstellung des nun amtlich nur noch Provinz Posen genannten Großherzogtums Posen oder seiner östlichen Teile war in der preußischen Verfassung von 1850 ebenso wenig vorgesehen wie ein Schutz für nationale Minderheiten.⁶⁸ Die neue politische Situation führte zunächst auch zu einem Rückgang des Organisationsgrades der polnischen Nationalbewegung. Die *Liga Polska*, die bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 1849 nicht zuletzt aufgrund erneut wachsender Spannungen zwischen Gutsbesitzern und Landgemeinden an Dynamik verloren hatte, wurde am 9. April 1850 infolge der neuen Vereinsgesetzgebung aufgelöst und in den nächsten Monaten musste ein Großteil der polnischen Presseerzeugnisse sein Erscheinen einstellen. Die Reaktionspolitik beschränkte allerdings auch die Spielräume der propreußischen und deutschnationalen Öffentlichkeit. Unter anderem wurde 1851 der von Eugeniusz Breza redigierten polnischsprachigen Zeitung *Przyjaciół Chłopów* [Bauernfreund], die seit Februar 1850 in der hohen Auflage von 15 000 Exemplaren verteilt worden war, die Unterstützung entzogen, da deren propreußische und antirevolutionäre, aber den polnischen Adel scharf attackierenden Inhalte dem Bemühen der Behörden um eine Beruhigung der sozialen und nationalen Spannungen entgegenstanden.⁶⁹

Nur wenige der polnischen Organisationen, die sich der Förderung des polnischen Kultur- und Wirtschaftslebens, der sogenannten »organischen Arbeit«, verschrieben hatten, blieben bestehen (→ IV. D) – vor allem die 1841 im Großherzogtum und gegründete, Stipendien vergebende Gesellschaft Wissenschaftlicher Hilfe (*Towarzystwo Naukowej Pomocy*) und die 1844 entstandene parallele Organisation für Westpreußen.⁷⁰ Erst ab 1858 kam es wieder zu Neugründungen von Gesellschaften und Publikations-

⁶⁸ Zu Großpolen in der Reaktionszeit vgl. KOZŁOWSKI: *Wielkopolska* (Anm. 8), 155–191; TRZECIAKOWSKI, L.: *Pod pruskim zaborem 1850–1918* [Unter preußischer Teilungsherrschaft 1850–1918]. Warszawa 1973, 28–52; KOHTE: *Bewegung* (Anm. 40), 172–207; KARWOWSKI: *Historia* (Anm. 8). Bd. 2. Poznań 1919, 5–82. Zu Westpreußen vgl. NIEDZIJSKA, M.: *Rządzący i rządzeni. Państwo wobec opozycji politycznej w prowincji pruskiej w latach 1848–1862* [Regierende und Regierte. Der Umgang des Staates mit der politischen Opposition in der Provinz Preußen 1848–1862]. Toruń 2015; JASIŃSKI, J.: *Zagadnienia polityczne i narodowościowe lat 1850–1871* [Politische und nationale Fragen der Jahre 1850–1871]. In: SALMONOWICZ, S. (Hg.): *Historia Pomorza* [Geschichte Pommerns]. Bd. 4: 1850–1918. Teil 2: *Polityka i Kultura* [Politik und Kultur]. Poznań 2002, 20–75; BÖHNING: *Bewegung* (Anm. 14), 102–115.

⁶⁹ JAKÓBCZYK, W.: *Z dziejów pruskiej propagandy w poznańskim* [Aus der Geschichte preußischer Propaganda im Posenschen]. In: *Roczniki Historyczne* 19 (1952), 178–186.

⁷⁰ Zur Bedeutung der Posener und westpreußischen TNP vgl. auch GRABOWSKI, S.: *Deutscher und polnischer Nationalismus. Der Deutsche Ostmarken-Verein und die polnische Straß 1894–1914*. Marburg 1998 (Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung, 3), 112–127; JAKÓBCZYK: *Studia* (Anm. 10). Bd. 2: *1850–1890*. Poznań 1959, 9–34. Zu den Bemühungen um Volksbibliotheken: ebd., 35–41.

organen. Erhalten blieben die Absprachen polnischer Kandidaten bei Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus und die Zusammenarbeit der polnischen Parlamentarier.⁷¹ Allerdings sank die Zahl der nach Dreiklassenwahlrecht gewählten polnischen Abgeordneten, die 1849 noch 20, 1850 sogar 22 betragen hatte, aufgrund der Repressionen und Manipulationen 1854 auf 14 und 1856 auf nur noch sechs. Sie erreichte erst bei den Neuwahlen von 1858 mit 19 Abgeordneten wieder eine Größe, die zur Fraktionsbildung im Abgeordnetenhaus reichte.

Im Kaiserreich Österreich wurde mit dem Silvesterpatent von 1851 die Verfassung aufgehoben.⁷² Die auch als Neoabsolutismus bezeichnete Regierungsform unter dem Ministerpräsidenten Alexander Bach bedeutete jedoch keine Rückkehr zu den Verhältnissen vor der Revolution. Die Abschaffung der rechtlichen Standesunterschiede blieb bestehen, die bäuerlichen Dienstpflichten wurden zügig abgelöst und die staatliche Verwaltung sowie die Justiz und die lokale Selbstverwaltung wurden intensiv ausgebaut, sodass auf die Mitwirkung der adligen Gutsbesitzer und Stände verzichtet werden konnte. Außer in den italienischen Provinzen wurde 1853 Deutsch wieder zur Sprache der oberen Verwaltungsbehörden und höheren Bildungseinrichtungen. Ein politisches Presse- und Vereinswesen konnte sich erst wieder entfalten, als die Monarchie nach dem Verlust des Großteils ihrer italienischen Provinzen 1859 eine Rückkehr zur konstitutionellen Regierungsform einleitete.

In Galizien erfolgte ab Ende 1848 eine Verhaftungswelle, die selbst gemäßigte Politiker erfasste, und auch nach Aufhebung des Belagerungszustand 1854 wurden der polnischen nationalen Bewegung kaum Entfaltungsmöglichkeiten geboten.⁷³ Die Besetzung der obersten Verwaltungsposten mit polnischen Aristokraten – ab 15. Januar 1849 war Graf Agenor Gołuchowski Generalgouverneur – und der wachsende Einfluss der konservativen Kreise um die seit November 1848 in Krakau herausgegebene Tageszeitung *Czas* [Die Zeit] deuten aber eine allmähliche Annäherung zwischen polnischem Adel und Wiener Behörden an. Gołuchowski hatte als Innenminister entscheidenden

⁷¹ TRZECIAKOWSKI: *Posłowie* (Anm. 39), 129–158; KOMIEROWSKI, R.: *Koła polskie w Berlinie 1847–1860* [Die polnische Fraktion in Berlin 1847–1860]. Poznań 1910.

⁷² SEIDERER, G.: *Österreichs Neugestaltung. Verfassungspolitik und Verwaltungsreform im österreichischen Neoabsolutismus unter Alexander Bach 1849–1859*. Wien 2015 (Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie, 34); RUMPLER: *Chance* (Anm. 43), 319–369.

⁷³ DASZYK, K. K.: *Zanim Franciszek Józef stał się »naszym dobrym cesarzem«. Polacy w Galicji wobec Austrii i Habsburgów w latach 1848–1860* [Bevor Franz Joseph zu »unserem guten Kaiser« wurde. Das Verhältnis der Polen in Galizien zu Österreich und den Habsburgern in den Jahren 1848–1860]. In: BONUSIAK/STOLARCZYK: *Galicja* (Anm. 44), 119–147; FRAS: *Demokracy* (Anm. 48), 110–116; GRODZISKI, S.: *W królestwie Galicji i Lodomerii*. Kraków 1976, 198–211; GRZYBOWSKI, K.: *Galicja 1848–1914. Historia ustroju politycznego na tle historii ustroju Austrii* [Galizien 1848–1914. Geschichte der politischen Verfassung vor dem Hintergrund der Verfassungsgeschichte Österreichs]. Kraków 1959, passim.

Anteil an dem Oktoberdiplom genannten Verfassungsgesetz für die gesamte Monarchie von 1860 und beeinflusste auch nach seiner kurz darauf erfolgenden Entlassung die Gesetzgebung. Er trug so dazu bei, dass Galizien ab 1867 weitgehende Autonomierechte eingeräumt wurden (→ IV. A). Bereits zuvor hatte er die Stellung des Polnischen in den Schulen und der lokalen Verwaltung des Kronlandes verteidigt und dafür gesorgt, dass das Ukrainische in der Öffentlichkeit zurückgedrängt wurde.⁷⁴ Nach der Auflösung der ruthenischen Hauptversammlung 1851 hatte auch die ruthenisch-ukrainische Nationalbewegung an Dynamik verloren und zwischen 1857 und 1860 erschien keine ruthenischsprachige Zeitschrift mehr.⁷⁵ Die rechtliche Gleichstellung der Juden blieb zwar formal bestehen, doch wurde sie dadurch eingeschränkt, dass die älteren, in Galizien besonders zahlreichen diskriminierenden Sondergesetze und lokalen Bestimmungen seit 1853 wieder in Kraft gesetzt wurden und bis 1860 in Geltung blieben.⁷⁶

Aufgrund der Sondergesetzgebung vom Frühjahr 1848 verlief die Ablösung der bäuerlichen Dienste hingegen in Galizien zunächst für die Bauern zu etwas günstigeren Bedingungen als in den anderen Kronländern, doch gerade dies trug dazu bei, dass der Strukturwandel in der Landwirtschaft aufgeschoben wurde (→ IV. B). Außerdem blieben die Beziehungen zwischen der galizischen Landbevölkerung und den adligen Gutsbesitzern nicht zuletzt aufgrund vielfältiger Auseinandersetzungen um die fortbestehenden Servituten (Schank-, Weide- und Holzgerechtigkeiten) spannungsreich.⁷⁷

⁷⁴ Vgl. auch ŁOZIŃSKI, B.: *Agenor hr. Gołuchowski w pierwszym okresie rządów swoich 1846–1859* [Graf Agenor Gołuchowski im ersten Zeitraum seiner Amtsführung 1846–1859]. Lwów 1901.

⁷⁵ BINDER: *Das ruthenische Pressewesen* (Anm. 49), 2096 f.

⁷⁶ ŚLIŹ, M.: *Galicyjscy żydzi na drodze do równouprawnienia 1848–1914. Aspekt prawny procesu emancypacji żydów w Galicji* [Die galizischen Juden auf dem Weg zur Gleichberechtigung 1848–1914. Der Rechtsaspekt der Judenemanzipation in Galizien]. Kraków 2006, 23–61; FRIEDMANN: *Juden* (Anm. 53), 68–188. Vgl. auch EISENBACH, A.: *Das galizische Judentum während des Völkerfrühlings und in der Zeit des Kampfes um seine Gleichberechtigung*. In: SCHUBERT, K. (Hg.): *Zur Geschichte der Juden in den östlichen Ländern der Habsburgermonarchie*. Eisenstadt 1980 (Studia Judaica Austriaca, 8), 75–92.

⁷⁷ STRUVE: *Bauern* (Anm. 16), 108–112; ŚLUSAREK: *Uwłaszczenie* (Anm. 17), 57–170; STAUTERHALSTED, K.: *The Nation in the Village. The Genesis of Peasant National Identity in Austrian Poland, 1848–1914*. Ithaca, NY 2001, 21–77; HIMKA: *Villagers* (Anm. 49), 36–58.

Nachwirkungen der Revolutionen

Die Ereignisse der 1840er Jahre hatten das revolutionäre Potential der Polnischen Frage (→ V. A) verdeutlicht – zugleich aber dessen Grenzen aufgezeigt. Solange das 1815 in Wien begründete europäische Mächtesystem (→ II. D) nicht nur polnische staatliche Unabhängigkeit, sondern auch jegliche politische Neuordnung verhinderte, verband die Forderung nach seiner Auflösung die polnische Nationalbewegung und die liberalen sowie demokratischen Kräfte Europas. Ein Zerbrechen des Mächtekonsenses und der Ausbruch eines Revolutionskrieges gegen Russland erwiesen sich aber schon wenige Wochen nach Beginn der Revolution in Preußen und Österreich als illusorisch.⁷⁸ Stattdessen wurde deutlich, dass beide Mächte in der Lage waren, durch partielles Eingehen auf unterschiedliche politische und soziale Forderungen den Konsens innerhalb der revolutionären Bewegung aufzuheben. In den polnischen Ländern unter preußischer und österreichischer Herrschaft zeigte sich nun, dass die Integrationsangebote der polnischen Nationalbewegung wichtige Teile der Bevölkerung nicht überzeugten. Die Möglichkeit relativ freier Organisation und Meinungsbildung führte in beiden Teilungsgebieten zu einer jeweils unterschiedlichen Ausdifferenzierung der politischen Landschaft, die bereits auf deren weitere Entwicklung nach der Reaktionsära vorauswies (→ IV. E/G).

In Galizien legten die Bauern mit ihrer Wendung gegen die adlig dominierte Nationalbewegung 1846 und ihrer eigenständigen Politik 1848 den Grundstein für die spätere starke Stellung einer unabhängigen politischen Bauernbewegung. Zudem entstand 1848 in Konkurrenz zur polnischen eine organisierte ukrainische Nationalbewegung und auch innerhalb der polnischen nationalen Organisationen zeigten sich bereits starke Risse zwischen konservativen, an einem Kompromiss mit der österreichischen Herrschaft orientierten und stärker auf eine Unabhängigkeit drängenden, demokratischen Kräften. Im preußischen Teilungsgebiet gelang es zwar einen Teil der Bauern in die polnische nationale Bewegung einzubinden, aber das städtische Bürgertum und die wohlhabenderen Bauern wendeten sich überwiegend preußisch konservativen oder deutsch nationalen Kräften zu. Vor allem das Vorherrschen der deutschen Sprache in diesen Bevölkerungsschichten und Versprechungen der preußischen Regierung sind als Gründe dafür anzuführen, aber auch das Fehlen überzeugender Integrationsangebote von Seiten der polnischen Eliten, die sich auf die Gewinnung von Adel und ärmeren Bauern für den Kampf um ein unabhängiges Polen konzentrierten oder sich für die langfristige Herausbildung eines neuen polnischen Mittelstandes einsetzten.

⁷⁸ Zu dieser Problematik grundlegend FELDMAN: *Sprawa* (Anm. 9). Vgl. auch HAHN, H. H.: *Das europäische Staatensystem in der Revolution 1848*. In: JAWORSKI/LUFT: 1848/49 (Anm. 1), 331–342; LISZKOWSKI, U.: *Russland und die Revolution von 1848/49. Prinzipien und Interessen*. In: ebd., 343–369.

Gemeinsam war beiden Teilungsgebieten der hohe Grad politischer Mobilisierung, die auch Teile der jüdischen Bevölkerung erfasste – in Galizien vor allem auf Seiten der polnischen, im Großherzogtum Posen und in Westpreußen vor allem auf Seiten der deutschen Bewegung. Frauen ermöglichte die Revolution – wie überall in Europa – kurzzeitig ebenfalls eine Beteiligung an den öffentlichen politischen Auseinandersetzungen und ein Aufbrechen von geschlechterspezifischen Rollenmustern.⁷⁹ Das Ausmaß der Mobilisierung von Frauen in den polnischen Gebieten während der Revolutionsjahre lässt sich auf Grundlage des derzeitigen Forschungsstandes allerdings schwer abschätzen. In Krakau und Lemberg wurden dem demokratischen Lager nahestehende Frauenvereine gegründet, die zum Teil die Revolution überdauerten.⁸⁰ Zu einem zentralen Presseorgan der galizischen Demokraten entwickelte sich die seit Beginn der 1840er Jahre herausgegebene Frauenzeitschrift *Dziennik Mód Paryskich* [Tagebuch Pariser Moden], in deren Redaktionsräumen auch der Zentrale Nationalrat gegründet wurde, und nach deren Schließung erschien 1849/50 sowie 1852/53 die bildungsorientierte Frauenzeitschrift *Wianki* [Kränze].⁸¹ In Posen entstand eine durch aristokratische Frauen dominierte Wohltätigkeitsgesellschaft (*Towarzystwo Dobroczyńności*), die 1854 in die Damengesellschaft St. Vincent von Paul (*Towarzystwo Pań Św. Wincenciego à Paulo*) umgewandelt wurde.⁸²

Auch wenn die politische Mobilisierung bereits 1849 wieder deutlich rückläufig war und im folgenden Jahrzehnt aufgrund staatlicher Restriktionen keine Neubelebung erfolgen konnte, hatte das Revolutionsjahr eine tiefgreifende Veränderung der Gesellschaften in den polnischen Teilungsgebieten Österreichs und Preußens eingeleitet. Die Erringung polnischer Unabhängigkeit auf dem Wege einer demokratischen und sozialen Revolution hatte sich hier zumindest vorläufig als undurchführbar erwiesen.

⁷⁹ Zu den verschiedenen Bedeutungsebenen der Beteiligung von Frauen an den Revolutionen in Europa vgl. HAUCH, G.: *Did Women Have a Revolution? Gender Battles in the European Revolution of 1848/49*. In: KÖRNER: 1848 (Anm. 2), 64–81; DIES.: *Frauenräume in der Männer-Revolution 1848*. In: DOWE/HAUPT/LANGEWIESCHE: Europa (Anm. 1), 841–900; TACKE, C.: *Geschlecht und Nation*. In: KEMLEIN, S. (Hg.): *Geschlecht und Nationalismus in Mittel- und Osteuropa 1848–1918*. Osnabrück 2000 (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau, 4), 15–32, hier 26f.

⁸⁰ FRAS: *Demokracy* (Anm. 48), 80, 109. Zur Situation in der ganzen Monarchie vgl. HAUCH, G.: »Arbeit, Recht und Sittlichkeit« – *Themen der Frauenbewegung in der Habsburgermonarchie*. In: RUMPLER, H./URBANITSCH, P. (Hg.): *Die Habsburgermonarchie 1848–1918*. Bd. 8: Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft. Teilbd. 1: Vereine, Parteien und Interessenverbände als Träger der politischen Partizipation. Wien 2006, 965–1003, hier 967–969.

⁸¹ DORMUS, K.: *Problematyka wychowawczo-oświatowa w prasie kobiecej zaboru austriackiego w latach 1826–1918* [Die Erziehungs- und Bildungsproblematik in der Frauenpresse des österreichischen Teilungsgebietes in den Jahren 1826–1918]. Warszawa 2006, 40–45.

⁸² MOTTY, M.: *Przechadzki po Mieście* [Spaziergänge durch die Stadt], bearb. von Z. H. GROT. Poznań 1999 (Ältere Ausgabe 1957, Erstdruck als Feuilletons in *Dziennik Poznański* 1888–91), Bd. 1, 26.

Nur im russischen Teilungsgebiet blieben die politischen und sozialen Bedingungen weitgehend unverändert.⁸³ Die russische Regierung hatte 1846 nach der Aufdeckung verschiedener konspirativer Verbindungen und angesichts vereinzelter lokaler Erhebungen unter dem Eindruck der Ereignisse in Galizien zwar eine Gesetzesinitiative zu einem verbesserten Bauernschutz gestartet, aber auf die europäische Revolutionswelle von 1848 reagierte sie allein mit verstärkten Repressionen. Die innenpolitische Stabilität, die das Imperium auf diesem Weg während der Revolutionsjahre bewahrte, ermöglichte nicht zuletzt die Intervention in Ungarn 1849. Eine Anpassung an die neuen Herausforderungen wurde damit allerdings verzögert, und die Folgen zeigten sich im Krimkrieg 1853–1856 und schließlich im polnischen Januaraufstand von 1863 (→ III. H).

⁸³ Zur Entwicklung in Russland insgesamt vgl. SAUNDERS, D.: *A Pyrrhic Victory: The Russian Empire in 1848*. In: EVANS/STRANDMANN: *Revolutions* (Anm. 1), 135–155; LISZKOWSKI: *Russland* (Anm. 78); THOMAS, L.: *Russische Reaktionen auf die Revolution von 1848 in Europa*. In: HARDTWIG: *Revolution* (Anm. 1), 240–259; NIFONTOV, A. S.: *Russland im Jahre 1848*. Berlin 1954 (russ. Orig. Moskva 1949). Zur Situation in den russischen Teilungsgebieten Polens vgl. MAKAROVA/FAL'KOVIČ: *Poľjaki* (Anm. 60), 281–295; FAJNHAUZ, D.: *Ruch konspiracyjny na Litwie i Białorusi 1846–1848* [Die Konspirationsbewegung in Litauen und Weißrussland 1846–1848]. Warszawa 1965; MINKOWSKA, A.: *Królestwo Polskie w latach 1844–1848* [Das Königreich Polen in den Jahren 1844–1848]. In: GAŚSIOROWSKA: *W stulecie* (Anm. 6), 347–389; MINKOWSKA, A.: *Organizacja spiskowa 1848 roku w królestwie polskim* [Die Geheimorganisation des Jahres 1848 im Königreich Polen]. Warszawa 1923 (Rozprawy historyczne Towarzystwa Naukowego Warszawskiego, 3.1).

G. Alte und neue Eliten – alte und neue Gesellschaftsentwürfe

VON TOMASZ KIZWALTER

In den letzten Jahrzehnten des Bestehens Polen-Litauens begannen sich die gesellschaftlichen Strukturen zunächst unmerklich, dann immer deutlicher zu verändern (→ Bd. 2, V. I). Das Leben der Bauern, die die überwältigende Mehrheit der Landesbewohner ausmachten, blieb zwar weiter im Rahmen der traditionellen Lebenswelt, doch innerhalb der höheren Schichten zeichneten sich Modernisierungsprozesse ab. Die traditionelle Ständegesellschaft nahm allmählich neue Züge an. Der Ausbau des Bildungssystems bewirkte, dass sich langsam Milieus herausbildeten, die in den kommenden Jahren gegenüber den alten Eliten zu einer konkurrierenden Kraft werden sollten. Die Rezeption von Ideen der europäischen Aufklärung setzte auch in der Gesellschaft Polens neue kreative Energien frei, und die bisherige adlige, häufig als »sarmatisch« bezeichnete Lebensart erhielt in Gestalt des »ausländischen« Lebensstils stärkere Konkurrenz als bisher. Die Modernisierung, wahrgenommen vor allem als eine Konfrontation des »Eigenen« und des »Fremden«, wurde zum Gegenstand ebenso zustimmender wie kritischer Reflexionen.¹

Der Untergang des polnisch-litauischen politischen Gemeinwesens beschleunigte die Veränderungen. Die Teilungsmächte waren schon nach den ersten beiden Teilungen darum bemüht gewesen, die neuen Gebiete zu integrieren. Nach 1795 umfassten die Unifizierungsmaßnahmen das gesamte Gebiet des alten Polen-Litauen (→ II. A). Diese Maßnahmen hatten in gewissem Umfang modernisierenden Charakter, doch handelte es sich um eine sehr begrenzte Modernisierung im Sinne bürokratischer Herrschaftsformen absoluter Monarchien, die zugleich bemüht waren, die Einflüsse des revolutionären und postrevolutionären Frankreich einzudämmen. Das Vordringen der napoleoni-

¹ MICHALSKI, J.: *Sarmatyzm a europeizacja Polski w XVIII wieku* [Sarmatismus und die Europäisierung Polens im 18. Jahrhundert]. In: STEFANOWSKA, Z. (Hg.): *Swojskość i cudzoziemszczyzna w dziejach kultury polskiej* [Das Eigene und das Fremde in der Geschichte der polnischen Kultur]. Warszawa 1973, 113–168; KLIMOWICZ, M.: *Cudzoziemszczyzna i rodzimość. Elementy kultury polskiej czasów Oświecenia* [Das Fremde und das Heimische. Elemente der polnischen Kultur der Aufklärungszeit]. In: ebd., 169–185. Eine allgemeine Charakteristik dieser Probleme für die Zeit von der Mitte des 18. bis zum Ende des 19. Jahrhunderts bei JEDLIŃSKI, J.: *A Suburb of Europe: Nineteenth-Century Polish Approaches to Western Civilization*. Budapest 1999 (poln. Orig. *Jakiej cywilizacji Polacy potrzebują?* Warszawa 1988). Eine kurze Präsentation der zeitgenössischen Polemiken bei WALICKI, A.: *Poland Between East and West: The Controversies over Self-Definition and Modernization in Partitioned Poland*. Cambridge, Mass. 1994.

schen Armeen nach Mittel- und Ostmitteleuropa vergrößerte die Chancen für eine Beschleunigung der Modernisierung. Grundlegende Bedeutung hatte die Errichtung des Herzogtums Warschau (→ II. C), obwohl man auch die Rolle der preußischen Reformen nicht ignorieren sollte.

Im Herzogtum Warschau kam es zu einer unmittelbaren Konfrontation der Adelskultur und der politischen Traditionen Polen-Litauens mit modernen Gesellschaftsentwürfen in der vom Frankreich Napoleons I. verbreiteten Version. Hugo Kołłątaj und Stanisław Staszic, die bedeutendsten politischen Schriftsteller jener Epoche und Hauptverfechter einer Reform Polen-Litauens, konnten im Rechts- und Verfassungssystem des Herzogtums die Erfüllung ihrer kühnsten Forderungen aus der Zeit des Vierjährigen Reichstages sehen (→ Bd. 2, V. F). Doch gab es auch unter den Reformbefürwortern nicht allzu viele Enthusiasten des neuen Systems, das schließlich von außen importiert worden war und im Widerspruch zu vielen tief verwurzelten Lebensgewohnheiten des Adels stand. Wenn es von einem bedeutenden Teil der politisch aktiven Gesellschaft akzeptiert wurde, so – abgesehen von der entscheidenden Präsenz der napoleonischen Armee – in der Hoffnung, dass Napoleon den vollständigen, d. h. in den Grenzen der Vorteilungszeit erfolgenden Wiederaufbau eines polnischen Staates ermöglichen werde. Der napoleonische Autoritarismus und die Bürokratisierung des Staates wurden zumeist als notwendiges Übel betrachtet – als der Preis, der für die Erfüllung der patriotischen Aspirationen gezahlt werden musste.

Die politischen Kontroversen jener Epoche besaßen jedoch einen tieferen, einen weltanschaulichen Aspekt, dessen Bedeutung über die Realpolitik des Herzogtums hinausging. Es ging hier um das Verhältnis zur Modernisierung, um deren Bewertung hinsichtlich der Folgen für die Moral und für die Identität der Polen. Für viele Gegner der neuen Ordnung war deren moralische Bewertung eindeutig: Sie sahen in ihr einen Ausdruck des Verfalls der Sitten und des Untergangs der Religiosität. Im öffentlichen Leben zeigte sich dies etwa am Konflikt zwischen der Regierung und der katholischen Kirche über die Einführung der Zivilehe und -scheidung oder am Kursieren von Legenden, die der Freimaurerei bedeutende negative Einflüsse zuschrieben. Die dabei zu Tage tretende traditionalistische Moralvorstellung glich zwar jener in anderen Teilen Europas, aber in der hier geäußerten Kritik an der Modernisierung zeigte sich auch spezifisch Polnisches, denn der Untergang Polen-Litauens hatte die Sensibilität für Fragen kultureller Souveränität verstärkt. Nach dem Verlust des eigenen Staates war die Angst vor kultureller »Überfremdung« gewachsen. Den Kritikern der Modernisierung antworteten deren Anhänger mit dem Verweis auf die Vorteile, die sich aus dem zivilisatorischen Fortschritt ergeben würden.

Mit der Zeit nahmen diese Polemiken neue Dimensionen an, doch erwiesen sich die schon zu Beginn des Jahrhunderts markierten Grundkonflikte als dauerhaft. Seit den 1820er Jahren zog die allmähliche Industrialisierung (→ III. B) mit ihren diversen Konsequenzen als Problem wachsende Aufmerksamkeit auf sich. Bis zur Mitte des Jahrhun-

derts drang dieses Thema bis in die Presse und die Populärliteratur vor, wobei sich die Diskussionsbeiträge zum großen Teil auf die Industrialisierungserfahrungen des Westens bezogen. Häufig wurde auch die Ansicht vertreten, dass der Ausbau der Industrie ein westeuropäisches, die polnischen Länder nicht betreffendes Phänomen sei. Polen, so wurde wiederholt gesagt, sei ein Agrarland und solle auch ein solches bleiben. Die Fürsprecher der Industrialisierung waren nicht zahlreich, verfügten aber zum Teil, wie der Finanzminister des Königreichs Polen Fürst Franciszek Ksawery Drucki-Lubecki, über großen Einfluss. Die Mehrheit der Befürworter wirtschaftlicher Entwicklung rief zur Modernisierung der Landwirtschaft auf. Hier war offenbar einerseits die Tradition des adligen Agrarismus von Bedeutung, andererseits die kritische Beobachtung des Verlaufs der Industrialisierungsprozesse und des Funktionierens der sich industrialisierenden Wirtschaft in Polen und in Westeuropa. Falsche Investitionen, Konjunkturschwankungen, Bankrotte und Finanzaffären – all das konnte die Abneigung gegenüber der Industrialisierung verstärken. Die industriellen Errungenschaften des Westens wurden bewundert, aber es wurde unterstrichen, dass sie mit der Armut des Proletariats, gesellschaftlichen Konflikten und moralischem Verfall ihre dunkle Seite hatten. Das letztgenannte Motiv spielte eine besonders wichtige Rolle im öffentlichen Diskurs: Die Moralisten beklagten, dass eine übermäßige Konzentration auf wirtschaftliche – industrielle wie landwirtschaftliche – Aktivitäten gleichbedeutend sei mit einem Kult des Geldes und mit der Aufgabe höherer, geistiger Werte sowie mit einer Erosion der nationalen Identität.

Die unterschiedlichen Bewertungen der Modernisierung wurden zu zentralen Elementen der von den intellektuellen Eliten entworfenen, konkurrierenden Zukunftsvisionen. Die Berufung auf Chancen oder Gefahren der Modernisierung erlaubte es, unter entsprechenden Bedingungen einen gewissen Einfluss in der Gesellschaft zu erlangen.

Polen-Litauen hatte ein Erbe hinterlassen, das den Charakter der im 19. Jahrhundert vollzogenen Veränderungen in erheblichem Maße bestimmte. Es blieben politische Eliten mit erheblichen Aspirationen zurück, welche die Vision von einem eigenen Staat in den Vorteilsgrenzen kultivierten, auch wenn die Unterordnung unter die neuen Machthaber viele zur Einschränkung, wenn nicht gar zur Aufgabe ihrer patriotischen Ambitionen veranlasste.² Unter dem Druck der Umstände waren auch stark patriotisch motivierte Aktivisten zu Kompromissen bereit. In den Jahren 1815–1830 ging praktisch das gesamte polnische Establishment von der Prämisse aus, dass es ein Gebot der politischen Vernunft sei, die Entscheidungen des Wiener Kongresses (→ II. D) zu akzeptieren. Als die politische Konjunktur jedoch günstig schien, lebten die zurückgestellten Forderungen nach einer Wiederherstellung polnischer Unabhängigkeit wieder auf.

² Detailliert über die politische Moral und die praktischen Positionen der Polen am Anfang des 19. Jahrhunderts: CZUBATY, J.: *Zasada »dwóch sumień«. Normy postępowania i granice kompromisu politycznego Polaków w sytuacjach wyboru (1795–1815)* [Das Prinzip der »zwei Gewissen«. Handlungsnormen und Grenzen des politischen Kompromisses der Polen in Wahlsituationen (1795–1815)]. Warszawa 2005.

Während der ersten Hälfte des Jahrhunderts gab es nicht viele Anzeichen für eine Schwächung der politischen Tradition Polen-Litauens. Noch zu Beginn der 1860er Jahre, während des Januaraufstandes, bildete sie weiterhin den Hauptbezugspunkt für die Vorstellungen von der künftigen territorialen Gestalt Polens. Es veränderte sich jedoch der strukturelle und gesellschaftliche Inhalt, den man mit solchen Vorstellungen verband, was sich zum Teil aus dem allgemeinen geistigen Klima in Europa erklärt, zum Teil aber auch aus den fortschreitenden Veränderungen innerhalb der polnischen Oberschichten. Die Richtung der Veränderung war jeweils ähnlich: die Exklusivität des politischen Führungsanspruches des landbesitzenden Adels wurde relativiert.

Man kann hier nicht von einem schnellen Prozess sprechen. Die grundbesitzenden adligen Eliten bewahrten noch um die Mitte des Jahrhunderts eine starke Position. Aber es war ihnen Konkurrenz erwachsen – die der *Inteligencja*, bestehend aus Menschen, die sich in der Regel im Einflussbereich der Adelskultur befanden, ihren eigenen politischen Gestaltungsanspruch aber aus ihrer Bildung ableiteten und damit die Adelskultur modifizierten und neu interpretierten.³

Verweist man auf die kulturelle Verselbständigung der *Inteligencja*, so ist zu beachten, dass es hier keineswegs um eine grundsätzliche soziale Abspaltung ging. In der Kultur der höheren Schichten konnten sich die spezifisch adligen Züge – das heißt die Berufung auf den elitären Ständestatus und das entsprechende Überlegenheitsgefühl – allmählich verwischen. Dennoch bewahrte sie eine Bindung an das agrarische, landadlig-bäuerliche Milieu. Obgleich Warschau, das 1830 etwa 140000 und 1861 etwa 230000 Einwohner zählte, ein wichtiges Zentrum des politischen und geistigen Lebens war, blieben die polnischen Länder insgesamt schwach urbanisiert. Die reale Bindung an die agrarische Sphäre erfuhr in der kollektiven Wahrnehmung noch eine Verstärkung. Im »imaginierten Polen«, der Schöpfung von Ideologen, Literaten und Malern, spielte die Stadt eine zweitrangige Rolle. An erster Stelle standen die ländlichen Adelshöfe und Bauernhütten. Die Städte in Nah und Fern wurden selten und ohne besondere Zuneigung, oft in sehr dunklen Farben, gezeichnet. Bekanntlich war das ablehnende Verhältnis zu den Städten kein alleiniges Merkmal agrarischer, wirtschaftlich unterentwickelter Gesellschaften. Es stellt vielmehr ein beständiges, uraltes Motiv der europäischen Kultur dar, das zur Zeit der modernen Urbanisierung besondere Bedeutung

³ Ein allgemeiner Abriss der Geschichte der *Inteligencja* im 19. Jahrhundert bei JEDLICKI, J. (Hg.): *A History of the Polish Intelligentsia*. Bd. 1: JANOWSKI, M.: *Birth of the Intelligentsia, 1750–1831*, Bd. 2: JEDLICKI, J.: *The Vicious Circle, 1832–1864*, Bd. 3: MICIŃSKA, M.: *At the Crossroads, 1865–1918*. Frankfurt am Main 2014 (poln. Orig. Warszawa 2008). Eine komparatistische Perspektive in: *Kultura i Społeczeństwo* 44 (2000), 2 (Sonderheft): *Historycy europejscy o inteligencji i intelektualistach* [Europäische Historiker über die Intelligenzschicht und Intellektuelle]. Zur unterschiedlichen Entwicklung von Bildungseliten in den verschiedenen Teilen Europas vgl. auch ŠPVIŽKOV, D. A.: *Das Zeitalter der Intelligenz. Zur vergleichenden Geschichte der Gebildeten in Europa bis zum Ersten Weltkrieg*. Göttingen 2006 (Synthesen, 3).

erlangte und sich sogar im Viktorianischen Großbritannien deutlich bemerkbar machte. In einer Gesellschaft wie der polnischen der ersten Hälfte des 19. Jahrhundert hatte die Kritik am Stadtleben zumindest zwei charakteristische Merkmale, die sich aus den lokalen Bedingungen ergaben. Erstens betraf sie eine Erscheinung, die sich sehr schwach entwickelte; zweitens war sie ein wesentlicher Teil jener Prozesse, in denen sich die kollektive Identität ausprägte, denn »städtisch« wurde zumeist mit »fremd« assoziiert.⁴

In der Historiographie des 20. Jahrhunderts und in der historischen Soziologie hat sich die Meinung gefestigt, dass die Urbanisierung und die mit ihr verbundene Entwicklung des Bürgertums eine notwendige Bedingung für einen angemessenen Verlauf der Modernisierung im 19. Jahrhundert gewesen sei. Angemessener Verlauf meint dabei im Wesentlichen Übereinstimmung mit dem westeuropäischen Modell des gesellschaftlichen Wandels. Es lässt sich aber keineswegs beweisen, dass dieses Modell ein universell gültiges Modernisierungsmuster repräsentierte. Sinnvoll erscheint es daher, von einer Parallelität verschiedener Entwicklungspfade zur Moderne auszugehen und die je besonderen wirtschaftlich-sozialen und mentalen Wandlungsprozesse im Einzelnen zu analysieren. Angesichts der Schwäche des Bürgertums im alten Polen-Litauen gingen Modernisierungsimpulse in hohem Maß von den aktivsten Gruppen unter den adligen Gutsbesitzern aus. Es ist klar, dass diesen an einer Modernisierung lag, die ihren Interessen entsprach, und im Einklang mit diesen Wünschen entwarfen sie eigene – manchmal recht bescheidene, manchmal sehr ehrgeizige – Agenden.

Die Möglichkeiten für breiter angelegte Aktivitäten in Richtung eines zivilisatorischen Wandels waren im Polen des 19. Jahrhunderts eng begrenzt. All jene, die bereit waren, ambitionierte Modernisierungsprojekte in Angriff zu nehmen, mussten mit den von den staatlichen Behörden auferlegten Einschränkungen rechnen und stießen schließlich auf unüberwindliche Barrieren. Die Teilungsmächte hatten ihre eigenen Vorstellungen von Modernisierung und ihre eigenen Agenden. Aus ihrer Sicht konnte das selbständige Vorgehen einer Gruppe von Untertanen, die praktisch nie politisches Vertrauen weckte, auf keine Unterstützung rechnen.

Neue Bedeutungen von Adel und die Entstehung der *Inteligencja*

Wenn in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Polen von »Adel« (*szlachta*) gesprochen wurde, dann zumeist verbunden mit der Annahme, dass diesem Begriff eine bestimmte Gesellschaftsrealität entspreche. Über den eigentlichen Inhalt dieser sozialen Kategorie existierten aber sehr verschiedene Vorstellungen, und diese Verschiedenheit

⁴ JEDLIČKI, J.: *Die entartete Welt. Die Kritiker der Moderne, ihre Ängste und Urteile*. Frankfurt am Main 2007 (poln. Orig. Warszawa 2000), 88–118; RYBICKA, E.: *Modernizowanie miasta. Zarys problematyki urbanistycznej w nowoczesnej literaturze polskiej* [Das Modernisieren der Stadt. Ein Abriss der Stadtplanungsproblematik in der modernen polnischen Literatur]. Kraków 2003, 33–80.

der Ansichten hat sich im Lauf der Zeit noch vertieft. Man kann davon ausgehen, dass der Terminus »Adel« nach dem Novemberaufstand in vier grundlegenden Bedeutungen gebraucht wurde: erstens konnte er Gutsbesitzer bezeichnen, zweitens Personen, die aus Adelsfamilien stammten, drittens Menschen, die eine »sarmatische« Tradition kultivierten, viertens diejenigen, denen offiziell die Adelsprivilegien zustanden.⁵ Die sich verstärkende Vieldeutigkeit des Begriffes ist ein Indiz dafür, dass sich seine soziale Realität verwischte. Die Tatsache, dass die Bezeichnung »Adel« häufig in Bezug auf die zeitgenössischen Verhältnisse benutzt wurde, deutet wiederum darauf hin, dass der Prozess dieser Verwischung langsam erfolgte. Mit anderen Worten, »Adeligkeit« verlor nicht an Bedeutung für die polnische Gesellschaft.

Die Krise des innerständischen Zusammenhalts des Geburtsadels hatte sich bereits während des Vierjährigen Reichstages bemerkbar gemacht, als der besitzlose Adel von der Teilnahme an den Landtagen ausgeschlossen wurde (→ Bd. 2, V F). Damals kamen die Definitionsprobleme, die den privilegierten Stand seit Jahrhunderten bewegten, voll zum Vorschein: Es musste eine Antwort auf die Frage gefunden werden, in welchem Maße die Geburt – oder, in besonderen Fällen, die Nobilitierung – und in welchem Maße der Landbesitz über die Zugehörigkeit zum Adelsstand und den Zugang zu dessen Privilegien entscheiden sollten. Zwar wurden unterschiedliche Antworten entworfen, doch zeichnete sich seit dem Ende des 18. Jahrhunderts deutlich die Tendenz ab, nur den grundbesitzenden Adel (*ziemiaństwo*) als den vollberechtigten, wahren Repräsentanten des Adels und als unangefochtene gesamtgesellschaftliche Elite zu betrachten.⁶

Diese Tendenz verstärkte sich nach der endgültigen Aufteilung Polen-Litauens noch weiter. Unter der Herrschaft der Teilungsmächte wurden Schritte unternommen, der ständischen Gemeinschaft adliger Gutsbesitzer eine zu den in Russland, Preußen oder auch Österreich herrschenden Gesellschaftsstrukturen passende Gestalt zu verleihen (→ II. A und III. C). Als dann im Jahre 1807 das Herzogtum Warschau entstand, wurden die polnischen höheren Gesellschaftsschichten zwar an der Regierung des Landes beteiligt, aber der Prozess der Adelstransformation stand nun stark unter dem Einfluss der napoleonischen Gesetzgebung. Die Verfassung des Herzogtums (→ II. C) erkannte einerseits den Begriff des Adelsstandes an, gestand dem Geburtsadel andererseits aber keine rechtlichen und ökonomischen, sondern nur politische Privilegien zu.⁷ Das Prinzip der ständischen Organisation der Gesellschaft wurde zwar nicht gänzlich

⁵ JEDLICKI, J.: *Klejnot i bariery społeczne. Przeobrażenia szlachectwa polskiego w schyłkowym okresie feudalizmu* [Adelszugehörigkeit und soziale Grenzen. Wandel polnischer Adeligkeit im ausgehenden Feudalismus]. Warszawa 1968, 247–251.

⁶ JEDLICKI, J.: *Szlachta* [Der Adel]. In: KULA, W./LESKIEWICZOWA, J. (Hg.): *Przemiany społeczne w Królestwie Polskim 1815–1864* [Die gesellschaftlichen Veränderungen im Königreich Polen 1815–1864]. Wrocław 1979, 27–56, hier 27 f.

⁷ Ebd., 30; JEDLICKI: *Klejnot* (Anm. 5), 226 f.

verworfen, doch man schob es entschieden in den Hintergrund. In dieser Situation zeichnete sich im Herzogtum Warschau eine deutliche Spannung zwischen den importierten Institutionen und den örtlichen Gesellschaftsstrukturen, traditionellen Wertesystemen sowie tief verwurzelten Verhaltensmustern ab.⁸

Im Allgemeinen kann man sagen, dass sich dieser Spannungszustand eher durch die Anpassung des Rechts an die gesellschaftlichen Strukturen als umgekehrt auswirkte.⁹ Der Adel, auch wenn man einschränkend hinzufügen muss, der grundbesitzende Teil des Adels, behielt seine dominierende Stellung im öffentlichen Leben. Daran änderte sich auch im 1815 gebildeten, mit Russland in Personalunion verbundenen, konstitutionellen Königreich Polen nichts (→ III. A). Das bedeutete jedoch keineswegs, dass niemand versucht hätte, die Dominanz des grundbesitzenden Adels in Frage zu stellen. Vielmehr führten die Modernisierungsprozesse um 1800 zur Herausbildung einer mit dem gutsbesitzenden Adel um den gesellschaftlichen Führungsanspruch konkurrierenden sozialen Schicht: der *Inteligencja*.

Modernisierungsprozesse hatten sich im Polen-Litauen der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts in drei Hauptbereichen abgezeichnet: auf dem Gebiet der Meinungsbildung, im Bereich von Verfassung und Verwaltung sowie in der Bildung. Im ersten Fall ging es um die Herausbildung eines Systems zur Verbreitung des gedruckten Wortes; im zweiten um den Aufbau eines relativ zentralisierten Staatsapparates; im dritten um die Übernahme der Erziehung durch weltliche Institutionen und ihre Unterstellung unter die Kontrolle des Staates. All diese Veränderungen führten zur Entstehung eines Arbeitsmarktes für Menschen, die über entsprechende Fähigkeiten und Qualifikationen verfügten. Auf diese Weise begann sich ein Milieu von »Geistesarbeitern« zu formieren, das als Vorläufer der polnischen *Inteligencja* bezeichnet werden kann.¹⁰

Zur Zeit der Auflösung Polen-Litauens war der berufliche Status der über eine höhere Bildung verfügenden Personen in der Regel noch sehr fließend; die vollständige und dauerhafte Bindung an irgendeinen Beruf war damals eine Seltenheit. Die Gesellschaft war stark fragmentiert, und es lassen sich in dieser Zeit keinerlei Anzeichen einer kol-

⁸ LEŚNODORSKI, B.: *Jakobini wobec zagadnień wzrostu i wspólnoty politycznej w Księstwie Warszawskim* [Die Haltung der Jakobiner zur Problematik von Wachstums und politischer Gemeinschaft im Herzogtum Warschau]. In: *Studia historyczne. Księga jubileuszowa z okazji rocznicy urodzin prof. dra Stanisława Arnolda* [Historische Studien. Festschrift für Prof. Dr. Stanisław Arnold zum Geburtstag]. Warszawa 1965, 260–272; MYCIELSKI, M.: »*Miasto ma mieszkańców, wieś obywateli*«. *Kajetana Koźmiana koncepcje wspólnoty politycznej (do 1830 roku)* [»Die Stadt hat Einwohner, das Land Bürger«. Kajetan Koźmians Konzeptionen der politischen Gemeinschaft (bis zum Jahr 1830)]. Wrocław 2004, 324 f.

⁹ JEDLICKI: *Szlachta* (Anm. 6), 30 f.

¹⁰ ZIENKOWSKA, K.: *O prekursorach inteligencji polskiej uwag kilka* [Einige Bemerkungen über die Vorläufer der polnischen *Inteligencja*]. In: CZEPULIS-RASTENIS, R. (Hg.): *Inteligencja polska XIX i XX wieku. Studia* [Die polnische *Inteligencja* des 19. und 20. Jahrhunderts. Studien]. Bd. 5. Warszawa 1987, 9–31, hier 14–30.

lektiven Identität professioneller Gruppen erkennen. Dieser Zustand begann sich erst im Herzogtum Warschau zu ändern, als die Beschleunigung von Modernisierungsprozessen Bedingungen schuf, die der Formierung der *Inteligencja* als sozialer Schicht förderlich waren. Die schnell ausgebaute Staatsverwaltung und die neuen Bildungsinstitutionen benötigten gut ausgebildete Fachleute. Das Erbe des Herzogtums in diesem Bereich wurde vom Königreich Polen übernommen.¹¹

Für die ersten Jahren des Königreichs lässt sich die Gruppe derjenigen, die ihren Erwerb vor allem ihrer Bildung verdankten, auf etwa 10 000 Personen schätzen, für die frühen 1860er Jahre auf etwa 15 000 (was damals knapp 1 % der erwerbstätigen Bevölkerung entsprach). Diesen Schätzungen zufolge stellten in den Jahren 1815–1820 Staatsbeamte 30 % der Gesamtzahl der geistig Berufstätigen, der katholische Klerus 25 %, Angestellte im privaten Sektor 10 %, Lehrer 15 %, Gutsverwalter 8 %, Musiker und Schauspieler 5 %, Apotheker 2,5 % und Ärzte 2 %. In den Jahren 1860–1862 waren es 37,3 % Staatsbeamte, 17 % katholischer Kleriker, 16,2 % Angestellte im privaten Sektor, 10,3 % Gutsverwalter, 8,3 % Lehrer, 3,4 % Ärzte und 2,8 % Ingenieure und Architekten.¹²

Die von den verfassungsrechtlichen Veränderungen beförderten ersten Anzeichen einer Emanzipation des Milieus der *Inteligencja* stifteten Unruhe unter den traditionellen Eliten, den adligen Gutsbesitzern. Bereits zur Zeit des Vierjährigen Reichstages waren Stimmen laut geworden, dass die »Schreiber« die »größten Feinde des eigenen Vaterlandes« seien. Unter dem Einfluss der Nachrichten aus dem revolutionären Frankreich und der heimischen Erfahrungen des Kościuszko-Aufstandes entstand das Stereotyp des gefährlichen Demagogen, eines »schreibenden Besserwissers« (*mędrka piśmiennego*), der rücksichtslos eigene Ziele verfolge und geschickt die Leidenschaft des »dunklen Pöbels und gemeinen Volkes« (*thuszczy ciemnej i gminu*) auszunutzen verstehe. Bildung galt dabei als ein zweifelhafter Vorteil: der »Besserwisser«, raffiniert und schreibgewandt, wurde als ein nur scheinbar gebildeter und vor allem als demoralisierter Mensch betrachtet. Man sah in ihm ein mit gefährlichen Fähigkeiten ausgestattetes Individuum, das die bestehende Ordnung zu stürzen versucht, um die Herrschaft an sich zu reißen.¹³

Angesichts der Schwäche des damaligen polnischen Radikalismus waren dies mit Sicherheit übertriebene Befürchtungen. Sie zeigen jedoch, dass in der Gesellschaft des grundbesitzenden Adels eine neue Erscheinung bemerkt wurde, die nicht in die bishe-

¹¹ CZEPULIS-RASTENIS, R.: *Inteligencja* [Die *Inteligencja*]. In: KULA/LESKIEWICZOWA: *Przemiany* (Anm. 6), 325–344, hier 325 f.

¹² Ebd., 337 f.

¹³ KIZWALTER, T.: *Początki inteligentckiej samoświadomości – między jakobinizmem a oświeconą zachowawczością (zarys problematyki)* [Die Anfänge des Selbstbewußtseins der *Inteligencja* – zwischen Jakobinismus und aufgeklärtem Konservatismus (Abriss der Problematik)]. In: CZEPULIS-RASTENIS: *Inteligencja* (Anm. 10), Bd. 6. Warszawa 1991, 9–26, hier 10.

rigen Verhältnisse passte. Als im Frühjahr 1807 eine Gruppe reformfreudiger Aktivisten eine Pressediskussion über die Frage in Gang setzte, in welchem Zustand sich die polnischen Gebiete befänden und welche Veränderungen das Land brauche, zeigten sich erste, noch vereinzelte Zeugnisse dafür, dass in den Kreisen der neuen Bildungsschicht über den eigenen Platz in der Gesellschaft nachgedacht wurde. In Briefen, die die *Gazeta Warszawska* [Warschauer Zeitung] publizierte,¹⁴ wurde angeregt, dass Menschen, die sich durch Wissen und Talente auszeichnen, entscheidenden Einfluss auf das öffentliche Leben erlangen sollten. Das war freilich keine Tendenz, die in der öffentlichen Diskussion dominierte, vielmehr überwog eine gemäßigte Tonart, ohne radikale Akzente. Auch die Aktivisten einer Reform stellten die Stellung des traditionellen Establishments nicht grundsätzlich in Frage.¹⁵

Die politische Zurückhaltung der sich formierenden *Inteligencja* dämpfte die Abneigung des grundbesitzenden Adels ihr gegenüber nur in geringem Maße. Es ist bezeichnend, dass auch in den Westgouvernements des russischen Imperiums der grundbesitzende Adel die aus heutiger Sicht sehr moderaten Bestrebungen der dortigen Bildungsschicht, ein gewisses Maß an Unabhängigkeit zu erlangen, mit großem Misstrauen beobachtete.¹⁶ Im Herzogtum Warschau kamen zu den Ängsten vor möglichen radikalen Plänen der Intellektuellen auch starke antibürokratische Ressentiments. Die wachsende Beamtenzahl ging einher mit einer deutlichen Professionalisierung ihrer Tätigkeiten, was mit der Tradition des politischen Systems Polen-Litauens nicht im Einklang stand. Auch vor den Teilungen war eine Amtstätigkeit zwar häufig mit beträchtlichen Einkünften verbunden gewesen, allerdings nicht in Gestalt regulärer Gehaltszahlungen für exakt bezeichnete Funktionen. Im Adel war die Überzeugung tief

¹⁴ Als Sammlung publiziert unter dem Titel *Korespondencya w materyach obraz kraiu i narodu polskiego rozjaśniających* [Korrespondenz zu Problemen, die das Bild des Landes und der polnischen Nation erhellen], hg. von J. K. SZANIAWSKI. Warszawa 1807.

¹⁵ KIZWALTER: *Początki* (Anm. 13), 11–17; GROCHULSKA, B.: *Lewica wobec Napoleona w świetle »Korespondencji w materiach obraz kraju i narodu polskiego rozjaśniających«* [Die Linke und Napoleon im Lichte der »Korrespondenz zu Problemen, die das Bild des Landes und der polnischen Nation erhellen«]. In: *Francja – Polska XVIII–XIX w. Studia z dziejów kultury i polityki poświęcone Profesorowi Andrzejowi Zahorskiemu w sześćdziesiątą rocznicę urodzin* [Frankreich – Polen im 18.–19. Jahrhundert. Studien zur Geschichte der Kultur und Politik gewidmet Professor Andrzej Zahorski zum 60. Geburtstag]. Warszawa 1983, 62–69.

¹⁶ BEAUVOIS, D.: *Inteligencja bez wyjścia: wiedza a przywileje społeczne w Wileńskim Okręgu Szkolnym (1803–1832)* [Inteligencja ohne Ausweg: Wissen und gesellschaftlichen Privilegien im Wilnaer Schulbezirk (1803–1832)]. In: CZEPULIS-RASTENIS, R. (Hg.): *Inteligencja polska pod zabarami. Studia* [Die polnische *Inteligencja* in der Teilungszeit. Studien]. Warszawa 1978, 11–64, hier 12–64; DERS.: *Lumières et société en Europe de l'Est: l'Université de Vilna et écoles polonaises de l'Empire russe 1803–1832*. Paris 1977 (erweiterte poln. Ausgabe: *Wilno – polska stolica kulturalna zaboru rosyjskiego 1803–1832* [Wilna – die polnische Kulturhauptstadt des russischen Teilungsgebietes 1803–1832]. Wrocław 2010), passim.

verwurzelt, dass nur materiell unabhängige Landbesitzer pflichtbewusste Beamte sein könnten. Wohlstand sollte davor schützen, äußerem Druck zu erliegen und das Amt als Mittel der Bereicherung anzusehen; der Besitz eines Gutes sollte die Fähigkeit, Verantwortung zu übernehmen, garantieren.¹⁷

Im Herzogtum Warschau wurden Amtstätigkeiten für einen bedeutenden Teil der in der Verwaltung Beschäftigten zur einzigen Quelle des Lebensunterhalts – zu einem Beruf. Dies führte beim grundbesitzenden Adel, der die politische Einflussnahme der Bürokratie und deren materiellen Begehrlichkeiten am meisten fürchtete, zu negativen Reaktionen. In der Publizistik des Adels erschienen düstere Visionen einer Verdrängung der bisherigen Eliten durch Berufsbeamte und eine bunte Schar von Emporkömmlingen und Karrieristen.¹⁸

Diese Kontroversen zwischen Grundbesitzern und Bildungseliten wurden vornehmlich innerhalb der Adelsgesellschaft ausgetragen, da auch die neuen Bildungseliten größtenteils adliger Herkunft waren. Das schon seit Jahrhunderten anhaltende Anwachsen des zum Adel und damit zum privilegierten Stand gehörenden Bevölkerungsteils war bereits seit längerem von manchen Beobachtern mit Sorge betrachtet worden.¹⁹ Als die Adelsgemeinschaft allmählich an sozialer Kontur verlor, boten die Modernisierungsprozesse verarmten Adligen und ihren Nachkommen neue Erwerbsmöglichkeiten durch Aufnahme einer Beamten-tätigkeit. Neben ihnen wirkten in der Verwaltung auch Söhne von Stadtbürgern; nur sporadisch traf man auf Beamte bäuerlicher und jüdischer Herkunft. Die niedrigeren Beamten stammten in der Regel aus dem Kleinadel sowie dem städtischen Bürgertum und für sie wurde die Kanzleiarbeit zum Beruf, wodurch sie auch in den Fokus der Kritik des grundbesitzenden Adels gerieten. Höhere Leitungspositionen blieben hingegen unverändert wohlhabenden adligen Gutsbesitzern vorbehalten, deren Bindung an die Amtstätigkeiten aufgrund ihrer materiellen Unabhängigkeit zumeist lockerer blieb. Die höheren Beamten sollten daher nicht als eine Berufsgruppe und als ein integraler Teil der *Inteligencja* angesehen werden, sondern eher als politische und intellektuelle Elite des grundbesitzenden Adels.²⁰

In der Zeit des konstitutionellen Königreichs traten mit dem Wachstum der Schicht der *Inteligencja* konkrete, wenn auch stets eher schwache Bestrebungen nach Emanzipation von der Dominanz der adligen Gutsbesitzer zutage. So sehr in der Zeit des alten

¹⁷ KULA, W.: *Udział we władzy* [Die Beteiligung an der Regierung]. In: KULA/LESKIEWICZOWA: *Przemiany* (Anm. 6), 405–419, hier 407 f. Vgl. auch KRAFT, C.: *Das »Staatlich-Administrative« als Feld von Aushandlungsprozessen zwischen alten und neuen polnischen Eliten Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts*. In: HOLSTE, K./HÜCHTKER, D./MÜLLER, M. G. (Hg.): *Aufsteigen und Obenbleiben in europäischen Gesellschaften des 19. Jahrhunderts. Akteure – Arenen – Aushandlungsprozesse*. Berlin 2009, 21–47.

¹⁸ KIZWALTER: *Początki* (Anm. 13), 21 f.; MYCIELSKI: *»Miasto ...«* (Anm. 8), 326–328.

¹⁹ JEDLIKI: *Klejnot* (Anm. 5), 30–74.

²⁰ CZEPULIS-RASTENIS: *Inteligencja* (Anm. 11), 326 f.

Polen-Litauen die übergroße Zahl Adliger als Problem wahrgenommen wurde, so deutlich zeichnete sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts das Problem ab, dass die Schicht der *Inteligencja* sich rasch vergrößerte, ohne dass ihre gesellschaftliche Position und ihr materielles Auskommen gesichert gewesen wären. Gut ausgebildete Vertreter der jungen Generation hatten oft Schwierigkeiten, eine ihren Qualifikationen und Ansprüchen entsprechende Beschäftigung zu finden, da der Bildungsbereich sich schneller entwickelte als jene Bereiche, die den Absolventen eine Beschäftigung bieten konnten. Dies war für Gesellschaften am Anfang der Modernisierung durchaus typisch – ebenso, dass die damit einhergehenden sozialen Spannungen oft zum Nährboden oppositioneller Bewegungen wurden.²¹

Der grundbesitzende Adel und die *Inteligencja*: Politische Konfrontationen

Die Atmosphäre, die nach dem Wiener Kongress in Europa herrschte, beförderte die Unzufriedenheit der jungen Generation. Viele ehrgeizige Studenten und Offiziere niedrigen Ranges waren der Überzeugung, dass eine Stagnation eingetreten sei, die von der älteren Generation der Oberschicht wachsam konserviert werde. Auch im Königreich Polen sah ein großer Teil der Jugend keine vielversprechenden Perspektiven für sich, denn die Chancen auf eine zivile oder militärische Karriere wurden – nicht zu Unrecht – als gering eingeschätzt. Angesichts der politischen Entwicklungen verband sich dieses Gefühl blockierter individueller Aufstiegsmöglichkeiten mit den allmählich wachsenden Enttäuschungen der patriotischen Erwartungen. Den adligen Eliten erschien das Königreich hingegen mehrheitlich als eine unter den gegebenen Umständen zufriedenstellende, wenn auch mit Sicherheit unvollkommene Lösung. Im politisch aktivsten Teil der jungen *Inteligencja* weckte das System, mit dem sich das einheimische Establishment verbunden hatte, in dieser Hinsicht hingegen immer größere Zweifel. Die oppositionelle Einstellung der sich formierenden Bildungseliten fand ihren unmittelbaren politischen Ausdruck in Gestalt geheimer Gesellschaften, die in Militär- und Studentenkreisen entstanden. Zugleich bildete die Abneigung gegen die politischen Realitäten, die nach dem Wiener Kongress eingetreten war, einen der bestimmenden Faktoren für den Charakter des künstlerischen Schaffens der polnischen Romantiker.²²

²¹ JEDLICKI: *Suburb* (Anm. 1), 173 f.

²² ŚLIWOWSKA, W.: *Udział w ruchu niepodległościowym* [Die Teilnahme an der Unabhängigkeitsbewegung]. In: KULA/LESKIEWICZOWA: *Przemiany* (Anm. 6), 421–462, hier 421–427; JANION, M.: *Gorączka romantyczna* [Das romantische Fieber]. Warszawa 1975, 28–47; KIZWALTER, T.: *Walka romantyków z klasykami – światopoglądowe i polityczne aspekty sporu literackiego* [Der Kampf der Romantiker mit den Klassikern – weltanschauliche und politische Aspekte des literarischen Streites]. In: *Przegląd Humanistyczny* 27 (1983), 139–145.

Der Novemberaufstand (→ III. D) wurde zum Test für die konkurrierenden Kräfte in der politisch-weltanschaulichen Orientierung. Die jungen Verschwörer initiierten eine aufständische Bewegung, die so viel Schwung aufnahm, dass es ungeachtet der Anstrengungen der Regierung des Königreichs keine Mittel gab, sie zu befrieden und zum früheren Zustand zurückzukehren. Die Verschwörer waren jedoch nicht nur nicht im Stande, sondern hatten nicht einmal die Absicht, die eigentliche Führung des Aufstandes zu übernehmen. Piotr Wysocki, ein Organisator der Verschwörung in der Offizierschule von 1830, meinte, dass die »niemandem bekannten jungen Offiziere nicht das moralische Recht haben, die Regierung zu stellen« (*nieznani nikomu młodzi oficerowie nie mają moralnego prawa do ustanawiania władzy*). Seiner Überzeugung nach bestand die Aufgabe der Konspiration lediglich darin, den Kampf zu beginnen, den dann Politiker mit anerkannter Autorität, »ausgezeichnete Staatsbürger des Landes« (*znakomici obywatele kraju*), anführen müssten.²³

Unter diesen Umständen sicherten sich im Dezember 1830 die Vertreter der adligen Oberschicht ohne große Schwierigkeiten die Kontrolle über den Verlauf der Ereignisse im Königreich. Das sollte bis zum Ende des Aufstandes so bleiben, auch wenn der radikale Teil der Aktivisten aus der *Inteligencja* mit verschiedenen Mitteln versuchte, Druck auf die Regierung auszuüben. Das Scheitern dieser Bemühungen belegt die Stärke der traditionellen Eliten. Erst die auf den Zusammenbruch des Aufstandes folgende Emigration (→ III. E) schuf die Bedingungen dafür, dass die historische Rolle eines Adelsgeschlechts für die Position seiner Angehörigen im politischen Leben an Bedeutung verlor.

Der Niederlage des Aufstandes folgte eine Welle von Anschuldigungen gegen die zivilen und militärischen Amtsträger, die deren Autorität schwächte. Die Stimmung der Emigranten radikalisierte sich, was durch die Loslösung von den zahlreichen Abhängigkeiten im Heimatland, durch das Gefühl der Entfremdung am neuen Aufenthaltsort, durch die Tendenz zur Bildung geschlossener Emigrantengruppen und durch materielle Schwierigkeiten noch begünstigt wurde. Die Emigrationsexistenz verringerte die Distanz zwischen den Menschen, die »niemandem bekannt« waren, und den »ausgezeichneten Bürgern«. In der Konsequenz wuchs die Bedeutung der politischen Eliten, die aus dem Milieu der aufständischen Radikalen stammten und die traditionellen Autoritäten ablehnten, schnell. Adam Jerzy Czartoryski gelang es zwar auch deshalb, eines der Hauptzentren der politischen Emigration zu organisieren, weil er auf das in der Familientradition wurzelnde und weiter anhaltende Prestige seines Geschlechtes rekurrieren konnte. Aber die Beschäftigung mit Politik wurde allmählich zu einem Beruf, der auch von Menschen bescheidenerer Herkunft ausgeübt wurde, die von den »Vätern der Nation« unabhängig waren und häufig scharf gegen diese auftraten.

²³ ŚLIWOWSKA: *Udział* (Anm. 22), 427–429 – dort auch die Zitate.

Unterdessen bewirkten in der Heimat die Aufhebung der Autonomierechte des Königreichs Polen und der repressive politische Kurs in der sogenannten Paskevič-Ära, dass Polen jegliche Möglichkeit einer legalen politischen Tätigkeit verloren. Der Einfluss des Aufstandes machte sich auch in den übrigen Teilungsgebieten bemerkbar, also in Preußen, Österreich und in der Freien Stadt Krakau. Für deren Regierungen zeugten der Aufstand im Königreich und die Beteiligung von Freiwilligen aus allen Teilungsgebieten von einer fortwährenden, gefährlichen Verbundenheit der Adelselite mit der politischen Tradition Polen-Litauens. Dort, wo die traditionellen polnischen Eliten bis dahin in unterschiedlichem Maße am öffentlichen Leben hatten teilhaben können, wurde nun die Möglichkeit einer solchen Partizipation grundlegend beschränkt. Der grundbesitzende Adel wurde zu einer weitreichenden Revision seiner politischen Ansprüche gezwungen, blieb aber – obgleich nun selbst einer bescheidenen Teilhabe an der politischen Macht beraubt – weiter die bestimmende gesellschaftliche Kraft.²⁴

Seine führenden Vertreter waren sich dieser Position bewusst und beabsichtigten auch unter den neuen Bedingungen nicht, auf ihre Führungsrolle in der Gesellschaft zu verzichten. Unter Mitwirkung von Adam Jerzy Czartoryski und der in der Emigration um ihn versammelten Aktivisten wurde an einem Programm gearbeitet, das den alten Eliten eine Verwirklichung ihrer nicht erloschenen Ambitionen erlauben sollte. Graf Andrzej Zamoyski, eine Autorität des grundbesitzenden Adels im Königreich Polen, notierte 1851 bei der Niederschrift seiner Erinnerungen an den Novemberaufstand, er sei überzeugt von der »Idee, dass der Adel sich heute an die Spitze der das Land betreffenden Verbesserungen stellen sollte, wenn man ihn schon anderer Beschäftigung beraubt habe.«²⁵ »Adel« bedeutete hier »Aristokratie«, die über großen Grundbesitz verfügende Adelselite. Seit Beginn der 1840er Jahre organisierte Zamoyski zusammen mit einem Kreis von Mitarbeitern auf seinem Gut in Klemensów Zusammenkünfte für den grundbesitzenden Adel und gab die *Roczniki Gospodarstwa Krajowego* [Jahrbücher der einheimischen Wirtschaft] heraus.²⁶ Die Klemensianer – wie man diese Gruppie-

²⁴ MÜLLER, M. G.: *Adel und Elitenwandel in Ostmitteleuropa. Fragen an die polnische Adelsgeschichte im ausgehenden 18. und 19. Jahrhundert*. In: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 50 (2001), 497–513.

²⁵ ZAMOYSKI, A.: *Moje przeprawy. Pamiętnik Andrzeja Zamoyskiego o czasach Powstania Listopadowego (1830–1831)* [Meine Auseinandersetzungen. Die Erinnerungen Andrzej Zamoyskis an die Zeiten des Novemberaufstandes], hg. von A. KRAUSHAR. Bd. 1. Kraków 1906, 36 f.: »[...] l'idée que la noblesse doit aujourd'hui se mettre à la tête d'améliorations intéressantes pour le pays, privée qu'elle est d'autre emploi [...]«.

²⁶ Zu Zamoyski und den Klemensianern vgl. KIENIEWICZ, S.: *Między ugodą a rewolucją (Andrzej Zamoyski w latach 1861–62)* [Zwischen Ausgleich und Revolution (Andrzej Zamoyski in den Jahren 1861–62)]. Warszawa 1962, 17; KIZWALTER, T.: »Nowatorstwo i rutyny«. *Spółczesność Królestwa Polskiego wobec procesów modernizacji (1840–1863)* [»Neuerung und Routinen«. Die Gesellschaft des Königreichs Polen gegenüber den Modernisierungsprozessen]. Warszawa 1991, 152–155.

nung nannte – betonten, dass die wohlhabenden adligen Gutsbesitzer, die über entsprechende materielle Mittel verfügten und gleichzeitig eine jahrhundertealte Tradition gesellschaftlicher Führung repräsentierten, in einer Zeit der Veränderungen dazu prädestiniert seien, der Allgemeinheit die Richtungen und Methoden der Entwicklung aufzuzeigen. Entwicklung (*rozwój*) wurde für die Klemensianer eine Schlüsselfrage. Zamoyski und seine Mitarbeiter gingen von der Prämisse aus, dass in einer sich verändernden Welt eine Schlüsselkompetenz darin liege, diesen Wandel zu lenken. Es ging darum, dass sich die Gesellschaft in Übereinstimmung mit den Vorstellungen und Interessen des grundbesitzenden Adels entwickeln sollte. Das Ideal der Klemensianer war ein »langsamer, aber sicherer Fortschritt«, ohne unheilvolle »Sprünge« und unter aktiver Beteiligung sowie politischer Kontrolle der Aristokratie.²⁷

Unter den polnischen Bedingungen unterlagen solche Bestrebungen grundlegenden Einschränkungen. Denn die Klemensianer konnten in der Praxis nur Maßnahmen zur Modernisierung der eigenen, adligen Güter fördern. Zamoyski war zwar bemüht, seinen wirtschaftlichen Aktivitäten eine öffentliche Dimension zu verleihen, jedoch waren dem in der Paskevič-Ära enge Grenzen gesetzt. Eine grundsätzliche Lösung der Agrarfrage lag in der Kompetenz der russischen Behörden, die sich aber Reformideen gegenüber abgeneigt zeigten – umso mehr, wenn die Initiativen zu Veränderungen von polnischer Seite kamen. Aber auch unter den polnischen Gutsbesitzern selbst wurden die Modernisierungskonzepte der Klemensianer, darunter die Abschaffung der Fronarbeit, im Allgemeinen skeptisch aufgenommen. Vor allem die weniger Wohlhabenden meinten, dass eine Ablösung des Systems der bäuerlichen Dienste eine zu heftige Erschütterung für ihre Güter wäre. Zu den Einwänden praktischer Natur kamen ideologische Einsprüche: Die Modernisierung wurde vielfach als eine Bedrohung der Adelstradition und überhaupt der Fundamente polnischer nationaler Identität angesehen.²⁸

Die adligen Reformer aus dem Königreich hielten die in Preußen durchgeführten Reformen (→ III. B) für ein gutes Vorbild für die Lösung der Agrarfrage. Das im Jahre 1823 erlassene Regulierungsgesetz für das Großherzogtum Posen, das die Voraussetzungen für tiefgreifende Veränderungen in der Agrarordnung schuf, hatte den dortigen Gutsbesitzern zugleich ermöglicht, ihre starke gesellschaftliche Position zu behalten. Mehr noch, die emanzipierten Bauern entwickelten ihrerseits ein Interesse an der Mitarbeit in den von Gutsbesitzern organisierten Initiativen. Der traditionelle Antagonis-

²⁷ CZEPULIS, R.: *Myśl społeczna twórców Towarzystwa Rolniczego (1842–1861)* [Die Gesellschaftsvorstellung der Gründer des Landwirtschaftsvereins (1842–1861)]. Wrocław 1964; JEDLICKI, J.: *Obozy ideowe Królestwa wobec zmian społecznych* [Die ideologischen Lager des Königreiches angesichts des sozialen Wandels]. In: KULA/LESKIEWICZOWA: *Przemiany* (Anm. 6), 463–496, hier 474–481; KIZWALTER: »Nowatorstwo« (Anm. 26), 50–89; DERS.: *Polish Landed Gentry of the Mid-19th Century and Modernization*. In: *Acta Poloniae Historica* 62 (1990), 135–169.

²⁸ JEDLICKI: *Obozy* (Anm. 27), 465–473; JEDLICKI: *Suburb* (Anm. 1), 140–165; KIZWALTER: »Nowatorstwo« (Anm. 26), 99–151.

mus zwischen Dorf und Gut nahm allmählich ab, da Bauern und Gutsbesitzer sich gleichermaßen der Herausforderung stellen mussten, ihr Land effizient zu bewirtschaften. Das 1835 in Gostyń gegründete *Kasyno*, ein Landadelsklub, der sich die Popularisierung landwirtschaftlichen Wissens zur Aufgabe machte, wurde zu einem Vorbild für andere Unternehmungen dieser Art.²⁹

In den 1840er Jahren begann man im Großherzogtum Posen von »organischer Arbeit« zu sprechen und meinte damit eine legale, apolitische Aktivität, die das Zivilisationsniveau der polnischen Gesellschaft anheben und gleichzeitig die nationale Gemeinschaft stärken sollte. Der Begriff der »organischen Arbeit« suggerierte ziemlich deutlich, dass den Initiatoren dieser Aktivitäten eine harmonische Zusammenarbeit der verschiedenen Gesellschaftsschichten vorschwebte. Der Philosoph und Ökonom August Cieszkowski, der sich um eine theoretische Fundierung des praktischen Programms bemühte, schrieb in einem Artikel von 1843 über die Notwendigkeit einer »organischen Verbindung der Bestrebungen«, d. h. der Vereinigung und harmonischen Zusammenarbeit aller gesellschaftlich Kräfte.³⁰

Die im Großherzogtum Posen entwickelten Programme der Organischen Arbeit (→ III. F, IV. D) waren im Kern ein Ausdruck der Kooperation von *Inteligencja* und grundbesitzendem Adel. Der Posener Arzt Karol Marcinkowski, ein Teilnehmer des Novemberaufstands und in der Emigration ein Anhänger Adam Jerzy Czartoryskis, wurde nach seiner Rückkehr in die Heimat in Übereinstimmung mit den Empfehlungen seines Patrons aus der Emigrationszeit zu einem führenden Vertreter der Unternehmungen im Sinne des neuen Programms. Er veranlasste 1838 eine Gruppe von adeligen

²⁹ JANKOWIAK, S.: *Kasyno Gostyńskie (1835–1846). U początków pracy organicznej w Wielkopolsce* [Das Kasino in Gostyń. Anfänge der organischen Arbeit in Großpolen]. Gostyń 1996. Zur Entwicklung der später »organische Arbeit« genannten Unternehmungen und Bemühungen in Großpolen grundlegend JAKÓBCZYK, W.: *Studia nad dziejami Wielkopolski w XIX w. (Dzieje pracy organicznej)* [Studien zur Geschichte Großpolens im 19. Jahrhundert (Die Geschichte der organischen Arbeit)]. Bd. 1.: 1815–1850. Poznań 1951. Vgl. auch HAGEN, W. W.: *National Solidarity and Organic Work in Prussian Poland, 1815–1914*. In: *Journal of Modern History* 44 (1972), 38–64, hier 42–46; STREITER, K. H.: *Die nationalen Beziehungen im Grossherzogtum Posen (1815–1848)*. Bern 1986, 76–78; MOLIĆ, W.: *Polnische Landwirtschaftsvereine im Großherzogtum Posen im 19. Jahrhundert*. In: HOLSTE/HÜCHTKER/MÜLLER: *Aufsteigen* (Anm. 17), 115–130, hier 117–122.

³⁰ CIESZKOWSKI, A.: *O skojarzeniu dążeń i prac umysłowych w Wielkim Księstwie Poznańskim* (Über die Verbindung der geistigen Bestrebungen und Arbeiten im Großherzogtum Posen). In: *Rok 1843*, Heft 1, 132–143. Teilabdruck in: KIZWALTER, T./SKOWRONEK, J. (Hg.): *Droga do niepodległości czy program defensywny? Praca organiczna – programy i motywy* [Weg in die Unabhängigkeit oder defensives Programm? Die organische Arbeit – Pläne und Beweggründe]. Warszawa 1988, 117–120. hier 119: »Przez organiczne więc skojarzenie dążeń [...] zamierzone Towarzystwo pewniej i prędzej przyczyni się do wzmocnienia i rozszerzenia życia duchowego niż wszelkie [...] prywatnych osób usiłowania [...] (Durch eine organische Verbindung der Bemühungen also [...] wird der geplante Verein sicherer und schneller eine Stärkung und Vertiefung des geistigen Lebens verursachen, als alle [...] Kraftanstrengungen von Privatpersonen [...]).«

Gutsbesitzern zur Gründung einer Gesellschaft, die vier Jahre später in Posen den Bau eines wirtschaftlich-kulturellen Zentrums vollendete, das *Bazar* [Basar] genannt wurde. Unter den Anhängern der Organischen Arbeit gab es neben Konservativen, von denen die neue Strategie als ein Mittel gegen radikale Tendenzen betrachtet wurde, auch radikale Akteure, die in den legalen und apolitischen Tätigkeiten eine Vorbereitung auf den bewaffneten Kampf gegen die Teilungsmächte erblickten. Die Vertreter dieser Gruppe bemühten sich häufig zugleich um eine Befreiung vom Übergewicht der Großgrundbesitzer. Von ihnen wurde das Programm der Organischen Arbeit um den Kampf gegen das »Kastenwesen« ergänzt und als ein Mittel zur Demokratisierung der Gesellschaft verstanden.³¹

Die Vertreter der radikalen Orientierung ergriffen 1846 die Initiative, als eine Konspiration im Land gemeinsam mit der in der Emigration tätigen Demokratischen Gesellschaft (*Towarzystwo Demokratyczne*) den Versuch unternahm, in allen drei Teilungsgebieten einen Aufstand zu entfachen (→ III. F). Im Großherzogtum Posen brach die Aktion der Verschwörer sofort zusammen, was sowohl auf die Leistungsfähigkeit der preußischen Polizei als auch auf die tiefe Abneigung des polnischen Landadels gegen derlei Aktivitäten zurückzuführen war. Während der Revolution von 1848 (→ III. F) zeigte sich dann, dass die Radikalen auch unter günstigeren Umständen nicht in der Lage waren, ihre Ziele zu erreichen, da sie sich einerseits mit der Macht des Staatsapparates, andererseits mit dem Widerstand der einheimischen adligen Gutsbesitzer konfrontiert sahen.³²

Im habsburgischen Galizien, das von allen Teilungsgebieten als das zivilisatorisch rückständigste galt und wo die traditionellen Gesellschaftsstrukturen die größte Beharrungskraft zeigten, blieben die Perspektiven der Nationalbewegung – ob in Gestalt der Organischen Arbeit oder der konspirativen politischen Verbindungen – am bescheidensten. Hier kollidierten die Aktivitäten von *Inteligencja* und adligen Gutsbesitzern auch besonders dramatisch mit der Haltung der Bauern. Der kurze Krakauer Aufstand des Jahres 1846, ein lokales Ergebnis der eigentlich auf ganz Polen zielenden Aufstandsplanung, ging im benachbarten Westgalizien mit einer blutigen Bauernrebellion gegen die adligen Gutsbesitzer einher, die von den österreichischen Behörden erst nach

³¹ KIENIEWICZ, S.: *Dramat trzeźwych entuzjastów. O ludziach pracy organicznej* [Das Drama der nüchternen Enthusiasten. Über die Menschen der organischen Arbeit]. Warszawa 1964; DERS.: *Problem pracy organicznej 1840–1890* [Das Problem der organischen Arbeit 1840–1890]. In: DERS.: *Historik a świadomość narodowa* [Der Historiker und das Nationalbewusstsein]. Warszawa 1982, 34–58; KIZWALTER, T./SKOWRONEK, J.: *Wstęp* [Einleitung]. In: DIES.: *Droga* (Anm. 30), 7–51, hier 20–24, 26–31.

³² KIENIEWICZ, S.: *Spoleczeństwo polskie w powstaniu poznańskim 1848 r.* [Die polnische Gesellschaft im Posener Aufstand 1848]. Warszawa 1960; STREITER: *Beziehungen* (Anm. 29), 120–141; MAKOWSKI, K. A.: *Das Großherzogtum Posen im Revolutionsjahr 1848*. In: JAWORSKI, R. (Hg.): *1848/49 – Revolutionen in Ostmitteleuropa*. München 1996, 149–172.

dem Ende des Krakauer Aufstands unterdrückt wurde (→ III. F). Diese *rabacja* (vom deutschen Wort »Raub« entlehnt, später zu »Rabat« verballhornt) oder *rzeź* [Gemetz] genannten Ereignisse erschütterte die polnischen Oberschichten und beeinflusste ihr Denken in den nächsten Jahrzehnten.³³

Der Januaraufstand von 1863 (→ III. H) bildete dann den letzten Akt im Ringen um die Führungsposition bei den polnischen patriotischen Bestrebungen zwischen der hauptsächlich von der *Inteligencja* getragenen radikalen Orientierung und der überwiegend den Standpunkt der adligen Gutsbesitzer repräsentierenden gemäßigten Richtung. Zwar beteiligten sich auch Angehörige der Bourgeoisie – mit dem Bankier Leopold Kronenberg als prominentester Figur – an der Führung des gemäßigten, sogenannten »weißen« Flügels der Bewegung, die in 1860er Jahren Schwung aufnahm und letztlich den Ausbruch des Aufstandes herbeiführte. Den Ton des polnischen politischen Lebens bestimmte aber weiterhin die Konfrontation zwischen den Vorstellungen und Bestrebungen der Adelseliten einerseits und den Ideen und Vorschlägen, die aus den Kreisen der zum Radikalismus neigenden *Inteligencja* kamen, andererseits.

Die Bourgeoisie spielte, auch wenn deren wirtschaftliche Bedeutung wuchs und manche ihrer Angehörigen zu großen Vermögen kamen (→ III. B), allgemein keine bedeutende Rolle in einer gesellschaftlichen Öffentlichkeit, die durch die Adels- und *Inteligencja*-Eliten dominiert war. Es lassen sich – neben der Dominanz der Agrarwirtschaft – zwei Grundfaktoren benennen, die diesen Zustand begünstigten. Erstens erschwerte die sprachliche und religiöse Differenz den Kontakt zwischen der Bourgeoisie, die zu einem bedeutenden Teil jüdischer oder deutscher Herkunft war, und ihrer polnisch sprechenden katholischen Umgebung, auch wenn Ethnizität, Sprache und Religion keine unüberwindlichen Barrieren bedeuteten. Der zweite Faktor, die wirtschaftliche und mittelbar politische Abhängigkeit der Bourgeoisie von der Regierung, war – wie es scheint – wichtiger, denn ohne den Einfluss der Regierung wäre eine Bourgeoisie in der Form, wie sie sich im Königreich herausbildete, mit Sicherheit nicht entstanden. Es war die Regierung, die entsprechende Bedingungen für große industrielle Handels- oder auch Finanzinvestitionen schuf, und die Regierung unterstützte sie auch unmittelbar. In dieser Situation sahen es Vertreter der Bourgeoisie als selbstverständlich an, sich gegenüber den Machthabern völlig loyal zu verhalten und alles zu vermeiden, was deren Unzufriedenheit hervorrufen könnte.³⁴

Die Haltung Leopold Kronenbergs, der sich politisch stark engagierte und einer der führenden Akteure der Konspiration war, ließ eine wichtige Veränderung erkennen,

³³ KIENIEWICZ, S.: *Ruch chłopski w Galicji w 1846* [Die Bauernbewegung in Galizien im Jahre 1848]. Wrocław 1951; GILL, A.: *Die Polnische Revolution 1846. Zwischen nationalem Befreiungskampf des Landadels und antifeudaler Bauernerhebung*. München 1974; WOLFF, L.: *The Idea of Galicia. History and Fantasy in Habsburg Political Culture*. Stanford, Calif. 2010, 136–183.

³⁴ KACZYŃSKA, E.: *Burżuazja* [Die Bourgeoisie]. In: KULA/LESKIEWICZOWA: *Przemiany* (Anm. 6), 307–323, hier 319–320.

auch wenn diese mit Sicherheit noch keinen umstürzenden Charakter hatte. Kronenberg, der in der polnischen Kultur erzogene Sohn eines jüdischen Bankiers, war zur evangelisch-reformierten Kirche übergetreten.³⁵ Seine politische Karriere lässt sich daher aus zweierlei Blickwinkeln deuten: Man kann sie als ein Beispiel für die steigende soziale Bedeutung der Bourgeoise und gleichzeitig als ein Zeugnis fortschreitender Akkulturationsprozesse ansehen. Kronenberg blieb jedoch, obwohl er als ein politisch einflussreicher Vertreter der Bourgeoise über Autorität auch in Kreisen adliger Gutsbesitzer verfügte, eine isolierte Persönlichkeit. Er hatte gewisse ideelle Ambitionen, versuchte aber nicht über die Standards hinauszugehen, die in Adelskreisen von Anhängern der Modernisierung vertreten wurden. Als er 1859 die Warschauer *Gazeta Codzienna* [Tageszeitung] kaufte, ernannte er den populären Schriftsteller Józef Ignacy Kraszewski zum Redakteur, der dann im Sinne der Klemensianer die Idee propagierte, den zivilisatorischen Fortschritt mit der Tradition in Einklang zu bringen.³⁶

Kronenberg trat wiederholt für die Emanzipation der Juden ein, aber er entfernte sich allmählich von der jüdischen Gemeinschaft, ohne die Verbindungen zu ihr abzubrechen. Den Weg zur Teilnahme am öffentlichen Leben und für eine politische Karriere öffnete ihm die Akkulturation, die die unerlässliche Voraussetzung für eine Annäherung an die polnische Oberschicht darstellte. In der zweiten Hälfte der 1850er Jahre machte sich im Königreich jedoch auch insgesamt eine deutliche Zunahme der öffentlichen Aktivität der jüdischen großbürgerlichen und Bildungseliten bemerkbar (→ V. C). Begünstigt wurde dies durch die Liberalisierung der russischen Politik gegenüber den Juden sowie von dem vor allem in den Städten des Königreiches spürbaren Klima eines allgemeinen Aufschwungs.³⁷ In den Jahren 1856–1858 wandten sich die im Vorstand der Warschauer jüdischen Gemeinde versammelten Notabeln, darunter der Bankier Mathias Rosen, der Historiker und Publizist Hilary Nussbaum und der Rabbiner Dow Ber Meisels, mehrmals mit Forderungen nach Gleichberechtigung an die Regierung. Man bemühte sich um eine Genehmigung für die Herausgabe einer Zeitschrift in polnischer und hebräischer Sprache, gleichzeitig beteiligte sich die jüdische Jugend an den damals gegründeten Studentenzirkeln.

³⁵ Zu Kronenberg vgl. KOŁODZIEJCZYK, R.: *Portret warszawskiego milionera* [Porträt eines Warschauer Millionärs]. Warszawa 1968.

³⁶ KIZWALTER: »*Nowatorstwo*« (Anm. 26), 133–150. Über die Ansichten von Kraszewski detailliert DANEK, W.: *Publicystyka Józefa Ignacego Kraszewskiego w latach 1859–1872* [Die Publizistik von Józef Ignacy Kraszewski in den Jahren 1859–1872]. Wrocław 1957; DERS.: *Józef Ignacy Kraszewski*. Warszawa 1973.

³⁷ Zu den Emanzipationsbestrebungen und den Widerständen dagegen EISENBACH, A.: *Emancypacja Żydów na ziemiach polskich 1785–1870 na tle europejskim* [Die Emanzipation der Juden in den polnischen Ländern 1785–1870 vor europäischem Hintergrund], Warszawa 1988 (engl. Ausgabe: *The Emancipation of the Jews in Poland 1780–1870*. Oxford 1991), 413–436, 468–471; DYNNER, G./POLONSKY, A./WODZIŃSKI, M. (Hg.): *Jews in the Kingdom of Poland, 1815–1918*. In: *Polin. Studies in Polish Jewry* 27 (2015), 3–365.

Die Aktivierung des jüdischen Milieus rief eine Welle negativer Reaktionen auf polnischer Seite hervor. In der Publizistik der späten 1850er Jahre und in den damaligen Pressepolemiken zeigte sich teilweise Besorgnis angesichts einer vermeintlichen Verschiebung des sozialen Kräfteverhältnisses, die als Bedrohung der materiellen und immateriellen Interessen der polnischen Bevölkerung wahrgenommen wurde. Diese Abneigung erlosch langsam, als sich zu Beginn der 1860er Jahre im russischen Teilungsgebiet eine patriotische Bewegung zu entwickeln begann, deren Organisatoren sich um eine Einbindung möglichst breiter Bevölkerungsschichten bemühten und tatsächlich große Unterstützung in den Städten fand. Sie wurde in einem von Freiheitsparolen angeheizten Klima, in dem nicht zuletzt zu einer allgemeinen Verbrüderung zwischen Polen und Juden aufgerufen wurde, auch von einer großen Zahl von Vertretern der jüdischen *Inteligencja* und Bourgeois unterstützt. Manche der politisch aktiven Juden nahmen dann 1863 am Januaraufstand teil.³⁸

Der Beginn der 1860er Jahre bildete insgesamt eine besondere Epoche, auch hinsichtlich der Diskussionen um die Judenemanzipation. Die von Forderungen nach Freiheit und Emanzipation geprägte Stimmung jener Zeit hatte langfristige Bedeutung, da sie die Mentalität dauerhaft beeinflusste und die politische Kultur prägte. Allerdings erwiesen sich die Visionen gesellschaftlichen Wandels nach dem Abflauen der kollektiven Emotionen größtenteils als Illusionen. Auch der Verlauf des 1863 beginnenden Januaraufstandes verdeutlichte zwar einerseits die Veränderungen des polnischen politischen Lebens; er zeigte aber andererseits auch, dass dessen traditionelle Elemente die Oberhand behalten hatten.

Die Erfahrungen der drei Jahrzehnte seit dem Novemberaufstand hatten die Mentalität der radikalen Kreise stark verändert. Der Respekt vor den alten Adelsgeschlechtern, vor ihren »historischen« Namen schwächte sich deutlich ab. Die Vertreter des radikalen, »roten« Flügels der Konspiration entfalteten ihre Aktivitäten jetzt mit der Überzeugung, die Verantwortung für das Schicksal der Nation selbst tragen zu können, ja sogar zu müssen. Hinzu kam, dass die traditionell »herausragenden Staatsbürger«, die Vertreter der Grundbesitzeraristokratie, in den Jahren vor dem Aufstand von 1863 keine Erfolge vorweisen konnten. Als Andrzej Zamoyski 1862 von den Behörden des Zarenreiches über die Grenze abgeschoben wurde, verloren die adligen Gutsbesitzer zudem ihre mit umfassender Autorität ausgestattete Führungspersönlichkeit. Ein anderer herausragender Repräsentant des hohen Adels, Aleksander Wielopolski, hatte sich auf eine aktive Zusammenarbeit mit der russischen Seite eingelassen und war der Regierung des Königreichs beigetreten. Über den Ausbruch des Aufstands entschieden die »roten« Radikalen, denn die »weißen« Gemäßigten, bei denen der grundbesitzende

³⁸ EISENBACH, A./FAJNHAUZ, D./WEIN, A. (Hg.): *Żydzi a powstanie styczniowe. Materiały i dokumenty* [Die Juden und der Januaraufstand. Materialien und Dokumente]. Warszawa 1963.

Adel eine zentrale Rolle spielte, sahen in dem Aufstand einen, vorsichtig formuliert, unüberlegten Schritt. Die Entscheidung der »Weißen«, sich dem Aufstand dennoch anzuschließen, entsprang verschiedenen Beweggründen – man kann sie auch als Zeichen der Schwäche ansehen, als Nachgeben vor der Welle patriotischer Gefühle, die die »Roten« damals auszulösen vermochten.³⁹

Die Tatsache, dass die Radikalen 1863 einen Untergrundstaat (*tajne państwo*) gründen konnten, der bedeutende Teile der Gesellschaft durchaus wirksam zu kontrollieren vermochte, zeugt von ihrer erheblich gewachsenen Autorität gegenüber der altadligen Elite. Während des Januaraufstandes verbreitete sich ein neues Muster von Patriotismus, nämlich ein demokratisierter Patriotismus, der Ständegrenzen überwand und sich auf eine neue Vision von Polonität berief. Daneben hielten sich freilich auch traditionelle Vorstellungen – nicht zuletzt deshalb, weil die Mehrheit der Anhänger der Demokratisierung nicht mit der Tradition brechen wollte und diese weiterhin als das Fundament polnischer Nationalität ansah. Erst die Niederlage des Aufstandes eröffnete eine Phase gründlicher Abrechnung mit jenem Erbe, das die Dominanz des Güter besitzenden Adels hinterlassen hatte (→ IV. D/E).

Adelstradition und Demokratisierung der Gesellschaft

Erste schriftliche Zeugnisse einer neuen Vision der Nation hatte es schon gegen Ende der polnisch-litauischen Union gegeben, im Zusammenhang mit der Rezeption radikaler Aufklärungsideen (→ Bd. 2, V. F/G und VI. A). Während des Vierjährigen Reichstages stellte Hugo Kołłątaj in seinen Schriften die Konzeption einer »Nation der Eigentümer« (*narodu właścicieli*), einer Staatsbürgergemeinschaft der Landbesitzer vor.⁴⁰ Seine Texte enthielten beiläufige Bemerkungen über die Nation als Gesamtheit der Landesbewohner. Deutlicher formulierte die These von der gesamtgesellschaftlichen Reichweite der nationalen Gemeinschaft Franciszek Salezy Jezierski, ein Publizist aus dem Umfeld Kołłątajs. Jezierski vertrat keineswegs einen besonderen sozialen Radikalismus, aber er betonte nachdrücklich, dass die »gemeinen Leute« (*pospółstwo*), also die »armen und arbeitsamen Menschen« (*ludzie ubodzy i pracowici*), die die Mehrheit der Gesellschaft bildeten, eigentlich das Fundament der nationalen Identität darstellten. Denn die »gemeinen Leute« würden im Unterschied zu den höheren Schichten die eigene Muttersprache und die volkstümlichen Bräuche pflegen.⁴¹ Diese Sichtweise – ein

³⁹ KIENIEWICZ, S.: *Powstanie styczniowe* [Der Januaraufstand]. Warszawa 21983, 377–380.

⁴⁰ JEDLIKI: *Klejnot* (Anm. 5), 183–200; WALICKI, A.: *Idea narodu w polskiej myśli oświeceniowej* [Die Idee der Nation im polnischen Aufklärungsdenken]. Warszawa 2000, 87–90.

⁴¹ WALICKI: *Idea* (Anm. 40), 96–99; MACIEJEWSKI, J.: *Dylematy wolności. Zmierzch sarmatyzmu i początki Oświecenia w Polsce* [Dilemmata der Freiheit. Der Untergang des Sarmatismus und die Anfänge der Aufklärung in Polen]. Warszawa 1994, 124.

ethnisches und demokratisiertes Verständnis von Nation – war damals jedoch die Ausnahme und repräsentierte keinesfalls die Mehrheitsmeinung der Eliten.

Auch wenn im Lauf der Zeit der ethnische Faktor klar an Bedeutung gewann, blieb diese Entwicklung doch ein verhältnismäßig langsamer und sehr komplexer Prozess. Ungeachtet eines wachsenden Interesses an der Besonderheit der einheimischen Kultur wurde die Zuschreibung, »ein Pole zu sein«, in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch überwiegend in einem politischen Sinn verstanden. Das Bewusstsein von Polonität erwuchs weiterhin aus der traditionellen politischen Rolle des Adels in Polen-Litauen, während die polnische kulturelle Identität erst allmählich zu einem Gegenstand tieferer Überlegungen wurde.⁴²

Die darüber geführten Debatten betrafen unter anderem das Slawentum und seine ethnische Besonderheit. Das steigende Interesse an dieser Problematik war vor allem dem Einfluss Johann Gottfried Herders zuzuschreiben. In seinen *Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit* fanden sich sowohl eine wohlwollende Charakterisierung der Slawen und die Prophezeiung einer Wiedergeburt des Slawentums als auch ein intellektuell tragfähiger Begriff von »Volk«. Die Herderschen Überlegungen veranlassten zu einer Beschäftigung mit der Frage der ethnischen Identität in den Kategorien einer gesamtawischen Gemeinschaft. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts waren ethnische Selbstzuschreibungen noch relativ unkonkret und fließend und sie standen in Konkurrenz zu anderen Konzepten gemeinschaftlicher Selbstbeschreibung. Die Vorstellung von einer ständeübergreifenden Identität der Polen stand im Widerspruch zu der tief verwurzelten Vorstellung, dass Polnischsein mit der Zugehörigkeit zur adligen Staatsbürgergemeinschaft im politischen System Polen-Litauens identisch sei. Das war einer der Gründe dafür, dass die slawophilen Tendenzen auf polnischem Boden geringere Resonanz fanden als in anderen Teilen der slawischen Welt. Ein weiterer Grund war der polnisch-russische Konflikt, denn die Idee einer kulturellen Gemeinschaft der Slawen war oft – wenn auch nicht in der Regel – mit der Idee einer politischen Dominanz Russlands verbunden. In der napoleonischen Ära hatten einige polnische Autoren, die sich um eine Aufwertung des neu gebildeten Herzogtums Warschau in gesamteuropäischen Kontexten bemühten, die slawophilen Ideen aufgegriffen, ohne aber größeren Einfluss zu erlangen. In der Zeit des konstitutionellen Königreichs Polen sorgte das zunehmende Gefühl, dass Polen und Russland durch tiefe verfassungsmäßige und territoriale Gegensätze getrennt seien, dafür, dass das politische Slawophilentum kaum Anhänger fand. Gleichzeitig zeichnete sich im Kreise der intellektuellen Eliten die Überzeugung

⁴² Den Versuch einer Darstellung dieser komplexen Problematik unternimmt LANDGREBE, A.: »Wenn es Polen nicht gäbe, dann müsste es erfunden werden«. *Die Entwicklung des polnischen Nationalbewusstseins im europäischen Kontext von 1830 bis in die 1880er Jahre*. Wiesbaden 2003.

ab, dass die polnische Kultur einen spezifischen und selbständigen Charakter besitze. Die Dichter und Publizisten der Romantik artikulierten das auf eine suggestive Weise.⁴³

Im Jahr 1830 publizierte der Literaturkritiker Maurycy Mochnacki eine Abhandlung über die zeitgenössische polnische Literatur,⁴⁴ in der er mit dem Begriffsinstrumentarium der Philosophie Friedrich Schellings seine Konzeption der nationalen Entwicklung darstellte. Die Krönung dieses Entwicklungsprozesses sollte die »Anerkennung des Selbst im eigenen Wesen« (*uznanie samego siebie w jestestwie swoim*) sein, also die Erlangung eines vollständigen Selbstbewusstseins als Nation. Als ein Beleg für diese Selbstvergewisserung der Nation galt für Mochnacki die Entwicklung der einheimischen Kultur. In diesem Verständnis verzahnte sich Kultur eng mit Politik. Als der Autor die Arbeit an dem Buch beendet hatte, brach der Novemberaufstand aus. Mochnacki, Mitglied jener Verschwörergruppe, die den Aufstand vom Zaun brach, betonte, dass die Erhebung ein Ereignis geistigen Ursprungs sei – und zugleich ein Zeugnis für die Entwicklung des Selbstbewusstseins der Nation.⁴⁵

Mochnacki, ein überdurchschnittlich begabter Publizist, verstand es, den Gefühlen großer Teile der *Inteligencja* eine begrifflich präzise Gestalt zu geben. Junge und gebildete Menschen begannen die Bedeutung des nationalen Daseins auf eine neue Art zu sehen, die nicht den vorherrschenden Ansichten der traditionellen Herrschaftseliten entsprach. Während des Novemberaufstandes trat die Auseinanderentwicklung der Visionen auf politischer Ebene deutlich zutage (→ III. D). In der Anfangsphase des Aufstandes gingen die Vertreter der regierenden Kreise des Königreiches Polen von monarchistischen und legalistischen Prämissen aus: Die Institution der Monarchie besaß für sie grundsätzliches Gewicht, und die Bestimmungen der Wiener Verträge galten ihnen als das unverrückbare Fundament jeglichen politischen Handelns. Die jungen Radikalen hingegen wiesen diesen Standpunkt zurück und beriefen sich auf das Wohl der Nation als höchsten Wert. Auch wenn sie selbst keine praktischen politischen Erfolge

⁴³ WITKOWSKA, A.: *Stawianie, my lubim sielanki ...* [Wir Slawen, wir lieben die Idylle ...]. Warszawa 1972, 40–46; KIZWALTER, T.: *Über die Modernität der Nation. Der Fall Polen*. Osnabrück 2013 (poln. Orig. Warszawa 1999), 201–212. Eine allgemeine Charakteristik der politischen Ideen der polnischen Romantik: WALICKI, A.: *Philosophy and Romantic Nationalism: The Case of Poland*. Oxford 1982.

⁴⁴ MOCHNACKI, M.: *O literaturze polskiej w wieku dziewiętnastym* [Über die polnische Literatur im 19. Jahrhundert]. Bd. 1. Warszawa 1830 (neuere Ausg. Łódź 1985).

⁴⁵ Vgl. PIERÓG, S.: *Maurycy Mochnacki. Studium romantycznej samoświadomości* [Maurycy Mochnacki. Eine Analyse des romantischen Selbstbewusstseins]. Warszawa 1982, 141–143, 148, 157–166, 172–173; SZACKI, J.: *Maurycy Mochnacki*. In: WALICKI, A. (Hg.): *Polska myśl filozoficzna i społeczna* [Das polnische philosophische und soziale Denken]. Bd. 1: 1831–1863. Warszawa 1973, 7–29, hier 20f.

erzielten, ist ihr Wirken nicht ohne Spuren geblieben.⁴⁶ In der Politik der Anführer des Aufstandes trat der Einfluss der neuen Vorstellungen allmählich in den Vordergrund – unmerklich fast, aber doch mit wesentlichen Konsequenzen. Einen Wendepunkt bildete die am 25. Januar 1831 vollzogene Absetzung von Nikolaus I. als König. Der Sejm, der jetzt die königlichen Prärogativen übernahm, stellte damit die Wiener Ordnung von 1815 offen in Frage. In einem im Mai 1831 verabschiedeten Gesetz wurde sogar festgelegt, dass das unabhängige Königreich Polen keine Nachfolgestaat des 1815 begründeten Staatswesens, sondern des in den Teilungen untergegangenen Unionsstaats Polen-Litauen sei.⁴⁷

Wohlgermerkt waren die aus dem Novemberaufstand stammenden Entwürfe von polnischer Nationalität weiterhin in der politischen Tradition des alten Polen-Litauen verwurzelt. Mochnacki, der nachdrücklich versuchte, ein Programm für das Vorgehen der Aufständischen zu entwerfen, rückte gerade dieses Element in den Vordergrund. Im Zentrum seines während des Aufstandes skizzierten und in der Emigration weiterentwickelten Konzepts (er starb 1834 in Frankreich), standen zwei Begriffe: »Revolution« und »Restauration«. Unter Revolution verstand er Handlungen, die unerlässlich waren, um die »Masse«, das »einfache Volk« zur Teilnahme am Kampf gegen die Teilungsmächte zu mobilisieren. Dabei ging es vor allem um die Einführung einer vollständigen rechtlichen Gleichberechtigung und eine schnelle Bauernbefreiung. Die so verstandene Revolution sollte ihrerseits zur Restauration führen: das »uralte Polen« sollte sich aus »den Trümmern erheben«. Mochnacki schrieb von einem »antiken Gebäude«, das man »reparieren« und »im Inneren anders einrichten« müsse; dieses müsse jedoch über ein solides Fundament verfügen, das keiner Überarbeitungen bedürfe. Die von ihm gezeichnete Perspektive einer allgemeinen »Verstaatsbürgerlichung« (*uobywatelnienie*) sah eine massenhafte Verleihung der Adelswürde an die breite Bevölkerung vor.⁴⁸ Er griff damit die Idee einer allgemeinen Nobilitierung auf, die erstmals von den Reformern zur Zeit des Vierjährigen Reichstages entwickelt worden war,⁴⁹ und unterstrich damit seine Verbindung zu den Modernisierungsbestrebungen des 18. Jahrhunderts.

Mochnacki gelang es in seiner Publizistik die grundlegenden Dilemmata jener Angehörigen der polnischen Eliten zu verdeutlichen, die nicht aufhörten, sich für das einzu-

⁴⁶ KIZWALTER: *Über die Modernität* (Anm. 43), 240–242.

⁴⁷ HAHN, H. H.: *Powstanie listopadowe a ówczesne prawo międzynarodowe. Rozważania o sytuacji Polski na arenie międzynarodowej w 1830–31 r.* [Der Novemberaufstand und das damalige internationale Recht. Überlegungen zur Situation Polens auf der internationalen Arena 1830–31]. In: SKOWRONEK, J./ŻMIGRODZKA, M. (Hg.): *Powstanie listopadowe 1830–1831. Geneza – uwarunkowania – bilans – porównania* [Der Novemberaufstand 1830–1831. Genese – Bedingtheiten – Bilanz – Vergleiche]. Wrocław 1983, 133–146, hier 139. Vgl. DERS.: *Der Novemberaufstand von 1830 angesichts des zeitgenössischen Völkerrechts*. In: *Historische Zeitschrift* 235 (1982), 85–119, hier 104.

⁴⁸ Die polnischen Zitate bei SZACKI: *Maurycy Mochnacki* (Anm. 45), 23–28.

⁴⁹ JEDLIICKI: *Klejnot* (Anm. 5), 200 f.

setzen, was sie für die nationalen Ziele der Polen hielten. Traditionalistische Stimmungen waren verbreitet, doch wurde immer öfter von der Notwendigkeit gesellschaftlicher Reformen gesprochen. Dafür waren auch die Erfahrungen des Novemberaufstandes und der engere, vor allem in der Emigration ermöglichte Kontakt mit dem geistigen Leben Westeuropas von Bedeutung. Es setzte sich die Überzeugung durch, dass der »Zeitgeist« eine gesellschaftliche Demokratisierung fordere. Nur die entschieden Konservativen konnten es für möglich und notwendig halten, sich dieser demokratisierenden Tendenz entgegenzustellen. Unter den polnischen Bedingungen führte ein solcher konsequenter Konservatismus jedoch gleichzeitig zu einem Verzicht auf nationale Bestrebungen. Das spektakulärste Beispiel war die Haltung des Schriftstellers und konservativen Publizisten Henryk Rzewuski, der zu der Überzeugung kam, dass die polnische Gemeinschaft zum Tode verurteilt sei und die Zukunft dem russischen Imperium gehöre.⁵⁰ Aus diesem Grunde befanden sich jene Konservativen, die sich um einen Ausgleich zwischen der Aufrechterhaltung der nationalen Bestrebungen und dem politischen Konservatismus bemühten, in einer problematischen Lage und waren in der Regel zu vielfältigen ideologischen Kompromissen gezwungen.⁵¹

Auch die Ideen der Anhänger einer Demokratisierung waren nicht konsistent. Als Mochnacki seine Vision einer Nobilitierung der Massen vorstellte, bekräftigte er nachdrücklich, dass eine bewusste Existenz der Nation nur dank des Adels möglich sei. Er blieb fest davon überzeugt, dass die Vorbilder der Demokratisierung, die Polen brauche, allein aus der Adelstradition geschöpft werden könnten.⁵² Die Aktivisten, die im März 1832 in Paris die Polnische Demokratische Gesellschaft (*Towarzystwo Demokratyczne Polskie*, TDP) gründeten (→ III. E), unternahmen hingegen den Versuch, diese Position einer grundlegenden Revision zu unterziehen. Im Gründungsakt der TDP wurde festgestellt, dass die Polen die hemmenden Fesseln der Vergangenheit abwerfen, sich in ihrer Entwicklung den führenden europäischen Völkern anpassen und mit diesen kooperieren müssten. Nach Ansicht der Gründer der Gesellschaft bedurfte das sich modernisierende Europa keiner Tradition, wie auch das Schlagwort einer »Restauration« im Falle Polens nur einen destruktiven Sinn annehmen könne: »Vergebens würde

⁵⁰ ŚLISZ, A.: *Henryk Rzewuski. Życie i poglądy* [Henryk Rzewuski. Leben und Anschauungen]. Warszawa 1986; KIZWALTER: *Über die Modernität* (Anm. 43), 300–309.

⁵¹ KRÓL, M.: *Konserwatyści a niepodległość. Studia nad polską myślą konserwatywną XIX wieku* [Die Konservativen und die Unabhängigkeit. Studien zum polnischen konservativen Denken im 19. Jahrhundert]. Warszawa 1985.

⁵² MOCHNACKI, M.: *O rewolucji społecznej w Polsce* [Über die soziale Revolution in Polen]. In: DERS., *Pisma krytyczne i polityczne* [Kritische und politische Schriften], hg. von J. KUBIAK/E. NOWICKA/Z. PRZYCHODNIAK. Kraków 1996, Bd. 2, 143–154.

man sich anstrengen, im Namen der Vergangenheit das aufzufrischen, was mit seinem Untergang bereits den Beweis seiner Schwäche geliefert hat.«⁵³

Der Gründungsakt der TDP stand am Beginn einer langjährigen Programmdiskussion. Anlässlich der Feiern zum zweiten Jahrestages des Beginns des Novemberaufstandes griff einer der Gründer der Demokratischen Gesellschaft, Tadeusz Krępowiecki, den Adel und die Adelstradition scharf an, indem er die Thesen des Gründungsdokuments auf besonders radikale Weise interpretierte. In seiner Rede fand sich auch ein Hinweis auf die »Freiheit und Gleichheit«, die einst unter den Bewohnern Polens geherrscht hätten. Nach Ansicht Krępowieckis waren diese Ureigenschaften des polnischen Volkes nach der Christianisierung völlig zerstört worden und könnten erst unter neuen Bedingungen wieder entstehen.⁵⁴

Der Radikale Krępowiecki berührte damit eine Frage, die damals die Aufmerksamkeit vieler Autoren erregte, doch seine Interpretation unterschied sich grundlegend von der herrschenden Auslegung. Der bedeutende Historiker und politische Aktivist Joachim Lelewel formulierte als die zentrale These seines Entwurfs der polnischen Geschichte die Überzeugung, dass die Identität der Polen in hohem Maße von der Idee der »Gemeindeherrschaft« (*gminowładztwo*) bestimmt sei. Diese Idee, so betonte er, habe am Anfang Polens gestanden und sollte die Krönung ihrer Geschichte sein. Das Gemeindeleben der ursprünglichen slawischen Welt besaß für Lelewel einen von Grund auf demokratischen Charakter: die freien und gleichgestellten Slawen hätten sich in Dorfgemeinden gesammelt, die eine »brüderliche Einheit« verkörperten. In der Lelewelschen Auffassung bildete diese demokratische Wurzel ein im Grunde nicht auszulöschendes Merkmal der polnischen Kultur. Zusammen mit der wachsenden Bedeutung der Wohlhabenden sei die Gemeinherrschaft schließlich durch die Monarchie ersetzt worden. Lelewel meinte jedoch, dass die Herausbildung der »adeligen Gemeindeherrschaft« (*gminowładztwo szlacheckie*) zumindest eine teilweise Rückkehr zu den alten Prinzipien bedeutet habe, und hob die Vorzüge des frühneuzeitlichen politischen Systems Polen-Litauens und der republikanischen Adelstradition hervor. Den Untergang Polen-Litauens schrieb er schädlichen ausländischen Einflüssen zu. Nach Lelewels Überzeugung war das »uralte Verständnis von Nation« (*starodawne narodowe pojęcia*) völlig intakt geblieben und müsste weiterhin als Vorbild dienen. Jenen, die dem Westen nacheifern wollten, antwortete Lelewel, dass es gerade das vom Adel dominierte poli-

⁵³ *Akt założenia Towarzystwa Demokratycznego Polskiego* [Das Gründungsdokument der Polnischen Demokratischen Gesellschaft]. In: BACZKO, B. (Hg.): *Towarzystwo Demokratyczne Polskie. Dokumenty i pisma* [Die Polnische Demokratische Gesellschaft. Dokumente und Schriften]. Warszawa 1954, 3–8, hier 4f.: »*Na próżno silono by się w imieniu przeszłości odświeżać to, co już upadkiem swoim dało dowód niemocy.*«

⁵⁴ KRĘPOWIECKI, T.: *Przemówienie [...] wygłoszone w Paryżu 29 listopada 1832 r. w rocznicę Rewolucji Polskiej* [Ansprache [...], gehalten in Paris am 29. November 1832 zum Jahrestag der Polnischen Revolution]. In: BACZKO: *Towarzystwo* (Anm. 53), 25–37.

tische System Polen-Litauen gewesen sei, das die Errichtung einer modernen Demokratie in Aussicht gestellt habe.⁵⁵ Sowohl Mochnacki als auch Lelewel unterstrichen daher, dass die Adelsgesellschaft in ihrer Entwicklung Westeuropa überholt habe. Aus ihrer Sicht ergab es daher keinen Sinn, wenn die Polen ihre von Polen-Litauen ererbten politischen Traditionen preisgaben.

Die von den Aktivisten der TDP in den 1830er Jahren geführten Programmdiskussionen wiesen in diese Richtung: die der zunehmenden Berufung auf eigene polnische Werte und Traditionen. Dem Gründungsdokument der TDP von 1832 wurde unter anderem von Lelewel vorgeworfen, dass es die Idee der Demokratie als eine ausländische ansehe, zum Bruch mit der eigenen Tradition aufrufe und damit »die Nationalität Polens verwischt« (*zacierą narodowość Polski*).⁵⁶ Im Dezember 1836 wurde das Manifest der TDP (das *Große Manifest* oder – nach dem Ort der Veröffentlichung – das *Manifest von Poitiers*) verkündet, das ein Programm enthielt, in dem die Demokratie als ein tief gegründetes Charaktermerkmal der polnischen Nation dargestellt wurde. Der Kampf um Demokratie, so schrieben die Verfasser des Manifests, sei eine gemeinsame Angelegenheit der ganzen Menschheit, doch die Polen unterschieden sich von den anderen Nationen dadurch, dass sie die demokratischen Prinzipien bereits seit Jahrhunderten kultiviert und verteidigt hätten. Auch moralisch würden sie eine höhere Stellung als die Menschen des Westens einnehmen, da sie die »Schlichtheit der alten Tugenden« (*dawnych cnót prostotę*) bewahrt hätten.⁵⁷

Lediglich ein kleiner Teil der Demokraten in der Emigration nahm eine andere Position ein. Die 1835 in England unter dem Namen *Gromady Ludu Polskiego* [Scharen des Polnischen Volkes], auch kurz *Lud Polski* [Polnisches Volk] entstandene Abspaltung von der TDP, zu deren Gründern auch Tadeusz Krępowiecki gehörte, kritisierte diejenigen scharf, die dem Druck der Adelstradition erlegen seien. Die Mitglieder der *Gromady* führten an, dass sich die Gesellschaft in Privilegierte und Nichtprivilegierte aufteile, zwischen denen ein fundamentaler, unüberwindbarer Konflikt bestehe. Dieser Gegensatz mache es unmöglich, von irgendeiner Gemeinsamkeit der Interessen zu sprechen. Das einfache Volk (*lud* – im Unterschied zum mit der adligen politischen Tradition verbundenen Begriff *naród* [Nation]), bilde allein das Vaterland. Die *Gromady* blieben jedoch eine Gruppierung, die von ihren Gegnern, die weit zahlreicher waren als ihre

⁵⁵ SEREJSKI, M. H.: *Joachim Lelewel i jego szkoła* [Joachim Lelewel und seine Schule]. In: WALICKI: *Polska myśl* (Anm. 45), Bd. 1, 30–77, hier 59–72.

⁵⁶ SIKORA, A.: *Filozofia społeczna TDP* [Die Gesellschaftsphilosophie des TDP]. In: ebd., 78–104, hier 93–96.

⁵⁷ *Manifest Towarzystwa Demokratycznego Polskiego* [Das Manifest der Polnischen Demokratischen Gesellschaft]. In: BACZKO: *Towarzystwo* (Anm. 53), 87–96, hier 87, 94 f.

Anhänger, isoliert wurde und die durch ihren Rigorismus auch selbst dazu beitrug, diese Isolation aufrecht zu erhalten.⁵⁸

Die entschiedene Mehrheit der Demokraten war überzeugt, dass der Adel ein grundlegender und tatsächlich unersetzbarer Träger der nationalen Identität sei. Zwar wurden ihm in seiner Gesamtheit Vergehen gegen das einfache Volk vorgeworfen, und das oft in scharfem Ton, aber ausschließen aus der nationalen Gemeinschaft wollte man den Adel dennoch keineswegs. Im Gegenteil, man war mit allen Mitteln, auch der Androhung von Gewalt darum bemüht, den Adel zur Teilnahme an der patriotischen Bewegung zu bewegen. Die demokratischen Aktivisten hofften, dass er am Ende seinen kurzsichtigen Gruppenegoismus ablegen werde. Die aus der Heimat eintreffenden Nachrichten stimmten in dieser Hinsicht zwar nicht allzu optimistisch, doch in Kenntnis der sozialen Realität in Polen verwiesen die Demokraten darauf, dass in der Praxis bei den eigenen Bestrebungen trotz allem nur auf den Adel gezählt werden könne.⁵⁹

Bei den Demokraten obsiegte also die Überzeugung, dass die Demokratisierung nicht zum Bruch mit der nationalen Tradition des Adels führen dürfe. Die neuen, emanzipierten Eliten lehnten zwar den politischen Führungsanspruch der adligen Gutsbesitzer ab, zielten aber – von Randerscheinungen abgesehen – nicht auf eine radikale Umgestaltung der Gesellschaft; dies zeigte sich besonders in den Diskussionen um eine Integration der Bauern in die polnische Nationalbewegung. Die adligen Gutsbesitzer begegneten im Allgemeinen, selbst wenn sie zu den Verfechtern eines gesellschaftlichen Fortschritts zählten, der Idee einer vollständigen Emanzipation der Bauern mit Abneigung und Furcht.

Dieser Ablehnung hatte in der Frühen Neuzeit die – gelegentlich mit einer besonderen »sarmatischen« Abstammung des Adels begründete (→ Bd. 2, VII. D) – Vorstellung einer natürlichen Überlegenheit des Adels über den Rest der Gesellschaft zugrunde gelegen. In der Aufklärungszeit begann diese traditionelle Vorstellung gewissen Modifikationen zu unterliegen. An der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert fanden sich unter den Publizisten der adligen Gutsbesitzer auch solche, die zwar keine Zweifel an der Berechtigung der bestehenden Gesellschaftshierarchie hegten, deren Texte aber doch gemäßigte Reformakzente enthielten und den Grundsatz vertraten, dass Gutsbesitzer und Bauern eine eigene Art von Gemeinschaft bilden sollten.⁶⁰ Das bedeutete keineswegs, dass sie der Bauernkultur den gleichen Wert wie jener des Adels zugeschrieben hätten. Doch auch Polen wurde allmählich von der gesamteuropäischen Geistesströmung erfasst, die eine umfassende, auch die Kultur einschließende demo-

⁵⁸ TEMKINOWA, H. (Hg.): *Lud Polski. Wybór dokumentów* [Polnisches Volk. Eine Dokumentenauswahl]. Warszawa 1957.

⁵⁹ KIZWALTER: *Über die Modernität* (Anm. 43), 273f.

⁶⁰ WOŁOSZYŃSKI, R.: *Ignacy Krasicki. Utopia i rzeczywistość* [Ignacy Krasicki. Utopie und Wirklichkeit]. Wrocław 1970, 332–343; WITKOWSKA: *Stawianie* (Anm. 43), 106 f.; MYCIELSKI: »*Miasto ...*« (Anm. 8), 100–107, 207–248.

kratische Veränderung anstrebte. Im Klima der aufgeklärten Kritik schwächten sich uralte Axiome ab, und auch die Überzeugung von der kulturellen Überlegenheit der privilegierten Gesellschaftsschichten geriet schließlich ins Wanken. In vielen Ländern entdeckten die Intellektuellen in der bisher ignorierten Kultur der Bauern einen tieferen Sinn, der ihrer Meinung nach in den Kreisen der Eliten nicht zu finden war. Dieser Sinn könne, so meinte man, die geistig entleerte und ihrer Authentizität beraubte Existenz der höheren Schichten ästhetisch und moralisch erneuern. Mit der Verbreitung der neuen geistigen Strömungen kam in Polen die These auf, dass die Bauern nicht nur Teil der polnischen Nation seien, sondern sogar deren Charakter in der reinsten Form bewahrt hätten, während er in den höheren Schichten verblasst oder gar gänzlich verschwunden sei. In Übereinstimmung mit einem in ganz Europa verbreiteten Verständnis von »ursprünglich« erkannte man hier das unverfälschte »Wahre«. Zivilisationsfortschritt bedeutete nach dieser Auffassung, äußeren Einflüssen zu erliegen, und insofern eine Verunreinigung der einheimischen, »echten« und allein authentischen Inhalte.⁶¹

Mit der Idee einer bäuerlichen »Volkstümlichkeit« war grundsätzlich auch die Frage aufgeworfen, wie mit der Multiethnizität der bäuerlichen Bevölkerung umzugehen sei, da weiterhin die Überzeugung herrschte, dass ein polnischer Nationalstaat die territoriale Gestalt Polen-Litauens der Vorteilungszeit haben werde, mithin auch eine multiethnische Bevölkerung. Diese später so drängende Frage wurde zunächst aber kaum diskutiert. Zwar sprach sich unter anderem Lelewel dafür aus, dass die ethnisch-sprachliche Vielfalt durchaus ein Merkmal polnischer Nationalität sein könne und solle, doch überwog deutlich die Überzeugung, dass in einem wieder errichteten polnischen Staat die ethnischen Polen eine dominierende Stellung haben würden, was häufig mit Forderungen nach einer kulturellen Polonisierung der gesamten Bevölkerung verbunden wurde.⁶²

Ohne der Begeisterung an der Bauernkultur ihre Aufrichtigkeit absprechen zu wollen, muss doch betont werden, dass deren Grundmotiv der Wunsch war, die politische Sackgasse der Nachteileilungszeit zu überwinden. Es ging darum, die Bauernmassen für eine Tätigkeit gewinnen, die traditionell eine Domäne des Adels war: den freiwilligen Militärdienst. Im Jahre 1800 publizierten Józef Pawlikowski und der über großen Ein-

⁶¹ SIMONIDES, D.: *Folklorystyka wobec mitologizacji politycznej w pierwszej połowie XIX wieku* [Die Folkloristik und die politische Mythologisierung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts]. In: WRZESIŃSKI, W. (Hg.): *Polskie mity polityczne XIX i XX wieku* [Die polnischen politischen Mythen im 19. und 20. Jahrhundert]. Wrocław 1994, 69–76, hier 70–72.

⁶² WALICKI, A.: *Trzy patriotyzmy. Trzy tradycje polskiego patriotyzmu i ich znaczenie współczesne* [Drei Patriotismen. Die drei Traditionen des polnischen Patriotismus und ihre gegenwärtige Bedeutung]. Warszawa 1991, 46–48. Ein anderer Standpunkt: ŁEPKOWSKI, T.: *Poglądy na jedno- i wieloetniczność narodu polskiego w pierwszej połowie XIX wieku* [Anschauungen zur Mono- und Multiethnizität der polnischen Nation in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts]. In: STEFANOWSKA: *Swojskość* (Anm. 1), 232–245.

fluss auf die Nationalbewegung verfügende Tadeusz Kościuszko in der Emigration anonym eine Broschüre, in der sie die Vision eines die gesamte Gesellschaft umfassenden Aufstandes gegen die Teilungsmächte skizzierten, wobei dem militärischen Übergewicht der Großmächte der Massencharakter der eigenen Bewegung entgegengestellt wurde. Indem sich die Autoren auf die französischen, amerikanischen, schweizerischen und holländischen Erfahrungen beriefen, versuchten sie die Leser von der Idee einer allgemeinen Mobilisierung der Bevölkerung zu überzeugen.⁶³ Der Text blieb aber lange praktisch ohne Resonanz und wurde erst während des Novemberaufstands mit einer falschen Autorenangabe neu aufgelegt. Noch zu dieser Zeit war die Überzeugung lebendig, dass eine Beteiligung der Bauern an der Nationalbewegung nicht notwendig sei, schon gar nicht, dass sie selbst zu den Waffen griffen – ein beredtes Zeichen für die Dauerhaftigkeit der traditionellen politischen Vorstellungen.

Die Niederlage des Novemberaufstands verlieh den zu Beginn des Jahrhunderts noch ignorierten Ideen neue Anziehungskraft bei denjenigen, die nach neuen, wirksamen Methoden suchten, sich den Teilungsmächten zu widersetzen. Die wichtigste Schlussfolgerung, die man aus der Auseinandersetzung mit dem Verlauf des Aufstands zog, war die Feststellung, dass in den Jahren 1830–1831 sowohl die traditionellen Eliten als auch die traditionellen Handlungsmuster versagt hätten. Für viele Aktivisten der Emigration, die demokratische Ideen westlicher Provenienz rezipiert hatten, gewann nun die Idee eines allgemeinen Volksaufstandes große Attraktivität. Dass man sich dieser Idee bediente, hatte gelegentlich einen deutlich instrumentellen Charakter, seltener weltanschauliche Gründe. Die mit der Ausarbeitung der Taktik des Partisanenkrieges befassten Offiziere sahen in der Aktivierung des Bauerntums allein ein Mittel zur militärischen Stärkung der polnischen Seite für den erwarteten »Nationalkrieg«. In anderen Diskussionszusammenhängen wurde betont, dass die Teilnahme der Bauern am Aufstand ein Zeichen ihrer Emanzipation und »Nationalisierung« sei und dass es hier um einen ungewöhnlich wichtigen gesellschaftlichen Wandel gehe. Doch wurde die soziale Frage in der Regel der Frage der nationalen Unabhängigkeit untergeordnet, zumal als Fundament des nationalen Kollektivs weiterhin der Adel betrachtet wurde.⁶⁴

Nur wenige sprachen sich für den Vorrang gesellschaftspolitischer Ziele vor den nationalen aus. Solche radikalen Ideen vertraten in der Emigration die erwähnten

⁶³ *Czy Polacy wybić się mogą na niepodległość* [Können die Polen sich zur Unabhängigkeit durchschlagen]. Prysyp nad Donem [Paris 1800], 13–42 (eine neuere Ausgabe, hg. von E. HALICZ. Warszawa 1967). Die Neuauflage Warszawa 1831, hg. von J. L. Leszczyński, trug den Untertitel: *Dzieło generała Kniaziewiczza, na początku XIX wieku pisane* [Ein Werk des Generals Kniaziewicz, am Anfang des 19. Jahrhunderts geschrieben].

⁶⁴ KULAK, T.: *Mit narodowej siły polskiego ludu (Fragment z dziejów polskiej myśli politycznej XIX i XX wieku)* [Der Mythos der nationalen Stärke des polnischen Volkes (Ein Ausschnitt aus der Geschichte des polnischen politischen Denkens im 19. und 20. Jahrhundert)]. In: WRZESIŃSKI: *Polskie mity* (Anm. 61), 153–166, hier 155–157.

Gromady. In Polen selbst nahm der katholische Pfarrer Piotr Ściegienny offenbar eine ähnliche Position ein. Er war der Initiator einer Bauernverschwörung, die 1844 von der russischen Polizei aufgedeckt wurde. Ściegienny benutzte den Begriff »Nation« (*naród*) überhaupt nicht, er ersetzte ihn vielmehr durch die Bezeichnung »Menschengeschlecht« (*ród ludzki*), das sich nach seiner Auffassung in ein »arbeitendes« und ein »Faulenzergeschlecht« (*ród pracujący* bzw. *próżniaczy*) unterteilte auf der einen Seite die Bauern, Handwerker und »rechtschaffenen Lehrer«, auf der anderen Seite der Adel, die Geistlichkeit, die Juden, das Militär und die Beamten. Ähnlich wie bei den Publizisten der *Gromady*, teilte sich die Gesellschaft in den Ściegienny zugeschriebenen Texten in zwei antagonistische Lager: in Ausbeuter und Ausgebeutete, zwischen denen es keine Verständigung geben könne.⁶⁵

Die Vision Ściegienys ist von den Zeitgenossen fast nicht wahrgenommen worden. Die entschiedene Mehrheit der demokratischen Aktivisten propagierte die Idee eines solidarischen Zusammenwirkens des Adels und der traditionell nichtprivilegierten Schichten. Manchmal kamen die Demokraten zu dem Schluss, dass es hier nicht ohne Druck, auch drastischem, gehen werde: So drohte Henryk Kamiński, Autor einer 1844 erschienenen Schrift *O prawdach żywotnych narodu polskiego* [Über die Lebenswahrheiten der polnischen Nation], dem Adel mit der Wut des »Volkes«. Er sah darin ein Mittel, die Erben des adligen politischen Systems Polen-Litauens dazu zu bewegen, ihre egoistische Passivität abzulegen.⁶⁶ In der sich damals herausbildenden populären patriotischen Symbolik nahm das Bild von Tadeusz Kościuszko als dem Anführer der mit Sensen bewaffneten bäuerlichen Kämpfer (*kosynierzy*) einen wichtigen Platz ein: Der adlige Anführer des Aufstandes von 1794, ein gemäßigter Demokrat spätaufklärerischen Stils, wurde in einer Bauerntracht dargestellt, der nun nationale Züge zugeschrieben wurden.⁶⁷

Die Tragik der polnischen Nationalbewegung bestand jedoch darin, dass die wirklichen Bauern – im Unterschied zu den die imaginierten – keine Bereitschaft zeigten, sich in den Aufständen zu engagieren. Die politischen Fragen wurden von den Bauern zumeist als etwas Fremdes, als Teil der »Herrenwelt« empfunden, die für sie keine besondere Bedeutung besaß. Bedeutung besaß für sie hingegen die sozial bedingte Abneigung gegenüber den »Herren« und die mehr oder weniger instinktive Wertschätzung der Monarchie. Sofern unter diesen Umständen die Bauern überhaupt irgendeine erkennbare politische Position einnahmen, so war diese zumeist von Loyalität gegenüber der staatlichen Obrigkeit gekennzeichnet. Nach der Niederlage von 1831 steigerte sich die Beschäftigung mit der Frage, wie die Dorfbewohner patriotisch mobilisiert werden

⁶⁵ JEDLICKI: *Obozy* (Anm. 27), 491.

⁶⁶ WALICKI, A.: *Henryk Kamiński*. In: WALICKI: *Polska myśl* (Anm. 45), Bd. 1, 443–476, hier 517.

⁶⁷ JANION, M./ŻMIGRODZKA, M.: *Romantyzm i historia* [Romantik und Geschichte]. Warszawa 1978, 262–264.

könnten, bei den politischen Aktivisten, die über einen neuen Aufstand nachdachten, zu einer Obsession. Alles deutete darauf hin, dass das Problem äußerst schwer zu lösen sein würde. Die Abneigung der adligen Gutsbesitzer gegen weit reichende Agrarreformen einerseits und der Mentalitätsunterschied zwischen Bauern und höheren Schichten andererseits waren schwer zu überwindende Barrieren.

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts hielten die Modernisierer unter den adligen Gutsbesitzern – die Klemensianer und andere Kreise mit ähnlichen Anschauungen – die Bauern für sozial unreif. Für die Mehrheit der Anhänger Andrzej Zamoyskis bestand kein Zweifel daran, dass die Gutsbesitzer über die Bauern eine Vormundschaft ausüben und sie, wie man erklärte, schrittweise auf die Selbständigkeit vorbereiten müssten.⁶⁸ Die Demokraten nahmen ihrerseits die Bauern in sehr unterschiedlicher Weise wahr. Einerseits sahen sie in ihnen das »Volk« (*lud*), das heißt eine Gemeinschaft, die im Gegensatz zu den höheren Schichten nicht dem destruktiven und entnationalisierenden Einfluss der Zivilisation ausgesetzt war und so ihre ursprüngliche moralische Gesundheit und authentischen nationalen Eigenschaften bewahrt hatte. Das idealisierte »Volk« wurde den in der sozialen Hierarchie höher Gestellten als ein Vorbild vorgehalten und vor allem sah man in ihm eine Kraft, die entsprechend gelenkt zum Sieg über die Teilmächte führen könnte. Andererseits weckten die Bauern Ängste, da sie auch als ein düsteres Element wahrgenommen wurden, das der nationalen Sache gegenüber gleichgültig oder sogar feindlich eingestellt war und die Existenz der wohlhabenden und besser ausgebildeten Schichten bedrohte. Im Fall der *rabacja* genannten Bauernrevolte im Zusammenhang mit dem Krakauer Aufstand von 1846 (→ III. F) schienen sich diese Befürchtungen auf dramatischste Weise zu bestätigen. Doch auch andere gescheiterte Versuche, die Dorfbewohner an die Nationalbewegung zu binden, weckten Zweifel, ob sich die mit dem »Volk« verbundenen Hoffnungen erfüllen würden.⁶⁹

Die Konfrontation der nationalen Aspirationen alter und neuer Eliten mit der sozialen Wirklichkeit brachte viele Spannungen, Ressentiments und Enttäuschungen hervor. Demokratische Ideen gingen komplizierte Verbindungen mit der weiterhin lebendigen Adelstradition ein. Dennoch war der Prozess der Demokratisierung des polnischen Nationskonzepts, der an der Schwelle des 19. Jahrhunderts begonnen hatte, trotz aller Schwierigkeiten nicht aufzuhalten.

⁶⁸ CZEPULIS: *Mysł społeczna* (Anm. 27), 65–98, 137–153.

⁶⁹ SIMONIDES: *Folklorystyka* (Anm. 61), 73–76; KULAK: *Mit* (Anm. 64), 166.

H. Der Januar-Aufstand von 1863 als Zäsur und Erinnerungsort

VON THEODORE R. WEEKS

Als Kaiser Nikolaus I. 1855 während des Krimkriegs starb, hatten seine polnischen Untertanen wenig Grund zur Trauer. Schließlich hatte Nikolaus den Aufstand von 1830/31 niedergeschlagen, die polnische Verfassung aufgehoben, die Armee des Königreichs aufgelöst und den Eroberer von Warschau, Feldmarschall Ivan Fedorovič Paskevič als Vizekönig eingesetzt. Paskevič überlebte seinen Herrn um ein knappes Jahr und starb 1856 auf seinem Posten in Warschau.¹ In die gleiche Zeit fiel auch Russlands militärischer Misserfolg im Krimkrieg (1854–1856), der die Schwäche von Nikolaus' konservativem System vollends entblößte. Auch wenn der Krieg auf Russlands eigenem Gebiet und von einem Kaiser geführt wurde, dessen vorrangiges Interesse, ja dessen Obsession das Militär gewesen war, hatten die kümmerlich ausgebildeten und schlecht geführten russischen Truppen keine gute Figur abgegeben. Russlands Niederlage wurde als Schock und Erniedrigung empfunden und zwang selbst russische Konservative zu dem Eingeständnis, dass durchgreifende Reformen nötig sein würden, um das Überleben Russlands als Großmacht zu garantieren. Eine jede ernsthaft gemeinte Staatsreform musste dabei mit der Emanzipation der Leibeigenen beginnen.²

Die russische Niederlage und die Thronbesteigung des anscheinend weniger polenfeindlichen Kaisers Alexander II. gab auch Anlass für Hoffnungen auf eine Wiederherstellung der Autonomie des Königreichs Polen. Zugleich war die Erinnerung an die Ereignisse der Jahre 1830/31 (→ III. D) bei vielen Polen noch lebendig. Für sie war der eine Generation zurückliegende Novemberaufstand ein heldenhafter Versuch gewesen,

¹ Eine interessante, wenn auch leicht veraltete Übersicht über Nikolaus' Regierungszeit: KUCHARZEWSKI, J.: *Od białego caratu do czerwonego* [Vom weißen zum roten Zartum]. Bd. 1: *Epoka Mikołajska* [Die Epoche Nikolaus']. Kommentierte Neuausgabe Warszawa 1998 (Die insgesamt sieben Bände des Werks erschienen erstmals 1923–1935). Siehe auch ZERNACK, K.: *Polen und Rußland. Zwei Wege in der europäischen Geschichte*. Frankfurt a. M. 1994, 332–337; BUSSMANN, W. (Hg.): *Europa von der französischen Revolution zu den nationalstaatlichen Bewegungen des 19. Jahrhunderts*. Stuttgart 1981 (Handbuch der europäischen Geschichte, 5), 648–654, 722–746. Insgesamt ist dieser Zeitraum der polnischen Geschichte überraschend schlecht erforscht.

² CURTISS, J.: *Russia's Crimean War*. Durham, NC 1979; BUSSMANN: *Europa* (Anm. 1), 52–57. Allgemein zur Lage im Russischen Reich nach dem Krimkrieg: BEYRAU, D. / HILDERMEIER, M.: *Von der Leibeigenschaft zur frühindustriellen Gesellschaft (1856 bis 1890)*. In: SCHRAMM, G. (Hg.): *Handbuch der Geschichte Rußlands*. Bd. 3.1. Stuttgart 1983, 6–201.

Polens Freiheiten zu verteidigen. Für viele Russen bestätigte dies den ihrer Wahrnehmung nach hoffnungslos leichtsinnigen und gefährlich instabilen Nationalcharakter der Polen. Zumindest die russischen Beamten neigten zu der Ansicht, die polnischen Forderungen nach Autonomie und Privilegien seien ein Beleg dafür, dass die Polen ihre »historische Lektion« noch nicht gelernt hätten und immer noch Illusionen von künftiger Unabhängigkeit und Ruhm nachhingen. Für die Polen wiederum handelte es sich bei den Repressionen des letzten Vierteljahrhunderts schlichtweg um zu beseitigende Ungerechtigkeiten. Beide Wahrnehmungen umreißen das polnisch-russische Spannungsverhältnis, das die Jahre zwischen 1855 und dem Ausbruch des Aufstands im Januar 1863 prägte.³

Ganz abgesehen von den historischen Argumenten stand Polens geostrategische Lage jeder möglichen Reform im Wege. Für St. Petersburg lagen die polnischen Gebiete auf dem Weg nach Westeuropa. Umso mehr war es ein Hauptziel der russischen Behörden, die politische Kontrolle über die Westgebiete des Reiches zu behalten und keine Veränderungen zuzulassen, die zu Unruhen oder Instabilität in der Region hätten führen können. Für die politisch aktiven Polen war es hingegen eine Frage der historischen Gerechtigkeit, dass wenigstens die Autonomie von 1815 wiederhergestellt werden müsse. Sie forderten vom Kaiser die Wiedereinsetzung in ihr historisches Recht, sich selbst zu regieren – zumindest in Fragen von lokaler Bedeutung. Diese beiden entgegengesetzten Ansichten spiegeln sich in den bekannten Worten Alexanders II. wieder, mit denen er 1856 in Warschau seine an die hier versammelte Adligen gerichtete Rede beendete und überzogene Hoffnungen auf eine grundlegende Veränderung der polnischen Lage dämpfte: »Point de rêveries, messieurs, point de rêveries!« – »Keine Träumereien mehr, meine Herren, keine Träumereien mehr!«.⁴

Alexander befürchtete, dass sich die polnische Neigung zu »Träumereien« im Hinblick auf die staatliche Unabhängigkeit zu unvernünftigen Forderungen auswachsen würde, die er nicht erfüllen könnte. Auf der polnischen Seite erschienen hingegen sowohl das Fernziel einer Unabhängigkeit als auch die Forderung nach einer weitgehenden lokalen Autonomie für die unmittelbare Gegenwart nicht als Träumereien, sondern als vernünftige und vollkommen gerechtfertigte Ansinnen. Es war daher wahrscheinlich unvermeidbar, dass die unterschiedlichen politischen Interessen der russischen und der polnischen Eliten in Konflikt geraten würden. Dennoch hofften nüchtern denkende Personen auf beiden Seiten auf Kompromisse, die alle Beteiligten zufriedenstellen

³ MILLER, A. / DOLBILOV, M.: »The Damned Polish Question.« *The Romanov Empire and the Polish Uprisings of 1830–1831 and 1863–1864*. In: LEONHARD, J. (Hg.): *Comparing Empires. Encounters and Transfers in the Long Nineteenth Century*. Göttingen 2011, 425–452.

⁴ Die Rede Alexanders von 23. Mai 1856 in: LISICKI, H.: *Aleksander Wielopolski 1803–1877*. Bd. 2. Kraków 1878, 17.

konnten.⁵ Zu diesen Gemäßigten zählten zumindest zwei führende polnische Politiker der Zeit, die Grafen Aleksander Wielopolski und Andrzej Zamoyski, die trotz ihrer gegenseitigen Abneigung beide erkannten, dass eine kurzfristige Verbesserung der Bedingungen im Königreich Polen deutliche Kompromisse mit der russischen Regierung erfordern würde.⁶

Reformpolitik vor 1863

Eine Schlüsselfigur – vielleicht *die* Schlüsselfigur – für die Beziehungen zwischen Polen und Russen am Vorabend des Aufstands von 1863 war Graf Aleksander Ignacy Wielopolski, ein Mann mit tadellosem Stammbaum, doch alles andere als ein romantischer Anhänger der »Adelstraditionen«. Sein Ziel war es im Gegenteil, dem russischen Kaiser so viel Autonomie wie möglich für das Königreich Polen abzutrotzen. Wielopolski erkannte, dass die polnische Unabhängigkeit unter den gegenwärtigen politischen Umständen nicht erreicht werden konnte. Die Polen sollten also unrealistische Ideen aufgeben, sich mit der russischen Hegemonie abfinden und in diesem Rahmen auf Reformen innerhalb des Königreichs Polen hinarbeiten.⁷

Wielopolskis Ideal könnte als »konservative Reform« bezeichnet werden, da er überhaupt nichts von demokratischen Formen hielt und vielmehr Reformen anstrebte, die vom Souverän bewilligt und von einer kleinen Elite seiner Diener umgesetzt werden sollten – an erster Stelle von ihm, Wielopolski, selbst. In seiner knapp zweijährigen Amtszeit (1861–1862), zunächst als Direktor der Regierungskommission für religiöse Angelegenheiten und Öffentliche Bildung und danach als Chef der Zivilregierung des Königreichs Polen, gelang es Wielopolski Konzessionen von St. Petersburg zu erwirken, darunter ein System der lokalen Selbstverwaltung, Bildungsreformen, eine »Repolonisierung« des Staatsapparats im Königreich Polen und bürgerliche Rechte für die

⁵ Zu diesen Differenzen der politischen Weltanschauung zwischen Russen und Polen siehe GŁĘBOCKI, H.: *Fatalna sprawa: Kwestia polska w rosyjskiej myśli politycznej (1856–1866)* [Eine verhängnisvolle Angelegenheit: Die polnische Frage im russischen politischen Denken (1856–1866)]. Kraków 2000.

⁶ ZYNIIEWSKI, S.: *The Futile Compromise Reached: Wielopolski and Russian Policy in the Congress Kingdom, 1861–1863*. In: *American Historical Review* 70 (1965), H. 2, 395–412; KOBERDOWA, I.: *Wielki ksiądz Konstanty w Warszawie 1862–1863* [Großfürst Konstantin in Warschau 1862–1863]. Warszawa 1988.

⁷ BOREJSZA, J.: *Dylemat Aleksandra Wielopolskiego* [Das Dilemma von Aleksander Wielopolski]. In: DERS.: *Piękny wiek XIX* [Das schöne 19. Jahrhundert]. Warszawa 1984, 234–262; ŚLUSAREK, A.: *Aleksander Wielopolski*. In: *Wybitni Polacy XIX wieku. Leksykon biograficzny* [Bedeutende Polen des 19. Jahrhunderts. Biographisches Lexikon]. Kraków 1998, 372–379.

Juden in Polen.⁸ Andererseits trug Wielkopolskis ausgeprägte Unfähigkeit zu Kompromissen – seine Arroganz war ein Grund für seine enorme Unbeliebtheit – und der fehlende Wille, sich mit gemäßigten Vertretern der polnischen Eliten wie Zamoycki zu einigen, zur Zuspitzung und Eskalation der Lage in Warschau bei. Vor allem deshalb wurde der konservative Reformler sowohl von seinen Zeitgenossen als auch später meist in einem negativen Licht gesehen.⁹

Alexander II. selbst versicherte den polnischen Adligen, das normale polnische Volk spiele in seinen Erwägungen zu möglichen Reformschritten nur eine passive Rolle. Gleichzeitig bemühte er sich aber auch, allzu optimistische Erwartungen mancher Polen zu dämpfen. Schon im Mai 1856 reiste er deshalb nach Warschau, um Vertreter der polnischen Aristokratie zu treffen.¹⁰ Der russische Kaiser und polnische König wurde in Warschau freundlich empfangen und bemühte sich, die polnischen Empfindlichkeiten nicht zu verletzen. Bereits im Vormonat seines Besuchs war im Königreich das Kriegerrecht aufgehoben worden. Bei seinen Begegnungen mit den polnischen Adligen machte Alexander deutlich, dass er nicht vorhatte, die Politik seines Vaters in Bausch und Bogen zu verwerfen. Vielmehr sollten seine polnischen Untertanen ihr Schicksal als unauflöslich mit dem Wohlergehen ihres größeren Vaterlands, also dem Russischen Reich, verknüpft sehen. Dennoch war die polnische Öffentlichkeit positiv von der Tatsache beeindruckt, dass Alexander persönlich nach Warschau gekommen war, mit den versammelten polnischen Würdenträgern Französisch und nicht Russisch sprach und einige vage Zugeständnisse im Bereich der Sprach- und Religionspolitik machte.

Alexanders berühmt gewordenen Worte an seine Gastgeber – »Point de rêveries, messieurs, point de rêveries!« – zeigen, dass er die Polen als politisch unreif betrachtete und meinte, sie kämen mit der politischen Realität der Nachteilungszeit nicht zu recht. Wie der Großteil der russischen Eliten befürchtete Alexander, dass die törichten »Träume« von politischer Unabhängigkeit leicht zu einem unvernünftigen und sogar verräterischen Verhalten gegenüber ihrem Souverän und dem Russischen Reich führen könnten. Vom russischen Standpunkt aus hatte er damit durchaus Recht.

⁸ STANKIEWICZ, Z.: *Dzieje wielkości i upadku Aleksandra Wielopolskiego* [Die Geschichte der Größe und des Niedergangs von Aleksander Wielopolski]. Warszawa 1967; ROSEVEARE, I.: *From Reform to Rebellion: A. Wielopolski and the Polish Question, 1861–1863*. In: *Canadian Slavic Studies* 3 (1969), 263–285; LISICKI, H.: *Aleksander Wielopolski 1803–1877*. 4 Bde. Kraków 1878–1879.

⁹ RUSIN, J.: *Aleksander Wielopolski. Bohater trudnej legendy* [Aleksander Wielopolski. Held einer schwierigen Legende]. Rzeszów 1997.

¹⁰ LESLIE, R. F.: *Reform and Insurrection in Russian Poland 1856–1865*, London 1963, 48; KIENIEWICZ, S.: *Powstanie Styczniowe* [Der Januaraufstand]. Warszawa 1983, 15–18.

Demonstrationen

Warschau war in Alexanders ersten Regierungsjahren Schauplatz verschiedener patriotischer Demonstrationen gewesen, oft bei Beerdigungen der Veteranen von 1830/31 oder ihrer Frauen. Vor 1861 führte jedoch keine dieser von der russischen Bürokratie als »Unruhen« bezeichneten Manifestationen zu Blutvergießen.¹¹ Aus nicht ganz eindeutigen Gründen änderte sich dies am 27. Februar 1861, als russische Truppen das Feuer auf eine Menge von Demonstranten eröffneten und dabei fünf Menschen töteten. Die Nachricht von diesem Massaker – als solches wurde der Zwischenfall bekannt – verbreitete sich rasch, und die Unterstützung der Bevölkerung für konspirative Gruppen wuchs entsprechend. Die Beerdigung der »fünf Gefallenen« (*pięć poległych*) wurde zu einer großen öffentlichen Demonstration des Widerstands gegen die russische Herrschaft. Alle fünf Opfer waren Katholiken gewesen, doch Gedenkgottesdienste wurden sowohl in Synagogen als auch in Kirchen gehalten und viele Juden, darunter der Oberrabbiner von Warschau, Ber Meisels, wohnten der Beerdigung bei.¹²

Anfang April 1861 löste Aleksander Wielopolski, neues Oberhaupt der Zivilverwaltung im Königreich, die von Andrzej Zamoyski gegründete Agrargesellschaft (*Towarzystwo Rolnicze*) auf. Diese Organisation der Großgrundbesitzer hatte zwar ein konservatives Gesicht (→ III. G), war aber von vielen als eine Art von Quasi-Regierung eines autonomen Polen angesehen worden und hatte auch als Zentrum der Opposition gegen Wielopolski gedient – mehr gegen dessen Person als gegen seine Reformen. Daher führte die Auflösung zu erbitterten öffentlichen Demonstrationen. Die russischen Behörden waren nunmehr entschlossen, diesen wachsenden Unruhen gegenüber Strenge an den Tag zu legen. Eine Massendemonstration am 8. April stieß mit bewaffneten Kräften zusammen. Die Bestattung der zahlreichen Getöteten gab den Anlass für weitere Demonstrationen.¹³ Unter den Todesopfern befand sich auch der jüdische Kaufmannssohn und Schüler Michał Landy, der von einem verwundeten katholischen Geistlichen das Kreuz übernahm und weitertrug, bis er selbst von einer Kugel getroffen

¹¹ Eine hervorragende und detaillierte Darstellung des Zeitraums zwischen 1858 und 1862, leider ohne Fußnoten, jedoch mit einem guten Quellenverzeichnis bietet PETROZOLIN-SKOWROŃSKA, B.: *Przed tą nocą* [Vor dieser Nacht]. Warszawa 1988.

¹² KUPFER, E.: *Ber Meisels i jego udział w walkach wyzwoleniczych narodu polskiego (1846, 1848, 1863–64)* [Ber Meisels und seine Beteiligung an den Befreiungskämpfen der polnischen Nation (1846, 1848, 1863–64)]. Warszawa 1953. Zum besonders engen polnisch-jüdischen Verhältnis der Jahre vor dem Januaraufstand siehe WEEKS, T.: *From Assimilation to Antisemitism: The »Jewish Question« in Poland, 1850–1914*. DeKalb, Ill. 2005, 33–50; EISENBACH, A.: *The Emancipation of the Jews in Poland, 1780–1870*. Oxford-Cambridge, Mass. 1991 (poln. Orig. Warszawa 1988), 433–474.

¹³ KIENIEWICZ, S.: *Między ugodą a rewolucją. Andrzej Zamoyski w latach 1861–1862* [Zwischen Ausgleich und Revolution. Andrzej Zamoyski in den Jahren 1861–1862]. Warszawa 1962, 134–159.

wurde. Landys Handeln und Tod wurde zu einem wesentlichen Bestandteil des bis heute gepflegten Narrativs von der polnischen-jüdischen Bruderschaft in den Jahren vor dem Januaraufstand.¹⁴

Zwar konnte die Ordnung in Warschau bald wieder hergestellt werden, doch erwog Alexander II. noch im Sommer 1861 eine Verhängung des Kriegsrechts im Königreich Polen. Seine Berater argumentierten jedoch, dass dies die Opposition einfach in den Untergrund und in gefährlichere Verschwörerzirkel treiben würde. Wielopolski setzte seine gemäßigten Reformpläne fort und nährte so doch nur das Verlangen nach umfassenderen Veränderungen. Als Antoni Fijałkowski, der beliebte Erzbischof von Warschau, Anfang Oktober starb, wurden die Trauergottesdienste zu patriotischen Demonstrationen. Die russischen Behörden befürchteten für den nahenden Jahrestag von Kościuszkos Tod am 15. Oktober noch umfangreichere patriotische Aktivitäten. Trotz der schließlich doch erfolgten Verhängung des Kriegsrechts versammelten sich Polen weiterhin in Kirchen und Klöstern, um Hymnen und patriotische Lieder zu singen (die russischen Behörden unterschieden übrigens nicht zwischen diesen beiden Genres).

Die Lage spitzte sich zu, als russische Truppen drei Kirchen umstellten, um alle festzunehmen, die sich dort aufhielten. Viele versuchten zu fliehen, doch 1678 Männer wurden verhaftet und in die Zitadelle gebracht, ein berüchtigtes Militärgefängnis. Als Antwort auf diese Verletzung der Unantastbarkeit katholischer Gotteshäuser entschloss sich der Verwalter der Warschauer Diözese zu dem folgenschweren Schritt, aus Protest alle Kirchen zu schließen. In einem beispiellosen Akt von Solidarität ordnete der Warschauer Oberrabbiner Dow Ber Meisels an, auch alle Synagogen in der Stadt zu versperren. Nach zahlreichen Verhaftungen und Verbannungen stellten die russischen Behörden die Ordnung wieder her. Das Jahr 1862 verlief ohne größeres Blutvergießen, auch wenn Attentatsversuche auf den Vizekönig – mittlerweile bekleidete der Bruder des Zaren, Großfürst Konstantin, dieses Amt – und auf Wielopolski zeigten, dass die Unzufriedenheit nicht abgenommen hatte.¹⁵

Insbesondere unter den Universitätsstudenten und den Schülern der wenigen Gymnasien Warschaus herrschten radikale Ideen vor. Viele von ihnen sollten später am Aufstand teilnehmen, vielfach auf Seiten der »Roten«, also des radikaleren Flügels. Zwar mussten ihre Organisationen und Treffen geheim bleiben, doch wussten die russischen Behörden und Wielopolski selbst sehr wohl über sie Bescheid.¹⁶

¹⁴ BARTAL, I. / OPALSKI, M.: *Poles and Jews: A Failed Brotherhood*. Hanover, N.H. 1992, 44.

¹⁵ RAMOTOWSKA, F.: *Rząd carski wobec manifestacji patriotycznych w Królestwie Polskim w latach 1860–1862* [Die zarische Regierung und die patriotischen Demonstrationen im Königreich Polen zwischen 1860 und 1862]. Warszawa 1971; WEEKS: *From Assimilation to Antisemitism* (Anm. 12), 44–48.

¹⁶ KRAUSHAR, A.: *Po czterdziestu pięciu latach: Wspomnienia jubileuszowe* [Nach fünfundvierzig Jahren: Jubiläumserinnerungen]. Warszawa 1906.

»Weiße« gegen »Rote«

Zu Anfang der 1860er Jahre hatte sich die polnische öffentliche Meinung in zwei Gruppen gespalten, die gemeinhin als »Weiße« und »Rote« bezeichnet wurden. In vielerlei Hinsicht unterschied sich das Programm der »Weißen« kaum von den Ideen Wielopolskis – mehr lokale Autonomie und Selbstverwaltung im Königreich Polen, der Ausbau des polnischen Schulwesens, größere Rechte für die polnische Sprache und Kultur. Die »Roten« waren radikaler, sowohl in ihren politischen, als auch in ihren sozialen Forderungen. Die »Weißen« befürchteten, die russischen Behörden politisch zu weit zu drängen und beabsichtigten, ihre eigene Stellung als Landbesitzer zu bewahren, indem sie eine aus ihrer Sicht allzu großzügige Agrarreform verhindern wollten. Außerdem wandten sie sich strikt gegen jedwede Aufstandspläne. »Rote« und »Weiße« waren keine klar definierten Gruppen, und einige Personen wie der spätere Diktator Romuald Traugutt wechselten im Laufe der Zeit das Lager. Versuche marxistischer Historiker, diese beiden Gruppen aufgrund ihrer gesellschaftlichen Herkunft zu definieren, sind nicht überzeugend: zwar tendierten die größeren Landbesitzer zu den »Weißen« und fürchteten das bauernfreundlichere Programm der »Roten«, doch war dies keine durchgehende Regel.¹⁷

Nach der Auflösung der Agrargesellschaft im April 1861 war selbst relativ gemäßigten Polen jedes legale Forum genommen, ihre Vorstellungen von Reform zu artikulieren. Nunmehr begannen sich »Weiße« wie »Rote« als »Untergrund« zu organisieren. Erstere etablierten die Nationale Delegation (*Delegacja Narodowa*) als ihr Koordinationsorgan. Diesem bald in Land-Direktion (*Dyrekcja Wiejska*) umbenannten Gremium gehörten einflussreiche Persönlichkeiten wie der Bankier Leopold Kronenberg und der hohe Finanzbeamte und langjährige Verfechter der Organischen Arbeit (→ III. G und IV. D) Edward Jürgens, aber auch der Medizinstudent Karol Majewski an.

Zur selben Zeit, im Herbst 1861, begannen auch die radikaleren »Roten« sich zu organisieren. Sie gründeten als Führungszirkel das Komitee der Nationalen Bewegung (*Komitet Narodowego Ruchu*), das in etwas veränderter Zusammensetzung ab Juni 1862 den Namen Zentrales Nationalkomitee (*Komitet Centralny Narodowy*, KCN) trug.¹⁸ Unter den führenden Mitgliedern befanden sich Władysław Daniłowski, Jarosław Dąbrowski, Agaton Giller, Witold Marczewski, Bronisław Szwarc und später auch Romuald Traugutt. Das Programm des KCN enthielt 27 Artikel, in denen unter anderem die polnische Unabhängigkeit in den Grenzen von 1771, Brüderlichkeit zwi-

¹⁷ KIENIEWICZ: *Powstanie Styczniowe* (Anm. 10), 218–224, 234–257.

¹⁸ RAMOTOWSKA, F.: *Narodziny tajemnego państwa polskiego, 1858–1862* [Die Geburt des geheimen polnischen Staates, 1858–1862]. Warszawa 1990, 150–204; PETROZOLIN-SKOWROŃSKA: *Przed tą nocą* (Anm. 11), 188–232.

schen allen Klassen und Zusammenarbeit mit den benachbarten Nationalitäten gegen den gemeinsamen russischen Feind gefordert wurden.

Der Ausbruch des Aufstands

Die russischen Behörden waren sich ebenso wie Wielopolski sehr wohl dessen bewusst, dass sich insgeheim patriotische Gruppen bildeten. Wielopolski sah in der seit 1856 im Königreich ausgesetzten Rekrutenaushebung ein probates Mittel, sich potentieller Aufwiegler zu entledigen. Rund 12 000 Rekruten sollten im Königreich aufgebracht werden, darunter allein 2500 aus Warschau. Insbesondere mögliche Unruhestifter wurden von der Regierung zur Aufnahme ins Militär vorgesehen. In der Nacht vom 14. auf den 15. Januar 1863 wurden in Warschau rund 1800 junge Männer ohne größeren Zwischenfall eingezogen. Was Wielopolski jedoch nicht wusste: Die im Polnischen als *Branka* berühmt gewordene Aushebung ließ das KCN zu dem Schluss kommen, dass nun nichts mehr zu verlieren sei. War in den bisherigen Planungen das Frühjahr für den Aufstandsbeginn festgelegt worden, entschied man sich nun trotz der unzureichenden Vorbereitungen dafür, in der Nacht vom 22. auf den 23. Januar 1863 loszuschlagen.¹⁹

Am 22. Januar 1863 veröffentlichte das KCN als selbsternannte Provisorische Nationalregierung (*Tymczasowy Rząd Narodowy*) ein Manifest, das die »niederträchtige Besatzungsregierung« (*nikczemny rząd najezdniczy*) anprangerte und die Polen aufrief, ihr Vaterland im Namen der Gerechtigkeit zu verteidigen.²⁰ Das Manifest war ausdrücklich an »alle Söhne Polens, jeden Glaubens, aus jedem Geschlecht, von jeder Herkunft und jedem Stand« (*wszystkich synów Polski, bez różnicy wiary i rodu, pochodzenia i stanu*) gerichtet. Ob Adliger oder Bauer, Katholik oder Jude – alle »Söhne Polens« seien freie und gleiche Bürger, die zu den Waffen greifen sollten, um ihr gemeinsames Vaterland zu verteidigen. Das Manifest versprach Land für die Bauern, allerdings gegen eine Entschädigung für die Grundbesitzer, und endete in einem triumphalem Ton: Es sei nun zu wählen zwischen »Schande ewiger Untertänigkeit und Tortur ewiger Sklaverei« (*na hańbę wiecznego poddaństwa i mękę wiecznej niewoli*) oder dem Be-

¹⁹ Ein Überblick über den gesamten Aufstand bei RUDZKA, W.: *Studies on the Polish Insurrectionary Government in 1863–1864*. In: *Antemurale* 7/8 (1963), 397–473.

²⁰ Abdruck u.a. in STOLARCZYK, M. (Hg.): *Wybór tekstów źródłowych z historii Polski 1795–1864* [Quellentextauswahl zur Geschichte Polens 1795–1864]. Bd. 1. Rzeszów 1999, 226 f. Vgl. KIENIEWICZ, S.: *Manifest 22 stycznia 1863 roku* [Das Manifest vom 22. Januar 1863]. Warszawa 1989; DERS.: *Powstanie Styczniowe* (Anm. 10), 257–266. Zu Propaganda und Rhetorik der Aufständischen vgl. JAEGER, M.: *Działalność propagandowo-informacyjna władz powstańczych (1794, 1830–1831, 1863–1864)* [Die Propaganda- und Informationspolitik der Aufständischen (1794, 1830–1831, 1863–1864)]. Lublin 2002, 69–109.

ginn eines »Endkampfes der europäischen Zivilisation gegen die wilde Barbarei Asiens« (*bój ostatni Europejskiej Cywilizacji z dzikim barbarzyństwem Azji*).

Die ersten organisierten militärischen Operationen erfolgten im Februar unter dem zum Oberbefehlshaber und Diktator erhobenen, aus dem Exil zurückgekehrten früheren Berufsrevolutionär Ludwik Mierosławski (→ III. F). Zuvor hatten bereits Bauern russische Militärobjecte unkoordiniert angegriffen. Mit dem Beginn des Aufstands hatten selbst die gemäßigten Polen fast keine andere Wahl als ihn zu unterstützen.

Nachdem Mierosławski innerhalb kürzester Zeit militärisch gescheitert war, folgte ihm im März mit Marian Langiewicz für eine Woche ein weiterer Teilnehmer des Aufstands von 1830 und Exilant im Amt. Nachdem auch dieser abberufen wurde und die bisherigen von den »Roten« dominierten Regierungen gescheitert waren, setzten beide politische Hauptströmungen ein Koalitionskabinett als Nationalregierung (*Rząd Narodowy*) ein, das von Juni bis September 1863 von Karol Majewski geführt wurde. Die »Weißen« setzten sich im weiterhin starken Konflikt mit den »Roten« schrittweise durch. Die Nationalregierung agierte im Untergrund wie eine reguläre Staatsregierung und erließ zahlreiche Dekrete, welche eine geheime Verwaltung, eine territoriale Neugliederung des Königreichs, ein eigenes Steuersystem, die Rekrutierung von Kämpfern sowie ein eigenes Post- und Pressewesen regelten. Eine wichtige Rolle spielten dabei Frauenorganisationen, die von der Aufstandsführung in die Strukturen der Aufstandsverwaltung eingegliedert wurden.²¹ Nach mehreren Regierungswechseln trat Mitte Oktober Romuald Traugutt das Amt des Regierungschefs an, das er bis zu seiner Verhaftung im April 1864 bekleidete.

Der Verlauf des Aufstandes

Den anfangs 100 000 Mann zählenden und später enorm verstärkten russischen Truppen im Königreich standen anders als im Novemberaufstand keine regulären polnischen Truppen gegenüber. Zudem verhinderten Meinungsverschiedenheiten zwischen »Roten« und »Weißen« die Aufstellung einer nennenswerten Armee gegen die gut ausgebildeten und ausgerüsteten russischen Einheiten. Von Beginn an setzten die Aufständischen daher auf eine Guerilla-Taktik und attackierten einzelne Garnisonen und strategische Objekte. Die meisten Kämpfe spielten sich in der Provinz ab und wurden von

²¹ KULAK, T. / DUFRAŁ, J. / PIOTROWSKA-MARCHEWA, M. (Hg.): *Postawy i aktywność kobiet w czasie powstania styczniowego 1863–1864 (na tle polskich konspiracji i działalności powstańczej doby zaborowej)* [Einstellungen und Aktivität von Frauen in der Zeit des Januaraufstandes 1863–1864 (vor dem Hintergrund polnischer Geheimorganisationen und Aufstandshandlungen der Teilungszeit)]. Wrocław 2013; BRUCHNAŁSKA, M.: *Ciche bohaterki. Udział kobiet w Powstaniu Styczniowym. Materjały* [Stille Heldinnen. Die Beteiligung von Frauen am Januaraufstand. Materialien]. Miejsce Piastowe 1933.

relativ kleinen, rasch zusammengestellten Truppenverbänden bestritten. An nur wenigen Gefechten nahmen mehr als ein paar hundert Aufständische teil.

Die Rebellen konnten die Hauptstadt und ihr Umland, wo allein 30 000 russische Soldaten stationiert waren, nie unter ihre Kontrolle bringen. Außerdem verfügten die russischen Truppen über die Zitadelle im Norden der Stadt, die nach 1831 gerade für den Fall eines neuen Aufstands gebaut worden war und von der aus sie die Stadt beschießen konnten. 1862 war zudem die Eisenbahnverbindung St. Petersburg–Warschau eröffnet worden, die schnelle Material- und Mannschaftstransporte ermöglichte. Die Rebellen konnten allenfalls Positionen der Regierung, Beamte und Truppenverbände am Rande der Stadt bekämpfen oder als Partisanen in vereinzelt Operationen angreifen. Anders als in den vorangegangenen Aufständen kam es somit zu keinen großen militärischen Operationen. Zwar konnten die polnischen Partisanen um den Preis großer Verluste zeitweise nennenswerte Gebiete unter ihre Kontrolle bringen, brachten damit die russische Herrschaft insgesamt aber nicht ins Wanken.

Die Partisanen suchten oft bei den polnischen Gutsbesitzern auf dem Land Unterschlupf, während die russischen Behörden jeden schwer bestrafte, von dem sie wussten oder vermuteten, dass er den Aufständischen Hilfe leiste. Einige Waffen wurden unter schwierigen Umständen geschmuggelt, doch viele Aufständische mussten mit veralteten Schusswaffen oder gar nur mit Hieb- und Stichwaffen kämpfen. In einigen Regionen erhielten die Aufständischen Hilfe von der jüdischen Bevölkerung, die sie mit Lebensmitteln versorgte und ihnen Obdach bot.²² Insgesamt aber unterstützten weder die Mehrheit der Juden noch der polnischen Bauern die Rebellen. Das Risiko einer solchen Unterstützung war beträchtlich und offensichtlich, während die Vorteile, die der Aufstand für die polnischen Bauern oder Juden bringen könnte, tatsächlich recht fraglich zu sein schienen. Ein zentrales Versäumnis der Aufständischen war es daher, dass es nicht gelang, die polnischen Bauern davon zu überzeugen, dass sie zu derselben polnischen Nation gehörten, für die die Rebellen kämpften. Die Bauern betrachteten den Aufstand größtenteils als das Werk der Oberschicht und ihrer eigenen adligen Grundbesitzer, also von Menschen, deren Interessen sich von ihren eigenen unterschieden. Die russische Regierung beförderte solche Überzeugungen in vollem Maße, indem

²² Zur Haltung der jüdischen Bevölkerung vgl. FIJAŁKOWSKI, P.: *Udział Żydów w powstaniu styczniowym w świetle monografii miast i regionów zachodniego Mazowsza* [Die Beteiligung der Juden am Januaraufstand im Lichte der Monographien von Städten und Regionen des westlichen Masowiens]. In: KALEMBKA, S. (Hg.): *Powstanie Styczniowe 1863–1864. Wrzenie, bój, wizje* [Der Januaraufstand 1863–1864. Gärung, Kampf, Visionen]. Warszawa 1990, 153–161; CABAN, W.: *Żydzi gubernii radomskiej a powstanie styczniowe* [Die Juden des Gouvernements Radom und der Januaraufstand]. In: KIRYK, F. (Hg.): *Żydzi w Małopolsce. Studia z dziejów osadnictwa i życia społecznego* [Die Juden in Kleinpolen. Studien zur Siedlungsgeschichte und zum gesellschaftlichen Leben]. Przemyśl 1991, 181–189; GELBER, N.: *Die Juden und der polnische Aufstand 1863*. Wien 1923.

sie den Bauern Land von den adligen Gütern als Belohnung dafür versprach, dass sie den Aufständischen ihre Hilfe versagten.²³

Zwar operierten Aufständische vereinzelt auch in der Ukraine,²⁴ doch waren die Gebiete Litauens und Weißrussland ungleich wichtiger für den Aufstandsverlauf.²⁵ So wie im Königreich Polen betätigten sich die Rebellen hauptsächlich auf dem Land, wo die polnischen Gutsbesitzer vielfach mit ihnen sympathisierten und sie unterstützten. Ein wichtiger Bestandteil ihrer Taktik war der Angriff auf Eisenbahnlinien. In der Gegend von Kaunas nahmen die vorwiegend litauischen Bauern – oft angeführt von ihren katholischen Pfarrern – Aufständische auf und kämpften offen gegen die russischen Truppen. Die aktive Unterstützung der Erhebung war damit bei den litauischen Bauern offenbar um einiges stärker als im eigentlichen Königreich Polen. Dies mag auch darauf zurückzuführen sein, dass – anders als in Kongresspolen, wo die Bauern bereits zur Zeit des Herzogtums Warschau 1807 wenn auch kein Land, so doch die persönliche Freiheit erhalten hatten – in den anderen früher polnischen Gebieten des russischen Reiches, den sogenannten *Kresy*, viele Bauern immer noch Leibeigene waren. Die russischen Behörden deuteten die Unterstützung des Aufstands durch die Landbevölkerung später nicht als Hinweis auf die Illoyalität der Bauern gegenüber dem russischen Kaiser, sondern gaben den Aktivitäten des katholischen Klerus die Schuld. Tatsächlich unterstützten viele katholische Priester den Aufstand und kämpften aktiv mit, obgleich der hochkonservative Papst Pius IX. in dieser Hinsicht viel zurückhaltender war.

Im Herbst 1863 wurden militärische Aktionen aufgrund der russischen Erfolge bei der Bekämpfung oder Neutralisierung der Rebellen immer schwieriger. Gegen Jahresende leisteten nur noch wenige Aufständische bewaffneten Widerstand.²⁶ Das ganze Jahr 1863 über mussten die russischen Behörden mit Anschlägen auf Personen und Straßenkämpfen rechnen. Sie räumten daher sogar Häuser in der Innenstadt, um das Errichten von Barrikaden zu verhindern. Die Gefahr für öffentliche Personen war real,

²³ GRONIEWSKI, K.: *Chłopi w Powstaniu Styczniowym a reformy agrarne lat 1861–1864* [Die Bauern im Januaraufstand und die Agrarreformen der Jahre 1861–1864]. In: KALEMBKA: *Powstanie Styczniowe* (Anm. 22), 124–147.

²⁴ WROŃSKI, A.: *Powstanie Styczniowe na Ukrainie* [Der Januaraufstand in der Ukraine]. In: KALEMBKA: *Powstanie Styczniowe* (Anm. 22), 372–388.

²⁵ FAJNHAUZ, D.: *1863. Litwa i Białoruś* [1863. Litauen und Weißrussland]. Warszawa 1999; SMIRNOV, A.: *Vosstanie 1863 goda v Litve i Belorossii* [Der Aufstand des Jahres 1863 in Litauen und in Weißrussland]. Moskva 1963; GRINKIENE, V. (Hg.): *1863–1864 metai Lietuvoje. Straipsniai ir dokumentai* [Die Jahre 1863–1864 in Litauen. Beiträge und Dokumente]. Kaunas 1991; ŁANIEC, S.: *Litwa w powstaniu styczniowym: bitwy i potyczki na Kowieńszczyźnie (1863–1864)* [Litauen im Januaraufstand: Schlachten und Gefechte in der Region Kaunas (1863–1864)]. Olsztyn 2000.

²⁶ KOZŁOWSKI, E.: *Zarys historii militarnej Powstania Styczniowego* [Abriss der Militärgeschichte des Januaraufstands]. In: KALEMBKA: *Powstanie Styczniowe* (Anm. 22), 299–348; KUKIEL, M.: *Military Aspects of the Polish Insurrection of 1863–4*. In: *Antemurale* 7/8 (1963), 363–396.

was das fehlgeschlagene Bombenattentat auf den Vizekönig Fedor Berg im September 1863 auf der Warschauer Straße Nowy Świat zeigte. Zu diesem Zeitpunkt war jedoch der Aufstand fast schon beendet.²⁷

Bemerkenswerterweise nutzte das Zentrale Nationalkomitee trotz der Dominanz der russischen Militärmacht in der Stadt während des ganzen Jahres Warschau als »Hauptstadt«. Von hier aus wurde ein geheimer Untergrundstaat organisiert, der späteren Generationen als historisches Vorbild dienen sollte. Allerdings waren die Aufständischen durch interne Streitereien und die ständige Angst vor der Entdeckung und Verhaftung durch die russischen Behörden in ihren Handlungsmöglichkeiten stark eingeschränkt.

Europäische Reaktionen

Die »Weißen« setzten ihre Hoffnungen auf eine ausländische Intervention, insbesondere auf die Hilfe Frankreichs. Sowohl die öffentliche Meinung als auch viele Regierungen Europas verurteilten die energischen Schritte der russischen Regierung gegen die Erhebung.²⁸ Auch Napoleon III. und die französische öffentliche Meinung waren den Polen gegenüber anfangs wohlgesonnen, doch die französische Regierung hatte letztlich weder die Absicht noch die Möglichkeiten, militärisch einzugreifen und die polnische Sache zu unterstützen.²⁹ Noch schlimmer für die Aufständischen war, dass die preußische Regierung, die selbst Befürchtungen hinsichtlich ihrer polnischen Untertanen hegte, sich auf die russische Seite schlug und bereits im Februar 1863 die Konvention Alvensleben mit dem Russischen Reich unterzeichnete.³⁰ Damit unterstützte sie de facto die Maßnahmen Petersburgs gegen die polnischen Rebellen und behielt diese feindliche Haltung gegenüber dem Aufstand auch nach der Unterzeichnung der Konvention bei. Obwohl sich die öffentliche Meinung in London und Paris über diese Allianz entrüstet zeigte, war keine der dortigen Regierungen bereit konkrete Schritte zur Unterstützung der Polen zu unternehmen.³¹

²⁷ KIENIEWICZ, S.: *Warszawa w powstaniu styczniowym* [Warschau im Januaraufstand]. Warszawa 1965.

²⁸ KUTOLOWSKI, J.: *The West and Poland: Essays on Governmental and Public Responses to the Polish National Movement, 1861–1864*. Boulder 2000.

²⁹ BÓBR-TYLINGO, S.: *Napoleon III, l'Europe et la Pologne en 1863–1864*. In: *Antemurale* 7/8 (1963), 1–362; DUNIN-WĄSOWICZ, K.: *Francuska opinia publiczna wobec Powstania Styczniowego (1863–1864)* [Die französische öffentliche Meinung gegenüber dem Januaraufstand (1863–1864)]. In: KALEMBKA: *Powstanie Styczniowe* (Anm. 22), 572–596.

³⁰ JEISMANN, K.-E. / TRZECIAKOWSKI, L.: *Polen im europäischen Mächtesystem des 19. Jahrhunderts. Die »Konvention Alvensleben« 1863*. Frankfurt a.M. 1994.

³¹ REVUNENKOV, V. G.: *Pol'skoe vosstanie 1863 g. i evropejskaja diplomatija* [Der polnische Aufstand von 1863 und die europäische Diplomatie]. Leningrad 1957; RAUTENBERG, H.-W.: *Der polnische Aufstand von 1863 und die europäische Politik*. Wiesbaden 1979.

Auch die Öffentlichkeit im Russischen Reich unterstützte mehrheitlich das Vorgehen der Regierung gegen die Polen. Selbst die russischen Liberalen begrüßten mit wenigen Ausnahmen die Niederschlagung des polnischen Aufstands und stellten die Rebellen als selbstsüchtige Gutsbesitzer dar. Eine Ausnahme war Alexander Herzen, der die Polen in seiner Zeitschrift *Kolokol* rühmte. Doch Herzen lebte in London und seine Unterstützung der Polen brachte zudem einen großen Teil seiner Leser gegen ihn auf, was zum Niedergang der einzigen bedeutenden unzensierten russischsprachigen Zeitschrift beitrug.³²

Noch entmutigender für die Polen war, dass Papst Pius IX. ihrem Kampf gegenüber reserviert blieb, da er in ihm weniger den Widerstand einer unterdrückten katholischen Nation, sondern eine störende soziale Bewegung gegen den *status quo* erblickte.³³ Diese Missbilligung ihres Kampfes durch den Pontifex löste bei den Aufständischen große Verbitterung aus. Anscheinend erschien die Insurrektion von 1863 für den konservativen Pius den Unruhen von 1848 so ähnlich, dass er seine Aufrufe auf Warnungen beschränkte, keinen revolutionären Tendenzen zu erliegen. Dennoch stammten viele der aktivsten Teilnehmer am Aufstand aus dem polnischen katholischen Klerus.³⁴

In London und Paris wurde die polnische Sache gefeiert, wenn man auch keine bedeutsame Hilfe leistete. Die französischen und englischen Zeitungen druckten Artikel und Zeichnungen, in denen die edlen polnischen Rebellen gerühmt und die russische Staatsgewalt als einfältig, gewalttätig und böseurteilend verurteilt wurden. Vor allem die französische Diplomatie setzte sich für die polnischen Rechte ein und versuchte Großbritannien, Österreich und andere Länder davon zu überzeugen, ihrer Entrüstung über Russlands Vorgehen in diplomatischen Protesten Ausdruck zu geben. Im Frühjahr 1863 befürchtete der russische Außenminister Alexander Gorčakow ernstlich einen Krieg. Doch gab es tatsächlich nur geringe Aussichten, dass sich Österreich und Frankreich – die sich gerade in Norditalien bekriegt hatten – gegen Russland verbünden würden. Preußen auf der anderen Seite zog Truppen an der russischen Grenze zusammen und schien bereit, gegen die Rebellen einzugreifen, sollte dies notwendig werden. Letztendlich erwies sich die vorgebliche Bereitschaft Napoleons III. zu materieller Hilfe als leeres Versprechen, da er sie eigentlich nie zur Verfügung stellen konnte.

³² MALIA, M.: *Alexander Herzen and the Birth of Russian Socialism*. New York 1965, 385. Zur russischen Öffentlichkeit vgl. CHUKOVSKY [ČUKOWSKIJ], K.: *The Poet and the Hangman (Nekrasov and Muravyov)*. Ann Arbor, Mich. 1977 (russ. Orig. Peterburg 1922).

³³ LIS, K.: *Pius IX a Polska w dobie powstania styczniowego* [Pius IX. und Polen während des Januaraufstands]. Lublin 1996; KANIA, J.: *Pius IX. a walka Polaków z Rosją* [Pius IX. und der Kampf der Polen gegen Russland]. Kraków 2000.

³⁴ STOPNIAK, F.: *Duchowieństwo rzymskokatolickie wobec Powstania Styczniowego* [Die römisch-katholische Geistlichkeit und der Januaraufstand]. In: WOJTASIK, J. (Hg.): *Powstanie Styczniowe. Aspekty militarne i polityczne* [Der Januaraufstand. Militärische und politische Aspekte]. Warszawa 1995, 61–77.

Die Niederschlagung des Aufstands

Der stämmig gebaute Michail Nikolajewič Murav'ev (ab 1864 Murav'ev-Vilenskij) war vielleicht der berühmteste und zugleich berüchtigtste Russe, dessen Name mit den Ereignissen von 1863 in Verbindung steht. Er ist als »der Henker« (*wieszatiel*) in die Geschichte Polens, Russlands und Litauens eingegangen, angeblich wegen seiner Bemerkung, er würde im Gegensatz zu seinem entfernten Vetter, dem 1826 hingerichteten Dekabristenführer Sergej Ivanovič Murav'ev-Apostol', nicht zu jenen Murav'evs gehören, die gehenkt werden, sondern vielmehr zu jenen, die selbst henken. Obschon es möglich ist, dass Murav'ev diese Worte gar nicht gesagt hat, passen sie gut zu diesem kantigen Mann. Er war zu Beginn der 1830er Jahre Gouverneur der Provinz von Grodno gewesen und hatte damals die Regierung aufgefordert, strenge und nachhaltige Maßnahmen zu ergreifen, um künftige Aufstände zu verhindern.

Als Kaiser Alexander II. ihn 1863 bat, die Aufgabe zu übernehmen, die »nordwestlichen Provinzen« für Russland zu retten, fühlte Murav'ev sich in seiner Einschätzung bestätigt. Eine seiner ersten Handlungen nach seiner Ankunft in Wilna im Mai 1863 war die Festnahme und öffentliche Hinrichtung einiger Rebellen – darunter auch Geistliche – am Galgen. Murav'ev behauptete, dass nicht er, sondern die Rebellen für das Blutvergießen verantwortlich gewesen seien und nur harte Maßnahmen die Gewalt eindämmen und das Land zur Ruhe bringen könnten. Tausende Aufständische (oder vermeintliche Aufständische), die er hinrichteten, nach Sibirien verbannen oder deren Besitz er konfiszieren ließ, waren verständlicherweise anderer Meinung. Murav'ev blieb nur bis 1865 in Wilna, doch das von ihm etablierte »System«, das die Förderung der russischen, orthodoxen Kultur bei gleichzeitiger starker Beschränkung der Rechte der Polen beinhaltete, blieb in manchen Aspekten bis zum Untergang des Romanov-Reiches bestehen.³⁵

Für die Unterdrückung des Aufstands im Königreich Polen zuständig war der aus Livland stammende Graf Friedrich Wilhelm Rembert von Berg, der sich russisch Fedor Fedorovič Berg nannte. Er traf im September 1863 in Warschau ein, als Großfürst Konstantin nach St. Petersburg zurückbeordert wurde. Einen Monat später erhielt er den

³⁵ Zur Biographie Murav'evs auch dessen ins Polnische übersetzte Erinnerungen MURAWIOW (»Wieszatiel«), M.: *Wspomnienia* [Erinnerungen]. Warszawa 1990 (ältere deutsche Übersetzung *Der Dictator von Wilna. Memoiren des M. N. Murawjew*. Leipzig 1883). Vgl. TURCEVIČ, A.: *Kratkij očerk žizni i deiateľ'nosti grafa M. N. Murav'eva* [Kurze Skizze von Leben und Wirken des Grafen M. N. Murav'ev]. Vil'na 1898; STALIŪNAS, D.: *Kai kurie Michailo Muravjovo Etnopolitinės programos bruožai (1863–1865)* [Einige Merkmale des ethnopolitischen Programms von Michail Murav'ev]. In: TYLA, A. (Hg.): *Praeities baruose. Skiriama akademikui Vytautui Merkiui 70-ies metų jubiliejaus proga* [Auf dem Felde der Vergangenheit. Aus Anlass des 70. Geburtstags des Akademiemitglieds Vytautas Merkys]. Vilnius 1999, 197–210. WEEKS, T.: *Monuments and Memory: Immortalizing Count M. N. Muraviev in Vilna, 1898*. In: *Nationalities Papers* 27 (1999), 551–564.

offiziellen Titel eines Vizekönigs, den er bis zu seinem Tod im Jahre 1874 tragen sollte. Im November 1863 berichteten ausländische Korrespondenten in Warschau, die Stadt sei ruhig und es gäbe keine Anzeichen für Aktivitäten von Rebellen. Unterdessen ließ Berg die Aufständischen auf dem Land bis weit ins folgende Jahr hinein verfolgen und bestrafte alle Kämpfer, die ihm in die Hände fielen. Die militärischen Erfolge gingen einher mit verstärkter polizeilicher Überwachung. Berg untersagte der Bevölkerung Trauer zu tragen, weil dies zu einer Sympathiebekundung für die Aufständischen geworden war. Ende 1863 hatte die russische Regierung sowohl in den Städten als auch auf dem Land eindeutig die Oberhand gewonnen; die meisten Aufständischen waren entweder auf der Flucht und suchten Zuflucht im Ausland oder sie befanden sich in den Händen der Regierung.³⁶

Als dann im Oktober 1863 schließlich mit Romuald Traugutt erneut ein Diktator eingesetzt wurde, der in einem letzten Versuch noch einmal eine größere Zahl Kämpfer um sich scharte, war die Lage schon nicht mehr zu retten.³⁷ Nach einer Niederlage gegen russische Truppen bei Opatów am 21. Februar 1864 wurden die verbliebenen polnischen Kräfte bis April aufgerieben. Es gelang den russischen Behörden vom Sekretär des Schatzressorts der Nationalregierung ein Geständnis zu erpressen, durch das ihnen der Aufenthaltsort Traugutts bekannt wurde. In der Nacht vom 10. zum 11. April 1864 wurde er verhaftet. Zwar wurde die Arbeit der Nationalregierung unter Bronisław Brzeziński bis zu dessen Emigration im Oktober 1864 formal fortgesetzt, doch entfaltete sie keine größere Wirkung mehr.

Die russische Politik nach Niederschlagung des Aufstandes

Die gesamte Zeit des Aufstands über blieben die meisten polnischen Bauern trotz der Versprechen der Nationalregierung, sie würde ihnen Land von den Adelsgütern zuteilen, dem Aufstand gegenüber zurückhaltend. Teilweise kann dies wahrscheinlich dadurch erklärt werden, dass die lokalen Aufstandsführer in der Regel Adlige waren, also

³⁶ BERG, M.: *Zapiski o powstaniu polskiem 1863 i 1864 roku i poprzedzającej powstanie epoche demonstracji od 1856 r.* [Aufzeichnungen zum polnischen Aufstand 1863 und 1864 und der dem Aufstand vorausgehenden Epoche der Demonstrationen seit 1856]. 3 Bde. Kraków 1898/9; KIENIEWICZ, S.: *Teodor Hrabia Berg – Wielkorządca w feudalnym, czy też w burżuazyjnym stylu?* [Teodor Graf Berg – Statthalter in einem feudalen oder eher in einem bourgeoisien Stil?]. In: *Między feudalizmem a kapitalizmem. Studia z dziejów gospodarczych i społecznych: prace ofiarowane Witoldowi Kuli* [Zwischen Feudalismus und Kapitalismus: Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Festschrift für Witold Kula]. Warszawa 1976, 277–285; LESKIEWICZOWA, J.: *Warszawa i jej inteligencja po powstaniu styczniowym* [Warschau und seine Intelligenz nach dem Januaraufstand]. Warszawa 1962.

³⁷ RAMOTOWSKA, F.: *Tajemne państwo polskie w powstaniu styczniowym 1863–1864. Struktura organizacyjna* [Der polnische Geheimstaat im Januaraufstand 1863–1864. Die Organisationsstruktur]. Bd. 1. Warszawa 1999; KIENIEWICZ: *Powstanie Styczniowe* (Anm. 10), 652–658, 665–677.

die Gutsherren der Bauern. Zugleich hatte die im Frühjahr 1861 in Russland verkündete Bauernbefreiung auch im Königreich Polen Hoffnungen auf Reformen im Sinne der Bauern geweckt.

Die russische Regierung unterschied im Umgang mit der Landbevölkerung zwischen Anstiftern der Empörung (Klerus und Adel) und uninformierten (bäuerlichen) Teilnehmern. Nach 1863 ging die russische Politik ungeachtet der weit komplizierteren Realität pauschal davon aus, dass die polnische Landbevölkerung den russischen Kaiser und seine Helfer unterstützt habe, während Adel, Klerus und Kleinbürgertum antirussischer Gefühle und Agitation bezichtigt wurden. Selbst in jenen Gegenden, wo wie in Litauen die bäuerliche Unterstützung der Rebellen groß gewesen war, beharrten die russischen Behörden darauf, dass die wirklich Schuldigen nicht die Bauern selbst, sondern die polnischen Oberschichten seien. 1863 entsandte Alexander II. den liberalen Adligen Nikolaj Alekseewič Miljutin nach Polen, um über die Stimmung der dortigen Landbevölkerung zu berichten. Miljutins Bericht hob die prinzipielle Loyalität des polnischen Bauern hervor, der – anders als sein Herr – niemals den Glauben an den Kaiser aufgegeben habe.³⁸ Die russische Politik nach 1863 sollte diesen Glauben an die prinzipielle Loyalität der bäuerlichen Massen, selbst wenn sie Polen waren, nie aufgeben. Insgesamt versuchte die Regierungspolitik im Königreich Polen und in den »westlichen Gouvernements« – mit einigem Erfolg – die Landbesitzer zu ruinieren und die Bauern zu belohnen (→ IV. B/C).³⁹

Bereits lange bevor der Aufstand niedergeschlagen war, hatte Kaiser Alexander II. Instruktionen unterschrieben, wie die Rebellen zu behandeln seien. Fünf Kategorien von Tätern wurden unterschieden: erstens Mitglieder der Aufstandsregierung, zweitens Deserteure, die die russische Armee verlassen und sich dem Aufstand angeschlossen hatten, drittens Personen, die Nachschub und Verstärkungen für die Rebellen organisiert hatten, viertens Personen, die den Rebellen bedeutsame Hilfe geleistet hatten, und schließlich fünftens Personen, die ihre Vergehen gestanden und Reue zeigten. Die Strafen reichten von Hinrichtung (besonders im Falle von Mitgliedern der Aufstandsregierung) bis zu Verbannung und Beschlagnahme des Vermögens. Zehntausende von Anhängern des Aufstands erlitten diese Strafen, und tausende Güter im Königreich und in den »westlichen Gouvernements« gingen aus polnischer Hand in den Besitz des russischen Staates über. Diese Güter wurden dann in der Regel zu niedrigen Preisen an russische Offiziere und Beamte verkauft, die sich bei der Niederwerfung des Aufstands hervorgetan hatten. Die Menschenverluste der Erhebung waren groß: Mehr als 20000

³⁸ MILJUTIN, N.: *Nikolai Alekseewič Miljutin v ego zaboutach o krest'janskom i sudebnom dele v Carstve Pol'skom* [Nikolaj Aleksejewitsch Miljutin in seiner Sorge um die Angelegenheiten der Bauern und der Gerichte im Königreich Polen]. In: *Russkaja Starina* 15 (1884), H. 6, 585–594.

³⁹ Zum Verlauf der Bauernbefreiung im Überblick: KIENIEWICZ, S.: *The Emancipation of the Polish Peasantry*. Chicago 1969; GRONIEWSKI, K.: *Uwłaszczenie chłopów w Polsce* [Die Bauernbefreiung in Polen]. Warszawa 1976.

Teilnehmer der Erhebung verloren ihr Leben, hunderte von Dörfern wurden zerstört. Etwa 40 000 Aufständische wurden nach Sibirien verbannt; viele von ihnen kehrten nie mehr zurück. Zudem gingen weitere rund 10 000 Polen nach dem Aufstand ins Exil.⁴⁰

Nach 1863 nahm Petersburg beträchtliche institutionelle Veränderungen im Königreich vor (→ IV. A), das zur besseren Überwachung in zehn kleine Provinzen aufgeteilt wurde. Zudem wurde der Name »Königreich Polen« (auch wenn er selbst in offiziellen Dokumenten gelegentlich noch jahrzehntelang weiterverwendet wurde) de facto durch den Begriff »Weichselland« (*Privislinskij kraj*) ersetzt. Die Warschauer Universität, erst 1862 als »Hauptschule« (*Szkoła Główna*) wiedereröffnet, wurde russifiziert und in eine wenig renommierte Einrichtung umgewandelt. Der Gebrauch des Polnischen in Bildung und Öffentlichkeit wurde stark eingeschränkt, wenn auch im Königreich nie ganz verboten. In den »westlichen Gouvernements«, also in Litauen, Weißrussland und der Ukraine, wurden die Polen noch strenger behandelt. Es war ihnen dort untersagt, Land zu erwerben, in der Öffentlichkeit oder an öffentlichen Orten Polnisch zu sprechen oder Lesen und Schreiben auf Polnisch zu unterrichten. Die Zensur wurde in dieser Region restriktiver angewendet als andernorts im Russischen Reich, und Polen hatten in der Regel keinen Zugang zu Regierungsämtern. Selbst Russen, die mit Polen verheiratet waren, durften zum Beispiel ausdrücklich nicht als Schullehrer arbeiten. Nicht alle dieser Restriktionen wurden konsequent umgesetzt, doch galten die Polen im Russischen Reich nach 1863 bei den russischen Staatsbeamten fast immer als »Verdächtige«. Ein Beleg dafür ist der Umstand, dass im Königreich Polen zwischen Oktober 1861 und dem Ersten Weltkrieg fast durchgehend eine erhöhte Sicherheitsstufe, zum Teil auch das Kriegsrecht galt.⁴¹

Das Ende des »romantischen Nationalismus«: Der Warschauer Positivismus und moderne polnische Politik

Es ist schwer zu ermessen, wie groß die Verzweiflung der polnischen Patrioten nach dem kläglichen Ende des Januaraufstands war. Mit der Schließung der Warschauer Universität, der Enteignung von Landbesitz und der Verbannung von Aufständischen schien sogar die Zukunft der polnischen Kultur in Frage gestellt. Nach 1863 zielte die

⁴⁰ ZAWSZTOWT, L.: *Zsyłka i przesiedlenie ludności polskiej z zachodnich guberni w głąb Cesarstwa Rosyjskiego po Powstaniu Styczniowym* [Die Verbannung und Umsiedlung der Polen aus den westlichen Gouvernements in das Russische Reich nach dem Januaraufstand]. In: *Przegląd Wschodni* 5 (1998), 237–262; GŁĘBOCKI: *Fatalna sprawa* (Anm. 5), 379–521; KACZKOWSKI, J.: *Konfiskaty na ziemiach polskich pod zaborem rosyjskim po powstaniach roku 1831 i 1863* [Konfiskationen in den russischen Teilungsgebieten Polens nach den Aufständen der Jahre 1831 und 1863]. Warszawa 1918; KIENIEWICZ: *Powstanie Styczniowe* (Anm. 10), 716–748.

⁴¹ WEEKS, T.: *Nation and State in Late Imperial Russia: Nationalism and Russification on the Western Frontier, 1863–1914*. DeKalb, Ill. 1996, 96–104, 112f.

russische Politik in den »westlichen Gouvernements« vor allem darauf ab, den polnischen Einfluss zu reduzieren und auf längere Sicht zu beseitigen, indem der polnischsprachige Unterricht verboten und der Besitzwechsel von Land an Polen – mit Ausnahme der direkten Erbfolge – untersagt wurde. Die wirtschaftliche und kulturelle Zukunft des polnischen grundbesitzenden Adels und seiner seit langem bestehenden Dominanz über Litauer, Weißrussen und Ukrainer war gefährdet. Selbst in den ethnisch mehrheitlich polnischen Provinzen von Kongresspolen schien die russische Politik, Schulunterricht in Polnisch zu beschränken, keinen Raum mehr für die Pflege eines polnischen Selbstverständnisses und Patriotismus zu lassen.⁴² Zur selben Zeit unternahm die preußische Regierung Versuche, ihre polnischen Gebiete durch Ansiedlungs- und Assimilationspolitik zu germanisieren. Der deutschen Reichsgründung von 1871 folgte eine noch strengere antipolnische und antikatholische Politik. Nur in Galizien konnten sich polnische Kultur und Politik relativ frei entfalten (→ IV. A). Hier erschienen auch jene sozialistischen und katholischen Bücher, die von der Zensur in den preußischen und russischen Teilungsgebieten nicht genehmigt worden waren, und die anschließend über die Grenze geschmuggelt wurden.⁴³

Die Niederschlagung des Januaraufstands machte deutlich, dass zumindest für die nächste Zeit ein bewaffneter Widerstand gegen die Teilungen keinen Sinn haben würde. Der Historiker Andrzej Walicki ist der Auffassung, dass die Niederlage der Aufständischen die Polen dazu zwang, ihre gesamte politische Einstellung gründlich zu überdenken und sich vom »romantischen Nationalismus« zu verabschieden.⁴⁴ Mindestens eine Generation lang mussten die Polen den Umstand anerkennen, dass ein bewaffneter Kampf katastrophal enden würde, weshalb andere Mittel einer patriotischen Betätigung zu suchen waren.

Die Niederlage des Januaraufstands hatte zwar dem romantischen Ideal, den Teilungsmächten die Unabhängigkeit mit Gewalt abzutrotzen, einen Schlag versetzt, nicht aber den polnischen Bestrebungen nach Selbstbestimmung an sich. Die erste Generation polnischer Denker nach 1863 vertrat die Ansicht, dass Polen nur wiedererrichtet werden könnte, wenn sich die polnische Nation auf zwar wenig heldenhaften, doch lebenswichtigen Gebieten wie Bildung und Wirtschaftswachstum weiterentwickelte (→ IV. D). Diese so genannten »Positivisten« drängten ihre Landsleute dazu, ihren Kindern eine gute praktische Ausbildung zu geben und sich eher wirtschaftlich als po-

⁴² MILJUTIN, N.: *Vzglyady N. A. Miljutina na učebnoe delo v Tsarstve Pol'skom* [Die Ansichten von N. A. Miljutin über das Erziehungswesen im Königreich Polen]. St. Petersburg 1897; ŠČEBAL'SKIJ, P.: *Nikolaj Alekseevič Miljutin i reforma v tsarstve Pol'skom* [Nikolaj Alekseevič Miljutin und die Reform im Königreich Polen]. Moskva 1882.

⁴³ WANDYCZ, P.: *The Lands of Partitioned Poland*. Seattle 1974, 155–179, 193–213.

⁴⁴ WALICKI, A.: *Philosophy and Romantic Nationalism*. Oxford 1982.

litisch – ob legal oder im Untergrund – zu engagieren. Der »Warschauer Positivismus« propagierte eine Art von Tri-Loyalismus, also die Überzeugung, dass die Polen in den drei Teilungsgebieten ihre Rollen als loyale Untertanen mit ihrem Verständnis als patriotische Polen in Einklang bringen könnten.⁴⁵ Später sollten nationalistische Schriftsteller die Positivisten des Kosmopolitismus beschuldigen, doch erscheint diese Anklage unberechtigt. Positivisten wie Aleksander Świętochowski oder Bolesław Prus hofften auf ein unabhängiges Polen, sahen aber ein, dass die Polen unter den gegenwärtigen Umständen mehr für ihre Sache erreichen konnten, wenn sie studierten und hart arbeiteten, als durch heroische Gesten oder Rebellionen.⁴⁶

Die Erinnerung der Positivisten an 1863 – sowohl Prus als auch Świętochowski waren 1863 zu jung gewesen, um direkt am Aufstand teilnehmen zu können, doch alt genug, um lebendige Eindrücke zu behalten – war die einer vielleicht heroischen, doch schlecht geplanten und letztlich verheerenden Bewegung. Doch die nachfolgende Generation hatte keine derartigen direkten Erinnerungen an den Januaraufstand mehr. Für viele ihrer Vertreter war 1863 vielleicht ein Fehlschlag, allerdings ein ruhmreicher. Die nüchterne Rationalität und kleinen Taten der Positivisten erschienen ihnen nicht mehr geeignet, ihr ungeduldiges Verlangen nach politischer Freiheit für Polen zu stillen.

Auch wenn die polnischen politischen Parteien zum größten Teil erst mehr als eine Generation später entstanden (→ IV. E), trug doch der Misserfolg des Aufstands dazu bei, den Weg für diese modernen politischen Bewegungen zu ebnen. Während der Jahre 1863 und 1864 nahmen die Konflikte zwischen den »Roten« und den »Weißen« in vielerlei Hinsicht jene Argumente vorweg, die in der nächsten Generation zwischen Radikalen und Konservativen ausgetauscht wurden. Als sich in den 1890er Jahren moderne politische Parteien zu bilden begannen, orientierten sich zwei führende Richtungen – die sozialistische und die nationalistische – in verschiedener Weise an 1863. Józef Piłsudski von der Polnischen Sozialistischen Partei (*Polska Partia Socjalistyczna*) und Roman Dmowski von der Nationaldemokratischen Partei (*Stronnictwo Narodowo-Demokratyczne*) waren sich über vieles uneins, doch beeinflusste der Januaraufstand ihre Biographien entscheidend. Beide Politiker waren kurz nach dem Aufstand geboren worden (Dmowski 1864, Piłsudski 1867) und in patriotischen Adelsfamilien im russischen Teilungsgebiet aufgewachsen. Beide äußerten öffentlich ihre Bewunderung für

⁴⁵ KIENIEWICZ, : *Dramat trzeźwych entuzjastów: O ludziach pracy organicznej* [Das Drama der nüchternen Enthusiasten: Über die Menschen der organischen Arbeit]. Warszawa 1964; BLEJWAS: *Realism in Polish Politics*. New Haven, Conn. 1984.

⁴⁶ JASZCZUK, A.: *Spór pozytywistów z konserwatystami o przyszłość Polski 1870–1903* [Der Streit der Positivisten mit den Konservativ über die Zukunft Polens, 1870–1903]. Warszawa 1985; BRYKALSKA, M.: *Aleksander Świętochowski. Biografia* [Aleksander Świętochowski. Eine Biographie]. Warszawa 1987; SKARGA, B.: *Czy pozytywizm jest kierunkiem antynarodowym?* [Ist der Positivismus eine antinationale Richtung?]. In: *Swojskość i cudzoziemszczyzna w dziejach kultury polskiej* [Das Eigene und das Ausländische in der Geschichte der polnischen Kultur]. Warszawa 1973, 276–304.

das Heldentum der Rebellen – Piłsudski schrieb später ein kurzes Buch über den Aufstand. Doch zugleich lehnten sie den romantischen Enthusiasmus ab, mit dem die Rebellen von 1863 den Kampf aufgenommen hatten.⁴⁷

1863 als Erinnerungsort

Die Erinnerung an das Jahr 1863 wurde als Erinnerungsort (*lieu de mémoire*)⁴⁸ zu einem wichtigen Teil der polnischen kollektiven Erinnerung bis 1918. In Galizien und Posen wurden die Ideale und das Heldentum von 1863 häufig zitiert und gerühmt, auch wenn der Aufstand gescheitert war. Für Sozialisten wie Nationaldemokraten wurde die Erinnerung an den Aufstand zu einem geheiligten Mythos, der insbesondere anlässlich des 50-jährigen Jahrestags 1913 in Krakau und Lemberg und später in der Polnischen Republik der Zwischenkriegszeit gefeiert wurde. Selbst innerhalb des Russischen Reiches, wo die Behörden kein öffentliches Gedenken an 1863 zuließen, wurde mindestens nach 1905 im Zuge der Lockerung der Zensurbestimmungen der Aufstand direkt oder indirekt als bewundernswürdiges Ideal gewürdigt oder als törichte romantische Praxis kritisiert.⁴⁹

Eine besondere Facette des Erinnerungsortes »Januaraufstand« ist die erwähnte »polnisch-jüdische Bruderschaft« vor und während des Aufstands. Besonders in Warschau – für die Provinz sind ähnliche Phänomene nur schwer zu dokumentieren – waren die Beziehungen zwischen Polen und Juden in den frühen 1860er Jahren bemerkenswert eng, wie nicht nur aus dem geschilderten Handeln des Oberrabbiners Meisels hervorgeht. Auch für viele Polen symbolisierte die Unterstützung des Januaraufstands durch Juden den Höhepunkt in den Beziehungen beider Gruppen. Insbesondere in der Zeit nach der Pogromwelle von 1881, die bis nach Warschau reichte, wurden die Taten der jüdischen Teilnehmer und Unterstützer des Aufstands den vorgeblich antipolni-

⁴⁷ PORTER, B.: *When Nationalism Began to Hate*. Oxford 2000; WAPIŃSKI, R.: *Roman Dmowski*. Lublin 1988; SULEJA, W.: *Polska Partia Socjalistyczna (1892–1948). Zarys dziejów* [Die Polnische Sozialistische Partei (1892–1948). Abriss der Geschichte]. Warszawa 1988; KRZEMIŃSKI, S.: *Dwadzieścia pięć lat Rosji w Polsce (1863–1888): Zarys historyczny* [Fünfundzwanzig Jahre Russland in Polen (1863–1888): Historischer Abriss]. Lwów 1892; PIŁSUDSKI, J.: *Rok 1863* [Das Jahr 1863]. Warszawa 1989 (ursprünglich zwischen 1912 und 1926 veröffentlichte Essays).

⁴⁸ Zum Konzept der Erinnerungsorte vgl. u. a. NORA, P.: *Das Abenteuer der Lieux de mémoire*. In: FRANÇOIS, E. / SIEGRIST, H. (Hg.): *Nation und Emotion. Deutschland und Frankreich im Vergleich. 19. und 20. Jahrhundert*. Göttingen 1995, 83–91. Zur Diskussion um die Übertragbarkeit des Konzepts auf die polnische Geschichte vgl. HAHN, H. H. / TRABA, R. (Hg.): *Deutsch-polnische Erinnerungsorte*. Bd. 4: *Reflexionen*. Paderborn 2015.

⁴⁹ DĄBROWSKI, P.: *Commemorations and the Shaping of Modern Poland*. Bloomington, Ind. 2004; MICHALSKA-BRACHA, L.: *Powstanie styczniowe w pamięci zbiorowej społeczeństwa polskiego w okresie zaborów* [Der Januaraufstand in der kollektiven Erinnerung der polnischen Gesellschaft der Teilungszeit]. Kielce 2003.

schen und antirussischen Einstellungen der Juden in der jeweiligen Gegenwart gegenübergestellt. Für liberalere Polen und akkulturationswillige Juden lieferte die »polnisch-jüdische Bruderschaft« den Beweis dafür, dass Juden als patriotische Polen handeln konnten.⁵⁰

In der Literatur, in der bildenden Kunst und in der Musik hinterließ das Jahr 1863 ebenfalls seine Spuren, sei es als zentrales Thema oder sekundäres Motiv. Die Ereignisse des Januaraufstands tauchen in den Werken von so unterschiedlichen Autoren wie Henryk Sienkiewicz, Maria Dąbrowska und Bolesław Prus auf. Die vielleicht bekanntesten Gemälde, die den Aufstand thematisieren, sind wohl die Werke von Artur Grottger (1837–1867), darunter die Serien »Warszawa«, »Polonia« und »Litwania«, die bereits während des Aufstands oder unmittelbar danach entstanden. Auch in der Folgezeit zeigten Dutzende, wenn nicht Hunderte von polnischen Gemälden Szenen wie den Tod oder das Grab eines Aufständischen, Eltern, die ihre gefallenen Söhne beklagen und einstige Rebellen auf ihrem Weg nach Sibirien. Selbst die Kampflieder von 1863 wurden weiter veröffentlicht, wenn sie auch im österreichischen und im preußischen Teilungsgebiet gedruckt werden mussten. Bis 1918, aber auch noch während der Zwischenkriegszeit wurde das tragische Heldentum der Aufständischen in Literatur, Kunst und öffentlichen Zeremonien immer wieder neu aufgegriffen. Nach 1945 traten die Erinnerungen an das Jahr 1863 und seinen Mythos zurück – zum einen hatte sich die polnische Rebellion gegen die russische Herrschaft gerichtet und war daher in der Volksrepublik Polen ein brisantes Thema, zum anderen ließen die weitaus größeren Tragödien des Zweiten Weltkriegs die fernen Ereignisse des Januaraufstands verblasen, freilich ohne sie völlig zu verdrängen.⁵¹

⁵⁰ BARTAL/OPALSKI: *Poles and Jews* (Anm. 14).

⁵¹ MANSFELD, B.: *Powstanie Styczniowe w sztuce* [Der Januaraufstand in der Kunst]. In: KALEMBKA: *Powstanie Styczniowe* (Anm. 22), 685–705; PROSNAK, J.: *Powstanie Styczniowe w muzyce* [Der Januaraufstand in der Musik]. In: ebd., 706–731.

KAPITEL IV

Multiple Modernitäten, konkurrierende Nationalismen (1850–1914)

A. Politische Konzepte, Verwaltung und Gesetzgebung

VON JAN RYDEL UND KARSTEN HOLSTE

Interpretationen der europäischen Geschichte des halben Jahrhunderts vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges haben mit Blick auf spätere Entwicklungen lange Zeit die Unterschiede zwischen den politischen Ordnungen im westlichen und östlichen Europa hervorgehoben.¹ Bürgerlich dominierten parlamentarischen Systemen im Westen wurden die konstitutionellen Monarchien in der Mitte Europas und das noch bis 1905 autokratisch regierte Russland gegenübergestellt, in denen adlige Eliten weit länger die Politik bestimmen konnten.² Die neuere historische Forschung betont hingegen verstärkt die trotz aller Unterschiede parallelen politischen Entwicklungen in ganz Europa.³

Mit den 1850er Jahren endete in großen Teilen des Kontinents die Reaktionsära nach der Revolution von 1848 (→ III. F) und in einer Phase wirtschaftlicher Konjunktur dominierten liberale Reformen über ein Jahrzehnt die politische Entwicklung. Bereits Mitte der 1870er Jahre verloren die liberale Reformpolitik ebenso wie die wirtschaftliche Dynamik jedoch an Schwung und staatliche Behörden erlangten ein höheres Maß an eigenständiger Entscheidungshoheit, da der innenpolitische Regelungsbedarf rasant stieg und die Bedeutung des Militärs aufgrund wachsender außenpolitischer Spannungen zunahm. Ab dem letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts entwickelten sich dann neue Massenorganisationen (→ IV. E) und wirtschaftliche Interessenvertretungen zu einem entscheidenden politischen Faktor und marginalisierten weitgehend den politi-

¹ Eine klassische Darstellung in globaler Perspektive: MOORE, B.: *Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie. Die Rolle der Grundbesitzer und Bauern bei der Entstehung der modernen Welt*. Frankfurt a. M. ²1987 (engl. Orig. Boston 1966).

² Zur Kritik an diesem Narrativ vgl. MÜLLER, M. G.: *Die Historisierung des bürgerlichen Projekts – Europa, Osteuropa und die Kategorie der Rückständigkeit*. In: Tel Aviver Jahrbücher für deutsche Geschichte 29 (2000), 163–170.

³ Überblick über die neuere Forschung u.a. bei Gall, L.: *Europa auf dem Weg in die Moderne 1850–1890*. München ⁵2009 (Oldenbourg Grundriss der Geschichte, 14); SCHÖLLGEN, G./KIESSLING, F.: *Das Zeitalter des Imperialismus*. München ⁵2009 (Oldenbourg Grundriss der Geschichte, 15).

schen Liberalismus. Gleichzeitig setzte eine erneute Phase wirtschaftlichen Aufschwungs und verstärkter Industrialisierung ein, die das ökonomische Kräfteverhältnis in Europa grundsätzlich zu verändern begann. Die fast vollständige Aufteilung der Welt in koloniale Herrschaftsgebiete und semikoloniale Einflusssphären führte zunächst zu einer Vervielfältigung der Konflikte, später zu Absprachen, die zur Bildung jener politischen Bündnissysteme von Entente und Mittelmächten beitrugen, deren Konfrontation im Ersten Weltkrieg eskalierte.

Neben der Parallelität der Grundlinien politischer Entwicklung ist in den letzten Jahrzehnten auch verstärkt die Vergleichbarkeit nationalstaatlicher Integrationsbemühungen und kolonialer sowie imperialer Herrschaftsstrategien in den Blick der Forschung geraten.⁴ So standen nicht nur die mittel- und osteuropäischen Imperien vor der Herausforderung, Bevölkerungsgruppen in den Ausbau staatlicher Strukturen einzubinden, die sprachlich oder religiös von den politischen Eliten abwichen. Auch die westlichen Nationalstaaten verfolgten angesichts sprachlicher und kultureller Vielfalt Unifizierungs- und Assimilationspolitiken, die mal mehr (Frankreich), mal weniger (Italien) erfolgreich waren, und stießen teilweise auf den Widerstand von sich formierenden nationalen Massenbewegungen, wie Großbritannien in Irland und Spanien in Katalonien. Gleichzeitig entstanden die auf Aus- und Abgrenzung beruhenden Herrschaftsformen in den überseeischen Kolonien westlicher Staaten in engem Zusammenhang mit Marginalisierungsstrategien gegenüber einzelnen Bevölkerungsgruppen innerhalb Europas.

Die Länder des ehemaligen Polen-Litauen wurden von den für das Zeitalter des modernen Imperialismus charakteristischen politischen Prozessen in unterschiedlicher Weise erfasst.⁵ Denn die drei Teilungsmächte waren entsprechend ihrer jeweiligen po-

⁴ Zu nationalstaatlichen, kolonialen und imperialen Herrschaftsformen in vergleichender Perspektive u. a. LEONHARD, J./HIRSCHHAUSEN, U. v. (Hg.): *Comparing Empires. Encounters and Transfers in the Long Nineteenth Century*. Göttingen 2011 (Schriftenreihe der FRIAS School of History, 1); GAMMERL, B.: *Staatsbürger, Untertanen und Andere. Der Umgang mit ethnischer Heterogenität im Britischen Weltreich und im Habsburgerreich 1867–1918*. Göttingen 2010 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 189); OSTERHAMMEL, J.: *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*. München 32009, 1172–1188; THIESSE, A.-M.: *National Identities. A Transnational Paradigm*. In: DIECKHOFF, A./JAFFRELOT, C. (Hg.): *Revisiting Nationalism. Theories and Processes*. London 2005, 122–143; WAGNER, B.: *Postcolonial Studies für den europäischen Raum*. In: LUTTER, C./MUSNER, L. (Hg.): *Kulturstudien in Österreich*. Wien 2003, 85–100.

⁵ Zur Diskussion um die Einordnung polnischer Geschichte(n) in europäische und globale Kontexte vgl. auch NOWAK, A.: *Polskie wieki XIX: pamięci, fantazje i porównania* [Die polnischen 19. Jahrhunderte: Erinnerungen, Fantasien und Vergleiche]. In: DERS. (Hg.): *Historie Polski w XIX wieku* [Geschichten Polens im 19. Jahrhundert]. Bd. 1: Kominy, ludzie i obłoki [Schornsteine, Menschen, Rauchschwaden]. Warszawa 2013, 7–40; JANOWSKI, M.: *Polska dziewiętnastowieczna w Europie Środkowej: wyjątkowa czy typowa?* In: ebd. Bd. 4: Narody, wyznania, emigracje, porównania [Nationen, Bekenntnisse, Emigrationen, Vergleiche]. Warszawa 2015, 487–533.

litischen Struktur und Kultur in spezifischer Weise mit Unifizierungsmaßnahmen, Ausgrenzungs- und Unterdrückungspolitiken, aber auch mit Integrationsangeboten an die polnischen Eliten bemüht, ihre Herrschaft über das vormals polnisch-litauische Territorium zu sichern und auszubauen.⁶

Die preußischen Provinzen Posen und Westpreußen im deutschen Kaiserreich

Mit der Gründung des Deutschen Reiches 1871 wurde das preußische Teilungsgebiet Polens zum Bestandteil eines konstitutionellen Staates, der sich als deutscher Nationalstaat verstand. Die männliche, juristisch volljährige Bevölkerung mit deutscher Staatsbürgerschaft, die sich an den seit 1850 auf Grundlage des die besitzenden Schichten bevorteilenden Dreiklassenwahlrecht durchgeführten Wahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus beteiligen konnte, erhielt nun auch die Möglichkeit zur nach allgemeinem und gleichen Wahlrecht durchgeführten Wahl von Mitgliedern des Deutschen Reichstages. Dessen Rechte waren zwar beschränkt, vor allem da der Reichskanzler und damit die Reichsverwaltung ihm gegenüber nicht verantwortlich war. Da aber der Staats- und zunehmend auch der Militäretat des Reiches sowie dessen Gesetzgebung von seiner Zustimmung abhängig waren, nahm seine politische Bedeutung in den Jahrzehnten bis zum Ersten Weltkrieg ohne Zweifel zu, auch wenn das Ausmaß der politischen Gewichtverschiebung in der Forschung umstritten ist.⁷

Für die polnischsprachige Bevölkerung der preußischen Ostprovinzen, die ungefähr 10 Prozent der Einwohnerschaft des Reiches ausmachte (→ IV. G), hatte die preußische Staatsbürgerschaft automatisch zum Erhalt der deutschen geführt, wodurch eine große Gruppe deutscher Staatsbürger nichtdeutscher Nationalität entstand, der von Verfassung und Gesetzgebung keine Minderheitenrechte zugestanden wurden.⁸ Dies ist von der Forschung gelegentlich als Argument dafür angeführt worden, das Kaiserreich

⁶ Überblick u. a. bei WANDYCZ, P. S.: *The Lands of Partitioned Poland 1795–1918*. Seattle 1974 (A History of East Central Europe, 7), 193–330. Zusammenfassung zu den jeweiligen Verfassungs- und Verwaltungsstrukturen bei KOROBOWICZ, A./WITKOWSKI, W.: *Historia ustroju i prawa polskiego (1772–1918)* [Polnische Verfassungs- und Rechtsgeschichte (1772–1918)]. Warszawa 42009; KUTRZEBA, S.: *Historia ustroju Polski w zarysie* [Grundriss der Verfassungsgeschichte Polens]. Bd. 4.1/2. Lwów 21920 – dt. Übersetzung einer älteren Kurzfassung: Berlin 1912.

⁷ Überblick über die Forschungsdebatten bei JEFFERIES, M.: *Contesting the German Empire, 1871–1918*. Malden, Mass. 2008, 90–125; KÜHNE, T.: *Demokratisierung und Parlamentarisierung: Neue Forschungen zur politischen Entwicklungsfähigkeit Deutschlands vor dem Ersten Weltkrieg*. In: *Geschichte und Gesellschaft* 31 (2005), 293–316.

⁸ GOSEWINKEL, D.: *Einbürgern und Ausschließen. Die Nationalisierung der Staatsangehörigkeit vom Deutschen Bund bis zur Bundesrepublik Deutschland*. Göttingen 2001 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 150), 211–218.

eher als kontinentales Imperium denn als Nationalstaat zu betrachten.⁹ Dagegen spricht allerdings, dass der Anteil der Staatsbürger, die nicht die Nationalsprache benutzten und häufig auch nicht verstanden, in klassischen westeuropäischen Nationalstaaten zunächst teilweise weit höher ausfiel.¹⁰ Dennoch wies das Deutsche Reich auch eindeutig imperiale Züge auf. So galt die Loyalität der adlig-bürokratischen Eliten gerade in Preußen noch lange eher der Monarchie als dem Nationalstaat, und diese umfasste spätestens seit den Teilungen Polen-Litauens auch Territorien, deren vor allem adlige Eliten von der Tradition polnischer Staatlichkeit geprägt waren und in engen Kontakt zu jenen der übrigen Teilungsgebiete standen.¹¹ In den Wiener Verträgen von 1815 hatte Preußen die Existenz einer polnischen Nationalität staatsrechtlich anerkannt und zumindest den Einwohnern des Großherzogtum Posen war eine Sonderstellung zugesichert worden, die allerdings nach 1830 zunehmend eingeschränkt und nach 1848 nicht mehr berücksichtigt wurde (→ II. F und III. A/F). Auch unabhängig davon hatte Preußen, obwohl die deutsche Sprache bevorzugt gefördert und allein in ihr eine höhere Bildung zu erwerben war, zumindest im Volksschulbereich der Mehrsprachigkeit seiner Einwohner bis in die 1860er Jahre Rechnung getragen. Davon zeugt nicht zuletzt der hohe Anteil der Rekruten aus dem Großherzogtum Posen, aber auch aus der Provinz Preußen sowie dem oberschlesischen Regierungsbezirk Oppeln, die noch 1871 angaben, keinen deutschen, sondern nur muttersprachlichen Schulunterricht gehabt zu haben.¹² Als nach der Reichsgründung die Herstellung innerer Einheit der Nation zu einem zentralen Anliegen der Politik wurde, endete diese Rücksichtnahme, und die folgenden Maßnahmen zur sprachlichen Assimilation können als Germanisierungspolitik bezeichnet werden.

Die Zunahme von Forderungen zur nationalen Angleichung der Territorien, die als imperiales Erbe Preußens zum Teil des Deutschen Reiches geworden waren, wurde von der Entstehung eines kolonialen Diskurses begleitet, der Polen und allgemein Slawen

⁹ So etwa die Argumentation bei THER, P.: *Deutsche Geschichte als imperiale Geschichte. Polen, slawophone Minderheiten und das Kaiserreich als kontinentales Empire*. In: CONRAD, S. (Hg.): *Das Kaiserreich transnational. Deutschland in der Welt 1871–1914*. Göttingen 2004, 129–148.

¹⁰ Zu Frankreich vgl. etwa WEBER, E.: *Peasants into Frenchmen. The Modernization of Rural France 1870–1914*. London 1977.

¹¹ Zu Preußen als Staat zwischen den Nationen und der daraus resultierenden Belastung für die deutsche Nationalstaatsgründung unter Einschluss der preußischen Ostprovinzen vgl. ZERNACK, K.: *Polen in der Geschichte Preußens*. In: BÜSCH, O. (Hg.): *Handbuch der preußischen Geschichte*. Bd. 2: *Das 19. Jahrhundert und große Themen der Geschichte Preußens*. Berlin 1992, 377–448.

¹² BLOCK, R.: *Der Alphabetisierungsverlauf im Preußen des 19. Jahrhunderts. Quantitative Explorations aus bildungshistorischer Perspektive*. Frankfurt a. M. 1995 (Europäische Hochschulschriften, 639), 204: Im Posener Regierungsbezirk gaben 40,9 % der Rekruten an, Schulbildung nicht in deutscher, sondern nur in der Muttersprache erhalten zu haben (15,9 % hatten keine Schulbildung), im Bromberger 24,3 % (15,0 %), im ostpreußischen Gumbinner 11,8 % (6,9 %), im westpreußischen Marienwerderschen 14,9 % (13,9 %), im schlesischen Opperlner 48,8 % (6,8 %).

als das den Deutschen gegenüberstehende und von ihnen zu zivilisierende Fremde konstruierte.¹³ War dieser Diskurs zunächst noch stark durch die Selbstvergewisserung des deutschen Bürgertums von seiner eigenen Bedeutung geprägt,¹⁴ dominierten später immer stärker rassistische und expansionistische Aspekte. Weit stärker als die Frage der außereuropäischen Kolonien, die in der deutschen Innenpolitik eine weit geringere Rolle spielte als etwa in der französischen oder britischen, prägten Diskussionen um eine deutsche Kolonisation des Ostens, aber auch Ängste vor einer slawischen Bedrohung dieses Kolonisationswerkes die öffentlichen Debatten in Deutschland.¹⁵ In diesem Kontext traten neben die Bestrebungen zu einer nationalen Assimilation zunehmend diskriminierende Bestimmungen, mit denen die formal fortbestehende staatsbürgerliche Gleichheit ausgehöhlt wurde.¹⁶

¹³ KOPP, K. L.: *Germany's Wild East. Constructing Poland as Colonial Space*. Ann Arbor, Mich. 2012; DERS.: *Gray Zones: On the Inclusion of »Poland« in the Study of German Colonialism*. In: PERRAUDIN, M./ZIMMERER, J. (Hg.): *German Colonialism and National Identity*. New York 2011, 33–42; NELSON, R. L. (Hg.): *Germans, Poland, and Colonial Expansion to the East. 1850 through the Present*. New York 2009; SURYNT, I.: *Postęp, kultura i kolonializm. Polska a niemiecki projekt europejskiego Wschodu w dyskursach publicznych XIX wieku* [Fortschritt, Kultur und Kolonialismus. Polen und das deutsche Projekt eines europäischen Ostens in den öffentlichen Diskursen des 19. Jahrhunderts]. Wrocław 2006; SERRIER, T.: »Deutsche Kulturarbeit in der Ostmark.« *Der Mythos vom deutschen Vorrang und die Grenzproblematik in der Provinz Posen (1871–1914)*. In: MÜLLER, M. G./PETRI, R. (Hg.): *Die Nationalisierung von Grenzen. Zur Konstruktion nationaler Identität in sprachlich gemischten Grenzregionen*. Marburg 2002 (Tagungen zur Ostmitteleuropaforschung, 16), 13–33. Vgl. auch die Beiträge in BARELKOWSKI, M./KRAFT, C./RÖSKAU-RYDEL, I. (Hg.): *Zwischen Geschlecht und Nation. Interdependenzen und Interaktionen in der multiethnischen Gesellschaft Polens im 19. und 20. Jahrhundert*. Osnabrück 2016 (Polono-Germanica, 10).

¹⁴ Zu diesem Aspekt vgl. BRAMSTED, E. K.: *Aristocracy and the Middle-Classes in Germany. Social Types in German Literature 1830–1900*. Chicago³1967, 113–132.

¹⁵ BLACKBOURN, D.: *Das Kaiserreich transnational. Eine Skizze*. In: CONRAD, S. (Hg.): *Das Kaiserreich transnational. Deutschland in der Welt 1871–1914*. Göttingen 2004, 302–324, hier 321–323.

¹⁶ Übersicht über die Entwicklung der preußischen Polenpolitik bei VOLKMAN, H.-E.: *Die Polenpolitik des Kaiserreichs. Prolog zum Zeitalter der Weltkriege*. Paderborn 2016; MOLIK, W.: *Die preußische Polenpolitik im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Überlegungen zu Forschungsstand und -perspektiven*. In: HAHN, H. H./KUNZE, P. (Hg.): *Nationale Minderheiten und staatliche Minderheitenpolitik in Deutschland im 19. Jahrhundert. Einige grundsätzliche Überlegungen zur kollektiven Identitätsbildung*. Berlin 1999, 29–39; TRZECIAKOWSKI, L.: *Die Nationalitätenpolitik Preußens im polnische Teilungsgebiet (1772–1918)*. In: NITSCHKE, P. (Hg.): *Preußen in der Provinz*. Frankfurt a.M. 1991 (Kieler Werkstücke. F, Beiträge zur osteuropäischen Geschichte, 1), 6–21; WEHLER, H.-U.: *Polenpolitik im Deutschen Kaiserreich, 1871–1918*. In: BÖCKENFÖRDE, E.-W./WAHL, R. (Hg.): *Moderne deutsche Verfassungsgeschichte (1815–1918)*. Köln 1972 (Neue wissenschaftliche Bibliothek, 51), 106–124; BASKE, S.: *Praxis und Prinzipien der preußischen Polenpolitik vom Beginn der Reaktionszeit bis zur Gründung des Deutschen Reiches*. In: *Forschungen zur osteuropäischen Geschichte* 9 (1963), 7–268; BROSZAT, M.: *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik*. München 1963 (thema, 3).

Die preußische Politik war dabei alles andere als konsequent und wurde auch bestimmt von der Verwaltungspraxis in den Provinzen,¹⁷ die maßgeblich von den jeweiligen Oberpräsidenten beeinflusst wurde.¹⁸ Der Provinz Posen mit den Regierungsbezirken Posen und Bromberg kam unter den Verwaltungsbezirken mit hohem polnischsprachigen Bevölkerungsanteil, zu denen auch der schlesische Regierungsbezirk Oppeln und die 1879 erneut in Ost- und Westpreußen aufgeteilte Provinz Preußen gehörten, eine besondere Bedeutung zu.¹⁹ Dies lag nicht nur daran, dass hier die Mehrheit der Bevölkerung polnischsprachig war, sondern auch an der starken Stellung polnischer Eliten, zu denen neben adligen Gutsbesitzern zunehmend auch Vertreter der *Inteligencja* und bürgerlicher Mittelschichten gehörten (→ IV. C). Von ihnen wurde die Provinz weiter nur als Großherzogtum Posen bezeichnet und damit auf dessen 1815 zugesagte besondere Rechtsstellung verwiesen (→ III. A).

Als 1858 Prinz Wilhelm (ab 1861 König Wilhelm I.) die preußische Regentschaft übernahm, endete die scharfe Reaktionspolitik nach der Revolution von 1848 (→ III. F), und die sogenannte Neue Ära ging mit einer politischen Liberalisierung einher, von der auch die Organisationen der polnische Nationalbewegung profitierten. Vor allem bedeutete das Ende der Wahlmanipulationen, dass die Zahl polnischer Mitglieder des preußischen Abgeordnetenhauses, die 1856 auf sechs zurückgegangen war, 1858 wieder auf 19 stieg, und 1863 erreichte die polnische Fraktion (*Koło Polskie*) mit 26 Abgeordneten ihre größte Stärke (1908: 15, 1912: 12 Abgeordnete).²⁰ In der Provinz Posen

¹⁷ Zur Verwaltung und Entwicklung der Provinzen Posen und (West-)Preußen vgl. KOZŁOWSKI, J.: *Wielkopolska pod zaborem pruskim w latach 1815–1918* [Großpolen unter preußischer Teilungsherrschaft 1815–1918]. Poznań 2006; SALMONOWICZ, S.: *Administracja i prawo w prowincjach pomorskich* [Verwaltung und Recht in den Ostseeprovinzen]. In: DERS. (Hg.): *Historia Pomorza* [Geschichte Pommerns und des ehemaligen Preußenlandes]. Bd. 4: (1850–1918). Teil 1: Ustrój, gospodarka, społeczeństwo [Verfassung, Wirtschaft, Gesellschaft]. Toruń 2000, 31–69; UNRUH, G.-C.: *Provinz (Großherzogtum) Posen*. In: HEINRICH, G./HENNING, F.-W./JESERICH, K. G. A. (Hg.): *Verwaltungsgeschichte Ostdeutschlands 1815–1945. Organisation – Aufgaben – Leistungen der Verwaltung*. Stuttgart 1993, 363–474; GROEBEN, K. v.: *Provinz Westpreußen*. In: ebd., 259–346; TRZECIAKOWSKI, L.: *Pod pruskim zaborem, 1850–1918* [Unter preußischer Teilungsherrschaft 1850–1918]. Warszawa 1973; KARWOWSKI, S.: *Historia Wielkiego Księstwa Poznańskiego*. Bd. 2: *1852–1863* [1889]. Poznań 1919. Bd. 3: *1890–1914*. Poznań 1931. Detailreich, aber nationalistisch verzeichnend LAUBERT, M.: *Die Verwaltung der Provinz Posen*. Breslau 1923.

¹⁸ Zu einzelnen Oberpräsidenten vgl. SCHWABE, K. (Hg.): *Die preußischen Oberpräsidenten 1815–1945*. Boppard am Rhein 1985 (Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit, 15).

¹⁹ Knappe Zusammenfassung dazu bei MAKOWSKI, K. A.: *Polen, Deutsche und Juden und die preußische Politik im Großherzogtum Posen. Versuch einer neuen Sicht*. In: HAHN, H. H./KUNZE, P. (Hg.): *Nationale Minderheiten und staatliche Minderheitenpolitik in Deutschland im 19. Jahrhundert. Einige grundsätzliche Überlegungen zur kollektiven Identitätsbildung*. Berlin 1999, 51–60, hier 51 f.

²⁰ KOTOWSKI, A.: *Zwischen Staatsräson und Vaterlandsliebe. Die polnische Fraktion im Deutschen Reichstag 1871–1918*. Düsseldorf 2007 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 150), 85. Zu Wahl und Tätigkeit der Abgeordneten vgl. TRZECIAKOWSKI, L.: *Posłowie polscy w Berlinie 1848–1928* [Polnische Abgeordnete in Berlin 1848–1928]. Warszawa 2003.

wurde das Amt des Oberpräsidenten 1860 von Gustav Karl von Bonin übernommen, der die Verwaltungspraxis weit weniger restriktiv handhabte als sein Vorgänger Eugen von Puttkamer. Im folgenden Jahr kam es in der Provinz Posen erstmals seit Ende der Revolution wieder zu Kundgebungen und zur Bildung konspirativer Organisationen der polnischen Nationalbewegung. Nach Ausbruch des Januaraufstandes im benachbarten Königreich Polen (→ III. H) entstand dann eine Vielzahl von Unterstützungskomitees, und über siebentausend Freiwillige beteiligten sich an den Kämpfen.²¹ Preußen ging mit einer Welle von Strafprozessen gegen Teilnehmer und Unterstützer vor, und gegen 149 Angeklagte wurde vor dem Berliner Kammergericht ein Hochverratsprozess durchgeführt, der aber überwiegend mit Freisprüchen endete.²²

Dem harten Vorgehen der preußischen Behörden lag ein grundlegender politischer Wandel zugrunde, den die im September 1862 erfolgte Ernennung Otto von Bismarcks zum Ministerpräsidenten eingeleitet hatte. Dieser war überzeugt, dass die Großmachtstellung Preußens nur durch vollständigen Erhalt der ehemals polnischen Gebiete gesichert werden könne und dafür eine Übereinkunft mit Russland notwendig sei. Von diesem wurde im Gegenzug eine wohlwollende Haltung gegenüber der preußischen Deutschlandpolitik erwartet.²³ Kurz nach Ausbruch des Januaraufstandes, am 2. März 1863, schloss ein Sondergesandter Berlins, General Gustav von Alvensleben, mit dem russischen Vizekanzler in St. Petersburg eine Konvention ab, die Russland die preußische Unterstützung bei der Bekämpfung des Aufstands zusicherte.²⁴ Zwar

²¹ GROT, Z.: *Rok 1863 w zaborze pruskim. Udział społeczeństwa polskiego w powstaniu styczniowym* [Das Jahr 1863 im preußischen Teilungsgebiet. Die Beteiligung der polnischen Gesellschaft am Januaraufstand]. Poznań 1963; GENTZEN, F.-H.: *Großpolen im Januaraufstand. Das Großherzogtum Posen 1858–1864*. Berlin 1958 (Schriftenreihe des Instituts für Allgemeine Geschichte an der Humboldt-Universität Berlin, 1).

²² Zum Prozess in Berlin (27 relativ kurze Freiheitsstrafen, 11 Todesurteile gegen Abwesende, die später durch Amnestie aufgehoben wurden) vgl. auch *Der Polen-Prozeß im Jahre 1864. Eine vollständige historische Darstellung desselben mit Zugrundelegung der aufgenommenen stenographischen Berichte*. Berlin 1865; SCHUSTER, S.: »Des Hochverrates schuldig und deshalb mit dem Tode zu bestrafen.« *Die Polen-Prozesse vor dem Königlichen Kammergericht zu Berlin (1847 und 1864/65)*. In: Zeitschrift für Rechtsgeschichte 31 (2009), 212–239.

²³ Zu Bismarcks Polenpolitik grundlegend FELDMAN, J.: *Bismarck a Polska* [Bismarck und Polen]. Katowice 1938 (Pamiętnik Instytutu Śląskiego, 4). Zu Bismarcks außenpolitischen Konzeptionen zu Beginn der 1860er Jahre vgl. HAFFER, D.: *Europa in den Augen Bismarcks. Bismarcks Vorstellungen von der Politik der europäischen Mächte und vom europäischen Staatensystem*. Paderborn 2010 (Otto-von-Bismarck-Stiftung: Wissenschaftliche Reihe, 16), besonders 295–327.

²⁴ *Alvenslebensche Konvention*. In: RÖNNEFARTH, H. (Hg.): *Konferenzen und Verträge. Vertrags-Ploetz. Ein Handbuch geschichtlich bedeutsamer Zusammenkünfte und Vereinbarungen*. Würzburg 1953, Teil 2, 168 f. Vgl. JEISMANN, K.-E./TRZECIAKOWSKI, L.: *Polen im europäischen Mächtesystem des 19. Jahrhunderts. Die »Konvention Alvensleben« 1863*. Frankfurt 1994 (Studien zur internationalen Schulbuchforschung, 82. B 1.1); SCHEIDT, H.: *Konvention Alvensleben und Interventionspolitik der Mächte in der polnischen Frage 1863*. Würzburg-Aumühle 1937.

reagierte das preußische Parlament mit Protest auf die sogenannte »Konvention Alvensleben«, und auch Frankreich und England zeigten sich empört. Letztlich führte die preußisch-russische Übereinkunft aber zu einer ostentativen Wiederherstellung des Solidaritätsprinzips in polnischen Angelegenheiten, beendete Russlands außenpolitische Isolation und bedeutete eine Stärkung der preußischen Position gegenüber Österreich. Damit waren wichtige Grundlagen für die kleindeutsche Lösung der deutschen Frage unter preußischer Führung geschaffen, auch wenn deren Erfolg auf eine Vielfalt von Faktoren und nicht allein auf strategische Überlegungen der preußischen Politik zurückzuführen ist.²⁵

Die Eingliederung der polnischen Landesteile Preußens in das 1871 gegründete Deutsche Reich rief den Protest polnischer Abgeordneter hervor, die sich auf die Wiener Verträge von 1815 beriefen. Während der Verfassungsdebatte im Reichstag fasste am 1. April 1871 Henryk Krzyżanowski die Position der polnischen Abgeordneten mit den Worten zusammen: »[W]ir wollen, meine Herren, bis Gott anders über uns bestimmt hat, unter preußischer Herrschaft bleiben, aber dem deutschen Reich wollen wir nicht einverleibt sein.«²⁶ Der polnische Antrag wurde mit breiter Mehrheit abgelehnt – von den deutschen Abgeordneten hatte nur der linksliberale, der jungen Sozialdemokratie nahestehende Reinhold Schraps zu seiner Unterstützung das Wort ergriffen, während von Seiten der katholischen Zentrumspartei zumindest Verständnis für den polnischen Standpunkt geäußert wurde. Der zum Reichskanzler ernannte Fürst Otto von Bismarck hatte in mehreren Beiträgen hingegen die Existenz einer polnischen Nation in Preußen grundsätzlich bestritten und die polnischen Abgeordneten als Agenten der »klerikalen« Partei denunziert.

Damit deutete sich bereits die Verbindung zwischen der preußischen Politik gegenüber Katholischer Kirche und polnischer Nationalbewegung an, die in den als Kulturkampf bezeichneten Auseinandersetzungen der folgenden Jahre noch deutlicher hervortreten sollte.²⁷ In Preußen und im Reich wurde mit Unterstützung der Liberalen eine

²⁵ JEFFERIES: *Contesting* (Anm. 7), 51–61; BURGAUD, S.: *La politique russe de Bismarck et l'unification allemande. Mythe fondateur et réalités politiques*. Strasbourg 2010 (Les mondes germaniques, 14).

²⁶ *Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages. I. Legislaturperiode, I. Session*. Bd. 1. Berlin 1871, 98 – die ganze Debatte: 97–102 (online unter: www.reichstagsprotokolle.de).

²⁷ ZIELIŃSKI, Z.: *Kulturkampf w archidiecezji gnieźnieńskiej i poznańskiej w latach 1873–1887* [Der Kulturkampf in der Erzdiözese Gnesen und Posen 1873–1887]. Poznań 2011 (Centrum »Instytut Wielkopolski«: Monografie i rozprawy, 4); DERS.: *Der Kulturkampf in der Provinz Posen*. In: *Historisches Jahrbuch* 101 (1981), 447–461; TRZECIAKOWSKI, L.: *The Kulturkampf in Prussian Poland*. New York 1990 (East European Monographs, 283) – poln. Orig. Poznań 1970. Zur Reaktion der deutschsprachigen Katholiken vgl. MATWIEJCZYK, W.: *Niemieccy katolicy w Poznańskim a polityka narodowościowa rządu pruskiego 1871–1914* [Die deutschen Katholiken im Posenschen und die Nationalitätenpolitik der preußischen Regierung 1871–1914]. Lublin 2009. Zur Einordnung in den europäischen Kontext vgl. CLARK, C./KAISER, W. (Hg.): *Culture Wars. Secular-Catholic Conflict in*

Reihe von Gesetzen erlassen, die ähnlich wie zeitgleiche Maßnahmen der liberalen Regierungen in Frankreich und Italien auf eine stärkere Trennung von Kirche und Staat und auf eine Begrenzung des Einflusses der katholischen Kirche zielten. In den östlichen Provinzen Preußens hatte der Kulturkampf zugleich eine nationalpolitische Komponente, da die katholische Geistlichkeit ein wichtiger Bestandteil der polnischen meinungsbildenden und politischen Elite war und eine ausschlaggebende Rolle für den Fortbestand eines polnischsprachigen Schulwesens spielte. Adalbert Falk, preußischer Kultusminister von 1872 bis 1879, und William Barstow von Günther, Oberpräsident der Provinz Posen von 1873 bis 1886, verschärfen hier den Konflikt durch strenge Auslegung der neuen Gesetze und reagierten auf den Widerstand der Geistlichkeit mit Inhaftierungen, Ausweisungen und Amtsenthebungen unbotmäßiger Priester – zwischenzeitlich hatte im Erzbistum Gnesen-Posen fast die Hälfte der Gläubigen keine seelsorgerische Betreuung, und diese Aufgabe wurde von konspirativ tätigen »Wanderpriestern« übernommen.

Zur Symbolfigur für die Verfolgung, vor allem aber den Widerstandswillen der Geistlichen wurde der eigentlich als Mann des Ausgleichs bekannte Erzbischof Graf Mieczysław Halka-Ledóchowski. Da er sich weigerte, die staatliche Kontrolle über die Ausbildung der Geistlichen und die Besetzung kirchlicher Ämter wie auch die Einstellung des polnischsprachigen Religionsunterrichts zu akzeptieren, wurde er am 3. Februar 1874 verhaftet, bald darauf durch ein Gericht seines Amtes enthoben und zwei Jahre später zur Übersiedlung in den Vatikan gezwungen. Nachdem das Erzbistum zwölf Jahre durch preußische Zivilbeamte verwaltet wurde, ernannte der Papst 1886 aufgrund des geschickten Vorgehens der deutschen Diplomatie erstmals seit einem Jahrhundert mit Julius Dinder einen nicht aus dem polnischen Adel stammenden Erzbischof von Gnesen-Posen. Auch dieser verteidigte aber energisch kirchliche Interessen und agierte in nationalen Fragen äußerst zurückhaltend. Insgesamt hatte die Intensität der Auseinandersetzungen bereits am Ende der 1870er Jahre nachgelassen, doch in den östlichen Provinzen Preußens hatte das Vorgehen von Politik und Verwaltung, das im Reich insgesamt die katholische Bewegung erstarken ließ, zur Konsolidierung der polnischen Nationalbewegung geführt und auch große Teile der katholischen Bevölkerung, die bisher nationalen Fragen gegenüber indifferent geblieben waren, mobilisiert.

Dazu trug auch bei, dass die preußischen Behörden parallel zu den Auseinandersetzungen im Zuge des Kulturkampfes den Gebrauch der polnischen Sprache in Schulwe-

sen, Verwaltung und Gerichten stark einschränkten.²⁸ Schrittweise wurde in allen Provinzen Deutsch zur einzigen Unterrichtssprache in allen Schulen erklärt, so 1873 durch Oberpräsidialverfügung für die Provinz Posen. Selbst der Religionsunterricht sollte, sobald die Schüler über ausreichende Deutschkenntnisse verfügten, auf Deutsch durchgeführt werden und das Angebot von polnischem Sprachunterricht an den Schulen wurde von der Genehmigung der Regierung abhängig gemacht. Zur vollständigen Beseitigung der polnischen Sprache aus den Lehrplänen der staatlichen Schulen kam es 1887. Ausgenommen davon blieb auch in diesem Fall der Religionsunterricht für die jüngeren Jahrgänge der Volksschulen. Da die Gründung von Privatschulen und Privatunterricht von den preußischen Behörden streng konzessioniert und kontrolliert wurden, boten diese keine Alternativen für polnischsprachige Jugendliche.

Das preußische Geschäftssprachengesetz von 1876 legte Deutsch als einzige Amtssprache von Verwaltung und Justiz fest. Nur für die mündlichen Verhandlungen von Schulvorständen, Gemeindevertretungen und Gemeindeversammlungen in Kreisen und Kreisteilen mit einem hohen fremdsprachigen Bevölkerungsanteil wurde durch königliche Verordnung der Gebrauch der Landessprache für zunächst fünf Jahre gestattet (1881 um weitere fünf Jahre verlängert).²⁹ Die 1815 zugesicherte Zweisprachigkeit der Verwaltung im Großherzogtum Posen war zwar auch zuvor nur noch sehr eingeschränkt verwirklicht worden, endete nun aber grundsätzlich. Vor allem aber wurde auch das Recht auf polnischsprachige Gerichtsverhandlungen aufgehoben. Zusätzlich führten das politische Klima und die gezielte Personalpolitik der Behörden dazu, dass besonders in den östlichen Provinzen kaum noch Beamte und Lehrer polnischer Herkunft eingestellt wurden und bald nur noch auf den unteren Ebenen der beruflichen Hierarchien anzutreffen waren.

Das Misstrauen der Regierung gegenüber den besitzenden Schichten in der Provinz Posen schlug sich auch darin nieder, dass die regionale Selbstverwaltung eingeschränkt blieb.³⁰ Während in den übrigen preußischen Ostprovinzen 1872 und 1876 neue Kreis- und Provinzialordnungen eingeführt wurden, blieben hier die in den 1820er Jahren eingerichteten und nach der Revolution nur leicht verändert wiederberufenen Kreis- und

²⁸ Zur Sprach- und Schulpolitik vgl. auch RIMMELE, E.: *Sprachenpolitik im Deutschen Kaiserreich vor 1914. Regierungspolitik und veröffentlichte Meinung in Elsaß-Lothringen und den östlichen Provinzen Preußens*. Frankfurt a. M. 1996 (Münchener Studien zur neueren und neuesten Geschichte, 17); TRUCHIM, S.: *Historia szkolnictwa i oświaty polskiej w wielkim księstwie poznańskim 1815–1915* [Schulpolitik und polnische Bildung im Großherzogtum Posen 1815–1915]. Bd. 2: 1862–1915. Łódź 1968 (Łódzkie Towarzystwo Naukowe. Prace Wyd. II, 69).

²⁹ *Preußisch-deutsche Gesetzsammlung 1806–1904*, hg. von G. A. GROTEFEND/C. CRETSCHMAR. Bd. 1.1. Düsseldorf 1904, 747–749.

³⁰ UNRUH: *Provinz* (Anm. 17), 406–414. Zur Bedeutung der Reformen für den sozialen und politischen Wandel vgl. WAGNER, P.: *Bauern, Junker und Beamte. Lokale Herrschaft und Partizipation im Ostelbien des 19. Jahrhunderts*. Göttingen 2005 (Moderne Zeit, 9).

Provinzialstände (→ III. A), in denen die Gutsbesitzer dominierten, bis zum Ende des Kaiserreichs bestehen. Die in der Provinz erst 1889 eingeführten Kreis- und Provinzialausschüsse zur eigenständigen Verwaltung von Investitionsmitteln blieben weitgehend abhängig von den Regierungsbehörden, und nur die Zahl der Vertreter von Städten und Landgemeinden in den Kreistagen wurde ab 1906 etwas erhöht.

Ab Mitte der 1880er Jahre begann die preußische Politik auch mit Versuchen, die nationale Zusammensetzung der Bevölkerung durch Aus- und Ansiedlungsmaßnahmen direkt zu verändern. Den Hintergrund bildeten in der Öffentlichkeit intensiv diskutierten Konfessions- und Sprachstatistiken, die zu belegen schienen, dass der Anteil polnischer Bevölkerung trotz der bisherigen gesetzlichen Maßnahmen eher zu- als abnahm.³¹ Als eine Ursache wurde die Zuwanderung aus dem russischen und österreichischen Teilungsgebiet ausgemacht, und als Gegenmaßnahme ordnete die preußische Regierung die Abschiebung von Personen an, die keine für Preußen gültige Aufenthaltsgenehmigung vorweisen konnten.³² Begleitet von einer antisemitischen Kampagne gegen die Zuwanderung jüdischer Bevölkerung aus den benachbarten Teilungsgebieten Polens wurden die »Polenausweisungen« (poln. *rugi pruskie*) trotz einer Protestresolution des Reichstags sowie der Kritik der polnischen wie europäischen Öffentlichkeit rücksichtslos durchgeführt. Insgesamt kam es bis 1890 zur Abschiebung von 22 000 Polen und rund 10 000 Juden nach Galizien und ins Königreich Polen. Danach sollten dann strengere Pass- und Meldebestimmungen sicherstellen, dass der wachsende Bedarf an Saisonarbeitskräften in Landwirtschaft und Agrarbetrieben nicht zu dauerhafter Einwanderung führte.

Ein Jahr nach dem Aussiedlungsbeschluss, am 26. April 1886 wurde vom preußischen Parlament das Gesetz zur *Beförderung Deutscher Ansiedlung in den Provinzen Westpreußen und Posen* (kurz: Ansiedlungsgesetz) verabschiedet, das auf eine »Stärkung des Deutschen Elements in den Provinzen Westpreußen und Posen gegen polonisierende Bestrebungen durch Ansiedlung deutscher Bauern und Arbeiter« zielte und dafür einen Fonds in Höhe von 100 Millionen Reichsmark vorsah, der von einer Kom-

³¹ NEUMANN, F. J.: *Germanisierung oder Polonisierung. Ein Beitrag zur Nationalitäts- und Grundeigentumsstatistik der Provinz Posen*. In: Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik 41, N. F. 7 (1883), 457–463; HARTMANN, E. VON: *Der Rückgang des Deutschtums*. In: Die Gegenwart. Zeitschrift für Literatur, Wirtschaftsleben und Kunst 27 (1885), 1–3, 19–22. Insgesamt war der polnischsprachige Bevölkerungsanteil zwischen 1861 und 1890 in allen Ostprovinzen zurückgegangen, was durch den Wandel der Erhebungsmethoden aber verdeckt wurde. Unter Umständen machte sich in den 1880er Jahren allerdings tatsächlich bereits die Trendumkehr bemerkbar, die ab 1890er Jahren nachweisbar ist. Zur Sprachenstatistik vgl. BELZYT, L.: *Sprachliche Minderheiten im preußischen Staat 1815–1914. Die preußische Sprachenstatistik in Bearbeitung und Kommentar*. Marburg 1998 (Quellen zur Geschichte und Landeskunde Ostmitteleuropas 3), 16–19.

³² Vgl. GOSEWINKEL: *Einbürgern* (Anm. 8), 221–223, 263–277.

mission in Posen verwaltet wurde.³³ Hatte Bismarck ursprünglich nur geplant, durch staatlichen Ankauf den Gutsbesitz polnischer Adliger zu verringern, gelang es liberalen Ökonomen, die nationalitätenpolitische Zielstellung mit der einer Mittelstandsförderung zu verbinden. Die erworbenen Flächen sollten in Bauernwirtschaften mittlerer Größe aufgeteilt werden, und für weniger finanzkräftige Siedler wurde die Möglichkeit geschaffen, die Stellen gegen Zahlung einer jährlichen Rente zu übernehmen (als sogenanntes Rentengut). Zunächst hatte die Kommission großen Erfolg. Bis 1894 erwarb sie ca. 70 000 ha Land und richtete fast 1600 Höfe ein. Allerdings entsprach dies letztlich einem schon länger anhaltenden Trend zum Verkauf unrentabel gewordener Güter, und auch die in derselben Zeit auf genossenschaftlicher Basis gegründeten polnischen Kredit- und Parzellierungsgesellschaften konnten Erfolge aufweisen, die bald schon diejenigen der staatlichen Institutionen übertrafen.³⁴ 1890 traten ökonomischen Überlegungen zum Wandel der Besitzstruktur in den Vordergrund der preußischen Gesetzgebung: Der Erwerb von Bauernwirtschaften auf Rentenbasis wurde nun auch unabhängig von nationalpolitischer Zielstellung in allen Provinzen gefördert und die für die Provinzen Posen und Westpreußen zuständige Bromberger Generalkommission unterstützte bis 1898 auch polnische Siedler und arbeitete dabei teilweise mit polnischen Organisationen zusammen.

Dieses Vorgehen stand mit der grundsätzlich veränderten Polenpolitik in Übereinstimmung, die von der preußischen Regierung nach dem Rücktritt Bismarcks zu Beginn der 1890er Jahre eingeschlagen wurde. Der zu dessen Nachfolger als Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident ernannte Graf Leo von Caprivi hielt einen militärischen Konflikt mit Russland für unvermeidlich und sah daher keine Notwendigkeit für eine weitere Zusammenarbeit in der Polnischen Frage, sondern war im Sinne seines grundsätzlichen Bemühens um eine Politik des Ausgleichs an einer Verständigung mit den

³³ *Preussisch-deutsche Gesetzsammlung* (Anm. 29), Bd. 3.2, 1051 f. Zur Ansiedlungspolitik vgl. auch EDDIE, S. M.: *The Prussian Settlement Commission and Its Activities in the Land Market, 1886–1918*. In: NELSON: *Germans* (Anm. 13), 39–64; MÜLLER, U.: *Modernisierung oder Diskriminierung? Siedlungspolitik in den preußischen Ostprovinzen zwischen nationalitäten- und agrarpolitischen Zielen*. In: MÜLLER, U. (Hg.): *Ausgebeutet oder alimentiert? Regionale Wirtschaftspolitik und nationale Minderheiten in Ostmitteleuropa (1867–1939)*. Berlin 2006 (Frankfurter Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Ostmitteleuropas, 13), 141–166; JAKÓBCZYK, W.: *Pruska Komisja Osadnicza 1886–1919* [Die Preußische Ansiedlungskommission 1886–1919]. Poznań 1976.

³⁴ Zum Genossenschaftswesen vgl. LORENZ, T./MÜLLER, U.: *National Segregation and Mass Mobilization. Polish Cooperatives in Poznan before the First World War*. In: LORENZ, T. (Hg.): *Cooperatives in Ethnic Conflicts. Eastern Europe in the 19th and Early 20th Century*. Berlin 2006 (Frankfurter Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Ostmitteleuropas, 15), 183–200; SPICKERMANN, R.: *Contradictions of Nation-Building: Raiffeisen Cooperatives and the Royal Settlement Commission in the German East, 1885–1914*. In: ebd., 201–214.

polnischen Eliten interessiert.³⁵ Angesichts einer fehlenden Regierungsmehrheit im Reichstag war damit zugleich die Hoffnung auf eine Unterstützung der polnischen Abgeordneten bei den Abstimmungen über die erhöhten Militärausgaben des Reiches verbunden. Ein Fürsprecher einer Kooperation mit den polnischen Eliten war auch der neue Oberpräsident der Provinz Posen Hugo von Wilamowitz-Moellendorf, der dieses Amt von 1890 bis 1899 bekleidete.

Die Anfänge der sogenannten »Versöhnungspolitik« schienen tatsächlich vielversprechend. Neben den bereits erwähnten Erleichterungen für polnische Parzellierungsgesellschaften erfolgte die Wiederzulassung von fakultativem Polnischunterricht an öffentlichen Schulen, und die Behörden duldeten auch wieder verstärkt polnischsprachigen Religionsunterricht. Die 1891 verabschiedete Landgemeindeordnung, die leistungsfähigere kommunale Selbstverwaltungen auf dem Lande schaffen sollte, wurde auch in der Posener Provinz eingeführt, und nach dem Tod von Julius Dinder wurde 1892 mit Florian Stablewski wieder ein Pole Erzbischof von Gnesen-Posen. Im Folgejahr waren die Stimmen polnischer Abgeordneter im Reichstag ausschlaggebend für die Annahme der Heeresvorlage. Józef Kościelski, der sich in der polnischen Fraktion für eine Verständigung mit der Regierung einsetzte, wurde kurz darauf zum parlamentarischen Berichterstatter für das Flottenbauprogramm gewählt und hatte somit die wichtigste Funktion inne, die ein polnischer Politiker im Kaiserreich jemals erreichte.

Die Bemühungen um eine Verständigung waren jedoch nur von kurzer Dauer. Bereits im März 1892 hatte Caprivi das Amt des preußischen Ministerpräsidenten verloren und im Oktober 1894 wurde er als Reichskanzler entlassen. Die von ihm verfochtene Reform- und Kompromisspolitik war zum Auslöser für die Gründung neuer rechtsgerichteter Massenorganisationen wie dem Alldeutschen Verband und dem Bund der Landwirte geworden, die rasch an politischem Einfluss gewannen.³⁶ Speziell gegen eine Fortsetzung von Caprivis Polenpolitik richtete sich im November 1894 die Grün-

³⁵ Zur Verständigungspolitik und ihren Gegnern vgl. besonders KAMINSKI, T.: *Polish Publicists and Prussian Politics. The Polish Press in Poznan During the Neue Kurs of Chancellor Leo von Caprivi 1890–1894*. Stuttgart 1988 (Studien zur modernen Geschichte, 38); TRZECIAKOWSKI, L.: *Polityka polskich klas posiadających w Wielkopolsce w erze Caprivięgo (1890–1894)* [Die Politik der polnischen besitzenden Klassen in Großpolen während der Ära Caprivi (1890–1894)]. Poznań 1960. Allgemein zur sogenannten Ära Caprivi vgl. NICHOLS, J. A.: *Germany after Bismarck. The Caprivi Era 1890–1894*. Cambridge, Mass. 1958. Zum außenpolitischen Kontext vgl. auch CANIS, K.: *Von Bismarck zur Weltpolitik. Deutsche Außenpolitik 1890 bis 1902*. Berlin 1997 (Studien zur internationalen Geschichte, 3), 16–137; LAHME, R.: *Deutsche Außenpolitik 1890–1894. Von der Gleichgewichtspolitik Bismarcks zur Allianzstrategie Caprivis*. Göttingen 1990 (Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, 39).

³⁶ Detaillierte Analyse dieser Entwicklung bei ELEY, G.: *Reshaping the German Right. Radical Nationalism and Political Change after Bismarck*. New Haven 1980.

derung des Vereins zur Förderung des Deutschtums in der Ostmark, der 1899 in Deutscher Ostmarkenverein umbenannt und von polnischer Seite nach den Anfangsbuchstaben seiner Initiatoren Ferdinand Hansemann, Hermann Kennemann und Heinrich von Tiedemann als Hakata bezeichnet wurde.³⁷ Mit einer Vielzahl von Publikationen, Massenveranstaltungen und moderner Lobbypolitik gelang es dem Verein, einen Teil der deutschsprachigen Bevölkerung in den preußischen Ostprovinzen nationalpolitisch zu mobilisieren (→ IV. G) und aktiv auf die Ausrichtung der preußisch-deutschen Polenpolitik Einfluss zu nehmen.

Auch in der polnischen Nationalbewegung war die Kompromisspolitik angesichts ihrer nur geringen Erfolge zunehmend auf scharfe Kritik gestoßen. Bereits bei den Reichstagswahlen von 1893 hatten sich auch drei polnische Kandidaten durchgesetzt, die eine weitere Zusammenarbeit mit der Regierung ablehnten. Im März 1894 sah sich Kościelski gezwungen, sein Abgeordnetenmandat niederzulegen, nachdem ihm die polnische Fraktion das Vertrauen entzogen hatte. In dieser, die 1897 zu uneingeschränkter Oppositionspolitik zurückkehrte, wurden konservative adlige Politiker zunehmend von Vertretern der *Inteligencja* verdrängt, die der sich formierenden Nationaldemokratie (→ IV. E/G) nahestanden. Gehörten zu Beginn der 1890er Jahre noch fast alle Fraktionsmitglieder zur Aristokratie oder zum Güter besitzenden Adel, so galt dies nach 1907 nur noch für eine Minderheit, nach 1912 nur noch für fünf von 13.³⁸

Um 1900 begann von Seiten der Regierung eine neue Welle der Konfrontationspolitik gegenüber der polnischen Bevölkerung,³⁹ die nun mit dem Bemühen einherging, die materielle Lage und das kulturelle Leben der deutschsprachigen Bevölkerung zu ver-

³⁷ GRABOWSKI, S.: *Deutscher und polnischer Nationalismus. Der Deutsche Ostmarken-Verein und die polnische Straż 1894–1914*. Marburg 1998 (Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung, 3); GALOS, A./GENTZEN, F.-H./JAKÓBCZYK, W.: *Die Hakatisten. Der Deutsche Ostmarkenverein (1894–1934). Ein Beitrag zur Geschichte der Ostpolitik des deutschen Imperialismus*. Berlin 1966 (Schriftenreihe der Kommission der Historiker der DDR und Volkspolens[, 2]).

³⁸ TRZECIAKOWSKI: *Posłowie* (Anm. 20), 494–496. Vgl. auch PFEIFFER, H.: *Der polnische Adel und die preußische Polenpolitik von 1863 bis 1894*. Würzburg 1939, 97. Allgemein zur Landtags- und Reichstagsfraktion vgl. KOTOWSKI: *Staatsräson* (Anm. 20); HEMMERLING, Z.: *Posłowie Polscy w parlamencie Rzeszy Niemieckiej i sejmie pruskim 1907–1914* [Die polnischen Abgeordneten im Parlament des Deutschen Reiches und im preußischen Landtag]. Warszawa 1968. Zur Entwicklung der polnischen politischen Landschaft vgl. WIERZCHOSŁAWSKI, S.: *Elity polskiego ruchu narodowego w Poznańskim i w Prusach Zachodnich w latach 1850–1914* [Eliten der polnischen Nationalbewegung im Posenschen und in Westpreußen 1850–1914]. Toruń 1992; MARCZEWSKI, J.: *Narodowa Demokracja w Poznańskim 1900–1914* [Die Nationaldemokratie im Posenschen 1900–1914]. Warszawa 1967.

³⁹ Zu den politischen Debatten um die Gesetzgebung vgl. BALZER, B.: *Die preußische Polenpolitik 1894–1908 und die Haltung der deutschen konservativen und liberalen Parteien (unter besonderer Berücksichtigung der Provinz Posen)*. Frankfurt am Main 1990 (Europäische Hochschulschriften, Reihe 3, 434).

bessern und daher auch als »Hebungspolitik« bezeichnet wurde. Beide Aspekte dieser Politik wurden intensiv von den Posener Oberpräsidenten Karl von Bittner und Wilhelm Hans August von Waldow vorangetrieben, die 1899–1903 bzw. 1903–1911 amtierten und vor allem für neue kulturelle Einrichtungen in der Provinzhauptstadt Posen sorgten.⁴⁰ Bereits zwischen 1891 und 1902 hatte der Oberpräsident Westpreußens Gustav von Goßler, überzeugt davon, dass nur ein wirtschaftlicher Strukturwandel die Position der deutschsprachigen Bevölkerung verstärken würde, ein teilweise erfolgreiches Industrialisierungsprogramm eingeleitet und die 1904 erfolgende Gründung einer Technischen Hochschule in Danzig vorbereitet.⁴¹

Auch die Politik der Ansiedlung deutscher Siedler auf dem Lande wurde ab der zweiten Hälfte der 1890er Jahre wieder intensiviert,⁴² wofür erhöhte Finanzmittel bewilligt wurden. Allerdings musste die zuständige Kommission seit 1896 verstärkt deutschen Großgrundbesitz aufkaufen und parzellieren, da polnische Besitzer eher an die ebenso zahlungskräftigen polnischen Parzellierungsgesellschaften verkauften. Um deren Wirkungsfeld einzuschränken, wurde die Neugründung von Siedlungen auf bürokratischem Wege erschwert und die Zusammenarbeit mit polnischen Organisationen bei der Rentengutsbildung eingestellt. 1904 wurde schließlich die Genehmigung der Errichtung von Wohngebäuden auf durch Kauf erworbenen neugebildeten Grundstücken von der Übereinstimmung mit den im Ansiedlungsgesetz für Posen und Westpreußen von 1886 formulierten Zielen abhängig gemacht.⁴³ Diese, die polnische Bevölkerung offen diskriminierende Bestimmung, die auch für die benachbarten Provinzen Ostpreußen und Schlesien, die brandenburgischen und pommerschen Regierungsbezirke Frankfurt, Stettin und Köslin sowie die Provinz Westfalen galt, führte zu einer Vielzahl von Konflikten, für die der Fall von Michał Drzymała exemplarisch wurde. Gut vier Jahre stritt dieser mit den Behörden um die Möglichkeit, auf seinem 1904 im Dorf Kaisertreu (Kreis Grätz) erworbenen Grundstück ein Wohngebäude errichten zu können, wobei er zeitweise in einem Zirkuswagen lebte, den er täglich bewegte. Dennoch wurde er schließlich zum Verkauf gezwungen. Seine Geschichte wurde in der polni-

⁴⁰ SCHUTTE, C.: *Die Königliche Akademie in Posen (1903–1919) und andere kulturelle Einrichtungen im Rahmen der Politik zur »Hebung des Deutschtums«*. Marburg 2008 (Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung, 19).

⁴¹ KOWAL, S.: *Die ökonomischen Auswirkungen der Nationalitätenpolitik im preußischen Teilungsgebiet Polens (1871–1918)*. In: MÜLLER: *Ausgebeutet oder alimentiert?* (Anm. 33), 167–178.

⁴² Zur Ansiedlungspolitik vgl. Anm. 33.

⁴³ *Gesetz, betr. die Gründung neuer Ansiedlungen in den Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Sachsen, Schlesien und Westfalen*, vom 10. August 1904. In: *Gesetz-Sammlung für die königlichen Preußischen Staaten 1904*, 227–234, hier § 13 b, 236. Vgl. HOFMANN, W.: *Das Ansiedlungsgesetz von 1904 und die preußische Polenpolitik*. In: *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands* 38 (1985), 251–285.

schen Öffentlichkeit breit diskutiert und sein Wagen (*wóz Drzymały*) zum Symbol für den Widerstand gegen die Germanisierungspolitik.⁴⁴

Die Neugründung landwirtschaftlicher Betriebe durch polnische Gesellschaften wurde durch die preußischen Maßnahmen zwar behindert, setzte sich aber dennoch fort und erwies sich als bedeutend erfolgreicher als die staatlichen Siedlungsbemühungen. Daran änderte auch nichts, dass 1908 die Mittel zur Ansiedlung noch einmal deutlich aufgestockt und die Enteignung von polnischem Grundbesitz von bis zu 70000 ha gegen Entschädigung ermöglicht wurden, sofern dies zur »Sicherung des gefährdeten Deutschtums« in bestimmten Bezirken notwendig erschien.⁴⁵ Das Gesetz stieß international und innerhalb Reichs auf massive Kritik, der sich aufgrund des Eingriffes in das Eigentumsrecht auch konservative preußische Kreise anschlossen. Die Bestimmungen erwiesen sich zudem als schwer anwendbar, sodass es nur 1912 zur Enteignung von vier kleineren Gütern kam, die wegen Überschuldung sowieso versteigert werden mussten und vom Staat auch durch Nutzung seines Vorkaufsrechts hätten erworben werden können. Obwohl bis 1918 955 Millionen Mark zur Gründung von ca. 22000 Siedlerstellen auf 300000 ha ausgegeben wurden, gelang es der Ansiedlungskommission ab 1896 nicht mehr, die Besitzverhältnisse zu Gunsten der deutschsprachigen Bevölkerung zu verschieben. Ihre Aktivitäten trugen zwar dazu bei, dass der im Vergleich zu anderen Provinzen besonders hohe Anteil des Großgrundbesitzes an der Gesamtfläche der Provinzen Posen und Westpreußen signifikant zurückging und die ökonomische Bedeutung des Güter besitzenden Adels verringert wurde. Aber von dieser Entwicklung profitierten polnische Bauern weit stärker als deutsche, sodass der polnische Anteil am Grundbesitz sich bis zum Ersten Weltkrieg um ca. 100000 ha vergrößerte.

Parallel zu den verstärkten Ansiedlungsbemühen erfolgten ab 1899 neue Verschärfungen in der Sprachpolitik. Dies betraf zunächst vor allem das Schulwesen, das sich trotz vielfältiger Probleme bis dahin zumindest in der Hinsicht als erfolgreich erwiesen hatte, dass der Analphabetismus zu Beginn des 20. Jahrhunderts weitgehend beseitigt war.⁴⁶ Der fakultative Polnischunterricht wurde verboten und auch der Religionsunterricht in polnischer Sprache wurde schrittweise weiter eingeschränkt. In Reaktion darauf kam es zunächst 1901 in Wreschen, nach Prügelstrafen für Schüler, die sich weigerten, auf Deutsch zu beten, zu Unruhen und einem Schülerstreik, der von den Behörden mit scharfen Strafmaßnahmen unterdrückt wurde. Der Vorfall rief Empörung in allen Tei-

⁴⁴ Vgl. auch LEŚNIEWSKA, I.: *Wokół struktury mitu Michała Drzymały* [Zur Struktur des Mythos von Michał Drzymała]. In: JAMSHEER, H. A. (Hg.): *Studia i szkice z historii XIX i XX wieku* [Studien und Skizzen zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Łódź 2005 (Acta Universitatis Lodziensis. Folia Historica, 79), 57–72.

⁴⁵ *Gesetz über Maßnahmen zur Stärkung des Deutschtums in den Provinzen Westpreußen und Posen*. 20. 3. 1908. In: *Preußische Gesetzsammlung 1908*, 29–34, hier § 13, 30.

⁴⁶ Block: *Alphabetisierungsverlauf* (Anm. 12), 181–187.

lungsgebieten hervor, und die »Kinder von Wreschen« (*dzieci wrzeńskie*) wurden sehr bald publizistisch und literarisch zu einem wichtigen Symbol der Diskriminierung von Polen durch die preußische Staatsmacht. 1906 setzte eine neue Welle von Schulstreiks ein, die bis 1907 andauerte und nicht nur die Provinz Posen (rund 90 000 streikende Schüler) und die Nachbarprovinzen erfasste, sondern auch die polnischsprachigen Arbeitsmigranten, die sich im Ruhrgebiet niedergelassen hatten.⁴⁷

Eine weitere Einschränkung des Gebrauchs polnischer Sprache in der Öffentlichkeit brachte das Reichsversammlungsgesetz von 1908 mit sich. Bis dahin waren Versuche lokaler Behörden, öffentliche Versammlungen in polnischer Sprache zu verbieten, wiederholt am Einspruch der Gerichte gescheitert, von denen die Versammlungsfreiheit höher bewertet wurde als der Kontrollanspruch der Verwaltung.⁴⁸ Das neue Gesetz legte nun fest, dass in allen Kreisen, in denen die fremdsprachige Bevölkerung weniger als 60 Prozent der Einwohner ausmachte, zur Erleichterung polizeilicher Überwachung die Verwendung einer anderen als der deutschen Sprache auf öffentlichen Versammlungen nur noch bei internationalen Kongressen und Wahlkampfveranstaltungen gestattet war.⁴⁹

Trotz der jahrzehntelang geschürten Spannungen wandten sich weder die polnischen Politiker noch die Bevölkerung während des Ersten Weltkriegs gegen die Kriegsanstrengungen des Reichs, wozu sicher die Neuausrichtung der deutschen Polenpolitik, eine veränderte Stimmung der Öffentlichkeit,⁵⁰ aber auch die Zurückhaltung der Verwaltungsbehörden beitrug, die schon der von 1911 bis 1914 amtierende Posener Oberpräsident Philipp Schwartzkopf eingeleitet hatte. Nach dem Krieg zeigte sich aber rasch, dass ein Großteil der polnischsprachigen Bevölkerung zum bewaffneten Kampf gegen eine Fortsetzung der Zugehörigkeit zu Preußen und dem Deutschen Reich bereit war. Die preußisch-deutsche nationale Integrationspolitik hatte sich zunächst zwar vor allem gegen die adligen und geistlichen polnischen Eliten gerichtet, war aber angesichts der wachsenden Bedeutung des polnischen Mittelstandes zu Ausgrenzungs- und Diskriminierungsmaßnahmen der polnischsprachigen Bevölkerung insgesamt übergegangen. Anders als in der Französischen Republik entstanden unter den politischen Verhältnissen in Preußen kaum überzeugende soziale und politische Integrationsangebote für die neuen Eliten sprachlicher Minderheiten, sondern die politische Mobilisierung zu Be-

⁴⁷ Vgl. auch KULCZYCKI, J. J.: *School Strikes in Prussian Poland, 1901–1907. The Struggle over Bilingual Education*. Boulder 1981 (East European Monographs, 82); GROT, Z. (Hg.): *Wydarzenia wrzeńskie w roku 1901* [Die Wreschener Ereignisse 1901]. Poznań 1964; GENTZEN, F.-H.: *Der Posener Schulstreik 1906/7*. In: *Studia i Materiały do dziejów Wielkopolski* 2 (1956), 177–245.

⁴⁸ BALZER.: *Polenpolitik* (Anm. 39), 242–245.

⁴⁹ *Vereinsgesetz*. Vom 19. April 1908. In: Reichsgesetzblatt 1908, 151–157, hier § 12, 153 f.

⁵⁰ Zur Entwicklung der öffentlichen Meinung vgl. SPÄT, R.: *Die »polnische Frage« in der öffentlichen Diskussion im Deutschen Reich, 1894–1918*. Marburg 2014 (Studien zur Ostmitteleuropaforschung, 29).

ginn des 20. Jahrhundert führte im preußischen Osten über soziale Grenzen hinweg zu einer nationalen Lagerbildung, die kaum noch Raum für Kompromisse ließ.⁵¹

Das Königreich Polen und die westlichen Gouvernements Russlands

Während sich das Deutsche Reich im Wesentlichen als Nationalstaat verstand, auch wenn es an imperiale Traditionen Preußens anknüpfte und zumindest diskursiv in dessen Ostprovinzen koloniale Herrschaftsstrukturen hergestellt wurden, ist das Russische Kaiserreich vor allem als Imperium zu verstehen, dessen Zusammenhalt in hohem Maße durch die Bindung der politischen Eliten an die Person des Herrschers gewährleistet wurde.⁵² Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund wurde bis zur Revolution von 1905 (→ IV. F) am Prinzip kaiserlicher Selbstherrschaft (*samoderžavie*) festgehalten und auch danach insoweit keine vollständige Konstitutionalisierung durchgeführt, als die Grundrechte gesetzlich eingeschränkt werden konnten und dem Kaiser ein Vetorecht gegenüber allen Beschlüssen des Parlaments (*Duma*) verblieb. Die politische Situation einzelner Regionen reichte von weitgehenden, allerdings 1899 erheblich eingeschränkten Autonomierechten in Finnland über Siedlungsgebiete wie Sibirien, in denen die ansässige Bevölkerung schrittweise verdrängt wurde, bis hin zu stark kolonial geprägten Herrschaftsformen in den zentralasiatischen Territorien.⁵³ Im ausgehenden 19. Jahrhundert sind dann verstärkt Tendenzen hin zu einer großrussischen Nationalstaatsbildung zu erkennen, die sich in Bemühungen um eine sprachliche Russifizierung besonders der slawischen Minderheiten niederschlugen.⁵⁴

Die spezifische Regierungsform des Reiches hat dazu geführt, dass die gelegentlich in innenpolitischen Erlassen, vor allem aber in der zeitgenössischen Öffentlichkeit verwendete Bezeichnung der Herrscher Russlands als Zaren auch in der historischen Fachlitera-

⁵¹ Vgl. zu diesen Überlegungen auch HOLSTE, K.: *Reform from Above and Politics from Below: Peasants in the Prussian Partition of Poland*. In: KLEINMANN, Y. u. a. (Hg.): *Imaginations and Configurations of Polish Society. From the Middle Ages through the Twentieth Century*. Göttingen 2017 (Polen: Kultur – Geschichte – Gesellschaft, 3), 217–237.

⁵² Vgl. LIEVEN, D.: *Empire. The Russian Empire and Its Rivals*. London 2000.

⁵³ Zu den Formen imperialer Herrschaft in Russland vgl. auch BURBANK, J./VON HAGEN, M./REMNEV, A. V. (Hg.): *Russian Empire. Space, People, Power, 1700–1930*. Bloomington 2007; BREYFOGLE, N. B./SCHRADER, A./SUNDERLAND, W. (Hg.): *Peopling the Russian Periphery. Borderland Colonization in Eurasian History*. London 2008.

⁵⁴ Zur Vielfalt der Formen von russischem Nationalismus und Russifizierung vgl. MILLER, A. I.: *The Romanov Empire and Nationalism. Essays in the Methodology of Historical Research*. Budapest 2008 (russ. Fassung Moskva 2006); DERS.: »Russifications«? *In Search for Adequate Analytical Categories*. In: HAUSMANN, G. (Hg.): *Imperienvergleich. Beispiele und Ansätze aus osteuropäischer Perspektive*. Festschrift für Andreas Kappeler. Wiesbaden 2009 (Forschungen zur osteuropäischen Geschichte, 75), 123–143.

tur häufig anzutreffen ist. Damit wurde und wird die ältere Titulatur aufgegriffen, die 1721 durch den Kaisertitel (*Imperator Vserossijski*) ersetzt und offiziell nur noch als auf bestimmte Regionen bezogener Nebentitel galt (etwa als König von Polen: *Car' Pol'skij*). Der so hergestellte Zusammenhang zu älteren Herrschaftstraditionen des 16. und 17. Jahrhundert ändert allerdings nichts am tiefgreifenden Wandel und der damit wachsende Leistungsfähigkeit der Herrschafts- und Verwaltungsstrukturen des Reiches.⁵⁵

Die Auseinandersetzung mit den Westmächten Frankreich und England im Krimkrieg (1853–1856) hatten die Grenzen der militärischen Schlagkraft Russlands und die Notwendigkeit einer Erneuerung verdeutlicht. Unter Alexander II., seit 1855 russischer Kaiser, wurden eine Reihe von Reformen verabschiedet, die tief in die sozialen und politischen Strukturen des Reiches eingriffen, darunter die Aufhebung der bäuerlichen Leibeigenschaft (1861), die Umgestaltung des Gerichtswesens durch Einführung von Schwurgerichten und Friedensrichtern (1864), die Einrichtung regionaler und städtischer Selbstverwaltungsorgane (1864/70) sowie die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht (1874).⁵⁶ In den polnischen Gebieten des Russischen Reiches hatte die Reformpolitik zunächst auf einen Ausgleich mit den polnischen Eliten gezielt, war nach dem Januaraufstand von 1863 (→ III. H) aber vor allem von Bemühungen um einen Abbau von deren Sonderstellung und von Repressionsmaßnahmen gegen den polnischen Adel geprägt.⁵⁷

⁵⁵ WITTRAM, R.: *Das russische Imperium und sein Gestaltwandel*. In: Historische Zeitschrift 187 (1959), 568–593. Überblick über Politik und Verwaltung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts u. a. bei MOSS, W.: *A History of Russia*. Bd. 2: *Since 1855*. London 2005, 23–184.

⁵⁶ MOSS, W.: *Russia in the Age of Alexander II, Tolstoy and Dostoevsky*. London 2002; EKLOF, B./BUSHNELL, J./ZAKHAROVA, L. (Hg.): *Russia's Great Reforms, 1855–1881*. Bloomington 1994; LINCOLN, W.: *The Great Reforms. Autocracy, Bureaucracy, and the Politics of Change in Imperial Russia*. DeKalb, Ill. 1990; BEYRAU, D./HILDERMEIER, M.: *Von der Leibeigenschaft zur frühindustriellen Gesellschaft (1856 bis 1890)*. In: SCHRAMM, G. (Hg.): *Handbuch der Geschichte Russlands*. Bd. 3: 1856 bis 1945. Von den autokratischen Reformen zum Sowjetstaat. Tbd. 1. Stuttgart 1983, 5–201. Zur Militärreform und ihren Folgen vgl. auch BENECKE, W.: *Militär, Reform und Gesellschaft im Zarenreich. Die Wehrpflicht in Russland 1874–1914*. Paderborn 2006 (Krieg in der Geschichte, 25).

⁵⁷ Überblick über die russische Politik in den polnischen Ländern des Imperiums bei ROLF, M.: *Imperiale Herrschaft im Weichselland. Das Königreich Polen im Russischen Imperium (1864–1915)*. Berlin 2015 (Ordnungssysteme, 43); WIECH, S.: *Królestwo i zabór rosyjski w latach 1856–1914* [Das Königreich und das russische Teilungsgebiet (1856–1915)]. In: NOWAK: *Historie Polski* (Anm. 5). Bd. 3: *Historie polityczne* [Politische Geschichten]. Teil 2. Warszawa 2013, 7–260; WEEKS, T.: *Nation and State in Late Imperial Russia. Nationalism and Russification on the Western Frontier, 1863–1914*. DeKalb, Ill. 1996. Zur Bewertung der Polnischen Frage durch die russische Politik vgl. GŁĘBOCKI, H.: *A Disastrous Matter. The Polish Question in the Russian Political Thought and Discourse of the Great Reform Age 1856–1866*. Kraków 2017 (poln. Orig. Kraków 2000). Zur Tätigkeit der Verwaltungseliten vgl. auch CHIMIAK, Ł.: *Gubernatorzy rosyjscy w królestwie polskim. Szkic do portretu zbiorowego* [Die russischen Gouverneure im Königreich Polen. Skizze zu einem Sammelporträt]. Wrocław 1999.

Bereits im Sommer 1863 hatten die um einen *modus vivendi* zwischen Russland und den polnischen Eliten bemühten ranghohen Politiker, der Statthalter im Königreich Polen Großfürst Konstantin Nikolajewič sowie der Chef der Zivilregierung im Königreich Graf Aleksander Wielopolski, das Königreich Polen verlassen. Neuer Statthalter im Königreich Polen wurde der aus Livland stammende General Graf Friedrich Wilhelm Rembert von Berg, der bis 1861 Generalgouverneur in Finnland gewesen war. Auf seiner neuen Position sorgte er zunächst für die militärische Niederschlagung des Aufstandes und für ein hartes Vorgehen gegen dessen Teilnehmer. Zugleich begannen die russischen Behörden mit der Beseitigung jener Institutionen, die an den besonderen Status des Königreichs Polen innerhalb des Russischen Reichs erinnerten. Die *de facto* bereits seit dem Aufstand nicht mehr bestehenden Regierungseinrichtungen des Königreichs, der Staatsrat, der Verwaltungsrat und die Regierungskommissionen wurden 1866/67 aufgelöst. Bereits 1864 war in Warschau ein provisorisches Regierungskomitee im Königreich Polen gebildet worden, in dem Nikolaj A. Miljutin eine führende Position einnahm,⁵⁸ der zuvor an der Vorbereitung der Bauernbefreiung in Russland beteiligt war und nun Russifizierungs- mit Reformpolitik zu verbinden suchte. In St. Petersburg wurden ab 1866 zunächst eigenständige zentrale Verwaltungseinrichtungen für das Königreich geschaffen, bevor deren Aufgaben zwischen 1871 und 1881 schrittweise den russischen Ministerien übertragen wurden. Auch die Verwaltungen von Post und Eisenbahn sowie die Münzprägestätte verloren ihre Eigenständigkeit (die Münzen des Königreichs Polen wurden 1889 vollständig aus dem Verkehr gezogen). 1876 wurde das gesonderte Gerichtswesen aufgelöst und die im gesamten Reichsgebiet geltende Gerichtsordnung eingeführt. In den 1880er Jahren waren damit die letzten Spuren einer politischen Sonderstellung des Königreichs beseitigt.

Die Bezeichnung Königreich Polen (*Carstvo Pol'skoe*) wurde formal nie aufgehoben, da der damit verbundene Titel ein wichtiger Bestandteil in der Titulatur der Kaiser war. Als nach dem Tod Bergs 1874 anstelle eines Statthalters nur ein im Rang niedriger stehender Generalgouverneur in Warschau eingesetzt wurde, begann man in der russischen Verwaltungspraxis das Königreich als Generalgouvernement Warschau (*Varšavskoe General-Gubernatorstvo*) zu bezeichnen. Seit 1888 wurde in amtlichen Dokumenten zudem auch die bis dahin nur informelle Bezeichnung Weichselland (*Privislinskij Kraj*) verwendet, die bis heute Ausdruck einer vollständigen Abhängigkeit von Russland geblieben ist.

Nicht nur auf der obersten Verwaltungsebene, auch in weiteren Bereichen des öffentlichen Lebens wurden nach 1864 zahlreiche Reformen umgesetzt. Russisch wurde 1865 zur Amtssprache in der gesamten Verwaltung und im Gerichtswesen und zwischen 1866 und 1869 schrittweise auch zur verpflichtenden Unterrichtssprache in den

⁵⁸ LINCOLN, W. B.: *Nikolai Miliutin, an Enlightened Russian Bureaucrat*. Newtonville, Mass. 1977 (Russian Biography Series, 3).

höheren Schulen des Königreichs, einschließlich der Privatschulen. Polnischunterricht fand an den Gymnasien nur noch fakultativ unter Verwendung des Russischen als Unterrichtssprache statt. 1869 wurde die trotz ihres kurzen Bestehens seit 1862 sehr verdienstvolle polnischsprachige, auf Universitätsniveau stehende Hauptschule (*Szkoła Główna*) in Warschau geschlossen und durch die russischsprachige Kaiserliche Universität Warschau (*Imperatorskij Varšavskij Universitet*) ersetzt (→ IV. D/G). Russifiziert wurde auch das Land- und Forstwirtschaftliche Institut (*Instytut Rolniczo-Leśny*) in Puławy und von der dort geplanten Gründung eines Polytechnischen Instituts (*Instytut Politechniczny*) wurde ganz abgesehen. Über das Bildungswesen hinaus wurde das kulturelle Leben durch eine restriktive politische Zensur beeinträchtigt.

1867 erfolgte eine neue Verwaltungseinteilung des Königreichs und die Zahl der Gouvernements vergrößerte sich von fünf auf zehn, jene der Kreise von 39 auf 85. Eine Einrichtung von Landschaftsvertretungen (*zemstva*) der Gouvernements und Kreise, wie sie seit 1864 in Russland von den Großgrundbesitzern, den Stadtbürgern und den Landgemeinden gewählt wurden, erfolgte im Königreich ebenso wenig wie eine Wiederherstellung der 1863 aufgehobenen Stadträte oder eine Einführung der ab 1870 in Russland geltenden städtischen Selbstverwaltung. Auch die ab 1870 in Russland gesetzlich zugelassene Gründung wirtschaftlicher und kultureller Gesellschaften blieb im Königreich, wo bis 1881 der Kriegszustand galt, weitgehend verboten. Nur in den Landgemeinden wurde 1864 eine Selbstverwaltung und eine Gemeindegerichtsbarkeit eingeführt, was ebenso wie die im selben Jahr durchgeführte Agrarreform (→ IV. B/C) von dem Bemühen um eine Schwächung der sozialen Position des polnischen Adels zeugte. Durch das Ernennungsrecht der Gemeindevorsteher und die russische Amtssprache sicherte sich die Verwaltung zudem einen starken Einfluss, hemmte damit aber zugleich bis ans Ende des Jahrhunderts die Entwicklung der neuen Institutionen.⁵⁹

Begleitet wurden diese Veränderungen von einem raschen Zustrom russischer Beamter und Lehrer, für die mit Lohnzulagen, früheren Beförderungen und einer attraktiveren Ruhestandsregelung besondere Anreize geschaffen wurden. Obwohl Polen im öffentlichen Dienst des Königreichs nach wie vor die Mehrheit stellten (1897: 58%), waren in den Schlüsselstellen vorrangig Russen zu finden. Karrieren im zivilen oder militärischen Dienst des Imperiums waren dennoch auch für Polen sowohl aus dem Königreich wie auch aus den übrigen früher polnisch-litauischen Gouvernements möglich. Doch sie erfolgten meist nur außerhalb der von polnischer Bevölkerung bewohn-

⁵⁹ KUKULSKI, J.: *Sądy gminne w Królestwie Polskim. Studium społeczno-historyczne* [Die Gemeindegerichte im Königreich Polen. Eine sozialhistorische Untersuchung]. Kielce 1995; BRODOWSKA, H.: *Historia społeczno-gospodarcza chłopów w zaborze rosyjskim* [Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Bauern im russischen Teilungsgebiet]. In: INGLOT, S. (Hg.): *Historia chłopów polskich* [Geschichte der polnischen Bauern]. Bd. 2: *Okres zaborów* [Die Teilungszeit]. Wrocław 1972, 290–462, hier 399–404, 436–441.

ten Gebiete und gingen häufig mit einem Übertritt in die orthodoxe oder eine protestantische Kirche einher.⁶⁰

Noch repressivere Maßnahmen als im Königreich erfolgten in den übrigen früher zu Polen-Litauen gehörenden Gebieten unter russischer Herrschaft, die von polnischer Seite als »entrissene Länder« (*ziemie zabrane*) oder Grenzländer (*kresy*), von russischer hingegen als Nord- und Südwestland (*severno-* und *južno-zapadnij kraj*) bezeichnet wurden.⁶¹ Administrativ gehörten die südlichen, mehrheitlich von ukrainischsprachiger Bevölkerung bewohnten Gebiete zum Generalgouvernement Kiew mit den Gouvernements Kiew, Podolien (Sitz in Kamieniec Podolski) und Wolhynien (Sitz in Schytomyr), die nördlicheren, von überwiegend weißrussischsprachiger Bevölkerung bewohnten zu den Gouvernements Mogilew, Witebsk und Minsk sowie die westlichen mit hohen litauisch-, aber auch polnisch- und weißrussischsprachigen Bevölkerungsanteilen zum Generalgouvernement Wilna mit den Gouvernements Wilna, Kowno und Grodno. Besonders die Amtszeit des Wilnaer Generalgouverneurs Michail Nikolajewič Murav'ev-Vilen'ski, genannt der »Henker« (*wieszatiel*), die von 1863 bis 1865 dauerte,⁶² war von drakonischen Strafmaßnahmen gegen Teilnehmer am Januaraufstand geprägt (→ III. H).

⁶⁰ Zur regionalen Verwaltung vgl. VLADIMIROV, K.: *The World of Provincial Bureaucracy in Late 19th and 20th Century Russian Poland*. Lewiston, N. Y. 2004. Zum Dienst in imperialen Institutionen vgl. CHWALBA, A.: *Polacy w służbie Moskali* [Polen im Dienst der Moskowiter]. Warszawa 1999. Zur Verbreitung polnischer Bevölkerung im ganzen Imperium vgl. ŁUKAWSKI, Z.: *Ludność polska w Rosji. 1863–1914* [Die polnische Bevölkerung in Russland 1863–1914]. Wrocław 1978.

⁶¹ WIECH, S.: *Litwa i Białoruś. Od Murawjowa do Baranowa (1864–1868)* [Litauen und Weißrussland. Von Murav'ev zu Baranov (1864–1868)]. Kielce 2018 (Depolonizacja Ziemi Zabranych (1864–1914): koncepcje – mechanizmy decyzyjne – realizacja, 1); STALIONAS, D.: *Making Russians. Meaning and Practice of Russification in Lithuania and Belarus after 1863*. Amsterdam 2007 (On the Boundary of Two Worlds, 11); ALEKSANDRAVICIUS, E./KULAKAUSKAS, A.: *Pod władzą carów. Litwa w XIX wieku* [Unter der Herrschaft der Zaren. Litauen im 19. Jahrhundert]. Kraków 2003 (litauisches Orig. Vilnius 1996), 89–104, 201–207; ŠANDRA, V. S.: *General-hubernatorstva v Ukraïni. XIX–počatok XX st.* [Die Generalgouvernements in der Ukraine. Vom 19. bis zum Anfang des 20. Jahrhundert]. Kyïv 2005, 299–339; MILLER, A. I.: *The Ukrainian Question. The Russian Empire and Nationalism in the Nineteenth Century*. Budapest 2003 – russ. Orig. St. Petersburg 2000; ŁANIEC, S.: *Białoruś w drugiej połowie XIX stulecia* [Weißrussland in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts]. Olsztyn 1997 (Wyższa Szkoła Pedagogiczna w Olsztynie: Studia i materiały, 121); BEAUVOIS, D.: *La bataille de la terre en Ukraine. 1863–1914. Les Polonais et les conflits socio-ethniques*. Lille 1993 – poln. Übersetzung in DERS.: *Trójką ukraiński. Szlachta, carat i lud na Wołyniu, Podolu i Kijowszczyźnie, 1793–1914* [Das ukrainische Dreieck. Adel, Zarentum und Volk in Wolhynien, Podolien und dem Kiewer Land]. Lublin 2005, 473–731. Zu den Schwierigkeiten, eine Diskriminierungspolitik auf Grundlage nationaler Zuordnung durchzuführen, vgl. GORIZONTOV, L. E.: *Paradoksy imperskoj politiki. Poljaki v Rossii i ruskie v Pol'se* [Paradoxien imperialer Politik. Polen in Russland und Russen in Polen]. Moskva 1999, besonders 100–118.

⁶² Zu Murav'ev vgl. auch GANZENMÜLLER, J.: *Vom Modernisierer zum Russifizierer? Michail N. Murav'ev und die Polenpolitik des Russischen Reiches*. In: BUCHEN, T./ROLF, M. (Hg.): *Eliten im Vielvölkerreich. Imperiale Biographien in Russland und Österreich-Ungarn (1850–1918)*. Berlin 2015 (Elitenwandel in der Moderne, 17), 49–64.

Die polnische Sprache wurde aber in allen früher zu Polen-Litauen gehörenden Gouvernements konsequent aus allen öffentlichen Einrichtungen und Schulen verdrängt. Alle polnischen kulturellen Institutionen wurden aufgehoben und der Druck polnischsprachiger Presseerzeugnisse und Bücher verboten. Im Zuge der Bemühungen um eine Russifizierung der Landbevölkerung war auch der Druck in litauischer und weißrussischer Sprache ausschließlich in kyrillischer Schrift erlaubt, und auf Ukrainisch durften überhaupt keine Fachbücher mehr erscheinen. 1876 wurden zusätzlich Übersetzungen ins Ukrainische sowie der Import ukrainischsprachiger Bücher verboten.

Im zivilen Staatsdienst wurden Polen fast nur noch auf unteren Positionen angestellt und besonders Tätigkeiten, die ihnen Einfluss auf die überwiegend litauisch-, weißrussisch- oder ukrainischsprachige Landbevölkerung ermöglicht hätten, wurden ihnen – von Ausnahmen abgesehen – verwehrt. Die älteren adligen Selbstverwaltungsorgane wurden aufgehoben und die neuen Landschaftsvertretungen nicht eingeführt. In den Städten wurde hingegen 1876 die sechs Jahre zuvor erfolgte russische Regelung zur Selbstverwaltung, die auf einem hohen Besitzzensus beruhte, übernommen, und in vielen Städten wurden mehrheitlich Polen zu Stadträten gewählt. Allerdings konnten Polen zunächst nur selten Stadtpräsidenten (wie 1890–1901 Graf Karol Hutten-Czapski in Minsk) oder Bürgermeister werden, da sich die Generalgouverneure die Ernennung eigener Kandidaten vorbehalten und in kleineren Städten häufig Beamte als Bürgermeister eingesetzt wurden.

Die Zurückdrängung des polnischen Einflusses stieß allerdings insoweit an Grenzen, als das russische Herrschaftssystem weiterhin stark auf der Stellung des grundbesitzenden Adels beruhte, dieser aber in den westlichen Gouvernements überwiegend polnischsprachig und katholisch war.⁶³ Die Politik der russischen Behörden richtete sich daher darauf, gezielt die ökonomische Situation des polnischen Gutsbesitzes zu schwächen und dessen Anteil am Großgrundbesitz zu verringern. Adelsgüter in polnischem Besitz wurden mit einer Sonderabgabe in Höhe von zehn Prozent des Ertrags belegt, die 1868 auf fünf und 1896 auf zwei bis drei Prozent gesenkt wurde. Zusätzlich zu jenen Aufstandsteilnehmern, deren Güter konfisziert wurden, zwang eine im Dezember 1865 erlassene Bestimmung weitere zur Verbannung Verurteilte dazu, ihre Güter binnen zweier Jahre an orthodoxe oder protestantische Erwerber zu verkaufen. Dasselbe Gesetz verbot Personen »polnischer Abstammung« den Neuerwerb von Adelsgütern und gestattete nur die gesetzliche Erbfolge.⁶⁴ 1885 wurden auch die Möglichkeiten

⁶³ Vgl. KAPPELER, A.: *Rußland als Vielvölkerreich. Entstehung – Geschichte – Zerfall*. Neuausg. München 2001, 230–262.

⁶⁴ *Ukaz o vospreščenii licam Pol'skago proizchoždenija vnov' priobrytat' pomeščičy imenija v devjati zapadnych gubernijach* [Edikt über das Verbot für Personen polnischer Abstammung Adelsgüter in den neun westlichen Gouvernements zu erwerben], vom 10. 12. 1865. In: *Polnoe Sobranie Zakonov Rossijskoj Imperii* [Vollständige Gesetzsammlung des Russischen Reiches]. Reihe 2. Bd. 40. Sanktpeterburg 1867, Nr. 42759, S. 226 f.

polnischer Katholiken zur Pacht und zum Pfandbesitz von Gütern eingeschränkt, später auch die der Vererbung an entferntere Verwandte. Nur wenigen Adelsfamilien gelang es durch gute Beziehungen am Petersburg Hof oder aufgrund von persönlichen Verdiensten für das Imperium eine Sondergenehmigung zu erlangen.⁶⁵ In den ukrainischen Gouvernements Kiew, Podolien und Wolhynien befand sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts nur noch ungefähr die Hälfte der Güter in polnischem Besitz und in den weißrussischen Witebsk, Mogilew und Minsk nur noch etwas mehr als ein Drittel. In den westlichsten, litauischen Gouvernements Wilna, Kowno und Grodno verblieben allerdings weiter drei Viertel und mehr der Güter im Besitz polnischer Eigentümer.

Ziel der russischen Repressionsmaßnahmen war neben dem polnischen Adel auch die römisch-katholische Kirche.⁶⁶ Wegen Unterstützung des Januaraufstands wurden dreißig Geistliche hingerichtet, und mehrere hundert Priester wurden aus dem Königreich Polen und den Westgouvernements nach Sibirien verbannt, darunter acht Bischöfe. Im November 1866 wurde die Gültigkeit des 1847 geschlossenen Konkordats mit dem Heiligen Stuhl aufgehoben, nachdem zuvor schon die diplomatischen Beziehungen ausgesetzt worden waren. In den folgenden Jahren wurden zwei Bistümer (Kamieniec Podolski und Minsk) aufgelöst, ein Teil der Pfarrkirchen wurde geschlossen, und die Renovierung der übrigen oder der Bau neuer waren untersagt. Auch viele Klöster mussten aufgelöst werden und ihre Güter wurden konfisziert. Bemühungen, die Verwendung von Russisch anstelle von Polnisch in den Gottesdiensten durchzusetzen, scheiterten allerdings am Widerstand von Klerus und Gläubigen. Erst nach der Wiedernäherung zwischen Russland und dem Vatikan Ende der 1880er Jahre wurden die Repressionsmaßnahmen abgeschwächt. Ausgenommen davon blieb die mit der römischen unierte Kirche griechischen Ritus', die außerhalb des Königreichs Polen bereits 1839 aufgelöst worden war. Die Repressionen gegen die verbliebenen etwa 260 000 Gläubigen der Diözese Chełm begannen 1864 und erreichten 1874 ihren Höhepunkt, als die Behörden Widerstand gegen eine Schließung der Kirchen gewaltsam niederschlugen. Im folgenden Jahr wurde die griechisch-unierte Kirche schließlich ganz aufgelöst und an ihrer Stelle die orthodoxe Diözese Warschau-Chełm gegründet (→ IV. G).

⁶⁵ Zur Verankerung polnischer Familien in der russischen Hauptstadt vgl. BAZYŁOW, L.: *Polacy w Petersburgu* [Polen in Petersburg]. Wrocław 1984.

⁶⁶ WINTER, E.: *Rußland und das Papsttum*. Bd. 2: *Von der Aufklärung bis zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution*. Berlin 1961 (Quellen und Studien zur Geschichte Osteuropas, 6.2), 327–516; KUMOR, B.: *Ustrój i organizacja Kościoła polskiego w okresie niewoli narodowej (1772–1918)* [Verfassung und Organisation der polnischen Kirche in der Zeit der nationalen Unfreiheit (1772–1918)]. Kraków 1980, 200–203. Zur unierten Kirche vgl. WEEKS, T.: *Between Rome and Tsargrad: The Uniate Church in Imperial Russia*. In: GERACI, R. P./KHODARKOVSKY, M. (Hg.): *Of Religion and Empire. Missions, Conversion, and Tolerance in Tsarist Russia*. Ithaca, NY 2001, 70–91; DERS.: *The »End« of the Uniate Church in Russia: the »Vozsoedinenie« of 1875*. In: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 44 (1995), 1–13.

Die Auflösung der unierten Kirche trug dazu bei, dass der 1874 zum Warschauer Generalgouverneur ernannte Paul Demetrius von Kotzebue (Sohn des 1819 als russischer Agent und Gegner der Burschenschaftsbewegung ermordeten Schriftstellers August von Kotzebue), in der polnischen Gesellschaft zunächst äußerst unpopulär war. Erst allmählich verstand man, dass er sich stark für die wirtschaftlichen Interessen des Königreichs einsetzte und versuchte, die Willkür und Bestechlichkeit der Behörden einzudämmen. Seine vorsichtigen Versuche einer Annäherung an die polnische Gesellschaft stießen allerdings auf den Widerstand des einflussreichen Generals Petr Orževskij, der als Befehlshaber des Gendarmeriebezirks Warschau in engem Kontakt zur Geheimpolizei stand und dem Kaiser die Lage des Königreichs als so explosiv und gefährlich darstellte, dass eine dauerhafte Anwendung außergewöhnlicher polizeilicher Methoden erforderlich sei.

Kotzebue wurde vor diesem Hintergrund schließlich im Mai 1880 entlassen, aber im Rahmen der Liberalisierungspolitik der Regierung von Graf Michail Loris-Melikov wurde Graf Petr Al'bedinskij zu seinem Nachfolger ernannt, der seit 1870 Generalgouverneur in Wilna gewesen war, sich dort als relativ gemäßigter Politiker gezeigt hatte und sich sofort um gute Beziehung zur polnischen Gesellschaft des Königreichs bemühte.⁶⁷ Nach einer Reise in das benachbarte Galizien entwarf er unter dem Eindruck, dass die dort den polnischen Eliten gewährten Autonomierechte zu starker Loyalität gegenüber der Habsburgermonarchie geführt hätten, ein umfassendes Reformprogramm für die Politik im Königreich Polen. Er plädierte für ein Ende der polizeilichen Repressionsmaßnahmen, eine Entspannung des Verhältnisses zur katholischen Kirche, Einführung von Selbstverwaltungen in den Städten und stärkere Verwendung des Polnischen im Gerichts- und Schulwesen, um so die Grundlage für eine Zusammenarbeit mit den polnischen Eliten zu schaffen. Seine in der liberalen russischen Zeitschrift *Golos* [Die Stimme] veröffentlichten Vorschläge wurden vom Kaiser jedoch ebenso zurückgewiesen wie ähnliche Überlegungen des bald darauf aufgelösten Komitees für die Angelegenheiten des Königreichs Polen. Unter anderem der fortgesetzte Widerstand Orževskijs und des seit 1879 amtierenden Leiters des Warschauer Schulbezirks Aleksandr L. Apuchtin sorgten dafür, dass lediglich der seit 1863 andauernde Kriegszustand im September 1881 von einem etwas weniger einschneidenden Ausnahmezustand abgelöst und ein Lehrstuhl für polnische Literatur geplant wurde, dessen Unterrichtsspra-

⁶⁷ WIECH, S.: *»Dyktatura serca« na zachodnich rubieżach Cesarstwa Rosyjskiego. Dzieje kariery wojskowo-urzędniczej Piotra Albedyńskiego (1826–1883)* [Die »Diktatur des Herzens« in den westlichen Grenzländern des Russischen Kaiserreiches. Die militärisch-zivile Karriere von Generalgouverneur Petr Al'bedinskij]. Kielce 2010; WIECH, S.: *Rządy warszawskiego generała-gubernatora Piotra Albedyńskiego – lata nadziei, lata żuźdeń* [Die Regierungszeit des Warschauer Generalgouverneurs Petr Al'bedinskij – Jahre der Hoffnung, Jahre der Enttäuschungen]. In: SZWARC, A./WIECZORKIEWICZ, P. (Hg.): *Unifikacja za wszelką cenę. Sprawy polskie w polityce rosyjskiej na przełomie XIX i XX wieku* [Unifizierung um jeden Preis. Die polnischen Fragen in der russischen Politik an der Wende zum 20. Jahrhundert]. Warszawa 2002, 82–114.

che allerdings Russisch sein sollte. Zumindest der Umfang des freiwilligen Polnischunterrichts in den Gymnasien wurde aber von zwölf auf 19 Stunden wöchentlich erhöht.

In ganz Russland endete zu Beginn der 1880er Jahre die von Reformbemühungen gekennzeichnete liberale Ära.⁶⁸ Nach der Ermordung Kaiser Alexanders II. im März 1881 setzte dessen Sohn Alexander III. verstärkt auf den Ausbau staatlicher Herrschaftsinstrumente, insbesondere der Geheimpolizei⁶⁹ – eine Politik, die sein ab 1894 regierender Sohn Nikolaus II. zunächst fortsetzte, die aber das Entstehen sozialer, nationalistischer und sozialdemokratischer Massenbewegungen (→ IV. E) nicht verhindern konnte.

Nach dem Tod Al'bedinskijs übernahm 1883 Iosif Gurko, Nachfahre eines alten litauisch-polnischen Geschlechts und bedeutender russischer Militärführer,⁷⁰ das Amt des Warschauer Generalgouverneurs. Er zeigte keinerlei Bereitschaft zu einer Zusammenarbeit mit den kompromissbereiten Teilen der polnischen Aristokratie, sondern verfolgte eine kompromisslose Russifizierungspolitik. Darin wurde er vom bereits erwähnten Leiter des Bildungssystems Aleksandr Apuchtin unterstützt, für dessen Amtszeit der Begriff »Apuchtinsche Nacht« (*noc apuchtinowska*) geprägt wurde. Er sorgte nicht nur dafür, dass 1885 Russisch auch in den Volksschulen zur Unterrichtssprache wurde und nur noch Religionsunterricht auf Polnisch erlaubt war, sondern auch für neue Lehrbücher, die alle Erinnerung an einen Unterschied zwischen Polen und Russland auslöschen sollten. Ein umfangreiches Überwachungs- und Denunziationssystem zielte darauf, zu bedingungslosen Gehorsam zu erziehen. Vor allem aber führte seine Politik dazu, dass das Bildungssystem trotz rasanter demographischer Entwicklung nicht ausgebaut, sondern das Netz öffentlicher Schulen eher ausgedünnt wurde, was die hohe Zahl der Analphabeten erklärt. Die Alphabetisierungsrate der polnischen Bevölkerung des Imperiums insgesamt lag 1897 bei gut 40 Prozent – knapp 3 Prozent verfügten über mittlere und höhere Bildung, der zweithöchste Wert aller Bevölkerungsgruppen nach der deutschen.⁷¹

Erst unter Kaiser Nikolaus II., dem Nachfolger Alexanders III., zeichnete sich ab 1894 ein vorsichtiger Wandel der russischen Politik im Königreich ab. Den Hintergrund bildeten die wachsenden außenpolitischen Spannungen zwischen Russland und den anderen Teilungsmächten, die während der Ära Caprivi auch zu einer veränderten Polenpolitik Preußens geführt hatten. Bereits im Dezember 1894 war der General-

⁶⁸ Zur politischen Entwicklung bis zum Ersten Weltkrieg vgl. auch HUTCHINSON, J. F.: *Late Imperial Russia. 1890–1917*. London 1999; CARRÈRE D'ENCAUSSE, H.: *Nikolaus II. Das Drama des letzten Zaren*. Wien 1998 (frz. Orig. Paris 1996); LÖWE, H.-D.: *Von der Industrialisierung zur ersten Revolution (1890–1904)*. In: SCHRAMM: *Handbuch*, Bd. 3.1 (Anm. 56), 203–335; WHELAN, H. W.: *Alexander III and the State Council. Bureaucracy and Counter-Reform in Late Imperial Russia*. New Brunswick, N. J. 1982.

⁶⁹ Zur Geheimpolizei vgl. KACZYŃSKA, E./DREWNIAK, D.: *OchraŃa – carska policja polityczna* [OchraŃa – die politische Polizei der Zaren]. Warszawa 1993.

⁷⁰ WEEKS: *Nation* (Anm. 57), 47–49.

⁷¹ KAPPELER: *Rußland* (Anm. 63), 336.

gouverneur Gurko durch Graf Pavel A. Šuvalov, den bisherigen Botschafter in Berlin, ersetzt wurden. Vor allem aber dessen im Juni 1897 ernannter Nachfolger Fürst Aleksandr K. Bagration-Imeretinskij, trat mit dem Anspruch an, den politischen Kurs grundlegend zu ändern. Einen wichtigen Schritt bedeutete es, dass er die Aufsicht über die Gendarmerie und die politische Geheimpolizei an sich zog, da er den Berichten lokaler Beamter misstraute und vermutete, diese würden die Lage häufig nur deshalb als bedrohlich schildern, um eigene Privilegien zu begründen und Amtsmissbrauch sowie Korruption zu verdecken. Damit stärkte Imeretinskij seine Stellung gegenüber den Petersburger Zentralbehörden und dies erlaubte ihm, eine Annäherung zwischen Verwaltung und polnischer Gesellschaft einzuleiten. Tatsächlich folgten einige beachtliche Veränderungen und Gesten guten Willens. Noch 1897 wurde Apuchtin abberufen und der Umfang des Polnischunterrichts wieder leicht ausgeweitet. Auch die Besetzung vakanter Bischofsstühle wurde erlaubt und aus dem Kloster Tschenstochau wurden die dort stationierten russischen Truppen abgezogen. Kulturelle Initiativen erhielten einen gewissen Spielraum, dessen sichtbares Zeichen die 1898 erfolgte Errichtung eines Mickiewicz-Denkmal in Warschau war (→ IV. G).

Das Ende des politischen Neuansatzes Imeretinskijs leiteten bereits Mitte 1898 Mitglieder der im Untergrund agierenden Polnischen Sozialistischen Partei (*Polska Partia Socjalistyczna*, PPS) ein. In dem von ihnen entwendeten und veröffentlichten Geheimbericht des Generalgouverneurs an Nikolaus II. versicherte dieser, dass seine Ziele sich nicht grundsätzlich von denen seiner Vorgänger unterschieden, sondern die gewährten Erleichterungen nur als politische Instrumente zu verstehen seien, mit denen die polnische Gesellschaft zu vollständiger Unterwerfung unter die russische Herrschaft bewegt werden sollte. Eine Autonomie des Königreichs Polen und selbst eine Angleichung seines politischen und rechtlichen Systems an jenes der rein russischen Gouvernements, wie von der verständigungsbereiten Fraktion der Polen in ihrem ohnehin sehr bescheidenen Programm gefordert, schloss er hingegen aus. Die Veröffentlichung dieses Programms kompromittierte die kompromissbereiten, vor allem aristokratischen polnischen Milieus und stärkte die Position der modernen, in der Illegalität agierenden sozialistischen und nationalistischen politischen Organisationen. Nach Imeretinskijs Tod Ende November 1900 übernahm nach einer mehrmonatigen Übergangszeit Michail I. Čertkov das Amt des Generalgouverneurs. Auch wenn die Zugeständnisse der Ära Imeretinskij nicht zurückgenommen wurden, knüpfte seine Politik doch wieder stärker an die Gurkos an, konzentrierte sich allerdings vor allem darauf, die zunehmend aktivere sozialistische Bewegung zu bekämpfen.⁷²

Die Niederlage Russlands im Krieg gegen Japan und der Beginn der Revolution von 1905 stellten die russische Polenpolitik dann auf eine völlig neue Grundlage. Bereits

⁷² JAŚKIEWICZ, L.: *Carat i sprawy polskie na przełomie XIX i XX wieku* [Das Zartum und die polnischen Angelegenheiten an der Wende zum 20. Jahrhundert]. Pułtusk 2001.

1904 hatten eine Gruppe konservativer polnischer Verständigungspolitiker angesichts des erfolglosen Kriegsverlaufs im Fernen Osten und der wachsenden revolutionären Stimmung im Land ein Reformprogramm vorgelegt, das die Einführung polnischer Sprache in Verwaltung, Justiz und Schulwesen, regionale Selbstverwaltungsorgane wie in den zentralen russischen Provinzen sowie die Aufhebung der Beschränkungen für die katholische sowie die griechisch-unierte Kirche vorsah.⁷³ Ein am 12. (25.) Dezember 1904 erlassenes Gesetz kündigte zumindest religiöse Toleranz sowie eine Angleichung der Verhältnisse im Königreich Polen an die im restlichen Reich an.⁷⁴ Dennoch eskalierten 1905 im Königreich ebenso wie im Rest Russlands revolutionäre Unruhen, und das ganze Land wurde von einer Streikwelle erfasst (→ IV. F).

Die vom Ausmaß der Bewegung überraschten Behörden, an deren Spitze nach der Abberufung Čertkovs im Februar 1905 der zu einem Ausgleich bereite Konstantin K. Maksimovič trat, wurden zu vielen Zugeständnissen gezwungen. In den höheren Schulen wurde nach einem mehrmonatigen Schulstreik im Juni 1905 regulärer Polnischunterricht eingeführt und Polnisch als Sprache des Religionsunterrichts zugelassen. Auch die Gründung polnischsprachiger Privatschulen wurde erlaubt, und außerdem fielen in den nichtstaatlichen Volks- und höheren Schulen die meisten formalen und sprachlichen Beschränkungen, was einen wahren Boom dieser Schultypen auslöste. Eine große Rolle hierbei spielte die Gesellschaft für Wissenschaftliche Kurse (*Towarzystwo Kursów Naukowych*), die als informeller, jedoch sehr geschätzter Ersatz für eine polnische Hochschule galt. Auch die dörflichen Gemeindeverwaltungen erhielten nach langen Auseinandersetzungen das Recht, sich der polnischen Sprache zu bedienen.

Die Aufhebung der Präventivzensur erlaubte im ganzen Reich die Entfaltung einer polnischsprachigen Öffentlichkeit, und in den nord- und südwestlichen Gouvernements wurden im Mai 1905 viele der nach dem Januaraufstand eingeführten Repressionsmaßnahmen aufgehoben, was unter anderem dazu führte, dass Litauisch-Unterricht und die Verwendung des lateinischen Alphabets bei litauischen Drucken erlaubt wurden. Bereits im April 1905 hatte ein Toleranzerlass die Situation der katholischen Kirche und ihrer Gläubigen verbessert.⁷⁵ Im Königreich Polen führte die damit verbundene Erlaubnis, die orthodoxe Kirche zu verlassen, zum Übertritt von 100–150 000 ehemaligen

⁷³ SZWARC, A.: *Od Wielopolskiego do stronnictwa polityki realnej. Zwolennicy ugody z Rosją, ich poglądy i próby działalności politycznej (1864–1905)* [Von Wielopolski zur Partei für Realpolitik. Die Anhänger eines Ausgleichs mit Russland und ihre Versuche politischer Tätigkeit (1864–1905)]. Warszawa 1996, 279–286.

⁷⁴ *Ukaz o prednačertanijach k usoveršenstvovaniju gosudarstvennago porjadka* [Gesetz über Vorhaben zur Vervollkommnung der staatlichen Ordnung], vom 12.12.1904. In: *Polnoe Sobranie Zakonov* (Anm. 64). Serie 3. Bd. 24. Sanktpeterburg 1907, Nr. 25495, 1196–1198.

⁷⁵ *Ukaz ob ukreplenii načal veroterpimosti* [Gesetz über die Stärkung der Anfänge von Glaubensfreiheit], vom 17.4.1905. In: *Polnoe Sobranie Zakonov* (Anm. 64). Serie 3. Bd. 25.1. Sanktpeterburg 1908, Nr. 26125, 257f.

Angehörigen der griechisch-unierten Kirche zur römisch-katholischen, was eine klare Niederlage der Russifizierungsbemühungen der Behörden bedeutete.⁷⁶

Im Herbst 1905 kündigte Kaiser Nikolaus II. die Wahl eines gesamtrossischen Parlaments durch alle Bevölkerungsklassen an und verkündete die Gewährung von Grundrechten (Oktobermanifest).⁷⁷ Dies und die liberale Vereinsgesetzgebung von 1906 erlaubte auch im Königreich Polen mehreren hundert gesellschaftlichen Organisationen, aber auch politischen Parteien eine legale Tätigkeit, obwohl bereits im Herbst dieses Jahres einige Einschränkungen erfolgten. Gleichzeitig setzte allerdings eine energische Unterdrückung der revolutionären Bewegung ein. General Georgij A. Skalon, der im August 1905 das Amt des Warschauer Generalgouverneurs übernommen hatte, sorgte durch den Einsatz von Militär und Polizei dafür, dass die Zahl der bei Kämpfen getöteten, zum Tode sowie zur Verbannung verurteilten zwischen 1905 und 1907 ähnlich groß war wie infolge des Januaraufstands. Von den Repressionen betroffen war jedoch fast ausschließlich das linke revolutionäre politische Spektrum, während sich konservative, nationalistische und liberale Gruppierungen im Grunde ohne Beschränkungen organisieren konnten.

Bei den auf Grundlage eines komplizierten Kurienwahlsystems durchgeführten Wahlen zum gesamtrossischen Parlament, der Staatsduma,⁷⁸ gewannen im Frühjahr 1906 Kandidaten, die der radikalen Nationaldemokratie (*Stronnictwo Demokratyczno-Narodowe*, → IV. G) nahestanden, 34 der 37 für das Königreich vorgesehenen Sitze (von insgesamt 524) – einer war für die orthodoxe Bevölkerung reserviert, zwei gingen an litauische Kandidaten. Die polnische Abgeordneten aus dem Königreich schlossen sich zu einer polnischen Fraktion (*Koło Polskie*) zusammen, während die 15 in den

⁷⁶ WEEKS: *Rome* (Anm. 66), 88–91.

⁷⁷ *Manifest ob usoveršenstvovanii gosudarstvennogo porjadka* [Manifest über die Verbesserung der staatlichen Ordnung], vom 17./30. Oktober 1905. In: *Polnoe Sobranie Zakonov* (Anm. 75), Nr. 26803, 754f. Vgl. AMENDT, P.: *Das Oktobermanifest von 1905 – eine ernsthafte Modernisierung oder der Akt einer optionslosen Autokratie?* In: ALTIERI, R./JACOB, F. (Hg.): *Die Geschichte der russischen Revolutionen. Erhoffte Veränderung, erfahrene Enttäuschung, gewaltsame Anpassung.* Bonn 2015, 122–155.

⁷⁸ Zu den Wahlen und zu den polnischen Abgeordneten der Duma vgl. ŠELOCHAEV, V. V. u. a. (Hg.): *Gosudarstvennaja Duma Rossijskoj Imperii 1906–1917. Ėnciklopedija* [Die Staatsduma des Russischen Imperiums 1906–1917. Enzyklopädie]. Moskva 2008; TREES, P.: *Wahlen im Weichselland. Die Nationaldemokraten in Russisch-Polen und die Dumawahlen 1905–1912.* Stuttgart 2007 (Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa, 74); BRZOZA D./STEPAN, K.: *Postowie polscy w parlamencie rosyjskim 1906–1917. Słownik biograficzny* [Polnische Abgeordnete im russischen Parlament 1906–1917. Biografisches Wörterbuch]. Warszawa 2001; ŁUKAWSKI, Z.: *Koło Polskie w Rosyjskiej Dumie Państwowej w latach 1906–1909* [Die Polnische Fraktion in der Russischen Staatsduma 1906–1909]. Wrocław 1967; WIERZCHOWSKI, M.: *Sprawy polskie w III i IV dumie państwowej* [Polnische Fragen in der III. und IV. Staatsduma]. Warszawa 1966 (Rozprawy Uniwersytetu Warszawskiego, 12). Zur Duma allgemein siehe u. a. DAHLMANN, D./TREES, P. (Hg.): *Von Duma zu Duma. Hundert Jahre russischer Parlamentarismus.* Bonn 2009.

russischen Westgouvernements gewählten polnischen Abgeordneten eine eigene Gruppierung (*Koło Kresowe*) bildeten. Da eine breite Mehrheit der Abgeordneten in Opposition zur Regierung stand, wurde das Parlament allerdings bereits nach gut zwei Monaten wieder aufgelöst und ohne seine Mitwirkung am 23. April (nach gregorianischem Kalender am 6. Mai) eine Verfassung, die Staatsgrundgesetze des Russischen Kaiserreiches, erlassen.⁷⁹ Diese reservierte dem Kaiser die Gesetzesinitiative sowie ein Veto gegen alle Beschlüsse des Parlaments und ermöglichte die gesetzliche Beschränkung der Grundrechte. Bei den Neuwahlen im Frühjahr 1907 gewannen die Nationaldemokraten 33 Mandate – in Lodz wurde ein liberaler Abgeordneter gewählt. Dieser schloss sich ebenso der polnischen Fraktion an wie die zwölf polnischen Abgeordneten aus den Westgouvernements, so dass die Fraktion über ungefähr 9% der Stimmen im Parlament verfügte. Versuche, durch Zusammenarbeit mit der Regierung oder Teilen der liberalen Opposition Zugeständnisse hinsichtlich des Gebrauchs der polnischen Sprache zu erreichen, scheiterten noch bevor auch dieses Parlament nach wenigen Monaten aufgelöst wurde. Die Neuwahlen zur III. Duma erfolgten noch 1907 mit einem veränderten Wahlrecht, das der Regierung eine Mehrheit im Parlament sichern sollte. Im Königreich Polen wurden nun nur noch 14 der 442 Parlamentssitze vergeben, davon je einer an die russische und die sonstige orthodoxe Bevölkerung. Elf der neugewählten Abgeordnete standen der Nationaldemokratie nahe und schlossen sich zur polnischen Fraktion zusammen, während die sechs polnischen Abgeordneten aus den Westgouvernements eine eigenständige Fraktion bildeten (*Koło Polsko-Litewsko-Białoruskie*). Bei den letzten Wahlen vor dem Ersten Weltkrieg konnten sich 1912 aufgrund des zunehmenden Antisemitismus der Nationaldemokraten in den städtischen Wahlkreisen des Königreichs keine mit ihnen verbündeten Kandidaten durchsetzen – in Warschau gewann ein sozialistischer Arbeiter (Eugeniusz Jagiełło), in Lodz ein liberaler aus Litauen stammender jüdischer Arzt (Meer Bomaś/Majer Bomasz).

Während die politischen Freiheitsrechte weiter eingeschränkt blieben, führte die energische Reformpolitik des von 1906 bis 1911 dem Ministerrat vorstehenden Petr A. Stolypin zu einer Modernisierung der Verwaltungsstrukturen und beschleunigte das seit den 1890er Jahren anhaltende Wirtschaftswachstum. Die Außenpolitik des Russischen Reiches, die bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts vor allem von der *Great Game* genannten Konkurrenz mit dem Britischen Empire um Macht und Einfluss in Zentralasien geprägt war, änderte nach der militärischen Niederlage im Krieg gegen Japan 1905 ihre

⁷⁹ *Osnovnye Gosudarstvennye Zakony Rossijskoj Imperii*. In: Polnoe Sobranie Zakonov (Anm. 64). Serie 3. Bd. 26. Sanktpetersburg 1909, Nr. 27805, 456–461. Deutsche Übersetzung in: GOSEWINKEL, D./MASING, J. (Hg.): *Die Verfassungen in Europa 1789–1949. Wissenschaftliche Textedition unter Einschluss sämtlicher Änderungen und Ergänzungen, sowie mit Dokumenten aus der englischen und amerikanischen Verfassungsgeschichte*. München 2007, 1794–1807.

Orientierung.⁸⁰ In das Zentrum der russischen Außenpolitik rückte nun verstärkt die seit den 1880er Jahren wachsende Konkurrenz zu Österreich-Ungarn sowie dem Deutschen Reich um Einfluss auf dem Balkan und in Vorderasien. Abgesichert wurde diese Politik durch ein bereits 1894 mit Frankreich geschlossenes Bündnis und den 1907 erfolgten Interessenausgleich mit Großbritannien, das sich bereits 1904 auch mit Frankreich verständigt hatte. Damit zeichnete sich die Konfliktlage und Bündniskonstellation ab, die den Ausgangspunkt des Ersten Weltkrieges bildete.

Die außenpolitische Konstellation trug dazu bei, dass der Regierung nicht an einer weiteren Verschlechterung ihrer Beziehungen zur polnischen Gesellschaft gelegen war. Ihr Bemühen um eine Verständigung mit den kompromissbereiten Teilen der polnischen Politik, stieß aber ebenso wie ihre Reformpolitik insgesamt zunehmend auf den Widerstand jener konservativen und russisch nationalistischen Kräfte, auf die sie sich in der Duma stützte. Zwar gelang es nach langen Diskussionen, zumindest in jenen sechs der westlichen Gouvernements regionale Selbstverwaltungsinstitutionen einzurichten, in denen der Anteil polnischer Güter in den vorhergehenden Jahrzehnten stark zurückgegangen war, aber selbst dieses Zugeständnis wurde mit der Auflage verbunden, dass besondere Wahlvorschriften den Einfluss polnischer Gutsbesitzer begrenzen.⁸¹ In den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg kam es dann zu mehreren Maßnahmen, die die polnische Gesellschaft empörten. Dazu zählten vor allem die Verstaatlichung der Eisenbahn zwischen Warschau und Wien 1911, die mit einer Entlassung eines Großteils der polnischen Arbeiter einherging, und die 1912 erfolgte Gründung des aus Kreisen der Gouvernements Lublin und Siedlce gebildeten neuen Gouvernements Chełm, das dem Generalgouvernement Kiew angeschlossen und damit vom Gebiet des Königreichs Polen administrativ getrennt wurde.

Vor diesem Hintergrund waren die russischen Behörden überrascht, dass im Sommer 1914 die Mobilmachung im Königreich Polen äußerst reibungslos verlief, und Teile der Bevölkerung die an die Front ziehenden russischen Einheiten, darunter auch die bis vor kurzem noch verhassten Kosakenregimenter, mit Blumen verabschiedeten. Abgesehen von familiären Bindungen zu den in der russischen Armee dienenden polnischen Männern und der in den letzten Jahren möglicherweise gewachsenen Identifikation mit dem Staat schlug sich in diesem Verhalten auch ein Paradigmenwechsel in den politischen Überzeugungen der polnischen Eliten nieder. Zunehmend wurde nicht mehr das Russische, sondern das Deutsche Reich als größte Bedrohung für den Fortbestand polnischer Nationalität wahrgenommen (→ V. B), wozu nicht zuletzt das von dem führenden

⁸⁰ SCHRAMM, G.: *Russland als Weltmacht*. In: SCHRAMM: Handbuch. Bd. 3.1 (Anm. 56), 437–450. Zur vorherigen Konkurrenz mit Großbritannien vgl. EWANS, M. (Hg.): *The Great Game: Britain and Russia in Central Asia*. London 2004; MEYER, K. E./BRYSAK, S. B.: *Tournament of Shadows: The Great Game and the Race for Empire in Central Asia*. Washington, D. C. 1999.

⁸¹ Vgl. auch SLOBOŽANIN, V.P.: *Zemskoe samoupravlenie v Belarusi (1905–1917 gg.)* [Semstvo-Selbstverwaltung in Weißrussland (1905–1917)]. Minsk 1994.

Nationaldemokraten Roman Dmowski verfasste und 1908 veröffentlichte suggestive Buch *Niemcy, Rosja i kwestia polska* [Deutschland, Russland und die polnische Frage] beigetragen hatte.⁸²

Die russische Polenpolitik zielte lange Zeit noch konsequenter als die preußische auf eine Unterdrückung von polnischem Adel und katholischer Geistlichkeit und konnte gleichzeitig aufgrund der Herrschaftsstrukturen des Imperiums noch weniger Integrationsangebote an nichtadlige Bevölkerungsgruppen entwickeln. Unter den veränderten politischen Bedingungen nach der Revolution von 1905 eröffnete sich zwar die Möglichkeit einer Kooperation mit der auf eine Massenbasis gestützten neuen radikalen polnischen Nationalbewegung, aber einer engeren Zusammenarbeit stand nun der wachsende politische Einfluss russisch nationalistischer Kreise im Wege.

Das Kronland Galizien der Habsburgermonarchie

Während sich das Deutsche Reich als Nationalstaat verstand, obwohl es an imperiale Traditionen anknüpfte und koloniale Ambitionen entfaltete, und auch das Russische Reich trotz seiner imperialen Strukturen und der besonders in Asien entwickelten kolonialen Herrschaftspraxis zunehmend den Aufbau eines großrussischen Nationalstaats verfolgte, entwickelte sich auf dem Gebiet der Habsburgermonarchie ein schon rein staatsrechtlich äußerst komplexes Gefüge unterschiedlicher Regierungsformen und Autonomierechte.⁸³ Im Österreichisch-Ungarischen Ausgleich von 1867 erlangte Ungarn eine fast vollständige innenpolitische Autonomie. Nur die Außen- und Militärpolitik sowie deren Finanzierung waren danach gemeinschaftliche Aufgaben des Gesamtreiches, in dem auch eine Zoll- und Handelsunion bestand und eine gemeinsame Währung galt. Vom gemeinsamen Finanzministerium wurde später außerdem das 1878 besetzte und 1908 annektierte Bosnien-Herzegowina verwaltet.

Das Königreich Ungarn hatte zwar 1868 Kroatien eine weitgehende Autonomie zugesichert, verstand sich ansonsten aber trotz seiner mehrheitlich nicht ungarischsprachigen Bevölkerung als ungarischer Nationalstaat. Der andere Teil des Reiches, nach

⁸² DMOWSKI, R.: *Niemcy, Rosja i kwestia polska*. Lwów 1908 – frz. Übersetzung: *La question polonaise*. Paris 1909, Auszüge in deutscher Übersetzung in CHWALBA, A. (Hg.): *Polen und der Osten. Texte zu einem spannungsreichen Verhältnis*. Frankfurt a. M. 2005, 111–128.

⁸³ Überblick bei RUMPLER, H.: *Eine Chance für Mitteleuropa. Bürgerliche Emanzipation und Staatsverfall in der Habsburgermonarchie*. Wien 2005 (Österreichische Geschichte 1804–1914), 364–560. Zu Verwaltung und Justizorganisation vgl. DZIADZIO, A.: *Monarchia konstytucyjna w Austrii 1867–1914. Władza – obywatel – prawo* [Die konstitutionelle Monarchie in Österreich 1867–1914. Regierung – Staatsbürger – Recht]. Kraków 2001; WANDRUSZKA, A./URBANITSCH, P. (Hg.): *Die Habsburgermonarchie 1848–1918*. Bd. 2: *Verwaltung und Rechtswesen*. Wien 1975; RUMPLER, H./URBANITSCH, P. (Hg.): *Die Habsburgermonarchie 1848–1918*. Bd. 7: *Verfassung und Parlamentarismus*. Wien 2000; HYE, H. P.: *Das politische System in der Habsburgermonarchie. Konstitutionalismus, Parlamentarismus und politische Partizipation*. Praha 1998.

dem österreichisch-ungarischen Grenzfluss Leitha auch Cisleithanien genannt, war eine konstitutionelle Monarchie mit einem gemeinsamen Parlament (Reichsrat) und bestand aus 17 Kronländern, darunter die österreichischen Erblande und die Länder der böhmischen Krone. Die offizielle Bezeichnung des Reichsteils lautete bis 1915 »die im Reichsrat zu Wien vertretenen Königreiche und Länder«, und die gemeinsamen Institutionen wurden in Abgrenzung zu den kaiserlich und königlichen (k. u. k.) der Gesamtmonarchie als kaiserlich königliche (k. k.) bezeichnet. Die Habsburgermonarchie ist vor allem insofern als Imperium zu verstehen, als sich der Zusammenhalt des Reiches in hohem Maße auf die Loyalität zur Person des Kaisers gründete. Zugleich wies sie aber auch über den österreich-ungarischen Dualismus hinaus stark föderalistische Züge auf, da die Kronländer teilweise über Autonomierechte verfügten und die ihnen entstammenden Eliten wesentlichen Einfluss auf die Politik und Verwaltung des nichtungarischen Reichsteils nahmen. Das starke wirtschaftliche Gefälle zwischen Zentrum und Peripherien des Reiches sowie das bei den deutschsprachigen Eliten ausgeprägte Gefühl zivilisatorischer Überlegenheit schlugen sich andererseits in (post-)kolonialen Praktiken und Diskursen nieder.⁸⁴

Dies trifft auch auf das aus ehemals polnischen Ländern gebildete Kronland zu, dessen offizieller Name »Königreich Galizien und Lodomerien mit den Herzogtümern Auschwitz und Zator und dem Großherzogtum Krakau« lautete.⁸⁵ Im Vergleich zu anderen Kronländern verfügte Galizien seit den späten 1860er Jahren über ein hohes Maß an Autonomierechten, und polnische Politiker aus Galizien bildeten vor allem in den

⁸⁴ WENDLAND, A. V.: *Imperiale, koloniale und postkoloniale Blicke auf die Peripherien des Habsburgerreiches*. In: KRAFT, C./LÜDTKE, A./MARTSCHUKAT, J. (Hg.): *Kolonialgeschichten. Regionale Perspektiven auf ein globales Phänomen*. Frankfurt am Main 2010, 211–235; KOMLOSY, A.: *Innere Peripherien als Ersatz für Kolonien? Zentrenbildung und Peripherisierung in der Habsburgermonarchie*. In: HÁRS, E. u. a. (Hg.): *Zentren, Peripherien und kollektive Identitäten in Österreich-Ungarn*. Tübingen 2006 (Kultur – Herrschaft – Differenz, 9), 55–78; RUTHNER, C.: *K. u. k. »Kolonialismus« als Befund, Befindlichkeit und Metapher. Versuch einer weiteren Klärung* (20. 1. 2003) »http://www.kakanien.ac.at/beitr/theorie/CRuthner3.pdf« (letzter Aufruf 4. 8. 2018).

⁸⁵ Zu Gesellschaft und Verwaltung Galiziens vgl. MARK, R. A.: *Galizien unter österreichischer Herrschaft. Verwaltung, Kirche, Bevölkerung*. Marburg 1994 (Historische und landeskundliche Ostmitteleuropa-Studien, 13); MARSCHALL VON BIEBERSTEIN, C.: *Freiheit in der Unfreiheit. Die nationale Autonomie der Polen in Galizien nach dem österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867. Ein konservativer Aufbruch im mitteleuropäischen Vergleich*. Wiesbaden 1993 (Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund, 11); GRZYBOWSKI, K.: *Galicja 1848–1914. Historia ustroju politycznego na tle historii ustroju Austrii* [Galizien 1848–1914. Geschichte seiner politischen Verfassung vor dem Hintergrund der Verfassungsgeschichte Österreichs]. Kraków 1959. Zu einzelnen Aspekten vgl. HANN, C. M./MAGOCSI, P. R. (Hg.): *Galicja. A Multicultural Land*. Toronto 2005; BONUSIAK, W./BUSZKO, J. (Hg.): *Historia i polityka*. [Geschichte und Politik]. Rzeszów 1994 (Galicja i jej dziedzictwo, 1). Überblick auch in: FRAS, Z.: *Galicja* [Galizien]. Wrocław 2002, 157–277; GRODZISKI, S.: *W królestwie Galicji i Lodomerii* [Im Königreich Galizien und Lodomerien]. Kraków 1976, 215–282.

1880er und 1890er Jahren einen entscheidenden Rückhalt für die Wiener Regierung. Gleichzeitig galt Galizien als eines der rückständigsten Kronländer, was ebenso der bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts nur langsam verlaufenden wirtschaftlichen Entwicklung (→ IV. B) geschuldet war wie der diskursiven Konstruktion kultureller Andersartigkeit.⁸⁶

Ein erster Anstoß für die Annäherung zwischen den polnischen Eliten in Galizien und der Wiener Regierung hatte sich im Zuge der Konstitutionalisierung des Kaiserreiches Österreich 1860 ergeben.⁸⁷ Auch wenn das eher föderalistische Verfassungsgesetz (Oktoberdiplom) bereits im folgenden Februar durch eine stärker liberal geprägte, aber zugleich zentralistische Gesetzgebung (Februarpatent) abgelöst wurde, konnte 1861 ein galizischer Landtag zusammentreten und Abgeordnete in das Abgeordnetenhaus des Wiener Reichsrates entsenden.⁸⁸ Die Zusammensetzung des Landtages beruhte auf einem Kurienwahlrecht, das den Besitzern der größeren, früher adligen Güter 44 Mandate sicherte, während von den Handels- und Gewerbekammern 3, von der Stadtbevölkerung 23 (ab 1863: 26, ab 1900: 31) und von den Besitzern kleinerer Güter sowie der übrigen Landbevölkerung 74 Abgeordnete gewählt wurden. Hinzu traten die Erzbischöfe der römisch-katholischen, griechisch-katholischen und der armenisch-katholischen Kirche, sowie weitere zwei römisch-katholische (ab 1896 drei) und griechisch-katholische Bischöfe sowie die Rektoren der Universitäten Krakau und Lemberg. Für die Stadt- und Landbevölkerung galt zudem ein Einkommenszensus, der das am wenigsten direkte Steuern zahlende Drittel der Männer in einem Wahlbezirk ausschloss, sofern sie nicht höhere Bildung erlangt hatten oder ein öffentliches Amt ausübten. Bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts sicherte dieses Wahlrecht in Galizien die politische Dominanz adliger Konservativer.

Die anhaltenden Widerstände besonders der ungarischen Eliten gegen die Verfassung von 1861 führten 1865 zu ihrer vorläufigen Aufhebung und zur Ankündigung neuer Verhandlungen, die durch die Niederlage im Krieg gegen Preußen 1866 beschleunigt wurden. Die von dem konservativen Ministerpräsidenten Richard Graf von

⁸⁶ KAPS, K.: *Ungleiche Entwicklung in Zentraleuropa. Galizien zwischen überregionaler Verflechtung und imperialer Politik (1772–1914)*. Köln 2015 (Sozial- und wirtschaftshistorische Studien, 37); DERS./SURMAN, J.: *Postcolonial or Post-colonial? Post(-)colonial Perspectives on Habsburg Galicia*. In: DIES. (Hg.): *Postcolonial Galicia: Prospects and Possibilities = Historyka*. Studia metologiczne 42 (2012), 7–35; WOLFF, L.: *The Idea of Galicia. History and Fantasy in Habsburg Political Culture*. Stanford, Calif. 2010; HÜCHTKER, D.: *Der »Mythos Galizien«. Versuch einer Historisierung*. In: MÜLLER/PETRI: *Nationalisierung* (Anm. 13), 81–107.

⁸⁷ Abdruck der Verfassungsgesetze von 1860 bis 1867 in: GOSEWINKEL/MASING: *Verfassungen* (Anm. 79), 1490–1529. Die Landes- und Wahlordnung für Galizien von 1861 in: *Reichsgesetzblatt für das Kaiserthum Österreich* 1861, 280–296.

⁸⁸ Zum Landtag vgl. GRODZISKI, S.: *Sejm Krajowy Galicyjski 1861–1914* [Der galizische Landtag 1861–1914]. 2 Bde. Warszawa 1993; DERS.: *Der Landtag des Königreichs Galizien und Lodomerien*. In: RUMPLER/URBANITSCH: *Habsburgermonarchie*. Bd. 7 (Anm. 83), Tbd. 2, 2131–2169.

Belcredi angestrebte föderalistische Neuordnung der gesamten Monarchie, die auch Galizien eine weitgehende Autonomie gesichert hätte, scheiterte allerdings und statt dessen erfolgte im März 1867 der erwähnte Österreichisch-Ungarische Ausgleich. Für den nicht-ungarischen Teil der Monarchie galt ab Dezember dieses Jahres wieder die Verfassung von 1861, ergänzt durch mehrere Gesetze, mit denen unter anderem die Position des Reichsrates und die Grundrechte gestärkt wurden (Dezemberverfassung). Dennoch wurden die im Februar 1867 begonnenen Verhandlungen mit dem galizischen Statthalter Graf Agenor Gołuchowski über besondere Autonomierechte für Galizien fortgesetzt.

Grundlage der Verhandlungsbereitschaft auf Seiten der österreichischen Behörden war einerseits das Bemühen, die Zahl der innenpolitischen Konfliktfelder zu begrenzen, andererseits außenpolitische Erwägungen hinsichtlich der Rolle polnischer Eliten bei einem möglichen Konflikt mit Russland und bei einem zu diesem Zeitpunkt erwogenen Bündnis mit Frankreich. Zugleich war man sich in Wien der Schwäche der Verhandlungsposition der polnischen Eliten bewusst, die eine Unterstützung oder zumindest Duldung bäuerlicher Emanzipationsbestrebungen und der ukrainischen Nationalbewegung durch die Zentralbehörden wie in den 1840er Jahren (→ III. F) unbedingt vermeiden wollten und sich ihrerseits an einer Verständigung zunehmend interessiert zeigten.

Entscheidend für die Haltung der polnischen Eliten war die Erfahrung der gewaltsamen Niederschlagung des von ihnen unterstützten Januaraufstandes von 1863 im russischen Teilungsgebiet.⁸⁹ Die anschließende russische Repressionspolitik schien eine Neuausrichtung der Politik unausweichlich zu machen. Denn, wie der einst radikale Lemberger Demokrat Florian Ziemiałkowski 1868 unter dem Beifall eines Teils des galizischen Landtags mit Blick auf die russische Politik mit bitterer Ironie anmerkte: »[W]as aus uns würde, wenn Österreich zerschlagen würde – ich fürchte es auszusprechen (Zwischenrufe oho): man würde dann in einigen Jahrzehnten an den Ufern der

⁸⁹ Zur polnischen Politik vgl. auch ŁAZUGA, W.: *Kalkulować ... Polacy na szczytach C. K. Monarchii* [Abwägen ... Polen an den Spitzen der k.k. Monarchie]. Poznań 2013; PIJAJ, S.: *Między polskim patriotyzmem a habsburskim lojalizmem. Polacy wobec przemian ustrojowych monarchii habsburskiej (1866–1871)* [Zwischen polnischem Patriotismus und habsburgischem Loyalismus. Die Polen und die Änderung des politischen Systems in der Habsburgermonarchie (1866–1871)]. Kraków 2003; FRAS, Z.: *Od współpracy do rywalizacji – działalność polityczna Franciszka Smolki i Floriana Ziemiałkowskiego w okresie walki o autonomię Galicji (1860–1873)* [Von der Zusammenarbeit zur Rivalität – das politische Handeln Franciszek Smolkas und Florian Ziemiałkowski in der Zeit des Kampfes um die galizische Autonomie (1860–1873)]. In: HOFF, J. (Hg.): *Działalność wyzwolenicza* [Unabhängigkeitsbestrebungen]. Rzeszów 2001 (Galicja i jej dziedzictwo, 15), 63–73; DERS.: *Demokraci w życiu politycznym Galicji w latach 1848–1873* [Die Demokraten im politischen Leben Galiziens 1848–1873]. Wrocław 1997 (Acta Universitatis Wratislaviensis, 1962: Historia, 132); BUSZKO, J.: *Galicja 1859–1914. Polski Piemont?* [Galizien 1859–1914. Ein polnisches Piemont?]. Warszawa 1989 (Dzieje narodu i państwa polskiego, 3.56).

Weichsel und am Fuße der Karpaten vielleicht vergeblich nach Polen suchen, da man sie vielmehr am Fuße des Altai-Gebirges wird suchen müssen (Bravo-Rufe)«. ⁹⁰ Auch die Emigrantengruppierung um das Pariser Hôtel Lambert (→ III. E) unterstützte die Idee einer Verständigung und nutzte seit 1868 ihre zahlreichen Kontakte nach Wien und Budapest, um ein Bündnis zwischen Österreich-Ungarn und Frankreich anzuregen. Den Höhepunkt erreichten diese Bemühungen im ersten Halbjahr 1870, als der im Exil lebende polnische Schriftsteller Julian Klaczko das Amt eines Abteilungsleiters im k.u.k. Außenministerium innehatte, endeten dann aber aufgrund der französischen Niederlage im Krieg von 1870/71 gegen Preußen und seine deutschen Verbündeten. ⁹¹

Der deutlichste Ausdruck für die Bereitschaft der polnischen Eliten zu einer Verständigung mit der Habsburgermonarchie war das Bekenntnis zu einer Zukunft innerhalb der Habsburgermonarchie in der Adresse des galizischen Landtags an den Kaiser vom 10. Dezember 1866: »Ohne Furcht, uns von unserem nationalen Gedanken abzuwenden, in dem Glauben an die Sendung Österreichs und mit Vertrauen in die Entschiedenheit der Veränderungen, die Dein Wort, Monarch, als unveränderliche Absicht verkündet hat, erklären wir aus der Tiefe unserer Herzen, dass wir zu Dir, allergnädigster Herr, stehen und stehen wollen.« ⁹² Die letzten der hier zitierten Worte dieser Adresse sind aus dem Zusammenhang gerissen von der späteren polnischen Publizistik oft als Zeichen für einen übertriebenen Loyalismus und eine Kapitulation der Nationalbewegung kritisiert wurden. Tatsächlich enthielt diese Adresse aber nur in zeitgemäßer Sprache das Angebot einer Verständigung, die sich auf die Prinzipien von Partnerschaft und Interessengemeinschaft stützen sollte, und dieses Angebot wurde von Wien angenommen.

Der Weg zum Kompromiss stellte sich in der Praxis als lang und schwierig heraus. Unter Androhung eines Rückzugs der galizischen Abgeordneten aus dem Reichsrat, was den österreichisch-ungarischen Ausgleich formal vereitelt hätte, gelang es 1867 lediglich, die Einführung polnischer Unterrichtssprache in den Schulen Galiziens so-

⁹⁰ Rede von F. Ziemiałkowski im Galizischen Landtag am 20. 9. 1868, in: *Stenograficzne Sprawozdania drugiego peryodu drugiej sesji Sejmu krajowego Królestwa Galicji ... w roku 1868. Posiedzenie 1–34* [Stenografische Berichte des 2. Abschnitts der 2. Sitzungsperiode des Landtages des Königreichs Galizien ... 1868. Sitzungen 1–34]. Lwów 1868, 358–360, hier 359: »... *coby się stało z nami, gdyby Austryę rozbito; lękam się powiedzieć, (głosy oho) wtedy za lat kilkadziesiąt może na próżno szukano by Polaków na brzegach Wisły, u stóp Karpat, ale musiano by ich szukać u stóp Altaju (bravo)*«. Zur Diskussion im Sejm vgl. GRODZISKI, S.: *Franciszek Józef I* [Franz Josef I.]. Wrocław 1983, 120f.

⁹¹ WERESZYCKI, H./ZDRADA, J.: *Polska działalność dyplomatyczna (1860–1900)* [Die polnische diplomatische Aktivität (1860–1900)]. In: BAZYŁOW, L. (Hg.): *Historia dyplomacji polskiej* [Geschichte der polnischen Diplomatie]. Bd. 3 (1795–1918). Warszawa 1982, 433–743, hier 628–708.

⁹² Abdruck in: GRODZISKI: *Sejm* (Anm. 88). Bd. 2: *Źródła* [Quellen], 254–256, hier 256: »*Bez obawy więc odstępstwa od myśli naszej narodowej, z wiarą w posłannictwo Austrii i z ufnością w stanowczość zmian, które Twoje Monarsze słowo jako niezmienny zamiar wyrzekło, z głębi serc naszych oświadczeni, że przy Tobie, najjaśniejszy Panie, stoimy i stać chcemy*.«

wie die Einrichtung eines Landesschulrats als autonome Bildungsbehörde durchzusetzen. Die weiteren Verhandlungen gerieten ins Stocken, und auch eine Resolution des Landtags von 1868 mit einem umfassenden, wenn auch gemäßigten Autonomieprogramm für Galizien zeigte keine Wirkung. Erst als im Juni 1869 die polnischen Abgeordneten in Wien erneut drohten, ihr Mandat niederzulegen, wurde Polnisch zur alleinigen Amtssprache der galizischen Landesverwaltung. Als außer der Einführung von Polnisch als Verwaltungssprache und als überwiegende Unterrichtssprache an der Krakauer Universität keine weiteren Zugeständnisse zu erreichen waren, legten die enttäuschten polnischen Abgeordneten im folgenden Jahr tatsächlich ihre Mandate nieder, was zur Auflösung des Parlaments und zum Rücktritt der Regierung führte. Im April 1870 übertrug der Kaiser dem bisherigen k.k. Ackerbauminister Graf Alfred Józef Potocki das Amt des Premierministers, der aber zur Enttäuschung eines Großteils der polnischen Politiker nicht einmal versuchte, das gemäßigte Programm des galizischen Landtags durchzusetzen. Erst unter Potockis Nachfolger Karl Graf von Hohenwart, der ab Februar 1871 amtierte, erfolgten weitere Zugeständnisse. Für die galizischen Angelegenheiten wurde ein eigenständiges Ministerium geschaffen, Polnisch wurde zur Verwaltungs- und wichtigsten Unterrichtssprache der Universität Lemberg sowie der dortigen Technische Akademie und die Einrichtung einer polnischen Akademie der Wissenschaften (*Akademia Umiejętności*) in Krakau (→ IV. G) wurde vereinbart.

Die Phase der intensiven Verhandlungen über die Ausgestaltung der Autonomie Galiziens endete 1873. Die Erwartungen der polnischen Eliten waren nur zu einem geringen Teil erfüllt worden. Der Landtag Galiziens hatte unter Vorbehalt kaiserlicher Genehmigung die Möglichkeit zur Gesetzgebung hinsichtlich der lokalen Selbstverwaltung auf Gemeindeebene (allerdings im Rahmen der gesamtstaatlichen Gesetze), der Land- und Forstwirtschaft sowie des Schul- und Gesundheitswesens. Zur Finanzierung von Aufgaben in diesen Bereichen konnten Steuern beschlossen werden. Die Verhandlungssprache war Polnisch, doch konnten die ukrainischen Abgeordneten auch ihre Sprache benutzen. Trotz langjähriger Bemühungen der polnischen Politiker entstand nie eine Landesregierung, die dem Landtag verantwortlich gewesen wäre. Der Landesausschuss (*Wydział Krajowy*), der vom Landtag gewählt und von einem Landesmarschall geleitet wurde, war nur ein schwacher Ersatz.

Höchster Vertreter der Regierungs- und Vollzugsgewalt in Galizien war der vom Kaiser eingesetzte Statthalter, ein Amt, das zwischen 1848 und 1915, mit Ausnahme des Zeitraums von 1861 bis 1866, durchgehend von Polen bekleidet wurde. Der Statthalter vertrat den Kaiser und war als Leiter der Landesverwaltung gegenüber der Regierung in allen Angelegenheiten verantwortlich, welche über die eng beschnittenen Kompetenzen des Landtags und des Landesausschusses hinausgingen. Dabei handelte es sich um so prinzipielle Fragen wie die inneren Angelegenheiten, die Landesverteidigung, die Industrie, den Handel oder das Verkehrswesen. In der politischen Praxis Galiziens bildeten sich bestimmte Formen der Abhängigkeit zwischen Statthalter und

Landtag heraus. Der Statthalter schrieb die Wahlen zum Landtag aus und überwachte sie; außerdem besaß er im Landtag das Recht zu Gesetzesinitiativen sowie das ausschließliche Recht, dem Kaiser Landesgesetze zur Unterzeichnung vorzulegen und sie zu begutachten. Der Statthalter berichtete dem Landtag seinerseits jährlich über seine Tätigkeit und konnte von den Abgeordneten befragt werden. Dem Statthalter unterstellt waren die Verwaltungen der zunächst 74 Bezirke, deren Zahl bis 1914 auf 82 stieg, und denen Bezirkshauptmänner vorstanden. Wie im ganzen Reich gab es daneben Selbstverwaltungsorgane in Form von Bezirks- und Stadträten, deren Zusammensetzung ähnlich wie die des Landtages auf Grundlage eines Kurienwahlrechts bestimmt wurde, und ländlichen Gemeinderäten, zu denen alle Grundeigentümer und Gewerbe- oder Einkommenssteuerzahler wahlberechtigt waren.⁹³

In der Gesamtschau lässt sich festhalten, dass die galizische Autonomie sich in der Praxis durch das Recht zum Gebrauch der polnischen Sprache in der Landes- und Lokalverwaltung auszeichnete und polnischen Politikern weitreichende Freiheiten bei der Ausgestaltung der Bildungs- und Kulturpolitik ließ. Die Schulpolitik wurde von einem Landesschulrat unter Vorsitz des Statthalters bestimmt, der sich aus Staatsbeamten, Vertretern des Landtags und der Selbstverwaltungsorgane sowie der Geistlichkeit und der Universitäten zusammensetzte und dem ein Netz von Bezirksschulräten sowie lokalen Schulräten unterstand. Der Landesschulrat entschied über die Finanzierung des Schulwesens, über Lehrpläne und Schulbücher und erwarb im Laufe der Zeit auch das Recht zur Ernennung der Lehrer. Seit 1905 gehörten dem Landesschulrat aufgrund entsprechender gesetzlicher Regelungen auch Vertreter der ukrainischen und der jüdischen Bevölkerung an. Vor allem Bedenken konservativer Politiker verhinderten lange einen konsequenten Ausbau des Volksschulwesens und eine Durchsetzung der Schulpflicht, so dass noch um 1900 fast die Hälfte der Kinder keine Schule besuchte und die Analphabetenrate besonders der ukrainischsprachigen Bevölkerung erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts spürbar zu sinken begann.⁹⁴

⁹³ Zur ländlichen Selbstverwaltung vgl. auch GRODZISKI, S.: *Samorząd gminny i powiatowy w Galicji epoki autonomicznej* [Die Selbstverwaltung der Gemeinden und Kreise in Galizien in der Zeit der Autonomie]. In: DERS.: *Studia galicyjskie. Rozprawy i przyczynki do historii ustroju Galicji* [Galizische Studien. Untersuchungen und Beiträge zur Verfassungsgeschichte Galiziens], hg. v. G. NIEĆ. Kraków 2007, 309–325; INGLOT, S.: *Historia społeczno-gospodarcza chłopów w zaborze austriackim* [Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Bauern im österreichischen Teilungsgebiet]. In: DERS.: *Historia chłopów* (Anm. 59), 161–289, hier 234–244.

⁹⁴ Laut Volkszählung konnten in Galizien 1900 weder lesen noch schreiben 56 % aller über 10jährigen (77 % der ruthenischsprachigen), 1910: 41 % (60 %), vgl. Österreichische Statistik 63.1 (1903), Tabellen 122f. und NF 1.3 (1914), Tabellen 94f. Weitere Zahlen für 1900 bei BUZEK, J.: *Studia z zakresu administracji wychowania publicznego* [Studien zur Geschichte der öffentlichen Bildungverwaltung]. Bd. 1: *Szkolnictwo ludowe* [Das Volksschulwesen]. Lwów 1904 (Archiwum naukowe, 1.1.2), 197–205. Zur Schulpolitik allgemein vgl. DYBIEC, J. u. a. (Hg.): *Szkolnictwo i oświata w Galicji. 1772–1918* [Schulwesen und Bildung in Galizien, 1772–1918]. Rzeszów 2015 (Galicja i jej

Für die knapp drei Prozent der Bevölkerung, die deutschsprachig waren und sich teilweise aus Nachkommen von im 18. Jahrhundert angesiedelten Bauern vor allem aber aus den im Staatsdienst entsendeten österreichischen Beamten, Militärangehörigen, Professoren und Lehrern mit ihren Familien zusammensetzten, bedeutete die Einführung des Autonomiestatus den Verlust ihrer privilegierten Position als Vertreter der Staatsnation. In der Folge intensivierten sich die Assimilationsprozesse an die polnische Umgebung besonders der römisch-katholischen Bevölkerung deutscher Abstammung. Als die preußischen Behörden zu Beginn des 20. Jahrhunderts im Zuge ihrer Ansiedlungspolitik in den Provinzen Posen und Westpreußen Versuche unternahmen, dafür Deutsche aus Galizien anzuwerben, konnte sie nur kurzfristige Erfolge erzielen. Nicht nur österreich-ungarische Diplomaten in Berlin protestierten gegen die Abwerbung von Kolonisten, sondern auch protestantische Pastoren in Galizien, die um den Bestand ihrer Gemeinden und um ihr gutes Verhältnis zur polnischen Umgebung fürchteten. Bis 1907 verließen etwa 10 000 vor allem evangelische Deutsche Galizien, von denen etwa zwei Drittel nach Preußen auswanderten, die übrigen nach Amerika. Danach brach die Emigrationswelle ab und stattdessen entstanden moderne Interessensvertretungen der deutschsprachigen Bevölkerung wie der Deutsche Volksrat für Galizien und der Bund der Christlichen Deutschen in Galizien.⁹⁵

Auch für einen Teil der jüdischen Einwohner, um 1900 etwa elf Prozent der Gesamtbevölkerung und seit den 1860er Jahren rechtlich mit dieser gleichgestellt, wurde nach der Autonomiegesetzgebung die Assimilation in der polnischen Kultur zu einer attraktiven Option.⁹⁶ Die weitverbreitete Armut und zunehmender Antisemitismus

dziedzictwo, 22); MEISSNER, A./WYROZUMSKI, J. (Hg.): *Nauka i oświata* [Wissenschaft und Bildung]. Rzeszów 1995 (Galicja i jej dziedzictwo, 3).

⁹⁵ RÖSKAU-RYDEL, I.: *Ein- und Auswanderung der Deutschen in Galizien mit besonderen Berücksichtigung der Auswanderung unter den evangelischen Deutschen Anfang des 20. Jahrhunderts*. In: PRASZAŁOWICZ, D./SOSNA-SCHUBERT, A. (Hg.): *Deutsche und polnische Migrationserfahrungen. Vergangenheit und Gegenwart*. Frankfurt a.M. 2014, 21–32; DIES.: *Zwischen Akkulturation und Assimilation. Karrieren und Lebenswelten deutsch-österreichischer Beamtenfamilien in Galizien (1772–1918)*. Berlin 2015 (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im Östlichen Europa, 55) – poln. Orig. Krakau 2011; DIES.: *Galizien*. In: DIES. (Hg.): *Deutsche Geschichte im Osten Europas: Galizien, Bukowina, Moldau*. Berlin 1999, 15–212.

⁹⁶ Zu dieser Problematik vgl. HOLZER, J.: *Die galizischen Juden, Deutschtum und Polentum. Zwischen Abgrenzung und Assimilation*. In: MAIER, R./STÖBER, G. (Hg.): *Zwischen Abgrenzung und Assimilation–Deutsche, Polen und Juden. Schauplätze ihres Zusammenlebens von der Zeit der Aufklärung bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges*. Hannover 1996, 125–137. Allgemein zur jüdischen Bevölkerung u. a. TOKARSKI, S.: *Ethnic Conflict and Economic Development. Jews in Galician Agriculture 1868–1914*. Warszawa 2003; ANDLAUER, T.: *Die jüdische Bevölkerung im Modernisierungsprozess Galiziens (1867–1914)*. Frankfurt a. M. 2001; BARTAL, I. (Hg.): *Focusing on Galicia. Jews, Poles, and Ukrainians, 1772–1918*. London 1999 (= *Polin* 12, 1–176); BIHL, W.: *Die Juden*. In: WANDRUSZKA/URBANITSCH: *Habsburgermonarchie (Anm. 83). Bd. 3.2: Die Völker des Reiches*. Wien 1980, 880–948. Bei den Volkszählungen wurde Jiddisch nicht als Umgangssprache erfasst:

sorgten gleichzeitig aber für eine starke Emigrationsbewegung vor allem nach Amerika (→ IV. H) und für die Formierung moderner jüdisch-nationaler Organisationen (→ IV. E/G).

Diskriminiert durch die Polonisierung von Verwaltung und Bildungswesen fühlte sich vor allem die überwiegend griechisch-katholische ruthenische Bevölkerung, die knapp die Hälfte der Einwohner des Landes ausmachte. Besonders offensichtlich war ihre Benachteiligung im Landtag, in dem sie meist weniger als 20 Prozent der Abgeordneten stellte und damit stark unterrepräsentiert war.⁹⁷ Das dafür verantwortliche Kurienwahlrecht, das die überwiegend polnischsprachige wohlhabende Bevölkerung bevorzugte und die ärmsten Schichten ganz ausschloss, geriet entsprechend stark in die Kritik. Die in den 1830er Jahren entstandene, zunächst vor allem regionale Emanzipationsbewegung der Ruthenen, die während der Revolutionsjahre 1848 bis 1850 einige Erfolge erzielen konnte, dann aber an Einfluss verloren hatte (→ III. F), zerfiel in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts in zwei Richtungen.⁹⁸ Während die sogenannten Russophilen eine enge Anlehnung an Russland suchten und von dort aus unterstützt wurden, entwickelte sich etwas später eine im engeren Sinne ukrainische Nationalbewegung, die ihrerseits in die ukrainischen Gebiete Russlands ausstrahlte und von den Wiener Zentralbehörden angesichts der wachsenden außenpolitischen Spannungen mit Russland teilweise gefördert wurde (→ III. G).

Für die polnischen Eliten bedeutete die Verständigung mit den kaiserlich-königlichen Zentralbehörden einen privilegierten Zugang zu hohen Positionen in Galizien, aber auch die Möglichkeit zu Karrieren im übrigen cisleithanischen Reichsteil sowie im Gesamtreich. Auch im österreich-ungarischen Militär, das als eine der wichtigsten Stüt-

1900 gaben 76 % der galizischen Juden als solche Polnisch (13 % Deutsch) an, 1910: 93 % (3 %), vgl. Österreichische Statistik 63.3 (1903), Tab. 179 und NF 1.2 (1914), Tab. 54 f.

⁹⁷ Zu den ruthenischen Abgeordneten vgl. ČORNOVOL, I. P.: *Ukrain'ska frakcija Halyc'koho Krajovoho Sejmu 1861–1901 (naris z istorii ukrains'koho parlamentaryzmu)* [Die ukrainische Fraktion des galizischen Landtags, 1861–1901 (ein Beitrag zur Geschichte des ukrainischen Parlamentarismus)]. L'viv 2002.

⁹⁸ Zur Entwicklung der ukrainischen Nationalbewegung vgl. KAPPELER, A. (Hg.): *Die Ukraine. Prozesse der Nationsbildung*. Köln 2011; WENDLAND, A. V.: *Die Russophilen in Galizien. Ukrainische Konservative zwischen Österreich und Rußland 1848–1915*. Wien 2001 (Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie, 27); HIMKA, J.-P.: *Religion and Nationality in Western Ukraine. The Greek Catholic Church and the Ruthenian National Movement in Galicia, 1870–1900*. Montreal 1999; HIMKA, J.-P.: *Galician Villagers and the Ukrainian National Movement in the Nineteenth Century*. Basingstoke 1988. Zur Bedeutung Galiziens für die Entwicklung der ukrainischen Nationalbewegung vgl. auch HRYCAK, J.: *Ukraina. Z Jarosławem Hrycakiem rozmawia Iza Chruślińska* [Die Ukraine. Iza Chruślińska im Gespräch mit Jaroslav Hrycak]. Gdańsk 2009 (= Przewodniki Krytyki Politycznej, 15), 118–120, 122–126. Zu den wachsenden Spannungen mit Russland vgl. BACHMANN, K.: *»Ein Herd der Feindschaft gegen Rußland«. Galizien als Krisenherd in den Beziehungen der Donaumonarchie mit Rußland (1907–1914)*. Wien 2001 (Schriftenreihe des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts, 25).

zen der Krone und des Imperiums betrachtet wurde, war der Aufstieg von Polen in gehobene Positionen möglich. Im Vergleich zum Anteil polnischer Rekruten an deren Gesamtzahl schlugen allerdings verhältnismäßig wenig Polen die Offizierslaufbahn ein, die einen Dienst in verschiedenen Garnisonsstandorten des Reiches und ein Leben in deutschsprachigem Umfeld erforderte. Dies kann als ein Indiz für die Grenzen der Identifikation polnischer Eliten mit dem Reich verstanden werden, andererseits sind aber auch fortdauernde Einschränkungen der Karrieremöglichkeiten polnischer Offiziere im Militär des Imperiums zu konstatieren. Keiner der über 100 polnischen Offiziere, die in den Generalsrang aufstiegen, erreichte die obersten drei Rangklassen, und keiner bekleidete tatsächlich eine zentrale Führungsposition.⁹⁹

Während die Aufstiegsmöglichkeiten im Militär letztlich begrenzt blieben, erreichten polnische Politiker die wichtigsten Spitzenpositionen im Reich. Eine Besonderheit war dabei die in den übrigen Kronländern nicht existente Position eines besonderen Ministers für Galizien.¹⁰⁰ Dieser garantierte in der Praxis allerdings lediglich eine gute Kommunikation zwischen Wien und den politischen Kreisen Galiziens. Grundlage für den starken Einfluss polnischer Eliten auf die Politik des Reiches, sowohl in der Zeit der Staatsreformen wie auch in den folgenden Jahrzehnten, war vielmehr ihre starke und lange relativ geschlossen auftretende Vertretung im Abgeordnetenhaus des Wiener Reichsrates.¹⁰¹ Zunächst 17, später 20 Prozent der Abgeordneten kamen aus Galizien – erst vom Landtag entsandt, wurden sie von 1873 bis 1897 auf Grundlage eines ähnlichen Kurienwahlrechtes wie bei den Landtagswahlen direkt gewählt. Die Wahlordnung sicherte konservativen Aristokraten eine bestimmende Stellung unter den polnischen Abgeordneten und in der polnischen Fraktion (*Koło Polskie*), die Polenklub genannt wurde, und der neben den adligen meist auch die wenigen bürgerlichen und bäuerlichen

⁹⁹ RYDEL, J.: *W służbie Cesarza i Króla. Generałowie i admirałowie narodowości polskiej w siłach zbrojnych Austro-Węgier latach 1868–1918* [Im Dienst des Kaisers und Königs. Polnischstämmige Generäle und Admirale in den österreichisch-ungarischen Streitkräften, 1868–1918]. Kraków 2001. Allgemein zu den Beziehungen zum Militär vgl. BACZKOWSKI, M.: *Pod czarno-żółtymi sztandarami. Galicja i jej mieszkańcy wobec austro-węgierskich struktur militarnych 1868–1914* [Unter schwarz-gelben Fahnen. Galizien und seine Bewohner und die militärischen Strukturen Österreich-Ungarns, 1868–1918]. Kraków 2003.

¹⁰⁰ SZYMCAK, D.: *Galicyska »ambasada« w Wiedniu. Dzieje ministerstwa dla Galicji 1871–1918* [Die galizische »Botschaft« in Wien. Geschichte des Galizien-Ministeriums 1871–1918]. Poznań 2013.

¹⁰¹ BINDER, H.: *Galizien in Wien. Parteien, Wahlen, Fraktionen und Abgeordnete im Übergang zur Massenpolitik*. Wien 2005 (Studien zur Geschichte der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, 29); BUSZKO, J.: *Polacy w parlamencie Wiedeńskim. 1848–1918* [Die Polen im Wiener Parlament 1848–1918]. Warszawa 1996. Zu den Fraktionen und der Bildung von Regierungsmehrheiten im Abgeordnetenhaus vgl. RUMPLER, H.: *Parlament und Regierung Cisleithaniens 1867 bis 1914*. In: DERS./URBANITSCH: *Habsburgermonarchie*. Bd. 7 (Anm. 83), Tbd. 1, 667–894; HÖBELT, L.: *Parteien und Fraktionen im cisleithanischen Reichsrat*. In: ebd., 895–1006.

polnischen Abgeordneten aus Galizien sowie die polnischen Abgeordneten aus Österreichisch-Schlesien beitraten. Angesichts der komplexen politischen Landschaft Österreichs, wo sich nationale und Parteiinteressen oft überschneiden, wurde der relativ geschlossen auftretende Polenklub, dem meist etwas über 15 Prozent der Abgeordneten angehörten, zu einer sehr einflussreichen Gruppierung, zumal die von ihm vertretenen Ansichten häufig mit denen des Monarchen überstimmten.

Die guten Beziehungen der polnischen Eliten zum Kaiserreich schlugen sich 1879 in einer konservativen Koalition nieder, an der sich neben tschechischen auch polnische Abgeordnete beteiligten. Auf diesen sogenannten »eisernen Ring« stützten sich die Regierungen des Grafen Eduard Taaffe, denen unter Mitwirkung mehrerer polnischer Minister zwischen 1879 und 1893 eine Stabilisierung der politischen Verhältnisse gelang. Unter anderem sorgte der von 1880 bis 1891 amtierende Finanzminister Julian Dunajewski für eine Neuordnung des Steuersystems und einen ausgeglichenen Haushalt des cisleithanischen Reichsteils. Der Einfluss polnischer Politiker in Wien erreichte seinen Höhepunkt im Oktober 1895, als ein Pole an die Spitze der Regierung berufen wurde: der bisherige Statthalter von Galizien Graf Kazimierz Badeni. Dem von ihm geleiteten Kabinett gehörten auch Leon Biliński als Finanzminister sowie Edward Ritterer als Bildungsminister und später als Minister für Galizien an.¹⁰² Einige Monate vor der Bildung des Kabinetts Badeni hatte Graf Agenor Gołuchowski der Jüngere bereits das Amt des k. u. k. Außenministers übernommen, das er bis 1906 bekleidete.

Nachdem die Regierung Badeni 1896 eine Reform der Wahlordnung durchgesetzt und für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus eine zusätzliche »Kurie der allgemeinen Wählerklasse« geschaffen hatte, in der alle bisher durch den Zensus ausgeschlossenen Männer Abgeordnete wählen konnten, unternahm sie 1897 einen Versuch, den deutsch-tschechischen Sprachenkonflikt in den Ländern der böhmischen Krone zu lösen und Tschechisch dort als gleichberechtigte Amtssprache durchzusetzen. Dies stieß jedoch auf den erbitterten Widerstand deutscher nationalistischer Kreise: Nach von gewalttätigen Ausschreitungen begleiteten Demonstrationen in Wien und Prag sah sich Badeni

¹⁰² ŁAZUGA, W.: »Rzady polskie« w Austrii. *Gabinet Kazimierza hr. Badeniego. 1895–1897* [Die »polnische Regierung« in Österreich. Das Kabinett von Kasimir Felix Graf Badeni 1895–1897]. Poznań 1991; DERS.: *Galicja w Wiedniu. Polacy wobec gabinetów prowizorycznych i »pax Koerberiana«* [Galizien in Wien. Das Verhältnis der Polen zu den provisorischen Kabinetten und zur »pax Koerberiana«]. In: KAWALEC, A./WIERZBIEŃC, W./ZASZKILNIAK, L. (Hg.): *Galicja 1772–1918. Problemy metodologiczne, stan i potrzeby badań* [Galizien 1772–1918. Methodologische Probleme, Forschungsstand und -fragen]. 3 Bde. Rzeszów 2011, Bd. 1, 305–324. Zu polnischen Karrieren in der höheren Reichsbürokratie und im diplomatischen Dienst vgl. MIKOLETZKY, L.: *Polen im auswärtigen Dienst der Habsburgermonarchie*. In: LEITSCH, W./TRAWKOWSKI, S. (Hg.): *Polen im alten Österreich. Kultur und Politik*. Wien 1993 (Wiener Archiv für Geschichte des Slawentums und Osteuropas, 16), 85–95; GOLDINGER, W.: *Das polnische Element in der Wiener Hochbürokratie (1848–1918)*. In: *Zeszyty naukowe Uniwersytetu Jagiellońskiego*, 482: *Prace Historyczne*, 57: *Studia Austro-Polonica*, 1] (1978), 63–83.

zum Rücktritt gezwungen, und die sogenannte »polnische Regierung« wurde am 28. November 1897 entlassen. Die polnischen Politiker verloren nach dem Sturz der Regierung Badeni zunehmend an Einfluss in Wien, auch wenn sie noch mehrfach Ministerämter übernahmen. Den Hintergrund bildete der Rückgang der Bindekraft des Polenklubs. Nach der Wahlreform von 1897 und noch mehr nach der Einführung des allgemeinen und gleichen Männerwahlrechtes 1907 sorgten die vergrößerten Wählerschichten für den Aufstieg neuer Massenparteien, deren polnische Abgeordnete dem Klub nicht unbedingt beitraten. Bereits im 1897 neugewählten Abgeordnetenhaus, in dem erstmals auch Sozialdemokraten vertreten waren, schlossen sich einige polnische Abgeordnete deren Fraktion an, darunter Ignacy Daszyński, der zum Fraktionssprecher gewählt wurde. Die bisher tonangebenden Konservativen, die eng mit den Eliten des Reichs verbunden waren, wurden immer weniger als natürliche Repräsentanten der polnischen Interessen wahrgenommen.

Dies hatte auch Auswirkungen auf die politische Landschaft in Galizien selbst, wo die Dominanz der polnischen Konservativen zu Beginn des 20. Jahrhunderts ebenfalls unter Druck neuer Massenbewegungen (→ IV. E) geriet. Neben dem Entstehen sozialistischer und nationaldemokratischer Parteien war dafür vor allem das Erstarken einer eigenständigen Bauernbewegung verantwortlich, das sich Anfang des 20. Jahrhunderts in einer großen, von gewalttätigen Auseinandersetzungen begleiteten Streikwelle niederschlug.¹⁰³ Gleichzeitig wuchsen auch die Spannungen zwischen der polnischen und der ukrainischen Bevölkerung.¹⁰⁴ Zwar waren schrittweise Zugeständnisse hinsichtlich

¹⁰³ Ein Überblick über die Entwicklung der galizischen Parteienlandschaft bei BINDER: *Galizien* (Anm. 101), 34–181. Zu den bäuerlichen und sozialdemokratischen Bewegungen vgl. STRUVE, K.: *Bauern und Nation in Galizien. Über Zugehörigkeit und soziale Emanzipation im 19. Jahrhundert*. Göttingen 2005 (Schriften des Simon-Dubnow-Instituts, 4); JOBST, K. S.: *Zwischen Nationalismus und Internationalismus. Die polnische und ukrainische Sozialdemokratie in Galizien von 1890 bis 1914. Ein Beitrag zur Nationalitätenfrage im Habsburgerreich*. Hamburg 1996 (Hamburger Veröffentlichungen zur Geschichte Mittel- und Osteuropas, 2); BUSZKO, J.: *Dzieje ruchu robotniczego w Galicji Zachodniej (1848–1918)* [Geschichte der Arbeiterbewegung in Westgalizien (1848–1918)]. Kraków 1986. Zum Politikmachen in Galizien um 1900 vgl. auch HÜCHTKER, D.: *Geschichte als Performance. Politische Bewegungen in Galizien um 1900*. Frankfurt am Main 2014 (Reihe Geschichte und Geschlechter 65).

¹⁰⁴ HUD', B.: *Ukraińcy i Polacy na Naddnieprzu, Wołyniu i w Galicji Wschodniej w XIX i pierwszej połowie XX wieku* [Ukrainer und Polen am Dniepr, in Wolhynien und Ostgalizien im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts]. 2., erw. Aufl. Warszawa 2018; PARTACZ, C.: *Od Badeniego do Potockiego. Stosunki polsko-ukraińskie w Galicji w latach 1888–1908* [Von Badeni zu Potocki. Die polnisch-ukrainischen Beziehungen 1888–1908]. Toruń 1996. Zu den Auseinandersetzungen an der Universität vgl. SURMAN, J.: *De la »barbarie« et de la »civilisation«. Le conflit entre les étudiants polonais et ruthènes en 1907 et sa construction journalistique*. In: LE RIDER, J./RASCHEL, H. (Hg.): *La Galicie au temps des Habsbourg (1772–1918). Histoire, société, cultures en contact*. Tour 2010, 175–188. Zur Verständigung zu Beginn der 1890er Jahre vgl. ČORNOVOL, I. P.: *Pol's'ko-ukraiń's'ka ugoda 1890–1894 rr.* [Der polnisch-ukrainische Ausgleich 1890–1894]. L'viv 2000.

des Gebrauchs der ukrainischen Sprache erfolgt, dennoch blieben die Bildungs- und Karrieremöglichkeiten für die ukrainische Bevölkerung begrenzt, was sich in Streitigkeiten um die Besetzung bestimmter Ämter, die Einrichtung ukrainischsprachiger Lehrstühle an der Lemberger Universität und im erfolglosen Bemühen um Gründung einer eigenständigen ukrainischen Universität niederschlug. Vor allem aber die Benachteiligung durch die Wahlordnung für den Landtag und die zusätzliche Beeinflussung der Wahlergebnisse durch die Behörden führten zunehmend dazu, dass von ukrainischer Seite wie schon 1848 eine Teilung Galiziens in einen polnische West- und einen ruthenischen Ostteil gefordert wurde. Die Situation drohte zu eskalieren, als der Statthalter Galiziens Graf Andrzej Potocki am 12. April 1908 von einem ukrainischen Studenten erschossen wurde. Die danach eingeleiteten Verhandlungen zu einer Reform des Landtagswahlrechts kamen erst 1914 zum Abschluss und hatten aufgrund des Kriegsausbruchs keine Konsequenzen.

Die 1914 erreichte Vereinbarung zeugt ebenso wie der Ausgleich in Mähren (1905) und in der Bukowina (1910) von den Möglichkeiten zur Kompromissfindung im Rahmen der Habsburgermonarchie.¹⁰⁵ Zugleich verdeutlicht sie aber auch die Grenzen der auf der Zusammenarbeit von Monarchie und polnischen Adelseliten beruhenden Verständigung im Rahmen der imperialen Strukturen des Reiches. Diese hatte dem habsburgischen Teilungsgebiet Polens ein hohes Maß an Stabilität verliehen, ohne größere Kosten für Investitionen und Kontrolle zu verursachen. Der Aufstieg neuer, aus den Mittelschichten hervorgehenden Eliten, denen es gelang, breite Bevölkerungsschichten politisch zu mobilisieren, erforderte jedoch zunehmend deren Einbeziehung in die politischen Aushandlungsprozesse, die dadurch komplexer und schwerer im Sinne der Gesamtmonarchie zu steuern wurden. Ein Zeichen für die Radikalisierung der politischen Auseinandersetzungen und die wachsenden Bestrebungen nach stärkerer Unabhängigkeit war die 1908 einsetzende Formierung paramilitärischer polnischer Organisationen unterschiedlicher politischer Ausrichtung,¹⁰⁶ die während des Ersten Weltkrieges zu einer Grundlage für die Entstehung eigenständiger polnischer Streitkräfte wurden.

¹⁰⁵ Vgl. COHEN, G. B.: *Nationalist Politics and the Dynamics of State and Civil Society in the Habsburg Monarchy, 1797–1914*. In: *Central European History* 40 (2007), 241–278.

¹⁰⁶ Ein Überblick über die verschiedenen Formationen bei CHWALBA, A.: *Historia Polski 1795–1918* [Geschichte Polens 1795–1918]. Kraków 2001, 529 f. Vgl. auch BAGIŃSKI, H.: *Materiały do historii ruchu niepodległościowego: »Zarzewie«, Polskie Drużyny strzeleckie i Tajny skauting* [Materialien zur Geschichte der Unabhängigkeitsbewegung: »Die Fackel«, die Polnischen Schützen und die Geheimen Pfadfinder]. Bd. 1: *U podstaw organizacji wojska polskiego 1908–1914* [Grundlagen der Organisation polnischer Streitkräfte 1908–1914]. Warszawa 1935.

B. Die Kapitalisierung der Landwirtschaft und die Durchsetzung der Industrialisierung

VON KAI STRUVE

Die industrielle Revolution in England am Ende des 18. Jahrhunderts war ein Ereignis von welthistorischer Bedeutung, das für das nächste Jahrhundert zum Beispiel und zur Herausforderung im globalen Maßstab wurde. Dass es dazu kommen konnte, lässt sich – wie vor allem Immanuel Wallerstein argumentiert hat – darauf zurückführen, dass das nordwestliche Europa, zunächst die Niederlande und dann England, schon seit dem 16. Jahrhundert zum Zentrum eines zunehmend kapitalistisch verfassten ökonomischen »modernen Weltsystems« geworden waren.¹ Die Stellung der Länder Ostmitteleuropas als Nahrungsmittel- und Rohstofflieferanten in diesem System habe dazu beigetragen, dass sich östlich der Elbe die Gutswirtschaft entwickelte und die häufig als »zweite Leibeigenschaft« bezeichnete Verschlechterung der Rechtsstellung der Bauern voranschritt. Die feudale Verfassung von Wirtschaft und Gesellschaft verstärkte sich damit in diesem Teil Europas, während sie sich gleichzeitig in den nordwesteuropäischen Zentren auflöste und die kapitalistische Produktionsweise entstand, die eine bisher ungeahnte Steigerung der Produktivkräfte hervorbrachte.

Inwieweit Entwicklung in einer Region und ihr Ausbleiben in einer anderen und damit der Reichtum der einen und die Armut der anderen direkt voneinander abhängig waren, wie Wallerstein, und davon ausgehend die Dependenztheorie, argumentierte, ist durchaus umstritten.² Jedoch haben die Begriffe von »Zentrum« und »Peripherie« auch für das 19. Jahrhundert zur Beschreibung ökonomischer Verhältnisse weite Verbreitung gefunden. Von großem Einfluss waren hier für das östliche Europa vor allem Arbeiten von Iván T. Berend und György Ránki.³ Das Verhältnis von Zentrum und

¹ WALLERSTEIN, I.: *The Modern World-System*. Bd. 1: *Capitalist Agriculture and the Origins of the European World-Economy in the Sixteenth Century*. New York 1974, Bd. 2: *Mercantilism and the Consolidation of the European World-Economy, 1600–1750*. New York 1980.

² Zur Diskussion polnischer Historiker über die Frage ostmitteleuropäischer ökonomischer Rückständigkeit SOSNOWSKA, A.: *Zrozumieć zacofanie. Spory historyków o Europę Wschodnią (1947–1994)* [Die Rückständigkeit verstehen. Historikerstreite um Osteuropa (1947–1994)]. Warszawa 2004.

³ BEREND, I.T./RÁNKI, G.: *The European Periphery and Industrialization 1780–1914*. Cambridge 1982. Vgl. auch DIES.: *Economic Development in East-Central Europe in the 19th and 20th Centuries*. New York 1974. Im Rahmen einer Gesamtdarstellung der Geschichte der Region im 19. Jahrhundert: BEREND, I. T.: *History Derailed. Central and Eastern Europe in the Long Nineteenth Century*. Berkeley 2003.

Peripherie bestimmen sie als ein Abhängigkeitsverhältnis zum Nutzen des Zentrums: »In a peripheral country, the economy, foreign trade, balance of payments, and production develop tied to, influenced by and subordinated to the core countries. The relationship is fundamentally an unequal one and benefits the core.« Dies könne eine destruktive Wirkung in der Peripherie haben, aber unter geeigneten Bedingungen könne davon auch ein Anreiz für Entwicklung und die Überwindung der peripheren Position ausgehen.⁴ Ein solches Modell ist nicht nur für die Analyse der Wirtschaftsbeziehungen zwischen ökonomischen Großregionen oder Staaten nutzbar, sondern mit ihm lassen sich auch die Verhältnisse innerhalb kleinerer Wirtschaftsräume oder innerhalb von Staaten beschreiben.⁵ Dabei ist der ursprüngliche normative Kern, der dieses Modell mit der entwicklungspolitischen Dependenztheorie verband und besagt, dass das Verhältnis zwischen Zentrum und Peripherie prinzipiell ungerecht sei, mittlerweile eher in den Hintergrund getreten.

Das Zentrum-Peripherie-Modell ist jedoch nicht das einzige, mit dem die Wirtschaftsgeschichte des östlichen Europas im Zeitalter der Industrialisierung beschrieben worden ist. Neben der traditionellen marxistischen Vorstellung, die die ursprüngliche Akkumulation von Kapital und die Entstehung einer Bourgeoisie als entscheidende Faktoren für den Übergang zur kapitalistischen Produktionsweise betrachtete, waren dies vor allem Modelle, die von einem mehr oder weniger einheitlichen, am englischen Vorbild orientierten, stufenweisen Übergang zur kapitalistischen Industriegesellschaft ausgingen.⁶ Ihnen gegenüber betonte Alexander Gerschenkron den grundsätzlich unterschiedlichen Verlauf von Industrialisierungsprozessen in Großbritannien, dem Ursprungsland der industriellen Revolution, und den Ländern, in denen die Industrialisierung erst später begann. Als zentrales Kennzeichen der ost- und südosteuropäischen Industrialisierung betrachtete er die große Bedeutung staatlicher Entwicklungs- und Investitionspolitik.⁷ Iván T. Berend und György Ránki stellten wiederum diese These Gerschenkrons in Frage und unterstrichen, dass die Bedeutung des Staates vor allem in der Schaffung geeigneter institutioneller und infrastruktureller Bedingungen für wirtschaftliche Entwicklung gelegen habe. Der staatliche Aufbau von Industrien könne, wie auch der polnische Fall zeige, nur dann erfolgreich sein, wenn er in Übereinstim-

⁴ BEREND/RÁNKI: *The European Periphery* (Anm. 3), 9.

⁵ NOLTE, H.-H. (Hg.): *Internal Peripheries in European History*. Göttingen 1991; DERS. (Hg.): *Europäische innere Peripherien im 20. Jahrhundert*. Stuttgart 1997. Die diesen Studien zugrunde gelegte Definition des Begriffs »Peripherie« schließt neben wirtschaftlichen auch politische und ideologische Aspekte ein.

⁶ Vgl. ROSTOW, W.W.: *Stadien wirtschaftlichen Wachstums. Eine Alternative zur marxistischen Entwicklungstheorie*. Göttingen 1960; DERS. (Hg.): *The Economics of Take-Off into Sustained Growth*. London 1963.

⁷ GERSCHENKRON, A.: *Economic Backwardness in Historical Perspective. A Book of Essays*. Cambridge, Ma. 1966.

mung mit dem gesamten ökonomischen Entwicklungsstand des jeweiligen Landes stehe.⁸ Berend und Ránki skizzieren einen komplexen Zusammenhang aus inneren Bedingungen und äußeren Herausforderungen, die den Weg der Länder der europäischen Peripherie in die kapitalistische Industriegesellschaft förderten oder aber behinderten.

Die Hochphase der polnischen Forschung zur Wirtschaftsgeschichte des 19. Jahrhunderts fiel in die 1950–1970er Jahre. In ihren Fragestellungen und Ansätzen »mildly Marxist«, wie Jacek Kochanowicz sie charakterisierte, hat sie eine Fülle von Material über die Prozesse wirtschaftlichen Wandels erarbeitet.⁹ Sie konzentrierte sich allerdings vorwiegend auf Kongresspolen, während Galizien nur wenig Beachtung fand.¹⁰ Seit den 1980er Jahren hat aber auch die wirtschaftsgeschichtliche Forschung über das österreichische Teilungsgebiet Material in erheblichem Umfang erarbeitet.¹¹ Die vergleichende und in größere Modelle und Fragestellungen der internationalen Forschung integrierte Interpretation ist für dieses Teilungsgebiet allerdings erst jüngst intensiver diskutiert worden.¹² Vergleichsweise gut ist auch die Wirtschaftsgeschichte des preußischen Teilungsgebiets erforscht.¹³

⁸ BEREND/RÁNKI: *The European Periphery* (Anm. 3), 59–72.

⁹ KOCHANOWICZ, J.: *The Economy of the Polish Kingdom: a Question of Dependence*. In: BRANCH, M./HARTLEY J. M./MAĆZAK, A. (Hg.): *Finland and Poland in the Russian Empire. A Comparative Study*. London 1995, 123–139, hier 123. Vgl. auch KOCHANOWICZ, J.: *Backwardness and Modernization: Poland and Eastern Europe in the 16th–20th Centuries*. Aldershot 2006, 123–139.

¹⁰ Vgl. den Forschungsbericht MADUROWICZ-URBAŃSKA, H.: *Przemysł Galicji. Główne problemy i potrzeby badawcze* [Die Industrie Galiziens. Hauptprobleme und Forschungsdesiderate]. In: *Studia Historyczne* 18 (1975), H.2, 189–212. Dazu auch DIES.: *Stan i potrzeby badań nad historią gospodarczą Galicji w świetle polskiej historiografii* [Forschungsstand und -desiderate der Wirtschaftsgeschichte Galiziens im Lichte der polnischen Historiographie]. In: BONUSIAK, W./BUSZKO, J. (Hg.): *Galicja i jej dziedzictwo* [Galizien und sein Erbe]. Bd. 1: *Historia i polityka* [Geschichte und Politik]. Rzeszów 1994, 201–222.

¹¹ Das Material ist vorwiegend in der von Helena MADUROWICZ-URBAŃSKA herausgegebenen Reihe *Informator statystyczny do dziejów społeczno-gospodarczych Galicji* [Statistische Informationen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Galiziens] dokumentiert, deren erster Band 1981 erschien.

¹² Vgl. nun zur Wirtschaftsgeschichte Galiziens grundlegend KAPS, K.: *Ungleiche Entwicklung in Zentraleuropa. Galizien zwischen überregionaler Verflechtung und imperialer Politik (1772–1914)*. Wien 2015. Diese Studie konnte hier nicht mehr ausführlicher berücksichtigt werden. Zu Stand und Perspektiven der Forschung auch die Beiträge in dem Band KARGOL, T./ŚLUSAREK, K. (Hg.): *Spółczesność i gospodarka Galicji w latach 1772–1867. Źródła i perspektywy badań* [Gesellschaft und Wirtschaft in Galizien 1772–1867. Quellen und Forschungsperspektiven]. Kraków 2014.

¹³ Zu Großpolen vgl. ŁUCZAK, C.: *Dzieje gospodarcze Wielkopolski w okresie zaborów (1815–1918)* [Wirtschaftsgeschichte Großpolens in der Zeit der Teilungen (1815–1918)]. Poznań 2001. Für Westpreußen sei vor allem auf die entsprechenden Abschnitte in SALMONOWICZ, S. (Hg.): *Historia Pomorza* [Geschichte Pommerns]. Bd. 4: (1850–1918). Teil 1: *Ustrój, gospodarka, społeczeństwo* [Staatform, Wirtschaft, Gesellschaft]. Toruń 2000 verwiesen. Große Aufmerksamkeit hat in der polnischen Forschung auch immer die Wirtschaftsgeschichte Oberschlesiens gefunden, vgl. dazu z. B. JAROS, J.: *Historia górnictwa węglowego w zagłębiu górnośląskim do 1914 r.* [Geschichte des Koh-

Insgesamt gelang es im Verlauf des 19. Jahrhunderts nicht, den ökonomischen Abstand zu verringern, der das östliche Europa von den Kernländern der industriellen Revolution und von jenen Ländern trennte, die von ihr bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts erfasst wurden. Nach Paul Bairochs Berechnungen betrug das Brutto-sozialprodukt pro Kopf in der Habsburgermonarchie und im übrigen östlichen Europa im Jahr 1800 ungefähr die Hälfte desjenigen in Großbritannien. Bis zum Jahr 1860 vergrößerte sich der Abstand für einen großen Teil dieser Länder noch, während eine ganze Reihe westeuropäischer Länder zu diesem Zeitpunkt schon eine beträchtliche industrielle Entwicklung durchlaufen und sich ihr Abstand zu Großbritannien deutlich verringert hatte. Im östlichen Europa stand die industrielle Revolution hingegen noch aus.¹⁴

Durch die Teilungen wurden bisherige wirtschaftliche Beziehungen auf dem Territorium des frühneuzeitlichen polnisch-litauischen Staates unterbrochen. Dies sowie die Belastungen, die mit der Zeit der napoleonischen Kriege einhergingen, und die weiteren territorialen Veränderungen bis 1815 führten zu einem ökonomischen Niedergang. Es begann nun ein langwieriger Prozess der Neuausrichtung der Wirtschaft der jeweiligen Teilungsgebiete auf die Staaten, denen sie einverleibt worden waren.

Das preußische Teilungsgebiet

Im preußischen Teilungsgebiet schuf die Grundentlastung, also die Aufhebung der auf den bäuerlichen Höfen liegenden Dienst- und Abgabepflichten sowie die Herstellung des vollen Eigentumsrechts der Bauern an ihren Höfen, vergleichsweise gute Aus-

lebergbaus im Oberschlesischen Becken bis 1914]. Wrocław 1965; POPIOŁEK, K.: *Górnoląski przemysł górniczo-hutniczy w drugiej połowie XIX wieku* [Die ober-schlesische Bergbau- und Hüttenindustrie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts]. Katowice 1965; MICHALKIEWICZ, S.: *Przemysł i usługi* [Industrie und Dienstleistungen]. In: MICHALKIEWICZ, S. (Hg.): *Historia Śląska* [Geschichte Schlesiens]. Bd. 3: 1850–1918. Teil 2: 1891–1918. Wrocław 1985, 133–208. Auch die deutsche Forschung hat der Wirtschaftsgeschichte dieses Gebiets, das zu den wichtigsten Industrie-regionen des Kaiserreichs zählte, mehr Aufmerksamkeit als Posen oder Westpreußen gewidmet, vgl. PIERENKEMPER, T. (Hg.): *Industriegeschichte Oberschlesiens im 19. Jahrhundert. Rahmenbedingungen, gestaltende Kräfte, infrastrukturelle Voraussetzungen, regionale Diffusion*. Wiesbaden 1992; sowie mehrere Beiträge in DERS. (Hg.): *Regionen und regionale Industrialisierung. Zur wirtschaftlichen Entwicklung ostmitteleuropäischer Regionen im 19. Jahrhundert*. Aachen 2009. Vgl. auch FUCHS, K.: *Wirtschaftsgeschichte Oberschlesiens. Aufsätze*. Dortmund 1981.

¹⁴ BAIROCH, P.: *Europe's Gross National Product, 1800–1975*. In: *Journal of European Economic History* 5 (1976), 273–340. Zu ähnlichen Ergebnissen wie Bairoch kommt Angus Maddison. Nach seinen Berechnungen erreichten die mittel- und osteuropäischen Länder im Jahr 1820 ein Brutto-sozialprodukt pro Kopf von 58 Prozent desjenigen der westeuropäischen Länder, während dieser Anteil bis 1870 auf 49 Prozent sank, vgl. MADDISON, A.: *Monitoring the World Economy, 1820–1992*. Paris 1995. Zusammenfassend BEREND: *History Derailed* (Anm. 3), 39 f.

gangsbedingungen für die Güter, eine auf Lohnarbeit beruhende, kapitalistische Landwirtschaft zu entwickeln, und begünstigte die Entstehung relativ großer, sich ebenfalls zunehmend auf die Marktproduktion orientierender und nicht selten mit Lohnarbeit wirtschaftender Bauernhöfe (→ III. B). Insbesondere förderte aber auch die industrielle Entwicklung in anderen Teilen Preußens und die dadurch erzeugte Nachfrage nach Nahrungsmitteln die Modernisierung der Landwirtschaft. Das in Großpolen vor der Teilung entstandene Textilgewerbe verschwand hingegen in den zwei bis drei Jahrzehnten nach 1815 weitgehend, da es von seinen alten Absatzmärkten – nicht zuletzt wegen der protektionistischen Zollpolitik des Königreichs Polen – abgeschnitten war und der Konkurrenz aus Schlesien und Sachsen nicht standzuhalten vermochte. Nicht wenige der großpolnischen Textilhandwerker und -unternehmer siedelten in die Lodzer Region im Königreich Polen um und trugen zur Entstehung der dortigen Industrie bei.¹⁵

In den agrarisch geprägten Gebieten des preußischen Teilungsgebiets entstanden vorwiegend Unternehmen der Nahrungsmittelindustrie wie Mühlen, Brauereien, Brennerien und schließlich auch Zuckerfabriken (vgl. Tabelle 1). Bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts spielte sich die Entwicklung solcher Unternehmen, die mit der Konkurrenz aus anderen Teilen Preußens, mit Kapitalmangel und häufig auch mit dem Fehlen einer ausreichenden Zahl qualifizierter Arbeitskräfte zu kämpfen hatten, allerdings auf einem niedrigen Niveau ab. Das Kapital stammte zu einem großen Teil von Gutsbesitzern.¹⁶ Erst für die Zeit nach 1870 sind eine deutliche Beschleunigung der Innovationen und ein deutlicherer Anstieg der Produktion feststellbar.¹⁷

TABELLE 1:
ANTEIL DER Nahrungsmittelindustrie AN DER GESAMTZAHL DER Gewerbebetriebe
IN DER PROVINZ POSEN 1849–1907 (IN PROZENT)

1849	1861	1875	1895	1907
68,7	61,9	71,9	59,1	53,4

Quelle: ŁUCZAK: *Dzieje gospodarcze* (Anm. 13), 256

¹⁵ MISSALOWA, G.: *Studia nad powstaniem łódzkiego okręgu przemysłowego 1815–1870* [Studien zur Entstehung des Lodzer Industriereviere 1815–1870]. Bd. 1: *Przemysł* [Industrie]. Łódź 1964, 59–73; ŁUCZAK, C.: *Przemysł i rzemiosło* [Industrie und Handwerk]. In: JAKÓBCZYK, W. (Hg.): *Dzieje Wielkopolski* [Geschichte Großpolens]. Bd. 2: *Lata 1793–1918*. Poznań 1973, 96–110, hier 96 f.

¹⁶ ŁUCZAK: *Dzieje gospodarcze* (Anm. 13), 72; LANDAU, Z./TOMASZEWSKI, J.: *Wirtschaftsgeschichte Polens im 19. und 20. Jahrhundert*. Berlin 1985, 25.

¹⁷ Zum technischen Fortschritt in der Industrie Großpolens ŁUCZAK: *Dzieje gospodarcze* (Anm. 13), 90–99.

Nach der Nahrungsmittelindustrie bildeten Maschinenbau und Metallverarbeitung den zweiten, vergleichsweise bedeutenden Industriezweig im preußischen Teilungsgebiet. Außer in den Küstenstädten Danzig und Elbing, in denen es bedeutende Werften gab, war sie vorwiegend auf die Bedürfnisse der Landwirtschaft ausgerichtet.¹⁸

Bis zur Mitte des Jahrhunderts hielten sich auch in der Landwirtschaft der technische Fortschritt und Neuerungen in den Anbaumethoden in engen Grenzen. Weiterhin dominierte die Dreifelderwirtschaft, und nur wenige Gutsbesitzer gingen zur Fruchtwechselwirtschaft über. Eine beschleunigte Modernisierung der Landwirtschaft setzte seit den 1850er Jahren ein. Der Verfall der europäischen Getreidepreise während der 1870er Jahre, der in erster Linie durch den Import amerikanischen Getreides ausgelöst wurde, konnte die Modernisierung der Landwirtschaft im preußischen Teilungsgebiet nicht wesentlich bremsen, zumal das Deutsche Reich 1879 zu einer protektionistischen Politik übergang und Schutzzölle einfuhrte.¹⁹ Die Modernisierung erfasste bald auch die größeren bäuerlichen Betriebe. Nach 1880 gab es in Großpolen nur noch wenige Bauern, die an der Dreifelderwirtschaft festhielten. In den 1890er Jahren verschwand sie fast ganz (vgl. Tabelle 5).²⁰

Zwischen 1900 und 1913 stiegen die Getreidepreise auf dem durch Schutzzölle abgeschirmten deutschen Markt um 25 Prozent. Dies förderte eine weitere Modernisierung der Landwirtschaft. Die Hektarerträge bei Getreide erreichten in Posen und Westpreußen nun das Niveau derjenigen im westlichen Deutschland und waren weit höher als in den anderen Teilungsgebieten.

¹⁸ WŁODARCZYK, E.: *Rozwój gdańskiego przemysłu i rzemiosła* [Die Entwicklung der Danziger Industrie und des Handwerks]. In: CIEŚLAK, E. (Hg.): *Historia Gdańska* [Geschichte Danzigs]. Bd. 4.1: 1815–1920. Sopot 1998, 303–340, hier 320; WAJDA, K.: *Przemysł i rzemiosło* [Industrie und Handwerk]. In: GROTH, A. (Hg.): *Historia Elbląga* [Geschichte Elbings]. Bd. 3.2: (1851–1920). Gdańsk 2001, 51–84. Vgl. auch CAUMANN, U./ESCH, M.G.: *Technischer Fortschritt und sozialer Wandel in deutschen Ostprovinzen. Wirkungen der industriellen Entwicklung in ausgewählten Städten und Kreisen im Vergleich (1850–1914)*. Bonn 1996, 56–84; TEBARTH, H.-J.: *Technischer Fortschritt und sozialer Wandel in den deutschen Ostprovinzen. Ostpreußen, Westpreußen und Schlesien im Zeitalter der Industrialisierung*. Berlin 1991, 167–183.

¹⁹ BOROWSKI, S.: *Rozwój rolnictwa* [Die Entwicklung der Landwirtschaft]. In: JAKÓBCZYK: *Dzieje Wielkopolski*, Bd. 2 (Anm. 15), 374–385; BOROWSKI, S.: *Rozwarstwienie wsi wielkopolskiej w latach 1807–1914. Studium statystyczne nad społecznymi następstwami włączenia wsi w orbitę rynku* [Die soziale Schichtung des großpolnischen Dorfes in den Jahren 1807–1914. Eine statistische Studie über die gesellschaftlichen Folgen der Einbeziehung des Dorfes in die Marktsphäre]. Poznań 1962.

²⁰ Zum technischen Fortschritt in der großpolnischen Landwirtschaft BOROWSKI, S.: *Rozwój mechanizacji pracy w rolnictwie Wielkopolski w latach 1823–1890* [Die Entwicklung der Mechanisierung der Arbeit in der Landwirtschaft Großpolens in den Jahren 1823–1890]. In: *Roczniki dziejów społecznych i gospodarczych* 18 (1956), 131–238; DERS.: *Rozwój mechanizacji pracy w rolnictwie Wielkopolski w latach 1890–1918* [Die Entwicklung der Mechanisierung der Arbeit in der Landwirtschaft Großpolens in den Jahren 1890–1918]. In: ebd. 19 (1957), 161–277.

TABELLE 2:
HEKTARERTRÄGE VON GETREIDE IN DER ZWEITEN HÄLFTE DES 19. JAHRHUNDERTS (IN DOPPELZENTNERN)

	Jahre	Winterweizen	Winterroggen	Wintergerste	Hafer
Provinz Posen	1878–1882	10,7	7,8	9,4	9,3
	1894–1898	11,9	10,6	11,8	9,8
	1909–1913	21,4	17,9	21,6 ²¹	19,7
Westpreußen	1878–1882	12,5	8,6	11,9	9,4
	1894–1898	16,3	9,0	12,5	10,3
	1909–1913	22,3	16,2	19,6 ²¹	19,2
Westgalizien ²²	1884–1888	7,2	5,5	8,7	8,0
	1896–1900	8,9	8,2	8,3	8,0
	1909–1913	10,6	10,7	10,5	10,8
Ostgalizien ²²	1884–1888	10,1	8,5	7,8	6,5
	1896–1900	9,8	8,1	7,1	6,0
	1909–1913	12,0	11,6	11,5	10,7
Kongresspolen ²²	1867–1870	8,0	5,5	7,2	4,6
	1896–1900	10,6	8,4	9,0	7,1
	1909–1913	12,4	10,9	11,5	9,5

Quelle: KOSTROWICKA, I.: *Rozmiary produkcji roslinnej w latach 1864–1914* [Umfang der Pflanzenproduktion in den Jahren 1864–1914]. In: BARANOWSKI/ARNOLD: *Zarys historii* (Anm. 32). Warszawa 1970, 362–378, hier 375.

Die Daten in Tabelle 2 zeigen den Entwicklungssprung, den die Landwirtschaft im preußischen Teilungsgebiet vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1913 erlebte. Sie verdeutlichen aber auch die großen Unterschiede zwischen den Teilungsgebieten. Setzt man die in der Provinz Posen in den Jahren 1894–1898 erzielten Weizen-Erträge gleich 100, dann wurden im selben Zeitraum in Westpreußen 139 Prozent dieser Erträge, in Kongresspolen 89 und in Galizien 61 Prozent erreicht. Ein Vergleich für das Jahr fünf von 1909–13 zeigt, dass sich die Unterschiede zwischen den Teilungsgebieten noch vergrößert, zwischen Posen und Westpreußen hingegen verringert hatten. Nun betragen die Erträge in Kongresspolen nur noch 58 und in Galizien nur noch 42 Prozent derjenigen in der Provinz Posen.²³

Trotz der im Vergleich mit den anderen polnischen Territorien günstigeren Entwicklung der Landwirtschaft verstärkte sich die periphere Stellung Posens und Westpreußens innerhalb des Deutschen Reiches. Sie zeigte sich nicht zuletzt darin, dass sie zu Regionen des »Exports« von Arbeitskräften in die industriellen Zentren Deutschlands, aber auch Nordamerikas, wurden (→ IV. H). So blieb die Entwicklung des Pro-Kopf-

²¹ Angaben für 1913.

²² Die Angaben für West- und Ostgalizien sowie für die Erträge in Kongresspolen in den Jahren 1867–1870 und für Gerste in allen drei aufgeführten Zeitabschnitten betreffen jeweils die Ernte für Winter- und Sommergetreide zusammen.

²³ LANDAU/TOMASZEWSKI: *Wirtschaftsgeschichte* (Anm. 16), 79.

Einkommens hinter derjenigen in anderen Teilen Preußens und des Deutschen Reiches bis zum Vorabend des Ersten Weltkriegs zurück.

Während beide Provinzen 1873 und 1883 noch ein höheres Durchschnittseinkommen als beispielsweise Schleswig-Holstein (77 Prozent) erreicht hatten und es auch noch leicht höher gelegen hatte als dasjenige in Ostpreußen und Pommern, bildeten sie 1913 diejenigen Regionen in Preußen und im Deutschen Reich, in denen das Pro-Kopf-Einkommen am geringsten war (vgl. Tabelle 3).²⁴

TABELLE 3:
PRO-KOPF-EINKOMMEN IN PROZENT DES PREUSSISCHEN DURCHSCHNITTS

	1873	1883	1913
Provinz Posen	90	88	62,2
Provinz Westpreußen	93	91	64,3

Quelle: ŁUCZAK, C.: *Od Bismarcka do Hitlera. Polsko-niemieckie stosunki gospodarcze* [Von Bismarck zu Hitler. Polnisch-deutsche Wirtschaftsbeziehungen]. Poznań 1988, 17 f.

Im Zuge des sich verschärfenden deutsch-polnischen Konflikts bekam spätestens mit dem Ansiedlungsgesetz von 1886 die Frage der nationalen Besitzverhältnisse eine wachsende politische Bedeutung (→ IV. A). Die Angehörigen der polnischen Bevölkerungsgruppe setzten sich gegen die zunehmende Diskriminierung und den Versuch, ihren ökonomischen Besitzstand zu reduzieren, durch Selbstorganisation zur Wehr. So entstanden als Reaktion auf die Benachteiligung ein starkes polnisches Genossenschaftswesen und andere nationale Wirtschaftsstrukturen.²⁵

Insgesamt entwickelten sich die Wirtschaft und die Landwirtschaft der ehemals polnischen Gebiete in Preußen in Abhängigkeit von den ökonomischen Zentren innerhalb des deutschen Wirtschaftsraums. Dazu trug auch der Ausbau des Eisenbahnwesens in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts bei, der diese Gebiete eng mit den übrigen Teilen des Deutschen Reichs verband, während es nur wenige Verbindungen in die andern polnischen Gebiete gab.²⁶ Dieses Abhängigkeitsverhältnis war in hohem Maße

²⁴ Vgl. auch CAUMANN, U.: *Technischer Fortschritt und sozialer Wandel in deutschen Ostprovinzen. Ein Vergleich mit ausgewählten Mittel- und Westprovinzen*. Bonn 1994. Die Studie vergleicht Ost- und Westpreußen sowie Schlesien mit Schleswig-Holstein, Sachsen und Westfalen.

²⁵ JAWORSKI, R.: *Handel und Gewerbe im Nationalitätenkampf. Studien zur Wirtschaftsgesinnung der Polen in der Provinz Posen (1871–1914)*. Göttingen 1986. Zum Genossenschaftswesen auch LORENZ, T./MÜLLER, U.: *National Segregation and Mass Mobilization: Polish Cooperatives in Poznan before the First World War*. In: LORENZ, T. (Hg.): *Cooperatives in Ethnic Conflicts*. Eastern Europe in the 19th and Early 20th Century. Berlin 2006, 183–200.

²⁶ Zum Ausbau der Eisenbahn in preußischer Zeit und ihren Folgen vgl. TEBARTH: *Technischer Fortschritt* (Anm. 18), 83–106.

dafür verantwortlich, dass das proto-industrielle Textilgewerbe in Großpolen weitgehend verschwand und sich auch später keine größeren Zentren industrieller Produktion entwickelten, aber auch dafür, dass günstige Entwicklungsbedingungen für die Landwirtschaft entstanden.

Die Landwirtschaft in Galizien und Kongresspolen

Anders als in Preußen hatten im österreichischen und russischen Teilungsgebiet weder der Verlauf der Bauernbefreiung entsprechend günstige Bedingungen für die Modernisierung der Landwirtschaft geschaffen (→ III. B/F), noch boten die Integration in die Ökonomien der beiden Teilungsmächte entsprechende Anreize. Mehr noch, hier behinderte die Konkurrenz von Agrarproduzenten aus anderen Regionen des Russischen Reiches und der Habsburgermonarchie die Entwicklung der Landwirtschaft.

Die Entschädigung der Gutsbesitzer für die Aufhebung der Frondienste fiel geringer aus als in Preußen, so dass sie weniger Kapital für die durch ihren Wegfall erforderlichen Investitionen und für Modernisierungsmaßnahmen zur Verfügung hatten.²⁷ Zudem blieb eine große Zahl kleinerer, nur wenig in die Marktproduktion eingebundener Bauernwirtschaften erhalten, die kaum zu einer Kapitalakkumulation und zu Innovationen in der Lage waren. Vor allem in Galizien führte die in den meisten Gebieten vorherrschende Erbteilung dazu, dass die Zahl der Bauernstellen, die ihre Besitzer nur notdürftig oder nur teilweise ernähren konnten, sich weiter vergrößerte. Hier erhöhte sich die Zahl der Höfe von ungefähr 585 000 im Jahr 1857 auf über eine Million im Jahr 1902.²⁸ Zwar stieg die insgesamt von den Bauern bewirtschaftete Fläche durch Parzellierung von Gutsland und durch die Einbeziehung bisheriger Brachflächen an. Dies vermochte jedoch nicht den Anstieg der Zahl der Bauernstellen zu kompensieren.²⁹

²⁷ Zu den Umstellungsschwierigkeiten der Gutsbetriebe in Westgalizien ŚLUSAREK, K.: *Uwłaszczenie chłopów w Galicji zachodniej* [Die Grundentlastung in Westgalizien]. Kraków 2002, 117–152.

²⁸ RUDOLPH, R. L.: *The East European Peasant Household and the Beginnings of Industry: East Galicia, 1786–1914*. In: KOROPECKYJ, I. S. (Hg.): *Ukrainian Economic History. Interpretive Essays*. Cambridge, Ma. 1991, 339–382, hier 347.

²⁹ Umfangreiches statistisches Material zur Struktur des Landbesitzes in Galizien bei VNECHAK, D.: *Informator statystyczny do dziejów rolnictwa w Galicji. Struktura agrarna własności chłopskiej w Galicji w dobie autonomii* [Statistische Informationen zur Geschichte der Landwirtschaft in Galizien. Die Agrarstruktur des bäuerlichen Besitzes in Galizien in der Autonomieperiode]. Kraków 1983 und WILPERT-KOLKIEWICZ, B.: *Informator statystyczny do dziejów społeczno-gospodarczych Galicji. Struktura agrarna wielkiej własności ziemskiej (tabularnej) w Galicji w dobie autonomicznej* [Statistische Informationen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Galiziens. Die Agrarstruktur des Großgrund-(Tabular-)Besitzes in Galizien in der Autonomieperiode]. Kraków 1989. Zum Wandel der Eigentumsstruktur des bäuerlichen Besitzes auch STYS, W.: *Rozdrobienie gruntów chłopskich w byłym zaborze austriackim od roku 1787 do 1931* [Die Zersplitterung des bäuerlichen Grundbesitzes im ehemaligen österreichischen Teilungsgebiet von 1787 bis 1931]. Lwów 1931.

Ähnlich war die bäuerliche Besitzstruktur in Kongresspolen. Allerdings war hier der Anteil der größeren Flächen bewirtschaftenden Bauern etwas höher, da schon vor der Grundentlastung viele kleinere Höfe mit weniger als drei Morgen von den Gütern eingezogen worden waren.³⁰ In beiden Teilungsgebieten stieg die Bevölkerung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts beträchtlich an, nämlich in Galizien von ungefähr 4,6 Millionen im Jahr 1857 auf über 8 Millionen 1910 und in Kongresspolen von 4,8 Millionen im Jahr 1860 auf 12,1 Millionen fünfzig Jahre später.³¹ Weder in Kongresspolen noch in Galizien war die Industrie in der Lage, der wachsenden Bevölkerung einen Lebensunterhalt zu sichern, so dass die Zahl der Menschen zunahm, die ihr Auskommen ganz oder teilweise von der Landwirtschaft bestreiten mussten.

TABELLE 4:
FLÄCHEN DER BAUERNHÖFE AM BEGINN DES 20. JAHRHUNDERTS

Höfe nach Größe in ha	Galizien 1902			Provinz Posen 1907			Kongresspolen 1905		
	% der Höfe	% des Bodens	Hofgröße: Ø in ha*	% der Höfe	% des Bodens	Hofgröße: Ø in ha*	% der Höfe	% des Bodens	Hofgröße: Ø in ha*
bis 2	44	16	1,5	67	6	0,5	25	5	1,1
2–5	37	33	3,9	9	7	4,0	40	26	3,9
5–20	18	40	9,4	19	47	12,9	33	56	9,8
über 20	1	11	43,3	5	40	48,3	2	13	34,0
gesamt	100	100	4,3	100	100	5,7	100	100	5,8

Quelle: JEZIERSKI/LESZCZYŃSKA: *Historia gospodarcza* (Anm. 39), 168.

* durchschnittliche Größe in Hektar der Höfe dieser Größengruppe

³⁰ Zum Wandel der bäuerlichen Besitzstruktur CHOMAĆ, R.: *Struktura agrarna Królestwa Polskiego na przełomie XIX i XX wieku* [Die Agrarstruktur des Königreichs Polen an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert]. Warszawa 1970; BRODOWSKA, H.: *Historia społeczno-gospodarcza chłopów polskich w zaborze rosyjskim* [Die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der polnischen Bauern im russischen Teilungsgebiet]. In: INGLOT, S. (Hg.): *Historia chłopów polskich* [Geschichte der polnischen Bauern]. Bd. 2: *Okres zaborów* [Die Teilungszeit]. Warszawa 1972, 290–462, hier 404–417; KIENIEWICZ, S.: *The Emancipation of the Polish Peasantry*. Chicago 1969, 180–185.

³¹ Für Galizien MARK, R.: *Galizien unter österreichischer Herrschaft. Verwaltung – Kirche – Bevölkerung*. Marburg 1994, 70. Ausführlich zur demographischen Entwicklung Galiziens auch ZAMORSKI, K.: *Transformacja demograficzna w Galicji na tle przemian ludnościowych innych obszarów Europy Środkowej w drugiej połowie XIX i na początku XX wieku* [Die demographische Transformation Galiziens vor dem Hintergrund des Bevölkerungswandels anderer Gebiete Mitteleuropas in der zweiten Hälfte des 19. und am Beginn des 20. Jahrhunderts]. Kraków 1991; DERS.: *Informator statystyczny do dziejów społeczno-gospodarczych Galicji. Ludność Galicji w latach 1857–1910* [Statistische Informationen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Galiziens. Die Bevölkerung Galiziens in den Jahren 1857–1910]. Kraków 1989. Für Kongresspolen Angaben nach GIEYSZTOROWA, I.: *Ludność* [Bevölkerung]. In: MAĆZAK, A. (Hg.): *Encyklopedia historii gospodarczej Polski do 1945 roku* [Enzyklopädie der Wirtschaftsgeschichte Polens bis zum Jahr 1945]. Bd. 1: A–N. Warszawa 1981, 429–441, hier 434.

In den ersten Jahrzehnten nach der Grundentlastung waren in der bäuerlichen Landwirtschaft gegenüber der ersten Hälfte des Jahrhunderts kaum Veränderungen zu bemerken. Erst seit den 1880er Jahren wurde die Dreifelderwirtschaft nach und nach durch den Fruchtwechsel abgelöst und damit auch die Brachflächen reduziert (Tabelle 5). Nun verbreiteten sich auch verbesserte landwirtschaftliche Geräte, darunter eiserne Pflüge.³²

TABELLE 5:
ANTEIL DER BRACHE AN DEN ÄCKERFLÄCHEN (IN PROZENT)

	1878	1900
Provinz Posen	12,7	3,5
Kongresspolen	23,2	11,6
Galizien	19,1	11,5

Quelle: ŁUKASIEWICZ: *Drogi rozwoju* (Anm. 33), 35.

Bei der Mechanisierung der Landwirtschaft blieben Galizien und in ähnlichem Maße Kongresspolen allerdings hinter dem preußischen Teilungsgebiet zurück. So erhöhte sich in Galizien die Zahl der mechanischen Dreschmaschinen in den Jahren 1898–1902 um mehr als das Zweifache. Trotzdem besaßen weiterhin nur 63 Prozent der Güter über 100 ha und nur 26 Prozent der Betriebe zwischen 20 und 100 ha ein solches Gerät, während es in der Provinz Posen schon zwanzig Jahre früher 92 Prozent aller Güter dieser Größe gewesen waren. Auch in Kongresspolen war die Mechanisierung der Landwirtschaft gering. So verfügten im Gouvernement Warschau 1895 nur vier Prozent aller Höfe zwischen 10 und 50 ha über eine Dreschmaschine, in der Provinz Posen dagegen 52 Prozent der Höfe dieser Größenkategorie.³³

Seit dem Ende der 1890er Jahre wurde in Galizien und in Kongresspolen vermehrt Mineraldünger eingesetzt. Während aber im Jahr 1913/14 der Düngereinsatz im preußischen Teilungsgebiet bei mehr als 360 kg pro Hektar lag, betrug er in Galizien nur 42

³² Vgl. die entsprechenden Abschnitte in BARANOWSKI, B./ARNOLD, S. (Hg.): *Zarys historii gospodarstwa wiejskiego* [Abriss der ländlichen Wirtschaftsgeschichte]. Bd. 3. Warszawa 1970, 265–311.

³³ ŁUKASIEWICZ, J.: *Drogi rozwoju rolnictwa na ziemiach polskich* [Entwicklungswege der Landwirtschaft]. In: KIENIEWICZ, S. (Hg.): *Polska XIX wieku. Państwo, społeczeństwo, kultura* [Polen im 19. Jahrhundert. Staat, Gesellschaft, Kultur]. Warszawa 1986, 13–56, hier 37. Zur Mechanisierung der Landwirtschaft auch BARTYS, J.: *Początki mechanizacji rolnictwa polskiego* [Anfänge der Mechanisierung der polnischen Landwirtschaft]. Wrocław 1966; DERS.: *Die Anfänge der Mechanisierung in der polnischen Landwirtschaft*. In: *Studia Historiae Oeconomicae* 3 (1968), 135–157.

und in Kongresspolen 45 kg.³⁴ Allerdings kam es nun auch in Kongresspolen und Galizien zu einem Anstieg der Erträge (vgl. Tabelle 2). Der Lemberger Wirtschaftshistoriker und Soziologe Franciszek Bujak konstatierte insbesondere für das letzte Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg im Vergleich mit der vorhergehenden Zeit einen bedeutenden Fortschritt in der galizischen Landwirtschaft.³⁵

Auch der Viehbestand nahm zu.³⁶ Dies betraf insbesondere die Schweinezucht, die in erster Linie von Bauern und nicht von den Gütern betrieben wurde. Aber auch die Zunahme des Viehbestands blieb in Galizien und Kongresspolen deutlich geringer als im preußischen Teilungsgebiet (vgl. Tabelle 6).

TABELLE 6:
ANSTIEG DES RINDER- UND SCHWEINEBESTANDS 1849–1912 IN PROZENT

	Rinder	Schweine
Posen	71	328
Kongresspolen	48	(62) ³⁷
Galizien	50	172

Quelle: ŁUKASIEWICZ: *Drogi rozwoju* (Anm. 33), 49.

Die Zahlen zur Gesamtentwicklung der Landwirtschaft Kongresspolens täuschen allerdings darüber hinweg, dass es in den westlichen Landesteilen, die bessere Exportmöglichkeiten besaßen und die in der Nähe industrieller Zentren lagen, eine stärkere Modernisierung gab. In den abgelegenen Gebieten konnten hingegen auch die Gutsbesitzer

³⁴ ŁUKASIEWICZ: *Drogi rozwoju* (Anm. 33), 39 f.

³⁵ BUJAK, F.: *Rozwój gospodarczy Galicji (1772–1914)* [Die wirtschaftliche Entwicklung Galiziens (1772–1914) – Erstdruck: Lwów 1917]. In: DERS.: *Wybór pism* [Ausgewählte Schriften]. Bd. 2. Warszawa 1976, 342–397, 381 f. Vgl. aber HRYNIUK, S.: *Peasants with Promise: Ukrainians in Southeastern Galicia 1880–1900*. Edmonton 1991, 115–170, die für fünf von ihr untersuchte südostgalizische Bezirke schon für die Zeit vor der Jahrhundertwende einen beachtlichen ökonomischen Fortschritt feststellt. Zur galizischen Pflanzenproduktion detailliert auch FRANASZEK, P.: *Produkcja roślinna w Galicji doby autonomicznej* [Pflanzenproduktion in Galizien in der Autonomieperiode]. Kraków 1995; DERS.: *Informator statystyczny do dziejów społeczno-gospodarczych Galicji. Rolnictwo w Galicji w dobie autonomii* [Statistische Informationen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Galiziens. Die Landwirtschaft in Galizien in der Autonomieperiode]. Teil 1: *Produkcja roślinna* [Pflanzenproduktion]. Kraków 1992.

³⁶ BARANOWSKI, S.: *Chów zwierząt gospodarskich* [Tierzucht]. In: DERS./ARNOLD: *Zarys dziejów* (Anm. 32), 490–571.

³⁷ Die statistischen Angaben zum Schweinebestand in Kongresspolen nach der Jahrhundertwende sind bezweifelt worden. Vermutlich gab es mehr Schweine, vgl. ŁUKASIEWICZ: *Drogi rozwoju* (Anm. 33), 45 f.

häufig nicht das nötige Kapital für Investitionen erwirtschaften oder besaßen nicht die erforderlichen Kenntnisse.³⁸

Impulse für Investitionen gingen von den sich verbessernde Exportmöglichkeiten seit den 1850er Jahren aus, als Großbritannien die bisherigen Einfuhrbeschränkungen für Getreide aufhob. Der Wert des aus Kongresspolen ausgeführten Getreides stieg von 1,5 Millionen Rubel im Jahr 1856 auf 20 Millionen im Jahr 1874 an.³⁹ Seit Mitte der 1870er Jahre sanken allerdings infolge des wachsenden Imports amerikanischen Getreides und Fleisches die europäischen Agrarpreise, so dass die Konkurrenzfähigkeit der kongresspolnischen Agrarproduzenten abnahm und der Export zurückging. In Kongresspolen selbst sanken die Preise erst seit Beginn der 1880er Jahre, als Getreide und Fleisch aus anderen Teilen des Russischen Reiches, insbesondere aus der Ukraine, in zunehmender Menge eingeführt wurden.⁴⁰

In Galizien verminderten sich die Preise für Getreide schon seit Mitte der 1870er Jahre. Dazu trug hier vor allem der Import aus Ungarn bei. Seit den 1890er Jahren wurden Galizien und Kongresspolen in wachsendem Maße zu Nettoimporteuren von Getreide.⁴¹ Von der Agrarkrise waren vor allem die Güter und die größeren Bauern betroffen, die einen hohen Anteil ihrer Produkte vermarkteten. In Galizien wurden zwischen 1876 und 1897 fast die Hälfte aller Gutsbetriebe zwangsversteigert. Nicht wenige wurden ganz oder teilweise parzelliert, so dass der Anteil des bäuerlichen Eigentums am landwirtschaftlich genutzten Land in Galizien von 57,6 Prozent im Jahr 1859 über 62,8 Pro-

³⁸ GRONIEWSKI, K.: *Kwestia agrarna w Królestwie Polskim 1871–1914* [Die Agrarfrage im Königreich Polen 1871–1914]. Warszawa 1966, 60–105. Zu einer der rückständigeren Regionen KACZYŃSKA, E.: *Spółeczeństwo i gospodarka północno-wschodnich ziem Królestwa Polskiego w okresie rozkwitu kapitalizmu* [Gesellschaft und Wirtschaft in den nordöstlichen Gebieten des Königreichs Polen in der Zeit des Aufblühens des Kapitalismus]. Warszawa 1974.

³⁹ JEZIERSKI, A./LESZCZYŃSKA, C.: *Historia gospodarcza Polski* [Wirtschaftsgeschichte Polens]. Warszawa 2002, 169f. Vgl. dazu auch CABAN, W.: *O działaniach modernizacyjnych ziemiaństwa w Królestwie Polskim w dobie przeduwłaszczeniowej* [Die Modernisierungsaktivitäten der Gutsbesitzerschaft im Königreich Polen vor der Grundentlastung]. In: DERS./MARKOWSKI, M. B. (Hg.): *Wies a dwór na ziemiach polskich w XIX i XX wieku* [Dorf und Gutshof in den polnische Ländern während des 19. und 20. Jahrhunderts]. Kielce 1999, 33–45. Vgl. auch die Beiträge in DIES. (Hg.): *Aktywność gospodarcza ziemiaństwa w Polsce w XVIII–XX wieku* [Wirtschaftliche Aktivitäten der Gutsbesitzerschaft in Polen vom 18. bis 20. Jahrhundert]. Kielce 1993.

⁴⁰ ŁUKASIEWICZ, J.: *Kryzys agrarny na ziemiach polskich w końcu XIX wieku* [Die Agrarkrise in den polnischen Gebieten am Ende des 19. Jahrhunderts]. Warszawa 1968, 113–130. Zu den Importen aus anderen Teilen des Russische Reiches als Entwicklungshindernis für die kongresspolnische Landwirtschaft JEZIERSKI, A.: *Problemy wzrostu gospodarczego Polski w XIX wieku* [Probleme des Wirtschaftswachstums Polens im 19. Jahrhundert]. In: KIENIEWICZ: *Polska* (Anm. 33), 93–121, hier 105 f.

⁴¹ ŁUKASIEWICZ: *Kryzys agrarny* (Anm. 40), 132–134, 225 f.

zent im Jahr 1902 auf 66 Prozent im Jahr 1910 anstieg.⁴² In Kongresspolen erhöhte sich der Anteil bäuerlichen Landes von 38 Prozent um 1870 auf 49 Prozent im Jahr 1910.⁴³

Eine lange und kontrovers diskutierte Frage bildet die Bedeutung der jüdischen Bevölkerungsgruppe für die wirtschaftliche Entwicklung der polnischen Territorien im 19. Jahrhundert. Dies betrifft insbesondere die Rolle von Juden in der ländlichen Ökonomie. Traditionell übten Juden in den ehemals polnischen Territorien die Funktionen einer *middleman minority* aus, die, positioniert zwischen adliger Oberschicht und bäuerlicher Landbevölkerung, im Handel, als Pächter von Schenken und anderen Gutsbetrieben sowie im Kreditwesen zentrale ökonomische Vermittlungsfunktionen übernahm.⁴⁴ Um 1880 waren in Galizien noch 84,5 Prozent aller im Handel und im Schankwesen Beschäftigten Juden.⁴⁵ Ihr Anteil am Handel in Kongresspolen war am Ende des Jahrhunderts mit etwas unter 80 Prozent nur wenig geringer.⁴⁶ Allerdings waren Juden im übrigen russischen Teilungsgebiet schon in der ersten Jahrhunderthälfte in größerer Zahl aus dem Schankwesen verdrängt worden, so dass ihr Anteil dort niedriger als in Galizien war.⁴⁷

Die Rolle von Juden in der ländlichen Ökonomie ist lange Zeit vor allem aus zwei Perspektiven diskutiert worden: einerseits wurden Juden – im Kontext antisemitischer Diskurse – schon seit der frühen Neuzeit als Ausbeuter und Verderber der Bauern attackiert und für das bäuerliche Elend verantwortlich gemacht. Auch in Diskussionen des 19. Jahrhunderts über eine Reform der ländlichen Verhältnisse und eine Verbesserung der bäuerlichen Landwirtschaft wurden sie vorwiegend als Hindernisse gesellschaftlicher und ökonomischer Modernisierung betrachtet, und das ebenfalls fast immer in einer mehr oder weniger antisemitischen Weise.⁴⁸ Andererseits galten sie in Darstellun-

⁴² Ebd., 231. Zum Anstieg des bäuerlichen Landbesitzes in Galizien nach der Jahrhundertwende trug auch das von den Arbeitsmigranten ins Land gebrachte Geld bei.

⁴³ JEZERSKI/LESZCZYŃSKA: *Historia gospodarcza* (Anm. 39), 167 f.

⁴⁴ Zur Diskussion über *middleman minorities* in der ökonomischen Theorie ausführlich TOKARSKI, S.: *Ethnic Conflict and Economic Development: Jews in Galician Agriculture 1868–1914*. Warszawa 2003, 1–33.

⁴⁵ SCHIPER, I.: *Dzieje handlu żydowskiego na ziemiach polskich* [Die Geschichte des jüdischen Handels in den polnischen Gebieten]. Warszawa 1937, 444–447. Mit leicht abweichenden Zahlen WRÓBEL, P.: *The Jews of Galicia under Austrian-Polish Rule, 1869–1918*. In: *Austrian History Yearbook* 25 (1994), 97–138, hier 105–111. Vgl. auch ANDLAUER, T.: *Die jüdische Bevölkerung im Modernisierungsprozess Galiziens (1867–1914)*. Frankfurt a.M. 2001, 241–275.

⁴⁶ WRÓBEL, P.: *Przed odzyskaniem niepodległości* [Vor der Wiedererlangung der Unabhängigkeit]. In: TOMASZEWSKI, J. (Hg.): *Najnowsze dzieje Żydów w Polsce w zarysie (do 1950 roku)* [Abriss zur neuesten Geschichte der Juden in Polen (bis 1950)]. Warszawa 1993, 11–139, hier 37.

⁴⁷ HENSEL, J.: *Polnische Adelsnation und jüdische Vermittler, 1815–1830. Über den vergeblichen Versuch einer Judenemanzipation in einer nicht emanzipierten Gesellschaft*. In: *Forschungen zur osteuropäischen Geschichte* 32 (1983), 7–227, hier 71–84.

⁴⁸ STRUVE, K.: *Bauern und Nation in Galizien. Über Zugehörigkeit und soziale Emanzipation im 19. Jahrhundert*. Göttingen 2005, 384–431.

gen, die die Erfahrungen von Juden einbezogen und die Entwicklung der jüdischen Gemeinschaft selbst in den Mittelpunkt stellten, gerade in hohem Maße als Opfer des gesellschaftlichen Wandels.⁴⁹ Dies zeigte sich in einer zunehmenden Verarmung der großen Masse der Juden, zu deren Ursachen gehörte, dass Juden in den Bereichen der Wirtschaft, in denen sie in der ständischen Gesellschaft dominiert hatten, nun einem wachsenden Konkurrenz- und Verdrängungsdruck von Seiten der christlichen Bevölkerung ausgesetzt waren.⁵⁰ Dabei ist die tatsächliche Rolle der jüdischen *middleman minority* für die Modernisierung der bäuerlichen Landwirtschaft lange Zeit kaum näher untersucht worden. In einer neueren Studie kommt Sławomir Tokarski für Galizien nun zu differenzierten Ergebnissen. Er argumentiert, dass Netzwerke jüdischer Händler in manchen Gegenden zur Erhöhung der Marktquote bäuerlicher Produzenten und damit auch zu Innovationen in der Landwirtschaft beitrugen, dass sie in anderen Gegenden aber Innovationen verhinderten.⁵¹

Die Industrie in Kongresspolen und Galizien

Kongresspolen war das einzige Teilungsgebiet, in dem während des 19. Jahrhunderts bedeutendere industrielle Zentren entstanden. Es kann daher anders als Galizien und das preußische Teilungsgebiet nicht als interne ökonomische Peripherie charakterisiert werden, da gerade die westlichen Randgebiete zu den am frühesten und stärksten industrialisierten Regionen des Russischen Reiches gehörten.

Schon in der Zeit vor dem Novemberaufstand von 1830/31, als das Königreich Polen einen relativ hohen Grad an Autonomie genoss, hatte dessen Regierung sich intensiv um den Aufbau industrieller Produktionsstätten bemüht (→ III. B). Dies bedeutete nicht nur, dass Schutzzölle eingeführt wurden, sondern auch, dass der Staat in den Bergbau und die Metallverhüttung investierte, zunächst in erster Linie im sogenannten Altpolnischen Becken nördlich von Kielce und später dann vor allem im Dąbrowa-Becken an der Grenze zu Schlesien. Allerdings blieben die staatlich initiierten Unternehmensgründungen, wie sich spätestens in den 1840er Jahren zeigte, defizitär. Die Investitionen erzeugten kein dauerhaftes, sich selbst tragendes industrielles Wachstum. Angesichts einer stagnierenden Landwirtschaft und der geringen Entwicklung anderer Gewerbezweige bestand keine ausreichende Nachfrage nach den Produkten der

⁴⁹ Vgl. dazu auch GUESNET, F.: *Polnische Juden im 19. Jahrhundert. Lebensbedingungen, Rechtsnormen und Organisation im Wandel*. Köln 1998, 87–176.

⁵⁰ Zu den Zielen der polnischen bäuerlichen Genossenschaftsbewegung und anderer Selbsthilfeinitiativen zählte meist auch die Verdrängung der Juden aus der ländlichen Ökonomie, vgl. STRUVE, K.: *Peasant Emancipation and National Integration. Agrarian Circles, Village Reading Rooms, and Cooperatives in Galicia*. In: LORENZ: *Cooperatives* (Anm. 25), 229–249.

⁵¹ TOKARSKI: *Ethnic Conflict* (wie Anm. 44).

Schwerindustrie. Nach dem Januaraufstand von 1863/64 wurden die noch bestehenden Betriebe privatisiert und, häufig mit Hilfe ausländischen Kapitals, modernisiert, als vor dem Hintergrund eines vergleichsweise starken Wachstums anderer Bereiche der Wirtschaft bessere Bedingungen für den Bergbau und die Metallverhüttung entstanden.⁵²

Die Industrie Kongresspolens entwickelte sich in hohem Maße in Abhängigkeit vom russischen Markt. Allerdings ist die Bedeutung dieses Verhältnisses, insbesondere für die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts, lange Zeit kontrovers diskutiert worden.⁵³ Noch 1820 waren über 80 Prozent des Exports des Königreichs Polen nach Westen gegangen – 1900 waren es hingegen 77 Prozent, die nach Osten exportiert wurden.⁵⁴ Schon in den 1820er Jahren setzte eine schnelle Reorientierung der Exporte nach Osten ein, als die europäischen Staaten zu einer protektionistischen Politik übergingen. Für die kongresspolnische Wirtschaft erschwerte dies den Export nach Westen, begünstigte jedoch den Export nach Osten, nachdem auch Russland 1822 Schutzzölle eingeführt hatte. Zwar wurden auch an der Grenze zum Königreich Polen Zölle erhoben. Allerdings waren sie niedriger als diejenigen für die Einfuhr aus anderen Ländern und schufen so für die Industrie des Königreichs Polen einen relativen Vorteil auf dem russischen Markt und damit günstige Bedingungen für das Gewerbe im Königreich, insbesondere für die Textilindustrie.

Nach dem Novemberaufstand wurden die Zölle an der Grenze zu Russland erhöht. Dies führte zu einem Rückgang des Exports und trug zu einer Krise unter den Produzenten von Wollstoffen im Königreich bei, von denen etliche ihre Produktion nach Białystok verlagerten, um die Zölle zu umgehen. Damit entstand ein weiteres Zentrum der Textilproduktion in den polnischen Territorien.⁵⁵ Die Baumwollindustrie blieb von den Auswirkungen der Zollerhöhungen weitgehend verschont, da sie ihre Abnehmer

⁵² JEDLICKI, J.: *Nieudana próba kapitalistycznej industrializacji. Analiza państwowego gospodarstwa przemysłowego w Królestwie Polskim XIX wieku* [Ein misslungener Versuch kapitalistischer Industrialisierung. Eine Analyse staatlicher Industriewirtschaft im Königreich Polen im 19. Jahrhundert]. Warszawa 1964.

⁵³ Diese Frage bildete nicht zuletzt einen zentralen Gegenstand des Konflikts zwischen dem internationalistischen und dem nationalen Flügel der polnischen Sozialdemokratie um die Jahrhundertwende. So leitete Rosa Luxemburg aus der von ihr angenommen hohen Integration der kongresspolnischen und russländischen Ökonomie ab, dass die nationale Unabhängigkeit kein Ziel der Arbeiterbewegung in Polen sein könne, vgl. LUXEMBURG, R.: *Die industrielle Entwicklung Polens. Inaugural-Dissertation (1898)*. In: DIES.: *Gesammelte Werke*. Bd. 1: 1893 bis 1905. Erster Halbband. Berlin 1970, 113–216.

⁵⁴ JEZERSKI, A.: *Handel zagraniczny Królestwa Polskiego 1815–1914* [Der Außenhandel des Königreichs Polen]. Warszawa 1967, 192 u. passim.

⁵⁵ WERWICKI, A.: *Białostocki okręg przemysłu włókienniczego do 1945 roku. Czynniki rozwoju i zagadnienia lokalizacyjne* [Das Textilindustriegebiet von Białystok bis 1945. Entwicklungsfaktoren und Lokalisierungsfragen]. Warszawa 1957.

vorwiegend innerhalb des Königreiches fand.⁵⁶ 1851 wurde die Zollgrenze schließlich im Zusammenhang mit verschiedenen Maßnahmen, die den autonomen Status des Königreiches weiter einschränkten, ganz aufgehoben. Die damit verbesserten Exportmöglichkeiten in andere Teile des Russischen Reiches bildeten allerdings nur einen unter mehreren Faktoren für den in den 1850er Jahren einsetzenden Aufschwung der Industrie, vor allem der Textilindustrie. Die Zeit vom Beginn der 1850er bis Mitte der 1880er Jahre war diejenige Periode, in der in Kongresspolen die Manufakturproduktion durch die mechanisierte Fabrikproduktion abgelöst und letztere zur dominierenden Produktionstechnik in den zentralen Industriezweigen wurde.⁵⁷ Diese Umstellung wurde offenbar vor allem durch die steigende Kaufkraft des kongresspolnischen Binnenmarkts ausgelöst. Sie war auf die Agrarkonjunktur dieser Zeit und seit 1864 auch auf die Grundentlastung zurückzuführen. Erst in den 1880er Jahren trat der Export nach Osten in den Vordergrund, als infolge der Agrarkrise der Absatz auf dem Binnenmarkt zurückging. Der Export ermöglichte nun ein schnelles, weiteres Wachstum der Textilindustrie (vgl. Tabelle 7).⁵⁸

TABELLE 7:
EXPORT UND ABSATZ AUF DEM BINNENMARKT DER TEXTILPRODUKTION DES KÖNIGREICHS POLEN
(IN MIO. RUBELN)

	Export nach Russland	Verkauf in Kongresspolen
1851	–	6,0
1856	–	6,8
1861		14,7
1866	3,6	20,7
1871	7,2	29,9
1876	6,8	27,6
1881	37,7	29,6

Quelle: JEZERSKI: *Handel zagraniczny* (Anm. 54), 110.

⁵⁶ JEZERSKI: *Handel zagraniczny* (Anm. 54), 16–25; MISSAŁOWA, G. u.a.: *Przemysł włókienniczy* [Textilindustrie]. In: PIETRZAK–PAWŁOWSKA, I. (Hg.): *Uprzemysłowienie ziem polskich w XIX i XX wieku. Studia i materiały* [Die Industrialisierung der polnischen Länder im 19. und 20. Jahrhundert. Studien und Materialien]. Wrocław 1970, 219–276, hier 219–221.

⁵⁷ ŁUKASIEWICZ, J.: *Przewrót techniczny w przemyśle Królestwa Polskiego 1852–1886* [Die technische Umwälzung in der Industrie des Königreiches Polen 1852–1886]. Warszawa 1963. Die Einführung der neuen mechanisierten Produktionstechniken wurde zudem durch den Bau von Eisenbahnverbindungen befördert. In den Jahren 1845–48 war die Linie Warschau–Wien fertiggestellt worden, die die Kohlegruben und Industriebetriebe im Dąbrowa-Becken mit Warschau als dem wichtigsten wirtschaftlichen Zentrum Kongresspolens verknüpfte. Zehn Jahre später wurde Oberschlesien an diese Linie angeschlossen und 1866 auch eine Verbindung nach Lodz geschaffen.

⁵⁸ JEZERSKI: *Handel zagraniczny* (Anm. 54), 65–72.

Seit 1877 war das Russische Reich durch hohe Schutzzölle nach außen abgeschirmt, ohne dass sich in Russland selbst schon eine leistungsfähige Industrie entwickelt hatte. Dies schuf besonders günstige Bedingungen für die polnische Industrie, die nun ungehindert auf dem russischen Markt expandieren konnte. Seit den 1890er Jahren setzte allerdings in Russland selbst ein Industrialisierungsschub ein, durch den der kongresspolnischen Industrie neue Konkurrenz erwuchs.⁵⁹ Dies trug dazu bei, dass sich der Anteil Russlands am kongresspolnischen Export von 77 Prozent im Jahr 1900 auf 67 Prozent im Jahr 1910 verminderte.

TABELLE 8:
AUSSENHANDEL KONGRESSPOLENS: HANDELSUMSATZ UND HANDELSBILANZ
(IN MIO. RUBEL IN PREISEN VON 1910)

	Handelsumsatz westl. Länder	Handelsumsatz Russland	Handelsumsatz insgesamt	Handelsbilanz westl. Länder	Handelsbilanz Russland	Handelsbilanz insgesamt
1850	11,7	3,9	15,6	-3,1	-1,9	-5,0
1865	31,5	25,8	57,3	-0,7	-3,6	-4,3
1870	74,1	48,6	122,7	+1,1	+2,4	+3,5
1880	173,0	73,0	246,0	-37,0	+21,0	-16,0
1890	128,0	287,0	415,0	-30,0	+101,0	+71,0
1900	183,0	627,0	810,0	-69,0	+163,0	+94,0
1910	397,0	816,0	1213,0	-187,0	+214,0	+27,0

Quelle: JEZERSKI: *Handel zagraniczny* (Anm. 54), 91, 151; KAHAN: *Rußland und Kongreßpolen* (Anm. 59), 598.

Die Wirtschaft Kongresspolens war am Vorabend des Ersten Weltkriegs dennoch weiterhin eng mit derjenigen Russlands verflochten. So bezog Kongresspolen nicht nur Rohstoffe (vor allem Baumwolle, Wolle und Eisenerz) aus Russland und lieferte Industrieprodukte, vielmehr hatte sich in der Schwerindustrie und in der Textilwirtschaft auch eine Arbeitsteilung zwischen Produktionsstätten in Kongresspolen und in Russland entwickelt, bei der Halbfertigprodukte nach Russland exportiert oder von dort

⁵⁹ Vgl. auch DERS.: *Problemy rozwoju gospodarczego ziem polskich w XIX i XX wieku* [Probleme der Wirtschaftsentwicklung der polnischen Gebiete im 19. und 20. Jahrhundert]. Warszawa 1984, 91–170; DERS.: *The Role of Eastern Markets in the Development of Polish Industry in the Light of the Balance of Trade Estimate of Nineteenth Century Poland*. In: *Studia Historiae Oeconomicae* 4 (1969), 13–28; DERS.: *The Problems of Economic Growth of Poland in the Nineteenth Century*. In: *Studia Historiae Oeconomicae* 9 (1974), 121–140; KAHAN, A.: *Rußland und Kongreßpolen 1860–1914*. In: FISCHER, W. u. a. (Hg.): *Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte*. Bd. 5: Europäische Wirtschafts- und Sozialgeschichte von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg. Stuttgart 1985, 512–600, hier 597 f.

importiert wurden. Der Außenhandelsumsatz stieg im Verhältnis zum Gesamtwert der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion Kongresspolens von 48 Prozent im Jahr 1882 auf 76 Prozent im Jahr 1913.⁶⁰

Innerhalb Kongresspolens bildeten sich vier Regionen als Zentren der industriellen Produktion heraus. Dies waren die Region Lodz, das Dąbrowa-Becken und Warschau sowie – am Vorabend des Ersten Weltkriegs mit schon größerem Abstand – das Altpolnische Becken. Zentren von geringerer Bedeutung waren Lublin, Płock, Włocławek und Kalisz.⁶¹ Die Region Lodz bildete das Zentrum der Textilindustrie und den wichtigsten Industriestandort Kongresspolens. Der Wert der Produktion der hier hergestellten Textilprodukte erhöhte sich von 2,6 Millionen Rubel im Jahr 1860 auf 196 Millionen Rubel im Jahr 1913. Die Einwohnerzahl von Lodz stieg von 18000 im Jahr 1850 auf über eine halbe Million im Jahr 1913.⁶² Im Dąbrowa-Becken entwickelte sich auf der Grundlage des örtlichen Steinkohlebergbaus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Eisenverhüttung und Metallverarbeitung sowie später auch die Chemieindustrie. In Warschau bildete die Metallverarbeitung den Schwerpunkt der industriellen Produktion.⁶³

Die Textilherstellung war der wichtigste Zweig der industriellen Produktion in Kongresspolen.⁶⁴ Darüber hinaus spielte die Metallverarbeitung eine zunehmende Rolle, während die relative Bedeutung der vorwiegend auf den inneren Markt ausgerichteten Nahrungsmittelindustrie abnahm (vgl. Tabelle 9).⁶⁵

⁶⁰ JEZIERSKI: *Handel zagraniczny* (Anm. 54), 153.

⁶¹ NIETYKSA, M.: *Rozwój miast i aglomeracji miejsko-przemysłowych w Królestwie Polskim 1865–1914* [Die Entwicklung der Städte und der städtisch-industriellen Agglomerationen im Königreich Polen 1865–1914]. Warszawa 1986; PUŚ, W.: *Rozwój przemysłu w Królestwie Polskim 1870–1914* [Die Entwicklung der Industrie im Königreich Polen 1870–1914]. Łódź 1997, 46–87.

⁶² Zu Lodz vgl. MISSALOWA: *Studia* (Anm. 15); PUŚ, W.: *Dzieje Łodzi przemysłowej. Zarys historii* [Die Geschichte des industriellen Lodz. Historischer Abriss]. Łódź 1987; IHNATOWICZ, I.: *Przemysł łódzki w latach 1860–1900* [Die Lodzter Industrie in den Jahren 1860–1900]. Wrocław 1965. Einen Überblick über die Literatur bietet WOŹNIAK, K.: *Die Industriestadt Lodz. Der Streit um ihre Entstehung zwischen polnischen, deutschen und jüdischen Autoren*. In: HENSEL, J. (Hg.): *Polen, Deutsche und Juden in Lodz 1820–1939. Eine schwierige Nachbarschaft*. Osnabrück 1999, 67–85. Problematisch wegen der verengten deutsch-nationalen Perspektive ist HEIKE, O.: *Aufbau und Entwicklung der Lodzter Textilindustrie. Eine Arbeit deutscher Einwanderer in Polen für Europa*. Mönchengladbach 1971.

⁶³ PRUSS, W.: *Rozwój przemysłu warszawskiego w latach 1864–1914* [Die Entwicklung der Warschauer Industrie in den Jahren 1864–1914]. Warszawa 1977; ŁEPKOWSKI, T.: *Przemysł warszawski u progu epoki kapitalistycznej (1815–1868)* [Die Warschauer Industrie an der Schwelle zur kapitalistischen Epoche]. Warszawa 1960.

⁶⁴ Dazu auch PUŚ, W.: *Przemysł włókienniczy w Królestwie Polskim w latach 1870–1900. Zagadnienia struktury i dynamiki rozwoju* [Die Textilindustrie im Königreich Polen in den Jahren 1870–1900. Strukturfragen und Entwicklungsdynamik]. Łódź 1975.

⁶⁵ Zur Branchenstruktur der kongresspolnischen Industrie zusammenfassend PUŚ: *Rozwój przemysłu* (Anm. 61), 123–260.

TABELLE 9:
 INDUSTRIESTRUKTUR KONGRESSPOLENS NACH DEM ANTEIL DER ARBEITSKRÄFTE (IN PROZENT)

Produktionszweig	1884	1900	1913
Bergbau	9,1	10,5	8,2
Hüttenwesen	8,4	7,1	4,6
Metallverarbeitung u. Maschinenbau	7,5	11,9	15,0
Chemie	1,1	1,4	2,3
Mineralstoffindustrie	5,7	5,8	6,9
Holzverarbeitung	2,8	3,4	4,0
Papier u. poligraph. Gewerbe	1,9	3,2	3,4
Textil- und Bekleidungsindustrie	37,0	44,8	42,5
Lederverarbeitung	2,6	1,9	2,4
Nahrungsmittel	23,6	10,0	9,9
Andere	0,3	0,0	0,8
Zusammen	100,00	100,00	100,00

Quelle: JEZIERSKI, A. u. a. (Hg.): *Historia Polski w liczbach. Zeszyt 3: Górnictwo i przemysł. Budownictwo. Dochód narodowy* [Geschichte Polens in Zahlen. Heft 3: Bergbau und Industrie. Bauwesen. Nationaleinkommen]. Warszawa 1991, 151.

Ausländisches, in erster Linie deutsches und französisches Kapital war in Kongresspolen in den letzten Jahrzehnten vor dem Weltkrieg vorwiegend im Bergbau und in der Metallverhüttung engagiert. Gegenüber der älteren polnischen Forschung, die die hohe Bedeutung des ausländischen Kapitals hervorhob und ihm eine vorwiegend negative, ausbeutende und die Entwicklung der polnischen Gesellschaft behindernde Rolle zuschrieb, haben neuere Untersuchungen gezeigt, dass nicht mehr als ungefähr 20 Prozent der kongresspolnischen Industrieproduktion auf Firmen in ausländischem Besitz zurückging und sie nur im Bergbau und der Metallverhüttung überwogen. Zugleich wird nun davon ausgegangen, dass das ausländische Kapital keine negative, sondern eine positive Bedeutung für die Entwicklung des Landes besaß.⁶⁶ Zum Teil lagen den älteren Forschungen problematische, dem nationalistischen Diskurs entstammende Definitionen »fremden Kapitals« zugrunde, die dazu führten, dass die Wirtschaftstätigkeit von Personen jüdischer oder deutscher Herkunft, die für die Anfänge der Industrie in Kongresspolen eine bedeutende Rolle spielten, als Bedrohung und negative Erschei-

⁶⁶ Ebd., 15–36, mit kritischer Diskussion der älteren Thesen.

nung wahrgenommen wurden. Demgegenüber betont die neuere Forschung eher den positiven Beitrag und die verbindenden Elemente gemeinsamer bürgerlicher oder städtischer Kultur und richtet ihr Augenmerk auf Prozesse der Assimilation und Akkulturation an eine polnische Identität.⁶⁷

Galizien war anders als Kongresspolen und ähnlich wie Großpolen eine Region, in der die Ansätze einer Industrialisierung scheiterten. Das proto-industrielle Textilgewerbe, das am Ende des 18. Jahrhunderts in den Vorgebirgsregionen der Karpaten entstanden war, verschwand in den folgenden Jahrzehnten weitgehend wieder.⁶⁸ Galizien verfügte in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zudem über mehrere Dutzend Eisenhütten, die aber seit 1850 in ihrer Existenz bedroht waren und schließlich zwischen 1870 und 1880 eingingen. Sie konnten gegenüber der Konkurrenz importierter Eisenwaren nicht bestehen. Darüber hinaus existierten Glashütten, etliche papierherstellende Betriebe sowie zwischen 1823 und 1845 auch mehrere kleinere Zuckerfabriken, die sich aber ebenfalls nicht halten konnten. Insgesamt produzierte das in Galizien ansässige Gewerbe auf einem niedrigen technischen Niveau vorwiegend für den lokalen Markt. Die Produktionsstätten entstanden häufig auf Gütern. Sie gerieten in vielen Fällen in eine kritische Lage, als Galizien an das Eisenbahnnetz angeschlossen wurde und nun industriell gefertigte Waren aus anderen Teilen der Habsburgermonarchie zu deutlich geringeren Kosten als bisher nach Galizien transportiert werden konnten.⁶⁹ 1862 erreichte die Eisenbahn Lemberg und bis 1869 war der Schienenstrang bis zur russischen Grenze fortgeführt worden. In den folgenden Jahrzehnten wurde das Eisenbahn-

⁶⁷ Insbesondere Lodz hat hier seit den 1990er Jahren große Aufmerksamkeit in der Forschung gefunden, vgl. HENSEL: *Polen, Deutsche Juden* (Anm. 62); SAMUŚ, P.: *Polacy – Niemcy – Żydzi w Łodzi w XIX–XX w. Sąsiedzi dalecy i bliscy* [Polen – Deutsche – Juden in Lodz im 19.–20. Jahrhundert. Ferne und nahe Nachbarn]. Łódź 1997; POLONSKY, A. (Hg.): *Jews in Łódź 1820–1939*. In: Polin 6 (1991), 3–287; PYTLAS, S.: *Łódzka burżuazja przemysłowa w latach 1864–1914* [Die Lodzer Industriebourgeoisie in den Jahren 1864–1914]. Łódź 1994; PUŚ, W.: *Żydzi w Łodzi w latach zaborów 1793–1914* [Juden in Lodz in den Jahren der Teilung 1793–1914]. Łódź 2001; PIETROW-ENNKER, B.: *Wirtschaftsbürger und Bürgerlichkeit im Königreich Polen: das Beispiel von Lodz, dem »Manchester des Ostens«*. In: *Geschichte und Gesellschaft* 31 (2005), 169–202. Zu Warschau vgl. IHNATOWICZ, I.: *Burżuazja warszawska* [Die Warschauer Bourgeoisie]. Warszawa 1972, 187–211.

⁶⁸ Nur an der westlichen Grenze Galiziens im Einzugsgebiets der Textilindustrie in Bielitz (Bielsko) im österreichischen Schlesien hielt sich eine Textilproduktion von etwas größerer Bedeutung, vgl. KULCZYKOWSKI, M.: *Andrychowski ośrodek płócienniczy w XVIII i XIX wieku* [Das Zentrum der Leinenproduktion in Andrychów im 18. und 19. Jahrhundert]. Wrocław 1972; DERS.: *Chłopskie tkactwo bawełniane w ośrodku Andrychowskim w XIX wieku* [Die bäuerliche Baumwollweberei in Andrychów im 19. Jahrhundert]. Wrocław 1976.

⁶⁹ SARYUSZ-ZALESKI, W.: *Dzieje przemysłu w b. Galicji 1804–1929 ze szczególnem uwzględnieniem historii rozwoju S.A. L. Zieleniewski i Fitzner-Gamper* [Die Geschichte der Industrie im ehemaligen Galizien 1804–1929 mit besonderer Berücksichtigung der Entwicklungsgeschichte der L. Zieleniewski und Fitzner-Gamper AG]. Kraków 1930, 39–49, 74–78, 90–95; BUJAK: *Rozwój gospodarczy* (Anm. 35), 356–363.

netz weiter ausgebaut, so dass am Ende des Jahrhunderts nur noch wenige Bezirke nicht an die Eisenbahn angeschlossen waren.⁷⁰

Die galizische Wirtschaft war auch am Ende des 19. Jahrhunderts noch in besonderem Maße von Kapitalmangel und einer Schwäche des Binnenmarktes gekennzeichnet. Die Industrie beschränkte sich bis zum Vorabend des Ersten Weltkriegs im Wesentlichen auf den Abbau von Erdöl und Erdwachs (Ozokerit) im östlichen Karpatenvorland, auf den Kohlebergbau in den nordwestlichen Grenzgebieten zu Schlesien und Kongresspolen und auf einige metallverarbeitende Betriebe.⁷¹ Seit den 1860er Jahren hatten die Förderung von Erdöl und der Abbau von Erdwachs im südöstlichen Karpatenvorland, insbesondere um Drohobycz, einen bedeutenden Aufschwung genommen. Am Beginn des 20. Jahrhunderts nahm Galizien mit fünf Prozent der Welterdölförderung nach den USA und Russland den Platz des drittgrößten Produzenten ein.⁷²

Von größerer Bedeutung blieb aber dauerhaft die Nahrungsmittelindustrie, vor allem Brennereien für Spirituosen.⁷³ Die galizischen Brennereien mussten sich zwar ebenfalls mit der Konkurrenz aus anderen Teilen der Monarchie auseinandersetzen, konnten auf längere Sicht aber relativ gut bestehen. Während der galizische Anteil an der Alkoholproduktion Cisleithaniens in der ersten Hälfte des Jahrhunderts über 60 Prozent aus-

⁷⁰ Zur galizischen Eisenbahn SZURO, S.: *Informator statystyczny do dziejów społeczno-gospodarczych Galicji. Koleje żelazne w Galicji w latach 1847–1914* [Statistische Informationen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Galiziens. Eisenbahnen in Galizien in den Jahren 1847–1914]. Kraków 1997.

⁷¹ Zum Anstieg der Industrieproduktion in Galizien in dieser Zeit umfangreiches statistisches Material bei BURZYŃSKI, A.: *Informator statystyczny do dziejów przemysłu w Galicji. Górnictwo, hutnictwo i przemysł rafineryjny (Struktura zatrudnienia na tle wartości i wielkości produkcji)* [Statistische Informationen zur Geschichte der Industrie in Galizien. Bergbau, Hüttenwesen und Raffinerien (Beschäftigungsstruktur vor dem Hintergrund des Werts und des Umfangs der Produktion)]. Kraków 1982, sowie bei BAR, J./FRANASZEK, P.: *Informator statystyczny do dziejów przemysłu w Galicji. Górnictwo i Hutnictwo (Produkcja, Ceny, Zbyt, Przedsiębiorstwa, Zatrudnienie)* [Statistische Informationen zur Geschichte der Industrie in Galizien. Bergbau und Hüttenwesen (Produktion, Preise, Absatz, Unternehmen, Beschäftigung)]. Kraków 1981. Zur Salz- und Kohleproduktion vgl. ebd., 67–99. Vgl. auch BUJAK, F.: *Galicja* [Galizien]. Bd. 2: *Leśnictwo. Górnictwo. Przemysł* [Forstwirtschaft. Bergbau. Industrie]. Lwów 1910, 66–87 (zur Salzproduktion), 179–203 (zum Kohlebergbau).

⁷² BAR/FRANASZEK: *Informator statystyczny: Górnictwo i hutnictwo* (Anm. 71), 128–133. Zur Erdölförderung vgl. FRANK, A. F.: *Oil Empire. Visions of Prosperity in Austrian Galicia*. Cambridge, Ma. 2005; FRANASZEK, P.: *Warunki rozwoju galicyjskiego przemysłu naftowego do roku 1914* [Entwicklungsbedingungen der galizischen Erdölindustrie bis 1914]. In: CHŁOPECKI, J./MADUROWICZ-URBAŃSKA, H. (Hg.): *Galicja i jej dziedzictwo* [Galizien und sein Erbe]. Bd. 2: *Spółczesność i gospodarka* [Gesellschaft und Wirtschaft]. Rzeszów 1995, 265–280; DERS.: *Myśl techniczna w galicyjskim wiernictwie naftowym w latach 1860–1918* [Das technische Denken im galizischen Erdölbohrwesen in den Jahren 1860–1918]. Kraków 1991; BUJAK: *Galicja* (Anm. 71), 88–167.

⁷³ MADUROWICZ-URBAŃSKA, H.: *Die Industrie Galiziens im Rahmen der wirtschaftlichen Struktur der Donaumonarchie*. In: *Zeszyty naukowe Uniwersytetu Jagiellońskiego* 482: *Prace Historyczne* 57: *Studia Austro-Polonica* [1] (1978), 157–173.

gemacht haben dürfte, sank er gegen Ende des Jahrhunderts auf unter 50 Prozent. Danach stieg er allerdings wieder auf über 70 Prozent an.⁷⁴

Nach einer Aufschwungphase des galizischen Gewerbes in der theresianisch-josephinischen Zeit am Ende des 18. Jahrhunderts und einer langen, vor allem nach 1815 einsetzenden Stagnation, die schließlich immer mehr in einen Niedergang überging, waren insbesondere die Jahre seit 1890er Jahren eine Phase wirtschaftlicher Neubelebung, die sich nach der Jahrhundertwende beschleunigte.⁷⁵ Zugleich verbreitete sich die mechanisierte Fabrikproduktion weiter.⁷⁶ Dazu trug nun auch die steigende Kaufkraft in den Dörfern bei, die auf Verbesserungen in der Landwirtschaft, einigen sehr guten Ernten und nicht zuletzt auf dem Geld beruhte, das von der wachsenden Zahl von Arbeitsmigranten ins Land gebracht wurde.⁷⁷ Die Konzentration des galizischen Gewerbes blieb allerdings weiter gering. In fast allen Branchen gab es eine große Zahl kleiner, im Grunde handwerklicher Produzenten. Immerhin sieben galizische Fabriken beschäftigten am Vorabend des Ersten Weltkriegs schon mehr als 1000 und 43 zwischen 301 und 1000 Arbeitskräfte.⁷⁸

Galizien war das einzige Teilungsgebiet, das in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einen relativ hohen Grad an Autonomie genoss (→ IV. A). In der zweiten Hälfte der 1860er Jahre ging die Macht im Lande weitgehend in die Hände der polnischen Konservativen über, die zugleich einen beträchtlichen politischen Einfluss in Wien zu erlangen vermochten. Seit Ende der 1870er Jahre starteten die galizischen Landesbehörden erste Initiativen zur Entwicklung des Gewerbes und zur Verbesserung der Landwirtschaft, die zunächst allerdings weiterhin vorwiegend an den Gütern oder am Schutz

⁷⁴ MICHAŁEWICZ, J.: *Przemysł gorzelniany Galicji doby autonomicznej. Między monopolem dworskim a monopolem państwowym* [Das Brennereiwesen der Autonomieperiode Galiziens. Zwischen Guts- und Staatsmonopol]. Kraków 1988, 131. Vgl. auch die umfangreiche Dokumentation zu den galizischen Brennereien DERS.: *Informator statystyczny do dziejów społeczno-gospodarczych Galicji. Słownik historyczny zakładów przemysłu gorzelniczego Galicji doby autonomicznej* [Statistische Informationen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Galiziens. Historisches Lexikon der Brennereien Galiziens in der Autonomieperiode], 4 Bde. Kraków 1988–1993.

⁷⁵ Zur Unterscheidung verschiedener Entwicklungsphasen in der galizischen Ökonomie MADUROWICZ-URBAŃSKA: *Przemysł Galicji* (Anm. 10), 193 f. Franciszek Bujak sah eine Wende in der galizischen Industrie und im Gewerbe von Stagnation und Niedergang zu einem gewissen Aufschwung erst nach der Jahrhundertwende, BUJAK: *Rozwój gospodarczy* (Anm. 35), 378 ff.

⁷⁶ PIETRZAK-PAWŁOWSKA, I.: *Przewrót przemysłowy i warunki kapitalistycznej industrializacji na ziemiach polskich do 1918 r.* [Die industrielle Umwälzung und die Bedingungen kapitalistischer Industrialisierung in den polnischen Territorien bis 1918]. In: DIES.: *Uprzemysłowienie ziem polskich* (Anm. 56), 57–103, hier 69 f.

⁷⁷ SARYUSZ-ZALEWSKI: *Dzieje przemysłu* (Anm. 69), 195 f. Vgl. auch BUJAK: *Rozwój gospodarczy* (Anm. 35), 380 f.

⁷⁸ BUSZKO, J.: *Zum Wandel der Gesellschaftsstruktur in Galizien und in der Bukowina*. Wien 1978. (Österreichische Akademie der Wissenschaften, Philosophisch-historische Klasse, Sitzungsberichte, 343), 23–25; MADUROWICZ-URBAŃSKA: *Die Industrie Galiziens* (Anm. 73), 168 f.

des Handwerks orientiert blieben. Erst später nahm die Förderung industrieller Produktion einen bedeutenderen Platz ein.⁷⁹ Unter anderem wurde 1881 vom Landtag die Gründung einer Landesbank (*Bank Krajowy*) beschlossen, die 1883 ihre Tätigkeit aufnahm.⁸⁰ Von ihren demokratischen Kritikern wurde den polnischen Konservativen allerdings weiterhin vorgehalten, sie würden zu wenig für die Förderung der Industrie tun und die Interessen der galizischen Wirtschaft mit zu wenig Nachdruck gegenüber Wien vertreten.⁸¹ Eine der schärfsten Kritiken der konservativ bestimmten galizischen Wirtschaftspolitik hatte der Erdölunternehmer Stanisław Szczepanowski in einer Studie formuliert, deren Titel *Nędza Galicyi* [Das Elend Galiziens] sprichwörtlich wurde und deren Feststellung »jeder Galizier arbeitet wie ein Viertel- und isst wie ein halber Mensch« zu einer viel zitierten Beschreibung der galizischen Verhältnisse wurde.⁸² Tatsächlich war Szczepanowskis Analyse des »galizischen Elends« wohl in verschiedener Hinsicht überzogen, sie hatte aber eine enorme Resonanz und dürfte dazu beigetragen haben, die Widerstände gegen eine aktivere Politik zur Förderung der Industrie zu überwinden.⁸³

Der älteren Ansicht, dass die Habsburgermonarchie am Vorabend ihrer Auflösung auch wirtschaftlich gescheitert sei, ist in neueren Forschungen widersprochen und die These vertreten worden, dass sie durchaus Erfolge habe vorweisen können und in den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg ein dauerhaftes Wachstum auch die am wenigsten entwickelten Teile Cisleithaniens, nämlich Galizien und die Bukowina, erfasst

⁷⁹ KOZIŃSKA-WITT, H.: *Die galizische Selbstverwaltung und der unternehmerische Geist. Das Problem der öffentlichen Wirtschaftsförderung in einem rückständigen Kronland. Ein Versuch.* In: GEBHARD, J./LINDNER, R./PIETROW-ENKER, B. (Hg.): *Unternehmer im Russischen Reich. Sozialprofil. Symbolwelten, Integrationsstrategien im 19. und früheren 20. Jahrhundert.* Osnabrück 2006, 371–404; SARYUSZ-ZALEWSKI: *Dzieje przemysłu* (Anm. 69), 132–146, 171–180; BUJAK: *Galicya* (Anm. 71), 420–436. Zu den wirtschaftspolitischen Zielen und Strategien der westgalizischen Gewerbetreibenden KARGOL, T.: *Izba Przemysłowo-Handlowa w Krakowie w latach 1850–1939. Dzieje – ludzie – polityka gospodarcza* [Die Gewerbe und Handelskammer in Krakau in den Jahren 1850–1939. Geschichte – Menschen – Wirtschaftspolitik]. Kraków 2003.

⁸⁰ BEN-JOSEPH, M.: *Adversities of Autonomy. Bank Krajowy Królestwa Galicyi i Lodomeryi and the Politics of Credit in Galicia, 1870–1913.* Kraków 1999.

⁸¹ JANOWSKI, M.: *Inteligencja wobec wyzwań nowoczesności. Dylematy polskiej demokracji liberalnej w Galicji w latach 1889–1914* [Die Intelligenz angesichts der Herausforderungen der Moderne. Dilemmata der polnischen liberalen Demokratie in Galizien in den Jahren 1889–1914]. Warszawa 1996, 151–185.

⁸² SZCZEPANOWSKIS, S: *Nędza Galicyi w cyfrach i program energicznego rozwoju gospodarstwa krajowego* [Das Elend Galiziens in Ziffern und ein Programm zur energischen Entwicklung der Wirtschaft des Landes]. Lwów 1888, 22: »Każdy Galicyanin pracuje za ćwierć a je za pół człowieka.«

⁸³ Vgl. ŚLIWA, M.: *Nędza galicyjska. Mit i rzeczywistość* [Das galizische Elend. Mythos und Wirklichkeit]. In: BONUSIAK/BUSZKO: *Galicja i jej dziedzictwo.* Bd. 1 (Anm. 10), 145–155. Über Szczepanowski auch KUBERSKI, L.: *Stanisław Szczepanowski 1846–1900. Przemysłowiec – Polityk – Publicysta* [Stanisław Szczepanowski 1846–1900. Industrieller – Politiker – Publizist]. Opole 1997.

habe.⁸⁴ Letzteres stimmt durchaus mit den Befunden der oben skizzierten Spezialforschung zu Galizien überein. Während die polnische Forschung aber die Wirkung der Integration des preußischen Teilungsgebiets und Kongresspolens in die Ökonomien der jeweiligen Teilungsmächte im Allgemeinen durchaus als ambivalent beurteilt, ist für Galizien bisher trotz des um die Jahrhundertwende einsetzenden industriellen Wachstums nicht in Frage gestellt worden, dass die Integration in den Wirtschaftsraum der Habsburgermonarchie für das Kronland negative Folgen hatte.⁸⁵

Wirtschaftliche Entwicklung in imperialen Kontexten

Bis zum Vorabend des Ersten Weltkriegs durchliefen die Ökonomien der drei Teilungsgebiete bedeutende, jedoch sehr unterschiedliche Wandlungen. Moderne ökonomische Institutionen etablierten sich. Verbesserungen der Anbauweise erhöhten die agrarische Produktivität, allerdings in sehr unterschiedlichem Ausmaß, und in einigen Regionen Kongresspolens hatte es eine beträchtliche Entwicklung der Industrie gegeben. Während im preußischen Teilungsgebiet eine an der Produktion für den Markt orientierte, leistungsfähige Landwirtschaft entstand, blieb sie in den anderen Teilungsgebieten – trotz einiger Verbesserungen in den letzten Jahren vor dem Weltkrieg – deutlich dahinter zurück. In Kongresspolen standen einer schnellen industriellen Entwicklung in einigen Regionen und Industriezweigen eine Landwirtschaft und andere Produktionszweige gegenüber, die sich nur langsam modernisierten.⁸⁶

Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in allen drei Teilungsgebieten blieb auch am Vorabend des Ersten Weltkriegs deutlich geringer als in den industrialisierten Ländern Westeuropas. In Kongresspolen erreichte es 56–58 Prozent des Niveaus im industrialisierten Westeuropa, während es in Galizien 40 Prozent nicht überschritten haben dürfte.⁸⁷ Im preußischen Teilungsgebiet überstieg es zwar dasjenige in Kongresspolen und Galizien, war aber geringer als im Deutschen Reich insgesamt.⁸⁸

In jedem Fall ist deutlich, dass kein direkter Zusammenhang zwischen politischer und ökonomischer Peripherie existierte. Während die polnischen Gebiete in Preußen und im Russischen Reich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in politischer Hin-

⁸⁴ GOOD, D. F.: *Der wirtschaftliche Aufstieg des Habsburgerreiches 1750–1914*. Wien 1986.

⁸⁵ MADUROWICZ-URBAŃSKA: *Die Industrie Galiziens* (Anm. 73), 170–173. Mit einer sehr differenzierten Argumentation bestätigt dies nun auch die Studie KAPS, K.: *Ungleiche Entwicklung* (Anm. 12), 445–454.

⁸⁶ Witold Kula sprach in diesem Zusammenhang von einer »Hybridität« und einer »Koexistenz von Asynchronismen« als charakteristisch für die wirtschaftliche Entwicklung Kongresspolens, vgl. KULA, W.: *Historia, zacofanie, rozwój* [Geschichte, Rückständigkeit, Entwicklung]. Warszawa 1983, 64–97.

⁸⁷ BEREND: *History Derailed* (Anm. 3), 179.

⁸⁸ Vgl. dazu auch mit etwas anderen, in der Tendenz aber ähnlichen Zahlen JEZERSKI/LESZCZYŃSKA: *Historia gospodarcza* (Anm. 39), 212.

sicht weiter marginalisiert wurden, konnten die polnischen Eliten Galiziens in Wien im selben Zeitraum beträchtlichen politischen Einfluss erlangen. Gleichwohl greift das Argument, dass die Entmachtung der traditionellen polnischen Eliten eine der Vorbedingungen des wirtschaftlichen Wachstums gewesen sei, zweifellos zu kurz.⁸⁹ Zu den Voraussetzungen des industriellen Aufschwungs in Kongresspolen in der zweiten Jahrhunderthälfte gehörte, dass in den 1820er Jahren dank der Wirtschaftspolitik der damaligen Regierung des Königreichs schon gewisse industrielle Grundstrukturen entstanden waren, auf die, als sich seit den 1850er Jahren die Bedingungen verbesserten, aufgebaut werden konnte. Damit war die Politik der heimischen Eliten gerade eine der Bedingungen des Aufschwungs. Auch in Galizien bildete die Zeit bis zu den 1860er Jahren, als die polnischen Eliten nur über geringen politischen Einfluss verfügten, die eigentliche Phase des Niedergangs und der Stagnation, die dann erst gegen Ende des Jahrhunderts zu einem leichten Aufschwung gewendet werden konnte. Auch wenn dies möglicherweise schneller hätte erreicht werden können, wenn die überwiegend konservativen politischen Eliten andere Prioritäten gesetzt hätten, so leisteten die Politik der galizischen Landesinstitutionen und das gesellschaftliche Engagement von Teilen der polnischen Eliten dazu zweifellos einen wichtigen Beitrag.

Am Vorabend des Ersten Weltkriegs waren die Ökonomien aller drei Teilungsgebiete eng mit den jeweiligen Staaten, denen sie angehörten, verflochten und ihre Struktur war an diesen Wirtschaftsräumen ausgerichtet, während die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Gebieten selbst sich nicht wesentlich anders gestalteten als zwischen benachbarten, durch Zoll- und politische Grenzen getrennte Staaten.⁹⁰ Der erneute Reorientierungsbedarf der Ökonomie, der sich daraus nach der Wiederherstellung des polnischen Staates nach dem Ersten Weltkrieg ergab, war immens.

⁸⁹ So hat eine zumindest für den polnischen Teil wenig überzeugende, vergleichende Arbeit zu Polen und Spanien argumentiert, SCHERNER, J.: *Eliten und wirtschaftliche Entwicklung in Kongresspolen und Spanien im 19. Jahrhundert*. Münster 2001.

⁹⁰ LANDAU/TOMASZEWSKI: *Wirtschaftsgeschichte* (Anm. 16), 54.

C. Alte und neue soziale Gruppen und sozialer Wandel

VON UTE CAUMANN

Die zweite Jahrhunderthälfte, genauer die 1860 Jahre, waren in allen drei Teilungsgebieten mit Ereignissen verbunden, die für die folgenden Jahrzehnte bis zum Ersten Weltkrieg die politischen Rahmenbedingungen setzten (→ IV. A): Im Königreich leitete der Aufstand von 1863 eine Phase der Russifizierung bisher ungekannten Ausmaßes ein. Im preußischen Teilungsgebiet verschlechterten sich mit der Kanzlerschaft Otto von Bismarcks (1862–1890) und der Gründung des Deutschen Reiches 1871 ebenfalls die Grundbedingungen für eine politische Teilhabe der polnischen Gesellschaft. Im deutlichen Gegensatz zu den beiden anderen Teilungsgebieten erlebte Galizien 1867/8, im Zuge gesamtstaatlicher Reformen in der Habsburgermonarchie, den Beginn einer Phase weitreichender Autonomie.

Auch die sozioökonomischen Veränderungen, die im geteilten Polen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts Raum griffen, unterschieden sich je nach Region erheblich. Dem sukzessiven Souveränitätsverlust und den Repressionen im politisch-administrativen wie kulturellen Bereich standen im russischen Teilungsgebiet vergleichsweise günstige Rahmenbedingungen für eine dynamische Wirtschaftsentwicklung gegenüber. Kongresspolen konnte sich in dieser Zeit zu einer der ökonomisch fortgeschrittenen Regionen des russischen Imperiums entwickeln, von denen vor allem das aufstrebende Wirtschaftsbürgertum profitierte.¹ Großpolen war ökonomisch die am stärksten entwickelte Region der ehemals zur Adelsrepublik gehörenden Territorien; allerdings relativiert sich dieser Befund im Verhältnis zur ökonomischen und sozialen Entwicklung innerhalb des preußischen Gesamtstaates. In Galizien verliefen die sozial-ökonomischen Differenzierungsprozesse weit weniger dynamisch, insbesondere im Vergleich zum russischen Teilungsgebiet; für eine vergleichbare industrielle Entwicklung fehlten hier die dort politisch geschaffenen und tolerierten Treibhausbedingungen.²

¹ KOCHANOWICZ, J.: *Backwardness and Modernization: Poland and Eastern Europe in the 16th–20th Centuries*. Aldershot 2006, 123–139. Vgl. auch KIENIEWICZ, S.: *Historia Polski, 1795–1918* [Geschichte Polens, 1795–1918]. Warszawa 1980, 285–291.

² JAWORSKI, R.: *Handel und Gewerbe im Nationalitätenkampf. Studien zur Wirtschaftsgesinnung der Polen in der Provinz Posen (1871–1914)* (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 70). Göttingen 1986, 24.

Agrarreformen und sozialer Wandel auf dem Lande

Zu den Faktoren, die dem sozialen Wandel in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sein Gesicht gaben, wird man insbesondere die Befreiung der Bauern zählen müssen (→ III. B und IV. B). Deren rechtliche und ökonomische Emanzipation, zwischen 1823 und 1864 in allen Territorien des geteilten Polen umgesetzt, besitzt aus mehreren Gründen eine herausragende Bedeutung, auch wenn sie in weiten Teilen – in Galizien und Kongresspolen – nicht unmittelbar zu einer Modernisierung des Agrarsektors, wohl aber zur Verarmung vieler Bauern führte. Sie trug zur Veränderung der Sozialstruktur auf dem Lande und zu Migrationsbewegungen bei und hatte insofern indirekt auch ihren Anteil an der industriellen Entwicklung sowie an der Herausbildung eines städtischen Proletariats.

Mit dem Regulierungsgesetz für das Großherzogtum Posen von 1823 hatte die preußische Regierung im Vergleich der Teilungsgebiete früh den Prozess der Trennung von Guts- und Bauernwirtschaften eingeleitet, der sich aber über ein Vierteljahrhundert hinzog und erst nach der Revolution von 1848 seinen Abschluss fand. Das preußische Teilungsgebiet Polens war das einzige, in dem der Reformprozess als wirtschaftlicher Erfolg angesehen werden kann. In der Folgezeit entstand eine substantielle landbesitzende bäuerliche Schicht. Zugleich konnten im preußischen Reformprojekt die adligen Gutsbesitzer ihre Interessen weitgehend durchsetzen. Die Verlierer der Reform waren die kleinen Bauern, die das Kapital für die Entschädigungszahlungen nicht aufbringen konnten. Viele gingen deshalb als Saisonarbeiter in den Westen des Reiches oder wanderten nach Übersee aus (→ IV. H).³

In der zweiten Jahrhunderthälfte war das Problem ländlicher Überbevölkerung im Posenschen – anders als in Galizien und in Teilen des Königreichs – nahezu unbekannt. Im Gegenteil war in vielen Gebieten sogar ein Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft spürbar.⁴ Auch aus dem Kolonisierungsprojekt der preußischen Regierung gingen die polnischen Bauern eher gestärkt als geschwächt hervor: Der 1886 auf Initiative Bismarcks eingerichteten und alimentierten Ansiedlungskommission (→ IV. A) gelang es – trotz anfänglicher Erfolge – letzten Endes nicht, in größerem Maßstab polnischen Landbesitz aufzukaufen, um damit deutsche Siedler aus dem Westen zu gewinnen. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung verkauften die polnischen Eigentümer lieber an polnische Interessenten.⁵ Der in Großpolen vergleichsweise hohe Organisationsgrad der Bauern, z. B. in Parzellierungsgesellschaften, ermöglichte es ihnen, die notwendigen finanziellen Mittel dafür aufzubringen. Im Vergleich der drei Teilungsgebiete sollte

³ Zahlen bei WIATROWSKI, L.: *W czasie zaborów* [In der Teilungszeit]. In: INGLOT, S. (Hg.): *Historia chłopów polskich* [Geschichte der polnischen Bauern]. Wrocław 1995, 105–199, hier 165.

⁴ Ebd., 162.

⁵ Ebd., 167.

bis zum Ersten Weltkrieg keine Trendwende einsetzen, stattdessen vergrößerte sich im Agrarsektor die relative Rückständigkeit Galiziens und Kongresspolens gegenüber dem preußischen Teilungsgebiet noch.⁶

Die 1848 in Galizien erfolgende Grundentlastung der Bauern war hier der Ausgangspunkt für die Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse auf dem Lande und damit für einen Wandel der Gesellschaftsstruktur insgesamt.⁷ Indem die bäuerlichen Abgaben geregelt und das Verhältnis zwischen Bauern und Grundherren normiert wurden, trug die Reform zunächst zu einer Erleichterung der bäuerlichen Lebensbedingungen bei. Langfristig kam es allerdings zu einer Verschlechterung der sozioökonomischen Verhältnisse. Der schon in der ersten Jahrhunderthälfte gegenüber dem Gesamtreich überdurchschnittliche Bevölkerungszuwachs⁸ entwickelte sich später zu einer regelrechten ländlichen Überbevölkerung. Daran änderte auch nichts, dass die im Verlauf der Bauernbefreiung umgesetzten Regelungen zu einer Verringerung des Großgrundbesitzes führten, da es kapitalschwachen Grundherren nicht gelang, ihre Wirtschaft nach Abschaffung des Frondienstes auf Lohnarbeit umzustellen, mit der Folge, dass Güter verkauft werden mussten.

Die demografisch bedingte Bodenknappheit und Parzellierungen als Folge der Bauernbefreiung wirkten sich auf die Lebensbedingungen in den galizischen Dörfern aus.⁹ Zwei Drittel aller Bauernhöfe erwirtschafteten schon zur Jahrhundertmitte weniger als für einen vollen Lebensunterhalt notwendig war.¹⁰ Die Krise der Landwirtschaft in den 1880er Jahren leistete der Tendenz zur Parzellierung weiteren Vorschub. Die hohe Verschuldung führte immer mehr Bauern einem ländlichen Proletariat zu.

Im Königreich Polen wurde die Ablösung der bäuerlichen Dienstpflichten erst 1864 eingeleitet. War die Umgestaltung der Rechtsverhältnisse auf dem Lande Teil einer der großen, das russische Kaiserreich insgesamt betreffenden Reform, so erhielt sie im polnischen Falle eine politische Zusatzbedeutung. Sie sollte als Mittel dienen, die Loyalität der Bauern zu gewinnen, um so den Einfluss des Adels auf dem Lande zu untergraben. Diesem Ziel diente auch die zeitgleich eingerichtete bäuerliche Selbstverwaltung, denn hier lag der Akzent tatsächlich weniger auf einer selbstverantwortlichen Organisation des bäuerlichen Zusammenlebens als auf dem Ausschluss von Personen:

⁶ LANDAU, Z./TOMASZEWSKI, J.: *Wirtschaftsgeschichte Polens im 19. und 20. Jahrhundert*. Berlin 1986, 79.

⁷ BUSZKO, J.: *Zum Wandel der Gesellschaftsstruktur in Galizien und in der Bukowina*. Wien 1978 (Österreichische Akademie der Wissenschaften, Philosophisch-historische Klasse, Sitzungsberichte, 343), 6. Vgl. weiterführend STRUVE, K.: *Bauern und Nation in Galizien. Über Zugehörigkeit und soziale Emanzipation im 19. Jahrhundert*. Göttingen 2005.

⁸ MARK, R. A.: *Galizien unter österreichischer Herrschaft. Verwaltung – Kirche – Bevölkerung*. Marburg 1994, 53 f.

⁹ Ebd., 76.

¹⁰ BUSZKO: *Zum Wandel der Gesellschaftsstruktur* (Anm. 7), 7.

Sowohl dem Adel als auch dem Klerus wurde die bisherige Rolle in bäuerlichen Angelegenheiten streitig gemacht.¹¹

Das russische Reformprojekt setzte darauf, den bäuerlichen Wunsch nach Landbesitz durch ein Geschenk des Kaisers zu befriedigen, um so angesichts eines vermeintlichen Mangels an Nationalbewusstsein unter den polnischen Bauern die Spannungen zwischen adligen Gutsbesitzern und Bauern mittels politischer Intervention auszunutzen. Über die Loyalität der größten sozialen Gruppe (1874: zwei Drittel der Bevölkerung)¹² sollte ein Fundament für die Integration des Königreichs in das Imperium geschaffen werden. Die sozialen Konsequenzen waren enorm, wenn auch nicht immer beabsichtigt. Verfügten vor der Reform kaum 2500 Bauern über freies Eigentum an Grund und Boden, so gehen Schätzungen für die Zeit danach von etwa 700 000 aus.¹³ Die Umverteilungseffekte verbesserten die Lebensqualität für viele spürbar.¹⁴

Doch hatte die Reform für die Bauern nicht nur positive Konsequenzen: Die Landzuteilung selbst erfolgte zwar ohne direkte Ausgleichszahlungen an die Gutsbesitzer, doch wurde eine erhöhte Grundsteuer eingeführt, um die früheren Besitzer zu entschädigen.¹⁵ Ein Mangel der Reform lag in der Behandlung der landlosen Bauern. Dass ihre Belange erst hinter anderen Erwägungen kamen, zeigt die Verteilung des Landes auf den aus politischen Gründen konfiszierten Gütern: Nur etwa ein Viertel ging an Bauern, während der größte Teil im Wesentlichen genutzt wurde, um zivile und militärische Beamte auszustatten.¹⁶ Insgesamt blieben viele Bauern ohne Land zurück und dies war der Beginn eines bis in die Zwischenkriegszeit ungelösten Problems.¹⁷ Zusammen mit jenen Bauern, die unter dem Druck der Geldwirtschaft im Laufe der Zeit ihre Zwergwirtschaften aufgeben mussten, stellten die landlosen Bauern einen Großteil der Migranten, die sich auf der Suche nach Arbeit und Einkommen in die Städte begaben.¹⁸

¹¹ WERESZYCKI, H.: *Historia polityczna Polski 1864–1918* [Politische Geschichte Polens 1864–1918]. Paris 2¹⁹⁷⁹, 58.

¹² 1874 kamen 4,6 Millionen Bauern (aller Konfessionen) im Königreich auf eine Gesamtbevölkerung von 6,1 Millionen, vgl. ŚWIĘTOCHOWSKI, A.: *Historja chłopów w zarysie* [Geschichte der Bauern im Abriss]. Bd. 2. Lwów 1928, 344.

¹³ POBÓG-MALINOWSKI, W.: *Najnowsza historia polityczna Polski 1864–1945* [Neueste politische Geschichte Polens 1864–1945]. Bd. 1. London 1963, 22.

¹⁴ KIENIEWICZ, S.: *The Emancipation of the Polish Peasantry* [Die Emanzipation der polnischen Bauernschaft]. Chicago 1969, 181.

¹⁵ Ebd., 177.

¹⁶ WERESZYCKI, *Historia polityczna* (Anm. 11), 59.

¹⁷ LESKIEWICZOWA, J.: *Chłopi: posiadacze i bezrolni* [Die Bauern: besitzende und landlose]. In: KULA, W./LESKIEWICZOWA, J. (Hg.): *Przemiany społeczne w Królestwie Polskim 1815–1864* [Gesellschaftliche Veränderungen im Königreich Polen 1815–1864]. Wrocław 1979, 389–402, hier 402.

¹⁸ KULA, W.: *Historia gospodarcza Polski w dobie powstaniowej 1864–1918* [Wirtschaftsgeschichte Polens in der Zeit nach dem Januaraufstand, 1864–1918] Warszawa 1947, 27.

Die Reformen brachten auch für die bisherigen ländlichen Eliten Probleme mit sich: Sie zerstörten die überkommene Ordnung auf dem Lande, die patriarchale Rolle des Adels und seine wirtschaftliche Dominanz. Da die Aufhebung der bäuerlichen Dienstpflichten die Quelle billiger Arbeitskraft versiegen ließ, wurde das Anforderungsprofil, das adlige Gutsbesitzer und -besitzerinnen erfüllen mussten, komplexer: Um zu überleben, brauchten sie neben Kapital auch technisches Know-how, moderne Gerätschaften und die Bereitschaft zur Arbeit im Gutsbetrieb. Nicht wenige Vertreter des mittleren Adels traf die Einführung einer kapitalistischen Agrarwirtschaft unvorbereitet: Sie sahen sich zum Verkauf ihrer Güter gezwungen und wanderten, auf der Suche nach Arbeit, in die Städte ab.¹⁹

Jahrzehnte nach dem Januaraufstand hatte sich eine Erwartung als unbegründet erwiesen, nämlich dass die Befreiung der polnischen Bauern durch die russischen Behörden sie zu loyalen Untertanen des russischen Imperiums und gleichgültig gegenüber nationaler Unterdrückung machen würde. Tatsächlich hat gerade die Transformation der traditionell (semi-feudal) lebenden Bauern in emanzipierte Landbesitzer die Herausbildung ihrer ethnischen Identität als Polen forciert.²⁰ In ähnlicher Weise wie die litauischsprachigen Bauern sich zunehmend als Litauer sahen – und deshalb auch nicht länger bereit waren, sich wie noch während des Aufstandes von 1863 polnischen Organisationen anzuschließen –, »nationalisierten« sich auch die polnischsprachigen Bauern – nahmen zunehmend die nationale Unterdrückung wahr, entwickelten nationale Bedürfnisse (polnische Schule) und deuteten die Konflikte mit dem nicht-polnischen Kleinbürgertum in nationalen Kategorien.

Die traditionellen Werte einer agrarisch geprägten Gesellschaft wurden nicht nur durch die Agrarreformen und die nach 1864 verschärften antipolnischen Maßnahmen infrage gestellt, sondern ebenso durch städtisches Wachstum und industrielle Entwicklung. Hinzu kam der durch die polnische Gesellschaft selbst eingeleitete Wertewandel, für den der Warschauer Positivismus ein geistiges Stützkorsett zur Verfügung stellte (→ IV. D). Die aus der Bauernbefreiung resultierende Existenz einer großen Gruppe freier, aber landloser Bauern schob die Binnenmigration in die Städte an. Dort bildeten sie – zusammen mit jenen Vertretern des Adels, die sich als wirtschaftlich nicht konkurrenzfähig erwiesen hatten – den Kern eines städtischen Proletariats sowie einer *Inteli-*

¹⁹ CHAŁASIŃSKI, J.: *Spółeczna genealogia inteligencji polskiej* [Soziale Genealogie der polnischen Intelligencja]. Warszawa 1946, 34. Vgl. auch SZAFLIK, J. R., *Czynniki kształtujące świadomość narodową chłopów polskiego w końcu XIX i w początkach XX wieku* [Faktoren für die Herausbildung eines Nationalbewusstseins beim polnischen Bauern am Ende des 19. und zu Anfang des 20. Jahrhunderts]. In: *Przegląd Humanistyczny* 26 (1982), Nr. 12, 1–15 und 27 (1983), Nr. 4, 43–82.

²⁰ WALICKI, A.: *Poland between East and West. The Controversies over Self-Definition and Modernization in Partitioned Poland* (August Zaleski Lectures, Harvard University, 18–22 April 1994). Cambridge, Mass. 1994, 37.

gencja (→ III. G), die vor allem im Königreich eine immer wichtigere Rolle im wirtschaftlichen und politischen Leben spielen sollten.

Industrialisierung und Urbanisierung

Die Teilungssituation hatte ökonomisch weitreichende Auswirkungen, die noch oder sogar verstärkt in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts spürbar waren (→ III. B und IV. B): Überkommene wirtschaftliche Strukturen, vor allem die Absatzmärkte, mussten sich entlang veränderter Zollgrenzen neu regulieren. Der Grad der Einbindung in die Wirtschaft der jeweiligen Teilungsmacht unterschied sich dementsprechend. In allen Teilungsgebieten setzte der Prozess der Industrialisierung angesichts einer allgemeinen ökonomischen Rückständigkeit im Verbund mit den politischen Problemen verspätet ein und blieb, wenn auch je unterschiedlich, hinter dem der führenden westlichen Industriestaaten zurück.²¹ Vor diesem gesamteuropäischen Hintergrund sind die sozial-ökonomischen Wandlungsprozesse in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sowie die in dieser Phase beschleunigte Urbanisierung²² zu beurteilen. Sie sind für die Bevölkerung in allen Teilungsgebieten erheblich, wenn auch in unterschiedlichem Maße.

Dies zeigt sich beim Vergleich der demografischen Entwicklungen. In der zweiten Jahrhunderthälfte lag das allgemeine Bevölkerungswachstums Kongresspolens wesentlich höher als in den beiden anderen Teilungsgebieten, dabei in den preußischen Gebieten nochmals niedriger als in Galizien (vgl. Tabelle 1). Als ein wichtiger Faktor hierfür gelten die Unterschiede im Industrialisierungsprozess, der in Kongresspolen mit besonderer Intensität verlief.²³

TABELLE 1: BEVÖLKERUNGSWACHSTUM NACH REGIONEN

	Zeitraum	Anstieg der Bevölkerung in %
Kongresspolen	1855–1910	167
Ostgalizien	1857–1910	77
Westgalizien	1857–1910	68
Westpreußen	1858–1910	50
Provinz Posen	1858–1910	48

Quelle: NIETYKSA: *Ludność Warszawy* (Anm. 23), 17, aufgrund der Angaben bei BUZEK, J.: *Pogląd na wzrost ludności ziem polskich w wieku XIX* [Betrachtung des Bevölkerungswachstums in den polnischen Ländern während des 19. Jahrhunderts]. Kraków 1915, 10.

²¹ KAPS, K.: *Ungleiche Entwicklung in Zentraleuropa. Galizien zwischen überregionaler Verflechtung und imperialer Politik (1772–1914)*. Wien 2015, 64.

²² NIETYKSA, M.: *Dzieje miast polskich w epoce kapitalizmu. Problemy, stan badań, postulaty* [Geschichte der polnischen Städte in der Epoche des Kapitalismus. Probleme, Stand der Forschung, Desiderate]. In: *Kwartalnik Historyczny* 87 (1980), Nr. 2, 399–413, hier 400.

²³ NIETYKSA, M.: *Ludność Warszawy na przełomie XIX i XX wieku*, [Die Bevölkerung Warschaus an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert]. Warszawa 1971, 17.

Im russischen Teilungsgebiet profitierten Unternehmer wie Leopold Kronenberg²⁴ oder Jan Bloch²⁵ von der russischen Laissez-faire-Politik ebenso wie vom verglichen mit dem restlichen Imperium hohen wirtschaftlichen Niveau (→ III. G). Im Gegensatz zu Großpolen und Galizien, die im jeweiligen gesamtstaatlichen Durchschnitt schlechter abschnitten, waren die ökonomischen Verhältnisse im Königreich günstiger als im übrigen Russland.²⁶ Hier entstanden schon in der ersten Jahrhunderthälfte, verstärkt aber in der zweiten, industrielle Zentren, die auch im imperialen Maßstab bedeutend waren. Politisch begünstigt wurde dies 1851 durch die Abschaffung der Zollgrenze zwischen dem Königreich und dem restlichen Imperium. Insbesondere die Textilindustrie sowie die metallverarbeitende Industrie mit Zentrum in der Hauptstadt profitierten von dieser Entwicklung. Dies zeigt sich am rapiden Bevölkerungswachstum der multiethnischen Großstädte Warschau und Lodz (vgl. Tabelle 2).²⁷ Letztere entwickelte sich innerhalb von nur einer Generation zu einem »polnischen Manchester« – mit allen damit verbundenen sozialen Veränderungen und Verwerfungen.²⁸

TABELLE 2:
BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG: WARSCHAU UND LODZ 1872, 1897, 1913

	1872	1897	1913	Veränderung 1872–1913
Warschau	275 999	660 000	1 000 000	362,3 %
Lodz	50 498	340 000	600 000	1188,1 %

Quelle: NIETYKSA, M.: *Rozwój miast* (Anm. 27), 135 f.

²⁴ Zu Kronenberg vgl. KOŁODZIEJCZYK, R.: *Portret warszawskiego milionera* [Porträt eines Warschauer Millionärs]. Warszawa 1968.

²⁵ DERS.: *Jan Bloch (1836–1902)*. Warszawa 1983.

²⁶ Zahlen für das Pro-Kopf-Einkommen in US-Dollar im Jahre 1913 in Deutschland 146, Österreich-Ungarn 102, Russland 44, preußisches Teilungsgebiet 113, Königreich Polen 63, Galizien 38; vgl. JEZERSKI, A./LESZCZYŃSKA, C.: *Historia gospodarcza Polski* [Wirtschaftsgeschichte Polens]. Warszawa 2002, 214.

²⁷ Beide Städte hatten einen sehr hohen Anteil jüdischer Bevölkerung: Dieser lag 1897 in Warschau bei 35,4 % (gegenüber 31,7 % im Jahr 1865), in Lodz bei 31,8 % (gegenüber 19,6 % im Jahr 1864), vgl. NIETYKSA, M.: *Rozwój miast i aglomeracji miejsko-przemysłowych w Królestwie Polskim 1865–1914* [Die Entwicklung der Städte und städtisch-industriellen Agglomerationen im Königreich Polen, 1865–1914]. Warszawa 1986, 242. Weitere Vergleichszahlen bei PUŚ, W.: *Ludność żydowska Łodzi w latach 1793–1914. Liczebność i struktura społeczno-zawodowa* [Die Lodzler jüdische Bevölkerung in den Jahren 1793–1914. Anzahl und sozio-professionelle Struktur]. In: SAMUŚ, P. (Hg.): *Polacy – Niemcy – Żydzi w Łodzi w XIX–XX wieku. Sąsiedzi dalecy i bliscy* [Polen – Deutsche – Juden in Lodz im 19. und 20. Jahrhundert. Entfernte Nachbarn und nahe]. Łódź 1997, 70–98. Vgl. weiterführend auch HENSEL, J. (Hg.): *Polen, Deutsche und Juden in Lodz 1820–1939: eine schwierige Nachbarschaft*. Osnabrück 1999; GUESNET, F.: *Polnische Juden im 19. Jahrhundert. Lebensbedingungen, Rechtsnormen und Organisation im Wandel*. Köln 1998.

²⁸ Vgl. u.a. PIETROW-ENNKER, B.: *Wirtschaftsbürger und Bürgerlichkeit im Königreich Polen: Das Beispiel von Lodz, dem »Manchester des Ostens«*. In: *Geschichte und Gesellschaft* 31 (2005), H. 2, 169–202.

Vor allem die sich auf dieser Grundlage entwickelnde Binnenmigration in die industriellen Zentren und allgemein in die Städte trieb den Urbanisierungsprozess im russischen Teilungsgebiet an. Die Entwicklung der Bevölkerungszahlen bis zum Vorabend des Ersten Weltkrieges zeigt die Unterschiede zwischen Stadt und Land: Der sich in den relativen Werten widerspiegelnden Landflucht steht ein überdurchschnittliches städtisches Wachstum gegenüber (vgl. Tabelle 3).

TABELLE 3:
BEVÖLKERUNGSWACHSTUM IM KÖNIGREICH POLEN, STADT-LAND-VERGLEICH

Jahr	Bevölkerung (in tausend/Wachstum in %)					
	allgemein		Land		Stadt	
1869	5 780	100,0	4 310	100,0	1 470	100,0
1893	8 809	152,4	6 431	149,2	2 378	161,8
1906	11 370	196,7	8 030	186,3	3 340	227,2
1909	11 935	206,5	8 283	192,2	3 652	248,4
1913	13 058	225,9	8 941	207,4	4 117	280,1

Quelle: NIETYKSA, M.: *Ludność Warszawy* (Anm. 23), 17 aufgrund der Angaben bei ZAŁĘSKI, W.: *Statystyka porównawcza Królestwa Polskiego. Ludność i stosunki ekonomiczne*. [Vergleichende Statistik des Königreich Polens. Bevölkerung und ökonomische Verhältnisse]. Warszawa 1876 und bei KRZYŻANOWSKI, A./KUMANIECKI, K.: *Statystyka Polski* [Statistik Polens]. Kraków 1915.

Bevölkerungswachstum, Urbanisierung und der Industrialisierungsschub in der zweiten Jahrhunderthälfte bewirkten in gegenseitiger Abhängigkeit einen gesellschaftlichen Wandel, der auch auf die Herausbildung einer Arbeiterschaft als sozialer Gruppe Einfluss nahm. Aus den aus unterschiedlichen – sozialen, konfessionellen und ethnischen – Milieus rekrutierten Arbeitskräften in der Industrie entwickelte sich ein zunehmend selbstbewusstes Proletariat.²⁹ Während die erste Generation von Arbeitern in den sich schnell entwickelnden monofunktionalen Industriezentren noch vergleichsweise enge Verbindungen zum Dorf unterhielt, verloren sich diese in einer multifunktionalen Metropole wie Warschau schnell. Auch spielte hier der Übergang verarmter Handwerker und Kleinbürger in das Proletariat eine ungleich größere Rolle. Die Rekrutierung aus unterschiedlichen Schichten trug zur Auflösung von Standesgrenzen und Formie-

²⁹ Vgl. KOWALSKA-GLIKMAN, S.: *Robotnicy* [Die Arbeiter]. In: KULA/LESKIEWICZOWA: *Przemiany społeczne* (Anm. 17), 345–370; KULA, W.: *Kształtowanie się kapitalizmu w Polsce* [Die Herausbildung des Kapitalismus in Polen]. Warszawa 1955; ŻARNOŃSKA, A.: *Klasa robotnicza Królestwa Polskiego 1870–1914* [Die Arbeiterklasse im Königreich Polen 1870–1914]. Warszawa 1974.

rung einer modernen Arbeiterschaft bei.³⁰ Diese organisierte sich seit den 1880er Jahren zunehmend parteipolitisch (Gründung der Sozialrevolutionären Partei »Proletariat«), orientierte sich auch international und vertrat ihre Interessen in Streiks (etwa 1892 in Lodz)³¹ sowie in der Revolution von 1905 (→ IV. E/F).

Anders als in Kongresspolen verliefen die Prozesse der Industrialisierung und Urbanisierung im österreichischen Teilungsgebiet. Mit Blick auf die Peripherielage Galiziens im Gesamtreich sind für das 19. Jahrhundert in wesentlichen Wirtschaftszweigen krisenbedingte Rückschläge der Industrialisierung ausgemacht worden.³² Ein natürlicher Bevölkerungszuwachs ist in dieser Region denn auch nicht wegen, sondern trotz der wirtschaftlichen Entwicklung feststellbar. Galiziens Bevölkerungsdichte nahm von der Jahrhundertmitte bis zum Ersten Weltkrieg kontinuierlich und im Verhältnis zum gesamten österreichischen Reichsteil überdurchschnittlich zu (vgl. Tabelle 4).

TABELLE 4:
BEVÖLKERUNGSDICHTE: GALIZIEN UND CISLEITHANISCHER REICHSTEIL INSGESAMT, EINWOHNER/KM²

Zeitraum	Galizien	Cisleithanien
1857	59	61
1869	69	67
1880	76	73
1890	84	78
1900	93	87
1910	102	95

Quelle: MARK: *Galizien* (Anm. 8), 76. Für die aufgrund administrativer Veränderungen nicht direkt vergleichbare erste Jahrhunderthälfte vgl. ebd., 63

Vergleichsweise geringe Erwerbsmöglichkeiten in der Industrie und in den wenigen städtischen Zentren konnten den natürlichen Bevölkerungszuwachs nicht auffangen. Die in den achtziger Jahren einsetzenden Migrationsbewegungen führten nicht primär in die galizischen Städte, sondern in die Emigration (→ IV. H).³³ Verglichen mit den

³⁰ ŻARNOWSKA: *Klasa robotnicza* (Anm. 29); DIES.: *Społeczne rodowody miejskich skupisk proletariatu w Królestwie Polskim (próba typologii)* [Soziale Herkunft der städtischen Zentren des Proletariats im Königreich Polen (Versuch einer Typologie)]. In: *Historia XIX i XX wieku. Studia i szkice. Prace ofiarowane Henrykowi Jabłońskiemu w siedemdziesiątą rocznicę urodzin* [Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Studien und Skizzen gewidmet Prof. Henryk Jabłoński zum 70. Geburtstag]. Wrocław 1979, 23–30.

³¹ SAMUŚ, P. (Hg.): *»Bunt Łódzki« 1892 roku. Studia z dziejów wielkiego konfliktu społęcznego* [Der »Lodzer Aufstand« von 1892. Studien zur Geschichte eines großen sozialen Konfliktes]. Łódź 1993.

³² KAPS: *Ungleiche Entwicklung* (Anm. 21), 43.

³³ MARK: *Galizien* (Anm. 8), 77.

kongresspolnischen Städten fiel das Wachstum der galizischen eher moderat aus, und dies verweist auf ihre unterschiedliche Bedeutung als Industriestandorte. Bezogen auf das eigene Teilungsgebiet zeichneten sich Lemberg und – seit den 1860er Jahren – Krakau aber sehr wohl durch ein überdurchschnittliches Wachstum aus und zogen, vor allem aus dem Umland, Bevölkerung an.³⁴ Sie trugen über die Vielzahl der dort angesiedelten Kultur- und Bildungseinrichtungen zur Urbanisierung bei.³⁵

Die Berufsstruktur Galiziens blieb auch am Ende des Jahrhunderts durch die Landwirtschaft geprägt: drei Viertel der Bevölkerung arbeitete hier, während dies in Cisleithanien insgesamt nur für etwa die Hälfte galt. Entsprechend gering war der Anteil der Beschäftigten in der Industrie: Während die gesamtstaatliche Quote bei einem Viertel der Bevölkerung lag, kam das früher polnische Kronland gerade einmal auf ein Zehntel.³⁶ Dies musste sich auf die mit der Industrialisierung und Urbanisierung verbundenen gesellschaftlichen Differenzierung auswirken: Als soziale Gruppe blieb die Arbeiterklasse zahlenmäßig bis zur Jahrhundertwende klein. Damit waren aber auch der Grad ihrer Organisation und ihre politische Konfliktfähigkeit eingeschränkt (→ IV. E): Erfolgreiche Streikaktionen, wie die der Drucker oder der Transportarbeiter, die vergleichsweise früh gesamtstaatlichen Gewerkschaften beigetreten waren, blieben die Ausnahme.³⁷

Das preußische Teilungsgebiet schnitt im direkten Vergleich mit den beiden anderen Teilungsgebieten hinsichtlich seines Wirtschaftspotentials am besten ab.³⁸ Mit Blick auf Preußen bzw. den deutschen Gesamtstaat geriet es allerdings in eine periphere Lage; das Pro-Kopf-Einkommen der preußischen Ostgebiete lag niedriger als in anderen Teilen des Reiches (→ IV. B, Tabelle 3). Schon in der ersten Jahrhunderthälfte hatten die Textilmanufakturen in der Konkurrenzsituation mit anderen Regionen im Reich und dem Königreich Polen das Nachsehen. Auch die größten städtischen Industriezentren, Posen und Bromberg, erreichten nie das Potential Oberschlesiens³⁹ oder des Ruhrgebiets. Während sich in der Abhängigkeit zum Reich die landwirtschaftlichen Verhält-

³⁴ ZAMORSKI, K.: *Transformacja demograficzna w Galicji na tle przemian ludnościowych innych obszarów Europy Środkowej w drugiej połowie XIX i na początku XX wieku* [Die demografische Transformation in Galizien vor dem Hintergrund der Bevölkerungsverschiebungen in anderen Gebieten Mitteleuropas in der zweiten Hälfte des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts]. Kraków 1991, 35.

³⁵ Vgl. PURCHLA, J.: *Matecznik Polski. Pozaekonomiczne czynniki rozwoju Krakowa w okresie autonomii galicyjskiej* [Schlupfwinkel Polens: Außerökonomische Faktoren der Entwicklung Krakaus in der Zeit der galizischen Autonomie]. Kraków 1990; GAŚOWSKI, T., *Urbanizacja w Galicji w dobie autonomicznej* [Die Urbanisierung Galiziens in der Zeit der Autonomie]. In: *Studia Historyczne* 28 (1985) H. 2, 223–242.

³⁶ BUSZKO: *Zum Wandel der Gesellschaftsstruktur* (Anm. 7), 20.

³⁷ Ebd.

³⁸ JEZIERSKI/LESZCZYŃSKA: *Historia gospodarcza* (Anm. 26), 214.

³⁹ Vgl. SCHOFER, L.: *Die Formierung der modernen Arbeiterschaft in Oberschlesien 1865–1914*. Dortmund 1983 – engl. Orig. Berkeley 1975.

nisse verbesserten, blieb ein demjenigen in Kongresspolen vergleichbarer Industrialisierungsschub aus. Unternehmer im preußischen Teilungsgebiet hatten mit einem größeren Konkurrenzdruck zu kämpfen, andererseits standen ihnen aber auch die Absatzgebiete des Deutschen Reiches offen, was ein immerhin moderates Wirtschaftswachstum ermöglichte.⁴⁰ Vergleichsweise langsam entwickelten sich dann in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts neben der Lebensmittelindustrie Betriebe zur Produktion von Maschinen, vor allem für den Agrarsektor; der bekannteste entstand auf Initiative Hipolit Cegielskis, eines führenden Vertreters der Organischen Arbeit (→ III. G und IV. D). Der sich unter Bismarck verschärfende Nationalitätenkonflikt führte zu einer zunehmenden sozioökonomischen Konsolidierung aufseiten der polnischen Minderheit Preußens, was seinen Niederschlag insbesondere im Aufbau eines polnischen Genossenschaftswesens fand.⁴¹

Das preußische Teilungsgebiet umfasste zwar zwei Provinzen mit überwiegend polnischer Bevölkerung, doch mit Blick auf die Städte stellen sich die Verhältnisse anders dar. Hier lag lange das zahlenmäßige Übergewicht bei der deutschsprachigen Bevölkerung. So waren 1867 in der Provinz Posen, die mit über 60 Prozent den höchsten Anteil polnischsprachiger Bevölkerung aufwies,⁴² 67,2 Prozent der Stadtbevölkerung deutschsprachig.⁴³ Dieser polyethnische Charakter spiegelt sich auch in der Verteilung der Gewerbestruktur wider: Von den im Jahr 1845 in der Stadt Posen ansässigen Handwerksbetrieben hatten 324 jüdische Besitzer, weitere 643 waren wahrscheinlich vor allem deutsch-, 359 vor allem polnischsprachig.⁴⁴

Die Provinz Posen unterschied sich auch hinsichtlich der Altersstruktur von den beiden anderen Teilungsgebieten. Trotz ihrer Peripherielage im Deutschen Reich weist sie für die tabellarisch dargestellten Stichjahre (1871/1910) einen vergleichsweise hohen Bevölkerungsanteil an über Sechzigjährigen aus (vgl. Tabelle 5). Dies lässt, zumindest in der Tendenz, Rückschlüsse auf bessere infrastrukturelle Bedingungen und einen höheren Lebensstandard zu.

⁴⁰ KIENIEWICZ: *Historia Polski* (Anm. 1), 294. Vgl. auch LANDAU/TOMASZEWSKI: *Wirtschaftsgeschichte Polens* (Anm. 6).

⁴¹ Vgl. JAWORSKI: *Handel und Gewerbe im Nationalitätenkampf* (Anm. 2).

⁴² Vergleichszahlen für die Jahre 1860, 1871, 1882, 1900, 1910 bei KOZŁOWSKI, J.: *Wielkopolska pod zaborem pruskim w latach 1815–1918* [Großpolen unter preußischer Herrschaft 1815–1918]. Poznań 2006, 25.

⁴³ Ebd., 329: die zeitgenössische Statistik unterschied bei der deutschsprachigen Bevölkerung nicht zwischen christlicher und jüdischer.

⁴⁴ Vgl. SZULC, W./Majewski, J.: *Procesy industrializacji Poznania. Kredyt. Ubezpieczenia. Organizacje gospodarcze* [Prozesse der Industrialisierung Posens. Kredit. Versicherungen. Wirtschaftsorganisationen]. In: TOPOLSKI, J./TRZECIAKOWSKI, L. (Hg.): *Dzieje Poznania* [Geschichte Posens]. Bd. 2. Warszawa 1994, 137–181, hier 152.

TABELLE 5:
BEVÖLKERUNG EINZELNER REGIONEN NACH ALTERSGRUPPEN IN PROMILLE

	0–14 (0–19)	15–59 (20–59)	> 60
Kongresspolen (1848)	– (454)	– (512)	34
Galizien (1869)	371 (457)	593 (507)	36
Prov. Posen (1871)	391	553	57
Kongresspolen (1897)	393	546	61
Galizien (1900)	389	552	59
Prov. Posen (1910)	402	521	77

Quelle: ZAMORSKI: *Transformacja demograficzna* (Anm. 34), 63. Zu den Erhebungsschwierigkeiten, die für die hier interessierende Tendenz aber unerheblich sind, vgl. ebd., 64.

Starker Adel – schwaches Bürgertum

Wie tendenziell im gesamten östlichen Europa, so war auch in den polnischen Teilungsgebieten das Bürgertum nur schwach entwickelt. Dies lag zum einen an den ökonomischen Rahmenbedingungen agrarisch geprägter Regionen, zum anderen an politischen und gesellschaftlichen Faktoren. So verhinderte die traditionell gesellschaftlich dominierende Rolle des polnischen Adels, dem eine relativ große Bevölkerungsgruppe angehörte,⁴⁵ lange die Entwicklung des Bürgertums zu einer starken und selbstbewussten konkurrierenden Elite und prägte auch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch das kulturelle Selbstverständnis der Eliten (→ III. C/G).

Grundsätzlich musste der landbesitzende polnische Adel vor dem Hintergrund revolutionärer Stimmungen und politischer Souveränitätsverluste in der Zeit zwischen 1848 und 1864 auf die neuen wirtschaftlichen Herausforderungen reagieren.⁴⁶ Auch wenn die Mehrheit versuchte, die tradierten Wahrnehmungen und Haltungen zu bewahren, so kamen in allen Teilungsgebieten Überlegungen zur Modernisierung der Landwirtschaft aus dieser sozialen Gruppe selbst.⁴⁷

⁴⁵ Zur dessen innerer Differenzierung ŁEPKOWSKI, T.: *Polska – Narodziny nowoczesnego narodu, 1764–1870* [Polen – Die Geburt der modernen Nation 1764–1870]. Warszawa 1967, 139.

⁴⁶ LESKIEWICZOWA, J.: *Ziemiaństwo polskie 1795–1945* [Der polnische Landadel 1795–1945]. Warszawa 1985; CABAN, W./MARKOWSKI, M.B.: *Aktywność gospodarcza ziemiaństwa w Polsce w XVIII–XX wieku* [Die wirtschaftliche Aktivität des Landadels in Polen im 18.–20. Jahrhundert]. Kielce 1993; MOLIĆ, M.: *Życie codzienne ziemiaństwa w Wielkopolsce w XIX i na początku XX wieku* [Der Alltag des Landadels in Großpolen im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts]. Poznań 1999; MÜLLER, M.G.: *Der polnische Adel 1750–1863*. In: WEHLER, H.-U. (Hg.): *Europäischer Adel 1750–1950*. Göttingen 1990, 217–242.

⁴⁷ JEDLIĆKI, J.: *Obozy ideowe Królestwa wobec zmian społecznych* [Die ideologischen Lager des Königreichs gegenüber den sozialen Veränderungen]. In: KULA/LESKIEWICZOWA: *Przemiany społeczne* (Anm. 17). Wrocław 1979, 463–496. Vgl. auch LESKIEWICZOWA, J./RYCHLIKOWA, I.: *Ziemiaństwo* [Der Landadel]. In: ebd., 371–387.

Im Königreich Polen ist mit solchen Überlegungen vor allem der Zirkel um Andrzej Zamoyski verbunden.⁴⁸ Die von ihm vertretene Vorstellung von einer Entwicklung des Agrarsektors ging in Richtung einer »industriellen Landwirtschaft«, als einer vernunftbasierten, auf strikten Kalkulationen aufbauenden Aktivität.⁴⁹ Solche Überlegungen entfalteten sich, verglichen mit den anderen Gebieten der ehemaligen Adelsrepublik, unter besonders schwierigen Bedingungen. Denn hier unterlag der Adel im Vergleich zu den übrigen Teilungsgebieten einer besonders starken sozialen Differenzierung: Vor allem die Aristokratie und der großgrundbesitzende Adel insgesamt verloren im Königreich durch die Aufstände und deren Folgen – Deportation, Enteignung, Exil – an politischem Einfluss. Nach dem verlorenen Aufstand von 1863 konnten ihre Vertreter im Staatsdienst kaum mehr unterkommen und wichen, je nach finanziellen Möglichkeiten, in andere Berufe bzw. gesellschaftliche Bereiche aus. Nur eine relativ kleine Gruppe wurde zu industriellen Unternehmern und trat in ein nichtpolnisch (oftmals jüdisch) geprägtes Großbürgertum ein. In den sich entwickelnden Städten waren aber zunehmend auch Nachkommen von Familien des mittleren, grundbesitzenden Adels (*ziemiaństwo*) in Handwerk und kaufmännischen Berufen zu finden. Kennzeichnend für das russische Teilungsgebiet war insbesondere eine dritte Gruppe, der verarmte Adel (*szlachta gołota*): dessen Vertreter fanden häufig auf dem Land kein Auskommen mehr und wanderten in die Städte ab. Ein anderer Teil des Adels, aller Gruppen, wich in die freien Berufe aus und gehörte damit nach westeuropäischen Maßstäben zum Bildungsbürgertum. Diese auf Bildung aufbauende soziale Gruppe im geteilten Polen lässt sich allerdings besser mit dem Begriff *Inteligencja* beschreiben, da sie sich weit weniger als im deutschen Sprachraum und Teilen des westlichen Europas aus dem Bürgertum rekrutierte.⁵⁰

Die gesellschaftliche Struktur des preußischen Teilungsgebietes unterschied sich deutlich von der des russischen; dies betraf insbesondere den Adel. Schon in der Zeit der Adelsrepublik lag dessen Anteil an der Gesamtbevölkerung in diesen Regionen weit unter dem Durchschnitt (→ Bd. 2, II. C und V. I). Im Vergleich zum Königreich bildete der verarmte, über keinerlei Grundbesitz verfügende Adel hier auch im 19. Jahrhundert eine weit kleinere Gruppe. Die mit der Reichsgründung eingeleitete Germani-

⁴⁸ Zamoyski war Begründer der Zeitschrift *Roczniki Gospodarstwa Krajowego* [Jahrbücher für die Wirtschaft des Landes] und Vorsitzender der Landwirtschaftlichen Gesellschaft (Towarzystwo Rolnicze), die bis 1861 existierte, vgl. KIZWALTER, T.: *Polish Landed Gentry of the Mid-19th Century and Modernization*, in: *Acta Poloniae Historica* (1990) H. 62, 135–169; RYCHLIKOWA, I.: *Myśl społeczna twórców Towarzystwa Rolniczego (1842–1861)* [Die sozialen Vorstellungen der Begründer der Landwirtschaftlichen Gesellschaft]. Wrocław 1964.

⁴⁹ KIZWALTER: *Polish Landed Gentry* (Anm. 48), 148.

⁵⁰ KOESTLER, N.: *Intelligenzschicht und höhere Bildung im geteilten Polen*. In: CONZE, W./KOCKA, J. (Hg.): *Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert. Teil 1: Bildungssystem und Professionalisierung in internationalen Vergleichen*. Stuttgart 1985, 186.

sierungspolitik nahm allerdings seit Mitte der 1880er Jahre den polnischen Grundbesitz ins Visier. Mit gezielter Aufkaufs- und Ansiedlungspolitik sollte der grundbesitzende Adel und damit die polnische Führungsschicht ausgeschaltet werden – ein Kalkül, das aus verschiedenen Gründen nicht aufging. Die Maßnahmen konnten insbesondere deshalb nicht die gewünschte Wirkung erzielen, weil die polnische Nationalbewegung durch die Ausschaltung des polnischen Adels nicht mehr zu zerstören war. Die relative Schwächung des grundbesitzenden Adels ging nämlich einher mit einem Elitenwandel, durch den ein wachsender und zunehmend selbstbewussterer Mittelstand den Adel in seinem nationalen Führungsanspruch abzulösen begann. Dass sich dieser strukturelle Wandel vergleichsweise undramatisch vollzog, erklärt sich einerseits aus dem Umstand, dass sich der überwiegende Teil des Adels unter den gegebenen Zwängen reformwillig und kooperationsbereit zeigte. Andererseits waren die bürgerlichen Kräfte ihrerseits noch zu schwach, den grundbesitzenden Adel vollständig in seiner politischen und gesellschaftlichen Führungsrolle abzulösen, wie dessen anhaltende Präsenz in den polnischen Fraktionen des preußischen und des deutschen Parlaments zeigt.⁵¹

Das preußische Teilungsgebiet unterschied sich vom Königreich (und von Galizien) auch hinsichtlich der Zusammensetzung des Bürgertums, wie sich im Städtevergleich zeigt (vgl. Tabelle 6). Während dort der jüdische Anteil im gesamten sozialen Spektrum dieser Gruppe, also bei Handwerkern, Kaufleuten und Unternehmern, hoch lag, stellten hier vorwiegend Deutsche das Wirtschaftsbürgertum, während Polen im Kleinbürgertum dominierten. Von den zahlenmäßig vergleichsweise wenigen jüdischen Bürgern waren die meisten an das Deutsche assimiliert.

TABELLE 6:
JÜDISCHE BEVÖLKERUNG: ANTEIL IN DEN GRÖSSTEN POLNISCHEN STÄDTEN 1910–1913

Stadt	Einwohner	jüdische Einwohner	Anteil in Prozent
Warschau	845 000	296 000	35,0
Lodz	506 100	171 900	34,0
Lemberg	206 100	57 400	27,8
Krakau	152 000	32 300	21,2
Posen	156 700	5 600	3,6

Quelle: PUŚ: *Ludność żydowska* (Anm. 27), 85.

⁵¹ JAWORSKI: *Handel und Gewerbe im Nationalitätenkampf* (Anm. 2), 21; HEMMERLING, Z.: *Postowie polscy w parlamencie Rzeszy Niemieckiej i Sejmie Pruskim 1907–1914* [Die polnischen Abgeordneten im deutschen Reichstag und im preußischen Parlament 1907–1914]. Warszawa 1968.

In Galizien unterschied sich die Situation nochmals von beiden anderen Teilungsgebieten. Hier waren es vor allem die adligen Großgrundbesitzer, die über eine ständische Interessensvertretung die politische Einigung mit der Wiener Zentralmacht erwirkt hatten. In der Konsequenz konservierte die galizische Autonomie von 1868 recht weitgehend die soziale und nationale Vorherrschaft der alten Eliten. Das Zensuswahlrecht von 1861/73 gab dem konservativen Landadel einen eindeutigen Vorrang im Land und sicherte ihm lange auch ein zahlenmäßiges Übergewicht im Wiener Parlament.⁵² Liberal-demokratische Tendenzen konnten sich so kaum durchsetzen. Trotzdem wurden zum Ende des Jahrhunderts auch unter diesen politischen Rahmenbedingungen ökonomische Modernisierungstendenzen wirksam.⁵³ Eine den anderen Teilungsgebieten vergleichbare Industrialisierung blieb, wie oben beschrieben, zwar aus, doch gab es in Teilbereichen Produktionssteigerungen und insgesamt einen verstärkten Kapitalfluss innerhalb Österreich-Ungarns.⁵⁴ Dies zog, wenn auch in geringerem Maße, Veränderungen in der Berufsstruktur zugunsten nichtadliger Bevölkerungsgruppen vor allem in den Städten nach sich. Darüber hinaus wirkte sich auch die Autonomie im letzten Drittel des Jahrhunderts zugunsten nichtadliger Bevölkerungsgruppen aus, denn sie schuf die Rahmenbedingungen für viele Berufsmöglichkeiten, die diesen Gruppen in den beiden anderen Teilungsgebieten vorenthalten blieben.⁵⁵

Die Intelligencja

Der Aufstieg der *Inteligencja*⁵⁶ zu einer einflussreichen, selbstbewussten sozialen Gruppe vollzog sich im geteilten Polen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und ist eng an die – mehr oder weniger – restriktive Politik der jeweiligen Teilungsmacht

⁵² BUSZKO, J.: *Polacy w Parlamencie Wiedeńskim 1848–1918* [Polen im Wiener Parlament]. Warszawa 1996, 335.

⁵³ Vgl. KULCZYKOWSKI, M.: *Modernizacja społeczeństwa galicyjskiego w warunkach autonomii politycznej* [Die Modernisierung der galizischen Gesellschaft unter den Bedingungen der politischen Autonomie]. In: TRZECIAKOWSKI, L./MAKOWSKI, K. (Hg.): *Samomodernizacja społeczeństwa w XIX wieku. Irlandczycy, Czesi, Polacy* [Selbstmodernisierung der Gesellschaft im 19. Jahrhundert. Iren, Tschechen, Polen]. Poznań 1999, 107–129, hier 109.

⁵⁴ KAPS: *Ungleiche Entwicklung* (Anm. 21), 77.

⁵⁵ KOESTLER: *Intelligenzschicht* (Anm. 50), 197.

⁵⁶ Zur Einordnung der historiographischen wie politischen Debatten um die Bedeutung der Intelligencja als sozialer Gruppe und ihre nationalen Aufgaben vgl. das Vorwort von Jerzy JEDLIŃSKI in: JANOWSKI, J.: *Narodziny inteligencji 1750–1831* [Die Geburt der Intelligencja 1750–1831] = JEDLIŃSKI, J. (Hg.): *Dzieje inteligencji polskiej do roku 1918* [Die Geschichte der polnischen Intelligencja bis zu Jahr 1918]. Warszawa 2008, Bd. 1, 7–23 – deutsche Übersetzung unter dem Titel *Einführende Bemerkungen zu einer neuen Geschichte der polnischen Intelligenz*. In: KAŃKOLEWSKI, I. (Hg.): *Lelewel-Gespräche 1/2010: Die Intelligenz als soziale Gruppe*. URL: »<http://www.perspectivia.net/publikationen/lelewel-gespraech/1-2010>« (letzter Aufruf: 10. 4. 2018).

gebunden.⁵⁷ Der Begriff *Inteligencja* fand zuerst im preußischen Teilungsgebiet Verwendung,⁵⁸ womit nicht die Genese des Phänomens an sich – diese reicht bis ins 18. Jahrhundert zurück (→ III. G) –, sondern der Selbstfindungsprozess einer sozialen Gruppe für sich benannt ist. Der polnische Philosoph Karol Libelt hatte 1844 in seinem Werk *O miłości ojczyzny* [Über die Vaterlandsliebe] von der Existenz der *Inteligencja* als einer Schicht geschrieben, die sich vor allem anderen durch Bildung definierte: Es waren für ihn die Absolventen höherer Schulen, also Studenten, Beamte, Lehrer und Geistliche, aber interessanterweise auch Unternehmer, die an der Spitze der Nation stünden.⁵⁹ Der Begriff verbreitete sich dann im Umfeld der Revolution von 1848.⁶⁰ Zu Recht ist darauf verwiesen worden, dass Libelts Definition für die zweite Hälfte des langen 19. Jahrhundert insofern unzureichend war, als es gerade an einem alle Teilungsgebiete einschließenden polnischen Bildungssystem mangelte. In dieser Situation stellten akademische Ausbildung und Karriere keine hinreichenden Kriterien dar; kennzeichnend wurde vielmehr das Bewusstsein einer Verantwortung für die Selbsterhaltung der geteilten Nation.⁶¹ Damit umfasst der Begriff *Inteligencja* mehr als nur Expertentum. Seine Unbestimmtheit liege, so Jerzy Jedlicki, in der »fortgesetzten Interferenz ihrer professionellen und außerprofessionellen, das heißt ideellen Funktionen«.⁶²

Im russischen Teilungsgebiet stand der Aufstieg der *Inteligencja* in engem Zusammenhang mit dem niedergeschlagenen Januaraufstand und war verbunden mit dem Ende einer adlig dominierten Gesellschaft. Die Russifizierung der öffentlichen Verwal-

⁵⁷ Aus der umfänglichen Literatur vgl. insbesondere CZEPULIS-RASTENIS, R. (Hg.): *Inteligencja Polska pod zaborami. Studia* [Die polnische Intelligenz in der Zeit der Teilungen. Studien]. 6 Bde. Warszawa 1978–1991; BORZYSZKOWSKI, J.: *Inteligencja polska w Prusach Zachodnich 1848–1920* [Die polnische Intelligenz in Westpreußen 1848–1920]. Gdańsk 1986; MOLIĆ, W.: *Inteligencja polska w Poznańskim w XIX i na początkach XX wieku* [Die polnische Intelligenz in der Provinz Posen im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts]. Poznań 2009; JEDLICKI, J. (Hg.): *Dzieje inteligencji polskiej do roku 1918* [Die Geschichte der polnischen Intelligenz bis zum Jahr 1918]. 3 Bde. Warszawa 2008 (engl. Übersetzung Frankfurt a.M. 2014). Vergleichende Überlegungen zu anderen europäischen Bildungseliten in: *Leleweł-Gespräche* 1/2010 (Anm. 56).

⁵⁸ MOLIĆ, W.: *Inteligencja Polska w W. Ks. Poznańskim (1841–1870)* [Die polnische Intelligenz im Großherzogtum Posen (1841–1870)]. In: CZEPULIS-RASTENIS: *Inteligencja Polska* (Anm. 57). [Bd. 1]. 1978, 65–106, hier 101.

⁵⁹ LIBELT, K.: *O miłości ojczyzny* [Über die Vaterlandsliebe]. In: Rok 1844 pod względem Oświaty, Przemysłu i Wypadków Czasowych [Das Jahr 1844 im Hinblick auf Bildung, Industrie und Ereignisse der Zeit], Nr. 1, 1844, hier zit. nach der Ausgabe Brody 1907, hg. von W. HAHN (Arcydzieła Polskich i Obcych Pisarzy [52]), 74.

⁶⁰ HASS, L.: *Inteligencji Polskiej dole i niedole. XIX i XX wiek* [Glück und Unglück der polnischen Intelligenz. 19. und 20. Jahrhundert]. Łowicz 1999.

⁶¹ KOESTLER: *Intelligenzschicht* (Anm. 50), 187 f.

⁶² JEDLICKI in: JANOWSKI: *Narodziny inteligencji* (Anm. 56), 9 – Abschn. 8 der dt. Übers.

tung wie auch die sozioökonomischen Folgen der Bauernbefreiung nahmen dem polnischen Adel seine politische wie gesellschaftliche Führungsrolle. Jene, denen eine Anpassung an die neuen ökonomischen Verhältnisse auf dem Land nicht gelang oder die aus politischen Gründen ihre Güter verloren hatten, zogen in die Städte, wo sie sich – teils in Abgrenzung, teils in Verbindung mit der dort lebenden jüdischen und deutschen Bevölkerung – in eine städtische *Inteligencja* umformten. Auch wenn sich deren Genese länger zurückverfolgen lässt,⁶³ der Durchbruch als soziale Führungsgruppe gelang der *Inteligencja* hier erst im Zuge des gesellschaftlichen Wandels nach 1864. Ihr gehörten die Absolventen der von 1862 bis 1869 unter dem Namen Warschauer Hauptschule (*Szkoła Główna Warszawska*) bestehenden polnischsprachigen Hochschule und anderer höherer Bildungseinrichtungen an, aber auch Personen ohne Hochschulbildung, meist Angestellte. Anders als der Name »Warschauer Hauptschule« suggeriert – und suggerieren sollte –, handelte es sich um eine Universität; sie genoss in der kurzen Zeit ihrer Existenz, unter anderem wegen ihrer polnischen Unterrichtssprache, großes gesellschaftliches Renommee.⁶⁴ Nach 1869 gab es im russischen Teilungsgebiet keine polnischsprachige Universitätsausbildung mehr.

Die meisten Vertreter der *Inteligencja* gingen nach Warschau, wo sich ihre Zahl allein zwischen 1870 und 1882 verdoppelte.⁶⁵ Der Mangel an Arbeitsmöglichkeiten in zentralen Verwaltungs-, Justiz- und Bildungseinrichtungen bewirkte teilweise eine Übernahme von Tätigkeiten in Handel und Industrie, vor allem aber in den freien Berufen. Dort kam es zu einer schon von den Zeitgenossen wahrgenommenen Überbesetzung im Verhältnis zu den Bedürfnissen der Gesellschaft – mit erheblichen Auswirkungen auf das finanzielle Auskommen, was sich etwa bei den Ärzten zeigte.⁶⁶ Besondere Attraktivität erlangte darüber hinaus eine Betätigung im literarischen oder journalistischen Bereich im Zuge der Herausbildung differenzierter und komplexer Formen von Öffentlichkeit, insbesondere einer rasch wachsende Presselandschaft.

Dass sich die *Inteligencja* im letzten Jahrhundertdrittel zu einer selbstbewussten sozialen Gruppe entwickelte, zeigen insbesondere ihre Abgrenzungsbemühungen. Beein-

⁶³ JANOWSKI: *Narodziny inteligencji* (Anm. 56).

⁶⁴ BŁASZCZYK, L. T./DANIELEWICZ, J.: *Szkoła Główna Warszawska (1862–1869) i jej rola w kształtowaniu się ideologii pozytywistycznej* [Die Warschauer Hauptschule und ihre Rolle in der Bildung der positivistischen Ideologie]. In: *Przegląd Nauk Historycznych i Społecznych* 2 (1952), 159–184; FITA, S.: *Pokolenie Szkoły Głównej* [Die Generation der Hauptschule]. Warszawa 1980.

⁶⁵ Von 5700 im Jahre 1870 auf 12000 im Jahre 1882. Weiterführend LESKIEWICZOWA, J.: *Warszawa i jej inteligencja po powstaniu styczniowym 1864–1870* [Warschau und seine *Inteligencja* nach dem Januaraufstand 1864–1870]. Warszawa 1961, insbesondere 33–143; ŻURAWICKA, J.: *Inteligencja warszawska w końcu XIX wieku* [Die Warschauer *Inteligencja* am Ende des 19. Jahrhunderts]. Warszawa 1978.

⁶⁶ MICIŃSKA, M.: *Inteligencja na rozdrożach 1864–1918* [Die *Inteligencja* am Scheideweg 1864–1918] = JEDLIŃKI: *Dzieje Inteligencji* (Anm. 57). Bd. 3, 23.

flusst von den geistigen Strömungen und Traditionen der *Szkoła Główna*, gingen viele ihrer Angehörigen bewusst auf Distanz zu den vermögenden Schichten und betonten ihre unabhängige soziale Stellung – und zwar im Bewusstsein ihrer besonderen Rolle innerhalb einer politisch fremdbestimmten Nation. So kamen nicht nur die Warschauer Positivisten (→ IV. D), sondern auch die führenden Vertreter nachfolgender politischer Orientierungen (→ IV. E) aus dieser sozialen Gruppe.

Im preußischen Teilungsgebiet erfolgte der Aufstieg der *Inteligencja* zur polnischen Elite im späten 19. Jahrhundert unter ebenfalls schwierigen Voraussetzungen.⁶⁷ Das Bildungssystem war hier relativ weit entwickelt und regelte formal differenzierter als in den übrigen Teilungsgebieten den Zugang zu den freien Professionen und zum Staatsdienst. Es überrascht daher kaum, dass die Bildungspolitik der Teilungsmacht ein Gegenstand nationaler Auseinandersetzung war. Der Sekundarschulbereich wurde in den früher polnischen Gebieten weit weniger als der Elementarschulbereich gefördert, über eine eigene Universität verfügten weder Posen noch Westpreußen. Zum Studium musste in andere Provinzen bzw. Länder ausgewichen werden – letzteres war mit formalen und finanziellen Problemen verbunden. So studierten die meisten Polen aus dem preußischen Teilungsgebiet in Berlin und Breslau.⁶⁸ Ab den Zeiten des Kulturkampfes waren berufliche Karrieren im Staatsdienst für die polnische *Inteligencja*, ähnlich wie im Königreich, aufgrund der politischen Situation mit großen Problemen verbunden, vor allem wenn sie sich in den früher polnischen Gebieten niederlassen und den Kontakt zur polnischsprachigen Gesellschaft pflegen wollten.

In Galizien dagegen wirkten sich die günstigen politischen Rahmenbedingungen nach dem österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867, insbesondere die weitgehende Autonomie im Bildungsbereich auch auf die *Inteligencja* aus. Konservierende und modernisierende Faktoren trafen hier aufeinander und ergaben ein uneinheitliches Bild. Während einerseits die vom Adel dominierte Agrargesellschaft mit ihrer überwiegend armen Bauernschaft in Rückständigkeit verharrte, gingen andererseits vom Bildungsbereich Impulse für ein neues, selbständiges kulturelles und wissenschaftliches Leben aus. Insbesondere die Großstädte Krakau und Lemberg sind in ihrer Rolle als Zentren der polnischen *Inteligencja* kaum zu überschätzen. Sie strahlten über die Grenzen Galiziens weit hinaus. Die hier ansässigen Bildungs- und Kultureinrichtungen waren auch für die *Inteligencja* im preußischen und vor allem im russischen Teilungsgebiet ein wichtiger Orientierungspunkt: Hier wurden Artikel publiziert und Bücher gedruckt, die im russischen Imperium nicht erscheinen konnten. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang auch die beiden Universitäten: Sieht man von dem kurzen Zwi-

⁶⁷ MOLIK: *Inteligencja polska* (Anm. 58).

⁶⁸ MOLIK, W.: *Polskie peregrynacje uniwersyteckie do Niemiec 1871–1914* [Polnische Bildungsreisen an deutsche Universitäten 1871–1914]. Poznań 1989.

schenspiel der *Szkoła Główna* in Warschau ab, so waren Krakau und Lemberg in der zweiten Jahrhunderthälfte die einzigen Städte mit einer polnischen Universität. Zumindest ein Teil der Absolventen konnte als Beamte oder Lehrer in den Staatsdienst eintreten. Der Anteil der polnischen Universitätsstudenten an der Gesamtzahl der in Österreich-Ungarn Studierenden stieg in der zweiten Jahrhunderthälfte deutlich an: Lag er 1857 noch unter dem Anteil der Polen an der Gesamtbevölkerung, so zeigt sich 1890 – im Unterschied zu den ruthenischen Studenten – eine Trendwende, die sich bis 1910 noch verstärkte (vgl. Tabelle 8).

TABELLE 8:
ANTEIL DER POLEN UND RUTHENEN AN DEN UNIVERSITÄTSSTUDENTEN ÖSTERREICH-UNGARNS 1857,
1890*, 1910 IN PROZENT

	Poln. Studenten	Poln. Bevölkerung	Ruthen. Studenten	Ruthen. Bevölkerung
1857	5,5	7,4	3,4	8,0
1890*	12,7	8,8	3,1	8,2
1910	17,7	9,8	4,0	7,9

Quelle: Zahlen bei OTRUBA, G.: *Die Universitäten in der Hochschulorganisation der Donaumonarchie – nationale Erziehungsstätten im Vielvölkerreich 1850 bis 1914*. In: Helfer, C./Rassem, M. (Hg.): *Student und Hochschule im 19. Jahrhundert*. Göttingen 1975, 75–155, hier 138–140. Zahlen für 1857 und 1890 nach Nationalität, für 1910 nach Muttersprache.

* In der Quelle als 1890/92/93 angegeben: Da weitere Nationalitäten ausgewiesen werden, ist für Polen und Ruthenen das Jahr nicht eindeutig zuzuordnen.

Strukturell unterschied sich die galizische *Inteligencja* erheblich von der der anderen Teilungsgebiete: Der Anteil des Adels war vergleichsweise hoch, ebenso wie der Anteil jüdischer Bevölkerung, und in Galizien bestanden weit bessere Möglichkeiten, im Staatsdienst unterzukommen, was zu größerer Loyalität gegenüber der Teilungsmacht führte. In dieser – aus der Perspektive der anderen Teilungsgebiete abschätzig beurteilten – Staatsbezogenheit ist von der Forschung eine gewisse Ähnlichkeit zum Typus des Bildungsbürgers, wie er vor allem im deutschen Sprachraum verbreitet war, gesehen worden.⁶⁹

Modernisierung unter den Bedingungen der Teilung

Modernisierung erscheint im Falle des geteilten Polen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts als höchst komplexes Phänomen, das mit Kriterien der – vor allem wirtschaftlich verstandenen – Rückständigkeit allein nicht befriedigend zu begreifen

⁶⁹ KOESTLER: *Intelligenzschicht* (Anm. 50), 199.

ist.⁷⁰ Ein Vergleich mit westlichen Industriestaaten muss abweichende Entwicklungen automatisch als weithin defizitär erscheinen lassen. Weiterführend erscheint es demgegenüber, die – auch unter den Bedingungen der Teilung vorhandene – Modernisierung im Kontext der spezifischen politischen Rahmenbedingungen und Handlungsspielräume zu verorten und dabei die soziokulturelle Dimension wie die Prozesshaftigkeit des Phänomens in den Fokus zu stellen.⁷¹ Dessen Kennzeichen sind:

1.) Die Uneinheitlichkeit der sozialökonomischen Entwicklung

Es finden sich große, ja extreme regionale Differenzen im Vergleich der drei Teilungsgebiete. Auf ökonomischem Sektor war die zweite Jahrhunderthälfte durch eine verstärkte Industrialisierung im Königreich Polen unter der Laissez-faire-Politik der russischen Hegemonialmacht gekennzeichnet. Allerdings war die industrielle Entwicklung auf wenige Zentren konzentriert und es bestanden extreme Unterschiede zwischen diesen und den ländlichen Regionen. Im preußischen Teilungsgebiet vollzog sich zwar ebenfalls eine strukturelle Einbindung in die Wirtschaft der Teilungsmacht, hier allerdings mit der Folge, dass – im Gegensatz zur Landwirtschaft – die gewerbliche Produktion zunächst abnahm und nur langsam neue Industrien entstanden. Im galizischen Fall wiederum ist die Entwicklung durch das lange Zeit weitgehende Ausbleiben einer Industrialisierung gekennzeichnet, wobei es allerdings der Vielschichtigkeit der Entwicklung gerade hier nicht gerecht würde, wollte man den sozialen Wandel in der zweiten Jahrhunderthälfte allein aus der Perspektive der wirtschaftlichen Lage mit dem Titel der einflussreichen Studie von Stanisław Szczepanowski als »Elend Galiziens« (*Nędza Galicji*)⁷² deuten.⁷³ Modernisierungsinitiativen und Transformationsprozesse in Teilbe-

⁷⁰ Aus der umfangreichen Literatur zum Thema vgl. HAGEN, W. W.: *The Impact of Economic Modernization on Traditional Nationality Relations in Prussian Poland 1815–1914*. In: *Journal of Social History* 6 (1972), 306–324; BUSZKO: *Zum Wandel der Gesellschaftsstruktur* (Anm. 7); JEDLIŃSKI, J.: *Jakiej cywilizacji Polacy potrzebują: Studia z dziejów idei i wyobraźni XIX wieku* [Welche Zivilisation die Polen brauchen: Studien zur Geschichte der Ideen und Vorstellungen des 19. Jahrhunderts]. Warszawa 1988 (engl. Übersetzung: *A Suburb of Europe. Nineteenth-Century Polish Approaches to Western Civilization*. Budapest 1999); WALICKI: *Poland Between East and West* (Anm. 20). Vgl. auch die vielbeachtete These vom Privileg der Rückständigkeit bei: GERSCHENKRON, A.: *Wirtschaftliche Rückständigkeit in historischer Perspektive*. In: WEHLER, H.-U. (Hg.): *Geschichte und Ökonomie*. Köln 1973, 121–139.

⁷¹ Zu den definitorischen Überlegungen vgl. GOEHRKE, C./PIETROW-ENNKER, B. (Hg.): *Städte im östlichen Europa. Zur Problematik von Modernisierung und Raum vom Spätmittelalter bis zum 20. Jahrhundert*. Zürich 2006.

⁷² SZCZEPANOWSKI, S.: *Nędza Galicji w cyfrach* [Das Elend Galiziens in Zahlen]. Lwów 1888.

⁷³ Kritisch zu einer solchen Deutung u. a. JANOWSKI, M.: *Galizien auf dem Weg zur Zivilgesellschaft*. In: *Die Habsburgermonarchie 1848–1918*. Bd. 8: Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft. Teilbd. 1: Vereine, Parteien und Interessenverbände als Träger der politischen Partizipation. Wien 2006, 805–858, hier 845.

reichen der Wirtschaft wie auch die langfristigen gesellschaftlichen Veränderungen, die sich aus der ländlichen Überbevölkerung ergaben, würden dabei aus dem Blickfeld geraten.

Zentrale Phänomene wie die – je unterschiedlich umgesetzte – Bauernbefreiung (→ III. B) und die diversen Migrationsbewegungen (→ IV. H) werfen nicht nur die Frage nach deren materiellen Folgen auf, sondern auch die nach den mentalen Wirkungen. Aus kulturhistorischer Perspektive erscheint der sich über das gesamte 19. Jahrhundert vollziehende Wandel als ein stufenweiser, teilweise langsamer, aber unumkehrbarer Prozess – ein Prozess der Abkehr von traditionellen Vorbildern und Haltungen, zugunsten einer immer stärkeren Orientierung auf eine urbane Kultur.⁷⁴

2.) Zivilgesellschaftliche Modernisierungsprozesse

Angesichts des Fehlens eigener Staatlichkeit musste sich für die zeitgenössischen Eliten wie für eine zunehmend ausdifferenzierte Öffentlichkeit die Frage nach der Teilhabe an politischen Entscheidungen besonders dringlich stellen. Die Handlungsspielräume unterschieden sich nach Teilungsgebieten und Zeiträumen. Dort, wo die Teilhabe großen politischen Restriktionen unterlag, kam es verstärkt zu zivilgesellschaftlichen Versuchen der Substitution staatlichen Reformwillens – im Sinne einer Selbstmodernisierung.⁷⁵ So wurden Debatten um soziale Reformen oder Modernisierungskonzepte in der Versammlungsoffentlichkeit von Vereinen und (wissenschaftlichen) Gesellschaften, aber auch in geheimen Zirkeln ausgetragen sowie in Zeitungen und Zeitschriften vermittelt.

Im preußischen Teilungsgebiet hatte der Versuch der Substitution früh eingesetzt. Vertreter der *Inteligencja*, wie Hipolit Cegielski oder Karol Marcinkowski, hatten schon in den vierziger Jahren Reformdebatten angestoßen und Konzepte für eine dem Anspruch nach umfassende Selbstmodernisierung formuliert (→ III. G und IV. D). Dass diese ökonomische und Bildungsoffensive in den 1850er Jahren zunächst keine Fortsetzung fand⁷⁶ und in den Jahrzehnten danach weiteren Konjunkturen und Rück-

⁷⁴ Vgl. MĘDRZECKI, W.: *Problematyka przemian warstwy chłopskiej w XIX i XX wieku* [Zur Problematik des Wandels der bäuerlichen Schicht im 19. und 20. Jahrhundert]. In: ŻARNOWSKI, J. (Hg.): *Metamorfozy społeczne. Badania nad dziejami społeczeństwa polskiego XIX i XX wieku* [Gesellschaftliche Metamorphosen. Forschungen zur Geschichte der polnischen Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert]. Warszawa 1997, 109–119, hier 110.

⁷⁵ Vgl. dazu TRZECIAKOWSKI/MAKOWSKI: *Samomodernizacja* (Anm. 53).

⁷⁶ MOLIK, W.: *Kult Karola Marcinkowskiego* [Der Marcinkowski-Kult]. Poznań 1996, 18. Verweise auf die in diesem Zusammenhang große Bedeutung der katholischen Kirche, die nach der Jahrhundertmitte in der Stadt Posen wie in der Provinz den Ton bestimmte, bei JEDLICKI, J.: *Błądne koło 1832–1864* [Ein Teufelskreis 1832–1864] = DERS.: *Dzieje Inteligencji* (Anm. 57). Bd. 2, 217.

schlagen ausgesetzt war, spricht nicht gegen deren historische Bedeutung, sondern zeigt die Fragilität zivilgesellschaftlicher Strukturen unter den Bedingungen der Teilung.

Solche Fragilität war ebenfalls für das russische Teilungsgebiet kennzeichnend. Hier hatte der Adel an gesellschaftlichem Status ja weniger gegenüber einem sich nicht als polnisch verstehenden Bürgertum als gegenüber einer zunehmend selbstbewussten *Inteligencja* eingebüßt. Deren Antwort auf die dem niedergeschlagenen Januaraufstand folgende Krise bestand in der Propagierung einer Modernisierung, die an den »Wurzeln« der Gesellschaft ansetzen sollte, um über Reformen in Bildung, Infrastruktur und Gesundheit deren Lebensqualität zu verbessern (→ IV. D). Dies führte in der Konsequenz zu einem Professionalisierungsschub und zur Einbeziehung von Experten. Zunehmend rückten auch Frauen in die neuen Berufe und konnten ihren Anspruch auf gesellschaftliche Mitsprache geltend machen (→ IV. E).⁷⁷

Für das österreichische Teilungsgebiet stellt sich aufgrund der Autonomie die Frage nach zivilgesellschaftlichen Handlungsspielräumen anders. Denn hier bestand ja prinzipiell die Möglichkeit, Reformprojekte auf dem für eine Modernisierung wichtigen industriellen Sektor über die bis nach Wien hin politisch einflussreiche polnische Elite durchzusetzen. Dass dies erst zum Jahrhundertende gelang, ist deren konservativer Einstellung zuzuschreiben. Mit der allgemeinen Idee einer Industrialisierung, wie sie von den galizischen Demokraten – und dem mit ihnen verbundenen Pionier der Erdölindustrie Stanisław Szczepanowski – in die Debatte geworfen wurde, konnten sie nichts anfangen. Dazu bedurfte es erst eines Generationswechsels.⁷⁸ Andererseits ist das österreichische Teilungsgebiet ein gutes Beispiel dafür, dass die Modernität einer Region nicht allein anhand ihres Industrialisierungsgrads zu messen ist. Für Galizien ist deshalb auch von einer »Modernisierung ohne Industrialisierung« gesprochen worden, die auf ihre Weise zur Entwicklung einer modernen Öffentlichkeit beigetragen habe.⁷⁹ Die Universitätsstädte Lemberg und Krakau, dies zeigen die Studentenzahlen,⁸⁰ entwickelten sich zu Zentren der Aktivitäten einer zunehmend selbstbewussten polnischen

⁷⁷ Vgl. u. a. HULEWICZ, J.: *Sprawa wyższego wykształcenia kobiet w Polsce w wieku XIX* [Die höhere Bildung von Frauen in Polen im 19. Jahrhundert]. Kraków 1939; MOLIĆ, W.: *Dziennikarze polscy pod panowaniem pruskim 1890–1914* [Polnische Journalisten unter preußischer Herrschaft, 1890–1914]. In: CZEPULIS-RASTENIS: *Inteligencja polska* (Anm. 57). Bd. 3. 1983, 11–186; ŻARNOŃSKA, A./SZWARC, A. (Hg.): *Kobieta i społeczeństwo na ziemiach polskich w XIX wieku* [Frau und Gesellschaft im geteilten Polen im 19. Jahrhundert]. Warszawa 1995; DIES. (Hg.): *Kobieta i świat polityki* [Die Frau und die Welt der Politik]. Warszawa 1994; DIES. (Hg.): *Kobieta i praca* [Frau und Arbeit]. Warszawa 2000.

⁷⁸ KULCZYKOWSKI: *Modernizacja społeczeństwa galicyjskiego* (Anm. 53), 109.

⁷⁹ JANOWSKI: *Galizien auf dem Weg zur Zivilgesellschaft* (Anm. 73), 845.

⁸⁰ So dominierten schon seit der Jahrhundertmitte die Studenten, die aus der *Inteligencja* stammten, kam 1897 das Frauenstudium hinzu und lag zu Beginn des 20. Jahrhunderts der Anteil von Bauernsöhnen in Krakau schon bei 20 %, vgl. KULCZYKOWSKI: *Modernizacja społeczeństwa galicyjskiego* (Anm. 53), 117.

Inteligencja und boten institutionelle Möglichkeiten, um auch in die beiden anderen Teilungsgebiete hineinzuwirken.

Die Vorstellung von einem dichotomischen Verhältnis zwischen Tradition und Modernität führt insofern kaum weiter. Das geteilte Polen lässt sich, vor dem Hintergrund politischer Einflussnahme von außen, als ein »klassisches Land der Ungleichzeitigkeit« sehen. Anders jedoch als dies Ernst Bloch für die Langzeitwirkung deutscher Revolutionen konstatierte,⁸¹ scheinen im polnischen Fall die verlorenen Aufstände (und Revolutionen) des 19. und frühen 20. Jahrhunderts eher als Katalysator für gesellschaftliche Mobilisierung und sozialen Wandel fungiert zu haben, als dass sie die Konservierung traditionaler (»antiquierter«) Einstellungen begünstigt hätten.

⁸¹ BLOCH, E.: *Erbschaft dieser Zeit*. Frankfurt a. M. 1962, 113.

D. Organische Arbeit und staatsgesellschaftliche Integration

VON UTE CAUMANN

Dem Januaraufstand von 1863/64 (→ III. H) wird in der Historiographie Zäsurcharakter zugeschrieben. Michał Bobrzyński's periodisierende Unterscheidung von »romantischer Politik« für die Jahre 1831–1864 und einer »Politik der Organischen Arbeit« für die Zeit nach 1864 hat weitgehend Anerkennung gefunden.¹ Damit geht oft die vereinfachende Vorstellung einher, dass Romantizismus und Positivismus nur als sich gegenseitig ausschließende Alternativen aufgetreten seien. Dass diese Unterscheidung nur als erste, grobe Orientierung sinnvoll sein kann, wird deutlich, wenn man die Organische Arbeit in ihrer Genese vor 1863 und ihrem historischen Kontext betrachtet.

Der Januaraufstand bedeutete in vieler Hinsicht eine Zäsur, auch wenn er sich auf die einzelnen Teilungsgebiete in unterschiedlichem Maße auswirkte (→ IV. A). Am stärksten betraf die Wirkung des Aufstands das russische Teilungsgebiet. Hier leitete dessen Niederschlagung eine Reihe politischer Repressionsmaßnahmen ein, deren Ziel eine verstärkte Einbindung des Königreichs Polen in das russländische Imperium sowie eine Entpolonisierungspolitik war, wohl in der Hoffnung auf die Lösung einer der schwierigsten Fragen russischer Politik im 19. Jahrhundert.² Die neuen politischen Rahmenbedingungen bewirkten strukturelle Veränderungen innerhalb der Gesellschaft. Insbesondere verlor der Adel im Königreich seinen politischen und geistigen Einfluss an die sich seit der ersten Jahrhunderthälfte immer stärker profilierende *Inteligencja* (→ III. G und IV. C).

Die Situation im preußischen Teilungsgebiet unterschied sich davon. Bis 1871 hatte für die preußische Polenpolitik der Primat des Staates gegolten: Die polnische Bevölkerung sollte in diesen integriert, nicht aber ethnisch aufgesogen oder verdrängt werden.³ Das änderte sich mit der Gründung des Deutschen Reiches. Der zeitgleich eingeleitete »Kulturkampf« richtete sich nicht nur gegen die katholische Kirche und die Zentrumsparterie, sondern auch gegen die polnischen »Reichsfeinde« im Parlament. Der nationalstaatliche Anpassungsdruck stieg und auch ökonomisch entwickelte sich die

¹ BOBRZYŃSKI, M.: *Dzieje Polski w zarysie* [Geschichte Polens im Abriss]. Bd. 3. Warszawa 1931, 165.

² GORIZONTOV, L. E.: *Paradoksy imperskoj politiki: Poljaki v Rossii i Russkie w Pol'se* [Paradoxien imperialer Politik: Polen in Russland und Russen in Polen]. Moskva 1999.

³ JAWORSKI, R.: *Handel und Gewerbe im Nationalitätenkampf. Studien zur Wirtschaftsgesinnung der Polen in der Provinz Posen (1871–1914)*. Göttingen 1986, 20.

Lage der früher polnischen Gebiete im Reich relativ ungünstig (→ IV. B). Hinzu kam eine verschärfte Germanisierungspolitik, die – außer in der kurzen Phase der »Ära Cavour« (1890–1894) – bis zum Ende des Kaiserreiches durch vielfältige antipolnische Gesetze und Maßnahmen gekennzeichnet war.

In Galizien standen die Verhältnisse stärker als anderswo im Zeichen der Suche nach einem *modus vivendi* mit der Teilungsmacht, deren Ansätze sich bis zur Revolution von 1848 zurückverfolgen lassen (→ III. F). Mit der konstitutionellen Neubelebung in den 1860er Jahren öffnete sich polnischen Akteuren die Tür zur Arena der großen Politik.⁴ Die in Galizien gewählten, zumeist adligen polnischen Parlamentarier schlossen sich in Wien fast alle zu einer Fraktion (*Koło Polskie*, deutsch eigentlich »polnischer Kreis«, aber »Polenklub« genannt) zusammen. Zwar setzte sich diese dafür ein, der Autonomie Galiziens mehr Raum zu verschaffen, doch tat sie dies zögerlich, denn die ukrainische Frage und die anhaltenden Spannungen zwischen Bauern und adligen Gutsbesitzern legten Zurückhaltung nahe.⁵ Der 1867 mit der ungarischen Nationalbewegung erzielte Ausgleich ließ ein duales Gebilde, die österreichisch-ungarische Doppelmonarchie entstehen und förderte zunächst den Reformdruck gegenüber den cisleithanischen nationalen Minderheiten. In der Hoffnung, von dieser Situation zu profitieren, richtete der Landtag Galiziens eine historische Solidaritätsadresse an Wien. Doch mit der Festschreibung des Dualismus schwanden die Hoffnungen auf Anerkennung Galiziens als gleichberechtigter Teil eines Staatenbundes, und letztlich – wenn auch widerwillig – begnügten sich die polnischen Politiker mit einer Autonomie im Rahmen der nicht-ungarischen, cisleithanischen Reichshälfte. Anders als bei Tschechen und Ungarn schwankte die Haltung der politischen Eliten Galiziens zwischen Forderungen und Anpassung, ließ sie mittelfristig aber zum unverzichtbaren Bündnispartner der österreichischen Regierungen avancieren und bis zum Ende der Monarchie auch bleiben.

Die großen Unterschiede in den Herrschaftsmodellen der Teilungsmächte und deren Wirksamkeit waren der Grund dafür, dass auf polnischer Seite unterschiedliche Antworten und Selbstbehauptungskonzepte entworfen wurden. Die jeweils vorhandenen Möglichkeiten und Grenzen autonomer Politik wirkten auf die Bereitschaft zur Integration in den Staat. Konnte man, so im Falle des preußischen und russischen Teilungsgebiets, bei der sozio-ökonomischen Modernisierung der polnischen Gesellschaft nicht auf den Staat setzen, so wurde die entscheidende Kraft zur Veränderung in der sogenannten Organischen Arbeit, dem Bemühen um eine langfristige Erneuerung durch Selbstorganisation, gesucht (→ III. G). Aber auch Organische Arbeit musste in den unterschiedlichen polnischen Territorien ihre je spezifischen Formen entwickeln.

⁴ WERESZYCKI, H.: *Historia polityczna Polski 1864–1918* [Politische Geschichte Polens 1864–1918]. Paris 1979, 23.

⁵ BUSZKO, J.: *Polacy w parlamencie wiedeńskim 1848–1918* [Polen im Wiener Parlament 1848–1918]. Warszawa 1996, 341.

Dominant ist in der Forschungsliteratur die Entwicklung des Warschauer Positivismus im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts behandelt worden, während für Posen der Schwerpunkt der Forschung eher auf der ersten Jahrhunderthälfte liegt.⁶ Die Arbeiten über Galizien haben sich weitgehend auf die von der *Stańczycy* genannten konservativen Gruppierung vertretenen Variante Organischer Arbeit konzentriert, zu positivistischen Konzepten liegen nur wenige Untersuchungen vor.⁷

Bei allen real- wie historiographiegeschichtlichen Spezifika werden aber auch Gemeinsamkeiten erkennbar. Die für die Entstehung des Warschauer Positivismus in den 1860er Jahren wichtige Prägung der Absolventen der Warschauer Hauptschule (*Szkoła Główna Warszawska*) genannten Hochschule durch eine Erziehung in nationalen Traditionen und die Erfahrung der Niederlage des Januaraufstandes lässt sich auf eine ganze Generation übertragen, die auch als »Lager der Jungen« (*obóz młodych*) bezeichnet wurde. Bei allen gemeinsamen Erfahrungen führten die verschiedenen politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen in den einzelnen Teilungsgebieten zu je unterschiedlichen Ausprägungen sowie einer eigenen, vom Warschauer Positivismus abweichenden Periodisierung. Aus diesem Grund ist es notwendig, die Wurzeln der Organischen Arbeit in der erste Jahrhunderthälfte nachzuvollziehen. Aber auch wenn sich dieses umfassende gesellschaftliche Konzept als theoretisches Programm bis in die vierziger und fünfziger Jahre zurückverfolgen lässt – zur dominierenden Ideologie entwickelte es sich erst nach dem Januaraufstand und in enger Verbindung zur positivistischen Philosophie.⁸

Über die Datierung der Anfänge der Organischen Arbeit sind die Meinungen in der polnischen Historiographie geteilt. Während für Tadeusz Łepkowski die Anfänge Organischer Arbeit in die Zeit zwischen der ersten und zweiten Teilung Polens fallen, bildet für Stefan Kieniewicz erst der Verlust der staatlichen Unabhängigkeit den eigentlichen Rahmen für die Entwicklung der Organischen Arbeit im 19. Jahrhundert.⁹ Was

⁶ BLEJWAS, S.A.: *Realism in Polish Politics: Warsaw Positivism and National Survival in Nineteenth Century Poland*. New Haven 1984; MODZELEWSKI, W.: *Naród i postęp. Problematyka narodowa w ideologii i myśli społecznej pozytywistów warszawskich* [Nation und Fortschritt. Die nationale Problematik in der Ideologie und im gesellschaftlichen Denken der Warschauer Positivisten]. Warszawa 1977; JAKÓBCZYK, W.: *W Poznańskim Bazarze: 1838–1939* [Im Posener Bazar: 1838–1939]. Poznań 1986.

⁷ KOZŁOWSKA-SABATOWSKA, H.: *Ideologia pozytywizmu galicyjskiego 1864–1881* [Die Ideologie des galizischen Positivismus 1864–1881]. Wrocław 1978, 7.

⁸ KIENIEWICZ, S.: *Problemy pracy organicznej 1840–1890* [Das Problem der Organischen Arbeit 1840–1890]. In: DERS.: *Historyk a świadomość narodowa* [Der Historiker und das Nationalbewusstsein]. Warszawa 1982, 34–58. Zur Bedeutung der positivistischen Philosophie vgl. auch KOZŁOWSKA-SABATOWSKA: *Ideologia pozytywizmu* (Anm. 7), 8.

⁹ ŁEPKOWSKI, T.: *Polska – narodziny nowoczesnego narodu 1764–1870* [Polen – Die Geburt der modernen Nation 1764–1870]. Poznań. Warszawa 1967, 406–410; KIENIEWICZ: *Problemy pracy organicznej* (Anm. 8), 34–58.

im Kern beschrieben wird, ist jedoch ein ähnliches Konzept ökonomischer, gesellschaftlicher und kultureller Aktivität, das angesichts unterschiedlicher politischer Bedingungen variierte: Ging es bei den Reformen des 18. Jahrhunderts im Kontext der polnischen Aufklärung um Erhalt und Stärkung der Unabhängigkeit, so verfolgte Organisches Arbeiten im 19. Jahrhundert das Überleben als Nation mit einer möglichen Unabhängigkeit als Fernziel.

Genese und Entwicklung des Konzeptes Organischer Arbeit bis 1864

Frühe Formen Organischer Arbeit lassen sich etwa in der Tätigkeit der im Jahr 1800 gegründeten Warschauer Gesellschaft der Freunde der Wissenschaften (*Towarzystwo Warszawskie Przyjaciół Nauk*) erkennen,¹⁰ die sich die Pflege der polnischen Sprache und Buchkultur zum Ziel gesetzt hatte, dabei aber in ihren Statuten ein klares Bekenntnis zur damals preußischen Regierung abgab (→ II. A/C). Auch sind die Aktivitäten von Stanisław Staszic in dieser Richtung interpretierbar,¹¹ der als einer der führenden Reformer der polnischen Aufklärung eine ökonomisch starke und kulturell kreative Nation gefordert hatte: Eine solche könne zwar zusammenbrechen, nicht aber untergehen (→ Bd. 2, V. F/J). An Staszic' Person und Karriere wird deutlich, wie der Einsatz für die Fortentwicklung der eigenen Nation sich zu dieser Zeit durchaus mit einer Tätigkeit im Machtapparat der Teilungsmacht in Einklang bringen ließ. Obwohl er im Herzogtum Warschau im Bildungsministerium in hoher Funktion gearbeitet hatte, blieb Staszic auch im 1815 gegründeten, dem russischen Kaiser unterstellten Königreich Polen weiter in öffentlichen Ämtern aktiv. Zu beachten sind in diesem Zusammenhang allerdings auch die unter Alexander I. zunächst weitgehende Autonomie des Königreiches und Staszic' slavophile Sympathien.

Für das Königreich Polen sind Vorläufer Organischer Arbeit auch in den aristokratischen Reformbestrebungen des Grafen Andrzej Artur Zamoyski (→ III. G) gesehen worden, auf den ausgedehnten Ländereien seiner Familie in Klemensów eine moderne Form agrarischer Produktion einzuführen, allerdings unter Bewahrung der überkommenen hierarchischen Gesellschaftsstruktur.¹² Und schließlich werden in den Arbeiten des Ökonomen Józef Supiński erste Versuche einer theoretischen Fundierung erkennbar. In Publikationen wie seinem in den 1860er Jahren erschienen zweibändigen Werk

¹⁰ Vgl. BLEJWAS: *Realism* (Anm. 6), 6.

¹¹ Ebd., 7.

¹² Weiterführend KIENIEWICZ, S.: *Dramat trzeźwych entuzjastów. O ludziach pracy organicznej* [Das Drama der nüchternen Enthusiasten. Über die Menschen der Organischen Arbeit]. Warszawa 1964, 55–73; BLEJWAS: *Realism* (Anm. 6), 29f.

*Szkoła polska gospodarstwa społecznego*¹³ beschrieb er die Pflicht zum Dienst an der Nation durch Schaffung, Kultivierung und Akkumulation kollektiver sozialer Werte («sozialer Reserven»). Die Nation verstand er als sozialen Organismus, dessen Hauptkomponente ein emanzipiertes und national bewusstes Bauerntum ausmachen sollte.¹⁴

Der Begriff »Organische Arbeit« selbst lässt sich zum ersten Mal im preußischen Teilungsgebiet Ende der 1840er Jahre als Bezeichnung für ein Programm der nationalen Verteidigung mit legalen Mitteln, hauptsächlich auf dem Weg wirtschaftlichen und geistigen Fortschrittes nachweisen (→ III. F/G).¹⁵ In der Forschungsliteratur hat der polnische Begriff auch hinsichtlich der Reformen des Grafen Széchenyi während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Ungarn Anwendung gefunden,¹⁶ was sich mit den Parallelen in der Programmatik polnischer und ungarischer Nationalbewegungen hinsichtlich zivilisatorischer und nationaler Entwicklung begründen lässt.¹⁷

Für die Entwicklung im preußischen Teilungsgebiet relevant waren der 1831 niedergeschlagene Novemberaufstand, der Einfluss der Großen Emigration (→ III. E) sowie die politischen Bedingungen im Königreich Polen nach dem Aufstand, die polnischen politischen Akteuren eine Kooperation mit der russischen Staatsmacht fast unmöglich machten. Die politische Repression dehnte sich insofern auf das preußische Großherzogtum Posen aus, als die preußische Regierung nicht nur gegen jene ihrer polnischen Untertanen vorging, die zur Unterstützung des Aufstandes die Grenze überschritten hatten, sondern insgesamt den Einfluss des polnischen Adels zurückzudrängen suchte. In der Ära Flottwell (→ III. A) verlor der Adel weitgehend den Zugriff auf die ländliche Lokalverwaltung, die Administration der Provinz ging ganz in deutsche Hände über und der Gebrauch des Polnischen (in Gericht und Verwaltung) wurde stark eingeschränkt. Gleichzeitig gerieten die polnischen Gutsbesitzer durch die forcierte Bauernbefreiung und die wachsende Zahl deutscher Käufer von Adelsgütern auch ökonomisch unter Druck. Unter diesen Bedingungen wendeten sich die Verteidiger polnischer Interessen statt politischen verstärkt gesellschaftlichen Projekten zu.

¹³ SUPIŃSKI, J.: *Szkoła polska gospodarstwa społecznego* [Die polnische Schule der Sozialökonomie]. Teil 1.1. Lwów 1862, Teil 1.2. Lwów 1865.

¹⁴ Vgl. BLEJWAS: *Realism* (Anm. 6), 25–29.

¹⁵ Vgl. KIENIEWICZ: *Dramat trzeźwych entuzjastów* (Anm. 12), 78f.

¹⁶ Vgl. JANOWSKI, M.: *Die Haupttendenzen des polnischen Liberalismus 1815–1914*. In: FLECK, H.-G./KOŁODZIEJCZYK, R. (Hg.): *Liberaler Traditionen in Polen*. Warszawa 1994, 1–16, hier 4 mit Verweis auf BARANY, G.: *Stephen Széchenyi and the Awakening of Hungarian Nationalism 1791–1841*. Princeton 1968, 342.

¹⁷ Auf diese Analogie verweist KIZWALTER, T.: »*Nowatorstwo i rutyny*.« *Spółczesność Królestwa Polskiego wobec procesów modernizacji (1840–1863)* [»Erneuerung und Routine.« Die Gesellschaft des Königreichs Polen und die Modernisierungsprozesse (1840–1863)]. Warszawa 1991, 182. Kizwalter bezieht sich dabei auf: HANAK, P.: *The Bourgeoisification of the Hungarian Nobility. Reality and Utopia in the 19th Century*. In: *Études Historiques Hongroises*. Budapest 1985, 403–420.

In diesen Zusammenhang gehört das 1835 gegründete Gostyner Kasino (*Kasyno Gostyńskie*), eine Art Klub, dessen Initiatoren Gustaw Potworowski und Walerian Rembowski vor allem eine Modernisierung der Landwirtschaft anstrebten.¹⁸ Innerhalb des Kasinos entstanden Abteilungen, die sich Landwirtschaft und Industrie sowie Literatur und Wohlfahrt widmeten; hinzu kam 1837 eine Bibliothek. Als erstes wichtiges Projekt wurde 1836 ein landwirtschaftlich-industrieller Führer (*Przewodnik rolniczo-przemysłowy*) veröffentlicht, der sich Möglichkeiten zur Förderung und letztlich kapitalistischen Umgestaltung der Landwirtschaft widmete. Als Ziel der angestrebten Reformen wurde die Schaffung einer polnischen Mittelschicht gesehen, die mit der in den Städten wirtschaftlich dominierenden deutschen und jüdischen Bevölkerung konkurrieren könne.¹⁹ Eine weitere Initiative entstand 1838, als sich um den jungen Arzt Karol Marcinkowski eine Gruppe zusammenfand, die nach dem Vorbild vergleichbarer Institutionen in Europa in Posen ein nationales Wirtschaftszentrum errichten wollte. Sie gründete die Aktiengesellschaft *Spółka Akcyjna Bazar*, die 1841/1842 ein gleichnamiges Hotel eröffnete, in dem auch Versammlungsräume und Ladengeschäfte polnischer Unternehmer unterkamen. Die Einkünfte des »Bazar« sollten zur Verbesserung von Industrie, Handwerk, Landwirtschaft und Handel unter den Polen eingesetzt werden.²⁰ Mit der Eröffnung des Bazar wurde nun auch in Posen die Privatwohnung als Zentrum gesellschaftlicher Aktivität durch einen institutionalisierten Versammlungsort nach Gostyner Vorbild abgelöst. Dabei ging es insbesondere um eine Zusammenarbeit von fortschrittlichen Vertretern des Adels mit aktiven bürgerlichen Kräften. Marcinkowski selbst, der zum Leiter des Bazars gewählt wurde, entstammte dem Bürgertum und hatte als Freiwilliger am Novemberaufstand teilgenommen. Nach kurzem Exil kehrte er nach Posen zurück, um dort seine ärztliche Tätigkeit wiederaufzunehmen. Seine Aktivitäten waren bestimmt von der Einsicht in die Erfolglosigkeit der Politik aus dem Exil auf der einen und das fehlende internationale Interesse an einer Wiederherstellung polnischer Unabhängigkeit auf der anderen Seite.²¹ Aufnahme in die neuen Organisationsstrukturen fanden aber auch Vertreter des Kleinbürgertums und radikale Akteure,

¹⁸ Vgl. JAKÓBCZYK, W.: *Studia nad dziejami Wielkopolski w XIX w. Dzieje pracy organicznej* [Studien zur Geschichte Großpolens im 19. Jahrhundert. Die Geschichte der Organischen Arbeit]. Bd. 1: 1815–1850. Poznań 1951 (Poznańskie Towarzystwo Przyjaciół Nauk, Prace Komisji Historycznej, 16.2), 28. Vgl. auch JANKOWIAK, S.: *Kasyno Gostyńskie (1835–1846). U początków pracy organicznej w Wielkopolsce* [Das Kasino in Gostyń. An den Anfängen der Organischen Arbeit in Großpolen]. Gostyń 1996.

¹⁹ JAKÓBCZYK: *Studia* (Anm. 18), 63.

²⁰ Ebd., 64–68.

²¹ Weiterführend JAKÓBCZYK, W.: *Karol Marcinkowski 1800–1846* [Karol Marcinkowski 1800–1846]. Poznań 1966; MOLIŃ, W.: *Kult Karola Marcinkowskiego* [Der Karol-Marcinkowski-Kult]. Poznań 1996.

die einen revolutionären Weg zur Unabhängigkeit favorisierten, während jene Vertreter der Aristokratie, die der preußischen Regierung gegenüber loyal eingestellt waren, weitgehend ausgeschlossen blieben.

Mit der 1841 gegründeten Gesellschaft für Wissenschaftliche Hilfe für die Jugend des Großherzogtums Posen (*Towarzystwo Naukowej Pomocy dla Młodzieży Wielkiego Księstwa Poznańskiego*; TNP) nahm eine weitere Institution ihre Tätigkeit auf, die auf eine Initiative Marcinkowskis zurückging und insofern ein Novum darstellte, als sie in ihrer Reichweite über die lokalen Vereinigungen hinausging. Als Einrichtung zur Bildungsförderung zielte sie auf die Formierung eines polnischen Bürgertums sowie einer einheimischen *Inteligencja*. Unterstützung fanden die Initiatoren der TNP dabei auf Empfehlung von Erzbischof Martin von Dunin (Marcin Dunin Sulgostowski) auch beim katholischen Klerus.²² Während der Erfolg bei der Förderung von Stipendiaten für eine Karriere in Industrie und Handel bescheiden blieb, ist die Bedeutung der Gesellschaft für die Ausbildung von Medizinern, Anwälten und Lehrern nicht zu unterschätzen.²³ Ab 1844 wurde eine parallele Organisation für Westpreußen geplant, die dann im Revolutionsjahr 1848 ihre Tätigkeit aufnahm.²⁴

Einen Einbruch erlitt die Organische Arbeit im Jahre 1846. Die eng mit der in der Emigration gegründeten Polnischen Demokratischen Gesellschaft (*Towarzystwo Demokratyczne Polskie*)²⁵ verbundenen Posener Demokraten um Karol Libelt²⁶ stellten sich nun gegen jegliche legale Aktivität, welche die Aufmerksamkeit der Nation vom Hauptanliegen, der Wiederherstellung nationaler Unabhängigkeit, ablenken würde (→ III. E/F). Die Konspiration endete 1846 im Fiasko. Im gleichen Jahr starb Marcinkowski, womit das erste breit angelegte Unternehmen Organischer Arbeit vorübergehend ein Ende gefunden hatte. Den auf den Aufstandsversuch folgenden zweijährigen Ausnahmezustand beendete erst die Revolution von 1848.

²² JAKÓBCZYK: *Karol Marcinkowski* (Anm. 21), 73 f.

²³ BLEJWAS: *Realism* (Anm. 6), 19.

²⁴ OSMÓLSKA-PISKORSKA, B.: *Pomorskie Towarzystwo Pomocy Naukowej. Pół wieku istnienia i działalności 1848–1898* [Die westpreußische Gesellschaft für wissenschaftliche Hilfe. Das halbe Jahrhundert des Bestehens und der Tätigkeit 1848–1898]. Toruń 1948 (Roczniki Towarzystwa Naukowego w Toruniu 52.1); BÖHNING, P.: *Die nationalpolnische Bewegung in Westpreußen 1815–1871. Ein Beitrag zum Integrationsprozeß der polnischen Nation*. Marburg 1973 (Marburger Ostforschungen, 33), 111–115.

²⁵ Zu dieser vgl. auch BROCK, P.: *The Political Program of the Polish Democratic Society*. In: *The Polish Review* 14 (1969) Nr. 2, 89–105, Nr. 3, 5–24.

²⁶ Libelt selbst arbeitete gern mit Marcinkowski zusammen und war nie ein grundsätzlicher Gegner Organischer Arbeit, vgl. KIENIEWICZ: *Dramat trzeźwych entuzjastów* (Anm. 12), 81.

In das Revolutionsjahr fällt mit der auf Initiative von August Cieszkowski²⁷ gegründeten Polnischen Nationalliga (*Polska Liga Narodowa*)²⁸ ein neuerlicher – auch durch konservativ-katholische Kräfte unterstützter – Versuch, den Kampf um die Verbesserung der Nation und der nationalen Solidarität mit allen »legalen und offenen Mitteln«²⁹ zu führen (→ III. F). Gerade das Interesse der Liga an der ungarischen Revolution (1848/49) zeigt aber auch, dass in dieser Phase offensichtlich kein Widerspruch darin gesehen wurde, Organische Arbeit mit irredentistischem Enthusiasmus zu verbinden. Die unmittelbare Gefahr für die Liga kam aus Berlin, wo die reaktionäre Stimmung seit 1849 antirevolutionäre Maßnahmen nach sich zog, die sich auch gegen die polnische Nationalbewegung richteten. Mit dem Verbot zentralisierter Organisationen ging 1850 die Auflösung der Liga einher und in den beiden Folgejahren verschwanden auch die lokalen Filialen. An ihre Stelle traten Organisationen mit beschränkter Reichweite, etwa Landwirtschaftsvereine in mehreren Kreisen, die sich 1861 zum Landwirtschaftlichen Zentralverein für das Großherzogtum Posen (*Centralne Towarzystwo Gospodarcze dla Wielkiego Księstwa Poznańskiego*) zusammenschlossen.³⁰ Die Gesellschaften wissenschaftlicher Hilfe setzten ihre Tätigkeit zwar fort und 1857 wurde darüber hinaus die Posener Gesellschaft der Freunde der Wissenschaften (*Poznańskie Towarzystwo Przyjaciół Nauk*, PTPN) gegründet, die sich ähnlich einer Akademie für die Förderung polnischer wissenschaftlicher Arbeiten einsetzte.³¹ Als Gegenstand der öffentlichen

²⁷ August Cieszkowski, Philosoph, Ökonom und fortschrittlicher Gutsbesitzer, war ein Gegner von Radikalismus und Revolution, vgl. CIESZKOWSKI, A.: *On the Co-ordination of Intellectual Aims and Works in the Grand Duchy of Posen*. In: *Selected Writings of August Cieszkowski*, hg. von A. LIEBICH. Cambridge 1979, 98–101.

²⁸ Mit der Liga sollte nach der ursprünglichen Konzeption ihrer Initiatoren eine allgemeinpolnische Institution entstehen; in der Praxis blieb sie aber beschränkt auf das preußische Teilungsgebiet und auch hier nur mit unterschiedlicher Akzeptanz: In Oberschlesien, Ermland und Masurien fiel diese enttäuschend aus, während sie in Westpreußen – hauptsächlich durch die Unterstützung des Klerus – regeren Zulauf verzeichnen konnte, vgl. KIENIEWICZ, *Dramat trzeźwych entuzjastów* (Anm. 12), 82.

²⁹ *Protokół z założenia Ligi Polskiej* [Gründungsprotokoll der Polnischen Liga], Berlin, 25.6.1848. Abdruck in: JAKÓBCZYK, W. (Hg.): *Wielkopolska: 1815–1850. Wybór źródeł* [Großpolen 1815–1850. Quellenauswahl]. Wrocław 1952, 162: »legalnymi i jawnymi środkami«.

³⁰ MOLIK, W.: *Polnische Landwirtschaftsvereine im Großherzogtum Posen im 19. Jahrhundert*. In: HOLSTE, K./HÜCHTKER, D./MÜLLER, M.G. (Hg.): *Aufsteigen und Obenbleiben in europäischen Gesellschaften des 19. Jahrhunderts. Akteure – Arenen – Aushandlungsprozesse*. Berlin 2009 (Eli-tenwandel in der Moderne 10), 115–130, hier 122f.

³¹ PIOTROWSKI, B.: *Poznańskie Towarzystwo Przyjaciół Nauk: W Służbie Narodu i Nauki 1857–1918* [Die Posener Gesellschaft der Freunde der Wissenschaften: Im Dienste von Nation und Wissenschaft 1857–1898]. Poznań 1983; WOJTKOWSKI, A.: *Historia Towarzystwa Przyjaciół Nauk w Poznaniu w latach 1857–1927* [Geschichte der Gesellschaft der Freunde der Wissenschaften in den Jahren 1857 bis 1927]. Poznań 1928.

Diskussion verlor die Organische Arbeit bis 1858 aber an Bedeutung – wirkungsmächtig wurde das Konzept erst wieder in den Jahren nach 1870.³²

Die Theoretiker Organischer Arbeit waren sich der ökonomischen Schwäche wie des zivilisatorischen Stillstandes der polnischen Gesellschaft bewusst und von allen Teilungsgebieten litt Galizien in besonderem Maße an Investitionsdefiziten und Modernisierungstau. Die aktivste Periode Organischer Arbeit gehört im österreichischen Teilungsgebiet in die frühe Zeit der Doppelmonarchie, also in die späten 1860er Jahre.³³ Doch es gab frühe Versuche der Umsetzung eines entsprechenden Programms, die in die erste Hälfte der 1840er Jahre fielen, in eine Zeit der heranreifenden Agrarrevolution. Anders als im preußischen Teilungsgebiet, aber ähnlich wie in Kongresspolen, beschränkte sich Organische Arbeit in Galizien auf einen kleinen Kreis. Es waren Großgrundbesitzer wie Fürst Leon Sapieha, die unter anderem 1841 die Einrichtung einer Kreditinstitution des ständischen Landtags (*Galiczyjski Stanowy Instytut Kredytowy*) durchsetzten – ab 1869 eigenständig als Galizische Landkreditgesellschaft (*Galiczyjskie Towarzystwo Kredytowe Ziemskie*) – und die Gründung einer Sparkasse (*Galiczyjska Kasa Oszczędności*) 1844 sowie einer Gesellschaft zur Wirtschaftsförderung (*Galiczyjskie Towarzystwo Gospodarskie*) 1845 anregten.³⁴ Als Teilnehmer des Novemberaufstandes war Sapieha zunächst der Aufstandstradition gefolgt; später setzte er sich dann intensiv mit der ökonomischen Schwäche Galiziens auseinander.³⁵ Die Debatte um Reformen wurde insbesondere über Zeitschriften zu einer öffentlichen. Blätter wie die *Roczniki Gospodarstwa Krajowego* [Jahrbücher der Wirtschaft des Landes] versuchten, die Masse etwa für einen Verzicht auf Alkohol zu gewinnen, und sie propagierten Bildung. Organische Arbeit fokussierte in hohem Maße auf die Förderung von Schulen auf dem Lande, denn das Nationalbewusstsein der Bauern sollte auf diesem Weg angeregt werden.

³² BLEJWAS: *Realism* (Anm. 6), 22.

³³ BLEJWAS, S. A.: *The Origins and Practice of »Organic Work« in Poland: 1795–1863*. In: *Polish Review* 15 (1970), 23–54, hier 47.

³⁴ KIENIEWICZ: *Problem pracy organicznej* (Anm. 8), 42; MORAWSKI, W.: *Słownik historyczny bankowości Polskiej do 1939 roku* [Historisches Lexikon des polnischen Bankwesens bis 1939]. Warszawa 1998, 11, 56; BROŃSKI, K.: *Rozwój galicyjskiego systemu bankowego w latach 1841–1914 (zarys problematyki)* [Die Entwicklung des galizischen Bankensystems in den Jahren 1841–1914 (Problemaufriss)]. In: *Zeszyty Naukowe Uniwersytetu Ekonomicznego w Krakowie* Nr. 749 (2007), 75–92, hier 77; OSTROŻYŃSKI, W.: *Galiczyjskie Towarzystwo Kredytowe Ziemskie: jego powstanie i półwiekowy rozwój*. [Die Galizische Landeskreditgesellschaft: ihre Entstehung und 50jährige Entwicklung]. Lwów 1892.

³⁵ TYROWICZ, M.: *Sapieha, Leon Fürst (1802–1878), Politiker und Landwirt*. In: *Österreichisches Biographisches Lexikon, 1815–1950*. Bd. 9. Wien 1988, 421 (online unter: <http://www.biographien.ac.at>).

Inhalte und Träger Organischer Arbeit nach 1864

In der Zeit nach 1864 war Organische Arbeit ein ebenso komplexes wie umfängliches Reformprogramm mit unterschiedlicher Reichweite. Zum einen – der Posener Tradition folgend – blieb der starke ökonomische Akzent der Bewegung erhalten. Hier ging es um Modernisierung bzw. Rationalisierung der Agrarproduktion, um die Propagierung neuer technischer Standards, um Wirtschaftsförderung – zum Beispiel in Form von Ausstellungen. Hinzu trat ein gesellschaftliches Programm, das auf einen Ausgleich zwischen den sozialen Gruppen ausgerichtet war. Wohlfahrtseinrichtungen und Gesundheitsaufklärung gehörten ebenso dazu wie Unterstützung von Prozessen der Emanzipation (etwa von Juden und Bauern) und der Demokratisierung. Organische Arbeit besaß aber auch eine kulturelle Reichweite: Im Zentrum stand dabei die Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus durch eine Reform der Schule (mit polnischer Sprache und neuen Inhalten), durch Bibliotheken und Lesesäle und eine gezielte Wissenschaftsförderung. Und schließlich verband sich Organische Arbeit seit den 1860er Jahren mit den literarischen Werken des kritischen Realismus.³⁶

Organische Arbeit ist in der Literatur in erster Linie mit der Periode nach 1864 und insbesondere mit den sogenannten Warschauer Positivisten, einer im engeren Sinne szientistisch-philosophischen Strömung, im weiteren einer politischen Bewegung, identifiziert worden. Die Gründe hierfür liegen nicht nur in der beschriebenen Zäsur, die der vor allem das Königreich betreffende Januaraufstand bedeutete, sondern auch in der enormen literarischen Hinterlassenschaft. Zu den bekanntesten Vertretern dieser neuen Variante eines politischen Realismus gehörten der Philologe Ignacy Baudouin de Courtenay, der Arzt Tytus Chałubiński sowie die Literaten Aleksander Świątochowski, Eliza Orzeszkowa, Bolesław Prus und der frühe Henryk Sienkiewicz.

Im russischen Teilungsgebiet gewann das Programm einer »Arbeit an den Grundlagen« (*praca u podstaw*) in den 1860er Jahren an gesellschaftlicher Bedeutung, entsprach es doch am ehesten der Stimmung jener Zeit. Viele Vertreter des Warschauer Positivismus hatten persönlich am Januaraufstand teilgenommen. Unter dem Eindruck der erneuten Niederlage mit ihren zudem enormen politischen und sozialen Kosten formulierten sie jetzt eine Absage an weitere irredentistische Aspirationen. Der Rückgriff auf das schon in Posen erfolgreich erprobte Modell der Organischen Arbeit füllte konzeptionell wie in seiner gesellschaftspolitischen Umsetzung das entstandene Vakuum. Als einer der einflussreichsten Vertreter des Warschauer Positivismus konstatierte Aleksander Świątochowski in einem programmatischen Artikel: »Wir sollten nichts

³⁶ Weiterführend MARKIEWICZ, H.: *Pozytywizm* [Positivismus]. Warszawa 1999; KULCZYCKA-SALONI, J./STRASZEWSKA, M.: *Literatura Polska. Romantyzm – Pozytywizm* [Polnische Literatur. Romantik – Positivismus]. Warszawa 1990.

von politischen Umstürzen erwarten«. ³⁷ Die Träume von der Erlangung einer äußeren Unabhängigkeit (*samoistność*) sollten ersetzt werden durch das Streben nach innerer Selbständigkeit (*samodzielność*). Der Vorteil eines zumindest mittelfristigen – wenn auch nicht prinzipiellen – Verzichts auf staatliche Unabhängigkeit hatte aus dieser Perspektive sogar eine positive Nebenwirkung: Ein wirtschaftlicher Fortschritt würde dem Königreich vor dem Hintergrund von dessen im Vergleich zu den übrigen Teilen des russischen Imperiums höheren Industrialisierungsgrades größeren wirtschaftlichen wie zivilisatorisch-kulturellen Einfluss eröffnen. ³⁸

Die positivistische Wende ³⁹ kam für das Königreich etwas später als für Galizien. Sie war insbesondere mit der 1866 gegründeten Zeitschrift *Przegląd Tygodniowy* [Wochenschau] verbunden, aber auch mit der von 1862 bis 1869 bestehenden sogenannten Warschauer Hauptschule (*Szkoła Główna Warszawska*). ⁴⁰ Letztere war trotz ihres Namens eine renommierte Hochschule, eröffnet noch vor dem Aufstand im Zuge der Reformpolitik Aleksander Wielopolskis. Sie lässt sich im Sinne ihres Rektors Józef Mianowski als »neuer Hort nationaler Bildung« ⁴¹ und in ihrer breiten – medizinischen, naturwissenschaftlichen, juristischen und historisch-philologischen – Ausrichtung als zäsurübergreifende Form Organischer Arbeit verstehen. Hier lernten polnische Studenten die Evolutionslehre Darwins ebenso wie den Positivismus des französischen Philosophen Auguste Comte kennen, der ihrer Generation schließlich den Namen gab.

Die Positivisten im Königreich suchten über ihr grundsätzlich positives, wenn auch nicht unkritisches Verhältnis zur Industrialisierung, die sie als zentralen Bestandteil einer Modernisierung nach westlichem Vorbild betrachteten, auch ökonomisch einen dritten Weg zwischen den bisher konkurrierenden politischen Strömungen (→ III. E/G).

³⁷ ŚWIĘTOCHOWSKI, A.: *Wskazania polityczne* [Politische Weisungen]. In: Ognisko. Księga zbiorowa, wydana dla uczczenia 25 letniej pracy T. T. Jeża [Herdfeuer. Sammelband, herausgegeben zur Ehrung des 25jährigen Wirkens von T. T. Jeż (Pseudonym des Schriftstellers Zygmunt Miłkowski)]. Warszawa 1882, 48–54, Zitat 54: »*Nie oczekujmy niczego od przewrotów politycznych* [...]«.

³⁸ Ebd., 48–50. Vgl. BRYKALSKA, M.: *Aleksander Świętochowski. Biografia*. Warszawa 1987, Bd. 1, 335–337.

³⁹ Ausgespart bleiben muss hier der von Janusz Maciejewski unterstrichene Umstand, dass schon vor Ausbruch des Januaraufstandes positivistisches Gedankengut auffindbar ist, wodurch die »Wende« Mitte der 1860er Jahre vorbereitet war und erst erklärbar wird: MACIEJEWSKI, J.: *Kiedy nastąpi przełom?* [Wann erfolgt eine Wende?]. In: *Twórczość* (1958), Nr. 10, 100 f. Vgl. dazu KOZŁOWSKA-SABATOWSKA: *Ideologia pozytywizmu* (Anm. 7), 9.

⁴⁰ BŁASZCZYK, L.T./DANIELEWICZ, J.: *Szkoła Główna Warszawska (1862–1869) i jej rola w kształtowaniu się ideologii pozytywistycznej* [Die Warschauer Hauptschule (1862–1869) und ihre Rolle bei der Entwicklung der positivistischen Ideologie]. In: *Przegląd Nauk Historycznych i Społecznych* 2 (1952), 159–184.

⁴¹ *Mowa Rektora R.R.S. Mianowskiego, przy otwarciu Szkoły Głównej dnia 25 listopada, 1862 r.* [Rede des Rektors R.R.S. Mianowski bei der Eröffnung der Warschauer Hauptschule am 25. 11. 1862]. Abdruck in: LISICKI, H.: *Aleksander Wielopolski*. Bd. 2. Kraków 1878, 431–435, hier 435: »*nowe ognisko narodowej oświaty*«.

Sie grenzten sich von den Positionen der sozialrevolutionären Demokraten und der neu entstehenden sozialistischen Bewegung (→ IV. E) ebenso ab wie von einem überwiegend agrarischen Konservatismus, der ein eigenes Projekt Organischer Arbeit entwickelte, charakterisiert durch den Alleinvertretungsanspruch eines auf traditionelle Werte und den Katholizismus gründenden »Polentums«.⁴² Strukturell galt nach 1863 der Kampf der Aristokratie, die Aleksander Świętochowski als »verwesende Leiche« schmähte.⁴³ Die Warschauer Positivisten legten einen deutlichen Akzent auf die Beseitigung von Relikten der adligen Vergangenheit. Hierzu gehörte neben der Kritik an der wirtschaftlichen Rückständigkeit der bisher Privilegierten der Kampf gegen Standesdünkel und Obskurantismus – die Positivisten strebten danach, Bürgerlichkeit als Leitkultur zu etablieren und ihr zu gesellschaftlicher Dominanz zu verhelfen.

Der Warschauer Positivismus entwickelte einen ethischen und ästhetischen Utilitarismus mit einem Katalog praktischer Forderungen: Im Zentrum stand der Einsatz für die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung (Aufklärung) der gesamten Nation, die Hebung des sozialen und kulturellen Niveaus der Dorfbevölkerung, die Modernisierung von Landwirtschaft und Industrie, eine inhaltliche und finanzielle Förderung des Schulwesens und der Wissenschaft, etwa durch die Vergabe von Forschungsstipendien und Druckkostenzuschüssen durch die 1881 gegründete Mianowski-Kasse (*Kasa im. Józefa Mianowskiego*).⁴⁴ In der Historiographie brachte der Positivismus die Warschauer Historische Schule hervor, die im Kontrast zur »pessimistischen« Krakauer Schule den Akzent ihrer Forschung nicht auf die Geschichte des Staates, sondern der Nation legte und inhaltlich wie methodisch neue Felder eröffnete (→ I. B).

Seine größte gesellschaftliche Wirkung entfaltete das Warschauer Modell Organischer Arbeit in den 1860er bis 1880er Jahren. Eine erste Wende zeichnete sich Anfang der 1880er Jahre ab, die durch die Gründung der Zeitschrift *Prawda* [Die Wahrheit] unter Aleksander Świętochowski markiert wird: Damals unterzog eine neue Generation, mit der positivistischen Philosophie vertraut, diese einer grundsätzlichen Revision. Auch lässt sich in den 1880er Jahren eine deutliche Politisierung des öffentlichen Lebens feststellen, mit der Folge einer Radikalisierung und Differenzierung der politischen Landschaft.

⁴² Vgl. zum konservativen Programm WALICKI, A.: *Poland Between East and West. The Controversies of Self-Definition and Modernization in Partitioned Poland*. Cambridge, Mass. 1994, 30.

⁴³ ŚWIĘTOCHOWSKI, A.: *Zabawnie i smutno* [Amüsant und traurig]. In: *Przegląd Tygodniowy* 6 (1871), Nr. 48, 390: »rozkładający się trup«. Vgl. KIENIEWICZ: *Problem pracy organicznej* (Anm. 8), 45.

⁴⁴ PIŚKUREWICZ, J./HUEBNER, P./ZASZTOWT, L.: *Zarys historii Kasy Mianowskiego* [Abriß der Geschichte der Mianowski-Kasse]. In: *Kasa im. Józefa Mianowskiego, Fundacja Popierania Nauki 1881–1991* [Die Józef-Mianowski-Kasse, eine Stiftung zur Wissenschaftsförderung 1881–1991]. Warszawa 1992, 7–54.

Die repressiven Reaktionen auf den Januaraufstandes fielen im preußischen Teilungsgebiet zunächst vergleichsweise milde aus, was weniger in prinzipiellen Einsichten der preußischen Teilungsmacht begründet lag als vielmehr in anderen innen- wie außenpolitischen Konflikten. Nichtsdestotrotz war auch für die polnischen Bewohner Preußens die Niederschlagung des Aufstands eine niederdrückende Erfahrung. Unter diesen Umständen lässt sich im preußischen Teilungsgebiet eine Rückbesinnung auf das schon in den 1840er Jahren gesellschaftlich relevante Konzept der Organischen Arbeit ausmachen.⁴⁵ Als Hauptaufgabe betrachteten die Verfechter der Organischen Arbeit, sich auf die Problemlösung im Bereich der wirtschaftlichen und sozialen Modernisierung des Landes zu konzentrieren, um eine Entwicklung nach westlichem Vorbild anzustoßen. Neben der nunmehr nötigen Neubewertung der nationalen Frage musste damit auch das Verhältnis zu wirtschaftsliberalen Vorstellungen geklärt werden.

Von August Cieszkowski und Karol Libelt, den philosophischen Köpfen der Posener Bewegung, war wie schon beschrieben zunächst der Versuch unternommen worden, Organische Arbeit als eine »Philosophie des Handelns« mit dem aktiven Einsatz für den nationalen Unabhängigkeitskampf zu verbinden.⁴⁶ Die dazu entwickelten Modelle hatten sich als erfolgreich für die Mobilisierung der polnischen Gesellschaft erwiesen. Weil jedoch die Förderung wirtschaftlichen Wachstums in Abgrenzung zu den Interessen der Teilungsmächte geschehen sollte, konnten sich die Vertreter der Organischen Arbeit keinem Modell des klassischen Wirtschaftsliberalismus anschließen.⁴⁷

Anders als bei den wirtschaftspolitischen Themen kann man in der nationalen Frage eine Entwicklung ausmachen, die vor allem geprägt war von der Abkehr von jeglichen irredentistischen Aspirationen. Maksymilian Jackowski, aktiver Unterstützer des Januaraufstandes und einer der Angeklagten im darauf folgenden Berliner Polenprozess von 1864, steht beispielhaft für diese Neubesinnung. Mangels Beweisen aus der Haft entlassen, stürzte er sich nach eigenen Worten in die Organische Arbeit und wurde zum Patron der sogenannten Agrarzirkel (*kółka rolnicze*), in denen sich Bauern organisierten.⁴⁸ Diese hatten sich zunächst unabhängig von den polnischen Eliten entwickelt, wurden von ihnen aber in ihrem Bemühen um Bildung, nationale Bewusstwerdung und wirtschaftliche Absicherung der bäuerlichen Bevölkerung unterstützt

⁴⁵ Zur Organischen Arbeit im Preußischen Teilungsgebiet während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vgl. allgemein Jakóbczyk: *Studia* (Anm. 18). Bd. 2: 1850–1890. Poznań 1959/Bd. 3: 1890–1914. Poznań 1967 (Poznańskie Towarzystwo Przyjaciół Nauk, Prace Komisji Historycznej, 18.3/21.3); HAGEN, W. W.: *National Solidarity and Organic Work in Prussian Poland 1815–1914*. In: *Journal of Modern History* 44 (1972), 38–64; HAGEN, W. W.: *Germans, Poles, and Jews. The Nationality Conflict in the Prussian East, 1772–1914*. Chicago und London 1980.

⁴⁶ WALICKI: *Poland between East and West* (Anm. 42), 28.

⁴⁷ Ebd. In diesem Sinne auch JANOWSKI: *Haupttendenzen* (Anm. 16), 5.

⁴⁸ BLEJWAS: *Realism* (Anm. 6), 48. Zu Jackowski vgl. KARWAT, J.: *Maksymilian Jackowski 1815–1905*. Poznań 2005; ŁADA, H.: *Maksymilian Jackowski, patron kółek rolniczych* [Maksymilian Jackowski – Patron der Bauernzirkel]. Poznań 1982; JAKÓBCZYK, W.: *Patron Jackowski*. Poznań 1938.

und bald auch geleitet.⁴⁹ Neben dem Klerus spielte der gutsbesitzende polnische Adel, der mit dem erwähnten Landwirtschaftlichen Zentralverein über eine schlagkräftige Interessenvertretung verfügte, in diesem Bereich Organischer Arbeit weiterhin eine wichtige Rolle.⁵⁰

Den Agrarzirkeln auf dem Lande entsprachen in den Städten die sogenannten Gewerbevereine (*Towarzystwa Przemysłowe*).⁵¹ Sie zielten darauf ab, ihren Mitgliedern über ein professionelles Training den Weg in die wirtschaftliche Unabhängigkeit zu ebnen. Dieser Bereich Organischen Arbeitens entwickelte sich zur Domäne bürgerlicher Kräfte, die hierin eine Möglichkeit zur Festigung der nationalen Abwehrbereitschaft in Preußen sahen.⁵² Kennzeichnend für diese Phase ist auch ein genossenschaftliches Kreditsystem, das den Ideen Hermann Schulze-Delitzschs folgte. Von der städtischen *Inteligencja* organisiert, entwickelte es sich zur stärksten sozioökonomischen Institution, die sich dem Prinzip der Organischen Arbeit verpflichtet sah: 1885 gelang dem Zentralverband polnischer Genossenschaften für das Großherzogtum Posen und Westpreußen (*Związek Spółek Zarobkowych i Gospodarczych*) die Schaffung einer landesweiten Genossenschaftsbank (*Bank Związku Spółek Zarobkowych*).⁵³ Bis 1914 entstand ein Genossenschaftssystem, das mit mehr als 200 Gesellschaften und fast 130 000 Mitgliedern erheblich zur Modernisierung der Landwirtschaft wie auch zur Expansion der städtischen Wirtschaft unter der polnischen Bevölkerung beitrug.⁵⁴

Bedeutende Anstrengungen lassen sich auch im kulturellen Bereich aufzählen. Die bereits erwähnte Posener Gesellschaft der Freunde der Wissenschaften (PTPN) etwa

⁴⁹ JAKÓBCZYK, W.: *Wielkopolskie kółka rolnicze* [Die großpolnischen Agrarzirkel]. Poznań 1981; KOSMOWSKA-KOWALSKA, K.: *Kółka rolnicze Poznania i okolicy 1866–1939. Wielkopolskie kółka włościanek 1907–1939* [Die Agrarzirkel Posens und seiner Umgebung 1866–1939. Die großpolnischen Bäuerinnenzirkel 1907–1939]. Poznań 1992.

⁵⁰ MOLIK: *Polnische Landwirtschaftsvereine* (Anm. 30), 126–128.

⁵¹ JAWORSKI, R.: *Handel und Gewerbe im Nationalitätenkampf. Studien zur Wirtschaftsgesinnung der Polen in der Provinz Posen (1871–1914)*. Göttingen 1986 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 70), 44 f. Vgl. auch JAKÓBCZYK: *Studia* (Anm. 18). Bd. 2. Poznań 1959; SPANDOWSKI, P.: *Die polnischen Gewerbevereine im Rahmen der Entwicklung eines polnischen gewerblichen Mittelstandes*. Posen 1909; TRZECIAKOWSKI, L.: *Towarzystwa Przemysłowe* [Gewerbevereine]. In: FILIPIAK, T. (Hg.): *Polityczna działalność rzemiosła wielkopolskiego w okresie zaborów (1793–1918)* [Die politische Tätigkeit des großpolnischen Handwerks in der Teilungszeit]. Poznań 1963, 53–73.

⁵² JAWORSKI: *Handel* (Anm. 51), 44.

⁵³ BLEJWAS: *Realism* (Anm. 6), 49.

⁵⁴ HAGEN: *National Solidarity* (Anm. 45), 51 f. Zur Entwicklung des Genossenschaftswesens vgl. LORENZ, T./MÜLLER, U.: *National Segregation and Mass Mobilization. Polish Cooperatives in Poznań before the First World War*. In: LORENZ, T. (Hg.): *Cooperatives in Ethnic Conflicts. Eastern Europe in the 19th and Early 20th Century*. Berlin 2006 (Frankfurter Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Ostmitteleuropas, 15), 183–200.

konnte sich, trotz Schikanen seitens der preußischen Behörden, bis 1870 als einflussreiche Institution zur Förderung von Bildung und Wissenschaft in polnischer Sprache etablieren. Wie ihr Vorbild, die 1832 aufgelöste Warschauer Gesellschaft TPN, vermied sie politische Inhalte.⁵⁵

Während sich die großpolnische Gesellschaft im Bereich von Bildung und Ökonomie immer erfolgreicher organisierte, wuchsen zugleich die politischen Differenzen: Für die polnische *Inteligencja* und den national-liberalen Adel in Preußen besaßen Autonomievorstellungen nach galizischem Vorbild zwar eine gewisse Attraktivität, aber die Frage, inwieweit man gegenüber den Berliner Behörden zu Kompromissen bereit sein sollte, war umstritten. Die loyale Haltung der Jungkonservativen in Galizien gegenüber Wien wurde aus diesem Grunde einer scharfen Kritik unterzogen.⁵⁶

Anders als im Königreich sammelten sich in Galizien unter dem Banner der Organischen Arbeit sowohl liberale Positivisten als auch konservative Kreise. Letztere rekrutierten sich aus einer Gruppe junger konservativer Journalisten um die 1866 gegründete Zeitschrift *Przegląd Polski* [Polnische Rundschau] und nannten sich *Stańcacy*. Ihren Namen leiteten sie ab von *Stańczyk*, dem in der Wahrnehmung des 19. Jahrhunderts ebenso schonungslosen wie patriotischen Hofnarren der polnischen Könige in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts. Als Mentor dieser Bewegung fungierte der Historiker Józef Szujski, der seinem ursprünglichen romantischen Nationalismus zugunsten der Organischen Arbeit, die ihm spätestens 1867 als die einzig gerechtfertigte politische Strategie der Zeit erschien, abgeschworen hatte.⁵⁷ Ziel der *Stańcacy* war es, die tief im nationalen Selbstverständnis verwurzelte Bereitschaft zur Bildung geheimer Verbindungen gegen die Teilungsmächte zu überwinden. So wie die Verteidigung des *liberum veto* genannten Blockaderechtes einzelner Abgeordneter in den adligen Ständeversammlungen (→ Bd. 2, IV. D und V. C/D) durch die Konföderation von Targowica nach der Verfassung vom 3. Mai 1791 (→ Bd. 2, V. G) nur den Teilungsmächten gedient habe, wäre – so Szujski – ein Festhalten an dem von ihm als *liberum conspirio* bezeichneten Willen zur Konspiration nach der Bauernbefreiung ein gleicher Fehler – »nur in noch schrecklicherer Form«.⁵⁸ Den Hintergrund bildete die Sorge der Konser-

⁵⁵ WOJTKOWSKI: *Historia Towarzystwa Przyjaciół Nauk* (Anm. 31), 88.

⁵⁶ TRZECIAKOWSKI, L.: *Kulturkampf w zaborze pruskim* [Der Kulturkampf im preußischen Teilungsgebiet]. Poznań 1970, 54.

⁵⁷ SZUJSKI, J.: *Kilka prawd z dziejów naszych ku rozważeniu w chwili obecnej* [Einige Wahrheiten aus unserer Geschichte zur Erwägung im gegenwärtigen Moment]. Kraków 1867. Vgl. BLEJWAS: *Realism* (Anm. 6), 45.

⁵⁸ SZUJSKI: *Kilka prawd* (Anm. 57), 13: »*Jak liberum veto po konstytucji 3 maja było Targowicą, tak i liberum conspirio po usamowolnieniu ludu byłoby nią, w straszniejszej tylko formie*«. Vgl. KULA, M.: *Konserwatyści a niepodległość. Studia nad polską myślą konserwatywną XIX wieku* [Die Konservativen und die Unabhängigkeit. Studien zum konservativen Denken des 19. Jahrhunderts]. Warszawa 1985, 195.

vativen vor einem Ende der Zusammenarbeit der polnischen Abgeordneten im Reichsrat mit der Wiener Regierung und damit vor einem Bruch mit Wien. Ihre politischen Gegner, die Liberalen oder – wie sie sich damals selbst nannten – Demokraten, wurden von ihnen mit den anarchischen Konföderierten der alten Adelsrepublik verglichen, um ihnen als eigentliches Interesse einen neuerlichen Aufstand zu unterstellen. Im historischen Rückblick ist festzuhalten, dass es den *Stańcycy* gelungen ist, legale Aktivitäten, insbesondere im Bereich von Kultur und Bildung, mit der Loyalität gegenüber der Teilungsmacht als neues Konzept nationalen Lebens zu etablieren.

Eine intellektuelle Aufladung der Organischen Arbeit im Namen des Positivismus fand dagegen in Galizien nur in begrenztem Maße statt. Die galizischen Positivisten konnten der konservativen Deutung Organischer Arbeit vergleichsweise wenig entgegensetzen. Ihnen fehlte es sowohl an einem starken, ausstrahlenden Zentrum, wie dies im Königreich mit Warschau gegeben war, als auch an einem zentralen Presseorgan, das dem Warschauer *Przegląd Tygodniowy* entsprochen hätte. Das galizische Lager der »Jungen«, das aus Umgruppierungen in der Zeit unmittelbar nach dem Aufstand hervorgegangen war, wies konzeptionelle Eigenarten auf, die unter anderem daher rührten, dass seine Vertreter ihre politische Sozialisation noch vor 1864 erfahren hatten. Auch sie waren Veteranen des Aufstandes, allerdings um einige Jahre älter als die führenden Warschauer Positivisten. Anders als an der Weichsel bewahrte man sich in Galizien eine positive Erinnerung an die Aufstände und pflegte eine tiefe Verehrung für Słowackis Dichtung. Andererseits griffen die galizischen Positivisten auf die naturwissenschaftlichen Grundlagen des Szientismus zurück und standen damit im Gegensatz zu einem romantisierenden Idealismus, was insgesamt eine ambivalente Haltung ergab. In den 1860er Jahren entstand hieraus das Programm einer »nationalen« sowie »demokratischen« Organischen Arbeit unter der Devise: »... diese Macht ist Wissen und Arbeit: nur mit Wissen und Arbeit können wir auf der Erde emporwachsen«. ⁵⁹

Die Auseinandersetzung, die sich in Warschau zwischen »alter« und »junger« Presse – zwischen Vertretern der demokratischen Tradition der Romantik auf der einen und ihren positivistischen Kritikern auf der anderen Seite – abspielte, rief in Galizien ein reges Echo hervor. Doch dauerte es noch bis zum Ende der 1870er Jahre, bis sich die Polemik um die nationale Frage verlor. Mittlerweile war den galizischen Positivisten überdeutlich geworden, dass die Hegemonie der konservativen *Stańczycy* nur durch eine Kooperation der demokratischen Kräfte gebrochen werden konnte. Die Abrechnung mit der Romantik trat zugunsten eines pragmatischen Einsatzes für das Programm der Organischen Arbeit in den Hintergrund. Mit dem Aufkommen neuer politischer

⁵⁹ SUPIŃSKI: *Szkoła polska* (Anm. 13). Teil 1.2. Neuausgabe in: DERS.: *Pisma* [Schriften], hg. von J. WELICHOWSKI. Bd. 3. Lwów 1872, 76: »... tą potęgą jest wiedza i praca; – tylko wiedzą i pracą wrosnąć możemy w ziemię ...«. Vgl. MARKIEWICZ: *Pozytywizm* (Anm. 36) 85.

Gruppierungen in den 80er Jahren veränderte sich das Lager der »Jungen« in Galizien nochmals. Verantwortlich hierfür war zunächst der Generationenwechsel: Ins öffentliche Leben trat jetzt eine Generation, die – mit der positivistischen Philosophie vertraut – das Programm ihrer Väter revidierte und modifizierte.⁶⁰ Das demokratische Erbe wurde insbesondere von der Krakauer Gruppe »Reformen« (*Reformy*) fortgesetzt: Deren Vertreter, wie Tadeusz Romanowicz und Adam Asnyk, kritisierten eine »opportunistische Politik« (*polityka oportunistyczna*) und die »Abkehr von der Vergangenheit« (*zerwanie z przeszłością*); sie verfolgten ein Programm, das auf Kompromiss und Interessenausgleich setzte, um eine innere Reform des Landes zu realisieren.⁶¹ Die Forderungen nach wirtschaftlicher Entwicklung – etwa durch eine Förderung von Handwerk und kleinen Industriebetrieben – kam nicht nur in der Publizistik, sondern auch auf parlamentarischer Ebene zur Sprache, denn führende Vertreter des Positivismus saßen jetzt im galizischen Landtag.⁶²

Andererseits erfolgte in dieser Phase auch eine ideologische Umorientierung nach rechts oder auch links, denn das legalistische Programm der Organischen Arbeit hatte Schnittmengen mit konservativen Gruppierungen, während der Szientismus Positivisten und Sozialisten verband. Die Ausdifferenzierung der Parteienlandschaft stellte somit je nach Schwerpunkt der Orientierung attraktivere Angebote zur Verfügung.

Zwischen legalistischem Integrationsdenken und romantischem Irredentismus: Zur historischen Bedeutung der Organischen Arbeit

In der Tradition der polnischen Geschichtsschreibung ist die Teilungszeit lange in erster Linie aus der Perspektive einer Aufstands- und Repressionsgeschichte behandelt worden. Andere Phänomene, etwa die Möglichkeiten einer Verständigung oder eines *modus vivendi* zwischen Gesellschaft und Teilungsmacht blieben demgegenüber eher im Hintergrund. Dabei muss in der Betrachtung eines Zeitraums von 123 Jahren grundsätzlich die Frage nach Bereichen und Reichweite gesellschaftlicher Integration in den jeweiligen Staat aufgeworfen werden, die allein schon aufgrund der rechtlichen Rahmenbedingungen in den drei Teilungsgebieten in unterschiedlichem Maße gegeben waren. Am Beispiel des Militärdienstes lässt sich unschwer erkennen, dass die auf verschiedene Staaten verteilte polnische Gesellschaft nicht grundsätzlich als Parallelgesellschaft zur *dominant nation*⁶³ existieren konnte: Die polnischen Rekruten wurden

⁶⁰ KOZŁOWSKA-SABATOWSKA: *Ideologia pozytywizmu galicyjskiego* (Anm. 7), 10.

⁶¹ MARKIEWICZ: *Pożytywizm* (Anm. 36), 90.

⁶² KOZŁOWSKA-SABATOWSKA: *Ideologia pozytywizmu galicyjskiego* (Anm. 7), 11.

⁶³ Zur Problematik und Begrifflichkeit vgl. HROCH, M.: *National Self-Determination from a Historical Perspective*. In: *Canadian Slavonic Papers/Revue Canadienne des Slavistes* 37 (1995) Nr. 3/4, 283–299.

in verschiedene Armeen eingezogen und eben auch dort sozialisiert. Trotzdem gehört der Militärdienst der Polen in den Streitkräften der Teilungsmächte zu den weniger erforschten Kapiteln der polnischen Militärgeschichte.⁶⁴ Wenig anders stellt sich der Befund für die politische und gesellschaftliche Annäherung zwischen regionaler Gesellschaft und Teilungsmacht dar.⁶⁵

Dabei scheint es wenig sinnvoll, Formen der Akzeptanz prinzipiell als Kollaboration aufzufassen – ebenso wenig wie Formen der Ablehnung oder Kritik prinzipiell mit Widerstand gleichzusetzen. Das Verhältnis zur Teilungsmacht bzw. zur *dominant nation* hing in hohem Maße von den Befindlichkeiten und Handlungsmöglichkeiten in jeweils unterschiedlichen historischen Kontexten ab. Waren letztere in Gestalt von Autonomierechten gegeben, wie in Galizien, so überwog auch bei den Vertretern Organischer Arbeit der Loyalismus gegenüber der Teilungsmacht, und diese überließen die Polnische Frage letztlich anderen politischen Gruppierungen.

Anders als in Galizien kam es im russischen Teilungsgebiet nach 1863 zu einer weitgehenden Entpolitisierung des polnischen öffentlichen Lebens. Dies entsprach zumindest auf den ersten Blick dem Konzept der sogenannten Versöhnler (*ugodowcy*), die – wie etwa Aleksander Wielopolski, im Jahr vor dem Januaraufstand von 1863 Chef der Zivilregierung im Königreich Polen (→ III. H) – vor allem in der Zeit zwischen den Aufständen über einen Ausgleich mit Russland den Aufbau eines autonomen Kongresspolens angestrebt hatten. In der Phase nach dem Januaraufstand reduzierten die Vertreter einer versöhnlerischen Politik, unter ihnen der Verleger Włodzimierz Spasowicz,⁶⁶ ihren Forderungskatalog auf die Absicherung des Rechts auf eine eigene Kultur. Dafür sollten die Polen in politischer Hinsicht aufrechte Patrioten des Russischen Reichs sein. Auf den ersten Blick analog klammerte das positivistische Programm von der »Arbeit an den Wurzeln« unter dem Eindruck des niedergeschlagenen Aufstandes von 1863/64 irredentistische Forderungen aus. Die sogenannten Warschauer Positivisten der sechziger Jahre unterschieden sich in dieser Hinsicht von den Mentoren der Vätergeneration,

⁶⁴ Vgl. aber RYDEL, J.: *W służbie cesarza i króla. Generałowie i admirałowie narodowości polskiej w siłach zbrojnych Austro-Węgier w latach 1868–1918* [Im Dienst von Kaiser und König. Generäle und Admirale polnischer Nationalität in den Streitkräften Österreich-Ungarns 1868–1918]. Kraków 2001, 331 und passim.; sowie vor allem BOYSEN, J.: *Preußische Armee und polnische Minderheit: royalistische Streitkräfte im Kontext der Nationalitätenfrage des 19. Jahrhunderts (1815–1914)*. Marburg 2008.

⁶⁵ In der Tendenz zu einem ähnlichen Ergebnis wie Jan Rydel zum Militär (vgl. Anm. 64) gelangt Józef Buszko hinsichtlich der Untersuchungen zur Beteiligung von Polen am Wiener Parlament, vgl. BUSZKO: *Polacy w parlamencie wiedeńskim* (Anm. 5), 5.

⁶⁶ Spasowicz hatte einen polnisch-russischen Hintergrund und arbeitete als Anwalt sowie Mitherausgeber der Petersburger polnischsprachigen Zeitschrift »Kraj«. Zu seinen wichtigsten Werken gehört: SPASOWICZ, W.: *Literacki i polityczny spadek po A. Wielopolskim* [Das literarische und politische Erbe A. Wielopolskis]. Poznań 1880.

hatte doch etwa Karol Libelt noch in der ersten Jahrhunderthälfte keine Probleme damit, irredentistische Verschwörung mit Organischer Arbeit zu verbinden.⁶⁷

Während in Kongresspolen der fehlgeschlagene Januaraufstand und die Bauernbefreiung die entscheidende Wende im Elitenwandel – von der Hegemonie des gutsitzenden Adels zu einem Primat der *Inteligencja* – markierten, vollzog sich in Großpolen der strukturelle Wandel weniger abrupt. Hier stellte sich der Adel auf die kapitalistische Wirtschaft um und wirkte gemeinsam mit bürgerlichen Kräften bei der Organischen Arbeit mit. Statt eines Antagonismus zwischen Adel und *Inteligencja* bildete sich hier eine Ideologie der nationalen Solidarität und des gemeinsamen Widerstands gegen die Fremdherrschaft heraus.⁶⁸ Im österreichischen Teilungsgebiet, in dem die gesellschaftliche Bedeutung des Adels am größten war, trug Organische Arbeit am deutlichsten den Stempel des Loyalismus und hing in seiner die politische Landschaft dominierenden konservativen Variante von den administrativen Zugeständnissen der Wiener Zentrale ab.

In der Phase zwischen den 1864 und den 1880er Jahren definierten die verschiedenen Vertreter ihr jeweiliges Konzept der Organischen Arbeit als Weg zur Selbstbehauptung der Nation und erreichten damit eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz. Als Nahziel sollte Basisarbeit zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Bevölkerung und zur Vermittlung kultureller Inhalte jenseits politischer Brennpunkte geleistet werden, ohne jedoch deshalb die staatliche Unabhängigkeit als Fernziel aufzugeben. Auch wenn die sogenannten *Organicznicy* im ausgehenden 19. Jahrhundert ihre politische Dominanz an politische Parteien weiterreichen mussten, die, wie die Nationaldemokratie (*Narodowa Demokracja*) um Roman Dmowski (→ IV. G), ihre politische Idee aus der doppelten Kritik – am »politischen Romantismus« der Aufstandsepoche wie an der Minimalisierung nationaler Aspirationen nach 1864 – schöpften, so bleiben doch praktische Erfolge ihres Programms auf der Habenseite der Bilanz unübersehbar. Dazu zählen Wörterbücher der polnischen Sprache,⁶⁹ Enzyklopädien der polnischen Kultur⁷⁰

⁶⁷ WALICKI, A.: *Trzy patriotyzmy. Trzy tradycje polskiego patriotyzmu i ich znaczenie współczesne* [Drei Patriotismen. Drei Traditionen des polnischen Patriotismus und ihre heutige Bedeutung]. Warszawa 1991, 60f.

⁶⁸ JANOWSKI: *Haupttendenzen des polnischen Liberalismus* (Anm. 16), 4.

⁶⁹ Neben dem frühen lexikografischen Unternehmen von Samuel Bogumil Linde, des *Słownik języka polskiego* [Wörterbuch der polnischen Sprache] (Warszawa 1807–1814), sind in diesem Zusammenhang zu nennen: die 1861 von Maurycy Orgelbrand herausgegebene sogenannte Wilnaer Ausgabe eines *Słownik języka polskiego* und eine sogenannte Warschauer Ausgabe, die 1900 unter der Redaktion von Jan Karłowicz zu erscheinen begann und 1927 abgeschlossen wurde. Vgl. dazu DYBIEC, J.: *Nie tylko szabłą. Nauka i kultura polska w walce o utrzymanie tożsamości narodowej 1795–1918* [Nicht nur mit dem Säbel. Wissenschaft und Kultur im Kampf um den Erhalt nationaler Identität 1795–1918]. Kraków 2004, 42–44.

⁷⁰ Dazu gehört vor allem die von Zygmunt Gloger herausgegebene *Encyklopedia staropolska* [Altpolnische Enzyklopädie]. Kraków 1900–1904.

und Geographie⁷¹, Bibliographien⁷² und historiographische Arbeiten. Zudem entstanden wissenschaftliche Bibliotheken sowie Institutionen und Vereine, die sich mit der Hebung des ökonomischen, sozial-zivilisatorischen und kulturellen Niveaus der Bevölkerung befassten (→ IV. E/G).

Organische Arbeit, wie sie nach 1864 im preußischen Teilungsgebiet und von den Positivisten im russischen Teilungsgebiet vertreten wurde, steht für einen dritten Weg zwischen legalistischer Integrationsbereitschaft der sogenannten »Versöhnler« (*ugodowcy*) auf der einen Seite und romantischem Aufstandsdenken auf der anderen. Dass ihre Vertreter revolutionäre Aktivitäten zugunsten der wirtschaftlichen Entwicklung und sozialen Evolution verwarfen, ließ Organische Arbeit in den Augen späterer marxistischer Kritiker als bloße Rechtfertigung ökonomischer Interessen von Individuen oder Klassen und als antipatriotische Richtung politischen Denkens in Polen erscheinen.⁷³ Der Vorwurf trifft insofern zu, als für die positivistischen Vertreter dieses dritten Weges – wenigstens implizit – nationale Unabhängigkeit nicht das Gebot der Stunde war und deshalb auf der Prioritätenliste sozialpolitischen Handelns erst an zweiter Stelle stand. Es wäre allerdings zu kurz gegriffen, wollte man das Phänomen allein in Hinblick auf seine systemstabilisierende Wirkung beschreiben. Diese übte sie nur unter den Autonomiebedingungen Galiziens aus. In den anderen, stärkeren Repressionen ausgesetzten Territorien stellte Organische Arbeit im Grunde den Versuch dar, parallele Strukturen aufzubauen – nicht mit und nicht gegen die politische Macht, sondern neben ihr.

⁷¹ Hier insbesondere: *Słownik geograficzny Królestwa Polskiego i innych krajów słowiańskich* [Geographisches Wörterbuch des Königreichs Polens und anderer slawischer Länder]. Warszawa 1880–1904.

⁷² Seit 1870 erfolgte in Krakau die Herausgabe der *Bibliografia Polska* [Polnische Bibliographie] seitens der *Towarzystwo Naukowe Krakowskie* [Krakauer Wissenschaftliche Gesellschaft] unter der Redaktion von Karol Estreicher; deren erster Band bestand bezeichnenderweise aus einem Katalog von 50 000 polnischen oder Polen betreffenden Drucken seit 1800, sollte also gerade das kulturelle Erbe der Teilungszeit vor dem Vergessen bewahren.

⁷³ Mit weiterführender Literatur hierzu BLEJWAS: *Realism* (Anm. 6), 3 und 210.

E. Politische und soziale Bewegungen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts

VON DIETLIND HÜCHTKER

Reinhard Koselleck hat die Entstehung politischer Bewegungen im 19. Jahrhundert als Folge eines Auseinanderdriftens von Erfahrungsraum und Erwartungshorizont analysiert. Mit der Entwicklung des Fortschrittsdenkens hätten sich die Bezüge historischer Zeiten grundlegend geändert, vergangene Erfahrungen und zukünftige Erwartungen würden nicht mehr deckungsgleich aufeinander bezogen.¹ Koselleck folgend können die Modernisierungsprojekte des 19. Jahrhunderts als sich überschneidende und konkurrierende Versuche verstanden werden, gesellschaftliche Ordnungs-, Relevanz- und Hierarchieprinzipien zu verschieben sowie neue Praktiken des Ein- und Ausschlusses zu etablieren. Aus der Spannung zwischen Erfahrungen und Erwartungen entstanden soziale und politische Bewegungen, die beanspruchten, die Interessen einer spezifischen, essentialisierten Gruppe (Frauen, Bauern/Bäuerinnen, Arbeiter/innen, Juden/Jüdinnen, Polen/Polinnen, Ukrainer/Ukrainerinnen) zu vertreten und gleichzeitig die gesamte Gesellschaft zu reformieren oder revolutionär umzuwälzen. Indem sie Geschlecht, Klasse und Nationalität zu politikmachenden und politikbestimmenden Kategorien erhoben, vorgestellte Gemeinschaften formten und gemeinsame Erfahrungen der Unterdrückung oder Benachteiligung beanspruchten, stellten sie ein zentrales Medium dar, mit dem sozialer Aufstieg und neue Deutungshoheit organisiert wurden.² Intellektuelle präsentierten sich im Zuge von Modernisierungs- und Emanzipationsdiskursen einerseits als Führung einer als ungebildet und/oder unzivilisiert angesehenen Bevölkerung, nämlich von Bauern, Arbeitern, städtischen Unterschichten,³ und verein-

¹ KOSELLECK, R.: »Erfahrungsraum« und »Erwartungshorizont« – zwei historische Kategorien. In: DERS.: *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*. Frankfurt a.M. 1989, 349–375, hier 373 f.

² HÜCHTKER, D.: *Geschichte als Performance. Politische Bewegungen in Galizien um 1900*. Frankfurt a.M. 2014 (Geschichte und Geschlechter, 65), 8 f.

³ Zu den schillernden Bedeutungen von Nation und Volk (poln./ukrain.: *lud*, oder ukrain.: *narod*, poln.: *naród*) vgl. ebd., 234–248; PORTER, B.: *When Nationalism Began to Hate. Imagining Modern Politics in Nineteenth-Century Poland*. Oxford 2000, 14; MOLEND, J.: *Chłopi, Naród, Niepodległość. Kształtowanie się postaw narodowych i obywatelskich chłopów w Galicji i Królestwie Polskim w przededniu odrodzenia Polski* [Bauern, Nation, Unabhängigkeit. Die Herausbildung nationaler und staatsbürgerlicher Einstellungen bei den Bauern in Galizien und im Königreich Polen am Vortag der Wiedergeburt Polens]. Warszawa 1999, 41–47.

ten andererseits die Adressat/innen ihrer Politik in einem kollektiven »Wir« der Nation, der Klasse oder des Geschlechts. Die Vereinnahmung der Unterschichten als Basis eröffnete aber auch diesen selbst Handlungs- und Aufstiegsmöglichkeiten innerhalb der neu etablierten Einflussfelder, trug also insgesamt zu Partizipation und Demokratisierung bei. Bildungsprojekte und Sozialreform waren entscheidende Mittel, neue Eliten und neue Formen der Interessenvertretung und Partizipation zu organisieren.

Die Frauen-, National-, Bauern- und sozialistischen Bewegungen formierten sich regional oder lokal, in Vereinen, Initiativen und Verbänden, organisierten übergreifende Netzwerke und profitierten von internationalen und transnationalen Verbindungen. Revolutionsrhetorik, Forderungen nach Wahlrechtsreform und Universitätszugang waren ebenso verbreitet wie die Nationalisierung der politischen Sprache um die Jahrhundertwende. Vom Einsatz für Universitätszugang für Frauen und muttersprachliche Bildung über den für Achtstundentag, Kindergärten und Ausweitung der Volksschulbildung bis hin zur Sammlung von Volksliedern waren die Initiativen, Ideen und Projekte transnational und europaweit verbreitet. Die Zuspitzung der Nationalisierungen, nationalen Kämpfe und antisemitischen Positionen um die Jahrhundertwende war ebenso ein transnationales europäisches Phänomen, das sich in Netzwerken, Ideentransfer und parallelen Praktiken niederschlug.⁴

In den 1860er Jahren entstanden auch in den Teilungsgebieten des ehemaligen Polen-Litauen nach einem ersten Politisierungsschub in den 1840er Jahren, vor allem während der 1848er Revolutionen (→ III. F), überall größere und kleinere legale und illegale Organisationen, teilweise im Ausland, die sich zu sozialen und politischen Fraktionen und Bewegungen formten – konservative, liberale, sozialistische, nationale, feministische. Aus ihnen gingen im Laufe der 1880er und 1890er Jahre Parteien mit dem Anspruch auf Vertretung in politischen Gremien und Organen hervor. Sie lösten die Vereins- und Organisationslandschaft nicht ab, sondern waren Teil dieser Bewegungen – sie hätten ohne deren »lebensweltliche« Reformprojekte nicht funktioniert.

Sowohl Preußen bzw. das Deutsche Reich als auch die Habsburgermonarchie wurden in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu Verfassungsstaaten mit Wahlen zu den jeweiligen Reichs- und Landtagen, wo sich trotz Repressionen und Zensur ein (halbwegs) legales Parteien- und Pressespektrum ausbilden konnte (→ IV. A). Das Russische Reich dagegen blieb bis zur Revolution von 1905 eine Autokratie. Dort konnten erst dann mit der Liberalisierung der Organisations- und Versammlungsgesetze und der Einrichtung eines gewählten Parlaments Vereine und Parteien zumindest ein paar Jahre auf legaler Basis agieren (→ IV. F). Frauen dagegen blieb das aktive und

⁴ Für das Beispiel der Frauenbewegungen vgl. OFFEN, K.: *European Feminisms 1700–1950. A Political History*. Stanford 2000, bes. 213–249.

passive Wahlrecht bis ins 20. Jahrhundert überall in Europa verwehrt.⁵ In Preußen und in der Habsburgermonarchie war ihnen bis 1908 beziehungsweise bis 1910 auch die Mitgliedschaft in politischen Organisationen verboten,⁶ im Russischen Reich gab es keine ausschließlich geschlechtsspezifische Regelung, allerdings galten generelle Verbote für jedwede politische oder als politisch erachtete Betätigung insbesondere nach den Aufständen.⁷ Sozialdemokratische und sozialistische Organisationen wurden überall in Europa in ihren Aktivitäten eingeschränkt oder waren verboten. Die Sozialistengesetze waren im Deutschen Reich und damit auch im preußischen Teilungsgebiet von 1873 bis 1890 in Kraft; in der Habsburgermonarchie wurden sozialistische und anarchistische Aktivitäten ebenfalls verfolgt und es kam zu einer Reihe von Prozessen. 1886 wurde ein »Anarchistengesetz« erlassen, das bis 1890 in Kraft blieb.⁸

Die Analyse der Bewegungen ist lange den nationalgeschichtlichen Narrativen der Nations- und/oder Staatsbildung, Modernisierung und Demokratisierung gefolgt, während transnationale Zusammenhänge als gesonderte oder als der nationalen Formierung folgende Entwicklung behandelt worden sind.⁹ Neuerdings werden eher transnationale Parallelitäten und die Intersektionalität der politischen und sozialen Organisationsprin-

⁵ BOCK, G.: *Frauenwahlrecht. Deutschland um 1900 in vergleichender Perspektive*. In: GRÜTTNER, M./HACHTMANN, R./HAUPT, H.-G. (Hg.): *Geschichte und Emanzipation*. Festschrift für Reinhard Rürup. Frankfurt a.M. 1999, 95–136.

⁶ BADER-ZAAR, B.: *Frauenbewegungen und Frauenwahlrecht*. In: RUMPLER, H./URBANITSCH, P. (Hg.): *Die Habsburgermonarchie 1848–1918*. Bd. 8: *Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft*. Teilband 1: *Vereine, Parteien und Interessenverbände als Träger der politischen Partizipation*. Wien 2006, 1005–1027.

⁷ WIERZBICKA, M.: *Drogi emancypacji kobiet w Polsce i w Rosji w XIX w. – próba porównania* [Die Wege der Frauenemanzipation in Polen und in Russland im 19. Jahrhundert – ein Versuch des Vergleichs]. In: NIETYSZ, M. (Hg.): *Spółczesność w dobie przemian: wiek XIX i XX*. Księga jubileuszowa profesor Anny Żarnowskiej [Die Gesellschaft in der Zeit des Wandels: das 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Professorin Anna Żarnowska]. Warszawa 2003, 87–100; BLOBAUM, R.: »Kwestia kobieca« w *Królestwie Polskim (1900–1914)* [Die Frauenfrage im Königreich Polen (1900–1914)]. In: JANIĄK-JASIŃSKA, A./SIERAKOWSKA, K./SZWARC, A. (Hg.): *Działaczki społeczne, feministki, obywatelki ... Samoorganizowanie się kobiet na ziemiach polskich do 1918 roku* [Aktivistinnen, Feministinnen, Bürgerinnen ... Die Selbstorganisation von Frauen in Polen bis 1918]. Warszawa 2008, 37–56; PIETROW-ENNKER, B.: *Rußlands »neue Menschen«*. *Die Entwicklung der Frauenbewegung von den Anfängen bis zur Oktoberrevolution*. Frankfurt a.M. 1999 (Geschichte und Geschlechter, 27), 157–187.

⁸ HANISCH, E./URBANITSCH, P.: *Die Prägung der politischen Öffentlichkeit durch die politischen Strömungen*. In: RUMPLER/URBANITSCH: *Die Habsburgermonarchie*, 8.1 (Anm. 6), 15–111; JOBST, K. S.: *Zwischen Nationalismus und Internationalismus. Die polnische und die ukrainische Sozialdemokratie in Galizien von 1890 bis 1914. Ein Beitrag zur Nationalitätenfrage im Habsburgerreich*. Hamburg 1996 (Hamburger Veröffentlichungen zur Geschichte Mittel- und Osteuropas, 2), 41.

⁹ Siehe für die Frauenbewegungen dagegen PALETSCHEK, S./PIETROW-ENNKER, B.: *Women's Emancipation Movements in Europe in the Long Nineteenth Century. Conclusions*. In: DIES. (Hg.): *Women's Emancipation Movements in the Nineteenth Century. A European Perspective*. Stanford 2004, 301–333.

zipien Klasse, Nation und Geschlecht betont statt von einem linearen Fortschritts- bzw. Modernisierungsgeschehen auszugehen. So sind die Übergänge zwischen den zahlreichen Bildungsinitiativen und den nationalen, sozialistischen, Bauern- und Frauenbewegungen fließend, manche Aktivistinnen und Aktivisten engagierten sich in mehreren Feldern, in mancher Hinsicht überschritten sich die feministischen und sozialistischen Vorstellungen von Fortschritt wie beispielsweise in der Forderung nach Frauenwahlrecht, während sie in anderer Hinsicht antagonistisch gegeneinander standen, beispielsweise in der Frage, wie weit eine autonome Frauenpolitik reichen sollte. Um diese vielfältigen Bezugssysteme im Auge zu behalten – die polnische, die ukrainische und jüdische Perspektive, die Bedingungen der einzelnen Teilungsgebiete sowie die europäischen und internationalen Zusammenhänge von Organisationsstrukturen, Ideenpools und Netzwerken –, werden im Folgenden die Bewegungen (Frauenbewegung, sozialistische Bewegung, Bauernbewegung, nationale Bewegungen) zum Ordnungsprinzip gewählt.

Frauenbewegungen

Die Frauenbewegungen entstanden als Bildungsbewegungen. Sie setzten sich für höhere Mädchenbildung und die Einrichtung von Gymnasien mit anerkannter Hochschulreife ein und kämpften für die reguläre Zulassung zum Universitätsstudium.¹⁰ Die engagierten Frauen gehörten zu den Kreisen der *Inteligencja* (→ III. G und IV. C), viele der Polinnen waren kleinadliger Herkunft, während die aktiven Ukrainerinnen vielfach aus der (säkularisierten) Geistlichkeit stammten. Zu den Rekrutierungsfeldern gehörten im Königreich die Ausbildung an den Höheren Lehranstalten des Russischen Reichs, beispielsweise die Höhere[n] wissenschaftliche[n] Bestužev-Kurse für Frauen (*Vyššie Ženskie Bestuževskie Kursy*) in St. Petersburg.¹¹ Darüber hinaus spielten die illegalen Bildungsorganisationen, besonders die seit den 1890er Jahren ins Leben gerufenen sogenannten »fliegenden Universitäten« (*uniwersytety latajace*), ein privat organisiertes

¹⁰ Erste Zulassungen erfolgten in Krakau 1894, in Lemberg 1897. 1896 eröffnete in Lemberg das erste galizische Mädchengymnasium, das dritte in der Habsburger Monarchie nach Prag 1891 und Wien 1893. Siehe STEGMANN, N.: *Die Töchter der geschlagenen Helden. »Frauenfrage«, Feminismus und Frauenbewegung in Polen 1863–1919*. Wiesbaden 2000 (Quellen und Studien, Deutsches Historisches Institut Warschau, 11), 87–89.

¹¹ PIETROW-ENNKER: *Rußlands »neue Menschen«* (Anm. 7), 130–139, 157–187, 325 f.; PIESKER, Y.: *Die Diskurse zur höheren Mädchen- und Frauenbildung in Deutschland und Russland. Vom ausgehenden 18. Jahrhundert bis zu den Anfängen des Frauenstudiums*. Berlin 2006, 304; KOBCHENKO, K.: *Parallele Geschichte. Die Entwicklung der akademischen Frauenbildung in der Ukraine von der Mitte des 19. bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts*. In: *Mädchenschulgeschichte(n). Die preußische Mädchenschulreform und ihre Folgen* = Ariadne. Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte, 53/54 (2008), 110–118.

Bildungsangebot mit akademischem Niveau, eine wichtige Rolle.¹² In Galizien waren die seit 1868 in Krakau bestehenden A.-Baraniecki-Kurse für Frauen (*Wyższe Kursy dla Kobiet im. A. Baranieckiego*) wichtig, ebenfalls mit akademischer Ausrichtung, sowie die seit 1871 eingerichteten Lehrerinnenseminare.¹³

Über die sogenannte Frauenfrage, insbesondere über Erwerbsmöglichkeiten, publizierten im Zuge der Debatten über Gesellschaftsreform seit dem Ende des 18. Jahrhunderts Frauen wie Männer; auch Vertreter/innen des Positivismus (→ IV. D) nahmen dazu Stellung.¹⁴ Seit den 1880ern erschien eine Reihe ruthenisch- wie polnischsprachiger Publikationen, die die Themen der europäischen Frauenbewegungen verhandelten: Prostitution und Frauenhandel, Sexualität, die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie, politische und zivile Gleichberechtigung, insbesondere bezüglich des Wahl- und Eherechts. Paulina Kuczalska-Reinschmit, eine der führenden Köpfe der polnischen Frauenbewegung in Warschau, gab die feministische Zeitschrift *Ster* [Das Ruder] zunächst zwei Jahre in Galizien, dann seit 1905 im Königreich heraus.¹⁵ In Galizien initiierte die zu den galizischen Feministinnen gehörende und in Bildungsfragen engagierte Kazimiera Bujwidowa 1903 die Anthologie *Głos Kobiet w Kwestyi Kobiecej* [Die Stimme der Frauen in der Frauenfrage], die alle wichtigen Themen der europäischen Frauenbewegungen behandelte.¹⁶ Die Schriftstellerin und Publizistin Natalja Kobrynska, die zu den sozialistischen Kreisen der ukrainophilen Intellektuellen gehörte und in Galizien eine grenzüberschreitende ukrainische Frauenbewegung mit europäischer Perspektive aufzubauen versuchte, publizierte eine Reihe von Almanachen, die ebenfalls die zeitgenössischen Diskussionen aufgriffen: 1887 *Peršyj Vinok* [Der erste

¹² STEGMANN: *Die Töchter* (Anm. 10), 73–76.

¹³ LESZCZAWSKI-SCHWERK, A.: »Die umkämpften Tore zur Gleichberechtigung«. *Frauenbewegungen in Galizien (1867–1918)*. Wien 2015 (Osteuropa, 9), 39f.

¹⁴ KRAFT, C.: *Die Polin als Staatsbürgerin. Reformdebatten in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts*: In: SAURER, E./LANZINGER, M./FRYSAK, E. (Hg.): *Women's Movements. Networks and Debates in Post-Communist Countries in the 19th and 20th Centuries*. Köln 2006 (L'Homme Schriften. Reihe zur feministischen Geschichtswissenschaft, 13), 523–540; WINIARZ, A.: *Women in Polish Society. The Women Question in the Kingdom of Poland During the Nineteenth Century: a Bibliographical Essay*. In: JAWORSKI, R./PIETROW-ENNKER, B. (Hg.): *Women in Polish Society*. New York 1992 (East European Monographs, 344), 177–219; LORENCE-KOT, B./WINIARZ, A.: *The Polish Women's Movement to 1914*, in: PALETSCHEK/PIETROW-ENNKER: *Women's Emancipation Movements* (Anm. 9), 206–220.

¹⁵ KUCZALSKA-REINSCHMIT, P. (Hg.): *Ster. Dwutygodnik dla Spraw Wychowania i Pracy Kobiet* [Das Ruder. Zweiwöchentliche Zeitschrift für Bildungs- und Erwerbsangelegenheiten von Frauen]. Lwów 1895–1897; DIES. (Hg.): *Ster. Organ Równouprawienia Kobiet* [Das Ruder. Organ für die Gleichberechtigung von Frauen]. Warszawa 1907–1914.

¹⁶ [Bujwidowa, K. (Hg.):] *Głos kobiet w kwestyi kobiecej* [Die Stimme der Frauen in der Frauenfrage]. Kraków 1903.

Kranz] und 1893, 1895 und 1896 das dreibändige Werk *Naša Dolja* [Unser Schicksal].¹⁷ Mit diesen Publikationen vernetzten die polnischen und ukrainischen Frauenbewegungen und Frauenvereine sich über die jeweiligen Staatsgrenzen hinaus in alle Teilungsgebiete beziehungsweise in die Ostukraine sowie mit den anderen europäischen Frauenbewegungen, über die viel berichtet wurde.

Zu den frühen ruthenischen Initiativen gehörte die 1878 aus der orthodoxen Kirchengemeinde in Lemberg hervorgegangene Gesellschaft Ruthenischer Damen (*Obščestvo Rus'kych Dam*), die nicht nur Geld für kirchliche Wohltätigkeit sammelte, sondern auch Schulstipendien vergab und Bildungsveranstaltungen organisierte. Mit Bezug auf die Frauenbewegungen in Europa begann Kobryns'ka in den 1880er Jahren die Mobilisierung der ruthenischen Frauen. 1884 gründete sie in Stanislau den Verein Ruthenischer Frauen (*Towarystwo Rus'kych Ženščyn*), der sich mit verschiedenen Mitteln – Petitionen, Kundgebungen, Publikationen – für Frauen einsetzte, wobei der Zugang zu Bildung an erster Stelle stand.¹⁸ Die beiden Vereine repräsentierten nicht nur unterschiedliche Schwerpunkte in der frauenpolitischen Ausrichtung, eine in der Gemeinde verankerte und eine autonome, sie gehörten auch unterschiedlichen Flügeln ruthenischer Politik an, dem russophilen und ukrainophilen (→ IV. G), dennoch kam es gelegentlich zu gegenseitiger Unterstützung.¹⁹

Angeregt durch eine Petition an den Wiener Reichstag, in der sich tschechische Frauen für das Recht auf gymnasiale Schulbildung und Universitätsstudium aussprachen, initiierte der Verein der ruthenischen Frauen unter Führung von Kobryns'ka 1890 ebenfalls eine solche, die als ein regelrechtes feministisches Manifest bezeichnet werden kann. Polnische Frauen zogen nach.²⁰ Bujwidowa erreichte im Jahre 1896 die Eröffnung eines Mädchengymnasiums und ab 1897 wurden die habsburgischen Universitäten schrittweise für Frauen geöffnet.²¹

Während die Zirkel und Vereinigungen im Königreich informell blieben, begannen die polnischen Frauen in Galizien abgesehen von den erwähnten Petitionsinitiativen ihre Organisation in den 1870er Jahren mit beruflichen Interessenverbänden der Lehrerinnen, Erzieherinnen und Angestellten. 1891 wurde der Verein für Frauenarbeit

¹⁷ KOBRYNS'KA, N./PČILKA, O.: *Perši vinok. Žinočyi Almanach* [Der erste Kranz. Ein Frauenalmanach], hg. v. Ukrainian National Women's League of America. Neudruck New York 1984 (Original L'viv 1887); *Naša dolja. Zbirnyk prac' rižnych avtoriv* [Unser Schicksal. Eine Sammlung von Arbeiten verschiedener Autoren]. Stryj 1893, L'viv 1895, 1896 [digital über: www.literature.at]

¹⁸ BOHACHEVSKY-CHOMIAK, M.: *Feminists Despite Themselves. Women in Ukrainian Community Life, 1839–1948*. Edmonton 1988, 62, 75–77. Vgl. auch HUCHTKER: *Geschichte* (Anm. 2), 83–118.

¹⁹ BOHACHEVSKY-CHOMIAK: *Feminists* (Anm. 18), 56.

²⁰ STEGMANN: *Die Töchter* (Anm. 10), 88f. Allgemein vgl. HULEWICZ, J.: *Sprawa wyższego wykształcenia kobiet w Polsce w XIX wieku* [Die Frage der höheren Frauenbildung in Polen im 19. Jahrhundert]. Kraków 1939, 236–266.

²¹ HOMOLA-SKAPSKA, I.: *Galicia: Initiatives for Emancipation of Polish Women*, in: JAWORSKI/PIETROW-ENNKER: *Women* (Anm. 14), 71–89.

(*Stowarzyszenie Pracy Kobiet*) gegründet.²² Zu Zentren der polnischen Frauenbewegung wurden die Lesesaal-Vereine, der seit Mitte der 1880er Jahre existierende Frauenlesesaal in Lemberg (*Czytelnia Kobiet w Lwowie*) und der Frauenlesesaal in Krakau (*Czytelnia Kobiet w Krakowie*) von 1895, die sich an die in Europa verbreiteten Frauenklubs anlehnten und ein vielfältiges Bildungs- und Aufklärungsangebot machten. Während der Lemberger Lesesaal neben Bibliotheken und Vorträgen zu Frauen Themen vor allem Themen zur polnischen Geschichte und zu historischen Jahrestagen anbot, waren die Aktivitäten des Krakauer Lesesaals stärker an den europäischen Frauenbewegungen orientiert. Darüber hinaus informierte er über Aktivitäten in den anderen Teilungsgebieten und initiierte Fortbildungskurse für Frauen vor allem im pädagogischen und sozialreformerischen Bereich, womit er auf die Erweiterung der Erwerbsmöglichkeiten von (Mittelschichts-)Frauen zielte. Er wurde zu einem der wichtigsten Zentren der polnischen Frauenbewegung.²³

Der Rutheninnenklub (*Kljud Rusynok*) von 1893 verband ökonomische und bildungspolitische Ambitionen und rief die Ausbildungskooperative »Arbeit« (*Trud*) für Mädchen ins Leben.²⁴ Die Kooperative bot Ausbildungskurse an, unterstützte die Arbeitssuche der Kursabgängerinnen, setzte sich für mehr Handelsschulen ein und betrieb eine Kantine sowie ein Ledigenheim für junge Frauen.²⁵ Der 1901 gegründete Kreis Ukrainischer Mädchen (*Kružok Ukraïns'kich Divčat*) vereinte eine neue Generation junger aktiver Frauen und pflegte Kontakte in eine Reihe von Städten Ostgaliziens sowie in die Ostukraine und in andere Provinzen der Habsburgermonarchie, u. a. zum Allgemeinen Österreichischen Frauenverein.²⁶ Der Kreis initiierte 1908 die erste ukrainische Frauenzeitschrift *Meta* [Das Ziel] und den ersten Dachverband der ukrainischen Frauenvereine, die Frauenvereinigung (*Žinoča Hromada*), die von 1909 bis 1917 existierte. Obwohl er sich mit Themen der Frauenbewegungen beschäftigte, vermied er eine eindeutige Positionierung durch Wahlrechts- oder Gleichstellungsforderungen. Er repräsentierte einen Feminismus, der sich als Teil der ukrainischen Fortschrittsbewegungen begriff und die Formierung einer ukrainischen Nation zum Ziel hatte.²⁷

²² LESZCZAWSKI-SCHWERK: *Die umkämpften Tore* (Anm. 13), 39 f., ein Überblick über die Vereinslandschaft bis 1914: 82–110.

²³ DADEJ, I.: *Przyjaźnie i związki kobiece w ruchu kobiecym przetomu XIX i XX wieku* [Freundschaften und Beziehungen zwischen Frauen in der Frauenbewegung an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert]. In: FURGAL, E. (Hg.): *Krakowski szlak kobiet. Przewodniczka po Krakowie emancypantek* [Ein Krakauer Frauen-Spaziergang. Führerin zu den Krakauer Frauenrechtlerinnen]. Kraków 2010, 39–50; HÜCHTKER: *Geschichte* (Anm. 2), 209–213.

²⁴ BOHACHEVSKY-CHOMIAK: *Feminists* (Anm. 18), 59; ŠUCHEVYČEVA, H.: *Kljud Rusynok w L'vovi* [Der Rutheninnenklub in Lemberg]. In: *Naša dolja* 2 (1895), 85.

²⁵ BOHACHEVSKY-CHOMIAK: *Feminists* (Anm. 18), 90 f.

²⁶ LESZCZAWSKI-SCHWERK: *Die umkämpften Tore* (Anm. 13), 129–140.

²⁷ Zum Begriff »pragmatischer Feminismus« siehe BOHACHEVSKY-CHOMIAK: *Feminists* (Anm. 18), 92–97; LESZCZAWSKI-SCHWERK: *Die umkämpften Tore* (Anm. 13), 48 f.

Von der Revolution 1905 und der mit ihr einhergehenden, wenn auch kurzfristigen Demokratisierung profitierte die polnische Frauenbewegung nachhaltig. In einigen Städten der Westgouvernements und in russischen Großstädten wurden Vereine mit politischen und sozialreformerischen Zielen sowie Interessenvereinigungen von Lehrerinnen und Erzieherinnen gegründet.²⁸ Schon um die Jahrhundertwende, mit der Ausweitung des Themas in den europäischen Frauenbewegungen,²⁹ wurde die Forderung nach Wahlrecht für Frauen auch in Galizien und im Königreich Polen lauter. Erste Kundgebungen für allgemeines, gleiches und geheimes Wahlrecht unabhängig vom Geschlecht hatte die sozialistische Bewegung in Galizien 1890 organisiert, seit 1892 fand über mehrere Jahre eine Reihe von Frauenkundgebungen statt, auch zusammen mit ruthenischen und jüdischen Frauen, eine kontinuierlichere Zusammenarbeit scheiterte jedoch immer wieder an nationalen Antagonismen. Immerhin gelangen vier oder fünf gemeinsame Manifestationen.³⁰ Weiteren Aufschwung erfuhr die Stimmrechtsbewegung mit der Einführung des Wahlrechts für Männer in Russland 1905 und des allgemeinen, gleichen und geheimen Männerwahlrechts in Galizien 1907.³¹ In Warschau entstanden 1907 zwei Organisationen mit explizit feministischem Charakter: der Polnische Verein für die Gleichberechtigung von Frauen (*Polskie Stowarzyszenie Równouprawnienia Kobiet*, PSRK) sowie die Polnische Vereinigung für die Gleichberechtigung von Frauen (*Polski Związek Równouprawnienia Kobiet*, PZRK). Beide forderten für Frauen und Männer gleiche Rechte und spiegelten den in den europäischen Frauenbewegungen verbreiteten Gegensatz zwischen Organisationen, die im Wahlrecht für Frauen erst die Krönung ihres Zivilisierungsprozesses sahen – so das PSRK, vor allem ein Kultur- und Sozialverein –, und solchen, die die Forderung nach Wahl- und Bürgerrechten zum Ausgangspunkt eines Demokratisierungs- und Partizipationsprozesses machen wollten – so die radikalere Wahlrechtsvereinigung PZRK.³² In Galizien wurden 1909 auf Anregungen des PZRK in Krakau und Lemberg Wahlrechtskomitees gegründet, das Komitee für die Gleichberechtigung von Frauen (*Komitet Równouprawnienia Kobiet*) und der Verband für die Gleichberechtigung von Frauen (*Związek*

²⁸ STEGMANN: *Die Töchter* (Anm. 10), 159–161.

²⁹ PALETSCHEK/PIETROW-ENNKER: *Women's Emancipation Movements [...] Conclusions* (Anm. 9), 322.

³⁰ BOHACHEVSKY-CHOMIAK, M.: *How Real Were Nationalism and Feminism in 19th Century Galicia*. In: KEMLEIN, S. (Hg.): *Geschlecht und Nationalismus in Mittel- und Osteuropa. 1848–1918*. Osnabrück 2000 (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau, 4), 143–152; LESZCZAWSKI-SCHWERK: *Die umkämpften Tore* (Anm. 13), 171–179; HOMOLA-SKAPSKA: *Galicia* (Anm. 21), 86.

³¹ BADER-ZAAR, B.: *Bürgerrechte und Geschlecht. Zur Frage der politischen Gleichberechtigung von Frauen in Österreich, 1848–1918*. In: GERHARD, U. (Hg.): *Frauen in der Geschichte des Rechts. Von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart*. München 1997, 547–562.

³² PALETSCHEK/PIETROW-ENNKER: *Women's Emancipation Movements [...] Conclusions* (Anm. 9), 321–323.

Równouprawnienia Kobiet). Ihre Tätigkeit behinderte allerdings das für Frauen existierende Verbot des politischen Engagements, das durch nicht inkriminierte Organisations- und Protestformen umgangen wurde. Unter Ausnutzung einer Gesetzeslücke im habsburgischen Wahlrecht organisierte das Komitee zur galizischen Landtagswahl 1907 die Kandidatur von Maria Dułębianska, um auf diese Weise für Frauenwahlrecht zu demonstrieren. Dułębianska erzielte einen Achtungserfolg unter den (vermutlich vor allem linksliberalen) männlichen Wählern und den vereinzelt Wählerinnen, die Besitz nachwies und nicht verheiratet waren.³³ Die polnischen Komitees standen in Kontakt mit der österreichischen Frauenbewegung, der radikale Stimmrechtsverein in Warschau hatte Verbindungen zur russischen Frauenbewegung, und ukrainische Frauenorganisationen pflegten ihre Beziehungen zu tschechischen. Die polnischen Wahlrechtsverbände erreichten eine Aufnahme in die *International Woman Suffrage Alliance*, jedoch führte deren staatliches Organisationsprinzip immer wieder zu Konflikten mit den nichtstaatlich organisierten Frauenverbänden.³⁴

Im preußischen Teilungsgebiet beförderten der Kulturkampf und die mit ihm einhergehende Gleichsetzung von polnisch und katholisch zwar vor allem nationale und katholische Bildungs- und Sozialvereine, jedoch war der Organisationsgrad von Frauen hier deutlich höher als in den anderen Teilungsgebieten. Die Schulstreiks von 1902 und 1906 (→ IV. A/G), die die Wiedereinführung des Polnischen als Unterrichtssprache zumindest im Religionsunterricht forderten, waren offenbar in erster Linie Frauensache, d. h. am stärksten beteiligt waren Lehrerinnen und Schülerinnen.³⁵ Die Frauen waren vor allem in lokalen Zirkeln organisiert, etwa den Bäuerinnenzirkeln (*Kółka Włościanek*).³⁶ 1909 wurde in Posen der einzige Dachverband von Frauenvereinen gegründet, die Vereinigung polnischer Frauenbildungsvereine im Deutschen Reich (*Zjednoczenie Polskich Kobietych Towarzystw Oświatowych w Rzeczy Niemieckiej*) mit Sitz in Posen.³⁷

³³ Ähnliches fand auch in Böhmen statt. Das Wahlrecht in den Kurien war nach Besitz, Steuerleistung und formalem Bildungsstand geregelt und nicht geschlechtsgebunden. Daher waren Frauen prinzipiell wahlberechtigt, allerdings war aufgrund des Verbots, politisch aktiv zu werden, die persönliche Stimmabgabe strittig. STEGMANN: *Die Töchter* (Anm. 10), 183–188; BADER-ZAAR: *Bürgerrechte* (Anm. 31), 549f.

³⁴ ZIMMERMANN, S.: *The Challenge of Multinational Empire for the International Women's Movement. The Habsburg Monarchy and the Development of Feminist Inter/national Politics*. In: *Journal of Women's History* 17 (2005) 2, 87–117. Dies betraf nicht nur die polnischen, auch die tschechischen Organisationen.

³⁵ CHWALBA, A.: *Historia Polski 1795–1918* [Geschichte Polens 1795–1918]. Kraków 2000, 460f.

³⁶ KOSMOWSKA-KOWALSKA, K.: *Kółka rolnicze Poznania i okolicy 1866–1939. Wielkopolskie kółka włościanek 1907–1939* [Die Agrarzirkel von Posen und Umgebung. Die großpolnischen Bäuerinnenzirkel 1907–1939]. Poznań 1992.

³⁷ STEGMANN: *Die Töchter* (Anm. 10), 57–62.

Die lockere Struktur der polnischen Frauenbewegung resultierte aus dem Ziel, unter den Bedingungen von drei Teilungsgebieten mit unterschiedlichen Sozial- und Rechtssystemen und unterschiedlicher Geschichte eine einheitliche Bewegung zu schaffen. Die Verbindungen bestanden in der Organisation von Frauenkongressen und in der Konstruktion eines gemeinsamen Gedächtnisses, in der Inszenierung von großen Vorbildern, beispielsweise in Publikationen und gesamtpolnischen Konferenzen wie der Konferenz zu Ehren der Schriftstellerin Eliza Orzeszkowa im Jahre 1907, deren Erzählung *Marta* als Initiation für die polnische Frauenbewegung stilisiert und in etliche europäische Sprachen übersetzt wurde.³⁸ Die Kontakte zwischen den Frauen aus Galizien und dem Königreich waren eng, auch wenn letztere nicht ohne abfällige Bemerkungen gegenüber den angeblich provinziellen, klerikalen Frauen der Habsburger Provinz auskamen.³⁹ Insbesondere im Kontext der Auseinandersetzungen um Polnisch als Schulsprache im preußischen Teilungsgebiet entstanden auch Verbindungen zu den dortigen Frauen. So setzte sich beispielsweise der 1886 in Lemberg gegründete Frauensparverein (*Towarzystwo Oszczędności Kobiet*), der der Nationalbewegung zuzurechnen ist, aus Solidarität mit den Schulstreiks für einen Boykott deutscher Waren ein.⁴⁰ Im Vergleich zu den anderen polnischen Bewegungen gelang es den Frauen am überzeugendsten, trotz unterschiedlicher Teilungsbedingungen eine gesamtpolnische Bewegung zu konstituieren.

Die ukrainischen Fraueninitiativen wurden vor allem im ukrainophilen Teil der ruthenischen Gesellschaft Galiziens ins Leben gerufen und standen in engem Kontakt zu ukrainischen Frauen im russischen Imperium. Wie die polnische Bewegung konstituierten sich die Initiativen grenzüberschreitend durch informelle Kontakte und Publikationen. Sie orientierten sich an liberalen und sozialistischen Kreisen, zu den Zentren der russländischen Frauenbewegung gehörten Kiew und Charkiw.⁴¹

Sowohl die polnische als auch die ukrainische Frauenbewegung waren in ihrer verinsgetragenen Bewegungsstruktur, ihren Zielen und Forderungen einerseits europäisch, andererseits eingebunden in die spezifischen Bedingungen der Regionen. Die Spannung zwischen transnationaler Vernetzung und nationaler Abgrenzung bestärkte

³⁸ Ebd., 22, 170–179, 239; DIES.: *Zwischen feministischem Kampf und nationalem Opfer: Weibliche Leitfiguren der polnischen Frauenbewegung vor dem ersten Weltkrieg*. In: SCHEIDE, C./ STEGMANN, N. (Hg.): Normsetzung und -überschreitung. Geschlecht in der Geschichte Osteuropas im 19. und 20. Jahrhundert. Bochum 1999 (Interdisziplinäre Frauenforschung, 2), 19–33; SIKORSKA-KULESZA, J.: *Trójzaborowe zjazdy kobiet na ziemiach polskich na przelomie XIX i XX wieku* [Die Frauenkongresse aller drei Teilungsgebiete Polens an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert]. In: JANIĄK-JASIŃSKA/SIERAKOWSKA/SZWARC: *Działaczki społeczne* (Anm. 7), 81–95.

³⁹ STEGMANN: *Die Töchter* (Anm. 10), 84.

⁴⁰ HÜCHTKER: *Geschichte* (Anm. 2), 64.

⁴¹ PIETROW-ENNKER: *Rußlands »neue Menschen«* (Anm. 7), 332–348. Für Bildungsinitiativen siehe KOBCHENKO: *Parallele Geschichte* (Anm. 11), bes. 114, 117.

antisemitische Tendenzen. Nach Natali Stegmann kann man diese seit den Duma-Wahlen von 1912 beobachten, als die Boykottaufrufe der nationalen Bewegung gegen jüdische Geschäfte in den feministischen Zeitschriften unterstützt wurden. Einzelne Gegenstimmen wurden aus der Bewegung hinausgedrängt bzw. fühlten sich ihr nicht mehr zugehörig.⁴²

Über eine eigenständige jüdische Frauenbewegung ist nichts bekannt, allerdings wurden frauenpolitische Organisationen in der zionistischen Bewegung aufgebaut, die in ihrer Rhetorik wiederum auf die Sprache der europäischen Frauenbewegungen Bezug nahmen.⁴³

Sozialistische Bewegungen

Die sozialistischen Bewegungen reflektierten und konstruierten die gesellschaftlichen Divergenzen und Ungleichheiten als Klassegegensatz. Sie entstanden von Beginn an auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene gleichzeitig. Sie gingen aus den polnisch dominierten Handwerkerorganisationen und der (ungelernten) Arbeiterschaft neuer industrieller Zentren hervor, aus dem ruthenischen Studentenmilieu und klandestinen Intellektuellenzirkeln in Lemberg und St. Petersburg⁴⁴ sowie aus Zentren der exilierten europäischen Arbeiterbewegung wie Genf oder Paris.⁴⁵ Die geheimen Zirkel, deren Mitglieder – oftmals die spätere Parteiführung – zum größten Teil zur *Inteligencja* gehörten, rezipierten die europäischen sozialistischen Schriften von Marx und Engels bis Bakunin und Proudhon, hatten, u. a. über das Exil, Kontakt zu radikalen Sozialistinnen und Sozialisten aus ganz Europa, propagierten Klassenkampf und Revolution und schickten Delegierte auf den Internationalen Arbeiterkongress 1889 in Paris, auf dem u. a. die Zweite Internationale gegründet wurde. Die ruthenischen klandestinen Zirkel bezogen sich sowohl in der Ostukraine als auch in Galizien auf Mychajlo Drahomanov, der eine sozialistische Theorie mit Bauern als politische Basis entworfen hatte – dies aufgrund der Sozialstruktur der ukrainischsprachigen Bevölkerung.⁴⁶

Voraussetzung für die Gründung von sozialistischen Zirkeln, von Gewerkschaften wie auch später von Parteien waren starke und erfolgreiche Streiks, deren Mobilisie-

⁴² STEGMANN: *Die Töchter* (Anm. 10), 213–220.

⁴³ LESZCZAWSKI-SCHWERK: *Die umkämpften Tore* (Anm. 13), bes. 292–302.

⁴⁴ CHWALBA: *Historia* (Anm. 35), 354.

⁴⁵ HIMKA, J.-P.: *Socialism in Galicia. The Emergence of Polish Social Democracy and Ukrainian Radicalism (1860–1890)*. Cambridge 1983 (Monograph Series, Harvard Ukrainian Research Institute), 13, 40.

⁴⁶ BINDER, H.: *Parteiwesen und Parteibegriff bei den Ruthenen in der Habsburgermonarchie*. In: Österreichische Osthefte 42 (2000) 3/4, 211–240; RUDNYTSKY, I. L.: *Drahomanov as a Political Theorist*. In: DERS.: *Essays in Modern Ukrainian History*, hg. von P. L. RUDNYTSKY. Edmonton 1987, 203–253.

zungspotential die Intellektuellen mit ihren revolutionären Programmen und Zielen auszunutzen suchten, wobei jüdische, polnische, ukrainische, russische und deutsche Arbeiter/innen auf betrieblicher Ebene oftmals vereint agierten. Im Zuge der zunehmenden Nationalisierung politischer Aktivitäten häuften sich aber neben politischen auch ethnische Konflikte.⁴⁷ Die von den Organisationen unabhängige Politikfähigkeit und Organisationskompetenz der aktiven Arbeiterinnen und Arbeiter zeigt sich zum einen darin, dass die sozialistischen Vereinigungen immer wieder, selbst 1905 (→ IV. F), von Streiks überrascht wurden, zum anderen aber auch in der eigenständigen Gewerkschafts- sowie Betriebsorganisation und -politik. Die verschiedenen Ebenen der Organisationen und Aktivitäten gehörten als »unterschiedliche Aggregatzustände«⁴⁸ zusammen.

Die sozialistischen Gruppierungen und Parteien entstanden in Verbindungen zwischen Russland und dem Königreich. In den 1870er Jahren bildeten sich erste Studierendenzirkel in St. Petersburg und Warschau, die revolutionäre Schriften aus ganz Europa lasen.⁴⁹ 1882 rief der aus dem Genfer Exil zurückgekehrte Ludwik Waryński in Warschau die (Internationale) Sozialrevolutionäre Partei »Proletariat« (*Polska Socjalno-Rewolucyjna Partia* »Proletariat«) ins Leben, ein kleiner Intellektuellenzirkel, der sich als marxistisch-anarchistisch und revolutionär verstand und Verbindungen zur russischen revolutionären Organisation »Volkswillen« (*Narodnaja Wolja*) unterhielt. Nach einer Reihe von Verhaftungen, u. a. von Waryński selbst, war die Partei nicht mehr überlebensfähig, wurde aber zwei Jahre später wiedergegründet.⁵⁰

⁴⁷ BLOBAUM, R. E.: *Rewolucja. Russian Poland, 1904–1907*. Ithaca/London 1995, 108. Zu den Konflikten ŻARNOŃSKA, A.: *Some Aspects of the Democratization of Political Life in Congress Poland at the Beginning of the 20th Century*. In: DIES.: *Workers, Women and Social Change in Poland, 1870–1939*. Aldershot 2004 (Variorum Collected Studies Series, 795), 79–100, hier 85; CRAGO, L.: *The »Polishness« of Production. Factory Politics and the Reinvention of Working-Class National and Political Identities in Russian Poland's Textile Industry, 1880–1910*. In: *Slavic Review* 59 (2000), 16–41.

⁴⁸ MÜLLER, D. H.: *Probleme gewerkschaftlicher Organisation und Perspektiven im Rahmen eines arbeitsteiligen Organisationskonzepts*. In: IWK. *Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* 15 (1979), 569–580, hier 571.

⁴⁹ Siehe zum Folgenden CHWALBA: *Historia* (Anm. 35), 354–358; BLOBAUM, R.: *Feliks Dzierżyński and the SDKPiL. A Study of the Origins of Polish Communism*. New York 1984 (East European Monographs, 154).

⁵⁰ BLOBAUM: *Feliks Dzierżyński* (Anm. 49), 14; KOBERDOWA, I.: *Socjalno-Rewolucyjna Partia Proletariat, 1882–1886* [Die sozialrevolutionäre Partei »Proletariat«, 1882–1886]. Warszawa 1981, bietet Details und Zusammenhänge, bedauerlicherweise aber keine Literaturangaben. Siehe zur Vorgeschichte auch NAIMARK, N. M.: *The History of the »Proletariat«. The Emergence of Marxism in the Kingdom of Poland, 1870–1887*. New York 1979 (East European Monographs, 54). Zum »Volkswillen« vgl. DERS.: *Terrorists and Social Democrats. The Russian Revolutionary Movement Under Alexander III*. Cambridge, Mass. 1983 (Russian Research Center Studies, 82), 90–110.

1889 wurde die Vereinigung der Polnischen Arbeiter (*Związek Robotników Polskich*) ins Leben gerufen, die im Unterschied zu den revolutionären Parteien den alltäglichen Arbeitskampf und ökonomische Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter in den Vordergrund stellte, sich aber auch von politischen Zielen nicht fernhielt. Beide Organisationen unterstützten die Maidemonstrationen, die seit 1889 von der II. Internationale ausgerufen wurden, und waren 1892 an dem großen Streik und den gewalttätigen Arbeitskämpfen in Lodz beteiligt.⁵¹

Im selben Jahr wurde auf einem Kongress der polnischen Sozialist/innen in Paris ein neues sozialistisches Programm beschlossen, das die Forderungen nach einer unabhängigen polnischen Republik sowie gleichen demokratischen Rechten für alle Nationalitäten neben die klassischen und internationalen der Arbeiterbewegungen stellte, neben freies, gleiches und geheimes Wahlrecht, Presse- und Versammlungsfreiheit, Mindestlohn und Achtstundentag. Zwar wurden die Forderungen der sozialistischen Parteien und Bewegungen aufgegriffen, aber Vorrang sollten die nationale Frage und nationale Forderungen haben. An der Spitze der neuen Partei, der Polnischen Sozialistischen Partei (*Polska Partia Socjalistyczna, PPS*), die sich schnell zu einer Massenbewegung entwickelte, stand u. a. Józef Piłsudski. Die Revolution von 1905 (→ IV. F) führte zur Spaltung, die aber dem Aufstieg des Piłsudski-Flügels als Massenpartei für ein unabhängiges und demokratisches Polen keinen Abbruch mehr tat.⁵²

Ein kleiner, aber nicht unbedeutender Teil der polnischen Sozialistinnen und Sozialisten, u. a. Róża (Rosa) Luxemburg und Julian Marchlewski, akzeptierte das Pariser Programm nicht und hielt an der internationalen, revolutionären Politik fest. Die Forderung nach einem unabhängigen Polen lenkte nur von den nahen und fernen Zielen des Proletariats, der Revolution, ab, so ihre Gegenposition. 1893 wurde die Sozialdemokratie des Königreich Polens, ab 1900 des Königreichs Polen und Litauens (*Socjaldemokracja Królestwa Polskiego i Litwy, SDKP bzw. SDKPiL*) gegründet, die eng mit der ebenfalls revolutionär orientierten russländischen Sozialdemokratie zusammenarbeitete. Beide, die SKPDiL und die PPS, waren in der II. Internationale vertreten.⁵³

An den Streiks waren auch jüdische Arbeiter/innen in großer Zahl beteiligt. 1897 wurde in Wilna der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund in Litauen, Polen und Russland (*Algemeyner Yidisher Arbeter-Bund in Lite, Poyln un Rusland, Bund*) ins Leben gerufen, der die jüdischen Arbeiter/innen im gesamten russischen Herrschaftsgebiet verei-

⁵¹ Zu den Streiks im Königreich, Oberschlesien und Galizien siehe ŻARNOWSKA, A.: *Determinants of the Political Activity of the Working Class in the Polish Territories on the Turn of the 19th Century*. In: DIES.: *Workers* (Anm. 47), 97–110, allerdings mit Politisierungs- und Modernisierungsimpetus.

⁵² CHWALBA: *Historia* (Anm. 35), 381 f.; TOMICKI, J.: *Polska Partia Socjalistyczna, 1892–1948* [Die Polnische Sozialistische Partei 1892–1948]. Warszawa 1983 (Stulecie Polskiego Ruchu Robotniczego. Zarys Dziejów).

⁵³ KIENIEWICZ, S.: *Historia Polski. 1795–1918*. Warszawa 1998, 409.

nen sollte und sich ebenfalls in Richtung der russischen Sozialdemokratie orientierte. Die Stärke des Bundes resultierte aus der Streikbereitschaft der jüdischen Arbeiter/innen. Zunächst überwog die revolutionär-sozialistische Orientierung, innerhalb kurzer Zeit gewannen die Idee einer jüdischen Nation und nationaler Interessen an Bedeutung. Es bildete sich ein Programm heraus, das eine national-kulturelle Autonomie für jüdische Arbeiter/innen mit Jiddisch als Nationalsprache forderte und unterfüttert war mit einem Netzwerk an kulturellen und sozialen Einrichtungen wie Arbeiterbibliotheken, Kindergärten, Kultur- und Bildungseinrichtungen, also einem klassischen sozialreformerischen und bildungspolitischen Bewegungsprogramm. Die einzige Verbündete des Bundes im Königreich war die – allerdings nur wenige Mitglieder zählende – PPS-Proletariat, die sich 1900 von der PPS abgespalten hatte und das Ziel der national-kulturellen Autonomie anerkannte. Die Partei verlor in der Revolution noch mehr an Bedeutung und existierte nur bis 1909.⁵⁴

In den preußischen Teilungsgebieten war die sozialistische Politik wenig erfolgreich. 1893 wurde die dortige PPS gegründet, die zunächst mit der deutschen Sozialdemokratie zusammenarbeitete. Ihre Basis hatte sie vor allem im oberschlesischen Kohlrevier. 1897 nahm die PPS die Unabhängigkeit Polens in ihr Programm auf, was zunehmend zu Konflikten mit der SPD in nationalen Fragen führte, die sich unter anderem in der Kandidatenfrage bei Wahlen äußerten. Der PPS gelang es auf Dauer nicht, die Stimmen der polnischen Wähler zu gewinnen, obwohl sie die antiklerikale Rhetorik der sozialistischen Parteien vermied. Der Durchsetzung der PPS stand darüber hinaus entgegen, dass die sich als explizit polnisch verstehenden Gewerkschaften in Oberschlesien eine katholische und entsprechend sozialismusfeindliche Ausrichtung hatten.⁵⁵

In Galizien waren die sozialistischen Parteien pragmatischer als in Russland. In Lemberg entstanden die ersten sozialistischen Zirkel im Gefolge einer Streikwelle der Handwerker in den 1860er und 1870er Jahren, u. a. um den sich zu der Zeit in Galizien aufhaltenden Waryński herum, dessen Aktivitäten mit dem 1880 gegen ihn angestrebten Prozess ein Ende fanden.⁵⁶ Schon 1878 waren im Lemberger Sozialistenprozess

⁵⁴ ZIMMERMAN, J.: *Poles, Jews and the Politics of Nationality. The Bund and the Polish Socialist Party in Late Tsarist Russia, 1892–1914*. Madison, Wisc. 2004, 83–106, 191–226; PICKHAN, G.: »Gegen den Strom«. *Der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund »Bund« in Polen 1918–1939*. Stuttgart 2001 (Schriften des Simon-Dubnow-Instituts, 1), 34–69.

⁵⁵ PULS, D.: *Rochaden zwischen Unterwerfung und Widerstand. Oberschlesische Bergarbeiter 1871–1914*. Dortmund 1994, 174–181; KIENIEWICZ: *Historia* (Anm. 53), 413–415; CHWALBA: *Historia* (Anm. 35), 449 f.

⁵⁶ HIMKA: *Socialism* (Anm. 45), 86–93. Zur Geschichte der galizischen Sozialdemokratie und ihren Beziehungen zu den sozialistischen Initiativen in Genf und im Königreich, vor allem zur PPS vgl. NAJDUS, W.: *Polska Partia Socjalno-Demokratyczna Galicji i Śląska 1890–1919* [Die Polnische Sozialdemokratische Partei in Galizien und Schlesien]. Warszawa 1983.

eine Reihe ruthenischer Aktivist/innen verurteilt worden, u. a. Ivan Franko, ein Handwerkersohn und ukrainophiler Publizist sowie Literat, Mychajlo Pavlyk, ein Bauernsohn, der zu den führenden ukrainischen Sozialisten in Galizien gehörte, sowie dessen Schwester Anna Pavlyk. Die Prozesse behinderten zwar die Organisation, trugen aber dazu bei, dass sozialistische Ideen in der Öffentlichkeit verstärkt wahrgenommen wurden.

Die ruthenischen und polnischen Sozialistinnen und Sozialisten arbeiteten in der Anfangszeit zusammen, allerdings kam es immer wieder zu Konflikten. Das 1880 in Genf beschlossene sozialistische Manifest forderte allgemeines gleiches und geheimes Wahlrecht und ein soziales Reformprogramm. Darüber hinaus wurde nationale Autonomie für Polen, Ruthenen und Juden als Ziel formuliert, umstritten war allerdings die Wiederherstellung Polen-Litauens in den Grenzen von 1772, da die ruthenische Seite eine polnische Dominanz fürchtete.⁵⁷

Der Gründung der ukrainischen und der polnischen sozialistischen Parteien 1890 und 1892 in Galizien gingen große und in Teilen erfolgreiche Streikwellen in den 1880er Jahren sowie die seit 1890 massenhaft befolgten Aufrufe zu den Mai-Demonstrationen der II. Internationale voraus. Die Streiks bewiesen einmal mehr die Organisationskompetenz und Kampfkraft der Arbeiter/innen und Handwerksgesellen, die grenzüberschreitend mit Arbeiterorganisationen der Habsburgermonarchie zusammenarbeiteten.⁵⁸ Als der Reichsrat 1890 eine Verlängerung des Anarchistengesetzes abgelehnt hatte, war der Zeitpunkt für legale Parteigründungen gekommen. Der Ruthenisch-Ukrainische[n] Radikale[n] Partei (*Rusins'ka-Ukrains'ka Radykal'na Partija*, R-URP) folgte die Arbeiterpartei (*Partia Robotnicza*), die den Anspruch hatte, die gesamte Arbeiterklasse zu vertreten und in der 1892 gegründeten Sozialdemokratischen Partei Galiziens (*Galicyska Partia Socjalno-Demokratyczna*, GPSD) aufging. 1899 wurde diese unter Führung von Ignacy Daszyński zu einer eindeutig polnischen und in Polnische Sozialdemokratische Partei, (*Polska Partia Socjalno-Demokratyczna*, PPSD) umbenannt. Die formale Parteienorganisation beförderte die Trennung zwischen polnischen und ukrainischen Sozialisten noch und unterstrich die nationalen Spannungen. Im Programm der R-URP wurde die Solidarität aller Ukrainer/innen festgeschrieben, also auch derjenigen im Russischen Reich, sowie allgemeines, gleiches und geheimes Wahlrecht für Männer und Frauen gefordert. Umstritten waren aber sowohl die Vorstellungen von einem zukünftigen Staat als auch die wirtschaftlichen Ziele, die von Verge-

⁵⁷ JOBST: *Zwischen Nationalismus und Internationalismus* (Anm. 8), 33–36. Allgemein vgl. NAJDUS: *Polska Partia Socjalno-Demokratyczna* (Anm. 56).

⁵⁸ HIMKA: *Socialism* (Anm. 45), 141–145; JOBST: *Zwischen Nationalismus und Internationalismus* (Anm. 8), 40.

sellschaftung der Produktionsmittel bis zu Sozialreformen zur Verhinderung einer Proletarisierung der Klein- und Kleinstbauern reichten.⁵⁹

Von der R-URP, die angesichts der Vielfalt ihrer Ziele kein eindeutig sozialistisches Profil entwickelte, spaltete sich in der Mitte der 1890er Jahre ein sozialdemokratischer Flügel ab, um enger mit der GPSD zusammenzuarbeiten. 1899 entstand die Ukrainische Sozialdemokratische Partei (*Ukrains'ka Socijalnodemokratyčna Partija*, USDP), die nach der Neuausrichtung der GPSD zu einer polnischen sozialdemokratischen Partei mit dieser um die ostgalizischen Städte konkurrierte. Da es an ruthenischem Proletariat fehlte, war die Position der USDP jedoch schwach. Auch gelang es ihr nicht, die Agrarstreiks von 1902 zu nutzen und auf dem Land eine tragfähige eigene sozialistische Basis aufzubauen, obwohl die dort besser verankerte R-URP erst relativ spät auf den Streik reagierte.⁶⁰ Nach 1905 konnte die PPSD durch Betonung der »nationalen Frage« innerparteilich integrierend wirken – und außerdem gewann die Kooperation mit Piłsudski und der im galizischen Exil operierenden PPS an Bedeutung. Die USDP intensivierte hingegen ihre Kontakte zur Revolutionären Ukrainischen Partei (*Revolucijna Ukrains'ka Partija*), die 1900 in der zum Russischen Reich gehörenden Ostukraine gegründet worden war.

Die Organisation der jüdischen Arbeiter/innen begann in Galizien 1892 mit der Gründung von jüdischen Gewerkschaften, »Die starke Hand« (*Yad Khazakah*) in Lemberg und »Brüderlichkeit« (*Briderlichkajt*) in einer Reihe weiterer Städte.⁶¹ Mobilisierend wirkte der Streik von jüdischen Weber/innen in Kolomea 1892, der die jüdischen Arbeiter/innen auch für die GPSD interessant machte.⁶² Die Partei versuchte, diese durch die Präsenz jüdischer Aktivisten an der Spitze sowie durch die Publikation jiddischsprachiger Zeitungen für sich zu gewinnen. Doch war schon 1892, ein halbes Jahr nach der Gründung der GPSD, eine erste Jüdische Arbeiterpartei (*Yidishe Arbeter Partay*) entstanden, die die jiddischsprachige Zeitung *Di arbayter Shtime* [Die Arbeiterstimme] herausgebracht hatte. 1893 zog die GPSD mit *Der Arbayter* [Der Arbeiter] nach.⁶³

Obwohl die jüdischen Sozialist/innen lange innerhalb der PPSD arbeiteten, entfremdete sie schon die wenig distanzierte Reaktion auf die antisemitische Politik und die

⁵⁹ JOBST: *Zwischen Nationalismus und Internationalismus* (Anm. 8), 40 f.

⁶⁰ Ebd., bes. 121–124.

⁶¹ WEINSTOCK, N.: *Le pain de misère. Histoire du mouvement ouvrier juif en Europe*. Bd. 2: *L'Europe centrale et occidentale jusque'en 1914*. Paris 1984, 21. Wróbel spricht davon, dass es in den 1880er Jahren erste gewerkschaftliche Organisationen gegeben habe. WRÓBEL, P.: *The Jews of Galicia Under the Austrian-Polish Rule, 1869–1918*. In: *Austrian History Yearbook* 25 (1994), 97–138.

⁶² WRÓBEL, P.: *The Jews of Galicia* (Anm. 61), 127.

⁶³ WEINSTOCK: *Le pain* (Anm. 61), 23 f.

Pogrome von 1898 von der Partei.⁶⁴ Besonders die Gewaltaktionen brachten die Unentschiedenheit der polnischen wie im übrigen auch der österreichischen Sozialdemokratie im Hinblick auf antisemitische Strömungen zum Vorschein und stärkten damit die Separationsbestrebungen jüdischer Akteure. 1904 gründete eine Gruppe in Przemyśl die Jüdische Sozialdemokratische Partei (*Żydowska Partia Socjalno-Demokratyczna*, ZPS-D), zunächst als Fraktion innerhalb der PPSD, dann – nachdem sie ausgeschlossen wurde – eigenständig. Sie gilt aufgrund ihrer Orientierung am Jiddischen und den Forderungen nach Anerkennung der Judenheit als eigene Nationalität als galizisches Äquivalent zum Bund.⁶⁵ Der Erfolg der Partei war begrenzt und 1911 kam es zu einem erneuten Kompromiss mit der PPSD.⁶⁶

Die Gleichheitsforderungen der sozialistischen Organisationen scheiterten nicht nur in Bezug auf die Nationalitätenfragen, sondern auch in Bezug auf die Frauenfrage. Die Gleichberechtigung von Frauen war eine zentrale sozialistische Forderung überall in Europa und schon in den ersten sozialistischen Manifesten enthalten.⁶⁷ Zu den wichtigsten Forderungen gehörten neben Frauenwahlrecht vor allem der Arbeiterinnenenschutz, nämlich Achtstundentag, Nachtarbeitsverbot und 36-Stundenwoche für Frauen, Fabrikinspektorinnen sowie gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Die Forderungen nach Achtstundentag und 36-Stundenwoche für Frauen sollten den Weg zu einer grundsätzlichen Festlegung einer Maximalarbeitszeit bereiten. 1897 hob die PPSD hervor, auf diese Weise die als »Schmutzkonzurrenz« wahrgenommenen schlechter bezahlten Arbeiterinnen einbinden zu können.⁶⁸ Im polnischen Kontext formierte sich keine eigenständige sozialistische Frauenbewegung. Die Aktivistinnen mussten ihre Positionen zwischen Männerpartei und Bürgerlichkeitsvorwurf austarieren. In Galizien gab Maria Turzyna als Beilage zum sozialistischen *Naprzód* [Vorwärts] die *Robotnica* [Die Arbeiterin] heraus, die zum Organ der 1904 gegründeten Frauenvereinigung (*Związek Kobiet*) wurde und intensiv über Lebensverhältnisse der Unterschichten diskutierte, über Dienstmädchen, Arbeiterinnen und Prostitution. Ziel war die Politisierung von Frauen und ihre Organisierung in der sozialistischen Bewegung.⁶⁹

⁶⁴ JOBST, K.: *Die antisemitischen Bauernunruhen im westlichen Galizien 1898. Stojatowski und die polnischen Sozialdemokraten*. In: MAIER, R./STÖBER, G. (Hg.): *Zwischen Abgrenzung und Assimilation – Deutsche, Polen und Juden. Schauplätze ihres Zusammenlebens von der Zeit der Aufklärung bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges*. Hannover 1996 (Studien zur internationalen Schulbuchforschung, 88), 139–150.

⁶⁵ WEINSTOCK: *Le pain* (Anm. 61), 32f.

⁶⁶ WRÓBEL: *The Jews* (Anm. 61), 128.

⁶⁷ JOBST: *Zwischen Nationalismus und Internationalismus* (Anm. 8), 29 für den ukrainischen Sozialismus.

⁶⁸ Zur Ambivalenz der Schutzforderungen vgl. SCHMITT, S.: *Der Arbeiterinnenschutz im deutschen Kaiserreich. Zur Konstruktion der schutzbedürftigen Arbeiterin*. Stuttgart 1995 (Ergebnisse der Frauenforschung, 37), 213–215.

⁶⁹ STEGMANN: *Die Töchter* (Anm. 10), 156, 162.

Auch in der kongresspolnischen PPS entstanden Frauenzirkel. Vor allem aber beteiligten sich Frauen in allen sozialistischen Parteien an Streiks und gewalttätigen Auseinandersetzungen vor und während der Revolution von 1905.⁷⁰ Die ruthenische R-URP unterhielt enge Kontakte zu den feministischen Kreisen Galiziens, insbesondere zu Kobryns'ka, allerdings war die Beziehung außerordentlich konfliktgeladen.⁷¹ Die jüngere Generation der aktiven Frauen dagegen war eher zur Zusammenarbeit bereit und vermied Streit mit den sozialistischen Kreisen.

Bauernbewegungen

Die Bauernbewegungen sind ein besonders eindrückliches Beispiel für die Verbindung von sozialreformerischen und bildungspolitischen Projekten mit politischer Agitation. Ähnlich wie bei den Frauenbewegungen stand bei den von der *Inteligencja* initiierten Bauernbewegungen Bildung am Anfang und im Zentrum des Engagements. Unter den Aktivistinnen waren auch Frauen und es bestanden Verbindungen zu den Frauenbewegungen.⁷² Im Unterschied zu den Frauen, die in erster Linie für sich selbst den Zugang zu Bildungsinstitutionen forderten, ging es den intellektuellen Eliten bei ihrem Einsatz in den Bauernbewegungen aber um die Bildung der »Anderen«, der Bauern. Dazu gehörte auch die Vereinnahmung und Formung bäuerlicher Protestkultur und bäuerlicher Selbstorganisation. Man nahm die Landbevölkerung in einer traditionellen kulturellen Isolation, Armseligkeit und Apathie wahr und betrachtete sie als außerhalb der aktiven, politischen Gesellschaft und Nation stehend. Die Bildungs- und Aufklärungskampagnen sollten die Bauern in die Lage versetzen, am Aufbau einer modernen – in der zeitgenössischen Wahrnehmung nationalen – Gesellschaft teilzunehmen; gleichzeitig galt das Land, d. h. die ländliche Gesellschaft, als wichtigste Ressource für eine nationale Erneuerung. Daraus resultierte eine doppelte Perspektive, die Erfindung und Kultivierung von Sitten und Gebräuchen als nationale Tradition auf der einen und die Wahrneh-

⁷⁰ DUFRAT, J.: *Kobiety w kręgu lewicy niepodległościowej. Od Ligi Kobiet Pogotowia Wojennego do Ochotniczej Legii Kobiet (1908–1918/19)* [Frauen in den Kreisen der Unabhängigkeits-Linken. Von der Frauenliga zur Kriegsvorbereitung bis zur Freiwilligen Frauenlegion (1908–1918/1919)]. Toruń 2001; STEGMANN, N.: »Wie die Soldaten im Feld«. *Der widersprüchliche Kampf polnischer Frauen für »Vaterland« und Frauenrechte im Ersten Weltkrieg*. In: KEMLEIN: *Geschlecht* (Anm. 30), 197–216; NAŁĘCZ, T.: *Kobiety w walce o niepodległość w czasie pierwszej wojny światowej* [Frauen im Unabhängigkeitskampf während des Ersten Weltkriegs]. In: ŻARNOŃSKA, A./SZWARC, A. (Hg.): *Kobieta i świat polityki. Polska na tle porównawczym w XIX i w początkach XX wieku* [Frauen in der Welt der Politik. Polen im Vergleich im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts]. Warszawa 1994, 72–79, hier 75.

⁷¹ Zu den Konflikten zwischen Kobryns'ka und den Kreisen um die R-URP vgl. HÜCHTKER: *Geschichte* (Anm. 2), 275–283; BOHACHEVSKY-CHOMIAK: *Feminists* (Anm. 18), 71–102.

⁷² Siehe das Beispiel von Maria Wyslouchowa in HÜCHTKER: *Geschichte* (Anm. 2), 50–82.

mung von Armut und Elend als rückständig auf der anderen Seite.⁷³ Diese Vorstellungen begründeten im Unterschied zu den Arbeiterbewegungen ein ausgesprochen paternalistisches Verhältnis zwischen der *Inteligencja* und den Bauern sowie den wenigen politisch aktiven Bäuerinnen, obwohl die bäuerliche Bevölkerung ihre eigenen Interessen sehr wohl zu vertreten wussten, wie die Revolte von 1846 in Galizien gezeigt hatte (→ III. F).

Während die Bildungsinitiativen auf den Dörfern in den preußischen Teilungsgebieten von der Forschung im Zuge der Organischen Arbeit (→ IV. D) als eine große Teile der polnischen Gesellschaft erfassende Nationalbewegung analysiert werden, werden die Initiativen im Königreich vor allem als Teil des Widerstands gegen die Russifizierung interpretiert. Die Bauern und Bäuerinnen selbst werden daher vor allem als Objekte der Politik wahrgenommen. Eine eigenständige Bauernbewegung entstand außerhalb Galiziens kaum oder erst spät und war mit der nationalen Bewegung verbunden.

Was die Bauernbewegung in Galizien von denen in den anderen Teilungsgebieten deutlich unterschied, war die breite Beteiligung der bäuerlichen Bevölkerung. Seit dem Jahre 1861, seit der Einführung des Kurienwahlrechts in der Habsburgermonarchie, waren die besitzenden Bauern im galizischen Landtag und im Wiener Reichstag vertreten. Kurzfristig gab es 1873 einen gemeinsamen polnisch-ruthenischen Bauernklub, der seine Interessen im Hinblick auf die Wald- und Weidenutzung gegen die Gutsbesitzer recht erfolgreich artikulierte, allerdings gelang es den adeligen Eliten, ihn durch eine Wahlrechtsänderung aus den folgenden Landtagen herauszuhalten.⁷⁴ Doch auch über die sich im Laufe der 1880er Jahre herausbildenden Bauernbewegungen und -parteien gelang einer Reihe von Bauern der Aufstieg in den intellektuellen Mittelstand, beispielsweise zu Politikern oder Schriftstellern. Weitaus mehr als in den anderen Teilungsgebieten stärkte die Bewegung in Galizien politische Partizipation.⁷⁵

In den 1860er und 1870er Jahren begannen die Bildungskampagnen auf den Dörfern. Die Basis der Initiativen waren die Gemeinden, denen eine Mischung aus Ideologie und pragmatischer Hilfe angeboten wurde.⁷⁶ Nach 1867 entstanden diverse Volksbildungsvereine, vor allem Lesesäle und Lesevereine, die sich sowohl an die ruthenischsprachige als auch an die polnischsprachige ländliche Bevölkerung richteten und vielfach von der örtlichen Geistlichkeit unterstützt oder betrieben wurden. Aus dem liberal-demokratischen Spektrum der *Inteligencja* gingen 1868 zwei Vereine hervor. In Krakau und Lemberg wurde je ein Verein für Freunde der Volksbildung (*Towarzystwo*

⁷³ Ebd., 315.

⁷⁴ STRUVE, K.: *Bauern und Nation in Galizien. Über Zugehörigkeit und soziale Emanzipation im 19. Jahrhundert*. Göttingen 2005 (Schriften des Simon-Dubnow-Instituts, 4), 115–121; STAUTER-HALSTED, K.: *The Nation in the Village. The Genesis of Peasant National Identity in Austrian Poland, 1848–1914*. Ithaca 2001, 68–77.

⁷⁵ STAUTER-HALSTED: *The Nation* (Anm. 74), 191–296.

⁷⁶ BOHACHEVSKY-CHOMIAK: *Feminists* (Anm. 18), XXII–XXIII; MOLEND: *Chłopi* (Anm. 3), 112–133.

Przyjaciół Oświaty Ludowej) gegründet, die aber schon zu Beginn der 1870er Jahre wieder einschliefen. Dem Lemberger Verein war es immerhin geglückt, auf ostgalizischen Dörfern Lesesäle und Büchereien einzurichten. Er stellte auch ruthenischsprachige Bücher zur Verfügung, um die ruthenischsprachige Bevölkerung zu erreichen. 1868 wurde der ukrainophile Bildungsverein »Aufklärung« (*Prosvita*) ins Leben gerufen, der zwar als Volksbildungsverein antrat, aber schon aufgrund der hohen Mitgliedsgebühren relativ wenig Publikum anzog. Erfolgreicher war die russophile Mychajlo-Kačkovs'kyj-Vereinigung (*Obščestvo ymeny Mychajla Kačkovskoho*, OMK) von 1874, die basisnäher war, mehr Bauern als Mitglieder hatte und vom Programm her weniger elitär als der Verein »Aufklärung«. Die Vereine beschafften Bücher und Zeitschriften, die vorgelesen und ausgeliehen werden konnten. Dazu gehörten Tageszeitungen sowie eigens für die bäuerliche Bevölkerung herausgegebene Publikationen mit erbaulichem und religiösem Inhalt, manches Mal aber auch mit politischen Einschätzungen und historisch-nationalen Themen.⁷⁷ Ebenfalls als Betreiber von Bibliotheken und Leseräumen entstanden seit 1878 in verschiedenen Städten Ableger des Vereins für Volksbildung (*Towarzystwa Oświaty Ludowej*, TOL), der Bedeutung für die nationalen Bewegungen erlangen sollte.

Neben der Bildung wurde die Modernisierung der Landwirtschaft ins Zentrum der Agitation gestellt. Der katholische Priester Stanisław Stojałowski, der schon durch politische Publikationen hervorgetreten war, initiierte bäuerliche Agrarzirkel (*Kółka Rolnicze*), die die Selbsthilfe auf dem Dorf stärken und Modernisierung durch kooperative Nutzung von Landmaschinen beziehungsweise den gemeinsamen Erwerb von Kunstdünger sowie besserem, billigerem Saatgut fördern sollten. Die Zirkel wurden ebenfalls als Verein für Volksbildung zusammengefasst und 1882 in Verein der Agrarzirkel (*Towarzystwo Kółek Rolniczych*, TKR) umbenannt.⁷⁸ Die Vereine betrieben über die Fortbildung im landwirtschaftlichen Bereich hinaus vielfach kooperative »christliche« Läden, die sich gegen die vorwiegend von Juden betriebenen Dorfläden richteten und aus denen später genossenschaftlich betriebene Großhandlungen hervorgingen.⁷⁹ Die wirtschaftlich begründeten Selbsthilfepraktiken rekurrten auf eine unter der ländlichen Bevölkerung starke traditionelle Judenfeindschaft, die durch die christliche und antisemitische Rhetorik der Bildungskampagnen u. a. von Stojałowski verstärkt wurde.⁸⁰

⁷⁷ STRUVE: *Bauern* (Anm. 74), 126–139.

⁷⁸ Ebd., 148–158.

⁷⁹ Ebd., 419–425.

⁸⁰ KUDEŁASZYK, A.: *Polskość Śląska w poglądach politycznych Stanisława Stojałowskiego i Bolesława Wysłouchowa* [Die Polonität Schlesiens in den politischen Ansichten von Stanisław Stojałowski und Bolesław Wysłouch]. In: DERS. (Hg.): *Ruch ludowy, państwo, demokracja w stulecie ruchu ludowego* [Bauernbewegung, Staat, Demokratie im Jahrhundert der Bauernbewegung]. Wrocław 1996, 15–22; GOLCZEWSKI, F.: *Rural Anti-Semitism in Galicia Before World War I*. In: ABRAMSKY, CH./JACHIMCZYK, M./POLONSKY, A. (Hg.): *The Jews in Poland*. Oxford 1987, 97–105.

Ab 1892 konkurrierten die Bildungsvereine mit dem Verein für Volksschulen (*Towarzystwo Szkoły Ludowej*, TSL), dessen Ziel im Unterschied zu den weniger konfrontativen, dafür eher polonisierenden bisherigen Bildungsvereinen expliziter säkular sowie auf nationalen Kampf gegen ruthenische und jüdische Initiativen ausgerichtet war und zum Ziel hatte, polnische Schulen zu fördern. Der Verein war sehr erfolgreich, was die Mitgliederzahlen anging, flexibel in der Organisationsstruktur und wurde nach der Jahrhundertwende von der nationalen Bewegung dominiert.

Auf ruthenischer Seite gestaltete sich die Entwicklung ähnlich. Die Zahl der Lesevereine nahm zu. In Konkurrenz zu den Agrarzirkeln des TKR, die angesichts von wirtschaftlichen Angeboten gewisse Erfolge auch unter der ruthenischen Landbevölkerung erzielten, versuchte der Verein »Aufklärung« ebenso Gemeindespeicher, Genossenschaften und Läden, Spar- und Darlehnskassen zu etablieren sowie Saatgut und Landmaschinen günstig zu vermitteln. Gleichzeitig effektivierte er seine Arbeit durch den Aufbau einer hierarchischen Struktur, der er die ruthenischsprachigen Lesevereine unterordnete. Mit dem OMK und der »Aufklärung« konkurrierten zwar die russophile und ukrainophile Richtung miteinander, hervorzuheben sind dennoch die fließenden Übergänge in der Basisarbeit auf den Dörfern.⁸¹

Nach 1900 entwickelte sich das ukrainische Genossenschaftswesen rasant.⁸² 1874 war der Dachverband der Spar- und Darlehenskassen gegründet worden, der polnisch dominierte Verband der Berufs- und Wirtschaftsvereine (*Związek Stowarzyszeń Zarobkowych i Gospodarczych*), dem auch ruthenische Bauern angehörten. 1894 entstand eine erste ruthenische Darlehensgenossenschaft in Przemyśl, 1896 eine Konsumgenossenschaft, 1898 ein eigener Dachverband.⁸³ Aus den Bildungs- und Selbsthilfeorganisationen, die mehr und mehr Forderungen nach einer grundlegenden Gesellschaftsreform formulierten (nationale Autonomie, Partizipation an politischen Entscheidungen, Nationalisierung der Bildungsinstitute usw.) konstituierten sich zwei Bauernbewegungen, eine polnische und eine ruthenische, wobei Zusammenarbeit an der Basis und in den polnisch dominierten Interessensverbänden zunächst nicht ausgeschlossen war.

Auf polnischer Seite konkurrierten christliche Organisationen, u. a. Stojałowski's Initiativen, und demokratisch-sozialistische des aus dem russischen Teilungsgebiet ins galizische Exil geflohenen Ehepaars Maria und Bolesław Wyśtouch um die politische Mobilisierung der Landbevölkerung. Seit den 1890er Jahren wurden auf der Basis der Bewegungen Parteien gegründet, die die Auseinandersetzungen um die Partizipation

⁸¹ JANOWSKI, M.: *Galizien auf dem Weg zur Zivilgesellschaft*. In: RUMPLER/URBANITSCH: *Die Habsburgermonarchie*, 8.1 (Anm. 6), 805–858.

⁸² STRUVE, K.: *Peasant Emancipation and National Integration. Agrarian Circles, Village Reading Rooms, and Cooperatives in Galicia*. In: LORENZ, T.: (Hg.): *Cooperatives in Ethnic Conflicts. Eastern Europe in the 19th and early 20th Century*. Berlin 2006, 229–250.

⁸³ STRUVE: *Bauern* (Anm. 74), 181, Anm. 212, 183 f.

der Landbevölkerung fortsetzten. Schon seit 1893 bestand der christlich und großbäuerlich geprägte Verband der Bauernpartei (*Związek Stronnictwa Chłopskiego*), der wenig erfolgreich versuchte, mit den traditionellen Eliten zusammenzuarbeiten. 1890 initiierte Maria Wystouchowa den Verein der Bildungsfreunde (*Towarzystwo Przyjaciół Oświaty*), der der politischen Mobilisierung dienen sollte und Grundlage für die demokratisch-sozialistische Bauernpartei wurde.⁸⁴ 1895 wurde unter maßgeblicher Beteiligung von Bolesław Wystouch die Bauernpartei (*Stronnictwo Ludowe* – gelegentlich auch in der Bedeutung von Volkspartei) gegründet, die eine sozialistische Politik für die Bauern als Weg zur Unabhängigkeit Polens proklamierte. 1903 wurde sie in Polnische Bauernpartei (*Polskie Stronnictwo Ludowe*) umbenannt und war schon 1907 die stärkste polnische Partei auf dem Land.⁸⁵

Die oben erwähnte R-URP war bei ihrer Gründung eine Veranstaltung der *Inteligencja*. Von der Programmatik her war sie jedoch unter den ukrainischen Gruppierungen am stärksten auf das Dorf ausgerichtet und es gelang ihr, in den nächsten Jahren durch Komitee- und Vereinsbildung die Bauern zu organisieren. Nach einem Rückgang aufgrund der oben erwähnten Abspaltung der USDP und der Gründung einer weiteren Konkurrenz, der Ukrainischen Nationaldemokratischen Partei (*Ukrains'ka Nacional'no-Demokratyčna Partija*, UNDP), ebenfalls 1899, gewann die R-URP neuen Einfluss durch ihre Unterstützung der ostgalizischen Agrarstreiks im Jahr 1902.

Die Basis der ukrainischen Bauernbewegung und Bauernorganisationen waren wie bei der polnischen die Kooperativen und Genossenschaften, die Selbsthilfeorganisationen auf den Dörfern sowie im Unterschied zum polnischen Teil der galizischen Gesellschaft seit der Jahrhundertwende Turnvereine wie »Der Falke« (*Sokil*) und »Das Kosakenlager« (*Sič*), die Turnen, Bildung und Feuerbekämpfung verbanden und vor dem Ersten Weltkrieg zu paramilitärischen Organisationen mutierten.⁸⁶

Das Ausbalancieren des Verhältnisses zwischen Partizipation (allgemeines und gleiches Wahlrecht) und Hierarchisierung (des Wissens, der Institutionen, der Nation) kann als zentraler Erfolg der Bauernbewegungen gelten, denen es gelang, die Eigeninitiativen und Selbstvertretungsansprüche der Bauern zu kanalisieren und eine »bäuerliche *Inteligencja*« auszubilden. Die Integration von Bauern und *Inteligencja* erreichte die ruthenische Elite früher als die polnische, was möglicherweise daran lag, dass auf ruthenischer Seite die Abgrenzung von den polnischen Herren als Gemeinsamkeit funk-

⁸⁴ HÜCHTKER: *Geschichte* (Anm. 2), 59.

⁸⁵ STRUVE: *Bauern* (Anm. 74), 217–234. Zu Stojałowskis Gegenründung 1896 siehe KONEFAŁ, J.: *Działalność polityczna ruchu ludowego* [Die politischen Aktivitäten der Bauernbewegung]. In: DĄBROWSKI, St.: *Katolicko-ludowe organizacje polityczne w zaborze austriackim na przełomie XIX i XX stulecia* [Katholisch-bäuerliche politische Organisationen im österreichischen Teilungsgebiet an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert]. Rzeszów 1996, 36–46.

⁸⁶ STRUVE: *Bauern* (Anm. 74), 283–292. In den polnischen Parallelorganisationen war vor allem die städtische *Inteligencja* vertreten.

tionierte. Sowohl die polnische als auch die ukrainischen Bewegung nutzten antisemitische Rhetorik und versuchten, die jüdische Bevölkerung aus den Dörfern heraus zu drängen.⁸⁷

Im preußischen Teilungsgebiet war die Organisation der Bauern in Bildungs- und Selbsthilfevereinen sowie Kooperativen und Genossenschaften am erfolgreichsten.⁸⁸ Schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bestand eine Reihe von Gutsbesitzer-Vereinigungen zur Wahrung landwirtschaftlicher Interessen angesichts der preußischen Modernisierungspolitik und im Rahmen des Programms der Organischen Arbeit (→ III. G und IV. D) zum Aufbau einer modernen polnischen Gesellschaft.⁸⁹ Im Zuge der antirevolutionären Maßnahmen der Regierung nach 1848 wurden die Vereine aufgelöst, jedoch entstanden schon in den 1850er Jahren überall neue Landwirtschaftsvereine, die Zucht- und Landwirtschafsmaschinen-Ausstellungen und Vorträge zu Agrarfragen organisierten. 1861 schlossen sie sich zum Landwirtschaftlichen Zentralverein (*Centralne Towarzystwo Gospodarcze*, CTG) zusammen, der ebenfalls die Verbreitung von Ingenieurs-Wissen, Landwirtschaftsschulen und -banken u. a. zu seinen Aktivitäten zählte. Während bis dahin die Vereine und Interessenvertretungen noch gemischtnational waren, wurde fast zeitgleich zum polnischen Zentralverein der Landwirtschaftliche Provinzialverein für Posen gegründet, der deutsche Grundbesitzer vertrat. Damit war die Trennung nach Nationalitäten vollzogen.

Die Vereine bemühten sich erfolgreich um die Einbeziehung der zunächst von Bauern gegründeten Agrarzirkel (*Kółka Rolniczne*), deren Ausbau gezielt vorangetrieben und ab 1907 durch Bäuerinnenzirkel (*Kółka Włościanek*) ergänzt wurde. Bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts blieben die landwirtschaftlichen Vereinigungen dominiert durch die adeligen Grundbesitzer/innen, und erst in den letzten Jahren vor dem Ersten

⁸⁷ Ebd., 384–443. Vgl. allgemein auch ROZENBLIT, M. L.: *Die soziale Grundlage des Antisemitismus in der Habsburgermonarchie 1848–1918*. In: RUMPLER, H./URBANITSCH, P. (Hg.): *Die Habsburgermonarchie, Bd. 9: Soziale Strukturen. Teilband 1: Von der feudal-agrarischen zur bürgerlich-industriellen Gesellschaft. Teil 2: Von der Stände- zur Klassengesellschaft*. Wien 2010, 1369–1418, hier 1348–1411.

⁸⁸ LORENZ, T./MÜLLER, U.: *National Segregation and Mass Mobilization. Polish Cooperatives in Poznań before the First World War*. In: LORENZ (Hg.): *Cooperatives* (Anm. 82), 183–200.

⁸⁹ Siehe zum Folgenden MOLIK, W.: *Polnische Landwirtschaftsvereine im Großherzogtum Posen im 19. Jahrhundert*. In: HOLSTE, K./HÜCHTKER, D./MÜLLER, M. G. (Hg.): *Aufsteigen und Obenbleiben in europäischen Gesellschaften des 19. Jahrhunderts. Akteure, Arenen, Aushandlungsprozesse*. Berlin 2009 (Elitenwandel in der Moderne, 10), 115–130, hier 115. Vgl. auch DERS.: *The Poles in the Grand Duchy of Poznań 1850–1914*. In: KAPPELER, A./ADANIR, F./O'DAY, A. (Hg.): *The Formation of National Elites. Aldershot 1992 (Comparative Studies on Governments and Non-Dominant Ethnic Groups in Europe, 1850–1940, 6), 13–39*; HOLSTE, K.: *Reform from Above and Politics from Below. Peasants in the Prussian Partition of Poland*. In: KLEINMANN, Y. u. a. (Hg.): *Imaginations and Configurations of Polish Society. From the Middle Ages Through the Twentieth Century*. Göttingen 2017 (Polen: Kultur – Geschichte – Gesellschaft/Poland: Culture – History – Society, 3), 217–237.

Weltkrieg traten verstärkt Akteure aus der *Inteligencja* auf, die mit der radikalnationalistischen, aber auch mit der in Galizien aktiven Bauernbewegung verbunden waren. Bauernparteien wie in Galizien entstanden allerdings nicht. Dennoch war die Modernisierung der Landwirtschaft erfolgreich und es gelang der Landbevölkerung, ihre ökonomischen und sozialen Interessen zu artikulieren.

Während man also in den preußischen Teilungsgebieten von einer durch Gutsbesitzer/innen und Bauern/Bäuerinnen gemeinsam getragenen Agrarbewegung sprechen kann, die der in ganz Preußen verbreiteten deutschen Organisation von Agrarinteressen im Bund der Landwirte entsprach, formten sich die sozialreformerischen, politischen und bildungspolitischen Initiativen im Königreich kaum zu einer Bauernbewegung. Zu den dortigen Bildungsinstitutionen für die Landbevölkerung gehörte eine Reihe von Frauenvereinen: Die Volksbildungskreise (*Koła Oświaty Ludowej*), der 1883 in Warschau gegründete Frauenkreis für Volksbildung (*Kobiece Koło Oświaty Ludowej*) sowie seine Nachfolgeorganisation Frauenkreis des Königreichs und Litauens (*Koło Kobiet Korony i Litwy*), der sich über die Bildungsarbeit hinaus auch politischen Zielen widmete.⁹⁰ Die Kreise organisierten Kurse für Mediatorinnen, die Bildung in die Dörfer bringen sollten, für Analphabetinnen sowie für Kinder aus Arbeiterfamilien. Ziel war es, die polnische Sprache, Geschichte und Kultur auf dem Land zu vermitteln. Erst nach der Revolution von 1905 verbreiteten sich größere Volksbildungsinstitute, die zwar in den Städten gegründet worden waren, aber auch auf dem Land aktiv wurden. So entstanden beispielsweise die »Universität für alle« (*Uniwersytet dla wszystkich*), der Verein für Kurse für Erwachsene Analphabeten (*Stowarzyszenie Kursów dla Analfabetów Dorosłych*) und der Verein für polnische Kultur (*Towarzystwo Kultury Polskiej*). Um die Jahrhundertwende begannen die Parteien, sich mit Publikationen und Propagandamaterial sowie mit Bildungsvereinen um die bäuerliche Bevölkerung zu bemühen.⁹¹ 1904, kurz vor der Revolution, wurde die Polnische Bauernvereinigung (*Polski Związek Ludowy*) im Königreich gegründet, die schnell Einfluss auf dem Land gewann.⁹² Alle diese Organisationen und Initiativen hatten die Nationalisierung und

⁹⁰ NIETYKSA, M.: *Kobiety w ruchu oświatowym. Królestwo Polskie na przełomie wieków* [Frauen in der Bildungsbewegung. Das Königreich Polen an der Jahrhundertwende]. In: ŻARNOŃSKA, A./SZWARC, A. (Hg.): *Kobieta i edukacja na ziemiach polskich w XIX i XX wieku* [Frauen und Bildung in Polen im 19. und 20. Jahrhundert]. Warszawa 1995, 63–82, hier 66 f.

⁹¹ WOLSZA, T.: *Rewolucja a kształtowanie się kultury politycznej chłopów. Wzorce propagowane (Narodowi demokraci, ludowcy, socjaliści)* [Die Revolution und die Herausbildung einer politischen Kultur unter den Bauern. Propagierete Muster (Nationaldemokraten, Bauernbewegte, Sozialisten)] In: WOLSZA, T./ŻARNOŃSKA, A. (Hg.): *Spółeczeństwo i polityka – dorastanie do demokracji. Kultura polityczna w Królestwie Polskim na początku XX wieku* [Gesellschaft und Politik – ihr Heranreifen zur Demokratie. Die politische Kultur im Königreich Polen zu Beginn des 20. Jahrhunderts]. Warszawa 1993, 89–114.

⁹² CHWAŁBA: *Historia* (Anm. 35), 376; BLOBAUM: *Rewolucja* (Anm. 47), 192; KIENIEWICZ: *Historia* (Anm. 53), 445–448, 451–453.

Politisierung der bäuerlichen Bevölkerung zum Ziel, verfolgten also eine mehr oder minder paternalistische Politik der Vereinnahmung als Masse und Basis. Bäuerlicher Eigensinn und bäuerliche Protestkultur waren kaum Ziel der Parteien und fließen auch nur wenig in die Forschung ein (→ IV. F).⁹³

Die neuen integralen nationalen Bewegungen

Die Organisation der Gesellschaft nach Nationalität war für das 19. Jahrhundert ubiquitär und Basis der sozialen und politischen Bewegungen, die gleichzeitig zur Konstruktion nationaler Identitäten und nationaler Kollektive beitrugen.⁹⁴ Darüber hinaus bildeten sich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts Organisationen und Parteien, die einen integralen Nationalismus (nationalen Egoismus) verfolgten, das heißt die jeweilige nationale Frage über alle anderen politischen Ziele stellten (→ IV. G und V. B). Auch sie gründeten auf Organisationen, die sich der Volksbildung widmeten und im Königreich sowie in den preußischen Teilungsgebieten gegen Russifizierungs- beziehungsweise Germanisierungspolitik gerichtet waren. Die Grenzen zwischen den Volksbildungsinstitutionen und nationalen Bewegungen waren in allen Teilungsgebieten fließend. Die Bewegungen profitierten von der Organisation der Gesellschaft in Vereinen und Verbänden.

Die Nationalisierung der politischen Auseinandersetzungen ging in allen Teilungsgebieten einher mit dem Einsatz für die je eigene Geschichte, Sprache und Kultur, das heißt für legale und illegale Bildungseinrichtungen, von »fliegenden Universitäten«, Kindergärten, Schulen und Gymnasien bis zu Universitäten.⁹⁵ In allen Teilungsgebieten verschärfte sich seit den 1890er Jahren die Auseinandersetzungen. Die ökonomischen Selbsthilfeorganisationen spitzten die Lage mit Boykottaufrufen gegen Handel- und Gewerbetreibende anderer Nationalität zu. Brian Porter hat aufgezeigt, dass der Zusammenhang zwischen der modernen Massengesellschaft, Partizipation, Nationalismus und Antisemitismus umkämpft war und immer wieder neu konfiguriert wurde.⁹⁶

In den preußischen Teilungsgebieten baute die nationale Bewegung auf den Aktivitäten im Kulturkampf auf. Es wurden Kundgebungen abgehalten, es fanden nationale Feste statt und man organisierte sich gegen die schärfer werdenden Ansiedlungsgeset-

⁹³ BLOBAUM: *Rewolucja* (Anm. 47), 115–156.

⁹⁴ PORTER: *When Nationalism Began to Hate* (Anm. 3), bes. 43–57.

⁹⁵ Zu den Kindergärten siehe HÜCHTKER: *Geschichte* (Anm. 2), 219–234. Zum Kampf für ruthenisch- bzw. ukrainischsprachige Gymnasien und Universitäten PACHOLKIV, S.: *Emanzipation durch Bildung. Entwicklung und gesellschaftliche Rolle der ukrainischen Intelligenz im habsburgischen Galizien (1890–1914)*. München 2002 (Schriftenreihe des Österreichischen Ost- und Südosteuropainstituts, 27), 139–160, 264–273.

⁹⁶ PORTER: *When Nationalism Began to Hate* (Anm. 3), 3–9.

ze, die den polnischen Grundbesitz reduzieren sollten.⁹⁷ 1894 wurde die Gesellschaft für Bauernland (*Spółka Rolników Parcelacyjnych*) gegründet, die sich um die Wahrung des Besitzes in polnischer Hand bemühte.⁹⁸ Die Konflikte um die Unterrichtssprache lösten in den preußischen Teilungsgebieten, vor allem in Posen, seit 1901 wiederholt Schulstreiks der polnischen Lehrer/innen, Eltern und Kinder aus.⁹⁹

Ebenfalls 1894 wurde der Verein zur Förderung des Deutschthums in den Ostmarken, später Deutscher Ostmarken-Verein ins Leben gerufen, der den Kampf um Grundeigentum und kulturelle Dominanz mit nationalistischer und chauvinistischer Propaganda begleitete. 1905 folgte nach einem längeren Vorspiel die polnische Gegen gründung, »Die Wacht« – Verein zur Verteidigung der Wirtschaftlichen, Gesellschaftlichen und Bürgerlichen Interessen (*Straż – Towarzystwo ku Obronie Spraw Ekonomicznych, Społecznych i Obywatelskich*), die sich die Wahrung polnischer Interessen in radikaler Abgrenzung von der deutschen Gesellschaft zur Aufgabe machte.¹⁰⁰

Für die Entstehung der polnischen nationalen Parteien im Königreich werden gemeinhin drei Ereignisse als zentral angesehen: 1886 wurde die konservative Zeitung *Głos* [Die Stimme] gegründet, 1887 die Vereinigung der Polnischen Jugend (*Związek Młodzieży Polskiej, Zet*) sowie in Genf die illegal operierende Polnische Liga (*Liga Polska*, 1893 in *Liga Narodowa* [Nationalliga] umbenannt).¹⁰¹ Beide Organisationen stellten die staatliche Unabhängigkeit ins Zentrum ihrer Politik und suchten neue Wege zwischen Aufstand und Organischer Arbeit. Die neue Generation grenzte sich vom Positivismus, von einer prinzipiellen Ablehnung von Aufständen ab. *Zet* und die Polnische Liga standen für ein nationales und populistisches Programm mit dem Impetus auf

⁹⁷ TRZECIAKOWSKI, L.: *The Kulturkampf in Prussian Poland*. New York 1990 (East European Monographs, 283), 150; MÜLLER, U.: *Modernisierung oder Diskriminierung? Siedlungspolitik in den preußischen Ostprovinzen zwischen nationalitäten- und agrarpolitischen Zielen*. In: DERS. (Hg.): *Ausgebeutet oder alimentiert? Regionale Wirtschaftspolitik und nationale Minderheiten in Ostmitteleuropa (1867–1939)*. Berlin 2006 (Frankfurter Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Ostmitteleuropas, 13), 141–166.

⁹⁸ CHWALBA: *Historia* (Anm. 35), 463.

⁹⁹ STEGMANN, N.: »Je mehr Bildung, desto polnischer«. *Die Nationalisierung polnischer Frauen in der Provinz Posen (1870–1914)*. In: Verein Frauen & Geschichte Baden-Württemberg e.V. (Hg.): *Frauen und Nation*. Tübingen 1996 (Frauenstudien Baden-Württemberg, 10), 165–177.

¹⁰⁰ GRABOWSKI, S.: *Deutscher und Polnischer Nationalismus. Der deutsche Ostmarken-Verein und die polnische Straż 1894–1914*. Marburg 1998 (Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung, 3), 233–240; DIES.: *Der Deutsche Ostmarken-Verein und die polnische Straż im Alltag des Nationalitätenkampfes*. In: SCHULTZ, H. (Hg.): *Preußens Osten – Polens Westen. Das Zerbrechen einer Nachbarschaft*. Berlin 2001 (Frankfurter Studien zur Grenzregion, 7), 111–130.

¹⁰¹ WANDYCYZ, P.: *The Poles in the Habsburg Monarchy*. In: MARKOVITS, A.S./SYSYN, F.E. (Hg.): *Nationbuilding and the Politics of Nationalism. Essays on Austrian Galicia*. Cambridge, Mass. 1982 (Harvard Ukrainian Research Institute Monograph Series), 68–93; WANDYCYZ, P.: *The Lands of Partitioned Poland, 1795–1918*. London 1993 (A History of East Central Europe, 7), 288–295.

einen kämpferischen polnischen Nationalismus und bildeten paramilitärische Organisationen der Selbstverteidigung aus. Die Liga war eine elitäre, kleine Organisation, hatte aber viele Anhänger und Sympathisanten. 1897 wurde im Königreich die Nationaldemokratische Partei (*Stronnictwo Narodowo-Demokratyczne/Narodowa Demokracja*, kurz auch *Endecja*) gegründet. Sie war als Massenorganisation neben der elitären und geheimen Liga gedacht, konnte ihren Einfluss aber erst mit der Revolution von 1905 ausbauen, wobei vor allem die Schulstreiks als Katalysatoren wirkten (→ IV. F). Vorbild für die nationale Arbeit der Liga waren die polnischen Aktivitäten im preußischen Teilungsgebiet. Aus Solidarität organisierte sie im Königreich einen Boykott deutscher Waren sowie 1902 ebenfalls Schulstreiks. 1912 provozierte die *Endecja* aus Anlass der Wahlen zur Duma einen Boykottauf Ruf gegen jüdische Geschäfte und nationalisierte die Kooperativ- und Genossenschaftsbewegungen.

In den preußischen Teilungsgebieten gewann die Liga 1898 ihre ersten Mitglieder. Auch hier drang sie in die sozialen und ökonomischen Organisationen ein und war damit angesichts der Zunahme der deutsch-polnischen Auseinandersetzungen, vermutlich aber auch aufgrund der schon existierenden Organisationsstrukturen zunächst erfolgreicher als im Königreich.

In Galizien beeinflusste die Liga den bereits erwähnten Verein für Volksschulen (TSL). Es entstanden weitere Volksbildungsvereine, u. a. der Verein »Polnische Heimat« (*Macierz Polska*). Nach dem Agrarstreik von 1902 näherten sich in Galizien Liga und konservative Gutsbesitzer, die sogenannten Podolier (*Podolacy*) aneinander an, wobei letztere sich eine Stärkung des polnischen Elements gegen die ruthenische Landbevölkerung erhofften.¹⁰² Insgesamt konnte die Liga in das galizische politische System weniger gut eindringen, da sie illegal blieb. 1904/05 wurde dennoch auch in Galizien eine Nationaldemokratische Partei (*Stronnictwo Demokratyczno-Narodowe*) gegründet, die die Zusammenarbeit mit den Podoliern fortsetzte.¹⁰³

Die Auseinandersetzungen zwischen polnischen und ruthenischen/ukrainischen Bewegungen spitzten sich zu und im ukrainischen Teil der Gesellschaft gewann der integrale Nationalismus an Zulauf. Eine Ukrainische Nationaldemokratische Partei, die UNDP, wurde wie erwähnt 1899 ins Leben gerufen. Dem war 1896 eine klerikal-konservative Verbandsgründung vorausgegangen, die Katholische Ruthenisch-Nationale Vereinigung (*Katolyc'kyj Rus'ko-Narodnyj Sojuz*). Die ukrainische Nationaldemokratie eroberte – wie die Liga die polnischen – die ukrainischen Bildungsinstitute der

¹⁰² USTRZYCKI, M.: *Pomiędzy konserwatyzmem a nacjonalizmem. Podolacy wobec kwestii narodowej na wsi wschodniogalicyskiej na przełomie XIX i XX wieku (do roku 1908)* [Zwischen Konservatismus und Nationalismus. Die Podolier und die nationale Frage auf dem ostgalizischen Dorf an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert (bis 1908)]. In: *Przegląd Wschodni* 6 (2000), 477–498.

¹⁰³ WĄTOR, A.: *Narodowa demokracja w Galicji do 1918 roku* [Die Nationaldemokratie in Galizien bis 1918]. Szczecin 2002, 83–106.

»Aufklärung« und wurde so nach der Jahrhundertwende zur größten ukrainischen Partei.¹⁰⁴

Die 1900 gegründete National-russische Partei (*Russko-Narodnaja Partija*) wurde von einer neuen Generation der Russophilen getragen und setzte auf vollständige Identifikation mit Russland. Trotz ihrer Bedeutung bei der anfänglichen Organisation der Bauern gelang den Russophilen der Wandel von einer konservativen zu einer nationalen Bewegung nicht. Sie wurden im Unterschied zur polnischen Nationaldemokratie das Stigma des »Verrats« nicht los.¹⁰⁵

In den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg organisierten von den nationalistischen über die feministischen bis hin zu den sozialistischen alle Bewegungen paramilitärische Einheiten, die sich im Falle eines Kriegs militärisch für die Unabhängigkeit Polens einsetzen sollten. Insbesondere in den sozialistischen Bewegungen bauten die Organisationen auf Revolutionserfahrungen auf.¹⁰⁶ Ab 1910 entstanden auch paramilitärische Frauenabteilungen. Insgesamt waren es einige Hundert meist junge Frauen vor allem der *Inteligencja*, die sich dort engagierten.¹⁰⁷

Auch im Judentum gewannen nationale Ideen an Bedeutung. Während der Bund nationalkulturelle Autonomie mit sozialistischen Zielen verband und sich in seinen Praktiken sowie mit seiner internationalen Vernetzung an den Arbeiterbewegungen orientierte, agierte der Zionismus als explizit nationale Bewegung.¹⁰⁸ Er begriff sich als grenzüberschreitende trans- und nationale Organisation, der die Juden/Jüdinnen aus

¹⁰⁴ SUBTELNY, O.: *The Current State of Ukrainian Historiography*. In: *Journal of Ukrainian Studies* 18 (1993), 33–54, hier 38.

¹⁰⁵ WENDLAND, A. V.: *Die Russophilen in Galizien. Ukrainische Konservative zwischen Österreich und Rußland, 1848–1915*. Wien 2001 (Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie, 27), 571.

¹⁰⁶ BAGIŃSKI, H.: *U podstaw organizacji wojska polskiego 1908–1914* [Die Basis der polnischen Militärorganisation 1908–1914]. Warszawa 1935; POTKAŃSKI, W.: *Odrodzenie czynu niepodległościowego przez PPS w okresie rewolucji 1905 roku* [Die Wiedergeburt der Unabhängigkeitsaktion durch die PPS in der Zeit der Revolution von 1905]. Warszawa 2008, bes. 250–256.

¹⁰⁷ LESZCZAWSKI-SCHWERK, A.: *Amazonen, emanzipierte Frauen, »Töchter des Volkes«*. *Polnische und ukrainische Legionärinnen in der österreichisch-ungarischen Armee im Ersten Weltkrieg*. In: COLE, L./HÄMMERLE, Ch./SCHEUTZ, M. (Hg.): *Glanz, Gewalt, Gehorsam. Militär und Gesellschaft in der Habsburgermonarchie (1800 bis 1918)*. Essen 2011 (Frieden und Krieg. Beiträge zur historischen Friedensforschung, 18), 55–76; HOLSTE, K./HÜCHTKER, D.: *Die bewaffnete Heldin 1813 – 1913 – 2013. Wahrnehmung, Deutung und Gedächtnis*. In: DMITRIEVA, M./KARL, L. (Hg.): *Das Jahr 1813, Ostmitteleuropa und Leipzig. Die Völkerschlacht als (trans)nationaler Erinnerungsort*. Köln 2016 (Visuelle Geschichtskultur, 15), 47–67.

¹⁰⁸ HROCH, M.: *Zionism as European National Movement*. In: DERS.: *Comparative Studies in Modern European History. Nation, Nationalism, Social Change*. Aldershot 2007, 73–81 (Original in: *Jewish Studies* 38, 1998); STANISLAWSKI, M.: *Zionism and the Fin De Siècle. Cosmopolitanism and Nationalism from Nordau to Jabotinsky*. Berkeley 2001 (The S. Mark Taper Foundation imprint in Jewish Studies), XIII–XXI.

aller Welt zusammenführen und den Verfolgten und Bedrohten eine Heimstatt schaffen würde.¹⁰⁹ Die internationale Vereinigung war sowohl nach Nationalstaaten als auch nach Regionen organisiert. Mobilisierendes Moment der Bewegung waren antisemitische Vorfälle und Pogrome, die in Publikationen ausführlich dokumentiert wurden. Die Internationalität der Organisation verband sich mit der Idee eines nationalen, säkularisierten Judentums mit Ausrichtung auf Auswanderung und Gründung eines eigenen Staates.¹¹⁰

Zionistische Initiativen entstanden zunächst unter jüdischen Studenten in Russland und breiteten sich über Wien insbesondere in Galizien schnell aus. Dort bildete sich eine national orientierte, intellektuell geprägte und die Gesellschaft »von unten« her organisierende Bewegung heraus. Im Unterschied zu den Bauernbewegungen korrespondierte die lokale Orientierung jedoch mit einer international agierenden Perspektive. Ein erster politischer Verein entstand in Lemberg im Jahr 1867, »Der Wächter Israels« (*Schomer Israel*); der eigentliche Aufschwung zionistischer Vereinsgründungen mit dem Ziel eines jüdischen Staats erfolgte erst zwischen 1882 und 1887, um ab den 1890er Jahren nochmals zuzunehmen.

Überall in Galizien wurden größere und kleinere zionistische Vereine ins Leben gerufen, die unter dem Stichwort Gegenwartsarbeit in sozialreformerischen, kultur- und bildungspolitischen Initiativen beispielsweise die Transferierung der religiösen Chanukkafeiern in säkularisierte nationale Makkabäerfeiern organisierten, die in zahlreichen größeren und kleineren Orten stattfanden.¹¹¹ 1883 wurde der erste explizit zionistische Verein in Lemberg gegründet, »Heilige Festversammlung« (*Mikra Kodesch*), 1892 gelang es, die zionistischen Aktivitäten im Verein »Zion« (*Syon*) zusammenzufassen. Der Verein agierte als Volksbildungsverein und gab seit 1892 die Zeitschrift *Przyszłość* [Die Zukunft] heraus, das galizische Bewegungsorgan.¹¹² Der Jüdische Volksbildungsverein (*Żydowskie Towarzystwo Oświaty Ludowej*) entstand ebenfalls in dieser Zeit. Gegen Ende des Jahrhunderts wurde das Modell der Toynbee-Hallen etabliert, ein aus England über Wien nach Galizien gekommenes sozialreformerisches Konzept, das Bildung und Hilfsangebote an die Orte tragen sollte, wo sie gebraucht würden, sprich zu den verarmten galizischen Juden und Jüdinnen. In der zionistischen Vereins-

¹⁰⁹ GAISBAUER, A.: *Davidstern und Doppeladler. Zionismus und jüdischer Nationalismus in Österreich 1882–1918*. Wien 1988 (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs, 78), 9–38.

¹¹⁰ HAUMANN, H.: *Zionismus und die Krise des jüdischen Selbstverständnisses. Tradition und Veränderung im Judentum*. In: DERS. (Hg.): *Der Traum von Israel. Die Ursprünge des modernen Zionismus*. Weinheim 1998, 9–64.

¹¹¹ GAISBAUER: *Davidstern* (Anm. 109), 63.

¹¹² TOURY, J.: *Die Jüdische Presse im Österreichischen Kaiserreich. Ein Beitrag zur Problematik der Akkulturation 1802–1918*. Tübingen 1983 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo-Baeck-Instituts, 41), 66.

arbeit war auch das Engagement von Frauen beträchtlich: Eine erste zionistische Frauenvereinigung entstand in Lemberg 1893.¹¹³

1892 wurde die Jüdische Nationale Partei (auch poln. *Żydowska Partia Narodowa*) Galiziens gegründet, die Teil der zionistischen Bewegung war und sich vor allem als Wahlpartei verstand.¹¹⁴ Auf dem ersten Zionistischen Weltkongress 1897 in Basel setzte sich der politische Zionismus Theodor Herzls durch, der die Priorität auf internationale und diplomatische Verhandlungen zwecks Staatsgründung legte. Gegen Herzls politischen Zionismus richtete sich eine zu Anfang des 20. Jahrhunderts in Wien und Galizien wachsende sozialistisch-zionistische Bewegung, die 1904 die Partei »Arbeiter Zions« (*Po'alei Zion*) ins Leben rief, getragen u. a. von frustrierten Sozialdemokraten, die der Vereinnahmungspolitik und der Unterwerfungserwartung der polnischen und österreichischen Sozialdemokratie überdrüssig waren. Die zionistischen Vereine im Königreich, in den Westgouvernements und in Russland schlossen sich 1902 zusammen. Zwischen 1905 und 1907 entstanden in Russland und im Königreich mehrere jüdisch-sozialistische Organisationen, die dem Bund Konkurrenz machten, unter anderem die Zionistisch-Sozialistische Arbeiterpartei (*Syonystko-Socjalistyčeskaja Rabočaja Partyja*) sowie ebenfalls die »Arbeiter Zions«.¹¹⁵

Im preußischen Teilungsgebiet entstanden die ersten zionistischen Vereine erst um 1900, und zwar in Posen. Sie stellten allerdings nur eine kleine Minderheit unter den jüdischen politischen Orientierungen, doch die größte Gruppe der ebenfalls kleinen Zahl zionistischer Vereine im Deutschen Reich, denen sie sich zuordneten.¹¹⁶

Für die Herausbildung politischer Bewegungen generell waren also die sozial- und bildungspolitischen Projekte zentral.¹¹⁷ Sie stellten einerseits eine eigene zivilgesellschaftliche Struktur dar und waren andererseits die Grundlage für die politischen Bewegungen mit ihrer Parteibildung beziehungsweise für Forderungen nach Partizipation und Gemeinschaft. Ihre Praktiken ähnelten sich über politische und nationale Grenzen hinweg. Trotz oder gerade wegen dieser politischen Praxis und der daraus erwachsenden Strukturen konkurrierten die identitätspolitischen Kollektive Klasse, Nation und Geschlecht miteinander, die die Priorität ihrer Unterdrückungsgeschichte zu je eigenen Wahrheiten machten und die Spannung zwischen Partizipation und Aufstieg neuer Eliten austarierten.

¹¹³ Vgl. GAISBAUER: *Davidstern* (Anm. 109), 67.

¹¹⁴ SHANES, J.: *Neither Germans nor Poles. Jewish Nationalism in Galicia Before Herzl, 1883–1897*. In: *Austrian History Yearbook* 34 (2003), 191–213.

¹¹⁵ ZIMMERMAN, J.: *Poles* (Anm. 54), 228–230.

¹¹⁶ POLONSKY, A.: *The Jews in Poland and Russia*. Bd. 2: *1881 to 1914*. Oxford 2010, 159–161.

¹¹⁷ Vgl. beispielsweise VEIDLINGER, J.: *Jewish Public Culture in the Late Russian Empire*. Bloomington 2009 (*The Modern Jewish Experience*), bes. 67–113.

F. Die Revolution von 1905 im Königreich Polen

VON DIETLIND HÜCHTKER

Im November 1904 organisierte die Polnische Sozialistische Partei (*Polska Partia Socjalistyczna*, PPS) aus einer katholischen Messe in einem Warschauer Arbeiterviertel heraus eine Antikriegsdemonstration, zu der sie im Sinne einer »Politik der Tat« auch ihre bewaffneten Schutztruppen schickte. Der Schusswechsel mit der Polizei und den diese unterstützenden Kosaken führte zu sechs Toten und 27 Verletzten. Wider Erwarten resultierte aus dieser Katastrophe nicht der erwartete Aufstand – die Bevölkerung empörte sich sowohl über den staatlichen Unterdrückungsapparat als auch über die Politik der PPS. Dennoch erwiesen sich die Antikriegsaktionen als Katalysator für eine Zunahme allgemeiner Unzufriedenheit. Selbst von den Konservativen wurden verstärkt Reformforderungen erhoben, um weitere Auseinandersetzungen solcher Heftigkeit zu verhindern. Hintergrund der Proteste war der russisch-japanische Krieg, der in der Bevölkerung des Königreichs Polen eine Welle von Rekrutierungs- und Unterstützungsverweigerungen ausgelöst hatte: Propagandaveranstaltungen und Spendensammlungen wurden boykottiert. Darüber hinaus reagierte ein Teil der Arbeiterschaft auf die kriegsbedingte Absatzkrise und die damit einhergehende Verschlechterung der Lebensbedingungen mit Streiks.¹

Spannungen, Konflikte und Proteste verdichteten sich in den folgenden drei Jahren zu einer »Revolution«. Die Ereignisse der Jahre 1904 bis 1907 werden in der Forschung in folgende wesentliche Aspekte unterteilt: den Petersburger Blutsonntag, die folgenden Streikwellen, die Generalstreiks, die Revolte und die »große Aussperrung« in Lodz; die Bewegung in den Städten und Industrieregionen, die Bewegung auf dem Land sowie der Kampf in den Bildungseinrichtungen und die Gründung beziehungsweise Ausweitung von Organisationen und Parteien. Gestreikt haben die Arbeiter und Arbeiterinnen²

¹ BLOBAUM, R.: *Rewolucja. Russian Poland, 1904–1907*. Ithaca 1995, 41–43.

² Nach Władysław Lech Karwacki waren etwa 50 % der in der Textilindustrie Beschäftigten Frauen. Etwa 40 Prozent der organisierten Frauen gehörten einer lokalen Organisation der Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauen (*Socjaldemokracja Królestwa Polskiego i Litwy*, SDKPiL) an, vgl. KARWACKI, W. L.: *Łódź w latach rewolucji. 1905–1907* [Lodz in den Jahren der Revolution. 1905–1907]. Łódź 1975, 123. Viele Untersuchungen konzentrieren sich jedoch auf die meist zur *Inteligencja* gehörenden Sozialistinnen, Feministinnen und in Bildungsinitiativen aktiven Frauen. Zu den Bildungsaktivitäten, vgl. SAMUŚ, P.: *Socjalistki w Królestwie Polskim przełomu XIX i XX w. Szkic do portretu zbiorowego* [Sozialistinnen im Königreich Polen gegen Ende des 19. und zu Beginn des

der Maschinenbauindustrie, des Kohlebeckens Dąbrowa, der Textilindustrie, die Eisenbahn-, Post- und Telekommunikationsarbeiter/innen, die Landarbeiter/innen, Schüler/innen, Lehrer/innen, Studenten, aber auch die Arbeiter und Lehrlinge von Handwerksbetrieben.³ In den dörflichen Widerstand waren Bauern, Bäuerinnen, Landarbeiter/innen, Dorfautoritäten und gelegentlich auch Priester involviert. An den Generalstreiks und Revolten, Parteien, Vereinen und Publikationen waren auch Gewerbetreibende, Ladenbesitzer/innen, die *Inteligencja* und überhaupt die städtische und ländliche Bevölkerung in der einen oder anderen Weise beteiligt.⁴

Unter der »Revolution von 1905« wird ein von Streiks, Demonstrationen, gewalttätigen Auseinandersetzungen auf der Straße, Aussperrungen sowie von politischer Neuordnung, aber auch von Verletzten und Toten, Kriegsrecht, Verhaftungen und Todesstrafen geprägter Zeitraum von 1904 bis 1907 verstanden, der von Zeitgenoss/innen und Historiker/innen als »Umbruch« oder »Wende« wahrgenommen wurde und wird.

20. Jahrhunderts. Skizze eines Kollektivporträts]. In: ŻARŃOWSKA, A./SZWARC, A. (Hg.): *Kobieta i świat polityki. Polska na tle porównawczym w XIX i w początkach XX wieku* [Die Frau und die Welt der Politik. Polen in vergleichender Sicht im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts]. Warszawa 1994, 191–217. Zu den sozialistischen Organisationen vgl. WAWRZYKOWSKA-WIERCIOCHOWA, D.: *Nie po kwiatach los je prowadzi ... Kobiety polskie w ruchu rewolucyjnym* [Das Schicksal hat sie nicht auf Rosen gebettet ... Polnische Frauen in der revolutionären Bewegung]. Warszawa 1987, 213–228. Robert Blobaum gibt zwar einen Überblick über verschiedene Gruppen von Frauen und ihre sozioökonomische Situation, führt aber alle Beobachtungen in »der Frauenfrage« zusammen, vgl. BLOBAUM, R.: »Kwestia kobieca« w *Królestwie Polskim (1900–1914)* [Die »Frauenfrage« im Königreich Polen (1900–1914)]. In: JANIĄK-JASIŃSKA, A./SIERAKOWSKA, K./SZWARC, A. (Hg.): *Działaczki społeczne, feministki, obywatelki ... Samoorganizowanie się kobiet na ziemiach polskich do 1918 roku* [Aktivistinnen, Feministinnen, Bürgerinnen ... Die Selbstorganisation von Frauen in Polen bis 1918]. Warszawa 2008, 37–56. Dagegen betont Marta Sikorska-Kowalska die Diversität der Beteiligung, vgl. SIKORSKA-KOWALSKA, M.: *Polskie »Marianny«. Udział kobiet w rewolucji 1905–1907 roku w świetle wydarzeń w Łodzi* [Polnische »Mariannen«. Die Beteiligung der Frauen an der Revolution von 1905–1907 im Licht der Ereignisse in Łódź]. In: PRZENIOSŁO, M./WIECH, S. (Hg.): *Rewolucja 1905–1907 w Królestwie Polskim i w Rosji* [Die Revolution 1905–1907 im Königreich Polen und in Russland]. Kielce 2005, 129–153.

³ ŻARŃOWSKA, A.: *Próba analizy ruchu strajkowego w Królestwie Polskim w dobie rewolucji 1905–1907* [Versuch einer Analyse der Streikbewegung im Königreich Polen während der Zeit der Revolution 1905–1907]. In: *Przegląd Historyczny* 56 (1965), 432–458, hier 441.

⁴ Vgl. z.B. WOLSZA, T.: *Rewolucja a kształtowanie się kultury politycznej chłopów. Wzorce propagowane (Narodowi demokraci, ludowcy, socjaliści)* [Die Revolution und die Herausbildung einer politischen Kultur bei den Bauern. Propagierte Muster (Nationaldemokraten, Bauernpartei, Sozialisten)]. In: DERS./ŻARŃOWSKA, A. (Hg.): *Spółczesność i polityka – dorastanie do demokracji – Kultura polityczna w Królestwie Polskim na początku XX wieku* [Gesellschaft und Politik – Das Reifen zur Demokratie – Die politische Kultur im Königreich Polen zu Beginn des 20. Jahrhunderts]. Warszawa 1993, 89–114; ŻARŃOWSKA: *Próba analizy* (Anm. 3); KARWACKI: *Łódź* (Anm. 2). Zu den Schul- und Universitätsstreiks siehe ŻARŃOWSKI, J.: *Z dziejów strajku szkolnego 1905 r.* [Aus der Geschichte des Schulstreiks von 1905]. In: *Przegląd Historyczny* 46 (1955), 184–212; SZULKIN, M.: *Strajk szkolny 1905 roku* [Der Schulstreik von 1905]. Wrocław 1959.

Worin dieser Umbruch bestanden hat, erscheint auf den ersten Blick eindeutig: »1905« steht als Chiffre für Massenpolitisierung im Hinblick auf das Wachstum der Parteien und im Hinblick auf die Formierung von Bewegungen (oder Ideologien) mit einem umfassenden Programm kultureller, politischer und sozialer Aktivitäten, nämlich vor allem Sozialismus und Nationalismus (→ IV. E/G).⁵ Dies gilt sowohl für neuere Forschungen zur polnischen als auch zur jüdischen Geschichte, die in den Ereignissen einen Sprung auf dem Weg in die »Moderne« und eine Phase sehen, die zum Erstarken des Zionismus geführt habe.⁶ In der polnischen Geschichtsschreibung konkurrieren Deutungen (je nach historisch-politischer Situation) zwischen »viertem Aufstand« und »erster Revolution«, also die Sicht auf die Revolution als Teil der Aufstandsgeschichte des geteilten Polens oder die Hervorhebung der sozialistisch-revolutionären Aktivitäten als Vorgeschichte der Oktober-Revolution in Russland.⁷

Generell dominiert damit die Einordnung der Ereignisse in allgemeine, lange Zeit marxistisch, nunmehr eher nationalgeschichtlich geprägte Narrative.⁸ Die Interpretationen teilen zumeist die Annahme, dass die Politisierung eines großen Teils der Bevölkerung, der Massen, die grundlegende Struktur der Revolution bildete. Damit einher geht die Annahme einer Entwicklungsrichtung. Auch wenn neuere Forschungen betonen, dass sie Strukturen, Praktiken und Diskurse untersuchen und nicht voraussetzen wollen, wird fast immer ein unumkehrbarer Wandel (*path of modernity*) angenommen.⁹

⁵ Siehe beispielsweise die Thesen von URY, S.: *Barricades and Banners. The Revolution of 1905 and the Transformation of Warsaw Jewry*. Stanford, Cal. 2012 (Stanford Studies in Jewish History and Culture), 19–32.

⁶ Ebd. Jonathan Frankel dagegen betont, dass für die Geschichte der polnischen und russischen Juden »1905« keine grundlegende Wende dargestellt habe: Säkularisierung und Politisierung hätten schon früher begonnen, kennzeichnend für 1905 sei eher die Ausweitung auf die gesamte Bevölkerung gewesen, vgl. FRANKEL, J.: *Crisis, Revolution, and Russian Jews*. Cambridge 2009, 71.

⁷ KALABIŃSKI, S./TYCH, F.: *Czwarte powstanie czy pierwsza rewolucja. Lata 1905–1907 na ziemiach polskich* [Vierter Aufstand oder erste Revolution? Die Jahre 1905–1907 in den polnischen Gebieten]. Warszawa 1976; PETERSEN, H.-CH.: *Aufstand oder Revolution? Die Revolution von 1905 im Spiegel der polnischen Historiographie*. In: KUSBER, J. (Hg.): *Das Zarenreich, das Jahr 1905 und seine Wirkungen. Bestandsaufnahmen*. Münster 2007 (Mainzer Beiträge zur Geschichte Osteuropas, 3), 213–246. Aus der Perspektive der russländischen Geschichte geht es um 1905 als Vorgeschichte oder Beginn der Revolution von 1917, vgl. STRIEGNITZ, S.: *War das die »Generalprobe« für 1917? Die Revolution von 1905/07 in Rußland. Aspekte, neue Sichten*. In: *Osteuropa in Tradition und Wandel*. Leipziger Jahrbücher 7 (2005), 1: *Die Russische Revolution von 1905/07 – Generalprobe für 1917*, 13–36. Vgl. auch: AUST, M./STEINDORFF, L. (Hg.): *Russland 1905. Perspektiven auf die erste Russische Revolution*. Frankfurt a.M. 2007 (Kieler Werkstücke, F. 9).

⁸ Zur entwicklungsgeschichtlichen Perspektive des »neuzeitlichen Revolutionsbegriffs« vgl. KOSELLECK, R.: *Revolution, Rebellion, Aufruhr, Bürgerkrieg. Einleitung*. In: BRUNNER, O./CONZE, W./KOSELLECK, R. (Hg.): *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache*. Stuttgart 1984, 659–686.

⁹ URY: *Barricades* (Anm. 5), 23 f.

Implizit, manchmal auch explizit liegt diesen Deutungsnarrativen die Annahme von einer linearen Schrittfolge zugrunde, die den Umbruch der Revolution formte: von der Straßenpolitik über die Herausbildung einer kulturellen und publizistischen Öffentlichkeit bis zur Institutionalisierung durch Parteien und Wahlen. Dieser Weg wird als Politisierung begriffen. Dann gelten beispielsweise gewerkschaftliche Forderungen als »nur« ökonomisch oder Aktivitäten von Frauen als »nur« auf Bildung orientiert.¹⁰

Revolutionen sind jedoch liminale Ereignisse, eine Übergangszeit, deren Ausgang unsicher ist.¹¹ Sie umfassen verschiedene Aspekte: Subversion und karnevaleske Rituale, Plünderungen und in klandestiner Zusammenkunft erarbeitete Forderungen, Orientierung an der Vergangenheit und an der Zukunft. Sie bringen Deutungsmöglichkeiten und Sinndefizite mit sich, gleichzeitig spitzen sie Erfahrungen im Zeitraffer zu. Alle Beteiligten bemühen sich um »Übersetzungen«¹², mit deren Hilfe Unsicherheiten und Faszinationen in Sinnstiftungen, in eindeutige Alternativen oder Erklärungen gewandelt werden sollen – die aber ebenso gut scheitern können.

Ein solches Ereignis war die Revolution von 1905: Sie vereinigte das Begehren nach Veränderung, die Faszination von Macht, Aneignung und Zerstörung, den Mythos der Revolte sowie der heiligen Zeit der Revolution mit der Angst vor Repression, Gewalt und Tod, Hunger, Chaos und Unordnung.¹³ Können diese Intensität, diese Ambivalenzen und Diversifikationen in *einer* Deutungslinie zusammengefasst werden? Eine Zeit sich zuspitzender und sich konzentrierender, kulminierender Proteste zu beschreiben, die schnellen Veränderungen, die Abhängigkeit vom Stimmungswandel einzufangen, die Sprache der Kämpfe, der Repression, der Bedrohung, des Hungers, der Faszination und der Befreiung gleichzeitig wiederzugeben, ist nicht einfach. Die Übersetzung der Sprachen der Revolution in die Sprache der Historiografie schafft Ordnung, Linien und

¹⁰ Zu Frauen vgl. BLOBAUM: »*Kwestia kobieca*« (Anm. 2) 43. Zur Landbevölkerung vgl. MOLENDĄ, J.: *Walka o poprawę warunków materialnego bytu robotników rolnych poprzez przemoc grupową i rokowania w rewolucji 1905–1907 roku w Królestwie Polskim* [Der Kampf um materielle Verbesserungen der Landarbeiter durch Gruppengewalt und Aushandlungen in der Revolution 1905–1907 im Königreich Polen]. In: PRZENIOSŁO, M./WIECH, S. (Hg.): *Rewolucja* (Anm. 2), 59–82, hier 75.

¹¹ Zu »Liminalität« vgl. TURNER, V.: *Betwixt and Between. The Liminal Period in Rites de Passage*. Ithaca 1967; DERS.: *Das Ritual: Struktur und Anti-Struktur*. Frankfurt a.M. 1989. Turner entwickelte den Begriff »Liminalität« in Bezug auf Arnold van Geneps *rites de passage*. Genep unterschied drei rituelle Phasen, mit denen ein sozialer Statuswechsel einzelner Personen oder Gruppen vollzogen wurde: Trennung, Umwandlung und Angliederung. Turner hat sich ausführlich mit der liminalen Phase, der Umwandlung, beschäftigt und betont, dass es sich um ein soziales Zwischenstadium handelt, dessen Ausgang offen ist.

¹² BACHMANN-MEDICK, D.: *Translational Turn*. In: DIES.: *Cultural Turns. Neuorientierungen in den Kulturwissenschaften*. Reinbek bei Hamburg 2006, 238–283.

¹³ Zur Ambivalenz von Revolutionen vgl. auch HARTH, D.: *Revolution and Mythos. Sieben Thesen zur Genesis und Geltung zweier Grundbegriffe historischen Denkens*. In: DERS./ASSMANN, J. (Hg.): *Revolution und Mythos*. Frankfurt a.M. 1992, 9–35.

Begriffe, wo es möglicherweise keine Ordnung, keine Linien und keine Begriffe (mehr) gab. Auch waren die Erfahrungen der Beteiligten unterschiedlich, ihre Sprachen waren manches Mal kaum für andere verständlich.

Um Diversität als zentrale Erfahrung der Zeit zu erfassen, mache ich die Beschreibung von Politikformen, Ambivalenzen der Handlungsweisen, die unterschiedlichen Sprachen, Aneignungsweisen und Deutungen zum leitenden Konzept der Darstellung, nicht die Frage nach Erfolg und Misserfolg oder Ursachen und Folgen. Ich stelle die Ereignisse als Zeichen unterschiedlicher Sprachen und als Prozesse der Übersetzung vor, als Versuche, Gefühle und Ziele anderen zu vermitteln. Die Ereignisse und Protestformen sollen als kulturelle Codes analysiert werden: als Sprache der Streiks, als Sprache des Aufstands, als Sprache der Organisation. Ordnungsprinzip der Analyse sind verschiedene handlungs- und kulturtheoretische Konzepte: Ritual und Subversion, Performativität und Symbol, Parodie und *reiteration*. Die Konzepte werden von mir heuristisch verwendet, ohne umfassende theoretische Diskussionen über ihre Vereinbarkeit, unterschiedlichen Kontexte und Diskrepanzen.¹⁴

Damit wird die eine oder andere über die Ereignisse gelegte Ordnung der Historiker/innen, die in der Historiografie dominierende strukturelle Perspektive der Erzählung von Politisierung und Demokratisierung, aber auch die aus einer Perspektive von unten kommende Interpretation eines Aufbegehrens gegen die sich etablierende »Fabrikgesellschaft« hinterfragt.¹⁵ Jedoch soll den Erzählungen nicht einfach eine neue, nunmehr perfekte (alle Widersprüche inkludierende) gegenübergestellt werden. Vielmehr geht es um die Unterschiedlichkeit der Deutungsmöglichkeiten. Die Frage, was eine Revolution ist und ob die Ereignisse aus dem Zeitraum um 1905 als Revolution oder vielmehr als Protest, Aufstand, Revolte, *riot*¹⁶ oder Unruhe bezeichnet werden sollen,

¹⁴ Zur Argumentationslinie siehe HÜCHTKER, D.: »*The Politics and Poetics of Transgression*«. *Die Revolution von 1905 im Königreich Polen*. In: HENNING, D. (Hg.): *Revolution in Nordosteuropa*. Wiesbaden 2011 (Veröffentlichungen des Nordost-Instituts, 6), 81–104.

¹⁵ Mit »Fabrikgesellschaft« wird in der Forschung zur Arbeiter- und Gewerkschaftsgeschichte gelegentlich die Fabrik als ein über die Arbeitsorganisation selbst hinausgehendes, soziale Beziehungen, Selbstverständnis, Habitus der Unternehmensleitung und der Arbeitenden umfassendes System bezeichnet. Vgl. beispielhaft BOCH, R.: *Handwerker-Sozialisten gegen Fabrikgesellschaft. Lokale Fachvereine, Massengewerkschaft und industrielle Rationalisierung in Solingen 1870 bis 1914*. Göttingen 1985 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 67), bes. 88–296.

¹⁶ Mit *riot* (Aufruhr, Tumult) werden gewalttätige Unruhen bezeichnet. Lange wurden sie als (frühneuzeitliche oder unpolitische) eruptive Zerstörungen von (modernen) rationalen, organisierten Protestformen unterschieden. Die Forschung hat jedoch seit einigen Jahrzehnten herausgestellt, dass auch Aufruhr und Revolte von rationalem, ritualisiertem, zielorientiertem, organisiertem (wenn auch nicht institutionalisiertem) Verhalten bestimmt sein können, vgl. z.B. FARGE, A./REVEL, J.: *Logik des Aufruhrs. Die Kinderdeportationen in Paris 1750*. Frankfurt a.M. 1989, 50–74 (franz. Orig. 1988); HENKEL, M./TAUBERT, R.: *Maschinenstürmer. Ein Kapitel aus der Sozialgeschichte des technischen Fortschritts*. Frankfurt a.M. 1979, 9–30. Allgemein zu sozialem Protest siehe GAILUS,

erübrigt sich dann. Sie sind gewissermaßen alles, je nach Kontext, Perspektive und Beteiligten.

Dennoch birgt auch die hier vorgeschlagene Darstellungsweise Probleme. Um Wiederholungen zu vermeiden, werden verschiedene Aspekte an einer Stelle besonders abgehandelt, obwohl sie doch immer wieder eine Rolle spielten, so beispielsweise die Art der Forderungen oder die Bedeutung von Gewalt. Insbesondere ist die Zuordnung von spezifischen Handlungskonzepten zu spezifischen Sprachen keineswegs eindeutig. So formen sich immer wieder neue Erzählungen, die Ordnung schaffen: die Ordnung der Autorin. Um Offenheit und Vielfältigkeit – die »Nichteinheit der Geschichte«¹⁷ – gleichwohl präsent zu halten, stehen am Ende verschiedene Interpretationsmöglichkeiten.

Die Sprache der Streiks: Ritual und Subversion

Analysiert man die Aktions- und Protestformen als Sprache, so fällt als erstes die Vielfältigkeit auf, die die Revolution von Beginn an prägte – Solidaritätsstreiks, Generalstreiks, die Politik auf der Straße: Demonstrationen, Kundgebungen, gewalttätige Aktionen. Diese Formen verbanden internationale und lokale Ebenen zu einer polysemantischen Protestkultur, während die Parteien versuchten, dieser Semantik Eindeutigkeit zu verleihen.

Der so genannte Petersburger Blutsonntag vom 22. (laut julianischem Kalender 9.) Januar 1905, an dem das Militär eine Demonstration beschoss und es zu mehreren blutigen Zusammenstößen zwischen Regierungstruppen und Demonstranten kam, löste nicht nur im Inneren Russlands, sondern auch im Königreich Polen eine Welle von Solidaritätsstreiks aus. Zuerst in Warschau, dann in Lodz folgte man den Aufrufen der von Fabrik zu Fabrik ziehenden Arbeiter/innen. Schon am 28. Januar streikte in Lodz über die Hälfte der Lohnarbeiter/innen, es schlossen sich Angestellte der Eisenbahnen, Banken und Apotheken an, Geschäfte waren geschlossen, in Warschau streikten Studenten und Schüler/innen.¹⁸ Aus einzelnen bestreikten Fabriken war ein Generalstreik geworden, der sich auch außerhalb der beiden großen Industriestädte des Königreichs verbreitete.

M./VOLKMANN, H.: *Einführung. Nahrungsmangel, Hunger und Protest*. In: DIES. (Hg.): *Der Kampf um das tägliche Brot. Nahrungsmittel, Versorgungspolitik und Protest 1770–1990*, Opladen 1994 (Schriften des Zentralinstituts für Sozialwissenschaftliche Forschungen der Freien Universität Berlin, 74), 9–25.

¹⁷ HAUSEN, K.: *Die »Nichteinheit« der Geschichte als historiographische Herausforderung. Zur historischen Relevanz und Anstößigkeit der Geschlechtergeschichte*. In: MEDICK, H./TREPP, A.-C.: *Geschlechtergeschichte und Allgemeine Geschichte. Herausforderungen und Perspektiven*. Göttingen 1998 (Göttinger Gespräche zur Geschichtswissenschaft), 15–55.

¹⁸ BLOBAUM: *Rewolucja* (Anm. 1), 85f.

In Warschau, Lodz und anderen Städten weitete sich die »Straßenpolitik« aus:¹⁹ Bordelle wurden demoliert, der Zuhälterei, der Prostitution und des Diebstahls verdächtige Menschen angegriffen, staatliche Monopolläden für Alkohol sowie Straßenlaternen zerstört. Diese Art der Selbstjustiz und Zerschlagung öffentlicher Kontrollinstrumente sollte sich auch in den folgenden Monaten fortsetzen.²⁰ Gerade die mehrtägigen Überfälle auf Bordelle und die tätlichen Angriffe auf Zuhälter und Prostituierte im Mai 1905 in Warschau verweisen auf die Vielfältigkeit der Motive der Beteiligten und ihrer Deutungen durch Zeitgenoss/innen und Historiker/innen. Während einige Historiker/innen die Aktionen als spontane Provokationen im Kontext genereller Gewaltsamkeit interpretieren, sehen andere in ihnen eine Reaktion auf eine Zunahme von Prostitution und Geschlechtskrankheiten im Zuge des Wachstums der Städte, insbesondere Warschaus zu einer (bedrohlichen) Großstadt. Scott Ury hat in seiner Studie über die jüdischen revolutionären Organisationen die Reaktionen des sozialistischen Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbunds in Litauen, Polen und Russland (*Der Algemeyner Yidisher Arbeter Bund in Lite, Poyln un Rusland*, Bund) analysiert, der sich aufgrund der Beteiligung jüdischer Arbeiter/innen an den gewalttätigen Übergriffen auf Bordelle, veranlasst fühlte, die Gewalttätigkeit als konterrevolutionär, von der Regierung provoziert zu kritisieren. Deutlich wird der Versuch des Bunds, die Respektabilität jüdischer Arbeiter/innen sowie Distanz zum Milieu der Prostitution und Kriminalität städtischer Unterschichten (wieder) herzustellen.²¹ Vermutet werden kann aber auch, dass die revoltierenden Arbeiter/innen genau dieses ebenfalls, wenn auch weniger verbal als handgreiflich, unternahmen, indem sie gewaltsam gegen »das Milieu« vorgingen.²²

¹⁹ Zum Begriff »Straßenpolitik« vgl. Lindenberger, T.: *Straßenpolitik. Zur Sozialgeschichte der öffentlichen Ordnung in Berlin 1900 bis 1914*. Bonn 1995 (Reihe Politik- und Gesellschaftsgeschichte, 39).

²⁰ KARWACKI: *Łódź* (Anm. 2), 67.

²¹ Siehe BLOBAUM: *Rewolucja* (Anm. 1), 93–95; SIKORSKA-KULESZA, J.: »*Sądy doraźne*« nad prostytutką w Warszawie w maju 1905 roku w świetle prasy [»Schnellgerichte« wegen Prostitution in Warschau im Mai 1905 im Spiegel der Presse]. In: *Rocznik Warszawski* 35 (2007), 111–127; URY: *Barricades* (Anm. 5), 104–107; GUESNET, F.: *Revolutionary Hinterland. Transformations of Jewish Associational Life in the Kingdom of Poland, 1904–06*. In: FISCHER VON WEIKERSTHAL, F. u. a. (Hg.): *The Russian Revolution of 1905 in Transcultural Perspective. Identities, Peripheries, and the Flow of Ideas*. Bloomington, Ind. 2013 (Allan K. Wildman Group Historical Series, 6), 105–120, hier 114.

²² Vgl. zur Deutung von Straßenpolitik gegen Prostituierte und Prostitution als Kampf von Arbeiter/innen und unterer Mittelschicht um Respektabilität und Anerkennung in Abgrenzung von städtischen Unterschichten am Rande der Kriminalität auch Judith Walkowitzs brillante Analyse des Falls Jack the Ripper in London WALKOWITZ, J. R.: *City of Dreadful Delight. Narratives of Sexual Danger in Late-Victorian London*. Chicago 1992 (Women in Culture and Society), 191–228.

Die sozialistischen Organisationen (→ IV. E) waren – wie auch in Russland – von den Ereignissen überrollt worden. Alle drei im Königreich aktiven sozialistischen Parteien – nicht nur der Bund, auch die Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauen (*Socjaldemokracja Królestwa Polskiego i Litwy*, SDKPiL) und die PPS – reagierten erst nachträglich auf Proteste, Aufruhr und Demonstrationen, indem sie Aufrufe zum Generalstreik »nachreichten«.²³ Die Aufrufe enthielten im Wesentlichen die zentralen Forderungen der sozialistischen Bewegungen nach demokratischen Rechten und ökonomischen Verbesserungen: allgemeines, freies, gleiches und geheimes Wahlrecht (zu den Forderungen der europäischen sozialistischen Bewegungen gehörte auch Frauenwahlrecht, das Männerwahlrecht galt aber als wichtiger und zuerst durchzusetzen), Versammlungs- und Pressefreiheit, Achtstundentag, Lohnerhöhung, Kranken-, Unfall- und Altersversicherungen. Die PPS forderte darüber hinaus verpflichtenden Schulunterricht in der Muttersprache sowie das Ende der Russifizierung und griff damit Forderungen der Schulstreiks und der ebenfalls protestierenden Landbevölkerung auf.²⁴

Die russische Regierung war auf die Heftigkeit der Streiks nicht vorbereitet, in manchen Provinzen war für ein hartes Durchgreifen nicht ausreichend Militär stationiert. Dennoch gab es von Anfang an in den Auseinandersetzungen mit Polizei und Militär Tote und Verletzte. Die Provinzgouverneure handelten unterschiedlich – dem Gouverneur von Lodz beispielsweise scheint es gelungen zu sein, die Leitung der Fabriken zu Zugeständnissen gegenüber den Streikenden ihrer Betriebe zu bewegen und die Konfrontation einer Aussperrung zunächst zu vermeiden.²⁵ Der Warschauer Polizeihauptkommissar und einige andere der höheren Polizeibeamten verlangten schon im Februar 1905 die Verhängung des Kriegsrechts, bekamen aber nur die niedrigste Stufe bewilligt, die intensiviertere Sicherheitsmaßnahmen und Verhaftungen aufgrund von Aktionen gegen den Staat möglich machte, worunter sowohl das Tragen von Kokarden als auch das Schmuggeln von Waffen verstanden werden konnte. Ein verschärftes Kriegsrecht

²³ In der Forschung, insbesondere der älteren, marxistisch argumentierenden, konstituieren die streikenden Arbeiter die Spitze der Bewegung, die allerdings ebenfalls in einem Prozess, hier einem Radikalisierungsprozess hin zu einer revolutionären Partei gesehen wird. So heißt es beispielsweise bei Anna Żarnowska: »*Walki styczniowe w Warszawie wykazały, że robotnicy wielkoprzemysłowi, przede wszystkim metalowcy, stanowią awangardę ruchu nie tylko w inicjowaniu strajku, ale także i w jego organiczacji* [Die Januaraufstände in Warschau zeigten, dass die Arbeiter der Großindustrie, vor allem die Metallarbeiter, die Avantgarde der Bewegung darstellten, nicht nur im Hinblick auf die Initiierung des Streiks, sondern auch auf seine Organisation].«, vgl. ŻARNOWSKA, A.: *Proletariat Warszawy w rewolucji 1905–1907 r. (Październik – grudzień 1905 r.)* [Das Warschauer Proletariat in der Revolution 1905–1907 (Oktober–Dezember 1905)]. In: *Przegląd Historyczny* 45 (1955), 99–137, hier 104.

²⁴ Einen Überblick über die verschiedenen Forderungen gibt z.B. TYCH, F.: *Rok 1905* [Das Jahr 1905]. Warszawa 1990, 18–21.

²⁵ BLOBAUM: *Rewolucja* (Anm. 1), 82, TYCH: *Rok 1905* (Anm. 24), 19f.

hätte die Möglichkeit direkter Bestrafung ohne Gerichtsverfahren bedeutet, zwei Paragraphen sahen schnelle Todesurteile vor.²⁶

Die Streiks hielten unterschiedlich lange an, je nach Verhalten der jeweiligen Gouverneure, aber auch je nach Verlauf der Verhandlungen zwischen Unternehmen und Streikenden. Am 30. Januar 1905 wurde in Warschau der Ausnahmezustand ausgerufen, eine Verschärfung der bisher geltenden Sicherheitsmaßnahmen.²⁷ Die Parteien erklärten den Abbruch des Streiks. Die Verhandlungen mit den Fabrikbesitzern über die Entlohnung der Streiktage verliefen relativ erfolglos, einige allerdings zahlten immerhin die Hälfte des ausstehenden Lohns. In Lodz streikten die Arbeiter/innen trotz Abbruchaufrufs der sozialistischen Parteien weiter; sie begannen erst Anfang Februar wieder zu arbeiten, als erste Forderungen – Zehnstundentag sowie höhere Löhne – erfüllt wurden. In der Industrieregion des Dąbrowa-Beckens dauerte der Streik bis in den März hinein.²⁸

Schon in diesen ersten Wochen der Revolution waren die Beteiligten und die Formen der Auseinandersetzungen und Forderungen im Großen und Ganzen präsent: Die Revolution begann mit einem sich zum Generalstreik ausweitenden Solidaritätsstreik, Straßenpolitik und Selbstorganisation wurden zu wesentlichen Handlungsstrategien der Demonstrierenden, die Parteien versuchten, sich an die Spitze der Proteste zu stellen und diese in ihrem Sinne zu kanalisieren. Nicht nur die Generalstreiks, auch die Auseinandersetzungen mit der Leitung der Fabriken sprachen viele Sprachen: Die Demonstrationen und Besetzungen verbanden Fabrik und Straße, alte mit neuen Protestformen, lokale mit allgemeinen und ökonomische mit politischen Forderungen. Die Ähnlichkeit dieser Sprachen lässt darauf schließen, dass es um ein grundlegendes Verständnis von Gesellschaft ging, das sowohl unter den Streikenden als auch zwischen Streikenden und Fabrikleitung ausgehandelt wurde. Etwas verkürzend kann man davon ausgehen, dass Vorstellungen, die einer »sittlichen Ökonomie« verpflichtet waren, und solche, die sich ausgehend von einem kapitalistischen Arbeitsmarkt an Arbeiterinteressen orientierten, miteinander verwoben waren.²⁹

²⁶ Zur Ausrufung eines »erhöhten Sicherheitsbedarfs« siehe CHWALBA, A.: *Historia Polski 1795–1918* [Geschichte Polens 1795–1918]. Kraków 2000, 371. Allgemein auch ROLF, M.: *A Continuum of Crisis? The Kingdom of Poland and the Shadow of Revolution (1905–15)*. In: FISCHER VON WEIKERSTHAL u. a.: *The Russian Revolution* (Anm. 21), 159–174, hier 161 f.

²⁷ BLOBAUM: *Rewolucja* (Anm. 1), 105.

²⁸ Vgl. ŻARNOWSKA: *Próba analizy* (Anm. 3); TYCH: *Rok 1905* (Anm. 24), 19 f.; BLOBAUM: *Rewolucja* (Anm. 1), 88.

²⁹ Zum Begriff »sittliche Ökonomie« vgl. THOMPSON, E. P.: *Die »sittliche Ökonomie« der englischen Unterschichten im 18. Jahrhundert*. In: PULS, D. (Hg.): *Wahrnehmungsformen und Protestverhalten. Studien zur Lage der Unterschichten im 18. und 19. Jahrhundert*. Frankfurt a.M. 1979, 13–80. Thompson hat den Begriff in Bezug auf Unterschichtproteste in England entwickelt. Gemeint ist eine Vorstellung von »Verteilungsgerechtigkeit«, die die Versorgung der lokalen Märkte vor allem in Zeiten von Engpässen als eine soziale, durch Herkommen legitimierte Verpflichtung der Grundherrschaft und des lokalen Handels einforderte.

Im Unterschied zu Russland, wo es nach dem Generalstreik im Januar und Februar 1905 bis zum nächsten Höhepunkt im Oktober desselben Jahres keine größeren Streikbewegungen mehr gab, wurde im Königreich immer wieder gestreikt, insgesamt war auch die Beteiligungsrate höher.³⁰ Insbesondere in Warschau steigerten sich um den 1. Mai die Proteste zu Streiks, Demonstrationen und gewalttätigen Auseinandersetzungen mit dem Militär. Auch nach dem zweiten Generalstreik im Herbst 1905 wurde im Folgejahr weiter gestreikt, vor allem, aber nicht nur mit ökonomischen Forderungen.

Die Streikwellen waren im Wesentlichen fabrikbezogen und nicht von den Parteien organisiert. Die Parteien holten die Arbeiter/innen nicht auf die Straße, diese waren längst da.³¹ Sie zogen von Fabrik zu Fabrik, oftmals branchenspezifisch, um zum Streik aufzurufen. Fabriken wurden besetzt, um freien Zugang zu erstreiten; rote Fahnen und Transparente mit Forderungen tauchten auf.³²

Dennoch trifft das in der Literatur so häufig anzutreffende Adjektiv »spontan« diese Art der Protestkultur wohl nicht – zumindest nicht dann, wenn damit eruptiv gemeint ist. Die Politik der Streikwellen erforderte Absprachen, Planung und organisiertes Vorgehen. Im Sommer 1905 entwickelten die Arbeiter/innen eine Taktik des abwechselnden Streikens in verschiedenen Branchen oder einzelnen Fabriken, so dass die jeweils Arbeitenden die jeweils Streikenden unterstützen konnten, indem sie eine Art »Streikkasse« einrichteten.³³ Auch gab es betriebliche Zusammenschlüsse, obwohl Gewerkschaften bis März 1906 verboten waren. Da Streiks Tradition hatten – verwiesen sei auf die großen Streiks der 1890er Jahre in Lodz – ist es eigentlich nicht verwunderlich, dass die Streikenden über Protest- und Organisationserfahrung verfügten und auf die Parteien nicht angewiesen waren. Ebenso wenig kann die begrenzte Rolle der sozialistischen Parteien überraschen, führt man sich vor Augen, dass diese anfangs aus kleinen, klandestinen intellektuellen Zirkeln bestanden.³⁴ Die Parteien versuchten aber, die Streiks im Laufe von 1905 und 1906 durch geplante Kundgebungen mit entsprechenden Flugblättern und Aufrufen zu beeinflussen, also sie nach sozialistischen Vorstellungen zu gestalten.

³⁰ Zahlen bei ŻARNOWSKA: *Próba analizy* (Anm. 3), 433.

³¹ BLOBAUM: *Rewolucja* (Anm. 1), 61.

³² Für Łódź vgl. KARWACKI: *Łódź* (Anm. 2), 108 und 113. Vgl. auch CHWALBA: *Historia Polski* (Anm. 26), 372.

³³ HOFMANN, A.: *The Biedermanns in the 1905 Revolution. A Case Study in Entrepreneurs' Responses to Social Turmoil in Łódź*. In: *The Slavonic and East European Review* 82 (2004), 27–49, hier 32.

³⁴ Zur Unterscheidung zwischen Bewegung und Organisation vgl. MÜLLER, D. H.: *Probleme gewerkschaftlicher Organisation und Perspektiven im Rahmen eines arbeitsteiligen Organisationskonzepts*. In: IWK. Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 15 (1979), 569–580; DERS.: *Die Moabiter Unruhen*. In: SCHWARZ, K. (Hg.): Berlin: Von der Residenzstadt zur Industriemetropole. Ein Beitrag der Technischen Universität Berlin zum Preußen-Jahr 1981. Bd. 1: Aufsätze. Berlin 1981, 585–588.

Die Forderungen der Streikenden waren von Industrie zu Industrie, von Fabrik zu Fabrik verschieden. Sie waren sowohl an die Fabrikleitungen als auch an die lokale oder zentrale Regierung adressiert. Manche Streikgruppen brachten auch gar keine Forderungen vor – oder hatten keinen Adressaten für dieselben.³⁵ Gefordert wurden beispielsweise Waschmöglichkeiten in den Fabriken, Schulen für die Kinder, Entlassung unbeliebter Aufseher/innen und Vorgesetzter, die Beteiligung der Unternehmen an Kranken- und Altersversicherungen, medizinische Versorgung für Familien, Ärztinnen für Arbeiterinnen³⁶, freie Miete, Kohle, eine Kuh für jeden, Weidrechte, aber auch die Abschaffung der Bestrafung bei Übertretung des Fabrikreglements, Abschaffung der Körperpervisionen am Ende der Schichten, Immunität für die Mitglieder der Arbeiterdelegationen, Ernennung der Fabrikinspektor/innen durch die Belegschaft, Mietsenkung oder Arbeiterwohnungsbau durch die Fabrikleitung und die Einführung einer durch Arbeiter/innen besetzten Untersuchungskommission gegen »Unterschleif«, die Unterschlagung von Arbeitsmaterial.³⁷

Alle diese Forderungen implizierten die Zuständigkeit der Unternehmen für die Subsistenz der Arbeiter/innen und ihrer Familien, also eine Art sittliche Ökonomie, teilweise abgeleitet aus subsistenzwirtschaftlichen Praktiken, wie beispielsweise die Kuh und Weidrechte; sie bedeuteten aber auch eine partielle Aneignung von Produktionsmitteln und Kontrolle über den Arbeitsprozess. Verhandelbar war aus Sicht der Arbeiter/innen das Niveau ihrer Existenz, verhandelt wurde nicht ein marktbestimmtes Lohnarbeitsverhältnis. Die sozialistische Bewegung setzte dann Mindestlohn und Achtstundentag sowie demokratische Rechte auf die Agenda. In Lodz beispielsweise brachte die PPS auch die international in den sozialistischen und sozialreformerischen Bewegungen verbreiteten Forderungen nach Mutterschutz³⁸ und Verbot von Kinderarbeit, nach öffentlichen Arbeiten für Arbeitslose und nach Abschaffung des Stücklohns ein.³⁹

Die Streikenden konnten einige Erfolge verbuchen, besonders bezüglich Lohnerhöhung und Arbeitszeitregelungen sowie der Gestaltung von Arbeitsbedingungen, so z. B. die medizinische Versorgung für die Familien oder die Einstellung von Ärztinnen. In Lodz wurde nach langen Verhandlungen mit Arbeiterdelegationen in einigen Fabriken

³⁵ BLOBAUM: *Rewolucja* (Anm. 1), 79f.

³⁶ Diese Forderung signalisierte einen Bedarf an akademisch ausgebildeten Frauen. Die Ärztinnen hatten zumeist im Ausland studiert, besonders in Zürich, konnten sich aber im Königreich frei niederlassen, vgl. STEGMANN, N.: *Die Töchter der geschlagenen Helden, »Frauenfrage«, Feminismus und Frauenbewegung in Polen 1863–1919*. Wiesbaden 2000 (Deutsches Historisches Institut Warschau: Quellen und Studien, 11), 79–84.

³⁷ Für Łódź siehe KARWACKI: *Łódź* (Anm. 2), 121; BLOBAUM: *Rewolucja* (Anm. 1), 79–81.

³⁸ Zur symbolischen Funktion der Arbeiterinnenschutzgesetze siehe SCHMITT, S.: *Der Arbeiterinnenschutz im deutschen Kaiserreich. Zur Konstruktion der schutzbedürftigen Arbeiterin*. Stuttgart 1995 (Ergebnisse der Frauenforschung, 37).

³⁹ HOFMANN: *The Biedermanns* (Anm. 33), 32.

Lohn für die Streiktage gezahlt, was unter der Vertretung der Fabrikleitungen zu Animositäten und Auseinandersetzungen führte.⁴⁰ Auf den Anspruch einer generellen Grundversorgung ließen diese sich aber wohlweislich nicht ein.⁴¹

Wenig Sinn hat angesichts ihrer Vielfältigkeit die in der Historiografie anzutreffende Differenzierung in politische und ökonomische Forderungen.⁴² Laut Blobaum besaßen die demokratischen Rechte für die Arbeiter/innen wenig Bedeutung, es hätten innerbetriebliche Ziele dominiert.⁴³ Abgesehen davon, dass so unterschiedliche Forderungen wie Lohnerhöhungen und Arbeitszeitreduzierungen, aber auch nach Ärztinnen oder dem Recht auf Existenz angesichts der Arbeitsbedingungen im Unterschied zu Wahlrecht oder Pressefreiheit nicht nur auf die Befriedigung materieller Bedürfnisse abzielten, sondern auch für die Realisierung der eigenen Lebensvorstellungen große Bedeutung hatten, war die Gestaltung der Beziehungen zwischen der Leitung der Fabriken und den Arbeiter/innen sehr wohl politisch. Auch den ökonomischen Forderungen der sozialistischen Parteien kommt eine weit über das Ökonomische hinausgehende Bedeutung zu – etwa im Sinne von Macht und Einfluss, Durchsetzungsmöglichkeiten und -kompetenzen, aber auch im Sinne der internationalen Verständigung unter den sozialistischen Bewegungen.⁴⁴

Die Proteste der Landarbeiter/innen und in den Landgemeinden machen deutlich, wie unterschiedlich die Sprache der Beteiligten war. Während die Land- und Fabrikarbeiter/innen eine streikorientierte Protestkultur pflegten, die ähnliche Formen und Ziele verband und formulierte, richteten sich die Gemeindeproteste auf Selbstverwaltung und Autonomie. Ihre Sprache diente weniger der öffentlichen Sichtbarkeit als der Aneignung von Wald, Acker- und Weideland sowie dem Recht, Gemeindeversammlungen auf Polnisch abhalten und protokollieren zu dürfen.

Wie die Streiks der Fabrikarbeiter/innen konnten die im Frühjahr 1905 ausbrechenden Streiks⁴⁵ der Landarbeiter/innen auf Traditionen der Aushandlung von Arbeitsbedingungen mit der Gutsherrschaft zurückgreifen. Gestreikt wurde in verschiedenen Provinzen, zum Teil in Wellen und nicht immer überall. Die Streikenden zogen von Gut zu Gut, um zu mobilisieren und Forderungen zu stellen. Gelegentlich wurden die Streikenden von der Gutsherrschaft eingeladen und erhielten Unterkunft und Verpflegung,

⁴⁰ Ebd., 39. Die Schwierigkeiten einer Einigung der Fabrikleitung auf ein gemeinsames Vorgehen resultierten vor allem aus der Konkurrenz untereinander, insbesondere zwischen großen und kleinen Betrieben.

⁴¹ Vgl. auch ebd., 30f.

⁴² Dies hebt ŻARNOWSKA: *Próba analizy* (Anm. 3), 439, hervor, wenn auch mit umgekehrter Betonung, nämlich der politischen Kompetenz der Streikenden.

⁴³ BLOBAUM: *Rewolucja* (Anm. 1), 84.

⁴⁴ Zur Künstlichkeit der Trennung zwischen politischen und ökonomischen Forderungen vgl. HOFMANN, *The Biedermanns* (Anm. 33), 27.

⁴⁵ Siehe die Tabelle bei KALABIŃSKI/TYCH: *Czwarte powstanie* (Anm. 7), 426–429.

was auf den ritualisierten Charakter dieser Politikform verweist.⁴⁶ Die Inszenierungen kann man als eine Art karnevaleske Umkehrung der Machtverhältnisse deuten, sie enthielten aber auch Momente von Subversion, die durch den Revolutionskontext und die allgemeine Proteststimmung verstärkt wurden. Manchmal wurde eine unwillige Gutsherrschaft damit bestraft, dass man die Fenster einwarf. Insgesamt verliefen die Streiks jedoch relativ ruhig und friedlich.

Die Landarbeiter/innen appellierten ähnlich wie die Fabrikarbeiter/innen an eine grundsätzliche Fürsorgepflicht der Gutsbesitzer/innen: Neben Lohnerhöhungen und Anhebung der Naturalentlohnung forderten sie beispielsweise eine institutionalisierte Aufsicht für die Kinder oder die Erhöhung der Zahl der Kühe, die auf Gutsgrund ge-weidet werden durften. Gelegentlich beriefen sich die Streikenden auf den Zaren als Instanz der Gerechtigkeit und des Wiedereinsetzens in angestammte Rechte – auch dies kann als Aspekt einer sittlichen Ökonomie interpretiert werden.

Die Gutsherrschaft machte im Allgemeinen Zugeständnisse hinsichtlich der Entlohnung, auf andere Forderungen ging sie nur selten ein. Manches Mal hielt sie zumindest in dieser ersten Phase der Streiks das Militär mit der Begründung fern, diese Probleme würde sie selber regeln,⁴⁷ es gingen aber gerade in den ersten Wochen auch eine Unzahl von Bitten um militärische Unterstützung beim Gouverneur in Warschau ein.⁴⁸ Manchmal zwangen die lokalen Behörden die Gutsbesitzer/innen zu Zugeständnissen, sobald die Streiks beendet waren. Die sozialistischen Gruppen entwickelten ihre Agitation auf dem Land nur langsam. Die römisch-katholische Kirche und die Nationaldemokratie denunzierten hingegen die Streiks, die Bauern und Bäuerinnen kümmerten sich mit wenigen Ausnahmen nicht darum.

Parallel zu den Streiks der Landarbeiter/innen spitzten sich die Aktionen in den Landgemeinden zu, wo bereits Ende 1904 Proteste gegen die Rekrutierung von Soldaten für den russisch-japanischen Krieg begonnen hatten. Die Bauern und Bäuerinnen sowie teilweise die unteren Gemeindevertreter und Priester beteiligten sich, und die Proteste richteten sich auch gegen die Russifizierung der Verwaltung. Die Gemeinden forderten zunächst polnischsprachige Protokolle der Gemeindeversammlungen und griffen dann die Forderung nach polnischsprachigem Schulunterricht auf. Sie veranstalteten illegale Versammlungen, und manche Gemeinden weigerten sich, Steuern zu zahlen. Es gab Auseinandersetzungen um die Aneignung von Land sowie um Servitute, althergebrachter Nutzungsrechte von Wald und Weide.⁴⁹ Viele Gemeinden organisierten, wie in der Stadt, Selbstschutzorganisationen und gingen gewaltsam gegen Diebstahl oder Räuberei vor. Diese Form der Aneignung staatlicher Gewaltausübung nahm

⁴⁶ MOLENDĄ: *Walka* (Anm. 10).

⁴⁷ BLOBAUM: *Rewolucja* (Anm. 1), 117.

⁴⁸ TYCH: *Rok 1905* (Anm. 24), 25.

⁴⁹ Ebd., 50.

in den Provinzen ebenfalls unterschiedliche Verläufe und kulminierte zu den jeweiligen Hochzeiten der Ereignisse Anfang 1905, aber auch im Herbst 1906.⁵⁰

Es gab einige Konzessionen an die Gemeinden: So ermöglichte das Edikt religiöser Toleranz im April 1905 die Konversion. Dies betraf insbesondere die Möglichkeit für ehemalige Unierte, die zwangsweise in die orthodoxen Gemeinden eingegliedert worden waren, diese legal zu verlassen und sich anderen anzuschließen.⁵¹ Im Juni wurden weitere begrenzte Konzessionen gemacht und Religionsunterricht in der Muttersprache zugelassen. Die Zugeständnisse führten jedoch nicht zu einem Abebben der revolutionären Bewegung, sondern steigerten den Unmut noch, da sie als nicht mehr ausreichend empfunden wurden. Die Edikte dienten nicht dem Kompromiss, sondern, so Blobaum, minimierten die russische Autorität auf dem Land noch mehr.⁵² Die Stärkung des Katholizismus richtete sich mit seinen symbolischen Aktivitäten, beispielsweise dem Aufstellen von katholischen Kreuzen, in einigen Provinzen sogar gegen orthodoxe Gemeinden und Klöster, die zur Konversion gezwungen werden sollten. In diesem Fall gab es dann doch massive Repressionsdrohungen von staatlicher Seite.

Nach der Verhängung des Kriegsrechts im ganzen Königreich am 22. Dezember 1905 trat nicht überall Ruhe ein – oft dauerte es noch Monate bis zum Ende der Unruhen. Die Auseinandersetzungen um die Servituten setzten sich fort, allerdings weniger intensiv als 1905.⁵³ Die erneuten Streiks der Landarbeiter/innen im Frühling 1906 – diesmal versuchten die sozialistischen Parteien, sich an die Spitze zu setzen – wurden niedergeschlagen, da sowohl die Staatsautoritäten als auch die Landbesitzenden besser vorbereitet waren. Zugeständnisse an die Streikenden gab es keine mehr.⁵⁴ Bemerkenswert ist die Ähnlichkeit der Streikform bei Land- und Fabrikarbeiter/innen: das Umherziehen, die Selbstorganisation, die Forderungen, die Fürsorgepflicht implizierten und Umstände des ganzen Lebens betrafen. Zwar beteiligten sich die Landarbeiter/innen an den Gemeindeprotesten und dem Kampf um Servitute,⁵⁵ umgekehrt blieb die Unterstützung für ihre Forderungen durch die von der bäuerlichen Bevölkerung dominierten Gemeinden jedoch geringer.

⁵⁰ BLOBAUM: *Rewolucja* (Anm. 1), 142–148.

⁵¹ Schon 1904 wurde die privilegierte Position der Orthodoxen Kirche und die damit einhergehende Russifizierung in den östlichen Provinzen des Königreich Polens zurückgenommen. Siehe zu den folgenden Konflikten und gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen orthodoxer und römisch-katholischer Kirche BLOBAUM, R.: *Toleration and the Ethno-Religious Strife. The Struggle Between Catholics and Orthodox Christians in the Chełm Region of Russian Poland 1904–1906*. In: *The Polish Review* 35 (1990), 111–124.

⁵² DERS.: *The Revolution of 1905–1907 and the Crisis of Polish Catholicism*. In: *Slavic Review* 47 (1988), 667–686.

⁵³ TYCH: *Rok 1905* (Anm. 24), 24.

⁵⁴ BLOBAUM: *Rewolucja* (Anm. 1), 123.

⁵⁵ So zumindest MOLENDĄ: *Walka* (Anm. 10), 81.

Die Schul- und Universitätsproteste griffen beides auf: den Streik als Protestform der Arbeiter/innen in Stadt und Land und die Forderung der Landgemeinden nach Autonomie. Die Protestformen verbanden die unterschiedlichen Gruppen, auch wenn sie nebeneinander her agierten und ihre Forderungen divergierten, denn die Streiks und Demonstrationen ergänzten sich, sie konnten als Zeichen der Radikalisierung eines Großteils der Gesellschaft gelesen werden und wurden es auch. Der Versuch der politischen Parteien, die diversen Sprachen der Proteste in eine ideologische Ordnung zu bringen, führte jedoch zu Konflikten und Spaltungen in den Streikkomitees.

Zeitgleich zum Generalstreik der Arbeiter/innen im Januar 1905 begannen Streiks und Demonstrationen in den Schulen und der Universität, die weite Teile der Schüler/innen, Studierende und Lehrkräfte erfassten und sich im ganzen Land verbreiteten, ihr Epizentrum aber in Warschau hatten.⁵⁶ Jüdische Schüler/innen und Studierende⁵⁷ waren ebenso beteiligt wie nichtjüdische, generell waren es eher Jüngere als Ältere, die streikten. Die Unterstützung der Eltern ermöglichte es, den Schulboykott auszudehnen, der weitaus länger andauerte als die Streiks in den Fabriken.

Die Streikenden setzten sich für muttersprachlichen Unterricht, das Ende der Zwangsrussifizierung und die Abschaffung des staatlichen Spitzelsystems ein. Die sozialistischen und liberalen Gruppen forderten zusätzlich die Demokratisierung der Schulen und höheren Bildungsanstalten, Koedukation von Jungen und Mädchen, für jede Nation das Recht auf ihre nationalen und kulturellen Bedürfnisse, die Abschaffung jeglicher Quotenregelungen, die es insbesondere für jüdische Schüler gab, Freiheit der Wissenschaft und Bildung, freie Religionsausübung, allgemeine und kostenlose Elementarschulen, Schüler selbstverwaltung, Versammlungsfreiheit und Recht auf Vereinsgründung für Jugendliche.⁵⁸

Im März 1905 wurde eine Massenpetition an das Ministerium nach St. Petersburg geschickt. Die Kompromissunfähigkeit der russischen Reichsregierung sowie des Kurators des Warschauer Schulbezirks, der auf die Forderungen nur mit Verhaftungen, Schulschließungen und Exmatrikulationen antwortete, führten dazu, dass die Streikenden zusätzlich die Unterstützung der Konservativen und der Nationaldemokratie, der *Endecja*, gewinnen konnten. Diese hatten bis dahin zwar ebenfalls polnischsprachigen Unterricht gefordert, aber auf legalen Mitteln des Protests bestanden. Auch die anderen Parteien bemühten sich um Einfluss, so die sozialistischen Parteien und die im November 1904 gegründete Polnische Bauernvereinigung (*Polski Związek Ludowy*, PZL), die

⁵⁶ BLOBAUM: *Rewolucja* (Anm. 1), 158; siehe auch die vielen Warschauer Beispiele bei SZULKIN: *Strajk szkolny* (Anm. 4); CHWALBA: *Historia Polski* (Anm. 26), 374 f.

⁵⁷ LEWIN, S.: *Żydowska młodzież w strajku szkolnym 1905 r.* [Die jüdische Jugend im Schulstreik von 1905]. Warszawa 1996; GUESNET: *Revolutionary Hinterland* (Anm. 21), 113 f.

⁵⁸ BLOBAUM: *Rewolucja* (Anm. 1), 161 f., siehe auch TYCH: *Rok 1905* (Anm. 24), 56.

sich am erfolgreichsten in die Streik- und Protestaktivitäten auf dem Lande integrieren konnte.⁵⁹

Der Historiker Feliks Tych bezeichnet die Proteste an den Schulen, Hochschulen und Universitäten als »spontan«,⁶⁰ die Bedeutung der Parteien für Ausmaß und Durchhaltvermögen der Protestierenden sei in der Forschung oft überzeichnet worden. Allerdings bedurfte es schon allein aufgrund der Dimension der Proteste der Organisation: Es gab Schüler-, Lehrer- und Elternkomitees. Die Parteien aber waren eher die Ursache für Spaltungen entlang ideologischer Unterschiede als für einen gemeinsamen starken Protest.⁶¹ Der *Endecja* gelang es, mit Hilfe der ihr nahe stehenden Bildungsorganisation Vereinigung der Polnischen Jugend (*Związek Młodzieży Polskiej*), ihren Einfluss zu vergrößern und damit das nationale und katholische Element zu stärken – und so die Ausgrenzung streikender Juden und Jüdinnen voranzutreiben.

Mit der Konzession der kaiserlichen Regierung im Juni 1905, polnischsprachigen Religionsunterricht zuzulassen, gab sich die katholische Kirche zufrieden. Die Proteste dauerten jedoch an, und die Zustimmung des Bischofs zu den Konzessionen löste heftige Kritik unter den Streikenden aus.⁶² Eine zweite Konzession trat im Zuge des eine Vorstufe für eine Verfassung bildenden Oktobermanifests von 1905 in Kraft: In privaten Schulen durften nun alle Fächer außer Russisch, Geschichte und Geografie auf Polnisch unterrichtet werden. Die Konzessionen erfüllten ihre Kompromissfunktion jedoch nicht mehr, zumal sich viele eine private Schule gar nicht leisten konnten. Das Bestreiken russischsprachiger Schulen setzte sich das ganze Schuljahr 1905/06 fort, die meisten Schulen unterrichteten in dieser Zeit auf Polnisch. Erst mit der endgültigen Niederschlagung der Proteste im Laufe von 1907 endeten auch die Schul- und Universitätsstreiks.

Die Schulstreiks waren keine neue Form der Auseinandersetzung. In der Provinz Posen beispielsweise hatte es bereits 1901/2 solche Streiks gegeben.⁶³ Die Forderungen nach Sprach- und Kulturautonomie richteten sich zwar gegen die Russifizierungspolitik, sind aber dennoch nicht automatisch als ein Schritt in Richtung politischer Autonomie oder gar Unabhängigkeit zu werten. Wenn die Landgemeinden polnische Protokolle der Gemeinderatssitzungen forderten, so ging es möglicherweise auch um lokale Machtverhältnisse, um sprachliche Redegewandtheit und ihre symbolische Bedeutung.

⁵⁹ RADLAK, B.: *Polski Związek Ludowy w rewolucji 1905–1907* [Die Polnische Bauernvereinigung in der Revolution 1905–1907]. Warszawa 1962.

⁶⁰ TYCH: *Rok 1905* (Anm. 24), 23.

⁶¹ BLOBAUM, *Rewolucja* (Anm. 1), 171.

⁶² TYCH: *Rok 1905* (Anm. 24), 23; BLOBAUM: *Rewolucja* (Anm. 1), 172–178, 250; DERS.: *The Revolution* (Anm. 52), 675.

⁶³ Siehe zu den Schulstreiks im preußischen Teilungsgebiet beispielsweise KULCZYCKI, J. J.: *School Strikes in Prussian Poland, 1901–1907. The Struggle over Bilingual Education*. New York 1981 (poln. Übers. Poznań 1993).

Man kann Schulstreiks als den Versuch einer Intervention von unten begreifen. Der Wunsch oder das Bedürfnis nach einer Befreiung von umfassenden, das gesamte Leben durchdringenden Repressionen wurde in die Forderung nach kultureller Autonomie »übersetzt«. Da die Repressionen in der Revolutionszeit stärker und existenzieller wurden, gewann auch die Forderung nach Autonomie an Bedeutung – jenseits von nationalem Bewusstsein. Ebenso konnte sie als eine mitteilbare, verallgemeinerbare Übersetzung des Bedürfnisses fungieren, von Repressionen, Zumutungen, Tod und Gefangenschaft befreit zu werden oder lokale Institutionen zu dominieren. Die Forderung nach Sprach- und Kulturautonomie als einen »Kampf zwischen russischem Staat und polnischer Gesellschaft, der katholisch, national und progressiv zusammenbringt«⁶⁴, aufzufassen, betont möglicherweise nur einen Aspekt, nämlich den der Sprache der Politik.

Sowohl die Streiks in den Industriebetrieben als auch die der Landarbeiter/innen, Schüler/innen und Studierenden können sicherlich als eine der zentralen Formen der Zeit der Proteste gelten. Aber es waren herkömmliche Protestformen, sie hatten in der Stadt wie auf dem Land Traditionen. In dieser Perspektive waren die Streiks, insbesondere die in Stadt und Land ähnliche Form des Umherziehens, ein Ritual, das Unzufriedenheit und Aushandlungsbedarf signalisierte. Ein Ritual aber ist liminal und in der Kulmination des Protests scheint das subversive Potential auf, das eine Veränderung der Machtverhältnisse impliziert. Dies gilt natürlich auch für die Politik der Straße. Demonstrationen, Kundgebungen und Selbstverteidigungsaktionen, aber auch die Aneignung von Wäldern oder Land auf den Dörfern, enthielten rituelle und subversive Aspekte. Der Vielfältigkeit der Protestformen entsprach die Vielfältigkeit der Forderungen, die sich nicht in das Schema »von ökonomisch zu politisch« oder »von spontan zu organisiert« einordnen lassen. Die Protestierenden und Agierenden vereinte nicht eine gemeinsame Sprache oder ein gemeinsames Ziel. Während sich manches ergänzte, stand anderes neben- oder gegeneinander.

Die Sprache der Revolte: Performativität und Symbol

Mit dem Barrikadenkampf in Lodz während des Sommers 1905 radikalisierte sich die Sprache der Proteste in eine Sprache der Gewalt. Auch wenn sie vieldeutig und ambivalent blieb, erhielt sie doch durch die zentrale Bedeutung der Bewaffnung eine Zuspitzung. Aus viele Aspekte umfassenden Protesten wurde in dem Moment des Barrikadenkampfes ein einziger, der des Sieges oder der Niederlage. In diesem Moment gelang es den sozialistischen Parteien (und Gewerkschaften) durch Solidaritätskampagnen ihren Anspruch auf Führungspositionen nicht nur zu demonstrieren, sondern auch zu legitimieren.

⁶⁴ BLOBAUM: *Rewolucja* (Anm. 1), 157f.

Lodz war zu Beginn des Sommers 1905 vergleichsweise ruhig, obwohl die Toten der Auseinandersetzungen um den 1. Mai in Warschau die Stadt in eine angespannte Stimmung versetzt hatten. Am 18. Juni versuchten Kosaken und Militär, eine spontane Demonstration aufzulösen, bevor diese das Zentrum erreichte. Die Auseinandersetzungen eskalierten, es fielen auf beiden Seiten Schüsse und am Ende starben fünf Demonstrierende. Die Trauerfeiern einige Tage später wurden zu einer großen politischen Manifestation der »Gegenmacht und Geschlossenheit«⁶⁵; es verbreitete sich das Gerücht, es seien zwei weitere jüdische Demonstranten umgekommen, deren Leichen die Polizei heimlich vergraben hätte. Erneut kam es zu aufgebrachtten Demonstrationen und zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit 21 Toten. In der Nacht vom 22. auf den 23. Juni 1905 eskalierte die Lage vor allem im jüdischen Viertel von Lodz. Die Revolte begann: Barrikaden wurden errichtet, die allerdings unbesetzt blieben. Das stürmende Militär wurde aus Toren und Hauseingängen beschossen, von den Dächern mit Ziegeln beworfen sowie mit kochendem Wasser überschüttet. Arbeitergruppen überfielen Polizisten und kleinere Militäreinheiten.⁶⁶ Als Zeichen der Solidarität wurde auch in anderen Städten gestreikt. Während der Unruhen kämpften Juden, Polen und Deutsche zusammen, auch hatten PPS, SDKPiL und Bund ein gemeinsames Aktionskomitee gebildet.⁶⁷ Das Bündnis zwischen polnischen, deutschen und jüdischen Arbeitern und einigen wenigen Arbeiterinnen löste sich jedoch schon kurze Zeit nach den Tagen der Revolte auf.

Wie schon während des ersten Generalstreiks wurde geplündert und zerstört, die Arbeiter/innen bestraften aufgegriffene Diebe mit körperlicher Gewalt, wobei es auch Tote gab.⁶⁸ Darüber hinaus kam es immer wieder zu antisemitischen Unruhen, Attacken gegen Personen und Läden; einige Arbeiter/innen griffen aber bei solchen Ausschreitungen ein und riefen dazu auf, antisemitische Pogrome als »konterrevolutionär« zu erkennen.⁶⁹ Dennoch zeigen gerade die Eskalationen in den Zeiten der Revolte die

⁶⁵ FUCHS, Z./WOZNIAK, K.: *Auf die Straße, Brüder! Als Polen, Juden und Deutsche gemeinsam gegen die Unterdrückung kämpften. Eine Betrachtung der Lodzer Revolution von 1905 aus interkultureller Sicht*. In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 12 (1997), 13–29, hier 22.

⁶⁶ Ebd., 24. In den Quellen ist vom Barrikadenkampf (*walki barykadowe*) die Rede, siehe die Beispiele in: *Źródła do dziejów rewolucji 1905–1907 w okręgu łódzkim* [Quellen zur Geschichte der Revolution 1905–1907 im Bezirk Łódź]. Bd. 1.2, hrsg. von P. KORZEC. Warszawa 1958, 237, 246.

⁶⁷ Dies betonen FUCHS/WOZNIAK: *Auf die Straße* (Anm. 65), 20.

⁶⁸ Beispiele bei KARWACKI: *Łódź* (Anm. 2), 143.

⁶⁹ TYCH, F.: *Lodzer Polen, Juden und Deutsche in der Revolution von 1905*. In: HENSEL, J. (Hg.): *Polen, Deutsche und Juden in Lodz 1820–1939. Eine schwierige Nachbarschaft*. Osnabrück 1999 (Einzelpublikationen des Deutschen Historischen Instituts Warschau, 1), 199–213, hier 201. Ein entsprechender Aufruf der PPS von Lodz in: *Rewolucja 1905–1907 na ziemiach polskich* [Die Revolution von 1905–1907 in Polen], hrsg. von P. KORZEC. Warszawa 1958 (Teksty źródłowe do nauki historii w szkole, 46), 28 f.

Verbindungen zwischen demokratischen Forderungen, ethnischer Praxis und dem Schüren von Hass und Gewalt.⁷⁰ Die These, die Pogrome seien durch Provokationen des Militärs ausgelöst worden, kann zwar nicht erhärtet werden, aber die Bereitschaft staatlicher Behörden, gegen antisemitische Gewalt einzuschreiten, war auf alle Fälle gering.⁷¹ Über die Zahl der Toten gibt es unterschiedliche Angaben – von 150 bis 2000 Opfern, darunter mehrheitlich Juden und Jüdinnen, da die Kämpfe im jüdischen Viertel stattfanden und das Militär wahllos auf Menschen und auch in Fenster schoss.

Am 25. Juni wurde der Ausnahmezustand verhängt, dennoch blieb die Stadt unruhig und die Streikbereitschaft im Laufe der Jahre 1905 und 1906 hoch. 1906 wurde in der Industrie insgesamt nur 32 Wochen gearbeitet.⁷² Die Kämpfe wurden erbittert geführt – nicht nur zwischen Fabrikleitung und Arbeiter/innen, sondern auch zwischen den verschiedenen politischen Parteien. Die Attentate auf hohe Beamte standen in der Tradition einer »Politik der Tat« der anarchistischen Geheimbundorganisationen in Russland; es fanden auch wieder Aktionen gegen Bordelle und andere Zerstörungs- und Aneignungsaktionen auf der Straße statt, wobei die bewaffneten Selbstverteidigungsorganisationen des Bundes sich darum bemühten, der Selbstjustiz einen ideologischen Rahmen zu geben und eine neue proletarische Moral zu definieren.⁷³ Im Laufe des Oktobers und Novembers 1906 spitzten sich die Auseinandersetzungen zwischen den Aktivisten der sozialistischen und nationalistischen Parteien zum so genannten Bruderkrieg zu: Nun wurde auf den politischen Gegner geschossen.⁷⁴ Am 24. April 1907 wurde eine überparteiliche Konferenz einberufen, an der neben acht Sozialisten vier Arbeiter der *Endecja*, ein christlicher Demokrat und drei Parteilose teilnahmen, um den Bruderkrieg zu beenden. Es scheint damals gelungen zu sein, wenigstens die gegenseitigen Attentate einzudämmen.⁷⁵

Während der großen Streiks im Herbst 1906 organisierte sich auch die Unternehmenseite der Textilindustrie. Im November gründete sie die Vereinigung der Baumwollfabrikanten von Lodz (*Związek Fabrykantów Łódzkich Przemysłu Bawełnianego*), die aus relativ geringem Anlass am 6. Dezember 1906 die Arbeiter/innen des gesamten Textil-

⁷⁰ Siehe URY: *Barricades* (Anm. 5), 165–195.

⁷¹ HOFMANN: *The Biedermanns* (Anm. 33), 33.

⁷² TYCH: *Rok 1905* (Anm. 24), 68.

⁷³ URY: *Barricades* (Anm. 5), 98–111.

⁷⁴ Tych spricht von 678 Attentaten im gesamten Königreich, in der Mehrzahl verübt von den bewaffneten Einheiten der PPS, aber auch von der SDKPiL und dem Bund, vgl. TYCH: *Rok 1905* (Anm. 24), 61–64, hier 64. Bei BLOBAUM: *Rewolucja* (Anm. 1), 224f. werden für die Zeit der Aussperrung von Januar 1906 bis Juli 1907 für Lodz 722 Fälle zwischenparteilicher Gewalt mit 322 Tote genannt. Vgl. auch den Hinweis bei ŻARNOWSKA, A.: *Rewolucja 1905–1907 a kultura polityczna społeczeństwa Królestwa polskiego* [Die Revolution 1905–1907 und die politische Kultur der Gesellschaft des Königreichs Polen]. In: WOLSZA/ŻARNOWSKA: *Spółczesność* (Anm. 4), 1–14, hier 4; KALABIŃSKI/TYCH: *Czwarde powstanie* (Anm. 7), 389–392.

⁷⁵ TYCH: *Rok 1905* (Anm. 24), 69f.

gewerbes in Lodz aussperrte.⁷⁶ Am 17. Dezember schlossen die Textilfabriken endgültig, um die Kampfkraft der Streikenden zu brechen: Die als »Lodzer Lockout« (*łodzki* oder *wielki lokaut*) bekannte große Aussperrung begann.

Zur Unterstützung der Ausgesperrten und ihrer Familien wurde eine überparteiliche und -gewerkschaftliche Kommission gegründet, die Spenden sammelte. Alle Fabriken in Lodz und zahlreiche Gewerkschaften beteiligten sich, die Landbevölkerung der Umgebung spendete Kartoffeln und andere Lebensmittel. Auch aus allen drei Teilungsgebieten⁷⁷ sowie von anderen europäischen Gewerkschaften und sozialistischen Parteien – aus Russland, Deutschland, Österreich, der Schweiz und Dänemark – kam Geld. Die Streikenden hielten über vier Monate durch, mussten aber am Ende aufgeben, ohne Zugeständnisse errungen zu haben. Die Streiks und die große Aussperrung Ende 1906 und Anfang 1907 waren sicherlich ausschlaggebend für das Ende der Revolution. Die Demonstrationen, Barrikaden, Bombenattentate und Attacken auf Polizei und Militär machten einen ganzen Stadtteil zum umkämpften Raum und demonstrierten so eine Revolte: die Aneignung von Räumen und die Infragestellung der staatlichen Gewalt. Gleichzeitig ermöglichten erst die internationalen Solidaritätskampagnen während der »großen Aussperrung« den Streikenden, so lange durchzuhalten. Die Kampagnen sind ein Symbol für die Aneignung der Revolution durch die Organisationen von Parteien und Gewerkschaften. Die Zuspitzung der Auseinandersetzungen verschärfte ideologische Differenzen zwischen den Protestierenden und bot ein neues Ordnungssystem an, die Sprache der Ideologie und damit die Ordnung der Parteien.

Die im Barrikadenkampf angelegte Ordnung der Gewalt hatte hingegen den Generalstreik im Herbst 1905 bestimmt. Im Sommer des Jahres hatte sich auch in Russland die revolutionäre Stimmung verbreitert: In den Industriegebieten wurden Arbeiterräte ins Leben gerufen, und am 31. Juli wurde der erste Kongress des Allrussischen Bauernbunds (*Vserossijskij krest'janskij sojuz v 1905*) eröffnet.⁷⁸ Die Antwort der russischen Regierung war eine am 6. August verkündete Reform aus der Feder des Innenministers Aleksandr Bulygin, die (bedingt) Religionsfreiheit garantierte sowie Wahlen zur Duma ankündigte, die allerdings auf der Grundlage eines Zensuswahlrechts in drei Kurien erfolgen sollten und damit nicht dem geforderten Gleichheitsprinzip genügten. Zudem wurde den Abgeordneten nur eine beratende Funktion eingeräumt. Die Unzufriedenheit mit dem Manifest verschärfte die Situation. Auch im Königreich Polen wurde nun wieder gestreikt und die Forderungen richteten sich verstärkt auf politische Ziele. Die sozialistischen Parteien riefen aufgrund der Ungleichheit des Wahlrechts zum Boykott der Duma-Wahlen auf, was im Königreich zum Wahlsieg der *Endecja* beitrug (→ IV. A).

⁷⁶ HOFMANN: *The Biedermanns* (Anm. 33), 44.

⁷⁷ Ebd.

⁷⁸ KUSBER, J.: *Die Bauern und das Jahr 1905*. In: DERS./FRINGS, A.: *Das Zarenreich, das Jahr 1905 und seine Wirkungen*. Münster 2007, 83–105, hier 100.

Im Oktober gingen die Streiks im ganzen Imperium in einen neuen Generalstreik beziehungsweise in einen Zustand des »allgemeinen Aufstands« über, auf den die Regierung am 30. Oktober mit dem Oktobermanifest antwortete: der Ankündigung einer Verfassung, der Garantie einer Volksvertretung und der Gewährung bürgerlicher Freiheiten (Presse-, Versammlungs- und Assoziationsfreiheit). Der Streik ging jedoch weiter: Gefordert wurde eine Generalamnestie für die politischen Gefangenen und eine demokratische Republik. In dieser Zeit streikte statistisch jede/r Arbeiter/in im Königreich mindestens einmal, deutlich mehr als die 17 Prozent der Arbeiter/innen im Imperium.⁷⁹

Der Generalstreik vom Oktober und November 1905 gilt als der Höhepunkt der Revolution auf dem Gebiet des Königreichs Polen: In verschiedenen Städten wurden Revolutionsorgane gegründet, die Komitees für öffentliche Sicherheit (*komitety bezpieczeństwa publicznego*).⁸⁰ Erneut nahm die sozialrevolutionäre Politik der Attentate zu und auf dem Land organisierten sich Partisanengruppen, die jedoch relativ isoliert blieben. Auch die *Inteligencja* unterstützte die Unruhen, unter anderem durch öffentliche Theateraufführungen mit patriotischen Liedern und durch Zeitungen. Obwohl Ende 1905 im gesamten Königreich der Kriegszustand ausgerufen wurde, wurde bis weit in den Januar 1906 immer wieder gestreikt.

Die staatliche Politik schwankte zwischen Repressionen und Konzessionen. Die Provinzregierungen, insbesondere in Warschau, waren weniger ambivalent, sie forderten zumeist hartes Durchgreifen. Am 14. Februar 1905, während des ersten Generalstreiks, wurde für das gesamte Königreich eine erhöhte Sicherheitsstufe ausgerufen, am 10. November 1905 das Allgemeine Kriegsrecht verhängt. In den vorhergehenden Monaten hatte bei länger andauernden Streiks in den einzelnen Provinzen immer wieder für eine begrenzte Zeit Kriegsrecht gegolten. Zwar gewannen dort die staatlichen Autoritäten, Militär und Polizei, meistens die Straßen schnell zurück, dennoch verweisen Uneinigkeit und auch Uneinheitlichkeit im Handeln zwischen Provinzen und Zentrum auf die Intensität der Auseinandersetzungen, auf die Unzufriedenheit der Bevölkerung und ihre Bereitschaft zu kämpfen.⁸¹

Die legendär gewordene Revolte in Lodz im Sommer 1905 hatte einen der Kulminationspunkte der Revolution dargestellt und nicht zufällig hatten die PPS und die SKDPiL bereits die ersten Streiks Anfang 1905 schnell zu einem Generalstreik erklärt und entsprechende Flugblätter mit den zentralen Forderungen der internationalen sozialistischen Bewegungen gedruckt. Denn der Generalstreik war ein Symbol für eine machtvolle sozialistische Politik, der Barrikadenkampf dagegen eher für den Macht-

⁷⁹ TYCH: *Rok 1905* (Anm. 24), 31.

⁸⁰ ŻARNOŃSKA: *Rewolucja* (Anm. 74), 4.

⁸¹ BLOBAUM: *Rewolucja* (Anm. 1), 260–291.

verlust von Polizei und Militär, die zeitweise die Kontrolle über Teile der Stadt verloren hatten.

Die Aneignung von Kontrolle erforderte Gewalt, die Gewalt der Auseinandersetzungen, die Freiheits- und Machterfahrung verbindet: die Erfahrung kollektiver Macht in den Demonstrationen und die Erfahrung der schießenden »Helden« der Revolte. Einerseits beteiligten sich alle, andererseits konzentrierte sich der Höhepunkt der Proteste auf den männlich konnotierten bewaffneten Einzelkämpfer. Die Sprache der Gewalt kann man sowohl als eine Sprache der Aneignung und Faszination – vor allem von Männlichkeit – als auch von Propaganda und Krisenerscheinung interpretieren.⁸² Sie faszinierte und löste Angst aus, Angst vor polizeilicher und militärischer Gewalt: Schießen, Schlagen, Festnahmen, Festungshaft, durch das Kriegsrecht legitimierte Todesstrafen, Deportationen, Angst vor Plünderungen oder antisemitischen Ausschreitungen.

Barrikadenkampf und Generalstreik radikalisierten die Protestformen, gleichzeitig trugen sie aber auch dazu bei, Politik als ein separates Feld, losgelöst von Ökonomie und Kultur, zu konstruieren – und dies nicht nur, weil im Generalstreik Forderungen wie demokratische Republik, allgemeines, gleiches, geheimes und direktes (Männer-) Wahlrecht, demokratische Freiheiten oder Amnestie der politischen Gefangenen im Vordergrund standen. Der Barrikadenkampf in Lodz und die Solidaritätsdemonstrationen und -streiks in anderen Städten stärkten die Bedeutung der sozialistischen Parteien. Die Gewalttätigkeit der Kämpfe und der Gebrauch von Waffen stärkten die Bedeutung von kampfbereiter Männlichkeit der Revolutionäre (was nicht bedeutet, dass keine Frauen beteiligt waren). Der Bruderkrieg verschärfte die ideologischen Differenzen, die Pogrome definierten die Grenzen der Zugehörigkeit zum aufständischen Kollektiv. So wurde in den gewaltsamen Straßenkämpfen eine neue Ordnung hergestellt, eine Ordnung des Politischen.

Die Sprache der Organisation: Parodie und *reiteration*

Die Revolution beschleunigte die Gründung verschiedener Organisationen, die die Sprachen der Protestierenden aufgriffen und in eigene Semantiken übersetzten; so spielte die in den Gemeindeprotesten sowie Schul- und Universitätsstreiks zentrale Forderung nach Selbstverwaltung und Autonomie auch für die zahlreichen Bildungsinstitute und Vereine eine wesentliche Rolle. Sie zielte darauf, verschiedene Bereiche des Lebens staatlichem Zugriff und staatlicher Gestaltungscompetenz zu entziehen.

⁸² ROSENHAFT, E.: *Links gleich rechts? Militante Straßengewalt um 1930*. In: LINDENBERGER, T./LÜDTKE, A. (Hg.): *Physische Gewalt. Studien zur Geschichte der Neuzeit*. Frankfurt a.M. 1995, 238–275, hier 259 u. 266.

Im Zuge der Gewährung von Presse- und Organisationsfreiheit im März 1906 wurde eine Reihe von bildungsbezogenen und kulturellen Vereinen sowie Berufsvereinigungen gegründet. Schon vor der Revolution gab es geheime Bildungsinstitute, insbesondere den Verein für Nationale Bildung (*Towarzystwo Oświaty Narodowej*, TON). Anknüpfend an diese Tradition entstanden verschiedene Einrichtungen als Konkurrenz zu den staatlichen Schulen, so beispielsweise im April 1905 der Polnische Schulverein (*Polska Macierz Szkolna*), der schnell unter den Einfluss der *Endecja* geriet. Dieser gelang es auch, die unterschiedlichen lokalen und regionalen Organisationen zu zentralisieren. Ihr Erfolg resultierte aus der reichen Erfahrung im geheimen Unterrichten. Angestrebt wurde eine Legalisierung des Schulvereins, die im März 1906 mit dem Gesetz über die Zulassung von Vereinen und Gewerkschaften mit einigen Einschränkungen erreicht wurde. Die staatlichen Institutionen bestanden jedoch auf der Kontrolle der Lehrereinstellung und der Curricula.

Auch die sozialistischen Parteien setzten auf eine kulturelle Basis ihrer Arbeit: Es formierten sich neue Arbeiterkooperativen mit Lesesälen und Büchereien, wobei zumindest der Bund auf eine längere Erfahrung mit solchen Organisationen zurückgreifen konnte.⁸³ Gegen die von der Nationalbewegung dominierten Bildungseinrichtungen gerichtet wurden weitere teilweise miteinander konkurrierende Institutionen gegründet, so beispielsweise Vereine, die sich der Alphabetisierung von Erwachsenen widmeten, eine »Universität für alle« (*Uniwersytet dla wszystkich*), die sich von der »Volksuniversität« (*Uniwersytet ludowy*) der Nationalbewegung abgrenzte.

Im Frühjahr und Sommer 1905 entstanden auch Berufsvereinigungen der *Inteligencja*. Darüber hinaus wurden in der Stadt und auf dem Land Produktions- und Konsumgenossenschaften bzw. -kooperativen geschaffen.⁸⁴ 1906 wurden in Warschau verschiedene Frauenvereine ins Leben gerufen, die Gleichberechtigung, unter anderem Wahlrecht für Frauen forderten, etwa der Polnische Verein für die Gleichberechtigung der Frauen (*Polskie Stowarzyszenie Równouprawnienia Kobiet*) sowie der Polnische Verband für die Gleichberechtigung der Frauen (*Polski Związek Równouprawnienia Kobiet*).⁸⁵

Seit der Einführung der Pressefreiheit im März 1906 nahm die Zahl der Zeitschriften und Zeitungen erheblich zu; nun erschienen verschiedene legale Parteiorgane. Aus dem Umfeld des Vereins für nationale Bildung TON ging die unabhängige, weithin gelesene Zeitung *Siewba* [Die Saat] von der bäuerlichen Bevölkerung für die bäuerliche Bevölkerung hervor.⁸⁶ Sie widersetzte sich erfolglos der zunehmenden Beeinflussung des

⁸³ PICKHAN, G.: »Gegen den Strom«. *Der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund »Bund« in Polen 1918–1939*. Stuttgart 2001 (Schriften des Simon-Dubnow-Instituts, 1), 52 f.

⁸⁴ Für das Land siehe TYCH: *Rok 1905* (Anm. 24), 55. Zu Łódź vgl. KARWACKI: *Łódź* (Anm. 2), 285–293.

⁸⁵ STEGMANN: *Die Töchter* (Anm. 36), 140–146.

⁸⁶ TYCH: *Rok 1905* (Anm. 24), 48.

TON durch die *Endecja*, weshalb aus ihrem Umfeld eine eigene Organisation gegründet wurde, die Vereinigung der Polnischen Bauernjugend (*Związek Młodej Polski Ludowej*).

Vereine waren keine neue Form der politischen Arbeit, auch wenn sie bis 1905 verboten gewesen waren (→ IV. E). Bildungsvereine und auch eine selbstorganisierte so genannte »fliegende Universität« (*uniwersytet latający*) gab es bereits im 19. Jahrhundert. Von letzterer hatten insbesondere die Frauen der *Inteligencja* profitiert.⁸⁷ Die Vereine und die Presse überführten Streiks und Straßenpolitik in legale Formen: in Interessenvereinigungen, die sich Reformen widmeten, sowie in die Verschriftlichung von Konflikten in Ziele und Ideologien. So drangen die Praktiken der Bildung in die Welt der Streikenden und Protestierenden ein. Das bis 1909 aufrecht erhaltene Kriegerrecht bereitete allerdings, obwohl Land und Stadt schon 1907 befriedet schienen, jeglichen revolutionären Aktionen seitens der Organisationen und deren Publikationstätigkeit ein Ende. Es zerstörte Vereine, Assoziationen und Kooperativen.⁸⁸ Viele Organisationen gingen unter oder verkleinerten sich. Übrig blieben in großer Zahl und mit weitreichenden Strukturen nur die Gemeindeversammlungen, die freiwillige Feuerwehr sowie die ländlichen Kooperativen oder Agrarzirkel.

Ein Großteil der während der Revolution ebenfalls erstarkenden Gewerkschaften verband betriebliche Selbstorganisation mit Parteipolitik – ihre Sprache war einerseits die der Vermittlung zwischen Partei und Fabrik, andererseits die der Ideologisierung. Wie für die Streiks gilt auch für die Gewerkschaften, dass sie nicht durch die sozialistischen Parteien gegründet wurden, sondern dass die Arbeiterschaft über eigenständige Organisationen verfügte, die die Parteien zu dominieren suchten. Fabrikdelegationen gab es schon vor der Revolution, Gewerkschaften allerdings waren bis März 1906 nicht erlaubt. Seitdem wurden zahlreiche Gewerkschaften gegründet, Streiks und Streikkassen blieben allerdings verboten. Im Königreich Polen lag der Organisationsgrad der Arbeiter/innen mit 20 Prozent im Vergleich zum Durchschnitt im Russischen Reich mit 5 Prozent hoch. Er war auch höher als beispielsweise in Belgien, Frankreich oder Österreich.⁸⁹

Die Gewerkschaften differenzierten sich entsprechend der Parteienlandschaft aus und ermöglichten den Parteien den Kontakt zu den Arbeiter/innen. Die SDKPiL und der Bund bauten Parteiengewerkschaften auf. Am erfolgreichsten waren die der PPS nahe stehenden unabhängigen Gewerkschaften.⁹⁰ Auch nationale und christliche Gewerkschaften, der Nationale Arbeiterbund (*Narodowy Związek Robotniczy*) und der

⁸⁷ Vgl. STEGMANN: *Die Töchter* (Anm. 36), 73–77.

⁸⁸ KARWACKI: *Łódź* (Anm. 2), 24.

⁸⁹ BLOBAUM: *Rewolucja* (Anm. 1), 73.

⁹⁰ ORZECHOWSKI, I./KOCHAŃSKI, A.: *Zarys dziejów ruchu zawodowego w Królestwie Polskim (1905–1918)* [Abriss der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung im Königreich Polen (1905–1918)]. Warszawa 1964, 78–126; BLOBAUM: *Rewolucja* (Anm. 1), 108–114.

Verein Christlicher Arbeiter (*Stowarzyszenie Robotników Chrześcijańskich*) gewannen Einfluss, wobei die christliche Gewerkschaft nach Ansicht der *Endecja* während der Revolutionsjahre zu konservativ agierte, obwohl sie, ähnlich wie diese, ethnisches Polentum und Katholizismus an die Mitgliedschaft knüpfte. Insgesamt blieb der Erfolg der Gewerkschaften begrenzt, da das parteinahe überbetriebliche Organisationsprinzip weder der Praxis der Streiks noch der der Aussperrung entsprach.⁹¹ Dennoch: Gerade während der Aussperrung bot die überregionale Struktur der Gewerkschaften – wie die der Parteien – Möglichkeiten der Solidarität.

Die Sprache der Vermittlung und die Sprache der Ideologisierung konstruierten ein neues Feld, das Feld des Politischen. Die Parteien übersetzten die Sprache der Straße in eine Sprache des Textes. Nationale und sozialistische Forderungen waren gewissermaßen Übersetzungscodes in einem europaweiten Diskurs. Im Kontext der Parteigeschichte gilt die Revolution von 1905 in der Forschung als Übergangsphase hin zu politischen Massenparteien. Abgesehen von einer deutlichen Steigerung ihrer Mitgliederzahlen – von einigen hundert zu mehreren tausend bis zu zehntausend Mitgliedern⁹² – sind nach Blobaum die Entstehung von Lokalkomitees, parteinahen Gewerkschaften und die Publikation von Periodika weitere Kennzeichen für eine Massenpartei.⁹³ Bis dahin waren die verbotenen politischen Organisationen vor allem klandestine Zirkel gewesen, an denen sich in erster Linie die *Inteligencja* und Handwerker beteiligten. Arbeiter/innen hatten ihnen kaum angehört.

Der Bund allerdings entsprach schon vor der Revolution Blobaums Kriterien einer Massenpartei. Er betrieb Bildungs- und Kulturinstitute, perfektionierte die Agitation, brachte regelmäßige Publikationen heraus und war Vorreiter in der Entwicklung und im Einsatz von Selbstverteidigungsorganisationen. Obwohl der Bund keine besonders große Organisation war, waren seine Aktionen deutlich sichtbar, so die Präsenz der Selbstverteidigung, die bewaffnete »Politik der Tat«, aber etwa auch die populären Aktionen gegen Bordelle. Weniger erfolgreich war er darin, den Entwicklungsvorsprung aufrecht zu erhalten.⁹⁴ Die sozialistisch-zionistische Partei »Arbeiter Zions« (*Po'alei Zion*) hatte 1905 nur eine Handvoll Mitglieder, konnte die Zahl aber im Laufe des Jahres 1906 rapide steigern. Es entstanden lokale Komitees, Gewerkschaften und eine regelmäßig erscheinende Presse. Die Partei erfüllte somit ebenfalls die Blobaumschen Kriterien. Am besten gelang der Schritt zur Massenpartei der PPS, während die SDKPiL vergleichsweise klein blieb. Darüber hinaus verfügte der sozialistische Flügel um Józef Piłsudski, seit seiner Abspaltung von der übrigen Partei 1906 in der PPS Revolutionäre

⁹¹ Für das Beispiel Łódź vgl. HOFMANN: *The Biedermanns* (Anm. 33), 32.

⁹² Zahlen bei KARWACKI: *Łódź* (Anm. 2), 21–38.

⁹³ BLOBAUM: *Rewolucja* (Anm. 1), 210.

⁹⁴ Ebd.

Fraktion (*PPS Frakcja Rewolucyjna*) organisiert, über die stärksten Kampftruppen.⁹⁵ Rechnet man alle ihre Organisationen zusammen, war der Erfolg der sozialistischen Parteien recht groß. Im Herbst 1906 war fast ein Drittel des Industrieproletariats organisiert.⁹⁶

Zwischen den verschiedenen sozialistischen Parteien herrschte scharfe Konkurrenz um die Führungspositionen bei den Streiks und in den Arbeiterdelegationen.⁹⁷ Alle Parteien engagierten sich im Streik vom 1. Mai 1905, aber trotz heftiger Unruhen in Warschau blieb ihr Agitationserfolg zunächst gering: So entzündete sich der Aufstand in Lodz an den Demonstrationen anlässlich der Trauerfeiern und den Fabrikversammlungen, nicht an den Konflikten um die Etablierung des 1. Mai als Kampftag. Die Streiks, die Aufstände und die Straßenpolitik blieben der Führung durch Parteien lange entzogen. Ihre Organisation gelang offenbar eher aufgrund von lokalen Aktionen und Komitees, mündlicher Verbreitung und direkter Solidarität als durch Flugblätter, Zeitungen und Beschlüsse der Parteiführungen. Dennoch lernten die Parteien schnell. Beispielsweise gelang es ihnen, an der Spitze jener Streiks in Warschau zu stehen, die zur Unterstützung der Barrikadenkämpfe in Lodz ausgerufen wurden. Auch setzten sie gegen das ungleiche Wahlrecht einen Boykott der ersten Dumawahlen durch.

Seit 1906 bemühten sich SDKPiL und vor allem die PPS-Lewica, der auf Massenpolitik ausgerichtete Reformflügel, auch auf dem Land organisatorisch Fuß zu fassen, wobei erstere an einer Klassenkampfrhetorik festhielt, sich an die streikenden Lohnarbeiter/innen wandte und alle Land besitzenden Bauern/Bäuerinnen als kapitalistische Unternehmen betrachtete. Die PPS dagegen forderte eine Umverteilung des Bodens, wobei in erster Linie an die nach dem Januaraufstand konfiszierten Güter gedacht war.

Die *Endecja* verhielt sich zunächst abwartend und sprach sich für ausschließlich legale Aktionen aus. Angesichts des Revolutionsverlaufs radikalisierte sie sich jedoch. Sie rief nun zur Unterstützung des Schulstreiks sowie der geheimen Schulen auf und forderte eine staatsunabhängige Kontrolle von Schulen wie Lehrer/innen. Ihr gelang es, im Laufe von 1905 zur stärksten Massenbewegung zu werden, die vor allem das Land, aber auch Teile des städtischen Proletariats erfasste. Sie baute eine Parteistruktur auf, die jederzeit friedliche Demonstrationen organisieren konnte, und das auch außerhalb Warschaws. Ihre Bildungsvereine und -institute bildeten die Grundlage ihrer straffen Organisation. Sie begriff sich als ethnisch polnische Partei und schloss andere Nationa-

⁹⁵ Ebd., 195–210. Zu den Kampftruppen und der Aufrechterhaltung eines revolutionären Habitus siehe auch POTKAŃSKI, W.: *Odrodzenie czynu niepodległościowego przez PPS w okresie rewolucji 1905 roku* [Die Wiedergeburt der Unabhängigkeitsaktion durch die PPS in der Zeit der Revolution von 1905]. Warszawa 2008, bes. 250–256.

⁹⁶ ŻARNOŃSKA: *Rewolucja* (Anm. 74), 24 f.

⁹⁷ Zum Folgenden v. a. Blobaum: *Rewolucja* (Anm. 1), 188–233.

litäten aus, auch trat sie mit antisemitischer Rhetorik hervor, insbesondere mit der Gleichsetzung von Sozialismus und Judentum.⁹⁸

Im Laufe des Jahres 1906 vergrößerte die Bauernvereinigung PZL ihren Einfluss ebenso. Sie forderte politische Autonomie, die Abschaffung der staatlichen Kontrolle von Schule und Kirche, Polnisch als Sprache in Schule und Verwaltung sowie bäuerliche Genossenschaften und Produktionskooperativen. Im Programm war nichts von Landverteilung zu lesen, allerdings äußerte sich der PZL entsprechend auf einer Bauernversammlung im Juni 1906.⁹⁹ Daneben war auf dem Land noch eine Bewegung der christlichen Demokratie aktiv, die ebenfalls eine »lebensweltliche« Politik betrieb und etwa Genossenschaftsläden oder Sparkassen gründete. Zu deren erfolgreichsten Initiativen gehörte der Verein christlicher Arbeiter (*Stowarzyszenie Robotników Chrześcijańskich*).¹⁰⁰ Prozentual gesehen war die Landbevölkerung weniger stark in Parteien organisiert als die städtischen Arbeiter/innen. Allerdings liegt dieser Annahme ein Politikbegriff zugrunde, der Bildungsvereine als Vorform politischer Parteien versteht und daraus schließt, städtische Arbeiter/innen seien politischer gewesen.

Auch im letztlich nur von der *Inteligencja* unterstützten liberalen Lager entstanden Parteien, beispielsweise im Dezember 1904 die Vereinigung der Fortschrittlichen Demokratie (*Związek Postępowej Demokracji*) und die sich 1906 abspaltende Polnische Fortschrittspartei (*Polska Partia Postępowa*), die Deutsche Verfassungsliberale Partei (*Niemiecka Partia Konstytucyjno-Liberalna*) und der Jüdische Territorialzionistische Verein (*Żydowskie Towarzystwo Terytorialno-Syjonistyczne*). Letztere beiden repräsentierten das besonders in Lodz starke jüdische und deutsche Unternehmertum. Mit dem Ende der Revolution und der erneuten Verhängung des Kriegsrechts wurden die Parteien verboten; die sozialdemokratischen Parteien wurden regelrecht zerschlagen, während die *Endecja* mit halblegalen Strukturen überleben konnte und stärkste Einzelpartei blieb.¹⁰¹

Alle Parteien betrieben auffallend umfangreiche Publikationsaktivitäten. Die Produktion von Flugblättern zur Unterstützung und Bindung der Streikenden an die jeweilige Partei war enorm. Es erschienen Zeitungen, im Falle der Sozialdemokratie auch auf Jiddisch und Deutsch. Die Parteien organisierten Kundgebungen und Demonstrationen, bildeten Komitees, die die Generalstreiks ausriefen oder für beendet erklärten.

Ziel der Parteien war es, sich an die Spitze der Streikenden zu setzen und den Protest in jeweils ihre Richtung zu kanalisieren. Ein Mittel dieser Kanalisierung waren die Forderungen. Nationale Forderungen, von Sprachrechten bis zu kultureller Autonomie, standen für alle Parteien auf der Tagesordnung. Im Generalstreik vom Herbst 1905

⁹⁸ TYCH: *Lodzer Polen* (Anm. 69), 206.

⁹⁹ BLOBAUM: *Rewolucja* (Anm. 1), 48.

¹⁰⁰ Ebd., 252 f.

¹⁰¹ TYCH: *Lodzer Polen* (Anm. 69), 212.

gewann die Forderung nach der Unabhängigkeit Polens an Bedeutung, sie radikalisierte die Auseinandersetzung mit der militärischen Staatsmacht. Gleichzeitig wurde die Redeweise umgedreht: Erst die politische und nationale Freiheit in Polen würde weitgehende politische Freiheiten in Russland garantieren.¹⁰² Eine ähnliche Bedeutung für die sozialistischen Parteien hatte die Forderung nach dem Achtstundentag, mit der ein Anschluss an die internationale Bewegung gefunden wurde und die für ein sozialistisches Interpretationsmodell der Gesellschaft stand.

So bildete sich ein die Gesellschaft strukturierendes Spektrum an Positionen aus; die Proteste sollten parteiförmig eingebunden werden. In diesem Sinne waren sich die Parteien ähnlich: Sie alle versuchten, den Protest auf eine als politisch deklarierte Ebene zu »heben«. Sie handelten mit den Streikenden ein neues Verständnis von Politik aus. Politik wurde in der Zeit der Revolution nicht nur zu einem separaten Bereich der Gesellschaft, sondern Parteien waren auch diejenigen Institutionen, die diesen Prozess repräsentierten. Parteien waren Institutionen des Politik Machens: Im Unterschied zur Straßenpolitik waren sie hierarchisch und bürokratisch, sie definierten Ein- und Ausschluss der Zugehörigkeit (beispielsweise das Kriterium der Konfession und Ethnizität für die Mitgliedschaft in der *Endecja*) und gestalteten so die Politik der Revolution.

Organisationen – Vereine, Institute, Parteien, Gewerkschaften – können als Antworten auf die Straßenpolitik verstanden werden. Indem sie die Dominanz politischer Formen verschoben – von einer mündlichen zu einer schriftlichen Informationspolitik, von Auseinandersetzungen zu Kundgebungen, von Streiks zu Wahlen – konstruierten sie ein Feld der Politik getrennt von Ökonomie und Kultur.¹⁰³ Gleichzeitig nutzten die Vereine intellektuelle Formen wie Zeitungen und produzierten so neue Ausschlüsse und Hierarchien. Sie benachteiligten in ihren Äußerungsmöglichkeiten Unterschichten, Analphabet/innen, die ländliche Bevölkerung und Frauen (nicht prinzipiell, aber in der Praxis). Dies betraf nicht nur die Zeitungen als Medium, sondern auch die internationale Verständlichkeit und Übertragbarkeit der Forderungen nach Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit, freiem, gleichen, geheimen und direkten (Männer-)Wahlrecht, aber ebenso nach nationaler Autonomie oder dem Achtstundentag.

Dennoch und wie immer greift diese Interpretation zu kurz: Einerseits kann man die Organisationen als Parodie auf den Streik verstehen, andererseits wohnte ihnen auch ein Moment der permanenten Wiederholung (*reiteration*) inne, die die Umwälzung der Gesellschaft als Möglichkeit offenhielt – auch nach dem Ende Revolution. Dabei halfen insbesondere die paramilitärischen Kampforganisationen. Besonders erfolgreich waren aber nicht die Parteien, die ihre politischen Positionen am konsequentesten präsentierte, sondern diejenigen, die Anspruch auf die gesamte Lebensweise der Bevölkerung erhoben, die also Reform und Revolution als einen kulturellen Gesamtprozess

¹⁰² BLOBAUM: *Rewolucja* (Anm. 1), 40.

¹⁰³ So ŻARNOŃSKA: *Rewolucja* (Anm. 74), 7 f.

verstanden, auch wenn die Bildungs- und Kulturinstitutionen oder Gewerkschaften, Genossenschaften und Sparkassen keine genuinen Parteiinstitute waren, sondern nur parteinah.

Die Sprachen der Historiker/innen: Positionierungen und Erklärungen

Die Quintessenz der bisherigen Forschungen besteht vor allem in der These, die Revolution im Königreich Polen lasse sich als Politisierung zusammenfassen.¹⁰⁴ Darunter werden die Ausweitung von ökonomischen auf politische Forderungen (Sprachforderungen, Wahlrecht, Versammlungs- und Organisationsfreiheit, Abschaffung der Zensur), der Wandel von klandestinen (Partei-)Zellen zu offen agierenden Massenorganisationen sowie die Entstehung einer als zivilgesellschaftlich bezeichneten Landschaft von Vereinen, Kollektiven, Gewerkschaften und Parteien verstanden. Blobaum meint, dass die Bedeutung der Ereignisse von 1905 darin gelegen habe, dass die Bevölkerung erstmals die Möglichkeit der Wahl der politischen Mittel gehabt habe. Während es vor 1905 darum gegangen sei, ob sich die Bevölkerung beteilige, sei nach 1905 die Frage gewesen, wie sie sich beteilige, und damit hätten sich die politischen Erfahrungen unwiderruflich gewandelt.¹⁰⁵ Vor allem in der Zunahme organisierter Formen der politischen Äußerungen sieht die Forschung den zentralen Wandel, die Entwicklung hin zu einer Zivilgesellschaft.¹⁰⁶ Dagegen wird der gewalttätige Protest – Revolten, Terror – tendenziell als Folge eines »Reformstaus« im autokratischen Zarenreich interpretiert.¹⁰⁷

Man könnte die Ereignisse auch als Geschichte eines Kampfs gegen die Fabrikgesellschaft erzählen. Andreas Hofmann betont die Aushandlung von Arbeitsverhältnissen und die Neudefinition der Beziehungen zwischen Fabrikmanagement und Arbeiter/innen als Quintessenz der revolutionären Ereignisse. Beide Seiten dachten über ihre Beziehungen in politischen Begriffen neu nach.¹⁰⁸ In Anlehnung an die Forschungen zum sozialen Protest kann man die Auseinandersetzungen als die Verteidigung einer sittlichen Ökonomie gegen die Marktförmigkeit der Arbeitsbeziehungen verstehen. In

¹⁰⁴ Zur Interpretation als Prozess von Politisierung zu Nationalisierung der Arbeiterschaft siehe MARZEC, V.: *Die Revolution von 1905 bis 1907 im Königreich Polen – von der Arbeiterrevolte zur nationalen Reaktion*. In: *Arbeit – Bewegung – Geschichte. Zeitschrift für historische Studien* 15 (2016), 27–46.

¹⁰⁵ BLOBAUM: *Rewolucja* (Anm. 1), 233.

¹⁰⁶ Zur Kritik an der Normativität des Begriffs Zivilgesellschaft vgl. MESENHÖLLER, M.: *Zivilgesellschaft und Ständegesellschaft. Überlegungen am Beispiel Kurlands im 19. Jahrhundert*. In: BAUER-KÄMPER, A. (Hg.): *Die Praxis der Zivilgesellschaft. Akteure, Handeln und Strukturen im internationalen Vergleich*. Frankfurt a.M. 2003, 131–160.

¹⁰⁷ CZAPIEWSKI, E.: *Próba reinterpretacji przyczyn wybuchu rewolucji 1905 roku w Rosji carskiej* [Versuch einer Reinterpretation der Ursachen der Revolution von 1905 im kaiserlichen Russland]. In: PRZENIOSŁO/WIECH: *Rewolucja 1905–1907* (Anm. 2), 10–19.

¹⁰⁸ HOFMANN: *The Biedermanns* (Anm. 33), 27.

dieser Perspektive wandelte sich eine traditionelle plebejische Protestkultur in eine moderne Arbeiterkultur.¹⁰⁹ Allerdings setzten die Revolten so, wie sie in der Revolution stattfanden, ein modernes Fabrikssystem und eine Stadt voraus. Auch Streiks auf dem Land kann man als Abwehr von Eigentumsformen einer kapitalistischen Gesellschaft und gleichzeitig als Arbeitsmarktpolitik (Lohnerhöhung) deuten. Die Antwort auf die Aneignungen von unten waren Repressionen und eine Kanalisierung der Politik in parteipolitische Entwürfe moderner Prägung, eine Neudefinition sozialer und politischer Hierarchien. Die Organisationen wären dann eine Disziplinierung; Arbeitsorganisation und Parteien würden als Erziehungsinstrumente fungieren.

Charakteristisch ist vermutlich vor allem die Vielfältigkeit der Protestformen, die verschiedene Lebensbereiche erfassten: Schulen, die Straße und die Nachbarschaft, die Gemeinde, das Land, die Fabriken. Die allermeisten dieser Formen waren nicht neu, insbesondere wurden sie nicht von den Parteien eingeführt, sondern waren den Protestierenden in der Industrie wie auf dem Land vertraut. Das Nebeneinander von verschiedenen Streiks, Protesten und Gewalt ist es auch, was den Begriff »Revolution« so selbstverständlich macht für die Ereignisse zwischen 1904 und 1907.¹¹⁰ Überraschend wenig Berücksichtigung fand bislang die Beobachtung, dass die Zeit zwischen 1904 und 1907 eine einschneidende Erfahrung für Jugendliche und junge Erwachsene war, die sich als radikale Revolutionär/innen präsentierten.¹¹¹

Eine weitere Erzählung handelt daher von der Bedeutung der Aktionsformen und dessen, was als politisch gilt. Sie verknüpft die historische mit der historiografischen Suche nach einer neuen Ordnung. Zum ersten waren ökonomische Forderungen politisch, gestalteten sie doch die Beziehungen in der Fabrik und auf dem Markt. Zum zweiten gehörten die verschiedenen Protestformen – Revolten, Streiks, Landbesetzungen, ziviler Ungehorsam, gewalttätige Zerstörungen – zusammen, waren Teil einer (multiplen) Moderne. Die revolutionären Aktionen waren nicht automatisch identisch mit einem Streben nach Gleichberechtigung und Hierarchie- oder Herrschaftsfreiheit. Sie waren es insbesondere nicht, wenn man sich die Gewalttätigkeiten gegen Prostituierte oder Bordelle, die antisemitische Gewalt und nationale Ein- und Ausschlüsse oder Denunziationsmöglichkeiten vor Augen führt. Die Aktionen waren die Sprache, mit der

¹⁰⁹ Gemeint ist nicht, dass die Straßenpolitik als Protest der Unterschichten gegen Depravation zu deuten wäre. So KARWACKI: *Łódź* (Anm. 2), 118.

¹¹⁰ Abgesehen von der Ableitung aus den Deutungen der russischen Geschichte als Generalprobe für 1917 bzw. als Gesamtentwicklung der Ereignisse der ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts. Vgl. dazu PIPES, R.: *Die Russische Revolution*. Berlin 1992; STRIEGNITZ: *War das die Generalprobe* (Anm. 7).

¹¹¹ Vgl. aber URY, S.: *The Generation of 1905 and the Politics of Despair. Alienation, Friendship, Community*. In: HOFFMAN, ST./MENDELSON, E. (Hg.): *The Revolution of 1905 and Russia's Jews*. Philadelphia 2008 (Jewish Culture and Contexts), 96–110; PICKHAN, G.: *Vom Ereignis zum Mythos. Die Revolution von 1905 und die jüdische Linke in Osteuropa*. In: HENNING: *Revolution* (Anm. 14), 126–139.

die Bedeutung von Politikformen – national, demokratisch, traditionell, modern, radikal, reformistisch – ausgehandelt wurden. Umkämpft war also sowohl die Fabrikgesellschaft als auch die Sphäre des Politischen. Was ein (Arbeits-)Markt war, was eine Fabrik, was eine Organisation oder Partei, was Politik, was Nationalismus, was Sozialismus, wurde durch revolutionäres Handeln konstruiert. Ritual, Subversion, Performativität, Symbol, Parodie und *reiteration* sind Zeichen, verschiedene kulturelle Codes oder Sprachen, die in der Revolution gesprochen, übersetzt, verstanden oder manchmal auch nicht verstanden wurden. Es wurden viele Sprachen gesprochen und Codes konstruiert: beispielsweise vereinigte sich die Straßenpolitik mit der Organisationspolitik in der Eindeutigkeit der Geschlechterhierarchisierung, der Begünstigung von kampfbereiter Männlichkeit, oder die Zerstörung der Straßenlaternen mit den Bordellkrawallen in der Auflehnung gegen staatliche Ordnung und im Bruch nichtstaatlicher Normen. Am Ende besitzen alle diese Erzählungen Gültigkeit, 1904 bis 1907 war eine Zeit vieler Sprachen.

G. Die Entstehung moderner Nationalkulturen. Polnische und konkurrierende Projekte

VON PIOTR SZLANTA

UNTER MITARBEIT VON IGOR KAŁOLEWSKI UND KARSTEN HOLSTE

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kam es überall in Europa zum Abbau der traditionellen sprachlichen Vielfalt zugunsten des Gebrauchs standardisierter Nationalsprachen. Gleichzeitig verschmolzen dynastische, ständische, regionale und religiöse Erinnerungskulturen zu nationalen.¹ Vorangetrieben wurden diese Entwicklungen durch Homogenisierungsbemühungen staatlicher Institutionen, etwa durch den Ausbau des Schulwesens und der Militärpflicht, ebenso wie durch die Aktivität der sich formierenden Nationalbewegungen, die eigene Bildungsinitiativen und Kulturzentren gründeten. Der Ausbau verschiedener nationaler Kommunikations- und Erinnerungsgemeinschaften war dabei eingebettet in eine transnationale Konkurrenz der verschiedenen nationalen Akteure und stützte sich auf die mit dem Ausbau des Eisenbahnnetzes verbundene wachsende Mobilität, auf die infolge neuer politischer Partizipationsmöglichkeiten entstehenden Massenorganisationen sowie auf den durch zunehmende Alphabetisierung und Kaufkraft wachsenden Absatz von Massenmedien.²

Da die Ausbreitung des Gefühls nationaler Zugehörigkeit nicht allein auf staatliche Initiativen zurückging und folglich nicht oder zumindest nicht nur an politisch-administrativen Grenzen orientiert war, entwickelten sich auf demselben Territorium häufig mehrere Nationalkulturen parallel, die sich teils durch unterschiedliche Sprachen, teils

¹ Das Kapitel basiert auf Forschungen von Piotr Szlanta im Rahmen des vom polnischen Nationalen Wissenschaftszentrum (*Narodowe Centrum Nauki*) geförderten Projektes *Transformacja społeczeństwa Królestwa Polskiego w raportach dyplomatów niemieckich i austro-węgierskich 1890–1914* [Der Niederschlag des gesellschaftlichen Wandels im Königreich Polen in den Berichten deutscher und österreich-ungarischer Diplomaten 1890–1914] (Ausschreibung OPUS 15, Panel HS 3, Nr. 2018/29/B/HS3/02075).

² Vgl. THIESSE, A.-M.: *National Identities. A Transnational Paradigm*. In: DIECKHOFF, A./JAFFRELOT, C. (Hg.): *Revisiting Nationalism. Theories and Processes*. London 2005, 122–143. Eine Übersicht der älteren Forschung bei: LANGEWIESCHE, D.: *Nation, Nationalismus, Nationalstaat. Forschungsstand und Forschungsperspektiven*. In: *Neue Politische Literatur* 40 (1995), 190–236. Sammlung klassischer, zentraler Beiträge zur Nationalismusforschung in: HUTCHINSON, J. (Hg.): *Nationalism*. Oxford 1994. Eine vergleichende Darstellung des europäischen Prozesses mit starker Berücksichtigung des östlichen Europas: HROCH, M.: *Das Europa der Nationen. Die moderne Nationsbildung im europäischen Vergleich*. Göttingen 2005 (Synthesen. Probleme europäischer Geschichte, 2).

durch religiöse Differenz, immer aber durch abweichende historisch-politische Narrative voneinander abgrenzten. Auf dem Gebiet des früheren Polen-Litauen bestand insofern eine besondere Situation, als hier nicht nur staatliche Integrationsbemühungen und die Selbstorganisation unterschiedlicher nationaler Gemeinschaften konkurrierten, sondern auch die Tradition der frühneuzeitlichen *Rzeczpospolita* nachwirkte. Deren politisches System hatte zwar eine zunehmende Homogenisierung der adligen Oberschicht, gekennzeichnet durch die Verbreitung polnischer Sprache und katholischen Glaubens, hervorgebracht, damit zugleich aber zu wachsender sprachlicher und religiöser Differenz zwischen dem Adel und Teilen der restlichen Bevölkerung geführt (→ Bd. 2, VI. C). Außerdem hatten Autonomierechte für verschiedene Bevölkerungsgruppen die Entwicklung ethnisch-religiöser Sondergemeinschaften gefördert:³ vor allem der jüdischen Gemeinden und – im Königlichen Preußen sowie in Großpolen – des protestantischen deutschsprachigen Stadtbürgertums, aber auch kleinerer Gruppen wie der Armenier, Karäer oder Tataren (→ Bd. 2, VI. C/D).

Unter den Bedingungen der Teilungsherrschaft formierte sich im 19. Jahrhundert, zunächst gestützt auf den Adel, dann zunehmend auch auf die neuentstehende Bildungselite der *Inteligencja*, eine polnische Nationalbewegung (→ II. B, III. G und IV. C). Deren Bemühungen um Ausbreitung eines polnischen Nationalbewusstseins konnten sich aber nur im seit den 1860er Jahren weitgehend autonom regierten Galizien auf staatliche Institutionen stützen, sodass der Katholischen Kirche und später auch den neu entstehenden politischen Massenbewegungen eine entscheidende Rolle zukam. Zentrale Tätigkeitsfelder der nationalen Bewegung waren Bemühungen um polnischsprachige Bildung, der Aufbau polnischer Kultur- und Wissenschaftsinstitutionen sowie die nationale Prägung des öffentlichen Raums durch Feiern nationaler Gedenktage und Errichtung von Denkmälern.

In den revolutionären Auseinandersetzungen der 1840er Jahre waren erstmals auch eine deutsche und eine ruthenische Nationalbewegung als politische Akteure auf dem Gebiet des früheren Polen-Litauen in Erscheinung getreten (→ III. F). Deren mit polnischen Akteuren konkurrierende Bemühungen um Organisation möglichst großer Bevölkerungsteile entfalteten ab den 1870er Jahren eine zunehmende Dynamik (→ IV. E) und wurden ergänzt durch diejenigen der neuentstehenden litauischen, jüdischen und schließlich weißrussischen nationalen Bewegungen. Die Auseinandersetzungen der verschiedenen Nationalbewegungen mit den Behörden der Teilungs-

³ In der Forschung werden diese daher teilweise auch als eigene Stände aufgefasst, vgl. KĄKOLEWSKI, I.: *Tolerancja reglamentowana? Koncepcje tolerancji chrześcijan wobec Żydów w Rzeczypospolitej na tle Rzeczy Niemieckiej w XVI i I połowie XVII w.* [Reglementierte Toleranz. Konzepte christlicher Toleranz gegenüber Juden in Polen-Litauen vor dem Hintergrund derjenigen im deutschen Reich während des 16. und in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts]. In: *Czasy Nowożytnie* 28 (2015), 11–23.

mächte, aber auch untereinander trugen dazu bei, dass zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Bedeutung der Identifikation jedes einzelnen mit einer der konkurrierenden Nationalkulturen basierend auf der Zugehörigkeit zu einer der sprachlich-religiösen Gruppen rasch zunahm.

Katholische Kirche und polnisches Nationalbewusstsein

Die Katholische Kirche spielte eine zentrale Rolle bei der Formierung des modernen polnischen Nationalbewusstseins, da sich viele Geistliche aktiv an der polnischen Nationalbewegung beteiligten. Allerdings mussten sie auch auf die übernationalen Interessen der Kirche Rücksicht nehmen. Vor allem der höhere Klerus war stark der kirchlichen Hierarchie mit ihrem Zentrum im Vatikan verpflichtet, was die Möglichkeiten offener und direkter Unterstützung der polnischen Nationalbewegung beschränkte.⁴

In den preußischen Provinzen Posen und Westpreußen entwickelte sich eine enge Beziehung zwischen polnischem Nationalbewusstsein und Mitgliedschaft in der Katholischen Kirche, obwohl auch Teile der deutschsprachigen Bevölkerung katholisch waren. Mitgliedschaft in einer der evangelischen Kirchen ging hier – anders als etwa auf dem Gebiet des Königreich Polen – fast immer mit der Entwicklung deutschen Nationalbewusstseins einher, während andererseits der katholischen Kirche von preußischer Seite vorgeworfen wurde, eine Polonisierungspolitik zu betreiben oder doch zumindest nichts gegen die Polonisierung deutschsprachiger Katholiken in überwiegend polnischsprachigen Regionen zu unternehmen.

Die Annäherung zwischen Katholischer Kirche und polnischer Nationalbewegung wurde in den 1870er Jahren von den Auseinandersetzungen im Rahmen des sogenannten Kulturkampfes vorangetrieben (→ IV.A). Im preußischen Teilungsgebiet Polen-Litauens wurden die staatlichen Maßnahmen gegen die Kirche vor allem als antipolnische wahrgenommen, nicht zuletzt da gleichzeitig gesetzliche Neureglungen das Polnische als Schul- und Behördensprache weitgehend verdrängten. Letztlich führte der Kulturkampf hier zu einem Aufschwung der Organisationen polnischer Nationalbewegung.⁵ Neben anderen Faktoren – wie höherer Kinderzahl und geringerer Abwande-

⁴ DYLAĞOWA, H.: *Duchowieństwo katolickie wobec sprawy narodowej 1764–1864* [Katholische Geistlichkeit und nationale Frage 1764–1864]. Lublin 1992; ŁEPKOWSKI, T.: *Polska – Narodziny nowoczesnego narodu 1764–1870* [Polen – Geburt der modernen Nation 1764–1870]. Poznań 2003; OLSZEWSKI, D.: *Polska kultura religijna na przełomie XIX i XX wieku* [Polnische religiöse Kultur an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert]. Warszawa 1996; CHWALBA, A.: *Sacrum i rewolucja. Polscy socjaliści wobec praktyk i symboli religijnych 1870–1914* [Sacrum und Revolution. Polnische Sozialisten zu religiösen Praktiken und Symbolen]. Kraków 1992.

⁵ TRZECIAKOWSKI, L.: *The Kulturkampf in Prussian Poland*. New York 1990 (East European Monographs, 283) – poln. Orig. Poznań 1970.

rung in die westlichen Industriegebiete – trug dies dazu bei, dass der polnischsprachige Bevölkerungsanteil, der zuvor deutlich rückläufig gewesen war, nach 1890 wieder leicht anstieg. Besonders spürbar war diese Entwicklung durch Zuwanderung von Landbevölkerung in den größeren Städten.

Im überwiegend katholischen Oberschlesien hatte der Kulturkampf zunächst wie in vielen anderen katholischen Gebieten Preußens zu einem Erstarren der Zentrumsparterie geführt, aber in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts konnte auch hier zunehmend die polnische Nationalbewegung Fuß fassen. Zu den ersten Verbreitern polnischen Nationalbewusstseins zählte Karol Miarka, der ab 1869 die Zeitschrift *Katolik* herausgab. Deren Redakteur Adam Napieralski, der sich auch im Ermland um ein Erstarren polnischen Nationalbewusstseins bemühte, gab später eigenständig den *Dziennik Śląski* [Schlesische Tageszeitung] heraus und wurde 1906 gestützt von einem polnischen Wahlkomitee zum Reichstagsabgeordneten gewählt. Bereits 1901 hatte der Journalist Wojciech Korfanty, ein Bergarbeitersohn, die Parole »Raus aus dem Zentrum!« (»*Precz z Centrum!*«) ausgegeben und damit eine Lösung der Bindungen zwischen polnischsprachiger Bevölkerung und der im ganzen Deutschen Reich aktiven Zentrumsparterie eingeleitet, die sich kurze Zeit später in Wahlerfolgen von unabhängigen Kandidaten der polnischen Nationalbewegung niederschlug.⁶

Anders entwickelte sich die Situation in Masuren, dem südlichen Ostpreußen, wo die Umgangssprache der ländlichen Bevölkerungsmehrheit zwar dem Polnischen eng verwandt war, gleichzeitig aber enge Bindungen an die evangelische Kirche und die preußische Staatstradition bestanden. Der Ausbau des Eisenbahnnetzes, der ab den 1870er Jahren die Erwerbsmigration nach Westen, besonders in das Ruhrgebiet erleichterte (→ IV. H), verstärkte hier ebenso wie der Militärdienst, die deutschsprachigen Schulen und die Bindungen der evangelischen Pfarrer an die deutsche Kultur die Ausbreitung eines deutschen Nationalbewusstseins.⁷ Einer vollständigen Germanisierung der

⁶ LEWANDOWSKI, J. F.: *Wojciech Korfanty*. Katowice 2009; BROMBOSZCZ, B./SZENDZIELARZ, R.: *Drukarnia im. Karola Miarki w Mikołowie* [Die Karol-Miarka-Druckerei in Mikołów]. Mikołów 2005; CHAMOT, M.: *Polska myśl chrześcijańsko-społeczna w zaborze pruskim w latach 1890–1918* [Das polnische christlich-soziale Denken im preußischen Teilungsgebiet 1890–1918]. Toruń 1991; CZAPLIŃSKI, M.: *Adam Napieralski 1861–1928. Biografia polityczna* [Adam Napieralski 1861–1928. Politische Biografie]. Wrocław 1974. Ein Überblick über die Diskussionen in der deutsch- und polnischsprachigen Historiographie bei STRUVE, K./WANATOWICZ, M. W.: *Germanisierung und großpolnische Agitation im 19. Jahrhundert*. In: BAHLCKE, J./GAWRECKI, D./KACZMAREK, R. (Hg.): *Geschichte Oberschlesiens. Politik, Wirtschaft und Kultur von den Anfängen bis zur Gegenwart*. 2., erw. Aufl. Berlin 2015 (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 61 – poln. Orig. Gliwice 2011), 593–610.

⁷ JASIŃSKI, G.: *Kościół ewangelicki na Mazurach w XIX wieku (1817–1914)* [Die evangelische Kirche in Masuren während des 19. Jahrhunderts (1817–1914)]. Olsztyn 2003; DERS.: *Mazury w drugiej połowie XIX w. Kształtowanie się świadomości narodowej* [Die Masuren in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Ausbildung von Nationalbewusstsein]. Olsztyn 1994; KOSSERT, A.: *Preußen,*

Gottesdienste widersetzte sich allerdings die um Vertiefung der Frömmigkeit bemühte neupietistische Gemeinschaftsbewegung, aber dies führte nicht zu einer Ausbreitung polnischen Nationalbewusstseins.⁸

Auch im österreichischen Teilungsgebiet war polnisches Nationalbewusstsein vor allem unter Mitgliedern der römisch-katholischen Kirche verbreitet. Allerdings polonisierten sich hier auch evangelische Gemeinden, besonders in den größeren Städten. Ähnliches galt für die Mitglieder der armenisch-katholischen Kirche, der es zunehmend schwer fiel, ihre von der römisch-katholischen getrennten Strukturen aufrecht zu erhalten.⁹ Die griechisch-katholische Kirche Galiziens wurde zwar im 19. Jahrhundert zunehmend zu einer Basis der ukrainischen Nationalbewegung, aber es gab auch polonisierte Ruthenen (Ukrainer), die weiterhin der griechisch-katholischen Kirche angehörten. Meist führte der Polonisierungsprozess mit der Zeit aber auch zum Übertritt in die römisch-katholische Kirche.¹⁰ Schließlich entwickelten auch die Anhänger eines Teils der galizischen Reformsynagogen – ähnlich wie auf dem Gebiet des Königreichs Polen – ein polnisches Nationalbewusstsein.¹¹

Im russischen Teilungsgebiet war nur auf dem Territorium des Königreichs Polen die Bevölkerung überwiegend römisch-katholisch und polnischsprachig. In den übrigen ehemals polnisch-litauischen Gouvernements sprach die Mehrheit gewöhnlich verschiedene slawische Dialekte oder – in den nördlichen – Litauisch. Grundsätzlich fühlte sich nur geringer Teil der Bevölkerung im modernen Sinne einer bestimmten Nation

Deutsche oder Polen? Die Masuren im Spannungsfeld des ethnischen Nationalismus. 1870–1956. Wiesbaden 2001 (Deutsches Historisches Institut Warschau: Quellen und Studien, 12); BLANKE, R.: *Polish-speaking Germans? Language and National Identity among the Masurians since 1871.* Köln 2001 (Ostmitteleuropa in Vergangenheit und Gegenwart, 24); SAKSON, A.: *Mazury – społeczność pogranicza* [Die Masuren – eine Grenzlandgesellschaft]. Poznań 1990.

⁸ JASIŃSKI, G.: *Pomiędzy sektą a Kościołem. Gromadkarze litewscy i mazurscy w XIX wieku (do 1885 roku)* [Zwischen Sekte und Kirche. Litauische und masurische Mitglieder der Gemeinschaftsbewegung im 19. Jahrhundert (bis 1885)]. In: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie* 223 (1/1999), 17–42.

⁹ Zur armenisch-katholischen Kirche vgl. KOLBUK, W.: *Kościół wschodnie na ziemiach dawnej Rzeczypospolitej 1772–1914* [Die Ostkirchen auf dem Gebiet der früheren Rzeczpospolita]. Lublin 1992, 37 f., 238 f.; KRÓL-MAZUR, R.: *Działalność polityczna arcybiskupa Józefa Teofila Teodorowicza w latach 1888–1923* [Erzbischof Józef Teofil Teodorowicz's politische Tätigkeit, 1888–1923]. Kraków 2013.

¹⁰ ŚWIĄTEK, A.: *Gente Rutheni, nazione Poloni. Z dziejów Rusinów narodowości polskiej w Galicji* [Gente Rutheni, nazione Poloni. Aus der Geschichte der Ruthenen polnischer Nationalität in Galizien]. Kraków 2014.

¹¹ HOŃDO, L.: *Das Verhältnis der Juden in Westgalizien zur polnischen und deutschen Kultur an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert.* In: HECKER, H./ENGEL, W. (Hg.): *Symbiose und Traditionsbruch. Deutsch-jüdische Wechselbeziehungen in Ostmittel- und Südosteuropa (19.–20. Jahrhundert).* Düsseldorf 2003, 81–93; KOZIŃSKA-WITT, H.: *Die Krakauer Jüdische Reformgemeinde 1864–1874.* Frankfurt am Main 1999.

verbunden. Auch das Heiratsverhalten wurde nur in geringem Maße durch die Sprache bestimmt. Die städtische Bevölkerung war zu einem großen Teil jüdisch, besonders in den Klein- und Mittelstädten, in denen sich während des 19. Jahrhunderts die für die russischen Westgouvernements ebenso wie für Galizien typische jiddischsprachige Shtetl-Kultur entwickelte.¹² Einen hohen Anteil katholischer polnischsprachiger Bevölkerung wiesen das Wilnaer Gebiet sowie die Regionen um Schytomyr, Płoskirów und Kamieniec Podolski auf und auch in großen Städten wie Wilna, Kiew und Minsk war eine bedeutende Zahl der Einwohner katholisch und polnischsprachig – allerdings nicht unbedingt die Mehrheit. In ländlichen Gebieten war die polnische Bevölkerung hingegen vor allem durch adlige Gutsbesitzer vertreten – in den südwestlichen, ukrainischen Gouvernements lebten nur etwa 3000 polnische Adelsfamilien, das heißt ca. 15–20000 Personen.¹³

Auch auf dem Gebiet des ins russische Imperium inkorporierten Königreichs Polen gab es sprachlich-religiöse Minderheiten. So lebten in den Gouvernements Suwałki und Augustów eine größere Zahl litauischsprachiger katholischer Bauern und im Gouvernement Chełm sowie in Podlachien gehörte ein Teil der Bevölkerung der orthodoxen Kirche an, sprach ruthenisch/weißrussisch und wurde von den Behörden als russisch angesehen. Wie im übrigen russischen Teilungsgebiet und in Galizien gab es besonders in den Städten einen hohen jüdischen Bevölkerungsanteil, der in einigen Kleinstädten die Mehrheit der Einwohner ausmachte.¹⁴ In verschiedenen Dörfern auf dem Gebiet des Königreichs waren zudem deutsche und tschechische Kolonisten angesiedelt worden und Siedler aus deutschsprachigen Gebieten stellten auch einen großen

¹² WASIŃYŃSKI, B.: *Ludność żydowska w Polsce w wiekach XIX i XX. Studium statystyczne* [Die jüdische Bevölkerung in Polen im 19. und 20. Jahrhundert. Statistische Studie]. Warszawa 1930. Vgl. auch ZIELIŃSKI, K. (Hg.): *Wokół akulturacji i asymilacji Żydów na ziemiach polskich* [Zur Akkulturation und Assimilation der Juden in den polnische Ländern]. Lublin 2010; DERS./ADAMCZYK-GRABOWSKA, M. (Hg.): *Ortodoksja, emancypacja, asymilacja. Studia z dziejów ludności żydowskiej na ziemiach polskich w okresie rozbiorów* [Orthodoxie, Emanzipation, Assimilation. Studien zur Geschichte der Juden in den polnischen Ländern während der Teilungszeit]. Lublin 2003.

¹³ MĄDZIK, M. u. a.: *Polacy na wschodniej Ukrainie w latach 1832–1921* [Polen in der Ostukraine 1832–1914]. Lublin 2014; BEAUVOIS, D.: *Trójkąt Ukraiński. Szlachta, carat i lud na Wołyniu, Podolu i Kijowszczyźnie 1793–1914* [Das ukrainische Dreieck. Adel, Zarentum und Volk in Wolhynien, Podolien und dem Kiewer Land 1793–1914]. Lublin 2011, 647, 668 – frz. Original dieses Teils: *La bataille de la terre en Ukraine 1863–1914*. Paris 1993; DERS.: *Religie i narody w walce rosyjsko-polskiej na Ukrainie prawobrzeżnej w latach 1863–1914* [Religionen und Nationen im russisch-polnischen Kampf in der rechtsufrigen Ukraine 1863–1914]. In: *Przegląd Historyczny* 88 (1997), Heft 1, 73–94; USTRZYCKI, M.: *Ziemanie polscy na Kresach 1864–1914. Świat wartości i postaw* [Polnische adlige Gutsbesitzer in den Kresy 1864–1914. Die Welt ihrer Werte und Vorstellungen]. Kraków 2006.

¹⁴ CABAN, W.: *Miasteczka świętokrzyskie* [Städtchen in der Region Świętokrzyski] »<http://goryhistorii.pl/miasteczka-swietokrzyskie/>« (letzter Aufruf 19. 5. 2018).

Bevölkerungsanteil im Industriezentrum Lodz, wo sie bis zur Mitte der 1860er Jahre noch die Mehrheit gebildet hatten.¹⁵ Auch in Warschau gab es einen größeren Bevölkerungsteil deutscher Herkunft. Die Bindung an deutsche Sprache und Kultur war für die lutherischen ebenso wie für einen Teil der reformierten Gemeinden lange Zeit bedeutsam. Im beginnenden 20. Jahrhundert lässt sich allerdings ein deutlicher Trend zur Polonisierung der protestantischen Gläubigen beobachten und die Geistlichen beider Konfessionen setzten sich zunehmend für eine Ausbreitung polnischen Nationalbewusstseins ein.¹⁶

Zu erwähnen sind auch die auf dem Gebiet des Königreiches wohnenden, aber sich kaum polonisierenden russischen Beamten, Militärs und Unternehmer, deren Gesamtzahl sich allerdings nur schwer schätzen lässt. In Warschau lebten um 1914 zum Beispiel ca. 150 000 Offiziere und Soldaten sowie ca. 40 000 orthodoxe Beamte und Kaufleute.¹⁷

Die meisten Bistümer der mit Rom unierten griechischen Kirche waren bereits 1839 mit der russisch-orthodoxen Kirche vereinigt worden, und 1875 wurde auch die Auflösung des auf dem Gebiet des Königreichs Polen gelegenen Bistums Chełm verfügt (→ III.A/D). Die Gläubigen, die in den vorhergehenden Jahrzehnten starken Einflüssen der polnischen Kultur ausgesetzt waren, wurden zwangsweise der russisch-orthodoxen Kirche zugeordnet und ihre Proteste – unter anderem in Drelów, Pratulín und Grodzisk – militärisch niedergeschlagen. Erst im Zuge der Revolution von 1905 (→ IV.F) wurde eine neue Rechtslage geschaffen, die einen Übertritt zur römisch-

¹⁵ GAWLITTA, S.: *Zwischen Einladung und Ausweisung. Deutsche bäuerliche Siedler im Königreich Polen 1815–1915*. Marburg 2009 (Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung, 20); DERS. (Hg.): *Deutsche Siedler im Königreich Polen 1815–1915*. Herne 2010 (Beiträge zur Geschichte der Deutschen in Polen und der deutsch-polnischen Beziehungen, 4); CABAN, W.: *Niemieccy osadnicy w Królestwie Polskim 1815–1915* [Deutsche Siedler im Königreich Polen 1815–1915]. Kielce 1999; NIETYKSA, M.: *Rozwój miast i aglomeracji miejsko-przemysłowych w Królestwie Polskim 1865–1914* [Wachstum der Städte und der städtische-industriellen Agglomerationen im Königreich Polen 1815–1914]. Warszawa 1986, 197–229.

¹⁶ KRAJEWSKA, H.: *Protestanci w Łodzi 1815–1914. Między edukacją a ewangelizacją* [Protestanten in Lodz 1815–1914. Zwischen Bildung und Evangelisierung]. Warszawa 2014; ALABRUDZIŃSKA, E.: *Juliusz Bursche (1862–1942). Zwierzchnik kościoła ewangelicko-augsburskiego w Polsce. Biografia* [Juliusz Bursche (1862–1942). Oberhaupt der evangelisch-augsburgischen Kirche in Polen. Biografie]. Toruń 2010; STEGNER, T.: *Polacy-ewangelicy w Królestwie Polskim 1815–1914. Kształtowanie się środowisk, ich działalność społeczna i narodowa* [Evangelische Polen im Königreich Polen 1815–1914. Die Entwicklung von Milieus und ihr soziales sowie nationales Engagement]. Gdańsk 1992.

¹⁷ ROLF, M.: *Imperiale Herrschaft im Weichselland. Das Königreich Polen im Russischen Imperium (1864–1915)*. Berlin 2015, 181–297, 303–321; POLSAKIEWCZ, M.: *Warschau im Ersten Weltkrieg. Deutsche Besatzungspolitik zwischen kultureller Autonomie und wirtschaftlicher Ausbeutung*. Marburg 2015, 12–19.

katholischen Kirche, den ein Teil der Gläubigen zuvor im Geheimen vollzogen hatte, offiziell gestattete.¹⁸

Politische Massenparteien und polnisches Nationalbewusstsein

Im ausgehenden 19. Jahrhundert formierten sich in den Ländern des früheren Polen-Litauens politische Massenbewegungen (→ IV.E), deren Ausbreitung im russischen Teilungsgebiet bis 1905 aufgrund ihrer Illegalität allerdings begrenzt blieb. In den 1880er und 1890er Jahren war eine neue Generation herangewachsen, die das Trauma der niedergeschlagenen Aufstände nicht mehr bewusst erlebt hatte und angesichts des geringen Erfolgs konservativer und positivistischer Programme in der nationalen Frage (→ IV.C) bereit war, höhere Risiken einzugehen. Es entstanden als neue politische Gruppierungen national-demokratische, sozialistische und bäuerliche Bewegungen. Liberale Parteien wie die Polnische Demokratische Partei (*Polskie Stronnictwo Demokratyczne*) in Galizien oder der Fortschrittlich-Demokratische Bund (*Związek Postepowo-Demokratyczny*) im Königreich Polen, aber auch konservative Vereinigungen wie die der *Stańcycy* und *Podolacy* in Galizien und die Partei der Realpolitik (*Stronnictwo Polityki Realnej*) im Königreich wurden an den Rand des politischen Spektrums gedrängt und es gelang ihnen nicht, breitere Wählerschichten anzusprechen.¹⁹

Obwohl die am Ende des 19. Jahrhunderts neu entstehenden politischen Organisationen für ganz Europa typische Ideologien und Wertesysteme vertraten, unterschieden sie sich doch von den Massenparteien in der Mehrheit der europäischen Staaten. Charakteristisch war zunächst, dass sowohl die nationaldemokratische als auch die sozialistische Bewegung von einem kleinen Kreis von Akteuren in der Emigration gegründet wurden. Dies führte dazu, dass ihre Führungskader zunächst keineswegs breitere Bevölkerungsschichten repräsentierten, was sich im russischen Teilungsgebiet aufgrund

¹⁸ KUMOR, B./OBERTYŃSKI, Z. (Hg.): *Historia Kościoła w Polsce* [Geschichte der Kirche in Polen]. Bd. 2.1. Poznań 1979, 503–511; LEWANDOWSKI, J.: *Likwidacja obrządku grekokatolickiego w Królestwie Polskim w latach 1864–1875* [Die Auflösung des griechisch-katholischen Ritus im Königreich Polen 1864–1875]. In: *Annales Universitatis Mariae Curie-Skłodowska, Sectio F* 21 (1966), 213–244.

¹⁹ JANOWSKI, M.: *Inteligencja wobec wyzwań nowoczesności. Dylematy ideowe polskiej demokracji liberalnej w Galicji w latach 1889–1914* [Die *Inteligencja* angesichts der Herausforderungen durch die Moderne. Geistige Dilemmata der polnischen liberalen Demokratie in Galizien 1889–1914]. Warszawa 1996; KIDZIŃSKA, A.: *Stronnictwo Polityki Realnej 1905–1923* [Die Partei der Realpolitik 1905–1923]. Lublin 2007; SZWARC, A.: *Od Wielopolskiego do Stronnictwa Polityki Realnej. Zwoleńnicy ugody z Rosją, ich poglądy i próby działalności politycznej (1864–1905)* [Von Wielopolski zur Partei für Realpolitik. Die Anhänger einer Übereinkunft mit Russland, ihre Ansichten und ihre Versuche, politisch aktiv zu werden (1864–1905)]. Warszawa 1990; KRÓL, M.: *Stańcycy. Antologia myśli społecznej i politycznej konserwatystów krakowskich* [Die *Stańcycy*. Eine Anthologie sozialer und politischer Programmschriften der Krakauer Konservativen]. Warszawa 1982.

der Bedingungen illegaler Arbeit bis 1905 kaum änderte. Hinzu kam, dass die polnische sozialistische Bewegung im österreichischen und preußischen Teilungsgebiet zwar zunehmend freier agieren konnte, sich aber lange den jeweils reichsweit operierenden sozialdemokratischen Parteien unterzuordnen hatte, um ihre Eigenständigkeit ringen musste und sich nur informell über die Teilungsgrenzen hinweg zu einer sozialistischen Unabhängigkeitsbewegung zusammenschließen konnte. Schließlich mussten sich die polnischen neuen Bewegungen auch gegenüber konkurrierenden Initiativen auf anderer nationaler Basis positionieren – im Falle der sozialistischen Bewegung zudem gegenüber übernationalen, universalistischen Organisationen.

Der Beginn der Nationaldemokratie (*narodowa demokracja* – nach den Anfangsbuchstaben auch *Endecja* genannt) geht auf den nach seiner Teilnahme am Januaraufstand in der Emigration tätigen Schriftsteller Zygmunt Miłkowski (Pseudonym Teodor Tomasz Jeż) zurück. Dieser legte sein Programm 1887 in einer Broschüre unter dem Titel *Rzecz o obronie czynnej i skarbie narodowym* [Über aktive Verteidigung und eine Nationalkasse] vor, wobei er diejenigen angriff, die sich mit dem Verlust der Unabhängigkeit Polens abgefunden hätten, und die Einrichtung einer Stiftung zur Finanzierung aktiven Handelns in der polnischen Frage anregte. Bereits ein Jahr zuvor hatte er seinen Vertreter Zygmunt Balicki in das Königreich Polen entsandt, wo dieser die geheime Studentenorganisation Bund Polnischer Jugend (*Związek Młodzieży Polskiej*) gründete. In der Schweiz wurde 1887 unter Mitwirkung Miłkowskis eine Polnische Liga (*Liga Polska*) gebildet, die mittels eines bewaffneten Aufstandes Polen in den Grenzen von 1772 als liberale Republik wiederherstellen wollte, deren föderativer Charakter nationale Unterschiede respektieren würde. 1893 übernahmen mehrere mit der bisherigen Tätigkeit unzufriedene jüngere Mitglieder die Führung der Liga, darunter Jan Balicki, Jan Ludwik Popławski und Roman Dmowski. Sie änderten den Namen in Nationalliga (*Liga Narodowa*), verlagerten ihr Zentrum in das Königreich Polen und begannen mit dem Aufbau einer politischen Massenpartei. Nach einer Verhaftungswelle im russischen Teilungsgebiet wurde der Hauptsitz nach Lemberg verlegt, wo als Parteiorgan der *Przegląd Wszepolski* [Gesamtpolnische Rundschau] herausgegeben wurde. 1897 erfolgte die Umgestaltung zur Nationaldemokratischen Partei (*Stronnictwo Narodowo-Demokratyczne*), die den bewaffneten Kampf verwarf und eine legale Tätigkeit anstrebte. Hauptbestandteil der nationaldemokratischen Ideologie war die Idee einer Solidarität, die nationale Bindungen über diejenigen sozialer Klassen stellte und persönliche sowie Gruppeninteressen einem sogenannten Nationalinteresse unterordnete. Der *Endecja* gelang es, dieses Programm nationaler Solidarität erfolgreich zu propagieren und rasch Einfluss auf Bauern und Arbeiter zu gewinnen.²⁰

²⁰ MONASTERSKA, T.: *Narodowy Związek Robotniczy 1905–1920* [Die Nationale Arbeitervereinigung 1905–1920]. Warszawa 1973; WOLSZA, T.: *Narodowa Demokracja wobec chłopów 1887–1914* [Die Nationaldemokratie und die Bauern 1887–1914]. Warszawa 1992; KULAK, T.: *Jan Ludwik Popławski. Biografia polityczna* [Jan Ludwik Popławski. Politische Biografie]. Wrocław 1994.

Zur Begründung ihrer Ziele verwiesen führende nationaldemokratische Akteure auf die Gefährdung der polnischen Nation von Seiten anderer Nationalitäten, die Stärke der Teilungsmächte und die Sorge vor dem Ausbruch einer sozialen Revolution. Als realistisches Ziel sahen sie nur noch die Vereinigung derjenigen Gebiete an, die sie als ethnisch polnisch bezeichneten. Zu seiner Verwirklichung strebten sie eine Bindung an Russland an, von dem als schwächster der Teilungsmächte die geringste Gefahr einer Entnationalisierung der Polen ausgehe und dessen slawische Bevölkerung der polnischen zudem ethnisch verwandt sei. Die sprachlich-religiösen Minderheiten auf dem von der *Endecja* für Polen beanspruchten Gebiet sollten assimiliert werden – mit Ausnahme der Juden. Deren Assimilation wurde für unmöglich erklärt, da ihre Stellung in Handel und Gewerbe die Entwicklung eines polnischen nationalen Bürgertums blockiere. Zudem wurde darauf verwiesen, dass eine große Zahl der führenden Personen in den sozialistischen und liberalen Parteien jüdischer Abstammung sei.²¹ Vor allem aber wurde die Größe der jüdischen Bevölkerungsgruppe und ihre kulturelle Verschiedenheit als Grund angeführt, wobei eine große Zahl der in der polnischen Gesellschaft verbreiteten Stereotype, etwa Unehrllichkeit, Bereicherungssucht, Unglaube und Kosmopolitismus, aufgegriffen und ausgebaut wurden.²²

Insbesondere richtete sich die antisemitische Argumentation gegen die mehreren 10000 Juden, die an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert auf der Suche nach besseren Einkommensmöglichkeiten sowie Schutz vor Pogromen aus dem Gebiet des ehemaligen Großfürstentums Litauen in das Königreich zugewandert waren und wegen ihrer Herkunft »Litwaken« genannt wurden. Roman Dmowski, der nach 1900 zu einer der zentralen Persönlichkeiten der *Endecja* aufstieg, argumentierte 1909 in der richtungweisenden Publikation *Separatyzm żydów i jego źródła* [Der jüdische Separatismus und seine Quellen], die östlichen Juden seien so stark von russischer Kultur geprägt, dass sie keinerlei Bindung zur polnischen Nation hätten. Aufgrund ihrer guten russischen Sprachkenntnisse und der Vielzahl ihrer Kontakte im ganzen Imperium würden sie angesichts der ökonomischen Unzulänglichkeit der polnischen Gesellschaft

²¹ WAPIŃSKI, R.: *Narodowa Demokracja 1893–1939. Ze studiów nad dziejami myśli nacjonalistycznej* [Die Nationaldemokratie 1893–1914. Studien zur Geschichte des nationalistischen Denkens]. Wrocław 1980; POTKAŃSKI, W.: *Narodowa Demokracja wobec nurtów socjalistycznych oraz radykalizmu społecznego na przełomie XIX i XX w. oraz w trakcie pierwszej rewolucji rosyjskiej w Królestwie Polskim* [Die Nationaldemokratie gegenüber den sozialistischen Strömungen und dem sozialen Radikalismus an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert sowie im Verlauf der ersten russischen Revolution im Königreich Polen]. In: *Dzieje Najnowsze* 46 (2014), H. 4, 31–53.

²² CHWALBA, A.: *Historia Polski 1795–1918* [Geschichte Polens 1895–1918]. Kraków 2001, 171. Vgl. auch CAŁA, A.: *Asymilacja Żydów w Królestwie Polskim (1864–1897). Postawy, konflikty, stereotypy* [Die Assimilation der Juden im Königreich Polen (1864–1897). Einstellungen, Konflikte, Stereotypen]. Warszawa 1989; EISENBACH, A.: *Kwestia równouprawnienia ludności żydowskiej w Królestwie Polskim* [Die Frage der Gleichberechtigung der jüdischen Bevölkerung im Königreich Polen]. Wrocław 1972.

sowohl die Russifizierung der Städte vorantreiben als auch die Entwicklung eines polnischen Bürgertums verhindern. Die verstärkte antisemitische Propaganda wurde in breiten Kreisen der polnischen Gesellschaft positiv aufgenommen, stieß andererseits aber auf entschiedenen Widerstand politisch aktiver Teile der jüdischen und polnischen Gesellschaft.²³ Letztere Entwicklung führte unter anderem dazu, dass Dmowski ebenso wie ein weiterer nationaler Kandidat sich 1912 bei den Wahlen zur russischen Staatsduma (→ IV. A) in Warschau trotz des die ärmeren Schichten benachteiligenden Wahlsystems nicht gegen den zuvor kaum bekannten Kandidaten des linken Flügels der Polnischen Sozialistischen Arbeiterpartei (*PPS-Lewica*) Eugeniusz Jagiełła durchsetzen konnte, wofür nicht zuletzt der um 1910 bei etwa 39 % liegende jüdische Bevölkerungsanteil in der Stadt verantwortlich gemacht wurde. Dies und den Wahlsieg des liberalen jüdischen Arztes Majer Bomasz in Lodz, nahmen die Nationaldemokraten zum Anlass, einen Boykott jüdischer Unternehmen zu organisieren, der die Spannungen zwischen jüdischer und polnischer Gesellschaft weiter verschärfte.²⁴

Besondere Aufmerksamkeit widmeten die Akteure der nationaldemokratischen Bewegung dem zunehmenden Nationalbewusstsein von Teilen der polnischsprachigen Bevölkerung in den preußischen Provinzen. Nach Ansicht von Roman Dmowski hatte der Druck von deutscher Seite die Polen dort zu Aktivität, Entschlossenheit und Durchhaltevermögen gezwungen, während im russischen Teilungsgebiet unter den Polen Passivität und Apathie vorherrschen würden, die es zu überwinden gelte.²⁵ Die westlichen

²³ KRZYWIEC, G.: »Progressiver Antisemitismus« im russischen Teil Polens von 1905 bis 1914. *Ursprünge und Konzepte des polnischen politischen Antisemitismus*. In: HETTLING, M./MÜLLER, M. G./HAUSMANN, G. (Hg.): Die »Judenfrage« – ein europäisches Phänomen? Berlin 2013 (Studien zum Antisemitismus in Europa, 5), 127–142; POLONSKY, A.: *The Jews in Poland and Russia*. Bd. 2: 1881–1914. Oxford 2010; KRZYWIEC, G.: *The Polish Intelligencia in the Face of the »Jewish Question« (1905–1914)*. In: *Acta Poloniae Historica* 100 (2009), 155–169. Zur Rolle von Dmowski vgl. KAWALEC, K.: *Roman Dmowski*. Warszawa 1996; KOSSERT, A.: *Founding Father of Modern Poland and Nationalist Antisemite: Roman Dmowski*. In: HAYNES, R./RADY, M. (Hg.): *In the Shadow of Hitler: Personalities of the Right in Central and Eastern Europe*. London 2011, 89–104; PICKHAN, G.: *Dmowski, Roman*. In: BENZ, W. (Hg.): *Handbuch des Antisemitismus*. Bd. 2.1. München 2009, 179 f.; HAUSMANN, K. G.: *Die politischen Ideen Roman Dmowskis. Ein Beitrag zur Geschichte des Nationalismus in Ostmitteleuropa vor dem Ersten Weltkrieg*. Kiel 1968.

²⁴ NALEWAJKO-KULIKOV, J.: *Mysli nowoczesnych Żydów. Wybory do IV Dumy, bojkot ekonomiczny i stosunki polsko-żydowskie (1912–1914) w świetle warszawskiego »Hajntu«* [Gedanken moderner Juden. Die Wahlen zur vierten Duma, der Wirtschaftsboykott und die polnisch-jüdischen Beziehungen (1912–1914) im Spiegel der Warschauer Tageszeitung »Hajnt«]. In: *Kwartalnik Historii Żydów* 258 (2/2016), 279–297; PRUŚ, W.: *Żydzi w Łodzi w latach zaborów 1793–1914* [Juden in Lodz in den Jahren der Teilungen 1793–1914]. Łódź 2003, 211.

²⁵ WAPIŃSKI, R.: *Idea narodu w myśli społecznej i politycznej endecji przed 1918 rokiem* [Die Idee der Nation in den sozialen und politischen Überlegungen der Endecja vor 1918]. In: GOĆKOWSKI, J./WALICKI, A. (Hg.): *Idee i koncepcje narodu polskiego w polskiej myśli politycznej czasów porzoborowych* [Ideen und Konzeptionen der polnischen Nation im polnischen politischen Denken nach den Teilungen]. Warszawa 1977, 220–245. Vgl. auch die später in der Zwischenkriegszeit niederge-

Gebiete weckten auch deshalb das besondere Interesse der *Endecja*, da hier im Unterschied zu den Ostgebieten des ehemaligen Polen-Litauen polnische Ethnizität durch Bauern oder – im Falle Oberschlesiens – durch Arbeiter vertreten war. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts gelang es der nationaldemokratischen Bewegung rasch, im preußischen Teilungsgebiet an Einfluss zu gewinnen und erfolgreiche Politiker wie Marcin Seyda und den schon im Zusammenhang mit Oberschlesien erwähnten Wojciech Korfanty hervorzubringen.²⁶

Auch in der sozialistischen Bewegung gewann die Forderung nach nationaler Unabhängigkeit im ausgehenden 19. Jahrhundert zunehmend an Relevanz. 1892 kam es bei einem Treffen von Vertretern unterschiedlicher sozialistischer Organisationen in Paris zur Gründung der Polnischen Sozialistischen Partei (*Polska Partia Socjalistyczna*, kurz PPS), deren sogenanntes Pariser Programm sich für den Kampf um eine unabhängige demokratische polnische Republik aussprach und die Idee einer Weltrevolution verwarf. Obwohl die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit sozialistischen Parteien anderer Länder (und auch mit russischen Revolutionären) nicht grundsätzlich abgelehnt wurde, war die Partei um eine eigenständige Politik bemüht. Die Nationalitätenpolitik einer zukünftigen polnischen Republik sollte nach Ansicht der Führung der PPS auf vollständiger nationaler Gleichberechtigung im Rahmen einer Föderation beruhen. In den 1890er Jahren entstanden überall im russischen Teilungsgebiet geheime Zellen der PPS – zu deren wichtigsten Politikern entwickelten sich Bolesław Limanowski, Stanisław Mendelsohn, Feliks Perl, Kazimierz Kelles-Kraus, Stanisław Wojciechowski und besonders Józef Piłsudski. Auf einem Treffen in Wien kam es 1906 unter dem Eindruck der Revolution im russischen Teilungsgebiet zu einer Spaltung in eine eher auf soziale Anliegen ausgerichtete Partei (*PPS-Lewica*) und eine Revolutionäre Fraktion (*PPS-Frakcja Rewolucyjna*), die den Schwerpunkt auf die Erringung der Unabhängigkeit Polens legte und zu deren Führungsfigur Józef Piłsudski wurde.²⁷

Mit dem Pariser Programm der PPS unzufriedene sozialistische Aktivisten hatten bereits 1893 eine eigene Partei, die Sozialdemokratie des Königreichs Polen (*Socjaldemokracja Królestwa Polskiego*) gegründet. Gründungsmitglieder waren Adolf Warski, Julian Marchlewski und Róża Luksemburg (Rosa Luxemburg). Nicht zuletzt aufgrund des Einsatzes von Feliks Dzierżyński, dem späteren ersten Leiter der sowjetischen

schriebenen Überlegungen von DMOWSKI, R.: *Polityka polska i odbudowanie państwa* [Polnische Politik und der Wiederaufbau des Staates]. Częstochowa 1937, Bd. 1, 3–42.

²⁶ MARCZEWSKI, J.: *Narodowa Demokracja w Poznańskim 1900–1914* [Die Nationaldemokratie im Posenschen]. Warszawa 1967.

²⁷ ŻARNOWSKA, A.: *Geneza rozłamu w Polskiej Partii Socjalistycznej 1904–1906* [Die Genese der Spaltung der Polnischen Sozialistischen Partei 1904–1906]. Warszawa 1974; KANCEWICZ, J.: *Polska Partia Socjalistyczna w pierwszym okresie jej rozwoju* [Die Polnische Sozialistische Partei in der ersten Phase ihrer Entwicklung]. Białystok 1982.

Geheimpolizei, gelang 1899 eine Ausdehnung des Tätigkeitsgebiets der Partei nach Litauen, worauf 1900 die Umbenennung in Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens (*Socjaldemokracja Królestwa Polskiego i Litwy*, SDKPiL) folgte. Die Partei konzentrierte sich auf die soziale Frage und auf Angriffe gegen das als Zarismus bezeichnete russische Herrschaftssystem. Eine Wiederherstellung Polens wurde hingegen, wie zum Beispiel Rosa Luxemburg argumentierte, aufgrund der engen Einbindung der polnischen Länder in die Wirtschaftsgebiete der jeweiligen Teilungsmächte als schädlich für die soziale Lage der Arbeiter und als hemmend für den Klassenkampf angesehen.²⁸

Etwas später als im Königreich Polen formierte sich eine polnische sozialistische Partei in Galizien, wo 1897 die legale, aber vielfältigen polizeilichen Schikanen ausgesetzte Polnische Sozialdemokratische Partei Galiziens und des Teschner Schlesiens (*Polska Partia Socjalno-Demokratyczna Galicji i Śląska Cieszyńskiego*, PPSD) gegründet wurde. Formal war die PPSD, deren Führungsgremien Ignacy Daszyński, Herman Diamand und Herman Liberman angehörten, ein Regionalverband der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs. Sie forderte die Demokratisierung des Wahlrechtes sowie eine weitergehende Föderalisierung Österreich-Ungarns und bemühte sich im Alltag, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Auch wenn dies nicht direkt im Programm stand, wurde – darin mit der PPS übereinstimmend – auch eine Wiederherstellung Polens angestrebt.²⁹

Am schwächsten war die Stellung der polnischen Sozialisten im preußischen Teilungsgebiet, obwohl bereits 1893 eine Polnische Sozialistische Partei des preußischen Teilungsgebietes (*Polska Partia Socjalistyczna Zaboru Pruskiego*) gegründet wurde, die mit der PPS im Königreich Polen und der PPSD in Galizien zusammenarbeitete. Sie blieb aber weitgehend von der Unterstützung durch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands abhängig, in der ihr Bemühen um organisatorische Unabhängigkeit und ihr Ziel einer Wiedererrichtung Polens auf starke Kritik stießen. Angesichts der Schärfe nationaler Auseinandersetzungen und dem rasch wachsenden Einfluss der Nationalde-

²⁸ O'KANE, R.H.T.: *Rosa Luxemburg in Action. For Revolution and Democracy*. New York 2015; FROŁOW, S.: *Dzierżyński. Miłość i rewolucja* [Dzierżyński. Liebe und Revolution]. Kraków 2014; BLOBAUM, R.: *Feliks Dzierżyński and the SDKPiL. A Study of the Origins of the Polish Communism*. Boulder 1984; NAJDUS, W.: *SDKPiL a SDPRR 1908–1918* [SDKPiL und SDPRR 1908–1918]. Wrocław 1980; WALDENBERG, M.: *Z problematyki narodu w polskiej myśli socjalistycznej zaborów* [Zur Problematik der Nation im polnischen sozialistischen Denken der Teilungszeit]. In: GOĆKOWSKI/WALICKI: *Idee i koncepcje* (Anm. 25), 246–266; RADLAK, B.: *Socjaldemokracja Królestwa Polskiego i Litwy w latach 1893–1904* [Die Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens 1893–1904]. Warszawa 1979.

²⁹ NAJDUS, W.: *Polska Partia Socjalno-Demokratyczna Galicji i Śląska* [Die Polnische Sozialdemokratische Partei Galiziens und Schlesiens]. Warszawa 1983.

mokraten gelang es ihr nicht, größere Teile der polnischsprachigen Bevölkerung Preußens für ihr Programm zu gewinnen.³⁰

Neben nationaldemokratischen und sozialistischen entstanden in den polnischen Ländern auch eigenständige Bauernparteien, deren Ursprung Galizien war, wo 1895 die Bauernpartei (*Stronnictwo Ludowe*, auch als Volkspartei übersetzbar) gegründet wurde, die sich kurz darauf in Polnische Bauernpartei (*Polskie Stronnictwo Ludowe*, PSL) umbenannte. Im Vordergrund der bäuerlichen Bewegung hatte zunächst die Emanzipation von der wirtschaftlichen und politischen Dominanz adliger Grundbesitzer gestanden und erst allmählich erfolgte eine Annäherung an die polnische Nationalbewegung, verbunden mit der Forderung nach gleichberechtigter Beteiligung der Bauern. Erst 1908 schlossen sich ihre Abgeordneten im Wiener Reichsrat der polnischen Fraktion (*Koło Polskie* → IV.A) an. Ende 1913 kam es im Streit um die zukünftige Ausrichtung der Partei zur Spaltung in eine linke PSL-Lewica mit Jan Stapiński an der Spitze und in die PSL-Piast um Wincenty Witos, die einen stärkeren Akzent auf das nationale Bewusstsein der Bauern und Vorbereitungen für einen Kampf um ein unabhängiges Polen setzte, sich vor allem aber gegen die Aufteilung Galiziens in ein polnisches und ein ukrainisches Kronland aussprach.³¹

Im Umfeld der Parteien agierte eine Vielzahl weiterer Organisationen mit dem Fokus auf Wissenschaft, Kultur und Bildung, auf Entwicklung der Wirtschaft oder auch des Sports, die einen zentralen Bestandteil der neuen Massenbewegungen ausmachten (→ IV.E). Häufig entstanden polnische parallel zu ähnlichen Organisationen in den jeweiligen Teilungsstaaten. So hatte die polnische Genossenschaftsbewegung im preußischen Teilungsgebiet ihre Entsprechung in der ganzen preußischen Monarchie. In dieser erfolgte 1905 zudem als Reaktion auf die Bemühungen des Deutschen Ostmarkenvereins um eine stärkere Organisation und nationalpolitische Aktivierung der deutschsprachigen Bevölkerung sowie um noch schärfere Germanisierungsmaßnahmen der Regierung eine polnische Gegenründung: der Verein zur Verteidigung der ökonomischen, gesellschaftlichen und bürgerlichen Interessen – *Straż* [Die Wacht]. Dessen Einsatz für eine radikale Trennung deutscher und polnischer Bevölkerung im Alltagsleben stieß aber auf Kritik des katholischen Klerus, was seinen Einfluss stark begrenzte.³²

³⁰ ZIELIŃSKI, W.: *Polska Partia Socjalistyczna zaboru pruskiego 1890–1914* [Die Polnische Sozialistische Partei des Preußischen Teilungsgebietes 1890–1914]. Warszawa 1977; DANILCZUK, B.: *Działalność SPD i PPS zaboru pruskiego w Poznańskim w latach 1891–1914* [Die Tätigkeit der SPD und der PPS des Preußischen Teilungsgebiets im Posenschen 1891–1914]. Toruń 1962.

³¹ LATO, S./STANKIEWICZ, W. (Hg.): *Programy stronnictw ludowych. Zbiór dokumentów* [Programme der Bauernparteien. Dokumente]. Warszawa 1969; KURPIERZ, T.: *Przed rozłaniem. Konflikty w galicyjskim ruchu ludowym w 1913 roku* [Vor der Spaltung. Konflikte in der galizischen Bauernbewegung 1913]. In: *Wieki Stare i Nowe* 1 (2009), 174–201.

³² GRABOWSKI, S.: *Deutscher und polnischer Nationalismus. Der Deutsche Ostmarken-Verein und die polnische Straż 1894–1914*. Marburg 1998 (Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung, 3).

Über die Teilungsgrenzen hinweg äußerst erfolgreich war hingegen der Gymnastikverband *Sokół*. Ursprünglich war die Turnbewegung *Sokol* (tschechisch, slowenisch und kroatisch für Falke) in den von slawischsprachigen Bevölkerungsgruppen bewohnten Ländern der Habsburgermonarchie entstanden und hatte sich zunächst der Verbreitung der Idee des Panslawismus verschrieben. Falkennester (polnisch: *gniazda sokola*) genannte Zweigvereine entstanden zuerst 1862 in Prag, dann 1863 in Slowenien und schließlich 1867 in Lemberg, 1885 in Krakau und 1886 in Posen. Im polnischen *Sokół* stand neben der physischen Ertüchtigung besonders der Jugend der Ausbau polnischen Nationalbewusstseins im Mittelpunkt, wozu auch kulturelle Veranstaltungen dienten. Um die Jahrhundertwende gab es in Galizien, wo etwas später auch ukrainische Gymnastikvereine entstanden,³³ und im preußischen Teilungsgebiet bereits mehrere hundert Falkennester, häufig mit eigenen Gebäuden, während im russischen Teilungsgebiet erst ab 1905 legal Zweigvereine des *Sokół* gegründet werden konnten.³⁴

Die Auseinandersetzungen um Polnisch als Schulsprache

Der sich mit unterschiedlicher Geschwindigkeit und unter unterschiedlichen politischen Bedingungen vollziehende Ausbau des Schulwesens in den Teilungsgebieten Polen-Litauens verursachte zahlreiche Konflikte zwischen den Teilungsmächten und polnischen Akteuren sowie zwischen diesen und Vertretern anderer Nationalbewegungen. Im russischen Königreich Polen und im preußischen Teilungsgebiet standen dabei die Auseinandersetzungen mit der durch Germanisierung bzw. Russifizierung auf Integration drängenden staatlichen Schulpolitik im Mittelpunkt.

Im Königreich Polen wurde Russisch 1869 in den Gymnasien zur Unterrichtsprache, 1885 in den Grundschulen, wo nur der Religionsunterricht weiter polnischsprachig blieb. Auf die Entwicklung des gesamten Schulwesens hatte der Warschauer Schulkurator Aleksander Apuchtin einen verheerenden Einfluss. Der Zeitraum seiner Tätigkeit von 1879 bis 1897, in dem die Zahl der Schulen eng begrenzt blieb und ein restriktives System der Schulaufsicht galt, wurde aufgrund seiner Folgen von polnischer Seite auch

³³ Zu den ukrainischen Vereinen vgl. SKRUKWA, G.: *Formacje wojskowe ukraińskiej »rewolucji narodowej« 1914–1921* [Ukrainische Militärformationen der »Nationalen Revolution«]. Toruń 2008, 44–48; STRUVE, K.: *Bauern und Nation in Galizien. Über Zugehörigkeit und soziale Emanzipation im 19. Jahrhundert*. Göttingen 2005 (Schriften des Simon-Dubnow-Instituts, 4), 285–288.

³⁴ Zu Galizien vgl. SNOPKO, J.: *Polskie Towarzystwo Gimnastyczne »Sokół« w Galicji 1867–1914* [Die polnische Gymnastikgesellschaft »Sokół« in Galizien 1867–1914]. Białystok 1997. Zum preußischen Teilungsgebiet vgl. KARWAT, J.: *Od idei do czynu. Myśl i organizacje niepodległościowe w Poznańskiem w latach 1887–1919* [Von der Idee zur Tat. Idee und Organisationen der Unabhängigkeitsbewegung im Posenschen]. Poznań 2002, 186. Vgl. auch RYFOWA, A.: *Działalność Sokola polskiego w zaborze pruskim i wśród wychodźstwa w Niemczech 1884–1914* [Die Aktivität des polnischen Sokół im preußischen Teilungsgebiet und unter den Migranten in Deutschland]. Warszawa 1976.

als »Apuchtinische Nacht« (*noc apuchtinowska*) bezeichnet. Ein Ergebnis dieser Epoche war eine im europäischen Vergleich äußerst niedrige Alphabetisierungsquote im Königreich von nur 30 %, in einigen ländlichen Kreisen sogar nur 20 %.³⁵

Im preußischen Teilungsgebiet, wo stark in das Elementarschulwesen investiert und um 1900, wenn auch später als in den westlichen preußischen Provinzen, eine nahezu vollständige Alphabetisierung erreicht wurde, hatte sich die Unterrichtssprache der Elementarschulen bis in die 1870er Jahre nach der Sprache der Mehrheit der Kinder gerichtet.³⁶ Eine vollständige Umstellung der Unterrichtssprache auf Deutsch erfolgte dann 1872 in Schlesien, 1873 in Posen und Preußen – nur der Religionsunterricht konnte weiter in der Muttersprache erteilt werden, und Polnisch konnte in Höheren Schulen als Wahlfach belegt werden. Im Zuge der Annäherung zwischen den polnischen Abgeordneten im Reichstag und der Regierung des Reichskanzlers Caprivi (→ IV.A) gelang es unter Verweis auf religiöse Bedürfnisse, einige Zugeständnisse für die polnische Sprache an den Volksschulen durchzusetzen, etwa die Erlaubnis polnischen Privatunterrichtes 1891, abgelöst 1894 durch die Einführung von Polnisch als Wahlfach in der dritten und vierten Klasse. Diese Regelungen wurden allerdings bald wieder aufgehoben und verstärkt auch auf deutschsprachigen Religionsunterricht bereits in den oberen Klassen der Volksschulen gedrängt. Die Verhängung von Körperstrafen gegen Kinder, die sich im Religionsunterricht weigerten, deutsch zu sprechen, führten 1901 in der im Osten der Provinz Posen gelegenen Stadt Wreschen zu einem Schulstreik. Das Ereignis wurde von polnischen Intellektuellen, etwa von dem über Polen hinaus bekannten Schriftsteller Henryk Sienkiewicz (Nobelpreis für Literatur 1905) und der Dichterin und Erzählerin Maria Konopnicka publizistisch aufgegriffen, und dies fand ein breites

³⁵ KIENIEWICZ, S.: *Historia Polski 1795–1918* [Geschichte Polens 1795–1918]. Warszawa 1996, 339. Zeitenössische Erinnerungen bei KRAUSHAR, A.: *Czasy szkolne za Apuchtina. Kartka z pamiętnika (1879–1897)* [Schulzeiten unter Apuchtin. Eine Seite meiner Erinnerungen (1879–1897)]. Warszawa 1916. Zum Schulwesen vgl. auch SZEWCZUK, D.: *Seminaria nauczycielskie w Królestwie Polskim (1866–1915)* [Die Lehrerseminare im Königreich Polen (1866–1915)]. Lublin 2015; KUR, E.M.: *Nauczanie historii literatury polskiej w Królestwie Polskim (1864–1905)* [Der Unterricht zur polnischen Literaturgeschichte im Königreich Polen (1864–1905)]. Siedlce 2007; KUCHY, R./POZNAŃSKI, K. (Hg.): *Stan i potrzeby badań nad oświatą i wychowaniem w Królestwie Polskim w latach 1815–1915* [Forschungsstand und -desiderate zur Bildung und Erziehung im Königreich Polen 1815–1915]. Lublin 1989; SZYMAŃSKI, L.: *Zarys polityki caratu wobec szkolnictwa ogólnokształcącego w Królestwie Polskim w latach 1815–1915* [Die Politik der Zaren hinsichtlich des allgemeinbildenden Schulwesens im Königreich Polen. Ein Abriss]. Wrocław 1983; KUCHA, R.: *Oświata elementarna w Królestwie Polskim w latach 1864–1914* [Grundschulbildung im Königreich Polen 1864–1914]. Lublin 1982.

³⁶ Zu Sprachpolitik und Alphabetisierungserfolg vgl. BLOCK, R.: *Der Alphabetisierungsverlauf im Preußen des 19. Jahrhunderts. Quantitative Explorationen aus bildungshistorischer Perspektive*. Frankfurt a.M. 1995; FRANÇOIS, E.: *Alphabetisierung in Frankreich und Deutschland während des 19. Jahrhunderts. Erste Überlegungen zu einer vergleichenden Analyse*. In: *Zeitschrift für Pädagogik* 29 (1983), 755–768.

Echo in der Presse aller Teilungsgebiete, aber auch in ganz Europa. 1906 folgte eine das ganze preußische Teilungsgebiet, aber auch Oberschlesien und die Zentren polnischer Erwerbsmigration im Ruhrgebiet erfassende Welle von Schulstreiks, die insgesamt 1100 Schulen betraf – während des Höhepunktes der Streikwelle verweigerten ca. 75000 Schüler in ca. 800 Schulen den Unterricht. Der Streik, den die preußische Regierung mit scharfen Strafmaßnahmen gegen die Eltern beantwortete, endete schließlich, ohne dass Zugeständnisse erreicht worden wären.³⁷

Die Situation im habsburgischen Galizien unterschied sich grundlegend von der in den russischen und preußischen Teilungsgebieten. Im Zeichen der entstehenden Autonomierechte des Kronlandes hatte der Kaiser 1866 einen Beschluss des Landtages bestätigt, der in sämtlichen mit Staatsgeldern finanzierten Schulen Polnisch zur Unterrichtssprache erklärte. Der 1867 gegründete, von Landes- und Selbstverwaltungsorganen getragene Landesschulrat (*Rada Szkolna Krajowa*) sorgte für den Ausbau des Schulnetzes und die Einrichtung von Lehrerseminaren. Im Ergebnis seiner Bemühungen stieg die Zahl der Grundschüler zwischen 1891 und 1914 von 550000 auf 1,3 Millionen und die der Mittelschüler von 14000 auf 45000. Auch die Zahl der Gymnasien, die 1868 noch 19 betragen hatte, wuchs bis 1914 auf 56 staatliche und 72 private.³⁸ Der Anteil der über 10-jährigen Bevölkerung, der laut Volkszählung weder schreiben noch lesen konnte, sank zwischen 1890 und 1910 von 65,5 Prozent auf 40,6 Prozent.³⁹

³⁷ KULCZYCKI, J.J.: *School strikes in Prussian Poland, 1901–1907. The Struggle over Bilingual Education*. Boulder 1981 (East European Monographs, 82); KORTH, R.: *Die preußische Schulpolitik und die polnischen Schulstreiks. Ein Beitrag zur Polenpolitik der Ära Bülow*. Würzburg 1963; GENTZEN, F.-H.: *Der Posener Schulstreik 1906/7*. In: *Studia i Materiały do dziejów Wielkopolski* 2 (1956), 177–245. Vgl. auch den offenen Brief von Henryk Sienkiewicz an Wilhelm II., König von Preußen, vom 19. 11. 1906, gedruckt u. a. im Londoner *Standard* 23. 11. 1906 und in der Krakauer Zeitschrift *Czas* am 24. 11. 1906, Abdruck in SIENKIEWICZ, H.: *Dzieła* [Werke]. Bd. 53. Warszawa 1952, 137–140, Anmerkungen ebd., 334.

³⁸ DUTKOWA, R.: *Polityka szkolna w Galicji między autonomią a centralizmem (1861–1875)* [Schulpolitik in Galizien zwischen Autonomie und Zentralismus (1861–1875)]. Kraków 1995; KRAMARZ, H.: *Stan ilościowy gimnazjów galicyjskich w latach 1867–1914* [Die Zahl galizischer Gymnasien zwischen 1867 und 1914]. In: *Studia Historyczne* 29 (1986), 359–383. Vgl. auch STINIA, M.: *Rola społeczeństwa galicyjskiego jako organizatora średniego szkolnictwa prywatnego w okresie autonomii* [Die Rolle der galizischen Gesellschaft als Organisator des privaten Mittelschulwesens in der Epoche der Autonomie]. In: JAKUBIAK, K./MALISZEWSKI, T. (Hg.): *Z dziejów polskiej kultury i oświaty od średniowiecza do początków XX wieku* [Aus der Geschichte polnischer Kultur und Bildung vom Mittelalter bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts]. Kraków 2010, 133–144; MOZDZEŃ, S.I.: *Ustrój szkoły średniej w Galicji i próby jego modernizacji w latach 1848–1884* [Der Aufbau des Mittelschulwesens in Galizien und Versuche zu seiner Modernisierung 1848–1884]. Wrocław 1974 (Acta Universitatis Wratislaviensis, 230: Prace Pedagogiczne, 5), 20.

³⁹ Vgl. die Ergebnisse der Volkszählungen von 1890 und 1910 in: *Österreichische Statistik* 32 (1892), H. 3, Tabellenanhang 180, 185 und ebd. N. F. 1.2 (1914), Tab. anh. 94 f. Bei der ukrainischsprachigen Bevölkerung konnten 1910 noch 60% weder lesen noch schreiben.

Galizien war auch das einzige der Teilungsgebiete Polens, das eine polnischsprachige akademische Bildung ermöglichte und dementsprechend eine große Zahl Studierender aus den anderen Teilungsgebieten anzog. Ab 1870 wurde die Lehrsprache an der Universität in Lemberg und der in Krakau (die nun Jagiellonen-Universität genannt wurde) schrittweise auf Polnisch umgestellt.⁴⁰ Die Lemberger Universität gehörte zu Beginn des 20. Jahrhunderts mit ca. 5000 Studierenden (darunter auch Frauen, die ab 1897 an der medizinischen und der philosophischen Fakultät studieren konnten) zu den größten der Monarchie. Darüber hinaus wurde die Lemberger Technische Akademie 1877 in eine Technische Hochschule mit vier Fakultäten umgewandelt.⁴¹ Ein Jahr später entstand in Dublany bei Lemberg eine staatliche landwirtschaftliche Hochschule, die 1901 in eine landwirtschaftliche Akademie umgewandelt wurde, allerdings kein Promotionsrecht erhielt. Am Anfang des 20. Jahrhunderts schrieben sich hier jährlich ca. 1500 Studenten ein – größtenteils aus dem Königreich Polen.⁴²

Im russischen Teilungsgebiet bestand keine Möglichkeit zu polnischsprachiger akademischer Bildung mehr, als 1869 die erst sechs Jahre zuvor eröffnete Warschauer Hauptschule (*Szkoła Główna Warszawska*) geschlossen wurde, die in der kurzen Zeit ihres Bestehens eine große Zahl von Intellektuellen hervorgebracht hatte (→ IV.D).⁴³ An ihrer Stelle wurde 1870 die russischsprachige Kaiserliche Universität Warschau (*Imperatorskij Varšavskij Universitet*) eingerichtet.⁴⁴ Als Zeichen des Protestes gegen die russische Politik wurde diese Lehreinrichtung von den oberen Schichten der polnischen Gesellschaft ebenso weitgehend boykottiert wie das 1898 in Warschau gegründete und nach Kaiser Nikolaus II. benannte russischsprachige Technische Institut

⁴⁰ REDZIK, A.: *Zarys Historii uniwersytetu Jana Kazimierza* [Abriss der Geschichte der Jan-Kazimierz-Universität]. In: DERS. (Hg.): *Academia Militans. Uniwersytet Jana Kazimierza we Lwowie*. Kraków 2015, 43–196, hier 122–150; BANACH, A.K.: *The Partitional Period: The Jagiellonian University 1795–1918*. In: STOPKA, K./BANACH, A.K./DYBIEC, J.: *The History of the Jagiellonian University*. Kraków 2000, 89–167; SUCHODOLSKI, B. (Hg.): *Historia nauki polskiej* [Geschichte der polnischen Wissenschaft]. Bd. 1. Wrocław 1970; BANACH, A.K.: *Młodość chłopska na Uniwersytecie Jagiellońskim w latach 1860/61–1917/18* [Bäuerliche Jugend an der Jagiellonen-Universität 1860/61–1917/18]. Kraków 1997. FINKEL, L./STARZYŃSKI, S.: *Historia Uniwersytetu Lwowskiego* [Geschichte der Lemberger Universität]. Lwów 1894.

⁴¹ POPLAWSKI, Z.: *Dzieje Politechniki Lwowskiej 1844–1945* [Geschichte des Lemberger Politechnikums 1844–1945]. Wrocław 1992; BOBERSKI, J. u. a. (Hg.): *Politechnika Lwowska 1844–1945*. Wrocław 1993; DITCHEN, H.: *Die Politechnika Lwowska in Lemberg. Geschichte einer Technischen Hochschule im multinationalen Umfeld*. Berlin 2015 (Stuttgarter Beiträge zur Wissenschafts- und Technikgeschichte, 7).

⁴² WOŚKOWSKI, T.: *Dzieje studiów rolniczo-lasowych w ośrodku lwowsko-dublańskich* [Geschichte der land- und forstwirtschaftlichen Studien im Ausbildungszentrum Lemberg-Dublany]. Warszawa 2011.

⁴³ FITA, S.: *Pokolenie Szkoły Główniej* [Die Generation der Warschauer Hauptschule]. Warszawa 1980.

⁴⁴ KIENIEWICZ, S.: *Dzieje Uniwersytetu Warszawskiego 1807–1915* [Geschichte der Universität Warschau 1807–1915]. Warszawa 1981.

(*Politechničeskij Institut im. Imperatora Nikolaja II*).⁴⁵ Akademische Ausbildung wurde von vielen Polen an Hochschulen im Innern Russlands oder im Ausland erworben. Soweit dies möglich war, erfolgten dort polnisch nationale Zusammenschlüsse, was sich zum Beispiel in den Gründungen von *Sokol*-Vereinen an den Universitäten Russlands und der Habsburgermonarchie niederschlug.⁴⁶

Im preußischen Teilungsgebiet kam es nie zur Gründung einer polnischsprachigen Hochschule. Die vom Posener Stadtrat und von polnischen Parlamentariern unternommenen Versuche, in Posen eine Universität zu errichten, scheiterten am Widerstand der preußischen Behörden. Die einzige Möglichkeit polnischsprachiger höherer Bildung im preußischen Teilungsgebiet bot die 1870 von August Cieszkowski in Żabikowo bei Posen gegründete und nach seiner Frau Halina benannte Höhere Landwirtschaftsschule (*Wyższa Szkoła Rolnicza im. Haliny*), die zwar nur sieben Jahre bestand, auf deren Personal jedoch noch bei der Gründung der landwirtschaftlichen Fakultät an der 1919 in Posen eröffneten polnischsprachigen Universität zurückgegriffen werden konnte.⁴⁷

Angesichts des Fehlens polnischsprachiger Bildungseinrichtungen hatten im preußischen und russischen Teilungsgebiet die im Zuge Organischer Arbeit (→ IV.D) oder in Verbindung mit den neuen sozialen Bewegungen (→ IV.E) gegründeten Bildungs- und Kulturvereine besonders große Bedeutung. Die im preußischen Teilungsgebiet aktive Gesellschaft Wissenschaftlicher Hilfe für die Jugend des Großherzogtums Posen und die gleichnamige Westpreußens (*Towarzystwo Naukowej Pomocy dla Młodzieży Wielkiego Księstwa Poznańskiego* bzw. *Prus Zachodnich*) finanzierten begabten Schülern aus ärmeren Schichten höhere Bildung, sofern diese an der polnische Sprache interessiert und in der Lage waren, wissenschaftliche Arbeiten auf Polnisch zu verfassen. Allein die Posener Gesellschaft förderte von 1841 bis 1891 2245 Schüler und Studenten.⁴⁸ Um die Volksbildung bemühte sich durch Einrichtung von Dorfbibliotheken mit

⁴⁵ KOLBIŃSKI, K.: *Politechnika Warszawska 1915–1965*. Warszawa 1965, 22–26.

⁴⁶ MOLIK, W.: *Polskie peregrynacje uniwersyteckie do Niemiec 1871–1914* [Die polnische Pilgerschaft zu Universitäten in Deutschland 1871–1914]. Poznań 1989; DERS.: *Polscy studenci na uniwersytetach niemieckich od końca XVIII do początku XX wieku* [Polnische Studenten an deutschen Universitäten vom Ende des 18. bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts]. Bd. 1. Poznań 2016; NOWIŃSKI, F.: *Polacy na Uniwersytecie Petersburskim w latach 1832–1884* [Polen an der Petersburger Universität 1832–1882]. Wrocław 1986; ISSAKOW, S.G./LEWANDOWSKI, J. (Hg.): *Uniwersytet w Tartu. Rola dorpatczyków w polskiej nauce, kulturze i polityce XIX i XX wieku* [Die Universität in Tartu. Die Rolle der Dorpater in der polnischen Wissenschaft, Kultur und Politik des 19. und 20. Jahrhunderts]. Lublin 1999.

⁴⁷ DZIAMSKI, S.: *August Cieszkowski*. In: GAŚSIOROWSKI, A./TOPOLSKI, J. (Hg.): *Wielkopolski Słownik Biograficzny* [Großpolnisches Biografisches Wörterbuch]. Warszawa 1981, 116 f.

⁴⁸ JAKÓBCZYK, W.: *Studia nad dziejami Wielkopolski w XIX w.* [Studien zur Geschichte Großpolens im 19. Jahrhundert]. Bd. 2. Poznań 1959, 27–42; DERS.: *Towarzystwo Naukowej Pomocy w Wielkopolsce 1841–1939* [Die Gesellschaft für Wissenschaftliche Hilfe in Großpolen 1841–1939]. Poznań 1985.

polnischsprachiger Literatur unter anderem die 1872 in Posen gegründete Gesellschaft für Volksbildung (*Towarzystwo Oświaty Ludowej*), die aber als politische Vereinigung rasch verboten wurde. Ihre Tätigkeit setzte ab 1880 die Gesellschaft für Volkslesesäle (*Towarzystwo Czytelni Ludowych*) fort, der es binnen 20 Jahren gelang ein Netz von ca. 1000 Bibliotheken aufzubauen, die auch für Vorträge und Theateraufführungen genutzt wurden.⁴⁹

Große Bedeutung für die Verbreitung polnischen Nationalbewusstseins, besonders unter der Bevölkerung Westpreußens, des Ermlands und Schlesiens hatte auch das private Engagement des Politikers und Journalisten Wiktor Kulerski, der als ungekrönter König der polnischen Presse bezeichnet wurde und 1912 die Katholisch-Polnische Bauernpartei (*Katolicka-Polska Partia Ludowa*) gründete. Die von ihm seit 1894 herausgegebene *Gazeta Grudziądzka* [Graudenzener Zeitung] wurde mit bis zu 128 000 verkauften Exemplaren zum auflagenstärksten polnischsprachigen Presseorgan an der Wende zum 20. Jahrhundert.⁵⁰ Neben verschiedenen Beilagen für alle Bevölkerungsschichten, darunter Kalender, Bilder, Liedersammlungen und Erzählungen polnisch patriotischen Inhalts, wurde darin auch eine von Jan Michał Rakowski verfasste polnische Schulfibel in einzelnen Abschnitten veröffentlicht, die 1911 auch als Buch herausgegeben wurde – mit einer Auflage, die in den folgenden Jahrzehnten auf fast eine Million Exemplare stieg.⁵¹

Im russischen Teilungsgebiet war seit 1882 der von Mieczysław Brzeziński gegründete Volksbildungszirkel (*Koło Oświaty Ludowej*) aktiv, der der damals entstehenden nationaldemokratischen Bewegung und der Zeitschrift *Zorza* [Abendröte] verbunden war. Fünf Jahre nach dessen Zerschlagung durch Verhaftung der wichtigsten Mitarbeiter entstand 1899 die geheime, von der Nationaldemokratie kontrollierte Gesellschaft für Nationalbildung (*Towarzystwo Oświaty Narodowej*). Ihr gelang es, angesichts des immer stärker als Problem wahrgenommenen, im Königreich weitverbreiteten Analphabetismus eine große Zahl Priester, Lehrer, Gutsbesitzer und Ärzte in ihre auf Ausbreitung nationalen Bewusstseins, nationaler Solidarität und Emanzipation gegenüber staatlichen Behörden zielende Bildungsarbeit unter den ärmeren Schichten der Bevölkerung einzubinden. Der Gesellschaft, die in Folge der Revolution 1906 ihre Tätigkeit

⁴⁹ DERS.: *Towarzystwo Czytelni Ludowych 1880–1939* [Der Verein für Volkslesesäle 1880–1939]. Poznań 1982.

⁵⁰ CIEŚLAK, T.: *Z dziejów prasy polskiej na Pomorzu Gdańskim w okresie zaboru pruskiego* [Aus der Geschichte der polnischen Presse in Westpreußen]. Gdańsk 1964 (Gdańskie Towarzystwo Naukowe, Wydz. 1, 19), 110–119; DERS.: »*Gazeta Grudziądzka*« 1894–1918 – fenomen wydawniczy [Die Graudenzener Zeitung 1894–1918 – ein Phänomen des Verlagswesens]. In: *Studia i materiały do dziejów Wielkopolski i Pomorza*. 3 (1957), 2, 175–188.

⁵¹ BUKOWSKI, A.: *Rakowski Jan Michał*. In: *Polski Słownik Biograficzny* [Polnisches Biografisches Wörterbuch]. Bd. 30. Wrocław 1987, 519–521, hier 520; PORĘBA, S.: *Jan Michał Rakowski. Szkic biograficzny* [Jan Michał Rakowski. Biografische Skizze]. In: *Pomerania* 16 (1979), H. 11/12, 54–56, hier 56.

offiziell unter dem Namen *Polska Macierz Szkolna* [Polnisches Schulvaterland] fortsetzen konnte, gehörten bis zu 200 Zirkel und 6000 Mitglieder an. Zu den selbstgestellten Aufgabengebiete der Gesellschaft gehörte die Gründung von Privatschulen, die bereits vor der nun einsetzenden Repolonisierung des Grundschulwesens auf Polnisch unterrichteten, die Sammlung dafür nötiger Finanzmittel, der Kontakt zu den staatlichen Schulbehörden, die Einrichtung von Lesesälen und Bibliotheken sowie die Organisation von Vorschulbildung und populärwissenschaftlichen Vorträgen. Bereits nach einem Jahr wurde die *Macierz* jedoch wieder verboten und musste ihre Tätigkeit erneut im Untergrund fortsetzen.⁵²

Auch in den ehemals polnischen Westgebieten Russlands außerhalb des Königreichs Polen ermöglichte nach 1905 die etwas weniger restriktive Politik ein rasches Anwachsen von Bildungs- und Kulturinitiativen sowie von sozialen und politischen Bewegungen, was zu einem raschen Erstarken nationalen Bewusstseins der Bevölkerung führte. Die Akteure der polnischen Nationalbewegung und besonders der polnische Adel versuchten diese neuen Möglichkeiten zu nutzen. Gleichzeitig entstand eine nun legale polnischsprachige Presse: in Wilna erschienen beispielsweise zwischen 1905 und 1914 80 polnische Pressetitel.⁵³ Die Bemühungen um ein polnisches Schulwesen und die Wiedereröffnung der 1832 geschlossenen Wilnaer Universität blieben allerdings erfolglos. In der Ukraine wurden durch Vertreter der polnischen Organisation »Bildung« (*Oświata*) ohne vorherige Genehmigung kleinere Dorfschulen gegründet, die der Repolonisierung ehemals adliger, nach den Adelsreformen in Folge des Novemberaufstandes (→ III. C) als bäuerlich geltenden Bevölkerungsgruppen dienen sollten. Damit gelang es, Fakten zu schaffen, da die Behörden die Neugründungen nachträglich genehmigten. Schrittweise wurde dieses Vorgehen allerdings erschwert und 1913 wurden schließlich 299 dieser polnischen Dorfschulen geschlossen.⁵⁴

⁵² RUSINEK-KOTULSKA, K.: *Wychowanie jako forma działania politycznego Ligii Narodowej* [Erziehung als eine Form politischer Tätigkeit der Nationalliga]. In: *Athenaeum* 11 (2003), 77–85; KMIECIK, Z.: *Ruch oświatowy na wsi. Królestwo Polskie 1905–1914* [Die Bildungsbewegung auf dem Land. Das Königreich Polen 1905–1914]. Warszawa 1963; MARKIEWICZOWA, H.: *Rzecz o Polskiej Macierzy Szkolnej* [Etwas über die *Polska Macierz Szkolna*]. Warszawa 2016.

⁵³ KMIECIK, Z.: *Prasa polska w zaborze rosyjskim w latach 1905–1915* [Die polnische Presse im russischen Teilungsgebiet 1905–1915]. In: ŁOJEK, J. (Hg.): *Historia prasy polskiej* [Geschichte der polnischen Presse]. [Bd. 2:] *Prasa polska w latach 1864–1918* [Die polnische Presse 1864–1918]. Warszawa 1976, 58–113, hier 95–100.

⁵⁴ EPSTEIN, T.: *Edukacja dzieci i młodzieży w polskich rodzinach ziemiańskich na Wołyniu, Podolu i Ukrainie w II poł. XIX w.* [Die Ausbildung von Kindern und Jugendlichen aus Güter besitzenden Adelsfamilien in Wolhynien, Podolien und der Ukraine in der zweiten Hälfte des 19. Jh.]. Warszawa 1988; DERS.: *Ziemiaństwo polskie na Ukrainie i wydarzenia lat 1905–1907* [Der Güter besitzende polnische Adel in der Ukraine und die Ereignisse der Jahre 1905–1907]. In: ŻARNOWSKA, A. u. a. (Hg.): *Dziedzictwo rewolucji 1905–1907* [Das Erbe der Revolution 1905–1907]. Warszawa 2007, 361–376.

Bedeutung für die Verbreitung polnischsprachiger Bildung erlangte über die Teilungsgrenzen hinweg der Jurist Konrad Prószyński (Pseudonym: Kazimierz Promyk). Die von ihm 1875 verfasste, zum Selbststudium anleitende Schulfibel *Elementarz, na którym nauczysz czytać w 5 albo 8 tygodni* [Fibel, mit der du in 5 bis 8 Wochen das Lesen lernst], wurde in den nächsten Jahrzehnten vielfach neu herausgegeben, war in allen Teilungsgebieten verbreitet und erreichte eine Gesamtauflage von 1,5 Millionen Exemplaren. Die 1879 von Prószyński veröffentlichte *Obrazkowa nauka czytania i pisanie* [Bebilderte Lehre des Lesens und Schreibens] wurde 1893 auf einer internationalen Ausstellung der Londoner Pädagogischen Gesellschaft als beste Schulfibel ausgezeichnet. Zur Verbreitung der Lesekenntnisse auf dem Lande trug Prószyński außerdem durch die Herausgabe der an die bäuerliche Bevölkerung gerichteten Wochenzeitung *Gazeta Świąteczna* [Feiertagszeitung] bei.⁵⁵

Institutionen polnischer Kultur und Wissenschaft

Die Tätigkeit der verschiedenen Bildungsinitiativen wurden durch unterschiedliche Institutionen polnischer Kultur und Wissenschaft ergänzt. Diese waren einerseits typische Erscheinungen der sich im 19. Jahrhundert herausbildenden Massenkultur, wie institutionalisierte wissenschaftliche Gesellschaften, öffentliche Museen und für eine große Leserschaft gedachte Bibliotheken, andererseits entwickelten sie aufgrund des Fehlens eigener Staatlichkeit und der besonderen adlig-aristokratischen Traditionen spezifische Merkmale. Dazu gehörte, dass ein Großteil der polnischen Wissenschafts- und Kulturinstitutionen auf Initiativen von Organisationen und Privatpersonen zurückging, die in Opposition zur Politik der jeweiligen Teilungsstaaten standen, da nur in Galizien nach 1868 staatliche Unterstützung für das polnische Kulturleben gewährt wurde. Im Gegensatz zu den meisten anderen Nationalbewegungen, die sich ohne eigenen Staat entwickelten, konnte die polnische sich bei ihren Bemühungen um den Aufbau nationaler Institutionen aber auf finanzstarke und über hohen sozialen Status verfügende adlig-aristokratische Eliten stützen, auch wenn diese häufig litauischer, ruthenischer oder deutscher Abstammung waren. Typisch für viele polnische Institutionen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts waren zudem Bemühungen um Zusammenarbeit über die Grenzen der Teilungsstaaten hinweg und enge Verbindungen zur polnischen Emigration.⁵⁶

⁵⁵ LEWICKI, S.: *Konrad Prószyński (Kazimierz Promyk)*. Warszawa 1996. Vgl. auch KMIECIK: *Prasa polska w zaborze rosyjskim* (Anm. 53), 76f., 113; DERS.: *Prasa polska w Królestwie Polskim i Imperium Rosyjskim w latach 1865–1904* [Die polnische Presse Königreich Polen und im Russischen Reich 1865–1904]. In: ŁOJEK: *Historia prasy 2* (Anm. 53), 11–57, hier 43.

⁵⁶ DYBIEC, J.: *Nie tylko szabłą. Nauka i kultura polska w walce o utrzymanie tożsamości narodowej 1795–1918* [Nicht nur mit dem Säbel. Wissenschaft und Kultur im Kampf um den Erhalt nationaler Identität 1795–1918]. Kraków 2004.

Auf Initiative von Władysław Plater, der bereits nach seiner Teilnahme am Novemberaufstand (→ III.D) emigriert war, entstand 1870 in dessen Schloss bei Rapperswil am Zürichsee ein bis heute bestehendes erstes polnischen Nationalmuseum (*Muzeum Polskie*). In dessen aufgrund von vielfältigen Spenden anderer Emigranten rasch wachsenden Sammlungen wurden nationale Andenken, Nachlässe um Polen verdienter Personen, Archive der Emigration, Bilder, Karten, Zeichnungen, Fotografien und Münzen aufgenommen, ergänzt durch eine Bibliothek, die Wissen über Polen bereitstellen sollte. Im Schlossturm wurde darüber hinaus 1895 ein Mausoleum für Tadeusz Kościuszko, den Anführer des Aufstandes von 1794, eingerichtet, das zum wachsenden Kult um dessen Person beigetragen.⁵⁷

Unter Rückgriff auf vielfältige private Spenden, besonders der Familie Czartoryski, beschloss der Krakauer Magistrat unter seinem Präsidenten Józef Dietl 1879 die Einrichtung eines Nationalmuseums (*Muzeum Narodowe*). Als dessen Ort wurden die restaurierten Tuchhallen auf dem Hauptmarkt gewählt, wo sich noch heute einige Ausstellungsräume befinden. Die Sammlungen bestanden zunächst vor allem aus Gemälden und Plastiken, die dem Museum von privaten Sammlern und Künstlern überlassen wurden, mit der Zeit ergänzt um kunsthandwerkliche, archäologische und volkskundliche Exponate sowie andere mit der Geschichte Polens verbundene Objekte. Das Museum organisierte auch Jubiläumsveranstaltungen zu Ehren von Personen und Ereignissen mit hoher Bedeutung für die nationale Erinnerungskultur: so für Tadeusz Kościuszko, den Renaissancedichter Jan Kochanowski oder die Schöpfer der Maiverfassung von 1791.⁵⁸

Bereits 1878 war in Krakau das Privatmuseum der Fürsten Czartoryski eröffnet worden, dessen Ursprünge auf eine der ältesten polnischen Museumsgründungen in Puławy am Anfang des 19. Jahrhunderts zurückging. Die Sammlungen waren nach dem Novemberaufstand zunächst nach Paris gebracht und von dort später nach Krakau geholt worden. Ihre Büchersammlungen hatte die Familie Czartoryski schon zwei Jahre zuvor zur öffentlichen Benutzung in einer Bibliothek (*Biblioteka Czartoryskich*) bereitgestellt.⁵⁹ Bereits seit 1817 existierte in Lemberg die private Stiftung der aristokratischen

⁵⁷ KONOPKA, J. A.: *Początki Muzeum Polskiego w Rapperswilu wedle relacji prasy szwajcarskiej* [Die Anfänge des Polnischen Museums in Rapperswill nach der Berichterstattung in der Schweizer Presse]. Genève 2002; GRABSKI, A. F.: *W kręgu kultu Naczelnika. Rapperswilskie inicjatywy kościuszkowskie (1894–1897)* [In den Kreisen des Kults um den Führer. Rapperswiller Kościuszko-Initiativen (1894–1897)]. Warszawa 1981.

⁵⁸ GOŁUBIEWSKA, Z./ZAWADZKA, E. (Hg.): *Muzeum Narodowe w Krakowie 1879–1979. Sto lat w służbie narodu* [Das Nationalmuseum in Krakau 1879–1979. 100 Jahre im Dienst der Nation]. Kraków 1979; SZUKIEWICZ, M.: *Dzieje, rozwój i przyszłość Muzeum Narodowego w Krakowie* [Geschichte, Entwicklung und Zukunft des Nationalmuseums in Krakau]. Kraków 1909.

⁵⁹ ROSTWOROWSKI, M. (Hg.): *Muzeum Narodowe w Krakowie, Zbiory Czartoryskich*. Warszawa 1978, 36 f. – dt. Übersetzung: *Nationalmuseum Krakau. Sammlung Czartoryski*. Leipzig 1978; CHWALEWIK, E.: *Zbiory polskie. Archiwa, biblioteki, gabinety, galerje, muzea i inne zbiory pamiątek przeszłości w ojczyźnie i na obczyźnie* [Die polnischen Sammlungen. Archive, Bibliotheken, Kabi-

Familie Ossoliński, aus der das Ossoliński-Nationalinstitut hervorging (*Zakład Narodowy im. Ossolińskich*, auch kurz Ossolineum – heute in Wrocław). Zu ihr gehörte auch das Museum der Fürsten Lubomirski (*Muzeum Książąt Lubomirskich*), dessen Bestände zwischen 1866 und 1870 endgültig mit denen des Ossolineums vereinigt wurden. Die Stiftung sammelte – hauptsächlich gestützt auf private Spenden – polnische Bücher, organisierte wissenschaftliche Veranstaltungen, Literaturabende, Konzerte und gab wissenschaftliche Zeitschriften, Bestandsübersichten und Kataloge heraus.⁶⁰

Auch für rein wissenschaftliche Institutionen herrschten in Galizien günstige Bedingungen. Die größte Bedeutung hatte dabei die 1872 gegründete Akademie der Gelehrsamkeit (*Akademia Umiejętności*), deren Vorgängerinstitution die von 1815 bis 1852 bestehende Krakauer Wissenschaftliche Gesellschaft (*Towarzystwo Naukowego Krakowskiego*) war, die 1857 als Krakauer Kaiserlich-Königliche Wissenschaftliche Gesellschaft (*Cesarsko-Królewskie Towarzystwo Naukowe Krakowskie*) reaktiviert wurde. Die *Akademia Umiejętności*, an deren Gründungssitzung auch Kaiser Franz Joseph I. teilnahm, umfasste eine philologische, eine historisch-philosophische sowie eine mathematisch-naturwissenschaftliche Abteilung und entwickelte sich zu einer gesamt-polnischen Wissenschafts- und Kulturinstitution. 1880 organisierte sie die erste Allgemeine Zusammenkunft Polnischer Historiker (*Powszechny Zjazd Historyków Polskich*). Weitere solche Treffen wurden ab 1890 alle fünf Jahre von der 1886 in Lemberg gegründeten Historischen Gesellschaft (*Towarzystwo Historyczne*) ausgerichtet, die sich zum Ziel gesetzt hatte, die Kontakte zwischen Historikern in allen drei Teilungsgebieten sowie im Ausland zu vertiefen. Von der Ausdehnung des Tätigkeitsfeldes der *Akademia Umiejętności* über die polnischen Länder hinaus zeugt am stärksten, dass sie nach der Auflösung der 1832 von polnischen Emigranten in Paris gegründeten Historisch-Literarischen Gesellschaft (*Towarzystwo Historyczno-Literackie*) die Betreuung von deren 1838 eingerichteten und neben Büchern auch Archive und nationale Andenken sammelnden Polnischen Bibliothek (*Biblioteka Polska*) übernahm.⁶¹

nettsammlungen, Galerien, Museen und andere Sammlungen von Denkmälern der Vergangenheit im Vaterland und in der Fremde]. Bd. 1. Warszawa 1926, 229.

⁶⁰ FISCHER, A.: *Zakład Narodowy imienia Ossolińskich. Zarys dziejów* [Das Ossoliński-Nationalinstitut. Abriss der Geschichte]. Lwów 1927.

⁶¹ DYBIEC, J.: *Polska Akademia Umiejętności 1872–1952* [Die Polnische Akademie der Gelehrsamkeit 1872–1952]. Kraków 1993; PEZDA, J.: *Historia biblioteki polskiej w Paryżu w latach 1838–1893* [Geschichte der Polnischen Bibliothek in Paris]. Kraków 2013; KALEMBKA, S.: *Z dziejów czasopiśmiennictwa naukowego emigracji popowstaniowych – Rocznik Towarzystwa Historyczno-Literackiego w Paryżu* [Aus der Geschichte des wissenschaftlichen Zeitschriftenwesens der Emigration nach den Aufständen – Das Jahrbuch der Historisch-Literarischen Gesellschaft in Paris]. In: *Acta Universitatis Nicolai Copernici. Nauki Humanistyczno-Społeczne. Historia* 19 (1984), 131–148.

Weit schwierigere Bedingungen für polnische kulturelle und wissenschaftliche Einrichtungen als in Galizien herrschten im russischen Teilungsgebiet. Ein gutes Beispiel dafür ist die Geschichte der 1860 in Warschau gegründeten Gesellschaft zur Ermutigung der schönen Künste (*Towarzystwo Zachęty Sztuk Pięknych*). Ziele der Gesellschaft waren der Ankauf von Kunstwerken für eine Nationalsammlung sowie die Unterstützung junger Künstler. Die Versuche zur Errichtung eines eigenen Ausstellungsgebäudes scheiterten jedoch zunächst am Fehlen ausreichender finanzieller Mittel sowie eines geeigneten Ortes. Erst nachdem der Warschauer Magistrat ein Grundstück im Zentrum der Stadt zur Verfügung gestellt hatte, konnte 1900 offiziell eine ständige Galerie mit dem Namen *Zachęta* [Ermutigung] eröffnet werden. Diese wurde zu einem der Zentren der Warschauer Kunstszene und organisierte Ausstellungen moderner polnischer Kunst auch über die Teilungsgrenzen hinweg. In der Warschauer Galerie wurde auch das 1902 aus Privatbesitz erworbene, 1878 fertiggestellte Gemälde *Bitwa pod Grunwaldem* [Schlacht bei Tannenberg] von Jan Matejko ausgestellt, eines der wichtigsten Werke polnischer Historienmalerei, das zu einem festen Bestandteil des polnischen kulturellen Gedächtnisses wurde.⁶²

Daneben kam es auch zur Gründung teils legaler, teils illegaler wissenschaftlicher Organisationen. In Warschau entstand 1887 eine konspirative Literarische Gesellschaft (*Towarzystwo Literackie*), der trotz dieses Namens auch viele bekannte polnische Geisteswissenschaftler angehörten, die dem Lager der Organischen Arbeit (→ IV. D) nahestanden. Die Gesellschaft bemühte sich vor allem darum, mittels anonym oder unter Pseudonym publizierter Beiträge in der polnischen Presse der anderen Teilungsgebiete über die Russifizierungspolitik Apuchtins zu berichten, und gab zu diesem Zweck auch von 1889 bis 1891 in Lemberg und Paris eine Broschüren-Reihe unter dem Titel *Z domu niewoli* [Aus dem Heim der Unfreiheit] heraus. Daneben wurden die Veröffentlichungen der Gesellschaft für scharfe Kritik an den loyalistischen Gruppierungen in allen Teilungsgebieten genutzt.⁶³

Legal agierte hingegen die von ehemaligen Professoren und Schülern der oben erwähnten, 1869 geschlossenen Warschauer Hauptschule 1881 gegründete Józef-Mianowski-Kasse – Stiftung zur Unterstützung der Wissenschaften (*Kasa im. Józefa Mianowskiego – Fundacja Popierania Nauki*), die wissenschaftliche Forschungen und Veröffentlichungen förderte. An der Verwaltung dieser größten im russischen Teilungsgebiet legal tätigen polnischen Wissenschaftsorganisation beteiligten sich auch Vertreter der Bourgeoisie, wie der Finanzier und Industrielle Stanisław Kronenberg oder der

⁶² ŚWITEK, G.: *Zachęta 1860–2000*. Warszawa 2003, 48 f.; CHWALEWIK, E.: *Zbiory polskie* (Anm. 59). Bd. 2. Warszawa 1927, 362–364.

⁶³ MARKIEWICZ, H.: *Pozytywizm* [Positivismus]. Warszawa 2008, 75.

Präsident der Warschauer Handelsbank Karol Deike.⁶⁴ Eine andere legale Institution auf dem Gebiet des Königreichs Polen, das 1875 in Warschau gegründete Industrie- und Landwirtschaftsmuseum (*Muzeum Przemysłu i Rolnictwa*) hatte zwar ein begrenztes Tätigkeitsfeld, aber die dort angestellten Wissenschaftler gehörten später zu den ersten Mitarbeitern der Warschauer Wissenschaftlichen Gesellschaft (*Towarzystwo Naukowe Warszawskie*), deren Gründung 1907 durch die im Zuge der Revolution gelockerten politischen Bedingungen möglich wurde, und die sich in den folgenden Jahren zur größten polnischen Wissenschaftsinstitution des russischen Teilungsgebietes entwickelte.⁶⁵ Die meisten der Gründungsmitglieder gehörten zu den Warschauer Mitarbeitern der Krakauer *Akademia Umiejętności*, waren Absolventen der Warschauer Hauptschule oder Mitglieder der Józef-Mianowski-Kasse.

Trotz ebenfalls schwieriger Bedingungen gelang auch in Posen auf Initiative reicher aristokratischer Familien die Einrichtung von polnischen Kulturinstitutionen. 1829 wurde die Raczyński-Bibliothek (*Biblioteka Raczyńskich*) in einem im Stile des Louvre von Graf Edward Raczyński neu erbauten Palais der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und spielte daraufhin eine wichtige Rolle für die Entwicklung polnischen Wissenschaftslebens im preußischen Teilungsgebiet. Die ursprünglich von Edwards Bruder Atanazy Raczyński beabsichtigte Gründung einer Galerie und Malerschule neben dem Bibliotheksgebäude kam hingegen aufgrund eines Zerwürfnisses zwischen ihm und der polnischen Posener Gesellschaft nicht zustande. Stattdessen wurde die inzwischen stark erweiterte Kunstsammlung im 1844 errichteten Berliner Raczyński-Palais ausgestellt, das allerdings 1884 für den Bau des Reichstagsgebäudes abgerissen wurde.⁶⁶

Die 1857 von Vertretern des wohlhabenden Adels und der *Inteligencja* gegründete Posener Gesellschaft der Freunde der Wissenschaften (*Poznańskie Towarzystwo Przyjaciół Nauk*, PTPN) legte ebenfalls eine Bibliothek an und begründete ein Museum polnischer und slawischer Altertümer (*Muzeum Starożytności Polskich i Słowiańskich*),

⁶⁴ PISKUREWICZ, J./HUEBNER, P./ZASZTOWT, L.: *Zarys historii Kasy Mianowskiego* [Abriss der Geschichte der Mianowski-Kasse]. In: Kasa im. Józefa Mianowskiego, Fundacja Popierania Nauki 1881–1991 [Die Józef-Mianowski-Kasse, Stiftung zur Wissenschaftsförderung 1881–1991]. Warszawa 1992, 7–54.

⁶⁵ NAWROCZYŃSKI, B.: *Towarzystwo Naukowe Warszawskie. Materiały do jego dziejów w latach 1907–1950* [Die Warschauer Wissenschaftsgesellschaft. Materialien zu ihrer Geschichte in den Jahren 1907–1950]. Warszawa 1950.

⁶⁶ OSTROWSKA-KĘBŁOWSKA, Z.: *Działalność urbanistyczna do 1835 roku* [Städtebauliche Aktivität bis 1838]. In: TOPOLSKI, J./TRZECIAKOWSKI, L. (Hg.): *Dzieje Poznania* [Geschichte Posens]. Bd. 2.1: 1793–1918. Warszawa 1994, 479–483, hier 484; OSTROWSKA-KĘBŁOWSKA, Z.: *Architektura i budownictwo w Poznaniu w latach 1780–1880* [Architektur und Bauwesen in Posen 1780–1880]. Warszawa 1982 (Poznańskie Towarzystwo Przyjaciół Nauk: Prace Komisji Historii Sztuki, 13), 192–203. Vgl. auch LABUDA, A. S./Mencfel, M./SUCHOCKI, W. (Hg.): *Edward i Atanazy Raczyńscy. dzieła – osobowości – wybory – epoka / Werke – Persönlichkeiten – Bekenntnisse – Epoche / Works – Personalities – Choises – Era*. Poznań 2010.

dessen Bestände aber vorläufig in den Magazinen der Raczyński-Bibliothek untergebracht blieben. Erst 1882 konnte ein eigenes Gebäude errichtet werden, finanziert von Graf Seweryn Mielżyński, der zugleich von ihm selbst und seine Familie erworbene Kunstwerke der Gesellschaft übertrug, die diese als Mielżyński-Museum (*Muzeum im. Mielżyńskich*) der Öffentlichkeit zugänglich machte. Den neben den gutbesuchten Ausstellungsräumen eingerichteten Sitzungssaal der PTPN schmückten Porträtbüsten von um die Entwicklung des polnischen Kultur- und Wirtschaftslebens in Preußen verdienten Personen wie Edward Raczyński, Karol Marcinkowski und Henryk Cegielski, sodass sie von Zeitgenossen als großpolnische Entsprechung der bayrischen Gedenkstätte Walhalla, die berühmten Deutschen gewidmet war, bezeichnet wurde.⁶⁷

Ein weiterer Ausbau der Gebäude des PTPN erfolgte zu Beginn des 20. Jahrhunderts im Zeichen der Konkurrenz zu den neuen Kultureinrichtungen, die vom Staat im Rahmen der sogenannten »Hebungspolitik« zur Stärkung des deutschsprachigen Kulturlebens in den preußischen Ostprovinzen und besonders in Posen errichtet wurden.⁶⁸ Zu diesen zählte das 1904 eröffnete repräsentative Gebäude des Kaiser-Friedrich-Museums, das aus einem 1894 gegründeten Provinzialmuseum hervorgegangen war, und unter anderem die dem preußischen Staat vererbte Sammlung von Atanazy Raczyński ausstellte. 1906 wurde zudem die öffentliche Kaiser-Wilhelm-Bibliothek eingerichtet, die im Unterschied zur Raczyński-Bibliothek als Verbindung von Wissenschafts- und Volksbibliothek konzipiert war und ihre bald 110000 Bände umfassenden Bestände zum Teil außer Haus verlieh.

Die kulturelle Öffentlichkeit der letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts war auch geprägt von einer raschen Erweiterung des Theaterangebots. Die Zahl der Amateuraufführungen stieg ebenso an wie die der reisenden Sommertheater, diese mit meist leichterem Repertoire. Vor allem aber entstanden zunehmend dauerhafte polnischsprachige Theaterbühnen, die es vor 1863 nur in Warschau, Krakau und Lemberg gegeben hatte. Der Umbau des *Teatr Wielki* [Großen Theaters] in Warschau 1891 zählte ebenso wie die Errichtung neuer monumentaler Theatergebäude in Krakau 1893 und Lemberg 1905 zu den wichtigsten städtischen Infrastrukturmaßnahmen. In Posen wurde 1875, finanziert durch Spenden, ein Polnisches Theater (*Teatr Polski*) errichtet – die einzige professio-

⁶⁷ SKURATOWICZ, J.: *Rozwój urbanistyczny miasta po 1880 r.* [Die städtebauliche Entwicklung nach 1880]. In: TOPOLSKI/TRZECIAKOWSKI: *Dzieje Poznania* (Anm. 66), 542–559, hier 551; OSTROWSKA-KĘBŁOWSKA: *Architektura* (Anm. 66), bes. 433–440. Vgl. auch HINC, A./MOLIK, W. (Hg.): *Poznańskie Towarzystwo Przyjaciół Nauk a towarzystwa naukowe na ziemiach polskich w XIX i początkach XX wieku* [Die Posener Gesellschaft der Freunde der Wissenschaften und die Wissenschaftsgesellschaften in den polnischen Ländern im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts]. Poznań 2011.

⁶⁸ MOLIK, W.: *Posen als »Hauptstadt des Deutschen Ostens« und als »Hauptstadt des Polentums« in den von Preußen beherrschten Gebieten.* In: KEMLEIN, S. (Hg.): *Postkarten erzählen Geschichte. die Stadt Posen 1896–1918.* Lüneburg 1997, 143–177; SKURATOWICZ, J.: *Architektura Poznania 1880–1918* [Die Architektur Posens 1880–1918]. Poznań 1990, 208–230.

nelle polnischsprachige Bühne im preußischen Teilungsgebiet. Auf den galizischen Bühnen wurden mehrfach Dramen mit Bezug auf die jüngere polnische Geschichte uraufgeführt, wie *Kościuszko pod Racławicami* [Kościuszko bei Racławice] von Władysław Ludwik Anczyc 1880 oder *Warszawianka* [Warschau-Lied (die 1831 zur Unterstützung des polnischen Aufstands in Frankreich entstandene *La Varsovienne*)] 1898 sowie *Noc listopadowa* [Novembernacht] 1904 von Stanisław Wyspiański. In Warschau, Krakau und Lemberg fanden auch Aufführungen polnischer Opern statt, darunter besonders der Werke von Stanisław Moniuszko. In Krakau eröffnete darüber hinaus 1905 das erste polnische Kabarett mit dem Namen *Zielony Balonik* [Kleiner grüner Ballon].⁶⁹

Demonstrationen polnischen Nationalbewusstseins: Die Feiern nationaler Jubiläen und die Historisierung des öffentlichen Raumes

Im Zeitraum von 1870 bis 1914 erfasste ganz Europa eine Welle der Traditionsbildung, die Eric Hobsbawm als *mass-producing traditions* bezeichnet hat.⁷⁰ Unter anderem entstanden in den sich rasch modernisierenden Städten moderne »Erinnerungstopographien« (*mapy pamięci*)⁷¹, die auf einer Historisierung des öffentlichen Raums beruhten. Dazu dienten sowohl die Errichtung von Denkmälern für Ereignisse und Personen der Nationalgeschichte als auch Demonstrationen und Feiern aus Anlass von deren Einweihung oder von nationalgeschichtlich bedeutsamen Jubiläen. Wie in den meisten europäischen Staaten verschärften auch die politischen Eliten im Russischen und Deutschen Kaiserreich an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert den Akkulturationsdruck auf sprachlich-religiöse Minderheiten und reagierten damit auf den wachsenden Einfluss von politischen Massenbewegungen, die eine stärkere nationale Homogenisierung der Staaten einforderten. Während in Galizien mit den Ende der 1860er Jahre gewährten

⁶⁹ SIVERT, T. (Hg.): *Dzieje Teatru polskiego* [Geschichte des polnischen Theaters]. Bd. 3. Warszawa 1982, Bd. 4.1/2. Warszawa 1987/88. Vgl. auch HINC, A.: *Die Kulturpolitik gegenüber dem deutschen und dem polnischen Theater in Posen in den Jahren 1793–1918*. In: THER, P. (Hg.): *Kulturpolitik und Theater. die kontinentalen Imperien in Europa im Vergleich*. München 2012 (Die Gesellschaft der Oper, 10), 265–286; THER, P.: *In der Mitte der Gesellschaft. Operntheater in Zentraleuropa 1815–1914*. Wien 2006.

⁷⁰ HOBBSBAWM, E.: *Mass-Producing Traditions: Europe 1870–1914*. In: DERS./RANGER, T. (Hg.): *The Invention of Tradition*. Cambridge ¹¹2013 (Erstaufl. 1983), 263–307.

⁷¹ KAŃKOLEWSKI, I.: *Olsztyn: Ewolucja mapy pamięci miasta (od połowy XIV do połowy XX w.) i próba jej (od-) czytania* [Allenstein: Die Entwicklung einer städtischen Erinnerungstopographie (von der Mitte des 14. bis zur Hälfte des 20. Jahrhunderts) und ein Versuch, sie zu lesen und zu verstehen]. Olsztyn 2013, 17–94; DERS.: *Evolution of the City Memory Map in Central and Eastern Europe (from the mid-14th to the Early 21st Century)*. In: NAROJCZYK, K. (Hg.): *Between Oblivion and the New Order. From Research on Relationships among Memory Cultures in former East Prussia after World War Two. Studies and Sketches*. Olsztyn 2014, 31–49.

Autonomierechten auch die Möglichkeit zur Entfaltung einer »landespatriotischen«, letztlich stark polnisch geprägten Erinnerungskultur einherging, kam es im preußischen und russischen Teilungsgebiet zu starken Bemühungen, eine auf die Geschichte der jeweiligen Staatsnation bezogene regionale Erinnerungskultur zu entwickeln und abweichende historische Erinnerungen zu verdrängen. Gleichzeitig waren die alten und neuen polnischen Eliten, Adel und *Inteligencja*, gestützt auf ihre starke materielle und soziale Position bestrebt im österreichischen und russischen Teilungsgebiet eine an die Vergangenheit Polen-Litauens anknüpfende Erinnerungskultur auch unter den anderen sprachlich-religiösen Bevölkerungsgruppen zu verbreiten, deren Eliten sich als Teil einer litauischen, ukrainischen oder weißrussischen Nationalbewegung zu emanzipieren begannen.

Gut verdeutlicht letzteres die öffentliche Erinnerung an die staatsrechtlichen Verbindungen zwischen Polen und Litauen in Spätmittelalter und Frühneuzeit (→ Bd.2, VI.B), der große Bedeutung für die Aufrechterhaltung des polnischen Anspruchs auf das gesamte Gebiet der früheren *Rzeczpospolita* in den Grenzen vor der ersten Teilung 1772 zukam. Eine besondere Rolle spielten dabei die Jubiläen der Heirat des litauischen Großfürsten Jagiełło (litauisch: Jogaila, später als polnischer König Władysław II.) mit der polnischen Königin Hedwig (Jadwiga) von 1386, der 1413 in Horodło beschlossenen polnisch-litauischen Union und der 1569 erfolgten ständestaatlichen Fusion durch die Union von Lublin. An den Feierlichkeiten zum Gedenken an die Union von Horodło nahmen 1861 im Kontext der religiös-patriotischen Demonstrationen im Vorfeld des Januaraufstandes (→ III.H) neben Polen aus allen Teilungsgebieten auch in großer Zahl Litauer, Ruthenen/Ukrainer und Juden teil. Unter Mitwirkung von Geistlichen der verschiedenen in den Gebieten des ehemaligen Polen-Litauens bestehenden Religionsgemeinschaften wurde aus diesem Anlass bei Horodło ein Gedenkhügel aufgeschüttet.⁷² Dabei wurde auf die besondere Form zurückgegriffen, die 1820–1823 bei Krakau für das Gedenken an Tadeusz Kościuszko entstanden war (1860 mit einem Gedenkstein versehen, 1861 ein weiter Kościuszkohügel bei Olkusz) und später zum Beispiel 1869 bei Lemberg aus Anlass des 300jährigen Jubiläums der Lubliner Union genutzt wurde.⁷³ Zum 500. Jahrestag der ersten Verbindung von Polen und Litauen wur-

⁷² Zum Gedenken an die Union von Horodło vgl. ZIEJKA, F.: »Przy lackim orle, przy koniu Kiejstuta, archanioł rusi na proporcach błysł!« *Tradycje unii horodelskiej w życiu narodowym czasów niewoli* [»Neben dem Adler der Lachen und dem Pferd des Kiejstut leuchtete der Erzengel Rutheniens auf den Fahnen!« Die Tradition der Union von Horodło im nationalen Leben zur Zeit der Unfreiheit]. In: *Niepodległość i Pamięć* 20 (2013), Nr. 3/4, 49–71; SIKORSKA-KULESZA, J.: *Z tradycji unii horodelskiej w okresie zaborów. Konteksty polityczne* [Zur Tradition der Union von Horodło in der Teilungszeit. Politische Kontexte]. In: KAŁOLEWSKI, I./KONDRACIUK, P./KOPCZYŃSKI, M. (Hg.): *Od Horodła do Horodła (1413–2013). Unia horodelska – dzieje i pamięć* [Von Horodło nach Horodło (1413–2013). Die Union von Horodło – Geschichte und Erinnerung]. *Zamość* 2013, 81–102.

⁷³ Zur Tradition der Gedenkhügel vgl. SALA, B. G.: *Kurhany chwały. O kopcach krakowskich, podkrakowskich i nie tylko* [Grabhügel des Ruhms. Über die Gedenkhügel in sowie bei Krakau und nicht

de 1886 in Krakau außerdem ein Denkmal für Jadwiga und Władisław II. Jagiełło errichtet. Die Ankündigungen, Ansprachen und Beschreibungen dieser Gedenkfeiern beschworen im Namen einer gemeinsamen Vergangenheit die Solidarität zwischen Polen, Litauern und Ruthenen und die gemeinsame Zukunft in einem wiedererstehenden Vielvölkerstaat. An der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert machten sich allerdings zunehmend Risse in der gemeinsamen Erinnerungskultur bemerkbar. Zum Zeitpunkt des 500. Jubiläums der Union von Horodło 1913 stieß das Zukunftsprojekt eines gemeinsamen polnisch-litauisch-ruthenischen Staates bereits auf die entschiedene Ablehnung der ukrainischen und litauischen Nationalbewegung und auch des nationaldemokratischen Teils der polnischen Öffentlichkeit. Die vor allem in Krakau und Lemberg ausgerichteten Feierlichkeiten fielen entsprechend weit bescheidener aus als die früheren dem Gedenken an gemeinsame Vergangenheit in Polen-Litauen gewidmeten.

Grundsätzlich konnte sich die polnische Erinnerungskultur am stärksten im weitgehend autonomen Galizien entfalten, aufbauend auf dem kulturellen und historischen Potential von Lemberg und vor allem von Krakau, dem um 1900 die Rolle eines geistigen Zentrums Polens zukam. Auf dem dortigen Schlossberg Wawel befand sich in der Kathedrale nicht nur die Grablege polnischer Könige, sondern 1817/18 waren die Helden des Unabhängigkeitskampfes Tadeusz Kościuszko und Józef Poniatowski hier beigesetzt wurden, und 1890 wurden die sterblichen Überreste des Dichters Adam Mickiewicz feierlich von Paris dorthin umgebettet. Das frühere königliche Schloss auf dem Wawel, das bis 1905 als Kaserne der österreichisch-ungarischen Armee genutzt worden war, konnte anschließend mithilfe von Spenden aus der Bevölkerung aller Teilungsgebiete renoviert werden. Unter Mitwirkung von Stanisław Wyspiański, eines der bekanntesten zeitgenössischen polnischen Architekten, wurde der Plan zu einer Umgestaltung in eine polnische Akropolis entworfen, auf der neben dem Bischof, der *Akademia Umiejętności* und einem Nationalmuseum auch ein zukünftiger polnischer Reichstag und Senat ihren Sitz haben sollten. Das Projekt wurde allerdings nie umgesetzt.⁷⁴

nur über diese]. Warszawa 2017; FIREK, M.: *O wybranych kopcach Kościuszki* [Über ausgewählte Kościuszko-Gedenkhügel]. In: ŻYCHOWSKA, M. J. (Hg.): *Tadeusz Kościuszko. Historia, współczesność, przyszłość: relacje i zależności* [Tadeusz Kościuszko. Geschichte, Gegenwart, Zukunft: Beziehungen und Abhängigkeiten]. Kraków 2017, 127–144; GETKA-KENIG, M.: *Pomniki Publiczne i dyskurs zasługi w dobie »wskrzeszonej« Polski lat 1807–1830* [Öffentliche Denkmäler und der Verdienstdiskurs in der Epoche des »wiederauferweckten« Polens 1807–1830]. Kraków 2017 (Ars vetus et nova, 45), 316–347. Allgemein zur Erinnerung an Kościuszko vgl. auch FLORKOWSKA-FRANČIĆ, H.: *Das Gedenken an Tadeusz Kościuszko in Polen und im Ausland (1817–1917)*. Köln 2009.

⁷⁴ Eine Sammlung zeitgenössischer Debatten bei KRAWCZYK, J. (Hg.): *Wokół Wawelu. Antologia tekstów z lat 1901–1909* [Um den Wawel. Anthologie von Texten aus den Jahren 1901–1909]. Warszawa 2007.

Darüber hinaus wurden ab 1880 in einer zu diesem Zweck umgestalteten Krypta der Krakauer Paulinerkirche auf dem Skałka-Hügel um die polnische Kultur verdiente Personen beigesetzt, und zu einer ähnlichen Erinnerungsstätte entwickelte sich der Rakowicki-Friedhof. Dort wurde unter anderem Jan Matejko bestattet, dessen monumentale Historienbilder die polnische Erinnerungskultur entscheidend geprägt haben. 1869 wurde die erneute Beisetzung des polnischen Königs Kasimir III., des Großen gefeiert, was zum Vorbild für weitere Neubestattungen wurde, etwa derjenigen des bedeutendsten mittelalterlichen Chronisten Polens Jan Długosz 1880.⁷⁵

In den letzten Jahrzehnten des Jahrhunderts wurde Krakau auch zum wichtigen Schauplatz von nationalen Gedenkfeiern.⁷⁶ Festlich begangen wurden in der Stadt unter anderem 1883 der 200. Jahrestag von Johann III. Sobieskis Sieg über das Osmanische Heer bei Wien,⁷⁷ 1891 der 100. Jahrestag der Verabschiedung der Maiverfassung und 1896 der 300. Jahrestag der katholisch-orthodoxen Kirchenunion von Brest. Besonders aufwendige, mehrtägige Feiern wurden 1910 organisiert, als sich der polnisch-litauische Sieg über den Deutschen Orden bei Tannenberg zum 500. Mal jährte.⁷⁸ Zentraler Bestandteil der Festlichkeiten war die Enthüllung eines Tannenbergdenkmals (*Pomnik Grunwaldzki*), das der in der Emigration für die polnische Nationalbewegung aktive,

⁷⁵ GRZĘDA, E.: »Będziesz z chlubą wskazywać synów twoich groby ...«. *Mitologizacja mogli bohaterów w literaturze i kulturze polskiej lat 1795–1863* [»Mit Stolz wirst Du Deinen Söhnen die Gräber zeigen ...«. Die Mythologisierung von Heldengräbern in der polnischen Literatur und Kultur 1795–1863]. Wrocław 2011; BUSZKO, J.: *Uroczystości kazimierzowskie na Wawelu w roku 1869* [Die Kasimir-Feierlichkeiten auf dem Wawel 1869]. Kraków 1970.

⁷⁶ Zur Erinnerungskultur und den Gedenkfeiern vgl. SZLANTA, P.: *Die Polen – ein Volk ohne Pazifisten? Das Verhältnis der Polen zum Krieg vor 1914*. In: TEUBER, J. (Hg.): *Der Große Krieg beginnt: Sommer und Herbst 1914/The Great War Begins: Summer and Autumn 1914*. Lüneburg 2016 = Thementeil von *Nordost-Archiv* 24 (2015), 11–26, hier 16–18; BIESIADECKA, E.: *Bohaterowie dziejów Polski XVIII i XIX wieku w kalendarzach galicyjskich doby autonomicznej (do 1914 roku)* [Helden der polnischen Geschichte des 18. und 19. Jahrhunderts in den galizischen Kalendern der Autonomiezeit (bis 1914)]. In: ŁAZUGA, W./PACZOS, S. (Hg.): *Między polityką historyczną a pamięcią historyczną. Studia z dziejów Polski okresy porozbiorowego* [Zwischen Geschichtspolitik und historischer Erinnerung. Studien zur Geschichte Polens in der Nachteilungszeit]. Poznań 2015, 395–412.

⁷⁷ SIERŻĘGA, P.: *Obchody 200. rocznicy odsieczy wiedeńskiej w Galicji (1883 r.)* [Die Feiern in Galizien zum 200. Jahrestag des Entsatzes von Wien (1883)]. Rzeszów 2002.

⁷⁸ OLIVIER, M.: *Schlacht bei Tannenberg. Erfolg und Scheitern von Siegesmythen*. In: HAHN, H.H./TRABA, R. (Hg.): *Deutsch-Polnische Erinnerungsorte*. Bd. 1: *Geteilt/Gemeinsam*. Paderborn 2015, 283–300, hier 287–292; KNYSPEL-KOPEĆ, R.: *Grunwald w świadomości społeczeństwa polskiego w drugiej połowie XIX i w XX wieku* [Tannenberg im polnischen gesellschaftlichen Bewusstsein während der zweiten Hälfte des 19. und im 20. Jahrhundert]. Toruń 2014; TREIDEROWA, A.: *Obchody grunwaldzkie w Krakowie 1410–1910* [Die Tannenbergfeiern in Krakau 1410–1910]. Kraków 1961.

international berühmte Pianist Ignacy Paderewski aus seinem privaten Vermögen finanziert hatte. Ungefähr 150 000 Teilnehmer reisten aus den verschiedenen Teilungsgebieten an – die eingeladenen Vertreter der litauischen Nationalbewegung sagten ihre Teilnahme hingegen ab. Weniger Kontroversen riefen Jubiläen hervor, bei denen es um Ereignisse und Personen ging, die sich eindeutiger in eine ethnisch rein polnisch verstandene Nationalgeschichte einordnen ließen, wie etwa der 1913 begangene 100. Todestag des in der Leipziger Völkerschlacht gefallenen Józef Poniatowski.⁷⁹ Die zahlreichen Krakauer Erinnerungsfeiern zogen, nicht zuletzt dank der Berichte in der polnischen Presse, die Aufmerksamkeit eines wachsenden Publikums in allen Teilungsgebieten auf sich. Unterstützt wurde die Ausbreitung polnischen Nationalbewusstseins unter der Landbevölkerung auch durch die Einladung von Bauerndelegationen zu den Festlichkeiten und durch Aufnahme von Bauernmotiven in die Denkmalsgestaltung – so etwa durch die Figur eines symbolisch die Ketten der Unfreiheit zerreißen Bauern im Bildprogramm des Tannenbergsdenkmals.

Zur Ausgestaltung der polnischen Erinnerungskultur trug auch die 1894 in Lemberg ausgerichtete Allgemeine Landesausstellung (*Powszechna Wystawa Krajowa*) bei, deren Ziel die Präsentation der wirtschaftlichen und kulturellen Leistungen Galiziens war.⁸⁰ Bei dieser Gelegenheit wurde zeitgenössische Kunst aus allen Teilungsgebieten ausgestellt, und die Anreise von Delegationen aus dem Deutschen und Russischen Reich unterstrich den nationalen Zusammenhalt der polnischen Gesellschaft. Anlässlich der Landesausstellung wurde der Öffentlichkeit ein Monumentalgemälde der Schlacht von Raclawice (*Panorama Raclawicka*, heute in Wrocław) vorgestellt, in der hundert Jahre zuvor während des Kościuszko-Aufstandes polnische Einheiten unterstützt von mit Sensen bewaffneten Bauern (*kosynierzy*) einen Sieg über russische Truppen errungen hatten.

Die politische Situation in Galizien erlaubte auch die Ausrichtung offizieller Gedenkfeiern für jüngere Ereignisse der polnischen Geschichte. So wurde jährlich mit Veranstaltungen an den Ausbruch des Novemberaufstandes 1830 (→ III.D) erinnert, und 1913 wurde Galizien zum Zentrum des Gedenkens an den Ausbruch des Januaraufstandes (→ III.H) fünfzig Jahre zuvor. Während aus naheliegenden Gründen im russischen Teilungsgebiet, das vom Aufstand betroffen war, keine Veranstaltungen stattfinden konnten und im preußischen Teilungsgebiet das Gedenken sich im Wesentlichen

⁷⁹ STĘPNIK, K.: *Setna rocznica śmierci księcia Józefa Poniatowskiego w prasie polskiej* [Der hundertste Todestag des Fürsten Józef Poniatowski in der polnischen Presse]. Lublin 2015.

⁸⁰ SIADKOWSKI, M.: *Powszechna Wystawa Krajowa we Lwowie w 1894 roku, czyli Galicja od nowa* [Die Allgemeine Landesausstellung in Lemberg 1894, oder Galizien aufs Neue]. In: JAKUBOWSKA, U. (Hg.): *Spotkania Galicyjskie 2011. Tom Studiów* [Galizische Treffen 2011. Studien]. Zabrze 2012, 123–141.

auf den privaten Raum beschränken musste, wurden in Galizien aus diesem Anlass Gedenkmessen gelesen und Ausstellungen organisiert. In der Presse erschien eine Vielzahl historischer Beiträge, und Fachbücher sowie Erinnerungsalben gelangten in großer Zahl in den Buchhandel.⁸¹

Während in Galizien zahlreiche öffentliche Denkmäler für polnische Nationalhelden und Ereignisse der polnischen Geschichte errichtet wurden, gelang es nur selten, Denkmalsbewegungen über die Teilungsgrenzen hinweg zu organisieren. Aus Anlass des hundertsten Geburtstages des Dichters Adam Mickiewicz wurden allerdings 1898 nicht nur Denkmäler in den galizischen Städten Krakau, Tarnów und Przemyśl, sondern auch eines in Warschau errichtet, 1904 folgte ein weiteres in Lemberg. Das erste Mickiewicz-Denkmal in den polnischen Ländern war bereits 1859 in Posen im preußischen Teilungsgebiet entstanden.⁸² Der öffentliche Raum Posens, des wichtigsten städtischen Zentrums mit überwiegend polnischer Bevölkerung auf dem Gebiet Preußens, wurde in den folgenden Jahrzehnten zum zentralen Feld der für das ganze Teilungsgebiet charakteristischen Konkurrenz zwischen einer sich nur auf Vereine und Privatinitiativen stützenden polnischen nationalen Erinnerungskultur und einer deutschen, deren Entfaltung mit staatlicher Unterstützung vorangetrieben wurde.⁸³ Bereits in den 1880er Jahren gab es in der lokalen deutschsprachigen Presse Klagen, dass es in der Stadt verhältnismäßig wenige Denkmäler gäbe. Aber erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurden energische Schritte unternommen, diesen Zustand zu ändern: allein zwischen 1902 und 1908 entstanden acht neue Denkmäler, die Figuren aus der deutschen Geschichte gewidmet waren, während im gesamten 19. Jahrhundert insgesamt nur 18 errichtet worden waren.⁸⁴

Gleichzeitig waren die Behörden bemüht, Denkmäler, die auf polnische Initiative zurückgingen, nur an weniger prominenten Plätzen des Stadtraumes zuzulassen. So konnte das erwähnte Mickiewicz-Denkmal nur an dem etwas abgelegenen Friedhofs-

⁸¹ MICHALSKA-BRACHA, L.: *Między pamięcią a historiografią. Lwowskie debaty o powstaniu styczniowym (1864–1939)* [Zwischen Erinnerung und Geschichtsschreibung. Die Lemberger Debatten über den Januaraufstand (1864–1939)]. Kielce 2011; DIES.: *Powstanie styczniowe w pamięci zbiorowej społeczeństwa polskiego w okresie zaborów* [Der Januaraufstand in der kollektiven Erinnerung der polnischen Gesellschaft während der Teilungszeit]. Kielce 2003, 79–162.

⁸² GROT, Z.: *Dzieje pomnika Mickiewicza w Poznaniu 1856–1939* [Geschichte des Mickiewicz-Denkmal in Posen 1856–1939]. Poznań 1998.

⁸³ KĄKOLEWSKI, I.: *Miasto symboli. Poznań w epoce zaborów* [Stadt der Symbole. Posen in der Teilungsperiode]. In: KOPCZYŃSKI, M. (Hg.): *Ziemia obiecana. Miasto i nowoczesność* [Das gelobte Land. Stadt und Moderne]. Warszawa 2015, 81–96. Zur umstrittenen Erinnerungskultur vgl. auch SERRIER, T.: *Entre Allemagne et Pologne. Nations et identités frontalières, 1848–1914*. Paris 2002 (deutsch unter dem Titel: *Provinz Posen, Ostmark, Wielkopolska. Eine Grenzregion zwischen Deutschland und Polen 1848–1914*. Marburg 2005).

⁸⁴ MOLIK, W.: *Zur Denkmalkultur der Stadt Posen im 19. und 20. Jahrhundert*. In: JAWORSKI, R./MOLIK, W. (Hg.): *Denkmäler in Kiel und Posen. Parallelen und Kontraste*. Kiel 2002, 60–80, hier 77.

vorplatz der Martinskirche errichtet werden. Der Ort, von der polnischen Bevölkerung inoffiziell als Mickiewicz-Platz bezeichnet, entwickelte sich daraufhin zu einem wichtigen Treffpunkt polnisch-patriotischer Versammlungen.⁸⁵ Ohne größere Schwierigkeiten gelang es hingegen 1884 die behördliche Genehmigung für die Errichtung eines dem polnischen Renaissancedichter Jan Kochanowski gewidmeten Denkmals auf der Posener Dominsel (*Ostrów Tumski*) zu erlangen. Der Platz vor der Kathedrale, in der bereits in den 1830er Jahren eine Gedächtniskapelle in byzantinischem Stil für die ersten polnischen Herrscher Mieszko I. und Bolesław I. Chrobry (Goldene Kapelle – *Złota Kaplica*) errichtet worden war,⁸⁶ galt den preußischen Behörden für die deutsche Erinnerungskultur als weniger wichtig.⁸⁷ Einfluss darauf hatte aber auch Rücksichtnahme auf die polnische öffentliche Meinung. So war 1842 zwar untersagt worden, auf dem repräsentativen Wilhelms-Platz im Zentrum der Stadt ein Denkmal für den General der polnischen Legionen Jan Henryk Dąbrowski zu errichten, was mit dessen antipreußischer Einstellung begründet wurde, andererseits aber wurde 1865 auf ein Denkmal für König Friedrich Wilhelm III., unter dessen Herrschaft Posen an Preußen gefallen war, verzichtet, um die polnische Einwohnerschaft der Stadt nicht zu reizen.⁸⁸

Am schwierigsten gestalteten sich die Bemühungen um eine Ausgestaltung des öffentlichen Raums mit Inhalten, die auf die polnische Geschichte und Kultur verwiesen, im russischen Teilungsgebiet, und dies galt bereits vor der Welle von Repressionen nach dem Januaraufstand. Ein Beispiel dafür ist die Geschichte des 1830–1832 angefertigten Denkmals für Fürst Józef Poniatowski.⁸⁹ Dessen Aufstellung im Zentrum Warschaus wurde von den russischen Behörden verboten, und die dafür vorgesehenen Finanzmittel wurden teilweise für den Bau eines orthodoxen Friedhofs in Wola bei Warschau verwendet. An dem ursprünglich für das Poniatowski-Denkmal vorgesehenen Platz wurde hingegen 1870 in Anwesenheit von Kaiser Alexander II. feierlich eine Statue des russischen Generals Ivan Paskievič enthüllt, der in der polnischen Gesellschaft aufgrund seiner Rolle bei der Niederschlagung des Novemberaufstandes und

⁸⁵ OSTROWSKA-KĘBŁOWSKA, Z.: *Pomniki* [Denkmäler]. In: TOPOLSKI/TRZECIAKOWSKI: *Dzieje Poznania* (Anm. 66), 536–542, hier 540.

⁸⁶ OSTROWSKA-KĘBŁOWSKA, Z.: *Dzieje Kaplicy Królów Polskich czyli Złotej w katedrze poznańskiej* [Die Geschichte der Kapelle der Polnischen Könige oder Goldenen Kapelle im Posener Dom]. Poznań 1997. Vgl. auch ECKDAHL, S.: *Denkmal und Geschichtsideologie im polnisch-preußischen Spannungsfeld*. In: ZERNACK, K. (Hg.): *Zum Verständnis der polnischen Frage in Preußen und Deutschland 1772–1871*. Berlin 1987 (Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, 59), 127–189.

⁸⁷ MOLIK: *Posen* (Anm. 68), 152.

⁸⁸ Vgl. MOLIK: *Denkmalkultur* (Anm. 84), 62 f.; OSTROWSKA-KĘBŁOWSKA: *Architektura* (Anm. 66), 445 f.

⁸⁹ KOTKOWSKA-BAREJA, H.: *Pomnik Poniatowskiego* [Das Poniatowski-Denkmal]. Warszawa 1971. Zur Entstehungsgeschichte des Denkmals vgl. auch GETKA-KENIG: *Pomniki* (Anm. 73), 254–292.

seiner anschließenden repressiven Politik als Statthalter des Königreichs Polen verhasst war. 1898 konnte zwar, wie erwähnt, ein Mickiewicz-Denkmal errichtet werden, dessen Enthüllung mit einer kurzen, von Polizei und Militär überwachten Feierlichkeit verbunden war, aber die Zensur begrenzte die Erwähnung dieses Ereignisses auf ein Minimum, öffentliche Ansprachen wurden untersagt, und den Buchhandlungen wurde befohlen, alle Porträts des Dichters aus den Auslagen zu entfernen.⁹⁰

Gestützt auf die Autonomierechte Galiziens sowie das intellektuelle und materielle Potential alter und neuer Eliten, aber auch durch die Zusammenarbeit über die Teilungsgrenzen hinweg sowie durch die Aktivitäten zahlreicher Organisationen in der Emigration konnten die polnischen Akteure weit besser mit den erinnerungskulturellen Bemühungen der Teilungsmächte konkurrieren als die ukrainischen, litauischen oder weißrussischen. Ein Feld, auf dem die polnische diesen Nationalbewegungen dabei lange klar überlegen blieb, war die Architektur. In dieser dominierten während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts historisierende Baustile, und der polnischen Gesellschaft gelang es, ähnlich wie anderen Nationalitäten, die sich zwar nicht auf einen eigenen Staat, aber auf wohlhabende Eliten stützen konnten, eigene Nationalstile zu entwickeln.⁹¹ Im russischen Teilungsgebiet wurden katholische Kirchen zumeist im neugotischen Stil errichtet, was die kulturellen Verbindungen zum westlichen Europa betonte und zugleich dem Kampf gegen die Bemühungen der Teilungsmacht um eine Russifizierung des Landschaftsbildes durch Errichtung orthodoxer Kirchen im altrussischen Stil diente.⁹² Im preußischen Teilungsgebiet, wo viele repräsentative Gebäude unter Berliner und Münchner Einfluss entstanden und etwa in Posen mehrere öffentliche Bauten im Stil der Neuromanik oder der süddeutschen Neorenaissance errichtet

⁹⁰ SYGIETYŃSKA, H.: *Kamień w architekturze i rzeźbie Warszawy* [Stein in Architektur und Bildhauerei Warschaus]. Warszawa 1978, 80; STRZELECKI, E.: *Sprawa pomnika Adama Mickiewicza w Warszawie* [Die Entstehungsgeschichte des Adam-Mickiewicz-Denkmal in Warschau]. In: TAZBIR, S. (Hg.): *Z dziejów książki i bibliotek w Warszawie* [Aus der Geschichte von Büchern und Bibliotheken in Warschau]. Warszawa 1961, 433–440, hier 438 f.

⁹¹ RĄCZKA, J.W.: *Walka o polski styl narodowy w architekturze* [Der Kampf um einen polnischen Nationalstil in der Architektur]. Kraków 2001; OMILANOWSKA, M.: *Nacjonalizm a style narodowe w architekturze europejskiej XIX i początku XX wieku* [Nationalismus und Nationalstile in der europäischen Architektur des 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts]. In: KONSTANTYNÓW, D./PASIECZNY, R./PASZKIEWICZ, P. (Hg.): *Nacjonalizm w sztuce i historii sztuki 1789–1950* [Nationalismus in Kunst und Kunstgeschichte]. Warszawa 1998, 145–155; DIES.: *Searching for a National Style in Polish Architecture at the End of the 19th and Beginning of the 20th Century*. In: BOWE, N.G. (Hg.): *Art and the National Dream. the Search for Vernacular Expression in Turn-of-the-Century Design*. Blackrock 1993, 99–116.

⁹² STEFAŃSKI, K.: *Polska architektura sakralna w poszukiwaniu stylu narodowego* [Die polnische Sakralarchitektur auf der Suche nach einem Nationalstil]. Łódź 2000; PASZKIEWICZ, P.: *Pod berłem Romanowów. Sztuka rosyjska w Warszawie, 1815–1915* [Unter dem Zepter der Romanovs. Russische Kunst in Warschau 1815–1915]. Warszawa 1991.

wurden, grenzten sich polnische Vereine und Kulturinstitutionen davon ab, indem sie ihre Gebäuden im klassizistischen Stil oder mit ausdrücklichen Bezügen zur italienischen Renaissance gestalteten.⁹³ In Galizien orientierte sich die polnische Architektur hingegen an der sogenannten Weichselgotik unter Einbindung romanischer Stilelemente und nahm damit Bezug auf die mittelalterliche Bauweise in Krakau. Als an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert sogenannte Volksstile modern wurden, entstand unter anderem der Zakopane-Stil (auch Witkiewicz-Stil), inspiriert von der Holzarchitektur in den Dörfern der Region Podhale am nördlichen Rand der Tatra.⁹⁴

Die Entwicklung konkurrierender nationaler Erinnerungskulturen

Parallel zu den Bemühungen um Verbreitung eines modernen polnischen Nationalbewusstseins strebten in den Ländern des ehemaligen Polen-Litauens mit der polnischen konkurrierende Nationalbewegungen nach Etablierung und Entwicklung eigener Nationalkulturen.

Die deutsche Nationalbewegung im preußischen Teilungsgebiet stützte sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht nur auf staatliche Behörden, sondern auch auf Organisationen der deutschsprachigen Bevölkerung.⁹⁵ Die während der Revolution von 1848 entstandenen deutschen Vereine waren in der anschließenden Reaktionszeit zwar weitgehend aufgelöst worden (→ III.F), aber in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts kam es zu einer erneuten deutsch-nationalen Aktivierung von Teilen der Bevölkerung. 1880 entstand die Historische Gesellschaft für den Netzedistrikt in Bromberg und 1885 die Historische Gesellschaft für die Provinz Posen. Auch wenn vor allem erstere zunächst um Zusammenarbeit mit polnischen Geschichtsinteressierten bemüht

⁹³ STEFAŃSKI, K. *Architektura XIX wieku na ziemiach polskich* [Architektur des 19. Jahrhunderts in den polnischen Ländern]. Warszawa 2005, 173–183; SKURATOWICZ, J.: *Polskie inicjatywy budowlane* [Polnische Bauinitiativen]. In: TOPOLSKI/TRZECIAKOWSKI: *Dzieje Poznania* (Anm. 66), 581–583, hier 583; SKURATOWICZ: *Architektura Poznania* (Anm. 68), 61–251

⁹⁴ OMILANOWSKA: *Nacjonalizm* (Anm. 91), 146. Vgl. auch JABŁOŃSKA, T.: *Styl zakopiański Stanisława Witkiewicza* [Der Zakopane-Stil von Stanislaw Witkiewicz]. Olszanica 2008.

⁹⁵ Zur deutschsprachigen Bevölkerung, ihrem Verhältnis zur preußisch-deutschen Polenpolitik und den Bemühungen um eine deutsche Erinnerungskultur vgl. MATWIEJCZYK, W.: *Niemieccy katolicy w Poznańskim a polityka narodowościowa rządu pruskiego 1871–1914* [Deutsche Katholiken im Posenschen und die Nationalitätenpolitik der preußischen Regierung 1871–1914]. Lublin 2009; DYROFF, S.: *Erinnerungskultur im deutsch-polnischen Kontaktbereich. Bromberg und der Nordosten der Provinz Posen (Wojewodschaft Poznań) 1871–1939*. Osnabrück 2007 (Einzerveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau, 19); SERRIER: *Entre Allemagne et Pologne* (Anm. 83); WOJTCZAK, M.: *Literatur der Ostmark. Posener Heimatliteratur (1890–1918)*. Poznań 1998 (Seria filologia germańska, 43); GRZEŚ, B./KOZŁOWSKI, J./KRAMSKI, A.: *Niemcy w Poznańskim wobec polityki germanizacyjnej 1815–1920* [Das Verhältnis der Deutschen im Posenschen zur Germanisierungspolitik 1815–1920]. Hg. von L. TRZECIAKOWSKI. Poznań 1976.

war, zielten beide Vereine letztlich auf Entwicklung einer Erinnerungskultur in den früher polnischen preußischen Ostgebieten, die sich in die nationale deutsche Erinnerungskultur eingliederte. Unter Mitarbeit von Historikern wie Adolf Warschauer und Kurt Schottmüller, aber auch einer großen Zahl von Lehrern und Pastoren wurden heimatkundliche Museen angelegt und wissenschaftliche sowie populärwissenschaftliche Publikationen herausgegeben, darunter die Zeitschrift der Historischen Gesellschaft für die Provinz Posen und die Historischen Monatsblätter für die Provinz Posen.

Weit breitere nationalpolitische Ziele verfolgte der 1894 gegründete Verein zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken, der 1899 in Deutscher Ostmarkenverein (DOV) umbenannt wurde. Ziel des von der polnischen Presse nach den Anfangsbuchstaben seiner Gründer, der Gutsbesitzer Ferdinand von Hansemann, Hermann Kenne- mann und Heinrich von Tiedemann, auch Hakata genannten Vereins war zunächst die Rücknahme der Zugeständnisse in der Schulpolitik und der Erleichterungen bei Genossenschaftsgründungen, die von Reichskanzler Leo von Caprivi der polnischen Fraktion im deutschen Reichstag im Gegenzug zu deren Unterstützung von Gesetzesvorlagen zugesagt worden waren (→ IV. A). Nach der raschen Durchsetzung dieser Forderungen bemühte sich der DOV unter Verweis auf die wachsende Stärke polnischer Organisationen um weitere Germanisierungsmaßnahmen, ökonomische Förderung für Deutsche und um Intensivierung des deutschen Kulturlebens. Zu diesem Zweck wurden die polnische Presse beobachtet, eigene Pressekampagnen initiiert, Wirtschaftskontakte vermittelt und eine Vielzahl von Veranstaltungen durchgeführt, darunter die in regelmäßigem Abstand abwechselnd in verschiedenen Städten der Ostprovinzen organisierten Deutschen Tage und Ostdeutschen Frauentage. Mit 54000 Mitgliedern war der DOV auch 1914 keine Massenorganisation, erlangte allerdings eine vergleichsweise hohe Kampagnenfähigkeit dadurch, dass vor allem Beamte, Lehrer und in geringerem Maße auch Pfarrer in ihm organisiert waren.⁹⁶ Gleichzeitig waren im preußischen Teilungsgebiet auch gesamtdeutsche Organisationen wie der Alldeutsche Verband und der Bund der Landwirte tätig, die noch deutlich radikalere nationalistische Positionen vertraten als der Ostmarkenverein.⁹⁷

⁹⁶ OLDENBURG, J.: *Der Deutsche Ostmarkenverein 1894–1934*. Berlin 2002; GRABOWSKI: *Deutscher und polnischer Nationalismus* (Anm. 32); GALOS, A./GENTZEN, F.-H./JAKÓBCZYK, W.: *Die Hakatis- ten. Der Deutsche Ostmarkenverein (1894–1934). Ein Beitrag zur Geschichte der Ostpolitik des deutschen Imperialismus*. Berlin 1966 (Schriftenreihe der Kommission der Historiker der DDR und Volkspolens[, 2]).

⁹⁷ Zu den nationalistischen Interessenverbänden vgl. WALKENHORST, P.: *Nation, Volk, Rasse. Radikaler Nationalismus im Deutschen Kaiserreich 1890–1914*. Göttingen 2007 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 176); ELEY, G.: *Reshaping the German Right. Radical Nationalism and Political Change after Bismarck*. New Haven 1980. Vgl. auch SPÄT, R.: *Die »polnische Frage« in der öffentlichen Diskussion im Deutschen Reich 1894–1918*. Marburg 2014.

In den östlichen Gebieten des ehemaligen Polen-Litauen wurde die Ausbreitung polnischer Nationalkultur nicht nur von staatlichen Behörden, sondern auch von der ukrainischen, der litauischen und der weißrussischen Nationalbewegung bekämpft. Denn deren Bemühen um jeweils eigene nationale Staatlichkeit richtete sich sowohl gegen die imperiale Herrschaft der Teilungsmächte als auch gegen die materielle und kulturelle Dominanz der adligen polnischen Gutsbesitzer. Folgerichtig lehnten die führenden Akteure dieser Nationalbewegungen auch das kulturelle Erbe der adlig dominierten ehemaligen *Rzeczpospolita* ab.

Insgesamt entwickelte sich in den östlichen Gebieten des früheren Polen-Litauens neben der polnischen am dynamischsten die ukrainische Nationalbewegung.⁹⁸ Dies galt insbesondere für Galizien, wo die politischen Bedingungen ihr im Vergleich zum russischen Teilungsgebiet weit größere Entfaltungsmöglichkeiten boten und sie als Gegengewicht zu den polnischen Unabhängigkeitsbestrebungen zeitweilig Unterstützung durch die gesamtstaatliche Politik erfuhr.⁹⁹ Der Aufschwung, den ruthenische Organisationen und die mit ihr verbundene Presse während der Revolution von 1848 erlebt hatten, war während der neoabsolutistischen Ära der 1850er Jahre allerdings weitgehend zum Erliegen gekommen (→ III.F) und setzte erst im Zeichen der Annäherung zwischen polnischer Aristokratie und österreichischen Behörden in der zweiten Hälfte der 1860er Jahre wieder ein. Dabei dominierte zunächst, gestützt auf Teile des griechisch-katholischen Klerus, die sogenannte russophile Bewegung, die in Abgrenzung zur polnischen Nationalbewegung die Nähe der ruthenischen Sprache zur russischen

⁹⁸ HUD', B.: *Ukraińcy i Polacy na Naddnieprzu, Wołyniu i Galicji Wschodniej w XIX i pierwszej połowie XX wieku. Zarys historii konfliktów społeczno-etnicznych* [Ukrainer und Polen am Dniepr, in Wolhynien und in Ostgalizien im 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Abriss der Geschichte der ethnisch-sozialen Konflikte]. Zalesie Górne 2013 (2. erw. Aufl. 2018). Als Übersicht vgl. KAPPELER, A. (Hg.): *Die ukrainische Nationalbewegung im Russischen Reich und in Galizien*. In: DERS.: *Der schwierige Weg zur Nation. Beiträge zur neueren Geschichte der Ukraine*. Wien 2003 (Wiener Archiv für Geschichte des Slawentums und Osteuropas, 20), 70–87; JOBST, K. S.: *Die ukrainische Nationalbewegung bis 1917*. In: GOLCZEWSKI, F. (Hg.): *Geschichte der Ukraine*. Göttingen 1993, 158–171. Vgl. auch die Beiträge in KAPPELER, A. (Hg.): *Die Ukraine. Prozesse der Nationsbildung*. Köln 2011.

⁹⁹ Zu Galizien vgl. auch WÓJTOWICZ-HUBER, B.: *»Ojcowie narodu«. Duchowieństwo greckokatolickie w ruchu narodowym Rusinów galicyjskich 1867–1918* [»Väter des Volkes«. Die griechisch-katholische Geistlichkeit in der Nationalbewegung der galizischen Ruthenen 1867–1918]. Warszawa 2008; STRUVE, K.: *Bauern und Nation in Galizien. Über Zugehörigkeit und soziale Emanzipation im 19. Jahrhundert*. Göttingen 2005 (Schriften des Simon-Dubnow-Instituts, 4); HIMKA, J.-P.: *Religion and Nationality in Western Ukraine. The Greek Catholic Church and the Ruthenian National Movement in Galicia, 1870–1900*. Montreal 1999; DERS.: *Galician Villagers and the Ukrainian National Movement in the Nineteenth Century*. Basingstoke 1988; GRUCHAŁA, J.: *Rzqd austriacki i polskie stronnictwa polityczne wobec kwestii ukraińskiej 1890–1914* [Die Stellung der österreichische Regierung und der polnischen Parteien zur Ukrainischen Frage 1890–1914]. Katowice 1988.

und der griechisch-katholischen Kirche zur russisch-orthodoxen betonte.¹⁰⁰ Ihr stand die Ende der 1860er Jahre am weitesten verbreitete ruthenischsprachige Zeitung *Slovo* [Das Wort] nahe und sie dominierte den 1870 gegründeten Ruthenischen Rat (*Ruska Rada*), der sich als Fortsetzung des 1848 gegründeten, in den 1850er Jahren aufgelösten Ruthenischen Hauptrates (*Golovna Ruska Rada*) verstand. In den folgenden Jahrzehnten verlor die russophile Richtung jedoch zunehmend an Einfluss gegenüber der sich neu formierenden nationalen Strömung (*Narodovcy*), von der die nationale Eigenständigkeit der ruthenischsprachigen Bevölkerung als Ukrainer betont wurde und die daher auch als ukrainophil bezeichnet wird. Wie die russophile stützte sich die ukrainophile Bewegung zwar auf griechisch-katholische Geistliche, aber daneben in weit stärkerem Maße auf die neu entstehende weltliche ruthenische *Inteligencja*. Vor allem gelang es ihr besser die Landbevölkerung für sich zu gewinnen, unter anderem durch den größeren Erfolg ihrer Vertreter beim Aufbau eines Netzes von Genossenschaften und Lese-sälen (→ IV.E). Zum sich rasch verändernden Kräfteverhältnis der beiden Strömungen trug auch die veränderte gesamtstaatliche Politik Österreich-Ungarns bei, die angesichts wachsender außenpolitischer Spannungen mit dem Russischen Imperium die russophile Strömung zu bekämpfen begann. Darüber hinaus erfuhr die ukrainisch nationale Bewegung in Galizien materielle und ideologische Unterstützung aus dem russischen Teilungsgebiet durch wohlhabende Gutsbesitzer und Vertreter der *Inteligencja*, von denen die Russifizierungspolitik und der Anspruch der russischen staatlichen Behörden, die Ukrainer seien als sogenannte Kleinrussen Teil der russischen Nation, abgelehnt wurde.

1885 wurde in Galizien mit dem Nationalrat (*Narodna Rada*) eine von den Russophilen unabhängige Organisation geschaffen und 1890 wurde die der sozialistischen Bewegung nahestehenden Ukrainische Radikale Partei (*Ukraïns'ka radikal'na partija*) gegründet. Diese strebte langfristig eine Teilung Galiziens in zwei Kronländer an, dessen östliches mit der Hauptstadt Lemberg ukrainisch dominiert sein sollte. Mittelfristig setzte sie sich unter anderem für einen Ausbau des ukrainischen Grund- und Mittelschulwesens sowie für die Gründung einer ukrainischen Universität in Lemberg ein. Aus Abspaltungen der Radikalen Partei gingen 1899 die Ukrainische Sozialdemokratische Radikale Partei (*Ukraïns'ka socjal-demokratična Radikal'na Partija*) und die Ukrainische Nationaldemokratische Partei (*Ukraïns'ka nacional'no-demokratična*

¹⁰⁰ ZAYARNYUK, A.: *Mapping Identities: The Popular Base of Galician Russophilism in the 1890s*. In: *Austrian History Yearbook* 41 (2010), 117–142; WENDLAND, A.V.: *Die Russophilen in Galizien. ukrainische Konservative zwischen Österreich und Rußland 1848–1915*. Wien 2001 (Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie, 27). Vgl. auch PAŠAEVA, N.M.: *Očerki istorii Russkogo Dviženija v Galičine XIX–XX vekach* [Aus der Geschichte der russischen Bewegung in Galizien 19.–20. Jh.]. Moskva 2001.

partia) hervor.¹⁰¹ Die jüngere Generation der russophilen Strömung organisierte sich hingegen ab 1900 in der Russischen Nationalpartei (*Russkaja Narodnaja Partija*), die auf vollständige Identifikation mit Russland setzte und von dort starke Unterstützung erfuhr.¹⁰² Zur Verschärfung der Spannungen trug neben dem Konflikt zwischen polnischen Gutsbesitzern und der zunehmend in nationalen ukrainischen Organisationen eingebundenen Landbevölkerung die wachsende Konkurrenz der russischen und österreich-ungarischen Politik um Einfluss auf die ukrainische Bevölkerung bei.¹⁰³

Der polnisch-ukrainische Gegensatz im östlichen Galizien verschärfte sich an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, nachdem sich Bemühungen um eine politische Verständigung Mitte der 1890er Jahre als nicht ausreichend herausstellten.¹⁰⁴ Wichtige Streitpunkte waren das Schulsystem sowie Wissenschafts- und Kultureinrichtungen.¹⁰⁵

¹⁰¹ TOMCZYK, R.: *Radykałowie i socjaldemokraci. Miejsce i rola lewicy w ukraińskim obozie narodowym w Galicji 1890–1914* [Radikale und Sozialdemokraten. Ort und Rolle der Linken im ukrainischen nationalen Lager in Galizien 1890–1914]. Szczecin 2007; JOBST, K. S.: *Zwischen Nationalismus und Internationalismus. Die polnische und ukrainische Sozialdemokratie in Galizien von 1890 bis 1914. Ein Beitrag zur Nationalitätenfrage im Habsburgerreich*. Hamburg 1996 (Hamburger Veröffentlichungen zur Geschichte Mittel- und Osteuropas, 2); HIMKA, J.-P.: *Socialism in Galicia. The Emergence of Polish Social Democracy and Ukrainian Radicalism (1860–1890)*. Cambridge, Mass. 1983.

¹⁰² Zum Einfluss der russischen Orthodoxie vgl. OSADCZY, W.: *Święta Ruś. Rozwój i oddziaływanie idei prawosławia w Galicji* [Heilige Rus. Entwicklung und Wirkung der orthodoxen Idee in Galizien]. Lublin 2007.

¹⁰³ Vgl. dazu BACHMANN, K.: »Ein Herd der Feindschaft gegen Rußland.« *Galizien als Krisenherd in den Beziehungen der Donaumonarchie mit Rußland (1907–1914)*. Wien 2001 (Schriftenreihe des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts, 25).

¹⁰⁴ MACIAK, D.: *Próba porozumienia polsko-ukraińskiego w Galicji w latach 1888–1895* [Der Versuch einer polnisch-ukrainischen Verständigung in Galizien 1888–1895]. Warszawa 2006.

¹⁰⁵ Zu den Debatten um das Schulsystem vgl. MOKLAK, J.: *Hałyczyna contra Galicja. Ukraińskie szkolnictwo średnie i wyższe w debatach Sejmu Krajowego galicyjskiego 1907–1914* [*Haličina contra Galicja*. Das ukrainische mittlere und höhere Schulwesen in den Debatten des galizischen Landtags 1907–1914]. Kraków 2013; SZMYD, K.: *Polacy i Ukraińcy wobec Rady Szkolnej Krajowej w początkach jej działalności (1867–1880)* [Die Stellung von Polen und Ukrainern zum Landes-schulrat zu Beginn von dessen Tätigkeit (1867–1880)]. In: *Przegląd Historyczno-Oświatowy* 51 (2008), Nr. 3/4, 33–40. Zu den wissenschaftlichen und kulturellen Institutionen vgl. auch ZAJCEVA, Z.I.: *Ukrajins'kyj naukovyj ruch. Instytucjonal'ni aspekty rozvytku. Kinec' XIX – počatok XX st.* [Die ukrainische wissenschaftliche Bewegung. Institutionelle Aspekte der Entwicklung. Ende des 19. – Anfang des 20. Jh.]. Kiev 2006; POSACKA, D.M./FEDOROVA, L.D.: *Nacjonal'nij muzej u L'vovi imeni Andreja Šeptyc'kogo* [Das Andrej-Šeptycki-Nationalmuseum in Lviv]. In: *Encyklopedija istorii Ukraïni* [Historische Ezyklopädie der Ukraine]. Bd. 7. Kiev 2010, 320 f. Zu den Auseinandersetzungen um eine ukrainischsprachige Universität in vergleichender Perspektive vgl. ROHDE, M.: *Innerimperialer Lernprozesse? Die Nationalitätenproblematik der Innsbrucker Universität im frühen 20. Jahrhundert aus galizisch-ukrainischer Perspektive*. In: SCHARR, K./BARTH-SCALMANI, G. (Hg.): *Die Gegenwart des Vergangenen im urbanen Raum Czernowitz-Innsbruck*. Innsbruck 2019, 183–204.

In den weiterführenden Schulen war Ruthenisch/Ukrainisch nach 1866 zunächst nur am Akademischen Gymnasium von Lemberg Unterrichtssprache. In den folgenden Jahrzehnten bemühte die ruthenisch-ukrainische Nationalbewegung sich um zusätzliche Klassen und Schulen mit ukrainischer Unterrichtssprache und es gelang ihr gestützt auf regionale Fördergesellschaften vor allem die Zahl ukrainischsprachiger Privatschulen zu erhöhen. Die 1873 gegründete, nach dem Dichter Taras Schewtschenko benannte Literaturgesellschaft wandelte sich 1892 zu einer allgemeinen wissenschaftlichen Gesellschaft gleichen Namens (*Naukove Tovaristvo imeni Ševčenko*), setzte sich für eine Institutionalisierung des ukrainischen Wissenschaftslebens ein und bemühte sich um die Gründung einer ukrainischsprachigen Universität in Lemberg. Für die Präsenz ukrainischer Geschichte und Kultur in der Öffentlichkeit war es ein wichtiger Schritt, dass der aus einer polnischen aristokratischen Familie stammende griechisch-katholische Metropolit Andrej Šeptyckij (Graf Roman Maria Aleksander Szeptycki) 1905 die Gründung eines Museums zur Entwicklung der ukrainischen Kultur in Lemberg initiierte, das 1913 in einem eigenen Gebäude als Ukrainisches Nationalmuseum (*Nacjonalnij muzej im. metropolita Andreja grafa na Šeptičach Šepčic'kogo*) eröffnet wurde.

Den deutlichsten Ausdruck fand die Benachteiligung der ruthenischsprachigen Bevölkerung in ihrer parlamentarischen Vertretung. Obwohl sie im Ostteil Galiziens deutlich stärker war als polnischsprachige und insgesamt fast die Hälfte der Gesamtbevölkerung des Kronlandes bildete, stellte sie nur zehn bis zwanzig Prozent der Abgeordneten im Landtag. Denn das Kurienwahlrecht (→ IV.A) erlaubte allein den reichsten Bauern, sich um ein Mandat in der vierten, ländlichen Kurie zu bewerben, und nur wenigen griechisch-katholischen Geistlichen gelang es, in der dritten Kurie gewählt zu werden. Dies bildete ebenso einen steten Konfliktherd wie die geringen Partizipationsmöglichkeiten von Vertretern der ukrainischsprachigen Bevölkerung in den Selbstverwaltungsorganen, auch wenn gewöhnlich zumindest der Vizemarschall des Landtags, der im Landesausschuss mitwirken konnte, ein Ukrainer war. Die ukrainische Nationalbewegung protestierte gegen die Verhältnisse in der Presse sowie durch Beschwerden der ihr verbundenen Abgeordneten im Landtag und im Wiener Reichsrat, aber auch durch Demonstrationen und Unterstützung von Streikbewegungen der ukrainischsprachigen Landbevölkerung, die sich gegen die fast ausschließlich polnischen Gutsbesitzer richteten und teilweise vom Militär niedergeschlagen werden mussten (→ IV.E). 1902 kam es in Lemberg zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen polnischen und ukrainischen Studenten, und 1908 erschoss der ukrainische Philosophiestudent Mirosław Sičins'ki den polnischen Politiker Graf Andrzej Potocki, der seit 1903 Statthalter Galiziens war und kurzzeitig versucht hatte, seine Politik auf ein konservatives Bündnis von ostgalizischen Gutsbesitzern, polnischen Nationaldemokraten und ruthenischen Russophilen zu stützen.

Ab 1910 blockierten ukrainisch nationale Abgeordnete mit Obstruktionstechniken den galizischen Landtag und erzwangen so Beratungen über eine Wahlrechtsre-

form.¹⁰⁶ Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus des Wiener Reichsrats 1911, die nach allgemeinen Männerwahlrecht durchgeführt wurden, kooperierten die ukrainisch nationalen Parteien dann mit einem um den Statthalter gebildeten Wahlbündnis, in dem sich die Krakauer Konservativen, die polnische Bauernpartei und die polnischen Demokraten zusammengeschlossen hatte. Die Gruppierung errang insgesamt fast viermal so viele Mandate wie der von der russophilen Bewegung unterstützte Gegenblock, in dem sich die polnischen Nationaldemokraten und die ostgalizischen polnischen Konservativen zusammengeschlossen hatten. Die Zusammenarbeit der dominierenden polnischen und ukrainischen politischen Kräfte mit dem Statthalter ermöglichte 1914 auch die Einigung auf einen Ausgleich hinsichtlich des Wahlrechtes zum Landtag, den nicht zuletzt der römisch-katholische Klerus lange blockiert hatte. Die Bildung einer fünften Kurie, in der allgemeines Männerwahlrecht galt, hätte den ukrainischen Parteien nun ermöglicht, knapp 30 Prozent der Mandate zu erringen. Der Ausbruch des Weltkrieges verhinderte allerdings eine Umsetzung der Reform und führte zu einer erneuten Verschärfung des polnisch-ukrainischen Konfliktes.

Im russischen Teilungsgebiet behinderte die offizielle Politik, die die ukrainische ebenso wie die weißrussische Bevölkerung allenfalls als einen besonderen Teil der russischen ansah, lange jede Äußerung einer eigenständigen ukrainischen Nationalkultur, unter anderem durch Verbot des Druckes ukrainischsprachiger Publikationen.¹⁰⁷ Dennoch entstanden in Kreisen von Intellektuellen und besonders Studenten während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts um die ukrainische Kultur bemühte Geheimgesellschaften, die sich *Hromadi* [Gemeinschaften] nannten. Darauf aufbauend wurde 1897 in Kiew die geheime Allgemeine Ukrainische Unparteiische Demokratische Organisation (*Zagal'na ukraïns'ka bezpartijna demokratična organizacija*) gegründet, aus der 1904 die Ukrainisch Demokratische Partei (*Ukraiïns'ka demokratična partija*) hervorging. Im folgenden Jahr vereinigte diese sich mit der ebenfalls 1904 in Kiew gegründeten Ukrainischen Radikalen Partei (*Ukraiïns'ka radikal'na partija*) zur Ukrainisch Demokratisch-Radikalen Partei (*Ukraiïns'ka demokratično-radikal'na partija*), die eine Umwandlung des russischen Reiches in eine konstitutionelle Monarchie mit Autonomie für die Ukraine anstrebte und die Möglichkeit zur Verwendung des Ukrainischen

¹⁰⁶ Buszko, J.: *Sejmowa reforma wyborcza w Galicji w latach 1905–1914* [Die Landtagswahlreform in Galizien 1905–1914]. Warszawa 1956; GRODZISKI, S.: *Sejm Krajowy Galicyjski 1861–1914* [Der galizische Landtag 1861–1914]. Warszawa 1993, 65–75.

¹⁰⁷ Zur russischen Nationalitätenpolitik vgl. auch WEEKS, T.R.: *Nation and State in Late Imperial Russia. Nationalism and Russification on the Western Frontier 1863–1914*. DeKalb 2008, 210–230; STAULIŪNAS, D.: *Making Russians. Meaning and Practice of Russification in Lithuania and Belarus after 1863*. Amsterdam 2007; PIĄTKOWSKI, L.: *Rosja wobec ruchów narodowych na ziemiach wschodnich dawnej Rzeczypospolitej (1864–1914)* [Russland und die nationalen Bewegungen in den östlichen Ländern der alten Rzeczpospolita, 1864–1914]. In: *Res Historica* 22 (2006), 111–126.

in Schulen, Gerichten und Verwaltungsbehörden forderte. Bereits ab 1908 konnte die ukrainische Nationalbewegung im russischen Reich allerdings erneut nur im Untergrund agieren.¹⁰⁸

Weit später als die ukrainische entwickelte sich die weißrussische Nationalbewegung.¹⁰⁹ Die ostslawische Dialekte sprechende, größtenteils orthodoxe Bevölkerung in den russischen Gouvernements auf dem Gebiet des früheren Großfürstentums Litauen bestand fast ausschließlich aus bäuerlichen Analphabeten und beschrieb sich selbst meist in vornationalen Kategorien als Rechtgläubige, als Untertanen des Zaren oder als »hiesige« (*tutejšyjaltutejši*). Aus der Zugehörigkeit zur orthodoxen Kirche entwickelte sich in Abgrenzung zur Identifikation von katholisch mit polnisch nur langsam nationales Bewusstsein, zumal eine eigene staatliche Tradition fehlte, die Hochkultur entweder polnisch oder russisch war und die russischen Behörden die orthodoxe Bevölkerung ebenso wie in den ukrainischen Gouvernements als Teil der russischen Nation betrachteten. Nur wenige Angehörige der *Inteligencja*, die der Geistlichkeit oder dem Landadel der Region entstammten, fühlten sich der regionalen Sprach- und Volksgruppe verbunden. Eine breitere weißrussische Nationalbewegung bildete sich erst, nachdem 1906 in Wilna ein Treffen von Volksschullehrern organisiert wurde und die Zeitschrift *Naša Niva* [Unsere Flur] zu erscheinen begann. Diese war das Organ der 1903 aus einer Umformung der im Vorjahr gebildeten Weißrussischen Revolutionären Sammlung (*Beloruskaja Revaljucyjnaja Hramada*) entstandenen Partei Weißrussische Sozialistische Sammlung (*Beloruskaja Sacyjalistyčnaja Hramada*). Deren Programm forderte die

¹⁰⁸ Zur Entwicklung der ukrainischen Nationalbewegung im russischen Teilungsgebiet vgl. auch VULPIUS, R.: *Nationalisierung der Religion. Russifizierungspolitik und ukrainische Nationsbildung 1860–1920*. Wiesbaden 2005; KAPPELER, A.: *Die Formierung einer ukrainischen nationalen Elite im Russischen Reich 1860–1914*. In: DERS.: *Der schwierige Weg* (Anm. 98), 99–122; MILLER, A.: *Shaping Russian and Ukrainian Identities in the Russian Empire During the Nineteenth Century. Some Methodological Remarks*. In: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 49 (2001), 257–263.

¹⁰⁹ TARASIUK, D.: *Trudne początki. Białoruski proces narodowotwórczy na przełomie XIX i XX w.* [Schwierige Anfänge. Der weißrussische Nationsbildungsprozess an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert]. In: *Res Historica* 22 (2006), 51–67; RADZIK, R.: *Polak, Litwin, Białorusin – ewolucja kryteriów przynależności narodowo-kulturowej w dwóch ostatnich stuleciach* [Pole, Litauer, Weißrusse – der Wandel der Kriterien national-kultureller Zugehörigkeit in den letzten zwei Jahrhunderten]. In: *Białoruskie Zeszyty Historyczne* 15 (1/2001), 204–209; ZERASCHKOWITSCH, P.: *Ethnischer Wandel und Nationalitätenpolitik in den weißrussischen Provinzen (1795–1914)*. In: BEYRAU, D./LINDNER, R. (Hg.): *Handbuch der Geschichte Weißrußlands*. Göttingen 2001, 359–376; BIAŁOKOZOWICZ, B.: *Między Wschodem a Zachodem. Z dziejów formowania się białoruskiej świadomości narodowej* [Zwischen Ost und West. Aus der Geschichte der Formierung weißrussischen Nationalbewusstseins]. Białystok 1998; MARK, R. A.: *Die nationale Bewegung der Weißrussen im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts*. In: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 42 (1994), 493–509. Vgl. auch KASCJUK, M. P. u. a. (Hg.): *Historyja Belarusi u šasci tamach* [Geschichte Weißrusslands in sechs Bänden]. Bd. 4. Minsk 2005, 269–277, 337–346, 391–393, 401–408.

Abschaffung der Monarchie, Enteignung des Großgrundbesitzes und eine Autonomie Weißrusslands im Rahmen einer russischen Republik.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstand im russischen Teilungsgebiet auch eine litauische Nationalbewegung, gestützt vor allem auf katholische Geistliche. Am Anfang stand die Einführung volkssprachiger Gottesdienste in Gebieten mit überwiegend litauischsprachiger Bevölkerung in den 1880er Jahren, was nicht immer konfliktfrei verlief – zweimal wurde in dieser Frage der Vatikan um Entscheidung angerufen.¹¹⁰ Politische Akteure der Bauernschaft und der *Inteligencja* schlossen sich schrittweise in einer sogenannten junglitauischen Bewegung zusammen, die das Erbe der Union zwischen dem Großfürstentum Litauen und dem polnischen Königreich verwarf.¹¹¹ Im Einfluss polnischer Kultur sahen sie die größte Gefahr für die Zukunft der litauischen Nation und hielten eine Emanzipation von ihr für die Grundbedingung für deren »Wiedergeburt«. Den Hintergrund dafür bildete die polnische Dominanz auf wirtschaftlichem Gebiet – in den von litauischsprachiger Bevölkerung bewohnten Gouvernements Wilna, Grodno und Kowno waren 60 Prozent des Großgrundbesitzes in der Hand von Polen, und auch rein zahlenmäßig überwog die polnischsprachige Bevölkerung in der größten Stadt Wilna, litauisch Vilnius genannt. Zu einem Kernelement des litauischen Nationalismus wurde so ein programmatischer Antipolonismus, der sich in Parolen wie »Litauen den Litauern!« oder »Polen hinter den Niemen!« niederschlug. Die litauische Nationalbewegung baute dabei auf der Wertschätzung überlieferter bäuerlicher Kultur auf und strebte danach, auf deren Grundlage unter anderem mittels einer Sprachreform eine »rein litauische« Hochkultur zu entwickeln.

Da in Russland zwischen 1865 und 1904 keine litauischen Texte mit lateinischen Buchstaben gedruckt werden durften, entstand ein litauisches Verlagswesen zunächst in

¹¹⁰ SCHABIENSKI, J.: *Konflikt o język nabożeństw w diecezji sejneńskiej i próby jego rozwiązywania* [Der Konflikt um die Gottesdienstsprache in der Diözese Sejny und die Versuche, ihn zu lösen]. In: *Rocznik Augustowsko-Suwalski* 9 (2009), 83–96. Allgemein zur Haltung der katholische Kirche und ihrer Geistlichen vgl. ALEKSANDRAVIČUS, E./KULAKAUSKAS, A.: *Pod władzą carów. Litwa w XIX wieku* [Unter der Zarenherrschaft. Litauen im 19. Jahrhundert]. Kraków 2003 (lit. Orig. Vilnius 1996), 176–210.

¹¹¹ Zur litauischen Nationalbewegung vgl. STALIŪNAS, D. (Hg.): *Spatial Concepts of Lithuania in the Long Nineteenth Century*. Boston 2016; MAČIULIS, D./STALIŪNAS, D.: *Lithuanian Nationalism and the Vilnius Question 1883–1940*. Marburg 2015, 6–62; NIENDORF, M.: *Zwischen historischer und ethnischer Nation. Die litauische Nationalbewegung und die Rolle der Sprache*. In: MAIER, K. (Hg.): *Nation und Sprache in Nordosteuropa im 19. Jahrhundert*. Wiesbaden 2012, 294–312; KAPPELER, A.: *Die ukrainische und litauische Nationalbewegung im Vergleich*. In: DERS.: *Der schwierige Weg* (Anm. 98), 88–98; Zur gegenseitigen Wahrnehmung vgl. BUCHOWSKI, K.: *Litwomani i polonizatorzy. Mity, wzajemne postrzeganie i stereotypy w stosunkach polsko-litewskich w pierwszej połowie XX wieku* [Litauomanen und Polonisatoren. Mythen, gegenseitige Wahrnehmung und Stereotypen in den polnisch-litauischen Beziehungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts]. Białystok 2006.

den von litauischsprachiger Bevölkerung bewohnten Gebieten Preußens.¹¹² Von 1883 bis 1886 erschien in den ostpreußischen Städten Tilsit und Ragnit die erste litauische Zeitschrift *Aušra* [Morgenröte]. Während der Revolution von 1905 kam es dann in Wilna zu einer Zusammenkunft von Vertretern der litauischen Nationalbewegung, die in einer Resolution Autonomie für die von ethnisch litauischer Bevölkerung bewohnten Gebiete mit einem demokratisch gewählten Parlament in Wilna forderten.¹¹³ Kurz darauf entstanden in Wilna unter anderem die Litauische Wissenschaftliche Gesellschaft (*Lietuvių mokslo draugija*), die Litauische Kunstgesellschaft (*Lietuvių dailės draugija*) und die Wilnaer Litauische Kulturgesellschaft »Ruta« (*Vilniaus lietuvių kultūros draugija* »Rūta«).¹¹⁴ Ebenso wie die Akteure anderer Nationalbewegungen sorgten auch die litauischen für die Einrichtung von Lesesälen sowie Bibliotheken, organisierten Genossenschaften sowie Vereine und gaben Zeitschriften und Bücher heraus.

Aufgrund des scharfen Konflikts mit der polnischen Nationalbewegung waren die Vertreter der junglitauischen wie auch der sich formierenden weißrussischen Bewegung zum Teil eher zu Kompromissen mit den russischen Behörden als mit dieser bereit. Andererseits bildete sich eine kleine polnische Gruppierung aus Vertretern der *Inteligencja* und des Landadels, die sich als »Einheimische« (*krajowcy*) bezeichneten und unter Berufung auf die Tradition des Großfürstentums Litauen eine Verständigung mit litauischen und weißrussischen Akteuren suchten. Allerdings fand diese Konzeption einer Lösung des nationalen Konflikts kaum Anhänger.¹¹⁵

¹¹² ŁOSSOWSKI, P.: *Russian Authorities' Policy Toward National Minorities. Prohibition of Lithuanian Publications, 1864–1904*. In: *Acta Poloniae Historica* 88 (2003), 65–84. Vgl. auch STRAŽAS, A. S.: *Lithuania 1863–1893: Tsarist Russification and the Beginnings of the Modern Lithuanian National Movement*. In: *Lituanus* 42 (1996), H. 3 (http://www.lituanus.org/1996/96_3_03.htm); DERS.: *From AUSZRA to the Great War: the Emergence of the Lithuanian Nation*. In: ebd., H. 4 (http://www.lituanus.org/1996/96_4_03.htm) – letzter Zugriff 20.01.2019.

¹¹³ Zur politischen Entwicklung vgl. auch STRAŽAS: *From AUSZRA* (Anm. 112); ALEKSANDRAVIČUS/KULAKAUSKAS: *Pod władzą carów* (Anm. 109), 167–175.

¹¹⁴ WEEKS, T. R.: *Kształtowanie kultury litewskiej w Wilnie w latach 1900–1920* [Die Entwicklung litauischer Kultur in Wilna 1900–1920]. In: NOWAK, A. (Hg.): *Imperia, narody i społeczeństwa Europy Wschodniej i Środkowej na progu pierwszej wojny światowej* [Imperien, Nationen und Gesellschaften Ost- und Mitteleuropas im Vorfeld des Ersten Weltkrieges]. Warszawa 2016, 15–32; DERS.: *Vilnius between Nations 1795–2000*. DeKalb 2015, 59–95; ALEKSANDRAVIČUS/KULAKAUSKAS: *Pod władzą carów* (Anm. 110), 319–332

¹¹⁵ BUBLAUSKAS, A.: *Wielkie Księstwo Litewskie. Wspólna historia, podzielona pamięć* [Das Großfürstentum Litauen. Gemeinsame Geschichte, geteilte Erinnerung]. Warszawa 2013, 136–141. Vgl. auch SMALJANČUK, A. F.: »Krajevaja ideja« Ź belaruskaj historyi. *Zbornik navukovych artykulaŹ* [Die »Landes-Idee« der *Krajowcy* in der weißrussischen Geschichte. Sammlung wissenschaftlicher Aufsätze]. Minsk 2017; SZPOPER, D.: *Gente lithuana, nazione lithuana. Myśl polityczna i działalność Konstancji Skirmuntt (1851–1934)* [Gente lithuana, nazione lithuana. Denken und Werk Konstancja Dkirmuntts]. Sopot 2009; DERS.: *Sukcesorzy Wielkiego Księstwa. Myśl polityczna i działalność konserwatystów polskich na ziemiach litewsko-białoruskich w latach 1904–1939* [Die Erben des

Auch die jüdische Bevölkerungsgruppe wurde im ausgehenden 19. Jahrhundert von Nationalisierungsprozessen erfasst (→ V.C). Während im preußischen Teilungsgebiet eine weitgehende Akkulturation an die deutsche Kultur erfolgte, blieben im österreichischen und russischen Teilungsgebiet, die eine weit größere jüdische Bevölkerungsdichte aufwiesen, die Akkulturationsprozesse an die deutsche, russische oder polnische Kultur begrenzt und der größte Teil der jüdischen Gesellschaft hielt lange an der eigenen traditionellen Kultur fest. Dessen ungeachtet wurden assimilierte Juden und Jüdinnen aus den polnischen Ländern zu einem Teil der jeweiligen intellektuellen, kulturellen und wirtschaftlichen Eliten der Teilungsmächte. Da dies auch für die polnischen Eliten galt, hatten jüdische Akteure nicht unbeträchtlichen Einfluss auf die Entwicklung polnischer Nationalkultur.

An der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert entwickelten sich schließlich auch eigenständige jüdisch nationale Konzeptionen – zum einen diejenige der zionistischen Bewegung, die langfristig auf Errichtung eines modernen jüdischen Nationalstaates auf dem Gebiet des historischen Israels in Palästina zielte, zum anderen diejenige der sozialistischen Bewegung, die eine Anerkennung der Juden als eigene moderne Nation auf dem Gebiet des ehemaligen Polen-Litauen anstrebte.¹¹⁶

Unter dem Eindruck der Pogrome, zu denen es zu Beginn der 1880er Jahre im russischen Imperium kam, entstanden Organisationen, die eine Auswanderung nach Palästina propagierten. Auf einer 1884 im preußischen Kattowitz einberufenen internationalen Konferenz der *Chibbat Zion* [Zionsliebe] genannten Bewegung wurde der Aufbau einer gemeinsamen Organisation beschlossen, die aber relativ rasch an Einfluss und Bedeutung verlor. Die verbliebenen Gruppen schlossen sich 1897 der neu gegründeten Zionistischen Weltorganisation an, und zugleich entstand eine große Zahl neuer zionistischer Gruppierungen unterschiedlicher ideologischer Ausrichtung. Der sozialistische Flügel der zionistischen Bewegung sammelte sich seit 1901 in Russland und bald auch weltweit in der Bewegung *Poale Zion* [Arbeiter Zions], der religiöse Flügel gründete 1902 in Wilna die Organisation *Mizrachi* [Akronym für *Merkaz Ruhani* – religiöses Zentrum].¹¹⁷

Auch in Galizien entstanden ab Anfang der 1880er Jahre zionistische Gruppen, die eine Rückkehr zu althebräischen Traditionen propagierten, Kurse und Lesungen (Ge-

Großfürstentums. Politisches Denken und Tätigkeit der polnischen Konservativen in den litauisch-weißrussischen Gebieten 1904–1939]. Gdańsk 1999.

¹¹⁶ FRANKEL, J.: *Prophecy and Politics. Socialism, Nationalism and the Russian Jews, 1862–1917*. Cambridge 1981. Vgl. auch GITELMAN, Z. Y. (Hg.): *The Emergence of Modern Jewish Politics. Bundism and Zionism in Eastern Europe*. Pittsburgh 2003.

¹¹⁷ Vgl. u.a. VITAL, D.: *The Origins of Zionism*. Oxford 1975; DERS.: *Zionism, the Formative Years*. Oxford 1982; ADLER, J.: *Restoring the Jews to Their Homeland. Nineteen Centuries in the Quest for Zion*. Northvale, N. J. 1997, 261–429; HAUMANN, H. (Hg.): *Der Traum von Israel: Die Ursprünge des modernen Zionismus*. Weinheim 1998.

schichte, hebräische Sprache und jüdische Literatur) durchführten sowie Theateraufführungen organisierten und Bibliotheken einrichteten. Der zunächst sehr enge Kreis der Anhänger begann sich rasch zu erweitern, als ab 1892 die polnischsprachige Zeitschrift *Przyszłość* [Zukunft] herausgegeben wurde – bezeichnend für den Stimmungswechsel in den Kreisen der jüdischen Eliten ist, dass im selben Jahr die ein assimilatorisches Programm unterstützende Zeitschrift *Ojczyzna* [Vaterland] ihr Erscheinen einstellte. In den folgenden Jahren entwickelte sich eine Vielfalt, teilweise nur lokaler zionistischer Organisationen, die regelmäßig gemeinsame Konferenzen durchführten.¹¹⁸

Unabhängig von der zionistischen Bewegung, aber ebenso wie diese in Abgrenzung zu den traditionellen jüdischen Organisation entstand der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund in Litauen, Polen und Russland (*Algemyner Yidisher Arbetersbund in Lite, Poyln un Rusland*). Die 1897 in Wilna gegründete Partei war eine autonome Teilorganisation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands und forderte den Umbau Russlands in einen demokratischen Staat, der die Juden als eigenständige Nation mit jiddischer Sprache anerkennen und ihnen Gleichberechtigung, Kulturautonomie sowie ein eigenes weltliches Schulwesen zugestehen sollte. Der Einfluss des Bundes unter den ärmeren jüdischen Schichten des russischen Teilungsgebietes wuchs rasch: 1905 zählte er bereits ca. 30 000 Mitglieder und war damit die größte sozialistische Partei im russischen Imperium.¹¹⁹

Konkurrierende Nationsbildungsprozesse, der Übergang zur Massenpolitik und Entwürfe zukünftiger polnischer Staatlichkeit

Der Prozess polnischer Nationsbildung während der Teilungszeit war kompliziert und teilweise von gegenläufigen Entwicklungen gekennzeichnet. Die staatlichen Behörden im russischen und deutschen Kaiserreich, die eine stärkere Integration ihrer Teilungsgebiete in die jeweiligen gesamtstaatliche Strukturen durch kulturelle Angleichung an-

¹¹⁸ BINDER, H.: *Galizien in Wien. Parteien, Wahlen, Fraktionen und Abgeordnete im Übergang zur Massenpolitik*. Wien 2005, 161–171; ANDLAUER, T.: *Die jüdische Bevölkerung im Modernisierungsprozess Galiziens (1867–1914)*. Frankfurt a. M. 2001; GAŚOWSKI, T.: *Między gettem a światem. Dylematy ideowe Żydów galicyjskich na przełomie XIX i XX wieku* [Zwischen Ghetto und Welt. Ideelle Dilemmata der galizischen Juden an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert]. Kraków 1996; BELLER, S.: *Patriotism and the National Identity of Habsburg Jewry 1860–1914*. In: *Leo Baeck Institute Yearbook* 41 (1996), 215–238.

¹¹⁹ ZIMMERMAN, J. D.: *Poles, Jews and the Politics of Nationality. The Bund and the Polish Socialistic Party in Late Tsarist Russia 1892–1914*. Madison 2004; TYCH, F./HENSEL, J. (Hg.): *Bund – 100 lat historii 1897–1997* [Bund – 100 Jahre Geschichte 1897–1997]. Warszawa 2000; LEVIN, N.: *While Messiah Tarried. Jewish Socialist Movements, 1871–1917*. London 1978, 219–375; TOBIAS, H. J.: *The Jewish Bund in Russia. From Its Origins to 1905*. Stanford 1972; MENDELSON, E.: *Class Struggle in the Pale. The Formative Years of the Jewish Workers Movement in Tsarist Russia*. Cambridge 1970.

strebten, bemühten sich der polnischen Nationsbildung entgegenzuwirken und nutzten dazu die Schulpolitik und die allgemeine Wehrpflicht. Letztlich zielte ihre Politik auf eine schrittweise Verdrängung des Polnischen aus dem öffentlichen Leben, wozu auch die Ansiedlung auswärtiger Personengruppen, etwa von Beamten, Militärs, Geistlichen, Lehrern, Unternehmern sowie ländlichen Kolonisten dienen sollte. Ein Teil der Neuangesiedelten übernahm allerdings schrittweise die polnische Kultur und Sprache.¹²⁰ Da polnische Akteure außerhalb von Galizien keinen Einfluss auf das Schulsystem hatten, waren sie auf private Bildungsinitiativen angewiesen, um ein polnisches Nationalbewusstsein in der Bevölkerung zu wecken und diese im nationalen Sinne politisch zu mobilisieren. Neben der Politik der Teilungsmächte wurde die Entwicklung eines modernen polnischen Nationalbewusstseins auch von der sich an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert verschärfenden Konkurrenz mit anderen nicht durch einen eigenen Staat gestützten Nationsbildungsprozessen beeinflusst – vor allem denen der Ukrainer, Weißrussen und Litauer. Die Auseinandersetzungen in der jüdischen Gesellschaft um Tradition, Assimilation und eigenständige Nationsbildung blieben ebenfalls nicht ohne Rückwirkungen auf die polnische Nationsbildung.

Mindestens ebenso große Bedeutung wie die Konkurrenz verschiedener staatlicher und nationaler Akteure hatte für die Entwicklung der polnischen Nationalbewegung der soziale und kulturelle Wandel. Der allmähliche Rückgang des Analphabetismus sowie der damit einhergehende Aufschwung von Pressewesen und Buchhandel führten insgesamt dazu, dass sich die Zahl der Personen, die am öffentlichen Kulturleben partizipierten, vervielfachte. Dies ging einher mit der sozialen, kulturellen und politischen Emanzipation der Landbevölkerung vom beherrschenden Einfluss des Adels und der Kirche sowie mit einer wachsenden Stärke der Arbeiterbewegung und sozialistischer Parteien. Die sich daraus ergebende Zunahme der politischen Akteure trug zu einer fortschreitenden Demokratisierung des politischen Lebens bei, führte aber zugleich zu wachsenden sozialen und nationalen Spannungen sowie zu einer Radikalisierung der politischen Auseinandersetzungen.

Die von der polnischen Nationalbewegung grundsätzlich stets aufrechterhaltene Forderung nach Wiedererrichtung polnischer Staatlichkeit zwang ihre Vertreter zu Antworten auf die Frage, in welcher Form und mit welchen Grenzen dies geschehen sollte. Ausgangspunkt für die Überlegungen der polnischen Eliten bildete die Erinnerung an die adlige dominierte *Rzeczpospolita* vor der Aufteilung ihres Gebietes durch die Nachbarmächte. Aber deren Grenzen von 1772 waren am Ende des 19. Jahrhunderts immer weniger vereinbar mit der geographischen Verbreitung polnischen Nationalbewusst-

¹²⁰ Zur Übernahme polnischer Kultur durch die Warschauer Bevölkerung deutscher Herkunft vgl. zum Beispiel MARKIEWICZ, T./ŚWIĄTEK, T.W./WITTELS, K.: *Polacy z wyboru. Rodziny pochodzenia niemieckiego w Warszawie w XIX i XX wieku* [Polen aus freier Wahl. Familien deutscher Herkunft in Warschau im 19. und 20. Jahrhundert]. Warszawa 2012.

seins. Während die Bevölkerung in Gebieten, die im 18. Jahrhundert nicht zu Polen-Litauen gehört hatten, etwa in Oberschlesien oder im Teschener Gebiet, sich immer stärker der polnischen Nationalkultur verbunden fühlte, nahm deren Bedeutung in den östlichen Teilen des früheren Polen-Litauen, die zunehmend als »östliche Grenzgebiete« (*kresy wschodnie*) bezeichnet wurden,¹²¹ stark ab.

Hinsichtlich des sozialen Wandels wurde es zur zentralen Herausforderung für die polnische Nationalbewegung, die Bauern für ihre Ziele zu gewinnen, denn diese bildeten die zahlenmäßig größte Gruppe der Bevölkerung auf dem Gebiet der früheren *Rzeczpospolita*, verbanden mit dieser aber keine positive historische Erinnerung. Abgesehen vom preußischen Teilungsgebiet, wo die Nationalisierungsprozesse der Landbevölkerung um 1900 schon weit fortgeschritten waren,¹²² identifizierten sie sich bis zu diesem Zeitpunkt eher mit den politischen Herrschaftsverhältnissen (als Untertanen des jeweiligen Monarchen) oder beschrieben sich selbst in religiösen, regionalen oder auch lokalen Kategorien. Unabhängig von ihrer Sprache und Religion lehnten viele die Kultur der polnischen Eliten als Kultur der adligen Gutsbesitzer ab oder standen ihr sogar feindlich gegenüber.¹²³ Für die Akteure der polnischen Nationalbewegung bedeutete dies, dass sie mit den Behörden der Teilungsmächte um Einfluss auf die Landbevölkerung ringen mussten und sich dabei in den östlichen Gebieten zugleich der wachsenden Konkurrenz ukrainischer, weißrussischer und litauischer nationaler Bewegungen ausgesetzt sahen.

¹²¹ Vergleichend mit der Wahrnehmung des deutschen Ostens KLESSMANN, C./TRABA, R.: *Kresy und Deutscher Osten: Vom Glauben an die historische Mission – oder Wo liegt Arkadien?* In: HAHN, H.H./TRABA, R. (Hg.): *Deutsch-polnische Erinnerungsorte. Bd. 3: Parallelen.* Paderborn 2012, 37–70.

¹²² Zu den Ursachen der Sonderentwicklung im preußischen Teilungsgebiet vgl. HOLSTE, K.: *Reform from Above and Politics from Below: Peasants in the Prussian Partition of Poland.* In: KLEINMANN, Y. u. a. (Hg.): *Imaginations and Configurations of Polish Society. From the Middle Ages through the Twentieth Century.* Göttingen 2017 (Polen: Kultur – Geschichte – Gesellschaft, 3), 217–237.

¹²³ BOŃCZA-TOMASZEWSKI, N.: *Źródła narodowości. Powstanie i rozwój polskiej świadomości w II połowie XIX i na początku XX wieku* [Quellen der Nationalität. Entstehung und Entwicklung polnischen Nationalbewusstseins in der 2. Hälfte des 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts]. Wrocław 2006; DERS.: *Polskojęzyczni chłopci? Podstawowe problemy nowoczesnej historii chłopów polskich* [Polnischsprachige Bauern? Grundlegende Probleme einer modernen Geschichte polnischer Bauern]. In: *Kwartalnik Historyczny* 112 (2005), H. 2, 91–111; MĘDRZECKI, W.: *Młodzież wiejska na ziemiach Polski Centralnej 1864–1939. Proces socjalizacji* [Die Landjugend in Zentralpolen 1864–1963. Der Sozialisierungsprozess]. Warszawa 2002; SZAFLIK, J.R.: *Czynniki kształtujące świadomość narodową chłopca polskiego w końcu XIX i w początkach XX w.* [Faktoren, die am Ende des 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts zur Ausbildung von Nationalbewusstsein bei polnischen Bauern führten]. In: *Przegląd Humanistyczny* 27 (1983), H. 4 (= Nr. 211), 43–82; DERS.: *O rząd chłopskich dusz* [Das Ringen um die Beherrschung der Bauernseelen]. Warszawa 1976; KRAWCZAK, T.: *Kształtowanie świadomości narodowej wśród ludności wiejskiej Podlasia w latach 1863–1918* [Die Entwicklung nationalen Bewusstseins bei der Landbevölkerung in Podlasien 1863–1918]. Biała Podlaska 1982.

H. Migrationsbewegungen in und aus den polnischen Gebieten

VON ADAM WALASZEK

In der polnischen kollektiven Erinnerung wird die Emigration des 19. Jahrhunderts aus den Gebieten des ehemaligen Polen-Litauen vor allem mit dem politischen Exil assoziiert. In Wirklichkeit war jedoch die im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts insbesondere in den Grenzsäumen der polnischen Siedlungsgebiete stattfindende Abwanderung überwiegend erwerbsmäßig motiviert. Sie war damit Teil einer gesamteuropäischen Entwicklung, denn die zunehmende Verflechtung der polnisch-litauischen Länder mit dem atlantischen und dem Weltwirtschaftssystem kam nicht nur in Kapital- und Warenströmen zum Ausdruck, sondern auch in Massenwanderungsbewegungen.¹

Um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert waren im preußischen und österreichischen Teilungsgebiet zwei Drittel und im russischen mehr als ein Drittel der Landbevölkerung gezwungen, Erwerbsmöglichkeiten außerhalb des eigenen Dorfes zu suchen.²

¹ Zu den europäischen Migrationsbewegungen vgl. WALASZEK, A.: *Migracje Europejczyków 1650–1914* [Migrationen der Europäer 1650–1914]. Kraków 2007; BADE, K.J./EMMER, P.C./LUCASSEN L./OLTMER, J. (Hg.): *Enzyklopädie Migration in Europa vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. Paderborn 2007; BADE, K.J.: *Migration in European History*. Malden 2003; DERS.: *Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. München 2000; MOCH, L.P.: *Moving Europeans. Migration in Western Europe since 1650*. Bloomington 2003; HOERDER, D.: *Cultures in Contact. World Migrations in the Second Millennium*. Durham 2002.

² Als Überblick zur Migration der Polen im Weltmaßstab sowie zur Geschichte der auslandspolnischen Gemeinschaften und deren Wandel siehe WALASZEK, A.: *Polska diaspora* [Die polnische Diaspora]. In: ZAMOJSKI, J. E. (Hg.): *Diaspory* [Diasporas]. Kraków 2001 (Migracja i społeczeństwo, 6), 9–39. Zentrale Beiträge zur Thematik: BLANK, I.: *From Serfdom to Citizenship: Polish Folk Culture from the Era of the Partitions to World War I*. In: HOERDER, D./RÖSSLER, H./BLANK, I. (Hg.): *Roots of the Transplanted*. Bd. 1: Late 19th Century East Central and Southeastern Europe. Boulder 1994, 111–173; BLANK, I.: *A Vast Migratory Experience: Eastern Europe in the Pre- and Post-Emancipation Era (1780–1914)*. In: ebd., 201–252; IHNATOWICZ, I.: *Od rozbiórów do wojny światowej* [Von den Teilungen bis zum Weltkrieg]. In: DERS./MAĆZAK, A./ZIĘTARA, B./ŻARNOWSKI, J.: *Spółczesność polskie od X do XX wieku* [Die polnische Gesellschaft vom 10. bis zum 20. Jahrhundert]. Warszawa 1988, hier 431–438; MORAWSKA, E.: *Labor Migrations of Poles in the Atlantic World Economy, 1880–1914*. In: *Comparative Studies in Society and History* 31 (1989), H. 3, 237–272; DIES.: *For Bread with Butter: The Life-Worlds of East Central Europeans in Johnstown, Pennsylvania, 1890–1940*. New York 1985, besonders 22–62; WALASZEK, A.: *Preserving or Transforming Role? Migrants and Polish Territories in the Era of Mass Migrations*. In: HOERDER, D./NAGLER, J. (Hg.): *People in Transit. German Migrations in Comparative Perspective, 1820–1930*. Cambridge 1995, 101–124. Vgl. auch die Beiträge in SZYDŁOWSKA-CEGŁOWA, B. (Hg.): *Polonia w*

Der Niedergang des ländlichen Gewerbes in einigen Gegenden bewirkte zusätzliche Veränderungen. Wanderungen von Erntehelfern über kurze und mittlere Entfernungen waren zwar bereits Mitte des 19. Jahrhunderts eine verbreitete Erscheinung, doch seit den 1880er Jahren nahmen sie ein bis dahin ungekanntes Ausmaß an. Zugleich verloren die Wanderungsbewegungen ihren lokalen oder regionalen Charakter. Viele Auswanderer überschritten die Landesgrenzen und schlossen sich mit dem transatlantischen und dem russisch-sibirischen den zwei großen interkontinentalen, wirtschaftlich bedingten Migrationsströmen an, die sich zu jener Zeit an Stelle der früheren, räumlich begrenzten Wanderungsbeziehungen herausbildeten. Die Wanderungsbewegungen wurden in der zweiten Jahrhunderthälfte durch den Ausbau der Eisenbahnlinien, die nun häufig auch entlegene Regionen mit den Industriezentren und den Häfen des Westens verbanden, enorm erleichtert. Die Bevölkerung solcher Gebiete, die wie einige Landstriche Polesiens, Wolhyniens oder Podoliens auch weiterhin von den Bahnlinien abgeschnitten blieben, war an Wanderungsbewegungen über größere Entfernungen hingegen kaum beteiligt.

Die Auswanderung großer Teile der Landbevölkerung im 19. und frühen 20. Jahrhundert entsprang vor allem wirtschaftlicher Not und der Hoffnung auf eine bessere Zukunft. In manchen Fällen traten aber auch andere Beweggründe hinzu oder standen im Vordergrund. So war Emigration häufig auch ein Akt der Auflehnung gegen soziale und familiäre Zwänge, gegen die Lebensweise der Älteren und die Bevormundung durch die Familie. Vielfach gingen vor allem die besonders Unzufriedenen, die Aufsässigen, aber auch die Tatkräftigen, Zuversichtlichen und Abenteuerlustigen fort.³ Einer Auswanderung konnte auch der Versuch zugrunde liegen, sich dem Militärdienst zu entziehen, und bisweilen spielte auch das gesellschaftliche und politische Klima eine Rolle, etwa im Falle jener Emigranten, die das preußische Teilungsgebiet unter dem Eindruck der antipolnischen Politik Bismarcks in Richtung Übersee verließen. Weniger häufig als Erwerbsmigrationen, aber gesellschaftlich und kulturell dennoch bedeutend waren daneben die erwähnte unfreiwillige Emigration politisch Verfolgter sowie die durch die Aussicht auf bessere Bildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten motivierte Auswanderung von Studenten, Beamten, Fachleuten, Militärangehörigen oder Gelehrten.⁴

Europie [Die Polonia in Europa]. Poznań 1992; PILCH, A. (Hg.): *Emigracja z ziem polskich w czasach nowożytnych i najnowszych (XVIII–XX w.)* [Die Auswanderung aus den polnischen Ländern in neuerer und neuester Zeit (18.–20. Jahrhundert)]. Warszawa 1984.

³ Vgl. dazu die veröffentlichten Aufzeichnungen polnischer Migranten in THOMAS, W. I./ZNANIECKI, F.: *The Polish Peasant in Europe and America. Monograph of an Immigrant Group*. 5 Bde. Boston 1918–1920.

⁴ Zu den Paradigmen der klassischen Migrationsforschung zählt die dichotomische Unterscheidung der Wanderungsmotive nach den Kategorien »Freiwilligkeit« und »Zwang«. In der Forschungsliteratur sind inzwischen Ansätze weniger modellhafter, die Komplexität des Gegenstands besser erfassender Perspektiven zu erkennen, vgl. LUCASSEN, J./LUCASSEN, L.: *Migration, Migration History, History. Old Paradigms and New Perspectives*. In: DIES. (Hg.): *Migration, Migration History, History. Old Paradigms and New Perspectives*. Bern 1999, 9–38.

Das Phänomen Migration ist vielschichtig und lässt sich über Ursachen, Richtung, Verlauf und Ausmaß der jeweiligen Wanderungsbewegungen beschreiben. Daneben interessiert sich die Forschung für die vielfältigen Probleme, mit denen die Auswanderer an den Zielorten konfrontiert wurden, den Beziehungen der Neuankömmlinge zur Bevölkerung der Aufnahmeländer, dem Grad ihrer Anpassung und Integration, der Bildung von Gemeinschaften durch die Migranten,⁵ ihren sich wandelnden Beziehungen zur Heimat sowie den Veränderungen, welche die Wanderungsbewegungen in den Herkunftsländern auslösten.

Die Erwerbsmigration und Saisonarbeit polnischer Landbevölkerung

Die meisten Auswanderer stammten aus den ländlichen Gebieten. Auf dem Dorf hatten Wanderungen schon seit langem eine Handlungsoption beispielsweise bei akuter wirtschaftlicher Not dargestellt. Etwa seit der Mitte des 19. Jahrhunderts nahm allerdings nicht nur die Zahl der Wanderungsbewegungen enorm zu, sondern es ließ sich zugleich eine neue Qualität der Migration beobachten. Zwischen 1860 und 1914 verließen ungefähr zehn Millionen Menschen, also rund ein Drittel der Gesamtbevölkerung, das geteilte Polen, von denen schätzungsweise 3,6 Millionen nicht zurückkehrten.

Verallgemeinert lassen sich die Reformen zur Bauernbefreiung bei zugleich eingebrochener Dominanz des Großgrundbesitzes sowie die regional unterschiedliche Entwicklung der Kapitalwirtschaft als die entscheidenden Auslöser dieser Entwicklung benennen. Im östlichen Europa bildeten auch im 19. Jahrhundert die Produktion sowie der Verkauf von Lebensmitteln und Rohstoffen die wichtigsten Grundlagen der Wirtschaft. Prozentual waren hier wesentlich mehr Menschen von der Landwirtschaft abhängig als anderswo (in Österreich-Ungarn 65 %, in Russland sogar 78 %). Die Bedingungen, unter denen die überwiegende Mehrheit der Landbevölkerung lebte, waren jedoch ausgesprochen schlecht (→ IV.B/C). Unter diesen Umständen erschien vielen die Emigration als einziger Ausweg aus der Not.

Bei den ersten Wanderungsbewegungen, die in allen Regionen des geteilten Polen auftraten, handelte es sich um Migrationen über relativ kurze Entfernungen. Diese innerhalb der ehemaligen Grenzen der alten Republik verlaufenden Wanderungen beruhten vor allem auf regional ungleichen Entwicklungen in der Landwirtschaft und waren

⁵ Im polnischen Sprachgebrauch wird eine Gruppe von Personen polnischer Abstammung, die sich außerhalb der Heimatgrenzen niedergelassen haben und im Aufnahmeland eine eigene ethnisch definierte Gemeinschaft bilden, traditionell als »Polonia« bezeichnet. In dieser Bedeutung wurde der Begriff von den in Europa lebenden polnischen Emigranten nach dem Januaraufstand geprägt. Außerhalb Europas wurde er vermutlich erstmals im Jahre 1875 von dem in die USA ausgewanderten Journalisten und Verleger Władysław Dyniewicz verwendet. In der Migrations- und Minderheitenforschung findet zudem seit Kurzem ein breiter verstandener »Diaspora«-Begriff zunehmend Anwendung. Für eine Definition vgl. COHEN, R.: *Global Diasporas. An Introduction*. Seattle 1997.

zumeist auf die Erntesaison begrenzt. In Kongresspolen war bereits vor der Bauernbefreiung ein Arbeitsmarkt zunächst für landlose Lohnarbeiter aus den wirtschaftlich rückständigen und nur schwach urbanisierten Kreisen des Lubliner Raums, Podlachiens sowie Masowiens entstanden, die auf den Gütern um Sochaczew, Łowicz, Gostyń, Lipno, Płock und Warschau Beschäftigung fanden. Später zog das Königreich auch Arbeiter aus den anderen Teilungsgebieten an. So wanderten allein im Jahr 1851 rund 30000 Einwohner Großpolens und Westpreußens in die nördlichen Gebiete Kongresspolens und nach Warschau. Das Ausmaß der Einwanderung aus den ehemals zum polnisch-litauischen Unionsstaat gehörenden Territorien geht aus der folgenden Statistik hervor: Von den im Jahr 1851 registrierten Arbeitern (neben Feldarbeitern zählten hierzu auch Flößer, Dienstboten, Handwerker und Tagelöhner) stammten 45 % aus dem Königreich selbst, 24 % aus den westlichen Provinzen Russlands, 22 % aus dem Habsburgerreich und 9 % aus Preußen.⁶

In Galizien hatte die von Joseph II. im Jahr 1786 verfügte Herabsetzung der von Bauern, Häuslern und Einliegern gegenüber den Gutsherren zu erbringenden Dienstpflichten zu einem steigenden Bedarf der großen Güter an Lohnarbeitern geführt. Leitende Stellungen und die Aufsicht über die Arbeit wurden freien Angestellten übertragen, und auch das Dienstpersonal und das Gesinde wurden ausschließlich auf Lohnbasis beschäftigt. Während die Rekrutierung von Hilfskräften vor allem in den umliegenden Schenken erfolgte, wurden Angehörige qualifizierter Berufsgruppen wie Köche oder Lakaien bisweilen auch außerhalb der näheren Umgebung, etwa in Lemberg oder Krakau, angeworben. Aber nicht nur die Güter der Großgrundbesitzer bildeten das Ziel von Erwerbsmigrationen, auch in den Dörfern Galiziens war die Zuwanderung auswärtiger Arbeitskräfte seit langem verbreitet. Noch unter den Bedingungen der Fronwirtschaft hatten häufig selbst die Wirte kleinerer Stellen Gesinde gehalten, das vielfach nicht aus demselben Dorf stammte.⁷

⁶ Vgl. KOŁODZIEJCZYK, R.: *Królestwo Polskie* [Königreich Polen]. In: KALABIŃSKI, S. (Hg.): *Polska Klasa Robotnicza. Zarys Dziejów* [Die polnische Arbeiterklasse. Ein geschichtlicher Abriss]. Bd. 1, Teil 1. Warszawa 1974, 104–113; BROZEK, A.: *Ruchy migracyjne z ziem polskich pod panowaniem pruskim w latach 1850–1918* [Migrationsbewegungen aus den unter preußischer Herrschaft stehenden polnischen Ländern in den Jahren 1850–1914]. In: PILCH: *Emigracja* (Anm. 2), 141–195.

⁷ Vgl. dazu die Erinnerungen eines Zeitzeugen: SŁOMKA, J.: *Pamiętnik włościanina od pańszczyzny do dni dzisiejszych* [Erinnerungen eines Landmannes von der Fronwirtschaft bis zum heutigen Tag]. Kraków 1929, 72–75. Der Wirtschaftshistoriker und Soziologe Franciszek Bujak deutete Anfang des 20. Jahrhunderts die frühen Wanderungen über kurze Entfernungen und die Außenkontakte der Landbevölkerung als wichtige Voraussetzungen der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einsetzenden massenhaften Migrationsbewegungen. Einen wesentlichen Faktor habe auch die Protoindustrie dargestellt, vgl. BUJAK, F.: *Kilka przyczynków i sprostowań do pracy dra St. Hupki o rozwoju stosunków włościańskich nad Górną Wielopolką w Galicji zachodniej (pow. Ropczyce)* [Einige Ergänzungen und Berichtigungen der Arbeit Dr. St. Hupkas über die Entwicklung der bäuerlichen Verhältnisse an der oberen Wielopolka im westlichen Galizien (Kreis Ropczyce)]. In: *Ekonomista* 4 (1913),

Migrationen waren häufig das Ergebnis von Beschlüssen ganzer Familien und Bestandteil familiärer Strategien. Die Entscheidung der Auswanderungswilligen und ihrer Angehörigen für oder gegen ein bestimmtes Zielland wurde dabei von verschiedensten Faktoren beeinflusst. Neben den herrschenden wirtschaftlichen Bedingungen in den potenziellen Aufnahmeländern konnten unter anderem auch das Bestehen von Wanderungsbeziehungen zwischen dem jeweiligen Ausgangsort und einem bestimmten Einwanderungsland und eine schon früher erfolgte Niederlassung von Landsleuten am Zielort ausschlaggebend sein. Die These, dass Deutschland bzw. Preußen als Wanderungsziel ausgewählt worden sei, weil die dortigen Lebensbedingungen jenen in den Heimatgebieten der Migranten vergleichbar waren, erscheint zumindest angesichts der Wohnverhältnisse – die polnischen Arbeiter lebten zumeist zusammengepfercht in engen Baracken – fraglich.⁸ Fahrten etwa aus Kongresspolen nach Mecklenburg hatten aber – beispielsweise im Vergleich zur Auswanderung nach Amerika – andere Vorteile. Die Feldarbeit im Frühjahr und Sommer wurde nicht nur besser bezahlt als im Königreich Polen, sondern sie ermöglichte auch eine regelmäßige Heimreise. Zwar kehrten auch viele der polnischen Amerikawanderer in ihre Heimat zurück, doch entstanden ihnen für die Fahrt und durch die Trennung von der Familie sehr viel höhere Kosten. Bisweilen wurden die nach Deutschland ziehenden männlichen Arbeiter von ihren Frauen begleitet, die für sie kochten und buken und damit halfen, die Kosten des Aufenthalts niedrig zu halten, oder selbst Arbeit aufnahmen – viele, wenn nicht die meisten der im Hackfruchtbau tätigen Personen waren weiblich. In Deutschland war es außerdem leichter, seelsorgerischen Beistand und die Unterstützung von Geistlichen bei der Einhaltung des kirchlichen Kalenders zu erlangen, letzterer hatte für die polnischen Arbeiter große Bedeutung, wie Arbeitsniederlegungen an traditionellen Feiertagen zeigen.

Für polnische Migranten aus Galizien bot sich neben der Saisonwanderung nach Deutschland (dorthin zogen vor allem die Bewohner des nördlichen Teils der Diözese Tarnów) auch die über Generationen erprobte Arbeitsmigration in die österreichische und ungarische Landwirtschaft sowie die südlich von Galizien angesiedelte Industrie an. Offenbar wählten aber nur die ärmsten Migranten, die das Geld für eine Überfahrt nach Amerika nicht aufbringen konnten, die südliche Richtung. Im Jahr 1910 wurden in Galizien 230–240 000 polnische Erwerbsauswanderer gezählt, von denen rund ein Viertel in Österreichisch-Schlesien beschäftigt war, andere in Niederösterreich, im Ostrau-Karwiner Becken oder der Bukowina. Außer in den genannten Staaten verdingten sich galizische Emigranten auch als Feldarbeiter in Schweden, der Schweiz, Bel-

222 f. (Rezension zu HUPKA, S.: *Über die Entwicklung der westgalizischen Dorfstände in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts*. Teschen 1912).

⁸ BADE, K.: *German Emigration to the United States and Continental Immigration to Germany in the Late Nineteenth and Early Twentieth Centuries*. In: *Central European History* 13 (1980), 348–377, hier 369.

gien, aber auch in Rumänien und im russischen Teilungsgebiet. Im Jahr 1890 hielten sich rund 60 000, zehn Jahre später 100 000 Personen aus dem westlichen Teil Galiziens im östlichen Teil des Kronlandes auf.⁹

Migrationen Richtung Osten waren für Auswanderungswillige aus allen Teilungsgebieten insgesamt allerdings weniger attraktiv. Dennoch war in den 1890er Jahren in Ostgalizien eine verstärkte bäuerliche Abwanderung nach Russland zu verzeichnen. Das russische Umsiedlungsgesetz aus dem Jahr 1904, das ein freies Übersiedeln in den asiatischen Teil Russlands ermöglichte, blieb im Königreich Polen zwar insgesamt ohne großen Widerhall, aber dennoch wanderten bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts immerhin rund 24 000 Polen aus dem Königreich freiwillig nach Sibirien aus. So entstand beispielsweise rund 200 km nördlich von Irkutsk durch den Zuzug aus den Gegenden um Sosnowiec und Olkusz in den Jahren 1910/11 die Siedlung Wierszyna. Bis heute haben sich in diesem mitten im Gebiet der Burjaten gelegenen Dorf Spuren polnischer Kultur und Gebräuche erhalten.¹⁰

In den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts führten die Wanderungen polnischer Migranten aber vor allem in Richtung Westen und zunehmend über die ehemaligen Grenzen Polen-Litauens hinaus. Rechtlich gesehen konnte es sich dabei freilich sowohl um zwischenstaatliche als auch um Binnenmigrationen handeln. Der soziale und wirtschaftliche Wandel in den deutschen Provinzen östlich der Elbe führte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zur Herausbildung dreier eng miteinander verbundener Migrationssysteme: erstens einer Emigrationsbewegung mit Ziel Nordamerika, zweitens der Abwanderung in die westlichen Provinzen Deutschlands und drittens dem Zuzug von Arbeit suchenden Polen aus dem Russischen Reich und der Donaumonarchie (sowie einiger anderer Gruppen, etwa von Italienern) in die Landwirtschaft und in den Industriesektor.

Zwischen 1850 und 1900 emigrierten rund 4,5 Millionen Einwohner der deutschen Staaten bzw. des Deutschen Reichs nach Amerika. In dieselbe Zeit fielen die so genannte »Ostflucht«, also die Abwanderung großer Bevölkerungsteile aus den östlichen Gebieten Deutschlands, sowie die »Landflucht«, der massenhafte Aufbruch aus den Dörfern in die Städte. Beide Phänomene, die Ostflucht, an der sich neben Deutschen in geringerem Maße auch Polen beteiligten,¹¹ und die Landflucht mobilisierten insgesamt

⁹ MORAWSKA: *For Bread* (Anm. 2), 29 f.

¹⁰ BLANK: *A Vast Migratory Experience* (Anm. 2), 227–231; ŁUKAWSKI, Z.: *Ludność polska w Rosji, 1863–1914* [Die polnische Bevölkerung in Russland, 1863–1914]. Wrocław 1978, 42–45; NOWICKA, E.: *Wierszyna: antropologiczny opis czy antropologiczna wizja?* [Wierszyna: anthropologische Beschreibung oder anthropologische Vision?]. In: *Przegląd Polonijny* 30 (2004), H. 1, 5–11.

¹¹ BROZEK, A.: *Z problematyki narodowościowej Ostflucht na Śląsku* [Zum Problem der Nationalität bei der Ostflucht in Schlesien]. Wrocław 1969; DERS.: *The Concept of Ostflucht in Germany*. In: *Poland and Germany* 10 (1966), H. 2, 29–34; DERS.: *Ostflucht na Śląsku* [Ostflucht in Schlesien]. Katowice 1966.

rund vier Millionen Menschen. Allein aus Schlesien, das von der Abwanderung nicht einmal am stärksten betroffen war, emigrierten zwischen 1871 und 1910 ungefähr 600 000 Menschen. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts stammte die Hälfte der industriellen Arbeitskräfte Westfalens und der Rheinprovinz aus den östlichen Gebieten des Deutschen Reichs. Dort wiederum führten diese Wanderungsbewegungen zu einem Mangel an Arbeitskräften in der Landwirtschaft und im seit der Reichseinigang stark expandierenden Industriesektor.

Die frei gewordenen Arbeitsplätze wurden nun vielfach von polnischen Wanderarbeitern aus dem preußischen Teilungsgebiet eingenommen, die von so genannten Unternehmern oder Agenten angeworben wurden. Deren Tätigkeit konzentrierte sich vor allem auf solche Gebiete, in denen der Anteil kleiner und kleinster landwirtschaftlicher Stellen hoch war. Die Besitzer solcher Zwergwirtschaften waren zwar auf Zusatzeinkünfte angewiesen, aber ihr bescheidenes Eigentum gewährleistete in der Regel dennoch, dass sie nicht beabsichtigten, dauerhaft außerhalb ihres Heimatortes sesshaft zu werden. Ein weiteres Rückwanderungsmotiv bestand darin, dass in ihren Heimatregionen im Winter zumeist bessere Nebenerwerbsmöglichkeiten (vor allem in der Wald- und Holzwirtschaft) gegeben waren.¹² So fand seit den 1860er und 1870er Jahren alljährlich eine saisonale Wanderungsbewegung mehrerer Zehntausend Menschen aus den Gebieten entlang der Nationalitätengrenzen – den Provinzen Ost- und Westpreußen, Posen, Pommern sowie der westlichen Kaschubei, dem Norden Masowiens und Oberschlesien – in die Zuckerrübenanbaugebiete in Sachsen, Mecklenburg und Brandenburg, teilweise noch weiter, bis in die Gegend um Hamburg, statt. Im Jahr 1910 waren in Deutschland rund eine Million fremdsprachige Saisonarbeitskräfte beschäftigt.

Wenngleich Amerika vielen Polen bis heute als das Hauptziel der Auswanderer gilt, so war das Ausmaß der Wanderungen von polnischen Arbeitskräften innerhalb des preußischen Teilungsgebiets oder nach Deutschland deutlich höher als das der Emigration in die USA. Wanderten beispielsweise 1890 aus dem Kreis Rypin in Nordmasowien im Königreich Polen, einem der wichtigsten Ausgangspunkte der Amerika-Emigration, 593 Personen über den Atlantik aus, so zogen zur selben Zeit 858 Menschen von dort zur Feldarbeit nach Westpreußen.

Hauptausgangsgebiet der grenzüberschreitenden Saisonwanderungen im Königreich Polen, die hier später auftraten als im preußischen Teilungsgebiet, war das Gouvernement Kalisz. 1897 soll die Zahl der von dort nach Preußen, Sachsen und Hannover

¹² WAJDA, K.: *Wymiana siły roboczej między ziemiemi polskimi a Niemcami w drugiej połowie XIX i na początku XX wieku* [Der Austausch von Arbeitskraft zwischen den polnischen Ländern und Deutschland in der zweiten Hälfte des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts]. In: BOBIŃSKA, C. (Hg.): *Mechanizmy polskich migracji zarobkowych* [Die Mechanismen der polnischen Erwerbsmigrationen]. Warszawa 1976, 59–67, hier 65.

gewanderten Saisonarbeiter 50 828 betragen haben, 1908 bereits 108 458. Um die Jahrhundertwende schlossen sich auch Bewohner anderer Gouvernements wie Piotrków und Płock der Bewegung an; am geringsten war die Auswanderung aus dem Gouvernement Siedlce. In den 1890er Jahren wanderten jährlich 20–25 000 Saisonarbeiter in nördlicher und in westlicher Richtung. Zwischen 1907 und 1910 hatte sich diese Zahl bereits mehr als verzehnfacht (300–350 000) und betrug im Jahr 1912 rund 580 000. Der Grund lag in den deutlich höheren Löhnen: Männer konnten in der deutschen Landwirtschaft 40–50 % mehr verdienen als im russischen und österreichischen Teilungsgebiet. Berechnungen zufolge hielten sich in der Saison 1912/1913 449 000 Arbeiter aus Galizien und dem Königreich Polen im Osten des Deutschen Reichs auf, während der *Deutsche Caritas-Verband* im Jahr 1912 für den Nordosten Deutschlands 380 000 Arbeitsmigranten allein aus dem Königreich Polen ermittelte.¹³

Am Beispiel Galiziens, im 19. Jahrhundert eines der Armenhäuser Europas, lässt sich die Bedeutung ökonomischer Gefälle zwischen Wirtschaftsgrößräumen für die Entstehung von Massenmigrationen besonders gut erkennen.¹⁴ Bereits in den 1840er Jahren hatte es eine Wanderungsbewegung nach Sachsen (»Sachsendängerei«) gegeben, die Ende des Jahrhunderts deutlich zunahm und neben die in finanzieller Hinsicht lohnendere Emigration nach Amerika (hier ließ sich in zwei Monaten so viel Geld verdienen, wie in Deutschland während der ganzen Feldsaison) trat. Die beiden Wanderungsbewegungen standen jedoch in einem engen Zusammenhang. Die zyklisch wiederkehrenden Konjunkturreinbrüche in Amerika bewirkten mit einer kurzen Verzögerung stets einen Rückgang der Emigration nach Übersee, was gleichzeitig (etwa in den Jahren 1908/09) die Saisonwanderung nach Deutschland ansteigen ließ.

Fahrten aus Galizien zur Arbeit im Deutschen Reich (sowie ab den 1890er Jahren nach Dänemark) waren in der Regel Gemeinschaftswanderungen. Organisiert und zum Teil begleitet wurden diese Reisen von so genannten Aufsehern, erfahrenen, den Unternehmern im Königreich Polen ähnelnden Werbern, welche sowohl von den Arbeitgebern als auch den Arbeitssuchenden bezahlt wurden. Häufig waren sie den Migranten bei der Stellensuche behilflich.

¹³ ELSNER, L.: *Foreign Workers and Forced Labor in Germany During the First World War*. In: HOERDER, D. (Hg.): *Labor Migration in the Atlantic Economies. The European and North American Working Classes During the Period of Industrialization*. Westport 1985, 189–222, hier 190. Andere Schätzungen gehen sogar von 600 000 Personen aus, vgl. MORAWSKA: *Labor Migrations of Poles* (Anm. 2), 251; OLSSON, L.: *Labor Migration as a Prelude to World War I*. In: *International Migration Review* 30 (1996), 875–900, hier 876.

¹⁴ FASSMANN, H.: *Emigration, Immigration, and Internal Migration in the Austro-Hungarian Monarchy 1910*. In: HOERDER/RÖSSLER/BLANK: *Roots of the Transplanted* (Anm. 2), 255–267; HATTON, T.J./WILLIAMSON, J.G.: *What Drove the Mass Migration from Europe in the Late Nineteenth Century*. In: *Population and Development Review* 20 (1994), 533–559, hier 537.

Die preußische Regierung stand in ihrer Einwanderungs- und Beschäftigungspolitik vor einem Interessenkonflikt. Einerseits verfolgte sie das Ziel, die von ihr als Bedrohung wahrgenommene Einwanderung auslandspolnischer Arbeiter in die preußischen Ostprovinzen einzuschränken (→ IV.A). Ganz im Sinne dieser »Abwehrpolitik« ordnete Bismarck 1885 die Ausweisung ausländischer Arbeiter (im Herbst 1884 hatten sich in den östlichen Provinzen des Deutschen Reichs 39 161 »russisch-polnische« und »österreichisch-galizische« Migranten aufgehalten) aus den preußischen Grenzgebieten an. Im Zuge dieser Maßnahme mussten bis Ende 1887 25 900 Menschen Preußen verlassen. Andererseits führten die Abschiebung und das folgende Zuwanderungsverbot zu einem erheblichen Mangel an Arbeitskräften in der ostelbischen Landwirtschaft, denn das Kalkül, aus den Ostprovinzen ausgewanderte deutschsprachige Arbeiter zur Rückkehr bewegen zu können, ging nicht auf. Im Jahr 1890 appellierte deshalb der Zentralverein Westpreußischer Landwirte an die Regierung, die Grenzen zumindest in der Sommerzeit für ausländische Arbeiter zu öffnen. Unterstützt wurde diese Forderung von Wissenschaftlern, welche erkannt hatten, dass die ausländischen Arbeitsmigranten für den Zuckerrübenanbau in Deutschland unverzichtbar waren.¹⁵

Diesen wirtschaftlichen Interessen wurde 1890 mit der Wiedenzulassung der Ausländerbeschäftigung (Voraussetzung war allerdings eine seit 1891 reichsweit verbindliche entsprechende Erlaubnis, die von den Arbeitgebern zu beantragen war) Rechnung getragen. Zugleich wurden jedoch die Grundlagen einer restriktiven Ausländerpolitik gelegt, die vor allem gegen die Zuwanderung aus dem russischen und dem österreichischen Teilungsgebiet gerichtet war. Grundsätzlich galt das Verbot, im Familienverband einzureisen oder Familienmitglieder nachzuholen. Eine weitere zentrale Maßnahme war neben einer strengen behördlichen Aufsicht und der scharfen Kontrolle von Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen die Einführung einer winterlichen »Sperrzeit«, in der die ausländischen polnischen Arbeiter Preußen verlassen mussten. Um die Arbeitsmigration nicht zur Einwanderung werden zu lassen, war ihnen der Aufenthalt zunächst lediglich für den Zeitraum zwischen dem 1. April und dem 15. November gestattet, ehe die so genannte »Karenzzeit« im Jahr 1900 auf die Zeit vom 1. Februar bis 20. Dezember ausgedehnt wurde.¹⁶

Die von den bevorzugt jungen Saisonarbeitern zu unterzeichnenden Verträge bürdeten diesen zahlreiche Verpflichtungen auf, und für den Fall eines Vertragsbruchs waren

¹⁵ Vgl. z. B. KAERGER, K.: *Die Sachsengängerei. Auf Grund persönlicher Ermittlungen und statistischer Erhebungen*. Berlin 1890.

¹⁶ BADE, K.J.: »Kulturkampf« auf dem Arbeitsmarkt. Bismarcks »Polenpolitik« 1885–1890. In: PFLANZE, O. (Hg.): *Innenpolitische Probleme des Bismarckreichs*. München 1983, 121–142 (wieder abgedr. in BADE, K.J.: *Sozialhistorische Migrationsforschung*. Hg. von BOMMES, M./OLTMER, J. Göttingen 2004, 159–184).

schwere Strafen vorgesehen. Solche Bestimmungen wurden auch in Arbeitsverträge für Polen aus den deutschen Ostprovinzen übernommen, die im Westen des Reichs beschäftigt waren. Trotz der drohenden Strafen wurden rund 15% der Migranten kontraktbrüchig. Zwar stand ihnen zu, sich gegen eine ungerechte Behandlung durch den Arbeitgeber gerichtlich zu wehren, doch wurde diese Möglichkeit nur selten in Anspruch genommen. Die meisten Saisonarbeiter kannten entweder ihre eigenen Rechte nicht oder konnten die Prozesskosten nicht tragen. Viele legten stattdessen einfach die Arbeit nieder, obwohl sie damit den Verlust der von ihnen zuvor geleisteten Kautions- und die Einbehaltung der Reisedokumente durch den Arbeitgeber riskierten. Angesichts des herrschenden Arbeitskräftemangels ließ sich meist woanders eine neue Beschäftigung finden. Um das schwer zu kontrollierende Wechseln der Arbeitsstätten zu unterbinden, wurde im Jahr 1908 der Besitz einer persönlichen Arbeiterlaubnis, der so genannten Legitimationskarte, obligatorisch. Auf legale Weise war der Wechsel auf ein anderes Gut dann nur noch mit Genehmigung der Behörden möglich. Die Anwerbung und »Legitimierung« der ausländischen Wanderarbeiter erfolgte seit 1907 ausschließlich durch die vom Alldeutschen Verband und dem deutschen Ostmarkenverein mitbegründete und der Aufsicht durch das preußische Landwirtschaftsministerium unterliegenden Deutsche Feldarbeiter-Zentralstelle (ab 1912 Deutsche Arbeiterzentrale). Im Jahr 1911 verfügte die Zentralstelle über 39 Grenzämter, die mit Behelfsunterkünften für insgesamt mehrere Tausend Menschen ausgestattet waren und in denen die Anwerbung und Registrierung der ausländischen Saisonarbeiter durchgeführt wurde.

Trotz der restriktiven preußischen Ausländerbeschäftigungspolitik entwickelten sich die deutschen Ostprovinzen von einem Arbeitskraft exportierenden zu einem Arbeitskraft importierenden Gebiet.

Zuwanderung in die Städte und in die neuen europäischen Industriezentren, besonders das Ruhrgebiet

Noch vor den Wanderungen ins Ausland hatten große Teile der Landbevölkerung in der Hoffnung auf eine Verbesserung der eigenen sozialen und wirtschaftlichen Situation den Weg in die polnischen Städte gesucht. Mit dem Vorbehalt, dass die Quellenlage keine genauen Schätzungen erlaubt, haben vermutlich zwischen einem Fünftel und einem Viertel der polnischen Gesamtbevölkerung, mindestens vier Millionen Menschen, im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts ihre Dörfer verlassen. In städtischen Ballungszentren stellten Zuwanderer gegen Ende des 19. Jahrhunderts bisweilen die Hälfte der Einwohner.

Die überwiegende Zahl der Zugezogenen stammte aus der näheren und weiteren Umgebung der Städte. Im Jahr 1890 waren zwar 41% der Bevölkerung des oberschlesischen Industriezentrums außerhalb ihres damaligen Wohnorts geboren worden; gleich-

wohl stammten sie in der Regel aus Schlesien.¹⁷ In den 1890er Jahren bestand die Arbeiterschaft der städtischen Industriebetriebe im Königreich Polen zu 60–70 % aus Bewohnern der ländlichen Umgebung, 1882 kamen 68 % der Tagelöhner aus den umliegenden Dörfern. Das Bevölkerungswachstum der Stadt Lodz (von 50 000 im Jahre 1872 auf circa 600 000 im Jahre 1913) wurde hauptsächlich durch die Zuwanderung aus der Provinz verursacht. Landlose aus dem Lubliner Raum und aus Podlachien wanderten auch nach Masowien und in das Gouvernement Kalisz. Der Arbeitskräftemangel in der dort entstehenden Industrie wurde zu einem bedeutenden Teil auch durch Zuwanderer aus Galizien ausgeglichen. Die wanderarbeitenden Bauern verbrachten sechs bis acht Monate in der Stadt, um im Frühjahr und für die Sommermonate in ihre Dörfer zurückzukehren.

Wie das Beispiel Warschaus zeigt, über dessen Bevölkerungsentwicklung und soziale Stratifikation im 19. Jahrhundert recht viel bekannt ist, verlief die Wanderung in die Städte in mehreren Etappen. In den 1870er und 1880er Jahren wanderten zunächst ledige, unerfahrene und unqualifizierte, aber mobile Tagelöhner und Bauarbeiter vom Land oder aus den Kleinstädten zu. 63 % der nach Warschau gekommenen Frauen verdienten sich ihren Lebensunterhalt als Dienstmädchen oder Wäscherinnen. Häufig ging mit der allmählichen Stabilisierung ihrer Situation eine Lockerung der Bindungen zu den in den Dörfern zurückgebliebenen Familien einher. Die im Zuge der nächsten Wanderungswellen in die Städte gezogenen Landbewohner verfügten zum Teil bereits über einige berufliche Erfahrung. Da sie sich darüber hinaus in Wohnvierteln niederließen, in denen schon Zugewanderte lebten, fiel ihnen die Anpassung an die neuen Lebensumstände leichter. Die Wanderungen in die Vorstädte von Warschau, Lodz oder Żyrardów stellen ein geradezu klassisches Beispiel für solche Kettenmigrationen dar.

In Galizien fand in geringerem Umfang bereits um die Mitte des 19. Jahrhunderts eine Arbeitsmigration vom Land in die Städte statt, ausgelöst durch die Beschäftigungsmöglichkeiten, welche sich dort in erster Linie für Dienstpersonal oder Tagelöhner boten. Die Zuwanderung sowohl aus den Dörfern und Städtchen der umliegenden Kreise als auch aus dem Königreich Polen war ein wesentlicher Grund dafür, dass die Bevölkerung Krakaus im Betrachtungszeitraum stark zunahm. 1851 betrug der Anteil der in der Stadt geborenen Einwohner wenig mehr als die Hälfte (51 %), 1900 machten die gebürtigen Krakauer sogar nur noch 40 % der Bevölkerung aus. Ähnlich wie Krakau verzeichnete auch Lemberg eine starke Zuwanderung aus der näheren ländlichen Umgebung.

¹⁷ Durch den hohen Anteil von Arbeitern aus der Umgebung unterschied sich die Situation etwa von der im Ruhrgebiet. Zwischen 1890 und 1914 waren durchschnittlich rund 30 % der Einwohner der Städte polnische Migranten. Vgl. LEBOUTTE, R.: *Vie et mort des bassin industriels en Europe, 1750–2000*. Paris 1997, 285.

Zum Teil war das Wachstum der Städte im geteilten Polen aber auch eine Folge der Niederlassung ausländischer Immigranten.¹⁸ Bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren auf Initiative von Franciszek Ksawery Drucki-Lubecki, der von 1821 bis 1830 Finanzminister des Königreichs Polen war, ausländische Unternehmer und Handwerker mittels Vergünstigungen und Privilegien für die Arbeit in der aufstrebenden Webindustrie des Königreichs Polen angeworben worden (→ III.B). So beruhte die Entstehung der Textilindustrieregion um Lodz wesentlich auf dem Zuzug von Fachkräften, die unter anderem aus der preußischen Provinz Posen sowie aus Sachsen und Böhmen kamen und häufig deutscher oder jüdischer Herkunft waren. Beunruhigt vom anhaltenden Zuzug deutscher Facharbeiter forderten die Behörden in Lodz 1891 die Entlassung jener Beschäftigten, die weder der polnischen noch der russischen Sprache mächtig waren. Die Zahl der aus weiter entfernt liegenden Gebieten zugewanderten Facharbeiter wird in der polnischen Historiographie auf mehrere Zehntausend geschätzt. Die Einwanderung von Unternehmern wie Joseph Morris, Thomas und Douglas Evans, Bankiers wie Maurycy Koniar oder Ingenieuren wie Philippe de Girard war im Vergleich dazu zwar zahlenmäßig gering, hatte aber dennoch große Bedeutung.

Die Zuwanderung veränderte die konfessionelle und die ethnische Zusammensetzung vor allem der städtischen Bevölkerung im Königreich Polen. Dies galt auch für die größte polnische Stadt Warschau, wo der Bedarf an Facharbeitern in der sich entwickelnden Industrie zu einem Zuzug von überwiegend deutschen Protestanten führte (1897 lag der Anteil der protestantischen Einwohner bei 2,8%). Daneben ließen sich in Warschau auch viele Juden aus östlich gelegenen Gebieten des Russischen Reiches nieder. Schließlich stieg auch die Zahl von orthodoxen Christen, in erster Linie Russen, die in der Verwaltung und im Schulwesen beschäftigt waren. Insgesamt basierte der Zuzug in die Städte nicht allein auf deren Bedeutung als Wirtschaftsstandorte, sondern auch auf ihrer Funktion als Verwaltungs- und Regierungssitze der Teilungsmächte. Schätzungen zufolge betrug die Zahl des nicht-polnischsprachigen administrativen Personals während des 19. Jahrhunderts in allen Teilungsgebieten zusammen zwischen 250 000 und 350 000 Personen, von denen sich ein Teil, vor allem in Galizien, mit der Zeit polnisch akkulturierte.

Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts bildete sich ein Migrationssystem heraus, während zugleich der Prozess der Nationalisierung, also der politisch-kulturellen Integration der europäischen Gesellschaften unter nationalen Vorzeichen voranschritt, wodurch sich das Verhältnis zwischen Migranten und Aufnahmegesellschaften nachhaltig

¹⁸ Vgl. IHNATOWICZ: *Od rozbiórów do wojny światowej* (Anm. 2), 433–436; NIETYKSA, M.: *Rozwój miast i aglomeracji miejsko-przemysłowych w Królestwie Polskim 1865–1914* [Das Wachstum der Städte und städtisch-industriellen Agglomerationen im Königreich Polen 1865–1914]. Warszawa 1986, 159f. Vgl. auch JEZERSKI, A. (Hg.): *Historia Polski w liczbach. Ludność, terytorium* [Polnische Geschichte in Zahlen. Bevölkerung, Territorium]. Warszawa 1994, 89.

veränderte. Zunehmend wurden die sich sprachlich und (oft) konfessionell von der schon länger ortsansässigen Bevölkerung unterscheidenden polnischen Zuwanderer von dieser nicht mehr einfach nur als Fremde, sondern auch als potentielle Bedrohung für die politische oder kulturelle Einheit der Nation wahrgenommen. Innerhalb der entstehenden Nationalgesellschaften wurden die Migranten so zu nationalen Minderheiten, also zu Gruppen, denen die Mehrheitsgesellschaft nur mehr einen »minderen Status« zugestehen wollte.¹⁹ Die Mehrheit der polnischen Arbeitsmigranten sollte entsprechend Erfahrungen von scharfer Ausgrenzung und Diskriminierung machen.

Zu den wichtigsten Ursachen für die Ausbildung neuer Muster polnischer Migration zählte der Durchbruch der Industrialisierung in Deutschland. Ziel polnischer Migranten war vor allem das Ruhrgebiet,²⁰ das im Jahr 1900 rund die Hälfte der im Deutschen Kaiserreich benötigten Kohle sowie ein Drittel des Roheisen- und Stahlbedarfs lieferte. In sehr viel geringerem Ausmaß fanden auch Wanderungen in die Provinz Hannover, nach Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen statt. Größere lokale Zentren polnischer Zuwanderung im Deutschen Reich waren auch das Kupferbergbaugebiet im Mansfelder Land und die Braunkohleregion um Bitterfeld.²¹

Diese Migrationen polnischer Arbeitskräfte waren zugleich Teil einer größeren Wanderungswelle: Wer in Deutschland Ende des 19. Jahrhunderts Arbeit suchte, emigrierte nun nicht mehr in die USA, sondern zog ins Ruhrgebiet. Neben den Massenwanderungen von Iren nach England und von Russen in das Donez-Becken gehörte diese binnen-deutsche Migration zu den größten innereuropäischen Wanderungsbewegungen. Laut Statistik lebten 1907 1,6 Millionen der im Nordosten des Kaiserreichs geborenen Menschen (das entspricht 24 % der Gesamtbevölkerung dieser Gebiete) in anderen Teilen

¹⁹ Zur Definition von Minderheit als Gruppe mit minderem Status vgl. den als Einzelpublikation erschienenen Artikel: JERSCH-WENZEL, S.: *Der »Mindere Status« als historisches Problem. Überlegungen zur vergleichenden Minderheitenforschung*. Berlin 1986.

²⁰ Zur polnischen Zuwanderung ins Ruhrgebiet vgl. KLESSMANN, C.: *Polnische Bergarbeiter in Ruhrgebiet, 1870–1945. Soziale Integration und nationale Subkultur einer Minderheit in der deutschen Industriegesellschaft*. Göttingen 1978; DERS.: *Long-Distance Migration, Integration and Segregation of an Ethnic Minority in Industrial Germany: The Case of the ‚Ruhr-Poles‘*. In: BADE, K. (Hg.): *Population, Labour and Migration in 19th, 20th Centuries*. New York 1987, 101–114; MURZYNOWSKA, K.: *Die polnischen Erwerbsauswanderer im Ruhrgebiet während der Jahre 1880–1914*. Dortmund 1979; BROZEK: *Ruchy migracyjne* (Anm. 6). PETERS-SCHILDGEN, S.: *Polish Pits and Community Formation in the Northern Ruhr Area until 1939*. In: BELCHEM, J./TENFELDE, K. (Hg.): *Irish and Polish Migration in Comparative Perspective*. Essen 2003, 157–167; BLANK: *From Serfdom to Citizenship* (Anm. 2); DIES.: *A Vast Migratory Experience* (Anm. 2), 243.

²¹ ZACHÄUS, A.: *Chancen und Grenzen wirtschaftlicher Entwicklung im Prozess der Globalisierung. Die Kupfermontanregionen Coquimbo (Chile) und Mansfeld (Preußen/Deutschland) im Vergleich 1830–1900*. Frankfurt a. M. 2012, 37–43; FRACKOWIAK, J.: *Wanderer im nationalen Niemandsland. Polnische Ethnizität in Mitteldeutschland von 1880 bis zur Gegenwart*. Paderborn 2011 (Studien zur historischen Migrationsforschung, 24), 23–98.

Deutschlands. Dass die Bevölkerung der Städte und Siedlungen um die schwerindustriellen Zentren und zuliefernden Bergbaustandorte des Ruhrgebiets zwischen 1850 und 1900 auf das Zwölfwache stieg, war in erster Linie eine Folge des Zuzugs von Migranten, deren Anteil in den Jahren 1865 und 1875 bei rund 70 % lag. Wie in der Textilregion um Lodz entwickelte sich die Bevölkerung des Ruhrgebiets zu einer »hybriden Gesellschaft«, deren Sozialstruktur zu einem großen Teil von der zuwandernden Landbevölkerung geprägt wurde.²²

Hatte es sich bis in die 1880er Jahre überwiegend um Zuwanderung aus Westfalen, der Rheinprovinz und Hessen gehandelt, so verstärkten sich seit Gründung des Kaiserreichs Migrationen auch aus weiter entfernten Gegenden. Insbesondere die Zahl von Arbeitskräften aus den östlichen Reichsteilen stieg immens: Im rheinisch-westfälischen Bergbau machten Polen aus den preußischen Ostgebieten insgesamt fast 40 %, in einzelnen Betrieben sogar 70 % der Belegschaft aus. Ein wesentlicher Grund dafür, dass sich trotz kultureller und ethnischer Unterschiede so viele Polen im Ruhrgebiet niederließen, waren die besseren Verdienstmöglichkeiten: Ungeachtet beginnender Industrialisierung und vermehrter Investitionen aus dem Westen war das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen im östlichen Europa mehr als ein Drittel niedriger als im westlichen (→ IV. B).

Die ersten polnischen Bergleute, die in den 1870er Jahren ins Ruhrgebiet kamen, stammten aus Rybnik in Oberschlesien. Sie waren im Zuge gezielter Anwerbungskampagnen nach Bottrop geholt worden, das sich im Laufe der folgenden Jahrzehnte zum Mittelpunkt der polnischen Zuwanderung im Revier entwickelte. In den 1880er Jahren nahm die polnische Migration ins Ruhrgebiet den Charakter einer Massenbewegung an, die nicht auf ein bestimmtes Herkunftsgebiet beschränkt blieb. Neben Oberschlesiern waren bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts ebenso Polnischsprachige aus den Provinzen Posen und Westpreußen, aus Masuren sowie aus Niederschlesien zugewandert. Die Gruppe der Polen im Ruhrgebiet, welche als preußische Staatsbürger dieselben Rechte wie die einheimische Bevölkerung besaßen, war also in sich differenziert, wobei ein deutlicher Zusammenhang zwischen der regionalen Herkunft der Migranten und dem Ziel ihrer Wanderung bestand: In Bottrop stammte in den 1890er Jahren die Hälfte der Ankömmlinge aus den ober-schlesischen Kreisen Rybnik und Ratibor, während sich Zuwanderer aus Masuren in Gelsenkirchen und jene aus Großpolen insbesondere in Dortmund und Essen sowie dem westlichen Ruhrgebiet konzentrierten. Mit dem Anstieg der Immigrantenzahlen verloren diese Siedlungsmuster jedoch an Deutlichkeit.²³

²² Vgl. LEBOUTTE: *Vie et mort* (Anm. 17), 383. Der Begriff *hybrid society* wurde von Myron Gutmann ursprünglich im Zusammenhang der Entstehung neuer Gesellschaften durch die Ausdehnung des ländlichen Gewerbes in der Frühneuzeit geprägt, vgl. GUTMANN, M.: *Toward the Modern Economy. Early Industry in Europe, 1500–1800*. New York 1988, 71–73, 136–147, 159.

²³ Vgl. KLESSMANN: *Polnische Bergarbeiter* (Anm. 20).

Waren die Zuwanderer aus Ostpreußen, die unter den protestantischen Masuren angeworben wurden, im 19. Jahrhundert insgesamt die zahlenmäßig stärkste Gruppe, so überwogen ab 1900 die Migranten aus der Provinz Posen, aus Westpreußen sowie aus Schlesien. Obwohl die Auswanderung ursprünglich zeitlich begrenzt sein sollte, ging sie mit der Zeit in eine dauerhafte Niederlassung über, und der Anteil von Frauen und Kindern unter den Immigranten stieg. Von den im Jahr 1912 im Ruhrgebiet ansässigen rund 475 000 Polen waren etwa 210 000 Kinder unter 14 Jahren.²⁴ Die Mehrheit der polnischsprachigen Arbeitsmigranten – im Jahr 1902 80,1 %, 1910 75,2 % – war im Bergbau beschäftigt. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts existierten im Ruhrgebiet 19 sogenannte »Polenzechen«.

Die oben genannten Zahlen schließen auch die große Gruppe masurischer Einwanderer ein, deren Zuordnung zu den polnischen Migranten aufgrund ihrer protestantischen Konfession und kulturellen Identität umstritten ist (→ IV. G). Betrachtet man die Masuren als eine eigene nationale Gruppe, stellten Polen seinerzeit nur ungefähr die Hälfte der rund eine halbe Million aus dem Osten stammenden Immigranten im Ruhrgebiet. Die Kontroverse um dieses Thema war lange Zeit nationalpolitisch motiviert, erklärt sich aber vor allem aus der Selbstwahrnehmung der Migranten, die eine klare Zuordnung erschwerte. Für die Identität der Zuwanderer spielte anfänglich die konkrete Herkunft aus einem Dorf oder einer Region eine ungleich größere Rolle als nationale Zuschreibungen.²⁵ Dennoch war es möglich, dass die Migranten in der für sie kulturell und sprachlich fremden Umgebung mit der Zeit ein nationales Bewusstsein entwickelten. Maßgeblichen Anteil daran hatten andere polnische Zuwanderer, die sich schon länger im Ruhrgebiet aufhielten. Die in diesem Zusammenhang herausragende Bedeutung polnischer Intellektueller und Priester unterschied die polnische Minderheit

²⁴ Zur Zahl der polnischen Einwanderer im Ruhrgebiet siehe KULCZYCKI, J.: *The Foreign Worker and the German Labor Movement. Xenophobia and Solidarity in the Coal Fields of the Ruhr, 1871–1914*. Oxford 1994, 31. Kulczycki schätzt die Zahl polnischsprachiger Migranten (einschließlich der Masuren) auf 450–500 000: im Jahr 1910 lebten in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen 497 471 Migranten aus den östlichen Provinzen des Deutschen Reichs, von denen 31 % aus der Provinz Posen stammten. POTTS, L.: *The World Labour Market. A History of Migration*. London 1990, 136, hält die Zahl von 300 000 polnischen Migranten für zutreffender, kann sich dabei aber nicht auf eigene Quellenforschung stützen.

²⁵ Krystyna Murzynowska kam in diesem Zusammenhang zu dem Befund, dass unter den Emigranten aus dem preußischen Teilungsgebiet »das Gefühl einer nationalen Gemeinschaft [...] praktisch nicht existierte«, vgl. MURZYNOWSKA, K.: *Związki polskiego wychodźstwa zamieszkałego w Zagłębiu Ruhry z krajem w latach 1870–1918* [Die Verbindungen zwischen den polnischen Auswanderern im Ruhrgebiet und der Heimat in den Jahren 1870–1918]. In: KACZYŃSKA, E. (Hg.): *Polska klasa robotnicza. Studia historyczne* [Die polnische Arbeiterklasse. Geschichtliche Studien]. Bd. 10. Warszawa 1983, 101–133, hier 102. Murzynowska berief sich dabei auf die Aussage eines zeitgenössischen Beobachters der Situation in Berlin: RAKOWSKI, K.: *Kolonia polska w Berlinie* [Die polnische Kolonie in Berlin]. In: *Biblioteka Warszawska* 241 (1/1901), 234–272, hier 239.

von anderen Zuwandergruppen. Dies galt nicht nur in Deutschland, sondern in vielleicht noch stärkerem Maße auch in den USA.

Eine Integration der polnischen Migranten in die deutschsprachige Mehrheitsgesellschaft fand zunächst kaum statt. Die Zuwanderer siedelten zumeist in geschlossenen Wohnkolonien und entwickelten sich in kurzer Zeit zu separaten sozialen Gemeinschaften mit eigener Infrastruktur (Geschäfte, Dienstleistungsunternehmen, Banken und Sparkassen, Pfarrgemeinden, Schulen, Pressewesen) sowie eigenem gesellschaftlichen Leben.²⁶ Der erste polnische Verein im Ruhrgebiet, *Jedność* [Einheit], entstand um die Jahreswende 1876/77 und war national-polnisch sowie katholisch ausgerichtet. Wie ein bereits 1865 in Berlin gegründeter Zusammenschluss verfolgte er das Anliegen, ein Netzwerk für die gegenseitige Unterstützung der Zuwanderer zu schaffen. Im Jahr 1912 besaßen die polnischen Migranten in Deutschland insgesamt 875 Vereine religiösen und nationalen Charakters, deren Funktionäre und Mitglieder teilweise enge Kontakte zur polnischen Nationalbewegung in den preußischen Teilungsgebieten unterhielten. Nicht zuletzt deshalb unterlagen die polnischen Migranten im Vergleich zu anderen Zuwanderergruppen einer besonderen Überwachung seitens der Behörden und der Polizei. Ihre Vereine und Gesellschaften sowie ihre Presse wurden streng kontrolliert, und die Verwendung nationaler Symbole war ihnen untersagt. Wichtige Unterstützung erhielten die gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Aktivitäten der polnischen Gemeinschaften im Ruhrgebiet von Angehörigen des polnischsprachigen katholischen Klerus. Einer der bekanntesten war der Geistliche Franciszek Liss, der sich besonders aktiv für die Pflege der polnischen Sprache und Kultur sowie ein polnischsprachiges Bildungswesen einsetzte. 1890 gründete Liss in Bochum die Zeitung *Wiarus Polski* [Polnischer Haudegen], die unter der Leitung der Brüder Antoni und Jan Brejski national ausgerichtet und bald zur populärsten Zeitung der polnischen Migranten wurde.

Die Festigung eigener organisatorischer Strukturen war ein wichtiger Faktor bei der Anpassung der Migranten an die industrielle Umwelt. Ungeachtet dessen stießen sie – vergleichbar den irischen Einwanderern in den Midlands oder in Liverpool – bei der Bevölkerung im Ruhrgebiet auf Abneigung und wurden von den einheimischen Arbei-

²⁶ Zur Entstehung polnischer Organisationen und ihrem Verhältnis zu den deutschen vgl. MCCOOK, B.: *The Borders of Integration. Polish Migrants in Germany and the United States, 1870–1924*. Athens 2011, Kapitel 3–6; PÖTTKER, H./BADER, H.: *Gescheiterte Integration? Polnische Migration und Presse im Ruhrgebiet vor 1914*. In: GEISSLER, R./PÖTTKER, H. (Hg.): *Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland*. Bd. 2. Bielefeld 2009, 15–46; KULCZYCKI: *The Foreign Worker* (Anm. 24); DERS.: *Nationalism over Class Solidarity: The German Trade Unions and Polish Coal Miners in the Ruhr to 1902*. In: *Canadian Review of Studies in Nationalism* 14 (1987), 261–276; KOZŁOWSKI, J.: *Rozwój organizacji społeczno-narodowych wychodźstwa polskiego w Niemczech 1870–1914* [Die Entwicklung der gesellschaftlichen und nationalen Organisationen der polnischen Auswanderer in Deutschland 1870–1914]. Wrocław 1987.

tern als Konkurrenten betrachtet. Den Migranten wurde vorgeworfen, dass ihre angeblich niedrigeren Lohnansprüche den Lebensstandard der deutschen Arbeiter gefährden würden, und von den deutschen Gewerkschaften wurden die Probleme und Bedürfnisse der polnischen Arbeiter lange Zeit ignoriert. Sowohl die sozialistisch als auch die christlich ausgerichteten Berufsverbände weigerten sich, ihre Statuten ins Polnische übersetzen zu lassen oder den Migranten die Entsendung eigener Vertreter in die Gewerkschaftsgremien zu gestatten. Charakteristisch für das Verhältnis zwischen den deutschen Gewerkschaften und den polnischen Arbeitern waren die »Krawalle von Herne« im Juni 1899. Die Gewerkschaft hatte versäumt, die polnischen Bergleute angemessen auf eine Verdoppelung der von ihren Löhnen einbehaltenen Knappschaftsbeiträge vorzubereiten. In der Praxis bezweckte die Anhebung eine Steigerung der Sicherheit für die Kumpel, doch die mehr als 1700 polnischen Bergarbeiter, die daraufhin ihre Arbeit niederlegten, waren hiervon nicht in Kenntnis gesetzt worden. Die Streiks in mehreren Zechen konnten erst nach einer Woche durch das Militär beendet werden. In dieser Situation anhaltender Missverständnisse und Konflikte entstand 1902 auf Initiative Jan Brejskis, des Herausgebers der polnischsprachigen Zeitung *Wiarus Polski*, eine eigene Gewerkschaft der polnischsprachigen Arbeiter – die Polnische Berufsvereinigung (*Zjednoczenie Zawodowe Polskie*, ZZP). Diese verband sich später mit polnischen Organisationen aus anderen Teilen des Deutschen Reichs, etwa aus der Provinz Posen und aus Oberschlesien, was zu weiteren Konflikten mit den deutschen Gewerkschaften führte. Im Jahr 1913 zählte das ZZP rund 75 000 Mitglieder.

Ein weiteres Ziel polnischer Wanderarbeiter war die Habsburgermonarchie, deren große wirtschaftliche und ethnische Heterogenität auch in gegensätzlichen Migrationsbewegungen zum Ausdruck kam. Während einige hoch entwickelte Landesteile wie das nördliche Böhmen, Mähren, Österreichisch-Schlesien, Wien, Oberösterreich, die Obersteiermark und Budapest dank ihres industriellen Aufschwungs eine positive Wanderungsbilanz aufwiesen, verzeichneten Gebiete wie Galizien, die durch landwirtschaftliche Rückständigkeit gekennzeichnet waren, eine starke Abwanderungsrate. Starke regionale Unterschiede bestanden zudem hinsichtlich der Wanderungsrichtungen. Während in den anderen Gebieten der Donaumonarchie die Binnenmigration überwog, wanderten Polen und Ruthenen (ebenso wie Bewohner der Bukowina und Dalmatiens) eher nach Westeuropa (Skandinavien, Frankreich, Schweiz, Deutschland) oder nach Amerika aus als in andere Teile des Reiches. Wichtige Voraussetzung hierfür war die in der Verfassung von 1867 festgelegte Auswanderungsfreiheit, nachdem die Freizügigkeit innerhalb des Reichsgebiets bereits ab 1848 bestanden hatte. Eingeschränkt wurde das Recht zur Emigration lediglich durch die bis zum 33. Lebensjahr bestehende Wehrpflicht.²⁷ In den Fällen, in denen Polen und Ruthenen innerhalb der

²⁷ FASSMANN: *Emigration, Immigration* (Anm. 14), 264–266.

Staatsgrenzen der Habsburgermonarchie migrierten, gingen sie als in der Regel ungelernete Arbeiter zumeist in die Industriebetriebe Wiens, Mährens, Schlesiens, der Steiermark sowie Tirols, teilweise auch in die Landwirtschaft. 1910 schließlich fanden ungefähr 200 000 Bewohner Galiziens in Nieder- und Oberösterreich Arbeit, vor allem in der Landwirtschaft. Von den vor 1914 schätzungsweise 100 000 galizischen Migranten in Ungarn ließ sich mindestens ein Drittel in Budapest nieder. Hauptgrund waren die Beschäftigungsaussichten im dortigen Baugewerbe, das im Zuge des industriellen Booms einen Aufschwung erlebte.

In Frankreich war die Zuwanderung polnischer Arbeitskräfte vor 1914 vergleichsweise gering. Am Vorabend des Ersten Weltkriegs hielten sich höchstens 40 000 polnische Emigranten im Land auf, bei denen es sich überwiegend um Feldarbeiter und junge Bauern vor allem aus Galizien handelte, die während der Jahre 1908–1914 angeworben worden waren.²⁸ Bedeutend kleiner war der Anteil derjenigen polnischen Migranten, die vor 1914 in der französischen Industrie (z. B. in den nahe dem lothringischen Épinal gelegenen Dachziegelfabriken, in Lunéville oder in den Erzbergwerken bei Briey) arbeiteten. Dies galt zunächst auch für die sich durch ihren multiethnischen Charakter von weiten Teilen Frankreichs unterscheidende Bergbauregion Nord-Pas-de-Calais entlang der Grenze zu Belgien. In den folgenden Jahrzehnten kam diesem Gebiet bei der Einwanderung polnischsprachiger Arbeiter jedoch eine besondere Bedeutung zu. Die ersten polnischen Bergleute wurden Anfang des 20. Jahrhunderts von Fürst Witold Czartoryski in das Departement Pas-de-Calais geholt. In den Bergwerken von Aniche und Anzin, an denen Czartoryski finanziell beteiligt war, bestand ein Mangel an Arbeitskräften, nicht zuletzt, weil die Region anders als Lothringen abseits der Routen italienischer Wanderarbeiter lag. Begünstigt durch enge Verbindungen zwischen der polnischen Gesellschaft in Paris und den polnischen Gemeinschaften im Ruhrgebiet zogen daher zwischen 1909 und dem Beginn des Ersten Weltkriegs über 2000 Polen aus dem Deutschen Reich in den Norden des Landes. Bei diesen in Frankreich als »Westfalen« bezeichneten Einwanderern handelte es sich um Facharbeiter und Spezialisten, die zudem über Erfahrungen in der Gewerkschaftsarbeit verfügten.²⁹

In den Aufnahmeländern löste die Immigration, wie bereits am preußischen Beispiel erläutert, verschiedene Befürchtungen aus. In Österreich war der Zustrom von Migran-

²⁸ Vgl. DZWONKOWSKI, R./ŚLADKOWSKI, W.: *Polonia francuska* [Die französische Polonia]. In: SZYDŁOWSKA-CEGŁOWA, B. (Hg.): *Polonia w Europie* (Anm. 2), 373–375; JANOWSKA, H.: *Polska emigracja zarobkowa we Francji 1919–1939* [Die polnischen Erwerbsmigranten in Frankreich 1919–1939]. Warszawa 1965; GMURCZYK-WROŃSKA, M.: *Polacy we Francji w latach 1871–1914. Społeczność polska i jej podstawy materialne* [Die Polen in Frankreich in den Jahren 1871–1914. Die polnische Gemeinschaft und ihre materiellen Grundlagen]. Warszawa 1996, 225–249.

²⁹ Siehe dazu PONTY, J.: *Les Polonais méconnus. Histoire des travailleurs immigrés en France dans l'entre-deux-guerres*. Paris 1988; GMURCZYK-WROŃSKA: *Polacy we Francji* (Anm. 28), 244–249.

ten ein ständiger Herd ethnischer Konflikte.³⁰ Die migrationsbedingte Verschiebung der Bevölkerungsverhältnisse in den deutschsprachigen Kreisen Böhmens wurde als Bedrohung wahrgenommen, und in der Steiermark und Tirol ging die Angst vor einer »Überfremdung« durch slowenische Zuwanderer um. Die Neuankömmlinge besaßen in der Habsburgermonarchie zwar die gleiche Staatsangehörigkeit und dieselben Rechte und Pflichten wie die ansässige (Stadt-)Bevölkerung, hinsichtlich Sprache, Kultur und Religion fühlten sie sich jedoch fremd und sie wurden als Fremde behandelt. In Wien, dessen Bevölkerung mehrheitlich aus Zuwanderern bestand, führte die Zuwanderung von Polen³¹ und Tschechen (ähnlich wie im Falle der Bretonen in Paris, der Iren in England oder der polnischen Migranten im Ruhrgebiet) zu besonders großen Spannungen. So lösten die Versuche der beiden Gruppen, eigene Schulen einzurichten, heftige Kontroversen aus. Von den Behörden wurden gesetzliche Hürden errichtet, um die Zuwandererzahlen zu senken. Ab dem Jahr 1900 war das Bürgerrecht der Stadt an einen Eid zur Unterstützung des »deutschen Charakters der Stadt« gebunden. Neben rechtlicher Diskriminierung waren die nicht-deutschsprachigen Migranten auch in der Öffentlichkeit schroffer Ablehnung ausgesetzt und die Presse, selbst die der Arbeiterbewegung, begegnete den fremdsprachigen »Anderen« feindlich. Die aufkommende Stigmatisierung der Zuwanderer als »Landplage« erinnert an die antijüdischen Kampagnen in Europa. Für das Bild, welches in Kommentaren und einschlägigen Untersuchungen von den Neuankömmlingen gezeichnet wurde, war deren niedriger sozialer Status prägend, außerdem die Frage, für wie groß die religiösen, sprachlichen und kulturellen Unterschiede der jeweiligen Gruppen zur Mehrheitsgesellschaft gehalten wurden. Neben den jüdischen Migranten und den jüdischen Mitgliedern der Arbeiterbewegung gehörten die »ausländischen« Wanderarbeiter daher zu den am meisten diskriminierten Bevölkerungsgruppen. Wie im Ruhrgebiet motivierte auch hier die Ausgrenzung durch Gesellschaft, Regierung und Behörden den Aufbau eigener Organisationsstrukturen der Minderheiten.³²

³⁰ JOHN, M./LICHTBLAU, A.: *Schmelztiegel Wien – einst und jetzt. Zur Geschichte und Gegenwart von Zuwanderung und Minderheiten*. Wien 1993; GLETTNER, M.: *Die Wiener Tschechen um 1900. Strukturanalyse einer nationalen Minderheit in der Großstadt*. Wien 1972; FASSMANN, H.: *A Survey of Patterns of Migration in Austria 1850–1900*. In: HOERDER: *Labor Migration* (Anm. 13), 69–94; JOHN, M.: *National Movements and Imperial Ethnic Hegemonies in Austria, 1867–1918*. In: HOERDER, D./HARZIG, C./SHUBERT, A. (Hg.): *The Historical Practice of Diversity. Transcultural Interactions from the Early Modern Mediterranean to the Postcolonial World*. New York 2003, 87–105.

³¹ Schätzungen der Zahl polnischer Einwanderer in Wien gegen Ende des 19. Jahrhunderts schwanken zwischen 40000 und 50000, vgl. KRASZEWSKI, P.: *Polacy w Austrii* [Die Polen in Österreich]. In: SZYDŁOWSKA-CEGŁOWA, B. (Hg.): *Polonia w Europie* (Anm. 2), 533–549, hier 537.

³² HAHN, S.: *Inclusion and Exclusion of Migrants in the Multicultural Realm of the Habsburg »State of Many Peoples«*. In: *Histoire Sociale/Social History* 33 (2000), H. 2 = Nr. 66, 307–324, hier 320–324.

Die Entstehung der polnischen Gemeinschaft in den Vereinigten Staaten von Amerika

Größere Gruppen polnischer Auswanderer verließen Europa seit den 1870er Jahren. Warum sie die weite und unwägbarere Reise über die Ozeane einer Auswanderung innerhalb des Kontinents vorzogen, lässt sich – wie für andere Migrantengruppen auch – zu meist nicht feststellen. Vermutlich handelte es sich bei diesen »Pionieren« um Menschen, die – ob als kürzlich Zugewanderte, Tagelöhner oder deklassierte Feldarbeiter – eher schwach in die ländliche Gesellschaft integriert waren. Ihr Weggang löste jedoch bald auch unter der etablierten Landbevölkerung ein regelrechtes Migrationsfieber aus.³³

Existenzielle Notlagen und äußere Zwänge waren die Hauptursachen der massenhaften Emigrationen. Mit der Auswanderung nach Übersee, vor allem der Emigration in die USA, verbanden die Migranten jedoch häufig nicht nur die Aussicht auf eine Linderung materieller Nöte, sondern auch weitergehende persönliche Ambitionen, zum Beispiel die Hoffnung auf gesellschaftlichen Aufstieg und eine Steigerung ihres Ansehens. Der Bezugspunkt blieb dabei freilich das ländliche Sozialgefüge und Wertesystem. Die ersparten Löhne der Erwerbsswanderer dienten häufig allein dem Zweck, im Heimatort etwas Land hinzuzukaufen oder ein Haus zu bauen. Ein wesentlicher Grund für die Zunahme von Überseewanderungen waren Veränderungen im Verkehrswesen. Der Einsatz von Dampfschiffen auf den Transatlantikrouten verkürzte die Überfahrt von Bremen oder Hamburg aus auf 10–14 Tage und senkte zugleich die Reisekosten. Mit der Entwicklung der Transatlantikwanderungen zu einer Massenbewegung wurden die Fahrten zunehmend von Familienangehörigen oder Bekannten der Migranten organisiert. Aus diesem Grund und weil die polnischen Amerikaauswanderer selbst beziehungsweise ihre bereits in Übersee lebenden Verwandten für die Überfahrt aufkamen, waren sie – anders als etwa die italienischen Amerikaauswanderer – relativ unabhängig von Emigrationssagenten.

Die USA waren das häufigste Ziel überseeischer Migration. Grund dafür waren vor allem das dynamische industrielle Wachstum (zwischen 1870 und 1929 stieg die Industrieproduktion der USA um das Vierzehnfache) und der damit einhergehende Arbeits-

³³ MORAWSKA: *For Bread with Butter* (Anm. 2), 22–61. Zum Beispiel des von Franciszek Bujak untersuchten Dorfes Maszkienice im Kreis Brzesko vgl. ebd., 61 f.; DIES.: *Labor Migrations of Poles* (Anm. 2), 261 f. Ein weiteres Beispiel diskutiert DUDA DZIEWIERZ, K.: *Wieś małopolska i emigracja amerykańska. Studium wsi Babica powiatu rzeszowskiego* [Ein kleinpolnisches Dorf und die Amerikaauswanderung. Eine Studie zum Dorf Babica im Kreis Rzeszów]. Warszawa 1938. Die Erinnerungen eines Zeitzeugen an die Auswanderung des ersten Bewohners des Dorfes Krzywa in Galizien in den 1880er Jahren in FIERICH, J.: *Przeszłość wsi powiatu ropczyckiego w ustach ich mieszkańców* [Die Vergangenheit eines Dorfs im Kreis Ropczyce nach den Berichten seiner Bewohner]. Ropczyce 1936, 58.

kräftebedarf. Konnte dieser anfangs mit einheimischen Kräften, hauptsächlich aus den ländlichen Gegenden der USA, gedeckt werden, so waren die Industriebetriebe bald auf zusätzliche Arbeiter aus Europa angewiesen. Im Jahr 1910 waren rund 20 % der US-amerikanischen Arbeitskräfte Immigranten, im Industriesektor betrug deren Anteil sogar zwei Drittel. Die Einwanderer kamen zunächst aus den westeuropäischen Staaten. Doch als Ende des 19. Jahrhunderts die eigene Industrialisierung dieser Länder die Zahl der Migranten zurückgehen ließ, traten Arbeiter aus den östlichen und südlichen Gebieten des Kontinents an deren Stelle. Polen machten rund 40 % der Einwanderer mit einer slawischen Muttersprache aus, das entsprach Schätzungen zufolge 1,8–2,3 Millionen Menschen.³⁴ Davon stammten rund 450 000 aus dem preußischen, 900 000 aus dem österreichischen und rund 950 000 Personen aus dem russischen Teilungsgebiet. Vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs lebten zwischen drei und vier Millionen Menschen polnischer Herkunft in den USA.

Die massenhaften Überseemigrationen aus Mitteleuropa nahmen ihren Anfang zu meist in Grenzgebieten und ethnisch gemischten Regionen. Aus Ungarn beispielsweise wanderten zunächst Angehörige der vom politischen Leben weitgehend ausgeschlossenen slowakischen Minderheit aus, ehe später auch ethnische Ungarn (Magyaren) emigrierten. Diesem Muster folgte auch die polnische Auswanderung nach Amerika. Die ersten polnischsprachigen Gruppen, die 1854 nach Texas ausreisten, stammten aus Oberschlesien, von wo zuvor schon Deutsche ausgewandert waren. Gleiches gilt auch im Falle der Emigration nach Australien. Im weiteren Verlauf erfasste die Emigrationswelle dann schrittweise weitere Teile des preußischen Teilungsgebiets und griff schließlich auf die benachbarten Staaten über. Im Königreich Polen waren Auswanderungen in die USA zunächst in den Kreisen zu beobachten, welche an Großpolen oder Ostpreußen grenzten – also an Gebiete, die bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts Ausgangspunkt von Migrationen gewesen waren.

Galizien hingegen erreichte das »Emigrationsfieber« von Süden her. Hier traten die ersten Auswanderungen in die USA entlang der Grenze zur Zips auf, wobei in diesem Fall die Migration der polnischen Bevölkerung jener der ruthenischen vorausging.³⁵

Die große Mehrheit (80–85 %) der polnischen Immigranten in den USA lebte in den stark industrialisierten Regionen im Osten und Norden, besonders in Pennsylvania (vor allem in Pittsburgh), Illinois (Chicago), Wisconsin (Milwaukee), Ohio (Cleveland),

³⁴ In der Literatur gelegentlich begegnende höhere Schätzungen umfassen vermutlich auch Ruthenen und Juden aus dem Deutschen Reich, Österreich-Ungarn und Russland.

³⁵ MORAWSKA: *For Bread with Butter* (Anm. 2), 63–78; PRASZAŁOWICZ, D./MAKOWSKI, K. A./ZIEBA, A. A.: *Mechanizmy zamorskich migracji łańcuchowych w XIX wieku: Polacy, Niemcy, Żydzi, Rusini. Zarys problemu* [Mechanismen der überseeischen Kettenmigrationen im 19. Jahrhundert: Polen, Deutsche, Juden, Ruthenen. Ein Problemaufriss]. Kraków 2004.

Michigan (Detroit), New York und New Jersey.³⁶ Obwohl die polnischen Einwanderer anfänglich über keinerlei entsprechende Berufsqualifikation verfügten, waren sie zu 90–95 % in der Industrie beschäftigt (zum Vergleich: in Deutschland betrug der Anteil der Industriearbeiter unter den polnischsprachigen Migranten nur etwa 40 %). Lediglich Zuwanderer aus dem preußischen Teilungsgebiet waren mitunter besser qualifiziert, weshalb ihr Anteil an den Facharbeitern in Städten wie Detroit beträchtlich war. Doch auch sie waren anfänglich gezwungen, die einfachsten und zugleich körperlich schwersten Tätigkeiten auszuüben. Die Immigranten wurden vor allem in den Anthrazitminen, aber auch in der Bitumen-, Kupfer-, Blei- und Eisenerzgewinnung sowie in den Steinbrüchen als Hauer oder beim Transport eingesetzt. Daneben arbeiteten sie in der Eisen- und Stahlindustrie, im Maschinenbau, in Erdölraffinerien, in der Textil- und Bekleidungsindustrie sowie nicht zuletzt in der Fleisch verarbeitenden Industrie (in Chicago stellten Polen die Mehrheit der Schlachtarbeiter). Während außenstehende Beobachter häufig entsetzt über die ärmlichen Lebensverhältnisse der polnischen Einwanderer in die USA waren,³⁷ sind ähnlich kritische Aussagen in den Briefen oder Tagebüchern der polnischen Migranten kaum zu finden. Die neuen Lebensbedingungen mochten ärmlich gewesen sein, sie waren aber nicht zwangsläufig schlechter als in der alten Heimat.

Hinsichtlich der schlechten Arbeitsbedingungen teilten die polnischen Arbeitsmigranten das Los der eingewanderten Italiener, Iren oder auch anderer Einwanderer aus Osteuropa. Wie diese mussten sie zudem realisieren, dass ihre wirtschaftlichen und beruflichen Ambitionen auf den Widerstand der einheimischen Arbeiter stießen. Die als unliebsame Konkurrenten betrachteten Arbeitsmigranten wurden für das Scheitern von Streiks und gewerkschaftlichen Aktionen sowie für zahlreiche Probleme am Arbeitsplatz verantwortlich gemacht. US-amerikanische Gewerkschaften wie die *American*

³⁶ Allgemein zur Geschichte der Polen in den USA: BROZEK, A.: *Polish Americans 1854–1939*. Warsaw 1985; BUKOWCZYK, J.: *Polish Americans and Their History. Community, Culture, and Politics*. Pittsburgh 1996; PULA, J.S.: *Polish Americans. An Ethnic Community*. New York 1995; WALASZEK, A.: *Polscy robotnicy, praca i związki zawodowe w Stanach Zjednoczonych Ameryki (1880–1922)* [Polnische Arbeiter, Beschäftigung und Berufsverbände in den Vereinigten Staaten von Amerika (1880–1922)]. Wrocław 1988; KUBIAK, H./KUSIELEWICZ, E./GROMADA, T. (Hg.): *Polonia amerykańska. Przeszłość i współczesność* [Die amerikanische Polonia. Vergangenheit und Gegenwart]. Wrocław 1988. Zu den Gemeinschaften in einzelnen Städten siehe u.a. MORAWSKA: *For Bread with Butter* (Anm. 2); WALASZEK, A.: *Von »Polen in Amerika« zu »Amerikanern polnischer Herkunft«*. *Migration, Diaspora und ethnische Imaginationen 1870–1930*. In: *Comparativ. Zeitschrift für Globalgeschichte und Vergleichende Gesellschaftsforschung* 20 (2010), H. 1/2, 164–185; DERS.: *Polish Americans*. In: HAMMACK, D.C./GRABOWSKI, D.L./GRABOWSKI, J.J. (Hg.): *Identity, Conflict, and Cooperation. Central Europeans in Cleveland, 1850–1930*. Cleveland 2002, 185–248.

³⁷ Ein Beispiel ist die Beschreibung bei KRZYWICKI, L.: *Za Atlantykiem. Wrażenia z podróży po Ameryce* [Jenseits des Atlantik. Eindrücke von einer Reise durch Amerika]. Warszawa 1895, 111–118.

Federation of Labor forderten die Einführung von Zuwanderungsbeschränkungen.³⁸ Aber nicht nur gegenüber den Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft, sondern auch in der Hierarchie der Zuwanderergruppen nahmen die Polen eine der untersten Stufen ein. Die Aufseher gehörten zumeist ethnischen Gruppen an, die bereits früher in die USA eingewandert waren. Dies führte zum Beispiel zu einem Antagonismus zwischen polnisch- und irischstämmigen Arbeitern in den USA.

Mit der Zeit kam es jedoch, ähnlich wie im Fall der italienischen Erwerbsmigranten, zu einer Integration der polnischen Einwanderer beziehungsweise ihrer Nachkommen in die amerikanische Arbeiterschaft. Großen Anteil daran hatten Arbeiterführer wie Jan Borkowski, Aleksander Dębski, John Kikulski oder Leo Krzycki, die zum Teil schon vor der Auswanderung in die USA in den ersten sozialistischen Organisationen der Teilungsgebiete (→ IV.E) oder während der Revolution von 1905 (→ IV.F) aktiv gewesen waren. Unter ihrem Einfluss begannen die polnischen Arbeiter um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, den amerikanischen Gewerkschaften beizutreten, die ihnen die Mitgliedschaft anboten. Dabei erlangten sie, so im Falle des erfolgreichen Streiks der Anthrazit-Bergarbeiter im Bundesstaat Pennsylvania von 1902, in den Gewerkschaften zum Teil großen Einfluss. Die zunehmende Integration der polnischstämmigen Arbeiter war freilich nicht unumstritten. Vertreter polnischer nationalistischer Gruppierungen versuchten, den Einfluss der integrationswilligen Arbeiterführer zu brechen. Sie fürchteten, dass die polnischen Arbeiter ihnen nicht mehr folgen würden, wenn sie sich nicht mehr als eine randständige oder deklassierte Minderheit wahrnahmen.

Angesichts der Probleme, mit denen die Arbeitsmigranten in der unbekanntenen Umgebung zu kämpfen hatten, war ihr Zusammenschluss zu abgegrenzten ethnischen Gemeinschaften eine fast zwingende Konsequenz. Ein wesentlicher Faktor bei der Entstehung einer polnischen Diasporagesellschaft war (wie stets in vergleichbaren Fällen) die sich vielfältig äußernde Ablehnung oder regelrechte Feindschaft seitens der einheimischen Bevölkerung in den Einwandererländern. Einen gewissen Schutz und Rückhalt angesichts der Anfeindungen und widrigen Arbeitsbedingungen bot die Solidarität von Verwandten, Freunden oder Nachbarn. Die Hilfsbereitschaft in den zumeist in unmittelbarer Nähe zu den Hauptarbeitsplätzen gelegenen, ethnisch relativ geschlossenen Wohnvierteln war auch gegenüber fremden Landsleuten sehr ausgeprägt. Angesichts der weit verbreiteten Unkenntnis der englischen Sprache kam in diesem sozialen Netz dem Rat und der Hilfe von Personen, die, wie die Geistlichen, zwischen den Immigranten und der Mehrheitsbevölkerung vermitteln konnten, große Bedeutung zu.

Es entstanden polnische Kirchengemeinden, Selbsthilfegesellschaften, eine Vielzahl von Vereinen und Klubs auch eine eigene Presse. Damit führte die polnische Minder-

³⁸ Robert Paris hat in einem anderen Kontext ein solches Verhalten als »proletarischen Nationalismus« bezeichnet, vgl. PARIS, R.: *Le mouvement ouvrier français et l'immigration italienne (1893–1914)*. In: BEZZA, B. (Hg.): *Gli italiani fuori d'Italia*. Milano 1983, 635–678, hier 638.

heit in den USA hinsichtlich sozialer Funktionen weitgehend ein Eigenleben. Das dicht werdende soziale und organisatorische Netz half den polnischen Einwanderern nicht nur über das Heimweh und die schwierigen Anfangsjahre hinweg, sondern ermöglichte auch eine schnellere Verwirklichung ihrer individuellen Ziele. Die Schaffung institutioneller Strukturen folgte teilweise vertrauten Mustern, orientierte sich aber auch am Vorbild anderer ethnischer Gruppen vor Ort. Bisweilen kam es auch zu einer Zusammenarbeit oder sogar Kohabitation der polnischsprachigen Migranten mit Angehörigen derjenigen ethnischen Gruppen, in deren Nachbarschaft man bereits in der Heimat gelebt hatte (Deutschen, Ruthenen, Litauern, Slowaken).

Die polnischen Emigranten in den USA, in Kanada oder in Argentinien verband unabhängig von sozialer Herkunft und den jeweiligen Beweggründen für die Auswanderung die sehnstüchtige Erinnerung an die Heimat. Ein Ausdruck dessen waren die von den polnischen Einwanderern errichteten Kirchen, die denen in Polen nachempfunden waren. Mit der Zeit entwickelten die Mitglieder der polnischen Diaspora ein eigenes kollektives Gedächtnis, das nicht nur auf persönlichen Erinnerungen an Landschaft und Familie beruhte, sondern sich auch aus einer positiven Sicht auf die polnische Geschichte speiste. Dieser Prozess, in dessen Verlauf an die Stelle einzelner lokaler oder regionaler Identitäten allmählich ein polnisches Nationalbewusstsein der Auswanderer trat, wurde durch die Isolation in der fremden Umwelt begünstigt. Um als eigenständige Gruppe überlebensfähig, das heißt im Innern gefestigt und nach außen erkennbar zu sein, waren die Einwanderergruppen auf die Stiftung und die Pflege einer kollektiven Erinnerung mittels gemeinsamer Symbole und Herkunftsmymen angewiesen. Insofern hatte für die Polen in den USA das Betonen einer gemeinsamen geschichtlichen Herkunft nicht zuletzt den Zweck, als Gruppe in der Mehrheitsgesellschaft Akzeptanz zu finden. Ein Charakteristikum der polnischen (und ähnlich auch der ungarischen) Diaspora war dabei, dass die Emigranten, die überwiegend bäuerlicher Herkunft waren, das Geschichtsbild des Adels beziehungsweise der höheren Gesellschaftsschichten insgesamt übernahmen. Ausdruck dieser von der polnischen Emigrationspresse geförderten Orientierung an der nationalen Ideologie und den dazu gehörenden Mythen, Symbolen, und Metaphern der Eliten war, dass die polnischen Migranten ihre Identität als Gruppe aus der glorifizierten Geschichte der Piasten, der Jagiellonen und der alten polnisch-litauischen Republik ableiteten. So trugen zum Beispiel Selbsthilfeorganisationen die Namen polnischer Könige und Helden. Ihre gesellschaftliche Ausgrenzung und das Gefühl der Benachteiligung führten dabei zu einer Stärkung der eigenen ethnischen und nationalen Identität.

Ende des 19. Jahrhunderts war Chicago nicht nur eines der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Zentren der USA, sondern auch Heimat der größten Kolonie polnischer Einwanderer und organisatorischer Mittelpunkt der gesamten »Polonia«³⁹ des Landes. Hier hatten vor dem Ersten Weltkrieg die Mehrheit der landesweiten Ver-

³⁹ Zum Begriff der »Polonia« vgl. Anm. 5.

bände und die wichtigsten Zeitungen ihren Sitz und hier wurde bereits seit den 1870er Jahren über die Rolle der polnischen Minderheit in den USA gestritten: Sollten die Einwanderer ihre Gemeinschaft als Fundament eines »vierten Landesteils Polens«⁴⁰ begreifen und sich entsprechend von ihrer Umwelt absondern, oder sollten sie sich in die amerikanische Mehrheitsgesellschaft integrieren, weil dies nach Ansicht mancher am ehesten die Gewähr bieten würde, Bestandteile der polnischen Kultur und des Glaubens erhalten zu können?

Vor diesen und ähnlichen Fragen standen die polnischen Minderheiten überall auf der Welt. Denn egal in welchem Land oder welcher Stadt, von einer Einheit innerhalb der polnischen Diaspora – und dies galt ebenso für die deutschen, tschechischen, ungarischen, slowakischen, Minderheiten, ob Christen oder Juden – konnte in ideologischer, politischer, sozialer und selbst in kultureller Hinsicht keine Rede sein. Der Streit zwischen den verschiedenen Organisationen und Parteiungen entzündete sich dabei jedoch nicht allein am Verhältnis der Einwanderer zu ihrer Umwelt. Der Erste Weltkrieg und die Entstehung eines unabhängigen polnischen Staates erforderten auch eine Neubestimmung der Haltung zu Polen und führten zu teilweise scharfen Auseinandersetzungen, etwa in der Frage der künftigen Grenzen oder der Verfassung.

Anders als bei den tschechischen Migranten kam es bei den polnischen über diesen Fragen jedoch nicht zu einem Auseinanderbrechen der Minderheitengruppe als solcher. Vielmehr war deren innere Diversifizierung auch Ausdruck eines konstruktiven Reifeprozesses, der nicht zuletzt in der stetig zunehmenden Zahl der von den polnischen Einwanderern und ihren Nachkommen ins Leben gerufenen Vereine zum Ausdruck kam. Die beiden ersten landesweiten Selbsthilfeorganisationen *Zjednoczenie Polskie Rzymsko-Katolickie* / *Polish Roman Catholic Union* (ZPRK) und *Związek Narodowy Polski* / *Polish National Alliance* (ZNP) wurden 1873 beziehungsweise 1880 in Chicago gegründet und vertraten unterschiedliche Haltungen zur Lage der Migranten und zum Verhältnis zwischen der Diaspora und Polen. Umstritten waren jedoch weniger die Grundwerte an sich, sondern vielmehr deren Rangfolge. Während das ZPRK unter der Losung »Gott und Vaterland« vor allem für die Erhaltung von Religion und Kultur unter den Zuwanderern eintrat, setzten die Führung des ZNP, die von Beginn an enge Kontakte zur polnischen Unabhängigkeitsbewegung in Westeuropa unterhielt, den umgekehrten Akzent: »Vaterland und Gott«. Zu ihren Vorstellungen gehörte, dass die amerikanische Polonia einen Teil der polnischen Nation bilde und als »vierter Landesteil Polens« verpflichtet sei, für dessen Souveränität zu kämpfen. Obwohl beide Lager einander über viele Jahre ideologisch bekämpften, hatten beide Organisationen großen Anteil an der Entwicklung der polnischen Minderheitsgemeinschaft in den USA. Sie

⁴⁰ Vgl. dazu GRONIEWSKI, K.: »Czwarta dzielnica«. *Zadania Polonii amerykańskiej wobec kraju (do 1918 r.)* [»Der vierte Landesteil«. Die Aufgaben der amerikanischen Polonia gegenüber der Heimat (bis 1918)]. In: *Przegląd Zachodni* 39 (1983), H. 1, 27–42.

leisteten nicht nur konkrete soziale Hilfe in beträchtlichem Umfang, sondern trugen auch maßgeblich dazu bei, die nationale Identität der Migranten und die entsprechende Erziehung der polnischstämmigen Kinder zu fördern.

Neben dem ZNP und dem ZPRK entstand eine Reihe weiterer Organisationen mit lokaler und auch überregionaler Reichweite. Hierzu zählten beispielsweise der 1898 entstandene *Związek Polek w Ameryce/Polish Women's Alliance of America*, in dem sich Frauen organisierten und mit der Zeit auch politische Aktivität entfalteten, sowie der 1887 gegründete Verband der polnischen Sokół-Vereine (*Związek Sokolstwa Polskiego w Ameryce*), dessen Ziele die körperliche Ertüchtigung der Kinder und Jugendlichen sowie deren Unterweisung in polnischer »Nationalkultur« waren.

Im Dezember des Jahres 1912 kam es in Pittsburgh unter Beteiligung der Mehrheit der polnischen Verbände in den USA zur Gründung des *Komitet Obrony Narodowej/Central Committee for National Defense of North America* (KON). Aufgabe dieser Organisation sollte es sein, die polnischen Unabhängigkeitsbestrebungen in Galizien zu unterstützen. Allerdings verließen die meisten Mitgliedsorganisationen den KON aufgrund ideologischer Differenzen noch vor 1914 wieder. In der Folge zerfiel die amerikanische Polonia entlang der Scheidelinie, die auch das polnische Exil in Europa, die politische Landschaft in den polnischen Ländern und später im unabhängigen Polen teilte, in ein der polnisch-sozialistischen und ein der nationaldemokratischen Bewegung (→ IV.E/G, V.B) nahestehendes Lager.

Auf der Alltagsbene war das zunehmend dichter werdende Netz polnischer Kirchen und Pfarreien in den USA ein wesentlicher Faktor bei der Anpassung der Migranten an ihre neue Umwelt. Die Zahl der polnischen Pfarreien stieg zwischen 1870 und 1880 von gut zehn auf 75. Im Jahr 1900 betrug sie bereits 330 und lag 1910 bei über 500, wobei die Zahl der Gotteshäuser noch höher war. Sowohl deren Errichtung als auch häufig die spätere Nutzung führten zu Konflikten zwischen den polnischen Geistlichen und Gemeinden einerseits und der Kirchenführung andererseits, die sich zu der Zeit hauptsächlich aus deutsch- und irischstämmigen Priestern zusammensetzte. Die Auseinandersetzungen nahmen zum Teil eine solche Schärfe an, dass es in manchen Fällen zu einer Lossagung von der offiziellen Katholischen Kirche kam. Das bekannteste Beispiel dafür stellt die Gründung einer von Rom unabhängigen Polnisch-Katholischen Nationalkirche (*Polski Narodowy Kościół Katolicki/Polish National Catholic Church – PNKK*) im Jahr 1898 in Scranton, Pennsylvania, dar, deren Lehre in einzelnen Punkten von der offiziellen katholischen Doktrin abwich, und die eher den amerikanischen protestantischen Kirchen nahe stand. Wie die übrigen polnischen Pfarreien nahm auch die von dem Priester und späteren Bischof Franciszek Hodur geführte Polnische Nationalkirche dezidiert außerreligiöse Funktionen wahr, vor allem im sozialen sowie durch ein dichtes Netz von Gemeindeschulen auch im erzieherischen Bereich.

Das öffentliche kulturelle Leben der Minderheit entfaltete sich vor dem Ersten Weltkrieg z. B. in zahlreichen polnischen Theatern und Gesangsvereinen. Zudem erhielt es

durch die Entstehung eines eigenen Verlagswesens wichtige Impulse und die Zahl der gedruckten polnischsprachigen Periodika, die zunehmend alle politischen Strömungen abbildeten, stieg von vier (1885 – eine erste polnischsprachige Zeitung war kurzzeitig 1863–65 erschienen) über 24 (1895) auf 44 (1905) und schließlich 68 (1915).

Polnische Auswanderung nach Südamerika, Kanada und Australien

Für viele polnische Bauern stellten Argentinien und Brasilien sowie Kanada eine Alternative zur Emigration in die USA dar.⁴¹ Argentinien erlebte zwischen 1860 und 1914 ein dynamisches Wirtschaftswachstum und den Aufstieg von einem Land mit kaum einer halben Million Einwohner zu einem der bedeutendsten Staaten Südamerikas. Dies war nicht zuletzt Folge einer systematischen staatlichen Werbe- und Ansiedlungspolitik (»*gobernar es poblar*« – »regieren heißt bevölkern«), die auch zahlreiche Migranten aus Europa anzog. So waren bis Ende des 19. Jahrhunderts auch rund 31000 Ruthenen und Polen eingewandert, die vor allem aus dem österreichischen, seltener aus dem russischen Teilungsgebiet stammten. Interessanterweise bezeichneten sich auch die ruthenischen Immigranten selbst anfangs als »Polen«, ohne sich damit freilich zwangsläufig zu einer eindeutig polnischen Identität zu bekennen. Erst einige Jahre nach ihrer Einwanderung kam es zur Unterscheidung zwischen *polacos* und *rutenos*.

Die Einwanderer aus den polnischen Teilungsgebieten gründeten landwirtschaftliche Siedlungen in der im äußersten Nordosten des Landes gelegenen Provinz Misiones (Apóstoles, Azara, Corpus, San José u. a.) sowie kleinere Arbeiterkolonien in den Städten Buenos Aires, Rosario und Tucumán sowie in den landwirtschaftlich geprägten Gebieten der an Misiones grenzenden Provinz Corrientes. Häufig waren sie als Saisonarbeiter tätig, etwa bei der Maisernte oder beim Eisenbahnbau. Nach der Revolution von 1905 kamen zudem politische Flüchtlinge ins Land. Mit Beginn des 20. Jahrhunderts

⁴¹ Zu den polnischen Gemeinschaften in Lateinamerika vgl. STEMPOWSKI, R. (Hg.): *Polacy, Rusini i Ukraińcy, Argentyńcy. Osadnictwo w Misiones 1892–2009* [Polen, Ruthenen und Ukrainer, Argentinier. Ansiedlung in Misiones]. Warszawa 2011; BARTOLOMÉ, L.J./ŁUKASZ, D./STEMPOWSKI, R.: *Słowianie w argentyńskim Misiones 1897–1977* [Die Slawen in der argentinischen Provinz Misiones 1897–1977]. Warszawa 1991; KULA, M. (Hg.): *Dzieje Polonii w Ameryce Łacińskiej* [Geschichte der Polonia in Lateinamerika]. Wrocław 1983; DERS.: *Polonia brazylijska* [Die brasilianische Polonia]. Warszawa 1981; GRONIEWSKI, K.: *Polska emigracja zarobkowa do Brazylii. 1871–1914* [Die polnische Erwerbsmigration nach Brasilien. 1871–1914]. Warszawa 1972. Zu den Migrationserfahrungen vgl. die bemerkenswerte Sammlung von Briefen, die polnische Migranten aus Brasilien nach Kongresspolen schickten: KULA, W./ASSORODOBRAJ-KULA, N./KULA, M. (Hg.): *Listy emigrantów z Brazylii i Stanów Zjednoczonych, 1890–1891* [Briefe von Migranten aus Brasilien und den Vereinigten Staaten, 1890–1891]. Warszawa 1973 – engl. Ausg. unter dem Titel: *Writing Home*. Boulder 1987. Zur Migration nach Kanada vgl. u. a. WALASZEK, A.: *Politycy, agenci i chłopcy polscy w Kanadzie (przed rokiem 1914)* [Polnische Politiker, Agenten und Bauern in Kanada (vor 1914)]. In: *Przegląd Polonijny* 28 (2002), H. 4, 41–60.

entstanden die ersten polnischen Vereine und Schulen, doch zu einem stärkeren Ausbau des Organisationsnetzes der argentinischen Polonia kam es erst zwischen den beiden Weltkriegen.

Unter den rund vier Millionen Einwanderern, die zwischen 1888 und 1939 nach Brasilien kamen, machten Migranten polnischer und osteuropäisch-jüdischer Herkunft aus der Habsburgermonarchie, aus dem Russischen Reich und später aus dem unabhängigen Polen einen Anteil von 4,7% aus. Eine Ende des 19. Jahrhunderts eingeleitete Politik der brasilianischen Regierung zur Besiedlung der südlichen Landesteile und kursierende Berichte über den märchenhaften Reichtum Brasiliens hatten vor dem Ersten Weltkrieg mehrere so genannte »brasilianische Fieber« ausgelöst (1890/91, 1895/96 und 1907/08), in deren Zuge rund 100 000 Polen nach Brasilien emigriert waren. Die Auswanderer, in der Mehrheit Bauern, stammten zunächst aus dem westlichen Teil Oberschlesiens (Regierungsbezirk Oppeln), später auch aus Kongresspolen und aus Galizien (von wo auch über 35 000 Ruthenen nach Brasilien auswanderten). Zwar mussten die eingewanderten Bauern ihre Grundstücke erst selber roden, doch weil sie den Umfang ihres Besitzes zum Maßstab für sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg machten, waren sie bemüht, sich so viel Land wie möglich anzueignen. Die Bestellung des Bodens warf allerdings einige Probleme auf, zumal sich die traditionellen Anbaumethoden der polnischen Bauern unter den andersartigen klimatischen und geologischen Bedingungen nicht immer als effektiv erwiesen.

Die räumlich häufig isolierte Lage dieser Bauernsiedlungen und der Aufbau einer eigenen Infrastruktur – Kirchen, Schulen, Vereine – bewirkten eine weitgehende soziale und kulturelle Abgrenzung der polnischen Einwanderer Brasiliens. Die gesellschaftliche Mobilität insbesondere der ersten zwei Generationen war sehr gering. Ein weiterer Grund für die ausgebliebene Akkulturation und Assimilation der Migranten bestand darin, dass die Bevölkerung der Region sich aus zahlreichen verschiedenen, zumeist ebenfalls zugewanderten ethnischen Gruppen zusammensetzte und damit ein sozialer Aufstiegsanreiz, der ein Grund für eine stärkere Anpassung hätte sein können, nicht gegeben war. Anders verhielt es sich im Fall der polnischen Einwanderer in São Paulo, die als Angehörige der verschiedenen Arbeitergruppen engeren Kontakt zu ihrem sozialen Umfeld hatten.

Eine Wanderungsbewegung geringeren Umfangs führte vor dem Ersten Weltkrieg aus den polnischen Teilungsgebieten auch nach Kanada. Den Anfang hatten, angelockt durch die Landversprechen professioneller Agenten, im Jahr 1858 kaschubische Migranten gemacht, ab den 1880er Jahren folgten polnische Einwanderer aus Großpolen und später aus Galizien. Insgesamt betrug die Zahl dieser Zuwanderer rund 60 000. Ungefähr doppelt so groß war die Gruppe ruthenischer Migranten, die ab 1895 auf den Farmen in den drei Provinzen Alberta, Manitoba und Saskatchewan niederließen und sich in Städten wie Edmonton und Winnipeg ausgesprochen aktiv für die ukrainische Nationalbewegung engagierten.

Die Mehrheit der vom Lande stammenden polnischen Einwanderer in Kanada arbeitete auf dem Feld, im Eisenbahnbau oder als Holzfäller. Ihre in der Prärie entstehenden Siedlungen trugen die Namen von Städten und Orten in den polnischen Teilungsgebieten und wurden häufig von Polen, Ruthenen und Kaschuben gemeinsam bewohnt. Hier entstanden zunächst Organisationen und Vereine mit vornehmlich lokaler Reichweite (die erste polnische Gesellschaft wurde 1872 in der lange von deutschen Zuwanderern geprägten Ortschaft Berlin, heute Kitchener, in der Provinz Ontario gegründet) und einer mit der Zeit zunehmenden Vielfalt an Weltanschauungen. Später kamen eigene Kirchen (als erstes entstanden 1875 im Ort Wilno eine Kirche und eine Pfarrei kaschubischer Einwanderer, 1912 gründeten die großpolnischen Bewohner von Berlin, Ontario, eine Pfarrei) sowie Schulen und Zeitungen hinzu, z. B. die seit 1908 erscheinende und bis zum Zweiten Weltkrieg unter diesem Namen verlegte *Gazeta Katolicka* [Katholische Zeitung].

Gegenüber den Hauptwanderungsbewegungen polnischer Migranten war die Auswanderung nach Australien von untergeordneter Bedeutung.⁴² Schätzungen gehen davon aus, dass im Jahr 1891 765 Personen in Australien lebten, die in den polnischen Teilungsgebieten geboren worden waren; 1911 scheint ihre Zahl kaum mehr als 1200 betragen zu haben.⁴³

Rückwanderungen und Rückwirkungen der Emigration

Ebenso wie viele Migranten aus Ost- und Südeuropa hatte sicherlich auch die große Mehrheit der polnischen Einwanderer ihren Aufenthalt in den Vereinigten Staaten ursprünglich als befristet geplant. Ausdruck der ungebrochenen Verbundenheit mit der Heimat waren neben den zahlreichen Briefen der Migranten an die Daheimgebliebenen die vor 1914 auftretenden Fälle von Rückwanderungen und das häufige Pendeln zwischen Europa und den USA.⁴⁴ Schätzungsweise 30–35 % (die Rückwanderungen wurden erst seit 1908 von der zudem ungenauen amerikanischen Statistik erfasst) der pol-

⁴² MAKSYMOWICZ A.: *Emigracja z pogranicza Brandenburgii, Śląska i Wielkopolski do Australii Południowej w latach 1838–1914* [Die Emigration aus dem Grenzgebiet zwischen Brandenburg, Schlesien und Großpolen nach Südaustralien 1838–1914]. Zielona Góra 2011; PASZKOWSKI, L.: *Poles in Australia and Oceania 1790–1940*. Sydney 1987.

⁴³ LENCZAROWICZ, J.: *Imigranci z Polski w społeczeństwie australijskim. Wybrane przykłady* [Immigranten aus Polen in der australischen Gesellschaft. Ausgewählte Beispiele]. In: MAKSYMOWICZ, A. (Hg.): *Emigracja z Klepska i okolic do Australii w 1838 r.* [Die Auswanderung aus Klemzig und Umgebung nach Australien 1838]. Sulechów 2009, 63–84, hier 69.

⁴⁴ Eine allgemeine Typologie von Rückwanderungen bei CERASE, F.P.: *A Study of Italian Migrants Returning from the USA*. In: *International Migration Review* 1 (1967), 67–74; DERS.: *Expectations and Reality. A Case Study of Return Migration from the United States to Southern Italy*. In: *International Migration Review* 8 (1979), 245–261. Einen Überblick über verschiedene Fälle und Möglichkeiten von Remigrationen aus den USA gibt unter Verwendung der umfangreichen (auch polnisch-

nischen Migranten kehrten aus den USA in ihre Heimat zurück.⁴⁵ Eine geringere Remigrationsquote wiesen die Einwanderer aus dem preußischen Teilungsgebiet auf. Unter ihnen war die Rückkehrabsicht offensichtlich schon im Vorfeld der Ausreise weniger verbreitet, denn im Vergleich wanderten sie häufiger schon gleich zu Beginn mit ihren Familien aus. Ein Grund dafür war die im Deutschen Reich herrschende Diskriminierung der polnischsprachigen Bevölkerung.

Die Rückwanderungsbewegungen aus den USA wurden durch soziale und ökonomische Krisen wie die Wirtschaftseinbrüche von 1893/94, 1904 und 1907/08 verstärkt, in deren Verlauf binnen weniger Wochen oder Monate jeder fünfte oder sechste Arbeiter seine Stelle verlor. Während des großen Bergarbeiterstreiks von 1902 betrug die Remigrationsquote bis zu 50 % der in diesem Jahr verzeichneten Einwanderungen. In vielen Fällen folgte die Rückwanderung aber auch einfach nur der ursprünglichen Absicht, lediglich so viel Zeit im Ausland zu verbringen, wie nötig war, um genug Geld für die Verwirklichung bestimmter Ziele in der Heimat zu verdienen. Die Verweildauer jenseits des Atlantiks lag daher zumeist nur zwischen zwei und fünf Jahren. Innerhalb der alten Dorfgemeinschaft hatte dies allerdings in der Regel lediglich eine Festigung des bisherigen sozialen Status' der Migranten zur Folge und wird auch als *conservative return* bezeichnet. Häufig erzwang aber auch das Scheitern der im Ausland verfolgten Ziele ein *return of failure*. Unabhängig von den jeweiligen Beweggründen war eine Rückkehr oft mit Schwierigkeiten verbunden. Selbst ein nur wenige Jahre währender Aufenthalt in Amerika konnte zu Problemen bei der Wiederanpassung an die alte Umgebung führen.

Nimmt man die Arbeitsmigranten in den Industriegebieten Nordamerikas zum Maßstab, scheinen die nach Lateinamerika auswandernden Bauern häufiger von vornherein die Absicht gehabt zu haben, sich dauerhaft niederzulassen. Ähnliches gilt für die Auswanderung in die agrarisch geprägten Bundesstaaten Nebraska und Wisconsin. Offenbar fanden Wanderungen ohne Rückkehrabsicht am ehesten in Regionen statt, die abseits der atlantischen Industriezentren lagen.

Es ließe sich fragen, warum angesichts der herrschenden Lebensumstände insgesamt nicht noch mehr Menschen aus Europa auswanderten.⁴⁶ Eine Erklärung dafür könnte lauten, dass die Massenmigrationen im Laufe der Zeit mittelbar zu einer Verbesserung der sozialen und gesamtwirtschaftlichen Verhältnisse in den überwiegend ländlichen

sprachigen) Forschungsliteratur WYMAN, M.: *Round-Trip to America. The Immigrants Return to Europe, 1880–1930*. Ithaca 1991.

⁴⁵ Zum Thema Remigration im polnischen Kontext vgl. WALASZEK, A.: *Reemigracja ze Stanów Zjednoczonych do Polski po I wojnie światowej, 1919–1924* [Rückwanderungen aus den Vereinigten Staaten nach Polen nach dem Ersten Weltkrieg, 1919–1924]. Warszawa 1983 (dort weitere Literaturhinweise).

⁴⁶ So die bewusst provozierende Frage von BAINES, D.: *Emigration from Europe 1815–1930*. Houndmills 1991, 28.

Herkunftsgebieten der Migranten und damit zu einer Abschwächung der Auswanderungsneigung beigetragen haben. Ein wesentlicher Aspekt dieser Veränderungen war der Zufluss von Kapital.⁴⁷ Allein im Jahr 1902 betrug der Wert der Postanweisungen aus den USA nach Galizien 3,5 Millionen und der des von Rückwanderern ins Land gebrachten Geldes weitere vier Millionen Dollar. Zeitgleich überwiesen polnische Migranten in den USA 5,5 Millionen Dollar in das russische Teilungsgebiet. Über die aus Deutschland heimkehrenden Feldarbeiter flossen im Jahr 1900 zudem umgerechnet vier Millionen Dollar (das entsprach acht Millionen Rubel), im Jahr darauf ein Gegenwert von 4,5 Millionen und 1904 von 5,7 Millionen Dollar in das Königreich Polen. Die Bedeutung dieses Geldes für das geteilte Polen insgesamt, nicht nur für die Migranten und deren Familien, war groß. »Gäbe es die Auswanderung nicht, kein Geld aus Amerika und aus Borysław [dem galizischen Zentren der Erdölförderung], der Gedanke, welche Not dann herrschen würde, wäre beängstigend«, schrieb ein Korrespondent der in Krakau erscheinenden Tageszeitung *Ojczyzna* [Vaterland] im Jahr 1909.⁴⁸ Dank der Ersparnisse der zahlreichen Erwerbsmigranten erwiesen sich beispielsweise die Folgen einer sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Galizien ereignenden Hochwasserkatastrophe weniger dramatisch als zunächst erwartet.

In einem größeren Zusammenhang betrachtet, führten diese Gelder indirekt zu einer noch stärkeren Einbindung der Teilungsgebiete in den sich erweiternden euro-atlantischen Wirtschaftsraum. Zudem hielten sie die Zersplitterung des bäuerlichen Grundbesitzes auf und beschleunigten zugleich – dies galt insbesondere für das Vermögen der Amerikaheimkehrer – die Aufteilung der adeligen Güter. Zu wirklich reichen Grundbesitzern stiegen allerdings nur wenige polnische Remigranten auf, denn die erhöhte Nachfrage ließ insbesondere in den Dörfern, deren Bevölkerung einen hohen Anteil von Rückwanderern aufwies, die Wirtschaftsflächen knapp werden und bewirkte eine Steigerung der Bodenpreise. In der Summe wurde durch die Migrationen eher der Kleinbesitz gestärkt und vor Verarmung geschützt. In Galizien schwand der Anteil der Zwergwirtschaften ebenso wie die der größten Höfe zugunsten einer Zunahme des Klein- und mittleren Besitzes. In sozialer Hinsicht wirkte sich der Zufluss von Geld in die ländlichen Gebiete des geteilten Polen damit eher erhaltend aus. Ähnliche Entwicklungen waren in Ungarn zu beobachten.

Eine weitere Auswirkung der massenhaften Emigration war ein Mangel an Arbeitskräften in den Teilungsgebieten und der damit verbundene Anstieg der Löhne. Gutsbesitzer in allen Teilungsgebieten waren gezwungen, ihren Arbeitern teilweise das Dop-

⁴⁷ MORAWSKA: *Labor Migrations* (Anm. 2), 263–266; WALASZEK: *Preserving or Transforming* (Anm. 2), 107–111; MURDZEK, B.: *Emigration in Polish Social-Political Thought, 1870–1914*. New York 1977.

⁴⁸ Ausgabe vom 24. 1. 1909, 74: »Gdyby nie emigracja, nie pieniądze z Ameryki i Borysławia to strach pomyśleć, co za nędza by była«.

pelte zu zahlen, um diese zu halten. Daher setzten sich viele Gutsbesitzer für ein Verbot der Wanderungen ein.

Inwieweit die Einführung bestimmter Innovationen in den polnischen Teilungsgebieten auf die Rückwanderer zurückgeführt werden kann, ist unter Historikern umstritten.⁴⁹ Sowohl von der zeitgenössischen als auch der späteren Forschung sind den Remigranten eher traditionelle Verhaltensweisen attestiert worden. Nur selten scheinen sie nach ihrer Rückkehr neue landwirtschaftliche Methoden oder Gerätschaften, mit denen sie vor allem in Westeuropa in Berührung gekommen waren, eingesetzt zu haben. Ein Grund hierfür lag sicherlich darin, dass der Kapitalmangel der Nichtmigranten, unterschiedliche natürliche Gegebenheiten und nicht zuletzt die ablehnende Haltung der konservativen Mehrheit der Landbevölkerung solchen Veränderungen entgegenstanden. Anläufe zur Einführung moderner Bewirtschaftungsmethoden wurden in Polen und Ungarn von den Dorfgemeinschaften bereits im Ansatz blockiert. Selbst jene Migranten, die lange Zeit abwesend gewesen waren, ordneten sich den bestehenden Normen unter und kehrten zu alten Gewohnheiten zurück. Die Amerikaauswanderer konnten ihre Erfahrungen nach ihrer Rückkehr aufs Dorf ohnehin kaum nutzbar machen, da sie hauptsächlich als ungelernete Hilfskräfte in der Industrie gearbeitet hatten. Ebenso wurden Versuche der Heimkehrer, neue Moden und ausländische Kleidung einzuführen, vom Rest der Dorfgemeinschaft zumeist abgelehnt. Eine Ausnahme stellten die Häuser der Migranten und ihrer Familien dar, die unter Anwendung neuer Baumethoden errichtet wurden und von denen teilweise eine Vorbildwirkung ausging.

Zudem lässt sich vermuten, dass die Migranten durch ihren Aufenthalt im Ausland welterfahrener und offener für neue Vorstellungen wurden. Die Auswanderung hatte nicht zuletzt deshalb Gegner, weil die Rückkehrer demokratische Ideen und Freiheitsvorstellungen mitbrachten. Die zunehmenden Kontakte der Menschen zur Welt außerhalb der eigenen, zumeist eng umgrenzten Lebenssphäre trugen zur Auflösung althergebrachter Vorstellungen und Verhaltensmuster sowie zu einer größeren Pluralität der Lebensweisen bei. Ebenso steht außer Frage, dass der Aufenthalt in einer kulturell fremden Umgebung, gleich ob in Budapest, Deutschland, Frankreich oder den USA, die Entwicklung eines Nationalbewusstseins unter den Migranten beschleunigte. Darauf deuten nicht nur die vielfältige politische, soziale und finanzielle Unterstützung der Auswanderer für die alte Heimat hin, sondern auch entsprechende Aussagen in ihren Briefen an die Daheimgebliebenen. Auch die Führer der politischen Interessengruppen der polnischen Bauern beobachteten vor dem Ersten Weltkrieg eine zunehmende Bewusstseinsreife der Migranten. Wie groß der Einfluss der Remigranten auf das politische und gesellschaftliche Denken und Handeln in ihrer Heimat aber tatsächlich war, lässt sich kaum bestimmen.

⁴⁹ WALASZEK: *Preserving or Transforming* (Anm. 2), 111–124

Einem Wandel unterlagen durch die Migration nicht zuletzt die Beziehungen innerhalb der betroffenen Familien, und das heißt vor allem die Geschlechterrollen. Dies galt insbesondere für die Massenwanderungsbewegungen nach Übersee, an denen zunächst hauptsächlich die männliche erwerbsfähige Bevölkerung teilnahm.⁵⁰ Denn in den Dörfern Nordmasowiens und Kleinpolens verschob sich dadurch (ebenso wie etwa in Ungarn oder Portugal) nicht nur das Zahlenverhältnis zugunsten der Frauen, Kinder und Alten. Vielmehr ermöglichte den zurückgebliebenen Frauen die Abwesenheit ihrer Ehemänner auch einen gewissen Grad an Emanzipation. Indem sie die Arbeiten und Pflichten der Männer übernahmen und vorübergehend die Verantwortung für Haus und Hof trugen, erwarben die Frauen ein bis dahin unbekanntes Maß an Autorität und individueller Freiheit – auch wenn sie auf dem Postweg in regem Austausch mit ihren Männern standen und von diesen Anweisungen erhielten, wie die heimische Wirtschaft zu führen sei.

Das Thema Migration in der polnischen öffentlichen Meinung

Auch in den Herkunftsgebieten der Migranten riefen die Wanderungsbewegungen Ängste hervor.⁵¹ Insbesondere die Auswirkungen der Emigration auf die Nationalitätenverhältnisse in den Gebieten entlang der ethnischen Siedlungsgrenzen waren Anlass zur Sorge. Daneben diskutierten polnische Journalisten, Gelehrte und Politiker die Folgen der Erwerbswanderungen sowohl für die heimische Wirtschaft als auch das Bewusstsein der Emigranten. Für die Kommentatoren stand dabei die weitere »Nützlichkeit« der Migranten für die polnische Nation im Mittelpunkt.

Einige Beobachter äußerten die Befürchtung, die Sachsengänger könnten in der Fremde ihre eigene Kultur und Sprache aufgeben. Auch die Auswanderung in die USA, nach Argentinien, Brasilien und in andere Länder in Übersee wurde als ein »polnisches Problem« angesehen, weil sie das »demographische Potenzial« des Landes schwächen würde. In Galizien wurden die damit verbundenen Fragen insbesondere von der Bauernpartei sowie dem nationaldemokratischen Lager (→ IV.E/G) aufgegriffen. Der

⁵⁰ Vgl. CYGAN, M.E.: *Polish Women and Emigrant Husbands*. In: HOERDER/RÖSSLER/BLANK: *Roots of the Transplanted* (Anm. 2), 359–374.

⁵¹ Vgl. MICIŃSKA, M.: *Zdrada córka nocy. Pojęcia zdrady narodowej w świadomości Polaków w latach 1861–1914* [Verrat, die Tochter der Nacht. Vorstellungen von nationalem Verrat im polnischen Bewusstsein 1861–1914]. Warszawa 1998, 177–182; KRASZEWSKI, P.: *Polska emigracja zarobkowa w latach 1870–1939. Praktyka i refleksja* [Die polnische Erwerbsmigration in den Jahren 1870–1939. Wirklichkeit und Wahrnehmung]. Poznań 1995; MURDZEK: *Emigration* (Anm. 47). Zur Frage, inwieweit Deutschland, Italien und Polen in der jeweiligen öffentlichen Selbstwahrnehmung als Auswanderungsländer galten, siehe: GABACCIA, D.R./HOERDER, D./WALASZEK, A.: *Emigration and Nation-Building During the Mass Migrations from Europe*. In: GREEN, N.L./WEIL, F. (Hg.): *Citizenship and Those Who Leave: The Politics of Emigration and Expatriation*. Urbana, Ill. 2007, 63–90.

Bauernpolitiker Wiktor Skofyszewski, der sich für die Auswanderung polnischer Bauern nach Frankreich engagierte, stellte sich gleichzeitig gegen die zunehmende Emigration nach Brasilien. Denn während im ersten Fall die Zahl der Rückwanderer, die aufgrund neu gewonnener Kenntnisse und Erfahrungen sowie eines in der fremden Umgebung entwickelten und gefestigten Nationalbewusstseins eine Bereicherung der Nation darstellen würden, hoch sei, habe die Auswanderung nach Brasilien zumeist dauerhaften Charakter.⁵² Es gab jedoch auch andere Stimmen. Der Geologe und Forschungsreisende Józef Siemiradzki etwa betrachtete die geschlossenen polnischen Siedlungsgebiete in Brasilien schlicht als »Neues Polen«.⁵³

Jan Ludwik Popławski, einer der Hauptideologen der Nationaldemokraten, unterschied in seiner Bewertung des Phänomens Migration zwischen den Saisonwanderungen innerhalb der ehemaligen polnischen Staatsgrenzen und der Auslandsemigration.⁵⁴ Da er Polen ungeachtet der Teilungen in wirtschaftlicher Hinsicht als ein organisches Ganzes betrachtete, bedeuteten die Erwerbswanderungen in den Teilungsgebieten seiner Ansicht nach keine Gefährdung der »nationalen Substanz«. Unter »Emigration« verstand Popławski hingegen die Auswanderung aus ethnisch einheitlichen Siedlungsgebieten und die Niederlassung in Regionen, die mehrheitlich von einer anderen Nation bewohnt wurden. Kommentatoren sprachen daher im Zusammenhang der polnischen Auswanderung ins Ruhrgebiet häufig von Emigration, obwohl es sich bei den Wanderungsbewegungen zwischen Schlesien, Westpreußen oder der Provinz Posen und den westlichen Teilen des Deutschen Reichs rein rechtlich um Binnenmigrationen handelte. Gleiches galt für die Wanderungen zwischen dem Königreich Polen und Russland.

Die Dynamik der Migrationsbewegungen war freilich unabhängig von politischen Ideen und Parteiprogrammen. Eine Mehrheit der polnischen Kommentatoren im 19. Jahrhundert machte die so genannten »Auswanderungsagenten« für die Emigration ihrer Landsleute verantwortlich.⁵⁵ Diese Mittelsmänner betrieben in Europa als Vertreter von Schiffs- und Eisenbahnlinien oder im Auftrag potenzieller Aufnahmeländer sowie der amerikanischen Bundesstaaten Werbung für die Auswanderung und nahmen

⁵² Vgl. GRONIEWSKI: *Polska emigracja* (Anm. 41), 137; WALASZEK: *Politycy* (Anm. 41), 46.

⁵³ SIEMIRADZKI, J.: *La Nouvelle Pologne. État de Parana (Brésil)*. Bruxelles 1899, 11.

⁵⁴ POPLAWSKI, J.L.: *Ruch emigracyjny* [Die Auswanderungsbewegung]. In: *Przegląd Wszechpolski* 1899, hier angeführt nach DERS.: *Pisma polityczne* [Politische Schriften]. Bd. 2. Kraków 1910, 188, 191.

⁵⁵ WALASZEK: *Politycy* (Anm. 41); KOWALSKI, G. M.: *Przestępstwa emigracyjne w Galicji 1897–1918. Z badań nad dziejami polskiego wychodźstwa* [Emigrationsdelikte in Galizien 1897–1918. Forschungen zur Geschichte der polnischen Auswanderung]. Kraków 2003; STARCZEWSKI, M.: *Z dziejów emigracji zarobkowej: agenci emigracyjni na ziemiach polskich przed 1914 r.* [Aus der Geschichte der Erwerbsemigration: Auswanderungsagenten in den polnischen Ländern vor 1914]. In: *Przegląd Historyczny* 103 (2012), H. 1, 47–80; ALROEY, G.: *Out of the Shtetl. In the Footsteps of Eastern European Jewish Emigrants to America, 1900–1914*. In: *Leidschrift. Historisch tijdschrift* 22 (2007), H. 1, 1–33, hier 10–15.

emigrationswillige Arbeiter unter Vertrag. Gegen Ende des Jahrhunderts überwog die Anwerbung nach Lateinamerika und Kanada, nachdem die USA 1885 ein Gesetz erlassen hatten, das es untersagte, ausländischen Arbeitern vor deren Einreise Verträge zu geben. Gegen die oftmals fragwürdigen Praktiken der Agenten erhob sich um die Jahrhundertwende in einigen europäischen Staaten Widerstand. In Galizien beispielsweise erregten ein Prozess gegen die Auschwitzer Vertretung der Hamburg-Amerika-Linie sowie ein Konflikt, der sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts an den Anwerbepraktiken des Unternehmens *Canadian Pacific* entzündete, große Aufmerksamkeit. Zwar traf es zu, dass die Auswanderungsagenten durch ihre Werbetätigkeit zu einem Anstieg der Fernwanderungen beitrugen. Dort, wo sie, wie in den abgelegenen Gebieten Polesiens und Podoliens, nicht aktiv waren, blieben Migrationen über größere Entfernungen teilweise auch aus diesem Grunde sogar ganz aus. Die tieferen Ursachen der Massenauswanderungen lagen freilich weder bei den Werbern noch bei deren Auftraggebern, sondern waren vor allem in den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen begründet, die in den polnischen Teilungsgebieten herrschten.

Die Auswanderung polnischer Juden

Ebenso wie die polnischsprachige, zumeist katholische, wurde auch die jüdische, mehrheitlich jiddischsprachige Bevölkerung, die auf dem Gebiet des ehemaligen Polen-Litauen lebte, am Ende des 19. Jahrhunderts von einer starken Migrationswelle erfasst. Aufgrund der hohen Zahl jüdischer Auswanderer, ihrer besonderen Migrationstraditionen und der größtenteils getrennt von der polnischen verlaufenden Anpassung an die Verhältnisse in den Zielgebieten der Migration ist es sinnvoll, diese Wanderungsbewegung gesondert zu betrachten.

Ein Grund für den wachsenden Auswanderungsdruck auf die jüdische Bevölkerungsgruppe waren die umwälzenden Veränderungen während der ersten Jahrhunderthälfte in der vom Getreideexport abhängigen Gutswirtschaft. Hatten hier viele Juden bis dahin wichtige Mittlerfunktionen wahrgenommen, so waren sie angesichts wiederholter Absatzkrisen, der Verarmung weiter Teile des mittleren und kleinen Adels sowie ihrer Verdrängung aus traditionellen Tätigkeitsfeldern wie dem Brennerei- und Schankgewerbe nun gezwungen, neue Erwerbsmöglichkeiten zu suchen (→ IV. B, V. C). Hierzu war häufig ein Wechsel des Wohnortes erforderlich. Allerdings war die Freizügigkeit vieler Juden stark eingeschränkt. Im Russischen Reich, in dessen Grenzen die überwiegende Mehrheit der Juden Polen-Litauens nach den Teilungen lebte, war ihr Aufenthalt mit wenigen Ausnahmen nur im so genannten »Ansiedlungsrayon« geduldet, welcher neben dem nördlichen Schwarzmeergebiet vor allem die ehemals zur alten polnisch-litauischen Republik gehörenden Territorien umfasste (→ II. A, V. C). Zudem wurden mehrere Versuche unternommen, die Juden auch innerhalb des Ansiedlungsrayons aus den Dörfern zu vertreiben.

Als Reaktion auf den weitgehenden Verlust ihrer Betätigungsmöglichkeiten auf dem Land sowie die Niederlassungsbeschränkungen wanderten viele Juden in die Städte ab. Im Königreich Polen stieg die Zahl der jüdischen Bevölkerung in den Städten zwischen 1827 und 1863 viermal stärker als die der christlichen Einwohner.⁵⁶ Dort verbesserte sich die Situation der meisten Juden jedoch nicht; im Gegenteil, viele sanken in tiefe Armut, weil die Städte – zumindest vor der Industrialisierung – kaum Beschäftigungsmöglichkeiten boten. Verschärft wurde die Situation, als 1882 in einigen Berufen Zulassungsbeschränkungen oder -verbote für Personen jüdischer Herkunft eingeführt und die Niederlassung von Juden in den Dörfern untersagt wurden. Erneut waren rund 500 000 Menschen zum Umzug vom Land in die Städte gezwungen. 1898 war etwa ein Fünftel der jüdischen Familien von karitativen Zuwendungen abhängig. In dieser Situation wanderte ein großer Teil der jüdischen Bevölkerung aus, vor allem nach Übersee. Die Migranten, zu zwei Dritteln verarmte Handwerker und Angehörige des Proletariats, stammten vor allem aus den östlich der Weichsel gelegenen Gouvernements des Ansiedlungsrayons.

Umstritten ist in diesem Zusammenhang, in welchem Maße die diskriminierende Politik der russischen Regierung und die zunehmend jüdenfeindliche Stimmung im Russischen Kaiserreich zur Auswanderung eines großen Teils der jüdischen Bevölkerung beigetragen haben. In der älteren Forschung galten die in den 1880er Jahren beginnenden und von der Regierung offen unterstützten Pogrome, die mit der angeblichen jüdischen Beteiligung an der Ermordung von Kaiser Alexander II. im März 1881 gerechtfertigt wurden – am spektakulärsten der Pogrom von 1903 in Kischinew – als Hauptursache für die Auswanderung der osteuropäischen Juden. Gegenüber der in erster Linie wirtschaftlich motivierten Emigration anderer Gruppen erschien die jüdische Auswanderung aus Osteuropa dadurch als ein Sonderfall. Diese monokausale Deutung wird jedoch in der neueren Forschung in Frage gestellt.⁵⁷

⁵⁶ EISENBACH, A.: *Mobilność terytorialna ludności żydowskiej w Królestwie Polskim* [Die räumliche Mobilität der jüdischen Bevölkerung im Königreich Polen]. In: *Spółczesność Królestwa Polskiego* 2 (1966), 273–276; DERS.: *Z dziejów ludności żydowskiej w Polsce w XVIII i XIX wieku* [Zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Polen im 18. und 19. Jahrhundert]. Warszawa 1983, 141.

⁵⁷ BRINKMANN, T.: *Jewish Mass Migrations between Empire and Nation State*. In: *Przegląd Polonijny* 31 (2005), 99–116; ALROEY, G.: *Patterns of Jewish Emigration from the Russian Empire from 1870s to 1914*. In: *Jews in Russia and Eastern Europe* 57 (2006), 24–51, hier 28–38, 46. Zur jüdischen Migrationsbewegung vgl. auch HÖDL, K.: *Galician Jewish Migration to Vienna*. In: *Polin* 12 (1999), 147–163; MORAWSKA, E.: *Insecure Prosperity. Small-Town Jews in Industrial America, 1890–1940*. Princeton 1996; ERICKSON, C.: *Jewish People in the Atlantic Migration 1850–1914*. In: NEWMAN, A./MASSIL, S. W. (Hg.): *Patterns of Migration, 1850–1914*. London 1996, 1–9; WEINBERG, D.: *East European Jews in the Context of the Development of French Immigration Policy, 1881–1939*. In: ebd., 99–118; KUZNETZ, S.: *Immigration of Russian Jews to the United States: Background and Structure*. In: *Perspectives in American History* 9 (1975), 88–93; GARTNER, L.: *The Jewish Immig-*

Es bleibt zwar festzuhalten, dass die Pogrome der ersten Hälfte der 1880er Jahre die innerjüdische Diskussion über die Emigration als möglichen Ausweg stark angefacht haben, aber gegen einen kausalen Zusammenhang zwischen den Pogromen und dem Einsetzen der massenhaften Auswanderung der jüdischen Bevölkerung Osteuropas spricht, dass die ersten jüdischen Migranten bereits vor Ausbruch der Pogromwelle aufbrachen.⁵⁸ In den Jahren nach 1881/82, in denen, wie 1883 in Jekaterinburg oder in Nižnij Novgorod, wiederholt weithin registrierte Pogrome stattfanden, nahm der Umfang der jüdischen Auswanderung sogar ab. Bis zur Ausweisung der jüdischen Bevölkerung Moskaus und St. Petersburgs 1891 und der Gründung der *Jewish Colonization Association* im Jahr darauf lag die Zahl der emigrierenden Juden ohnehin meist nur zwischen 50 000 und 60 000 jährlich und nie höher als 100 000. Zudem stammten die meisten Auswanderer aus den nordwestlichen Gebieten Russlands, welche vor dem 20. Jahrhundert von antijüdischen Ausschreitungen relativ unberührt blieben.

Der Anstieg der jüdischen Auswanderung zwischen 1870 und 1914 lässt sich demnach nicht erklären, ohne die Strukturkrise der Agrarwirtschaft, die abgeschiedene Lage des Ansiedlungsrayons, die von schlechten Ernten ausgelösten Hungersnöte der Jahre 1869/70 und 1891/92 sowie die Verarmung der Bauern und damit der Kunden von jüdischen Handwerkern und Kaufleuten in die Betrachtung einzubeziehen. In vielen Fällen war die Auswanderung ost- und mitteleuropäischer Juden über den Atlantik ebenso eine Erwerbsmigration wie die Wanderungen der polnischen und der ukrainischen Bauern. Aus einer anderen Perspektive betrachtet, bildete sie wie die jüdische Aufklärungsbewegung (*Haskala*), die Bildung des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbunds und anderer sozialistischer Gruppierungen und das Entstehen der zionistischen Bewegung eine von verschiedenen Antworten auf die sozialen, ökonomischen und politischen Veränderungszwänge, welche auf die jüdischen Gemeinschaften im östlichen Europa einwirkten (→ IV. E/G und V. C). Untersuchungen zum Beruf und zu den Qualifikationen der Migranten (die Auswanderer waren mehrheitlich gelernte Arbeiter), ihrer finanziellen und allgemeinen wirtschaftlichen Situation (wohlhabende Juden wanderten nur selten aus) und zum Grad ihrer Säkularisierung geben näheren Aufschluss über die jeweils genauen Beweggründe ihres Wegzugs.

Die emigrierenden Juden reisten häufiger als die Vertreter anderer Gruppen im Familienverband aus. Dennoch war die Rückwanderungsquote unter den jüdischen Migranten im 19. Jahrhundert recht hoch.⁵⁹ Nach Schätzungen remigrierten in den 1880er Jah-

rant in England, 1870–1914. Detroit 1960; MAHLER, R.: *The Economic Background of Jewish Emigration from Galicia to the United States*. In: YIVO. Annual of Jewish Social Science 7 (1952), 255–267.

⁵⁸ KLIER, J.: *Emigration Mania in Late-Imperial Russia: Legend and Reality*. In: NEWMAN/MASSIL: *Patterns of Migration* (Anm. 57), 21–30; BAINES: *Emigration* (Anm. 46), 22.

⁵⁹ Siehe dazu die grundlegende Arbeit von SARNA, J.: *The Myth of No Return: Jewish Return Migration to Eastern Europe, 1881–1914*. In: *American Jewish History* 71 (1981), 256–268.

ren 22 % und in den 1890er Jahren sogar rund 26 % der ausgewanderten Juden nach Europa. Diese Zahlen gingen erst nach den Pogromwellen in Russland und Rumänien zu Beginn des 20. Jahrhunderts stark zurück.

Waren zwischen 1800 und 1880 rund 250 000 Juden aus Osteuropa emigriert, so zogen in den Jahren 1881–1914 etwa zwei Millionen aus dem Gebiet des alten Polen-Litauen und weitere eineinhalb Millionen aus anderen Teilen Russlands fort. Von wesentlicher Bedeutung war dabei – wie im Fall anderer Migrantengruppen auch – der Ausbau der Eisenbahnlinien. Viele russische Juden überquerten in Brody die Grenze zu Österreich und reisten von dort nach Berlin, Zürich, Paris oder in die europäischen Hafenstädte weiter.

Eine gesonderte Migrationsgruppe bildeten die Juden in Österreich-Ungarn. In Galizien und den anderen Reichsteilen der Habsburgermonarchie waren die Existenzgrundlagen der jüdischen Bevölkerung weniger durch rechtlichen Zwang als durch die allgemeinen gesellschaftlichen und ökonomischen Veränderungen bedroht. Ein Teil der galizischen Juden wanderte seit den 1880er Jahren nach Wien, wo sie entweder als »Dorfgeher«, d. h. als Wanderhändler oder Kleinkrämer, ihr Auskommen suchten oder sich dem wachsenden jüdischen Proletariat anschlossen. Die Zahl der in der Hauptstadt lebenden Juden stieg von 2167 im Jahr 1857 auf rund 146 000 um die Jahrhundertwende.⁶⁰

Der größte Teil der jüdischen Emigranten aus dem östlichen Europa überquerte jedoch den Atlantik. Bis zu drei Viertel der von dort zwischen 1870 und 1914 auswandernden Juden, ca. 2,5 Millionen, gingen nach Amerika.⁶¹ Die ersten kleineren Gruppen polnischer Juden waren bereits im 18. Jahrhundert nach Nordamerika ausgewandert. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts folgten ihnen Juden aus Großpolen und Westpreußen und in geringerer Zahl auch aus Galizien. Die erste Synagoge polnischer Juden wurde 1819 eröffnet, die erste *landsmanshaft* im Jahr 1855 von Krakauer Juden in New York gegründet.⁶² Die jüdischen Migranten siedelten vor allem in den städtischen Ballungsgebieten im Osten der USA (New York, Baltimore, Philadelphia), bildeten aber z. B. auch in Kalifornien eigene Gemeinschaften. Nur etwa 25 % aller jüdischen Einwanderer ließen sich in mittelgroßen Städten wie etwa Johnstown im Bundesstaat Pennsylvania nieder. Das Hauptziel jüdischer Immigranten war New York. Von den im Jahr 1900 in den USA ansässigen rund 1,1 Millionen Juden lebten allein etwa 330 000 in den über-

⁶⁰ HÖDL: *Galician Jewish Migration* (Anm. 57), 147–163; RABINACH, A. G.: *The Migration of Galician Jews to Vienna 1857–1880*. In: *Austrian History Yearbook* 11 (1975), 43–54.

⁶¹ Die Statistiken sind äußerst lückenhaft, da in den USA die jüdischen Migranten erst seit 1899, als man die Kategorie »race« einführte, gesondert registriert wurden, vgl. ALROEY, G.: *Bread to Eat and Clothes to Wear. Letters from Jewish Migrants in the Early Twentieth Century*. Detroit 2011, 78 f.

⁶² Zur Entwicklung jüdischer Hilfsorganisationen vgl. auch SOYER, D.: *Jewish Immigrant Associations and American Identity in New York, 1880–1939*. Cambridge, Mass. 1997; WEISSER, M. R.: *A Brotherhood of Memory: Jewish Landsmanshaftn in the New World*. New York 1985.

füllten Mietshäusern Lower Manhattans. Die Anziehungskraft der Stadt, die unter den osteuropäischen Juden als *Goldene Medine* [Goldenes Land] Amerikas galt, beruhte zunächst auf der Hoffnung, in der dortigen Textilindustrie Arbeit zu finden. Doch bereits der zweiten Generation der jüdischen Immigranten gelang ein im Vergleich zu anderen Migrantengruppen ungewöhnlich schneller kollektiver gesellschaftlicher Aufstieg. Dank ihrer beruflichen Fachkenntnisse und des besonderen Stellenwerts, den die Bildung unter den jüdischen Einwanderern genoss, sank der Anteil derjenigen, die körperliche Arbeit verrichteten, zwischen 1890 und 1905 von 75 % auf 57 %. Im Gegenzug stieg die Zahl der Angestellten und der freien Gewerbetreibenden: 1937 waren 66 % der Juristen und Richter, 64 % der Zahnärzte und 56 % der Ärzte New Yorks Juden. Diese Zahlen täuschen freilich etwas über die sozialen Abstufungen innerhalb der Gruppe sowie das nicht unbelastete Verhältnis zwischen den amerikanischen Juden deutscher Herkunft, die im Zuge einer früheren Einwanderungswelle ins Land gekommen waren, und den später angekommenen Juden aus Ostmitteleuropa hinweg.

Auch in Kanada lebten vor dem Ersten Weltkrieg mehrere Tausend Juden aus den polnischen Teilungsgebieten. Deutlich größer war diese Gruppe jüdischer Einwanderer in Argentinien. Hier bildete sie die Mehrheit der rund 100 000 immigrierten Juden, die der vorteilhaften Einwanderungspolitik der argentinischen Regierung gefolgt waren. In Argentinien ließen sich die Migranten nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Land nieder und schufen vor dem Ersten Weltkrieg ein Netz von Organisationen und eigenen Schulen. Außerdem wanderten über 40 000 vor allem litauische Juden nach Südafrika aus.

Mit dem Aufkommen der Singer-Nähmaschine in den 1850er Jahren, das es erlaubte, Kleidung fortan auch maschinell in Heimarbeit statt in Fabriken zu nähen, boten sich halbqualifizierten Arbeitskräften auch in Paris oder London neue Beschäftigungschancen. Das Schneiderhandwerk war schon davor eine jüdische Domäne gewesen, und die Nachricht von den neuen Möglichkeiten verbreitete sich rasch.⁶³

In Frankreich, dessen Bekleidungsindustrie größtenteils auf Heimarbeit umgestellt hatte, ließen sich zwischen 1880 und 1925 ungefähr 100 000 Juden aus dem östlichen Europa nieder. Wenngleich die Migration nach Frankreich vielfach nur eine Ausweichmöglichkeit darstellte für den Fall, dass eine Ausreise nach Nord- und Südamerika wie während der Choleraepidemie von 1892 unmöglich war, ließen darüber hinaus die geographische Lage oder der Ruf des als ausgesprochen liberal geltenden Landes diese Option attraktiv erscheinen. Daran änderte auch die im Zuge des Dreyfus-Prozesses

⁶³ Wie die Arbeit organisiert war, beschreibt GREEN, N.L.: *The Pletzl of Paris. Jewish Immigrant Workers in the Belle Epoque*. New York 1986, 34–41. Allgemeiner zur jüdischen Emigration besonders nach Frankreich und England vgl. DIES.: *Ready-to-Wear and Ready-to-Work. A Century of Industry and Immigrants in Paris and New York*. Durham 1997, 35–39; DIES.: *A Tale of Three Cities: Immigrant Jews in New York, London and Paris, 1870–1914*. In: NEWMAN/MASSIL: *Patterns of Migration* (Anm. 57), 81–98.

aufkommende antijüdische Stimmung im Land nichts, zumal die französische Einwanderungspolitik zu jener Zeit ausgesprochen liberal blieb. Erwerbsmigranten galten als genügsame und kostengünstige Arbeitskräfte. Die Neuankömmlinge konzentrierten sich vor allem in der Hauptstadt. Bis 1914 ließen sich rund 35 000 Juden in Paris nieder, von denen im Jahr 1901 rund 70 % in der Bekleidungsindustrie tätig waren. Die polnischen Juden lebten im *Pletzl* genannten jüdischen Viertel im Stadtteil Marais. Die von der jiddischen Kultur geprägte Atmosphäre des *Pletzl* verdankte sich nicht zuletzt den hier ebenfalls lebenden jüdischen Intellektuellen und Studenten.

Unter den europäischen Staaten bildete England das Hauptziel jüdischer Migranten. Zwischen 1880 und 1914 wanderten etwa 125 000 osteuropäische Juden in Großbritannien ein und ließen sich in Städten wie Manchester, Leeds oder Glasgow nieder. Rund die Hälfte zog es nach London, vor allem in den Stadtteil East End, in dem bereits seit langem eine jüdische Gemeinschaft existierte, die hauptsächlich auf die Einwanderung holländischer und deutscher Juden im 17. und 18. Jahrhundert zurückging. 43 925 der im Jahr 1911 dort lebenden 63 105 Migranten aus dem Russischen Reich waren Juden, die hauptsächlich als Schneider, Hutmacher, Tischler oder Schuster arbeiteten.⁶⁴ Die Frauen waren mehrheitlich in den Zigarren- und Zigarettenfabriken beschäftigt. Obwohl die Lebensbedingungen im East End schlecht waren, entwickelte sich der Stadtteil ähnlich wie das Pariser *Pletzl* mit den entstehenden landsmannschaftlich organisierten Selbsthilfevereinen (*landsmanshaftn*), Synagogen, einer jüdischen Presse und jüdischen Arbeiterorganisationen am Ende des 19. Jahrhunderts zu einem lebendigen Zentrum des jüdischen gesellschaftlichen und kulturellen Lebens. In diesen maßgeblich von den Einwanderern geprägten Milieus entstanden multi-ethnische Gemeinschaften. Dies heißt aber nicht, dass die Juden im East End und im Marais nicht auch Ablehnung und Benachteiligung erfahren hätten.

Eine weitere Wanderungsbewegung entstand im Zuge der Ausbreitung des Zionismus als einer der Antworten auf den grassierenden Antisemitismus und die schwierigen Lebensbedingungen der osteuropäischen Juden.⁶⁵ Anfänglich blieb die Reaktion auf Theodor Herzls Buch *Der Judenstaat* und den Beschluss des von diesem mitorganisierten 1. Zionistischen Weltkongresses, das biblische Heilige Land (*Eretz Izrael*) im Vorderen Orient zu kolonisieren, gering. Während der ersten zwei Migrationswellen (*Alijot*) gingen zwischen 60 000 und 70 000 Juden nach Palästina. Die Zahl der an der ersten *Alija* von 1882 bis 1903 teilnehmenden osteuropäischen Juden betrug 20–30 000.

⁶⁴ PANAYI, P.: *Immigration, Ethnicity and Racism in Britain*. Manchester 1994, 53–55.

⁶⁵ SHAFIR, G.: *Zionist Immigration and Colonization in Palestine until 1948*. In: COHEN, R. (Hg.): *The Cambridge Survey of World Migrations*. Cambridge 1995, 405–409; ALROEY, G.: *An Unpromising Land: Jewish migration to Palestine in the Early Twentieth Century*. Stanford 2014 (erw. Ausg. der hebr. Diss. *Imigrantim: Ha-hagirah ha-yehudit le-eretz tisrael be-reshit ha-meah ha-esrim*. Jerusalem 2004); DERS.: »And I Remained Alone in a Vast Land«. *Women in the Great Jewish Migration from Eastern Europe*. In: *Jewish Social Studies: History* 12 (2006), H. 3, 39–72.

Die Neuankömmlinge siedelten in kleinen Dörfern oder Kolonien entlang der Küste oder in den Tälern und kolonisierten allmählich auch das Landesinnere. Im Zuge der Einwanderung von 35–40 000 Migranten während der zweiten *Alija* in den Jahren 1904–1914 wurden jüdische Institutionen ins Leben gerufen, die später zur Gründung des Staates Israel beitrugen. Die neu Immigrierten suchten ihrerseits bereits Arbeitskräfte. Es entstanden Genossenschaften, Kooperativen und *Kibbuzim*. Die Zionistische Weltorganisation unterstützte die Kolonien und half beim Landkauf, während der Jüdische Nationalfonds, der das Pioniertum glorifizierte, der zionistischen Linken, dem sogenannten Arbeitszionismus, den maßgeblichen politischen Einfluss in der jüdischen Gesellschaft in Palästina sicherte.

Migrationen aus Karrieregründen: Studenten, Gelehrte, Künstler, Ingenieure

Als Sondergruppe der Migranten aus den ehemals polnisch-litauischen Ländern verdienen die Studenten, Künstler und Wissenschaftler nicht zuletzt aufgrund ihrer großen Zahl Beachtung.⁶⁶ Personen aus den polnischen Teilungsgebieten immatrikulierten sich an vielen Universitäten in Frankreich (vor allem in Paris)⁶⁷, der Schweiz (Freiburg/Fribourg, Zürich, Genf), Deutschland (Berlin, Breslau, Königsberg, Heidelberg, Göttingen, Leipzig, München) und Österreich (Graz, Leoben, Innsbruck und vor allem Wien, wo die polnischen Studenten eine lebendige und aktive Gemeinschaft mit Organisationen wie der Polnischen Akademischen Vereinigung *Ognisko* [Herdfeuer] bildeten). Kunstmaler und Bildhauer studierten in Paris, Wien oder München. Allein an den Hochschulen in Moskau, St. Petersburg, Kiew, Dorpat, Riga und anderen Städten im russischen Imperium lernten in den Jahren 1864–1914 mindestens 30 000 polnisch-

⁶⁶ JEDLICKI, J.: *Dzieje inteligencji polskiej do roku 1918* [Geschichte der polnischen *Inteligencja* bis 1918], Bd. 2: *Błądne koło 1832–1864* [Ein Teufelskreis 1832–1864]. Warszawa 2008, 205–217 (engl. Übers. Frankfurt a. M. 2014); MICIŃSKA, M.: *Dzieje inteligencji polskiej do roku 1918* [Geschichte der polnischen *Inteligencja* bis 1918]. Bd. 3: *Inteligencja na rozdrożach 1864–1918* [Die *Inteligencja* am Scheideweg]. Warszawa 2008, 156–189 (engl. Übers. Frankfurt a. M. 2014); GMURCZYK-WROŃSKA: *Polacy we Francji* (Anm. 28), 91–123; KOLENDA, Z./CHUDZIO, H./PRASZAŁOWICZ, D. (Hg.): *Inteligencja polska w świecie* [Die polnische *Inteligencja* in der Welt]. Kraków 2018; PETER, H. R. (Hg.): *Schnorrer, Verschwörer, Bombenwerfer? Studenten aus dem Russischen Reich an deutschen Hochschulen vor dem 1. Weltkrieg*. Frankfurt/Main 2001; MOLIK, W.: *Polskie peregrynacje uniwersyteckie do Niemiec 1871–1914* [Polnische Pilgerreisen an deutsche Universitäten 1871–1914]. Poznań 1989; DERS.: *Polscy studenci na uniwersytetach niemieckich od końca XVIII do początku XX wieku* [Polnische Studenten an deutschen Universitäten vom Ende des 18. bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts]. Bd. 1. Poznań 2016; STĘPIEŃ, H.: *Artyści polscy w środowisku monachijskim w latach 1856–1914* [Polnische Künstler in München 1856–1914]. Warszawa 2003.

⁶⁷ Vgl. die Übersicht der polnischen Gemeinschaften in Frankreich bei GMURCZYK-WROŃSKA: *Polacy we Francji* (Anm. 28).

stämmige Studenten. Von diesen nahmen viele anschließend eine Arbeit außerhalb der polnischen Teilungsgebiete auf.

Dies war im geteilten Polen des 19. und frühen 20. Jahrhundert eine weit verbreitete Erscheinung, wenngleich die freiwillige Auswanderung von hoch qualifizierten Angehörigen der Mittelschicht auf der Suche nach einer einträglichen Beschäftigung und beruflichem Aufstieg zahlenmäßig nur schwer zu bestimmen ist. Besonders häufig waren karrierebedingte Migrationen aus dem Königreich Polen und den auf die neun westlichen Gouvernements aufgeteilten historischen polnischen Ostgebieten in andere Regionen des russischen Imperiums.⁶⁸ Dies war in erster Linie eine Folge der von der russischen Regierung in den 1860er und 1870er Jahren unternommenen Anstrengungen zur Modernisierung des Landes, die mit einem hohen Bedarf an Facharbeitern und Spezialisten einhergingen. Im Jahr 1909 lebten in Russland auch rund eine halbe Million Polen, die aus den anderen Teilungsgebieten zugewandert waren. Die größten polnischen Kolonien befanden sich in den Großstädten. Polen bildeten einen wichtigen Teil des technischen Personals und der Verwaltung in den Betrieben von St. Petersburg, Moskau, Odessa und im Donezbecken, in das unter anderem Bergleute aus dem Dąbrowa-Bergbaugebiet angeworben wurden. Die polnischen Facharbeiter waren überwiegend in der Bekleidungs- und Metallindustrie sowie im Hüttenwesen beschäftigt. Im 20. Jahrhundert gingen polnischstämmige Arbeiter, Techniker und Ingenieure zudem nach Zentralasien oder Sibirien, wo sich ihnen beispielsweise in der Erdölindustrie Aserbaidschans und bei der Eisenbahn Beschäftigungsmöglichkeiten boten. Da sich das Personal der Transsibirischen Eisenbahn zu rund 30 % aus Polen zusammensetzte, bestand in den Jahren 1897–1949 in Harbin in der Mandschurei eine polnische Kolonie. Diese zählte im Jahr 1903 bereits 7000 Personen und wuchs in den Folgejahren stetig, besonders nach dem Russisch-Japanischen Krieg. Von anderen auslandspolnischen Kolonien unterschied sie sich durch den hohen Bildungsgrad ihrer Bewohner (Techniker, Ingenieure, Lehrer, Priester, Bahnangestellte samt Familien sowie Soldaten des militärischen Eisenbahnschutzes).

Eine für die polnische Emigration im 19. Jahrhundert recht charakteristische Erscheinung waren zudem die künstlerischen, aristokratischen, teilweise auch bürgerlichen polnischen Salons in Städten wie Dresden, Wien, Petersburg, Paris oder Rom.⁶⁹ Wenngleich die in diesen Salons verkehrenden Adelligen, Intellektuellen, Künstler und Politiker durch ihre weltbürgerliche Gesinnung, ihren Lebensstil, ihre Interessen und

⁶⁸ Vgl. ŁUKAWSKI: *Ludność* (Anm. 10), 31–95.

⁶⁹ Vgl. dazu u. a. BAZYŁOW, L.: *Polacy w Petersburgu* [Polen in Petersburg]. Wrocław 1984; TABORSKI, R.: *Polacy w Wiedniu* [Polen in Wien]. Wrocław 1992; ZIEJKA, F.: *Paryż młodopolski* [Das Paris der Künstlergruppe Junges Polen]. Warszawa 1993; ŚLADKOWSKI, W.: *Wyspka polska we Francji. U Marii i Henryka Gierszyńskich w Ouarville 1878–1930* [Eine kleine polnische Insel in Frankreich. Bei Maria und Henryk Gierszyński in Ouarville 1878–1930]. Lublin 2005; WALASZEK: *Polska diaspora* (Anm. 2), passim.

ihre Bekanntschaften den Eliten der jeweiligen Länder nahe standen, so waren sie dennoch eindeutig Polen und in ständigem Kontakt zu ihren Landsleuten. Die Bedeutung ihres kulturellen und politischen Engagements für die alte Heimat war groß.

Bisweilen leisteten die auswandernden Vertreter der polnischen Berufseliten auch einen wertvollen Beitrag zur Entwicklung der Kultur und der Wissenschaften in den Aufnahmeländern.⁷⁰ Polnischstämmige Offiziere der russischen Armee und teilweise sogar Deportierte, die ihre Strafe verbüßt hatten, beteiligten sich an der Erforschung Zentralasiens, Sibiriens oder des Fernen Ostens. Fast an allen europäischen Universitäten lehrten polnische Geographen, Ethnologen, Linguisten, Mathematiker, Physiker, Chemiker, Botaniker und Vertreter anderer Wissenschaftszweige. Unter den Kulturschaffenden ist vor allem die Theaterschauspielerin Helena Modrzejewska zu nennen, die aufgrund ihres Talents und ihrer Ausdruckskraft mit Sarah Bernhardt verglichen wurde und auf beiden Seiten des Atlantiks zu Weltruhm gelangte (in den USA war sie als Helena Modjeska bekannt). Um die Jahrhundertwende wurde auch der Pianist und Komponist Ignacy Jan Paderewski, der einen bedeutenden Teil seines Lebens in der Schweiz, Amerika und Frankreich verbrachte, in Europa und Amerika gleichermaßen gefeiert. Vereinzelt und zumeist eher zufällig gelangten hoch qualifizierte polnische Migranten auch in andere als die bisher genannten Regionen der Welt. Vorausgegangen war gewöhnlich ein früherer und häufig durch politische Verfolgung erzwungener Aufenthalt im (europäischen) Ausland, was diese Fälle zu klassischen Beispielen für Sekundärmigrationen macht. Gelegentlich legten solche Einzelpersonen, die nicht selten im Dienst ausländischer Regierungen standen, den Grund für spätere Kolonien polnischer Einwanderer, etwa in Peru oder Chile.

⁷⁰ PONTY: *Les Polonais* (Anm. 29), 92–94; KULCZYKOWSKI, M./FLORKOWSKA-FRANČIČ, H.: *Recherches sur la contribution de l'intelligentsia polonaise et des intellectuels français d'origine polonaise à la vie sociale et culturelle de la France dans les années 1878–1914*. In: Les rapports entre la France et les Polonais de 1878 a 1914. Premier Colloque historique franco-polonais. Paris, 14–17 mai 1981. Paris [1983], 43–61; KULCZYKOWSKI, M.: *Les Polonais étudiant en France après l'insurrection de janvier*. In: DERS. (Hg.). *Pérégrinations académiques*. IVième Session Scientifique Internationale. Cracovie 19–21 mai 1983. Warszawa 1989, 181–196; FLORKOWSKA-FRANČIČ, H.: *L'emigrazione polacca et l'Academia Adamo Mickiewicz di Bologna*. In: QUIRINI-POPŁAWSKA, D. (Hg.): *Commentationes historicae Almae Matris studiorum Bononiensi novem saecula celebranti*. Kraków 1988, 189–200; DIES.: »Die Freiheit ist eine grosse Sache«. *Aktivitäten polnischer Patrioten in der Schweiz während des Ersten Weltkriegs*. Basel 2014, 50–56, 127–156. PONTY, J.: *L'immigration dans les textes: France 1789–2002*. Paris 2003, 120–122; PULA, J.S.: *The Polish American Encyclopedia*. Jefferson, N.C. 2011; HULEWICZ, J.: *Les études des Polonais dans les universités suisses 1864–1918*. In: Pologne – Suisse. *Recueil d'études historique*. Warszawa 1938, 117–131; BARTKOWIAK, D.: *Ernest Malinowski. Konstruktor kolei transandyjskiej* [Ernest Malinowski. Konstrukteur der Transandenbahn]. Poznań 1996; STEFFEN, K.: *Ludwik Hirsztfeld, the Great War and Seroanthropology. Expectations and unfulfilled Promises*. In: *Ab Imperio* 2016, H. 2, 125–152.

So gering die Zahl der Personen, die zu den hier aufgezählten Gruppen gehörten, im Vergleich zu den reinen Erwerbsmigranten auch war – in der Geschichte sowohl der Aufnahmeländer als auch der polnischen Politik und Kultur spielten sie eine wichtige Rolle.

Eine besondere Form der Migration stellte schließlich der Auslandsmilitärdienst in den Armeen der Teilungsmächte dar, der teilweise zu dauerhafter Niederlassung führte. Als beispielsweise die Habsburgermonarchie die 1908 verkündete Annexion Bosniens und der Herzegowina durch eine planmäßige Ansiedlung von Soldaten und von akademisch Gebildeten, besonders Ärzten, überwiegend slawischer Abstammung festigen wollte, wurden einige Tausend Polen, Kroaten und Ruthenen in der Gegend um Banja Luka angesiedelt.⁷¹

⁷¹ LIS, J.T.: *Wkład Polaków w modernizację Bośni i Hercegowiny w okresie austrowęgierskim (1878–1918)* [Der Beitrag von Polen zur Modernisierung von Bosnien und der Herzegowina in der österreichisch-ungarischen Zeit (1878–1918)]. In: *Studia Migracyjne – Przegląd Polonijny* 40 (2014), H. 4, 109–124, hier 109f.

KAPITEL V

Polnische Frage, polnische Nationsbildung und polnische Judenheit im 19. Jahrhundert

A. Polnische Frage und europäische Politik

VON ADAM KOZUCHOWSKI

Mit dem Begriff »Polnische Frage« wurde im 19. Jahrhundert eine ganze Reihe verschiedener Probleme bezeichnet, die auf unterschiedliche Weise mehr oder weniger stark miteinander zusammenhingen. Die semantische Differenz zwischen der polnischen Bezeichnung *sprawa polska* [die polnische Sache], die mit der Aufforderung zu bewussten Maßnahmen und Bemühungen konnotiert ist, und den neutraleren Bezeichnungen in westlichen Sprachen (Polnische Frage, *Polish Question*, *Question Polonaise*) verweist bereits auf ein abweichendes Verständnis der damit verbundenen Probleme. Trotz eines vieljährigen, vom polnischen Historikerkongress 1900 angeregten Forschungsprogramms und einigen Syntheseversuchen nach dem Zweiten Weltkrieg gibt es bisher keine wissenschaftliche Gesamtdarstellung zur Geschichte der »Polnischen Frage«.¹ In dem in Polen verbreiteten weiten Verständnis deckte sich die Geschichte der Polnischen Frage weitgehend mit der allgemeinen, auf Fragen der nationalen Souveränität und der Grenzen konzentrierten politischen Geschichte Polens während der Teilungszeit (wenn nicht bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges). Als

¹ Zum Kongress von 1900 und seinen Folgen vgl.: BOREJSZA, J.: »*Sprawa polska*« w XIX i XX wieku [Die »polnische Frage« im 19. und 20. Jahrhundert]. In: *Polski Przegląd Dyplomatyczny* 4 (4/2001), 247–262. Eine klassische Auffassung der »polnischen Frage« mit Schwerpunkt auf der Napoleonischen Zeit und dem Wiener Kongress in: CHOWANIEC, C.: *La question polonaise 1796–1921*. In: *L'Europe du XIXe et du XXe siècle*. Milano 1967, 181–231. Eine vergleichend angelegte Überblicksdarstellung polnischer und anderer europäischer Nationalbewegungen im 19. Jahrhundert (mit Schwerpunkt auf dem Berliner Kongress) bei WERESZYCKI, H.: *Sprawa polska w XIX wieku* [Die polnische Frage im 19. Jahrhundert]. In: KIENIEWICZ, S. (Hg.): *Polska XIX wieku* [Das Polen des 19. Jahrhunderts]. Warszawa 1986, 122–162. Ein sozialhistorischer Vergleich im Kontext Mitteleuropas bei JANOWSKI, M.: *Polska dziewiętnastowieczna w Europie Środkowej: wyjątkowa czy typowa?* [Das Polen des 19. Jahrhunderts: Ausnahme oder typischer Fall?]. In: NOWAK, A. (Hg.): *Historie Polski w XIX wieku* [Geschichten Polens im 19. Jahrhundert]. Bd. 4. Warszawa 2015, 488–532. Ein Vergleich polnischer und deutscher Frage im 19. Jahrhundert bei HAHN, H. H.: *Deutschland und Polen in Europa. Überlegungen zur Interdependenz zweier nationaler Fragen im 19. Jahrhundert*. In: STORCH, D. (Hg.): *Polen und Deutschland. Nachbarn in Europa*. Hannover 1995, 4–16. Eine breite Übersicht der Problematik in WANDYDZ, P.: *Die Freiheit und ihr Preis*. Wien 1993.

Kern politischer, sozialer und kultureller Geschichte Polens und der polnischen Bevölkerung im Kontext internationaler Beziehungen tauchte der Begriff in der westlichen Literatur vor allem bis in die 1960er Jahre auf (bis zum Beginn der Entspannungspolitik Willy Brandts und der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesrepublik).² In vielen Veröffentlichungen ist er an den Begriff eines »europäischen Gleichgewichts der Mächte« geknüpft, verbunden mit der Frage, ob die Teilungen Polens dieses gefährdet oder stabilisiert hätten.

Polnische Patrioten verstanden im 19. Jahrhundert unter dem Begriff *sprawa polska* das aktive Bemühen um die Wiedererlangung der Unabhängigkeit Polens, oder auch – als in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts dieses Ziel in weite Ferne gerückt, wenn nicht gänzlich unrealisch schien – um eine rechtlichen Anerkennung der Polen als politischer Gemeinschaft bzw. um den Ausbau ihres Rechtsstatus'. Die regierenden Kreise Russlands, Preußens und Österreichs, aber auch Teile der öffentlichen Meinung dieser Länder sahen in der Polnischen Frage ein anderes Problem: Wie konnte erreicht werden, dass aus Polen loyale Staatsbürger wurden und wie war eine effektive Verwaltung der polnischen Gebiete sicherzustellen? Auch in den westlichen Ländern, vor allem Frankreich und Großbritannien, beschäftigte die Polnische Frage zeitweise die Kabinettpolitik und die öffentliche Meinung, da sie eine gewisse Rolle bei der Ausgestaltung der Beziehungen zu den Teilungsmächten spielte – meist als Verhandlungssache in völlig anderen Angelegenheiten – vor allem in der so genannten Orientalischen Frage, dem vom späten 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg anhaltenden Ringen um Einfluss im Osmanischen Reich. Die Teilungsmächte hielten jedoch mit Ausnahme der Jahre 1807–1815 übereinstimmend an dem Grundsatz fest, dass die mit der Polnischen Frage verbundenen Probleme ihre innere Angelegenheit seien, und sprachen zumindest öffentlich den Westmächten das Recht ab, sich einzumischen. Dies hatte weitreichende Konsequenzen, denn, wie Hans Henning Hahn konstatiert, »[...] insofern gehört die sogenannte ›ideologische Blockbildung‹, d. h. die Spaltung Europas in einen tendenziell liberalen Westen und einen neoabsolutistischen Osten, mittelbar ebenfalls zu den Ergebnissen der Aufteilung Polens. Gerade dieser Zusammenhang brachte es mit sich, dass das Konfliktpotenzial der polnischen Frage für die Regierungen der Teilungsmächte sich keineswegs auf die territoriale Bedrohung beschränkte.«³

Die Polnische Frage galt darüber hinaus – besonders im Vormärz – als ein Symbol für die emanzipatorischen Bemühungen von staatenlosen Nationen und wurde von den Gegnern des 1815 in Wien erreichten *status quo* als Schlagwort benutzt, um an die Ungerechtigkeit jener Ordnung und an ihre unmoralischen Grundsätze zu erinnern.

² Vgl. z. B. PRIVAT, E.: *L'Europe et l'odyssée de la Pologne au XIXe siècle*. Lausanne 1918; BIENAIMÉ, G.: *Les éléments de la Question Polonoise*. Paris 1916; LESLIE, R. F.: *The Polish Question. Poland's Place in Modern History*. London 1964.

³ HAHN: *Deutschland und Polen* (Anm. 1), 8.

Kulminationspunkte der entsprechenden Stimmungen waren die Jahre revolutionärer Spannungen in Polen und Europa 1831, 1848 und 1863 (→ III. D/F/H). Die Wiederherstellung Polens gehörte zu den gemeinsamen Kernforderungen der revolutionären europäischen Nationalbewegungen und der liberalen Oppositionsparteien in Frankreich und Großbritannien – so lange sie in Opposition standen. Sie schien den zeitgenössischen Beobachtern ebenso nahe bevorzustehen wie die Vereinigung Deutschlands und Italiens sowie die Unabhängigkeit Ungarns – später auch der Völker des Balkans. Als dann in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein Großteil dieser Ziele erreicht war, begann der Nationalismus in vielen Teilen Europas den neuen *status quo* zu legitimieren, obwohl er für Polen keine Veränderung gebracht hatte. Die Forderung nach einer Unabhängigkeit Polens wurde nur noch von der revolutionären Linken erhoben und auch von dieser mit immer weniger Nachdruck. Andererseits erwuchs den polnischen Ansprüchen auf Anerkennung als politisches Subjekt durch die Entstehung der modernen ukrainischen, litauischen und weißrussischen Nationalbewegungen in den ethnisch gemischten Gebieten des früheren Polen-Litauen eine von den Akteuren der polnischen Nationalbewegung lange kaum beachtete Konkurrenz (→ IV. G). Im 19. Jahrhundert hatte diese zwar abgesehen vom habsburgischen Galizien noch keine realpolitische Bedeutung, aber im 20. sollte sich dies ändern.

Die Polnische Frage glich also lange einem revolutionären Gespenst, das in gewissen Abständen an den unterschiedlichsten Orten Europas auftauchte. Viele polnische Autoren haben im 19. Jahrhundert gegenüber ihren Landsleuten sowie der westlichen Öffentlichkeit argumentiert, dass die Teilungen Polens eine Quelle fortwährender Destabilisierung sowie eine dauerhafte Bedrohung des europäischen Mächtegleichgewichts seien und darum auf diplomatischem Wege zurückgenommen werden müssten.⁴ Es scheint allerdings, dass der romantische Dichter Adam Mickiewicz und auch die Vordenker der sozialistischen Bewegung Karl Marx und Friedrich Engels die Verhältnisse besser erfassten, wenn sie davon ausgingen, dass die Unabhängigkeit Polens nur durch einen revolutionären Krieg der Nationen erreicht werden könne. Die Hoffnung eines Teils der polnischen Nationalbewegung, dass die Regierungen in Paris oder London einen solchen Krieg einleiten und unterstützen könnten, wurde aber immer wieder enttäuscht und war wahrscheinlich von vornherein ebenso illusorisch wie die von vielen geteilten Hoffnungen auf eine Vereinigung Deutschlands oder Italiens auf dem Wege einer demokratischen Revolution.

Die Aufteilung Polens war zumindest insofern eher eine Grundlage als ein Störfaktor der politischen Stabilität Mittel- und Osteuropas, als sie die Wahrscheinlichkeit eines militärischen Konfliktes zwischen Russland und den deutschen Hauptmächten verrin-

⁴ Vgl. u. a. OLSZEWSKI, L.: *Pologne en 1864*. Paris 1864; [N. N.]: *Des conditions d'une paix durable en Pologne*. Paris 1863.

gerte. Vorhersehend, dass die Integration der polnischen Länder in ihr Herrschaftsgebiet eine schwierige Aufgabe werden würde, hatten sich Russland, Preußen und Österreich in ihrem abschließenden Teilungsabkommen vom Januar 1797 verpflichtet, eine Wiederentstehung Polens in jeglicher Form zu verhindern und auch die Bezeichnung Polen nicht für die von ihnen beherrschten Territorien zu verwenden (→ II. A). Schon weit vor der Epoche des Nationalismus war man in St. Petersburg, Berlin und Wien zu dem Schluss gekommen, dass jedes Angebot einer der Teilungsmächte, auf die polnischen Forderungen auch nur teilweise einzugehen, für die übrigen eine potentielle Bedrohung darstellen würde.

Vor allem Preußen und Russland betrachteten die Kontrolle über ihren Anteil am früheren Polen-Litauen stets als Grundlage ihrer Großmachtstellung und die guten Beziehungen zwischen beiden Mächten blieben solange erhalten, wie die Polnische Frage von ihnen als relevant wahrgenommen wurde. Aus diesem Blickwinkel betrachtet, lag die Bedeutung der Polnischen Frage für die europäische Geschichte vor allem darin, dass die Regierungen in St. Petersburg und Berlin, bevor sie einen Krieg gegeneinander ernsthaft in Erwägung ziehen konnten, erst zu dem Schluss kommen mussten, dass die polnische Nationalbewegung keine größere Bedrohung mehr für sie darstelle – eine Situation, die nach dem mit diskreter Hilfe Preußens durch Russland niedergeschlagenen Januaraufstand 1863/64 und der von Russland geduldeten Vereinigung Deutschlands unter preußischer Führung 1871 allmählich eintrat.⁵ Mit anderen Worten: die Wiedererrichtung Polens wurde erst zu dem Zeitpunkt möglich, als alle – abgesehen von einer nicht allzu zahlreichen Gruppe der Polen selbst – nicht mehr daran glaubten, dass sie möglich sein könnte.

Die Entwicklungen bis zum Wiener Kongress 1815

Obwohl die allgemeinen Bedingungen europäischer Politik im 19. Jahrhundert für eine Wiederherstellung polnischer Unabhängigkeit nicht günstig waren, entfaltete die Polnische Frage doch eine gewisse Dynamik, und zu manchen Zeitpunkten erschien auch den europäischen Großmächten eine Wiedererrichtung Polens als eine reale Möglichkeit. Der Kulminationspunkt solcher Hoffnungen – oder auch Befürchtungen – fiel in die Zeit der Napoleonischen Kriege sowie des Wiener Kongresses und war verbunden mit den Persönlichkeiten der beiden großen Antagonisten jener Epoche, den Kaisern Frankreichs und Russlands.

⁵ Vgl. BOCHEŃSKI, A.: *Dzieje głupoty w Polsce* [Die Geschichte der Dummheit in Polen]. Warszawa 1988, 343–348; ZERNACK, K.: *Polen in der Geschichte Preußens*. In: BÜSCH, O. (Hg.): *Handbuch der preußischen Geschichte*. Bd. 2: Das 19. Jahrhundert und große Themen der Geschichte Preußens. Berlin 1992, 377–448, hier 430 f. und 436–438.

Im ersten Jahrzehnt nach den Teilungen stand die Polnische Frage im Schatten der Kriege Frankreichs mit den konterrevolutionären Kräften Europas. In dieser Zeit und im Kontext des zeitgenössischen Diskurses entstand die anderthalb Jahrhunderte anhaltende Überzeugung vieler Polen, dass Frankreich als »Vaterland der Freiheit« grundsätzlich ein Freund Polens und der polnische Unabhängigkeitsbestrebungen sei. Zudem weckten die Erfolge der Französischen Revolutionsarmee bei Anführern polnischer Aufstände wie Kościuszko und dann seinen Nachfolgern 1846, 1848 und 1863 den Glauben an die Fähigkeit einer Volksarmee, dank der großen Zahl ihrer Soldaten und deren Begeisterung die Armeen aller Teilungsmächte gleichzeitig besiegen zu können.⁶

Die französische Revolutionsregierung verkündete 1794 tatsächlich deutlich ihre Unterstützung für den Kościuszko-Aufstand (→ Bd. 2, V. H), aber dabei spielte kühles politisches Kalkül eine mindestens ebenso wichtige Rolle wie ideologische Sympathie – was in der polnischen Geschichtsschreibung häufig als unverzeihliches Verhalten gebrandmarkt wurde.⁷ Besondere Bedeutung hatten die Polnischen Legionen (→ II. B), die im Januar 1797 aufgestellt wurden – zunächst, um politische Komplikationen zu umgehen, nicht direkt durch die französische, sondern durch die von dieser kontrollierte lombardische Regierung und ohne polnisch-nationale Kennzeichen an den Uniformen. Erst 1799, als es während des Zweiten Koalitionskrieges zu einer schwierigen Lage an der Front kam, wurden die Polnischen Legionen auf dem Gebiet Frankreichs eingesetzt. Sie haben eine Legende hinterlassen, einige gut ausgebildete Offiziere sowie das 1927 in leicht abgewandelter Version zur polnischen Nationalhymne gewordene Lied, das mit den Versen beginnt: »Noch ist Polen nicht gestorben [heute: »verloren«], solange wir leben« (*Jeszcze Polska nie umarła [zginęła], kiedy my żyjemy*). Die Idee der Legionen – von Militäreinheiten in polnischen Uniformen und unter polnischen Kommando, die im Dienst irgendeines Landes gegen irgendeine Teilungsmacht kämpften, um anschließend nach Polen zurückzukehren und das Werk von dessen Befreiung zu vollenden – begleitete die polnischen Bemühungen um staatliche Unabhängigkeit bis 1918, ja sogar 1945.

Napoleon beschäftigte sich zur Empörung eines Großteils der polnischen Emigration statt mit der Polnischen Frage zunächst mehr mit der Ausplünderung seiner Eroberungen und mit seiner Verwandlung vom Ersten Konsul der Republik Frankreich in einen

⁶ Die Idee einer Volksarmee inspirierte auch zahlreichen polnischen Theoretiker (u.a. früheren Sozialisten), z. B.: Henryk Kamieński, Ludwik Mierosławski, Ludwik Królikowski und Karol Stolzman, vgl.: BILLINGTON, J. H.: *Fire in the Minds of Men. Origins of the Revolutionary Faith*. New York 1980, 170f.; BECKETT, I. F.: *Modern Insurgencies and Counterinsurgencies: Guerrillas and their Opponents since 1750*. New York 2001, 15f.

⁷ Vgl. KUKIEL, M.: *Dzieje polityczne Europy od rewolucji francuskiej* [Die politische Geschichte Europas seit der Französischen Revolution]. Warszawa 1992 (Erstaufl. Londyn 1954), 100f.

Kaiser der Franzosen. Ein Kaiser, der sich weit intensiver des Schicksals Polens annahm, war hingegen der russische (→ II. B/C). Die Faszination Alexanders I. für den Liberalismus und für Reformpläne hatte im ersten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts ihren Höhepunkt erreicht. Eine Schlüsselrolle kam dabei Fürst Adam Jerzy Czartoryski zu, der den Kaiser in dessen Jugend politisch geprägt und dessen Freundschaft erlangt hatte. Im Jahre 1803 legte Czartoryski eine politische Denkschrift vor, in der er ein Programm zur Umgestaltung Russlands in eine Föderation entwickelte, die auch ein Königreich Polen umfassen und überhaupt als Protektor der Slawen auftreten sollte.⁸ Als politisches System wurde ein dem englischen ähnelndes entworfen, und zusammen mit Großbritannien sollte das neue Russland die bürgerlichen Freiheiten und die Rechte der Nationen in Europa unterstützen. Es war dies ein Programm, das – wie der polnische Historiker Marian Kukiel konstatierte – stark an den 115 Jahre später entstandenen Völkerbund-Plan Woodrow Wilsons erinnert, aber auch an utopische Projekte der Aufklärung, wie Immanuel Kants *Zum Ewigen Frieden* von 1795.⁹

Alexander stimmte dem Plan zu und ernannte Czartoryski zum Außenminister,¹⁰ der nun die Aufgabe hatte, sowohl die britische Regierung zu überzeugen als auch die russischen Politiker. Als Ergebnis der Verhandlungen mit dem britischen Kabinett William Pitts des Jüngeren entstand letztlich kein erster »Völkerbund«, sondern nur eine weitere, nun dritte, antifranzösische Koalition. Unklar ist auch, wie ernsthaft Alexander sich für das Projekt Czartoryskis einsetzte. Die Mehrheit der russischen Aristokraten und Alexanders Familie lehnten es jedenfalls so entschieden ab, dass der Kaiser ähnliche Pläne vor ihnen verbarg (was nicht sehr verwundern kann, da schließlich Alexanders Vorgänger und Vater Paul I. von seiner Entourage ermordet worden war, als diese seine Politik für untragbar hielt).

Im Herbst 1805, als der Kaiser zu Beginn des dritten Koalitionskrieges auf den im österreichischen Teilungsgebiet liegenden Besitzungen des Vaters von Adam Jerzy Czartoryski in Puławy Quartier bezogen hatte, schien es dennoch so, als sei er entschlossen, den Titel eines polnischen König anzunehmen. Der von Czartoryski angelegte sogenannte Puławy-Plan richtete sich vor allem gegen Preußen, das nicht nur der antifranzösischen Koalition ferngeblieben war, sondern in Absprache mit Napoleon auch Ansprüche auf das mit Großbritannien in Personalunion verbundene Hannover

⁸ KUKIEL, M.: *Czartoryski a jedność Europy*. Lublin 2008 (engl. Orig.: *Czartoryski and European Unity 1770–1861*. Princeton 1955), 66 f.

⁹ Ebd., 80 f. Vgl. MORLEY, C.: *Alexander I and Czartoryski*. *The Polish Question 1801–1813*. In: *Slavonic and East European Review* 25 (1947), 405–426; WANDYCYZ, P. S.: *The Polish Precursors of Federalism*. In: *Journal of Central European Affairs* 12 (1953), 346–355.

¹⁰ Zu Czartoryskis Politik vgl. auch GRIMSTED, P. K.: *The Foreign Ministers of Alexander I. Political Attitudes and the Conduct of Russian Diplomacy 1801–1825*. Berkeley 1969; ZAWADZKI, H.: *A Man of Honour. Adam Czartoryski as a Statesman of Russia and Poland 1795–1831*. Oxford 1993.

erhob. Nach einem Einmarsch russischer Truppen in das damals preußische Warschau sollte die Wiedererrichtung Polens mit Alexander als König verkündet werden. Der Plan wurde jedoch aufgeschoben und statt seiner Umsetzung erfolgte am 30. Oktober 1805 in Potsdam eine festliche Aussöhnung des russischen Kaisers mit seinem preußischen Cousin König Friedrich Wilhelm III., der sich zu Bündnisverhandlungen bereit erklärte. Anderthalb Jahre später schlug dann Napoleon, der inzwischen sowohl österreichische als auch preußische und russische Truppen militärisch besiegt hatte, während der Friedensverhandlungen von Tilsit dem russischen Kaiser vor, König eines aus dem preußischen Teilungsgebiet zu bildenden polnischen Staates zu werden. Alexander lehnte dieses Angebot, das ihn dauerhaft an Napoleon zu binden drohte, jedoch ab und verlangte stattdessen, dass der neue Staat sich nicht Polen nennen dürfe.

Als Ergebnis der Verhandlungen entstand das Herzogtum Warschau (→ II. C), das *de facto* ein französisches Protektorat war und eine, gemessen an seinen Möglichkeiten, bedeutende Zahl Soldaten zu stellen hatte. Trotz anfänglicher Reserviertheit der Aristokratie war die napoleonischen Armee 1806 in Polen enthusiastisch begrüßt worden, und nach der Gründung des Herzogtums Warschau schien die polnische Nation zeitweilig noch stärker napoleonisch gesinnt zu sein als die französische. Im Unterschied zu einem Großteil der politischen Akteure Europas sahen viele polnische das napoleonische Frankreich als eine verbesserte Version des revolutionären an: es symbolisierte für sie nicht nur die Freiheit, sondern hatte Polen auch den Glauben an die eigene Stärke zurückgebracht, nicht zuletzt da man erstmals seit über einem Jahrhundert siegreiche Feldzüge erlebt hatte.

Für Napoleon selbst stellte Polen anscheinend kein geringeres Problem dar als für Alexander. Solange ihn seine eigene Größe noch nicht völlig berauscht hatte, war ihm durchaus bewusst, dass der Aufbau Polens und dessen Verteidigung gegen mächtige Feinde nicht viel mit den Interessen Frankreichs gemein hatte. Er strebte daher danach, es als Verhandlungsmasse bei seinen Bemühungen einzusetzen, die Sympathie und Loyalität Alexanders zu gewinnen. Nur in den Jahren 1809 bis 1812, als er sich unbesiegbar fühlte, war Napoleon bereit, sich in der Polnischen Frage ernsthaft zu engagieren. Bis zu einem gewissen Grade waren dafür sicher die enthusiastische Unterstützung seiner Herrschaft durch viele Polen sowie die Ergebenheit und Opferbereitschaft der unter seinem Befehl kämpfenden polnischen Truppen verantwortlich (einen gewissen Anteil mögen auch die liebevollen Worte und Tränen seiner polnischen Geliebten Gräfin Maria Walewska gehabt haben)¹¹. 1809 erlaubte Napoleon die Angliederung Westgaliziens an das Herzogtum Warschau und im Frühling 1812 schlug er Österreich vor,

¹¹ Zu Walewska vgl. D'AUBRY, O.: *Le grand amour de Napoléon*. Paris 1956; POISSARD, J.: *Trois femmes et un Empereur*. Paris 1989. Ihre Romanze mit Napoleon wurde auch zum Thema mehreren Romane und Filme, darunter der Metro-Goldwyn-Mayer-Film *Conquest* (1937) mit Greta Garbo als Walewska.

ganz Galizien gegen die von ihm 1809 eroberten Illyrischen Provinzen einzutauschen. Zu Beginn des Russlandfeldzuges von 1812 kündigte er schließlich die Möglichkeit an, dass unter Einschluss des russischen Teilungsgebietes ein polnisches Königsreich errichtet werden könnte. Nach der Niederlage Napoleons in Russland forderten die gegen ihn verbündeten Mächte dann 1813 als eine der Vorbedingungen für Friedensverhandlungen seine Zustimmung zur Auflösung des Herzogtums Warschau (→ II. D). Ein mit Frankreich verbündetes unabhängiges Polen war für die Machthaber in St. Petersburg, Wien und Berlin auf Dauer letztlich inakzeptabel und wäre nur dann zu verwirklichen gewesen, wenn Napoleon immer weiter gesiegt hätte.

Bereits 1810 hatte auch Alexander, der einen Präventivkrieg gegen Napoleon plante, erneut erwogen, sich zum König Polens zu erklären. Als nach Gesprächen Czartoryskis mit dem Oberbefehlshaber der Armee des Herzogtums Warschau Fürst Józef Poniatowski klar wurde, dass angesichts der pronapoleonischen Stimmung in Warschau von polnischer Seite kaum mit Unterstützung zu rechnen war, wurde der Plan fallen gelassen. Stattdessen wurde von Alexander kurz darauf erwogen, das Großfürstentum Litauen wiederherzustellen, um so einem polnischen Aufstand zuvorzukommen. Aber auch dieses Projekt wurde verschoben.¹²

Auf dem Wiener Kongress 1814/15 zählte dann die Gründung eines mit Russland durch Personalunion verbundenen, aber konstitutionellen Königreichs Polen zu den Hauptzielen des russischen Kaisers (→ II. D). Alexander setzte seine *idée favorite* schließlich auch unter Androhung eines neuen Krieges durch, wenn auch in etwas verkleinerter Form (Krakau wurde eine eigenständige Stadtrepublik, und Preußen erhielt statt Leipzig unter anderem Thorn). In der Geschichtsschreibung ist umstritten, was Alexander mit der Errichtung eines relativ kleinen, Polen genannten Königreiches, dessen Verfassung sich radikal von der des Russischen Reiches unterschied, erreichen wollte. Als »Befreier Europas« und »Bezwinger der korsischen Bestie« glaubte er anscheinend, ohne allzu große Rücksicht auf die Ansicht der übrigen Großmächte und der russischen Eliten mit dieser Staatsgründung zumindest einen letzten Schatten der ambitionierten liberalen Reformpläne seiner Jugend umsetzen zu können. Das Ausmaß des Widerstandes, auf den das Projekt nicht nur in seiner russischen Umgebung, sondern auch im Ausland und besonders in dem von ihm während seiner Jugendzeit bewunderten Großbritannien stieß, trug sicher dazu bei, dass Alexander seine weitergehenden Pläne endgültig aufgab.

Statt auch das politische System des Russischen Imperiums grundlegend zu reformieren, beließ es der Kaiser dabei, ihm ein liberales Experiment *en miniature* gegenüberzustellen.¹³ Dies stieß allerdings ebenso auf die Kritik russischer politischer und

¹² ANDRUSIEWICZ, A.: *Aleksander I.* Kraków 2015, 289–291.

¹³ Vgl. THACKERAY, F. W.: *Antecedents of Revolution. Alexander I and the Polish Kingdom 1815–1825.* New York 1980.

intellektueller Eliten wie das bereits zuvor in den nach den Teilungen Russland angeschlossenen früher polnisch-litauischen Ländern eingerichtete polnische Schulsystem (→ II. A), in dem sich liberale Ideen verbreiteten.¹⁴ Risse im autokratischen Herrschaftssystem Russlands wurden zunehmend auf politische Unterwanderung von polnischer Seite zurückgeführt, etwa von dem bedeutenden Schriftsteller und Historiker Nikolaj Michajlovič Karamzin und später auch von dem Dichter Alexander Puschkin.¹⁵ Darüber hinaus führte die neue Rolle als konstitutioneller Monarch, der in seiner Entscheidungsgewalt beschränkt und der Kritik einer legalen Opposition ausgesetzt war, von Anfang an auch bei Alexander selbst zu Irritationen. Vielleicht war die Umsetzung seines idealistischen Plans etwas zu spät erfolgt. Denn genau wie er hatten nach den Erfahrungen der napoleonischen Epoche auch die polnischen Eliten Probleme, sich an die neuen Verhältnisse anzupassen. Vielleicht war ein konstitutionelles Königreich Polen auch grundsätzlich unvereinbar mit der Staatsraison eines autokratischen Imperiums, dessen Eliten durch die Napoleonischen Kriege im Glauben an dessen Stärke, an die Bedeutung der christlich-orthodoxen Kirche und an den nationalen Charakter der Selbstherrschaft bestärkt worden waren.

In den Beschlüssen des Wiener Kongresses waren weit mehr Festlegungen in der Polnischen Frage getroffen worden als nur die Gründung eines konstitutionellen Königreichs Polen und einer Krakauer Stadtrepublik. Der erste Artikel der Wiener Schlussakte hielt auch fest: »Die Polen, Untertanen entweder Russlands, Österreichs oder Preußens, erhalten eine Repräsentation und nationale Institutionen, die entsprechend der Form politischer Existenz eingerichtet werden, die jede der Regierungen, denen sie angehören, ihnen zu bewilligen, für nützlich und zweckmäßig erachten wird.«¹⁶ Zu den

¹⁴ Vgl. FLYNN, J.: *The University Reform of Tsar Alexander I (1802–35)*. Washington D. C. 1988.

¹⁵ Zum russischen romantischen Nationalismus und besonders Karamzin vgl. WALICKI, A.: *A History of Russian Thought from the Enlightenment to Marxism*. Berkeley 1979, 95 f. Vgl. auch STOCHEL, H.: *Historiografia Lelewela i Karamzina* [Die Geschichtsschreibung von Lelewel und Karamzin]. In: GALSTER, B./KAMINOKOWA, J. (Hg.): *Spotkania literackie. Z dziejów powiązań polsko-rosyjskich w dobie romantyzmu i neoromantyzmu* [Literarische Begegnungen. Aus der Geschichte polnisch-russischer Verbindungen in der romantischen und neoromantischen Epoche]. Wrocław 1973, 135–150, hier 135 f.

¹⁶ Abdruck der Schlussakte vom 9. Juni bei KLÜBER, J. L. (Hg.): *Acten des Wiener Congresses in den Jahren 1814 und 1815*. Bd. 6. Erlangen ²1836, 12–96, hier 19: »*Les Polonois* [...], *sujets respectifs de la Russie, de l'Autriche et de la Prusse, obtiendront une représentation et des institutions nationales, réglées d'après le mode d'existence politique que chacun des gouvernemen[t]s, auxquels ils appartiennent, jugera utile et convenable de leur accorder.*« Im beigefügten, bereits am 3. Mai in Wien unterzeichneten Russisch-Preußischen Vertrag, dem Österreich am folgenden Tag beigetreten war, fehlt die Erwähnung einer Repräsentation im ansonsten mit Art. 1 der Schlussakte weitgehend wortgleichen Art. 3, und statt *institutions nationales* heißt es dort *institutions qui assurent la conservation de leur nationalité*, vgl. ebd., 100.

wenigen Konsequenzen dieser Bestimmungen, denen zumindest bis 1848 einige Bedeutung zukam, gehörten im österreichischen Galizien die Einberufung eines ständischen Landtages, der jedoch nur über sehr begrenzte Berechtigungen verfügte, und im preußischen Teilungsgebiet die Errichtung des Großherzogtums Posen mit einem eigenen Landtag, der ebenfalls nur sehr begrenzte Rechte hatte (→ III. A). Allein schon die Erwähnung von politischen Rechten der Polen als nationale Gemeinschaft in den Wiener Verträgen muss allerdings, selbst wenn sie in der praktischen Politik bedeutungslos blieb, als präzedenzlose Wende im Umgang mit der Polnischen Frage betrachtet werden. Erstens bedeutete sie eine ausdrückliche Infragestellung der Legalität der Teilungsverträge. Zweitens führte sie in die Sprache der internationalen Abkommen, wenn auch in zurückhaltender Form, die bis dahin ungebräuchliche Kategorie einer Nation ein, der als politischem Subjekt – vorerst nicht näher bestimmte – Rechte zukamen.¹⁷

Alle diplomatischen Bemühungen der polnischen Emigration (→ III. E), die sich in Paris um Adam Jerzy Czartoryski sammelte, als nach Niederschlagung des Novemberaufstandes die Autonomie des Königreich Polens faktisch aufgehoben war, beriefen sich auf diese Grundsätze. Schließlich sollte noch darauf hingewiesen werden, dass sich auch die 1815 aus einer persönlichen Initiative Alexanders I. hervorgegangene und von Metternich ausgestaltete Heilige Allianz europäischer Monarchen in gewissem Sinne auf den von Adam Jerzy Czartoryski in den Jahren 1803/4 entwickelten Plan einer neuen europäischen Ordnung zurückführen lässt. Allerdings sorgte die Umgestaltung des Bündnisgedankens in religiös-restaurativem Sinne dafür, dass geradezu das Gegenteil dessen bewirkt wurde, was Czartoryski ursprünglich angestrebt hatte. Insgesamt hinterließ der Wiener Kongress also zwei Grundsätze: Das Recht der Polen auf eigene politische Institutionen wurde anerkannt, worauf sich deren Vertreter im nächsten halben Jahrhundert beriefen, aber auch das Prinzip monarchischer Solidarität bei der Bekämpfung solcher Forderungen. Zugleich schienen vorläufig die polnischen Ansprüche nach Meinung der regierenden Eliten Europas, aber auch eines bedeutenden Teils der polnischen Akteure, so gut es ging, zufrieden gestellt.

Polnische Frage und europäische Revolutionsbewegungen 1830–1864

Der polnische Aufstand von 1830/1831 im russischen Teilungsgebiet (→ III. D) hatte insofern Bedeutung für die Geschichte Europas, als er für fast ein Jahr das russische Militär band und in hohem Maße beanspruchte. Denn der russische Kaiser Nikolaus II., der die Ergebnisse der Revolutionen in Frankreich und Belgien zunächst nicht anerken-

¹⁷ HAHN, H. H.: *Außenpolitik in der Emigration. Die Exildiplomatie Adam Jerzy Czartoryskis 1830–1840*. München 1978, 37–47.

nen wollte, wurde dadurch daran gehindert, eine Intervention in Westeuropa ernsthaft in Erwägung zu ziehen. In diesem Sinne kam der Aufstand den westlichen Regierungen sehr gelegen, und sie revanchierten sich dafür mit einer Reihe von diplomatischen Noten, in denen sie den russischen Kaiser daran erinnerten, dass die Autonomie des Königreichs Polen aufrecht zu erhalten sei. Dies begründete eine bis 1864 anhaltende Tradition rhetorischer Verteidigung der unterdrückten Polen. Westliche Regierungen versuchten auf diesem Wege, ohne ihre Beziehungen zu Russland ernsthaft zu gefährden, den Erwartungen eines Teils der Öffentlichkeit in den eigenen Ländern entgegenzukommen. Denn nach der Niederschlagung des Novemberaufstandes zeigte ein Großteil der öffentlichen Meinung des westlichen Europas, mehr oder weniger geschickt angestachelt durch die polnische Emigration, starkes Mitgefühl mit den polnischen Akteuren: Ihr Schicksal wurde zum Symbol der Ungerechtigkeit und Brutalität von monarchischer Alleinherrschaft. Dies hatte auch zur Folge, dass von der französischen Regierung an mehrere tausend emigrierte Soldaten und Offiziere bescheidene, aber regelmäßige Pensionen ausgezahlt wurden und dass zumindest einige der diplomatischen Initiativen Czartoryskis von den Regierungen Frankreichs und Großbritanniens stillschweigende Unterstützung erfuhren, vor allem diejenigen, die von ihnen als nützlich bei der Eindämmung der russischen Expansion auf dem Balkan und in anderen Gebieten sowie Einflusszonen des Osmanischen Reiches angesehen wurden (→ III. E). Stark verallgemeinernd könnte man zusammenfassend konstatieren, dass die liberalen westlichen Politiker jener Generation eine Wiedererrichtung Polens oder zumindest eine Wiederherstellung der Autonomie des Königreiches zwar mit Freude begrüßt hätten, aber nicht bereit waren, sich mit diesem Ziel auf das Abenteuer eines Krieges einzulassen.

Den Anhängern der polnischen Nationalbewegung (sowohl den liberalen und konservativen, die sich um das Hôtel Lambert sammelten, als auch den sogenannten Demokraten) blieb nur die Hoffnung auf eine große Krise, eine revolutionäre Veränderung des europäischen Kräfteverhältnisses, deren Bestandteil ein Krieg gegen Russland sein würde. Allerdings war keine Regierung an einem solchen Wandel wirklich interessiert. Auch die zeitweilig anwachsenden Spannungen zwischen Russland und den westeuropäischen Mächten Großbritannien und Frankreich in der sogenannten Orientkrise um 1840, mit denen die polnischen Akteure die Hoffnung auf einen großen Kreuzzug gegen Russland verbanden, entsprangen eher dem Bemühen der Westmächte, den *status quo* zu erhalten, als dem, einen Umsturz des Kräfteverhältnisses herbeizuführen. Die einzigen Verbündeten der polnischen Nationalbewegung waren in dieser Situation die nationalen Geheimbünde (die Carbonari, das Junge Italien, das Junge Deutschland, die Junge Schweiz usw.). Ein Teil der von ihrer Tatenlosigkeit frustrierten polnischen Emigranten schloss sich diesen an und beteiligte sich an einigen verzweifelten Versuchen, eine Revolution zu erzwingen (etwa in Frankfurt 1833, in Savoyen und Genf 1833/34 sowie in Luzern 1844/45) – gemäß dem vom romantischen polnischen Dichter

Adam Mickiewicz verkündeten Grundsatz: »... wo immer in Europa es Unterdrückung der Freiheit und einen Kampf um sie gibt, dort findet ein Kampf ums Vaterland statt ...«. ¹⁸

Die Hoffnung auf einen grundlegenden Wandel des europäischen *status quo*, der entscheidende Auswirkungen in der Polnischen Frage haben würde, erreichte ihren Höhepunkt in den Jahren 1848–1863. In den Revolutionsjahren 1848/49 (→ III. F) schien es, dass ein Sieg der Demokratie und der »Brüderschaft der Völker« über die Grundsätze der Heiligen Allianz bald erreicht sein würde. Eine Einigung Deutschlands und Italiens sowie eine Befreiung Ungarns und Polens schienen gesamteuropäische revolutionäre Ziele zu sein und kurz vor ihrer Verwirklichung zu stehen. Die Freiheit im Allgemeinen und die Freiheit Polens gingen ineinander über, sowohl in den Vorstellungen der intellektuellen Vordenker als auch in denen der in den Straßen kämpfenden Revolutionäre. Die Revolution in Paris begann mit einer Demonstration am 22. Februar 1848 zur Erinnerung an den Krakauer Aufstand von 1846, und die Wiederherstellung Polens gehörte zu den lautstark erhobenen Forderungen während der Märzereignisse von 1848 in Berlin ebenso wie bei denen vom Mai desselben Jahres in Paris. Polnische Militärs genossen in dieser Zeit den Ruf von Experten revolutionärer Kriegsführung und wurden (mit unterschiedlichem Ergebnis) auf Führungspositionen der gegen die Kräfte der Gegenrevolution aufgestellten Truppen in Piemont, Baden, Sachsen, Sizilien und Ungarn berufen.

Die Revolution wurde zwar überall niedergeschlagen, aber aus der Perspektive der Revolutionäre schien ein Erfolg weiterhin nahe bevorzustehen. Nicht nur ihrer Betrachtung war entgangen, wie stark während des Jahres 1848 in ganz Europa, besonders aber in den deutschen Staaten die demokratisch-revolutionäre Stimmung und damit zugleich die Begeisterung für eine »Brüderschaft der Nationen« im Kampf gegen die monarchische Alleinherrschaft abgenommen hatte. Symptomatisch für diese Entwicklung war der Umschwung der deutschen öffentlichen Meinung bezüglich der Polnischen Frage. Dieser kam während der sogenannten Polendebatte vom Juli 1848, mit der sich die in der Frankfurter Paulskirche tagende konstituierende deutsche Nationalversammlung über die Zukunft des Großherzogtums Posen verständigte, deutlich zum Ausdruck (→ III. F). Die Beratungen, die von einem gelehrten Referat des Historikers Gustav Stenzel eröffnet wurden, das nachzuweisen suchte, die Polen hätten ihre Unabhängig-

¹⁸ [MICKIEWICZ, A.]: *Księgi narodu polskiego i pielgrzymstwa polskiego* [Die Bücher der polnischen Nation und der polnischen Pilgerschaft]. Paris 1832, 81 [Buch XXI, Vers 1]: »[...] *gdzie tylko jest w Europie ucisk wolności i walka o nią, tam jest walka o Ojczyznę* [...]«. Zeitgenössische deutsche Übersetzung von P. J. B. GAUGER: *Die Bücher des polnischen Volkes und der polnischen Pilgerschaft*. [Paris] 1833. Hier abweichend übersetzt. Vgl. zur politischen Bedeutung von Mickiewicz FELDMAN, W.: *Dzieje polskiej myśli politycznej 1864–1914* [Geschichte der polnischen politischen Ideen 1864–1914]. 2., von J. FELDMAN erweiterte Aufl. Warszawa 1933, 5; DERS.: *Geschichte der polnischen politischen Ideen*. München 1917, 95.

keit aus eigener Schuld verloren und das Beste, was man für sie tun könne, sei, ihnen eine solide Dosis deutscher Kultur zu verabreichen, endeten mit einem Sieg des von Wilhelm Jordan eingeforderten deutschen »gesunden Volksegoismus«. ¹⁹ Die angesichts eines drohenden Krieges mit Russland noch im Frühjahr dieses Jahres populäre Ansicht, dass die deutschen und polnischen nationalen Forderungen miteinander verbunden seien, wurde nun für eine lange Zeit von der Überzeugung eines grundsätzlichen Gegensatzes des polnischen und des deutschen Nationalinteresses verdrängt. Verbittert notierte der revolutionäre polnische Publizist Karol Libelt, dass diese Ansicht »selbst von den Liberalsten, jenen Radikalen auf der äußersten Linken« geteilt werde. ²⁰

Er hatte nicht ganz recht, denn ein Teil der linken Radikalen und selbst einige Liberale blieben noch lange der Überzeugung treu, dass eine Lösung der Polnischen Frage für eine grundlegende Umgestaltung der deutschen Verhältnisse unabdingbar sei. ²¹ Der ebenso wie Libelt verbitterte Friedrich Engels schrieb im August 1848: »Solange wir also Polen unterdrücken helfen, solange wir einen Teil von Polen an Deutschland schmieden, solange bleiben wir an Rußland und die russische Politik geschmiedet, solange können wir den patriarchalisch-feudalen Absolutismus bei uns selbst nicht gründlich brechen. Die Herstellung eines demokratischen Polens ist die erste Bedingung der Herstellung eines demokratischen Deutschlands. [...] Der Krieg mit Rußland war der einzig mögliche Weg, unsre Ehre und unsre Interessen gegenüber unsren slawischen Nachbarn und namentlich gegenüber den Polen zu retten.« ²² Wie der Historiker Jerzy W. Borejsza konstatierte, prägten die Ereignisse von 1848 so unterschiedliche Politiker wie Karl Marx und Otto von Bismarck: »Beide meinten, dass die Polnische Frage, die Sache der Revolution sowie die Zukunft Preußens und Deutschlands unauflöslich verbunden seien. Davon ausgehend bekämpfte der eine gnadenlos die Polen und ihre

¹⁹ Vgl. u.a. WOLLSTEIN, G.: *Ein deutsches Jahrhundert 1848–1945. Hoffnung und Hybris*. Stuttgart 2010, 60–64; NAMIER, L. B.: *1848. Revolution of the Intellectuals*. Oxford 1944, 88–113.

²⁰ Karol Libelt (von Oktober 1848 bis Januar 1949 Abgeordneter der Frankfurter Nationalversammlung) in einem Brief an Bronisław Trentowski vom 30. 10. 1848. Hier zitiert nach WAPIŃSKI, R.: *Historia polskiej myśli politycznej XIX i XX wieku* [Geschichte des polnischen politische Denkens im 19. und 20. Jahrhundert]. Gdańsk 1997, 56: »najliberalniejsi nawet, owe radykaty na ostatecznej lewicy«.

²¹ Ein spätes Beispiel der Sympathie für die polnische Anliegen von Seiten eines preußischen liberalen Monarchisten ist die Publikation des in Lissa (Großherzogtum Posen) tätigen deutschen Arztes Johann Metzиг, der 1863 in das preußische Abgeordnetenhaus gewählt wurde: METZIG, J.: *Die Wiederherstellung Polens durch einen neuen europäischen Congress als Nothwendigkeit für die friedliche Zukunft Europas, für die Einigung Deutschlands, für die Ehre und Grösse Preussens und des Hauses der Hohenzollern dargethan*. Hamburg 1862.

²² *Die Polendebatte in Frankfurt (Fortsetzung)*. In: Neue Rheinische Zeitung, Nr. 81 vom 20. 8. 1848. Abdruck in: MARX, K. / ENGELS, F.: Werke, Bd. 5, Berlin 1959, 331–335, hier 333 f.

Anliegen, der andere unterstützte sie mit allen ihm zur Verfügung stehenden Kräften. Beide übertrieben.«²³

In den Jahren nach der Revolution setzten die Vertreter der polnischen Nationalbewegung ihre Hoffnungen in den 1848 in Frankreich an die Macht gelangten Neffen Napoleons, der sich 1852 zum Kaiser Napoleon III. gekrönt hatte. Da der Wiederaufbau von Polen – Frankreichs »Schwester« – zu dessen offiziellem politischen Programm gehört hatte, bevor er an die Macht kam,²⁴ waren sie bereit, über seine diktatorische Bestrebungen und die von ihm – ihrer Meinung nach – zeitweilig eingegangenen Kompromisse ebenso hinwegzusehen wie ein halbes Jahrhundert zuvor über die seines Onkels.

Als 1853 der Krimkrieg ausbrach und damit die von polnischer Seite lange ersehnte Auseinandersetzung Frankreichs und Großbritanniens mit Russland zum Schutz des Osmanischen Reiches,²⁵ erwarteten viele westliche Liberale einen Wiederaufbau Polens als Pufferzone zwischen Russland und Deutschland.²⁶ Allerdings ignorierten die polnische Emigration und ihre Freunde, dass es den verbündeten Westmächten weiterhin vor allem um Aufrechterhaltung des *status quo* ging, und eines ihrer wichtigstes Anliegen ein Kriegsbeitritt Österreichs war, dessen Veto 1854 die Aufstellung einer polnischen Legion im Osmanischen Reich verhinderte.²⁷

Um den Krieg gegen Russland mit der Polnischen Frage zu verbinden, war die Diplomatie des um Adam Jerzy Czartoryski gebildeten Emigrationszentrums Hôtel Lambert bereit, die polnische Königskrone fast jedem anzubieten: zuerst Prinz Napoléon (genannt Plon-Plon), dann den Habsburgern, den Hohenzollern, verschiedenen weniger bedeutenden deutschen Herrschern (darunter Herzog Ernst II. von Sachsen-Coburg-Gotha, dessen Oper *Santa Chiara* in diesem Zusammenhang 1855 in Paris aufgeführt wurde) sowie dem Duke of Cambridge (einem Großcousin der britischen Königin Vic-

²³ BOREJSZA, J. W.: *Piękny wiek XIX*. Warszawa 1990, 226: »Obaj uważali, że sprawa polska i sprawa rewolucji oraz przyszłość Prus i Niemiec są związane nierozłącznie. W imię tego jeden sprawę polską i Polaków zwalczał za wszelką cenę, a drugi popierał ze wszystkich swoich sił. Obaj przesadzali.«

²⁴ BONAPARTE, N. L.: *Des idées napoléoniennes*. Paris 1839, 47.

²⁵ Zur Rolle der von der polnischen Emigration verbreiteten Propaganda im Krimkrieg vgl. GLEASON, J. H.: *The Genesis of Russophobia in Great Britain*. New York 1950.

²⁶ Vgl. zum Beispiel die Briefe von Lord Palmerston (seit 1852 britischer Innenminister, 1855–58 und 1859–65 Premierminister) an John Russel vom 19. 3. 1854, in: GOOCH, G. (Hg.): *The Later Correspondence of John Russel*. London 1925, Bd. 2, 160, und von Christian Karl Josias Bunsen (1841–54 preußischer Gesandter in London) nach Berlin vom 1. 3. 1854, in: *Deutsche Revue* 7 (1882), 155 f.

²⁷ Vgl.: SKOWRONEK, J.: *Polityka bałkańska Hotelu Lambert (1833–1856)* [Die Balkanpolitik des Hôtel Lambert (1833–1856)]. Warszawa 1976; WIERZBICKI, P.: *Dywizja Kozaków Sultańskich: polityczno-wojskowe koncepcje stronnictwa Czartoryskich w okresie wojny krymskiej (1853–56)* [Die Kosaken-Division des Sultans: politisch-militärische Pläne des Cartoryski-Lagers während des Krimkrieges (1853–56)]. Kraków 2013.

toria) und auch den Thronfolgern Belgiens und Schwedens.²⁸ Die Vorschläge wurden allerdings von niemanden besonders ernst genommen, außer vielleicht von Prinz Napoléon, der ein großer Freund Polens war (nicht zuletzt aufgrund enger Beziehungen zu seinem 1855 zum französischen Außenminister ernannten Onkel Alexandre Colonna-Walewski, dem Sohn seines kaiserlichen Großvaters mit der Gräfin Maria Walewska).²⁹ Bevor der Krimkrieg endete, erreichte Czartoryski zumindest, dass dem französischen Außenministerium ein *Bureau de relations secrètes avec la Pologne* angegliedert wurde und er dort einen Plan vorstellen konnte, der eine französische Landung in Litauen vorsah, die mit dem Ausbruch eines Aufstandes einhergehen sollte. Andererseits hatte er bereits am 26. August 1854 in einem auf Französisch als Flugblatt gedruckten Brief gewarnt, dass nur eine Nation, »die sich zu beherrschen weiß« (*qui se sait contentir*) – also nicht leichtsinnig einen Aufstand beginnt – im entscheidenden Moment die nötige Energie haben werde.³⁰

Als es aber dann im März 1856 zu Friedensverhandlungen kam und die britischen Vertreter bemerkten, dass Frankreich und Russland sich überraschend schnell verständigten, wurde von ihrer Seite die Einbeziehung der Polnische Frage in die Verhandlungen vorgeschlagen, um eine rasche Einigung zu verhindern. In dieser Situation lehnte nun Frankreich ein solches Vorgehen ab. Der auf russischer Seite an den Verhandlungen teilnehmende Fürst Aleksandr M. Gorčakov konnte mit Befriedigung festhalten, dass er in deren Verlauf das Wort »Polen« nicht gehört habe. Andererseits bemerkte er in seinem Rapport für den russischen Kaiser Alexander II., dass eine gründliche Verständigung mit Frankreich unmöglich wäre, so lange Napoleon ein Anhänger des »Nationalitätsprinzips« bleibe.³¹

Während des Januaraufstandes 1863 (→ III. H) bekam Napoleon noch einmal die Gelegenheit, auf seine Pläne für eine Wiedererrichtung Polens zurückzukommen.³² Auf die Nachricht von dessen Ausbruch reagierte er allerdings zunächst mit erbitterten Vorwürfen gegenüber Władysław Czartoryski, dem Sohn des Fürsten Adam Jerzy und dessen Nachfolger an der Spitze der um das Hôtel Lambert versammelten polnische Emigranten: die Polen hätten damit seinen Geheimplan, ihre Freiheit auf diplomatischen

²⁸ KNAPOWSKA, W.: *Kandydaci do tronu polskiego w czasie wojny krymskiej* [Kandidaten für den polnischen Thron in der Zeit des Krimkrieges]. Poznań 1927.

²⁹ MILZA, P.: *Napoléon III*. Paris 2004, 285 f. Vgl. MELCHIOR-BONNET, B.: *Jérôme Bonaparte ou l'envers de l'épopée*. Paris 1979.

³⁰ BOREJSZA, J. W.: *Zasada narodowości od Wiosny Ludów do wojny krymskiej* [Der Grundsatz der Nationalität vom Völkerfrühling bis zum Krimkrieg]. In: DERS./BĄBIAK, G. (Hg.): *Polacy i ziemie polskie w czasie wojny krymskiej* [Die Polen und die polnischen Länder in der Zeit des Krimkrieges]. Warszawa 2008, 11–27, hier 17.

³¹ Ebd., 23. Zur polnischen Frage im Krimkrieg vgl. auch HANDELSMAN, M.: *Adam Czartoryski*. Bd. 4. Warszawa 1950.

³² Vgl. BÓBR-TYLINGO, S.: *Napoléon III, l'Europe et la Pologne en 1861–4*. Roma 1963; LESLIE, R.: *Reform and Insurrection in Russian Poland*. London 1963.

Wege wiederherzustellen, vereitelt. Als er jedoch von der sogenannten Konvention Alvensleben erfuhr, in der Preußen sich zur Unterstützung Russlands bei der Niederschlagung des Aufstandes bereit erklärt hatte,³³ änderte der französische Kaiser seine Meinung. Im regierungsnahen *Constitutionnel* vom 21. Februar 1863 ließ er verlauten, dass der Aufstand, der bisher als eine innere Angelegenheit Russlands gegolten habe, mit der Einmischung Preußens eine internationale Dimension bekommen habe – sechs Tage später folgte eine Debatte über die Lage in Polen im englischen Parlament. Über Kaiserin Eugénie ließ Napoleon Österreich den Vorschlag zukommen, ein Königreich Polen unter Einschluss des Großherzogtums Posen und Galiziens zu errichten, wofür Preußen in Sachsen und Hannover, Österreich durch Schlesien, Russland auf Kosten des Osmanischen Reiches usw. entschädigt werden sollten – ein Plan den der britische Botschafter als Halluzination bezeichnete.³⁴ Aber zumindest übergab dessen Regierung unter dem Druck der öffentlichen Meinung zusammen mit Frankreich an Russland eine diplomatische Note, die eine Wiederherstellung der Autonomie Polens forderte. Napoleon rettete seine Reputation dadurch, dass er einen europäischen Kongress zur Polnischen Frage forderte und schließlich in einer pathetischen Note verkündete, dass die Schuld am Schicksal der Polen allein auf Russland falle, wenn es seine Vermittlung ablehne. Von Russland wurde die Note voller Verständnis entgegengenommen, ein Kongress aber entschieden abgelehnt. Fürst Gorčakov, seit 1856 russischer Außenminister, beharrte darauf, dass die Insurgenten nicht die polnische Nation, sondern Kommunisten und Mazzinisten repräsentieren würden.³⁵ Auch dies zeigt, wie stark die polnisch nationale und die revolutionäre Bewegung gleichgesetzt werden konnten.

Es scheint, als habe Napoleon III. letztlich sogar ein größeres Interesse an der Polnischen Frage gehabt als die meisten Liberalen und Demokraten. Eine von ihm durchgesetzte Wiederrichtung Polens hätte ihm sehr geschmeichelt und die Zahl der von ihm verzweifelt angestrebten außenpolitischen Erfolge vergrößert. Mit Sicherheit beschädigten seine unpassenden Manöver in der Polnischen Frage aber die französischen Beziehungen zu Russland, da dort jede Erwähnung Polens eine geradezu allergische Reaktion auslöste, und trugen damit zur russischen Annäherung an Preußen bei, was dessen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck die Umsetzung seiner langfristigen Plä-

³³ Zur Konvention vgl. LORD, R. H.: *Bismarck and Russia in 1863*. In: *American Historical Review* 29 (1923/24), 24–48; HILLGRUBER, A.: *Bismarcks Außenpolitik*. Freiburg i. B. 1972, 49 f.; FELDMAN, J.: *Bismarck a Polska* [Bismarck und Polen]. Warszawa 1980 (1. Aufl. 1938), 154 f.; ZERNACK, K.: *Polen und Russland. Zwei Wege in der europäischen Geschichte*. Berlin 1994, 337–345.

³⁴ KRUPINSKI, K.: *Die Westmächte und Polen. Von Napoleon I. bis Versailles*. Berlin 1941, 53–65.

³⁵ KIENIEWICZ, S.: *Powstanie styczniowe* [Der Januaraufstand]. Warszawa 2009, 399. Vgl. CHARLES-ROUX, F.: *Alexandre II, Gortchakov et Napoléon III*. Paris 1913, 327.

ne erleichterte. Nachdem österreichische und verbündete Truppen in der Schlacht bei Königgrätz 1866 eine schwere Niederlage durch das preußische Heer erlitten hatten, versuchten die Emissäre des Hôtel Lambert in Wien alles, um den österreichischen Kaiser Franz Joseph zu einem Bündnis mit Frankreich und zu einem großen Krieg um die Neuordnung Europas zu bewegen (→ IV. A). Die damit verbundene Gefahr eines Krieges gegen Russland sorgte jedoch ebenso wie der schnelle Vormarsch der Preußen für ein rasches Abnehmen der Revanchebereitschaft Österreichs. Endgültig verschwand die Polnische Frage weitgehend aus den Diplomatengesprächen, nachdem Napoleon III. sich 1870 zusammen mit seiner Armee in Folge der gegen deutsch-preußische Truppen verlorenen Schlacht von Sedan in Gefangenschaft begab.

Der Bedeutungsverlust der Polnischen Frage im ausgehenden 19. Jahrhundert

Während der Pariser Kommune 1871, die in blutigen Kämpfen niedergeschlagen wurde, hatte Jarosław Dąbrowski den Oberbefehl der Aufständischen übernommen und auch darüber hinaus hatten polnische Revolutionäre Schlüsselrollen gespielt. Das Wort »Pole« wurde noch einmal zum Synonym für »Revolutionär«, als Alexandre Dumas der Jüngere behauptete, Paris würde von Polen aller Länder beherrscht, und die Versailler Regierung das Gerücht verbreitete, zehntausend Polen seien in der Kommune engagiert. Deswegen wurde in *Le Figaro* am 16. Mai 1871 gefordert, alle festgenommenen Polen sofort zu erschießen, und so wurden am Ende des Aufstands viele nur auf Grund ihrer Nationalität zum Opfer der »Blutigen Maiwoche« (*semaine sanglante*) – unter ihnen der Bibliothekar von Fürst Władysław Czartoryski.³⁶

Adolphe Thiers, nach der Niederschlagung der Kommune Regierungschef der neugegründeten Republik, ging davon aus, dass die Unterstützung polnischer Hoffnungen während der letzten 40 Jahre ein großer politischer Fehler gewesen sei, da er eine Verständigung mit Russland verhindert habe. Um ihre Allianz mit Russland zu schützen, gab die Dritte Republik die pro-polnischen Aktivitäten auf und nahm bis zur Revolution von 1917 grundsätzlich eine neue, negative Haltung in der Polnischen Frage ein.³⁷

³⁶ BOREJSZA: *Piękny wiek* (Anm. 23), 177–178; MERRIMAN, J.: *Massacre. The Life and Death of the Paris Commune*. New York 2014, 235 f. Vgl. WOŁOSKI [Wołowski], B.: *Dombrowski et Versailles*. Genève 1871; WYCZAŃSKA, K.: *Polacy w komunie paryskiej 1871 r.* [Polen in der Pariser Kommune]. Warszawa 1957; MCCLELLAN, W.: *Revolutionary Exiles. The Russians in the First International and the Paris Commune*. Totowa, N. J. 1979, 167 f.

³⁷ Vgl. ZDRADA, J.: *Historia Polski 1795–1914* [Geschichte Polens 1795–1914]. Warszawa 2005, 508–515; BOREJSZA: *Piękny wiek* (Anm. 23), 133–135.

Nur Gyula Andrassy, der Außenminister Österreich-Ungarns, versuchte 1871 noch einmal ernsthaft, die Möglichkeit einer Veränderung des politischen Status der polnischen Länder zu sondieren, kam aber angesichts des entschiedenen Widerstands Bismarcks zu dem Schluss, dass diese Frage »endgültig abgeschlossen« sei.³⁸ Durch das 1872 vereinbarte und 1873 abgeschlossene Drei-Kaiser-Bündnis zwischen Österreich-Ungarn, Deutschland und Russland wurde dies besiegelt. Als Władysław Czarotoryski an die Teilnehmer des Berliner Kongresses von 1878 eine Denkschrift versandte, in der er die von der liberal-konservativen polnischen Emigration vertretene These wiederholte, dass es ohne Wiederherstellung irgendeiner Form von Autonomie der polnischen Länder keinen dauerhaften europäischen Frieden geben könne, wurde dies vollständig ignoriert. Die Aufmerksamkeit der versammelten Mächte galt anderen nationalen Fragen – denen der Serben, Bosnier und Bulgaren.³⁹

Für eine gewisse Zeit gehörte die Forderung nach Unabhängigkeit oder zumindest Autonomie für Polen zumindest noch zu den grundsätzlichen Zielen der internationalistischen, revolutionären Linken.⁴⁰ Sie tauchte im Programm der von Mazzini 1868 gegründeten *Alliance Républicaine Universelle* auf, in dem der 1867 unter Mitwirkung von Victor Hugo und Giuseppe Garibaldi gebildeten Internationalen Friedensliga sowie in dem der stark von Karl Marx beeinflussten Internationalen Arbeiterassoziation, die 1864 gegründet wurde. Noch im Oktober 1891 hielt der Vorsitzende der deutschen Sozialdemokratie August Bebel eine Wiedererrichtung Polens für unbedingt notwendig – besonders mit Blick auf einen möglichen Krieg gegen Russland. Aber bereits auf dem vierten Kongress der sozialistischen II. Internationale 1896 in London kam ein Beschluss, die Unabhängigkeit Polens zu fordern, nicht zustande, da sich die russischen und französischen Delegierten dagegen aussprachen und die deutschen sich als unentschieden erwiesen.⁴¹ Anscheinend hat selbst die Sympathie von Marx für die polnischen Anliegen abgenommen, als sein *Kapital* sich in Russland hervorragend verkaufte.⁴² Die von dessen Freund Alexander Herzen in der Emigration herausgegebene russische Zeitschrift *Kolokol* [Die Glocke] war bereits nach dem Januaraufstand von

³⁸ Vladimir I. Westmann an Gorčakov am 11./23.12.1871, vgl. BOREJSZA: *Piękny wiek* (Anm. 23), 220 f. Vgl. auch WERESZYCKI, H.: *Sojusz trzech cesarzy. Genez 1866–1872* [Das Drei-Kaiser-Bündnis. Die Entstehung 1866–1872]. Warszawa 2010, 331–369.

³⁹ Vgl. WERESZYCKI, H.: *Koniec sojuszu trzech cesarzy* [Das Ende des Drei-Kaiser-Bündnisses]. Warszawa 2010, 389–393; DERS.: *Sprawa polska w XIX wieku* [Die polnische Frage im 19. Jahrhundert]. In: KIENIEWICZ, S. (Hg.): *Polska XIX wieku. Państwo – społeczeństwo – kultura* [Das Polen des 19. Jahrhunderts. Staat – Gesellschaft – Kultur]. Warszawa 1986, 122–162.

⁴⁰ Vgl. STROBEL, G. W.: *Die Partei Rosa Luxemburgs, Lenin und die SPD. Der polnische »europäische« Internationalismus in der russischen Sozialdemokratie*. Wiesbaden 1974.

⁴¹ STUDNICKI, W.: *Sprawa polska* [Die polnische Frage]. Komorów 2009 [1. Aufl. Poznań 1910], 513 f.

⁴² Vgl. KOENEN, G.: *Marx, Engels und die polnische Frage*. In: KOBYLŃSKA, E./LAWATY, A./STEPHAN, R. (Hg.): *Polen und Deutsche. 100 Schlüsselbegriffe*. Warszawa 1996, 85–90.

1863/64 auf Distanz zur polnischen Nationalbewegung gegangen. Mit dieser solidarisch erklärte sich von den russischen revolutionären Organisationen nur noch die 1881 zerschlagene *Narodnaja Wolja* [Volkswille].⁴³

Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs beschäftigte sich die europäische Politik nicht mehr intensiv mit der Polnischen Frage. Dennoch blieb sie ein Thema der Innenpolitik aller Teilungsmächte, und dessen Bedeutung nahm angesichts des Übergangs zur Massenpolitik und zu demokratischen Wahlen sogar zu (→ IV. A/G). So wurde im Deutschen Reich angesichts der starken Beteiligung polnischer Organisationen an den Wahlen verstärkt die Loyalität der polnischen Bevölkerung insgesamt infrage gestellt und damit die gegen diese gerichteten Sondergesetze begründet. Auch ein Großteil der national eingestellten deutschen Intellektuellen – von Heinrich Treitschke bis zu Max Weber – widmete sich vor dem Ersten Weltkrieg diesem Problem.⁴⁴ Die Ansiedlung von Deutschen im Osten war eine der politischen Reaktionen, andere zielten auf die Verdrängung der polnischen Sprache aus dem Schulwesen sowie den Behörden – Maßnahmen, die aus ähnlichen Gründen auch im russischen Teilungsgebiet ergriffen wurden. Die Wiener Regierung schlug hingegen eine entgegengesetzte politische Richtung ein und sicherte sich durch das Zugeständnis weitgehender Autonomierechte zumindest vorläufig die Loyalität eines Großteils ihrer polnischen Bevölkerung: Polnische Abgeordnete gehörten im Wiener Reichsrat zu den treuesten Unterstützern der verschiedenen kaiserlichen Regierungen.

Die Rolle der Polnischen Frage bei der Entwicklung der internationalen Beziehungen im 19. Jahrhundert

Obwohl das Jahrhundert zwischen 1815 und 1914 als Epoche eines europäischen Mächtegleichgewichtes gilt, ist nicht zu übersehen, dass in diesem Zeitraum nationale Emanzipationsbestrebungen die politische Landkarte des Kontinents stark veränderten. Deutschland und Italien wurden zu Nationalstaaten vereinigt und Griechenland, Belgien, Rumänien, Serbien, Bulgarien sowie Norwegen erlangten ihre vollständige, Ungarn eine weitgehende nationale Unabhängigkeit. Der Heilige Allianz wurde durch das Prinzip der Nationalität ersetzt, aber die polnische Nationalbewegung musste auf ihre Chance noch warten.

⁴³ Vgl. POBÓG-MALINOWSKI, W.: *Najnowsza historia polityczna Polski 1864–1945* [Neuste politische Geschichte Polens 1864–1945]. Bd. 1. Warszawa 2000 [1. Aufl. Paris 1953], 235–238.

⁴⁴ Vgl. SPÄT, R.: *Die »polnische Frage« in der öffentlichen Diskussion im Deutschen Reich, 1894–1918*. Marburg 2014 (Studien zur Ostmitteleuropaforschung, 29); WEHLER, H. U.: *Die Polenpolitik im Deutschen Kaiserreich 1871–1914*. In: KLUXEN, K./MOMMSEN, W. J. (Hg.): *Politische Ideologien und nationalstaatliche Ordnung. Studien zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*. München 1968, 297–316.

Mit Blick auf diese Entwicklungen klagte bereits 1894 der als Nestor der polnischen Sozialisten geltende Bolesław Limanowski: »Kann es denn sein, dass allein die *Rzeczpospolita* eine Ausnahme bleiben sollte, die auf fast zehn Jahrhunderte herrlicher Vergangenheit zurückblicken kann, die Europa vor der Flut der asiatischen Barbarei bewahrte, die die Revolution rettete, während sie die eigene Unabhängigkeit verlor, und die sich dann hundert Jahre für die Freiheit einsetzte, obwohl sie selbst verelendet, gebunden und geschwächt war?!«⁴⁵

Es scheint fast so, als wäre Polen tatsächlich in gewissem Sinne ein Messias der Nationen gewesen: Die durch die polnischen Unabhängigkeitsbestrebungen verursachte anhaltende politische Unruhe war einer der Gründe für die Durchsetzung der Idee, dass Nationen ein Anrecht auf Selbstbestimmung hätten und als politische Subjekte anerkannt werden müssten – einer Idee, die zu den genannten Nationalstaatsbildungen beitrug. Die Erinnerung an die Gemeinsamkeit der eigenen nationalen Ziele mit den polnischen hielt sich am längsten in Ungarn und Italien, während sie in Deutschland nach 1848 für über hundert Jahren durch den Gedanken einer Feindschaft ersetzt wurde. Aus der Perspektive der liberalen Länder des Westens war die Polnische Frage eines der ersten und zeitweilig auch eines der am intensivsten diskutierten Beispiele politischer Unterdrückung im Ausland, die Empörung in der Öffentlichkeit hervorriefen, was dazu beitrug, dass sie ein internationales Problem blieb.

Inwieweit aber davon gesprochen werden kann, dass die Diskussionen um die Polnische Frage zur Entwicklung neuer politischer Lösungsansätze beitrug, ist schwer zu beantworten. Die internationale Gemeinschaft erweist sich bis heute in solchen Fällen jedes Mal aufs Neue als überraschend ratlos schwankend zwischen ehrlich gemeinten, aber weitgehend folgenlosen Erklärungen und vollständigem Schweigen. Selbst die von der Mehrheit polnischer Autoren geteilte Ansicht, dass die sich wiederholenden polnischen Aufstände, die diplomatischen Bemühungen und die Unruhe stiftende Propaganda entscheidenden Einfluss darauf hatten, dass Polen im 20. Jahrhundert schließlich tatsächlich zu einem unabhängigen Staat wurde, lässt sich hinterfragen. Denn es ist zu bedenken, dass der polnischen Unabhängigkeit ein unerwartet vollständiges militärisch-politisches Scheitern aller drei Teilungsmächte vorausging und dass zu den Staaten, die gleichzeitig mit Polen unabhängig wurden, auch solche wie Estland und Lettland zählten, von denen man im Westen kaum etwas Näheres wusste. Die Sympathie, mit der der US-amerikanische Präsident Woodrow Wilson und der französische Minis-

⁴⁵ LIMANOWSKI, B.: *Stuletnia walka narodu polskiego o niepodległość* [Der hundertjährige Kampf der polnischen Nation um Unabhängigkeit]. Lwów 1894, 427: »*Miałażby więc Rzeczpospolita, której świetna przeszłość liczyła prawie dziesięć wieków, która ocaliła Europę od wylewu barbarzyństwa azjatyckiego, która tracąc niepodległość, uratowała rewolucję, która nawet będąc poszarpana, skępowana i męczona – przez sto lat służyła sprawie wolności. – miałażby ona tylko być wyjątkiem?!*«.

terpräsident Georges Clemenceau die Forderungen der polnischen Nationalbewegung bei den Friedensverhandlungen nach dem Ersten Weltkrieg behandelten, lässt sich sicher auch auf die Aktivität von deren Vertretern im vergangenen Jahrhundert zurückführen, auf ihr heroisches Aufbäumen, ihr hartnäckiges Ausharren in den Vorzimmern von Ministern sowie auf ihre pathetischen Ansprachen und Artikel. Dieselben Faktoren trugen allerdings auch zur Abneigung bei, die der britische Premier David Lloyd George und viele andere gegenüber der polnische Nationalbewegung empfanden – ebenso wie sie zuvor einer der Gründe für diejenige Bismarcks gewesen waren.⁴⁶

Schließlich ist noch festzustellen, dass die über einhundert Jahre andauernden Appelle an das Gewissen des Auslandes, die polnischen Unabhängigkeitsbestrebungen zu unterstützen, nach der Erreichung der eigenen staatlichen Unabhängigkeit 1918 nur bei wenigen polnischen Politikern dazu führten, Verständnis für ähnliche Bemühungen von ukrainischer, litauischer oder weißrussischer Seite aufzubringen.

⁴⁶ Zur Entwicklung der westlichen, besonders französischen öffentlichen Meinung vgl. BOREJSZA, J. W.: *Czy i kiedy sprawa polska odgrywała rolę przelomową w dziejach Europy w XIX i XX stuleciu?* [Spielte die Polnische Frage in der Geschichte Europas eine entscheidende Rolle und wenn ja, wann?]. In: DERS.: *Piękny wiek* (Anm. 23), 447–458.

B. Rückständige Nationsbildung? Die polnische Nationalbewegung im 19. Jahrhundert

VON MACIEJ JANOWSKI

Die Entwicklung von Nationalbewegungen ist sowohl ideengeschichtlich zu betrachten als auch im Hinblick auf den sozialen Wandel. Während man sich sehr wohl elitäre politische (liberale oder konservative) Bewegungen vorstellen kann, die nur über einige hundert oder tausend bewusste Anhänger verfügen und dennoch das gesellschaftliche und politische Leben beeinflussen, sind elitäre Nationalbewegungen nur bis zu einem gewissen Entwicklungsstadium denkbar. Um im Namen einer Nation auftreten zu können, müssen sie ab einem gewissen Punkt über eine Massenbasis verfügen.¹ Diese ist freilich oft nicht so breit, wie ihre Anhänger meinen. Zum Wesen von Nationalbewegungen gehört die Überschätzung ihrer gesellschaftlichen Breitenwirkung, und neuere Forschungen haben deutlich gezeigt, dass überall Teile der Bevölkerung in nationaler Hinsicht auf Dauer gleichgültig blieben. Dennoch bleibt festzuhalten, dass die Verbindung einer elitären Ideologie mit einer gewissen gesellschaftlichen Unterstützung für die Entwicklung einer Nationalbewegung und damit für die moderne Nationsbildung entscheidend ist.

Die Frage nach der sozialen Basis für die Entstehung der polnischen Nationalbewegung ist eindeutig zu beantworten: Adel (*szlachta*) und *Inteligencja* – in dieser Reihenfolge (→ III. G). Die Tradition der polnischen Adelskultur ist dabei von großer Bedeutung – allerdings nicht etwa, weil der polnische Adel bereits in der Frühneuzeit eine Vorstellung von einer polnischen Nation hatte. Die komplexe Kontroverse darüber, ob es vor der Moderne überhaupt Nationen gegeben hat,² kann hier ebenso übergangen

¹ Klassisch: HROCH, M.: *Die Vorkämpfer der nationalen Bewegung bei den kleinen Völkern Europas*. Praha 1968; DERS.: *Das Europa der Nationen. Die moderne Nationsbildung im europäischen Vergleich*. Göttingen 2005. – Der Beitrag insgesamt entstand im Rahmen des vom polnischen Nationalen Wissenschaftszentrum (Narodowe Centrum Nauki) geförderten Projektes Nr. 2015/19/B/HS3/03737.

² Zu dieser Frage: ARMSTRONG, J. A.: *Nations Before Nationalism*. Chapel Hill 1982; ANDERSON, B.: *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*. Erw. Neuausg. Frankfurt a.M. 1996 – engl. Orig. *Imagined Communities*. London 1983; GELLNER, E.: *Nationalismus und Moderne*. Hamburg 1995 – engl. Orig. *Nations and Nationalism*. Oxford 1983; HOBBSAWM, E. J.: *Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780*. Frankfurt a.M. 1991 – engl. Orig. Cambridge 1990; DERS./RANGER, T. (Hg.): *The Invention of Tradition*. Cambridge 1983. Vgl. SMITH, A. D.: *Nationalism and Modernism. A Critical Survey of Recent Theories of Nations and Nationalism*. London 1998; DIECKHOFF, A./JAFFRELOT, C. (Hg.): *Revisiting Nationalism. Theories and Processes*. London 2005.

werden wie die Frage nach den Ursprüngen der Idee einer polnischen Nation. Vielmehr soll in Anlehnung an Suzan Reynolds³ von folgender Arbeitshypothese ausgegangen werden: Ältere Kulturen schufen einen gewissen Bestand an Symbolen, Vorstellungen, einprägsamen Bildern und historischen Erzählungen, die zwar ein anderes Gesamtbild ergaben als das von den nationalen Ideologien des 19. Jahrhunderts gezeichnete, auf das diese aber im Prozess der modernen Nationsbildung zurückgreifen konnten. Mit Tadeusz Łepkowski kann auch zwischen feudalen und modernen Nationen unterschieden werden.⁴

In diesem Sinne stellte die Adelskultur Polen-Litauens (→ Bd. 2, VI. A/C und VII. D) die Sprache und die Zeichen bereit, die von der polnischen Nationalbewegung des 19. Jahrhunderts benutzt werden konnten. Zwar konnten moderne europäische Nationalbewegungen durchaus auch ohne aus vorangegangenen Epochen überlieferte Traditionen und Symboliken auskommen. Wo aber auf solche zurückgegriffen werden konnte, war es leichter, eine Nationalkultur zu begründen. Der entscheidende Unterschied zwischen den »historischen« und den sogenannten »unhistorischen« oder »jungen« Nationen bestand im Kern darin, dass eine wie auch immer beschaffene eigene Staatstradition den Begründern einer nationalen Ideologie einen Vorteil gegenüber jenen nationalen Ideologen verschaffte, die nicht auf einen entsprechenden Traditionsbestand zurückgreifen konnten.

Die Adelstradition war für die polnische Nationalbewegung aber noch aus einem weiteren Grund wichtig. Die frühneuzeitliche polnisch-litauische Adelskultur war nicht zuletzt von der Überzeugung geprägt, dass jeder Adlige ein souveränes Rechtssubjekt sei. Sie war eine Kultur der politischen Partizipation, der Dezentralisierung von Herrschaft sowie des Misstrauens gegenüber der Zentralmacht; der Soziologe Andrzej Zajączkowski hat Polen-Litauen entsprechend als »Föderation adliger Nachbarschaften« beschrieben.⁵ Darüber hinaus ist zu bedenken, dass die Adelskultur eine ständische war, die sich nach unten scharf abgrenzte. Der Adel war in Polen-Litauen freilich relativ zahlreich und bestand vor den Teilungen mindestens zur Hälfte aus Personen, die über keinerlei Landbesitz verfügten beziehungsweise materiell kaum besser gestellt waren als wohlhabendere Bauern. Dies verlieh der Adelskultur eine Art demokratischen Anstrich, verstärkte aber zugleich ständisches Exklusivitätsdenken. Arme Ständesangehörige, die nur auf ihre Adelszugehörigkeit als Kennzeichen eines privilegier-

³ REYNOLDS, S.: *Nations, Tribes, Peoples, and States*. In: POHL, W./GINGRICH, A. (Hg.): *Empires. Elements of Cohesion and Signs of Decay = medieval worlds 2* (2015) [Online Edition: <http://www.medievalworlds.net>], 79–88.

⁴ ŁEPKOWSKI, T.: *Polska – narodziny nowoczesnego narodu, 1764–1870* [Polen – Geburt der modernen Nation 1764–1870]. Warszawa 1967.

⁵ ZAJĄCZKOWSKI, A.: *Hauptelemente der Adelskultur in Polen. Ideologie und gesellschaftliche Struktur*. Marburg 1967 (Wissenschaftliche Übersetzungen des Johann-Gottfried-Herder-Instituts, 43) – poln. Orig. Wrocław 1961.

ten sozialen Status verweisen konnten und ständig von sozialer Deklassierung bedroht waren, achteten besonders darauf, dass die Standesgrenzen nicht fielen und sie ihre Unterscheidbarkeit von der Masse der Bauern nicht verloren.

In Hinblick auf den demokratischen Aspekt der ständischen Exklusivität polnischer Adelskultur ist andererseits zu bedenken, dass die verbreitete Demokratievorstellung, anders als es deren Kritiker oft darstellten, nicht nur als Argument zur Verteidigung adliger Privilegien diente. Die oben angesprochenen Elemente der polnischen Adelskultur erlaubten es nämlich besonders herausragenden Vertretern des Adels, den ständischen Rahmen zu überschreiten und frühzeitig nicht nur liberale, sondern sogar radikal demokratische Programme zu entwerfen. Wo die Repressionspolitik der Teilungsmächte auf die Überzeugung des Adels von seiner Souveränität traf, kamen häufig radikale und revolutionäre Ideologien zum Tragen. Und noch ein weiteres wichtiges Element der Adelstradition ist zu erwähnen. Zugehörigkeit zum polnischen Adel war politisch definiert, nicht ethnisch, und obwohl sich der Prozess einer allmählichen kulturellen Integration des Adels Polen-Litauens auch im 18. Jahrhundert fortgesetzt hatte, blieb der vorrangig politische Charakter polnischer Adeligkeit weiter von Bedeutung.

Dies war der Stand der Entwicklung, als die alte *Rzeczpospolita* 1795 endgültig von der Landkarte verschwand.⁶ Man kann darüber spekulieren, was hätte geschehen können, wenn die Republik zur Zeit der Napoleonischen Kriege noch bestanden hätte oder wenn sie durch die Beschlüsse des Wiener Kongresses 1815 in irgendeiner Gestalt wiederhergestellt worden wäre. Da es aber anders kam, erfolgte die moderne polnische Nationsbildung unter den Bedingungen des Fehlens eigener Staatlichkeit. Dies ist freilich nichts Besonderes: viele Nationalbewegungen entwickelten sich unter solchen Bedingungen, und die polnische Geschichtsschreibung hat das Fehlen von Staatlichkeit wohl oft zu stark als ein historisches Alleinstellungsmerkmal der polnischen Geschichte herausgestellt.

In den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts hatte sich die Idee der Adelsnation tendenziell demokratisiert (→ III. G/Bd. 2, V. F). Anachronistisch ausgedrückt hatte sich die feudale politische Nation in eine potentielle jakobinische politische Nation verwandelt. Dies bedeutete, dass zumindest die schmale Schicht der demokratischen Ideologen die gesamte Bevölkerung Polen-Litauens nun als die polnische Nation verstand.⁷ So sah es Hugo Kołłątaj, und so argumentierte auch Tadeusz Kościuszko – zumindest lässt sich dies der 1800 anonym in Paris erschienenen Schrift *Czy Polacy wybić się mogą na niepodległość?* [Können sich die Polen ihre Unabhängigkeit erkämpfen?]

⁶ Zu den Reaktionen auf den Verlust der Unabhängigkeit vgl. CZUBATY, J: *Zasada dwóch sumień. Normy postępowania i granice kompromisu politycznego Polaków w sytuacjach wyboru (1795–1815)* [Das Prinzip zweier Gewissen. Handlungsnormen und Grenzen der politischen Kompromissbereitschaft von Polen in Entscheidungssituationen (1795–1815)]. Warszawa 2005.

⁷ WALICKI, A.: *The Enlightenment and the Birth of the Modern Nationhood. Polish Political Thought from the Noble Republicanism to Tadeusz Kościuszko*. Notre Dame, Indiana 1989.

entnehmen, die in den folgenden Jahrzehnten zur Bibel der polnischen Aufstandsbewegungen werden sollte. In ihr ist von einer »Nation der 16 Millionen« die Rede,⁸ was der zeitgenössischen Einwohnerzahl ganz Polen-Litauens vor der ersten Teilung von 1772 etwa entsprach.

Um 1800 hatte sich damit die das Denken der polnischen Demokraten für ein halbes Jahrhundert bestimmende Vorstellung durchgesetzt, die polnische Nation umfasse die Gesamtheit der Einwohner der alten *Rzeczpospolita*. Wenn somit alle Bewohner des früheren Polen-Litauen als Nation gelten sollten, dann waren ihnen auch politische Rechte zuzugestehen, und die von Fronarbeit gekennzeichneten feudalen Verhältnisse auf dem Lande mussten beseitigt werden. Diese Schlussfolgerung zogen jedenfalls die polnischen Demokraten in den 1830er Jahren sowohl in der Emigration, wo sich das polnische politische Leben nach dem Scheitern des Novemberaufstandes im Herbst 1831 konzentrierte, als auch in den konspirativen Verbindungen im Land selbst (→ III. E/G).

Die polnische Nationalbewegung verfolgte damit ein politisches Nationskonzept – und dieser Befund steht in scharfen Widerspruch zu dem von der älteren Forschung geprägten Stereotyp, wonach im Osten Europas ein kultureller Nationalismus dominiert habe, im Westen hingegen ein staatlich-politischer. Die polnische Nationalidee entwickelt sich in diesem Zeitraum vielmehr weitgehend parallel zur französischen und war allenfalls insofern atypisch, als die politische Einheit, deren Einwohner die Nation bildeten, vorerst nur in der Imagination existierte. Gewiss war die polnische Romantik nicht zuletzt deshalb so bedeutend, weil sie die literarische Ausdruckskraft der polnischen Sprache in einem bis dahin noch nie erreichten Ausmaß erweiterte. Doch lässt sich keineswegs behaupten, dass die Sprache im Denken der polnischen Romantik als wichtigstes Element der Nationalität verstanden worden wäre. Vielmehr behandelte die polnische Romantik die Frage der polnischen Unabhängigkeit als Frage universeller Freiheit. So strebte etwa das Denken Adam Mickiewiczs mit bewundernswerter Konsequenz danach, sie von nationalistischem Partikularismus zu befreien. Der Preis für diesen patriotischen Internationalismus war freilich die Loslösung vom praktischen

⁸ *Czy Polacy wybić się mogą na niepodległość?* [Können sich die Polen ihre Unabhängigkeit erkämpfen?]. *Prykop nad Donem* [Paris 1800], 17 (digitalisiert unter www.polona.pl). Internetausgabe der während des Novemberaufstandes gedruckten, berichtigten Neuausgabe: *Czy polacy mogą się wybić na niepodległość? Dzieło jenerata Kniaziewiczza, na początku XIX wieku pisane* [Können sich die Polen ihre Unabhängigkeit erkämpfen? Ein Werk des Generals Kniaziewicz, am Anfang des 19. Jahrhunderts geschrieben]. Warszawa 1831: <http://literat.ug.edu.pl/polacy/index.htm> (zuletzt aufgesucht 6.3.2018). Den Text hatte zwar Kościuszkos Sekretär Józef Pawlikowski verfasst, aber er wird in der Forschung allgemein als Wiedergabe der Ideen von Kościuszko selbst verstanden. Zu Pawlikowski vgl. ROSTWOROWSKI, E.: *Jakobin Józef Pawlikowski anonimowym autorem słynnych pism politycznych* [Der Jakobiner Józef Pawlikowski, anonymer Autor berühmter politischer Schriften]. In: *Kwartalnik Historyczny* 63 (1956), H. 2, 74–94.

Leben: die polnische Nationalidee der romantischen Epoche war so vergeistigt, dass sie praktischen Fragen keinen Raum gab. Sie verkündete Brüderschaft mit den Juden, Ruthenen und Litauern, aber verwandte keinen Gedanken darauf, wie diese Brüderschaft in die Praxis umzusetzen sei.⁹

Es gab allerdings auch weiterhin Vorstellungen, die man als jakobinisch-zentralistisch bezeichnen könnte. Deren Verfechtern wäre zuzutrauen gewesen, dass sie – im Geist des französischen Revolutionärs Bertrand Barère und seiner Äußerungen im Namen des Wohlfahrtsausschusses im Jahr 1794¹⁰ – verkündet hätten: »Aberglauben, Fanatismus und Konterrevolution sprechen Ruthenisch«. Sie sahen in einer sprachlichen Polonisierung eine zwingende Voraussetzung für die Entwicklung einer einheitlichen politischen Nation und repräsentierten die zeitgenössisch unter Demokraten weit verbreitete Tendenz, zwischen historischen und unhistorischen Nationen zu unterscheiden und letztere als reaktionäre »Völkerruinen«¹¹ zu betrachten.

Andere Vertreter des polnischen romantischen Denkens, wie Mickiewicz selbst, aber auch die konservativ-liberalen Emigranten, die sich um Fürst Adam Jerzy Czartoryski sammelten, betrachteten den multiethnischen Charakter des früheren Polen-Litauen mit größerem Wohlwollen. Ihre Vorstellungen waren allerdings so unpräzise, dass man daraus nichts Konkretes in Bezug auf die künftige Gestalt Polens herauslesen kann – es ist sogar schwer auszumachen, ob sie meinten, dass die Einwohner des wiedererrichteten Landes eine multiethnische Nation oder aber viele Nationen bilden würden. Möglicherweise waren sie sich auch selbst nicht ganz darüber im Klaren. Schließlich war auch die traditionelle Terminologie in dieser Frage ausgesprochen unscharf. Jene »Singularisierung« von Begriffen, die Reinhardt Koselleck für eines der wichtigen Kennzeichen der »Sattelzeit« hielt,¹² hatte sich in der polnischen Sprache vor den Teilungen noch nicht vollzogen. Eine verbreitete Bezeichnung des früheren Staatswesens war *Rzeczpospolita obojga narodów* (Republik beider Nationen) und der damit angesprochene polnisch-litauische Dualismus wurde verdeutlicht durch das Wappen, das den polnischen Adler und den litauischen Ritter (*Vytis*, pol. *Pogoń*, weißr. *Pohonja* – »der

⁹ Vgl. WALICKI, A.: *Philosophy and Romantic Nationalism. The Case of Poland*. Oxford 1982.

¹⁰ BARÈRE [DE VIEUZAC], B.: *Convention nationale. Rapport et projet de décret, présentés au nom du Comité de salut public, sur les idiômes étrangers*, 8 pluviôse an II (27.1.1794). [Paris 1794] (digitalisiert unter >www.archive.org<), 8: »Le fédéralisme & la superstition parlent bas-breton; l'émigration & la haine de la République parlent allemand; la contre-révolution parle l'italien, & le fanatisme parle le basque. Brisons ces instruments de dommage & d'erreur.« Vgl. auch die Internetausgabe: >www.axl.cefan.ulaval.ca/francophonie/barere-rapport.htm< (letzter Zugriff: 6.3.2018).

¹¹ So Friedrich Engels über die tschechische und die südslawischen Nationen, vgl. ENGELS, F.: *Der magyarische Kampf*. In: Neue Rheinische Zeitung 13.1.1849. Abdruck in: Marx-Engels-Werke. Bd. 6, 165–173, hier 172 (Internetausgabe unter >www.mlwerke.de<).

¹² KOSELLECK, R.: *Historia Magistra Vitae. Über die Auflösung des Topos im Horizont neuzeitlich bewegter Geschichte* [1967]. In: DERS.: *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*. Frankfurt a.M. 1979, 38–66.

Verfolger«) zeigte, durch die doppelte Ämterhierarchie (der »Krone« und Litauens), die Zweiteilung der Armee und vieler anderer Institutionen (→ Bd. 2, VI. B). Gleichzeitig jedoch wurde vor den Teilungen in weniger offiziellen Äußerungen häufig die allgemeine Bezeichnung »Polen« für die Gesamtheit der Landesbewohner verwendet, während die »Litauer« nur eine der Untergruppen bildeten, so wie Ruthenen, Masuren oder Großpolen. Vom ungleichen Begriffscharakter von »Polen« und »Litauern« zeugt der Umstand, dass nie eine umgekehrte Situation auftrat, in der man die Gesamtheit der Einwohner der Republik als Litauer bezeichnet hätte und die Polen eine der Untergruppen gewesen wären. Die Erinnerung an den Dualismus blieb aber bis ins 20. Jahrhundert erhalten und erlaubte es, die Möglichkeit zu akzeptieren, dass ein zukünftiges Polen in irgendeiner Form ein Vielvölkerstaat sein würde. Auch wenn die Ideen der Romantik in dieser Frage äußerst unpräzise waren – ihren »internationalistischen« Aspekt sollte man auf keinen Fall unterschätzen. Die darauf gründende Tradition konnte zwar in den Dienst eines polnischen Imperialismus gestellt werden, aber sie konnte ebenso gut umgekehrt wirken: häufig milderte sie den Einfluss radikal chauvinistischer Ansichten.

Erst während der gesamteuropäischen Revolutionswelle des sogenannten Völkerfrühlings 1848/49 (→ III. F), in der Fragen der Nationalität eine Schlüsselrolle spielten, wurde polnischen Politikern stärker bewusst, dass das Verhältnis von polnischer nationaler Identität zu anderen Nationalitäten auf dem Gebiet des früheren Polen-Litauen geklärt werden musste. Im polnischen Aufstand von 1863/64 (→ III. H) wurde dann ein Staat dreier Nationen proklamiert, d. h. zur polnischen und litauischen eine ruthenische Nation hinzugefügt und neben dem Adler und dem Ritter auch der für das Kiewer Land stehende Erzengel Michael in das Wappen aufgenommen. Das Scheitern des Aufstandes führte dann zu einem grundlegenden Wandel der Nationsvorstellung, der nur vor dem Hintergrund der sozialen Bedingungen zu verstehen ist, unter denen sich die polnische Nationalbewegung nun entwickelte.

Auf weltanschaulicher Ebene galt, wie gezeigt, bis in das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts die gesamte Bevölkerung des früheren Polen-Litauen als polnische Nation. Zugleich steht aber fest, dass die große Mehrheit dieser Mitglieder der Nation nichts davon wusste, und ein Teil der Bevölkerung eine solche Identifikation sogar ablehnte. Denn zum einen entstammten die Männer und Frauen, die sich selbst bewusst der polnischen Nation zurechneten, hauptsächlich dem Adel oder der *Inteligencja* (die ihrerseits teilweise, wenn auch nicht ausschließlich adliger Herkunft war). Hinzu kam ein Teil des Bürgertums der wenigen größeren Städte (Warschau, Krakau, Posen, Lemberg, Wilna). Seit Anfang des 19. Jahrhunderts traten allmählich einzelne Personen aus bürgerlichen Schichten hinzu – aber in der Regel nur soziale Aufsteiger, die sich in das Stadtbürgertum oder die *Inteligencja* einreihen. Auch einzelne Personen jüdischer Herkunft begannen sich in diesem Zeitraum mit der polnischen Nation zu identifizieren. Die Masse der Bevölkerung indessen blieb der Nationalidee gegenüber gleichgültig

(wie im Übrigen jeder politischen Idee). Zum andern aber war die polnische Nationalidee (welcher Richtung auch immer) nicht das einzige Projekt einer Identitätsbildung auf dem Gebiet des früheren Polen-Litauen (→ IV. G). Die Teilungsmächte wirkten »von oben« darauf hin, dass sich die Bewohner der altpolnischen Länder in ihre staatliche Ordnung integrierten, was zwar nicht immer unvereinbar mit der Bewahrung und Entfaltung von Polonität war, aber eine Entwicklung polnischen Nationalbewusstseins langfristig ausschloss. Gleichzeitig entwickelten sich »von unten« langsam andere Nationalbewegungen, die mit der polnischen konkurrierten. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts betraf dies – neben der deutschen Nationalbewegung, die im preußischen Teilungsgebiet von den Behörden gefördert wurde – eigentlich nur die ukrainische Nationalbewegung, die seit den 1840er Jahren in Erscheinung trat. In der zweiten Jahrhunderthälfte kam eine litauische Nationalbewegung hinzu, um die Jahrhundertwende eine weißrussische. Auch die sich in dieser Zeit formierende säkular-jüdische (teilweise zionistische) Nationalbewegung ist hier zu erwähnen. Die anfangs ihrer eigenen Identität nicht sicheren »Waisenkinder Polen-Litauens« verwandelten sich im Laufe einiger Generationen in moderne Polen, Deutsche, Ukrainer, Litauer, Weißrussen oder sich national definierende Juden.

Aber nicht nur die Nationalbewegungen standen in Konkurrenz zu einander. Es entstanden vielmehr auch andere Formen kollektiver Identität, die auf lange Sicht zwar scheiterten, aber im 19. Jahrhundert durchaus so bedeutsam waren, dass sie keineswegs, wie es die spätere Geschichtsschreibung häufig getan hat, ignoriert werden sollten. So gab es neben den nationalen Identifikationen auch regionale, oft an ständische und dynastische Traditionen anknüpfende Identitäten, die lange Zeit eine ähnliche, wenn nicht stärkere Bindungskraft entfalteten. Dieser sogenannte »Landespatritismus« entwickelte sich in ganz Europa. Miroslav Hroch und Otto Dann schätzten ihn in ihren wichtigen vergleichenden Studien zur Entwicklung der Nationalbewegungen nur als eine Etappe auf dem Weg zum modernen Nationalbewusstsein ein.¹³ Anstatt von Phasen sollte man aber eher von Varianten der Entwicklung territorialer Identität sprechen, denn es ist keineswegs klar, was früher und was später entstand. Auf dem Gebiet der ehemaligen *Rzeczpospolita* erscheint der litauische Fall am interessantesten. Die Tradition der Besonderheit des Großfürstentums Litauen brachte ein spezifisches litauisches Identitätsgefühl hervor, schwächer als das moderne Nationalgefühl, aber stärker als die meisten Regionalismen. Sein hervorragendster Vertreter war Adam Mickiewicz, der seine Versdichtung *Pan Tadeusz*, die zu den wichtigsten Werken polnischer Litera-

¹³ Ein Überblick in DANN, O./HROCH, M./KOLL, J. (Hg.): *Patriotismus und Nationenbildung am Ende des Heiligen Römischen Reiches*. Köln 2003. Allgemein zur Vielfalt und Bedeutung von Regionalismen vgl. THER, P. (Hg.): *Regionale Bewegungen und Regionalismen in europäischen Zwischenräumen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts*. Marburg 2003 (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung, 18).

tur gehört, mit den Worten: »Litwo! Ojczyzno moja!« [»Litauen! Mein Vaterland!«] einleitete.¹⁴ Einen späten Versuch, die frühere vornationale Identität des Großfürstentums Litauen neu zu beleben und mit zeitgemäßen Begriffen zu beschreiben, unternahm an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert die Gruppe der sogenannten »Krajowcy« [»Eingeborenen«], in der sich vor allem Vertreter der Intelligenz zusammenfanden, die vom gutsbesitzenden Adel abstammten.¹⁵

Ähnliches lässt sich auch in den »ruthenischen« Ländern der alten *Rzeczpospolita* beobachten – also in den Gebieten, die im Mittelalter Teil der Kiever Rus' gewesen waren und in denen der Großteil der Bevölkerung sich im Alltag ostslawischer Sprachen bediente, aus denen sich die moderne weißrussische bzw. ukrainische Sprache entwickelte. Viele Menschen sahen hier offenbar keinen Widerspruch zwischen polnischer und ruthenischer Identität. Zwar gibt es dafür keine eindeutigen Belege, doch weisen viele zeitgenössische Äußerungen in diese Richtung. Einerseits kann man sich vorstellen, das Ruthenisch- oder Litauisch-Sein als regionale Teilmenge von »Polonität« im Sinne einer nationalen Identität verstanden wurde. Andererseits ist denkbar, dass man sich als »Ruthene« oder »Litauer« im Sinne nationaler Identität verstand, diese aber einem weiter gefassten Begriff von »Polonität« unterordnete. Letztere wäre dann freilich keine Kategorie nationaler Zugehörigkeit, sondern gewissermaßen ein »Regenschirm«-Konzept, d.h. ein Sammelbegriff für die politisch-kulturelle Einheit der alten *Rzeczpospolita*, die unterschiedliche nationale Identifikationen vereinte.

Solche Fragen sind bisher nicht systematisch untersucht worden – wohl nicht zuletzt, weil es dafür bisher keinen validen Begriffsapparat gibt. Die Geschichtswissenschaft hat aber den Befund zu konstatieren, dass sich auf dem Gebiet des ehemaligen Polen-Litauen im 19. Jahrhundert ganz unterschiedliche Formen von territorialer bzw. nationaler Identität entwickelten.

Im Hinblick auf das Phänomen des Landespatritismus ist nach dessen Entwicklungsperspektiven und nach den Ursachen seines Scheiterns zu fragen. Der Gedanke liegt nahe, dass die Identifikation mit einem historischen Territorium eigentlich größere Resonanz hätte finden müssen als die abstraktere nationale Ideologie – zumindest so-

¹⁴ Mickiewicz, A.: *Pan Tadeusz, czyli Ostatni zajazd na Litwie*. 2 Bde. Paryż 1834 (klass. dt. Übersetzung: *Herr Thaddäus oder Der letzte Einritt in Lithauen*. Übersetzt von Siegfried Lipiner. Leipzig 1882). Hier davon abweichend übersetzt.

¹⁵ Unter den Texten, die das Selbstverständnis dieser Gruppe zum Ausdruck bringen, am leichtesten zugänglich ist der offene Brief, den Michał Römer (lit. auch Mykolas Römeris) 1922 an Józef Piłsudski richtete, nachdem dieser in einer Rede die Inkorporation des Wilnaer Gebiets in die Republik Polen begründet hatte. Er stammt damit allerdings aus etwas späterer Zeit, als die »übernationale« Identität« endgültig in eine schwere Krise geraten war. Vgl. die engl. Übersetzung: RÖMER, M.: *Answer to Józef Piłsudski*. In: ERSOY, A./GÓRNY, M./KECHRITIS, V. (Hg.): *Discourses on Collective Identity in Central and Southeastern Europe (1770–1945)*. Bd. 3.1: *Modernism. The Creation of Nation-States*. Budapest 2010, 378–381.

lange ein Großteil der Gesellschaft noch kein modernes Nationalgefühl entwickelt hatte. Allerdings zeigt die Entwicklung an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, dass die politische Mobilisierung der noch nicht von Nationalisierungsprozessen erfassten (vor allem bäuerlichen) Bevölkerung fast immer mit der Ausbildung ihrer nationalen Identität einherging. Es gelang weder den monarchischen Regierungen noch den Konservativen unterschiedlicher Richtung, politische Unterstützung in der Bevölkerung zu gewinnen, ohne diese zugleich für nationale Ideologien empfänglich zu machen. Offensichtlich konnte das weitverbreitete Gefühl von lokaler Zugehörigkeit und Gemeinschaft auch deshalb nicht durch die von Vertretern der Gutsbesitzer und der *Intelligencja* entworfenen Ideologie eines »Landespatriotismus« kanalisiert werden, da es den sich parallel verbreitenden nationalen Ideologien schneller und besser gelang, soziale Emanzipationsbestrebungen zu bedienen – um den Preis neuer nationaler Gegensätze.

Auch für die polnische Nationalbewegung brachten die sich rasch ändernden sozialen und politischen Verhältnisse am Ende des 19. Jahrhundert eine Neuausrichtung mit sich. Die totale Niederlage des Aufstands von 1863 hatte binnen weniger Jahre einen radikalen Umschwung der öffentlichen Meinung zur Folge. Die nächste Generation wuchs in einer von Positivismus und Rationalismus geprägten Atmosphäre auf, deren Leitidee die Organische Arbeit war (→ IV. D). Während in der gesamteuropäischen Ideengeschichte Organismus-Konzepte vor allem auf der rechten Seite des politischen Spektrums zu verorten sind, hatte unter den polnischen Bedingungen die Idee Organischer Arbeit – auch wenn sie in unterschiedlichsten politischen Varianten auftrat – ihre Anhänger vor allem in der liberalen Bewegung. Als »organisch« wurde eine Entwicklung bezeichnet, die die gesamte Gesellschaft erfassen und keine soziale Gruppe von ihren Errungenschaften ausschließen sollte. Dies hatte durchaus auch einen paternalistischen Aspekt, der aber nicht im Vordergrund stand.

Hinsichtlich des Einflusses des Positivismus auf die Inhalte des polnischen Nationalbewusstseins sind zwei Entwicklungen hervorzuheben. Erstens entsprang die Verschiedenheit der in der Epoche der Romantik und der des Positivismus dominierenden politischen Strategien unter anderem aus einem unterschiedlichen Verständnis von nationaler Gemeinschaft. Wie Adam Sowiński herausgearbeitet hat, fürchteten die nach dem Novemberaufstand von 1830/31 nach Frankreich emigrierten Romantiker (→ III. E), dass als Folge der Niederlage die Existenz der polnischen Nation bedroht sei. Aus diesem Grund hielten sie die Vorbereitung eines neuen Aufstands für zwingend erforderlich, selbst wenn dessen Erfolgchancen gering wären – ja, selbst wenn es bei einer erneuten Niederlage zu weiteren Repressionen kommen würde. Der Verzicht darauf käme der Akzeptanz einer Entnationalisierung gleich.¹⁶

¹⁶ SOWIŃSKI, A.: »Czy istnieje naród polski?« *Dyskusja na łamach paryskiego »Postępu« w 1834 r.* [»Gibt es eine polnische Nation?« Eine Diskussion in den Spalten des Pariser »Postęp« von 1834]. In: *Kwartalnik Historyczny* 113 (2006), 85–102.

Die Vordenker des polnischen Positivismus dagegen gingen davon aus, dass die polnische Nation vor allem deshalb bedroht sei, weil sie im Vergleich zu den Teilungsmächten (insbesondere Preußen) und allgemein zu westlichen Nationen zivilisatorisch rückständig sei. Die einzige Chance, diese Rückständigkeit zu überwinden, lag ihrer Meinung nach darin, auf Aufstände zu verzichten und sich stattdessen langfristiger organischer Arbeit zu widmen. Zugespielt: die Romantiker nahmen an, dass sich die Chancen der Polen mit der Zeit immer weiter verschlechtern würden, während die Positivisten vom Gegenteil überzeugt waren, sofern die Zeit nur richtig genutzt würde. Entsprechend unterschieden sich die jeweiligen politischen Strategien.

Die zweite wichtige Entwicklung der polnischen Nationalbewegung unter dem Einfluss des Positivismus bestand in dessen paradox erscheinender Übernahme einiger Ideen der Romantik. Die Positivisten waren davon überzeugt, dass die Entwicklung der Wirtschaft sowie die damit einhergehende Ausbreitung von Bildung und Rationalismus es ermöglichen würden, nationale und soziale Konflikte zu überwinden, da diese keinerlei rationale Ursachen hätten und objektiv allen Beteiligten gleichermaßen schaden. Bei der Übertragung dieser für jeden aufgeklärten Rationalismus typischen Überlegungen auf die polnische Praxis konnte auf die stark nachwirkenden Ideen der zuvor dominierenden Romantik zurückgegriffen werden, die ja ebenfalls, wenn auch anders begründet, eine Völkerverbrüderung und die Durchsetzung allgemeiner, nicht nur nationaler Freiheit ankündigt hatte. Wenn die polnische Nationsidee in diesem Zeitraum dennoch zunehmend ethnische Züge annahm, so hatte dies eher nicht mit rassistischen Konzepten eines positivistischen Biologismus zu tun. Deren Einfluss kann zwar nicht ganz ausgeschlossen werden, zumindest der Warschauer Positivismus war aber im Prinzip frei von solchen Ideen. Der Grund für die zunehmende Ethnisierung des Nationsbegriffes lag vielmehr vor allem in der Ernüchterung in Bezug auf weitgesteckte politische Ziele: das Ideal der Wiederherstellung der Vorteilungsgrenzen trat vorläufig in den Hintergrund (im österreichischen Teilungsgebiet, in dem seit der Verfassung von 1867 weitgehende politische Freiheitsrechte garantiert waren, wurde dieses Ideal zwar auch nicht mehr offen in politischen Programmen propagiert, aber in der Vorstellungswelt der gebildeten Eliten wurde weit länger an ihm festgehalten).

Grundsätzlich jedenfalls hatte der Patriotismus der Positivisten ebenso wie der der Romantiker eine internationalistische Färbung: gegeneinander kämpfen würden nur reaktionäre Regierungen, während freie Völker in Bruderschaft miteinander leben könnten. Erst in der folgenden Epoche um 1900 erfolgte ein grundlegender Wandel der polnischen nationalen Ideologie. Die rasch wachsende nationaldemokratische Bewegung gründete auf einem radikal ethnischen Nationsverständnis und wandte sich gegen das Erbe sowohl der Romantik als auch des Positivismus. Die Idee einer Bruderschaft der Völker wurde verworfen und stattdessen verkündet, dass Feindschaft der normale Zustand in den Beziehungen zwischen Nationen sei – ein Gedanke, der in Publikationen wie Roman Dmowskis *Myśli nowoczesnego Polaka* [Gedanken eines modernen

Polen] von 1903 und Zygmunt Balickis *Egoizm narodowy wobec etyki* [Der Nationalegoismus und die Ethik] von 1902 seinen Ausdruck fand. Dmowski wendete sich dabei explizit gegen die »Patrioten alten Schlags«, die meinten, die Polnische Frage sei eine der allgemeinen Freiheit.¹⁷

Die Ausbreitung dieses neuen Nationalismus war Teil eines grundlegenden Wandels der polnischen politischen Landschaft, die mit der Entstehung von Massenorganisationen einherging (→ IV. E/G). In den österreichischen und preußischen Teilungsgebieten geschah dies allmählich, im russischen erfolgte die politische Öffnung hingegen, wie im gesamten russischen Imperium, gewaltsam und blutig im Ergebnis der Revolution von 1905 (→ IV. F). Von einer Massenbasis der politischen Parteien und Organisationen kann allerdings nur relativ bezogen auf frühere Epochen die Rede sein. Die Mehrheit der ländlichen Bevölkerung wurde von der Agitation der politischen Akteure wahrscheinlich weiterhin nicht erreicht. In einer soziologischen Untersuchung zu einem Dorf im westlichen Galizien (einem polnischsprachigen und katholischen Gebiet) stellte Michał Łuczewski fest, dass sich dort erst in den 1960er Jahren ein tieferes Gefühl polnischer nationaler Identität verbreitete. Zuvor überwog die lokale, religiöse oder schichtbezogene, bäuerliche Identität.¹⁸ Diese Forschungsergebnisse lassen sich zwar nicht verallgemeinern, aber auch andere Studien legen nahe, dass sich die bäuerliche Bevölkerung vielerorts nicht nur als gleichgültig gegenüber nationalen Ideologien erwies, sondern sich ihnen zeitweise sogar aktiv widersetzte. Solche Anationalität konnte aber den Aufstieg des Nationalismus nicht bremsen – aus dem bereits erwähnten Grund, dass der Weg zur Massenmobilisierung über die Ausbreitung nationaler Identität führte und folglich die anationalen Massen keinerlei Bedeutung im politischen Wettstreit hatten. Bis zu einem gewissen Zeitpunkt konnte es allerdings scheinen, dass es den sozialdemokratischen Gruppierungen gelingen würde, breitere Bevölkerungsgruppen an die moderne politische Welt heranzuführen, ohne sie gleichzeitig national zu prägen. Am Ende zeigte sich aber, dass auch der Sozialismus für die Arbeiter einen Weg zu nationalem Bewusstsein ebnete, freilich in anderer Form als von den radikalen Nationalisten erwünscht. Auch im Falle der Frauenbewegungen vor 1918 und der sich besonders in Galizien seit den 1890er Jahren rasch entwickelnden Bauernbewegung lässt sich eine Verbindung von zunehmender Politisierung und Ausbreitung nationalen Bewusstseins konstatieren.

Die Umformung des polnischen Nationskonzepts durch die nationaldemokratische Ideologie hatte einige wichtige Konsequenzen. Zunächst: Anstelle Russlands wurde

¹⁷ PORTER, B.: *When Nationalism Began to Hate. Imagining Modern Politics in Nineteenth-Century Poland*. New York 2000; KRZYWIEC, G.: *Szowinizm po polsku. Przypadek Romana Dmowskiego (1886–1905)* [Chauvinismus auf Polnisch. Der Fall Roman Dmowski (1886–1905)]. Warszawa 2009.

¹⁸ ŁUCZEWSKI, M.: *Owieczny naród. Polak i katolik w Żmijęcej* [Die uralte Nation. Der Pole und der Katholik in Żmijęca]. Toruń 2012.

nun Deutschland zum Hauptfeind – ein geradezu unerhörtes Novum, da seit dem Ende des 18. Jahrhunderts die Hauptstoßrichtung der gesamten polnischen Nationalbewegung durchgängig gegen Russland gerichtet gewesen war. Die Ursachen dieses Umschwungs bedürfen weiterer Forschung.

Eine zweite Folge des neuen Nationalismus war der Antisemitismus (→ IV. G und V. C). Mit der Frage, wie mit der jüdischen Bevölkerung umzugehen sei, hatten sich die polnischen Patrioten zwar schon seit der Aufklärung auseinandergesetzt, aber bis in das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts hatte die Ansicht überwogen, dass die Juden durch Assimilation langfristig Polen werden würden. Ähnlich wie die Bauern betrachtete man sie als noch unbewusste Mitglieder der Nation. Dies begann sich aber am Ende des 19. Jahrhunderts zu ändern, und nach der Revolution von 1905 kam es im russischen Teilungsgebiet zu einer Welle des polnischen Antisemitismus, die ihren Höhepunkt 1912 während der Wahlkampagne zur Staatsduma des Russischen Reiches erreichte. Zugleich spaltete sich die jüdische Gesellschaft in streng Religiöse (Orthodoxe und Chassiden), Assimilationswillige und jüdisch Nationale (sozialistische Bundisten und Zionisten) (→ V. C). Die Gründung der nationalen jüdischen Bewegungen wurde dabei von vielen Polen, nicht nur von radikalen Antisemiten, als Verrat wahrgenommen.

Drittens ist auf den Einstellungswandel der katholischen Kirche hinzuweisen. Entgegen einem verbreiteten Stereotyp hat der Katholizismus im 19. Jahrhundert für die Entwicklung des polnischen Nationalbewusstseins lange eine eher unwesentliche Rolle gespielt. Die ultramontane Kirche blieb zunächst skeptisch gegenüber der mit radikal demokratischen Ideen verknüpften Vision eines unabhängigen Polen. Dies änderte sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts, als die Kirche danach strebte, sich der Moderne anzupassen und, als Konsequenz daraus, ein großer Teil des katholischen Klerus in den polnischen Ländern die Ideen des modernen Nationalismus aufgriff. Dass die Kirche sich von ihrem traditionellen Konservatismus löste, indem sie auf die Seite der Nationaldemokraten wechselte, war mitentscheidend dafür, dass es diesen gelang, die politische Szene zu dominieren.¹⁹

Der vierte zu erwähnende Faktor war der Paradigmenwechsel vom Universalismus zum Nationalegoismus, der mit einem neuen Verständnis von Sozialdarwinismus einherging. Hatten die Positivisten damit den Kampf der Menschen gegen die Widrigkeiten der Natur assoziiert, so sahen die Nationalisten in ihm den Kampf zwischen den Nationen.

Es ist schwer ein vollständig überzeugende Erklärung dafür zu finden, warum es gleichzeitig mit dem Entstehen moderner Massenpolitik und der Demokratisierung der polnischen Gesellschaft um 1900 zu einer konzeptionellen Neuausrichtung der polnischen Nationalbewegung kam – eine gewisse Rolle mag das Vorbild des im deutschen Kaiserreich und in Österreich-Ungarn entstandenen deutschen radikalen Nationalismus

¹⁹ Vgl. PORTER, B.: *Faith and Fatherland. Catholicism, Modernity and Poland*. Oxford 2011.

gespielt haben. Tomasz Kizwalter, der Ernest Gellners Theorie vom Nationalismus als Produkt der Moderne auf den polnischen Fall übertragen hat, kommt in einer grundlegenden Studie zu dem radikalen Schluss, dass sich ein modernes polnisches Nationalbewusstsein eigentlich erst am Anfang des 20. Jahrhunderts herausgebildet habe.²⁰ Auch wenn diese These umstritten bleibt, trifft sie zweifellos insofern zu, als den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts eine Schlüsselrolle bei dessen Entwicklung zukam.

Der moderne Nationalismus der Nationaldemokratie triumphierte allerdings nicht widerspruchlos. Der romantische Nationalismus wurde von der polnischen Sozialdemokratie aufgegriffen. Diese folgte mehrheitlich nicht Rosa Luxemburgs Ansicht, dass der nationalen Frage keine Bedeutung mehr zukomme. Vielmehr versuchte sie, den marxistischen Internationalismus mit polnischem Patriotismus zu verbinden (→ IV. E/G). Die romantischen Ideen wurden dabei mit Hilfe marxistischer Kategorien überformt. Kazimierz Kelles-Krauz, der bedeutendste Theoretiker dieser Denkrichtung, argumentierte zum Beispiel, dass die Bildung von Nationalstaaten die proletarische Revolution beschleunigen würde, da sie die Entstehung nationaler Bourgeoisien befördere.²¹ Der grundlegende Gedanke blieb aber der gleiche wie in der Generation von Adam Mickiewicz: das Ziel bestehe im Sturz der reaktionären Regierungen, auf den eine internationalistische Völkerverbrüderung folgen würde – der Weg dahin sei der Kampf um Polens Unabhängigkeit. Zugespitzt könnte man behaupten, dass der Streit zwischen dem integralen Nationalismus der Nationaldemokraten und dem romantisch beeinflussten freiheitlichen Patriotismus die Struktur des polnischen politischen Lebens bis zum Zweiten Weltkrieg grundlegend prägte und in mancher Beziehung auch noch bis heute prägt.

Die Trennlinie verlief dabei seit Beginn des 20. Jahrhunderts nicht mehr zwischen ethnisch-kulturellem und politischem Nationalismus, denn auf beiden Seiten dominierte ein ethnisch-kulturelles Verständnis von Nation. Was die Lager trennte, war vielmehr ihre Einstellung gegenüber den anderen auf dem Gebiet der früheren *Rzeczpospolita* lebenden Nationen. Die Nationaldemokraten sprachen sich dezidiert für die Ausgrenzung der Juden und die Polonisierung aller anderen Minderheiten aus. Die Mehrheit der »Patrioten alten Typs« hingegen erkannten zumindest theoretisch (in der Praxis gab es durchaus Abweichungen) allen Nationen in einem zukünftigem Polen das Recht auf Eigenständigkeit zu, hielten im Falle der Juden aber die Assimilation für die beste Lösung (welche allerdings seit Beginn des 20. Jahrhunderts immer weniger durchführbar erschien). Paradoxaerweise hielten gerade einige der radikalsten Nationalisten aufgrund ihrer Überzeugungen in der Nationalitätenfrage den Verzicht auf jene Teile des früheren

²⁰ KIZWALTER, T.: *Über die Modernität der Nation: der Fall Polen*. Osnabrück 2013 (Klio in Polen, 16) – poln. Orig. Warszawa 1999.

²¹ Vgl. SNYDER, T.: *Nationalism, Marxism, and Modern Central Europe: A Biography of Kazimierz Kelles-Krauz (1872–1905)*. Cambridge, Mass. 1997.

Polen-Litauens, die von nichtpolnischen Nationen bewohnt wurden, für sinnvoll. So argumentierte zum Beispiel Roman Dmowski in einer allerdings erst nach dem Ersten Weltkrieg entstandenen Abhandlung.²² Die föderalistisch eingestellten Patrioten verlangten hingegen teilweise sogar, dass das neue Polen über die Grenzen Polen-Litauens vor 1772 hinausgehen müsse, denn eine Mehrheit ethnischer Polen war ihrer Meinung nach keine Bedingung für den Staatsaufbau.²³

Die hier getroffene Unterscheidung zwischen zwei Formen des Nationsverständnisses bedeutet freilich eine grobe Vereinfachung, bei der einige der wichtigsten Persönlichkeiten und programmatischen Positionen außer Acht gelassen werden. Die beiden Formen sollten eher als Idealtypen verstanden werden denn als Beschreibungen der Wirklichkeit. Damit im Zusammenhang steht, dass die Anhänger des traditionellen Patriotismus keineswegs idealisiert werden sollten, denn in vielen Fällen dienten deren Freiheitsparolen nur als Vorwand für chauvinistische Vorurteile, die anderen Nationalitäten die Fähigkeit zu selbstbestimmter Entwicklung absprachen. Andererseits sollten auch die Ansichten der Nationaldemokratie nicht völlig dämonisiert werden – unter ihren Anhängern gab es viele Gemäßigte, deren Ansichten weit weniger radikal waren als die oben skizzierten. Daher kann die Unterscheidung von zwei Lagern nur für eine grobe Orientierung dienen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass im 18. Jahrhundert zunächst die standesbezogene Idee einer politischen Nation vorherrschte, die sich auf den gesamten Adel Polen-Litauens bezog (obwohl gelegentlich auch die Idee einer überständischen Nation formuliert wurde). Diese politische Nation älteren (feudalen) Typs wurde dann allmählich von der modernen Idee einer politischen Nation verdrängt, die sich auf die gesamte Bevölkerung des Staatsterritoriums bezog – das jakobinische Modell. Im Ergebnis der Teilungen wurde aus dem realen Staatsterritorium ein imaginiertes (»die Grenzen von 1772«), aber dies änderte nichts am Kern des jakobinischen Modells. Durch die polnische Romantik in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts erfuhr die Nationsidee dann eine Idealisierung und metaphysische Deutung als Symbol universeller Freiheit. Die Vorstellungen von ihrer konkreten Form blieben allerdings unklar und oszillierten zwischen ethnischen und politischen Varianten. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts setzte sich allmählich die Vorstellung durch, dass die polnische Nation eher über die Sprache zu definieren sei als über die Zugehörigkeit zu einem gemeinsamen (seit 1795 nicht mehr existierenden) politischen Verband. Dieser Übergang von einer politischen

²² DMOWSKI, R.: *Polityka polska i odbudowanie państwa* [Polnische Politik und Wiederaufbau des Staats]. Warszawa 1925.

²³ Ein Beispiel ist die Argumentation der ehemals führenden Persönlichkeit der Krakauer Konservativen Michał Bobrzyński, vgl. BOBRZYŃSKI, M.: *Dzieje Polski w zarysie* [Abriss der polnischen Geschichte]. Bd. 3: *Dzieje porozbiorowe* [Geschichte der Nachteileilungszeit]. Warszawa 1931, 398.

zu einer ethnischen Nationsidee lässt sich sowohl auf Seiten derjenigen Akteure beobachten, die anderen Nationen kein Recht zu eigenständiger Existenz auf dem Gebiet des früheren Polen-Litauen einräumen wollten, als auch bei denen, die dazu bereit waren. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts vollzog sich schließlich im Kontext der politischen Mobilisierung breiterer Bevölkerungsschichten ein grundlegender Wandel. Der frühere romantische Patriotismus geriet in eine Krise und musste sich den Einfluss auf die Gesellschaft mit einer neuen radikalnationalistischen Ideologie teilen. Diese trug zu einem Anwachsen des Antisemitismus bei, drängte die Nationalbewegung zum Übergang von einer antirussischen zu einer antideutschen Orientierung und wurde zunehmend von Vertretern der polnischen katholischen Kirche übernommen. Der damit erreichte Stand der ideologischen Auseinandersetzungen um die Idee polnischer Nation blieb auch während des Ersten Weltkrieges und der ersten Zeit danach im Wesentlichen bestehen, obwohl sich die politischen und sozialen Verhältnisse stark veränderten und ein unabhängiger polnischer Staat gegründet wurde.

War Polen als Nation im 19. Jahrhundert rückständig? Nicht nur zeitgenössische Gegner der polnischen Unabhängigkeitsbewegung – etwa die Mehrheit im deutschen Paulskirchen-Parlament des Jahres 1848 oder die russische Öffentlichkeit im Aufstandsjahr 1963 (→ III. F/H) – unterstellten dies mit der Behauptung, dass die polnische Nationalbewegung eigentlich eine rückwärtsgewandte, von partikularen Adelsinteressen geleitete Bewegung sei. Vielmehr ist auch die moderne, an der Modernisierungstheorie orientierte europäische Nationalismus-Forschung dieser Argumentation in gewisser Weise gefolgt: Der »Königsweg« moderner europäischer Nationsbildung, so die Annahme, sei die Verbindung von sozial-kultureller Verbürgerlichung der Gesellschaft, bürokratischer Staatsbildung und politischer Demokratisierung gewesen.²⁴ Nationen oder nationale Bewegungen, welche diese Bedingungen nicht erfüllten, wären demnach als rückständig einzuordnen. Ist diese Kategorisierung für den Fall der polnischen Nationsbildung im 19. Jahrhundert angemessen?

Soweit es um die soziale Trägerschaft der polnischen Nationalbewegung geht, trifft eine solche Zuordnung vordergründig zu. Trägerschichten des polnischen Patriotismus waren zunächst der Adel und später die *Inteligencja* (die freilich keineswegs die Wert-

²⁴ DANN, O.: *Nation und Nationalismus in Deutschland: 1770–1990*. München 1996; DERS.: *Nationalism and Modernity*. San Domenico 1999 (European University Institute: EUI working paper/HEC, Department of History and Civilization No. 99,1); LANGEWIESCHE, D.: *Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa*. München 2000. Im weiteren Kontext der Diskussion über den Zusammenhang zwischen dem Aufstieg des Bürgertums als soziale Formation und der Entstehung von Staatsbürgergesellschaften KOCKA, J.: *Zivilgesellschaft in historischer Perspektive*. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 16 (2003), H. 2., 29–37. Zur Kritik vgl. MÜLLER, M. G.: *Die Historisierung des bürgerlichen Projekts – Europa, Osteuropa und die Kategorie der Rückständigkeit*. In: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* 29 (2000), 163–170.

vorstellung des Adels so vollständig übernahm, wie einige Soziologen meinen).²⁵ Nur in geringerem Maße beteiligten sich das städtische Bürgertum, die Bauern und die Arbeiter, ebenso wenig das in den polnischen Ländern ohnehin nicht einflussreiche Unternehmertum. Die soziale Position der neuen Bildungseliten – derjenigen Gruppe, welche in vielen europäischen Ländern eine Schlüsselrolle bei der Verbreitung der nationalen Idee spielte – erscheint im polnischen Fall dadurch insofern schwach, als die *Inteligencja* in der zweiten Jahrhunderthälfte nur zu einem geringen Teil Zugang zu staatlichen Ämtern, etwa als Lehrer, hatte – bedingt durch die Germanisierungs- bzw. Russifizierungsbestrebungen in Verwaltung und Schulwesen im preußischen und russischen (wenn auch nicht im österreichischen) Teilungsgebiet. In diesem Sinn war die polnische Nationalbewegung des 19. Jahrhunderts sicher keine bürgerliche Bewegung im strikten Sinn.

Bedeutet dieser Umstand jedoch, dass die Trägergruppen der nationalen Bewegung auch andere, etwa »vor-« oder gar »antibürgerliche« Nationsprojekte verfolgten? Dies lässt sich, wenn wir »Bürgerlichkeit« im weiteren Sinn als eine politische und kulturelle Werteordnung verstehen,²⁶ sicher verneinen. Zwar war die Entwicklung des Geisteslebens in Polen durch die Bedingungen der Peripherie geprägt und wurde zu einem Großteil vom Transfer »westlicher« Ideen bestimmt. Doch bestand dieser Transfer keineswegs in der bloßen Übernahme solcher Ideen im Sinne einer nachholenden Entwicklung. Vielmehr entstanden aus der Auseinandersetzung mit den Konzepten von Bürgerlichkeit eigene, originelle Entwürfe von Nation und Modernität, die ihrerseits zum Teil auf den politisch-kulturellen Diskurs in den intellektuellen Zentren zurückwirkten – man denke an Adam Mickiewicz und seine Vorlesungen am Collège de France.

Die Originalität der polnischen Antworten auf die Frage nach der Gestalt der modernen Nation bestand vor allem darin, dass sie die europäischen Visionen von Bürgerlichkeit – staatsbürgerliche Freiheit, sozialer Ausgleich, politische Partizipation – mit den besonderen Herausforderungen in den ehemaligen Ländern Polen-Litauens in Einklang zu bringen versuchten. Die eine große Herausforderung war natürlich die wirtschaftlich-soziale Rückständigkeit – ein Merkmal, das die polnischen Länder freilich mit den meisten an der europäischen Peripherie entstehenden modernen Nationen, auch denen des Westens, gemeinsam hatte. Die andere, besondere Herausforderung bestand in der Teilungssituation und im Fehlen der staatlichen Unabhängigkeit, also darin, dass selbst die Eliten nur über sehr eng begrenzte gesellschaftliche Handlungsspielräume verfüg-

²⁵ So etwa CHAŁASIŃSKI, J.: *Spoleczna genealogia inteligencji polskiej* [Die soziale Genealogie der polnischen *Inteligencja*]. Warschau 1946; DERS.: *Przeszłość i przyszłość inteligencji polskiej* [Vergangenheit und Zukunft der polnischen Intelligenz]. Warszawa 1958 – dt. Übersetzung Marburg a. d. Lahn 1965.

²⁶ HETTLING, M./HOFFMANN, S.-L.: *Der bürgerliche Wertehimmel. Zum Problem individueller Lebensführung im 19. Jahrhundert*. In: *Geschichte und Gesellschaft* 23 (1997), 333–360; Vgl. DIES. (Hg.): *Der bürgerliche Wertehimmel. Innenansichten des 19. Jahrhunderts*. Göttingen 2000.

ten, was die Arbeit an der inneren Nationsbildung über die Teilungsgrenzen hinweg erheblich erschwerte. So wurde ein besonderer Weg zur modernen Nationalgesellschaft entworfen, wenngleich das Repertoire der Begriffe und nationalen Mobilisierungsinstrumente dem in anderen europäischen Ländern anzutreffenden weitgehend glich – eine Entwicklung, die sich so für praktisch alle europäischen Länder in diesem Zeitraum konstatieren lässt.²⁷

Schließlich: Auch die Tatsache, dass auf dem Lande Menschen erst extrem spät, zum Teil erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu Polen wurden, repräsentiert eher den europäischen Normalfall der Ausbreitung von Nationalbewusstsein als die Ausnahme.²⁸

²⁷ DANN, O./DINWIDDY, J. (Hg.): *Nationalism in the Age of the French Revolution*. London 1988; THIESE, A.-M.: *National Identities. A Transnational Paradigm*. In: DIECKHOFF, A./JAFFRELOT, C. (Hg.): *Revisiting Nationalism. Theories and Processes*. London 2005, 122–143.

²⁸ In europäisch vergleichender Perspektive vgl. HAUPT, H.-G./MÜLLER, M. G./WOOLF, S.: *Regional and National Identities in Europe in the XIXth and XXth Centuries*. The Hague 1998 (European forum, 1).

C. Jüdisches Leben zwischen Tradition, Integration, und Nationsbildung

VON FRANÇOIS GUESNET

Zum Zeitpunkt der Teilungen Polen-Litauens im 18. Jahrhundert zählte dessen jüdische Bevölkerung etwa eine dreiviertel Million Menschen und bildete damit die weltweit größte jüdische Gemeinschaft innerhalb eines Staatsverbands. Die absolute Zahl nahm im folgenden Jahrhundert schnell zu: um 1900 lebten etwa siebeneinhalb Millionen Juden und Jüdinnen im Russischen und im Deutschen Reich, in Österreich-Ungarn und in Rumänien, die auf polnisch-litauische Vorfahren zurückgingen. Auch der prozentuale Anteil der jüdischen an der Gesamtbevölkerung nahm mit Ausnahme des preußischen Teilungsgebiets, das von starker Abwanderung betroffen war, zu.¹ Ein wesentlicher Aspekt der demographischen Entwicklung im 19. Jahrhundert in den Regionen des ehemaligen Polen-Litauen war die Konzentration in den Städten, in denen die jüdische Bevölkerung oft die größte Religions- und Kulturgemeinschaft bildete. Die Zuwachsrate der jüdischen Bevölkerung fiel im späteren Verlauf des Jahrhunderts hinter jene der nicht-jüdischen Bevölkerung zurück, was die Herausbildung einer vornehmlich städtisch geprägten Lebenswelt widerspiegelt. Etwa zweieinhalb Millionen Juden und Jüdinnen wanderten zudem seit dem späten 19. Jahrhundert aus dem östlichen Europa nach Westeuropa und vor allem Nord- und Südamerika aus (→ IV. H).

¹ In jüngerer Vergangenheit sind mehrere Gesamtdarstellungen und Überblickswerke zur Geschichte der osteuropäischen Judenheiten entstanden. Unter solchen sind (in alphabetischer Reihenfolge) zu nennen BARTAL, I.: *The Jews of Eastern Europe, 1772–1881*. Philadelphia 2005 – dt. Übersetzung Göttingen 2010; HUNDERT, G. D. (Hg.): *Encyclopedia of Jews in Eastern Europe*. New Haven 2008; HAUMANN, H.: *Geschichte der Ostjuden*. München 1992 (⁴1998); POLONSKY, A.: *The Jews in Poland and Russia*. 3 Bde. Oxford 2010–2012. Als Einführung in die osteuropäisch-jüdische Lebenswelt unersetzlich ist die auf Interviews beruhende kulturanthropologische Studie ZBOROWSKI, M./HERZOG, E.: *Das Shtetl. Die untergegangene Welt der osteuropäischen Juden*. München 1991 – engl. Orig. mit dem Titel *Life is With People. The Jewish Little-Town of Eastern Europe*. New York 1959. Zur demographischen Entwicklung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vgl. MELVILLE, R./STEFFENS, T.: *Die Bevölkerung*. In: SCHRAMM, G. (Hg.): *Handbuch der Geschichte Rußlands*. Bd. 3: 1856–1945. Von den autokratischen Reformen zum Sowjetstaat. Tbd. 2. Stuttgart 1992, 1027–1047. Kartenmaterial zur Geschichte der jüdischen Minderheit im östlichen Europa im hier besprochenen Zeitraum findet sich unter anderem in *Atlas historii Żydów polskich* [Atlas zur Geschichte der polnischen Juden]. Warschau 2010; BARNAVI, E.: *Universalgeschichte der Juden. Von den Ursprüngen bis zur Gegenwart. Ein Historischer Atlas*. München 2004; FRIESEL, E.: *Atlas of Modern Jewish History. Revised from the Hebrew Edition*. New York 1990; MAGOCSI, P.: *Historical Atlas of Central Europe*. Erw. Aufl. Seattle 2002; WODZIŃSKI, M./SPALLEK, W.: *Historical Atlas of Hasidism*. Princeton 2018.

Es wäre jedoch irreführend, von einer linearen Entwicklung zu einer urbanen jüdischen Kultur zu sprechen, die sich etwa durch intensivierte Interaktion mit nicht-jüdischen Nachbarn, einer verminderten Bedeutung religiöser Traditionen, einer Demokratisierung von politischen Strukturen oder der Herausbildung effizienter (Selbst-) Verwaltungsstrukturen auszeichnete, also jenem Cluster sozialer, kultureller und politischer Verschiebungen, das häufig als Modernisierung bezeichnet wird. Vielmehr handelte es sich um eine überaus zurückhaltende Anpassung an die sich schnell verändernde europäische Stadtkultur. Die entstehenden großen jüdischen Stadtgemeinden, allen voran in Warschau, wiesen viele Merkmale metropolitaner Zentren auf, so etwa die Kohabitation von Menschen unterschiedlicher geographischer Herkunft, religiöser Zugehörigkeit (zu unterschiedlichen Strömungen im Judentum) und Weltanschauungen. Die notwendige Anpassung gemeindlicher Institutionen an die religiösen, politischen und sozialen Erfordernisse solch großer Stadtgesellschaften erfolgte jedoch nur zögernd – teils aufgrund repressiver Politik, teils durch das Unvermögen, neue institutionelle Antworten auf demographische Erfordernisse zu finden. Der Konservatismus des sprichwörtlichen jüdischen Shtetls wich nicht einer urbanen Moderne, sondern einem urbanen und metropolitanen Konservatismus.² Hierfür waren sowohl Bindekräfte innerhalb der – in sich stark differenzierten – jüdischen Gemeinschaft wie auch die geringe Bereitschaft zur sozialen oder kulturellen Integration nicht-christlicher Minderheiten durch die Mehrheitsgesellschaft verantwortlich. Im Folgenden sollen in Form eines Überblicks die spannungsreichen Entwicklungslinien religiöser Haltungen im ehemals polnisch-litauischen Judentum und die gleichfalls spannungsreiche Gestaltung der ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Beziehungen zur nicht-jüdischen Umgebungsgesellschaft nachgezeichnet werden.

Die Entwicklungen in den verschiedenen Teilungsgebieten weisen hierbei erhebliche Unterschiede auf. Im Fall des preußischen Teilungsgebiets kann von einer Diffusion der jüdischen Minderheit durch Emigration und Akkulturation gesprochen werden. Nur in der Stadt Posen blieb eine bedeutendere und traditionsreiche jüdische Gemeinde bestehen. Das Habsburger Reich eröffnete begrenzte politische und kulturelle Spielräume, dank denen Galizien zu einer Arena sowohl staatstragender Integration und teilweiser sprachlicher Akkulturation als auch jüdisch-nationaler Mobilisierung sowie observant-konservativer Beharrung werden konnte.³ Dynamischer als in den anderen Teilungsgebieten gestaltete sich in Galizien auch die Bündnispolitik zwischen den unterschiedlichen Ethnien und ihrer politischen Formationen. Die dem sprichwörtlichen »galizischen Elend« (*nędza galicyjska*) entfliehenden Juden und Jüdinnen formten darüber hinaus das Profil der jüdischen Gemeinschaft in Ungarn – wo sie entschei-

² DYNNER, G./GUESNET, F.: *Introduction*. In: DIES. (Hg.): *Warsaw. The Jewish Metropolis. Essays in Honor of the 75th Birthday of Professor Antony Polonsky*. Leiden 2015, 1–16.

³ WOLFF, L.: *The Idea of Galicia. History and Fantasy in Habsburg Political Culture*. Stanford 2010.

denden Anteil an der Mobilisierung einer militanten Observanz (Ultra-Orthodoxie) hatten – und im späteren Rumänien. Galizische Juden fungierten als Gründer jüdischer Synagogengemeinden in so weit auseinanderliegenden Orten wie Leipzig und Odessa. Das zum russischen Teilungsgebiet gehörende Königreich Polen zeichnete sich durch ausgesprochen divergente Entwicklungen aus.⁴ Einerseits förderte die russische Besatzungsadministration die quietistische, observante Mehrheit in den jüdischen Gemeinden, um zu verhindern, dass die der Integration und Polonisierung zuneigende Minderheit zu viel Gewicht gewänne und so letztlich die Unabhängigkeitsbewegung stärken würde. Andererseits boten Warschau und Lodz, die beiden größten Städte des Landes, der jüdischen Bourgeoisie vielfältige Möglichkeiten für innovatives Engagement in Industrie, Börse und Handel, was zu einem massiven Zuzug von Juden und Jüdinnen aus den westrussischen Provinzen führte, die durch ihre Russischkenntnisse, effiziente Organisationsformen und Gleichgültigkeit gegenüber den überkommenen gesellschaftlichen Verhältnissen die angestammte jüdische Gemeinschaft einem erheblichen Veränderungsdruck aussetzten. In den westrussischen Provinzen wurde dieser Veränderungsdruck von staatlicher Seite durch Erziehungsangebote, die Durchsetzung von Gemeindestrukturen mit Staatsbeamten und die Zwangsrekrutierung einer erheblichen Zahl junger Juden in die Armee erzeugt. Dies bewirkte zwar Gegendruck durch politische Radikalisierung in der jüdischen Jugend, führte aber auch zu einer stärkeren sprachlichen und habituellen Integration, als dies etwa im Königreich Polen oder in Galizien der Fall war.

Die jüdische Gemeinde: Vom Organ der Selbstverwaltung zum Transmissionsriemen staatlicher Intervention

Ein wesentlicher Faktor in der Ausprägung einer markanten osteuropäisch-jüdischen Kultur war die in der europäisch-jüdischen Diaspora einzigartige Stellung der einzelnen jüdischen Gemeinde. Die seit dem Mittelalter erlassenen Privilegien ermöglichten, dass jüdische Gemeinden eigene Gemeindestrukturen schaffen und ihre Rechtsangelegenheiten selbst regeln konnten.⁵ Es entstanden komplexe Gemeindehierarchien, die

⁴ Einzelstudien zum Königreich Polen in: DYNNER, G./POLONSKY, A./WODZIŃSKI, M. (Hg.): *Jews in the Kingdom of Poland, 1815–1918 = Polin. Studies in Polish Jewry* 27 (2015).

⁵ Zur Geschichte der Privilegierung der frühen jüdischen Gemeinden vgl. auch KOWALSKA, Z.: *Die großpolnischen und schlesischen Judenschutzbriefe des 13. Jahrhunderts im Verhältnis zu den Privilegien Kaiser Friedrichs II. (1238) und Herzog Friedrichs II. von Österreich (1244). Filiation der Dokumente und inhaltliche Analyse*. In: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 47 (1998), 1–20; PETERSEN, H.: *Judengemeinde und Stadtgemeinde in Polen. Lemberg 1356–1581*. Wiesbaden 2003, 18–27. Vgl. auch HEYDE, J.: *Transkulturelle Kommunikation und Verflechtung. Die jüdischen Wirtschaftseliten in Polen vom 14. bis zum 16. Jahrhundert*. Wiesbaden 2014 (Deutsches Historisches Institut Warschau: Quellen und Studien 29).

Verantwortung für alle wesentlichen Lebensbereiche trugen, angefangen mit den Führungsgremien der Gemeinde selbst (dem sogenannten *kahal*) hin zu bruderschaftlicher Organisation verschiedener Berufsgruppen (in gildenähnlichen Bruderschaften, den sogenannten *hevrot*) zu Institutionen wie Synagogen und Gebethäusern, Friedhof und Ritualbad (→ Bd. 2, VI. D).⁶ Die in meist jährlichem Turnus neu bestimmte Gemeindeführung betreute die Armen- und Krankenfürsorge, Schulen, aber auch die Beziehungen zur nicht-jüdischen Obrigkeit (Landesherr und Krone). Die größere politische Verantwortlichkeit der einzelnen jüdischen Gemeinde schlug sich auch in der Ausgestaltung der Beziehungen zur nicht-jüdischen Bevölkerung an einem gegebenen Ort nieder, die in einer großen Zahl rechtlich verbindlicher Vereinbarungen (den sogenannten *ugody*) geregelt wurden.⁷

Auch die seit dem 16. Jahrhundert existierenden regionalen und überregionalen Vertretungsstrukturen, allen voran der Vierländerrat (*Va'ad Arba Aratsot*) und der Litauischer Rat (*Va'ad Medinat Lite*), bei deren Treffen die (fiskalische) Steuerpflicht von Regionen und Großgemeinden festgelegt wurden, führten zur Konsolidierung einer einheitlichen politischen und Rechtsvorstellungen folgenden polnisch-litauischen Judenheit.

Mehrere Faktoren trugen später aber zu einer nachhaltigen Schwächung dieser Strukturen bei. Hierzu gehört die Entstehung oligarchischer Strukturen gerade in größeren Gemeinden wie auch die Konkurrenz nichtjüdischer Gerichtsbarkeit, auf die gemeindliche Eliten weniger Zugriff hatten. Ausdruck solcher oft beträchtlichen Spannungen waren Konflikte wie jener um das Rabbinat in Wilna, der zwischen 1762 und 1790 ausgetragen wurde und zur Abschaffung des höchsten jüdischen Richteramts führte.⁸ Der Vierländerrat wurde 1764 im Zuge einer Steuerreform abgeschafft (→ Bd. 2, VI. D) – eine Maßnahme, die von jüdischer Seite als Status- und Autonomieverlust wahrgenommen wurde.⁹

Nach der Abschaffung des Vierländerrats und der ersten Teilung Polen-Litauens 1772 bewahrten die individuellen jüdischen Gemeinden jedoch zumindest Teile ihrer politischen und Rechtsautonomie und führten die Tradition fort, bei Angelegenheiten, die die Allgemeinheit der polnisch-litauischen Judenheit betrafen, Fürsprecher nach

⁶ Ein Überblick zur frühneuzeitlichen jüdischen Gemeinde im östlichen Europa bei MICHAŁOWSKA-MYCIĘLSKA, A.: *The Jewish Community Authority and Social Contract in Poznań and Swarzędz 1650–1793*. Wrocław 2008; GUESNET, F.: *The Jews of Poland-Lithuania (1650–1815)*. In: KARP, J./SUTCLIFFE, A. (Hg.): *Cambridge History of Judaism*. Bd. 7. Cambridge 2017, 802–813. Zur frühneuzeitlichen jüdischen Gemeinde im Allgemeinen vgl. CARLEBACH, E.: *The Early Modern Jewish Community and its Institutions*. In: ebd., 168–198.

⁷ GUESNET, F.: *Agreements between Neighbours. The »ugody« as a Source on Jewish-Christian Relations in Early Modern Poland*. In: *Jewish History* 24 (2010), Nr. 3/4, 257–270.

⁸ HUNDERT, G. D.: *Jews in Poland-Lithuania in the Eighteenth Century. A Genealogy of Modernity*. Berkeley 2004, 112–117.

⁹ Ebd., 79–118.

Warschau zu entsenden.¹⁰ Insbesondere während des Vierjährigen Sejms (1788–1792) hielten sich zahlreiche jüdische Gesandte in Warschau auf, um für eine Wiederansiedlung der Juden in der Hauptstadt und in anderen Angelegenheiten zu intervenieren (→ Bd. 2, V. F).¹¹ Die Rechtsentwicklung verlief überall in Europa ähnlich, wofür nicht zuletzt der Umstand verantwortlich gemacht werden kann, dass die staatlichen Fiskalverwaltungen nur langsam einen umfassenden amtlichen Zugriff auf jüdische Bevölkerungsverhältnisse und Wirtschaftstätigkeiten gewannen und bis in das 19. Jahrhundert hinein auf sanktionsfähige jüdische Gemeindestrukturen angewiesen blieben.¹²

Der Status der jüdischen Gemeinden veränderte sich in den Teilungsgebieten zu unterschiedlichen Zeitpunkten, in unterschiedlichen gesetzlichen Kontexten und mit unterschiedlichen Folgen (→ II. A, III. A/F). Im preußischen Teilungsgebiet galt *de jure* zunächst das für Juden in Preußen geschaffene *Revidierte Generalprivilegium und Reglement* von 1750, das eine erhebliche staatliche Kontrolle jüdischer Selbstverwaltung und rabbinischer Rechtsprechung vorsah.¹³ Die Behörden, die vornehmlich an einer Einbindung der Juden in die preußische Fiskalverwaltung interessiert waren, gestanden den Gemeinden jedoch einige Zeit noch eine weitgehende rechtliche Selbstbestimmung zu. Dies änderte sich 1797 in Süd- und Neustpreußen mit dem für diese Provinzen erlassenen *General-Juden-Reglement*, das erhebliche Einschränkungen für die Befugnisse der Gemeinden mit sich brachte, da es sich explizit gegen eine unabhängige rabbinische Rechtsprechung richtete.

In dem seit 1815 als Provinz Posen erneut an Preußen angegliederten Teil Großpolens wurde 1833 die *Vorläufige Verordnung wegen des Judenwesens* erlassen, ein »Erziehungsgesetz par excellence«. Bei Erfüllung bestimmter Besitz- und Bildungskriterien wurde die Möglichkeit zur »Naturalisierung« gewährt, das heißt eine weitgehende rechtliche Gleichstellung im Sinne des in großen Teilen der Monarchie geltenden Emanzipationsediktes von 1812, das unter anderem die Annahme eines festen Nachnamens vorschrieb. Die jüdischen Gemeinden wurden zu staatlich kontrollierten Korporationen öffentlichen Rechtes, die nur in Religionsfragen autonom entscheiden konn-

¹⁰ URY, S.: *The »Shtadlan« of the Polish-Lithuanian Commonwealth: Noble Advocate or Unbridled Opportunist*. In: POLONSKY, A. (Hg.): *Focusing on Jewish Religious Life 1500–1900* = *Polin. Studies in Polish Jewry* 15 (2002), 267–299.

¹¹ GOLDBERG, J.: *Pierwszy ruch polityczny wśród Żydów polskich. Plenipotenci żydowscy w dobie Sejmu Czteroletniego* [Die erste politische Bewegung polnischer Juden. Jüdische Bevollmächtigte zur Zeit des Vierjährigen Sejms]. In: MICHALSKI, J. (Hg.): *Lud żydowski w narodzie polskim* [Das jüdische Volk in der polnischen Nation]. Warszawa 1994, 45–63; GUESNET, F.: *Politik der Vormoderne – Shtadlanut am Vorabend der polnischen Teilungen*. In: *Jahrbuch des Simon Dubnow Instituts* 1 (2002), 235–255.

¹² LIBERLES, R.: *Emancipation and the Structure of the Jewish Community in the 19th Century*. In: *Leo Baeck Institute Yearbook* 31 (1986), 51–67.

¹³ BRUER, A. A.: *Geschichte der Juden in Preußen (1750–1820)*. Frankfurt a.M. 1991, 39–44.

ten.¹⁴ Obwohl eine weitgehende rechtliche Gleichstellung erst durch die Verfassung von 1848 für die gesamte jüdische Bevölkerung Preußens erreicht wurde (letzte Einschränkungen besonders hinsichtlich der Ausübung hoheitlicher Ämter wurden erst durch das Gleichstellungsgesetz des Norddeutschen Bundes von 1869 beseitigt), betrachteten viele großpolnische Juden auch zuvor schon die eingeschränkte Integration in die dynamische und aufstrebende preußische Gesellschaft als erstrebenswert.

Mindestens so folgenreich wie die Veränderungen in der individuellen oder gemeindlichen Rechtsstellung war jedoch die erhebliche Abwanderung von Juden und Jüdinnen aus der Provinz Posen. Viele Gemeinden schrumpften so stark, dass grundlegende Funktionen (Synagogen, Friedhöfe, Rabbinat) nicht aufrechterhalten werden konnten.¹⁵ Wie an der nur sehr zurückhaltenden jüdischen Unterstützung für polnische Unabhängigkeitsbestrebungen im Kontext des Aufstands von 1848 ablesbar, war die Identifizierung der großpolnischen Juden mit Preußen zwar nicht abgeschlossen, jedoch nahezu unumkehrbar.

Früher als die anderen Teilungsmächte bemühte sich die Habsburgermonarchie, administrativen Zugriff auf die jüdischen Gemeinden zu erlangen. Im österreichischen Teilungsgebiet – dem sogenannten Königreich Galizien und Lodomerien – schränkte 1789 das *Toleranzpatent* Kaiser Josephs II. die jüdische Selbstverwaltung wesentlich ein. Die Gesetzgebung beschnitt die gemeindliche Autonomie, drängte rabbinische Rechtsprechung zurück und bemühte sich, die jüdischen Gemeinden – ähnlich wie die administrativen Strukturen der katholischen und protestantischen Kirchen – als politisch-administrative Einheit der Zentralregierung unterzuordnen. Diese beauftragte den Anhänger einer forcierten Aufklärung unter den Juden Herz Homberg mit der Einrichtung eines Netzwerks von jüdischen Schulen deutscher Sprache, um Germanisierung und Integration unter den Juden des Kronlandes zu befördern. Diese Schulen wurden jedoch wegen ihres mangelnden Erfolgs 1806 wieder geschlossen. Gleichfalls in herrschaftlichen Auftrag verfasste Homberg den auf aufklärerischen Prinzipien beruhenden Katechismus *Bne Zion*, über den jüdische Eheleute vor ihrer Trauung eine Prüfung ablegen mussten. Beschränkungen von Niederlassungsrechten und in der Berufswahl gingen mit der Erlegung höherer Steuern, insbesondere der sogenannten Kerzensteuer, einher.¹⁶ Nicht zuletzt in Reaktion auf die repressive Grundtendenz der Wiener Juden-

¹⁴ KEMLEIN, S.: *Die Posener Juden (1815–1848). Entwicklungsprozesse einer polnischen Judenheit unter preußischer Herrschaft*. Hamburg 1997, 96–152, das Zitat 106.

¹⁵ Ebd., 183–188. Die Abwanderung erfolgte in die preußischen Metropolen Berlin und Breslau, aber auch nach Nordamerika, vgl. ÖSTREICH, C.: »Des rauhen Winters ungeachtet ...« *Die Auswanderung Posener Juden nach Amerika im 19. Jahrhundert*. Hamburg 1997.

¹⁶ KARNIEL, J.: *Das Toleranzpatent Kaiser Josephs II. für die Juden Galiziens und Lodomeriens*. In: *Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte* 11 (1982), 55–89; MANER, H.-Chr.: *Galizien. Eine Grenzregion im Kalkül der Donaumonarchie im 18. und 19. Jahrhundert*. München 2007, 233–250;

politik betrachteten seit Mitte des 19. Jahrhunderts mehr und mehr galizische Juden die polnischen Autonomiebestrebungen mit Sympathie.

In der Freien Stadt Krakau wurde 1817 durch ein Verwaltungsstatut der *kahal* als Gemeindevorstand und -vertretung gesetzlich explizit abgeschafft, die rabbinische Rechtsprechung aufgehoben und durch eine Aufsichtspflicht über religiöse Belange ersetzt. Die Verwaltung der Angelegenheiten der jüdischen Bevölkerung wurde einem Komitee unter Vorsitz eines durch den Krakauer Stadtrat eingesetzten Amtmanns übertragen und das jüdische Niederlassungsrecht auf die traditionelle Judenstadt Kazimierz und das nahegelegene Chrzanów beschränkt.¹⁷

Dieses explizite Verbot des *kahal* als Organ der autonomen jüdischen Gemeinde war eine gesetzgeberische Innovation, die wenige Jahre später im Königreich Polen aufgegriffen und erweitert wurde. Ähnlich wie in Krakau wurde 1821 für die Verwaltung der jüdischen Bevölkerung ein spezifisches Verwaltungsorgan gegründet, die Synagogalaufsicht (*dozór bóżniczy*). In einem weiteren gesetzgeberischen Schritt wurden 1822 im gesamten Königreich der *kahal* und die jüdischen Bruderschaften (*hevrot*) abgeschafft. Im Zuge einer Reform der Synagogalaufsichten 1830 wurde für Warschau eine gesonderte Körperschaft gegründet, die Gemeindeverwaltung (*Zarząd Gminy*).¹⁸ Diese Verwaltungsorgane existierten im Königreich Polen bis zum Ende der russischen Herrschaft im Ersten Weltkrieg. Die traditionellen – und seit 1822 illegalen – Organisationsformen wie Bruderschaften bewahrten aber über den gesamten Zeitraum erheblichen Einfluss auf die Gestaltung des jüdischen Alltagsleben und zentrale Belange wie religiöse Einrichtungen, Wohltätigkeit und Erziehung. Trotz überaus rigider Aufsicht der russischen Behörden über das Königreich Polen, in dem zivilgesellschaftliche Initiativen mit größtem Misstrauen betrachtet und weitgehend behindert wurden, konnten das traditionelle, privat getragene Schulwesen (*Cheder*) und die *hevrot* aufrechterhalten bleiben.¹⁹ Dies lässt sich auf die Bestechlichkeit der Behörden, aber auch darauf zurückführen, dass die russischen Verwaltungsspitzen bestrebt waren, eine Zusammenarbeit der integrationsorientierten jüdischen Elite und der polnischen Nationalbewegung

WOLFF: *Idea of Galicia* (Anm. 3), 63–110. Vgl auch SADOWSKI, D.: *Haskala und Lebenswelt. Herz Homberg und die jüdischen deutschen Schulen in Galizien 1782–1806*. Göttingen 2010 (Schriften des Simon-Dubnow-Instituts, 12).

¹⁷ JAKIMYSZYN, A.: *Żydzi krakowscy w dobie Rzeczypospolitej Krakowskiej. Status prawny, przeobrażenia gminy, system edukacyjny* [Die Krakauer Juden in der Zeit der Krakauer Republik. Rechtsstatus, Wandel der Gemeinde, Ausbildungssystem]. Kraków 2008. Abdruck des Verwaltungsstatuts: ebd., 262–274.

¹⁸ GUESNET, F.: *From Community to Metropolis: The Jews of Warsaw, 1850–1880*. In: DYNNER/GUESNET: *Warsaw* (Anm. 2), 128–153, hier 135–144.

¹⁹ GUESNET, E.: *Polnische Juden im 19. Jahrhundert. Lebensbedingungen, Rechtsnormen und Organisation im Wandel*. Köln 1998, 202–250.

dadurch zu erschweren, dass sie durch eine starke Stellung der talmudisch-rabbinischen wie auch chassidischen Strömung im Judentum behindert wurde.²⁰

Im Russischen Reich, in dem bis zur ersten Teilung Polens Juden kein Niederlassungsrecht besaßen, hatte sich die Verwaltung nach der Inbesitznahme polnischer Gebiete zunächst bemüht, eine den Erfordernissen eines aufgeklärt-autokratischen Staatswesens angemessene Strategie für eine administrative wie auch kulturelle Eingliederung der jüdischen Bevölkerung zu entwickeln. Dies scheiterte an überzogenen Zielvorstellungen, passivem Widerstand der jüdischen wie auch der nicht-jüdischen Bevölkerung sowie den inneren Widersprüchen der russischen Fiskal- und Polizeiverwaltung.²¹ Der erste Versuch, einen umfassenden rechtlichen und administrativen Rahmen für die jüdischen Gemeinden zu schaffen, war das Statut von 1804, das das Hauptaugenmerk auf eine Sicherung fiskalischer Einkünfte und der Kontrolle jüdischer Wirtschaftstätigkeit legte. Es gewährte den jüdischen Gemeinden aber weiterhin, nach traditionellen Verfahren einen Vorstand zu wählen und Rabbiner zu ernennen. Große Wirkungsmacht erlangte es jedoch vor allem durch die endgültige Festlegung des sogenannten Ansiedlungsrayons, derjenigen Gebiete des Reiches, in denen Juden sich dauerhaft frei niederlassen durften.²²

Die unter Nikolas I. ab 1827 auch auf Juden angewandte Aushebung von Rekruten für einen fünfundzwanzigjährigen Wehrdienst, die sogenannte *rekručina*, diente nicht zuletzt der Heranbildung einer kritischen Masse loyaler und russisch sozialisierter Juden.²³ Das gleiche Ziel hatte die von 1844 an erfolgende Errichtung staatlich finanzierter Grundschulen mit russischer Unterrichtssprache, die der deutsche Rabbiner Max Lilienthal im Auftrag der russischen Verwaltung erdacht hatte. Beide Maßnahmen wurden mit den Mitteln des autokratischen Regimes durchgesetzt. Durch die erzwungene Zuarbeit seitens der Gemeindeführungen kompromittierten sie die traditionellen Eliten und trugen gleichzeitig zur Herausbildung einer distinkten russisch-jüdischen Kultur bei.²⁴ Gleichfalls 1844 wurde zwar auch im Russischen Reich der *kahal* abgeschafft, aber ähnlich wie im Königreich Polen bestanden informelle oder konspirative Formen

²⁰ WODZIŃSKI, M.: *Hasidism and Politics. The Kingdom of Poland 1815–1864*. Oxford 2013.

²¹ KLIER, J. D.: *Russia Gathers Her Jews. The Origins of the »Jewish Question« in Russia, 1772–1825*. DeKalb, Ill. 1986; LEDERHENDLER, E.: *The Road to Modern Jewish Politics. Political Tradition and Political Reconstruction in the Jewish Community of Tsarist Russia*. Oxford 1989; MINKINA, O.: »Syny Rahili«. *Evrejskie deputaty v Rossijskoi Imperii* [Die Söhne Rachels. Jüdische Deputierte im Russischen Reich]. Moskva 2011; PETROVSKY-SHTERN, Y.: *The Golden Age Shtetl. A New History of Jewish Life in Eastern Europe*. Princeton 2014, 57–90.

²² REST, M.: *Die russische Judengesetzgebung von der ersten polnischen Teilung bis zum »Polozhenie dlja evreev« (1804)*. Wiesbaden 1975.

²³ LITVAK, O.: *Conscription and the Search for Modern Russian Jewry*. Bloomington 2006.

²⁴ STANISLAWSKI, M.: *Tsar Nicholas I and the Jews. The Transformation of Jewish Society in Russia, 1825–1855*. Philadelphia 1983.

jüdischer Selbstverwaltung fort, die zunächst nur punktuell polizeilicher Verfolgung unterworfen wurden.²⁵ Iakov Brafman, ein zur russischen Orthodoxie konvertierter Autor, veröffentlichte 1869 mit skandalisierender Absicht in der *Kniga kagala* Auszüge aus einem nach 1844 fortgeführten Protokollbuch der Minsker jüdischen Gemeinde in russischer Übersetzung, und in der Folge wurde der Grad der tatsächlichen oder imaginierten jüdischen institutionellen und kulturellen Abgesondertheit in der russischen Öffentlichkeit intensiv diskutiert.²⁶

Mehrere Faktoren trugen dazu bei, die jüdische Lokalgemeinde als Rahmen einer binnenjüdischen Integration und Identifikation zu entwerten. Der Verlust des überregionalen Verständigungsrahmens in Form des Vierländerrats reduzierte die Handlungskompetenz der lokalen Eliten wie auch die Zusammenarbeit zwischen Gemeinden, was die einzelne Gemeinde zwangsläufig isolierte. Die schnell wirkmächtig werdenden Landesgrenzen zwischen den Teilungsgebieten behinderten Handel und Austausch.²⁷ Ungeachtet des Umstands, dass auch vor den Teilungen jüdische Gemeinden keine vollständige Autonomie besessen hatten, wurde die Integration der gemeindlichen Institutionen in den lokalen Verwaltungsapparat als Einfluss- und Prestigeverlust begriffen. Darüber hinaus reflektierten die mit Ausnahme Großpolens ubiquitären chasidischen Gemeinschaften den Verlust des Macht- und Deutungsmonopols der überkommenen lokalen Autoritäten, die außerdem von staatlicher Seite zunehmendem Regulierungsdruck ausgesetzt waren. Auch die Abwanderung in die Städte und Metropolen trug zum Bedeutungsverlust der einzelnen Gemeinde bei. Isolierte und von Abwanderung betroffene Gemeinden standen jüdischen Großstadtgemeinden gegenüber, deren Eliten es nicht vermochten, angemessene Strukturen aufzubauen. Dies gilt insbesondere für Warschau und Lodz, aber auch für Krakau, Wilna und eine Reihe von Gemeinden im sogenannten Ansiedlungsrayon. Wie ein Korrespondent aus Warschau 1874 einer in Magdeburg erscheinenden orthodoxen jüdischen Wochenschrift mitteilte: »Wir haben hier eine Menge Juden, aber keine Gemeinde.«²⁸

²⁵ Zur langfristigen Entwicklung jüdischer Gemeindestrukturen vgl. KLEINMANN, Y.: *Jüdische Eliten, polnische Traditionen, westliche Modelle und russische Herrschaft. Kulminationen in den Jahren 1804, 1844, 1869 und 1881*. In: HOLSTE, K./HÜCHTKER, D./MÜLLER, M.G. (Hg.): *Aufsteigen und Obenbleiben in europäischen Gesellschaften des 19. Jahrhunderts. Akteure – Arenen – Aushandlungsprozesse*. Berlin 2009 (Elitenwandel in der Moderne, 10), 193–222.

²⁶ KLIER, J. D.: *Imperial Russia's Jewish Question 1855–1881*. Cambridge 1995, 263–84.

²⁷ PETROVSKY-SHTERN: *Golden Age Shtetl* (Anm. 21), 91–120.

²⁸ *Israelitische Wochen-Schrift für die religiösen und sozialen Interessen des Judenthums* 5 (1874), Nr. 24, 195.

Übergemeindliche Organisationsformen und politische Mobilisierung

Wie hier für Warschau beschrieben, trugen interregionale Wanderungsbewegungen erheblich zu dieser zunehmenden Unübersichtlichkeit der innerjüdischen Lebensverhältnisse bei. Sie verliehen regionalen Identitäten Plausibilität, was an bis heute mobilisierbaren Stereotypen wie *galitsyaner* [Galizier] oder *litvak* [Litauer] für die aus diesen Gebieten stammenden Juden ablesbar ist. Im Gegenzug kristallisierten sich neue, überlokale Identifikationsmöglichkeiten heraus, wie das Entstehen einer ideologisierten Ultra-Orthodoxie deutlich macht, die ihr Profil durch das Schisma der ungarischen Judenheit von 1869 deutlich schärfen und ihren Einfluss auf das gesamte östliche Europa ausdehnen konnte. Sie führte zunächst in Österreich-Ungarn, dann aber auch im Königreich Polen und im Russischen Reich zur Gründung von Vereinen, die zwar der (teilweise militant vertretenen) Forderung einer gottesfürchtigen und gesetzestreu Lebensweise treu blieben, in ihrer Struktur und Reichweite jedoch die lokale Gemeinde hinter sich ließen.²⁹ Aus ihnen gingen in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg einflussreiche politische Parteien, allen voran die *Agudas Yisroel*, hervor.³⁰

Von vergleichbarer, überregionaler Bedeutung für sozio-kulturelle Identifizierungen waren auch zwei in Zielsetzung und Kontext sehr unterschiedlich ausgerichtete politischen Bewegungen, die jedoch auch viele strukturelle Ähnlichkeiten aufwiesen, und die gleichermaßen eine die jüdische Gemeinde hinter sich lassende Plattform für gesellschaftliches Engagement boten. Dies waren die jüdische Nationalbewegung, deren Hauptströmung der Zionismus wurde, und die Sozialdemokratie.³¹

Die jüdische Nationalbewegung speiste sich aus mehreren Quellen. Unzweifelhaft spielte der Nationalismus als eine der seit dem frühen 19. Jahrhundert prägenden europäischen politischen Strömungen eine Vorbildrolle. Gegenläufig zum Transformationsoptimismus der jüdischen wie nichtjüdischen Aufklärung, und dem Projekt der über eine rechtliche Gleichstellung erfolgenden politischen und kulturellen Integration, wurden seit 1800 verstärkt Judenstaatsprojekte entwickelt.³² Hinter diesen Projekten standen sowohl negative Utopien eines Ausschlusses der Juden aus den entstehenden Nationalstaaten, die als kulturell und sprachlich homogen imaginiert wurden,³³ wie auch eine positive Vorstellung von Juden als einer eigenständigen Staatsnation.

²⁹ SILBER, M. K.: *The Emergence of ultra-Orthodoxy. The Invention of a Tradition*. In: WERTHEIMER, J. (Hg.): *The Uses of Tradition*. Cambridge 1992, 23–84.

³⁰ BACON, G.: *The Politics of Tradition: Agudat Yisrael in Poland, 1916–1939*. Jerusalem 1996.

³¹ FRANKEL, J.: *Prophecy and Politics. Socialism, Nationalism, and the Russian Jews 1862–1870*. Cambridge 1981, 49–132.

³² GELBER, N. M.: *Zur Vorgeschichte des Zionismus: Judenstaatsprojekte in den Jahren 1695–1845*. Wien 1927.

³³ WIMMER, A.: *Nationalist Exclusion and Ethnic Conflict: Shadows of Modernity*. Cambridge 2002.

So entwickelte etwa der in Thorn lebende Schriftgelehrte Zvi Hirsch Kalischer bereits in den 1830er Jahren eine eschatologisch aufgeladene Vision einer Rückkehr der Juden in das Land ihrer Väter, der Wiedererrichtung des Jerusalemer Tempels und der Wiedereinsetzung des Tempelopfers.³⁴ Diese Vision, wie auch die politisch-messianischen Ideen polnischer romantischer Dichtung, besonders von Adam Mickiewicz, inspirierten etwa Moses Hess zu seiner einflussreichen Streitschrift *Rom und Jerusalem* von 1862. Hess bezog sich in seiner Streitschrift explizit auf die Juden im östlichen Europa, was zu einem häufig wiederkehrenden Motiv deutsch-jüdischer zionistischer Schriften wurde: »In jenen Ländern, welche den Okzident vom Orient scheiden, in Rußland, Polen, Preußen, Österreich und der Türkei, leben Millionen unserer Stammesgenossen, die Tag und Nacht die inbrünstigsten Gebete für die Wiederherstellung des jüdischen Reiches zum Gotte der Väter emporsteigen lassen. Sie haben den lebendigen Kern des Judentums, ich meine die jüdische Nationalität, treuer bewahrt, als unsere okzidentalen Brüder.«³⁵

Ein weiterer wesentlicher Faktor in der Mobilisierung jüdisch-nationalistischer Auffassungen war die seit den Pogromen in Russland von 1881/82 deutlich hervortretenden, gewalttätigen Ausschlusstendenzen von Seiten der nicht-jüdischen Umgebungsgesellschaft. In konziser Form formulierte der Odessaer Arzt Leo Pinsker dies in seiner überaus wirkungsmächtigen, 1882 zunächst auf Deutsch publizierten Streitschrift *Auto-Emancipation!*, in der er aus der gewalttätigen Ausschließung der Juden die Notwendigkeit eines jüdischen Staates folgerte.³⁶ Die in den folgenden Jahren entstehende Bewegung der Zionsliebhaber (*Chovevei Zion*) zerfiel nach einer kurzen Phase erfolgreicher Mobilisierung jedoch schnell in ideologisch und habituell unvereinbare Unterströmungen. Auswanderungswillige säkularisierte und russischsprachige Studierende, in den Metropolen wirkende Journalisten und Honoratioren sowie rabbinische Autoritäten verschiedener Ausrichtungen konnten keine tragfähige gemeinsame Basis für das Projekt einer nationalen Politik entwickeln. Der nächste entscheidende Schritt in dieser Richtung gelang erst 1897 mit dem von dem Journalisten Theodor Herzl einberufenen ersten Zionistischen Weltkongress.³⁷

³⁴ MYERS, J. E.: *Seeking Zion. Modernity and Messianic Activism in the Writings of Tsevi Hirsch Kalischer*. Oxford 2003. Zur frühen Nationalbewegung vgl. auch RAHE, T.: *Frühzionismus und Judentum. Untersuchungen zur Programmatik und historischem Kontext des frühen Zionismus*. Frankfurt a.M. 1988. Zu dem gerade im östlichen Europa wesentlichen Zusammenhang von messianischen und zionistischen Konzepten vgl. RAVITZKY, A.: *Messianism, Zionism, and Jewish Religious Radicalism*. Chicago 1996 – hebr. Orig. Tel Aviv 1993.

³⁵ Hier zitiert nach der Ausgabe HESS, M.: *Rom und Jerusalem. Die letzte Nationalitätenfrage. Briefe von Moses Hess*. Wien 1935, 5. Brief, 42 f.

³⁶ Zu Pinsker und der Rolle der deutschen Sprache als früher *lingua franca* der jüdischen Nationalbewegung vgl. VOLOVICI, M.: *Leon Pinsker's Autoemancipation! and the Emergence of German as a Language of Jewish Nationalism*. In: *Central European History* 50 (2017), 34–58.

³⁷ Eine kompakte Darstellung dazu bei HAUMANN: *Geschichte der Ostjuden* (Anm. 1), 154–161.

Die universalistische Ausrichtung sozialdemokratischer Strömungen mit ihrem Versprechen eines umfassenden Umbaus der Gesellschaft und der Emanzipation des Menschen besaß vor dem Hintergrund von lange vorenthaltenen Rechten, von Zurücksetzung und Verfolgung für Juden und Jüdinnen im gesamten Europa eine besondere Anziehungskraft. Wie in anderen Regionen Europas waren Juden und Jüdinnen auch im östlichen Europa prominent in sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien und Strömungen vertreten. Die Entstehung von spezifisch jüdischen sozialdemokratischen Parteien oder Parteigliederungen reflektiert jedoch die komplizierte Situation der Juden im östlichen Europa, wo die Attraktion einer universalistischen politischen Bewegung mit den Realitäten und Erfordernissen politischer Mobilisierung und Organisation – nicht zuletzt der Agitation in jiddischer Sprache – kollidierte.

Die Gründung des Allgemeinen jüdischen Arbeiterbunds (*Algemyner Yidisher Arbetersbund*, kurz: Bund) 1897 in Wilna erfolgte durch zuvor im Kontext der russischen Sozialdemokratie sozialisierte jüdische Agitatoren und Agitatorinnen. Sie vermochten jüdischen Handwerkern zu vermitteln, dass nur gewerkschaftliche und politische Mobilisierung eine umfassende Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse herbeiführen und sie von wirtschaftlichem Elend und Unfreiheit befreien könnte.³⁸ Wie Scott Ury überzeugend dargelegt hat, war es auch die Dynamik der Großstadt mit einer in den Hintergrund tretenden traditionellen jüdischen Gemeinschaft, die Juden ein Engagement in sozialrevolutionären Kontexten plausibel erscheinen ließ. Gerade im Kontext der Revolution von 1905 (→ IV. F) praktizierte diese neue Generation von politisch involvierten – häufig sehr jungen – Juden und Jüdinnen die unmittelbare Kooperation mit nichtjüdischen sozialdemokratischen Organisationen.³⁹

Dem Bedeutungsverlust der individuellen Gemeinde als wesentlicher Arena der jüdischen Sozialisation und Vergemeinschaftung ging ein Verlust an Einheitlichkeit, Übersichtlichkeit und ›Hiesigkeit‹ – im Jiddischen mit dem Begriff *dozigkeyt* umschrieben – einher, die nur teilweise durch die überregionalen Identifikationsangebote Nationalismus und Sozialdemokratie aufgefangen werden konnten. Dem entsprach auch die fortschreitende Fragmentierung der Formen und Kontexte, in denen die – weitaus überwiegend observante – polnisch-litauische Judenheit ihre religiösen Traditionen lebte.

³⁸ MENDELSON, E.: *Class Struggle in the Pale. The Formative Years of the Jewish Workers' Movement in Tsarist Russia*. Cambridge 1970; TOBIAS, H. J.: *The Jewish Bund in Russia: From its Origins to 1905*. Stanford 1972; PELED, Y.: *Class and Ethnicity in the Pale. The Political Economy of Jewish Workers' Nationalism in Late Imperial Russia*. New York, 1989; WOLFF, F.: *Neue Welten in der Neuen Welt. Die transnationale Geschichte des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes 1897–1947*. Köln 2014.

³⁹ URY, S.: *Barricades and Banners. The Revolution of 1905 and the Transformation of Warsaw Jewry*. Stanford 2012, 91–140 – hier auch weitere wissenschaftliche Literatur.

Religiöse Reorientierungen

Die große Mehrheit der in polnischen Provinzen lebenden Juden und Jüdinnen blieb bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts den religiösen Traditionen des Judentums verpflichtet. Religiöse Observanz bestimmte den jüdischen Alltag wie auch den Jahreszyklus von Feiertagen, sie strukturierte Hierarchien, Geschlechterverhältnisse und Identitäten. Ihre Bedeutung wird daran erkennbar, dass bis zum ausgehenden 19. Jahrhundert religiöse Indifferenz oder Säkularisierung keine nachhaltige Wirkung entfalteten, und auch Konversionen in fast allen sozialen Kontexten und in allen Teilungsgebieten ein quantitativ marginales Phänomen blieben.⁴⁰

Religiöse Observanz ist jedoch nicht gleichzusetzen mit religionspraktischer Einheitlichkeit. Wie im übrigen Europa war auch in Polen-Litauen in der Mitte des 17. Jahrhunderts die rabbinisch-talmudische Tradition durch den Sabbatianismus in messianische Euphorie versetzt worden. Nach der Konversion Sabbatai Zvis zum Islam hielt ihm eine kleine Zahl von Juden und Jüdinnen in konspirativen Netzwerken die Treue. In der Mitte des 18. Jahrhunderts beriefen sich die sogenannten Kontra-Talmudisten – sie wurden später nach ihrem spirituellen Führer Jakob Frank Frankisten genannt (→ Bd. 2, VI. D) – auf die antinomischen Prinzipien der Sabbatäer und bildeten in Ostmitteleuropa Netzwerke formal zum Christentum konvertierter Krypto-Juden mit Zentren in Prag und Warschau.⁴¹

Auch der seit der Wende zum 19. Jahrhundert zu großem Einfluss gelangende Chasidismus (vom hebräischen Begriff *hasid* – fromm, rechtgläubig) ist in der extremen Fixierung der verschiedenen chassidischen Gemeinschaften auf ihren jeweiligen Führer – den *tsaddik* [hebr. für: der Gerechte] oder *rebbe* – kaum ohne die Erlösungshoffnung des Sabbatianismus denkbar. Begründet im 18. Jahrhundert durch den als Heiler

⁴⁰ Am Beispiel Warschaus ENDELMAN, T.: *Jewish Converts in Nineteenth-Century Warsaw: a Quantitative Analysis*. In: *Jewish Social Studies* 4 (1997), 28–59. Hiervon auszunehmen sind die jüdischen Rekruten der russischen Armee, die seit der Einführung der Pflicht zur Rekrutenstellung (*rekrucina*) 1827 einen fünfundzwanzigjährigen Wehrdienst ableisten mussten und in der Armee massivem Druck ausgesetzt wurden, zur russischen Orthodoxie zu konvertieren. Ungefähr ein Drittel der zwischen 1827 und 1856 eingezogenen jüdischen Rekruten im Russischen Reich konvertierte, vgl. PETROVSKY-SHTERN, Y.: *Jews in the Russian Army 1827–1917. Drafted into Modernity*. Cambridge 2009, 93–104.

⁴¹ CARLEBACH, E.: *The Pursuit of Heresy. Rabbi Moses Hagiz and the Sabbatian Controversies*. New York 1990; IDEL, M.: *One from a Town, Two from a Clan: The Diffusion of Lurianic Kabbala and Sabbateanism: A Re-Examination*. In: *Jewish History* 7 (1993), Nr. 2, 79–104; MACIEJKO, P.: *The Mixed Multitude. Jacob Frank and the Frankist Movement*. Philadelphia 2011; RAPOPORT-ALBERT, A.: *Women and the Messianic Heresy of Sabbatai Zevi 1666–1816*. Oxford 2011. Eine konzise Darstellung der wichtigsten Entwicklungen und der relevanten Forschungsliteratur bei GOLDISH, M.: *Sabbatai Zevi and the Sabbatean Movement*. In: KARP/SUTCLIFFE: *Cambridge History of Judaism* (Anm. 6), 491–521.

(*ba'al shem*) und Gelehrten bekannten Israel ben Eliezer, gestalteten chassidische Gemeinschaften den religiösen Alltag neu und setzten sich von der traditionellen, rabbinisch-talmudischen Lokalgemeinde ab.⁴² Sie stellten das gemeinschaftliche Gebet in den Vordergrund, während das Schriftstudium in den Hintergrund trat, wobei es jedoch unterschiedliche Ausprägung gab (etwa die Gruppierung *Chabad*, auch *Habad* nach dem Akronym von hebräisch »Weisheit, Verstehen, Wissen« oder *Lubawitsch* nach dem Hauptort der Bewegung).

Die Führer der jeweiligen chassidischen Gemeinschaft wurden nicht selten als Wundertäter verehrt, und der physischen Nähe zum Hof dieses *tsaddik* kam große spirituelle Bedeutung zu. Die Anhänger der rabbinisch-talmudischen Tradition und jene des Chassidismus befanden sich seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert in unmittelbarer Konkurrenz zueinander. Die größere Dynamik der neuen Erweckungsbewegung kam nicht zuletzt in der Bezeichnung ihrer Gegner zum Ausdruck, die seit dem frühen 19. Jahrhundert als *misnagdim* (oder *mitnagdim*) bezeichnet wurden, also als jene Juden, die dem Vormarsch des Chassidismus Widerstand entgegensetzten (hebr. *lehitnahag* – widerstehen). Im Jahr 1772 wurde die neue Bewegung durch Elijah ben Solomon Salman, dem *Gaon* [Weisen] von Wilna, mit einem Bann belegt, der das Vordringen chassidischer Gemeinschaften in litauischen Provinzen nachhaltig verlangsamte. Chaim ben Isaak von Wolozhin, sein Schüler und Nachfolger, bemühte sich, das rabbinisch-talmudische Judentum durch eine Revision von Unterrichtsmethoden in den Talmudschulen (*Jeschivot*) zu stärken und so gegen die Faszination des Chassidismus zu immunisieren. Zwar trugen diese Maßnahmen zur Ausprägung einer neuen, intensiveren Form des Talmud-Studiums bei, die bis heute Gültigkeit besitzt, aber als führende religiöse Autorität der Region sah sich Chaim ben Isaak dennoch gezwungen, den Bann des *Gaon* von Wilna 1802 aufzuheben. Nicht zuletzt die überaus effiziente Fürsprache in eigener Sache erlaubte es den Chassiden, Einhebungsversuchen der rabbinischen Elite erfolgreich entgegenzutreten.⁴³

Die preußisch-jüdische Aufklärung (*Haskalah*) wurde unter osteuropäisch-jüdischen Gelehrten aufmerksam verfolgt, jedoch überwiegend als »Epikuräertum« verworfen, ungeachtet des Umstands, dass unter ihren Anhängern eine Reihe von Juden aus dem östlichen Europa waren.⁴⁴ Zu nennen wären etwa Salomon Dubno, der zusammen mit

⁴² Die wissenschaftliche Forschung zur Geschichte und Theologie des Chassidismus verlief in den vergangenen Jahrzehnten außerordentlich dynamisch und hat eine reichhaltige Literatur hervorgebracht. Eine Zusammenfassung des Forschungsstands bei ROSMAN, M.: *The Rise of Hasidism*. In: KARP/SUTCLIFFE: *Cambridge History of Judaism* (Anm. 6), 624–51. Vgl. auch BIALE, D. u. a.: *Hasidism: A New History*. Princeton, N. J. 2018.

⁴³ ETKES, I.: *The Gaon of Vilna: The Man and His Image*. Berkeley 2002; WODZIŃSKI: *Hasidism and Politics* (Anm. 20), 77–114.

⁴⁴ MAHLER, R.: *Hasidism and the Jewish Enlightenment: Their Confrontation in Galicia and Poland in the First Half of the Nineteenth Century*. Philadelphia 1985; HENSEL, J.: *Wie »deutsch« war die*

Moses Mendelssohn eine Übertragung der hebräischen Bibel in die deutsche Sprache und einen neuen Bibelkommentar (*bi'ur*) vorbereitete. Der aus Lublin stammende Zal-kind Hourwitz, der königlicher Bibliothekar in Paris war, verlangte in einer weit verbreiteten Abhandlung⁴⁵ die rechtliche Gleichstellung der Juden und war stark in die revolutionären Ereignisse von 1789 involviert.⁴⁶ Salomon Maimon, ein Philosoph im Umkreis von Moses Mendelssohn, legte eine Autobiographie vor, in der er seine osteuropäisch-jüdischen Ursprünge und seine ›Konversion‹ zu den Prinzipien der Aufklärung reflektierte.⁴⁷

In begrenztem Umfang konnten Anhänger der Aufklärung durch die Gründung von Kongregationen gerade in größeren Gemeinden zu gemeindlicher Präsenz und Einfluss gelangen. Häufig handelte es sich bei den Initiatoren solcher Kongregationen um Angehörige der höheren sozialen Schichten, die auf ihren Reisen insbesondere in das westliche Europa Ansätze zur Reform des Kultus wie auch jüdischer Schulen kennengelernt hatten und diese in ihrer Heimat zu replizieren hofften.⁴⁸ Solche Kongregationen luden auch regelmäßig junge Rabbiner aus dem deutschsprachigen Raum ein, als Prediger oder Rabbiner zu fungieren.⁴⁹ Es waren gerade solche jüdische Schriftgelehrte, die sich politischen Entscheidungsträgern andienten, um deren Vorstellungen von einer religiösen Reform und sozialen Transformation der als unproduktiv und zurückgeblieben geltenden jüdischen Gemeinschaft in den ehemals polnisch-litauischen Provinzen umzusetzen. Max Lilienthal, ein in München geborener und ausgebildeter Rabbiner, der 1841 vom russischen Bildungsminister Sergej Uvarov beauftragt wurde, ein staatliches jüdisches Schulsystem zu schaffen, ist hierfür das bekannteste Beispiel.⁵⁰

In vielen jüdischen Gemeinden kam es zwischen den Anhängern der verschiedenen religiösen Strömungen zu teilweise überaus hart geführten Konflikten um die spirituelle und institutionelle Vorherrschaft. Sie wurden um das Rabbinat, das Schächten, die Nutzung von Synagogen und Bethäusern als auch von Friedhöfen und religiösen

»fortschrittliche« jüdische Bourgeoisie im Königreich Polen? In: HECKER, H./ENGEL, W. (Hg.): Symbiose und Traditionsbruch: Deutsch-jüdische Wechselbeziehungen in Ostmittel- und Südosteuropa (19. und 20. Jahrhundert). Essen 2004, 13–72.

⁴⁵ HOURWITZ, Z.: *Apologie des Juifs*. Paris 1789.

⁴⁶ MALINO, F.: *A Jew in the French Revolution. The Life of Zal-kind Hourwitz*. Oxford 1996.

⁴⁷ *Solomon Maimons Lebensgeschichte, von ihm selbst aufgeschrieben*. Berlin 1793 (Neuausg. Berlin 2010).

⁴⁸ Dies konnte auch in kleineren Gemeinden der Fall sein, so in Kalisz, Włocławek oder Zamość im Kgr. Polen oder Schklov im russischen Gouvernement Mogilew, vgl. FISHMAN, D.: *Russia's First Modern Jews: The Jews of Shklov*. New York 1995; GUESNET, F.: »Languishing from a Distance.« *Louis Meyer and the Demise of the German-Jewish Ideal*. In: DYNNER/POLONSKY/WODZIŃSKI: *Jews* (Anm. 4), 117–151.

⁴⁹ GRILL, T.: *Der Westen im Osten. Deutsches Judentum und jüdische Bildungsreform in Osteuropa (1783–1939)*. Göttingen 2013.

⁵⁰ STANISLAWSKI: *Tsar Nicholas I* (Anm. 24), 69–96.

Dienstleistungen wie Gebet und Bestattung ausgetragen.⁵¹ Die Entstehung einer von diesen Konflikten unabhängigen moralischen Erneuerungsbewegung ab 1840 zeugt von dem Umstand, dass die Konfrontation zwischen rabbinisch-talmudischen, chassidischen sowie integrations- und aufklärungsorientierten Parteien die spirituellen Anforderungen einer sich wandelnden Lebenswelt nicht auflösen konnten. Die sogenannte Musar-Bewegung, angeregt von Israel Salanter (eigtl. Israel ben Ze'ev Wolf Lipkin), verlangte von ihren Anhänger die Befolgung von moralischen Prinzipien, die über religiöse Observanz hinausgingen.⁵²

Der Härte der theologischen Konfrontation zum Trotz blieben die Grenzen zwischen den verschiedenen Formen jüdischer religiöser Observanz durchlässig. Nicht zuletzt verschiedene Eheschließungen verdeutlichen die Verhandelbarkeit dieser Grenzverläufe. Die 1779 geschlossene dritte Ehe des Warschauer Unternehmers Shmuel Zbytkower, der seinen Einfluss zugunsten des erstarkenden Chassidismus geltend machte, mit der stark durch preußisch-jüdische Bildungs- und Integrationsideale geprägten Judith Jakubowiczowa mag hier als frühes Beispiel dienen.⁵³ Die Beschreibung einer 1838 in Warschau stattfindenden Hochzeit zwischen einer dem lokalen gehobenen Bürgertum entstammenden Jüdin und einem Breslauer Bräutigam, geschildert von Louis Meyer, einem Angestellten einer führenden jüdischen Bank in der Hauptstadt, erlaubt einen Einblick in die Lebenswirklichkeit dieser deutlich geschiedenen, aber sich dennoch berührenden kulturellen Identifikationen:⁵⁴

»Dort in dem Zimmer rechts weilt die alte Zeit: Schwarzröcke und Langbärte erinnern sehr deutlich daran, daß hier eine Hochzeit ›Unserer Leute‹ gefeiert wird. – Ganz anders ist es in dem Zimmer links. – Hier siehst Du keine Spur von Judenthum. Eine Babylonische Sprachverwirrung scheint hier zu herrschen: Polnisch, Französisch und Deutsch durcheinander.«

Die alltägliche Koexistenz solcher sprachlich, religionspraktisch und kulturell geschiedenen Sphären illustriert die Durchlässigkeit der Grenzen zwischen den unterschiedli-

⁵¹ Recht anschaulich beschrieben bei FRIEDMANN, F.: *Die galizischen Juden im Kampf um ihre Gleichberechtigung (1848–1868)*. Frankfurt a. M. 1929, 49–51. Vgl. auch WODZIŃSKI: *Hasidism and Politics* (Anm. 20).

⁵² ETKES, I.: *Rabbi Israel Salanter and the Musar Movement*. Philadelphia 1993. Für eine Beschreibung, wie die Prinzipien der Musar-Bewegung implementiert wurden, vgl. CLAUSSEN, G.: *Repairing Character Traits and Repairing the Jews. The Talmud Torahs of Kelm and Grobin in the Nineteenth Century*. In: ADLER, E. R./POLONSKY, A. (Hg.): *Jewish Education in Eastern Europe = Polin. Studies in Polish Jewry* 30 (2018), 15–41.

⁵³ AUST, C.: *The Jewish Economic Elite: Making Modern Europe*. Bloomington 2018, 118 f.

⁵⁴ MEYER, L.: *Hinterlassene deutsche Schriften eines polnischen Juden*, hg. von F. GUESNET. Hildesheim 2010 (Haskala. Wissenschaftliche Abhandlungen des Moses-Mendelssohn-Zentrums für europäisch-jüdische Studien, 42), 170 (Brief des Autors an seine Schwester).

chen Formen religiöser Observanz. Gerade in der Eheanbahnung, wenn Herkunft, Bildung und Besitz gegen die Zugehörigkeit etwa zu einer chassidischen Gemeinschaft oder einer integrationswilligen Kongregation abgewogen werden mussten, erwiesen sich solche Zugehörigkeiten als relative Größe.⁵⁵

Minderer Status und rechtliche (Un-)Gleichstellung

Im Ancien Régime waren Jüdinnen und Juden in östlichen ebenso wie in den übrigen Regionen des christlichen Europa sowohl informell als auch durch geltendes Recht diskriminiert. Diese Diskriminierung musste nicht unbedingt auch eine umfassende Schlechterstellung mit sich bringen. In einem epochalen Aufsatz hat der aus dem galizischen Tarnów stammende Salo W. Baron schon 1928 argumentiert, dass eine rechtliche Sonderstellung – etwa durch landesherrliche oder königliche Privilegierung – durchaus Vorteile gegenüber einer rechtlichen Gleichstellung haben konnte, wenn letztere mit informeller Diskriminierung einherging.⁵⁶ In den ersten Jahrzehnten nach den Teilungen Polens forderten entsprechend nur wenige osteuropäisch-jüdische Autoren eine Emanzipation nach dem Vorbild der Französischen Revolution. Eine bemerkenswerte Ausnahme ist sicherlich der bereits erwähnte Zalkind Hourwitz. Seine emphatische Forderung nach gleichen Rechten für Juden wurde zwar auch in Polen rezipiert, blieb aber von nur eingeschränkter Wirkung.⁵⁷ Gerade konservative Gemeindeführer und religiöse Autoritäten hielten eine auch rechtliche Sonderung der jüdischen Gemeinschaft und die Beibehaltung des Privilegienregimes für erstrebenswert.⁵⁸ In dieser Hinsicht aufschlussreich war die Situation im Herzogtum Warschau (→ II. C), in dem die geplante Einführung des napoleonischen *Code Civil* auf Widerspruch sowohl der von Napoleon eingesetzten Verwaltungsspitze als auch von Teilen der jüdischen Elite stieß. Als im Herzogtum Warschau 1812 die Einführung einer auch Juden einschließenden Wehrpflicht drohte, wurde diese Art der Gleichbehandlung durch eine einmalige Zahlung einer erheblichen Sondersteuer abgewehrt.⁵⁹

⁵⁵ Dies illustrieren etwa die Verhandlungen zwischen den Eltern und Großeltern des Autors und Journalisten Yekhezkel Kotik, in denen die Grenze zwischen misnagdischem und chassidischem Judentum überwunden wurden, vgl. ASSAF, D. (Hg.): *Journey to a Nineteenth-Century Shtetl. The Memoirs of Yekhezkel Kotik*. Detroit 2002, 330–339.

⁵⁶ BARON, S. W.: *Ghetto and Emancipation* [1928]. In: SCHWARZ, L. W. (Hg.): *The Menorah Treasury*. Philadelphia 1964, 50–63.

⁵⁷ Die 1789 in französischer Sprache erschienene *Apologie des Juifs* wurde noch im gleichen Jahr frei übersetzt ins Polnische zusammengefasst, zweifelsohne motiviert durch den gleichzeitig tagenden Sejm: HURWICZ, Z.: *Usprawiedliwienie czyli apologia Żydów* [Rechtfertigung bzw. Apologie der Juden]. In: EISENBACH, A. u. a. (Hg.): *Materiały do Dziejów Sejmu Czteroletniego* [Materialien zur Geschichte des Vierjährigen Sejms]. Bd. 4. Wrocław 1969, 113–118.

⁵⁸ GUESNET: *Politik der Vormoderne* (Anm. 11).

⁵⁹ POLONSKY: *Jews in Poland and Russia* (Anm. 1), Bd. 1, 282–286.

Eine detaillierte Schilderung der Entwicklung des Rechtsstatus der jüdischen Bevölkerung in den einzelnen Teilungsgebieten würde den Rahmen dieser Darstellung sprengen.⁶⁰ Zu den wesentlichen Schritten gehört die größere Freizügigkeit, die im Anschluss an die Erhebungen von 1846–48 (→ III. F) eingeführt wurde. Sie betraf neben der jüdischen Bevölkerung im preußischen Teilungsgebiet, für das die Entwicklung schon weiter oben geschildert wurde, vor allem das österreichische Galizien und führte ab 1860 zu einer starken Dynamisierung der Emigration aus dem wirtschaftlich stagnierenden Kronland nach Wien, in das Ungarische Unterland, sowie in die Donaufürstentümer, dem späteren Rumänien. Eine ähnliche Wirkung hatte die von Graf Wielopolski durchgesetzte weitgehende rechtliche Gleichstellung der jüdischen Bevölkerung im Königreich Polen 1862. Sie brachte den Juden und Jüdinnen nicht nur das Niederlassungsrecht auch in jenen Städten, die die überkommenen Privilegien *de non tolerandis Judaeis* durch Sonderregelungen aufrechterhalten hatten, sondern auch die Freizügigkeit bezüglich ihrer Erwerbstätigkeit. Die Folge war auch hier eine erhebliche Dynamisierung der Binnenmigration in größere Städte und wirtschaftlich dynamische Regionen.

Seit der Einrichtung des Ansiedlungsrayons bestand in den westrussischen Teilungsgebieten für die jüdische Bevölkerung weitgehende Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit, die jedoch durch zahlreiche, oft in sich widersprüchliche, Erlasse und Ausführungsbestimmungen eingeschränkt wurde. So ordnete das Statut von 1804 die meisten Juden dem Stand (russ. *soslovie*) der Stadtbürger (russ. *meščanstvo*) zu, dem jedoch die Niederlassung im dörflichen und ländlichen Raum, wo eine große Zahl jüdischer Familien lebte, untersagt war. Für das prinzipielle Niederlassungsverbot jenseits der Grenzen des Ansiedlungsrayons, im russländischen Teil des Reiches, galten zahlreiche Ausnahmen, so für Kaufleute, Universitätsabsolventen, Handwerksmeister und anerkannte Künstler. Mit Regierungsantritt von Kaiser Alexander II. wurden einige als besonders repressiv wahrgenommene Maßnahmen – etwa die *rekručina* – zurückgenommen. Die Erwartung, dass wie im Königreich Polen nun auch im Russischen Reich eine rechtliche Gleichstellung erfolgen würde, wurde jedoch enttäuscht. Nach der Ermordung Alexanders II. und einer Welle antijüdischer Gewalt wurden mit den sogenannten Mai-Gesetzen von 1882 die Niederlassungsregeln wiederum verschärft und der Zugang insbesondere zu den metropolitanen Universitäten wie auch zu beruflicher Tätigkeit im Rechtswesen stark eingeschränkt. Auf die Revolution von 1905 (→ IV. F) folgte eine

⁶⁰ Überblick über die Entwicklungen bei EISENBACH, A.: *The Emancipation of the Jews in Poland 1780–1870*. Oxford 1991 (poln. Orig. Warszawa 1988); OCHS, J. M.: *St. Petersburg and the Jews of Russian Poland 1862–1905*. Ms. Diss. Ann Arbor 1985; Klier, J. D.: *Russia's Imperial Jewish Question 1855–1881*. Cambridge 1995; WEEKS, T.: *Nation and State in Late Imperial Russia. Nationalism and Russification on the Western Frontier*. DeKalb, Ill. 1996, 44–68; GUESNET: *Polnische Juden* (Anm. 19), 177–250.

Phase der relativen Freizügigkeit, in der russische Juden und Jüdinnen das Wahlrecht erlangten und insbesondere durch die Liberalisierung des Vereinswesens neue, nun legale Formen der zivilgesellschaftlichen Organisation möglich wurden.⁶¹

Ansatzweise ausgeglichen wurde die grundsätzlich dennoch bis zur Februarrevolution von 1917 weiter geltende restriktive Rechtslage durch die weit verbreitete Bestechlichkeit des Verwaltungsapparats sowie die Praxis von Ausnahmeregelungen ›selektiver Integration‹, die für die Kaufmannschaft, für die zehntausenden von ausgesiedelten jüdischen Rekruten und ihre Familien sowie für die wachsende Zahl von Universitätsabsolventen und -absolventinnen erhebliche Handlungsspielräume eröffneten.⁶² Die wohl beste Illustrierung dieser spezifisch russischen Verhältnisse ist das Schicksal der Juden und Jüdinnen, die sich in Moskau niedergelassenen hatten. Die eine Ansiedlung in der Stadt verbietenden Bestimmungen wurden durch die Ausweisungsmaßnahmen von 1891, von denen tausende Juden und Jüdinnen betroffen waren, zumindest zeitweilig wieder strikter durchgesetzt, was zu einem dramatischen Zuwachs russisch-jüdischer Immigration in das Königreich Polen führte.⁶³

Das berühmte Diktum von Stanislas de Clermont-Tonnerre, dem Pionier der gesetzlichen Gleichstellung der Juden in Frankreich von 1789, dass den Juden »nichts als Nation, alles jedoch als Individuen« zuzugestehen sei,⁶⁴ lautete entsprechend im geteilten Polen, dass die Juden als Korporation vieles verloren, sich jedoch einige Privilegien – manchmal auch gegen das Gesetz – bewahren konnten, und dass viele dort, wo ihnen Bürgerrechte zugestanden wurden, diese vor allem nutzten, um aus angestammten Siedlungsräumen und Erwerbskontexten zu entkommen.

Erwerbstätigkeit: Statusverlust, Überbesetzung und Emigration

Ein wesentlicher Faktor für den im europäischen Vergleich stabilen politischen und rechtlichen Status der jüdischen Gemeinden in Polen-Litauen vor den Teilungen war die klar umrissene ökonomische Funktion der jüdischen Bevölkerung (→ Bd. 2, VI. D). Jüdische Pächter stellten das unverzichtbare Bindeglied zwischen landwirtschaftlicher

⁶¹ GUESNET, F.: *Revolutionary Hinterland: Transformations of Jewish Associational Life in the Kingdom of Poland, 1904–06*. In: SCHEDEWIE, F.: *The Russian Revolution of 1905 in Transcultural Perspective: Identities, Peripheries, and the Flow of Ideas*. Bloomington 2013, 105–120.

⁶² NATHANS, B.: *Beyond the Pale. The Jewish Encounter with Late Imperial Russia*. Berkeley 2002.

⁶³ KLEINMANN, Y.: *Neue Orte, neue Menschen. Jüdische Lebensformen in St. Petersburg und Moskau im 19. Jahrhundert*. Hamburg 2006, 348–387; GUESNET: *From Community to Metropolis* (Anm. 18), 130–135.

⁶⁴ *Opinion de M. Le Comte Stanislas de Clermont-Tonnerre*. In: *La Révolution Française et l'Émancipation des Juifs*. Bd. 7. Paris 1968, Nr. 3, 13. Vgl. auch MENDES-FLOHR, P./REINHARZ, J.: *The Jew in the Modern World. A Documentary History*. New York 1995, 114–118; SORKIN, D.: *The Count Stanislas de Clermont-Tonnerre's »To the Jews as a Nation ...«. The Career of a Quotation*. Jerusalem 2012 (Jacob Katz Memorial Lecture 2011).

Produktion und ihrer Verwertung dar, sei es als Verwalter adliger Güter, sei es als Kaufleute.⁶⁵ Als Pächter von Monopolen (etwa für die Produktion alkoholischer Getränke und ihren Absatz, für den Handel mit Salz oder Tabak sowie für die Erhebung von Zöllen, Abgaben und Steuern) sowie als Kreditgeber trugen sie wesentlich zur Kapitalisierung der polnisch-litauischen Gutswirtschaft – und hierdurch zu Handel und Wandel im Allgemeinen – bei. Jüdische Kaufleute waren international sowohl in Netzwerke jüdischer wie nicht-jüdischer Kaufleute eingebunden.⁶⁶

Auch auf der lokalen Ebene waren Juden und Jüdinnen überaus sichtbar: sei es als Pächter einzelner Schenken oder Herbergen, sei es als Händler und Händlerinnen auf lokalen Märkten und regionalen Messen. Die größere Freizügigkeit der ursprünglichen Lokationsprivilegien ließen über Pacht, Kredit und Handel aber auch ein breitgefächertes Spektrum anderer Berufe entstehen. Juden waren in praktisch allen Handwerken vertreten, wo sie sich meist – jedoch nicht immer – in gesonderten Gilden bzw. Bruderschaften organisierten. Einige Handwerke verfügten über ein spezifisch jüdisches Tätigkeitsprofil, boten ihre Leistungen und Produkte jedoch nicht nur Glaubensgenossen an – so stellte für jüdische Schächter der Handel mit nicht-koscherem Fleisch einen wesentlichen Anteil an ihren Einkünften dar. Weniger prominent als im Schankwesen waren Juden auch im Transportwesen, etwa als Kutscher, tätig. Ein Merkmal jüdischer Wirtschaftstätigkeit war die vergleichsweise prominente Rolle von Jüdinnen im (Klein-)Handel.

Die Teilungen Polen-Litauens brachten einschneidende Veränderungen mit sich, die – auch wenn zugleich einige neue Erwerbs- und Karrieremöglichkeiten entstanden – über die folgenden Generationen zu einem zunehmenden sozio-ökonomischen Anschluss der jüdischen Minderheit führten (→ IV. B), was unzweifelhaft wesentlichen Anteil an den politischen Rekonfigurationen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte. Hier ist zunächst die stetige Verdrängung jüdischer Pächter aus ihrer angestammten Vermittlerrolle in der Gutswirtschaft zu nennen. Hauptfaktor waren die Veränderungen in der Gutswirtschaft selbst. Adlige Grundbesitzer bemühten sich in Galizien, im Königreich Polen wie auch im Russischen Reich die Produktion alkoholischer Getränke und ihren Verkauf effizienter zu gestalten und sich die Erträge der Propination anzueignen. Insbesondere im Russischen Reich war hiermit der Versuch verbunden, die jüdischen Pächter für die negativen Folgen von exzessivem Alkoholvertrieb und -konsum verantwortlich zu machen. Außerhalb der Städte boten Handel oder Handwerk nur sehr eingeschränkt alternative Erwerbsmöglichkeiten, und die einsetzende Wanderungsbewegung in die Städte und die wirtschaftlich dynamischeren Regionen führte an den Zielorten schnell zu einem dramatischen Überangebot an menschlicher Arbeitskraft.

⁶⁵ Vgl. auch TELLER, T.: *Jews in the Polish-Lithuanian Economy*. In: KARP/SUTCLIFFE: *Cambridge History of Judaism* (Anm. 6), 576–606.

⁶⁶ AUST: *The Jewish Economic Elite* (Anm. 53), 50 f., 138 f.

Ähnliche Konsequenzen hatten die durch Industrialisierung und Mechanisierung ausgelösten Umschichtungsprozesse und die im Vergleich geringere Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung im östlichen Europa. Der Verlust von traditionellen Erwerbsmöglichkeiten führte zu einer dramatischen Überbesetzung in einigen wenigen, geringe Qualifikationen und Investitionen erfordernden Handwerksberufen (etwa Schneider und Schuster) sowie in Kleinhandel und Dienstleistungen. In der Textil- und Schwerindustrie, die sich in den Teilungsgebieten punktuell entwickelte, spielten Juden vereinzelt als Unternehmer und Investoren eine Rolle, jedoch nicht – mit nur wenigen Ausnahmen – als Arbeitskräfte. Es entstand zwar ein proletarisiertes jüdisches Handwerk, das vor allem der Textilindustrie zuarbeitete, vor allem aber eine große Zahl unspezifisch qualifizierter Tagelöhner und Kleinhändler, die ihren Lebensunterhalt nur mit größter Mühe zu bestreiten vermochten und stereotyp als ›Luftmenschen‹ oder auch als ›Unternehmerproletariat‹ bezeichnet wurden. Immer mehr Juden und Jüdinnen gerieten in eine wirtschaftlich überaus prekäre Situation und wurden, wie Eli Lederhändler es formuliert hat, ›klassenlos‹.⁶⁷ Dies führte zu spezifisch die jüdische Bevölkerung betreffenden Einkommenskrisen, so etwa im Zusammenhang mit dem Vordringen der Eisenbahn, das die im Transportwesen tätigen Juden wie auch Kaufleute besonders hart traf. Nach der Eröffnung der Eisenbahnverbindung zwischen Warschau und St. Petersburg kam es zum Beispiel in den litauischen Gouvernements 1868 unter der jüdischen Bevölkerung zu einer schweren Hungerkrise. Eine ähnliche Zuspitzung der Lage erfolgte in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts insbesondere in Lodz und Warschau, wovon besonders das proletarisierte, in Kleinbetrieben beschäftigte jüdische Handwerk betroffen war.

Es besteht eine offenkundige Korrelation zwischen wirtschaftlicher Stagnation und Überbesetzung auf der einen und Auswanderungsbestrebungen auf der anderen Seite. Die Emigration über den Atlantik, nach Nord- und Südamerika, aber auch jene nach Mittel- und Westeuropa veränderte die jüdische Lebenswelt des östlichen Europa nachhaltig (→ IV. H). Im Verlauf von wenig mehr als einer Generation wanderten insbesondere jüngere Juden und Jüdinnen aus, die meist über handwerkliche Berufserfahrung verfügten, jedoch aufgrund der Überbesetzung insbesondere im Textilgewerbe kaum Aussicht auf eine erfolgreiche Erwerbslaufbahn hatten. Viele von ihnen ließen sich in den aufstrebenden Metropolen Budapest, Wien, Berlin, Paris oder London nieder. Eine deutliche geringere Zahl hochmotivierter Anhänger der jüdischen Nationalbewegung,

⁶⁷ GUESNET, F.: *Jüdische Armut und ihre Bekämpfung im Königreich Polen: Grundzüge und Entwicklungen im 19. Jahrhundert*. In: JERSCH-WENZEL, S. u. a. (Hg.): *Juden und Armut in Mittel- und Osteuropa*. Köln 2000, 185–209; SCHWARA, D.: *Luftmenschen – Ein Leben in Armut*. In: HAUMANN, H. (Hg.): *Luftmenschen und rebellische Töchter. Zum Wandel ostjüdischer Lebenswelten im 19. Jahrhundert*. Köln 2003, 71–222; LEDERHENDLER, E.: *Classless. On the Social Status of Jews in Russia and Eastern Europe in the Late Nineteenth Century*. In: *Comparative Studies in Society and History* 50 (2008), 509–534.

bis zum Ersten Weltkrieg ca. 65 000, siedelte sich in Palästina an und bemühte sich, die stark traditionsgebundene ansässige jüdische Bevölkerung (hebr. *yishuv*) gemäß den Vorstellungen einer Pionier- und Aufbauarbeit zu erneuern. Der mit Abstand größte Teil der jüdischen Abwanderung aus dem östlichen Europa strebte jedoch nach Nord- und Südamerika – insgesamt zwischen 1870 und 1914 ungefähr zweieinhalb Millionen, wovon vor allem auf Anregung der 1891 von Baron Moritz Hirsch gegründeten Jewish Colonisation Association etwa 130 000 nach Argentinien gingen. Es entstand ein transatlantischer Kommunikationsraum, der sich durch vielfältige verwandtschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen auszeichnete. Dies trug in der Zeit zwischen den Weltkriegen zu einer Blüte insbesondere jiddischer Literatur bei, deren Zentren nicht nur in Ost- und Ostmitteleuropa, sondern auch in Berlin, Paris, London, Montreal, New York, Buenos Aires und Tel Aviv lagen, und die ein transnationales, ideelles ›Jiddischland‹ entstehen ließen.⁶⁸ In den großen europäischen Metropolen wurden durch die osteuropäisch-jüdische Einwanderung ganze Stadtquartiere (mit)geprägt: in London das East End, in Paris das Marais (das Jiddisch *Plets* genannt wurde), und in Berlin das Scheunenviertel.⁶⁹

Die vielen hundert Landsmannschaften, in denen sich meist Migrantinnen und Migranten aus demselben Herkunftsort, seltener aus einer Region zusammenschlossen und die in New York zur politischen Einflussnahme auch übergreifende Verbände bildeten, prägten in den Metropolen, insbesondere in Paris und New York, für mindestens zwei Generationen das soziale Leben der aus Osteuropa stammenden Neuankömmlinge.⁷⁰ Wie Rebecca Kobrin beispielhaft für die aus Białystok nach New York, Brasilien, Südafrika und Palästina ausgewanderten Juden und Jüdinnen zeigen konnte, dienten diese

⁶⁸ Zur Konstitution dieses Raums internationalen kulturellen Austauschs vgl. GAL-ED, E.: *Niemandsprache. Itzik Manger – ein europäischer Dichter*. Berlin 2016, 44–56.

⁶⁹ Die meist osteuropäische jüdische Zuwanderung nach Wien lag zwischen 1850 und dem Ersten Weltkrieg bei über 150 000 Personen, nach London bei etwa 100 000 Personen, nach Paris bei etwa 35 000, vgl. GREEN, N.: *The Modern Jewish Diaspora: East European Jews in London, Paris, and New York*. In: ENDELMAN, T. (Hg.): *Comparing Jewish Societies*. Ann Arbor 1997, 113–129; DIES.: *Gender and Jobs in the Jewish Community: Europe at the Turn of the Twentieth Century*. In: *Jewish Social Studies* 8 (2002), 39–60. Im Jahr 1910 stellten Juden und Jüdinnen aus der Provinz Posen und aus dem östlichen Europa etwa 40 000 (ca. 30 %) der 137 000 in Berlin lebenden jüdischen Bevölkerung (etwa 4 % von 3,7 Mio. Einwohnern), vgl. ALEXANDER, G. E.: *Die jüdische Bevölkerung Berlins in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts: Demographische und wirtschaftliche Entwicklungen*. In: RÜRUP, R. (Hg.): *Jüdische Geschichte in Berlin. Essays und Studien*. Berlin 1995, 117–148, hier 125–127, 141 f. Zur osteuropäisch-jüdischen Einwanderung nach Deutschland und ihren Auswirkungen vgl. u. a. ASCHHEIM, S.: *Brothers and Strangers. The East European Jew in German and German-Jewish Consciousness, 1800–1923*. Madison 1982; MAURER, T.: *Ostjuden in Deutschland 1918–1933*. Hamburg 1986).

⁷⁰ Zu New York vgl. SOYER, D.: *Jewish Immigrant Associations and American Identity in New York, 1880–1929*. Cambridge, Mass. 1997.

Organisationen der Absicherung am Zielort wie auch der aktiven materiellen Hilfe für die jüdische Gemeinde am Herkunftsort, in Białystok. Hiermit verband sich ein ausgeprägter Herkunftsstolz und das Bemühen, über die geographische Trennung hinweg eine lebendige Verbindung zum Herkunftsort zu halten. Dies schloss materielle Hilfe für die in Białystok lebenden Juden und Jüdinnen in erheblicher Höhe ein, die erst mit der Katastrophe der deutschen Besatzung und dem Holocaust im Zweiten Weltkrieg endete.⁷¹

Geschlechterverhältnisse

In der Teilungszeit wandelten sich Geschlechterrollen in der osteuropäisch-jüdischen Lebenswelt trotz – und teilweise wegen – der starken Beharrungskräfte religiös geprägter Muster nachhaltig. Ein wesentliches Merkmal der traditionellen Rollenaufteilung war die umfassende Marginalisierung der Frau in Ritus und Gemeindeleben, ihre Beschränkung auf wenige rituell relevante Handlungen: den häuslichen Sabbatsegen, das Abzweigen eines Teils des Brotteigs sowie die rituelle Reinigung nach der monatlichen Periode. Frauen waren von allen zeitgebundenen rituellen Handlungen (etwa gemeindlichen Gebeten) ausgeschlossen und wurden lediglich zu subalternen Rollen in der Gemeindeorganisation oder in Bruderschaften zugelassen.⁷²

Desungeachtet entwickelten Jüdinnen im östlichen Europa spezifische spirituelle Praktiken. Aus westaschkenasischen Vorbildern entwickelte sich ein Kanon populärer lebensweltlich orientierter Frauengebete in jiddischer Sprache (jidd. *tchines*),⁷³ und eine Vielzahl von Bräuchen inszenierte und re-iterierte eine Frauen vorbehaltenen, religiös geprägte Lebenswelt.⁷⁴ Der Zurückstellung im religiösen und im Gemeindeleben stand eine häufig prominente Rolle im Erwerbs- und Geschäftsleben gegenüber, die auf das biblische Konzept der ›guten Frau‹ (hebr. *eshet ha'il*) zurückgeht: Um es dem Ehemann zu erlauben, ein gottgefälliges Leben zu führen, das durch Studium und Gebet geprägt

⁷¹ KOBRIN, R.: *Jewish Bialystok and Its Diaspora*. Bloomington 2010.

⁷² Eine gute Übersicht zu traditionellen Geschlechterverhältnissen in ROSMAN, M.: *The History of Jewish Women in Early Modern Poland: An Assessment*. In: FREEZE, C./HYMAN, P./POLONSKY, A. (Hg.): *Jewish Women in Eastern Europe = Polin. Studies in Polish Jewry* 18 (2005), 25–56; POLONSKY: *Jews in Poland and Russia* (Anm. 1), Bd. 2, 336–378.

⁷³ WEISSLER, C.: *Voices of the Matriarchs. Listening to the Prayers of Early Modern Jewish Women*. Boston 1998.

⁷⁴ Als Beispiel sei hier auf die Vorbereitung einer Beschneidung hingewiesen, wie sie in den Memoiren der Pauline Wengeroff beschrieben wird. Die Geschlechterräume wurden im Übergang des Neugeborenen von der durch Frauen kontrollierte Sphäre der Wöchnerin in den durch Männer kontrollierten Raum der Beschneidung performativ hervorgehoben, vgl. WENGEROFF, P.: *Memoirs of a Grandmother. Scenes from the Cultural History of the Jews of Russia in the Nineteenth Century*, übersetzt und hg. von S. MAGNUS. Bd. 2. Stanford 2014, 90–92.

ist, übernahmen Jüdinnen vielfältige Aufgaben auch außerhalb des Haushalts, etwa durch Erwerbstätigkeit auf dem Markt, in einem Laden oder einer Schenke, oder in der Abwicklung der mit der Pacht verbundenen Geschäfte. Häufiger als ihre männlichen Familienangehörigen waren sie der in der Umgebung gängigen nichtjüdischen Sprachen mächtig.⁷⁵

Gerade die starke Scheidung von traditionell als für die jüdische Religionspraxis und Gemeinde relevant betrachteten Bildungsinhalten, die üblicherweise dem männlichen Nachwuchs vermittelt wurden, und anderem Wissen, das etwa in privaten nicht-jüdischen oder Staatsschulen vermittelt und für den weiblichen Nachwuchs als ausreichend betrachtet wurde, führte im Verlauf des 19. Jahrhunderts zu einer neuen Dynamik: gerade in größeren Städten waren es junge Frauen, die neue Berufsperspektiven und Eigenständigkeit entwickelten, die sich sozial und politisch engagierten und stärker als ihre männlichen Altersgenossen in nichtjüdische Kontexte integriert wurden. Dies wurde früh als Problem und Bedrohung gesehen. Der russisch-jüdische Autor Jehuda Leib Gordon warnte davor, dass jüdische Mädchen selbst aus religionstreuen Familien häufig keine jüdische Bildung erhalten, sondern Privatschulen und im Anschluss teilweise Gymnasien besuchen würden.⁷⁶ So blieb die osteuropäisch-jüdische Lebenswelt zwar patriarchal geprägt, aber die Kombination eines traditionellen Bildungsethos und die Gleichgültigkeit für die Alltagserfahrungen junger jüdischer Frauen führte dazu, dass sie ihren Interessen nicht nur in akademischen, sondern auch politischen Kontexten folgen konnten und sich sowohl in der jüdischen Nationalbewegung wie auch in jüdischen wie nichtjüdischen sozialdemokratischen und -revolutionären Formationen engagierten.⁷⁷

⁷⁵ ZBOROWSKI/HERZOG: *Shtetl* (Anm. 1), 96–110; POLONSKY: *Jews in Poland and Russia* (Anm. 1), 336–378. Zum möglichen Zusammenhang der Sozialisation dieser und anderer religiös-kultureller Vorstellungen und der Prominenz jüdischer Frauen in radikalen politischen Bewegungen vgl. KESSLER-HARRIS, A.: *The Gender of Jews and the Politics of Women*. In: JACOBS, J. (Hg.): *Jews and Leftist Politics. Judaism, Israel, Antisemitism, and Gender*. Cambridge 2017, 217–230, hier 219f.

⁷⁶ GORDON, Y. L.: *Russkoe priloženie* [Russischer Anhang]. In: Ha-Karmel 6 (1866), 28, zitiert nach PARUSH, I.: *Women Readers as Agents of Social Change among Eastern European Jews in the Late Nineteenth Century*. In: *Gender & History* 9 (1997), 60–82, hier 66.

⁷⁷ Vgl. etwa die Lebenserinnerungen von Puah Rakovsky, die sich zunächst sozialdemokratisch, später zionistisch engagierte: RAKOVSKY, P.: *My Life as a Radical Jewish Woman: Memoirs of a Zionist Feminist in Poland*, hg. von P. HYMAN. Bloomington 2002. Zum osteuropäisch-jüdischen Hintergrund weiblicher politischer Mobilisierung vgl. GLENN, S. A.: *Daughters of the Shtetl. Life and Labor in the Immigrant Generation*. Ithaca 1990, 8–49. Vgl. auch die methodisch anspruchsvolle Parallelisierung und Verknüpfung der politischen Laufbahnen von drei Vertreterinnen der ukrainischen, der polnischen und der jüdischen Nationalbewegungen bei HÜCHTKER, D.: *Geschichte als Performance. Politische Bewegungen in Galizien um 1900*. Frankfurt a.M. 2014.

Auf die große Zahl von jungen Jüdinnen, die sich im Kontext der Revolution von 1905 radikalisierten, wurde schon hingewiesen. Emma Goldman, die aus Litauen stammende Anarchistin, agitierte in den Vereinigten Staaten sowohl auf Amerikanisch als auch auf Jiddisch und bemühte sich gezielt um eine Integration jüdischer Arbeiter und Arbeiterinnen in die sozialrevolutionäre Bewegung.⁷⁸ In Reaktion auf diese bei den traditionellen jüdischen Eliten unerwünschten Formen des politischen und sozialen Engagements, aber auch in der Absicht, der Sichtbarkeit von Jüdinnen in der Prostitution entgegenzuwirken, wurden gezielt Schulen und Ausbildungsgänge für jüdische Mädchen entwickelt. Das im östlichen Europa bekannteste und auf Dauer erfolgreichste Netzwerk solcher Schulen, die Beys-Yaacov-Schulen, wurde während des Ersten Weltkriegs von der Krakauerin Sarah Schenirer gegründet.⁷⁹ Gleichzeitig trug der Kampf gegen den Mädchenhandel erheblich zur Internationalisierung jüdischer sozialpflegerischer Initiativen bei.⁸⁰ So entwickelte die Frankfurterin Bertha Pappenheim die Zielsetzungen ihres »Weibliche Fürsorge« genannten Vereins durch *fact finding missions*, die sie zusammen mit der russisch-jüdischen Sozialwissenschaftlerin Sara Rabinowitsch nach Galizien und Rumänien unternahm.⁸¹

Jüdisch-nichtjüdische Beziehungen

Lässt sich ein so komplexes Phänomen wie die Ausgestaltung der Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden über einen so langen Zeitraum wie der Epoche zwischen den Teilungen Polens und dem Ersten Weltkrieg in einigen wenigen Absätzen beschreiben? Die räumliche Kohabitation, die in vielen Städten des Landes selbstverständlich war, beruhte im Wesentlichen auf einer Anerkennung der Geschiedenheit – einer sprachlichen, religiösen und rechtlichen Geschiedenheit. Dem steht nicht entgegen, dass es im Alltag zu einer Vielzahl von Begegnungen kam. Die traditionellen Begegnungsräume zwischen Juden und Nichtjuden waren der Markt, der Handel, die Schen-

⁷⁸ BERKOWITZ, M.: *Emma Goldman's Radical Trajectory. A Resilient ›Litvak‹ Legacy*. In: *Journal of Modern Jewish Studies* 11 (2012), 243–263; *Jewish Women's Archive Collections: Women of Valor: Emma Goldman* (<https://jwa.org/womenofvalor/Goldman>; aufgerufen 27.11.2018); WALDSTREICHER, D.: *Radicalism, Religion, Jewishness: The Case of Emma Goldman*. In: *American Jewish History* 80 (1990), 74–92.

⁷⁹ OLESZAK, A.: *The Beit Ya'akov School in Kraków as an Encounter between East and West*. In: GALAS, M./POLONSKY, A. (Hg.): *Jews in Kraków = Polin. Studies in Polish Jewry* 23 (2011), 277–290.

⁸⁰ Hierzu BRISTOW, E.: *Prostitution and Prejudice. The Jewish Fight Against White Slavery*. Oxford 1982; STRATENWERTH, I.: *Der gelbe Schein. Mädchenhandel 1860–1930*. Bremen 2012, URY: *Barricades and Banners* (Anm. 39), 61–67, 126–130.

⁸¹ KONZ, B.: *Bertha Pappenheim (1859–1936). Ein Leben für jüdische Tradition und weibliche Emanzipation*. Frankfurt a. M. 2005, 77–85.

ke, sowie die Nachbarschaft im Stadtraum.⁸² Im kleinstädtischen Raum lebten Juden und Nichtjuden in einer *ambiguous symbiosis* (Rosa Lehmann) – sie waren zwar in recht klar definierten, alltäglichen und begrenzten Kontexten aufeinander angewiesen und bezogen, aber über diese Kontexte hinaus waren Sozialkontakte unüblich.⁸³ Die sprachliche Scheidung, die sich erst durch die Schulpflicht in der Zwischenkriegszeit aufzulösen begann, trug hierzu erheblich bei, ungeachtet des Umstands, dass sowohl auf jüdischer wie auf nichtjüdischer Seite die Sprache der jeweils anderen Seite bis zu einem gewissen Grad bekannt war.⁸⁴ Wechselseitige stereotype Wahrnehmungen schlugen sich sowohl in literarischer Produktion und in der Presse,⁸⁵ aber auch in Legenden, Sprichwörtern und Bräuchen⁸⁶ nieder, und stimulierten Abgrenzungseffekte immer wieder neu.

Die Hypothese liegt nahe, dass dieses durchaus empfindliche, überkommene Beziehungs- und Wahrnehmungsgeflecht, dessen Stabilität auf der »Spannung zwischen Verletzlichkeit und Nähe einerseits und religiöser Gefährdung und Kontaminierung andererseits« (Magda Teter) beruhte,⁸⁷ durch die Auflösung der rechtlichen und ökonomischen Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden, die mit der Auflösung jüdischer

⁸² Die Vielzahl normativer Quellen – sowohl jüdischer wie nichtjüdischer Provenienz – erlaubt eine genauere Beschreibung der frühneuzeitlichen Verhältnisse als der der Teilungszeit, für die nur begrenzt verallgemeinerbare Studien vorliegen. Für die frühe Neuzeit vgl. FRICK, D.: *Jews in Public Places. Further Chapters in the Jewish-Christian Encounter in Seventeenth-Century Vilna*. In: POLONSKY, A./TELLER, A./TETER, M. (Hg.): *Social and Cultural Boundaries in Pre-Modern Poland = Polin. Studies in Polish Jewry* 22 (2010), 215–248; TETER, M.: *Jews and Heretics in Catholic Poland. A Beleaguered Church in the Post-Reformation Era*. Cambridge 2006. Vgl. auch GUESNET: *Jews of Poland-Lithuania* (Anm. 6), 821–826.

⁸³ LEHMANN, R.: *Symbiosis and Ambivalence. Poles and Jews in a Small Galician Town*. New York 2001, 95–108.

⁸⁴ Ebd., 97 f. Eine reichhaltige, jedoch methodisch nicht mehr vollständig zufriedenstellende Darstellung bei BRZEZINA, M.: *Polszczyzna Żydów* [Das Polnisch der Juden]. Kraków 1986. Überlegungen zu den Entwicklungen nach dem Ersten Weltkrieg bei Katrin Steffen: *Jüdische Polonität: Ethnizität und Nation im Spiegel der polnischsprachigen jüdischen Presse, 1918–1939*. Göttingen 2004, 83–91.

⁸⁵ Nach wie vor eine Standarduntersuchung ist HERTZ, A.: *Żydzi w kulturze polskiej* [Juden in der polnischen Kultur]. Paris 1961. Eine Reihe von Einzelstudien in BARTAL, I./POLONSKY, A./URY, S. (Hg.): *Jews and their Neighbours in Eastern Europe since 1750 = Polin. Studies in Polish Jewry* 24 (2012). Eine chronologische Übersicht polnischer Wahrnehmungen bei GUESNET, F.: *Der Fremde als Nachbar. Polnische Positionen zur jüdischen Präsenz. Texte seit 1800*. Frankfurt a. M. 2009.

⁸⁶ Vgl. die Pionierstudie von CAŁA, A.: *Wizerunek Żyda w polskiej kulturze ludowej*. Warszawa 1992 – engl. Übersetzung: *The Image of The Jew in Polish Folk Culture*. Jerusalem 1995. Für litauische volkstümliche Vorstellungen vgl. EIDINTAS, A.: *Jews, Lithuanians and the Holocaust*. Vilnius 2012, 40–45; ŠAKNYS, Ž.: *Užgavėnės. A Rural and Urban, Religious, Socialist, and Lithuanian Festival of Shrovetide*. In: *Folklore* 60 (2015), 105–126 (doi:10.7592/FEJF2015.60.shaknys – letzter Zugang 1.8.2018).

⁸⁷ TETER: *Jews and Heretics* (Anm. 82), 59–76, hier 73: »A similar tension between vulnerability and intimacy and a fear of religious corruption and pollution is apparent in rulings on midwives, wet nurses, and physicians.«

Selbstverwaltungsorgane einsetzte, sich durch die Teilungen Polens beschleunigte und die Ausdruck insbesondere in der Entflechtung wirtschaftlicher Beziehungen fand, gefährdet wurde. Wohl traten an die Stelle der ländlichen und kleinstädtischen Kohabitation mit ihren relativ klar umgrenzten Begegnungsräumen neue Formen städtischer und großstädtischer Kohabitation, die sich im urbanen Raum entfaltenden Beziehungen waren jedoch nur begrenzt durch definierte Formen sozialer und ökonomischer Interaktion bestimmt. Sowohl in den gehobenen Gesellschaftsschichten wie auch unter Proletariern und proletarisierten Handwerkern unterschiedlicher ethnisch-religiöser Zugehörigkeit kam es zu politischer Interaktion und begrenzter Integration.⁸⁸ Es überwog jedoch eine Verschiebung vom ›Anderen‹ zum ›Fremden‹.

Dieser Prozess, der weder als Akkulturation noch als Entfremdung, sondern vielmehr als eine sich qualitativ verändernde Getrenntheit zu beschreiben wäre, verlief parallel und unabhängig von den Bemühungen der Teilungsmächte, die jüdische Minderheit in staatliche wie auch gesellschaftliche Strukturen zu integrieren. Unterschieden sich auch die in Anwendung gebrachten Mittel – mal mehr das Zuckerbrot der Naturalisierung, für die man auch die Wehrpflicht in Kauf nahm, mal die Peitsche der Wehrpflicht ohne Naturalisierung –, so stand hinter diesem staatlichen Handeln immer die Erwartung einer sprachlichen, habituellen und weltanschaulichen Integration der jüdischen Gemeinschaft in die Umgebungsgesellschaft. Im Falle der Provinz Posen kann man insofern von einem Erfolg sprechen, als das Angebot, als preußischer Staatsbürger naturalisiert zu werden, ausreichend Perspektiven für sozialen Aufstieg bot, und die damit einsetzende Auszehrung der jüdischen Gemeinden die Beharrungskräfte der traditionellen jüdischen Kultur nachhaltig untergrub. Im russischen Teilungsbereich war es die Verbindung von Wehrdienst und staatlich beaufsichtigter jüdischer Schule mit russischer Unterrichtssprache, die ein beträchtliches Kontingent russisch sozialisierter Juden hervorbrachte.⁸⁹ In Galizien stellte sich die Situation insofern komplizierter dar, als die Integrationsmöglichkeit in die deutschsprachige Imperialkultur seit der Autonomiegesetzgebung der 1860er Jahre in Konkurrenz geriet zu der in die polnischsprachige Kultur, die in Landesverwaltung und Schulwesen dominierte. Der beachtliche Anteil jüdischer Freiwilliger in den Polnischen Legionen während des Ersten Weltkriegs zeigt, dass dies eine für viele junge Juden plausible Variante der Akkulturation darstellte.⁹⁰ Im

⁸⁸ GUESNET, F.: *Lodzer Juden im 19. Jahrhundert. Ihr Ort in einer multikulturellen Stadtgesellschaft*. Leipzig 1997.

⁸⁹ STANISLAWSKI: *Tsar Nicholas I* (Anm. 24), 35–48 und passim; POLONSKY: *Jews in Poland and Russia* (Anm. 1), Bd. 1, 322–354.

⁹⁰ HOLZER, J.: *Zur Frage der Akkulturation der Juden in Galizien im 19. und 20. Jahrhundert*. In: *Jahrbuch für Geschichte Osteuropas* N. F. 37 (1989), 217–226; GAŁĘZOWSKI, M.: *Na wzór Berka Joselewicza. Żołnierze i oficerowie pochodzenia żydowskiego w legionach Polskich* [Nach dem Vorbild von Berek Joselewicz. Soldaten und Offiziere jüdischer Herkunft in den Polnischen Legionen]. Warszawa 2010, 35–107.

Königreich Polen vertrat nur eine Minderheit in den gesellschaftlichen und intellektuellen Eliten eine aktive Integrationsstrategie, die auf polnischer Seite immer mit einem Akkulturationsvorbehalt verbunden war.⁹¹ Eine Ausnahme von dieser Regel war die kurzlebige Phase der polnisch-jüdischen Verbrüderung im Kontext der patriotischen Mobilisierung im Vorfeld des Januar-Aufstands (→ III. H).⁹² Diese folgte jedoch auf eine Welle antisemitischer Mobilisierung 1859, die als »jüdischer Krieg« (*wojna żydowska*) bekannt wurde und deren Ziel es war, gerade der Warschauer jüdischen Jugend die Grenzen ihrer Integrierbarkeit zu demonstrieren.⁹³

Diese sozialen Vorbehalte speisten sich aus unterschiedlichen Quellen, unter denen eine religiös motivierte Ablehnung von Juden und Jüdinnen als Andersgläubige eine prominente Rolle spielte, als Erklärung für die Virulenz exkludierender Tendenzen jedoch nicht ausreicht.⁹⁴ Die soziale und kulturelle Ferne ließ die Identifizierung der jüdischen Bevölkerung als einer mit polnischer Gesellschaft und Staatlichkeit inkompatibler Gruppe plausibler erscheinen als dort, wo seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert eine zumindest partielle Integration von Juden und Jüdinnen in die »halbneutralen« (Jacob Katz) bürgerlichen und gebildeten Schichten erfolgte.⁹⁵ Die Vorstellung der Inkompatibilität wurde zum Ende des 19. Jahrhunderts mit zunehmender Aggressivität von Roman Dmowski und der Nationaldemokratie vertreten und um biologistische Argumente ergänzt. Hierbei argumentierte Dmowski mit der Seniorität jüdischer Zivilisation, die sich der jüngeren polnischen nicht einverleiben lasse, und von der sogar die Gefahr ausginge, die Mehrheit der Polen »geistig, aber auch moralisch zu assimilieren«, so »dass die Verschmelzung mit einer größeren Zahl dieses Bevölkerungsanteils unser Verderben bedeuten würde, da wir die jungen, schöpferischen Bestandteile, auf die wir unsere Zukunft aufbauen wollen, durch Verfallselemente ersetzen wollten.«⁹⁶

Die polnische Nationaldemokratie würde in den folgenden Jahrzehnten die grundlegende Haltung einer essentiellen Inkompatibilität von polnischer und jüdischer Lebensform beibehalten und in erheblichem Maße dazu beitragen, derartige judenfeindliche

⁹¹ CAŁA, A.: *Asymilacja Żydów w Królestwie Polskim, 1864–1897. Postawy konfliktu stereotypy* [Die Assimilation der Juden im Königreich Polen. Haltungen, Konflikte, Stereotypen]. Warszawa 1989.

⁹² OPALSKI, M./BARTAL, I.: *Poles and Jews. A Failed Brotherhood*. Hanover, N.H. 1992.

⁹³ GUESNET: *From Community to Metropolis* (Anm. 18), 145 f.

⁹⁴ PORTER-SZÜCS, B.: *Why Do Polish Catholics Hate the Jews? A Reasoned Answer to a Stupid Question*. In: GUESNET, F./JONES, G. (Hg.): *Antisemitism in an Era of Transition. Continuities and Impact in Post-Communist Poland and Hungary*. Frankfurt a.M. 2014, 29–50.

⁹⁵ KATZ, J.: *Out of the Ghetto: The Social Background of Jewish Emancipation 1770–1870*. Cambridge, Mass. 1973, 42–56.

⁹⁶ DMOWSKI, R.: *Myśli nowoczesnego Polaka* [Gedanken eines modernen Polen]. Lwów 1904, 214 f., zitiert in Übersetzung von P. O. Loew in: GUESNET: *Der Fremde als Nachbar* (Anm. 85), 281. Vgl. KRZYWIEC, G.: *Between Realpolitik and Redemption: Roman Dmowski's Solution to the »Jewish Question«*. In: GUESNET/JONES: *Antisemitism* (Anm. 94), 69–90 – hier auch weiterführende Literatur.

Positionen weit über die Grenzen der eigenen politischen Formation zu verbreiten und sie zu einer kulturell hegemonialen (Antonio Gramsci) Weltanschauung machen.⁹⁷ Sie schürte jenes Ressentiment, das einen Angriff auf die jüdischen Nachbarn im moralischen Universum der Täter und Täterinnen als Korrektur des aus dem Gleichgewicht geratenen Verhältnisses zu rechtfertigen vermochte. Antijüdische Gewalt sollte sich seit den antijüdischen Ausschreitungen im Russischen Reich 1881/82 und dem sich zu Weihnachten 1882 in Warschau ereignenden Pogrom stetig in Ausmaß und Brutalität steigern.⁹⁸ Übereinstimmend haben jüngere Studien zu den Pogromen in Russland 1881/82 und zu jenen in den litauischen Provinzen und in Galizien um 1900 gezeigt, dass diese Ausschreitungen eine quasi korrigierende Funktion haben sollten, was sich nicht zuletzt in der Erwartung niederschlug, dass nach den Exzessen wieder ›normale‹ Verhältnisse eintreten würden.⁹⁹ Es besteht kein Zweifel, dass die ersten Jahre des 20. Jahrhunderts eine wesentliche Brutalisierung mit sich brachten, für die das Pogrom von Kischinew 1903 als Wegmarke einer Hinwendung zu mörderischer Gewalt steht.¹⁰⁰

An der Schwelle zum 20. Jahrhundert

In mehreren Überblicksdarstellungen der Geschichte der osteuropäischen Judenheiten wird der Zeitraum zwischen dem Fanal der antijüdischen Gewalt im Russischen Reich und dem Ersten Weltkrieg als Epoche einer dramatischen Transformation dargestellt.¹⁰¹

⁹⁷ Eine Reihe wichtiger Einzelstudien in BLOBAUM, R. (Hg.): *Antisemitism and Its Opponents in Modern Poland*. Ithaca 2005.

⁹⁸ BRASS, P. R.: *Introduction: Discourses of Ethnicity, Communalism, and Violence*. In: DERS. (Hg.): *Riots and Pogroms*. New York 1996, 1–55; BERGMANN, W.: *Pogroms*. In: HEITMEYER, W./HAGAN, J. (Hg.): *International Handbook of Violence Research*. Dordrecht 2003), 351–367. Vgl auch BERGMANN, W.: *Ethnic Riots in Situations of Loss of Control: Revolution, Civil War, and Regime Change as Opportunity Structures for Anti-Jewish Violence in Nineteenth- and Twentieth-Century Europe*. In: HEITMEYER, W. u. a. (Hg.): *Control of Violence: Historical and International Perspectives on Violence in Modern Societies*. New York 2011, 487–516. Eine wegweisende frühe Studie GOLCZEWSKI, F.: *Polnisch-jüdische Beziehungen. Eine Studie zur Geschichte des Antisemitismus in Osteuropa*. Wiesbaden 1981.

⁹⁹ KLIER, J. D.: *Russians, Jews, and the Pogroms of 1881–1882*. Cambridge 2011; BUCHEN, T.: *Antisemitismus in Galizien. Agitation, Gewalt und Politik gegen Juden in der Habsburgermonarchie um 1900*. Berlin 2012; STALIUNAS, D.: *Enemies for a Day. Antisemitism and Anti-Jewish Violence in Lithuania under the Tsars*. Budapest 2015.

¹⁰⁰ Hierzu jüngst ZIPPERSTEIN, S.: *Pogrom. Kishinev and the Tilt of History*. New York 2018. Vgl. auch BURYŁA, S. (Hg.): *Pogromy Żydów na ziemiach polskich w XIX i XX wieku. Literatura i sztuka* [Judenpogrome in den polnischen Ländern im 19. und 20. Jahrhundert. Literatur und Kunst]. Warszawa 2018 (der erste von drei geplanten Bänden einer umfassenden Sichtung antijüdischer Gewalt in den polnischen Ländern).

¹⁰¹ FRANKEL: *Prophecy and Politics* (Anm. 31), passim; HAUMANN: *Geschichte der Ostjuden* (Anm. 1), 150–186, BARTAL: *Jews of Eastern Europe* (Anm. 1), 157–168.

Jonathan Frankel hat diese Entwicklung mit den strukturellen Auswirkungen einer Krisensituation im Allgemeinen und im Besonderen mit der Pogromkrise von 1881/82 begründet.¹⁰² Dieser Ansatz erscheint deshalb überzeugend, weil als Ergebnis der ökonomischen, sozialen, kulturellen, demographischen und politischen Herausforderungen, mit denen Juden und Jüdinnen im östlichen Europa im späten 19. Jahrhundert konfrontiert waren, eine Vielzahl von miteinander inkompatiblen Antworten gefunden wurden: Integration oder kulturelle Selbstbehauptung; religiöse Mobilisierung oder Abwendung von Observanz oder Religion überhaupt; Jiddisch, Hebräisch oder die Landessprache; Auswanderung oder Bleiben; politische Allianzen mit universalistischen, liberalen oder nationalen respektive nationalistischen Zielsetzungen.¹⁰³ Was einerseits als fragmentierte jüdische Öffentlichkeit erscheint, reflektiert andererseits eine enorme Bandbreite individueller Handlungs- und Identifizierungsangebote. In Verbindung mit der zunehmend prekären ökonomischen Situation wie auch der unübersehbaren, teilweise gewalttätigen Zurückweisung durch Teile der nicht-jüdischen Umgebungsgesellschaften waren Gleichgültigkeit oder Passivität wenig plausible Optionen. Dies gilt gerade für die jeweils jüngere Generation. Es wurde bereits dargestellt, dass sich zunehmend junge Juden und Jüdinnen politisch sowohl innerjüdisch wie auch in allgemeinpolitischen Kontexten engagierten. Zvi Gitelman hat zu Recht darauf hingewiesen, dass sowohl die sozialdemokratischen wie auch die nationaljüdisch-zionistischen Parteiungen erheblich zu einer Demokratisierung in der jüdischen Minderheit beitrugen, bei der sich die größeren Handlungsspielräume vor allem junger Jüdinnen bemerkbar machten.¹⁰⁴ Diese Entwicklungen haben sich nach dem Ersten Weltkrieg fortgesetzt und ihren Ausdruck in einer höchst mobilisierten Jugend gefunden.¹⁰⁵ Ein vielleicht übergreifendes Merkmal der Epoche ist die soziale, kulturelle und politische Mobilisierung als *modus operandi* – es war zwar nicht beliebig, unter welchem Banner jemand agierte, jedoch sollte man die ideologische Flexibilität und die Permeabilität von sozialen, politischen und kulturellen Milieus in dieser Epoche nicht unterschätzen.¹⁰⁶

¹⁰² FRANKEL, J.: *Crisis as a Factor in Modern Jewish Politics*. In: DERS.: *Crisis, Revolution, and Russian Jews*. Cambridge 2009, 15–31.

¹⁰³ Die Varianten und Optionen um 1900 in überzeugender konziser Darstellung bei MENDELSON, E.: *On Modern Jewish Politics*. New York 1993.

¹⁰⁴ Vgl. u. a. GITELMAN, Z.: *Introduction*. In: DERS. (Hg.): *The Emergence of Modern Jewish Politics: Bundism and Zionism in Eastern Europe*. Pittsburgh 2003, 12–18.

¹⁰⁵ Hierzu jüngst KJIEK, K.: *Dzieci modernizmu. Świadomość, kultura i socjalizacja polityczna młodzieży żydowskiej w II Rzeczypospolitej* [Kinder des Modernismus. Bewusstsein, Kultur und Sozialisierung der jüdischen Jugend in der 2. Republik]. Wrocław 2017.

¹⁰⁶ Es besteht dazu erheblicher Forschungsbedarf. Eine Beispielstudie ist FRANKEL, J.: *Yosef Haim Brenner, the »Half-Intelligentsia«, and Russian-Jewish Politics*. In: DERS.: *Crisis* (Anm. 102), 98–130. Für die Zwischenkriegszeit vgl. MOSS, K. B.: *Negotiating Jewish Nationalism in Interwar Warsaw*. In: DYNNER/GUESNET: *Warsaw* (Anm. 3), 390–436. Ein Problem der den unterschiedlichen Richtungen folgenden Historiographie (etwa von Arbeiten zum *Bund*, zur [Ultra-]Orthodoxie

Diese Entwicklung lässt sich als ein Prozess der nationalen Selbstfindung beschreiben oder alternativ als Herausbildung einer eigenständigen osteuropäisch-jüdischen Kulturpersönlichkeit.¹⁰⁷ Diese letztere Interpretation scheint besonders tragfähig, da sie die zentrale Rolle individueller Identifizierungen (und auch deren Wandelbarkeit) deutlicher zum Ausdruck bringt. Den großen Herausforderungen zum Trotz boten die großen, überaus vielgestaltigen jüdischen Stadtgemeinschaften des frühen 20. Jahrhunderts enorme Möglichkeiten, soziale und politische Netzwerke sowie kulturelle Kontexte auszuleben und zu formen. Wichtiger noch, sie boten die Möglichkeit, diese Netzwerke und Kontexte wieder zu verlassen, ohne das eigene Jüdischsein aufzugeben. Hierzu trugen Multilingualität, überregionale oder auch internationale familiäre Netzwerke, die Ausgestaltung einer vielsprachigen Presse, von Theater, Film, und Literatur, wie auch einer großstädtischen Öffentlichkeit wesentlich bei.¹⁰⁸ Mithin ist die – evidente – jüdische Nationsbildung in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg nur eine Seite der Medaille, auf deren anderer Seite individualisierte Lebensverläufe stehen.

oder zur jüdischen Nationalbewegung) ist es, Permeabilität und Flexibilität nicht ausreichend zu würdigen.

¹⁰⁷ HAUMANN: *Geschichte der Ostjuden* (Anm. 1), 152–161.

¹⁰⁸ In einer die Teilungszeit abschließenden Betrachtung analysiert Antony Polonsky die Entstehung einer jüdischen Massenkultur, die nicht ohne die metropolitanen Judenheiten in den Hauptstädten der Teilungsmächte zu denken ist, in Wien, Berlin, Budapest, Warschau, Lemberg, Moskau, vgl. POLONSKY: *Jews in Poland and Russia* (Anm. 1), Bd. 2, 379–403.

ANHANG

Quellen- und Literatur zum Tabellen- und Kartenanhang

Tabellenwerke und Darstellungen

- BAUER, H./KAPPELER, A./ROTH, B. (Hg.): *Die Nationalitäten des Russischen Reiches in der Volkszählung 1897*. Stuttgart 1991.
- BELZYT, L.: *Pruska statystyka językowa (1825–1911) a Polacy zaboru pruskiego, Mazur i Śląska* [Die preußische Sprachenstatistik (1825–1911) und die Polen des preußischen Teilungsgebietes, Masurens und Oberschlesiens]. Zielona Góra 2013.
- BELZYT, L.: *Sprachliche Minderheiten im preußischen Staat 1815–1914. Die preußische Sprachenstatistik in Bearbeitung und Kommentar*. Marburg 1998 (Quellen zur Geschichte und Landeskunde Ostmitteleuropas 3).
- Bevölkerung und Viehstand der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder, dann der Militärgränze nach der Zählung vom 31. Dezember 1869*. Bd. 1. Wien 1871.
- BIENIARZÓWNA, J. / MAŁECKI, J. M. (Hg.): *Dzieje Krakowa* [Geschichte Krakaus]. Bd. 3: *Kraków w latach 1796–1918* [Krakau 1796–1918]. Kraków 1979.
- BLOCK, R.: *Der Alphabetisierungsverlauf im Preußen des 19. Jahrhunderts. Quantitative Exploration aus bildungsgeschichtlicher Perspektive*. Frankfurt a. M. 1995.
- BLUMENKRANZ, B. (Hg.): *Histoire des juifs en France*. Toulouse 1972 (Collection Franco-Judaïca, 1)
- BRANOVER, G. G. (Hg.): *Rossijskaja evrejskaja enciklopedija* [Russische Jüdische Enzyklopädie]. 7 Bde. Moskva 1994–2011.
- CUTLER, I.: *The Jews of Chicago. From Shtetl to Suburb*. Urbana 2009.
- CZEIKE, F.: *Historisches Lexikon Wien*. Bd. 1. Wien 1992.
- DOPIERAŁA, K. / BARTKOWIAK, D. (Hg.): *Encyklopedia polskiej emigracji i polonii* [Enzyklopädie zur polnischen Emigration und Diaspora]. 5 Bde. Toruń 2003–2005.
- Ėncyklapedyja historyi Belarusi u 6 tamach* [Enzyklopädie zur Geschichte Weißrusslands in 6 Bänden]. Minsk 1994–2003.
- FIERRO, A.: *Histoire et Dictionnaire de Paris*. Paris 1996.
- FEDOR, T. S.: *Patterns of Urban Groth in the Russian Empire During the Nineteenth Century*. Chicago 1975.
- FILIPPOV, V.: *Moskva* [Moskau]. In: TIŠKOV, V. (Hg.): *Na puti k perepisi* [Auf dem Weg zur Volkszählung]. Moskva 2003, 277–213 [auch auf »www.demoscope.ru«].

- GEBHARD, J.: *Lublin. Eine polnische Stadt im Hinterhof der Moderne 1815–1914*. Köln 2006.
- Gemeindelexikon für die Regierungsbezirke Allenstein, Danzig, Marienwerder, Posen, Bromberg und Oppeln*. Berlin 1912.
- GIEYSZTOROWA, I.: *Wstęp do demografii staropolskiej* [Einführung in die altpolnische Demographie]. Warszawa 1976.
- GROSSMAN, H.: *Struktura społeczna i gospodarcza Księstwa Warszawskiego na podstawie spisów ludności 1808 i 1810* [Sozial- und Wirtschaftsstruktur des Herzogtums Warschau auf Grundlage der Volkszählungen 1808 und 1810]. In: *Kwartalnik Statystyczny* 2 (1925), 1–108.
- HAIN, J.: *Handbuch der Statistik des österreichischen Kaiserstaates*. Bd. 1. Wien 1852.
- Hof- und Staats-Handbuch der Österreichischen Monarchie für das Jahr 1915* 41 (1915).
- HOFFMANN, J. G.: *Die Bevölkerung des preußischen Staates*. Berlin 1839.
- HOFFMANN, J. G.: *Übersicht der Bodenfläche und Bevölkerung des Preußischen Staates*. Berlin 1818.
- HUNDERT, G. D.: *The YIVO Encyclopedia of Jews in Eastern Europe*. 2 Bde. New Haven 2008.
- JANCAK, J.: *Ludność Łodzi przemysłowej 1820–1914* [Die Bevölkerung des industriellen Lodz]. Łódź 1982 (Acta Univ. Lodziensis: Folia Historia, 11)
- JELONEK, A.: *Ludność miast i osiedli typu miejskiego na ziemiach Polski od 1810 do 1960* [Die Bevölkerung der Städte und der städtischen Siedlungen in den polnischen Ländern von 1810 bis 1960]. Warszawa 1967 (Dokumentacja Geograficzna, 3/4).
- JĘZIERSKI, A. u. a. (Hg.): *Historia Polski w liczbach. Ludność. Territorium* [Die Geschichte Polens in Zahlen. Bevölkerung. Territorium]. Warszawa 1994.
- KABUZAN, V. M.: *Dynamika i etniczskij sostav naselenija Rossii v epochu imperializma (konec XIX v.–1917 g.)* [Dynamik und ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung Russlands in der Epoche des Imperialismus (Ende 19. Jh.–1917)]. In: *Istorija SSSR* 3 (1980), 74–93.
- KABUZAN, V. M.: *Narody Rossii v pervoj polovine XIX v. Čislennost' i etničeskij sostav* [Die Völker Russlands in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Anzahl und ethnische Zusammensetzung]. Moskva 1992.
- KABUZAN, V. M.: *Rasprostranenie pravoslavija i drugich konfessij v Rossii v XVIII v. – načale XX v. 1719–1917 gg.* [Die Verbreitung der Orthodoxie und anderer Bekenntnisse in Russland vom 18. bis Anfang des 20. Jahrhunderts]. Moskva 2008.
- [KLEIN, C. G.]: *Der Freistaat Krakau bis zum Jahre 1845 u. die Salinen zu Wieliczka in Galizien*. Krakau 1846.
- KLUN, V. F.: *Statistik von Österreich-Ungarn*. Wien 1876.
- KRZYŻANOWSKI, A. / KKUMANIECKI, I.: *Statystyka Polski* [Statistik Polens]. Kraków 1915.

- KUCHARSKI, W.: *Wielkość i rozmieszczenie polskiej grupy etnicznej w Austrii w IX i XX w.* [Größe und Verteilung der ethnisch polnischen Gruppe in Österreich während des 19. und 20. Jhd.s]. In: *Rocznik Polonijny* 2 (1981), 25–46.
- LAIDLAW, W.: *Population of the City of New York, 1890–1930*. New York 1932.
- LIECHTENSTERN, J. M. v.: *Handbuch der neuesten Geographie des Österreichischen Kaiserstaates*. Bd. 2. Wien 1817.
- LIPMAN, V. D.: *Social History of the Jews in England 1850–1950*. London 1954.
- LIVRON, V. de: *Statističeskoe obozrenie Rossijskoj Imperii* [Statistische Übersicht des Russischen Reiches]. S.-Peterburg 1874.
- MARK, R. A.: *Galizien unter österreichischer Herrschaft. Verwaltung, Kirche, Bevölkerung*. Marburg 1994 (Historische und landeskundliche Ostmitteleuropa-Studien, 13).
- Mały Rocznik Statystyczny* 8 (1937).
- MITCHELL, B. R.: *International Historical Statistics. Europe 1750–2000*. Basingstoke⁵2005.
- Österreichische Statistik* 1.2 (1880), 32.1 (1892), 63.2/3 (1903), N.F. 1.1 (1912), N.F. 1.2 (1914), N.F. 2.1. (1912).
- Otto Hübner's geographisch-statistische Tabellen aller Länder der Erde* 43 (1894), 62 (1913).
- PIERCE, B. L.: *A History of Chicago*. 3 Bde. New York 1937–1957.
- Preußische Statistik* 5 (1864), 30 (1875), 121 (1893), 177 (1902/3), 234 (1913).
- Religionsbekenntnis und Schulbildung der Bevölkerung des preußischen Staats*. In: *Zeitschrift des Königlich preußischen Statistischen Bureaus* 14 (1874), 143–152.
- RIBBE, W. (Hg.): *Geschichte Berlins*. 2 Bde. München 1987.
- ROCK, H. B.: *City of Promises. A History of the Jews of New York*. Bd. 2: *Haven of Liberty. New York Jews in the New World, 1654–1865*. New York 2012.
- SANKT-PETERBURG. *Enciklopedija*. Sankt-Peterburg²2006.
- SŁOWACZYŃSKI, J.: *Statistique générale de la ville de Cracovie et du royaume de Galicie*. Paris 1839.
- SPRINGER, J.: *Statistik des österreichischen Kaiserstaates*. Wien 1840
- Statističeskii ežegodnik Rossii g. 1911* (1912).
- Statistik des Deutschen Reichs* 2.1874 (= *Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reichs* 1.1873), N.F. 68.1894 (= Die Volkszählung am 1. Dezember 1890 im Deutschen Reich), [N.F.] 240.1915
- Statistische Übersichten über die Bevölkerung und den Viehstand von Österreich nach der Zählung vom 31. October 1857*. Wien 1859.
- Statystyka miasta Krakowa* 8 (1902).
- SZYDŁOWSKA-CEGŁOWA, B. (Hg.): *Polonia w Europie* [Die polnische Diaspora in Europa]. Poznań 1992.

- Thirteenth Census of the United States taken in the Year 1910. Bd. 1: Population 1910. General Reports and Analyses.* Washington 1913.
- TROJNICKIJ, N. A. (Hg.): *Obščij svod po Imperii rezul'tatov razrabotki dannyh pervoj vseobščej perepisi naselenija, proizvedennoj 28 janvarja 1897 goda* [Allgemeine Sammlung von Ergebnissen für das Reich aus der Bearbeitung von Angaben der ersten allgemeinen Volkszählung, durchgeführt am 28. Januar 1897]. 2 Bde. S.-Peterburg 1905 [Daten teilweise auch unter «<http://www.demoscope.ru/weekly/ssp/census.php?cy=0>»].
- TROJNICKIJ, N. A. (Hg.): *Pervaja Vseobščaja perepis' naselenija Rossijskoj Imperii 1897 g* [Erste allgemeine Volkszählung des Russischen Reiches 1897]. 89 Bde. S.-Peterburg 1903–05 [Scans unter «<https://www.prlib.ru/>» und «https://commons.wikimedia.org/wiki/Category:Russian_Empire_Census». Daten teilweise auch unter «www.demoscope.ru/weekly/ssp/census.php?cy=0»].
- WALASZEK, A. (Hg.): *Polska Diaspora.* Kraków 2001.
- WEINREB, B./HIBBERT, C.: *The London Encyclopaedia.* London 1983.
- WIESIOŁOWSKI, M.: *Rys statystyczno-jeograficzny Galicyi Austrjackiej* [Statistisch-geographische Skizze zum österreichischen Galizien]. Poznań 1842.
- ZAMORSKI, K.: *Informator statystyczny do dziejów społeczno-gospodarczych Galicji: Ludność Galicji w latach 1857–1910* [Statistische Informationen zur sozio-ökonomischen Geschichte von Galizien: Die Bevölkerung Galiziens 1857–1910]. Kraków 1989.
- ZEDLITZ-NEUKIRCH, L. v.: *Der preußische Staat in allen seinen Beziehungen.* Bd. 1. Berlin 1836.
- Zeitschrift des Königlich Preußischen Statistischen Bureaus* 2 (1862).
- ZIMM, A.: *Die Entwicklung des Industriestandorts Berlin. Tendenzen der geographischen Lokalisation bei den Berliner Industriezweigen von überörtlicher Bedeutung sowie die territoriale Stadtentwicklung bis 1945.* Berlin 1959.

Karten und Atlanten

- BARRACLOUGH, G./STONE, N. (Hg.): *The Times Atlas of World History*. London³1989.
- CHRZANOWSKI, W.: *Karta dawnej Polski z przyległymi okolicami krajów sąsiednich*. [Karte des früheren Polens mit angrenzenden Gegenden der Nachbarländer]. 1:300 000, Paris 1859.
- CZAPLIŃSKI, W. / ŁADOGÓRSKI, T.: *Atlas historyczny Polski* [Historischer Atlas von Polen]. Warszawa 1998.
- DROYSEN, G.: *Allgemeiner historischer Handatlas*. Bielefeld 1886.
- GLOGER, Z.: *Geografia historyczna ziem dawnej Polski*. Kraków 1900.
- HAKIEWICZ, I. (Hg.): *Atlas historyczny. Od starożytności do współczesności* [Historischer Atlas. Vom Altertum bis zur Gegenwart]. Warszawa 2008.
- KRAUS, T. u. a. (Hg.): *Atlas östliches Mitteleuropa*. Bielefeld 1959.
- LANGHANS, P.: *Nationalitäten Karte der Provinz Schlesien*. Gotha 1906.
- MAGOCSI, P. R.: *Historical Atlas of East Central Europe*. Seattle 1995 [besonders 33 (S. 108) zu Karte 9].
- MATUSIAK, K.: *Księstwo Cieszyńskie. Stosunek narodowości według spisu ludności z roku 1910* [Das Herzogtum Teschen. Nationalitätenverhältnisse nach der Volkszählung von 1910]. 1:300 000. Cieszyn 1915.
- POPIOŁEK, F. / GOLACHOWSKI, T.: *Polskie kresy zachodnio-południowe (Śląsk, Treńczyńskie Górne, Orawa, Spisz)*, [Die polnischen südwestlichen Grenzländer (Oberschlesien, Oberes Trentschiner Land, Landschaft Orava, Zips)]. 1:300 000. Kraków 1919.
- ROMER, E.: *Geograficzno-statystyczny atlas Polski*. Warszawa 1916 [besonders X–XIII zu Karten 8–10].
- RUMPLER, H. / SEGER, M.: *Die Habsburgermonarchie 1848–1918*. Bd. 9.2: *Die Gesellschaft der Habsburgermonarchie im Kartenbild. Verwaltungs-, Sozial- und Infrastrukturen nach dem Zensus von 1910*. Wien 2010.
- RZEPA, Z.: *Ziemie polskie w latach 1864–1914* [Die polnischen Länder 1864–1914]. 1:1 000 000. Warszawa 1970
- SCHÄFER, D.: *Sprachenkarte der Deutschen Ostmarken*. Berlin [1915].
- SPETT, J.: *Nationalitätenkarte der östlichen Provinzen des Deutschen Reiches nach den Ergebnissen der amtlichen Volkszählung vom Jahre 1910*. Gotha 1910.
- TOPOLNICKI, J.: *Mapa Rzeczypospolitej Polskiej podług map Lelewela, Wrotnowskiego i Zannoniego* [Karte Polen-Litauens nach den Karten von Lelewel, Wrotnowski und Zannoni]. Lwów 1862.

Tabellen zur Bevölkerungsstatistik

VON KARSTEN HOLSTE

1. Die Bevölkerungsentwicklung 1815–1910

(in den Teilungsstaaten, in ihren früher polnisch-litauischen Landesteilen sowie wegen des bedeutenden polnischsprachigen Bevölkerungsanteils in Ostpreußen, Schlesien und Westfalen; außerdem zum Vergleich in Frankreich und Großbritannien)

Staaten/Gebiete	Fläche 1910 in km ²	Einwohner in Tausend				
		ca. 1815	ca. 1835	ca. 1870	ca. 1895	ca. 1910
Russisches Ksr.	21 799 059	49 519	63 600	81 700	125 640	167 003
Kgr. Polen	126 948	3 541	4 344	5 706	9 402	12 467
Lit.-w.russ. Gouv.	303 818	~4 000	5 066	5 947	10 063	12 712
<i>Wilna</i>	41 906		(~620)	974	1 591	1 957
<i>Witebsk</i>	43 983		751	838	1 489	1 851
<i>Grodno</i>	38 579		1 065	959	1 603	1 974
<i>Kowno</i>	40 189		(~750)	1 131	1 545	1 799
<i>Minsk</i>	91 212		1 034	1 136	2 148	2 869
<i>Mogilew</i>	47 949		845	909	1 687	2 262
Ruthenische Gouv.	164 799	3 789	4 509	5 734	9 567	12 336
<i>Wolhynien</i>	71 736		1 583	1 643	2 989	3 920
<i>Kiew</i>	50 957		1 411	2 144	3 559	4 604
<i>Podolien</i>	42 106		1 516	1 947	3 018	3 812
Österreich-Ung.	718 465	28 500	34 922	35 943	41 359	53 918
Cisleithanien	324 763	(13 133)	(16 083)	20 420	23 895	28 572
Galizien	78 497	3 903	4 519	5 418	6 608	8 026
»Westgalizien«	23 157	(1 266)	(1 539)	1 968	2 300	2 690
»Ostgalizien«	55 340	(2 436)	(2 459)	3 450	4 308	5 336
Österr. Schlesien	5 147	348	430	548	606	757
Republik Krakau	(1 190)	96	125	ab 1846 zu (Ost-)Galizien		
Deutsches Reich	540 858	–	–	41 059	49 428	64 926
Kgr. Preußen	348 780	10 537	14 098	24 640	29 957	40 165
Ghzm. Posen	28 991	848	1 159	1 584	1 758	2 100
<i>RB Posen</i>	17 539	585	789	1 017	1 127	1 336
<i>RB Bromberg</i>	11 461	263	381	567	625	764
Westpreußen	25 553	572	(848)	(1 314)	1 434	1 704
<i>RB Danzig</i>	7 959	243	349	525	281	743
<i>RB Marienwerder</i>	17 596	339	499	789	845	961
Ostpreußen	37 002	1 019	(1 304)	(1 823)	1 959	2 064
<i>RB Allenstein</i>	12 026	–	(296)	(460)	(517)	543
Schlesien	40 335	1 993	2 679	3 707	4 224	5 226
<i>RB Oppeln</i>	13 230	517	807	1 309	1 578	2 208
Westfalen	20 220	1 074	1 326	1 775	2 429	4 125
Frankreich	536 464	30 462	33 145	36 103	38 133	39 192
Großbrit. u. Irland	314 433	20 894	24 028	31 484	37 434	45 221

Erläuterungen und Quellen

Die frühen Zählungen sind mit Sicherheit unvollständig – um 1815 wurden z. B. im Kgr. Polen und im Ghzm. Posen ca. 30 % der Bevölkerung bei der Zählung nicht erfasst. Verlässlichere Daten (nur ca. 10 % Abweichung) gibt es für das preußische Teilungsgebiet ab den Volkszählungen in den 1830er Jahren, für Galizien ab der Volkszählung 1869, für das russische Teilungsgebiet bei der Volkszählung 1897. Der teilweise sprunghafte Anstieg der Bevölkerung dazwischen erklärt sich zu großen Teilen aus einer verbesserten Erfassung. Die Zählungen im russischen Teilungsgebiet um 1910 sind hingegen zumindest für das Kgr. Polen um mehr als 10 % zu hoch. Vgl. GIEYSZTOROWA, *Wstęp*, 50–91. Schätzung der tatsächlichen Bevölkerungsentwicklung 1820–1910 für das Kgr. Polen von 4,6 Mill. auf 10,2 Mill., für Galizien 4,5 Mill. auf 8,0 Mill., für das Ghzm. Posen von 1,1 Mill. auf 2,1 Mill., vgl. ebd., 90.

Russisches Kaiserreich: Fläche 1910, vgl. *Statističeskij ežegodnik 1911*, 1–25 (ohne größere Binnengewässer und die abhängigen Khanate Chiwa und Buchara mit 265 000 km² und 1910 2 300 Tsd. Ew., vgl. *Otto Hübner's ... Tabellen 62* (1913), 43 f. – dort Gesamtfläche 22 296 727 km²). Wesentliche Gebietsveränderungen bis um 1840 Gebietserwerb in Transkaukasien, bis um 1870 weitgehende Angliederung der Kaukasusregion, Gebietserwerb in Zentralasien, aber Verkauf von Russisch Amerika (Alaska), bis um 1890 weitere Gebietserweiterungen in Transkaukasien und Zentralasien. Als litauisch-weißrussische Gouvernements (lit.-w.russ. Gouv.) sind hier die darunter aufgeführten Gouvernements bezeichnet, die im 19. Jahrhundert auf dem Gebiet des früheren Großfürstentums Litauen entstanden (einschl. des 1807 erworbenen Gebiets um Białystok); als ruthenische Gouvernements die darunter aufgeführten Gouv., die auf dem bei der zweiten Teilung erworbenen Gebiet ruthenischer Wojewodschaften der Krone Polens eingerichtet worden (einschl. des schon im 17. Jhd. vom Moskauer Reich erworbenen und später dem Gouv. Kiew angeschlossenen Stadtgebiets von Kiew). Bevölkerung um 1815 und 1840 nach der VII. und VIII. Revision 1816 und 1834, vgl. KABUZAN: *Rasprostranenie pravoslavija*, 196–202 (lit.-w.russ. Gouv. hier ohne das dort dazu gezählte Gouv. Smolensk – dessen Bevölkerung für 1816 geschätzt nach Bevölkerungsverteilung 1834; die erst 1843 gebildeten Gouv. Wilna und Kowno hier nach der Bevölkerungsverteilung von 1851, vgl. dazu ebd. 204). Die Bevölkerung um 1870 nach Angaben für 1867 bei LIVRON, *Statističeskoe obozrenie*, Anhang 2–5; um 1890 nach Volkszählung 1897, vgl. TROJNICKIJ, *Obščij svod*, Bd. 1, 1–3; um 1910 nach Schätzung für Anfang 1911 in *Statističeskij ežegodnik 1911*, 1–25.

Kaisertum Österreich/Österreich-Ungarn: Fläche 1910 der Gesamtmonarchie incl. Bosnien-Herzegowina (51 199 km²) nach *Hof- und Staats-Handbuch*, 361, 1085, 1294 und 1317, sonst nach *Österreichische Statistik* N. F. 1.1, 37. Wesentliche Gebietsveränderungen sind der Verlust des Königreichs Lombardo-Venetien 1859/66 und die Annexion von Bosnien-Herzegowina 1908. »Cisleithanien« ab 1867 inoffizielle Bezeich-

nung für die nicht zum Königreich Ungarn gehörenden und im Reichsrat zu Wien vertretenen Königreiche und Länder. Galizien einschließlich des Ghzm. Krakau (bis 1846 unabhängige Republik Krakau), aber ohne Bukowina (bis 1848 als Kreis Czernowitz zu Galizien, Fläche: 10 441 km²). »West-« bzw. »Ostgalizien« sind informelle Bezeichnungen für die ab 1848 mit Unterbrechungen bis 1867 bestehenden Verwaltungsgebiete Krakau und Lemberg und die fortbestehenden Zuständigkeitsgebiete der jeweiligen Appellationsgerichte für die (allerdings nur mit einigen Abweichungen!) den ehem. Kreisen entsprechenden Kreis- bzw. Landgerichtssprengel Krakau (mit ehem. Kreis Bochnia), Jasło, Rzeszów, Sandec, Tarnów, Wadowice für Westgalizien und Lemberg, Brzeżany, Czortkow, Kołomyja, Przemyśl, Sambor, Sanok, Stanisławów, Stryj, Tarnopol, Złoczów für Ostgalizien, vgl. MARK: *Galizien*, 85–90; dort auch die Liste der zugehörigen Bezirkshauptmannschaften und Gerichtsbezirke – zur Fläche 1910 vgl. KRZYŻANOWSKI/KUMANIECKI, *Statystyka*, 4 (Angaben zur Bevölkerung um 1815 und 1840 entsprechen der damaligen Kreiseinteilung und damit nur annäherungsweise der späteren Aufteilung). Bevölkerung um 1815 nach Erhebung Anfang 1817: für Gesamtmonarchie und später cisleithanische Kronländer gebürtige Zivilbevölkerung ohne Militär (ca. 800 Tsd.), sonst anwesende Bevölkerung, vgl. LIECHTENSTERN, *Handbuch*, Bd. 1, 29 und Bd. 2, 1035–1200 – Galizien hier mit Kreis Czernowitz (201 Tsd. Ew.); um 1840 anwesende Bevölkerung 1837 ohne Militär (476 Tsd. in Gesamtmonarchie), vgl. SPRINGER, *Statistik*, 17–23, 83–89 – Galizien mit Kreis Czernowitz (314 Tsd. Ew.); sonst Volkszählungen 1869, 1890 und 1910, vgl. KLUN, *Statistik*, 35 sowie *Österreichische Statistik* 32.1, 43 und N.F. 1.1, 28, für »West- und Ostgalizien« vgl. ZAMORSKI, *Informator*, 45, 50 f., 56 f. u. 62 f., für die Gesamtmonarchie zu 1890 vgl. *Otto Hübner's ... Tabellen* 43, 33, zu 1910 vgl. *Hof- und Staats-Handbuch*, 361, 1085, 1294 und 1317 (incl. Bosnien-Herzegowina 1898 Tsd. Ew.).

Republik Krakau: Fläche 1815–1846, vgl. [KLEIN], *Der Freistaat Krakau*, 2: ca. 21 Quadratmeilen, die Meile à 2000 rheinische Ruten. 1846 an Kst. Österreich und eingliedert in (»West-«)Galizien. Bevölkerung 1817 und 1837, vgl. BIENIARZÓWNA/MAŁECKI, *Dzieje Krakowa*, 46.

Kgr. Preußen/Deutsches Reich: Fläche 1910, vgl. *Statistik des Deutschen Reiches* [N. F.] 240, 45* und *Preußische Statistik* 234, 2. Die Bevölkerung nach dem jeweiligen Gebietsstand (Gebietserweiterungen des Kgr. Preußen 1865/66 Lauenburg, Schleswig-Holstein, Hannover, Kurhessen, Hessen-Nassau) um 1815 nach Zählung 1817, vgl. HOFFMANN, *Übersicht*, 19; um 1840 Volkszählung 1837, vgl. HOFFMANN, *Die Bevölkerung*, 17, 226–230, sonst Volkszählungen 1871, 1890, 1910, vgl. *Statistik des Deutschen Reichs* 2.2, 153–155, N. F. 68, 18–20 und [N. F.] 240, 57* f. und *Preußische Statistik* 30, 6 f. und 121, 2 f. sowie 234, 4 f. West- und Ostpreußen bildeten 1829–1875 eine Provinz Preußen (hier nach den jeweiligen Regierungsbezirken getrennt). Der Regierungsbezirk Allenstein wurde erst 1905 aus Teilen der Regierungsbezirke Königsberg und Gumbinnen gebildet und die Bevölkerung vor 1910 aus

den zugehörigen Kreisangaben ermittelt nach BELZYT, *Sprachliche Minderheiten*, 17 f./83–92.

Frankreich/Großbritannien: Zu Flächen 1910 vgl. *Otto Hübner's ... Tabellen* 62, 19/21. Bevölkerung laut Schätzungen und Zählungen von 1821, 1831, 1872/71, 1891 und 1910, vgl. MITCHELL, *International Historical Statistics*, 4 f./8 (Frankreich ab 1861 mit Nizza und Savoyen, ab 1871 ohne Elsass-Lothringen).

2. Veränderungen des römisch-katholischen und jüdischen sowie des polnischsprachigen Bevölkerungsanteils 1840–1910

(in den Teilungsstaaten und ihren früher polnisch-litauischen Landesteilen sowie wegen des bedeutenden polnischsprachigen Bevölkerungsanteils in Ostpreußen, Schlesien und Westfalen)

Staaten/Gebiete	Anteil an der Gesamtbevölkerung in Prozent									
	röm.-kath.			jüdisch			polnischsprachig			
	1840	1870	1900	1840	1870	1900	1840	1865	1890	1910
Russisches Ksr.	09	09	09	03	03	04	06	05	06	07
Kgr. Polen	79	76	75	10	14	14	73	71	72	72
Lit.-w.russ. G.	38	36	31	10	12	14	07	(7–)8	06	06
<i>Wilna</i>	(71)	61	59	11	11	13	k. D.	16	08	15
<i>Witebsk</i>	27	27	24	06	10	12	k. D.	05	03	04
<i>Grodno</i>	33	29	24	11	12	17	k. D.	10	10	04
<i>Kowno</i>	(84)	79	76	09	12	14	k. D.	12	09	04
<i>Minsk</i>	25	12	10	10	12	16	k. D.	03	03	04
<i>Mogilew</i>	05	04	03	11	16	12	k. D.	03	01	03
Ruthen. Gouv.	09	08	07	11	12	13	06	(6–)9	03	04
<i>Wolhynien</i>	11	10	10	13	12	13	k. D.	11	06	07
<i>Kiew</i>	06	03	03	09	12	12	k. D.	04	02	03
<i>Podolien</i>	11	12	09	11	11	12	k. D.	13	02	02
Österreich-Ung.	71	67	66	02	04	04	06	08	09	09
Cisleithanien	81	80	79	03	04	05	08	14 (15)	16	19
Galizien (ohne Bukowina/mit Krakau)	47	46	46	07	11	11	41	48 (52)	53	59
»Westgalizien«	90	88	89	04	07	08	k. D.	(95)	96	96
»Ostgalizien«	21	22	25	08	12	12	k. D.	(28)	31	40
Schlesien	85	88	84	01	01	02	32	29 (28)	30	32
Deutsches Reich	–	36	36	–	01	01	–	–	06	06
Kgr. Preußen	38	34	36	01	01	01	12 (14)	12 (14)	10 (11)	10 (11)
Ghzm. Posen	64	64	68	06	04	01	58 (72)	55 (67)	60 (62)	62 (64)
<i>RB Posen</i>	67	68	74	07	04	01	63 (75)	59 (72)	66 (68)	68 (70)
<i>RB Bromberg</i>	57	55	57	06	04	01	49 (63)	47 (57)	50 (52)	50 (52)
Westpreußen	48	49	52	02	02	01	30 (42)	32 (40)	34 (38)	36 (38)
<i>RB Marienwerder</i>	49	50	54	03	03	01	37 (47)	38 (43)	39 (43)	41 (44)
<i>RB Danzig</i>	45	48	49	01	01	<1	24 (35)	29 (37)	28 (31)	28 (30)
Ostpreußen	12	13	14	<1	01	01	18 (21)	19 (20)	17 (19)	14 (18)
<i>RB Allenstein</i>	24	25	28	<1	01	01	78 (84)	70 (77)	60 (68)	51 (62)
Schlesien	46	51	57	01	01	01	21 (21)	21 (23)	24 (27)	24 (28)
<i>RB Oppeln</i>	89	89	91	02	02	01	62 (62)	59 (62)	59 (62)	57 (63)
Westfalen	57	53	51	01	01	<1	k. D.	<1	01	05

Erläuterungen und Quellen

Im 19. Jahrhundert hatte für große Teile der Bevölkerung die Zugehörigkeit zu einer religiösen Gemeinschaft größere Bedeutung als die zu einer sprachlichen oder nationalen Gemeinschaft. Hier ist zunächst der Anteil der zur römisch-katholischen Kirche gehörenden Bevölkerungsgruppe angegeben, dem auch insofern Bedeutung zukam, als sich im 19. Jahrhundert zunehmend die Überzeugung verbreitete, Polonität sei mit Zugehörigkeit zur römisch-katholischen Kirche verbunden. Es folgen die Angaben zum Anteil der jüdischen Bevölkerung, die zumindest für die Zeit um 1840 im russischen Teilungsgebiet und in Galizien wahrscheinlich von den ungenauen Bevölkerungsstatistiken (vgl. Tab. 1) beeinflusst sind – besonders auffällig ist der sprunghafte Anstieg des jüdischen Bevölkerungsanteils in Galizien zwischen 1840 und 1870, der sich noch stärker im Vergleich der Erhebung anhand der Rekrutenzahlen von 1846 und der ersten Volkszählung 1857 zeigt (von 6,7 auf 9,8 Prozent, vgl. HAIN: *Handbuch*, 272 und *Statistische Übersichten*, 90). Dies lässt die Frage zu, inwieweit auch der Anstieg des jüdischen Bevölkerungsanteils im russischen Teilungsgebiet auf veränderte Erfassung zurückzuführen ist.

Die systematische Erfassung von Sprachgruppen erfolgte im Russischen Kaiserreich erst 1897, in Österreich ab 1880 – zuvor existierten mehr oder weniger nur Schätzungen der »Nationalität«. In Preußen erfolgte ab den 1820er Jahren zunächst regional eine Erfassung von »Familiensprache«, ab 1890 allgemein »Muttersprache«. Die Angaben sind überall stark von der jeweiligen Erhebungsart abhängig und weder mit Angaben zur Nationalität noch zur Sprachkenntnis gleichzusetzen, vor allem da die verbreitete Mehrsprachigkeit kaum erfasst wurde – nur in Preußen zumindest teilweise Erfassung von Zweisprachigkeit in Kombination mit Deutsch.

Zu den Veränderungen der jeweiligen Gebiets- und Verwaltungseinteilung vgl. die Anm. zu Tab. 1.

Russisches Kaiserreich: Religionsverteilung um 1840 nach Ergebnissen der VIII. Revision 1834, vgl. KABUZAN, *Rasprostranenie*, 198–202 (Schätzung für Wilna und Kowno 1834 ausgehend von Daten für 1851, ebd. 204) – zu diesem Zeitpunkt bestand auch noch die mit Rom unierte griechische Kirche und der Anteil von deren Mitgliedern an der jeweiligen Gesamtbevölkerung betrug: Russland ~3 %, Kgr. Polen ~5%, lit.-w. russ. Gouv. ~30 %, ruth. Gouv. ~2 %; um 1900 Ergebnisse der Volkszählung 1897, vgl. TROJNICKIJ, *Obščij svod*, Bd. 1, 248–259 (bei Zählung 1913 im Kgr. Polen Anteil röm.-kath. Bevölkerung bei 76 %, jüdischer bei 15 %, vgl. KRZYŻANOWSKI/KUMANIECKI, *Statystyka*, 2). Polnischsprachige Bevölkerung um 1840 nach Ergebnissen der VIII. Revision 1834, vgl. KABUZAN, *Narody Rossii*, 150 (hier herausgerechnet das Gouv. Smolensk mit fast ausschließlich russ. und weißruss. Bevölkerung, vgl. ebd., 134/147); um 1865 nach Erhebungen für 1867, vgl. LIVRON, *Statističeskoe obozrenie*, Anhang 2–5 (in Klammern Schätzungen für 1858 bei KABUZAN, *Narody Rossii*, 150 hier ohne

Smolensk wie oben); um 1890 nach Erhebung von Muttersprache in Volkszählung 1897, vgl. TROJNICKIJ, *Obščij svod*, Bd. 2, 2–37; um 1910 für das Gesamtreich Zählung 1917 und Erhebungen in den Gouvernements 1912–15, vgl. KABUZAN, *Dinamika*, 88 f., für Kgr. Polen Erhebung Sprache 1913, vgl. KRZYŻANOWSKI/KUMANIECKI, *Statystyka*, 49, für die lit.-weißruss. und ukr. Gouv. Erhebung Anteil Polen im Zuge der Einführung von Semstwa-Selbstverwaltungen 1909, vgl. ebd., 50–57.

Österreich-Ungarn: Religionsverteilung um 1840 nach Erhebung 1837 bei SPRINGER, *Statistik*, 197 und in den Kreisen Galiziens nach Erhebung 1840 bei WIESIOŁOWSKI, *Rys*, 10 ohne Bukowina (11 % röm.-kath., 3 % jüdisch) aber mit Republik Krakau (ca. 11% der Einw. jüdisch, Rest fast ausschließlich katholisch, vgl. für 1843 [KLEIN]: *Der Freistaat*, 2 und für 1837 SŁOWACZYŃSKI, *Statistique générale*, 9/16); um 1870 und 1910 nach Daten der Volkszählung 1869, vgl. KLUN, V. F.: *Statistik*, 63 f., und 1910 *Hof- und Staats-Handbuch*, 361, 1085, 1294 und 1317 sowie *Österreichische Statistik* N.F. 1.1, 57 und ZAMORSKI, *Informator*, 72 u. 88. Polnischsprachige um 1840 nach Ermittlung »Polnische Nationalität« aufgrund der Untersuchungen von Carl Czoernig für 1846/1848 bei HAIN, *Statistik*, 204, 234, 236 f. (jüdische Bevölkerung hier generell getrennt berechnet; Galizien mit Krakau und ohne Bukowina); um 1865 Neuberechnung auf Basis der Volkszählung von 1869 bei KLUN, *Statistik*, 58 (in Klammern Erhebung der »landesüblichen Umgangssprache« in Volkszählung für Cisleithanien 1880, vgl. *Österreichische Statistik* 1.2, 87/107 sowie ZAMORSKI, *Informator*, 106); 1890/1910 Erhebung »Umgangssprache« der Bevölkerung mit »Zuständigkeit der im Reichsrat zu Wien vertretenen Länder« 1890 bzw. mit österreichischer Staatsbürgerschaft 1910 in den jeweiligen Volkszählungen, vgl. *Österreichische Statistik* 32.1, LXV und N. F. 1.1, 59 (für Gesamtmonarchie Anteil der cisleithanischen Polnischsprachigen an Gesamtbevölkerung) und ZAMORSKI: *Informator*, 92/106 (für Westgalizien 1890 hier Druckfehler berichtigt). Jiddisch galt bei den Volkszählungen nicht als eine der landesüblichen Umgangssprachen, und die jüdische Bevölkerung Galiziens gab zunehmend Polnisch (1900: 78 %, 1910: 94 %), immer seltener Deutsch (1900: 17 %, 1910: 3 %) an, vgl. ebd., 14 und *Österreichische Statistik* 63.3, 179 und N. F. 1.2, 55 [im Unterschied zu eigenen Angaben von S. 346, Fn. 96 hier Anteil an Bevölkerung mit österr. Staatsbürgerschaft]. Bei der Volkszählung 1931 in den polnischen Wojewodschaften auf dem ehemaligen Gebiet Galiziens gaben als Muttersprache (*język ojczysty*) gut 6 % der Bevölkerung Jiddisch (oder Hebräisch) an, als Religion gut 9 % jüdisch, vgl. *Mały Rocznik Statystyczny* 8, 12/21–24.

Kgr. Preußen/Deutsches Reich: Religion nach Zählungen von 1837, 1871 und 1910, vgl. HOFFMANN, *Die Bevölkerung*, 64 f./225–265; *Preußische Statistik* 30, 80 f. sowie 234.1, 50; *Deutsche Statistik* 1.2, 188b–d und [N. F.] 240, 135* sowie für den erst 1905 gebildeten Regierungsbezirk Allenstein die Ergebnisse in den zugehörigen Kreisen bei BELZYT, *Sprachliche Minderheiten*, 83–90. Polnischsprachige nach Zählungen 1831, 1861, 1890 und 1910, vgl. BELZYT, *Sprachliche Minderheiten*, 17 f. sowie *Preußische*

Statistik 5, 3/54 und 121.2, 156–159 und 234.1, 58–61 (für Gesamtreich: Anteil der Polnischsprachigen in Preußen an Reichsbevölkerung). Die Zahlen zu 1831 ergänzt durch eigene Berechnungen auf Grundlage der bei BELZYT, *Sprachliche Minderheiten*, passim abgedruckten Ermittlungen Polnischsprachiger in weiteren ostpreußischen, schlesischen und pommerschen Kreisen sowie den Gesamtergebnissen bei ZEDLITZ-NEUKIRCH, *Der preußische Staat*, 443f. Alle Zahlen inkl. der 1890 und 1910 getrennt erfassten (und 1910 stark behördlich beeinflussten) Angaben zu Masurisch (Anteil an Gesamtbevölkerung in Ostpreußen 1890 5% und 1910 9%, 1910 im RB Allenstein 34%, vgl. *Preußische Statistik* 234.1, 58–61) und zu Kaschubisch (Anteil an Gesamtbevölkerung in Westpreußen 3% und 6%, im RB Danzig 8% und 14%, vgl. ebd.). Bei den Angaben zu Polnischsprachigen in Klammern jeweils die korrigierende Schätzung bei BELZYT, *Sprachliche Minderheiten*, 17–19 (Erläuterungen 12–16) und deren Hochrechnung auf die dort nicht angegebenen Gebietsteile. Die starke Abweichung für 1831 und 1861 ergibt sich vor allem durch die Kategorie der »Zweisprachigen« (gemäß Fragestellung nichtdeutsche Muttersprachler mit Deutschkenntnissen), die in der offiziellen Statistik zu einem großen Teil den Deutschsprachigen zugerechnet wurden – der tatsächliche Anteil mit polnischer Muttersprache war in der Prov. Posen evtl. etwas niedriger als von Belzyt geschätzt, da unklar ist, inwieweit auch ein Teil der Bevölkerung mit der Muttersprache Jiddisch so erfasst wurde. Für 1890 und 1910 wurden die Zweisprachigen in den amtlichen Statistiken getrennt ausgewiesen (vgl. Erläuterungen zu Tab. 4) und sind hier den Polnisch- bzw. Masurisch- und Kaschubischsprachigen hinzugefügt. Die höheren Angaben der Schätzung von Belzyt ergeben sich für diese Jahre vor allem aus Auswertungen der Schulsprachstatistiken.

3. Bevölkerungsentwicklung sowie Veränderungen des polnischsprachigen und des jüdischen Bevölkerungsanteils in ausgewählten Großstädten 1810–1910

(einschließlich der Hauptstädte der Teilungsstaaten sowie zum Vergleich von Paris, London, New York und Chicago)

Städte	Einwohner in Tausend				Poln.spr. in %		Jüd. Relig. in %	
	1810	1860	1900	1910	1860	1900/10	1860	1910
St. Petersburg	336	491	1265	1566	02	04	<1	02
Moskau	270	369	1039	1481	<1	01	<1	01
Warschau	78	156	684	781	k.D.	62	33	38
Lodz	<1	25	314	416	21/36	40 (49)	17/20	23 (26)
Wilna	56	46	155	193	k.D.	31	45	37
Minsk	11	26	91	105	k.D.	11	52	43
Schytomyr	8	29	66	88	k.D.	11	37	43
Lublin	7	16	50	66	k.D.	40	54	51
Mogilew	6	23	43	53	k.D.	03	50–60	47
Wien	225	476	1675	2031	(<1)	<1	02 (07)	09
Lemberg	41	70	160	206	(85)	86	41 (31)	28
Krakau	24	41	91	152	(90)	94	38 (36)	21
Berlin	163	548	1892	2076	<1	02	04	04
Danzig	37	83	141	170	<1	03	04	01
Posen	16	51	117	157	32 (58)	58 (69)	18	04
Bromberg	4	21	52	58	01	19	07	02
Paris	623	1696	2714	2888	<1	<1	1–2	2–3
London	959	2808	4536	4522	<1	<1	01	03
New York	120	1175	3437	4767	k.D.	02	05	26
Chicago	<1	109	1699	2185	<1	11	01	4–5

Erläuterungen und Quellen

Zur Problematik der Erhebungen vgl. die Anmerkungen zu Tabelle 1 und 2.

Städte im Russischen Kaiserreich: Gesamtbevölkerung für 1811, 1856/7, 1897, 1910, vgl. FEDOR, T. S.: *Patterns of Urban Growth in the Russian Empire During the Nineteenth Century*. Chicago 1975, 184–206 (für Moskau 1811 berichtigt, vgl. FILIPPOV, *Moskva*). Polnischsprachige Bevölkerung: Moskau für 1881 0,6% von ca. 700 Tsd. Ew., vgl. ebd., für 1914 vgl. *Encyklopedia polskiej emigracji* 3, 357; St. Petersburg für 1869 und 1910, vgl. *Sankt-Peterburg. Enciklopedija*, 691; Lodz für 1862/5 jeweils Zählungen des Magistrats 32/33 Tsd. Ew., davon 62/44% als »Deutsche« klassifiziert, für 1914 Anteil an 214 Tsd. ständigen Ew. (in Klammern an 477 Tsd. anwesenden Ew.), vgl. JANCZAK, *Ludność Łodzi*, 121–127 mit Tab. 21–23 – sonst Daten der Volkszählung für 1897, vgl. TROJNICKI, *Pervaja Vseobščaja perepis*, passim. Zur Jüdischen Bevölkerung vgl. BRANOVER, *Rossijskaja evrejskaja enciklopedija*, Bde. 4–7, passim (St. Petersburg 1864: 2,6 Tsd./0,5%; Moskau 1871: 5 Tsd./0,9%, 1891: 35 Tsd./ca. 4%, 1897 8 Tsd./ca. 0,8%), vgl. zu Warschau (1864: 73 Tsd. = 33%, 1897: 219 Tsd. = 32%, 1901: 255 Tsd. = 36%, 1914: 337 Tsd. = 38%) daneben auch *YIVO Encyclopedia*, Bd. 2, 1994f.; zu Lublin (1865: 60%, 1885: 48%) vgl. auch GEBHARD, *Lublin*, 362; zu Minsk (1858: 12 Tsd. von 23 Tsd.) vgl. auch *Ėncyklapedyja historyi Belarusi*, Bd. 5, 154.

Städte in Österreich-Ungarn: Einwohner um 1810 für Wien 1812, vgl. CZEIKE, *Historisches Lexikon*. Bd. 1, 354; für Krakau 1810 und Lemberg 1808 vgl. GROSSMAN, *Struktura*, 102/108. Einwohner zu sonstigen Stichjahren: anwesende Bevölkerung im jeweils aktuellen Stadtgebiet bei Volkszählungen 1857/1900/1910, vgl. *Statistische Übersichten*, Landesübersichten 56f./84f./186f., Österreichische Statistik 63.1, 3/35, N.F. 1.1, 3/22. Polnischsprachige Bevölkerung: mangels früherer Daten wird hier angegeben der Anteil polnischer Umgangssprache bei Volkszählung 1880 an »anwesender in dem im Reichsrathe vertretenem Ländergebiete zuständiger Bevölkerung« (Wien 632 Tsd., Lemberg 108 Tsd., Krakau 62 Tsd.) und 1910 an »anwesender Bevölkerung österreichischer Staatsbürgerschaft« (Wien 1834 Tsd., Lemberg 201 Tsd., Krakau 141 Tsd.), vgl. *Österreichische Statistik* 1.2, 2f./102f. und N. F. 1.2, 39/81 (von 42 Tsd. in Galizien geborenen Anwesenden in Wien 1910 gaben nur knapp 4 Tsd. Polnisch als Umgangssprache an, insgesamt knapp 5 Tsd., vgl. ebd. 72 – die häufig zitierte Zahl von 29 Tsd. im Alltag Polnisch Sprechenden bei KUCHARSKI, *Wielkość*, 37 bezieht sich tatsächlich auf die in Wien anwesende Bevölkerung mit Heimatberechtigung in einem der politischen Bezirke mit überwiegend polnischer Umgangssprache, vgl. *Österreichische Statistik* N. F. 2.1, 33*. Jüdische Bevölkerung: um 1860 Anteil an »einheimischer Bevölkerung« 1857 (Lemberg 56 Tsd., Krakau 34 Tsd., Wien 285 Tsd.), vgl. *Statistische Übersichten*, 54–57/82–85/184–187 (in Klammern Anteil an anwesender Bevölkerung

1869 – diese insgesamt in Wien 608 Tsd., Lemberg 87 Tsd., Krakau 50 Tsd., vgl. *Bevölkerung und Viehstand* 1, 2f./238f.); für 1910 Anteil an anwesender Bevölkerung bei Volkszählung in diesem Jahr, vgl. *Österreichische Statistik* N. F. 1.2, 38f./80f.

Städte in Preußen: Zur Bevölkerung für Berlin vgl. zu 1810 RIBBE, *Geschichte Berlins*, Bd. 1, 479f., sonst ZIMM, *Entwicklung*, 52/111 (mit den 1920 zu Groß-Berlin zusammengesetzten Vororten und Nachbarstädten betrug die Bevölkerung 1910 ca. 3,7 Mill., vgl. ebd.); für Bromberg, Danzig und Posen vgl. JELONEK, *Ludność*, 6/12/39 (bei Danzig statt 1810 hier Daten für 1816) sowie zur Volkszählung 1861 *Preußische Statistik* 5, 146. Zum Anteil polnischsprachiger Bevölkerung gemäß Volkszählung 1861 an Zivilbevölkerung (Berlin 525 Tsd., Danzig 72 Tsd., Posen 44 Tsd., Bromberg 21 Tsd.) vgl. ebd., 148. Zur polnischsprachigen Bevölkerung 1910 in Berlin (hier inkl. ca. 400 Personen mit Angabe von Masurisch oder Kaschubisch sowie ca. 7000 Deutsch und Polnisch/Masurisch/Kaschubisch) vgl. *Preußische Statistik* 234.1, 56; zu Danzig (hier inkl. 1% Deutsch und andere Sprache) sowie Bromberg (hier inkl. 3% Deutsch und andere Sprache) vgl. *Gemeindelexikon*, H. 2, 8f. und H. 5, 2f.; zu Posen vgl. BELZYT, *Pruska statystyka*, 224f. (in Klammern zu 1860 und 1910 dessen Schätzungen – vgl. dazu die Erläuterungen zu Tab. 2). Zum Anteil der jüdischen an der Zivilbevölkerung 1861 (s.o.) vgl. *Preußische Statistik* 5, 146, zum Anteil an anwesender Bevölkerung 1910 vgl. *Preußische Statistik* 234.1, 53 (1810 hatte der Anteil jüdischer Bevölkerung an Gesamtbevölkerung Berlins bei ca. 2% gelegen, vgl. RIBBE, *Geschichte Berlins*, Bd. 1, 480, und der Posens bei ca. 23%, vgl. GROSSMAN, *Struktura*, 89).

Paris: Zur Einwohnerzahl vgl. FIERRO, *Histoire et Dictionnaire*, 279. Zur polnischen Bevölkerung (in ganz Frankreich in den 1860er Jahren ca. 8 Tsd. und um 1914 25–30 Tsd., darin 3 Tsd. Bergarbeiter und 10 Tsd. Landarbeiter) vgl. SZYDŁOWSKA-CEGŁOWA, *Polonia w Europie*, 372f. Zur Jüdischen Bevölkerung (1852 ca. 20 Tsd., 1869 ca. 30 Tsd., 1914 mehr als die Hälfte von 100–130 Tsd.) vgl. BLUMENKRANZ, *Histoire des juifs*, 310/366.

London: Zur Bevölkerungsentwicklung vgl. WEINREB/HIBBERT, *The London Encyclopaedia*, 614. Zur polnischsprachigen Bevölkerung (in ganz Großbritannien 1852 ca. 900, um 1914 ca. 3500 Personen und in London 1871 4229, 1891 3000) vgl. SZYDŁOWSKA-CEGŁOWA, *Polonia w Europie*, 417f. und WALASZEK, *Polska Diaspora*, 150. Zur jüdischen Bevölkerung (um 1858 ca. 27 Tsd., um 1871 ca. 35 Tsd., um 1902/3 140–150 Tsd., um 1914 ca. 180 Tsd.) vgl. LIPMAN, *Social History*, 5/65/99f.

New York und Chicago: Zur Einwohnerzahl von Chicago um 1812 (nur ca. 40 [!] zivile Einwohner) vgl. PIERCE, *History*, Bd. 1, 20, vgl. ansonsten zur Bevölkerungsentwicklung die Übersicht in *Thirteenth Census*. Bd. 1, 80. Polnischsprachige Bevölkerung in Chicago (um 1860 einige Hundert um 1910 ca. 210 Tsd.) vgl. DOPIERAŁA, *Encyklopedia polskiej emigracji*, 312. Polnischsprachigen Migrationshintergrund (polnische Muttersprache bei Immigranten und in den USA Geborene mit mindestens einem nicht in den USA geborenem Elternteil – *mother tongue of foreign white stock*)

hatten 1910 in New York 116 Tsd. und in Chicago 230 Tsd. Einwohner, vgl. *Thirteenth Census*, Bd. 1, 1012. Zur jüdischen Bevölkerung in New York um 1860 vgl. ROCK, *City of Promises*, Bd. 2, 155 (um 1810 0,5%, vgl. ebd., 93); um 1910 vgl. LAIDLAW, *Population*, 275. Zur jüdischen Bevölkerung in Chicago (1860 ca. 1,5 Tsd. Personen, 1900 ca. 70 Tsd., davon 20 Tsd. »German Jews«) vgl. CUTLER, *The Jews of Chicago*, 17, 94. Jiddisch- oder Hebräischsprachigen Migrationshintergrund (s. o.) hatten 1910 in New York 862 Tsd. Einwohner (18%) und in Chicago 111 Tsd. (4%), vgl. *Thirteenth Census*, Bd. 1, 1014.

4: Die religiös-sprachliche Gliederung der Bevölkerung um 1900

(in den Teilungsgebieten Polen-Litauens nach Volkszählungen von 1890, 1897 und 1910)

Region	Jahr	Anteil in Prozent der Gesamtbevölkerung												
		Angaben zur Religion						Angaben zur Sprache						
		r.-k.	jüd.	ort.	alt.	g.-k.	ev.	Pln.	Jid.	Rus.	Ukr.	W.r.	Dt.	Lit.
Kgr. Polen	1897	74,8	14,1	6,5	0,1	–	4,4	71,8	13,5	2,8	3,6	0,3	4,3	3,2
Lit.-wr. G.	1897	31,1	14,1	51,3	1,8	–	1,3	5,6	14,1	5,6	3,8	54,1	0,5	13,0
Ruth. G.	1897	7,0	12,5	77,9	0,4	–	1,9	3,4	12,5	4,3	76,9	0,1	2,0	<0,1
Galizien	1890	45,4	11,7	<0,1	<0,1	42,2	0,7	53,3	–	<0,1	43,1	<0,1	3,5	<0,1
	1910	46,5	10,9			42,1	0,5	58,5			40,2		1,1	
Pos./W.-Pr.	1890	59,1	2,1	<0,1	<0,1	<0,1	38,4	48,7	–	<0,1	<0,1	<0,1	50,9	<0,1
	1910	60,6	1,1				37,7	49,8					50,1	
Ostprien	1890	13,1	0,7	<0,1	<0,1	<0,1	85,6	17,3	–	<0,1	<0,1	<0,1	76,4	6,2
	1910	14,1	0,6				84,3	13,9					81,4	4,8

Erläuterungen und Quellen

Zu den Regionen sowie ihrer Fläche und Bevölkerung vgl. Tab. 1 mit Erläuterungen – Pos./W.Pr. = hier zusammengefasste Provinzen Posen und Westpreußen. Die Provinz Ostpreußen bestand nur zu einem geringen Teil aus Teilungsgebiet Polen-Litauens – dem Ermland – und ist hier vor allem wegen des bedeutenden polnisch- bzw. masurischsprachigen, aber überwiegend evangelischen Bevölkerungsanteils aufgenommen wurden. Zur Problematik der Sprachangaben vgl. die Erläuterungen zu Tabelle 2. Abkürzungen: r.-k. = römisch-katholisch, jüd. = jüdisch, ort. = russisch-orthodox, alt. = altgläubig (*staroobradcy*), g.-k. = griechisch-katholisch (im Russ. Ksr. nicht zugelassen), ev. = evangelisch; Pln. = Polnisch, Jid. = »Jüdisch« (*Evrejskij*) – Jiddisch (nur in Regionen des Russ. Ksr. als Angabe zugelassen), Rus. = Russisch, Ukr. = Ukrainisch (im Russ. Ksr. »Kleinrussisch«, in Galizien »Ruthenisch«), W.r. = Weißrussisch, Lit. = Litauisch (einschließlich des fast nur im Gouv. Kaunas relevanten Schemaitisch bzw. Samogitisch), Dt. = Deutsch.

Regionen im Russischen Kaiserreich: die Angaben erfolgen nach eigenen Berechnungen auf Grundlage der in der Volkszählung 1897 erhobenen Daten zu Religion und Muttersprache bei TROJNICKIJ, *Pervaja Vseobščaja perepis'*, Bde. 4/5/8/11/16/17/22/23/32/51–60, jeweils Tab. XII u. XIII (vgl. weniger detailliert auch TROJNICKIJ, *Obščij svod*, Bd. 1 und 2). Unter »evangelisch« ist hier nur »lutherisch« gezählt. In Litauen und im Kgr. Polen zählten sich ca. 0,1 % der Bevölkerungen zu den »Reformierten«, in

den ruthenischen Gouvernements ca. 0,1 % zu den Baptisten (im Wesentlichen im Umland von Schytomyr). Sonst umfassten protestantische Religionsgemeinschaften jeweils weniger als 0,1 % der Bevölkerung. Bei der russischsprachigen Bevölkerungsgruppe im Kgr. Polen handelte es sich überwiegend um Angehörige der Streitkräfte bzw. des Staatsdienstes (Verwaltung/Gericht/Polizei) sowie um deren Familien (zusammen mit den Familien 63 % bzw. 8 % der Gruppe, vgl. TROJNICKIJ, *Pervaja Vseobščaja perepis'*, Bde. 51–60, jeweils Tab. XXII) – mit der hohen Zahl nur zeitweilig hier stationierter Soldaten erklärt sich auch der geringe Frauenanteil an dieser Sprachgruppe (19,4 %). In den Litauisch-weißrussischen Gouvernements ist als Sprachgruppe zusätzlich Lettisch relevant: 3,1 Prozent der Bevölkerung.

Galizien: Angaben nach *Österreichische Statistik* 32.1, LV/LXV und N. F. 1.1, 57*/9*–evangelisch hier augsburgische (1890: 0,56 %, 1910: 0,41 %) und helvetische (1890: 0,08 %, 1910: 0,05 %) Konfession.

Posen/Westpreußen sowie Ostpreußen: die Angaben sind berechnet nach Daten in *Preußische Statistik* 121.1/2, Tab. I/IV/V und 234.1, Tab. I/VI/VII. Als »evangelisch« gezählt sind hier Angaben zu altpreußisch evangelisch Unierten zusammen mit Lutheranern (1890 in Posen/Westpreußen 1,3 %, in Ostpreußen 10,9 %) und Reformierten (1890 in Posen/Westpreußen 0,2 %, in Ostpreußen 0,7 %). Davon waren aber nur ein kleiner Teil von den Landeskirchen separierte Altlutheraner etc. (nur für 1900 getrennt angegeben: 0,2 bzw. 0,1 %, vgl. ebd. 177.1, Tab. V). Weitere etwas größere, für 1890 separat angegebene Religionsgemeinschaften waren in Westpreußen die Mennoniten (in Posen/Westpreußen 0,3 %) und in Ostpreußen die Baptisten (0,4 %). Als Polnisch sind hier gezählt auch Angaben zu »Deutsch und Polnisch« (in beiden Regionen 1890: ca. 0,9 %, 1910: 0,8/0,7 %), zu Kaschubisch (in Quelle »Kassubisch«) bzw. »Deutsch und Kassubisch« (nur für Posen/Westpreußen relevant – 1890: 1,7 % bzw. 0,1 %, 1910: 2,8 % bzw. 0,04 %) und zu Masurisch bzw. »Deutsch und Masurisch« (nur für Ostpreußen relevant – 1890: 5,1 % bzw. 0,3 %, 1910: 8,8 % bzw. 0,4 %), vgl. auch Erläuterungen zu Tabelle 2. Litauisch hier unter Einschluss von »Deutsch und Litauisch« (in Ostpreußen 1890: 0,3 %, 1910: 0,2 %).

5. Die religiös-sprachliche Gliederung der Stadtbevölkerung um 1900

(in den russischen und preußischen Teilungsgebieten Polen-Litauens nach den Volkszählungen von 1897 und 1910)

Region	Jahr	Anteil in Prozent der Stadtbevölkerung										
		Angaben zur Religion				Angaben zur Sprache						
		r.-k.	jüd.	ort.	ev.	Pol.	Jid.	Rus.	Ukr.	W.r.	Dt.	Lit.
Kgr. Polen	1897	47,2	37,7	9,4	5,3	48,8	35,4	8,0	1,3	0,1	5,3	0,3
Lit.-wr. G.	1897	18,0	52,6	25,6	1,7	12,8	52,0	17,8	0,8	11,8	1,5	1,8
Ruth. G.	1897	7,0	40,1	50,0	0,8	5,5	39,7	25,1	27,1	0,4	0,8	<0,1
Pos./W.-Pr.	1910	50,5	2,8	<0,1	46,0	34,6	–	<0,1	<0,1	<0,1	65,2	<0,1
Ostpreußen	1910	14,6	1,6	<0,1	82,5	3,1	–	<0,1	<0,1	<0,1	96,0	0,6

Erläuterungen und Quellen

Vergleiche die Erläuterungen zu Tab. 4. Als Städte sind in den Quellen jeweils Orte mit entsprechendem Rechtsstatus gewertet, nicht solche mit einer bestimmten Einwohnerzahl.

Die Angaben zu Städten im **Russischen Kaiserreich** nach Daten der Volkszählung 1897 (vgl. Tab. 4.). Für **Posen/Westpreußen** sowie für **Ostpreußen** ist eine Aufschlüsselung der Religions- und Sprachangaben nach Städten erst für die Volkszählung 1910 durchgeführt worden, hier nach *Preußische Statistik* 234, Tab. VI (bei den vorherigen Zählungen gab es jeweils nur teilweise Auswertungen). Für **Galizien** ist keine Aufschlüsselung nach Städten möglich, da nur Lemberg und Krakau als Städte mit eigenem Statut getrennt aufgeführt wurden.

6. Der Anteil städtischer Bevölkerung an den Religions- und Sprachgruppen um 1900

(in den russischen und preußischen Teilungsgebieten Polen-Litauens
nach den Volkszählungen von 1897 und 1910)

Bevölkerungs- gruppe	Anteil der Stadtbevölkerung in der jeweiligen Bevölkerungsgruppe in Prozent				
	Kgr. Polen 1897	Lit.-wr. Gouv. 1897	Ruth. Gouv. 1897	Posen/Westpr. 1910	Ostpreußen 1910
Gesamt	23,0	11,8	9,6	34,7	31,9
römisch-katholisch	14,5	6,8	9,6	28,9	32,9
jüdisch	61,6	43,8	30,6	92,3	79,8
russisch-orthodox	33,3	5,9	6,1	k. D.	k. D.
evangelisch	27,5	14,8	3,9	42,3	31,2
Polnisch	15,6	25,2	15,6	24,1	7,1
Jiddisch	60,2	43,5	30,4	–	–
Russisch	64,4	37,3	55,6	k. D.	k. D.
Ukrainisch	8,5	2,6	3,4	k. D.	k. D.
Weißrussisch	7,8	2,6	35,8	k. D.	k. D.
Deutsch	27,9	36,7	3,8	45,2	37,6

Erläuterungen und Quellen

Vergleiche die Erläuterungen zu Tab. 4 und 5. Zu Vergleichszwecken sei zusätzlich der Anteil der Stadtbevölkerung in Posen/Westpreußen bzw. Ostpreußen 1890 genannt: 29,0 % bzw. 24,8 %, vgl. Preußische Statistik 121.1, Tab. I. In Galizien lag der Anteil der Bevölkerung in Ortschaften mit mehr als 2000 Einwohnern 1890 bei 28,1 %, mit mehr als 5000 bei 11,8 %, 1910 bei 41 % bzw. 18 % vgl. Österreichische Statistik 32.3, IV bzw. N.F. 1.1, 135.

In den östlichen Gebieten Polen-Litauens fällt der hohe Anteil jüdischer Bevölkerung auf, der nicht in Städten wohnte. Hinsichtlich des zwischen erster und zweiter Hälfte des 19. Jahrhunderts bei den Erhebungen stark anwachsenden jüdischen Anteils an der Gesamtbevölkerung (vgl. Erläuterungen zu Tabelle 2) ist die Frage zu berücksichtigen, inwieweit diese ländliche jüdische Bevölkerung bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vollständig erfasst wurde. Beim hohen Anteil der Stadtbevölkerung an der russischsprachigen und orthodoxen Bevölkerungsgruppen im Kgr. Polen ist die Konzentration des nur zeitweilig in der Region stationierten Militärs in Städten zu berücksichtigen (vgl. Erläuterungen zu Tab. 4 – der Frauenanteil an der orthodoxen bzw. russischsprachigen Stadtbevölkerung lag im Kgr. Polen bei 16,0 % bzw. 17,7 %).

7. Der Anteil der Sprachgruppen an den Hauptreligionsgruppen um 1900

7. a) Der Anteil der Sprachgruppen an den Hauptreligionsgruppen im Kgr. Polen und in den ruthenischen Gouvernements des Russischen Kaiserreichs nach der Volkszählung von 1897

Religion	Von der jeweiligen Religionsgruppe gaben als Muttersprache an (in Prozent)										
	im Königreich Polen 1897						in den ruthenischen Gouv. 1897				
	Pln.	Jid.	Rus.	Ukr.	Lit.	Dt.	Pln.	Jid.	Rus.	Ukr.	Dt.
röm.-kat.	94,4	<0,1	<0,1	0,5	4,3	0,4	47,3	<0,1	0,8	49,5	0,5
jüdisch	3,5	95,7	0,5	<0,1	<0,1	0,2	<0,1	99,5	0,4	0,1	<0,1
russ.-orth.	5,6	0,1	40,8	49,3	<0,1	0,1	<0,1	<0,1	4,9	94,2	<0,1
evangel.	7,6	0,1	0,3	0,1	0,8	88,7	1,7	<0,1	0,5	1,0	95,6

7. b) Der Anteil der Sprachgruppen an den Hauptreligionsgruppen in den litauisch-weißrussischen Gouvernements des Russischen Kaiserreichs und in Galizien nach den Volkszählungen von 1897 bzw. 1910

Religion	Von der jeweiligen Religionsgruppe gaben an (in Prozent)										
	als Muttersprache in den litauisch-weißruss. Gouvernements 1897								als Umgangsspr. in Galizien 1910		
	Pln.	Jid.	Rus.	Ukr.	W.r.	Lit.	Let.	Dt.	Pln.	Ukr.	Dt.
röm.-kat.	17,8	<0,1	0,5	0,4	32,8	41,2	7,2	0,1	97,6	1,2	1,0
jüdisch	<0,1	99,3	0,5	<0,1	0,1	<0,1	<0,1	<0,1	94,5	2,5	3,0
russ.-orth.	0,1	<0,1	7,4	7,1	84,9	<0,1	0,2	<0,1	k. D.	k. D.	k. D.
evangel.	0,8	<0,1	1,2	1,3	0,5	7,9	54,1	32,9	21,8	2,3	75,3

7. c) Der Anteil der Sprachgruppen an den Hauptreligionsgruppen im Ghztm. Posen und der Provinz Westpreußen sowie in Ostpreußen nach der Volkszählung von 1890

Religion	Von der jeweiligen Religionsgruppe gaben als Muttersprache an (in Prozent)										
	in Posen/Westpreußen 1890				in Ostpreußen 1890						
	Pln.	Kas.	D.-P.	Dt.	Pln.	Mas.	D.-P.	Lit	D.-L.	Dt.	
röm.-kat.	77,6	2,8	1,3	18,4	23,5	0,9	1,4	1,1	0,1	72,7	
jüdisch	0,4	<0,1	0,4	98,9	1,8	0,1	1,4	0,2	0,2	95,1	
evangelisch	1,5	0,1	0,4	97,9	9,2	5,8	1,1	6,7	0,4	76,8	

Erläuterungen und Quellen

Vgl. Erläuterungen zu Tab. 4.

Für die zum **Russischen Kaiserreich** gehörenden Gebiete hier Ergebnisse der Volkszählung 1897 nach TROJNICKIJ, *Pervaja Vseobščaja perepis*, Bde. 4/5/8/11/16/17/22/23/32/51–60, jeweils Tab. XIV. Für die lit.-weißruss. Gouv. ist hier zusätzlich Lettisch aufgenommen und die Angaben zu den Evangelischen in den ruth. Gouv. schließen auch die wlohynischen Baptisten mit ein – zum jeweiligen Anteil an Gesamtbevölkerung der Region vgl. Erläuterung zu Tab. 4.

Für **Galizien** erfolgte erst 1910 eine Aufschlüsselung, die auch zwischen römisch- und griechisch-katholischer Kirche unterscheidet – Angaben nach *Österreichische Statistik* N.F. 1.2, 54f. Die Daten betreffen nur die Bevölkerung mit österr. Staatsbürgerschaft, da nur diese nach der Umgangssprache befragt wurde. Zur Sprache der jüdischen Bevölkerung vgl. Anm. zu Tab. 2.

Für die **preußischen Gebiete** erfolgen die Angaben nach der Volkszählung 1890 in *Preußische Statistik* 121.2, Tab. VI. Die Angaben zu »Polnisch« sind hier nach dem Original eingetragen, ebenso zu Posen/Westpreußen Kaschubisch (Kas.) sowie Masurisch (Mas.). »Deutsch und Polnisch« (D.-P.) umfasst hingegen auch »Deutsch und Kassubisch« und »Deutsch und Masurisch«. Zum Anteil der jeweiligen Gruppen an der Gesamtbevölkerung vgl. Erläuterungen zu Tab. 4. Litauisch hier getrennt von »Deutsch und Litauisch« (D.-L.) angegeben. In Ostpreußen gab ca. ein Prozent der jüdischen Bevölkerung Russisch als Muttersprache an.

8. Der Alphabetisierungsgrad der über 10-Jährigen verschiedener Bevölkerungsgruppen um 1900

8. a) Die Lesefähigkeit der Gesamt- und Stadtbevölkerung sowie großer Sprachgruppen in den russischen Teilungsgebieten Polen-Litauens und in Galizien nach den Volkszählungen von 1897 und 1900

Region	Jahr	Anteil der Lesefähigen in Prozent der über 10-Jährigen (Männer/Frauen)									
		gesamt	Städte [gr. Orte]	der jeweiligen Sprachgruppe						lit.	dt.
				pln.	jid.	rus.	ukr.	w.r.			
Kgr. Polen	1897	40,7 (46/36)	55,8 (63/48)	38,6 (41/36)	40,2 (52/29)	71,0 (71/69)	26,4 (40/09)	28,8 (40/15)	44,0 (49/44)	59,8 (63/57)	
Lit.-wr. G.	1897	34,5 (43/26)	58,1 (67/48)	58,2 (61/56)	54,9 (68/43)	44,7 (55/29)	23,5 (39/07)	20,2 (31/10)	49,2 (49/49)	74,5 (75/74)	
Ruth. G.	1897	22,6 (34/11)	50,6 (62/38)	47,1 (50/44)	44,7 (62/29)	58,6 (66/48)	14,4 (25/04)	37,0 (42/27)	k. D.	57,4 (60/54)	
Galizien	1900	44,0 48/40	~[55] [[56/51]]	58,5 (61/56)	–	k. D.	23,2 (30/17)	k. D.	k. D.	64,9 (72/58)	

8. b) Die Alphabetisierung der Gesamtbevölkerung sowie großer Religionsgruppen in der Provinz Preußen und im Ghztm. Posen nach der Volkszählung von 1871

Alphabetisierung der über 10-Jährigen in Prozent der jeweiligen Religionsgruppe 1871 (Männer/Frauen)							
in der Provinz Preußen				im Ghztm. Posen			
gesamt	r.-k.	jüd.	ev.	gesamt	r.-k.	jüd.	ev.
69,5 (73/67)	53,1 (57/49)	82,6 (86/79)	75,3 (79/72)	63,4 (68/59)	54,9 (60/51)	76,8 (83/72)	78,5 (83/74)

Erläuterungen und Quellen

Regionen im Russisches Kaiserreich: eigene Berechnung aufgrund der Angaben zur Alphabetisierung (*gramatnost'*) nach Muttersprache und Altersgruppen bei der Volkszählung 1897 nach TROJNICKIJ, *Pervaja Vseobščaja perepis'*, Bde. 4/5/8/11/16/17/22/23/32/51–60, jeweils Tab. XV. Unter alphabetisiert wurden bei der Volkszählung Personen gewertet mit Lesefähigkeit auf Russisch, nur in anderen Sprachen oder mit höherer Bildung – zur Erfassung vgl. HAUSMANN, G.: *Bildung/Alphabetisierung*. In: BAUER/KAPELLER/ROTH, *Nationalitäten*, 324–378.

Galizien: erst ab 1900 erfolgte eine Aufschlüsselung der Volkszählungsergebnisse zur Lesefähigkeit nach Umgangssprachen und Altersgruppen – um den Vergleich zur Erhebung im Russischen Kaiserreich zu erleichtern, wurden hier Angaben von »Lese- und Schreibfähigkeit« und »nur Lesen« zusammengefasst, wobei letzteres 8,2% der Gesamtbevölkerung betraf (6% der Männer und 10% der Frauen), vgl. *Österreichische Statistik* 63.3, 122f. Mangels anderer Angaben ist statt der Alphabetisierung in Städten hier die in Ortschaften mit mehr als 2000 Einwohnern angegeben – da auch diese nur für die Gesamtbevölkerung einschließlich der unter 10-Jährigen angegeben wurde (vgl. *Österreichische Statistik* 63.2, 124f.), wurde hier von dieser Angabe ausgehend eine Schätzung in Analogie zur Gesamtbevölkerung vorgenommen.

Provinz Preußen und Ghztm. Posen: alle Angaben erfolgen nach der letzten allgemeinen Erhebung zur Alphabetisierung der Bevölkerung in Preußen bei der Volkszählung 1871, bei der keine Angaben zur Sprache erhoben wurden, vgl. *Religionsbekenntnis und Schulbildung*, 48f. – die Zahlen hier einschließlich der Personen mit »zweifelhafter Schulbildung« (in Prov. Preußen 1,9%, im Ghztm. Posen 2,6%). Von der raschen Zunahme der Alphabetisierung in den folgenden Jahren zeugt der Anstieg des Alphabetisierungsgrades der Rekruten von 1871 über 1890 bis 1900 im Gebiet der Provinz Preußen von 90,7 über 97,3 auf 99,7 Prozent, im Ghztm. Posen von 84,4 über 97,4 auf 99,8 Prozent, vgl. BLOCK, *Alphabetisierungsverlauf*, 181–185.

KARTEN



Politisch-administrative Gliederung um 1800

0 100 200 km

- Staatsgrenzen um 1800
- - - - - innere Grenzen
- ||||| Grenzen Polen-Litauens bis 1772
- ||||| Ostgrenze des Hl. Römischen Reiches
- Brandenburg-Preussische Monarchie
- Russisches Kaiserreich
- Habsburgermonarchie

2019 © Dariusz Prajzdek

Karte 1

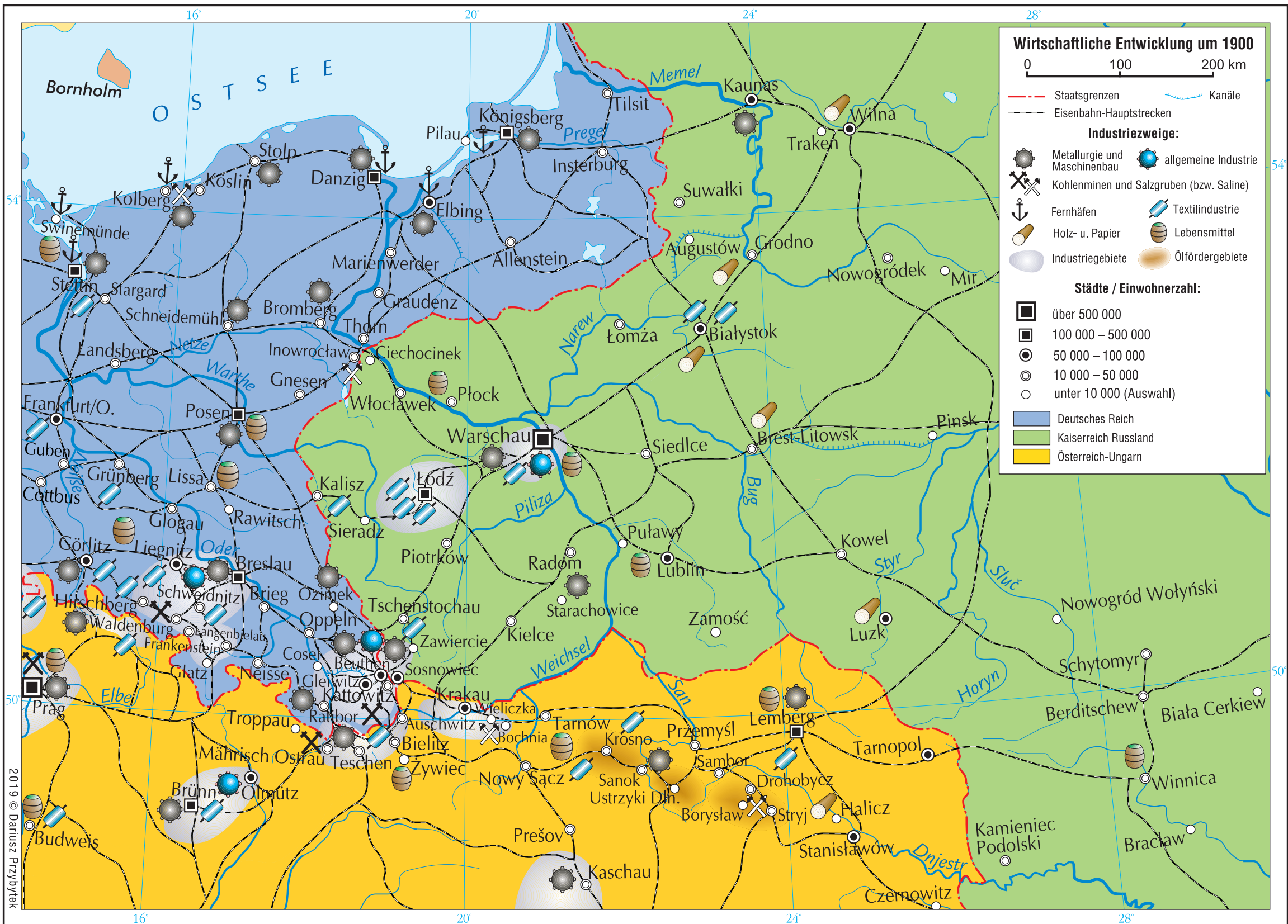




2019 © Dariusz Przybyłek



Karte 6



2019 © Dariusz Przybytek





REGISTER

Personen

Herrscher sind mit ihrem Vornamen aufgeführt, die Herrschaftstitel folgen in eckigen Klammern und Beinamen stehen in Anführungszeichen. Russische und ukrainische Namen sind nur in deutscher Transkription angegeben, wenn diese stark verbreitet ist, sonst in wissenschaftlicher Transliteration. Abweichende Namensvarianten stehen in Klammern oder sind angefügt. Querverweise erfolgen nur bei starken Abweichung von Namensvarianten. Nicht in das Register einbezogen wurden Erwähnungen im bibliographischen Apparat. Erwähnungen im sonstigen Fußnotentext sind kursiv gesetzt.

A

Al'bedinskij, Petr Pavlovič 331 f.
Alexander I. [Russischer Kaiser]
58 f., 82, 96–98, 112 f., 116,
129–139, 145, 152, 189 f., 404,
580–586
Alexander II. [Russischer Kaiser] 175 f.,
212, 285–290, 298, 300, 325, 332,
516, 568, 591, 634
Alexander III. [Russischer Kaiser] 332
Alvensleben, Gustav von 313
Anczyc, Władysław Ludwik 510
Andrassy, Gyula 594
Apuchtin, Aleksandr L'vovič 331, 332,
497, 507
Asnyk, Adam 417
August II. »der Starke« [König von
Polen] 14
August III. [König von Polen] 113

B

Bach, Alexander 247
Badeni, Kazimierz 348

Bagration-Imeretinskij, Aleksandr
Konstantinovič 333
Bairoch, Paul 354
Bakunin, Michail Aleksandrovič 431
Balicki, Jan 491
Balicki, Zygmunt 491, 609
Baraniecki, Adrian 425
Barère, Bertrand 603
Baron, Salo W. 633
Barss, Franciszek 98
Bartholdy, Gottfried Benjamin 94
Baudouin de Courtenay, Ignacy 410
Bebel, August 594
Belcredi, Richard 341
Bem, Józef 244
Berend, Iván Tibor 351–353
Berg, Fedor Fedorovič *auch* Friedrich
Wilhelm Rembert von Berg 296,
298 f., 326
Bernhardt, Sarah 575
Biliński, Leon 348
Bismarck, Otto von 313 f., 318, 377,
387, 541, 589, 592–594, 597
Bittner, Karl von 321
Blobaum, Robert 462, 464, 475

Bloch, Ernst 399
 Bloch, Jan 383
 Blum, Robert 236
 Bobrzyński, Michał 11, 12, 401, 612
 Bogusławski, Wojciech 92
 Bolesław I. Chrobry [König von Polen] 516
 Bolivar, Simon 100
 Bomasz, Majer *auch* Bomaš, Meer Chaimovič 336, 493
 Bonaparte, Jérôme 113
 Bonaparte, Napoléon(-Jérôme) *auch* Prinz Napoléon *oder* »Plon-Plon« 590 f.
 Bonaparte *Siehe auch* Napoleon
 Bonin, Gustav Karl von 313
 Borejsza, Jerzy W. 589
 Borkowski, Jan 555
 Brafman, Jakov Aleksandrovič 625
 Brandt, Willy 578
 Brejski, Antoni 548
 Brejski, Jan 548 f.
 Breza, Eugeniusz 246
 Brzeziński, Bronisław 299
 Brzeziński, Mieczysław 502
 Bujak, Franciszek 362
 Bujwidowa, Kazimiera 425 f.
 Bunsen, Christian Karl Josias 590
 Buszko, Józef 19–21, 24

C

Capo d'Istria *Siehe* Kapodistrias, Ioannis
 Caprivi, Leo von 318 f., 332, 402, 498, 519
 Castlereagh [Lord] *auch* Stewart, Robert 134, 137 f.
 Cegielski, Henryk 509
 Cegielski, Hipolit 387, 397

Čertkov, Michail Ivanovič 333 f.
 Chaim ben Isaak von Wolozhin 630
 Chałubiński, Tytus 410
 Chłopicki, Józef 200
 Chwalba, Andrzej 3, 24–26
 Cieszkowska, Halina 501
 Cieszkowski, August 160, 267, 408, 413
 Cieszkowski, August 501
 Clemenceau, Georges 597
 Clermont-Tonnerre, Stanislas de 635
 Colonna-Walewski, Alexandre 591
 Comte, Auguste 411
 Czacki, Tadeusz 82
 Czapski (Familie) 91, 218, 505
 Czartoryska, Izabela 91
 Czartoryski, Adam Jerzy 82, 96 f., 112, 116, 131–140, 143, 147 f., 153, 166, 174, 200, 216–218, 226, 264–267, 582–587, 590 f., 603
 Czartoryski, Adam Kazimierz 91
 Czartoryski, Witold 550
 Czartoryski, Władysław 591, 593 f.

D

Dąbrowska, Maria 305
 Dąbrowski, Jan Henryk 95 f., 99, 104, 108–110, 134, 516
 Dąbrowski, Jarosław 291, 593
 Dąbrowski, Ksawery 94
 Daniłowski, Władysław 291
 Dann, Otto 605
 Darwin, Charles 411
 Daszyński, Ignacy 349, 435, 495
 Dębski, Aleksander 555
 Deike, Karol 508
 Dembowski, Edward 230
 Denisko, Joachim 94
 Diamand, Herman 495

Dietl, Józef 505
 Dinder, Julius 315, 319
 Dipper, Christoph 43
 Długosz, Jan 513
 Dmowski, Roman 303, 338, 419,
 491–493, 608 f., 612, 644
 Donimirski (Familie) 91
 Drahomanov, Mychajlo 431
 Dreyfus, Alfred 571
 Drucki-Lubecki (Familie) 91
 Drucki-Lubecki, Franciszek
 Ksawery 96, 179, 255, 544
 Drzymała, Michał 321
 Dubno, Salomon 630
 Dulębianka, Maria 429
 Dumas, Alexandre (der Jüngere) 593
 Dunajewski, Julian 348
 Dunin, Marcin 158, 407
 Działyński, Tytus 11, 161
 Dzieduszycki, Walerian 93
 Dzierżyński, Feliks 494

E

Elijah ben Solomon Salman 630
 Engels, Friedrich 431, 579, 589
 Ernst II. [Herzog von Sachsen-Coburg-
 Gotha] 590
 Este, Ferdinand von (Erzherzog von
 Österreich-Este) 114
 Estreicher, Karol 420
 Eugénie (de Montijo) [Kaiserin der
 Franzosen] 592
 Evans, Thomas und Douglas 544

F

Falk, Adalbert 315
 Fijałkowski, Antoni 290
 Flottwell, Eduard (von) 157 f., 405

Frank, Jakob 629
 Frankel, Jonathan 646
 Franko, Ivan 435
 Franz Joseph I. [Kaiser von Österreich
 und König von Ungarn] 243, 593
 Franz II. [Römischer Kaiser] *auch*
 Franz I. [Kaiser von Österreich] 88
 Frie, Ewald 43
 Friedrich August I. [König von
 Sachsen] 113, 118, 121 f., 129, 131
 Friedrich II. [König von Preußen] 64,
 78
 Friedrich Wilhelm II. [König von
 Preußen] 95, 104
 Friedrich Wilhelm III. [König von
 Preußen] 104 f., 156, 224, 516, 583
 Friedrich Wilhelm IV. [König von
 Preußen] 158, 224

G

Garbo, Greta 583
 Garibaldi, Giuseppe 594
 Gellner, Ernest 611
 George [Duke of Cambridge] 590
 Gercen, Aleksandr Ivanovič *Siehe*
 Herzen, Alexander
 Geyer, Ludwig 184
 Gierowski, Józef Andrzej 19 f.
 Giller, Agaton 291
 Girard, Philippe de 544
 Gitelman, Zvi 646
 Gloger, Zygmunt 419
 Goldman, Emma 641
 Gołuchowski, Agenor (der Jüngere)
 348
 Gołuchowski, Agenor Romuald 242,
 247, 341
 Gorčakov, Aleksandr Michajlovič 591 f.,
 297

Gordon, Jehuda Leib 640
 Gorzkowski, Franciszek 93
 Goslar, Julian Maciej 228, 241
 Goßler, Gustav von 321
 Gramsci, Antonio 645
 Grochulska, Barbara 122, 126
 Grodziski, Stanisław 22 f.
 Grottger, Artur 305
 Günther, William Barstow von 315
 Gurko, Iosif Vladimirovič 332 f.

H

Hahn, Hans Henning 219, 578
 Halka-Ledóchowski, Mieczysław 315
 Hammerstein, Wilhelm von 242 f.
 Hansemann, Ferdinand von 320, 519
 Hardenberg, Karl August von 53, 124, 136
 Hedwig (Jadwiga) [Königin von Polen] 511 f.
 Heinrich [Prinz von Preußen] 95
 Herder, Johann Gottfried 273
 Herzen, Alexander (Gercen, Aleksandr Ivanovič) 297, 594
 Herzl, Theodor 450, 572, 627
 Hess, Moses 627
 Hirsch, Moritz 638
 Hobsbawm, Eric 510
 Hodur, Franciszek 558
 Hofmann, Andreas 479
 Hohenwart, Karl von 343
 Homberg, Herz 622
 Horodyski, Andrzej 140
 Hourwitz, Zalkind 631, 633
 Hoym, Karl Georg von 104
 Hroch, Miroslav 605
 Hugo, Victor 594
 Hutten-Czapski, Karol 329

I

Israel ben Eliezer 630
 Iwaszkiewicz, Janusz 14

J

Jackowski, Maksymilian 413
 Jagiełło (Jogaila) [Litauischer Großfürst] *Siehe* Władisław II. Jagiełło
 Jagiełło, Eugeniusz 336, 493
 Jakubowiczowa, Judith 632
 Janta-Pełczyński *Familie* 91
 Jedlicki, Jerzy 392
 Jezierski, Franciszek Salezy 272
 Johann (Jan) III. Sobieski [König von Polen] 513
 Jordan, Wilhelm 236, 589
 Joseph II. [Römischer Kaiser sowie König von Ungarn und Böhmen] 55, 71, 73, 76, 174, 536, 622
 Jürgens, Edward 291

K

Kalinka, Walerian 11
 Kalischer, Zvi Hirsch 627
 Kamiński, Henryk 282, 581
 Kant, Immanuel 582
 Kapodistrias, Ioannis Antonios *auch* Graf Capo d'Istria 137
 Karamzin, Nikolaj Michajlovič 585
 Karłowicz, Jan 419
 Kasimir III. »der Große« (Kazimierz III. »Wielki«) [König von Polen] 513
 Katharina II. »die Große« [Russische Kaiserin] 57 f., 62, 83
 Katz, Jacob 644
 Kelles-Kraus, Kazimierz 494, 611

Kennemann, Hermann 320, 519
 Kieniewicz, Stefan 14, 18, 19, 403
 Kikulski, John 555
 Kizwalter, Tomasz 611
 Klaczko, Julian 342
 Kniaziewicz, Karol Otto 97, 100
 Kobrynska, Natalja 425 f., 438
 Kochanowicz, Jacek 353
 Kochanowski, Jan 505, 516
 Kołłątaj, Hugo 82, 114, 254, 272, 601
 Koniar, Maurycy 544
 Konopczyński, Władysław 14
 Konopnicka, Maria 498
 Konstantin Nikolajewič [Großfürst] 290, 298, 326
 Konstantin Pavlovič [Großfürst] 116, 134, 138, 198
 Korfanty, Wojciech 486, 494
 Korzon, Tadeusz 12
 Kościelski, Józef 319, 320
 Kościuszko, Tadeusz 91, 93, 97, 105, 281 f., 290, 505, 510–512, 581, 601
 Koselleck, Reinhard 421, 603
 Kotik, Ezechiel 633
 Kotzebue, August von 331
 Kotzebue, Paul Demetrius von 331
 Kraszewski, Józef Ignacy 270
 Krauthofer, Jakob *auch* Krotowski, Jakub 233
 Krępowiecki, Tadeusz 277 f.
 Królikowski, Ludwik 581
 Kronenberg, Leopold 269 f., 291, 383
 Kronenberg, Stanisław 507
 Krukowicki, Jan 202
 Krzycki, Leo 555
 Krzyżanowski, Henryk 314
 Kuczalska-Reinschmit, Paulina 425
 Kukiel, Marian 582
 Kulerski, Wiktor 502

L

Landy, Michał 289
 Langiewicz, Marian 293
 Lederhendler, Eli 637
 Lehmann, Rosa 642
 Lelewel, Joachim 10 f., 200, 204, 214 f., 277 f., 280
 Leopold II. [Römischer Kaiser] 63
 Łepkowski, Tadeusz 17 f., 403, 600
 Libelt, Karol 161, 226, 392, 407, 413, 419, 589
 Liberman, Herman 495
 Lilienthal, Max 624, 631
 Limanowski, Bolesław 494, 596
 Linde, Samuel Bogumil 92, 419
 Liss, Franciszek 548
 Lloyd George, David 597
 Loris-Melikov, Michail 331
 Louis-Philippe I. [König der Franzosen] 210
 Louverture, Toussaint 105
 Lubomirski (Familie) 91, 506
 Lubomirski, Henryk 166
 Łuczewski, Michał 609
 Luxemburg, Rosa (Róża) 366, 433, 494 f., 611

M

Magier, Antoni 107
 Maimon, Salomon 631
 Majewski, Karol 291, 293
 Maksimovič, Konstantin Klavdievič 334
 Małowieski, Bonawentura 107
 Mannheimer, Isaak 242
 Manteuffel, Tadeusz 15
 Marchlewski, Julian 433, 494

- Marcinkowski, Karol 161, 267, 397, 406 f., 509
- Marczewski, Witold 291
- Marx, Karl 214, 431, 579, 589, 594
- Matejko, Jan 507, 513
- Mazzini, Giuseppe 214, 592, 594
- Meisels, Dow Ber 242, 270, 289 f., 304
- Mendelsohn, Stanisław 494
- Mendelssohn, Moses 631
- Metternich, Clemens von 136, 144, 586
- Metzig, Johann 589
- Meyer, Louis 632
- Mianowski, Józef 411
- Miarka, Karol 486
- Mickiewicz, Adam 152, 244, 512, 515, 517, 579, 588, 602 f., 605, 611, 614, 627
- Mielżyński, Seweryn 509
- Mierostawski, Ludwik 226, 231 f., 243, 293, 581
- Mieszko I. [König von Polen] 516
- Miljutin, Nikolaj Alekseewiç 300, 326
- Miłkowski, Zygmunt (*Pseudonym*: Teodor Tomasz Jeż) 491
- Miranda, Francisco 100
- Mochnacki, Maurycy 217, 274–276, 278
- Modrzejewska, Helena *auch* Modjeska, Helena 575
- Moniuszko, Stanisław 510
- Morawski, Marian 14
- Morris, Joseph 544
- Murav'ev(-Vilenskij), Michail Nikolajewiç 154, 298, 328
- Murav'ev-Apostol', Sergej Ivanowiç 298
- N
- Napoleon I. [Kaiser der Franzosen] *auch* Bonaparte, Napoleon 9, 94, 97, 99 f., 103 f., 108–123, 126, 129 f., 132, 135 f., 139, 144, 189, 254, 580–584, 590 f., 601, 633
- Napoleon III. [Kaiser der Franzosen] *auch* Bonaparte, Louis 245, 296 f., 590–593
- Nesselrode, Karl 136, 138
- Niemcewicz, Julian Ursyn 105
- Nikolaus I. [Russischer Kaiser] 147, 152 f., 190, 192, 198, 201, 275, 285, 500, 586, 624
- Nikolaus II. [Russischer Kaiser] 332 f., 335
- Nowak, Andrzej 25
- Nussbaum, Hilary 270
- O
- Obrenović, Mihailo 218
- Ogiński, Michał Kleofas 96, 97
- Oncken, Wilhelm 97
- Orgelbrand, Maurycy 419
- Orzeszkowa, Eliza 410, 430
- Orżewskij, Petr Vasilewiç 331
- Ossoliński (Familie) 91, 166
- Ossoliński, Józef Maksymilian 11, 165
- P
- Paderewski, Ignacy Jan 514, 575
- Palmerston [Lord] *auch* Temple, Henry John 590
- Pappenheim, Bertha 641
- Paskewiç, Ivan Fedorowiç 153, 192, 203, 265, 285, 516

Paul I. [Russischer Kaiser] 58, 83, 96, 582
 Pavlyk, Anna Ivanivna 435
 Pavlyk, Mychajlo Ivanovyč 435
 Pawiński, Adolf 12
 Pawlikowski, Józef 280, 602
 Perl, Feliks 494
 Piłsudski, Józef 303, 433, 475, 494
 Pinsker, Leo 627
 Pitt, William (der Jüngere) 582
 Pius IX. [Papst] 295, 297
 Plater (Familie) 91
 Plater, Emilia 201
 Plater, Władysław 505
 Polonsky, Antony 647
 Poniatowski, Józef 90, 110, 114, 116, 130, 512, 514, 516, 584
 Popławski, Jan Ludwik 491, 566
 Porter, Brian 445
 Potocki (Familie) 91
 Potocki, Alfred Józef 343
 Potocki, Andrzej Kazimierz 350
 Potworowski, Gustaw 406
 Prószyński, Konrad (*Pseudonym* Kazimierz Promyk) 504
 Proudhon, Pierre-Joseph 431
 Prus, Bolesław 303, 305, 410
 Przyłuski, Leon 232
 Puschkin, Alexander (Puškin Aleksandr Sergeevič) 585
 Puttkamer, Eugen von 313

R

Rabinowitsch, Sara (Rabinovič, Sara Samojlovna) 641
 Raczyński, Atanazy 508
 Raczyński, Edward 11, 161, 158, 508 f.
 Radziwiłł, Antoni 53, 95
 Radziwiłł, Luise 95

Radziwiłł, Michał 200
 Rakovsky, Puah 640
 Rakowski, Jan Michał 502
 Ránki, György 351–353
 Razumovskij, Andrej 138
 Rembowski, Walerian 406
 Reynolds, Suzan 600
 Rittner, Edward 348
 Romanowicz, Tadeusz 417
 Rosen, Mathias 270
 Ruge, Arnold 236
 Russel, John 590
 Rzepniewska, Danuta 124
 Rzewuski, Henryk 276

S

Sabbatai Zvi 629
 Salanter, Israel *eigentl.* Israel ben Ze'ev Wolf Lipkin 632
 Sapieha (Familie) 91
 Sapieha, Leon 409
 Scheibler, Karl Wilhelm 184
 Schelling, Friedrich 274
 Schenirer, Sarah 641
 Schewtschenko, Taras (Ševčenko, Taras Hryhorovyč) 523
 Schindler, Jan 168
 Schopenhauer, Arthur 94
 Schottmüller, Kurt 519
 Schraps, Reinhold 314
 Schulze-Delitzsch, Hermann 414
 Schwartzkopf, Philipp 323
 Ściegienny, Piotr 282
 Šeptyckij, Andrej *auch* Szeptycki, Roman Maria Aleksander 523
 Seyda, Marcin 494
 Siemiradzki, Józef 566
 Sienkiewicz, Henryk 305, 410, 498
 Skalon, Georgij Antonovič 335

Skarbek, Familie 91
 Skofyszewski, Wiktor 566
 Skowronek, Jerzy 19, 124, 126
 Słowacki, Juliusz 416
 Smoleński, Władysław 12, 106, 107
 Smolka, Franciszek 242
 Smolka, Stanisław 11
 Smuglewicz, Franciszek 92
 Śniadecki, Jerzy 82
 Sobieski, Wacław 13, 14, 21
 Sobolewski, Walenty 147
 Sowiński, Adam 607
 Spasowicz, Włodzimierz 418
 Stablewski, Florian 319
 Stadion, Franz 174, 238, 239, 242
 Stanislaus II. Poniatowski [König von Polen] *auch* Poniatowski, Stanisław August 18, 82
 Stapiński, Jan 496
 Staszic, Stanisław 92, 179, 254, 404
 Stefański, Walenty 227, 232
 Stegmann, Natali 431
 Stein, Heinrich Friedrich Karl von 124, 137
 Stenzel, Gustav 588
 Stojałowski, Stanisław 440
 Stolypin, Petr Arkad'ewič 336
 Stolzman, Karol 581
 Sułkowski, Józef 98
 Supiński, Józef 404
 Šuvalov, Pavel Andreevič 333
 Suvorov, Aleksandr Vasil'ewič 99
 Świętochowski, Aleksander 303, 410, 412
 Szczepanowski, Stanisław 374, 396, 398
 Széchenyi, István 405
 Szela, Jakub 228, 231
 Szujski, Józef 11, 415
 Szwarc, Bronisław 291

T

Taaffe, Eduard 348
 Talleyrand, Charles-Maurice de 136
 Tarnowski (Familie) 91
 Temple, Henry John *Siehe* Palmerston [Lord]
 Teter, Magda 642
 Thiers, Adolphe 593
 Tiedemann, Heinrich von 320, 519
 Tokarski, Sławomir 365
 Traugutt, Romuald 245, 291, 293, 299
 Treitschke, Heinrich 595
 Turzyna, Maria 437
 Tych, Feliks 466
 Tymieniecki, Kazimierz 13
 Tyssowski, Jan 230
 Tyszkiewicz, Familie 91

U

Ury, Scott 457, 628
 Uvarov, Sergej Semenovič 631

W

Waldow, Wilhelm Hans August von 321
 Walewska, Maria 583, 591
 Walicki, Andrzej 302
 Wallerstern, Joseph Breinl von 228
 Wandycz, Piotr S. 22
 Warschauer, Adolf 519
 Warski, Adolf 494
 Waryński, Ludwik 432, 434
 Weber, Max 595
 Wengeroff, Pauline 639
 Wielopolski, Aleksander 176, 271, 287–292, 326, 411, 418, 634
 Wilamowitz-Moellendorf, Hugo von 319

- Wilhelm I. [Deutscher Kaiser] 246, 312
- Willisen, Karl Wilhelm von 232
- Wilson, Woodrow 582, 596
- Witos, Wincenty 496
- Władisław II. Jagiełło [Polnischer König] 511 f.
- Wojciechowski, Stanisław 494
- Woronicz, Janusz 218
- Wybicki, Józef 98, 100, 109 f.
- Wyrozumski, Jerzy 19, 22
- Wysłouch, Bolesław 441 f.
- Wysłouchowa, Maria 438, 441 f.
- Wysocki, Józef 244
- Wysocki, Piotr 264
- Wyspiański, Stanisław 510, 512
- Z
- Zajączek, Józef 147
- Zajączkowski, Andrzej 600
- Zaleski, Wacław Michał 242
- Zamoyski, Andrzej 265 f., 271, 283, 287, 289, 389, 404
- Zamoyski, Władysław 217
- Zbytkower, Shmuel 632
- Zdrada, Jerzy 25
- Zernack, Klaus 236
- Zgórniak, Marian 22–24
- Ziemiałkowski, Florian 341

Gesellschaften, Vereine, Verbände, Parteien

Aufgenommen sind hier nicht nur formelle Organisationen, sondern auch Geheimgesellschaften und lose Zusammenschlüsse, denen eine größere historische Bedeutung zugeschrieben wird. Die Auflistung erfolgt nach den originalsprachlichen Namen.

A

Agencja [Agentur (in Paris)] 98
 Agudas Yisroel [Union Israels] 626
 Algemeyner Yidisher Arbetersbund,
 Bund [Allgemeiner Jüdischer
 Arbeiterbund] 433 f., 457, 468, 474 f.,
 529, 569, 628
 Alldeutscher Verband 319, 519, 542
 Alliance Républicaine Universelle 594
 American Federation of Labor 555

B

Beloruskaja Revaljucyjnaja Hramada
 [Weißrussische Revolutionäre
 Sammlung] 525
 Beloruskaja Sacyjalistyčnaja Hramada
 [Weißrussische Sozialistische
 Sammlung] 525
 Bund der Christlichen Deutschen in
 Galizien 345
 Bund der Landwirte 319, 444, 519

C

Carbonari 587
 Centralizacja Lwowska [Lemberger
 Zentralisierung] 93

Centralna Rada Narodowa [Zentraler
 Nationalrat] 238–240, 250
 Centralne Towarzystwo Gospodarcze,
 CTG [Landwirtschaftlicher
 Zentralverein] 408, 414, 443
 Centralne Zgromadzenie Warszawskie
 [Warschauer Zentral-Klub] 93
 Cesarsko-Królewskie Towarzystwo
 Naukowe Krakowskie [Krakauer
 Kaiserlich-Königliche
 Wissenschaftliche Gesellschaft] 506
 Chibbat Zion [Bewegung der
 Zionsliebhaber (Chovevei
 Zion)] 528, 627
 Czytelnia Kobiet w Krakowie
 [Frauenlesesaal in Krakau] 427
 Czytelnia Kobiet we Lwowie
 [Frauenlesesaal in Lemberg] 427

D

Delegacja Narodowa [Nationale
 Delegation] 291
 Deputacja [Deputation (in Paris)] 98 f.,
 101
 Deutscher Ostmarkenverein, DOV 320,
 446, 496, 519, 542
 Deutscher Volksrat für Galizien 345

- Deutsches Nationalkomitee in
Posen 235
- Dyrekcja Wiejska [Land-Direktion] 291
- E
- Endecja *Siehe* Liga Narodowa,
Stronnictwo Demokratyczno-
Narodowe
- G
- Galicyskie Towarzystwo Gospodarskie
[Galizische Gesellschaft zur
Wirtschaftsförderung] 409
- Galicyska Partia Socjalno-
Demokratyczna, GPSD
[Sozialdemokratische Partei
Galiziens] 435 f.
- Gromady Ludu Polskiego [Scharen des
Polnischen Volkes] *auch* Lud
Polski 220, 278, 282
- H
- Historische Gesellschaft für den
Netzedistrikt 518
- Historische Gesellschaft für die Provinz
Posen 518
- Holovna Rus'ka Rada
[Hauptversammlung der
Ruthenen] 240 f., 243, 248, 521
- Hôtel Lambert [Pariser
Emigrantentreffpunkt] 153, 216, 217,
218, 220, 226, 342, 587, 590, 591,
593
- Hromadi [Gemeinschaften] 524
- I
- International Woman Suffrage
Alliance 429
- Internationale (sozialistische) 594
- Internationale Friedensliga 594
- J
- Jedność [Einheit] 548
- Jewish Colonisation Association 569,
638
- K
- Kasa im. Józefa Mianowskiego [Józef-
Mianowski-Kasse] 412, 507 f.
- Kasyno Gostyńskie [Gostyner
Kasino] 161, 267, 406
- Katolicka-Polska Partia Ludowa
[Katholisch-Polnische
Bauernpartei] 502
- Katolyc'kyj Rus'ko-Narodnyj Sojuz
[Katholische Ruthenisch-Nationale
Vereinigung] 447
- Kl'jub Rusynok [Rutheninnenklub] 427
- Kobiece Koło Oświaty Ludowej
[Frauenkreis für Volksbildung] 444
- Koła Oświaty Ludowej
[Volksbildungskreise] 444
- Kółka Rolnicze [Agrarzirkel] 413, 440,
443
- Kółka Włościanek
[Bäuerinnenzirkel] 429, 443
- Koło Kobiet Korony i Litwy
[Frauenkreis der Kronländer und
Litauens] 444
- Koło Oświaty Ludowej
[Volksbildungszirkel] 502

Komitet Centralny Narodowy, KCN
[Zentrales Nationalkomitee] 291 f.

Komitet Galicyjski [Galizisches
Komitee] 93

Komitet Narodowego Ruchu [Komitee
der Nationalen Bewegung] 291

Komitet Narodowy [Nationalkomitee
(in Krakau)] 238

Komitet Narodowy Emigracji Polskiej
[Nationalkomitee der Polnischen
Emigration] 214

Komitet Narodowy Polski [Polnisches
Nationalkomitee (in Paris)] 215

Komitet Narodowy Polski w Poznaniu
[Polnisches Nationalkomitee in
Posen] 232 f. 235

Komitet Obrony Narodowej /
Committee for National Defense,
KON 558

Komitet Równouprawnienia Kobiet
[Komitee für die Gleichberechtigung
von Frauen] 428

Krajowcy [Die Eingeborenen] 527, 606

Kružok Ukraïns'kich Divčat [Kreis
Ukrainischer Mädchen] 427

L

Lietuvių dailės draugija [Litauische
Kunstgesellschaft] 527

Lietuvių mokslo draugija [Litauische
Wissenschaftliche Gesellschaft] 527

Liga Narodowa [Nationalliga] 446, 491

Liga Polska [Polnische Liga] *eigentl.*
Liga Narodowa Polska [Polnische
Nationalliga] 233 f., 246, 408

Lud Polski *Siehe* Gromady Ludu
Polskiego

M

Macierz Polska [Polnische Heimat] 447

Mikra Kodesch [Heilige
Festversammlung] 449

Misrachi, *Akronym für* Merkaz Ruhani
[Religiöses Zentrum] 528

Młoda Polska [Junges Polen] 214

N

Narodna Rada [Nationalrat] 521

Narodnaja Volja [Volkswillen] 432, 595

Narodowy Związek Robotniczy
[Nationaler Arbeiterbund] 474

Naukove Tovaristvo imeni Ševčenko
[Wissenschaftliche Schewtschenko-
Gesellschaft] 523

Niemiecka Partia Konstytucyjno-
Liberalna [Deutsche
Verfassungsliberale Partei] 477

O

Obščestvo Rus'kych Dam [Gesellschaft
Ruthenischer Damen] 426

Obščestvo ymeny Mychayla
Kačkovskoho, OMK [Mychajlo-
Kačkovs'kyj-Gesellschaft] 440 f.

Ognisko [Herdfeuer] 573

Oświata [Bildung] 503

P

Partia Robotnicza [Arbeiterpartei] 435

Po'alei Zion [Arbeiter Zions] 450, 475,
528

Podolacy [Ostgalizische Konservative]
490, 524

- Polska Macierz Szkolna [Polnische Schulheimat] 473, 503
- Polska Partia Postępowa [Polnische Fortschrittspartei] 477
- Polska Partia Socjalistyczna Zaboru Pruskiego [Polnische Sozialistische Partei des preußischen Teilungsgebietes] 434, 495
- Polska Partia Socjalistyczna, PPS [Polnische Sozialistische Partei] 303, 333f., 433f., 438, 451, 458, 461, 468, 471, 474f., 494f.; *auch* PPS-Proletariat 434; *auch* PPS-Frakcja Rewolucyjna [Revolutionäre Fraktion] *und* PPS-Lewica [Linke] 476, 493f.
- Polska Partia Socjalno-Demokratyczna Galicji i Śląska Cieszyńskiego, PPSD [Polnische Sozialdemokratische Partei Galiziens und des Teschner Schlesiens] 435-437, 495
- Polska Socjalno-Rewolucyjna Partia »Proletariat« [Sozialrevolutionäre Partei »Proletariat«] 432
- Polski Związek Ludowy, PZL [Polnische Bauernvereinigung] 444, 465, 477
- Polski Związek Równouprawnienia Kobiet, PZRK [Polnische Vereinigung für die Gleichberechtigung von Frauen] 428, 473
- Polskie Stowarzyszenie Równouprawnienia Kobiet, PSRK [Polnischer Verein für die Gleichberechtigung von Frauen] 428, 473
- Polskie Stronnictwo Demokratyczne [Polnische Demokratische Partei] 490
- Polskie Stronnictwo Ludowe, PSL [Polnische Bauern-/Volkspartei] 442, 496, 524, 565
- Polskie Towarzystwo Historyczne [Polnische Historische Gesellschaft] 506
- Poznańskie Towarzystwo Przyjaciół Nauk, PTPN [Posener Gesellschaft der Freunde der Wissenschaften] 408, 414, 508f.
- R
- Revolucyjna Ukrainś'ka Partija [Revolutionäre Ukrainische Partei] 436
- Rossijskaja Social-Demokratičeskaja Robočaja Partia [Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands] 529
- Rusins'ka-Ukrainś'ka Radykal'na Partija, R-URP [Ruthenisch-Ukrainische Radikale Partei] 435f.
- Russka Rada [Ruthenischer Rat] 438, 442, 521
- Russkaja Narodnaja Partija [Russische Nationalpartei] 448, 522
- S
- Schomer Israel [Wächter Israels] 449
- Sič [Kosakenlager] 442
- Sobor Rus'kij [Ruthenische Versammlung] 240
- Socjaldemokracja Królestwa Polskiego i Litwy, SDKPiL [Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens] 433, 458, 468, 471, 474-476, 494f.

- Sokol/Sokol/Sokół [Falke] 442, 497,
501 *Siehe auch* Związek Sokolstwa
Polskiego w Ameryce
- Sozialdemokratische Partei
Deutschlands 495, 594
- Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
Österreichs 495
- Spółka Rolników Parcelacyjnych
[Gesellschaft für Bauernland] 446
- Stańczycy [Krakauer Konservative]
403, 415, 416, 490, 524
- Stowarzyszenie Kursów dla
Analfabetów Dorosłych [Verein für
Kurse für erwachsene
Analphabeten] 444
- Stowarzyszenie Pracy Kobiet [Verein
für Frauenarbeit] 427
- Stowarzyszenie Robotników
Chrześcijańskich [Verein christlicher
Arbeiter] 475, 477
- Stowarzyszenie Właścicieli Większych
Posiadłości
[Großgrundbesitzerverein] *auch*
Stowarzyszenie Ziemiańskie
[Landadelsverein] 242
- Straż – Towarzystwo ku Obronie Spraw
Ekonomicznych, Społecznych i
Obywatelskich [»Die Wacht« –
Verein zur Verteidigung der
Wirtschaftlichen, Gesellschaftlicher
und Bürgerlicher Interessen] 446,
496
- Stronnicтво Demokratyczno-Narodowe
[Demokratisch-Nationale Partei]
auch Endecja 303, 335, 419, 447,
465 f., 469 f., 473–475, 491–496,
566
- Stronnicтво Ludowe *Siehe* Polskie
Stronnicтво Ludowe
- Stronnicтво Polityki Realnej [Partei der
Realpolitik] 490
- Syon [Verein »Zion«] 449
- Syonystko-Socjalystyčeskaja Rabočaja
Partyja [Zionistisch-Sozialistische
Arbeiterpartei] 450
- T
- Towarystwo Rus’kich Ženščyn [Verein
Ruthenischer Frauen] 426
- Towarzystwo Kółek Rolniczych, TKR
[Verein der Agrarzirke] 440 f.
- Towarzystwa Naukowego
Krakowskiego [Krakauer
Wissenschaftliche Gesellschaft] 506
- Towarzystwa Oświaty Ludowej, TOL
[Verein für Volksbildung], 440
- Towarzystwa Przemysłowe
[Gewerbevereine] 414
- Towarzystwo Czytelní Ludowych
[Gesellschaft für Volkslesesäle] 502
- Towarzystwo Demokratyczne Polskie,
TDP [Polnische Demokratische
Gesellschaft] 215 f., 219, 268,
276–278, 407
- Towarzystwo Historyczno-Literackie w
Paryżu [Historisch-Literarische
Gesellschaft in Paris] 506
- Towarzystwo Kultury Polskiej [Verein
für polnische Kultur] 444
- Towarzystwo Kursów Naukowych
[Gesellschaft für Wissenschaftliche
Kurse], 334
- Towarzystwo Literackie [Literarische
Gesellschaft] 507
- Towarzystwo Naukowe Krakowskie
[Krakauer Wissenschaftliche
Gesellschaft] 420

- Towarzystwo Naukowe Warszawskie [Warschauer Wissenschaftliche Gesellschaft] 508
- Towarzystwo Naukowej Pomocy dla Młodzieży Wielkiego Księstwa Poznańskiego bzw. dla Młodzieży Prus Zachodnich, TNP [Gesellschaft wissenschaftlicher Hilfe für die Jugend des Großherzogtums Posen bzw. Westpreußens] 161, 246, 407, 501
- Towarzystwo Oświaty Ludowej [Gesellschaft für Volksbildung] 502
- Towarzystwo Oświaty Narodowej, TON [Verein für Nationale Bildung]. 473, 502 f.
- Towarzystwo Oszczędności Kobiet [Frauensparverein], 430
- Towarzystwo Pań Św. Wincentego à Paulo [Damengesellschaft St. Vinzenz von Paul] 250
- Towarzystwo Patriotyczne [Patriotische Gesellschaft] 198, 200, 215
- Towarzystwo Przyjaciół Oświaty [Verein der Bildungsfreunde] 442
- Towarzystwo Przyjaciół Oświaty Ludowej [Verein für Freunde der Volksbildung] 440
- Towarzystwo Republikanów Polskich [Gesellschaft der Polnischen Republikaner] 93
- Towarzystwo Rolnicze w Królestwie Polskim [Agrargesellschaft] 289, 291; *auch* Klemensowczycy 265 f., 270
- Towarzystwo Szkoły Ludowej, TSL [Verein für Volksschulen] 441, 447
- Towarzystwo Warszawskie Przyjaciół Nauk, TPN [Warschauer Gesellschaft der Freunde der Wissenschaften] 80, 92, 103 f., 404, 415
- Towarzystwo Zachęty Sztuk Pięknych [Gesellschaft zur Ermutigung der schönen Künste] 507
- Tymczasowy Komitet Narodowy Prus Zachodnich [Vorläufiges Nationalkomitee in Westpreußen] 234
- U
- Ukraińs'ka demokratična partija [Ukrainisch Demokratische Partei] 524
- Ukraińs'ka demokratično-radikal'na partija [Ukrainisch Demokratisch-Radikale Partei] 524
- Ukraińs'ka nacional'no-demokratyčna partia, UNDP [Ukrainische Nationaldemokratische Partei] 442, 521
- Ukraińs'ka radikal'na partija [Ukrainische Radikale Partei] 521, 524
- Ukraińs'ka Socijal-demokratyčna Partija, USDP [Ukrainische Sozialdemokratische Partei] 436, 442, 521
- Uniwersytet dla wszystkich [Universität für alle] 444, 473
- Uniwersytet ludowy [Volksuniversität] 473
- V
- Verein zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken 519
- Vilniaus lietuvių kultūros draugija »Rūta« [Wilnaer Litauische Kulturgesellschaft »Ruta«] 527

Vserossijskij krest'janskij sojuz
[Allrussischen Bauernbund] 470

Y

Yidishe Arbeter Partay [Jüdische
Arbeiterpartei] 436

Z

Zagal'na ukraïns'ka bezpartijna
demokratična organizacija
[Allgemeine Ukrainische
Unparteiische Demokratische
Organisation] 524

Zentralverein Westpreußischer
Landwirte 541

Zentrum, *kurz. für* Deutsche
Zentrumspartei 401, 486

Žinoča Hromada [Frauenvereinigung],
427

Zionistische Weltorganisation 573

Zjednoczenie Emigracji Polskiej, ZEP
[Vereinigung der Polnischen
Emigration] 215

Zjednoczenie Polskich Kobiectych
Towarzystw Oświatowych w Rzeszy
Niemieckiej [Vereinigung polnischer
Frauenbildungsvereine im Deutschen
Reich] 429

Zjednoczenie Polskie Rzymsko-
Katolickie / Polish Roman Catholic
Union, ZPRK 557 f.

Zjednoczenie Zawodowe Polskie, ZZP
[Polnische Berufsvereinigung] 549

Związek Fabrykantów Łódzkich
Przemysłu Bawełnianego
[Vereinigung der
Baumwollfabrikanten von Lodz] 469

Związek Kobiet
[Frauenvereinigung] 437

Związek Młodej Polski Ludowej
[Vereinigung der Polnischen
Bauernjugend] 474

Związek Młodzieży Polskiej, Zet
[Vereinigung der Polnischen
Jugend] 446, 466

Związek Narodowy Polski / Polish
National Alliance, ZNP 557 f.

Związek Plebejuszy [Plebejerbund] 227,
232

Związek Polek w Ameryce / Polish
Women's Alliance of America 558

Związek Postępowej Demokracji
[Vereinigung der Fortschrittlichen
Demokratie] 477

Związek Postępowo-Demokratyczny
[Fortschrittlich-Demokratischer
Bund] 490

Związek Robotników Polskich
[Vereinigung der Polnischen
Arbeiter] 433

Związek Równouprawnienia Kobiet
[Verband für die Gleichberechtigung
von Frauen] 429

Związek Sokolstwa Polskiego w
Ameryce [Verband der polnischen
Sokół-Vereine in Amerika] 558

Związek Stowarzyszeń Zarobkowych i
Gospodarczych [Verband der
Berufs- und Wirtschaftsvereine], 441

Związek Stronnictwa Chłopskiego
[Verband der Bauernpartei], 442

Żydowska Partia Narodowa [Jüdische
Nationale Partei] 450

Żydowska Partia Socjalno-
Demokratyczna, ZPS-D [Jüdische
Sozialdemokratische Partei] 437

Żydowskie Towarzystwo Oświaty
Ludowej [Jüdischer
Volksbildungsverein] 449

Żydowskie Towarzystwo Terytorialno-
Syjonistyczne [Jüdischer
Territorialzionistischer Verein] 477

Orte

Bis auf wenige Ausnahmen wurden die deutschen zeitgenössischen Ortsnamen verwendet, sofern sie heute noch bekannt sind (z.B. Wilna statt Vilnius). Die Entsprechungen in der heutigen Staatssprache, auf Polnisch und in der zeitgenössischen Staatssprache sind in Klammern hinzugefügt. Kyrillische Ortsnamen sind in wissenschaftlicher Transliteration angegeben. Bei Verwaltungsbezirken werden nur die Bezeichnung in zeitgenössischer Staatssprache und die polnische Entsprechung angegeben. Staaten und Hauptstädte sind nur als Ort von Ereignissen oder Entwicklungen im Register verzeichnet, nicht wenn sie stellvertretend für die jeweiligen Regierungen im Text vorkommen. Bei Erwähnungen im Fußnotentext sind die Seitenzahlen kursiv gesetzt.

A

Alberta 560
 Altpolnisches Becken (*poln.* Zagłębie Staropolskie) 369
 Amerika 345 f., 537–539, 549, 562 f., 570, 575, 617, 637, 638 *Siehe auch* Nordamerika, Lateinamerika, Argentinien, Brasilien, Chile, Kanada, Peru, Vereinigte Staaten
 Apóstoles 559
 Argentinien 556, 559, 565, 571
 Aserbaidshan 574
 Auerstedt 108
 Augustów, Gouvernement (*russ.* Avgustovskaja gubernija, *poln.* gubernia augustowska) 488
 Auschwitz (*poln.* Oświęcim) 567
 Auschwitz, Herzogtum (*poln.* księstwo oświęcimskie) 339
 Austerlitz (*tschech.* Slavkov u Brna) 97
 Australien 553, 561
 Azara 559

B

Baden, Großherzogtum 243, 588
 Balkan 587
 Baltimore 570
 Banja Luka 576
 Bayern 97, 509
 Bayonne 123
 Będzin 179
 Belgien 4, 145, 152, 198, 202, 205, 211, 474, 550, 586, 595
 Berlin 51, 61, 65, 88, 98, 108 f., 231, 313, 333, 394, 508, 548, 570, 573, 588, 622, 637, 638, 647
 Berlin, Ontario (*heute* Kitchener) 561
 Białystok 51, 366, 638 f.
 Białystok, Gebiet (*russ.* Belostokskaja oblast', *poln.* obwód białostocki) 46, 59
 Białystok, Kreis (*poln.* powiat białostocki) 78
 Bielsk Podlaski 77
 Birnbaum (*poln.* Międzychód) 70

Bitterfeld, Braunkohlerevier 545
 Bochnia, Kreis (*poln.* cyrkuł bocheński) 228
 Bochum 548
 Böhmen (*tschech.* Čechy) 183, 202, 236, 429, 544, 549, 551
 Böhmisches Krone, Länder (*tschech.* Země Koruny české) 237 *Siehe auch*
 Böhmen, Mähren, Schlesien
 Borysław (*ukr.* Boryslav) 563
 Bosnien-Herzegowina 338, 576
 Bottrop 546
 Brandenburg, Kurmark 64
 Brandenburg, Provinz 321, 539
 Brasilien 559 f., 565 f., 638
 Bremen 545, 552
 Breslau (*poln.* Wrocław) 160, 166, 229, 394, 506, 514, 573, 632
 Breslau, Erzdiözese (*poln.* archidiecezja wrocławska) 156
 Brest, *früher auch* Brest-Litowsk (*weißruss.* Brėst, *poln.* Brześć) 83, 513
 Briey 550
 Brody 72, 242, 570
 Bromberg (*poln.* Bydgoszcz) 48, 51, 70, 139, 156, 318, 386, 518
 Bromberg, Departement (*poln.* departament bydgoski) 139
 Bromberg, Regierungsbezirk (*poln.* rejencja bydgoska) 156, 310, 312
 Brüssel (*frz.* Bruxelles, *niederl.* Brussel) 152
 Budapest 342, 549, 550, 564, 637, 647
 Buenos Aires 559, 638
 Bug (*ukr./weißruss.* Buh) 18 f., 46
 Bukowina 47 f., 54, 94, 162, 231, 241, 350, 374, 537, 549
 Bulgarien 595

C

Charkiw (*ukr.* Charkiv, *russ.* Char'kov) 430
 Chaumont 133
 Chełm, Diözese/Eparchie (*poln.* diecezja/eparchia chełmska, *ukr.* Cholms'ka eparchia) 73 f., 330, 489
 Chełm, Gouvernement (*russ.* Cholmskaja gubernija, *poln.* gubernia chełmska) 337, 488
 Chełm-Warschau, Eparchie (*russ.* Cholmsko-Varšavskaja Eparchia) 330
 Chicago 553 f., 556 f.
 Chile 575
 Chocim 93
 Chrzanów 623
 Cisalpinische Republik (*ital.* Repubblica Cisalpina) 130
 Cleveland 553
 Corpus 559
 Corrientes 559
 Czernowitz (*ukr.* Černivci, *rum.* Cernăuți, *poln.* Czerniowce) 54
 Czernowitz, Kreis 55, 162

D

Dąbrowa Białostocka (*dt.* *früher auch* Dombrowa), Kreis (*poln.* powiat dąbrowski) 78
 Dąbrowa Górnicza 179
 Dąbrowa-Becken (*poln.* Zagłębie Dąbrowskie) 179, 365, 367, 369, 452, 459, 574
 Dalmatien 549
 Dänemark 245, 470, 540
 Danzig (*poln.* Gdańsk) 48 f., 69 f. 70, 94, 110, 133, 155, 321, 356
 Detroit 554

Deutsch-Wagram 114
 Dnepr 45, 59
 Donezbecken (*auch* Donbas) 545, 574
 Dorpat (*estn.* Tartu, *russ.* Derpt) 573
 Dortmund 546
 Drelów 489
 Dresden 87, 574
 Drohiczyn 77
 Drohobycz (*ukr.* Drohobyč) 372
 Drut (*weißruss.* Druz', *russ.* Drut') 45
 Dublany (*ukr./russ.* Dubljany) 500
 Düna (*poln.* Dźwina, *lett.* Daugava,
weißruss. Dzvinā, *russ.* Zapadnaja
 Dvina) 45

E

Edmonton 560
 Elba 139
 Elbing (*poln.* Elbląg) 49, 356
 England 169, 170, 205, 207, 211, 220,
 278, 351, 449, 545, 551, 572, 592
Siehe auch Großbritannien
 Épinal 550
 Ermland (*poln.* Warmia) 16 f., 22, 24 f.,
 48 f., 156, 408, 486, 502
 Essen 546
 Estland 596

F

Frankfurt (Oder) 80
 Frankfurt, Regierungsbezirk 321
 Frankfurt am Main 213, 236, 587 f., 641
 Frankreich 4, 108, 116 f., 126, 130, 139,
 144, 198, 205, 207, 209–212, 215 f.,
 221, 245, 275, 308, 310, 315, 474,
 510, 549 f., 564, 566, 571, 573,
 575–581, 593, 607, 635
 Freiburg (*frz.* Fribourg) 573

Friedland in Ostpreußen (seit 1946 *russ.*
 Pravdinsk) 110

G

Galizien (*poln.* Galicja, *ukr.* Haličina) 5,
 12, 16, 20, 47 f., 54–56, 63, 71–76,
 91, 93 f., 97, 99, 114 f., 162–166,
 168, 174 f., 177 f., 181, 186, 195, 197,
 209, 217, 224, 226–231, 237–244,
 247–250, 268 f., 302, 304, 317, 331,
 338–349, 351, 357, 359–365,
 371–378, 382, 385 f., 388, 390 f.,
 394–396, 398 f., 402 f., 409,
 415–417, 425–428, 430 f., 434–443,
 447–450, 484, 487, 490, 495–497,
 499 f., 504–506, 509–514, 517 f.,
 520–524, 528 f., 536–538, 540,
 543 f., 549 f., 553, 558, 560,
 563–565, 567, 570, 584, 586, 609,
 618 f., 622 f., 636, 641, 643, 645
 Gdów 230
 Gelsenkirchen 546
 Genf (*frz.* Genève) 431, 573, 587
 Glasgow 572
 Gnesen, Erzdiözese (*poln.* archidiecezja
 gnieźnieńska) 81, 156, 315, 319
 Gorczyn 227
 Gostyń 161, 267, 406; *Umgebung* 536
 Göttingen 573
 Graz 573
 Griechenland 100, 144, 595
 Grochów 201
 Grodno (*weißruss.* Hrodna) 46
 Grodno, Gouvernement (*russ.*
 Grodnenskaja gubernija, *poln.*
 gubernia grodzieńska) 59, 154, 298,
 330, 526

Großbritannien 211, 216, 221, 257, 352,
354, 572, 578, 579 *Siehe auch*
England, Irland
Großpolen (*poln.* Wielkopolska) 17,
48f., 49, 91, 156, 173, 177, 183,
355f., 377f., 383, 419, 484, 536,
546, 560, 570, 621, 625 *Siehe auch*
Posen
Grunwald (*dt.* Grünfelde) 507, 513
Gumbinnen, Regierungsbezirk 10

H

Haiti *Siehe* Saint-Domingue
Hamburg 539, 545, 552
Hannover, Kurfürstentum bzw.
Königreich 582, 592
Hannover, Provinz 539, 545
Harbin 574
Heidelberg 573
Hessen 546
Hohenlinden 100
Horodło 511

I

Illinois 553
Illyrische Provinzen 584
Innsbruck 573
Inowrazlaw (*poln.* Inowrocław, *deutsch*
ab 1904 Hohensalza,) 48
Irkutsk 538
Irland 308
Israel 573
Italien 99, 104, 117, 121, 211, 222, 237,
243f., 247, 297, 308, 315, 579, 588,
595f. *Siehe auch* Cisalpinische
Republik, Lombardische Republik,
Lombardo-Venetien, Piemont,
Venedig

J

Jarosławiec 232
Jasło, Kreis (*poln.* cyrkuł jasielski) 228
Jekaterinburg 569
Jena 108
Jerusalem 627
Johnstown 570

K

Kaisertreu (*poln. bis 1939*
Podgradowice, *heute*
Drzymałowo) 321
Kalifornien 570
Kalisch (*poln.* Kalisz) 48, 51, 62, 70,
132, 182, 369, 631
Kalisch, Gouvernement (*russ.*
Kališskaja gubernija, *poln.* gubernia
kaliska) 539, 543
Kalwaria, Kreis 78
Kamieniec Podolski (*ukr.* Kam'janec'-
Podil's'kyj, *russ.* Kamenez-
Podolski) 46, 328; *Umgebung* 488
Kamieniec Podolski, Diözese (*poln.*
diecezja kamieniecka, *ukr.*
Kam'janec'-Podil's'kaja
diecezja) 330
Kanada 556, 559, 560, 561, 567, 571
Kaschubei (*poln.* Kaszuby, *kaschub.*
Kaszëbë) 24, 539
Katalonien 308
Kattowitz (*poln.* Katowice) 528
Kaunas (*poln.* Kowno) 91;
Umgebung 295
Kaunas, Gouvernement (*russ.*
Kovenskaja gubernija, *poln.* gubernia
kowieńska) 59, 330, 526
Kazimierz 167, 242, 623

- Kielce 149, 182, 365; *Umgebung* 179, 182, 365
 Kielce, Diözese (*poln.* diecezja kielecka) 73
 Kiew (*ukr.* Kyjiv, *poln.* Kijów, *russ.* Kiev) 59, 91, 155, 430, 488, 524, 573
 Kiew, Generalgouvernement (*russ.* Kievskoe general-gubernatorstvo, *poln.* generał-gubernatorstwo kijowskie) 59, 328, 337
 Kiew, Gouvernement (*russ.* Kievskaja gubernija, *poln.* gubernia kijowska) 59, 82 f., 193, 328, 330
 Kiewer Land 604
 Kischinew (*dt. auch* Kischinau, *rum.* Chişinău, *russ.* Kişinev) 568, 645
 Klempolzen (*poln.* Małopolska) 47, 565
 Klemensów 265, 404
 Kolberg (*poln.* Kołobrzeg) 110
 Kongresspolen *Siehe* Polen, Königreich
 Königgrätz (*tschech.* Hradec Kralove) 593
 Königsberg (*seit 1946 russ.* Kaliningrad) 80, 573
 Kórnik 11, 161
 Köslin, Regierungsbezirk (*poln.* rejencja koszalińska) 321
 Kowno *Siehe* Kaunas
 Krakau (*poln.* Kraków) 11, 13, 18 f., 22, 24 f., 33, 47, 54 f., 71, 76, 115, 138 f., 167, 230, 237–239, 242, 247, 250, 268 f., 283, 304, 340, 343, 386, 390, 394 f., 398, 412, 417, 424, 425, 428, 439, 497, 500, 505 f., 509–515, 518, 536, 543, 563, 570, 588, 604, 625, 641
 Krakau, Diözese (*poln.* diecezja krakowska) 73
 Krakau, Republik (*poln.* Rzeczpospolita Krakowska) *auch* Freie Stadt Krakau (*poln.* Wolne Miasto Kraków) 139 f., 143 f., 163, 166–168; 179; 224, 226 f., 229 f., 265, 584, 623
 Krakau, Wojewodschaft (*poln.* województwo krakowskie) 49
 Kremsier (*tschech.* Kroměříž) 243
 Kresy [polnische Grenzländer] *auch* Ziemie Zabrane [entrissene Länder] 19 f., 23, 25 f., 57, 92, 295, 328, 531 *Siehe auch* Westgouvernements Russlands, Litauen, Ukraine
 Kroatien 237, 338
 Krzemieniec (*ukr.* Kremenec' *auch* Krem'janec', *russ.* Kremenec) 11, 82, 91, 204
 Kulm (*poln.* Chelmno) 62
 Kulm, Diözese (*poln.* diecezja chełmińska) 156
 Kulmer Land (*poln.* ziemia chełmińska) 155
 Kurland (*lett.* Kurzeme, *poln.* Kurlandia) 46, 59
- L
- Lateinamerika/Südamerika 211, 559, 562, 567, 571
 Lebusener Land (*poln.* ziemia lubuska) 17
 Leeds 572
 Leipzig 115, 514, 573, 584, 619
 Leitha (*ung.* Lajta) 339
 Lemberg (*ukr.* L'viv, *poln.* Lwów, *russ.* L'vov) 11, 47, 54 f., 71, 74–76, 93, 163–166, 228, 237–239, 242 f., 250, 304, 340, 343, 350, 371, 386, 390, 394 f., 398, 426, 428, 431, 439, 449 f., 491, 497, 500, 506–515, 521, 523, 536, 543, 604, 647

- Lemberg, Erzdiözese/Erzeparchie (*poln.* archidiecezja/archiparchia lwowska, *ukr.* І'vivs'kaja archidiëcezija/archiëparchija) 73, 164
- Leoben 94, 573
- Lettland (*lett.* Latvija, *poln.* Łotwa) 596
- Lipno *Umgebung* 536
- Lissa (*poln.* Leszno) 589
- Litauen (*lit.* Lietuva, *poln.* Litwa), Gebiet des heutigen Staates 3, 92, 295, 300, 301, 591
- Litauen, Gebiet des frühneuzeitlichen Großfürstentums (*lit.* Lietuvos Didžioji Kunigaikštystė, *weißruss.* Vjalikae Knjastva Litaŭvskae, *poln.* Wielkie Księstwo Litewskie,) 20, 21, 46, 47, 49, 83, 97, 201, 328, 492, 495, 511, 525, 584, 605, 606, 637, 645 *Siehe auch*
- Nordwestgouvernements *sowie* Gouvernements Grodno, Kaunas, Minsk, Mogilew, Wilna, Witebsk
- Litauen, Generalgouvernement *Siehe* Wilna, Generalgouvernement
- Litauen, Gouvernement (*russ.* Litovskaja gubernija, *poln.* gubernia litewska) 59, 175
- Litauen-Wilna, Gouvernement (*russ.* Litovsko-Vilenskaja gubernija, *poln.* gubernia litewsko-wileńska) 59 *Siehe auch* Wilna, Gouvernement
- Liverpool 548
- Livland, Gouvernement (*russ.* Livljandskaja gubernija) 45
- Lodz (*poln.* Łódź) 34, 35, 183–185, 336, 355, 367, 369, 371, 383, 385, 390, 433, 451, 456–461, 467–472, 476 f., 489, 493, 543, 544, 546, 619, 625
- Lombardische Republik (*ital.* Repubblica Lombarda) *eigentl.* Transpadanische Republik (*ital.* Repubblica Transpadana) 99, 130, 581
- Lombardo-Venetien, Königreich (*ital.* Regno Lombardo-Veneto) 243, 247
- London 133, 215, 296 f., 504, 571, 572, 594, 637, 638
- Lothringen (*frz.* Lorraine) 550
- Łowicz *Umgebung* 536
- Lublin 47, 55, 73, 115, 369, 631; *Umgebung* 47, 536, 543
- Lublin, Gouvernement (*russ.* Ljublinskaja gubernija, *poln.* gubernia lubelska) 337
- Lunéville 100, 105, 550
- Luzern 587
- Luzk (*ukr.* Luc'k, *poln.* Łuck, *russ.* Luck) 46
- Luzk-Schytomyr, Diözese (*poln.* diecezja łucko-żytomiarska, *ukr.* Żytomyrs'kaja diëcesija) 83

M

- Magnano 99
- Mähren (*tschech.* Morava) 236, 350, 549 f.
- Mailand (*ital.* Milano) 99
- Manchester 572
- Mandschurei 574
- Manitoba 560
- Mansfelder Land 545
- Mantua 99
- Marienwerder (*poln.* Kwidzyn) 51
- Marienwerder, Kreis (*poln.* powiat kwidzyński) 155
- Marienwerder, Regierungsbezirk (*poln.* rejencja kwidzyńska) 310

- Masowien (*poln.* Mazowsze) 47–49, 536, 539, 543, 565
- Masuren (*poln.* Mazury) 16 f., 22, 24 f., 408, 486, 546
- Mecklenburg 537, 539
- Memel, Fluss (*lit.* Nemunas, *weißruss.* Neman, *poln.* Niemen) 46
- Michigan 554
- Midlands 548
- Miłosław 233
- Milwaukee 553
- Minsk 91, 329, 337, 488, 625
- Minsk, Diözese (*poln.* diecezja mińska, *weißruss.* Minskaja dyjaczëzija) 81, 83, 330
- Minsk, Gouvernement (*russ.* Minskaja gubernija, *poln.* gubernia mińska) 59, 328, 330
- Misiones 559
- Modlin 130
- Mogilew (*weißruss.* Mahileŭ, *poln.* Mohylew, *russ.* Mogilev) 45, 81
- Mogilew, Erzdiözese (*poln.* archidiecezja mohylewska, *weißruss.* Mahileŭskaja archidyjaczëzija), 81, 148
- Mogilew, Gouvernement (*russ.* Mogilevskaja gubernija, *poln.* gubernia mohylewska) 59, 84, 154, 328, 330, 631
- Mogilew, Statthalterschaft (*russ.* Mogilevskoe namestničestvo, *poln.* namiestnictwo mohylewskie) 58
- Montreal 638
- Moskau (*russ.* Moskva) 569, 573, 574, 635, 647
- München 573, 631
- N
- Nebraska 562
- Neiße (*poln.* Nysa) 578
- Netze (*poln.* Noteć) 70
- Netzedistrikt (*poln.* obwód nadnotecki) 48, 50, 51
- Neustpreußen (*poln.* Prusy Nowowschodnie) 49–52, 65, 66, 69, 77, 78, 79, 193, 621
- Neuschlesien (*poln.* Nowy Śląsk) 49, 70
- New Jersey 554
- New York 554, 570, 571, 638
- Niederlande 169 f., 351
- Niederösterreich 537, 550
- Niederschlesien (*poln.* Dolny Śląsk) 17, 546 *Siehe auch* Schlesien
- Nischni Nowgorod (*russ.* Nižnij Novgorod) 569
- Nordamerika 538, 562, 571 *Siehe auch* Amerika
- Norwegen 595
- O
- Oberösterreich 549 f.
- Oberschlesien (*poln.* Śląsk *oder* Górny Śląsk) 4, 22, 24 f., 234, 386, 408, 486, 495, 499, 531, 539, 542, 546, 549, 560 *Siehe auch* Schlesien
- Obersteiermark 549
- Oder (*poln.* Odra) 578
- Odessa (*ukr.* Odesa) 82, 574, 619, 627
- Ohio 553
- Olkusz 511, 538
- Ontario 561
- Opatów 299
- Oppeln, Regierungsbezirk (*poln.* rejencja opolska) 310, 312, 560

- Osmanisches Reich 47, 84, 93, 162, 211, 578, 587, 590, 592, 627
- Ostpreußen (*poln.* Prusy Wschodnie) 38, 48, 49, 50, 79, 156, 312, 321, 356, 358, 486, 527, 539, 547, 553 *Siehe auch* Preußen.
- Ostrau-Karwiner Revier (*poln.* Zagłębie Ostrawsko-Karwińskie, *tschech.* Ostravsko-karvinská uhelná pánev) 537
- Ostrolęka 201
- Oświęcim *Siehe* Auschwitz
- Ozorków 184
- P
- Palästina 528, 572, 573, 638
- Paris 87, 95, 98 f., 101, 133, 152 f., 211–213, 216 f., 222, 226 f., 276, 296 f., 431, 433, 494, 505–507, 512, 550 f., 570–574, 586, 588, 590, 593, 601, 614, 631, 637 f.
- Pas-de-Calais 4, 550
- Pelplin 156
- Pennsylvania 553, 555, 558, 570
- Peru 575
- Petrikau (*poln.* Piotrków, *heute* Piotrków Trybunalski) 51
- Petrikau, Gouvernement (*russ.* Petrovskaja gubernija, *poln.* gubernia piotrkowska) 540
- Philadelphia 570
- Piemont 205, 245, 588
- Pittsburgh 553, 558
- Płock (*dt. auch* Plozk) 48, 51, 369; *Umland* 536
- Płock, Gouvernement (*russ.* Plockaja gubernija, *poln.* gubernia plocka) 540
- Płoskirów *Umgebung* 488
- Podgórze 47
- Podhale 518
- Podlachien (*poln.* Podlasie) 47, 49, 93, 488, 536, 543
- Podolien, Gouvernement (*russ.* Podol'skaja gubernija, *poln.* gubernia podolska) 59, 82 f., 152, 193, 201, 328, 330, 534, 567
- Poitiers 216
- Polen, Königreich (*poln.* Królestwo Polskie, *russ.* Carstvo Polskoe) *auch* Kongresspolen (*poln.* królestwo kongresowe) 1, 9, 16, 20, 116, 125 f., 129, 131, 139 f., 143, 145–149, 152–154, 166, 168, 175–186, 190–192, 198–204, 208 f., 212, 221, 255, 259–265, 270, 273–275, 282, 285–296, 298–302, 317, 326–328, 330–338, 353, 355, 357, 360–371, 375–385, 388–390, 401, 404 f., 410–412, 418 f., 428, 432–434, 438 f., 444–447, 451–481, 487–495, 497 f., 500–503, 507 f., 516 f., 536–540, 543 f., 553, 560, 563, 566, 568, 574, 584, 619, 623 f., 626, 634–636, 644 *Siehe auch* Generalgouvernement Warschau, Weichselland
- Polesien (*poln.* Polesie) 534, 567
- Polozk (*weißruss.* Polack, *poln.* Połock, *russ.* Polock) 46
- Polozk, Erzdiözese/-eparchie (*poln.* archieparchia/-diecezja połocka, *weißruss.* Polackaja Archieparchija) 83
- Polozk, Statthaltschaft (*russ.* Polockoe Namiestničestvo, *pol.* namiestnictwo podlockie) 58 f.
- Pommerellen (*poln.* Pomorze Gdańskie) 17, 19, 91
- Pommern 16, 17, 64, 79, 321, 358, 539

Portugal 565

Posen (*poln.* Poznań) 11, 48, 51, 70,
109, 156, 161, 227, 231 f., 235, 250,
267 f., 321, 386 f., 390, 397, 406,
429, 450, 497, 501 f., 508–510,
515–517, 604, 618; *Gebiet* 138

Posen, Departement (*poln.* departament
poznański) 139

Posen, Provinz/Großherzogtum (*poln.*
Wielkie Księstwo
Poznańskie) 156–162, 172 f., 178,
194, 197, 224–227, 231–236, 245 f.,
250, 266–268, 304, 309–323, 345,
355–361, 378, 382, 387 f., 394, 397,
403, 405–408, 414 f., 429, 443, 446,
466, 485, 498 f., 501 f., 508 f., 518 f.,
539, 544, 546 f., 549, 566, 586,
621 f., 638, 643; *Erzdiözese* 156, 315,
319

Posen, Regierungsbezirk (*poln.* rejencja
poznańska) 156, 312;

Potsdam 583

Prag (*tschech.* Praha) 99, 237, 240, 348,
497, 629

Pratulin 489

Preußen, Herzogtum (*poln.* Księstwo
Pruskie) 48

Preußen, königlich polnisches (*poln.*
Prusy królewskie) 94, 484

Preußen, Provinz 156, 310, 312, 498
Siehe auch Ostpreußen, Westpreußen

Preußisch-Stargard (*poln.* Starogard
Gdański) 226

Przemyśl 437, 441, 515,

Przemyśl, Diözese (*poln.* diecezja
przemyska) 73 f.

Puławy 91, 97, 327, 505, 582

R

Racławice 510, 514

Ragnit (*lit.* Ragainė, *heute russ.*
Neman) 527

Rapperswil 505

Raszyn 114

Ratibor, Kreis (*poln.* powiat
raciborski) 546

Rawa 241

Reichenbach (*poln.* Dzierżoniów) 132

Rheinprovinz 539, 546

Riga 573

Rom 80, 99, 574

Rosario 559

Ruhrgebiet 4, 323, 386, 486, 499,
545–551, 566

Rumänien 538, 595, 617, 619, 634, 641

Ruthenien (*poln.* Ruś) 47, 82

Rybnik, Kreis (*poln.* powiat
rybnicki) 539, 546

S

Sachsen 135, 136, 137, 138, 139, 183,
209, 355, 539, 540, 544, 588, 592

Saint-Domingue (Haiti) 100, 105

San José 559

Sankt Petersburg (*russ.* Sankt-
Peterburg) 62, 85, 88, 105, 200, 294,
298, 313, 326, 330, 424, 431 f., 451,
465, 569, 573 f., 637

São Paulo 560

Saskatchewan 560

Savoyen 587

Schamaiten (*auch* Samogitien *oder*
Niederlitauen, *lit.* Žemaitija, *poln.*
Żmudź) 91

Schaulen (*lit.* Šiauliai, *poln.*
Szawle) 154

- Schklow (*weißbruss.* Škloŭ, *poln.* Szklów, *russ.* Šklov) 631
- Schlesien, preußische Provinz 16 f., 19, 23, 25, 49 f., 64, 97, 132, 183, 321, 355, 498, 502, 539, 543, 547, 550, 566, 592 *Siehe auch* Niederschlesien, Oberschlesien
- Schlesien (Herzogtum Ober- und Niederschlesien, später österreichisches Kronland) 348, 371, 537, 549 *Siehe auch* Teschener Gebiet
- Schleswig-Holstein 358, 545
- Schönbrunn, Schloss 47, 114
- Schweiz 4, 205, 211, 222, 244, 245, 470, 491, 537, 549, 573, 575
- Schytomyr (*ukr.* Žytomyr, *poln.* Żytomierz, *russ.* Žitomir) 46, 81, 328; *Region* 488
- Scranton, Pennsylvania 558
- Sedan 593
- Serbien 218, 595
- Sewerien, Herzogtum (*poln.* Księstwo Siewierskie) 49
- Sibirien 4, 41, 153, 203, 298, 301, 305, 324, 330, 538, 574, 575
- Siedlce, Gouvernement (*russ.* Sedleckaja gubernija, *poln.* gubernia siedlecka) 337, 540
- Sizilien 222, 588
- Skandinavien 549 *Siehe auch* Dänemark, Norwegen
- Slowenien 497
- Smarzowa 228
- Sochaczew *Umgebung* 536
- Sosnowiec 538
- Spanien 211, 308
- Stanislaw (*ukr. bis 1939* Stanislaviv, *heute* Iwano-Frankiwsk, *poln.* Stanisławów) 55, 426
- Steiermark 550, 551
- Stettin, Regierungsbezirk 321
- Südafrika 571, 638
- Südpreußen (*poln.* Prusy Południowe) 48–52, 65, 78 f., 104, 621
- Supraśl 77
- Suwałki, Gouvernement (*russ.* Suvalkskaja gubernija, *poln.* gubernia suwalska) 488
- T
- Tannenberg (*poln.* Stębark) 507, 513
- Tarnopol (*ukr.* Ternopil) 46, 47, 138, 162
- Tarnów 55, 515, 633
- Tarnów, Diözese (*poln.* diecezja tarnowska) 73, 537
- Tarnów, Kreis (*poln.* cyrkuł tarnowski) 228 f.
- Tatra (*poln./slow.* Tatry) 518
- Tel Aviv 638
- Temesvár (*dt. auch* Temeschwar, *rum.* Timișoara) 244
- Teschener Schlesien (*poln.* Śląsk Cieszyński, *tschech.* Těšínsko) 22, 24 f., 495, 531 *Siehe auch* Schlesien
- Thorn (*poln.* Toruń) 48 f., 69 f., 80, 94, 138 f., 155, 584, 627
- Tilsit (*seit 1946 russ.* Sovetsk) 46, 49, 97, 123, 527, 583
- Tirol 550 f.
- Transpadanische Republik *Siehe* Lombardische Republik
- Trebbia 99
- Tschenstochau (*poln.* Częstochowa) 48, 333
- Tucumán 559

U

- Ukraine, Gebiet der russischen
Gouvernements auf ukrainischem
Gebiet 46, 84, 91, 155, 295, 301,
363, 426 f., 431, 436, 503, 524 *Siehe*
auch Wolhynien, Podolien,
(General-)Gouvernement Kiew,
Kiewer Land
- Ukraine, Gebiet des heutigen Staates 3
- Ungarn 54, 202, 218, 237, 243-245,
251, 338, 363, 550, 553, 563, 565,
579, 588, 595 f., 618, 626, 634

V

- Vatikan 315
- Venedig, Repubblica di San Marco 245
Siehe auch Italien, Lombardo-
Venetien
- Vereinigte Staaten von Amerika
(USA) 4, 22, 100, 105, 211, 372,
539 f., 548, 552-567, 570, 641 *Siehe*
auch Amerika
- Verona 99
- Versailles 216, 593
- Vilnius *Siehe* Wilna

W

- Walachei, Fürstentum (*rum.* Țara
Românească) 94
- Warschau (*poln.* Warszawa) 11-13, 18,
22, 25, 48, 51, 69 f., 80, 89 f., 92 f.,
98 f., 103, 107, 109, 111, 114, 125,
129 f., 147, 149, 153, 182, 185, 192,
198 f., 202, 204, 215, 256, 270,
285 f., 288-290, 292, 294, 296,
298 f., 301, 304, 326 f., 333, 369,
383 f., 390, 393, 403, 411 f., 415 f.,

- 428, 432, 444, 456-459, 463, 468,
476, 489, 500, 507-510, 515 f., 536,
543 f., 583 f., 604, 618-621, 623,
625 f., 629, 632, 637, 644 f., 647;
Umgebung 536
- Warschau, Erzdiözese (*poln.*
archidiecezja warszawska) 148, 290
- Warschau, Generalgouvernement (*russ.*
Varšavskoe general-gubernatorstvo,
poln. generał-gubernatorstwo
warszawskie) 1, 326 *Siehe auch*
Weichselland *und* Polen, Königreich
- Warschau, Herzogtum (*poln.* Księstwo
Warszawskie) 6, 9, 21, 47, 49, 53, 76,
91, 93, 97 f., 101, 113-140, 147 f.,
157, 170, 176, 183, 190, 254,
258-262, 273, 295, 404, 583 f., 633
- Waterloo 129
- Weichsel (*poln.* Wisła) 9, 49, 70, 91,
132
- Weichselland (*russ.* Привислинскій
Край) 1, 301, 326 *Siehe auch*
Warschau, Generalgouvernement *und*
Polen, Königreich
- Weißrussland, Gebiet des heutigen
Staates 3, 91 f., 148, 155, 295, 301,
526 *Siehe auch* Gouvernements
Grodno, Minsk, Mogilew, Polozk,
Weißrussland, Witebsk *und*
Westgouvernements Russlands;
- Weißrussland, Gouvernement (*russ.*
Belorusskaja gubernija, *poln.*
gubernia białoruska) 59
- Westfalen, Provinz 321, 539, 546
- Westgalizien *auch* Neugalizien (*poln.*
Galicja Zachodnia / Nowa
Galicja) 47, 48, 54 f., 72, 73, 74, 75,
76, 88, 115, 583
- Westgouvernements Russlands *auch*
Norwest- *und* Südwestland (*russ.*

- severno- und južno-zapadnij kraj) 149–155, 189, 192 f., 286, 301, 324, 336 f., 488, 536, 619 *Siehe auch* Kresy, Litauen, Ukraine, Weißrussland
- Westpreußen (*poln.* Prusy Zachodnie) 48 f., 51, 65, 68, 77 f., 155 f., 178, 226, 234 f., 246, 250, 309, 312, 317 f., 321 f., 345, 356 f., 394, 485, 502, 536, 539, 546 f., 566, 570
- Wieliczka 47, 162
- Wien 74, 88, 133–138, 143 f., 237 f., 240–242, 244, 348, 367, 402, 449 f., 494, 513, 549–551, 570, 573 f., 580, 595, 634, 637, 638, 647
- Wierszyna 538
- Wigry 77
- Wilna (*lit.* Vilnius, *poln.* Wilno) 11, 46, 82, 91–93, 97, 98, 115, 152–155, 204, 298, 331, 433, 488, 503, 525–529, 604, 620, 625, 628; *Umgebung* 488
- Wilna, Generalgouvernement (*russ.* Vilenskoe general-gubernatorstvo, *poln.* generał-gubernatorstwo wileńskie) *auch* Litauisches Generalgouvernement (*russ.* Litovskoe general-gubernatorstvo, *poln.* generał-gubernatorstwo litewskie) 59, 328
- Wilna, Gouvernement (*russ.* Vilenskaja gubernija, *poln.* gubernia wileńska) 59, 328, 330, 526
- Wilno, Canada 561
- Winnipeg 560
- Wisconsin 553, 562
- Witebsk, Gouvernement (*russ.* Vitebskaja gubernija, *poln.* gubernia witebska) 59, 84, 152, 328, 330
- Włocławek 369, 631
- Wola 516
- Wolhynien, Gouvernement (*russ.* Volynskaja gubernija, *poln.* gubernia wołyńska) 54, 59, 82 f., 91, 93, 193, 201, 330, 534
- Wreschen (*poln.* Września) 322, 498
- Wrocław *Siehe* Breslau
- Y
- Yale 22
- Z
- Żabikowo 501
- Zabłódów 77
- Zagłębie Staropolskie *Siehe* Altpolnisches Becken
- Zamość 47, 76, 130, 631
- Żarki 184
- Zarskoje Selo (*russ. bis 1918* Carskoe Selo, *heute* Puškin) 82
- Zentralasien 574 f.
- Zips 553
- Zürich 570, 573
- Zürichsee 505
- Żyrardów 543
- Żytomierz *Siehe* Schytomyr

